# Amtsblatt

der

# Regierung zu Aachen.

Jahrgang 1905.



Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

der

# Regierung zu Aachen.

Jahrgang 1905.



Druck von J. Stercken in Aachen.

Aix-la-Chapelle

# Amtsblatt

der

# Regierung zu Aachen.

Jahrgang 1905.



Druck von J. Stercken in Aachen.

# Chronologische Übersicht

der in dem

## Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Aachen für das Jahr 1905 enthaltenen allgemeinen Verfügungen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 1. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 5. Januar 1905.



**Nr. 1 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1905 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 9. Dezember 1904.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 2** Das 41. Stück enthält unter Nr. 10565: Gesetz, betreffend die Inkraftsetzung einer anderweiten Klasseneinteilung für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten. Vom 19. Dezember 1904. Unter Nr. 10566: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Rennerod, Selters, Usingen, Wehen und Weilburg. Vom 14. Dezember 1904. Das 42. Stück enthält unter Nr. 10567: Gesetz, betreffend die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden. Vom 21. Dezember 1904.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 3** **Nachtrag**

**zur Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 zu dem Gesetze über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892.**

1. Zu §. 9 ist unter B. 7 der zweite Satz des vierten Absatzes („Werden von der Militärbehörde“ u. s. w. bis „zu versehen“) zu streichen.

Dafür ist neu einzufügen:

Werden von der Militärbehörde statt der Berechtigungsscheine (Muster 1) Fahrtausweise nach anliegendem Muster 2 (Anl. 2) ausgefertigt, so dienen diese gleichzeitig als Fahrkarten.

Im Falle der Barzahlung werden diese

Fahrtausweise in zwei gleichlautenden Abschnitten ausgefertigt. Beide Abschnitte sind alsdann von dem zuständigen Bahnbediensteten hinsichtlich des gezahlten Fahrpreises auszufüllen und mit dem Dienststempel oder mit Namensunterschrift zu versehen; beide Abschnitte bleiben in den Händen des Transportführers. Der eine Abschnitt erhält die Überschrift:

Gültig als Militärfahrkarte.

Anerkenntnis für die Militärverwaltung.

und ist für Rechnungszwecke der Militärverwaltung bestimmt. Der andere Abschnitt erhält die Überschrift:

Anerkenntnis für die Kleinbahnverwaltung.

und wird nach Ausführung des Transports von der Militärbehörde an die Kleinbahnverwaltung eingesandt.

2. Der Anmerkung zu dem Muster 2 (Anl. 2 der Ausführungsanweisung) ist hinzuzufügen:

3) Bei Barzahlung ist der Fahrtausweis doppelt auszufertigen. Der eine Abschnitt erhält die Überschrift „Anerkenntnis für die Militärverwaltung", der zweite die Überschrift „Anerkenntnis für die Kleinbahnverwaltung". Beide Abschnitte bleiben in den Händen des Transportführers. Der zweite Abschnitt ist nach Ausführung des Transports von der Militärbehörde an die Kleinbahnverwaltung einzusenden.

Berlin den 19. November 1904.

Der Minister des Innern. In Vertretung: v. Bischoffshausen.
Der Minister der öffentlichen Arbeiten. v. Budde.

**Nr. 4 Bekanntmachung.**

Die mit einer Jahresremuneration von 1200 M. verbundene Kreisassistenzarztstelle des Stadtkreises Potsdam (Regierungsbezirk Potsdam) mit dem Wohnsitz in Potsdam, soll anderweitig besetzt werden.

Bewerbungsgesuche sind binnen 3 Wochen an denjenigen Herrn Regierungs-Präsidenten, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, im Landespolizeibezirk Berlin an den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin zu richten.

Den Meldungen sind Nachweise darüber beizufügen, daß die Bewerber zur Leitung einer bakteriologischen Untersuchungsstelle befähigt sind.

Berlin, den 24. Dezember 1904.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
In Vertretung: Wever.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 5** Die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1905 in Berlin abzuhalten ist, wird Ende Mai 1905 an einem noch festzusetzenden Tage beginnen.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April 1905, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1905 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1905 einzureichen. Ist der Aufenthaltsort einer Bewerberin zur Zeit ihrer Meldung nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 entsprechen und mit den im §. 4 derselben vorgeschriebenen Schriftstücken ordnungsmäßig versehen sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein. Auf zuverlässige Feststellung der gesundheitlichen Befähigung für den Beruf einer Turnlehrerin ist besonderes Gewicht zu legen.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 12. Dezember 1904.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: von Bremen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 6** Des Königs Majestät haben der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin mittels Allerhöchster Ordre vom 4. v. Mts. die Erlaubnis zu erteilen geruht, noch eine Geldlotterie zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete mit einem Reinertrage von $2^1/_2$ Millionen Mark zu veranstalten und die Lose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Die Lotterie besteht aus 420 000 Losen. Der Preis des einzelnen Loses beträgt 3,30 Mark, die Zahl der Gewinne 12 977 im Gesamtbetrage von 490 000 Mark.

Aachen, den 28. Dezember 1904.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 7** Auf Grund der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 wird unter Aufhebung der diesseitigen Bekanntmachungen vom 22. Juni 1892 (Amtsblatt S. 259), vom 13. Oktober 1892 (Amtsblatt 1893 S. 115) und vom 23. Juni 1893 (Amtsblatt S. 267) hinsichtlich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für den

Umfang des hiesigen Regierungsbezirkes folgendes bestimmt:

I. Die Zeit, während welcher im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme des ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttages, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt werden dürfen und während welcher ein Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen zulässig ist, wird hiermit, soweit nicht statutarische Bestimmungen seitens einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes auf Grund des §. 105b Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung anders bestimmen, auf die Stunden von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags mit dem Vorbehalte festgesetzt, daß diese Beschäftigungszeit durch eine von der Ortspolizeibehörde für den Hauptgottesdienst festzusetzende und öffentlich bekannt zu machende Pause unterbrochen wird.

II. Abweichend von der Festsetzung zu I wird die Beschäftigungszeit für die Zeitungsspedition auf die fünf Stunden vor Beginn der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Pause bestimmt. Diese Regelung gilt auch für den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag.

III. Von der zu I getroffenen Festsetzung werden ferner folgende Ausnahmen zugelassen:

1. für die dort angegebenen Sonn- und Feiertage, an denen — soweit statutarisch nichts anderes bestimmt ist — gesetzlich eine fünfstündige Beschäftigungszeit zulässig ist:
   a) der Verkauf von Back- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst und der Betrieb von Vorkosthandlungen wird außer den allgemein zugelassenen Stunden schon vor deren Beginn von 5 Uhr morgens ab gestattet;
   b) der Verkauf von Back- und Konditorwaren wird außerdem für die Zeit von 3—4 Uhr nachmittags zugelassen;
   c) der Milchhandel wird für die Zeit von 5 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags ausschließlich der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Unterbrechung und von 5—7 Uhr nachmittags gestattet;
   d) in der Stadt Aachen wird der Blumenhandel vom Schluß der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Pause ab bis 3 Uhr nachmittags freigegeben;
2. für den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag:
   a) der Handel mit Back- und Konditorwaren, mit Fleisch und Wurst, mit Vorkostartikeln und mit Milch wird von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags — jedoch ausschließlich der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Pause — zugelassen, der Milchhandel wird außerdem für die Zeit von 5—7 Uhr nachmittags freigegeben;
   b) der Handel mit Kolonialwaren, mit Blumen, mit Tabak und Zigarren, sowie mit Bier und Wein wird für die Stunde, welche dem Beginn der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Pause vorangeht und von 11—12 Uhr mittags gestattet.

Aachen, den 28. Dezember 1904.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 8** Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 24. d. Mts. die Regierungsbezirke Danzig, Schleswig, Cassel und Trier bis auf weiteres für Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter geschlossen.

Aachen, den 31. Dezember 1904.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 9** Mit der Ausführung der dem Vorstand des 2. Rheinischen Diakonissen-Mutterhauses in Kreuznach seitens des Herrn Ober-Präsidenten bewilligten Hauskollekte (Amtsblatt von 1904, Seite 10) sind für das Jahr 1905 folgende Personen beauftragt worden:

Pfarrer Hohl und Diakon Georg Koeth in Kreuznach und Kollektant Wilhelm Pfandhöfer in Mülheim-Ruhr.

Aachen, den 30. Dezember 1904.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 10** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Dezember 1904.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 2 | 2 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 4 | 4 |
| Geflügelcholera | Aachen-Land | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 11** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Weizen gut Pf. | Weizen mittel M. | Weizen mittel Pf. | Weizen gering M. | Weizen gering Pf. | Roggen gut M. | Roggen gut Pf. | Roggen mittel M. | Roggen mittel Pf. | Roggen gering M. | Roggen gering Pf. | Gerste gut M. | Gerste gut Pf. | Gerste mittel M. | Gerste mittel Pf. | Gerste gering M. | Gerste gering Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | — | 18 | — | — | — | 16 | 30 | 15 | 30 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | 85 | 17 | 35 | — | — | 15 | 20 | 14 | 70 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 40 | 16 | 90 | — | — | 14 | 71 | 13 | 71 | — | — | 16 | 50 | 15 | 50 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 86 | 17 | 36 | — | — | 14 | 80 | 14 | 30 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 17 | 50 | — | — | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 16 | 50 | 16 | — | 15 | — | 14 | 25 | 13 | 75 | 13 | 25 |
| Jülich . . . | 17 | 84 | 17 | 34 | 16 | 84 | 15 | 04 | 14 | 54 | 14 | 04 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | 15 | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 06 | — | — | — | — | 15 | 32 | — | — | — | — | 14 | 69 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Stroh Krumm- Pf. | Heu M. | Heu Pf. | Fleisch Rind- im Großhandel M. | Fleisch Rind- im Großhandel Pf. | Fleisch Rind- von der Keule M. | Fleisch Rind- von der Keule Pf. | Fleisch Rind- vom Bauch M. | Fleisch Rind- vom Bauch Pf. | Fleisch Schweine- M. | Fleisch Schweine- Pf. | Fleisch Kalb- M. | Fleisch Kalb- Pf. | Fleisch Hammel- M. | Fleisch Hammel- Pf. | Speck (geräuchert) M. | Speck (geräuchert) Pf. | Eßbutter M. | Eßbutter Pf. | Eier M. | Eier Pf. | Steinkohlen M. | Steinkohlen Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Brennholz (roh zugerichtet) Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 9 | — | 130 | — | 1 | 60 | 1 | 20 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 45 | 1 | 50 | 2 | 65 | 7 | 62 | — | — | — | — |
| 4 | 23 | 10<br>8 | 50<br>80 | 111 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 35 | 7 | 61 | — | — | — | — |
| — | — | 10<br>8<br>10 | 08<br>60<br>08 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 80 | 2 | 50 | 7 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | 50 | 9 | — | 130 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 60 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9<br>7<br>7 | 45<br>44<br>88 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 67 | 2 | 54 | 6 | 18 | — | — | — | — |
| 4 | — | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 35 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 6 | — | — | — | — | — |
| 4 | 18 | 8 | 47 | 122 | 75 | 1 | 55 | 1 | 35 | 1 | 63 | 1 | 49 | 1 | 47 | 1 | 60 | 2 | 43 | 6 | 65 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise fü Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes N'uß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Dezember 1904.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | — | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 (16) | 10 (01) | 14 | 60 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 6 | 50 | 6 (7) | — (88) |
| 14 (15) | 48 (44) | 13 | 98 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 7 | 09 | 4 (5) | 97 (25) |
| 13 (14) | 70 (91) | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 40 | — | 40 | — | 6 | — | 4 (5) | 60 (04) |
| 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | 34 | — | — | — | 6 | 50 | — | — |
| 17 (17) | — (83) | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 24 | — | 27 | — | 28 | — | 8 | — | 5 (5) | 40 (67) |
| 14 (15) | 78 (84) | 14 | 28 | 13 | 78 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 7 | — | 4 (4) | 44 (73) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 8 | 31 | — | — |
| 14 | — | 13 | 50 | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 5 | — | 6 | — |
| 14 | 79 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 19 | 33 | 64 | 42 | 40 | 6 | 80 | 5 | 24 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Dezember 1904:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrod | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 36 | — | 45 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 46 | — | 35 | — | 55 | — | 54 | — | 48 | 2 | 40 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 60 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Dezember 1904 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 4. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 12 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge im Regierungsbezirk Posen sind weiter die Nummern 401 bis 500 bestimmt worden.

(Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903 — Amtsblatt S. 152 —.)

Aachen, den 30. November 1904.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 13** Die im Jahre 1905 in unserem Verwaltungsbezirke abzuhaltenden Prüfungen der Handarbeitslehrerinnen werden

a) in **Rheydt** am 27. März und den folgenden Tagen,
b) in **Coblenz** am 16. Mai und den folgenden Tagen und am 17. Oktober und den folgenden Tagen,
c) in **Düsseldorf** am 11. Juli und den folgenden Tagen,

stattfinden.

Die Meldungen zur Prüfung sind an uns zu richten und müssen spätestens vier Wochen vor dem betreffenden Prüfungstermine hier vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der unterm 22. Oktober 1885 erlassenen Prüfungsordnung, die im Centralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1885, S. 737 und in dem Anhange zu den Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die höheren Mädchenschulen vom 31. Mai 1894 abgedruckt ist. Diese Bestimmungen sind nebst Anhang in dem vorgenannten Centralblatte für 1894, Seite 447 u. ff. veröffentlicht und auch im Wege des Buchhandels zu beziehen.

Coblenz, den 9. Dezember 1904.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 14** Der Landwirt Engelbert Krapp zu Lich bei Steinstraß, Kreis Jülich, Regierungsbezirk Aachen, ist von uns zum Kreisboniteur ernannt und als solcher vereidigt worden.

Düsseldorf, den 29. Dezember 1904.

Königliche Generalkommission.
Brünner.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 15** Behufs Erwerbung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste werden im März d. Js. Prüfungstermine abgehalten werden, deren Bekanntmachung demnächst erfolgen wird.

Zugelassen werden Angehörige des Deutschen Reichs, welche in der Zeit **vom 1. Januar 1885 bis 1. Februar 1888** geboren und nach den §§. 25 und 26 der Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 im Regierungsbezirke Aachen **gestellungspflichtig** sind. Die Zulassung von später Geborenen darf nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Ersatzbehörde dritter Instanz erfolgen, wenn es sich um einen kurzen Zeitraum handelt.

Die Meldungen sind **bis zum 1. Februar d. Js.** bei der unterzeichneten Kommission einzureichen und denselben **im Original** beizufügen:

1. ein Geburtszeugnis;
2. die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen Dienstes die Kosten des Unterhalts mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung von dem Bewerber getragen werden sollen; statt dieser Erklärung genügt diejenige des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichte und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürgt.

   Die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters und des Dritten sowie die Fähigkeit des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten zur Bestreitung der Kosten nach seinen Vermögensverhältnissen ist obrigkeitlich zu bescheinigen. Übernimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, **sofern er nicht schon kraft Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet ist,** der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.
3. ein Unbescholtenheitszeugnis, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

Ist die Erteilung eines Unbescholtenheitszeugnisses wegen erfolgter Bestrafung versagt und ist aus der Art des Vergehens und der dabei in Betracht kommenden Nebenumstände unter gleichzeitiger Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Betreffenden Anlaß zu einer milderen Beurteilung gegeben, auch

die sonstige Führung des Bestraften eine gute gewesen, so kann er durch die Ersatzbehörde dritter Instanz von Beibringung des Unbescholtenheitszeugnisses befreit werden.

In dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen (der lateinischen, griechischen, französischen oder englischen Sprache) der sich Meldende geprüft sein will.

Auch hat der sich Meldende einen **selbstgeschriebenen Lebenslauf** beizufügen.

Von dem Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung dürfen durch die Ersatzbehörden dritter Instanz entbunden werden:

a) junge Leute, welche sich in einem Zweige der Wissenschaft oder Kunst oder in einer anderen dem Gemeinwesen zu gute kommenden Tätigkeit besonders auszeichnen;

b) kunstverständige oder mechanische Arbeiter, welche in der Art ihrer Tätigkeit hervorragendes leisten;

c) zu Kunstleistungen angestellte Mitglieder landesherrlicher Bühnen.

Personen, welche auf eine derartige Berücksichtigung Anspruch machen, haben ihrer Meldung die **erforderlichen amtlich beglaubigten Zeugnisse** beizufügen und gleichzeitig mit der Meldung auch die **kunstverständigen oder mechanischen Arbeiten, durch welche der Beweis für ihre hervorragende Leistungsfähigkeit erbracht werden soll, an die zuständige Ersatz-Kommission einzureichen.**

Dieselben sind nur einer Prüfung in den Elementarkenntnissen unterworfen, nach deren Ausfall die Ersatzbehörde dritter Instanz entscheidet, ob der Berechtigungsschein zu erteilen ist oder nicht.

**Die in hiesiger Stadt wohnenden jungen Leute haben bei der Anmeldung genau Straße und Hausnummer ihrer Wohnung anzugeben.**

Aachen, den 2. Januar 1905.

Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Der Vorsitzende.
Heising, Regierungsrat.

## Nr. 16 Personal-Nachrichten.

Dem bisherigen Bürgermeister Baurmann zu Wegberg, Kreis Erkelenz, ist die einstweilige Verwaltung der Landbürgermeisterei Haaren, Landkreis Aachen, übertragen.

Mit der einstweiligen Verwaltung der Bürgermeisterei Wegberg ist der Stadtsekretariats-Assistent Adolf Vollmer aus Aachen betraut worden.

Mit der einstweiligen Verwaltung der Landbürgermeisterei Keyenberg im Kreise Erkelenz ist der Gemeindesekretär Severin Schnitzler aus Wickrath betraut worden.

Ernannt sind: Zum Ober-Postpraktikanten der Postpraktikant Klaproth in Aachen, zu Postsekretären die Ober-Postassistenten Erven in Aachen und Krause in Düren (Rheinl.).

Versetzt ist der Telegraphensekretär Metzler von Oberhausen (Rheinl.) nach Aachen.

Gestorben ist der Postsekretär Dickmann in Dremmen.

Endgültig angestellt ist der seither einstweilig tätige Lehrer Peter Josef Theißen bei der katholischen Volksschule zu Wirtzfeld, Kreis Malmedy.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 1.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 2. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 12. Januar 1905.




**Nr. 17 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1905 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 9. Dezember 1904.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 18** Des Kaisers und Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 9. August 1904 die Veranstaltung einer Lotterie zur Wiederherstellung des Domes in Wetzlar mit einem Reinertrage von 650 000 Mark und den Vertrieb der Lose dieser Lotterie im ganzen Bereiche der Monarchie zu genehmigen geruht.

Die Lotterie soll in drei Reihen ausgespielt werden. Jede einzelne derselben besteht aus 275 000 Originallosen zu 3 Mark und 8496 Geldgewinne im Gesamtbetrage von je 320 000 Mark.

Aachen, den 10. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 19 Bekanntmachung.**

Die im Jahre 1905 in unserm Geschäftsbereiche abzuhaltenden Prüfungen für Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde werden

in Elberfeld am 23. März und an den folgenden Tagen,

in Rheydt am 27. März und an den folgenden Tagen,

in Cöln am 10. April und an den folgenden Tagen stattfinden.

Die Meldungen zu den Prüfungen sind an die Königlichen Regierungen des Bezirks zu richten, in welchen die Bewerberinnen wohnen, und müssen spätestens vier Wochen vor den betreffenden Prüfungsterminen dort vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der Prüfungsordnung für Hauswirtschaftslehrerinnen, die im Zentralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1902, Seite 246 u. ff. und in den Amtsblättern

der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1902 veröffentlicht ist.

Coblenz, den 22. Dezember 1904.

Provinzial-Schulkollegium.
Buschmann.

**Nr. 20 Bekanntmachung.**

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 15. Dezember 1904 beschlossen, daß vom 1. Januar 1905 ab einige Änderungen des Verzeichnisses der Länder der Herkunft und Bestimmung für die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande in Kraft treten sollen.

Diese Änderungen können bei den Abfertigungsstellen der Zoll- und Steuerverwaltung während der gesetzlichen Dienststunden eingesehen werden.

Cöln, den 3. Januar 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 21 Bekanntmachung.**

In den Forsthäusern Wolfgarten und Mariawald sind Telegraphenhilfstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 4. Januar 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 22 Bekanntmachung.**

Die Posthilfstelle in Ginnick ist aufgehoben worden.

Aachen, den 7. Januar 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 23 Personal-Nachrichten.**

Landgerichtsrat Braubach in Cöln ist zum Ober-Landesgerichtsrat in Cöln ernannt worden.

Der bisherige kommissarische Kreisschulinspektor des Kreisschulinspektionsbezirks Eupen-Montjoie, Hirtz, ist zum Kreisschulinspektor endgültig ernannt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer:

1. kommissarisch beschäftigter Schulamtsbewerber Johann Coberg als Volksschullehrer bei der katholischen Volksschule zu Hastenrath, Kreis Düren;
2. vom 1. Januar d. Js. ab Karl Kamp bei der evangelischen Volksschule zu Schleiden, Kreis Schleiden;
3. vom 1. Januar d. Js. ab Friedrich Rothstein bei der evangelischen Volksschule zu Harperscheid, Kreis Schleiden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 2.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 3. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 19. Januar 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 24 Bekanntmachung.**

An Stelle des zum Mitglied des Provinzialrats der Rheinprovinz gewählten bisherigen stellvertretenden Mitgliedes dieser Behörde, Geheimen Kommerzienrats Robert Kesselkaul in Aachen, ist von dem Provinzialausschuß der Rittergutsbesitzer Emil Schwecht in Sievernich, Kreis Düren, zum stellvertretenden Mitglied des Provinzialrats gewählt worden.

Der Genannte hat die Wahl angenommen.

Coblenz, den 2. Januar 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 25** Gemäß §. 5 der Körordnung für die Privatbeschäler der Rheinprovinz vom 15. August 1880 werden die Beschreibung der für das Jahr 1905 angekörten Hengste des hiesigen Bezirks, die Orte ihrer Aufstellung und die Höhe der Sprunggelder nachstehend bekannt gemacht:

| Nr. des Körscheins | Der Hengstbesitzer | | Der Hengste | | | | | Ort der Aufstellung der Hengste. | Sprunggeld |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | | M. |
| | | | | **I. Körbezirk (Aachen).** | | | | | |
| 1 | Meulenbergh | Hofstadt | dunkelbraun | — | 1,62 | 3 | Belgier | Hofstadt, Landkreis Aachen | 16 |
| 2 | " | " | braun | Stern | 1,73 | 3 | " | dito | 21 |
| 3 | " | " | Fuchs | Blesse | 1,63 | 4 | " | dito | 21 |
| 4 | Offermanns | Küppershof | braun | — | 1,62 | 3 | rheinisch. Pferd | Küppershof, Landkreis Aachen | 10 |
| 5 | " | " | Fuchs | Blesse, helle Mähne u. heller Schweif | 1,63 | 5 | Belgier | dito | 15 |
| 6 | Roebrock | Geuchterhof | " | dito | 1,63 | 3 | " | Geuchterhof, Landkreis Aachen | 12 |
| 7 | Deden | Laurensberg | braun | Blesse | 1,56 | 4 | " | Laurensberg, Landkreis Aachen | 15 |
| 8 | Kappertz | Baelserquartier | Fuchs | Blesse, helle Mähne u. heller Schweif | 1,58 | 4 | rheinisch. Pferd | Baelserquartier, Landkreis Aachen | 12 |
| 9 | Feiter | Hochkirchen | braun | Stern | 1,58 | 3 | dito | Hochkirchen, Landkreis Aachen | 12 |
| 10 | " | " | Fuchs | Blesse, weiße Mähne u. weißer Schweif | 1,64 | 3 | Belgier | dito | 12 |

| Nr. des Körscheins | Der Hengstbesitzer: Name | Der Hengstbesitzer: Wohnort | Der Hengste: Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | Ort der Aufstellung der Hengste. | Sprunggeld M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 11 | Kessels | Seffent | braun | Stern | 1,58 | 3 | Belgier | Seffent, Landkreis Aachen | 12 |
| 12 | Stürtz | Eschweiler | „ | Schnippe, beide Hinterfesseln weiß | 1,68 | 5 | „ | Eschweiler, Landkreis Aachen | 15 |
| 13 | „ | „ | Dunkelfuchs | Stern | 1,60 | 6 | „ | dito | 15 |
| 14 | Offermanns | Uersfeld | braun | Blesse | 1,54 | 3 | „ | Uersfeld, Landkreis Aachen | 15 |
| 15 | „ | „ | „ | Stern | 1,60 | 3 | „ | dito | 20 |

## II. Körbezirk (Düren).

| Nr. des Körscheins | Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | Ort der Aufstellung der Hengste. | Sprunggeld M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 16 | Pferdezuchtverein Düren | Düren | Fuchs | Blesse, weiße Mähne u. weißer Schweif | 1,68 | 6 | Belgier | Lamersdorf, Kreis Düren | 15 |
| 17 | Bartz | Lamersdorf | Fuchs | Stern, weiße Mähne u. weißer Schweif | 1,66 | 7 | „ | dito | 12,50 |

## III. Körbezirk (Linnich).

| Nr. des Körscheins | Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | Ort der Aufstellung der Hengste. | Sprunggeld M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Meulenbergh | Breil | Fuchs | Stern, weiße Mähne u. weißer Schweif | 1,58 | 3 | Belgier | Breil, Kreis Geilenkirchen | 13 |
| 19 | „ | „ | braun | Stern | 1,56 | 3 | „ | dito | 13 |
| 20 | „ | „ | „ | „ | 1,62 | 3 | „ | dito | 16 |
| 21 | „ | „ | „ | Blesse | 1,60 | 3 | „ | dito | 31 |
| 22 | „ | „ | „ | Stern, rechte Hinterfessel weiß | 1,61 | 3 | „ | dito | 21 |
| 23 | „ | „ | „ | Stern und Schnippe | 1,62 | 4 | „ | dito | 31 |
| 24 | Claßen | Beek | „ | Flocke | 1,69 | 3 | „ | Beek, Kreis Geilenkirchen | 16 |
| 25 | Jäger | Hülhoven | „ | Stern, beide Hinterfesseln weiß | 1,58 | 6 | „ | Hülhoven, Kreis Heinsberg | 15 |
| 26 | Meulenbergh | Süsterseel | „ | Stern | 1,61 | 3 | „ | Süsterseel, Kreis Heinsberg | 16 |
| 27 | Frantzen | Ameln | „ | Stern, rechte Hinterfessel weiß | 1,63 | 4 | rheinisch. Pferd | Ameln, Kreis Jülich | 16 |
| 28 | „ | „ | „ | Stern | 1,63 | 3 | „ | dito | 21 |
| 29 | Keller | Volkershoven. | Fuchs | Blesse | 1,57 | 4 | „ | Volkershoven, Kreis Jülich | 12 |
| 30 | Kirsch | Siersdorf | braun | Stern | 1,69 | 4 | „ | Siersdorf, Kreis Jülich | 15 |
| 31 | Rey | Dürboslar | „ | „ | 1,67 | 9 | Belgier | Dürboslar, Kreis Jülich | 13,50 |

| Nr. des Körscheins | Der Hengstbesitzer | | Der Hengste | | | | | Ort der Aufstellung der Hengste | Sprunggeld |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse | | M. |
| | **IV. Körbezirk (Sourbrodt).** | | | | | | | | |
| 32 | Kgl. Domänenverwaltung | Bütgenbach | braun | Flocke | 1,66 | 3 | rheinisch. Pferd | Bütgenbach, Kreis Malmedy | 9,75 |
| 33 | Lokalabteilung Montjoie | Montjoie | Fuchs | Blesse, weiße Mähne u. weißer Schweif, linker Hinterfuß weiß | 1,54 | 4 | " | Gut Reichenstein, Kreis Montjoie | 9,75 |

Bei dieser Gelegenheit wird auf den ersten Satz des §. 9 der Körordnung vom 15. August 1880 (Amtsbl. S. 239) aufmerksam gemacht, welcher lautet:

„Wer einen nicht angekörten Hengst zur Deckung fremder Stuten, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung hergibt, verfällt für jeden Übertretungsfall in eine Strafe von 30 M. und der Eigentümer der Stute in eine solche von 15 M."

Aachen, den 17. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 26** Der Provinzialrat hat der Gemeinde Raeren im Kreise Eupen die Abhaltung eines Viehmarktes am ersten Dienstag nach dem 14. September (Kreuzerhöhung) auf weitere drei Jahre versuchsweise gestattet.

Aachen, den 11. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 27** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Januar 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 3 | 3 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 4 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 7 | 8 |
| Geflügelcholera | Aachen-Land | 2 | 2 |

Aachen, den 16. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 28** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau zweier Unterführungen an der Eisenbahnstrecke Cöln-Herbesthal in der Gemeinde Rothberg zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Freitag, den 20. Januar d. Js., beginnend um halb 4 Uhr nachmittags, bei km 54,2 der Eisenbahnstrecke Cöln-Herbesthal anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu er-

scheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.
Aachen, den 11. Januar 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 29 Die Königliche Maschinenbau- und Hüttenschule zu Duisburg**

eröffnet am 3. April d. Js. in ihren beiden Abteilungen:

1. Maschinenbauschule für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Kesselschmiede und ähnliche Gewerbetreibende;
2. Hüttenschule für Eisen- und Metallhüttenleute und -Gießer, Arbeiter von Kokereien, Glashütten, Cementfabriken und der chemischen Großindustrie

einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Staatseisenbahnbeamten zu den „anerkannten Fachschulen", deren Reifezeugnisse für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Vergünstigungen gewähren: Nur die Reifeprüfungen der von der Staatseisenbahnverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse. (§. 37,4 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die Letzteren haben eintretendenfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Reifezeugnis einer nicht anerkannten Fachschule besitzen. — Min.-Erlaß vom 23. Mai 1900. —

Duisburg, den 5. Januar 1905.

Der Direktor.
Barthel.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 3.

---

Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatte für 1904 ist erschienen und zum Preise von **50** Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Kaiserlichen Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt I (Zeitungsstelle) — zu beziehen.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 4. Ausgegeben zu Aachen, Mittwoch, den 25. Januar 1905.

**Inhalt:** Verteilungsplan des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Aachen für das Rechnungsjahr 1905 S. 15—25.

**Nr. 30**

## Verteilungs-Plan

des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Aachen für das Rechnungsjahr **1905**.

| Der Ausgebedarf berechnet sich, wie folgt: | für Lehrer M | ₰ | für Lehrerinnen M | ₰ |
|---|---|---|---|---|
| 1. Alterszulage nach dem Stande vom 1. Oktober 1904 . . . | 598 245 | | 153 815 | — |
| 2. Voraussichtliche Steigerung der Alterszulage im Jahre 1905 | 34 525 | | 10 705 | — |
| 3. Voraussichtliche Zugänge an Alterszulagen . . . . . . . | 38 412 | 62 | 10 935 | 56 |
| | 671 182 | 62 | 175 455 | 56 |
| 4. Davon ab: a) Durchschnittlicher Abgang infolge Pensionierung pp. | 15 290 | | 4 700 | — |
| b) Voraussichtliche Einnahmen für neue Stellen . | 4 535 | 27 | 3 997 | 93 |
| Mithin verbleiben . . . . . . . | 651 357 | 35 | 166 757 | 63 |
| 5. Vergütung des Kassenanwaltes (250 M.) . . . . . . . | 199 | 04 | 50 | 96 |
| 6. Sächliche Ausgaben (120 M.) . . . . . . . . . . . . | 95 | 54 | 24 | 56 |
| | 651 651 | 93 | 166 833 | 15 |
| 7. Bestand aus dem Rechnungsjahre 1903 (672,24 M.) . . . | 535 | 22 | 137 | 02 |
| Gesamtsumme . . . | 651 116 | 71 | 166 696 | 13 |

Zur Deckung des Bedarfs sind an Beiträgen zu erheben:

a) für Lehrerstellen:

für jede der unter Zugrundelegung des Mindestsatzes von 100 M. als Einheitssatz der Alterszulagen sich ergebenden 1727,35 Stelleneinheiten rund 377 M.; demnach für Stellen mit:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 120 M. | Alterszulagen | 1, 2 × | 377 M. | = 452,40 M. |
| 125 | " | " | 1,25 × | " " | = 471,25 " |
| 130 | " | " | 1, 3 × | " " | = 490,10 " |
| 140 | " | " | 1, 4 × | " " | = 527,80 " |
| 150 | " | " | 1, 5 × | " " | = 565,50 " |
| 160 | " | " | 1, 6 × | " " | = 603,20 " |
| 170 | " | " | 1, 7 × | " " | = 640,90 " |
| 175 | " | " | 1,75 × | " " | = 659,75 " |
| 180 | " | " | 1, 8 × | " " | = 678,60 " |
| 190 | " | " | 1, 9 × | " " | = 716,30 " |
| 200 | " | " | 2, 0 × | " " | = 754,00 " |

b) für Lehrerinnenstellen:

für jede der unter Zugrundelegung des Mindestsatzes von 80 M. als Einheitssatz der Alterszulagen sich ergebenden 731,5 Stelleneinheiten rund 228 M.; demnach für Stellen mit:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 80 M. | Alterszulagen | 1 | × 228 M. | = 228,00 M. |
| 90 " | " | $1^1/_8$ | × | " " | = 256,50 " |
| 95 " | " | $1^{15}/_{80}$ | × | " " | = 270,75 " |
| 100 " | " | $1^2/_8$ | × | " " | = 285,00 " |
| 110 " | " | $1^3/_8$ | × | " " | = 313,50 " |
| 120 " | " | $1^4/_8$ | × | " " | = 342,00 " |

Die hiernach gemäß dem Gesetz vom 3. März 1897 (G.-S. S. 25) vom Staate mit 337 M. für die Lehrerstelle und mit 184 M. für die Lehrerinnenstelle bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde und von den Schulverbänden zu leistenden Beiträge sind in der nachstehenden Übersicht

im einzelnen aufgeführt. Die Beiträge der Schulverbände werden bei der Zahlung der Staatsbeiträge in vierteljährlichen Raten im voraus aufgerechnet oder von den Verbänden eingezogen werden.

Der Plan hat dem Kassenanwalt zur Prüfung vorgelegen; Einwendungen gegen denselben sind nicht erhoben. Innerhalb vier Wochen nach dieser Bekanntgabe steht den einzelnen Schulverbänden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Abänderung des Verteilungsplanes bei dem Bezirksausschuß zu. Die Klage hat jedoch keine aufschiebbare Wirkung.

Aachen, den 10. Januar 1905.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm. Heising.

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die | | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für | | | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge | | | | Die Gemeinden haben aufzubringen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stellen an den öffentlichen Volksschulen | | Lehrer | Lehrerinnen | Lehrer | | Lehrerinnen | | für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstellen | Beiträge | für die Lehrer | | für die Lehrerinnen | | insgesamt | |
| | | | ℳ | ℳ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | | ℳ | | ℳ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ |
| **1. Kreis Aachen Stadt.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aachen Stadt einschließlich Synagogengemeinde Aachen | 168 | 160 | 200 | 100 | 126672 | — | 45600 | — | 27 (einschl. 14 Lehrerstellen der früheren Stadt Burtscheid.) | 9099 | 23 (einschl. 11 Lehrerinnenstellen der früheren Stadt Burtscheid.) | 4232 | 117573 | — | 41368 | — | 158941 | — |
| | 168 | 160 | — | — | 126672 | — | 45600 | — | 27 | 9099 | 23 | 4232 | 117573 | — | 41368 | — | 158941 | — |
| **2. Kreis Aachen Land.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Alsdorf | 7 | 7 | 160 | 100 | 4222 | 40 | 1995 | — | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 1863 | 40 | 707 | — | 2570 | 40 |
| Bardenberg | 5 | 6 | 130 | 80 | 2450 | 50 | 1368 | — | 5 | 1685 | 6 | 1104 | 765 | 50 | 264 | — | 1029 | 50 |
| Brand | 5 | 5 | 140 | 90 | 2639 | — | 1282 | 50 | 5 | 1685 | 5 | 920 | 954 | — | 362 | 50 | 1316 | 50 |
| Broich | 5 | 2 | 140 | 100 | 2639 | — | 570 | — | 5 | 1685 | 2 | 368 | 954 | — | 202 | — | 1156 | — |
| Büsbach | 10 | 8 | 160 | 90 | 6032 | — | 2052 | — | 10 | 3370 | 8 | 1472 | 2662 | — | 580 | — | 3242 | — |
| Cornelimünster | 4 | 6 | 140 | 90 | 2111 | 20 | 1539 | — | 4 | 1348 | 6 | 1104 | 763 | 20 | 435 | — | 1198 | 20 |
| Eilendorf | 11 | 12 | 180 | 100 | 7464 | 60 | 3420 | — | 11 | 3707 | 12 | 2208 | 3757 | 60 | 1212 | — | 4969 | 60 |
| Eschweiler | 34 | 31 | 175 | 100 | 22431 | 50 | 8835 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 18050 | 50 | 6627 | — | 24677 | 50 |
| Forst | 11 | 9 | 180 | 100 | 7464 | 60 | 2565 | — | 11 | 3707 | 9 | 1656 | 3757 | 60 | 909 | — | 4666 | 60 |
| Gressenich | 9 | 8 | 160 | 100 | 5428 | 80 | 2280 | — | 9 | 3033 | 8 | 1472 | 2395 | 80 | 808 | — | 3203 | 80 |
| Haaren | 9 | 9 | 180 | 100 | 6107 | 40 | 2565 | — | 9 | 3033 | 9 | 1656 | 3074 | 40 | 909 | — | 3983 | 40 |
| Herzogenrath | 7 | 7 | 150 | 90 | 3958 | 50 | 1795 | 50 | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 1599 | 50 | 507 | 50 | 2107 | — |
| Höngen | 10 | 8 | 140 | 80 | 5278 | — | 1824 | — | 10 | 3370 | 8 | 1472 | 1908 | — | 352 | — | 2260 | — |
| Kinzweiler | 4 | 2 | 140 | 80 | 2111 | 20 | 456 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 763 | 20 | 88 | — | 851 | 20 |
| Laurensberg | 5 | 2 | 180 | 100 | 3393 | — | 570 | — | 5 | 1685 | 2 | 368 | 1708 | — | 202 | — | 1910 | — |
| | | | ab 1. | 4. 05 | | | | | | | | | | | | | | |
| Merkstein | 3 | 2 | 150 | 90 | 1696 | 50 | 513 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 685 | 50 | 145 | — | 830 | 50 |
| Pannesheide | 12 | 11 | 140 | 80 | 6333 | 60 | 2508 | — | 12 | 4044 | 11 | 2024 | 2289 | 60 | 484 | — | 2773 | 60 |
| Richterich | 5 | 4 | 140 | 80 | 2639 | — | 912 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 954 | — | 176 | — | 1130 | — |
| Stolberg | 22 | 22 | 180 | 100 | 14929 | 20 | 6270 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 10548 | 20 | 4062 | — | 14610 | 20 |
| Walheim | 7 | 3 | 140 | 90 | 3694 | 60 | 769 | 50 | 7 | 2359 | 3 | 552 | 1335 | 60 | 217 | 50 | 1553 | 10 |
| Weiden | 5 | 4 | 140 | 100 | 2639 | — | 1140 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 954 | — | 404 | — | 1358 | — |
| Würselen | 15 | 15 | 180 | 100 | 10179 | — | 4275 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 5798 | — | 2067 | — | 7865 | — |
| | | | ab 1. | 4. 05 | | | | | | | | | | | | | | |
| | 205 | 183 | — | — | 125842 | 60 | 49504 | 50 | 173 | 58301 | 151 | 27784 | 67541 | 60 | 21720 | 50 | 89262 | 10 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Lehrerinnen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge ℳ | für Lehrerinnenstellen | Beiträge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | insgesamt ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| **3. Kreis Düren.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Arnoldsweiler | 3 | 2 | 140 | 100 | 1583 | 40 | 570 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 202 | — | 774 | 40 |
| Ellen | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Morschenich | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Binsfeld | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Frauwüllesheim | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Berzbuir-Kufferath | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Birgel | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Gürzenich | 3 | 3 | 140 | 80 | 1583 | 40 | 684 | — | 3 | 1011 | 3 | 552 | 572 | 40 | 132 | — | 704 | 40 |
| Lendersdorf | 2 | 2 | 150 | 90 | 1131 | — | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 457 | — | 145 | — | 602 | — |
| Rölsdorf | 2 | 1 | 150 | 90 | 1131 | — | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 72 | 50 | 529 | 50 |
| Birkesdorf | 6 | 6 | 150 | 100 | 3393 | — | 1710 | — | 6 | 2022 | 6 | 1104 | 1371 | — | 606 | — | 1977 | — |
| Huchem-Stammeln-Selhausen | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| Bürvenich | 2 | 1 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 101 | — | 482 | 60 |
| Embken | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Boich-Leversbach | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Drove | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Jakobwüllesheim-Bubenheim | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Soller | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Thum | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Uedingen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Düren Stadt | 44 | 31 | 200 | 110 | 33176 | — | } 9718 | 50 | 15 | 5055 | 10 | 1840 | 28724 | 20 | 7878 | 50 | 36602 | 70 |
| Düren Synagogengemeinde | 1 | — | 160 | — | 603 | 20 | } | | | | | | | | | | | |
| Echtz-Conzendorf | 1 | 1 | 130 | 80 | 490 | 10 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 153 | 10 | 44 | — | 197 | 10 |
| Geich-Obergeich | 1 | — | 130 | — | 490 | 10 | — | — | 1 | 337 | — | — | 153 | 10 | — | — | 153 | 10 |
| Merode | 1 | — | 130 | — | 490 | 10 | — | — | 1 | 337 | — | — | 153 | 10 | — | — | 153 | 10 |
| Schlich-D'horn | 2 | 1 | 130 | 80 | 980 | 20 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 306 | 20 | 44 | — | 350 | 20 |
| Froitzheim-Frangenheim | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Ginnick | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Vettweiß-Kettenheim | 2 | 2 | 140 | 80 | 1055 | 60 | 456 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 381 | 60 | 88 | — | 469 | 60 |
| Füssenich, Bürgermeisterei, bestehend aus den Gemeinden Füssenich, Geich und Juntersdorf | 4 | 1 | 140 | 100 | 2111 | 20 | 285 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 763 | 20 | 101 | — | 864 | 20 |
| Gladbach | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Kelz | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| Lürheim | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Frenz | 1 | 1 | 150 | 100 | 565 | 50 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 228 | 50 | 101 | — | 329 | 50 |
| Lamersdorf | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Langerwehe | 4 | 4 | 150 | 90 | 2262 | — | 1026 | — | 4 | 1348 | 4 | 736 | 914 | — | 290 | — | 1204 | — |
| Derichsweiler-Hardt | 2 | 2 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 381 | 60 | 145 | — | 526 | 60 |
| Mariaweiler-Hoven | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrer-innen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrer-innen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrer-innen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrer-stellen | Bei-träge | für Lehrer-innenstell. | Bei-träge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrer-innen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | ℳ | ℳ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | | ℳ | | ℳ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ |
| Merken | 2 | 2 | 150 | 90 | 1131 | — | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 457 | — | 145 | — | 602 | — |
| Girbelsrath | 1 | — | 130 | — | 490 | 10 | — | — | 1 | 337 | — | — | 153 | 10 | — | — | 153 | 10 |
| Golzheim | 2 | 1 | 130 | 100 | 980 | 20 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 306 | 20 | 101 | — | 407 | 20 |
| Merzenich | 2 | 2 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 570 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 381 | 60 | 202 | — | 583 | 60 |
| Abenden | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Nideggen-Rath, Brück-Hetzingen | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Obermaubach-Schlagstein | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Niederzier | 3 | 1 | 140 | 80 | 1583 | 40 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 572 | 40 | 44 | — | 616 | 40 |
| Oberzier | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Eschweiler über Feld | 1 | 1 | 120 | 100 | 452 | 40 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 101 | — | 216 | 40 |
| Hochkirchen, Eggersheim, Irresheim | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Nörvenich | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Oberbolheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Poll | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Rath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Wissersheim | 1 | 1 | 140 | 80 | 527 | 80 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 44 | — | 234 | 80 |
| Hastenrath | 3 | 2 | 140 | 90 | 1583 | 40 | 513 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 145 | — | 717 | 40 |
| Rothberg | 4 | 1 | 140 | 90 | 2111 | 20 | 256 | 50 | 4 | 1348 | 1 | 184 | 763 | 20 | 72 | 50 | 835 | 70 |
| Wenau | 3 | 1 | 140 | 90 | 1583 | 40 | 256 | 50 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 572 | 40 | 72 | 50 | 644 | 90 |
| Lucherberg | 1 | — | 130 | — | 490 | 10 | — | — | 1 | 337 | — | — | 153 | 10 | — | — | 153 | 10 |
| Pier | 2 | 2 | 130 | 80 | 980 | 20 | 456 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 306 | 20 | 88 | — | 394 | 20 |
| Schophoven | 1 | 1 | 130 | 80 | 490 | 10 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 153 | 10 | 44 | — | 197 | 10 |
| Disternich | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Müddersheim | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Sievernich | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Kreuzau | 3 | 2 | 140 | 100 | 1583 | 40 | 570 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 202 | — | 774 | 40 |
| Niederau | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Stockheim | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Winden | 2 | 1 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 101 | — | 482 | 60 |
| Bergstein | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Brandenberg | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Gey-Straß | 2 | 1 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 101 | — | 482 | 60 |
| Großhau | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Hürtgen | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Kleinhau | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Untermaubach-Bogheim | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Weisweiler | 2 | 2 | 150 | 90 | 1131 | — | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 457 | — | 145 | — | 602 | — |
| Berg-Thuir | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Pissenheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Wollersheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| | 171 | 92 | — | — | 98472 | 40 | 25593 | — | 141 | 47517 | 71 | 13064 | 50955 | 40 | 12529 | — | 63484 | 40 |

| Kreis und Schulverband | Lehrerstellen an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnenstellen an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | M | M | M | ₰ | M | ₰ | | M | | M | M | ₰ | M | ₰ | M | ₰ |
| **4. Kreis Erkelenz.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Beeck | 6 | 2 | 120 | 80 | 2714 | 40 | 456 | — | 6 | 2022 | 2 | 368 | 692 | 40 | 88 | — | 780 | 40 |
| Körrenzig | 4 | 1 | 120 | 80 | 1809 | 60 | 228 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 461 | 60 | 44 | — | 505 | 60 |
| Gevenich | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Glimbach | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Kurich | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Baal | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Doveren | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Granterath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Hetzerath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Hückelhoven | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Elmpt | 4 | — | 120 | — | 1809 | 60 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 461 | 60 | — | — | 461 | 60 |
| Erkelenz | 8 | 5 | 140 | 90 | 4222 | 40 | 1282 | 50 | 8 | 2696 | 5 | 920 | 1526 | 40 | 362 | 50 | 1888 | 90 |
| Gerderath | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Holzweiler | 2 | 2 | 120 | 80 | 904 | 80 | 456 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 230 | 80 | 88 | — | 318 | 80 |
| Immerath | 3 | — | 140 | — | 1583 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 572 | 40 | — | — | 572 | 40 |
| Vorschemich | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Keyenberg | 2 | — | 175 | — | 1319 | 50 | — | — | 2 | 674 | — | — | 645 | 50 | — | — | 645 | 50 |
| Venrath | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Kleingladbach | 4 | 1 | 120 | 80 | 1809 | 60 | 228 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 461 | 60 | 44 | — | 505 | 60 |
| Matzerath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Kückhoven | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Lövenich | 6 | 2 | 120 | 80 | 2714 | 40 | 456 | — | 6 | 2022 | 2 | 368 | 692 | 40 | 88 | — | 780 | 40 |
| Niederkrüchten | 9 | 2 | 120 | 80 | 4071 | 60 | 456 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 1038 | 60 | 88 | — | 1126 | 60 |
| Schwanenberg | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Wegberg | 9 | 4 | 120 | 80 | 4071 | 60 | 912 | — | 9 | 3033 | 4 | 736 | 1038 | 60 | 176 | — | 1214 | 60 |
| | 82 | 22 | — | — | 38642 | 50 | 5158 | 50 | 82 | 27634 | 22 | 4048 | 11008 | 50 | 1110 | 50 | 12119 | — |
| **5. Kreis Eupen.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Eupen | 18 | 17 | 175 | 120 | 11875 | 50 | 5814 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 7494 | 50 | 3606 | — | 11100 | 50 |
| Eynatten | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| Hauset | 1 | 1 | 140 | 90 | 527 | 80 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 72 | 50 | 263 | 30 |
| Hergenrath und Pr.-Moresnet | 2 | 2 | 150 | 90 | 1131 | — | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 457 | — | 145 | — | 602 | — |
| Kettenis | 2 | 1 | 150 | 90 | 1131 | — | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 72 | 50 | 529 | 50 |
| Lontzen | 4 | 2 | 140 | 90 | 2111 | 20 | 513 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 763 | 20 | 145 | — | 908 | 20 |
| Moresnet; evangel. Kirchengemeinde | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Raeren | 5 | 4 | 150 | 100 | 2827 | 50 | 1140 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 1142 | 50 | 404 | — | 1546 | 50 |
| Walhorn | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| | 37 | 29 | — | — | 22167 | 60 | 9006 | — | 32 | 10784 | 24 | 4416 | 11383 | 60 | 4590 | — | 15973 | 60 |
| **6. Kreis Geilenkirchen.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Baesweiler | 3 | 1 | 120 | 100 | 1357 | 20 | 285 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 101 | — | 447 | 20 |
| Beggendorf | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Oidtweiler | 2 | 1 | 120 | 100 | 904 | 80 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 101 | — | 331 | 80 |
| Uebach | 4 | 1 | 140 | 100 | 2111 | 20 | 285 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 763 | 20 | 101 | — | 864 | 20 |
| Brachelen | 4 | 3 | 130 | 90 | 1960 | 40 | 769 | 50 | 4 | 1348 | 3 | 552 | 612 | 40 | 217 | 50 | 829 | 90 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stellen an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stellen an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrerinnen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge ℳ | für Lehrerinnenstell. | Beiträge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer ℳ | ₰ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrerinnen ℳ | ₰ | insgesamt ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lindern | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Frelenberg | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Birgden | 1 | 2 | 120 | 80 | 452 | 40 | 456 | — | 1 | 337 | 2 | 368 | 115 | 40 | 88 | — | 203 | 40 |
| Gangelt | 6 | 1 | 120 | 80 | 2714 | 40 | 228 | — | 6 | 2022 | 1 | 184 | 692 | 40 | 44 | — | 736 | 40 |
| Geilenkirchen | 9 | 2 | 140 | 100 | 4750 | 20 | 570 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 1717 | 20 | 202 | — | 1919 | 20 |
| Immendorf | 3 | 2 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 456 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 346 | 20 | 88 | — | 434 | 20 |
| Puffendorf | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Randerath | 3 | 2 | 140 | 80 | 1583 | 40 | 456 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 88 | — | 660 | 40 |
| Scherpenseel | 2 | 2 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 570 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 381 | 60 | 202 | — | 583 | 60 |
| Schümmerquartier | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Teveren | 3 | 1 | 140 | 100 | 1583 | 40 | 285 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 572 | 40 | 101 | — | 673 | 40 |
| Beeck | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Süggerath | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Würm | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| | 53 | 21 | — | — | 25862 | 20 | 5386 | 50 | 53 | 17861 | 21 | 3864 | 8001 | 20 | 1522 | 50 | 9523 | 70 |
| **7. Kreis Heinsberg.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aphoven | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Schafhausen | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Birgelen | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Effeld | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Ophoven | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Braunsrath | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |
| Breberen | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Dremmen | 3 | 2 | 140 | 100 | 1583 | 40 | 570 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 202 | — | 774 | 40 |
| Horst | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Haaren | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |
| Havert | 2 | 2 | 120 | 80 | 904 | 80 | 456 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 230 | 80 | 88 | — | 318 | 80 |
| Millen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Tüddern | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Heinsberg | 4 | 2 | 140 | 100 | 2111 | 20 | 570 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 763 | 20 | 202 | — | 965 | 20 |
| Hilfarth | 3 | 1 | 140 | 100 | 1583 | 40 | 285 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 572 | 40 | 101 | — | 673 | 40 |
| Porselen | 1 | 1 | 140 | 100 | 527 | 80 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 101 | — | 291 | 80 |
| Karken | 3 | 1 | 140 | 95 | 1583 | 40 | 270 | 75 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 572 | 40 | 86 | 75 | 659 | 15 |
| Kempen | 2 | 1 | 140 | 95 | 1055 | 60 | 270 | 75 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 86 | 75 | 468 | 35 |
| Kirchhoven | 3 | 2 | 140 | 95 | 1583 | 40 | 541 | 50 | 3 | 1011 | 2 | 368 | 572 | 40 | 173 | 50 | 745 | 90 |
| Arsbeck | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |
| Myhl | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Wildenrath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Oberbruch | 3 | — | 140 | — | 1583 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 572 | 40 | — | — | 572 | 40 |
| Ratheim | 4 | 1 | 120 | 80 | 1809 | 60 | 228 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 461 | 60 | 44 | — | 505 | 60 |
| Höngen | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Saeffeln | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Unterbruch | 2 | 1 | 140 | 100 | 1055 | 60 | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 101 | — | 482 | 60 |
| Waldenrath | 5 | — | 120 | — | 2262 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 577 | — | — | — | 577 | — |
| Waldfeucht | 4 | 1 | 120 | 80 | 1809 | 60 | 228 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 461 | 60 | 44 | — | 505 | 60 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge ℳ | für Lehrerinnenstell. | Beiträge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | insgesamt ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Orsbeck . . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Wassenberg . . . | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |
| Hillensberg . . . | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Süsterseel . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Wehr . . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| | 75 | 29 | — | — | 35739 | 60 | 7182 | — | 75 | 25275 | 29 | 5336 | 10464 | 60 | 1846 | — | 12310 | 60 |
| **8. Kreis Jülich.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aldenhoven | 2 | 1 | 150 | 90 | 1131 | — | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 72 | 50 | 529 | 50 |
| Engelsdorf . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Langweiler . . . | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Niedermerz . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Pattern . . . . | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Barmen . . . . | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Floßdorf . . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Merzenhausen . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Bourheim . . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Coslar . . . . . | 3 | 1 | 130 | 90 | 1470 | 30 | 256 | 50 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 459 | 30 | 72 | 50 | 531 | 80 |
| Dürwiß . . . . | 2 | 2 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 513 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 381 | 60 | 145 | — | 526 | 60 |
| Laurensberg . . . | 1 | 1 | 140 | 80 | 527 | 80 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 44 | — | 234 | 80 |
| Lohn . . . . . | 4 | — | 140 | — | 2111 | 20 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 763 | 20 | — | — | 763 | 20 |
| Ederen . . . . . | 1 | 1 | 140 | 90 | 527 | 80 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 72 | 50 | 263 | 30 |
| Gereonsweiler . . | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Dürboslar . . . | 1 | 1 | 140 | 90 | 527 | 80 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 72 | 50 | 263 | 30 |
| Freialdenhoven . . | 1 | 1 | 140 | 90 | 527 | 80 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 72 | 50 | 263 | 30 |
| Hambach . . . . | 2 | — | 175 | — | 1319 | 50 | — | — | 2 | 674 | — | — | 645 | 50 | — | — | 645 | 50 |
| Krauthausen-Selgersdorf . | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| Stetternich . . . | 2 | — | 175 | — | 1319 | 50 | — | — | 2 | 674 | — | — | 645 | 50 | — | — | 645 | 50 |
| Boslar . . . . . | 2 | 1 | 150 | 100 | 1131 | — | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 101 | — | 558 | — |
| Gevelsdorf . . . | 1 | — | ab 1. 4. 06 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Hasselsweiler . . | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Hompesch . . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Hettorf . . . . . | 1 | 1 | 140 | 90 | 527 | 80 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 72 | 50 | 263 | 30 |
| Müntz . . . . . | 1 | 1 | 150 | 90 | 565 | 50 | 256 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 228 | 50 | 72 | 50 | 301 | — |
| Ralshoven . . . | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Tetz . . . . . . | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Inden . . . . . | 2 | 1 | 125 | 80 | 942 | 50 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 268 | 50 | 44 | — | 312 | 50 |
| Inden; evangelische Kirchengemeinde . | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Jülich . . . . . | 7 | 7 | 180 | 110 | 4750 | 20 | 2194 | 50 | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 2391 | 20 | 906 | 50 | 3297 | 70 |
| Altdorf . . . . . | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Kirchberg . . . . | 2 | 1 | 150 | 100 | 1131 | — | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 101 | — | 558 | — |
| Linnich . . . . . | 1 | 2 | 180 | 110 | 678 | 60 | 627 | — | 1 | 337 | 2 | 368 | 341 | 60 | 259 | — | 600 | 60 |
| Broich . . . . . | 1 | 1 | 160 | 100 | 603 | 20 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 266 | 20 | 101 | — | 367 | 20 |
| Güsten . . . . . | 1 | 1 | 160 | 100 | 603 | 20 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 266 | 20 | 101 | — | 367 | 20 |
| Mersch . . . . . | 2 | — | 175 | — | 1319 | 50 | — | — | 2 | 674 | — | — | 645 | 50 | — | — | 645 | 50 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrer-innen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrer-innen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrer-innen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Bei-träge | für Lehrer-innenstell. | Bei-träge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrer-innen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Pattern | 1 | 1 | 175 | 100 | 659 | 75 | 285 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 322 | 75 | 101 | — | 423 | 75 |
| Welldorf | 2 | — | 160 | — | 1206 | 40 | — | — | 2 | 674 | — | — | 532 | 40 | — | — | 532 | 40 |
| Roedingen | 4 | 1 | 160 | 100 | 2412 | 80 | 285 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 1064 | 80 | 101 | — | 1165 | 80 |
| Steinstraß | 2 | 1 | 150 | 100 | 1131 | — | 285 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 101 | — | 558 | — |
| Roerdorf | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Bettendorf | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Schaufenberg | 2 | 2 | 150 | 80 | 1131 | — | 456 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 457 | — | 88 | — | 545 | — |
| Schleiden | 1 | 1 | 140 | 80 | 527 | 80 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 44 | — | 234 | 80 |
| Setterich | 2 | 1 | 150 | 80 | 1131 | — | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 44 | — | 501 | — |
| Siersdorf | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Titz | 6 | 1 | 160 | 100 | 3619 | 20 | 285 | — | 6 | 2022 | 1 | 184 | 1597 | 20 | 101 | — | 1698 | 20 |
| Welz | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| | 87 | 33 | — | — | 49292 | 75 | 9034 | 50 | 87 | 29319 | 33 | 6072 | 19973 | 75 | 2962 | 50 | 22936 | 25 |
| **9. Kreis Malmedy** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Amel-Eibertingen | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Deidenberg | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Heppenbach | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Iveldingen-Montenau | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Mirfeld | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Möderscheid | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Schoppen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Bellevaux | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Bürnenville | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Géromont | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Xhoffraix | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Büllingen | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Honsfeld | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Hünningen | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Mürringen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Rocherath-Krinkelt | 2 | 1 | 150 | 80 | 1131 | — | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 457 | — | 44 | — | 501 | — |
| Wirtzfeld | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Berg | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Bütgenbach | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Elsenborn | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Faymonville | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Nidrum | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Sourbrodt | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Weywertz | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Crombach | 5 | — | 140 | — | 2639 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 954 | — | — | — | 954 | — |
| Lommersweiler | 5 | — | 140 | — | 2639 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 954 | — | — | — | 954 | — |
| Malmedy | 7 | 7 | 170 | 110 | 4486 | 30 | 2194 | 50 | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 2127 | 30 | 906 | 50 | 3033 | 80 |
| Malmedy; evangel. Kirchengemeinde | 1 | — | 170 | — | 640 | 90 | — | — | 1 | 337 | — | — | 303 | 90 | — | — | 303 | 90 |
| Manderfeld | 5 | — | 150 | — | 2827 | 50 | — | — | 5 | 1685 | — | — | 1142 | 50 | — | — | 1142 | 50 |
| Herresbach | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge: für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stellen an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Medell | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Meyerode | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Valender | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Wallerode | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Ligneuville | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Recht | 4 | — | 120 | — | 1809 | 60 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 461 | 60 | — | — | 461 | 60 |
| Reuland | 8 | — | 120 | — | 3619 | 20 | — | — | 8 | 2696 | — | — | 923 | 20 | — | — | 923 | 20 |
| Thommen | 7 | — | 120 | — | 3166 | 80 | — | — | 7 | 2359 | — | — | 807 | 80 | — | — | 807 | 80 |
| Schönberg | 3 | — | 150 | — | 1696 | 50 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 685 | 50 | — | — | 685 | 50 |
| St. Vith | 3 | 2 | 150 | 100 | 1696 | 50 | 570 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 685 | 50 | 202 | — | 887 | 50 |
| Ovifat | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Robertville | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Weismes | 6 | — | 140 | — | 3166 | 80 | — | — | 6 | 2022 | — | — | 1144 | 80 | — | — | 1144 | 80 |
| | 93 | 12 | — | — | 47954 | 40 | 3448 | 50 | 93 | 31341 | 12 | 2208 | 16613 | 40 | 1240 | 50 | 17853 | 90 |
| **10. Kreis Montjoie.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Eicherscheid | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Höfen | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Rohren | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Conzen | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Imgenbroich | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Mützenich | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Kalterherberg | 3 | 1 | 150 | 80 | 1696 | 50 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 685 | 50 | 44 | — | 729 | 50 |
| | | | ab 1. | 4. 05 | | | | | | | | | | | | | | |
| Kesternich | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Steckenborn | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Strauch | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Montjoie | 4 | 3 | 170 | 100 | 2563 | 60 | 855 | — | 4 | 1348 | 3 | 552 | 1215 | 60 | 303 | — | 1518 | 60 |
| Rötgen | 4 | — | 150 | — | 2262 | — | — | — | 4 | 1348 | — | — | 914 | — | — | — | 914 | — |
| Rott | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Ruhrberg | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Schmidt | 2 | 1 | 140 | 80 | 1055 | 60 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 44 | — | 425 | 60 |
| Vossenack | 2 | 1 | 140 | 80 | 1055 | 60 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 44 | — | 425 | 60 |
| Lammersdorf | 2 | — | 150 | — | 1131 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 457 | — | — | — | 457 | — |
| Simmerath | 4 | — | 120 | — | 1809 | 60 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 461 | 60 | — | — | 461 | 60 |
| Zweifall | 3 | 1 | 120 | 80 | 1357 | 20 | 228 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 346 | 20 | 44 | — | 390 | 20 |
| | 42 | 9 | — | — | 21413 | 60 | 2223 | — | 42 | 14154 | 9 | 1656 | 7259 | 60 | 567 | — | 7826 | 60 |
| **11. Kreis Schleiden** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Blankenheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Blankenheimerdorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Mülheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Reetz | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Bleibuir | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Hergarten | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Blatten | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Tall | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer M | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen M | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer M | Pf | Lehrerinnen M | Pf | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge: für Lehrerstellen | Beiträge M | für Lehrerinnenstell. | Beiträge M | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer M | Pf | Lehrerinnen M | Pf | insgesamt M | Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Rinnen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Sistig | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Sötenich | 1 | 1 | 140 | 80 | 527 | 80 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 190 | 80 | 44 | — | 234 | 80 |
| Untergolbach | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Baasem | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| Cronenburg | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Dahlem | 2 | 1 | 140 | 90 | 1055 | 60 | 256 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 381 | 60 | 72 | 50 | 454 | 10 |
| Alendorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Dollendorf | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Hüngersdorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Ripsdorf | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Waldorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Dreiborn | 10 | 1 | 120 | 80 | 4524 | — | 228 | — | 10 | 3370 | 1 | 184 | 1154 | — | 44 | — | 1198 | — |
| Berg | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Eicks | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Floisdorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Glehn | 1 | — | 140 | — | 527 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 190 | 80 | — | — | 190 | 80 |
| Hostel | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Gemünd | 4 | 2 | 150 | 90 | 2262 | — | 513 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 914 | — | 145 | — | 1059 | — |
| Gemünd; evangel. Kirchengemeinde | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Broich | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Harperscheid | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Hausen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Heimbach | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Hellenthal | 9 | 2 | 120 | 80 | 4071 | 60 | 456 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 1038 | 60 | 88 | — | 1126 | 60 |
| Hollerath | 5 | — | 120 | — | 2262 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 577 | — | — | — | 577 | — |
| Bonderath, Roderath und Bergrath | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Buir-Frohngau | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Engelgau | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Holzmülheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Rohr | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Tondorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Keldenich | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Ahrdorf | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Freilingen | 1 | — | 150 | — | 565 | 50 | — | — | 1 | 337 | — | — | 228 | 50 | — | — | 228 | 50 |
| Lommersdorf | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Uedelhoven | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Marmagen | 2 | — | 140 | — | 1055 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 381 | 60 | — | — | 381 | 60 |
| | | | ab 1. 4. 05 | | | | | | | | | | | | | | | |
| Nettersheim | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Schmidtheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Urft | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Hohn | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Nöthen | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Pesch | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die | | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für | | | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge | | | | Die Gemeinden haben aufzubringen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | Lehrer | Lehrerinnen | Lehrer | | Lehrerinnen | | für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | für die Lehrer | | für die Lehrerinnen | | insgesamt | |
| | | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Schleiden | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Berk | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Udenbreth | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Breitenbenden | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Harzheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Holzheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 452 | 40 | 228 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 115 | 40 | 44 | — | 159 | 40 |
| Lorbach | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Mechernich | 6 | 6 | 120 | 80 | 2714 | 40 | 1368 | — | 6 | 2022 | 6 | 1104 | 692 | 40 | 264 | — | 956 | 40 |
| Roggendorf | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Strempt | 2 | 1 | 120 | 80 | 904 | 80 | 228 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 230 | 80 | 44 | — | 274 | 80 |
| Bussem-Bergheim | 2 | — | 120 | — | 904 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 230 | 80 | — | — | 230 | 80 |
| Wahlen | 6 | — | 120 | — | 2714 | 40 | — | — | 6 | 2022 | — | — | 692 | 40 | — | — | 692 | 40 |
| Wallenthal | 4 | — | 120 | — | 1809 | 60 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 461 | 60 | — | — | 461 | 60 |
| Callmuth | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| Weyer | 3 | — | 120 | — | 1357 | 20 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 346 | 20 | — | — | 346 | 20 |
| Zingsheim | 1 | — | 120 | — | 452 | 40 | — | — | 1 | 337 | — | — | 115 | 40 | — | — | 115 | 40 |
| | 128 | 20 | — | — | 59151 | 30 | 4645 | 50 | 128 | 43136 | 20 | 3680 | 16015 | 30 | 965 | 50 | 16980 | 80 |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 5. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 26. Januar 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 31** Das 1. Stück enthält unter Nr. 3097: Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 1. Januar 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 32** Das 1. Stück enthält unter Nr. 10568: Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes, das christliche Volksschulwesen betreffend, Hannover, den 26. Mai 1845 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 465). Vom 2. Januar 1905. Unter Nr. 10569: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Frankfurt a. M. Vom 23. Dezember 1904. Unter Nr. 10570: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg, Höhr-Grenzhausen, Königstein, Marienberg und Rüdesheim. Vom 27. Dezember 1904.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 33** Der Hufbeschlaglehrschmiede zu Aachen ist auf Widerruf die Ermächtigung zur Vornahme von Prüfungen und Ausstellung der durch das Gesetz vom 18. Juni 1884 vorgeschriebenen Zeugnisse erteilt worden.

Aachen, den 21. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 34** Die Verlegung der Wegegelderhebungsstelle der Aktienstraße von Jülich nach Eschweiler von Patternhäuschen nach Bourheim ist von mir genehmigt worden.

Aachen, den 20. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 35** **Beschluß.**

Auf Grund des §. 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 in Verbindung mit §. 150 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hat der Bezirksausschuß zu Aachen in seiner heutigen Sitzung beschlossen:

1. Die Eigentümer derjenigen Grundstücke, welche seitens des Kreises Düren zum Bau der Kleinbahnstrecken Düren—Nörvenich—Zülpich, Düren—Rölsdorf und Düren—Lendersdorf in den Gemeinden Sievernich, Disternich, Müddersheim, Gladbach, Lürheim, Eggersheim, Hochkirchen, Nörvenich, Eschweiler ü./F., Girbelsrath, Merzenich, Düren, Lendersdorf—Krauthausen, Niederau und Rölsdorf in Anspruch genommen werden, haben alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten für die Herstellung der neuen Kleinbahnstrecken erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden zu dulden.
2. Die von den Vermessungsbeamten der mit der Ausführung der Bahnlinien beauftragten Westdeutschen Eisenbahngesellschaft zur Absteckung der Bahnstrecken auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w., dürfen von Unbefugten nicht entfernt werden.
3. Der Kreisausschuß des Kreises Düren bezw. die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft hat die Vorstände der Gemeinden Sievernich, Disternich, Müddersheim, Gladbach, Lürheim, Eggersheim, Hochkirchen, Nörvenich, Eschweiler ü./F., Girbelsrath, Merzenich, Düren, Lendersdorf—Krauthausen, Niederau und Rölsdorf von jeder Vorarbeit, unter Bezeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden soll, mindestens zwei Tage vorher in Kenntnis zu setzen.
4. Die genannten Gemeindevorstände haben die beteiligten Grundbesitzer speziell oder in ortsüblicher Weise generell von der Ausführung der Vorarbeiten zu benachrichtigen.

Gegen vorstehenden Beschluß steht den Beteiligten binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten offen.

Die Beschwerde ist beim Bezirksausschuß zu Aachen einzureichen und zu rechtfertigen.

Aachen, den 20. Januar 1905.

Der Bezirksausschuß zu Aachen.
Malmros.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 36** Auf Grund des §. 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900, sind in der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirks Aachen, zu Aachen, am 11. Januar 1905 nachstehende Vertrauensärzte für das Jahr 1905 wiedergewählt worden:

a) für allgemeine Behandlung:
1. Regierungs- und Medizinal-Rat Dr. Schlegtendal, Aachen;
2. Sanitäts-Rat Dr. Rademaker, Aachen;

b) für Chirurgie:
1. Sanitäts-Rat Dr. Krabbel, Aachen;
2. Dr. Viehöfer, Aachen;

c) für Augenheilkunde:
1. Augenarzt Dr. Thier, Aachen;
2. Augenarzt Dr. Büllers, Aachen.

Der Schiedsgerichts-Vorsitzende.

**Nr. 37** **Personal-Nachrichten.**

Dem von der Stadtverordneten-Versammlung von Schleiden für eine 12jährige Amtsdauer als Bürgermeister der Stadt Schleiden gewählten Verwaltungsbeflissenen Wilhelm Broekmann ist die Bestätigung erteilt worden.

Die durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigte Kreisarztstelle in Erkelenz ist vom 1. März 1905 ab dem Kreisarzt Dr. Kettler aus Schöneberg übertragen worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:
1. Heinrich Schippers bei der katholischen Volksschule zu Weiden, Landkreis Aachen;
2. Friedrich Paas bei der katholischen Volksschule zu Arnoldsweiler, Kreis Düren;
3. Hubert Schreiber bei der katholischen Volksschule zu Froitzheim, Kreis Düren;
4. Josef Mertens bei der katholischen Volksschule zu Hoven, Kreis Düren;
5. Gottfried Fischer bei der katholischen Volksschule zu Langerwehe, Kreis Düren;
6. Johannes Engels bei der katholischen Volksschule zu Müddersheim, Kreis Düren;
7. Josef Siebenstund bei der katholischen Volksschule zu Rath, Kreis Düren;
8. Lambert Conrads bei der katholischen Volksschule zu Thum, Kreis Düren;
9. Karl Küster bei der katholischen Volksschule zu Soller, Kreis Düren;
10. Peter Braun bei der katholischen Volksschule zu Sievernich, Kreis Düren;
11. Franz Kreutz bei der katholischen Volksschule zu Stockheim, Kreis Düren;
12. Theod. Wilh. Aug. Molls bei der katholischen Volksschule zu Tüschenbroich, Kreis Düren;
13. Peter Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Arsbeck, Kreis Heinsberg;
14. Josef Spiertz bei der katholischen Volksschule zu Birgelen, Kreis Heinsberg;
15. Heinrich Gennit bei der katholischen Volksschule zu Cörrenzig, Kreis Erkelenz;
16. Karl Hülser bei der katholischen Volksschule zu Gerderhahn, Kreis Erkelenz;
17. Edmund Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Hülhoven, Kreis Heinsberg;
18. Theodor Schreurs bei der katholischen Volksschule zu Unterbruch, Kreis Heinsberg;
19. Wilhelm Rümens bei der katholischen Volksschule zu Barmen, Kreis Jülich;
20. Franz Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Inden, Kreis Jülich;
21. Edmund Margraff bei der katholischen Volksschule zu Aldringen, Kreis Malmedy;
22. Gerhard Esser bei der katholischen Volksschule zu Bütgenbach, Kreis Malmedy;
23. Jakob Roderburg bei der katholischen Volksschule zu Burgreuland, Kreis Malmedy;
24. August Kaltenborn bei der katholischen Volksschule zu Holzheim, Kreis Malmedy;
25. Josef Scheeben bei der katholischen Volksschule zu Medell, Kreis Malmedy;
26. Johann Wilhelm Wilms bei der katholischen Volksschule zu Mürringen, Kreis Malmedy;
27. Gertrud Christoffel bei der katholischen Volksschule zu Zweifall, Kreis Montjoie.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 4.

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatte für 1904 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt I (Zeitungsstelle) — zu beziehen.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 6. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 2. Februar 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 38** Auf Grund der Vorschriften im §. 4, §. 9 Ziffer 2 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden (Reichs-Gesetzblatt 1898 S. 361) ist der Betrag der für die Naturalverpflegung marschierender u. s. w. Truppen zu gewährenden Vergütung für das Jahr 1905 dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist:

| | mit Brot | ohne Brot |
|---|---|---|
| a) für die volle Tageskost | 80 Pfg. | 65 Pfg. |
| b) für die Mittagskost . | 40 „ | 35 „ |
| c) für die Abendkost . . | 25 „ | 20 „ |
| d) für die Morgenkost . | 15 „ | 10 „ |

Berlin, den 23. Dezember 1904.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Graf von Posadowsky.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 39** **Bekanntmachung.**

Des Königs Majestät haben zu befehlen geruht, daß der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz zum 12. März d. Js. nach Düsseldorf zusammenberufen werde.

Coblenz, den 28. Januar 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Königlicher Landtags-Kommissarius.
Nasse.

**Nr. 40** Die Regierung der Argentinischen Republik hat durch Verfügung vom 30. November 1904 angeordnet, daß neben anderen auch die Argentinischen Konsulate in Aachen und Bonn zur Einziehung gelangen sollen.

Aachen, den 28. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 41** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den Luxuspferdemarkt in Marienburg die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dem am 6. und 7. Juni 1905 stattfindenden Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Es sollen 150000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden und 2451 Gewinne im Gesamtwerte von 65000 M. zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich am 8. Juni 1905 in Marienburg stattfinden.

Aachen, den 25. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 42** Der Herr Medizinal-Minister hat neue „Vorschriften für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichen" ausarbeiten lassen. Dieselben sind bei der Buchhandlung von Aug. Hirschwald in Berlin erschienen und zum Preise von 60 Pfg. für das Stück zu beziehen.

Aachen, den 17. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 43** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Januar 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Land | 4 | 4 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 4 | 5 |
| Geflügelcholera | Aachen-Land | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 44 Bekanntmachung.**

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 15. Dezember 1904, §. 741 der Protokolle, beschlossen:

zu genehmigen, daß der Brennsteuervergütungssatz von 6 Mark für das Hektoliter Alkohol bis auf weiteres beibehalten wird.

Cöln, den 26. Januar 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 45 Bekanntmachung**
der
Marks-Haindorfschen Stiftung zu Münster i. W.

In diesem Jahre hat für die auf Grund des §. 4 der Satzungen und des §. 7 des Satzungs-Nachtrages der Marks-Haindorfschen Stiftung, Allerhöchst bestätigt am 14. April 1866 bezw. 22. Dezember 1869, ausscheidenden Herren:

C. S. Lehmann-Cöln, Kurator
Jos. Levison-Düsseldorf, stellvertr. Kurator
Paul W. Meyer-Aachen, „ „

sowie für den durch den Tod ausgeschiedenen Herrn Rentner Elias in Dortmund, Kurator, eine Neuwahl zu erfolgen.

Wir fordern daher die Vorstände der Synagogen-Gemeinden auf, die Wahl von

2 Kuratoren { 1 Westfalen, 1 Rheinland
2 Stellvertretern { Rheinland

baldigst vorzunehmen und die durch die Ortsbehörden rücksichtlich ihrer Gesetzmäßigkeit gehörig bestätigten Vorschläge bis zum 1. März d. J. an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Später eingehende Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Münster, den 20. Januar 1905.

Marks-Haindorfsche Stiftung.
Das Kuratorium:
J. Stern, Präses.

**Nr. 46 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer:

1. Franz Bertrand bei der katholischen Volksschule zu Oudler, Kreis Malmedy;
2. Otto Meyer bei der katholischen Volksschule zu Ovifat, Kreis Malmedy;
3. Franz Josef Nix bei der katholischen Volksschule zu Sourbrodt, Kreis Malmedy;
4. Alfons Steckenborn bei der katholischen Volksschule zn Eicherscheid, Kreis Montjoie;
5. Suitbert Josef Böhmer bei der katholischen Volksschule zu Harperscheid, Kreis Schleiden;
6. Peter Adolf Heitzer bei der katholischen Volksschule zu Nettersheim, Kreis Schleiden;
7. August Grewel bei der katholischen Volksschule zu Simmerath, Kreis Montjoie;
8. Johann Peter Heimbach bei der katholischen Volksschule zu Wollseifen, Kreis Schleiden

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 5.

---

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatte für 1904 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt I (Zeitungsstelle) — zu beziehen.**

Druck von J. Sterken in Aachen.

3. Flur 7 Nr. 353, in der Stadt, Hof, 06 qm;
4. Flur 7 Nr. 759, in der Stadt, a) Wohnhaus, b) Schuppen, 1 Ar 20 qm, a) mit 150 Mark, b) mit 18 Mark Nutzungswert,

am 30. März 1905,
vormittags 10½ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 16, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Januar 1905 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Montjoie, den 26. Januar 1905.

Königliches Amtsgericht.

## Verschiedene Bekanntmachungen.

**328** Über den Nachlaß des am 22. August 1903 zu Aachen verstorbenen Kaufmanns Josef a Campo ist die Nachlaßverwaltung angeordnet. Zum Nachlaßverwalter ist Rechtsanwalt Wilhelm Kleinen zu Aachen bestellt.

Aachen, den 28. Januar 1905.

Königliches Amtsgericht, Abt. 10.

**329** Die unterzeichnete Wegepolizeibehörde beabsichtigt, auf Antrag des Gutsbesitzers Savelberg, die Eisenbahn-Überfahrt der „alten Straße" am Hofe seines Gutes einzuziehen. Es soll hierfür ein Fußweg zu der neu projektierten Eisenbahn-Überführung und ein Kulturweg in Breite von 2,25 m zu den südlich der Bahn gelegenen Grundstücken angelegt werden.

Eine Situationszeichnung, aus welcher die betreffende Veränderung ersichtlich ist, liegt auf dem Bürgermeisteramte zur Einsichtnahme offen.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einsprüche gegen dasselbe binnen 4 Wochen vom Tage der ersten Einrückung dieser Bekanntmachung in den Öffentlichen Anzeiger zum Amtsblatt der Königlichen Regierung bei Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Rothberg, den 23. Januar 1905.

Die Wege-Polizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Richter.

**330** **Holzverkäufe**
**in der Oberförsterei Hambach, vormittags 10 Uhr.**

Mittwoch, 15. Februar 1905 werden beim Wirth Sauer in Stetternich öffentlich versteigert, etwa:

198 fm Eichen- und 334 Buchennutzstämme, 11 rm Eichen-, 51 Eschen-, 130 Weichholz-, 40 Kiefern-Grubenholz und 550 rm Derbbrennholz;

ferner Freitag, 17. Februar beim Wirt Rankers in Hambach etwa:

256 fm Eichenstämme, 28 rm Eichen- und 94 Birken-Grubenholz, sowie 212 rm Derbbrennholz.

Näheres ergibt die Bekanntmachung in der Rurzeitung (Düren).

Hambach, den 30. Januar 1905.

Der Königliche Forstmeister:
Gericke.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

der Geschwister Lummerich: 1. Josef, Gasarbeiter, 2. Johann, Tagelöhner, 3. Barbara, Tagelöhnerin, sämtlich zu Haaren, eingetragenen Grundstücke:
Flur 4 Nr. 59, Haaren, Hausgarten, 9,01 Ar, und Flur 4, Nr. 60, Haaren, Hofraum 2c., 3,99 Ar;
zu Nr. 1 und 2: Gebäudesteuerrolle Nr. 83:
a) Wohnhaus, Hauptstraße 83, mit Hofraum und Hausgarten, 540 Mark Nutzungswert, b) Stall, c) Scheune;
zu Nr. 2: Gebäudesteuerrolle Nr. 85: a) Wohnhaus, Hauptstraße 85, mit Hofraum und Hausgarten, 150 Mark Nutzungwert, b) Stall, besteht, sollen diese Grundstücke

am 27. März 1905,
vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Congreßstraße 11, Zimmer Nr. 23, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Januar 1905 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Aachen, den 21. Januar 1905.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

**326** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen 1. die in Eschweiler-Duffenter belegenen, im Grundbuche von Eschweiler, Band 46, Artikel 2052, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Eheleute Tagelöhner Johann Alexander Frösch und Elisabeth geborene Caletin, beide zu Duffenter — Gesetzliche Gütergemeinschaft des Rheinischen Rechts — eingetragenen Grundstücke, Grundsteuerkataster-Artikel Nr. 2904, Gebäudesteuerrolle Nr. 2635:
Flur 50 Nr. 392/39, Duffenter, a) Wohnhaus Nr. 5a mit Hofraum und Hausgarten, b) Scheune, c) Stall, groß 22 Ar 09 qm, mit 45 M. Nutzungswert;
Flur 50 Nr. 331/39, daselbst, Acker, groß 25 Ar 82 qm, mit 1,21 Taler Reinertrag;
Flur 50 Nr. 332/39, daselbst, Acker, groß 25 Ar 71 qm, mit 1,21 Taler Reinertrag;
Flur 50 Nr. 333/39, daselbst, Acker, groß 25 Ar 67 qm, mit 1,21 Taler Reinertrag;
Flur 50 Nr. 334/39, daselbst, Acker, groß 25 Ar 50 qm, mit 1,20 Taler Reinertrag;
Flur 50 Nr. 335/39, daselbst, Acker, groß 25 Ar 49 qm, mit 1,20 Taler Reinertrag;
2. das daselbst belegene, im Grundbuche von Eschweiler, Band 51, Artikel 2257, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Ackerers Johann Alexander Frösch zu Duffenter eingetragene Grundstück, Grundsteuerkataster-Artikel Nr. 3192:
Flur 50, Nr. 389/39, Duffenter, Acker, groß 23 Ar 12 qm, mit 1,09 Taler Reinertrag,

am 22. März 1905,
vormittags $10^1/_2$ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 3, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Dezember 1904 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Eschweiler, den 21. Januar 1905.

Königliches Amtsgericht.

**327** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Montjoie belegenen, im Grundbuche von Montjoie, Band 2, Blatt 72, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Erben des Bäckers Carl Ewald Bühl, nämlich: 1. Maria Louise Karoline Bühl, 2. Ottilie Maria Louise Bühl, beide ohne Geschäft, in Montjoie, noch minderjährig und unter elterlicher Gewalt ihrer Mutter Witwe Carl Ewald Bühl, Maria Catharina geb. Nelson stehend, eingetragenen Grundstücke:

1. Flur 7 Nr. 344, Schloßberg, Garten, 4 Ar 85 qm;
2. Flur 7 Nr. 351, in der Stadt, Hausgarten, 07 qm;

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 7. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 9. Februar 1905.




### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 47** Das 2. Stück enthält unter Nr. 10571: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf. Vom 2. Januar 1905. Unter Nr. 10572: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in Langendreer. Vom 2. Januar 1905. Unter Nr. 10573: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in Dietz. Vom 2. Januar 1905. Unter Nr. 10574: Verordnung, betreffend die Reiseentschädigungen der bei dem Forsteinrichtungs-Bureau im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten beschäftigten Vermessungsbeamten, Forstgeometer und Zeichner. Vom 29. August 1904. Unter Nr. 10575: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Langenschwalbach, Usingen, Wallmerod und Wehen. Vom 14. Januar 1905. Unter Nr. 10576: Bekanntmachung des Justizministers, betreffend die Bezirke, für die während des Kalenderjahres 1904 die Anlegung des Grundbuchs erfolgt ist, sowie die Bezirke, für welche das Grundbuch auch in Ansehung der von der Anlegung ursprünglich ausgenommenen Grundstücke als angelegt gilt. Vom 17. Januar 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 48** **Bekanntmachung.**

Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß folgende Ersatzwahlen zum Provinzial-Landtage vorgenommen worden sind:

Es sind gewählt worden:

1. an Stelle des Königlichen Regierungs-Präsidenten Freiherrn v. Coels v. d. Brügghen in Arnsberg, der sein Mandat niedergelegt hat,

   der Geheime Kommerzienrat Adolf Kirdorf in Aachen und

2. an Stelle des Bürgermeisters a. D. Fischer in Eschweiler, der sein Mandat gleichfalls niedergelegt hat,

   der Bergassessor a. D. Stanislaus Klemme in Kohlscheid

zu Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Landkreis Aachen.

Coblenz, den 24. Januar 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Nasse.

**Nr. 49** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§. 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im 1. Vierteljahre 1905

am Dienstag, den 21. März, vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission für Hufschmiede, Herrn Departements-Tierarzt Barahski hierselbst, zu richten.

Aachen, den 24. Januar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 50** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | — | 18 | — | — | — | 16 | 50 | 15 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | 75 | 17 | 25 | — | — | 15 | — | 14 | 50 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 26 | 16 | 76 | — | — | 14 | 52 | 13 | 52 | — | — | 16 | 34 | 15 | 34 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 80 | 17 | 30 | — | — | 14 | 72 | 14 | 22 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | 17 | 50 | — | — | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 16 | 50 | 16 | — | 15 | — | 14 | 25 | 13 | 75 | 13 | 25 |
| Jülich . . . | 17 | 73 | 17 | 23 | 16 | 73 | 14 | 83 | 14 | 33 | 13 | 83 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | 15 | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 01 | — | — | — | — | 15 | 22 | — | — | — | — | 14 | 65 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 9 | — | 132 | 50 | 1 | 60 | 1 | 25 | 1 | 70 | 1 | 65 | 1 | 45 | 1 | 50 | 2 | 58 | 7 | 13 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 10 / 8 / 8 | 30 / 66 / 87 | 111 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 29 | 7 | 37 | — | — | — | — |
| — | — | 8 / 10 | 60 / 60 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 5 | 70 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 30 | 7 | 60 | — | — | — | — |
| 4 | 50 | 9 | — | 126 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 60 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 / 7 / 7 | 65 / 40 / 77 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 49 | 6 | 07 | — | — | — | — |
| 4 | — | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 35 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 6 | — | — | — | — | — |
| 4 | 18 | 8 | 44 | 122 | 38 | 1 | 55 | 1 | 36 | 1 | 61 | 1 | 53 | 1 | 48 | 1 | 58 | 2 | 38 | 6 | 48 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise fü Weizen, Rogge, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Januar 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | — | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 [15] | — [75] | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 6 | 73 | 6 [7] | — [33] |
| 14 [15] | 38 [83] | 13 | 88 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 81 | 4 [5] | 93 [25] |
| 13 [14] | 70 [91] | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 4 [5] | 60 [04] |
| 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | 34 | — | — | — | 6 | 40 | — | — |
| 17 [17] | — [86] | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 24 | — | 27 | — | 28 | — | 8 | — | 5 [5] | 40 [67] |
| 14 [15] | 80 [84] | 14 | 30 | 13 | 80 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 7 | — | 4 [4] | 40 [62] |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 8 | 66 | — | — |
| 14 | — | 13 | 50 | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 5 | — | 6 | — |
| 14 | 77 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 19 | 33 | 07 | 42 | 40 | 6 | 95 | 5 | 22 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Januar 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten Graupen | | Gersten Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee Java (mittel) roh | | Kaffee Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrod | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 36 | — | 46 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 46 | — | 35 | — | 55 | — | 54 | — | 48 | 2 | 40 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 60 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Januar 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 7. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 51** Im Jahre 1905 finden an der **Königlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim am Rhein** folgende **Unterrichtskurse** statt:

1. Öffentlicher Reblauskursus vom 23. bis 25. Februar 1905;
2. Obstbaukursus in der Zeit vom 23. Februar bis 15. März 1905;
3. Baumwärterkursus in der Zeit vom 23. Februar bis 15. März 1905;
4. Obstweinkursus in der Zeit vom 20. bis 29. März 1905;
5. Hefekursus in der Zeit vom 19. Juni bis 1. Juli 1905;
6. Analysenkursus in der Zeit vom 3. bis 15. Juli 1905;
7. Obstbau- } Nachkursus in der Zeit vom
8. Baumwärter- } 14. bis 19. August 1905;
9. Obstverwertungskursus für Männer vom 21. bis 26. August 1905;
10. Obstverwertungskursus für Frauen vom 28. August bis 2. September 1905;

Das Unterrichtshonorar beträgt:

für Kursus 2: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen (auch Lehrer) 30 M. Preußische Lehrer sind frei. Personen, die lediglich am Nachkursus (Nr. 7) teilnehmen, zahlen 8 M., Nichtpreußen 12 M.;

für Kursus 3: Preußen sind frei, Nichtpreußen zahlen 10 M., wenn sie nur am Nachkursus (Nr. 8) teilnehmen, 5 M.;

für Kursus 4: für Preußen 20 M. für Nichtpreußen 25 M., außerdem für Reagentien pp. 20 M., für Bedienung 1 M.;

für Kursus 5 und 6: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen 25 M. Außerdem für Reagentien 20 M., für Bedienung 1 M.;

für Kursus 9 und 10: für Preußen 6 M., für Nichtpreußen 9 M.

Kursus 1 ist frei;

Anmeldungen sind zu richten: bezüglich der Kurse 2, 3 und 7 bis 10 an die Direktion, bezügl. der Kurse 4 und 6 an den Vorstand der önochemischen Versuchsstation und bezügl. des Kursus 5 an den Vorstand der pflanzenphysiologischen Versuchsstation. Wegen Zulassung zum Reblauskursus wende man sich an den zuständigen Herrn Oberpräsidenten.

Geisenheim, den 28. Dezember 1904.

Der Direktor.
Prof. Dr. Wortmann.

**Nr. 52** **Personal-Nachrichten.**

Ernannt ist der Telegrapheninspektor Müller in Aachen zum Ober-Postinspektor. Versetzt der Postassistent Fölsing von Stolberg (Rhld.) nach Aachen. Gestorben der Telegraphensekretär a. D. Carstens in Düren (Rhld.) und der Ober-Postsekretär a. D. Rechnungsrat Heck in Aachen.

Der Gerichtsvollzieher Mallwitz in Stolberg ist an das Amtsgericht in Gerresheim versetzt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 6.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 8. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 16. Februar 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 53** Das 2. Stück enthält unter Nr. 3098: Bekanntmachung, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken. Vom 12. Januar 1905. Unter Nr. 3099: Bekanntmachung, betreffend Änderung des Militärtarifs für Eisenbahnen und der Militär-Transport-Ordnung. Vom 31. Januar 1905. Das 3. Stück enthält unter Nr. 3100: Bekanntmachung, betreffend Änderung des §. 51 Abs. 2 und der Anlage B der Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 4. Februar 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 54 Bekanntmachung.**

Von den nachstehend aufgeführten gekündigten Anleihen sind noch Schuldurkunden rückständig, nämlich:

Staatsschuldscheine von 1842,
Kurmärkische Schuldverschreibungen,
Neumärkische " ,
4% Staatsanleihe von 1850,
" " " 1852,
" " " 1853,
" " " 1862,
" " " 1868 A,
Staats-Prämien-Anleihe von 1855,
Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Stammaktien,
4% Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Obligationen Lit. A,
4½% Partial-Obligationen der Homburger Eisenbahn von 1861,
Prioritäts-Aktien Lit. B der Oberschlesischen Eisenbahn,
Niederschlesische Zweigbahn-Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn,
4% Prioritäts-Obligationen IV. Emission (II. Teil) der Werra-Eisenbahn vom 1. Juli 1890 / 1. Januar 1892,
Vormals Nassauische Prämien-Anleihe vom 14. August 1837,
Vormals Nassauische Anleihe vom 30. September 1862,
Vormals Frankfurter Anleihe vom 9. April 1839,
" " " " 1. Febr. 1858,
" " " " 2. Jan. 1844,
" " " " 12. Mai 1846.

Die Inhaber dieser Schuldurkunden werden wiederholt aufgefordert, sie zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes baldigst gegen Quittung bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier W. 8, Taubenstraße 29, zur Einlösung einzuliefern.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der beiden letzten Geschäftstage jedes Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei sämtlichen Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Königlichen Kreiskasse.

Die Barzahlung bei diesen Stellen erfolgt nach Prüfung und Feststellung der Stücke durch die Staatsschulden-Tilgungskasse. Der Betrag fehlender, unentgeltlich mitabzuliefernder Zinsscheine wird vom Kapital in Abzug gebracht.

Formulare zu den Qittungen werden von den Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Ferner werden die Inhaber der noch umlaufenden Schuldverschreibungen der konsolidierten 4½% Staatsanleihe wiederholt ersucht, diese Stücke alsbald an die Kontrolle der Staatspapiere hier, S. W. 68, Oranienstraße 92/94, oder an eine Regierungs-Hauptkasse oder an die Kreiskasse in Frankfurt a. M. zum Umtausch in 3½ vormals 4% Konsols einzureichen.

Berlin S. W. 68, den 6. Februar 1905.

Hauptverwaltng der Staatsschulden.
von Hoffmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 55 Bekanntmachung.**

Für die Chausseegeld-Hebestellen der Weisweiler-Indener Prämienstraße und der Langerwehe-Schevenhütte-Kleinhauer Forstprämienstraße, für die Hebestelle auf der Prämienstraße zu Hauset sowie für die Prämienstraßen von Kettenis-Bildchen und Hauset-Moresnet tritt vom 1. März d. Js. ab ein Nachtrag zum Chausseegeldtarif vom 29. Februar 1840 im Sinne des Allerhöchsten Erlasses vom 6. Juni 1904 (G. S. S. 139/140) hinsichtlich der Abgabepflicht für Kraftfahrzeuge in Kraft.

Aachen, den 11. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 56** Der Schwester Hedwigis aus der Genossenschaft der armen Dienstmägde Jesu Christi in Erkelenz ist nach Maßgabe der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Leitung einer privaten höheren Mädchenschule in Erkelenz erteilt.

Aachen, den 31. Januar 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 57 Königliche landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf**
in Verbindung mit der
**Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.**

Die Aufnahmen für das Sommer-Halbjahr 1905 beginnen am 7. April, die Vorlesungen am 27. April d. Js. Prospekte und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei.

Auskunft über den Eintritt und den Studiengang erteilt

Der Direktor:
Professor Dr. Freiherr von der Goltz,
Geheimer Regierungsrat.

**Nr. 58 Königliche Vereinigte Maschinenbauschulen zu Dortmund.**

Die neuen Lehrkurse beginnen am 3. April 1905.

Abteilung I:

Königliche Höhere Maschinenbauschule für Maschinenbauer und Elektrotechniker. Diese höhere Fachschule soll Betriebsbeamte für die Maschinentechnik und die mit ihr verwandten Fächer, sowie Maschinentechniker für Konstruktionsbureaus heranbilden und künftigen Besitzern und Leitern maschinentechnischer Anlagen die Gelegenheit zur Erwerbung der erforderlichen technischen Kenntnisse und Fertigkeiten geben.

Aufnahmebedingungen: Die zur Aufnahme in die unterste Klasse der höheren Maschinenbauschule erforderlichen Kenntnisse können nachgewiesen werden:

1. durch Vorlegung eines Zeugnisses über den erforderlichen Besuch der Untersekunda oder einer der Untersekunda entsprechenden Klasse einer höheren Lehranstalt der allgemeinen Unterrichtsverwaltung, den Nachweis genügender Fertigkeit im grundlegenden Zeichnen und den Ausweis einer mindestens zweijährigen praktischen Werkstatts-Tätigkeit;
2. durch Vorlegung des Befähigungszeugnisses zur Aufnahme in die höheren Maschinenbauschulen, welches durch die Ablegung der vom Minister für Handel und Gewerbe vorgeschriebenen Prüfung erworben werden kann, und den Nachweis einer dreijährigen praktischen Tätigkeit, von der mindestens zwei Jahre der Werkstatts-Tätigkeit gewidmet sein mußten.

Der Kursus ist zweijährig. Jährliches Schulgeld 150 Mark.

Abteilung II:

Königliche Maschinenbauschule für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und ähnliche Gewerbetreibende. Die Schule bietet künftigen Betriebsbeamten, sowie künftigen Besitzern kleinerer Werkstätten Gelegenheit, sich die nötigen Fachkenntnisse zu erwerben. Von den Aufzunehmenden wird eine ausreichende Volksschulbildung und eine vierjährige praktische Arbeitszeit verlangt. Der Kursus ist zweijährig. Jährliches Schulgeld 60 Mark.

Abteilung III:

Abend- und Sonntagsschule mit Fachunterricht

Für die theoretische Ausbildung der Gehilfen und Lehrlinge. Unterricht an vier Abenden der Woche von 8 bis $9^3/_4$ Uhr und am Sonntagmorgen.

Allgemeines.

Zeugnisse: Die beiden ersten Abteilungen gehören zu den technischen Schulen, deren Reifezeugnisse bei der Bewerbung um technische Beamtenstellen im Staatsdienst von den staatlichen Behörden vorzugsweise als Nachweis einer ausreichenden Fachbildung angesehen werden.

Aufnahme: Neue Schüler werden in allen Abteilungen jährlich zweimal aufgenommen, und zwar im April und im Oktober. Es ist gleich, zu welchen von diesen Terminen der Eintritt erfolgt.

Anmeldung: Die Anmeldungen sind möglichst frühzeitig schriftlich zu bewirken.

Stipendien: Bedürftigen Schülern kann vom zweiten Schulhalbjahr ab aus dem Stipendienfonds des Staates oder der Werkbesitzer eine Unterstützung in Geld gewährt werden.

Programme mit Beschreibung der umfangreichen Neubauten sowie der Laboratorien für Maschinenbau und Elektrotechnik kostenfrei durch

die Direktion.

**Nr. 59** Im Jahre 1905 finden an der **Königlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim am Rhein** folgende **Unterrichtskurse** statt:

1. Öffentlicher Reblauskursus vom 23. bis 25. Februar 1905;
2. Obstbaukursus in der Zeit vom 23. Februar bis 15. März 1905;
3. Baumwärterkursus in der Zeit vom 23. Februar bis 15. März 1905;
4. Obstweinkursus in der Zeit vom 20. bis 29. März 1905;
5. Hefekursus in der Zeit vom 19. Juni bis 1. Juli 1905;
6. Analysenkursus in der Zeit vom 3. bis 15. Juli 1905;
7. Obstbau- } Nachkursus in der Zeit vom
8. Baumwärter- } 14. bis 19. August 1905;
9. Obstverwertungskursus für Männer vom 21. bis 26. August 1905;
10. Obstverwertungskursus für Frauen vom 28. August bis 2. September 1905;

Das Unterrichtshonorar beträgt:

für Kursus 2: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen (auch Lehrer) 30 M. Preußische Lehrer sind frei. Personen, die lediglich am Nachkursus (Nr. 7) teilnehmen, zahlen 8 M., Nichtpreußen 12 M.;

für Kursus 3: Preußen sind frei, Nichtpreußen zahlen 10 M., wenn sie nur am Nachkursus (Nr. 8) teilnehmen, 5 M.;

für Kursus 4: für Preußen 20 M. für Nichtpreußen 25 M., außerdem für Reagentien pp. 20 M., für Bedienung 1 M.;

für Kursus 5 und 6: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen 25 M. Außerdem für Reagentien 20 M., für Bedienung 1 M.;

für Kursus 9 und 10: für Preußen 6 M., für Nichtpreußen 9 M.

Kursus 1 ist frei.

Anmeldungen sind zu richten: bezüglich der Kurse 2, 3 und 7 bis 10 an die Direktion, bezügl. der Kurse 4 und 6 an den Vorstand der önochemischen Versuchsstation und bezügl. des Kursus 5 an den Vorstand der pflanzenphysiologischen Versuchsstation. Wegen Zulassung zum Reblauskursus wende man sich an den zuständigen Herrn Oberpräsidenten.

Geisenheim, den 28. Dezember 1904.

Der Direktor.
Prof. Dr. Wortmann.

**Nr. 60 Personal-Nachrichten.**

Der Herr Oberpräsident hat den Ackerer Andreas Bodden in Lucherberg widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten der die Landbürgermeistereien Pier und Lamersdorf im Kreise Düren umfassenden Standesamtsbezirke ernannt und die Ernennung des Ackerers und Beigeordneten Mathias Hahn in Lucherberg zum Stellvertreter des Standesbeamten dieser Bezirke widerrufen.

Der mit der einstweiligen Verwaltung der Landbürgermeisterei Haaren, Landkreis Aachen, beauftragte Bürgermeister Baurmann ist endgültig zum Bürgermeister dieser Bürgermeisterei ernannt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 7.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 9. Ausgegeben zu Aachen, Mittwoch, den 22. Februar 1905.



**Nr. 61**

## Verteilungs-Plan

**des Bedarfs der Ruhegehaltskasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen und den der Kasse angeschlossenen nicht staatlichen mittleren Schulen des Regierungsbezirks Aachen für das Rechnungsjahr 1905.**

| | ℳ | ₰ |
|---|---|---|
| I. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1904 sind erforderlich: | | |
| 1. zu dem durch die Staatsbeiträge nicht gedeckten Teile der Ruhegehälter für die Lehrer und Lehrerinnen, welche Stellen an öffentlichen Volksschulen inne gehabt haben | 169359 | — |
| 2. für Lehrer und Lehrerinnen von angeschlossenen mittleren Schulen | 924 | — |
| 3. Vergütung des Kassenanwaltes | 250 | — |
| 4. Voraussichtlicher Zugang unter Berücksichtigung des Abganges | 6115 | 78 |
| | 176648 | 78 |
| 5. Hiervon ab der übernommene Bestand aus dem Vorjahre | 9717 | 49 |
| bleibt | 166931 | 29 |

| | |
|---|---|
| II. Das beitragspflichtige Diensteinkommen stellt sich wie folgt: | |
| a) für die Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen auf | 1764500 M. |
| b) für die Lehrer und Lehrerinnen an angeschlossenen mittleren Schulen auf | 21600 „ |
| zusammen auf | 1786100 M. |

Es entfallen demnach auf je 100 M. des beitragspflichtigen Diensteinkommens:

$$\frac{166931{,}29 \times 100}{1786100} = 9{,}35 \text{ M.; rund } 9{,}50 \text{ M.}$$

Das der Berechnung zugrunde gelegte beitragspflichtige Diensteinkommen und die gemäß dem Gesetze vom 23. Juli 1893 (G.-S. S. 194) von den Schulverbänden zu leistenden Beiträge sind in der nachstehenden Übersicht einzeln aufgeführt. Die Beiträge werden in vierteljährlichen Teilbeträgen im voraus eingezogen werden.

Der Plan hat dem Kassenanwalt zur Prüfung vorgelegen; Einwendungen gegen denselben sind nicht erhoben. Innerhalb vier Wochen nach dieser Bekanntgabe steht den einzelnen Schulverbänden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Abänderung des Verteilungsplanes bei dem Bezirksausschuß zu. Die Klage hat jedoch keine aufschiebbare Wirkung.

Aachen, den 6. Februar 1905.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Boehm.

| Kreis und Schulverband. | Diensteinkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | Kassenbeitrag. ₰ |
|---|---|---|---|
| **1. Stadtkreis Aachen.** | | | |
| Aachen Stadt . | 500500 | 47547 | 50 |
| Aachen, Synagogengemeinde | 3900 | 370 | 50 |
| Summe . . | 504400 | 47918 | |
| **2. Landkreis Aachen.** | | | |
| Alsdorf . . . | 12600 | 1197 | |
| Bardenberg . . | 8000 | 760 | |
| Brand . . . . | 9100 | 864 | 50 |
| Broich . . . . | 6100 | 579 | 50 |
| Büsbach . . . | 16800 | 1596 | |
| Cornelimünster . | 4600 | 437 | |
| Cornelimünster und Zweifall . | 1400 | 133 | |
| Eilendorf . . . | 24600 | 2337 | |
| Eschweiler . . | 78800 | 7486 | |
| Forst . . . . | 24100 | 2289 | 50 |
| Gressenich . . | 13600 | 1292 | |
| Haaren . . . | 17400 | 1653 | |
| Herzogenrath . | 6300 | 598 | 50 |
| Herzogenrath u. Merkstein . . | 5800 | 551 | |
| Höngen . . . | 13200 | 1254 | |
| Kinzweiler . . | 5200 | 494 | |
| Laurensberg . . | 7600 | 722 | |
| Merkstein . . . | 6100 | 579 | 50 |
| Pannesheide . . | 21200 | 2014 | |
| Richterich . . . | 8300 | 788 | 50 |
| Stolberg . . . | 54800 | 5206 | |
| Walheim . . . | 7100 | 674 | 50 |
| Weiden, Broich u. Würselen . | 5500 | 522 | 50 |
| Würselen . . . | 27300 | 2593 | 50 |
| Summe . . | 385500 | 36622 | 50 |
| **3. Kreis Düren.** | | | |
| Arnoldsweiler . | 3500 | 332 | 50 |
| Ellen . . . . | 900 | 85 | 50 |
| Morschenich . . | 1100 | 104 | 50 |
| Binsfeld . . . | 900 | 85 | 50 |
| Frauwüllesheim . | 1800 | 171 | |
| Berzbuir-Kufferath . . . . | 1300 | 123 | 50 |
| Birgel . . . . | 2700 | 256 | 50 |
| Gürzenich . . . | 4800 | 456 | |
| Lendersdorf-Krauthausen . | 3200 | 304 | |
| Rölsdorf . . . | 3500 | 332 | 50 |
| Birkesdorf . . | 12400 | 1178 | |
| Huchem-Stammeln-Selhausen | 1700 | 161 | 50 |
| Bürvenich . . . | 1700 | 161 | 50 |
| Embken . . . | 1400 | 133 | |
| Boich-Leversbach | 800 | 76 | |
| Drove . . . . | 600 | 57 | |
| Jakobwüllesheim-Bubenheim . | 1300 | 123 | 50 |
| Soller . . . . | 400 | 38 | |
| Thum . . . . | 400 | 38 | |
| Uedingen . . . | 400 | 38 | |
| Düren Stadt . | 118100 | 11219 | 50 |
| Düren Synagogengemeinde | 800 | 76 | |
| Echtz-Conzendorf | 700 | 66 | 50 |
| Geich-Obergeich . | 700 | 66 | 50 |
| Merode . . . | 1300 | 123 | 50 |
| Schlich-D'horn . | 2000 | 190 | |
| Froitzheim-Frangenheim . . | 500 | 47 | 50 |
| Ginnick . . . | 400 | 38 | |
| Vettweiß-Kettenheim . . . | 2200 | 209 | |
| Bürgermeisterei Füssenich, bestehend aus den Gemeinden Füssenich, Geich und Juntersdorf . . . . | 6000 | 570 | |
| Gladbach . . . | 600 | 57 | |
| Kelz . . . . | 1100 | 104 | 50 |
| Lürzheim . . . | 500 | 47 | 50 |
| Frenz . . . . | 2000 | 190 | |
| Lamersdorf . . | 1500 | 142 | 50 |
| Langerwehe, Jüngersdorf und ein Teil von Luchem . | 7400 | 703 | |
| Derichsweiler und Schlich . | 3100 | 294 | 50 |
| Mariaweiler-Hoven . . . | 3400 | 323 | |
| Merken . . . | 3900 | 370 | 50 |
| Girbelsrath . . | 500 | 47 | 50 |
| Golzheim . . . | 1900 | 180 | 50 |
| Merzenich . . . | 3300 | 313 | 50 |
| Abenden . . . | 300 | 28 | 50 |
| Nideggen-Rath und Brück-Hetzingen . . | 700 | 66 | 50 |
| Obermaubach-Schlagstein . | 400 | 38 | |
| Niederzier . . . | 4200 | 399 | |
| Oberzier . . . | 3000 | 285 | |
| Eschweiler über Feld . . . | 1000 | 95 | |
| Hochkirchen, Eggersheim, Irresheim . . | 1800 | 171 | |
| Nörvenich . . . | 1800 | 171 | |
| Oberbolheim . . | 400 | 38 | |
| Poll . . . . | 400 | 38 | |
| Rath . . . . | 300 | 28 | 50 |
| Wissersheim . . | 1500 | 142 | 50 |
| Hastenrath . . | 4200 | 399 | |
| Rothberg . . . | 4200 | 399 | |
| Wenau . . . | 3800 | 361 | |
| Lucherberg und ein Teil von Luchem . . . | 600 | 57 | |
| Pier . . . . | 2700 | 256 | 50 |
| Schophoven . . | 1800 | 171 | |
| Disternich . . . | 1400 | 133 | |
| Müddersheim . | 600 | 57 | |
| Sievernich . . | 400 | 38 | |
| Kreuzau . . . | 4500 | 427 | 50 |
| Niederau, Krauthausen, Lendersdorf und Weyerhof . . | 2800 | 266 | |
| Stockheim . . . | 800 | 76 | |
| Winden . . . | 3200 | 304 | |
| Bergstein . . . | 500 | 47 | 50 |
| Brandenberg . . | 1800 | 171 | |
| Gey-Straß . . | 1300 | 123 | 50 |
| Großhau . . . | 1800 | 171 | |
| Hürtgen . . . | 500 | 47 | 50 |
| Kleinhau . . . | 600 | 57 | |
| Untermaubach-Bogheim und Langenbroich . | 2100 | 199 | 50 |
| Weisweiler . . | 2200 | 209 | |
| Berg-Thuir . . | 500 | 47 | 50 |
| Bissenheim . . | 1100 | 104 | 50 |
| Wollersheim . . | 700 | 66 | 50 |
| Summe . . | 266600 | 25327 | |

| Kreis und Schulverband. | Diensteinkommen. M | Kassenbeitrag. M | Kassenbeitrag. Pf |
|---|---|---|---|
| **4. Kreis Erkelenz.** | | | |
| Beeck | 6700 | 636 | 50 |
| Körrenzig | 2000 | 190 | |
| Gevenich | 1800 | 171 | |
| Glimbach | 900 | 85 | 50 |
| Rurich | 600 | 57 | |
| Baal | 2600 | 247 | |
| Doveren | 1500 | 142 | 50 |
| Granterath | 400 | 38 | |
| Hetzerath | 700 | 66 | 50 |
| Hückelhoven | 2800 | 266 | |
| Elmpt | 2400 | 228 | |
| Erkelenz | 14100 | 1339 | 50 |
| Gerderath | 1800 | 171 | |
| Holzweiler | 3100 | 294 | 50 |
| Immerath | 2900 | 275 | 50 |
| Borschemich | 1700 | 161 | 50 |
| Keyenberg | 3800 | 361 | |
| Venrath | 2600 | 247 | |
| Kleingladbach | 4500 | 427 | 50 |
| Matzerath | 400 | 38 | |
| Kückhoven | 1900 | 180 | 50 |
| Lövenich | 7700 | 731 | 50 |
| Niederkrüchten | 7700 | 731 | 50 |
| Schwanenberg | 1500 | 142 | 50 |
| Wegberg | 8600 | 817 | |
| Summe | 84700 | 8046 | 50 |
| **5. Kreis Eupen.** | | | |
| Eupen | 46400 | 4408 | |
| Eynatten | 3500 | 332 | 50 |
| Hauset | 1800 | 171 | |
| Hergenrath und Pr.-Moresnet | 3100 | 294 | 50 |
| Kettenis | 3700 | 351 | 50 |
| Lontzen | 6500 | 617 | 50 |
| Evangel. Kirchengemeinde Moresnet | 400 | 38 | |
| Raeren | 6300 | 598 | 50 |
| Walhorn | 2300 | 218 | 50 |
| Summe | 74000 | 7030 | |
| **6. Kreis Geilenkirchen.** | | | |
| Baesweiler | 1800 | 171 | |
| Beggendorf | 800 | 76 | |
| Oidtweiler | 1200 | 114 | |
| Uebach | 3900 | 370 | 50 |
| Brachelen | 5900 | 560 | 50 |
| Lindern | 2200 | 209 | |
| Frelenberg | 1800 | 171 | |
| Birgden | 700 | 66 | 50 |
| Gangelt | 5200 | 494 | |
| Gangelt u. Waldfeucht | 1100 | 104 | 50 |
| Geilenkirchen | 15300 | 1453 | 50 |
| Immendorf | 2400 | 228 | |
| Puffendorf | 2100 | 199 | 50 |
| Randerath | 2000 | 190 | |
| Scherpenseel | 900 | 85 | 50 |
| Schümmerquartier | 1200 | 114 | |
| Teveren | 1400 | 133 | |
| Beeck | 500 | 47 | 50 |
| Süggerath | 600 | 57 | |
| Würm | 2800 | 266 | |
| Summe | 53800 | 5111 | |
| **7. Kreis Heinsberg.** | | | |
| Aphoven | 1600 | 152 | |
| Schafhausen | 1200 | 114 | |
| Birgelen | 2000 | 190 | |
| Effeld | 700 | 66 | 50 |
| Ophoven | 1200 | 114 | |
| Braunsrath | 2000 | 190 | |
| Breberen | 700 | 66 | 50 |
| Dremmen | 2500 | 237 | 50 |
| Horst | 500 | 47 | 50 |
| Haaren | 2600 | 247 | |
| Havert | 1600 | 152 | |
| Millen | 1000 | 95 | |
| Tüddern | 500 | 47 | 50 |
| Heinsberg | 6100 | 579 | 50 |
| Hilfarth | 3700 | 351 | 50 |
| Porselen | 1600 | 152 | |
| Karken | 3400 | 323 | |
| Kempen | 1800 | 171 | |
| Kirchhoven | 4500 | 427 | 50 |
| Arsbeck | 3000 | 285 | |
| Myhl | 1800 | 171 | |
| Wildenrath | 400 | 38 | |
| Oberbruch | 2900 | 275 | 50 |
| Ratheim | 2700 | 256 | 50 |
| Höngen | 2300 | 218 | 50 |
| Saeffeln | 1100 | 104 | 50 |
| Unterbruch | 1900 | 180 | 50 |
| Waldenrath | 3500 | 332 | 50 |
| Waldfeucht | 3100 | 294 | 50 |
| Orsbeck | 1300 | 123 | 50 |
| Wassenberg | 2400 | 228 | |
| Hillensberg | 400 | 38 | |
| Süsterseel | 1000 | 95 | |
| Wehr | 800 | 76 | |
| Summe | 67800 | 6441 | |
| **8. Kreis Jülich.** | | | |
| Aldenhoven | 4000 | 380 | |
| Engelsdorf | 1400 | 133 | |
| Langweiler | 400 | 38 | |
| Niedermerz | 1200 | 114 | |
| Pattern bei Aldenhoven | 500 | 47 | 50 |
| Barmen | 1000 | 95 | |
| Floßdorf | 1500 | 142 | 50 |
| Merzenhausen | 500 | 47 | 50 |
| Bourheim | 600 | 57 | |
| Coslar | 2900 | 275 | 50 |
| Dürwiß | 2600 | 247 | |
| Laurensberg | 1500 | 142 | 50 |
| Lohn | 1800 | 171 | |
| Ederen | 600 | 57 | |
| Gereonsweiler | 1000 | 95 | |
| Dürboslar | 500 | 47 | 50 |
| Freialdenhoven | 700 | 66 | 50 |
| Hambach | 3500 | 332 | 50 |
| Selgersdorf-Krauthausen | 2200 | 209 | |
| Stetternich | 2500 | 237 | 50 |
| Boslar | 2600 | 247 | |
| Gevelsdorf | 500 | 47 | 50 |
| Hasselsweiler | 2100 | 199 | 50 |
| Hompesch | 400 | 38 | |
| Hottorf | 800 | 76 | |
| Müntz | 1000 | 95 | |
| Ralshoven | 1800 | 171 | |
| Tetz | 500 | 47 | 50 |
| Inden | 2800 | 266 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Inden | 500 | 47 | 50 |
| Jülich | 16600 | 1577 | |
| Altdorf | 1300 | 123 | 50 |
| Kirchberg | 2500 | 237 | 50 |
| Linnich | 1900 | 180 | 50 |
| Broich | 1700 | 161 | 50 |
| Güsten | 1800 | 171 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Mersch | 3800 | 361 | |
| Pattern bei Mersch | 1900 | 180 | 50 |
| Welldorf | 3300 | 313 | 50 |
| Roedingen | 4900 | 465 | 50 |
| Steinstraß | 2700 | 256 | 50 |
| Roerdorf | 3000 | 285 | |
| Bettendorf | 1900 | 180 | 50 |
| Schaufenberg | 2000 | 190 | |
| Schleiden | 2100 | 199 | 50 |
| Setterich | 4100 | 389 | 50 |
| Siersdorf | 2300 | 218 | 50 |
| Titz | 7200 | 684 | |
| Welz | 700 | 66 | 50 |
| Summe | 109600 | 10412 | |

**9. Kreis Malmedy.**

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Amel-Eibertingen | 1300 | 123 | 50 |
| Deidenberg | 500 | 47 | 50 |
| Heppenbach | 600 | 57 | |
| Iveldingen-Montenau | 1300 | 123 | 50 |
| Mirfeld | 1400 | 133 | |
| Möderscheid | 400 | 38 | |
| Schoppen | 1300 | 123 | 50 |
| Bellevaux | 400 | 38 | |
| Bürnenville | 400 | 38 | |
| Géromont | 1800 | 171 | |
| Xhoffraix | 1100 | 104 | 50 |
| Büllingen | 1100 | 104 | 50 |
| Honsfeld | 500 | 47 | 50 |
| Hünningen | 500 | 47 | 50 |
| Mürringen | 500 | 47 | 50 |
| Rocherath und Krinkelt | 2900 | 275 | 50 |
| Wirtzfeld | 500 | 47 | 50 |
| Berg | 400 | 38 | |
| Bütgenbach | 2000 | 190 | |
| Elsenborn | 2100 | 199 | 50 |
| Faymonville | 500 | 47 | 50 |
| Nidrum | 1300 | 123 | 50 |
| Sourbrodt | 400 | 38 | |
| Weywertz | 1700 | 161 | 50 |
| Crombach | 3700 | 351 | 50 |
| Lommersweiler und Schönberg | 3000 | 285 | |
| Malmedy | 18400 | 1748 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Malmedy | 1200 | 114 | |
| Manderfeld | 4500 | 427 | 50 |
| Herresbach | 400 | 38 | |
| Medell | 400 | 38 | |
| Meyerode | 1300 | 123 | 50 |
| Valender | 400 | 38 | |
| Wallerode | 800 | 76 | |
| Ligneuville und Bellevaux | 1400 | 133 | |
| Recht | 3600 | 342 | |
| Neuland | 7700 | 731 | 50 |
| Thommen | 5000 | 475 | |
| Schönberg | 3000 | 285 | |
| St. Vith | 4400 | 418 | |
| Ovifat | 400 | 38 | |
| Robertville | 800 | 76 | |
| Weismes | 2500 | 237 | 50 |
| Summe | 87800 | 8341 | |

**10. Kreis Montjoie.**

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Eicherscheid | 1800 | 171 | |
| Höfen | 800 | 76 | |
| Rohren | 400 | 38 | |
| Conzen | 500 | 47 | 50 |
| Imgenbroich | 600 | 57 | |
| Mützenich | 700 | 66 | 50 |
| Kalterherberg | 3400 | 323 | |
| Kesternich | 1500 | 142 | 50 |
| Steckenborn | 2000 | 190 | |
| Strauch | 500 | 47 | 50 |
| Montjoie | 9000 | 855 | |
| Rötgen | 4700 | 446 | 50 |
| Rott | 400 | 38 | |
| Ruhrberg | 1100 | 104 | 50 |
| Schmidt | 1700 | 161 | 50 |
| Vossenack | 1500 | 142 | 50 |
| Lammersdorf | 900 | 85 | 50 |
| Simmerath | 3200 | 304 | |
| Zweifall | 4000 | 380 | |
| Summe | 38700 | 3676 | 50 |

**11. Kreis Schleiden.**

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Blankenheim | 600 | 57 | |
| Blankenheimerdorf | 400 | 38 | |
| Mülheim | 400 | 38 | |
| Reetz | 400 | 38 | |
| Bleibuir | 1600 | 152 | |
| Hergarten | 600 | 57 | |
| Blatten | 2300 | 218 | 50 |
| Call | 800 | 76 | |
| Rinnen | 400 | 38 | |
| Sistig | 1200 | 114 | |
| Sötenich | 1900 | 180 | 50 |
| Untergolbach | 400 | 38 | |
| Baasem | 1900 | 180 | 50 |
| Cronenburg | 500 | 47 | 50 |
| Dahlem | 1800 | 171 | |
| Alendorf | 400 | 38 | |
| Dollendorf und Freilingen | 1200 | 114 | |
| Hüngersdorf | 400 | 38 | |
| Ripsdorf | 1700 | 161 | 50 |
| Waldorf | 1100 | 104 | 50 |
| Dreiborn | 5100 | 484 | 50 |
| Berg | 400 | 38 | |
| Eicks | 1400 | 133 | |
| Floisdorf | 400 | 38 | |
| Glehn | 1500 | 142 | 50 |
| Hostel | 400 | 38 | |
| Gemünd | 4200 | 399 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Gemünd | 1200 | 114 | |
| Harperscheid | 800 | 76 | |
| Broich-Untergolbach und Hellenthal | 400 | 38 | |
| Hausen | 400 | 38 | |
| Heimbach | 2700 | 256 | 50 |
| Hellenthal | 7600 | 722 | |
| Hollerath | 3400 | 323 | |
| Bonderath | 1400 | 133 | |
| Frohngau und Buir | 400 | 38 | |
| Engelgau | 400 | 38 | |
| Holzmülheim | 500 | 47 | 50 |
| Rohr-Lindweiler | 400 | 38 | |
| Tondorf | 400 | 38 | |
| Keldenich | 400 | 38 | |
| Ahrdorf | 400 | 38 | |
| Freilingen | 400 | 38 | |
| Lommersdorf | 800 | 76 | |
| Uedelhoven | 400 | 38 | |
| Marmagen | 1700 | 161 | 50 |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassen-beitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Nettersheim . . | 1400 | 133 | |
| Schmidtheim . . | 500 | 47 | 50 |
| Urft . . . . | 1400 | 133 | |
| Hohn . . . . | 1200 | 114 | |
| Nöthen . . . | 300 | 28 | 50 |
| Pesch . . . . | 300 | 28 | 50 |
| Schleiden . . . | 3600 | 342 | |
| Berk . . . . | 2400 | 228 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassen-beitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| Udenbreth . . . | 1400 | 133 | |
| Breitenbenden . | 400 | 38 | |
| Harzheim . . . | 400 | 38 | |
| Holzheim . . . | 1500 | 142 | 50 |
| Lorbach . . . | 400 | 38 | |
| Mechernich . . | 5600 | 532 | |
| Roggendorf . . | 2100 | 199 | 50 |
| Strempt . . . | 900 | 85 | 50 |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Ka[illegible] be[illegible] ℳ |
|---|---|---|
| Bussem-Bergheim . . . | 800 | [illegible] |
| Wahlen . . . | 2200 | [illegible] |
| Wallenthal . . | 3300 | [illegible] |
| Callmuth . . . | 1200 | [illegible] |
| Weyer . . . . | 1700 | [illegible] |
| Zingsheim . . | 1100 | [illegible] |
| Summe . . | 91600 | 8[illegible] |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 10. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 23. Februar 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 62** Das 4. Stück enthält unter Nr. 3101: Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Preußischen Staatsbahn bei Skalmierzyce und der Warschau-Kalischer Eisenbahn. Vom 6. Dezember 1904. Unter Nr. 3102: Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Preußischen Staatsbahn bei Herby und der Herby-Czenstochauer Eisenbahn. Vom 6. Dezember 1904. Das 5. Stück enthält unter Nr. 3103: Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1904. Vom 10. Februar 1905. Unter Nr. 3104: Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1904. Vom 10. Februar 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 63** Das 3. Stück enthält unter Nr. 10577: Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Preußischen Staatsbahn bei Skalmierzyce und der Warschau-Kalischer Eisenbahn. Vom 6. Dezember 1904. Unter Nr. 10578: Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Preußischen Staatsbahn bei Herby und der Herby-Czenstochauer Eisenbahn. Vom 6. Dezember 1904. Das 4. Stück enthält unter Nr. 10579: Gesetz, betreffend die Vermehrung der Wahlkreise für die Brandenburgische Provinzialsynode. Vom 16. Januar 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 64** Seine Majestät der Kaiser und König haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 9. August v. Js. zu genehmigen geruht, daß zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke im Jahre 1905 eine Geldlotterie mit einem Reinertrage von 800 000 M. und einem Spielkapitale von höchstens 3 200 000 M. veranstaltet wird und die Lose im ganzen Bereiche der Monarchie vertrieben werden.

Es wird beabsichtigt, die Lotterie in 2 Serien auszuspielen. Die Ziehung besteht aus 400 000 Losen, deren Einzelpreis einschließlich der Reichsstempel-Abgabe 3,30 M. beträgt. Die Prämien jeder Ziehung bestehen aus 16 870 Gewinnen mit 575 000 M.

Aachen, den 16. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 65** Der Provinzialrat hat die Verlegung der am 1. Dienstag nach Ostern bezw. 8. Oktober in Blumenthal im Kreise Schleiden anstehenden Kram- und Viehmärkte auf den 2. Donnerstag im Mai bezw. den 2. Mittwoch im Oktober mit der Maßgabe gestattet, daß, wenn einer dieser Tage auf einen Feiertag (einschließlich der jüdischen) fällt, die Märkte am nächstfolgenden Werktage abzuhalten sind.

Aachen, den 16. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 66** Zur Ausübung der Praxis in den Grenzgemeinden des Regierungsbezirks Aachen sind die nachbenannten niederländischen Tierärzte befugt:

A. Clercx in Echt,
L. van Kempen in Sittard,
J. Duysens in Heerlen.

Aachen, den 15. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 67 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen**
am 15. Februar 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Land | 3 | 4 |
| desgl. | Düren | 3 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 1 | 2 |
| desgl. | Jülich | 6 | 7 |
| Geflügelcholera | Aachen-Land | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 1 | 1 |

Aachen, den 16. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 68 Urkunde**
über
**Errichtung der Pfarre Birgel, Kreis Düren.**

Die selbständige Kapellengemeinde Birgel, Pfarre Lendersdorf, Kreis Düren, hatte schon lange das Bestreben, zur Pfarre erhoben zu werden. Zu diesem Zwecke ist eine schöne Kirche erbaut, Dienstwohnung für den Geistlichen und Kirchhof beschafft worden. Die weite Entfernung von der Pfarrkirche und die Seelsorge inmitten der Arbeiterbevölkerung in Birgel lassen es wünschenswert erscheinen, die bisherige Kapellengemeinde zur selbständigen Pfarre zu erheben. Nach Anhörung und unter Zustimmung aller Beteiligten bestimmen wir demnach, was folgt:

1. Die bisherige Kapellengemeinde Birgel wird zur selbständigen Pfarre erhoben. Die Grenzen der neuen Pfarre sollen mit den Grenzen der Zivilgemeinde Birgel zusammenfallen. Nur soll im Südosten ein auf der zugehörigen Karte mit schwarzer Linie bezeichnetes Gebiet der Zivilgemeinde Berzbuir-Kufferath zu der neuen Pfarre, deren Grenzen auf derselben Karte mit blauer Farbe eingezeichnet sind, hinzu gezogen werden.
2. Am Tage des Inkrafttretens gegenwärtiger Urkunde scheiden die katholischen Bewohner des vorumschriebenen Gebietes aus der Pfarre Lendersdorf aus und werden Angehörige der neuen Pfarre Birgel.
3. Das Diensteinkommen des Pfarrers von Birgel regelt sich nach dem Gesetze über das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer vom 2. Juli 1898. Die Alterszulagen werden, sofern die Pfarrgemeinde zu deren Aufbringung über ein Diensteinkommen von 2450 Mark hinaus unfähig ist, zur einen Hälfte seitens der Erbischöflichen Behörde aus kirchlichen Mitteln gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte seitens des Staates geleistet wird.
4. Gegenwärtige Urkunde tritt am 1. März 1905 in Kraft.

Cöln, den 14. Februar 1905.

Der Erzbischof von Cöln.
Antonius Cardinal Fischer.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 14. Februar 1905 von dem Kardinal-Erzbischofe von Cöln kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde Birgel wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 31. Januar 1905 — G. II 4003 — uns erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Aachen, den 17. Februar 1905.

L. S.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

**Nr. 69 Genehmigungs-Urkunde**
für
**die Kleinbahn von Blatzheim nach Oberbolheim.**

Nachtrag Nr. 4

zu den dem Kommunalverbande des Kreises Bergheim erteilten Genehmigungs-Urkunden vom 16. November 1895 A 24845, vom 14. Januar 1897 A 869, vom 28. Mai 1898 A 13295 und vom 2. Februar 1899 A. 2147 I. Ang. zur Herstellung und zum Betriebe von nebenbahnähnlichen Kleinbahnlinien von Frechen (Benzelrath) über Mödrath nach Kerpen, von Kerpen nach Blatzheim, von Bedburg nach Kirchherten und von Kirchherten nach Ameln.

Zur Herstellung und zum Betriebe einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn mit 1 Meter Spurweite von der Station Blatzheim der Kreis-Bergheimer-Kleinbahn, im Kreise Bergheim, nach Oberbolheim, im Kreise Düren, für die Beförderung von Personen und Gütern mittels Dampfkraft wird dem Kommunalverband des Kreises Bergheim auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichneten Königlichen Eisenbahn-Direktion Cöln vorbehaltlich der Rechte Dritter, auf die Zeitdauer von fünfzig Jahren unter nachstehenden Bedingungen hierdurch die Genehmigung erteilt.

Nr. 1.

Die Bahn und die Betriebsmittel sind den Anforderungen entsprechend, welche in der von den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern zu dem vorbezeichneten Gesetze am 13. August 1898 erlassenen Ausführungsanweisung zu §. 9 unter A und in den von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb jeweilig erlassenen Betriebsvorschriften an nebenbahnähnliche Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb gestellt werden, nach Maßgabe der vorgelegten und mit Genehmigungs-Vermerk versehenen Pläne und Zeichnungen unter Beachtung der hierbei vorgenommenen sowie derjenigen Änderungen und Ergänzungen herzustellen, welche in Gemäßheit der §§. 17 und 18 des vorbezeichneten Gesetzes angeordnet werden sollten. Auch bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und der Betriebsmittel darf ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde von der durch die gedachten ministeriellen Vorschriften und der durch die Genehmigung festgesetzten Konstruktion nicht abgewichen werden. Eine weitere Fortsetzung des Kreis-Kleinbahnnetzes, sowie ein Zusammenschluß mit anderen Kleinbahnen, insbesondere bei Oberbolheim, stellt sich als eine wesentliche Änderung des Unternehmens im Sinne des vorbezeichneten Gesetzes dar und wird die nach §. 2 dieses Gesetzes erforderliche Genehmigung versagt werden müssen, wenn solche Änderung die Unterstellung des Unternehmens unter das Gesetz vom 3. November 1838 (Ges.-Sammlg. S. 505) bedingen sollte. Die Anordnung von Schutzanlagen gegen die von dem Bahnbetrieb drohende Feuersgefahr bleibt für den Fall eintretenden Bedürfnisses vorbehalten.

Von sämtlichen Plänen und Zeichnungen sind Doppelstücke der Königlichen Eisenbahn-Direktion Cöln und der Königlichen Fortifikation Cöln einzureichen.

Nr. 2.

Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß längstens innerhalb 2 Jahren nach der Veröffentlichung dieser Genehmigungsurkunde im Regierungs-Amtsblatte erfolgen. Für den Fall, daß der Kommunalverband des Kreises Bergheim dieser Verpflichtung nicht nachkommen sollte, ist er zur Zahlung einer Verzugsstrafe von fünfhundert Mark für jeden Monat an die Königliche Regierungs-Hauptkasse Cöln mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Nr. 3.

Bei der Ausführung des Baues ist dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht verhindert oder wesentlich erschwert wird, und daß die in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden. Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichem oder Privateigentum verursachten Beschädigungen ist der Kommunalverband des Kreises Bergheim verantwortlich.

Nr. 4.

Der Kommunalverband des Kreises Bergheim ist berechtigt, den Bau oder den Betrieb der Bahn oder beides an die im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts zu Cöln am 12. Dezember 1895 unter Nr. 3935 eingetragene Aktiengesellschaft Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft in Cöln bis zum 1. April 1925 zu übertragen. Zu einem Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers ist die vorherige Zustimmung der Aufsichtsbehörde erforderlich.

Die Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft gilt bezüglich der den Betrieb der Kleinbahn betreffenden Angelegenheiten auch nach außen hin und gegenüber den Aufsichtsbehörden unter den nachstehenden Bedingungen als berechtigt und verpflichtet. Kommt die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft als Betriebsunternehmerin den ihr obliegenden Verpflichtungen nicht nach oder wird sie zur Erfüllung derselben unvermögend, so bleibt der Kommunalverband des Kreises Bergheim den Aufsichtsbehörden gegenüber für die Erfüllung aller aus der Genehmigungsurkunde erwachsenden Verpflichtungen nach wie vor verantwortlich.

Nr. 5.

Es bleibt vorbehalten, dem Betriebsunternehmer jederzeit die Gestattung der Einführung von Privatanschlußbahnen nach Maßgabe des § 10 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli zur Pflicht zu machen.

Nr. 6.

Der Kommunalverband des Kreises Bergheim oder falls derselbe die Betriebsführung an einen Dritten überträgt, ist dieser gehalten, die Bahn für die Dauer der Betriebspachtung ordnungsmäßig zu betreiben. Zu diesem Zwecke ist die Bahn nebst den Betriebsmitteln fortwährend dem jeweiligen Verkehrsbedürfnisse entsprechend auszurüsten und in einem solchen Zustande zu erhalten, daß jede Strecke, soweit sie sich nicht in Ausbesserung befindet, ohne Gefahr mit der für sie festgesetzten größten Geschwindigkeit (Nr. 10) befahren werden kann. Für den Betrieb sind die jeweilig von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb erlassenen Betriebsvorschriften maßgebend, soweit nicht von der genehmigenden Behörde, der eisenbahntechnischen Auf-

sichtsbehörde oder von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten Abweichungen zugelassen werden.

Nr. 7.

Für den Fall, daß der Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen wird oder eingestellt werden sollte, ist der Betriebsunternehmer zur Zahlung einer Verzugsstrafe von 50 Mark für jeden Tag an die Königliche Regierungs-Hauptkasse hier verpflichtet mit der Maßgabe, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, unter Ausschluß des Rechtsweges, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Nr. 8.

Die mit der Leitung des Unternehmens, sowie die mit der Leitung der Bahnunterhaltung und des Betriebes betrauten Personen sind sowohl dem unterzeichneten Regierungspräsidenten, als auch der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde namhaft zu machen. Auch sind diesen Behörden alle hierbei eintretenden Änderungen anzuzeigen. Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Bediensteten müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit und diejenige Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Auf Anfordern der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde ist ihre Annahme von dem Bestehen einer Prüfung abhängig zu machen.

Die Führung der Maschine darf nur solchen Personen übertragen werden, die eine förmliche Prüfung abgelegt haben und sich durch ein Zeugnis darüber ausweisen können, daß sie die erforderliche technische Befähigung und Zuverlässigkeit besitzen und mindestens 21 Jahre alt sind.

Nr. 9.

Den im äußeren Betriebsdienst angestellten Bediensteten sind über ihre Dienstverrichtungen und ihr gegenseitiges Dienstverhältnis schriftliche oder gedruckte, der Prüfung seitens der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde unterliegende Anweisungen zu geben. Auch sind über sie Nachweisungen zu führen, die über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disziplinaren Bestrafungen und über sonstige, für die Befähigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst erheblichen Umstände Auskunft geben müssen. Auf Anfordern sind diese Nachweisungen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Bedienstete, welche sich als unfähig oder als unzuverlässig für ihren Beruf erwiesen haben, sind auf Anfordern der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde aus ihrem Dienste zu entlassen.

Die zum Verkehr mit dem Publikum berufenen Beamten müssen bei ihrer Dienstausübung durch Dienstkleidung oder ein sonstiges gleichmäßiges Abzeichen als solche kenntlich und mit einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung zu tragenden Nummer versehen sein.

Nr. 10.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 30 km in der Stunde nicht übersteigen.

Es bleibt vorbehalten, für Wegeübergänge und gefährdete Stellen eine geringere Geschwindigkeit und besondere Vorkehrungen zur Verhütung von Unfällen vorzuschreiben. Etwa zu erlassende Betriebsanweisungen sind der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Von der Feststellung über den Fahrplan für die ersten 3 Jahre nach der Eröffnung des Bahnbetriebes wird abgesehen. Nach Ablauf dieses Zeitraumes, der verlängert werden kann, bleibt Bestimmung darüber vorbehalten, in welchem Umfange und in welcher Weise die Feststellung des Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde einzutreten hat. Diese Feststellung wird in Zeiträumen von je 3 Jahren der Prüfung unterzogen.

Jeder Fahrplan ist der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung einzureichen.

Nr. 11.

Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren nach der Eröffnung des Bahnbetriebes dem Unternehmer frei. Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die Höchstbeträge der Beförderungspreise zu genehmigen.

Die Feststellung der Höchstbeträge wird in Zeiträumen von je 3 Jahren der Prüfung unterzogen.

Jede Feststellung und jede Änderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung mitzuteilen. Zusicherungen, abweichend von den tarifarischen Preisen das Entgelt für die Beförderung zu bestimmen, sind verboten.

Nr. 12.

Die Fahrpläne und Beförderungspreise für Personen und Güter sowie alle Änderungen sind in den Kreisblättern für den Kreis Bergheim und den Kreis Düren vor ihrer Einführung öffentlich bekannt zu machen. Außerdem hat die Veröffentlichung durch Aushang in den dem öffentlichen Bahnverkehr gewidmeten Räumen stattzufinden.

Nr. 13.

Die Zeitabschnitte, in denen die Betriebsmaschinen, abgesehen von der Vornahme erheblicher Änderungen und umfangreicherer Ausbesserungen des Kessels, der Prüfung durch die zur eisenbahntechnischen Beaufsichtigung der Bahn zuständigen Behörde zu unterwerfen sind, werden auf je 3 Jahre bestimmt.

Nr. 14.

Das in dieser Genehmigungs-Urkunde bezeichnete

Unternehmen wird als eine Verlängerung der Kleinbahnstrecke Benzelrath—Blatzheim angesehen. Es ist daher für die ganze Kleinbahnstrecke Benzelrath—Oberbolheim eine gemeinsame Rechnung zu führen, aus der der jährliche Reinertrag des Unternehmens mit Sicherheit ersehen werden kann.

Der Aufsichtsbehörde ist auf ihr Anfordern der Rechnungsabschluß jährlich einzureichen und Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

Nr. 15.

Die den Ausschluß von der Beförderung oder die nur bedingte Zulassung von Gegenständen regelnden Bestimmungen im §. 50 der Eisenbahn-Verkehrsordnung vom 26. Oktober 1899 und der Anlage B hierzu (R.-G.-Bl. S. 557 ff) nebst Nachträgen vom 2. Juli und 24. Dezember 1900 (R.-G.-Bl. von 1900 S. 318 und von 1901 S. 1), vom 30. Mai und 25. November 1901 (R.-G.-Bl. S. 191 und 491), vom 30. Januar, 22. März und 23. November 1902 (R.-G.-Bl. S. 41, 127 und 281) und vom 2. Februar und 15. März 1903 (R.-G.-Bl. S. 6 und 45), sowie die späteren Änderungen und Ergänzungen dieser Bestimmungen sind — mit Ausnahme der Vorschrift unter B 2 im §. 50 der Eisenbahnverkehrsordnung — auch für die Kleinbahn verbindlich. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde können, wenn nötig, Abweichungen von diesen Bestimmungen zugelassen werden.

Nr. 16.

Über jeden Betriebsunfall hat der Betriebsleiter der Bahn unbeschadet eines etwaigen Eingreifens der Aufsichtsbehörde eine Untersuchung zu führen, den Tatbestand, wenn nötig, durch Vernehmung der Beteiligten festzustellen und die daraus sich ergebenden Maßnahmen nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen zu treffen.

Meldungen seitens des Betriebsleiters sind zu erstatten:

1. an die Staatsanwaltschaft und die zuständige Ortspolizeibehörde, an die letztere behufs demnächstiger weiterer Berichterstattung an den Regierungspräsidenten, auf dem kürzesten Wege schriftlich oder telegraphisch über alle Unfälle, bei welchen:
   a) Menschen getödtet oder verletzt sind,
   b) der Verdacht eines strafbaren Verschuldens an dem Unfall gegen einen Bahnbediensteten oder eine fremde Person vorliegt,
2. an die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde:
   a) schriftlich binnen 24 Stunden, wenn eine Entzündung oder ein Brand von Wagen stattgefunden hat oder Menschen getötet oder verletzt sind;
   b) sofort schriftlich oder telegraphisch, wenn eine längere als 24stündige Betriebsstörung zu erwarten ist, z. B. durch außergewöhnliche Naturereignisse, wie Schneewehen u. s. w. bei einem Unfall oder einer erheblichen Zerstörung von Betriebsmaterial oder der Bahnanlagen stattgefunden hat.

Über sämtliche Unfälle hat der Betriebsleiter ein nach der Zeitfolge geordnetes Verzeichnis zu führen, aus welchem Zeit, Ort, Hergang, die erstatteten Meldungen und das etwa darauf Veranlaßte genau zu ersehen sein müssen. Bei Revisionen durch die Aufsichtsbehörde ist dieses Verzeichnis auf Verlangen vorzulegen.

Nr. 17.

Im Interesse der Festungsverteidigung von Cöln gilt der zwischen dem Kommunalverband des Kreises Bergheim und dem Königlichen Gouvernement der Festung Cöln abgeschlossene Nachtragsvertrag zu den bereits abgeschlossenen Verträgen vom $\frac{\text{22. Juni}}{\text{12. August}}$ 1896 und 12./25. November 1896.

Im Interesse der Militärverwaltung und zwar des Landheeres einschließlich der Schutztruppen und der Marine liegen dem Betriebsunternehmer inbetreff des Betriebes folgende Verpflichtungen ob:

1. Derselbe ist nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Bahn im Frieden und im Kriege verpflichtet, Militärtransporte aller Art während des Kriegsverhältnisses, auch Privatgut für die Militärverwaltung zu befördern.
2. Werden Abweichungen von den für die Annahme, Abfertigung, Ver- und Entladung, sowie für die Beförderung geltenden Einrichtungen und Bestimmungen des öffentlichen Verkehrs im Interesse der Ausführung von Militärtransporten erforderlich, so unterliegen dieselben im Einzelfalle der Vereinbarung zwischen der absendenden Militärbehörde und Bahnverwaltung. Die für die Betriebssicherheit getroffenen allgemeinen Bestimmungen dürfen hierdurch nicht berührt werden.
3. Lassen sich im Mobilmachungs- und Kriegsfalle die Militärtransporte nicht mit den Zügen des öffentlichen Verkehrs bewältigen, so ist die Militärverwaltung berechtigt, in den Fahrplan des öffentlichen Verkehrs Militär-Bedarfs- und Sonderzüge einzuschalten, auch zeitweise die Beschränkung, Vereinfachung und vollständige Aussetzung der Züge des öffentlichen Verkehrs anzuordnen und einen besonderen Militärfahrplan einzuführen.
4. Der Betriebsunternehmer ist im Mobilmachungs- und Kriegsfalle verpflichtet, sein Personal und sein zur Herstellung und zum

Betriebe von Kleinbahnen dienliches Material herzugeben. Die demnächstige Entschädigung regelt sich sinngemäß nach den entsprechenden Bestimmungen der Militär-Eisenbahn-Ordnung, Teil II D. und des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (R.-G.-Bl. S. 137) unter Berücksichtigung des geringeren Kapitalwertes nach Maßgabe sachverständiger Schätzung.

5. Die Militärverwaltung ist im Mobilmachungs- und Kriegsfalle berechtigt, den Betrieb einer auf dem Kriegsschauplatz oder in dessen Nähe gelegenen Kleinbahn selbst zu übernehmen. Das bei der Übernahme und Betriebsführung sowie bei der Rückgabe maßgebende Verfahren richtet sich nach der Instruktion, betreffend Kriegsbetrieb und Militärbetrieb der Eisenbahnen (Militär-Eisenbahn-Ordnung, Teil II E.).

6. Auf Anfordern der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde hat der Betriebsunternehmer zwecks Ermittelung der militärischen Leistungsfähigkeit der Bahn im Frieden und im Kriege über ihre Anlagen, Einrichtungen und Betriebsmittel Auskunft zu geben. Die Militärverwaltung ist außerdem berechtigt, zur Vervollständigung dieser Auskunft sowie zu sonstigen militärischen Zwecken auch unmittelbar Erkundigungen anzuordnen.

Den entsandten Offizieren und Beamten ist dabei jede wünschenswerte Unterstützung zu gewähren.

7. Jeder Militärtransport wird mit einem von der zuständigen Dienststelle ausgefertigten Ausweis versehen.

Als Ausweise gelten:

a) Berechtigungsscheine nach dem der Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 als Anlage beigefügten Muster I,
b) Einberufungs-, Entlassungspapiere, sowie Urlaubspässe (letztere auch, wenn sie von Zivilbehörden für die bei ihnen zur Probe-Dienstleistung kommandierten oder beurlaubten Militärpersonen ausgefertigt sind),
c) Frachtbriefe.

Auf Grund derartiger Ausweise erfolgt die Beförderung zu den Sätzen des Militärtarifs, im Frieden gegen sofortige Barbezahlung, im Kriege auch unter Stundung der Fahrgelder.

Bei Vorzeigung der oben unter a und b bezeichneten Ausweise sind Militärfahrkarten zu verabfolgen, die den Transportführern für die Rechnungslegung zu belassen sind.

Werden von der Militärbehörde statt der Berechtigungsscheine (Muster 1) Fahrtausweise nach dem in der Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 enthaltenen Muster 2 (Anlage 2) ausgefertigt, so dienen diese gleichzeitig als Fahrkarten.

Im Falle der Barbezahlung werden diese Fahrtausweise in zwei gleichlautenden Abschnitten ausgefertigt. Beide Abschnitte sind alsdann von dem zuständigen Bahnbediensteten hinsichtlich des gezahlten Fahrpreises auszufüllen und mit dem Dienststempel oder mit Namensunterschrift zu versehen; beide Abschnitte bleiben in den Händen des Transportführers. Der eine Abschnitt erhält die Überschrift:

Gültig als Militärfahrkarte.
Anerkenntnis
für die Militärverwaltung.

und ist für Rechnungszwecke der Militärverwaltung bestimmt.

Der andere Abschnitt erhält die Überschrift:

Anerkenntnis
für die Kleinbahnverwaltung.

und wird nach Ausführung des Transports von der Militärbehörde an die Kleinbahnverwaltung eingesandt.

Soll die Vergütung gestundet werden, so geschieht die Beförderung gleichfalls auf Grund der Fahrtausweise nach Muster 2, indes unter Berücksichtigung der daselbst für diesen Fall angegebenen Änderungen, oder auf Grund von Frachtbriefen, welche letztere mit dem Vermerk „Fracht ist zu stunden" versehen werden.

Gestundete Fahr- und Frachtgelder sind bei der Intendantur des stellvertretenden Generalstabes der Armee zur Liquidation zu bringen und bleiben zu diesem Zwecke die Fahrtausweise (Muster 2) bezw. Frachtbriefe in den Händen der Bahn.

7. a. I. Während des mobilen Verhältnisses sind die Einberufenen der bewaffneten Macht (Heer und Marine) und des Landsturmes behufs Erreichung des Gestellungsorts mit allen fahrplanmäßigen Zügen in jeder Wagenklasse, nötigenfalls unter Zurückstellung alles anderen Personen- und Güterverkehrs, ohne Fahrkarte zu kostenfreier Benutzung der Bahn zuzulassen und zwar:

α. Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes gegen Vorzeigung des Gestellungsbefehls oder anderer Militärpapiere,
β. die Mannschaften des Landsturmes innerhalb des betreffenden Korpsbezirkes auf Grund ihrer mündlichen Erklärung,

daß sie dem Landsturm angehören und eingezogen sind,

γ. Kriegsfreiwillige und Freiwillige des Landsturmes auf Vorzeigung einer Bescheinigung der Ortsbehörde über Zweck und Ziel der Reise.

Der Ausweis oder die mündliche Erklärung erfolgt den Kontrollbeamten gegenüber.

Von Beibringung der unter α bezeichneten Ausweise kann abgesehen werden, wenn gegen die mündlichen Angaben über Zweck und Ziel der Reise Bedenken nicht bestehen.

II. Die Kleinbahnverwaltung hat die auf die Festsetzungen unter I. bezüglichen, von der Zivil- oder Militärverwaltung für erforderlich erachteten Bekanntmachungen auf ihren Bahnhöfen anschlagen zu lassen.

III. Um der Kleinbahnverwaltung schon im Frieden einen ungefähren Anhalt für die von ihr im Mobilmachungsfalle zu beanspruchenden Leistungen zu geben, erhält sie von den Bezirkskommandos von drei zu drei Jahren Angaben über die voraussichtliche Zahl der im Mobilmachungsfalle auf ihren Bahnstrecken zu befördernden Einberufenen sowie über die von diesen zu benutzenden Zügen.

Bei wesentlichen Abweichungen werden diese Angaben auch in der Zwischenzeit gemacht.

IV. Anträge der Kleinbahnverwaltung auf Zurückstellung von Betriebsbediensteten vom Waffendienst im Mobilmachungsfalle, soweit das Personal dienstpflichtig ist, oder als ausgebildet dem Landsturm II. Aufgebots angehört, sind — getrennt nach „Bezirkskommandos" — an den für die Kleinbahn zuständigen Regierungspräsidenten in Form von Listen und vierteljährlichen Nachtragslisten nach dem Muster 20 der Wehrordnung zu richten. Der Regierungspräsident prüft diese Listen u. s. w., stellt für diejenigen Personen, deren Zurückstellung er im Einvernehmen mit der zuständigen Königlichen Eisenbahn-Direktion für dringend notwendig erachtet, Unabkömmlichkeitsbescheinigungen nach dem Muster 23 der Wehrordnung aus und übersendet Listen nebst Bescheinigungen dem zuständigen Bezirkskommando. Diese Festsetzungen gelten nicht für Kleinbahnen, die den Verpflichtungen unter B der Ausführungsanweisung zu § 9 nicht unterliegen.

V. Die nachträgliche Entschädigung wird der Bahnverwaltung für die wirklich zur Beförderung gelangten Mannschaften nach den Sätzen des Militärtarifs gewährt. Die erforderlichen Angaben sind von den Kontrollbeamten auf Grund ihrer Feststellungen zu machen; die Liquidation ist zur Prüfung an das Bezirkskommando zu senden, in dessen Bezirk der Einberufene die Reise angetreten hat. Das Bezirkskommando sendet demnächst die Liquidation an die Intendantur des stellvertretenden Generalstabs der Armee.

8. Die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen der Bahn dürfen zu dringlichen, militärischen Mitteilungen benutzt werden, soweit die Erfordernisse des Eisenbahndienstes dies zulassen. Im Mobilmachungs- und Kriegsfalle erfolgen diese Mitteilungen kostenfrei.

Nr. 18.

Für die Verpflichtungen des Betriebsunternehmers im Interesse der Reichspostverwaltung sind die Bestimmungen im §. 42 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend.

Nr. 19.

Für die zu errichtende Betriebs-Telegraphenleitung darf auf den Strecken, auf welchen sich Reichs-Telegraphenlinien bereits befinden, nicht auf der Straßenseite geführt werden, die von der Reichslinie besetzt ist.

Bei Kreuzungen der Bahnleitungen mit den Reichsleitungen müssen die Bahnleitungen in einem Abstande von mindestens 1 m unterhalb der Reichsleitungen geführt werden. Die Kreuzung hat im rechten Winkel zu erfolgen. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches vom 6. April 1892 und des Telegraphenwege-Gesetzes vom 18. Dezember 1899.

Cöln, den 10. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: Fink.

**Nr. 70 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 2. Januar bis 30. Juni 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

3½ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 4, 19, 217, 239, 293.

2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 34.

3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 42, 61, 332, 340, 343.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung

vom 1. Juli 1905 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 12 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Juli 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, I, K, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfg. bezogen werden kann.

Münster, den 16. Februar 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 71 Bekanntmachung.**

**Tierärztliche Hochschule, Berlin,**
Luisenstraße 56.

Das Sommersemester beginnt am 27. April d. Js.

Immatrikulationen nehmen am 13. April ihren Anfang und dauern bis Ende April. Aufnahme-Bedingungen und Stundenplan werden auf Erfordern vom Bureau abgegeben.

Der Rektor.

**Nr. 72 Bekanntmachung.**

**Königliche Tierärztliche Hochschule Hannover.**

Das Sommer-Semester 1905 beginnt am 26. April 1905. Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses

die Direktion.
Dr. Dammann.

**Nr. 73 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt ist der seither einstweilig tätige Lehrer Heinrich Eising bei der katholischen Volksschule zu Baesweiler, Kreis Geilenkirchen.

Der Herr Ober-Präsident hat den Bürgermeisterei-Verwalter Servin Schnitzler in Kevenberg zum Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Kevenberg im Kreise Erkelenz umfassenden Standesamtsbezirks auf Widerruf ernannt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 9.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 11. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 2. März 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 74** Die Zinsscheine Reihe VI Nr. 1 bis 20 **zu den Schuldverschreibungen der $3^1/_2$ vormals $4^0/_0$igen deutschen Reichsanleihe von 1879** über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. April 1905 bis 31. März 1915 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden von der Königlich Preußischen Kontrolle der Staatspapiere hierselbst, SW. 68, Oranienstr. 92/94, unten links, vom 1. März d. Js. ab, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbanknebenstellen, sowie durch diejenigen kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, zu beziehen.

Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat dieser Stelle die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnisse sind bei den Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 13. Februar 1905.

Reichsschuldenverwaltung.
von Hoffmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 75 Bekanntmachung.**

Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß an Stelle des Gutsbesitzers Johann Peter Limbourg in Bitburg, welcher sein Mandat niedergelegt hat, der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Peter Wallenborn in Bitburg zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Bitburg gewählt worden ist.

Coblenz, den 20. Februar 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 76 Bekanntmachung**

Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß an Stelle des Rentners Johann Gottlieb Viebahn in Bonn, der sein Mandat niedergelegt

hat, der Fabrikbesitzer Bernhard Krawinkel in Volmerhausen, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Gummersbach gewählt worden ist.

Coblenz, den 21. Februar 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 77** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den Luxuspferdemarkt in Briesen W./Pr. die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dem diesjährigen Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Es sollen 100 000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden und 1477 Gewinne im Gesamtwerte von 42 000 M. zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird am 13. Juli 1905 in Briesen stattfinden.

Aachen, den 27. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 78** Der Herr Ober-Präsident hat dem Vorstand des katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Cöln die Erlaubnis erteilt, zum Besten des in Cöln-Bayenthal eingerichteten Zufluchtshauses für hilflose gefallene katholische Mädchen in den Jahren 1905 und 1906 je eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im hiesigen Bezirke sind folgende Personen beauftragt worden: Peter Graf, Martin Böll und Arnold Johnen aus Lammersdorf, Jos. Lennartz aus Rollesbroich, Wilh. Scheufens aus Birgden, Leonh. Jansen und Leonh. Ohlenforst aus Schierwaldenrath, Ewald Weber aus Berg.-Gladbach, Johann Bertram aus Neuß, Mathias Josef Croe aus Raeren, Anton Nolden aus Niederelvenich, Jos. Hölters aus Crefeld, Anton Schmitz aus Enzen, Herm. Jos. Biertz aus Roevenich.

Aachen, den 25. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 79** Der Niederländische Generalkonsul für das Königreich Preußen J. W. Willekes Macdonald in Berlin ist gestorben. Mit der einstweiligen Verwaltung des dadurch erledigten Generalkonsulats ist Herr Jean George betraut und in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 27. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 80** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf

Montag, den 29. Mai 1905,

festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor der Anstalt, Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 58.

Aachen, den 23. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 81** Wir machen alle uns untergeordneten Beamten und Kassen auf den bevorstehenden Schluß des Rechnungsjahres mit der Aufforderung aufmerksam, in jeder Weise dazu mitzuwirken, daß alle das ablaufende Rechnungsjahr betreffenden Einnahmen und Ausgaben in den Büchern und Rechnungen desselben zum Nachweise gelangen und Einnahme- und Ausgabereste, soweit wie irgend möglich, vermieden werden. Weiterhin fordern wir alle diejenigen, welche innerhalb des diesseitigen Geschäftsbereichs aus dem Rechnungsjahre 1904 herrührende Forderungen an den Staat oder die von uns verwalteten Institutenfonds zu machen haben, hierdurch auf, die bezüglichen Rechnungen (Liquidationen) mit tunlichster Beschleunigung, jedenfalls aber so zeitig einzureichen, daß sie mit der erforderlichen Bescheinigung spätestens bis zum 20. April d. Js. zur Vorlage gelangen.

Aachen, den 23. Februar 1905.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 82** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 28. Februar 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 3 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 3 | 5 |
| desgl. | Jülich | 5 | 5 |

Aachen, den 1. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 83** Die Prüfung der Bewerber um die

Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst findet am Donnerstag, den 30. März und Freitag, den 31. März dieses Jahres, vormittags 8 Uhr, im hiesigen Regierungsgebäude statt.

Aachen, den 21. Februar 1905.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Heising.

**Nr. 84** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zur Anlegung der Hochspannungsleitung der Ruhrtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Haaren im Wege der Enteignung dauernd zu beschränkenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Freitag, den 3. März d. Js., beginnend um 10 Uhr vormittags, in der Nähe des Ritterguts Kalkofen anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 23. Februar 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 85 Personal-Nachrichten.**

Dem Oberaufseher Müller bei dem Königlichen Gefängnisse in Aachen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Dem Aufseher Böhm bei dem Königlichen Gefängnisse in Aachen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Die Verwaltung der Landbürgermeisterei Harperscheid im Kreise Schleiden ist dem Bürgermeister der Stadt Schleiden, Wilhelm Broekmann, auf Widerruf übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 9.

Druck von J. Sterken in Aachen.

[illegible]

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 12. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 9. März 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 86** Das 6. Stück enthält unter Nr. 3105: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf den 1905 in Lüttich, Görlitz und Oldenburg stattfindenden Ausstellungen. Vom 20. Februar 1905. Das 8. Stück enthält unter Nr. 3107: Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902. Vom 27. Februar 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 87** Das 5. Stück enthält unter Nr. 10580: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg, Idstein, Rennerod, Runkel, Usingen und Weilburg. Vom 15. Februar 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 88** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten 3½ prozentigen Staatsanleihe von** 1885 und die Zinsscheine Reihe II Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten 3 prozentigen Staatsanleihe von** 1895, 1896, 1898 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1915 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 6. März 1905 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Für jede Anleihe ist ein besonderes Verzeichnis aufzustellen. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 1. März 1905.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

von Hoffmann.

**Nr. 89** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | — | 18 | — | — | — | 16 | 50 | 15 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | 75 | 17 | 25 | — | — | 15 | — | 14 | 50 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 28 | 16 | 78 | — | — | 14 | 33 | 13 | 33 | — | — | 16 | 25 | 15 | 25 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 80 | 17 | 30 | — | — | 14 | 60 | 14 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 17 | 50 | — | — | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 16 | 50 | 16 | — | 15 | — | 14 | 25 | 13 | 75 | 13 | 25 |
| Jülich . . . | 17 | 70 | 17 | 20 | 16 | 70 | 14 | 65 | 14 | 15 | 13 | 65 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | 15 | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | — | — | — | — | — | 15 | 15 | — | — | — | — | 14 | 63 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 9 | — | 135 | — | 1 | 50 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 45 | 1 | 50 | 2 | 55 | 6 | 60 | — | — | — | — |
| 4 | 10 | 10<br>8<br>9 | 50<br>68<br>87 | 111 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 37 | 5 | 85 | — | — | — | — |
| — | — | 8<br>10 | 60<br>08 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 44 | 1 | 34 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 64 | 1 | 70 | 2 | 34 | 6 | 94 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 10 | — | 126 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 60 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | — | 10<br>7<br>7 | 80<br>28<br>77 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 45 | 5 | 25 | — | — | — | — |
| 4 | — | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 3 | 50 | — | — | — | — |
| 4 | 08 | 8 | 59 | 123 | — | 1 | 54 | 1 | 37 | 1 | 63 | 1 | 51 | 1 | 50 | 1 | 59 | 2 | 39 | 5 | 24 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

**machungen der Provinzial-Behörden.**

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Februar 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | — | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 | — | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 6 | 90 | 6 | — |
| [15] 14 | [73] 33 | 13 | 83 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 92 | [7] 4 | [35] 81 |
| [16] 13 | [12] 70 | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | [5] 4 | [25] 60 |
| [14] 14 | [91] 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | 36 | — | — | — | 6 | — | [5] — | [04] — |
| 17 | — | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 8 | — | 5 | 40 |
| [17] 14 | [88] 80 | 14 | 30 | 13 | 80 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 8 | — | [5] 4 | [67] 33 |
| [15] — | [84] — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 8 | 75 | [4] — | [62] — |
| 14 | — | 13 | 50 | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 2 | 50 | 6 | — |
| 14 | 76 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 31 | 33 | 36 | 42 | 40 | 6 | 76 | 5 | 19 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Februar 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 36 | — | 46 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 45 | 2 | 40 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 46 | — | 35 | — | 55 | — | 54 | — | 47 | 2 | 40 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 60 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Februar 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 4. März 1905. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 90** Der zum Königlich Niederländischen Vizekonsul in Düren ernannte Fabrikant Leopold Peill jun. ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 6. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 91** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand der Gesellschaft „Kriegerheim" in Essen die Erlaubnis erteilt, den Ziehungstermin der ersten Kriegerheim-Lotterie auf den 4. April d. Js. zu verlegen. Bekanntmachung vom 24. November v. Js. (Amtsblatt Seite 276.)

Aachen, den 6. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 92** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des evangelischen Diaspora-Waisenhauses Godesheim bei Godesberg die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Anstalt eine einmalige Hauskollekte bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz im Jahre 1905 abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind beauftragt worden:

Fritz Hütten, Oberkassel b. Bonn; Ferdin. Masholt, Wesel; Johs. Masholt, Wesel; Ph. Vogt, Düsseldorf; Ferdin. Treyße, Godesheim; Heinr. Kühler, Godesheim.

Aachen, den 5. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 93** Der Herr Oberpräsident hat der Charitativen Vereinigung, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Cöln-Nippes die Erlaubnis erteilt, zur Förderung ihrer Zwecke in den Jahren 1905 und 1906 je eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im hiesigen Bezirke sind folgende Personen beauftragt worden:

Johann Wennekers, Weeze; Gerhard Troest, Calcar; Gerhard Wilbers, Grefrath; Josef Willner, Winnekendonk; Johann Wiblinghaus, Neviges; Peter Vogt, Mutterschied; Robert Peters, Bernh. Buschkötter, Crefeld; Franz Rosenbaum, Frauenberg; Friedr. Koch, Hilden; Ewald Weber, Berg.-Gladbach; Wilhelm Hüllen, Düsseldorf; Martin Böll, Arnold Johnen, Peter Graf, Lammersdorf; Anton Schwagers, Herm. Lüttges, Crefeld; Wilhelm Scheufens, Birgden; Herm. Josef Horst, Bliesheim; Wilhelm Bihn, Giesenkirchen; Leo Plum, Rheydt; Wilhelm Fink, Arnoldsweiler; Theodor Esser, Elfgen; Johann Bertram, Neuß; Leonh. Ohlenforst, Schierwaldenrath; Heinr. Mühlmann, Neuß; Adolf Fröhling, Orken; Leonh. Jansen, Schierwaldenrath; Friedr. Poschkamp, Heiligenhaus; Josef Lennartz, Rollesbruch.

Aachen, den 27. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 94** Der Apotheker Eduard Bücken ist mit der Verwaltung der Witwe Winand Bücken'sche Apotheke in Aachen betraut worden.

Aachen, den 28. Februar 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 95** In diesem Jahre wird wiederum ein unentgeltlicher Lehrkursus im praktischen Obstbau an der Landwirtschaftsschule in Cleve mit folgendem Lehrgange abgehalten:

Teil I. vom 25.—29. April d. Js. einschließlich: kurzgefaßte Theorie des Obstbaues, Pflanzung, Schnitt, Veredelung und Pflege des Obstbaumes im Frühlinge.

Teil II. vom 6.—8. Juli d. Js. einschließlich: Sommerschnitt, Okulieren, Beerenweinbereitung.

Teil III. vom 14.—16. September d. Js. einschließlich: Obsternte, Sortenkunde, Obstverwertung.

Die Teilnehmer an dem Lehrgange der ersten Abteilung haben sich am 25. April d. Js., vormittags 10 Uhr, in der Landwirtschaftsschule in Cleve einzufinden. Anmeldungen sind an den Herrn Direktor der Landwirtschaftsschule in Cleve zu richten.

Aachen, den 6. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 96** Wir machen alle uns untergeordneten Beamten und Kassen auf den bevorstehenden Schluß des Rechnungsjahres mit der Aufforderung aufmerksam, in jeder Weise dazu mitzuwirken, daß alle das ablaufende Rechnungsjahr betreffenden Einnahmen und Ausgaben in den Büchern und Rechnungen desselben zum Nachweise gelangen und Einnahme- und Ausgabereste, soweit wie irgend möglich, vermieden werden. Weiterhin fordern wir alle diejenigen, welche innerhalb des diesseitigen Geschäftsbereichs aus dem Rechnungsjahre 1904 herrührende Forderungen an den Staat oder die von uns verwalteten Institutenfonds zu machen haben, hierdurch auf, die bezüglichen Rechnungen (Liquidationen) mit tunlichster Beschleunigung, jedenfalls aber so zeitig einzureichen, daß sie mit der erforderlichen Bescheinigung spätestens bis zum 20. April d. Js. zur Vorlage gelangen.

Aachen, den 23. Februar 1905.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 97 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 2. Januar bis 30. Juni 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

3½ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 4, 19, 217, 239, 293.

2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 34.

3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 42, 61, 332, 340, 343.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Juli 1905 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 12 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Juli 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, I, K, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfg. bezogen werden kann.

Münster, den 16. Februar 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 98** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für mehrere zur Durchführung und Erweiterung eines Parallelwegs am Bahnhof Ameln der Bergheimer Kreisbahn in der Gemeinde Titz zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Dienstag, den 14. März d. Js., beginnend um 10½ Uhr, bei dem Bahnhof Ameln der Bergheimer Kreisbahn anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 7. März 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 99 Personal-Nachrichten.**

Versetzt. Von Aachen: der Postinspektor Helmke nach Darmstadt, die Ober-Postpraktikanten von Böttcher nach Danzig, Gerisch nach Breslau, Holzberg nach Potsdam, Roos nach Darmstadt; Nach Aachen: die Ober-Postpraktikanten von Elpons aus Berlin, Gaertner aus Hamburg, Gestewitz aus Köln, Heuer aus Hamburg; der Ober-Postsekretär Hoppe von Aachen nach Jena.

Ernannt ist zum Ober-Postpraktikanten der Postpraktikant Odenbach.

Der Gerichtsdiener Haase beim Oberlandesgericht in Cöln ist gestorben.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 10.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 13. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 16. März 1905.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 100** Die sämtlichen noch nicht ausgelosten $3^1/_2$prozentigen Anleihescheine der Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahngesellschaft werden im Auftrage des Herrn Finanz-Ministers den Besitzern hierdurch zum 1. Oktober d. Js. mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag

vom 2. Oktober d. Js. ab

bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier W. 8, Taubenstraße 29, gegen Quittung und Rückgabe der Anleihescheine und der dazu gehörigen, alsdann noch nicht fälligen Zinsscheine I. Reihe Nr. 19 und 20 nebst den Anweisungen zur Abhebung der neuen Zinsscheine zu erheben. Neben dem Kapitalbetrage der Anleihescheine werden gleichzeitig die Stückzinsen für die 3 Monate Juli bis September d. Js. gezahlt werden. Der Betrag der etwa fehlenden Zinsscheine wird vom Kapital zurückbehalten.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung dieser Anleihescheine auf.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der beiden letzten Geschäftstage jedes Monats.

Die Zahlung geschieht auch bei sämtlichen Königlichen Regierungs-Hauptkassen und bei den Königlichen Kreiskassen in Dortmund und Frankfurt a. M. Zu diesem Zwecke können die Anleihescheine nebst Zubehör schon vom 1. September d. Js. ab einer dieser Kassen eingereicht werden, welche die Effekten der Staatsschulden-Tilgungskasse vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. Oktober d. Js. ab bewirkt.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 22. Februar 1905.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Hoffmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 101** **Polizei-Verordnung,**
betreffend Abänderung der Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen vom 15. Dezember 1900.

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und gemäß der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Rheinprovinz Folgendes verordnet:

§. 13 Ziffer 1a der Polizeiverordnung vom 15. Dezember 1900 erhält folgende Fassung:

„Es müssen bei sich führen und den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzeigen:
Radfahrer, welche in Preußen einen Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der Polizeibehörde des Wohnortes ausgestellte Radfahrkarte. — Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gewalthabers.—"

Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Coblenz, den 7. März 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 102** Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Handelskammer zu Aachen am

24. Januar d. Js. den Chemiker Dr. Alfred Pinagel hierselbst zum Stellvertreter des Leiters der öffentlichen Konditionieranstalt in Aachen gewählt und vereidigt hat. Die Wahl ist von mir bestätigt worden.

Aachen, den 7. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 103** Der Herr Minister des Innern hat auf Grund Allerhöchster Ermächtigung dem Pferdezuchtverein für Elsaß-Lothringen zu Straßburg i. E. die Erlaubnis erteilt, zu der öffentlichen Ausspielung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen, die der Verein mit Genehmigung des dortigen Ministeriums im November d. Js. zu veranstalten beabsichtigt, auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar im Regierungsbezirke Sigmaringen, sowie in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinland, Lose zu vertreiben.

Es werden 100000 Lose zu 1 M. einschließlich Steuer ausgegeben und 1200 Gewinne im Gesamtwerte von ca. 39000 M. zur Auslosung gelangen.

Aachen, den 10. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 104** Der Herr Ober-Präsident hat dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde Rott im Siegkreise die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für den Neubau einer katholischen Kirche daselbst eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf in dem Zeitraum bis zum 31. Dezember d. Js. abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder im hiesigen Regierungsbezirke sind folgende Personen beauftragt worden:

Emonds, Pfarrer, Mathias Lütz, Heinrich Sens und Gottfried Pütz aus Rott; Peter Weiß aus Mechernich; Wilhelm Kunz aus Sohren; Anton Schmitz aus Enzen; Johann Birtz aus Bessenich; Werner Bohlen aus Horst; Jakob Groß aus Schiefbahn; Josef Drenk aus Kirchdaun; Herm. Stockmann und Heinr. Lingen aus Hüls; Josef Kürten aus Hilden; Peter Oebel aus Cöln-Nippes.

Aachen, den 10. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 105** Der Herr Ober-Präsident hat dem Mäßigkeitsausschuß des Charitasverbandes für Westdeutschland zu Düsseldorf die Erlaubnis erteilt, zur Förderung seiner Zwecke in den Jahren 1905 und 1906 je eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind für das Jahr 1905 folgende Personen beauftragt worden:

Johann Wiblinghaus aus Neviges; Gerh. Proest aus Calcar; Johann Wennekers aus Weeze; Hermann Schemann aus Mülheim (Ruhr); Karl Wieber aus Langenfeld; Friedr. Koch aus Hilden; Engelb. Höfer aus Kirchdaun; Gerhard Wilbers aus Grefrath; Peter Eicks aus Scheuerheck; Friedr. Poschkamp aus Heiligenhaus; Peter Vogt aus Mutterschied; Anton Vollekier aus Amern St. Anton; Leonhard Jansen und Leonhard Ohlenforst aus Schierwaldenrath; Peter Graf, Martin Böll und Arnold Johnen aus Lammersdorf; Anton Schmitz aus Enzen; Joseph Lennartz aus Rollesbruch; Josef Schneider aus Züsch; Anton Schwagers und Hermann Lüttges aus Crefeld; Wig. Urbach aus Düsseldorf; Wilh. Bihn aus Giesenkirchen; Leo Pium aus Rheydt; Theodor Esser aus Elfgen; Heinr. Mühlmann und Joh. Bertram aus Neuß; Lamb. Lichtschlag aus Düsseldorf; Joh. Pitzen aus Rupperath; Hermann Behnen aus Buschhausen.

Die Patres Karl Kenkmann, Wilh. Komorek, Daniel Schlemmer, Peter Selbach, Lambert Thelen, Gerhard Wolter, Joseph Platzen, Heinrich Ernst, Franz Syring und Joseph Zamponi, sowie die Brüder Gerh. Siemes, Anton Lüttgens, Hermann Joerissen, Frz. Eich, Heinr. Loerges und Gerhard Brüning alle aus Heidhausen.

Aachen, den 10. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 106** Nachdem der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten durch Erlaß vom 14. Februar 1905 M 5211 bestimmt hat, daß künftig besondere Befähigungszeugnisse für Hühneraugenoperateure nicht mehr auszustellen sind, diese Tätigkeit vielmehr den Heilgehilfen zuzuweisen ist, ordne ich in Ergänzung der Vorschriften über die Prüfung und Beaufsichtigung der staatlich geprüften Heilgehilfen und Masseure im Regierungsbezirke Aachen vom 25. März 1903 (Amtsblatt S. 104) hiermit an, daß die gemäß Ziffer 2, 3 a. a. O. abzulegende Prüfung und das Befähigungszeugnis künftig auch auf das Operieren von Hühneraugen erstreckt werden.

Aachen, den 7. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 107** Nachdem bei der Abstimmung die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden sich für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Juli 1905 eine Zwangsinnung für das Bäckerhandwerk in dem Bezirke der Gemeinde Eupen mit dem Sitze

in Eupen und dem Namen „Zwangsinnung für das Bäckerhandwerk in der Gemeinde Eupen" errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkte ab gehören alle Gewerbetreibende, welche das Bäckerhandwerk im Bezirke der Gemeinde Eupen betreiben, dieser Innung an.

Aachen, den 8. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 108** Der Herr Ober-Präsident hat dem Vorstand der Anstalt für nerven- und alkoholkranke Frauen zu Mündt im Kreise Jülich die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für die Unterhaltung der Anstalt eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern des Regierungsbezirks Aachen in dem Zeitraum bis zum 1. Oktober d. Js. abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind folgende Personen beauftragt worden:

Pfarrer Neumann und Frau Pottmeier aus Mündt; Carl Hilgers, Gust. Katzfeld, Philipp Römer, Philipp Burbaum, Felix Bohnen, Peter Baasen und Aug. Zwermann aus Düsseldorf; Joh. Roever aus Ehrenfeld; Peter Backes und Andr. Fußangel aus M.-Gladbach; Anton Müllenberg aus Hilden; Gottfr. Iserath aus Sonnborn; Heinrich Buchhardt aus Düsseldorf.

Aachen, den 10. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 109** Die nachstehenden Bedingungen werden mit dem Bemerken veröffentlicht, daß sie im Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung, der Staatseisenbahn- und der Berg-Verwaltung allgemein zur Anwendung kommen.

Aachen, den 14. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

## Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen.

### §. 1. Persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen hat niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

### §. 2. Einsicht und Bezug der Verdingungsanschläge u. s. w.

Verdingungsanschläge, Zeichnungen, Bedingungen u. s. w. sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen und werden auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

### §. 3. Form und Inhalt der Angebote.

(1.) Die Angebote sind unter Benutzung der etwa vorgeschriebenen Formulare, von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Überschrift versehen, versiegelt und frankiert bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

(2.) Die Angebote müssen enthalten:

a) die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
b) die Angabe der geforderten Preise nach Reichswährung, und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten als auch der Gesamtforderung; stimmt die Gesamtforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein;
c) die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
d) seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidarisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erfordernis gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;
e) nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor dem Bietungstermine eingesandt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;
f) die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen von Fabrikaten.

(3.) Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen, oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

(4.) Es sollen indessen solche Angebote nicht ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer kürzeren als der in der Ausschreibung angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

### §. 4. Wirkung des Angebots.

(1.) Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebotes bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bezw. der von ihnen bezeichneten kürzeren Frist (§. 3, letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

(2.) Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebots in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Ortes, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz

hat und woselbst auch sie auf Erfordern Domizil nehmen müssen.

**§. 5. Zulassung zum Eröffnungstermin.**

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermine frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

**§. 6. Erteilung des Zuschlags.**

(1.) Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungstermin zu dem von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Protokoll oder durch besondere schriftliche Mitteilung erteilt.

(2.) Letzterenfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung hiervon innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Post-Amt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

(3.) Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Absendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgesendeten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagserklärung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

(4.) Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann erteilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Frankaturbetrages einen desfallsigen Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebotschreiben ausdrücklich verlangt wird und erfolgt alsdann die Rücksendung auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt; ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

(5.) Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

(6.) Den Empfang des Zuschlagsschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

**§. 7. Vertragsabschluß.**

(1.) Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Erteilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen.

(2.) Sofern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung derselben zu verlangen.

(3.) Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Verdingungsanschläge, Zeichnungen u. s. w., welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

**§. 8. Kautionsstellung.**

Innerhalb 14 Tagen nach der Erteilung des Zuschlages hat der Unternehmer die vorgeschriebene Kaution zu bestellen, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

**§. 9. Kosten der Ausschreibung.**

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten hat der Unternehmer nicht beizutragen.

**Nr. 110** Gemäß §. 5 der Körordnung für die Privatbeschäler der Rheinprovinz vom 15. August 1880 wird dte Beschreibung eines für das Jahr 1905 auf Grund einer Nachkörung angekörten Hengstes, der Ort seiner Aufstellung und die Höhe des Sprunggeldes nachstehend bekannt gemacht:

| Nr. des Körscheins | Der Hengstbesitzerin: Name | Der Hengstbesitzerin: Wohnort | Des Hengstes: Farbe | Des Hengstes: Abzeichen | Des Hengstes: Größe (Meter) | Des Hengstes: Alter (Jahre) | Des Hengstes: Rasse. | Ort der Aufstellung des Hengstes. | Sprunggeld ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 34 | Witwe Hubert Meulenbergh | Süsterseel | braun | Flocke | 1,62 | 4 | rhein. Pferd | Süsterseel, Kreis Heinsberg | 15 |

Aachen, den 10. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Böhm.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 11.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 14. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 23. März 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 111** Das 7. Stück enthält unter Nr. 3106: Zusatzvertrag zum Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen Deutschland und Rußland vom $\frac{\text{10. Februar}}{\text{29. Januar}}$ 1894, vom $\frac{28.}{15.}$ Juli 1904.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 112** Das 6. Stück enthält unter Nr. 10581: Gesetz, betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne. Vom 6. März 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 113** **Feststellung**

der Vergütungspreise für die Landlieferungen an Brotmaterial, Hafer, Heu und Stroh, in Gemäßheit der §§. 16 und 19 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873, für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906.

| Nr. | Bezeichnung des Lieferungsverbands (Landrätlichen Kreises). | Bezeichnung des für denselben bestimmten Haupt-Marktortes. | Weizen. ℳ | Weizen. ₰ | Weizenmehl. ℳ | Weizenmehl. ₰ | Roggen. ℳ | Roggen. ₰ | Roggenmehl. ℳ | Roggenmehl. ₰ | Hafer. ℳ | Hafer. ₰ | Heu. ℳ | Heu. ₰ | Stroh. ℳ | Stroh. ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **C. Regierungsbezirk Aachen.** | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Aachen, Stadt | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2 | „ Land | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | Eupen | zu 1 bis 5 Aachen | 16 | 54 | 20 | 77 | 14 | 06 | 17 | 83 | 13 | 81 | 6 | 26 | 4 | 89 |
| 4 | Malmedy | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | Montjoie | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | Jülich | | | | | | | | | | | | | | | |
| 7 | Geilenkirchen | | | | | | | | | | | | | | | |
| 8 | Heinsberg | zu 6 bis 11 Neuß | 15 | 86 | 19 | 26 | 13 | 12 | 17 | 24 | 13 | 22 | 6 | 27 | 3 | 37 |
| 9 | Düren | | | | | | | | | | | | | | | |
| 10 | Schleiden | | | | | | | | | | | | | | | |
| 11 | Erkelenz | | | | | | | | | | | | | | | |

Vergütungspreis pro 100 Kilogramm (in Mark und Pfennigen).

Coblenz, den 10. März 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Janssen.

## Bekanntmachung.

**Nr. 114** Der Herr Oberpräsident hat im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten genehmigt, daß die Zweigapotheke in Urft, Kreis Schleiden, mit dem 1. Juli d. Js. in eine Vollapotheke umgewandelt wird.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 30. Juni 1894 und des Erlasses des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 5. Juli 1894, wonach den Apothekern, denen die Konzession zur Errichtung einer neuen Apotheke verliehen wird, die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers nicht mehr zu gestatten ist, fordere ich geeignete Bewerber auf, sich für die Konzession zu der in Urft zu errichtenden Vollapotheke bis zum 15. April d. Js. schriftlich bei mir zu melden.

Der Meldung sind beizufügen:

1. die Approbation;
2. eine Beschreibung des Lebenslaufes;
3. die polizeilichen Führungszeugnisse aus allen Orten, in denen der Bewerber während seiner Laufbahn als Apotheker tätig gewesen ist, über die Zeit seiner Beschäftigung in diesen Orten;
4. die kreisärztlich beglaubigten Servierzeugnisse, geheftet und der Zeitfolge nach geordnet, nebst einem Inhaltsverzeichnisse, aus dem die Zeitdauer, auf welche sich die einzelnen Zeugnisse beziehen, ersichtlich ist;
5. ein amtlich beglaubigter Nachweis über das zur Errichtung einer Apotheke erforderliche Vermögen.

Sämtliche Zeugnisse sind in Urschrift oder beglaubigter Abschrift vorzulegen und müssen, soweit erforderlich, versteuert sein.

Der Bewerber hat pflichtmäßig zu versichern, ob er eine Apotheke bisher besessen hat. Sollte er schon im Besitze einer Apotheke gewesen sein, so ist anzugeben, welche Verhältnisse ihn zur Veräußerung derselben veranlaßt haben, und der Nachweis zu führen, zu welchem Preise die Apotheke von ihm gekauft und verkauft worden ist.

Bewerber, welche erst nach dem Jahre 1895 approbiert sind oder sich durch Übernahme anderweitiger Geschäfte oder Stellungen dem Apothekerberufe entfremdet haben, können voraussichtlich nicht berücksichtigt werden.

Es wird bemerkt, daß eine anderweitige Regelung des Apothekenkonzessionswesens beabsichtigt ist und dabei auch in Frage steht, den Konzessionaren eine, nach den Erträgnissen des Geschäftes abgestufte Betriebsabgabe aufzuerlegen, sowie daß vorbehalten bleibt, dieser Betriebsabgabe und den sonstigen Bestimmungen des neuen Gesetzes, die vom 1. April 1903 ab erteilten Konzessionen und somit auch die vorliegende zu unterwerfen.

Aachen, den 15. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 115** Gemäß §. 2, Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße vom 20. Juli 1881, wird hierdurch bestimmt, daß der Abstand des Füllstriches vom oberen Rande solcher Schankgefäße, in welchen ihrer Natur nach stark schäumende Flüssigkeit (Weißbier u. s. w.) verabreicht wird, bis zu 9 cm betragen darf.

Aachen, den 11. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 116** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. März 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 2 | 3 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 3 | 5 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 6 | 6 |

Aachen, den 17. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 117** Nachdem seitens des Herrn Ministers des Innern dem Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein im Rheinland zur Förderung seiner Zwecke die Abhaltung einer Hauskollekte in sämtlichen evangelischen Haushaltungen der Monarchie, mit Ausnahme der Stadt Königsberg i. Pr., für die Zeit vom 1. April 1905 bis Ende März 1906 bewilligt worden ist, hat der Herr Oberpräsident dem Vorstand des Vereins die Erlaubnis erteilt, die Hauskollekte in der Rheinprovinz in dem vorbezeichneten Zeitraum durch von den einzelnen Synoden oder Kirchengemeinden legitimierte Personen abhalten zu lassen.

Aachen, den 20. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 118** Der Herr Oberpräsident hat dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde

Giesenkirchen, im Kreise Gladbach, die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für den Neubau einer katholischen Pfarrkirche daselbst eine Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf in dem Zeitraum bis zum 31. Dezember d. Js. abhalten zu lassen.

Für den hiesigen Regierungsbezirk sind mit der Einsammlung der Kollekte beauftragt worden:

Leonhard Aretz, Vikar, Johann Breuer, Wilhelm Bihn, Heinr. Heinen, Johann Winzen, Wilhelm Aldenhoven, Werner Bohlen, Martin Wego, Peter Wilh. Imdahl, Peter Boden, alle aus Giesenkirchen; Heinr. Baasen, Peter Baasen aus Düsseldorf; Andreas Fußangel, Peter Backes aus M.-Gladbach; Wilhelm König aus Birgel; Wilh. Groß aus Sistig (Eifel); Johann Jos. Drenk aus Kirchbaun.

Aachen, den 16. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 119 Bekanntmachung.**

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 6. Februar d. Js., Amtsblatt Stück 9 Seite 39 ff., veröffentlichen wir den nachstehenden Verteilungsplan.

**Verteilungsplan**

über die Beiträge, welche von Schulverbänden pp. des Regierungsbezirks Aachen für die der Ruhegehaltskasse angeschlossenen mittleren Schulen für das Rechnungsjahr 1905 zur Ruhegehaltskasse zu zahlen sind.

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Bezeichnung der Schule. | Ruhegehaltsberechtigtes Diensteinkommen der Lehrpersonen am 1. Oktober 1904 nach unten auf hunderte Mark abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| Stadtgemeinde Stolberg . . . | Städtische mittlere Mädchenschule | 4400 | 418,— | |
| Stadtgemeinde Heinsberg . . . | Städtische mittlere Knabenschule | 9500 | 902,50 | |
| Stadtgemeinde Linnich . . . | dito. | 5400 | 513,— | |
| Stadtgemeinde Montjoie . . . | dito. | 2300 | 218,50 | |
| | Zusammen . . | 21600 | 2052,— | |

Aachen, den 17. März 1905.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen
Boehm.

**Nr. 120 Bekanntmachung,**

betreffend
die Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen in Düsseldorf im Jahre 1905.

Die Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen beginnt am Montag, den 10. Juli 1905, vormittags 8 ½ Uhr, im Gebäude des Reform-Realgymnasiums zu Düsseldorf.

Die Meldungen dazu sind bis zum 1. Juni d. Js. schriftlich an die unterzeichnete Königliche Regierung zu richten, und dabei sind die Vorschriften des §. 2 der Prüfungsordnung vom 31. Januar 1902 genau zu beachten. Die Prüfungsordnung findet sich abgedruckt im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen für 1902 Seite 277, sowie im Regierungsamtsblatt unseres Bezirks für 1902 auf Seite 95.

Düsseldorf, den 27. Februar 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 121 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 2. Januar bis 30. Juni 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

3½ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 4, 19, 217, 239, 293.

2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 34.

3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 42, 61, 332, 340, 343.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Juli 1905 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 12 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Juli 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, I, K, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfg. bezogen werden kann.

Münster, den 16. Februar 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 122 Bekanntmachung**

Auf Grund des §. 111 der Provinzial-Ordnung bringe ich in der Beilage zu diesem Amtsblatt die Verteilung der von den Stadt- und Landkreisen der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1904 aufzubringenden Provinzialabgaben mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß für Verkehrsanlagen 3255400 Mark erhoben werden. Beilage.

Düsseldorf, den 17. März 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 123 Bekanntmachung.**

Auf Anordnung der unterzeichneten Behörde liegen die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten“ und „die Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen für die Garnisonbauten“ während des Monats März d. J. in den Geschäftszimmern der Garnison-Verwaltungen zu Coblenz, Bonn, Cöln, Jülich, Aachen, Trier, Saarlouis und Saarbrücken an den Werktagen während der Dienststunden von 10—12 Uhr des Vormittags zur Einsicht offen, um den Unternehmern, welche sich bei der Verdingung von bezüglichen Arbeiten und Lieferungen beteiligen wollen, Gelegenheit zu bieten, sich eingehend zu unterrichten. Auf Wunsch werden Abschriften gegen Kosten-Erstattung von den Garnison-Verwaltungen verabfolgt.

Intendantur des 8. Armee-Korps.

## Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.

**Nr. 124** Die Vorlesungen für das Sommer-Semester 1905 beginnen am 1. Mai.

Das Programm für das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität, sowie der spezielle Lehrplan für das kommende Semester sind durch das Sekretariat des landwirtschaftlichen Instituts, L. Wuchererstraße 2, zu beziehen.

Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete.

Halle a. S., im März 1905.

Wirklicher Geheimer Rat
Prof. Dr. Julius Kühn,
Direktor des landw. Instituts der Universität.

**Nr. 125 Personal-Nachrichten.**

Der Lehrerin Mathilde Bauer, z. Zt. in Tilly (Belgien), ist auf Grund der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Übernahme einer Hauslehrerinnenstelle im hiesigen Regierungsbezirke erteilt worden.

Die bei der katholischen Volksschule zu Schevenhütte, Kreis Aachen-Land, seither einstweilig tätige Lehrerin Maria Linden ist zum 1. April d. Js. endgültig angestellt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 12.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 15. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 30. März 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 126** Auf Grund der §§. 10, 11 und 15 des Gesetzes vom 17. März 1870, betreffend die Ausführung der revidierten Rheinschiffahrts-Akte (G.-S. S. 187), erlasse ich unter Aufhebung des Regulativs für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 19. März 1896 die nachstehende

### Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe.

#### Allgemeines.

#### Einrichtung der Untersuchungs-Kommissionen.

§. 1. Zur Untersuchung der Rheinschiffe nach Artikel 22 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte vom 17. Oktober 1868 werden an geeigneten Hafenplätzen des Rheins oder seiner Nebenflüsse Schiffsuntersuchungs-Kommissionen von den Landesregierungen eingesetzt.

Diese Kommissionen sind der Aufsicht der oberen Landesbehörden unterstellt.

#### Zusammensetzung der Untersuchungs-Kommissionen.

§. 2. Die Untersuchungs-Kommissionen bestehen aus einem Vorstand, der den Geschäftsgang zu leiten hat, und aus vereideten Sachverständigen.

Als Sachverständige sind in die Kommission zu berufen:

1. ein Hafenbeamter oder ein Beamter der staatlichen Wasserbauverwaltung;
2. ein Schiffsbaukundiger, der mit dem Bau von Holz- und Eisenschiffen sowie mit der Schiffsdampfmaschine vertraut ist, oder ein Schiffsbaukundiger, der mit dem Bau von Holz- und Eisenschiffen und ein zweiter Sachverständiger, der mit der Schiffsdampfmaschine vertraut ist;
3. ein oder mehrere patentierte Rheinschiffer.

Den Vorstand bestimmt die Landesregierung.

Für jeden als Mitglied berufenen Sachverständigen ist ein Stellvertreter zu bestellen und als solcher zu vereidigen.

#### Zuständigkeit der Untersuchungs-Kommissionen.

§. 3. Der Untersuchung durch die Kommissionen unterliegen alle den Rhein befahrenden Schiffe, deren Tragfähigkeit 15 Tonnen (300 Zentner) erreicht oder überschreitet (Artikel 22 und 23 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte). Hierzu zählen auch Baggermaschinen und sonstige zu Arbeitszwecken dienende Fahrzeuge.

Sofern an einem Nebenflusse für die denselben befahrenden Schiffe besondere Schiffsuntersuchungs-Kommissionen bestehen oder errichtet werden, kann diesen Kommissionen seitens der Landesregierung auch die Untersuchung derjenigen Schiffe, welche vom Nebenflusse her den Rhein befahren, übertragen werden. Diese Kommissionen müssen jedoch zu besagtem Zweck nach den Bestimmungen in §. 2 zusammengesetzt sein und die Untersuchung nach gegenwärtiger Ordnung durchführen.

Sofern an einem Nebenfluß besondere Untersuchungs-Kommissionen mit der in Absatz 2 bezeichneten Zuständigkeit bestehen, sind die auf Grund des §. 1 eingesetzten Kommissionen nur kraft besonderer Anweisung der Landesregierung verpflichtet, auch die Untersuchung von Schiffen, welche vom Nebenfluß her den Rhein befahren, vorzunehmen.

Auf Antrag eines Beteiligten haben die Kommissionen auch die Untersuchung von Fahrzeugen unter 15 Tonnen (300 Zentner) Tragfähigkeit vorzunehmen.

#### Anmeldung der Schiffe.

§. 4. Schiffe, die gemäß §. 3 der Untersuchung zu unterwerfen sind, müssen von dem Schiffseigner

oder Schiffsführer bei einer der in den §§. 1 und 3 bezeichneten Kommissionen schriftlich oder zu Protokoll angemeldet werden.

In der Meldung sind anzugeben:

1. Name und Heimatsort des Schiffes;
2. Name und Wohnort des Schiffseigners;
3. die Schiffsgattung, ob gedecktes oder ungedecktes Segelschiff, Bagger- oder Arbeitsschiff, Kastenschiff zur Beförderung von Petroleum oder anderen feuergefährlichen Stoffen oder von Säuren, ob Rhein-, Seeschiff, Rad-, Schrauben-, Seil- oder Kettendampfer, ob Schlepper, Güter- oder Personen-Dampfschiff usw.;
4. Erbauer, Ort und Jahr der Erbauung;
5. die Bauart, ob Holz, Metall oder gemischt;
6. die Rheinstrecke, für welche das Schiffs-Attest nachgesucht wird;
7. die annähernde Tragfähigkeit;
8. bei Dampfschiffen die Maschinenstärke mit Vorlage der Kesselpapiere.

Das zu untersuchende Schiff ist von dem Schiffsführer an der von der Untersuchungs-Kommission bezeichneten Stelle in unbefrachtetem, reinem Zustande vorzuführen und muß mit der vollen Ausrüstung, die ihm der Schiffer geben will, versehen sein. Der Schiffsführer hat bei der Untersuchung und Anbringung der Einsenkungsklammern die erforderliche Beihilfe zu leisten und dazu einen starken Ruderkahn mit 2 Mann zu stellen.

Auf Antrag des Schiffseigners oder Schiffsführers kann die Untersuchung auch an einem Orte außerhalb des Sitzes der Untersuchungs-Kommission vorgenommen werden.

### Verfahren.

### Aufgaben der Kommission.

§. 5. Aufgabe der Kommission ist, das vorgeführte Schiff für denjenigen Teil der Rheinschiffahrt, für welchen es bestimmt ist, auf seine Tauglichkeit zu prüfen, die höchst zulässige Einsenkungstiefe festzusetzen und die Einsenkungsklammern anzubringen, die Tragfähigkeit, falls das Schiff nicht geeicht ist, abzuschätzen, die genügende Ausrüstung und Bemannung zu bestimmen und darauf zu achten, ob den in den Uferstaaten bestehenden Vorschriften zur Verhütung von Unfällen entsprochen worden ist.

### Untersuchung der Tauglichkeit.

§. 6. Die Kommission hat bei allen Schiffen zu untersuchen, ob das Schiff dauerhaft gebaut, die Stärke der Spanten, Quer- und Längsversteifungen genügend und die Schiffswandungen dicht gefügt sind, das Steuerruder und der Steuerungsmechanismus sich in geordnetem Zustande befindet.

Bei eisernen Schiffen ist noch festzustellen, ob das Schiff hinreichend mit wasserdichten Querwänden (Schotten) versehen ist.

Bei Dampfschiffen ist außerdem zu prüfen, ob

a) die Maschine in ihrem Bau eine andauernd sichere Tätigkeit erwarten läßt und nach ihrer Aufstellung und Verbindung mit dem Schiffskörper nicht zu befürchten steht, ihre Tätigkeit möchte einen nachteiligen Einfluß auf das Schiff ausüben;

b) die Maschinenkammer genügend groß und von den Kajüten und den Laderäumen durch wasserdichte eiserne Schotten getrennt ist;

c) die Treppen und Geländer auf Deck und außenseits gehörig sicher, die Öffnungen auf Deck zu den Laderäumen, der Maschinenkammer rc. mit Vorkehrung zur Verhütung von Unglücksfällen ausreichend und — bei Raddampfern — die Türen zu den Radkasten gut verschließbar eingerichtet sind;

d) die Verbindung zwischen der Kommandobrücke (Steuerstuhl) und dem Maschinenraume zuverlässig und neben dem Sprachrohr bei größeren Dampfschiffen eine weitere Einrichtung (Telegraph, Klingelzug rc.) zur Verständigung zwischen Führer und Maschinisten vorhanden ist;

e) die vorgeschriebenen Kesselpapiere an Bord und in Ordnung sind, über deren Befund ein Vermerk in die Untersuchungs-Verhandlung aufzunehmen ist.

Kastenschiffe, in welchen Petroleum oder dessen Destillationsprodukte befördert werden, müssen aus Eisen oder Stahl gebaut sein und den nachstehenden Anforderungen genügen:

a) das Schiffsgefäß und die Kasten (Laderäume) müssen vollkommen undurchlässig und über jeder Abteilung des Laderaumes muß ein dicht verschließbares Mannloch angebracht sein; die Nietung muß durchweg sehr sorgfältig ausgeführt sein;

b) zwischen Kajütenräumen und Kasten muß ein Zwischenraum von wenigstens 0,5 m Weite vorhanden sein. Beträgt dieser Abstand weniger als 1 m, so muß der Kajütenraum mittels einer undurchlässigen eisernen (stählernen) Schotte gegen den Kasten abgeschlossen sein;

c) Poller, Masten und Ausrüstungsstücke müssen so angebracht sein, daß durch deren Gebrauch die Kastenwandungen nicht undicht werden können;

d) Wandungen und Decken der Kasten müssen aus Eisen oder Stahl hergestellt sein;

e) der Fassungsraum eines Kastens darf 150 cbm nicht überschreiten;

f) die Kasten dürfen unter sich je durch eine Öffnung oder Röhre von höchstens 200 qcm lichte Fläche, die von Deck aus geschlossen werden kann, verbunden sein. Die Kuppelungen der Röhren müssen in Kasten oder Trommeln abgeschlossen sein;

g) die Kasten müssen eine wirksame Oberflächenventilation haben, wobei die Ventilatoren durch Rippen gedeckt und mit Davy'scher Gaze versehen sein sollen;

h) das Schiff muß mit hölzernem Überdeck versehen sein, welches so eingerichtet sein soll, daß genügend frische Luft zwischen dem eisernen (stählernen) und hölzernen Deck sich bewegen kann;

i) die Schornsteine der Kambüsen müssen mit Funkenfängern versehen sein;

k) die Schiffswand muß oberhalb der Wasserlinie einen um das ganze Fahrzeug laufenden hellblauen Anstrich von 30 cm Höhe haben;

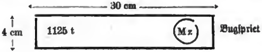
l) zum Anlegen müssen Ketten oder Drahtseile vorhanden sein, deren zur Festlegung am Lande dienende Enden behufs rascher Freimachung des Schiffes mit einem Hanfseil oder einer anderen sofort lösbaren Einrichtung versehen sind.

### Bestimmung der Einsenkung und Anbringung der Einsenkungsklammern.

§. 7. Ist bei der Untersuchung das Schiff zur Befahrung der Rheinstrecke, für welche es bestimmt ist, für tauglich befunden oder auf Grund des § 12 ohne weitere Untersuchung als tauglich anzusehen, so hat die Kommission die höchstzulässige Einsenkungstiefe desselben in beladenem Zustande festzusetzen und durch eiserne Klammern von 30 cm Länge und 4 cm Höhe zu bezeichnen. Ausgenommen hiervon sind die Rhein-Seeschiffe im Sinne des § 12, insofern an denselben eine Tiefgangslinie angebracht ist (vergl. § 12 Satz 2).

Die Klammern sind an den beiden Schiffsseiten symmetrisch und paarweise so anzubringen, daß ihre Unterkanten in der Linie des Wasserspiegels bei der zulässig tiefsten Einsenkung liegen. Schiffe bis 40 m Länge erhalten beiderseits 2 Einsenkungsklammern ungefähr in den Endpunkten des 1. und 2. Drittels der Schiffslänge, Schiffe über 40 m Länge oder Schiffe von geringerer Länge auf ausdrücklichen Wunsch des Schiffseigners beiderseits 3 Klammern in der Mitte und in einer Entfernung von ungefähr $1/6$ der Schiffslänge vom Vorder- und Hintersteven. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Klammern nicht durch Schwerter, Radkasten oder andere feste Teile des Schiffes verdeckt werden.

Auf das vorderste Klammernpaar sind in 2 bis $2\frac{1}{2}$ cm hohen lateinischen Schriftzeichen und arabischen Ziffern aufzustempeln:




nach vorn innerhalb eines Ringes die Erkennungsbuchstaben der Untersuchungs-Kommission,

nach hinten die Tragfähigkeit des Schiffes in Tonnen nach Angabe des Eichscheines oder nach der Abschätzung der Kommission,

bei Rhein-Seeschiffen, die mit einem Klassifizierungs-Zeugnis des Germanischen Lloyd zu Berlin oder einer anderen seitens sämtlicher Uferstaaten als zuständig anerkannten Klassifikationsgesellschaft versehen sind, der Nettoraumgehalt in Registertonnen.

Bei Bestimmung der Höhenlage der Unterkanten der Einsenkungsklammern ist nach den Vorschriften der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung, bei den Schiffen unter 15 Tonnen Tragfähigkeit nach Maßgabe der etwa besonders erlassenen Polizeivorschriften zu verfahren. Unbeschadet der in Vorstehendem erwähnten Vorschriften ist bei Dampfschiffen die auf wenigstens 30 cm zu bemessende Freibordhöhe abwärts von der Unterkante der tiefstgelegenen Fenster oder solcher Schiffswandöffnungen zu rechnen, welche unmittelbar in den Schiffsraum führen. Feste Einsätze von genügend starkem Glas in der Schiffswand gelten als fester Bord.

Verloren gegangene oder aus irgend welchem Anlasse abgenommene Einsenkungsklammern dürfen nur durch eine Untersuchungs-Kommission ersetzt oder wieder angebracht werden, in welchem Falle die Tätigkeit zweier Mitglieder genügt.

### Tragfähigkeit.

§. 8. Die Kommission hat die der größten zulässigen Einsenkungstiefe eines Schiffes entsprechende Tragfähigkeit in Ermangelung einer Eichung durch Abschätzung festzusetzen.

Die Tragfähigkeit eines Segelschiffes ist zu berechnen aus dem Produkt der größten Länge des Schiffes zwischen Vorder- und Hintersteven (Steuerruder nicht inbegriffen), der größten Breite mittschiffs, der gemittelten Ladehöhe zwischen der Leerebene und der Ebene der höchst zulässigen Einsenkung und einer der Völligkeit des Schiffes entsprechenden Erfahrungszahl, welche je nach der Bauart des Schiffes zwischen 0,88 für vollgebaute und 0,80 für scharf und schlank gebaute Schiffe anzunehmen ist.

Bei Dampfschiffen bleibt es dem Ermessen der Kommission anheimgestellt, die Tragfähigkeit auf andere geeignete Weise abzuschätzen.

**Ausrüstung.**

§. 9. Hinsichtlich der Ausrüstung hat die Kommission zu untersuchen und festzustellen

a) ob und welche Segel für die im Schiffsattest zu bezeichnende Rheinstrecke notwendig sind;
b) Anzahl, Länge, Stärke und Gewicht der erforderlichen Anker, Ketten und Taue nach Maßgabe der Anlage A;
c) die sonst erforderlichen Gegenstände.

Es müssen, soweit nicht die in den Uferstaaten bestehenden Vorschriften zur Verhütung von Unfällen weitergehende Bestimmungen enthalten, vorhanden sein:

1. auf allen Schiffen
   a) die in der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung oder in den besonderen Verordnungen über die Beförderung von Spreng- und feuergefährlichen Stoffen vorgeschriebenen Signallaternen, Flaggen und Döpper,
   b) ein Sprachrohr,
   c) ein Laufsteg,
   d) eine Leckpumpe, welche bei Schiffen unter 50 Tonnen Tragfähigkeit durch eine oder mehrere Wasserschaufeln ersetzt werden kann,
   e) Korksäcke, Reibhölzer und Schooren,
   f) ein Rettungsring mit Leine,
   g) kleines Fahrgeschirr,
   h) ein Blechplakat betr. die Wiederbelebung anscheinend Ertrunkener,
   i) Abdrücke der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung und der amtlich genehmigten Unfallverhütungs-Vorschriften,
2. bei Schiffen über 50 Tonnen Tragfähigkeit und bei allen Dampfschiffen
   k) ein Rettungsnachen mit Fahrgeschirr,
3. auf Schiffen über 200 Tonnen Tragfähigkeit und auf allen Dampfschiffen
   l) eine Leckpumpe für je 3 durch wasserdichte Schotten abgeteilte Räume und
   m) ein oder mehrere Leckkleider,
4. auf Dampfschiffen weiter:
   n) eine Signalglocke von solcher Größe und Tonstärke, daß die mit der Glocke zu gebenden Zeichen auf größere Entfernung vernehmbar sind,
   o) ein Signalböller,
   p) ein Notsteuer,
   q) eine genügende Feuerlösch-Einrichtung (bei Dampfschiffen tunlichst mit einer Dampfpumpe verbunden),
   r) eine Kiste mit Heilmitteln,
   s) ein zweiter Rettungsring mit Leine.

Weitere als vorstehend unter a) bis s) aufgeführte Gegenstände sind in das Schiffsattest nicht aufzunehmen.

Hinsichtlich der Anbringung des Namens und Heimatsorts der Schiffe an deren Längsseiten müssen die bezüglichen Vorschriften der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung, bei Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft unter 15 Tonnen Tragfähigkeit die etwa besonders erlassenen Polizeivorschriften beobachtet sein.

**Bemannung.**

§. 10. Hinsichtlich der Festsetzung der Bemannung hat die Untersuchungs-Kommission nach besonderer Anweisung zu verfahren.

**Fahrgäste auf Personendampfschiffen.**

§. 11. Die größtzulässige Anzahl von Fahrgästen auf Personendampfschiffen ist von der Untersuchungs-Kommission nach besonderer Anweisung festzustellen, im Schiffsattest einzutragen und an geeigneten Stellen auf und unter Deck deutlich sichtbar anschreiben zu lassen.

**Rhein-Seeschiffe.**

§. 12. Rhein-Seeschiffe, d. h. Schiffe, welche zur See- und Küstenfahrt zugelassen sind, und ihre Tauglichkeit hierzu durch ein Klassifizierungszeugnis des Schiffs-Klassifikationsunternehmens „Germanischer Lloyd" zu Berlin oder einer anderen seitens sämtlicher Uferstaaten als zuständig anerkannten Klassifikations-Gesellschaft nachweisen, gelten für die Dauer der Gültigkeit dieses Zeugnisses ohne weitere Untersuchung auch als genügend tauglich, ausgerüstet und bemannt zur Befahrung des Rheins. Dieselben sind jedoch, insofern an denselben keine Tiefgangslinie angebracht ist, auf der ersten Fahrt auf dem Rhein einer Schiffsuntersuchungs-Kommission vorzuführen, welche die höchst zulässige Einsenkungstiefe des Schiffes vorschriftsmäßig mittels Klammern zu bezeichnen, die dieser Einsenkungstiefe entsprechende Tragfähigkeit in Registertonnen abzuschätzen und das Schiffsattest auszustellen hat (§ 15).

**Nachuntersuchungen.**

§. 13. Die Untersuchung ist nach jeder wesentlichen Veränderung oder Ausbesserung des Schiffes, durch welche dessen Einsenkungstiefe bei leerem Zustand verändert wird, insbesondere auch nach Erneuerung von Inhölzern oder Rippen, sowie außerdem auf Verlangen des Befrachters, zu wiederholen und das Ergebnis in dem Schiffsattest zu verzeichnen. (Artikel 22 Absatz 4 der revidierten

Rheinschiffahrts-Akte und Schlußprotokoll hierzu Ziffer 5, B).

Auch kann jede Uferregierung, wenn sie es für angemessen erachtet, eine Untersuchung auf ihre Kosten vornehmen lassen. (Artikel 22 Absatz 5 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte.)

**Untersuchungs-Verhandlung.**

§. 14. Über das Ergebnis der Untersuchung ist eine Verhandlung nach Anlage B aufzunehmen, die von sämtlichen Kommissionsmitgliedern, welche bei der Untersuchung mitgewirkt haben, zu vollziehen ist.

**Schiffsatteste.**

**Ausfertigung der Schiffsatteste.**

§. 15. Auf Grund der Untersuchungsverhandlung ist mit Ausnahme der im folgenden Absatz angegebenen Fälle das Schiffsattest nach Anlage C auszustellen, von dem Vorstand der Untersuchungs-Kommission unter Beifügung des Dienstsiegels zu unterzeichnen und dem Antragsteller auszuhändigen.

Für Rhein-Seeschiffe (§. 12) ist das Schiffsattest nach Anlage D, für diejenigen nicht niederländischen Schiffe, welche in den Niederlanden bereits mit Schiffsattest versehen sind und nach §. 3, Ziffer 2 der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung der Festsetzung der erforderlichen Bemannung bedürfen, ein Nachtrag zum Schiffsattest nach Anlage E auszustellen.

**Verfahren bei Abschätzung bereits untersuchter Schiffe.**

§ 16. Wenn eine Untersuchungs-Kommission veranlaßt wird, die Tragfähigkeit eines mit Schiffsattest versehenen Schiffes abzuschätzen, sei es, weil der Eigner eines geeichten Schiffes unter Verzicht auf eine Neuvermessung die Abschätzung der Tragfähigkeit beantragt, sei es, daß es sich um eine Nachuntersuchung nach § 13 handelt, so ist die Angabe der Tragfähigkeit sowohl im Schiffsattest als auch auf dem vordersten Paar der Einsenkungsklammern (§ 7) mit dem Ergebnisse der neuen Abschätzung in Übereinstimmung zu bringen.

Außerdem ist bei geeichten Schiffen das hinterste Paar der Einsenkungsklammern (Eichplatten), auf welchen die Eintragungsmarke aufgestempelt ist, zu beseitigen und durch Klammern ohne Stempel zu ersetzen. Die steuerbordseits am Hinterschiff in Farbe aufgemalte Eintragungsmarke ist ebenfalls zu entfernen, auch sind die steuerbordseits in die Schiffswand des Vorderschiffes eingehauenen Marken durch Einstemmen eines wagerechten Striches unkenntlich zu machen.

Der Eichschein ist einzuziehen, mit dem Ungültigkeitsvermerke zu versehen und auch im Schiffsattest die Ungültigkeitserklärung des Eichscheins zu vermerken. Alsdann ist der ungültige Eichschein an dasjenige Schiffseichamt, welches denselben ausgestellt hat, zur Kenntnis und Löschung in dessen Register, einzusenden.

**Änderungen im Schiffsattest.**

§ 17. Änderungen in der Person des Schiffseigners oder des Namens des Schiffes dürfen nur auf Grund des vorgelegten Schiffsbriefes oder bei ausländischen Schiffen in Ermangelung eines solchen auf Grund sonstiger Urkunden von dem Vorstand der Untersuchungs-Kommission, bei welcher das Schiff untersucht und eingetragen ist, im Schiffsattest, sowie in der betreffenden Untersuchungs-Verhandlung nachgetragen werden.

Sind solche Angaben auch im Eichschein zu berichtigen, so ist hierzu nur das Schiffseichamt, welches den Eichschein ausgestellt hat, zuständig.

Aenderungen im Schiffsattest bezüglich der Einsenkungstiefe, Ausrüstung, Bemannung u. s. w. dürfen nur von derjenigen Untersuchungs-Kommission, welche das Schiffsattest ausgestellt hat, vorgenommen werden, sofern nicht eine wiederholte Untersuchung auf Grund von Artikel 22 Absatz 4 oder 5 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte stattgefunden hat.

Bei stattgehabter Neueichung des Schiffes darf jedoch die erforderliche Aenderung im Schiffsattest durch das betreffende Schiffseichamt erfolgen, es muß aber dem Vorstand der Untersuchungs-Kommission, welche das Schiffsattest ausgestellt hat, unverzüglich hiervon Mitteilung gemacht werden.

**Ungültigkeitserklärung von Schiffsattesten.**

§ 18. Wenn für ein Schiff ein neues Schiffsattest ausgestellt wird, so ist das alte einzuziehen und mit Ungültigkeitsvermerk zu versehen, in dem neuen Schiffsattest ist ein entsprechender Vermerk einzutragen. Falls das alte Schiffsattest verloren gegangen ist, muß dies auf dem neuen Attest vermerkt und zugleich angegeben werden, daß das alte Attest für ungültig erklärt wird.

Von jeder Ungültigkeitserklärung eines Schiffsattestes ist dem Vorstand derjenigen Untersuchungs-Kommission, welche das Attest ausgestellt hat, Mitteilung zu machen.

**Verweigerung des Schiffsattestes.**

§. 19. Ergeben sich bei der Untersuchung eines Schiffes Mängel, so wird zu deren Beseitigung eine angemessene Frist gesetzt und das Schiffsattest erst nach Behebung der Mängel ausgehändigt.

Wird die Ausstellung des Schiffsattestes aus irgend einem Grunde abgelehnt, so ist dies dem Betreffenden durch den Vorstand der Untersuchungs-Kommission schriftlich mitzuteilen.

## Geschäftsführung.

### Führung der Bücher.

§. 20. Die Schiffsuntersuchungs-Kommission hat zu führen:

1. eine Sammlung der Untersuchungs-Verhandlungen mit fortlaufender Nummernfolge;
2. ein Schiffsverzeichnis nach Anlage F, in welches die Schiffsatteste mit fortlaufender Nummernfolge einzutragen sind;
3. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben.

### Benachrichtigung der Behörden.

§. 21. Die Untersuchungs-Kommission hat dem zuständigen Rheinschiffahrts-Inspektor, sowie den von ihrer Landesregierung bezeichneten Behörden vierteljährlich ein Verzeichnis aller Erteilungen, Berichtigungen oder Ungültigkeitserklärungen von Schiffsattesten einzusenden.

### Einsicht der Akten.

§. 22. Die Kommission hat anderen Behörden und Beteiligten die Einsicht in ihr Schiffsverzeichnis und in die Untersuchungsverhandlungen, sowie die Entnahme von Abschriften aus denselben zu gestatten. Auch ist solchen Behörden und Beteiligten auf Wunsch nähere Auskunft zu geben.

### Gebühren.

§ 23. Der Eigner des untersuchten Schiffes hat — den in § 13, Absatz 2 vorgesehenen Fall ausgenommen — für die durch die Untersuchung entstehenden Kosten, auch im Falle der Einstellung des Verfahrens, aufzukommen.

Diese Kosten bestehen aus:

1. den wirklichen Auslagen für die Bezeichnung der höchstzulässigen Einsenkung und für das Schiffsattest;
2. den Gebühren der Kommission.

Diese Gebühren betragen:

für hölzerne oder eiserne Segelschiffe bis zu 200 Tonnen Tragfähigkeit 15 M.

für hölzerne Segelschiffe über 200 Tonnen Tragfähigkeit 25 M.;

für eiserne Segelschiffe über 200 Tonnen Tragfähigkeit 30 M.;

für Dampfschiffe bis zu 40 qm Kesselheizfläche 40 M.;

für Dampfschiffe über 40 qm Kesselheizfläche 50 M.

Für Ausstellung von Schiffsattesten für Rhein-Seeschiffe, für die Ergänzung der in Niederland für nicht niederländische Schiffe ausgestellten Schiffsatteste gemäß §. 3 Ziffer 2 der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung, sowie für die Erneuerung von Einsenkungsklammern, sofern damit nicht andere Untersuchungsgeschäfte verbunden sind, werden die Gebühren auf $^1/_5$ ermäßigt.

In diesen Fällen brauchen nur zwei Mitglieder der Kommission mitzuwirken.

Für alle Nachuntersuchungen und für den Fall, daß eine bereits begonnene oder angesetzte Untersuchung abgebrochen werden muß, kommen nur $^2/_5$ der Gebühren in Rechnung.

Für Ausstellung eines Duplikates des Schiffsattestes ist eine Schreibgebühr von 50 Pfennig zu entrichten.

Die Aushändigung des Schiffsattestes kann bis nach erfolgter Entrichtung der schuldigen Gebühren usw. verweigert werden, auch kann die Kommission vor der Untersuchung einen Vorschuß in der Höhe der mutmaßlichen Gebühren usw. verlangen.

Alsbald nach der Untersuchung hat der Vorstand die Kosten zu ermitteln und deren Erhebung zu veranlassen.

In der Untersuchungsverhandlung sowohl als im Schiffsattest sind die Kosten zu vermerken.

Findet auf Antrag des Schiffseigners oder Schiffsführers (§. 4 Absatz 4) oder auf eine behördliche Anordnung (§. 13 Absatz 2) eine Untersuchung außerhalb des Sitzes der Untersuchungs-Kommission statt, so sind für den Vorstand und die Mitglieder der Kommission Tagegelder und Reisekosten besonders zu vergüten.

Über die Art und Weise der Verrechnung der Kosten der Schiffsuntersuchungen, über die Verwendung und Verteilung der Gebühren, sowie über die Höhe der Tagegelder und Reisekosten der Kommissionsmitglieder trifft die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Bestimmungen.

Im Falle der Beschwerde werden die aufgestellten Liquidationen von der Aufsichtsbehörde der Schiffsuntersuchungs-Kommission festgestellt.

## Schlußbestimmungen.

§. 24. Vorstehende Ordnung tritt am 1. April 1905 in Kraft.

Berlin, den 10. März 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe:
**Möller.**

**Anlage A.**

## Anleitung

### zur Bestimmung der Abmessungen und Gewichte von Schiffsausrüstungsgegenständen für Segelschiffe.

a) Anker.

1. **Buganker:** Das Gewicht (G) eines Bugankers in kg ist zu berechnen aus dem Produkt des größten eingetauchten Querschnitts (Q) und einem Erfahrungskoeffizienten, welcher auch die Völligkeit des Schiffes berücksichtigt und bei Schiffen bis zu 400 Tonnen Tragfähigkeit durch die Zahl 21, bei Schiffen über 400 Tonnen Tragfähigkeit durch die Zahl 27 ausgedrückt wird.

$Q = b$ (Breite) $\times$ $t$ (höchstzulässige Einsenkungstiefe), sonach Formel: $G = 27$ (oder 21) $\times b \times t$.

Beispiel: aus dem Schiffsattest ist zu entnehmen $b = 9{,}52$, $t = 2{,}4$, hieraus $Q = 22{,}85$ qm, sonach G in kg $= 27 \times 22{,}85 =$ rd. 620 kg.

2. **Der Notanker** soll ein Gewicht haben von mindestens $^{2}/_{3}$ des Gewichts des Bugankers.

3. **Ein Heckanker** hat in der Regel das halbe Gewicht eines Bugankers.

4. **Die Fahranker** sollen das Gewicht des Notankers zum Gewicht des Bugankers ergänzen, also zusammen mindestens $^{1}/_{3}$ des Gewichts des Bugankers haben.

b) Ketten und Tauwerk.

1. **Die Buganker- und die Notankerkette** sollen eine Länge haben = der Länge des Schiffes + 10 m, mindestens aber von 40 m.

2. **Die Öhringskette** soll um 5 m länger als die Bugankerkette sein.

Das Gewicht einer Bugankerkette soll annähernd betragen:

$^{3}/_{100}$ $\times$ Gewicht des Ankers $\times$ Länge der Kette.

Das Gewicht der Öhringskette ist gleich $^{1}/_{3}$ des Gewichts der Bugankerkette.

Anstatt der Ketten sind auch Drahtseile von gleicher Zugfestigkeit zulässig.

Die Länge des großen Stranges (eventuell Drahtseil) auf einem Schiff soll gleich der halben Strombreite sein, am Rhein = 150 m und soll als Hanfstrang einen Durchmesser von 45 mm und als Drahtseil von 22 mm haben; für Schiffe unter 300 Tonnen Tragfähigkeit genügen Stränge von 100 m Länge, welche als Hanfstrang einen Durchmesser von 25 mm und als Drahtseil von 18 mm haben.

Anzahl, Länge und Stärke des übrigen Tauwerks sind nach Ermessen und Erfahrungen der Untersuchungs-Kommission, je nach der Größe, Bauart, Abmessungen und Tragfähigkeit des Schiffes anzunehmen.

Für Dampfschiffe bleibt es der Untersuchungs-Kommission vorbehalten, im einzelnen Falle je nach der Bauart des Schiffes das Gewicht und die Abmessungen der Anker und Ketten zu bestimmen.

Anlage B.

.............................. Schiffsuntersuchungs-Kommission ..............................

№ ................

**Verhandlung**

über die .............................. Untersuchung des unter № ................ des Schiffsverzeichnisses eingetragenen, der ..............................................................................................................

gehörigen ...................................................schiffs, genannt: .......................................................

erbaut zu: ...................................................... im Jahre 19.........

Tragfähigkeit ................................. Tonnen

nach Abschätzung

nach Eichschein № ................ vom ........ten ................................ 19........

des Schiffs-Eichamts ..........................................................

| | |
|---|---|
| Höchstzulässige Personenzahl ........................ | Das Schiff hat ................................. Masten |
| Kesselheizfläche ............................................ qm | mit ................................ Sprieten |
| Maschinenkraft ............ effektive / indizierte Pferdestärken | und besitzt: .................................................. |

Zeichen auf dem vorderen Klammernpaar: [ ◯ ] Bugspriet.

---

Vorbenanntes Schiff wurde nach Maßgabe der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom ........ten ................................ 19........ bezüglich der Tauglichkeit, der höchst zulässigen Einsenkungstiefe, Tragfähigkeit und der genügenden Ausrüstung wie Bemannung untersucht und zur Fahrt auf der Rheinstrecke von ................................ bis ................................ für tauglich befunden. Das Schiff darf zur Rheinschiffahrt solange benutzt werden, als es sich in erwähntem Zustande befindet und bis eine wesentliche Veränderung oder Ausbesserung, als welche auch die Erneuerung von Inhölzern oder Rippen des Schiffes anzusehen ist, vorgenommen wird.

**Die Abmessungen betragen:**

Größte Länge (Steuerruder nicht inbegriffen) . . . . . . . . ................ m

Größte Breite . . . . . . . . . . . . . . . . . . ................ m

Die in beladenem Zustande höchstzulässige Einsenkungstiefe ist an jeder Seite des Schiffes an zwei / drei Stellen mit eisernen Klammern von 30 cm Länge und 4 cm Höhe bezeichnet worden.

## Vermessungs-Ergebnisse:

| Es betragen die | im Vorderschiff | | im Mittelschiff | | im Hinterschiff | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm |
| Bodentiefe . . . . . . | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. |
| (Einsenkungstiefe in leerem Zustand) | | | | | | |
| Ladehöhe . . . . . . . | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. |
| Freibordhöhe bis Oberkante | | | | | | |
| Unterkante | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. | .............. |

Senkrechter Abstand zwischen dem tiefsten Punkt des Schiffsbodens und der Leerebene ................cm.

## Verzeichnis der Ausrüstung und Bemannung,

welche zur sicheren Leitung des Schiffes und zur Hilfe in Notfällen in gebrauchsfähigem Zustande vorhanden sein müssen:

### I Ausrüstung.

| Anzahl | Benennung | Länge m | Stärke mm | Gewicht kg | Anzahl | Benennung | Länge m | Stärke mm | Gewicht kg |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Segel. | | | | | Sonstige Gegenstände. | | | |
| | Anker. | | | | | Signallaternen, Flaggen und Döpper nach Vorschrift der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung | | | |
| | Buganker . . . . . . | | | | | | | | |
| | Notanker . . . . . . | | | | | Sprachrohr | | | |
| | Heckanker . . . . . . | | | | | Signalglocke | | | |
| | | | | | | Signalböller | | | |
| | Fahranker. . . . . . | | | | | Pumpe | | | |
| | | | | | | Wasserschaufel | | | |
| | | | | | | Leckkleid | | | |
| | Ketten und Tauwerk. | | | | | Rettungsring mit Leine | | | |
| | | | | | | Rettungsnachen mit Fahrgeschirr | | | |
| | Bugankerkette . . . | | | | | Laufsteg | | | |
| | Öhringskette | | | | | Korksack | | | |
| | | | | | | Reibholz | | | |
| | Notankerkette . . . | | | | | Schoore | | | |
| | Drahtseil . . . . . . | | | | | Notsteuer | | | |
| | | | | | | Feuerlöscheinrichtung | | | |
| | große Strang . . . | | | | | Kleines Fahrgeschirr | | | |
| | | | | | | Kiste mit Heilmitteln | | | |
| | kleine Strang . . . | | | | 1 | Blechplakat, betr. die Wiederbelebung anscheinend Ertrunkener | | | |
| | Leine . . . . . . | | | | | | | | |
| | Pferdeleine . . . . | | | | 1 | Abdruck der amtlich genehmigten Unfallverhütungsvorschriften | | | |
| | Mehrtaue. . . . . | | | | | | | | |
| | | | | | | Die vorgeschriebenen Kesselpapiere | | | |

## II. Bemannung.

Außer dem patentierten Schiffsführer
................ Matrosen
................ Schiffsjungen
(bei Dampfschiffen) ................ Maschinisten
................ Heizer

### Bemerkungen.

Nach Ausweis der Kesselpapiere ist

die Abnahmeuntersuchung de... Dampfkessel am ......ten/n ..................19...... in......................
„ letzte äußere Untersuchung de...... „ „ ......ten/n ..................19...... in......................
„ „ innere „ de...... „ „ ......ten/n ..................19...... in......................
„ „ Wasserdruckprobe de...... „ „ ......ten/n ..................19...... in......................
durch de.............................................................................................. ausgeführt worden.

---

Auf Grund der vorstehenden Untersuchungs-Verhandlung wurde das Schiffs-Attest ausgestellt und dem Schiffs eigner/führer ausgehändigt.

..............................................., den ......ten/n ..............................19.........

........................ Schiffsuntersuchungs-Kommission ........................

Der Vorstand: Die Mitglieder:

Kosten

Gebühren: ............ M. ...... ₰
Auslagen: ............ M. ...... ₰
Stempel: ............ M. ...... ₰
Zusammen: ............ M. ...... ₰

(Erste Seite.)

**Anlage C.**

**Schiffsuntersuchungs-Kommission**

Schiffs-Attest Nr.

Name und Wohnort
des Schiffseigners: ..........
Name des Schiffes: ..........
Bauart: Holz, Metall oder gemischt
Schiffsgattung: ..........
mit ...... Masten und ...... Sprieten
Ort und Jahr der Erbauung: ..........
Tragfähigkeit: .......... Tonnen
nach Abschätzung
nach Eichschein Nr. ... vom ... ten " ... 19...
des Schiffs-Eichamtes ..........
Höchstzulässige Personenzahl ..........
Kesselheizfläche .......... qm
Maschinenkraft: .......... effektive / indizierte Pferdestärken
Das Schiff besitzt: ..........
Zeichen auf dem vorderen Klammernpaar:

| | |
|---|---|
| ◯ | Bugspriet |

(Zweite Seite.)

Das vorseits beschriebene Schiff ist von der unterzeichneten Schiffsuntersuchungs-Kommission in allen Teilen und Zubehörungen untersucht, in ihr Schiffsverzeichnis unter Nr .......... eingetragen, mit der in beladenem Zustande zulässigen tiefsten Einsenkung in nachfolgend aufgeführter Weise bezeichnet, sowie mit der im folgenden Verzeichnis angeführten Ausrüstung und Bemannung für die Rheinschiffahrt auf der Strecke von ..........
bis .......... für tauglich befunden worden.

Auf Grund dieses Attestes darf dieses Schiff zur Rheinschiffahrt so lange benutzt werden, als es sich **in erwähntem Zustande befindet und bis eine wesentliche Veränderung oder Ausbesserung, als welche auch die Erneuerung von Inhölzern oder Rippen des Schiffes anzusehen ist,** vorgenommen wird.

Die Abmessungen betragen:

Größte Länge (Steuerruder nicht inbegriffen) .......... m
Größte Breite .......... m

(Dritte Seite.)

Die in beladenem Zustande höchstzulässige Einsenkungstiefe ist an jeder Seite des Schiffes an zwei / drei Stellen mit eisernen Klammern von 30 cm Länge und 4 cm Höhe bezeichnet worden.

Vermessungs-Ergebnisse.

| Es betragen die | im Vorderschiff | | im Mittelschiff | | im Hinterschiff | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm |
| Bodentiefe .......... | | | | | | |
| (Einsenkungstiefe in leerem Zustand) | | | | | | |
| Ladehöhe .......... | | | | | | |
| Freibordhöhe bis: | | | | | | |
| Oberkante | | | | | | |
| Unterkante | | | | | | |

Senkrechter Abstand zwischen dem tiefsten Punkt des Schiffsbodens und der Leerebene .......... cm.

(Vierte Seite.)

Verzeichnis der Ausrüstung und Bemannung, welche zur sicheren Leitung des Schiffes und zur Hilfe in Notfällen in gebrauchsfähigem Zustande vorhanden sein müssen:

I. Ausrüstung.

| Anzahl. | Benennung. | Länge m | Stärke mm | Gewicht kg |
|---|---|---|---|---|
| | **Segel.** | | | |
| | **Anker.** | | | |
| | Buganker .......... | | | |
| | Notanker .......... | | | |
| | Heckanker .......... | | | |
| | Fahranker .......... | | | |
| | **Ketten und Tauwerk.** | | | |
| | Bugankerkette .......... | | | |
| | Öhringskette .......... | | | |
| | Notankerkette .......... | | | |
| | Drahtseil .......... | | | |
| | große Strang .......... | | | |
| | kleine " .......... | | | |
| | Leine .......... | | | |
| | Pferdeleine .......... | | | |
| | Mehrtau .......... | | | |

(Fünfte Seite.)

| Anzahl. | Benennung. | Länge m | Stärke mm | Gewicht kg |
|---|---|---|---|---|
| | **Sonstige Gegenstände.** | | | |
| | Signallaternen, Flaggen u. Döpper nach Vorschrift der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung | | | |
| | Sprachrohr | | | |
| | Signalglocke | | | |
| | Signalböller | | | |
| | Pumpe | | | |
| | Wasserschaufel | | | |
| | Leckkleid | | | |
| | Rettungsring mit Leine | | | |
| | Rettungsnachen mit Fahrgeschirr | | | |
| | Laufsteg | | | |
| | Korksack | | | |
| | Reibholz | | | |
| | Schoore | | | |
| | Notsteuer | | | |
| | Feuerlöscheinrichtung | | | |
| | Kleines Fahrgeschirr | | | |
| | Kiste mit Heilmitteln | | | |
| | Blechplakat, betr. die Wiederbelebung anscheinend Ertrunkener | | | |

(Sechste Seite.)

Außerdem müssen sich an Bord befinden:
ein Abdruck der amtlich genehmigten Unfallverhütungs-Vorschriften,
die vorgeschriebenen Kesselpapiere.

II. Bemannung.

Außer dem patentierten Schiffsführer
........ Matrosen
........ Schiffsjungen
(bei Dampfschiffen) ........ Maschinisten
........ Heizer.

Bemerkungen.

Dieses Schiffs-Attest wurde ausgefertigt auf Grund der Untersuchungsverhandlung

........................ den ......ten ........................ 19...

............ Schiffsuntersuchungs-Kommission ............

Der Vorstand:

(L. S.)

...............................

Kosten:
Gebühren: ....... ℳ ... ₰
Auslagen: ....... ℳ ... ₰
Stempel: ....... ℳ ... ₰
Zusammen: ....... ℳ ... ₰

(Siebente Seite.)

Attest

über Nachuntersuchung Nr. ............

Das vorstehend benannte Schiff ist heute nach vorgenommener Änderung — Ausbesserung — auf Antrag de...............................................

...............................................

...............................................

in allen Teilen und Zubehörungen untersucht worden, und hat sich hierbei ergeben, daß

(Achte Seite.)

........................ den ......ten ........................ 19...

............ Schiffsuntersuchungs-Kommission ............

Der Vorstand:

(L. S.)

Kosten:
Gebühren: ....... ℳ ... ₰
Auslagen: ....... ℳ ... ₰
Stempel: ....... ℳ ... ₰
Zusammen: ....... ℳ ... ₰

(Erste Seite.)

Anlage D.

....... **Schiffsuntersuchungs-Kommission** ........

Schiffs-Attest Nr.

Name und Wohnort des Schiffseigners: ........ ..............................

Name des Schiffes: ... ...................................

Bauart: Holz, Metall oder gemischt

Schiffsgattung: ...........................................

mit ......... Masten und ......... Sprieten.

Ort und Jahr der Erbauung: ...........................

Tragfähigkeit: .................. Registertonnen Netto-Raumgehalt auf Grund des Meßbriefes der Schiffsvermessungsbehörde in ......................... vom ........ten ........ .......... 19 ...

Klassifikations-Zertifikat ...............................

vom ..ten ................ 19. Registernummer ........

Höchstzulässige Personenzahl: ......................

Kesselheizfläche: ................. qm.

Maschinenkraft ............ effektive / indizierte Pferdestärken.

Das Schiff besitzt: ....................................

Zeichen auf dem vorderen Klammernpaar:

Bugspriet

(Zweite Seite.)

Das vorseits beschriebene Schiff ist von der unterzeichneten Schiffsuntersuchungs-Kommission in ihr Schiffsverzeichnis unter Nr. ............ eingetragen, mit der in beladenem Zustande zulässigen tiefsten Einsenkung in nachfolgend aufgeführter Weise bezeichnet, sowie mit der aufgeführten Bemannung für die Rheinschiffahrt auf der Strecke von ..............................................................

bis ........................................................ für tauglich befunden worden.

Auf Grund dieses Attestes darf dieses Schiff zur Rheinschiffahrt so lange benutzt werden, als es das vorbezeichnete Klassifikations-Zertifikat ........................................................ besitzt.

Die Abmessungen betragen:

Größte Länge (Steuerruder nicht inbegriffen) ........ m

Größte Breite ........ m

(Dritte Seite.)

Die in beladenem Zustande höchstzulässige Einsenkungstiefe ist an jeder Seite des Schiffes an zwei/drei Stellen mit eisernen Klammern von 30 cm Länge und 4 cm Höhe bezeichnet worden.

Vermessungs-Ergebnisse.

| Es betragen die | im Vorderschiff | | im Mittelschiff | | im Hinterschiff | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm | rechts cm | links cm |
| Bodentiefe ......... (Einsenkungstiefe in leerem Zustand) | | | | | | |
| Ladehöhe ............ | | | | | | |
| Freibordhöhe bis: Oberkante | | | | | | |
| Unterkante ...... | | | | | | |

Senkrechter Abstand zwischen dem tiefsten Punkt des Schiffsbodens und der Leerebene ......cm.

(Vierte Seite.)

Es müssen auf dem Schiff an Bemannung vorhanden sein:

Außer dem patentierten Schiffsführer

........ Matrosen

........ Schiffsjungen

(bei Dampfschiffen) ........ Maschinisten

........ Heizer.

Bemerkungen:

Dieses Schiffs-Attest wurde ausgefertigt auf Grund der Untersuchungs-Verhandlung

........................ den ........ten .................... 19...

............ Schiffsuntersuchungs-Kommission ..........

Der Vorstand:

(L. S.)

Kosten:

Gebühren: ........ ℳ .... ₰

Auslagen: ........ ℳ .... ₰

Stempel: ........ ℳ .... ₰

Zusammen: ........ ℳ .... ₰

Anlage E.

Schiffsuntersuchungs-Kommission ..............

№ ..............

## Nachtrag zum Schiffsattest.

Das mit niederländischem Schiffsattest dd.

s'Gravenhage, den ..........ten .................................... 19......., mit Reg.-№ ..................

versehene nicht niederländische ..............................schiff: ..................................................,

de ..............................................................................................................................

zu ..................................................................... gehörig, wurde heute gemäß §. 3 Ziffer 2 der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung der unterzeichneten Schiffsuntersuchungs-Kommission vorgeführt, in ihr Schiffsverzeichnis unter № ..................... eingetragen und hierbei bestimmt:

Die Bemannung muß bestehen außer dem patentierten Schiffsführer aus:

................ Matrosen

................ Schiffsjungen

(bei Dampfschiffen) ................ Maschinisten

................ Heizer .

............................................ den ..........ten .............................. 19........

.................. Schiffsuntersuchungs-Kommission ..........................

L. S. Der Vorstand:

**Kosten:**

Gebühren ................ *M.* ........*ȝ*

Stempel ................ *M.* ........*ȝ*

Zusammen ................ *M.* ........*ȝ*

Anlage F.

.................. Schiffsuntersuchungs-Kommission ..............

## Verzeichnis

über Untersuchung der Rheinschiffe.

Jahr 19

| Schiffs-Attest | | | Name des Schiffes | Des Schiffseigners | | Schiffsgattung | Bau-art | Tragfähigkeit nach | | Rheinstrecke | | Bemerkungen über Nach-untersuchungen, Zurückziehung und Ungültigkeits-erklärung früherer Schiffs-Atteste und Eichscheine | Sonstige Bemerkungen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nr. | Tag | Mo-nat | | Name | Wohn-ort | | | Ab-schätzung Tonnen | Eichung Tonnen | von | bis | | |
| | | | | | | | | | | | | | |

**Nr. 127 Polizeiverordnung,**
betreffend
**die Festsetzung der höchsten zulässigen Fahrgastzahl auf Rheindampfschiffen.**

Auf Grund des §. 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird hierdurch für den preußischen Rhein folgende Polizeiverordnung erlassen.

**§ 1.** Für alle zur Personenbeförderung bestimmte Rheindampfschiffe ist vor der Inbetriebnahme die höchste zulässige Fahrgastzahl amtlich durch Sachverständige festzusetzen.

Dem hierzu einzureichenden Gesuch sind die zur Beurteilung der Größe und der Bauart des Schiffes geeigneten Pläne (Deckpläne, Längenschnitt, Hauptspantquerschnitt) sowie die in § 2 verlangten Skizzen beizufügen.

**§ 2.** Zur Ermittelung der höchsten zulässigen Fahrgastzahl ist zunächst der Flächeninhalt der zum Aufenthalt für Fahrgäste bestimmten freien Flächen, sowie der Grundflächen der geschlossenen Räume auf dem Hauptdeck und Oberdeck in Quadratmetern durch Messung im einzelnen festzustellen. Die unter dem Hauptdeck liegenden Räume bleiben außer Betracht.

Die Länge des Decks ist von der Hinterkante der Ankerwinde am Bug bis zu dem Punkte am Heck zu messen, an welchem sich Fahrgäste noch aufhalten können, ohne von der Steuervorrichtung belästigt zu werden.

Für die Bestimmung der Breiten ist die Innenkante der Reeling maßgebend.

Von dem also ermittelten Flächeninhalte sind in Abzug zu bringen:

Sämtliche Aufbauten, soweit deren Oberfläche nicht als Sitzplätze benutzt werden können, Verbindungsgänge, Treppen, Luken, Decklichte, Niedergangskappen, Maschinenschornstein und Kesselummantelung, Steuerstuhl, Ankerwinden, Kompaßhäuschen, Kranen, Maste und Windwerke, innenbords geführte Boote, sofern diese nicht so hoch angebracht oder aufgehängt sind, daß Passagiere sich darunter aufhalten können, Räume für Gepäck, Viehgehege und dergleichen.

Für den Eintrag der Ausmaße sind vom Schiffseigner Skizzen der zu vermessenden Flächen in geeignetem Maßstab beizubringen.

**§ 3.** Auf das Quadratmeter des ermittelten Flächeninhalts dürfen höchstens 3 Fahrgäste gerechnet werden, so daß auf den Fahrgast 0,33 qm Fläche entfällt. Je nach der Größe, der Bauart und der Bestimmung des Schiffes, sowie nach den bei der Besichtigung sich ergebenden besonderen Umständen ist eine Beschränkung der so festgestellten Fahrgastzahl dahin vorzunehmen, daß für den Fahrgast eine größere Fläche gerechnet wird. Die hierfür maßgebenden Gründe sind schriftlich niederzulegen.

Den Sachverständigen ist es anheimgegeben, eine praktische Erprobung der Stabilität des Schiffes vorzunehmen.

In keinem Falle dürfen 75% der zulässigen Tragfähigkeit des Schiffes bei Aufnahme der ermittelten Personenzahl unter Berechnung eines Gewichtes von 75 kg für jede Person überschritten werden.

**§ 4.** Ist der Schiffseigner mit der festgesetzten höchsten zulässigen Fahrgastzahl nicht einverstanden, so ist ihm anheimzugeben, durch eine revisionsfähige Stabilitätsberechnung mit Krängungsversuch oder durch praktische Erprobung die Berechtigung seines Einwurfs zu erweisen.

Werden bei der Erprobung an Stelle von Personen Lasten verwendet, so ist das der Personenzahl entsprechende Gewicht der Lasten um 10% zu erhöhen.

Bei der Stabilitätsberechnung, sowie bei der Erprobung muß nachgewiesen sein, daß in die tiefstliegenden Fenster und in solche Schiffsöffnungen, welche unmittelbar in den Schiffsraum führen und nicht wasserdicht verschließbar sind, Wasser nicht eintritt. Auch dürfen sonstige Bedenken nicht vorhanden sein.

**§ 5.** Für die bereits im Betriebe befindlichen Personendampfschiffe ist die nachträgliche Ermittelung der höchsten zulässigen Fahrgastzahl gemäß den vorstehenden Bestimmungen innerhalb eines Jahres herbeizuführen. Auch für diese Schiffe sollen möglichst die im § 1 genannten Pläne eingereicht werden. In jedem Falle sind die im § 2 geforderten Skizzen der zur Vermessung gelangenden Flächen beizufügen.

**§ 6.** Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 32 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte vom 17. Oktober 1868 bestraft.

**§ 7.** Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1905 in Kraft.

Berlin, den 10. März 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
gez.: Möller.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 128** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 9. Dezember 1904 (Amtsblatt S. 293) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die am 1. April 1905 in Kraft tretende Deutsche Arznei-

taxe für 1905 im Verlage der Weidmann'schen Buchhandlung in Berlin erschienen ist.

Aachen, den 28. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 129 Bekanntmachung.**

Am 1. April wird in Untermaubach (Kr. Düren) eine Postagentur eingerichtet; die Posthilfstelle wird gleichzeitig aufgehoben.

Dem Landbestellbezirke der neuen Postagentur werden die bisher zum Postamt in Kreuzau gehörigen Ortschaften: Villa Maubach, Haus Strepp, Hochkoppelmühle, Bahnhof Untermaubach, Schlagstein, Obermaubach und Gräfliches Forsthaus zugeteilt.

Aachen, den 25. März 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 130 Bekanntmachung**

Am 1. April wird in Wollersheim (Kr. Düren) eine Postagentur eingerichtet; die Posthilfstelle wird gleichzeitig aufgehoben.

Aachen, den 25. März 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.:
Busch.

**Nr. 131** Unter Verweisung auf die §§. 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Barbara und Gertrud Willy bei Andler mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Situationsriß gemäß §. 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Commern-Gemünd zu Euskirchen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 16. März 1905.

Königliches Oberbergamt.
Vogel.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 1. Dezember 1904 wird dem Kaufmann Wilhelm Kersten zu Cöln unter dem Namen Barbara das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Herresbach und Schönberg im Kreise Malmedy, Regierungsbezirk Aachen, und in den Gemeinden Landesfeld und Oberlascheid im Kreise Prüm, im Regierungsbezirk Trier und im Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, welches einen Flächeninhalt von 2188990 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben A B C D bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Bleierze nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. März 1905.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 29. Dezember 1904 wird dem Kaufmann Wilhelm Kersten zu Cöln unter dem Namen Gertrud Willy das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Herresbach und Schönberg im Kreise Malmedy, Regierungsbezirk Aachen, und in den Gemeinden Landesfeld und Oberlascheid im Kreise Prüm, Regierungsbezirk Trier und im Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, welches einen Flächeninhalt von 2188800 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben D E F G bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Bleierze nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. März 1905.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

## Universität Münster i. W.

**Nr. 132** Das Sommer-Semester 1905 beginnt bei der Kgl. Universität am

Dienstag, den 25. April d. Js.

Die Immatrikulationen finden in den ersten 3 Wochen des Semesters vormittags von $11^1/_2$—$12^1/_2$ Uhr im Senatssaale statt.

Das Verzeichnis der Vorlesungen ist vom Oberpedell (Pferdegasse 3) zu beziehen.

Münster i. W., den 15. März 1905.

Der z. Rektor der Königlichen Universität.
J. V.: Zopf.

**Nr. 133 Personal-Nachrichten.**

Der Landrat von Guérard in Montjoie ist zum Regierungsrat ernannt und an die Königliche Regierung in Coblenz versetzt worden.

Die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Montjoie ist dem Regierungs-Assessor Dr. von Kesseler zu Breslau übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 13.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 16. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 6. April 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 134** Das 9. Stück enthält unter Nr. 3108: Bekanntmachung, betreffend eine neue Ausgabe der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 7. März 1905. Das 10 Stück enthält unter Nr. 3109: Gesetz, betreffend Änderung des §. 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Vom 20. März 1905. Unter Nr. 3110: Bekanntmachung, betreffend die Anlegung von Mündelgeld in Schuldverschreibungen des Fürstlich Waldeckischen Domaniums. Vom 18. März 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 135** Das 7. Stück enthält unter Nr. 10582: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Sankt Goarshausen, Hadamar, Herborn, Selters, Wallmerod und Weilburg. Vom 17. März 1905. Das 8 Stück enthält unter Nr. 10583: Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Königsberg. Vom 28. März 1905. Das 9. Stück enthält unter Nr. 10584: Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund. Vom 28. März 1905. Unter Nr. 10585: Allerhöchster Erlaß vom 18. März 1905, betreffend anderweite Abgrenzung der Verwaltungsbezirke der Eisenbahndirektionen in Essen a. Ruhr, Münster in Westfalen, Cöln, Hannover, Magdeburg, Cassel, Breslau und Posen. Das 10. Stück enthält unter Nr. 10586: Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1905 Vom 31. März 1905. Das 11. Stück enthält unter Nr. 10587: Verordnung über die Errichtung eines Landesgewerbeamts und eines ständigen Beirats für das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung. Vom 20. März 1905. Das 12. Stück enthält unter Nr. 10588: Gesetz, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 268 ff). Vom 31. März 1905.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 136** **Statut für die Entwässerungs-Genossenschaft Ramscheid I zu Ramscheid im Kreise Schleiden.**

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (G.-S. S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen westlich vom Orte Ramscheid, Gemeinde Hellenthal, werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Kulturtechnikers W. Hof in Bonn vom 24. November 1904 durch Entwässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grünen Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß

unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Entwässerungsgenossenschaft Ramscheid I" und hat ihren Sitz in Ramscheid.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Anlage und Unterhaltung besonderer Ableitungsgräben und dergleichen, bleiben den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§. 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande ob, Binnen-Entwässerungs-Anlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§. 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorations-Technikers ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen. Die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§. 6. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalte der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 7. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, und in dem für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages darnach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 8. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je angefangene 25 Ar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 12. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:
a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) zwei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst den stellvertretenden Beisitzern werden von der General-Versammlung auf fünf Jahre gewählt. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der General-Versammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der General-Versammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:
a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen.

Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;

g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 7 und 19) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 15. Die genossenschaftlichen und die in §. 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungs-Präsident endgültig.

§. 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 17. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 18. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche General-Versammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren General-Versammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fün Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die General-Versammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 20. Die von der Genossenschaft ausgehenden

Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt des Kreises Schleiden aufgenommen.

§. 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen, der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 6. März 1905.

(L. S.) gez. **Wilhelm R.**

ggez. Schönstedt. von Podbielski.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 137** Die im Jahre 1905 in Berlin abzuhaltende Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten wird am 19. September, vormittags 9 Uhr, beginnen. Meldungen zu derselben sind an den Unterrichtsminister zu richten und bis zum 1. August ds. Js. bei demjenigen Königlichen Provinzial-Schulkollegium bezw. bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Aufsichtskreise der Bewerber im Taubstummen- oder Schuldienste beschäftigt ist, unter Einreichung der im §. 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen. Bewerber, welche nicht an einer preußischen Anstalt tätig sind, können ihre Meldung bei Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten bezw. ihrer Landesbehörde erfolgt, unmittelbar an den Unterrichtsminister richten.

Berlin, den 20. März 1905.

Der Minister
der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: von Bremen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 138** Der Herr Ober-Präsident hat der Niederlassung der Genossenschaft der armen Brüder vom heiligen Franziskus in Aachen die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten ihres Lehrlingshospizes im Jahre 1905 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern des Regierungsbezirks Aachen abhalten zu lassen.

Aachen, den 29. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 139** Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harzlandschaften zu Quedlinburg die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre wiederum eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen, Fahrrädern, Silber, Wirtschaftsgegenständen usw. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 50000 Lose zu je 1 Mk. ausgegeben werden und 1500 Gewinne im Gesammtwerte von 23000 Mk. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 1. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 140** Das im Amtsblatt von 1902 auf Seite 244 veröffentlichte Verzeichnis der in den Grenzgemeinden gemäß der Konvention vom 7. Februar 1873 (R.-G.-Bl. Nr. 9) zur Ausübung der Praxis berechtigten belgischen Medizinal- und Veterinärpersonen hat folgende Veränderung erfahren:

Province de Liège.

Zu streichen: Marchal, M. épouse Marson, sage-femme.

Aachen, den 4. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 141** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 9. Dezember 1904 (Amtsbl. S. 293) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die am 1. April 1905 in Kraft tretende deutsche Arzneitaxe für 1905 im Verlage der Weidmann'schen Buchhandlung in Berlin erschienen ist.

Aachen, den 28. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 142** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. März 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 3 | 4 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 5 | 6 |

Aachen, den 1. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 143** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | I. A. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 19 | 38 | 18 | 38 | — | — | 16 | 88 | 15 | 88 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 18 | 13 | 17 | 63 | — | — | 15 | 06 | 14 | 56 | — | — | 14 | — | — | — | — | -- |
| Düren . . . | 17 | 49 | 16 | 99 | — | — | 14 | 39 | 13 | 39 | — | — | 16 | 22 | 15 | 22 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 98 | 17 | 48 | — | — | 14 | 60 | 14 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 18 | — | — | — | — | — | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 16 | 50 | 16 | — | 15 | — | 14 | 25 | 13 | 75 | 13 | 25 |
| Jülich . . . | 17 | 70 | 17 | 20 | 16 | 70 | 14 | 63 | 14 | 13 | 13 | 63 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | 15 | — | — | — | 14 | 50 | 13 | 50 | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 19 | — | — | — | — | 15 | 24 | — | — | — | — | 14 | 74 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh | | Heu | | Fleisch | | | | | | | | | | | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krumm- | | | | Rind- | | | | | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | | | | | | | | | | |
| | | | | im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 9 | — | 134 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | 55 | 5 | 25 | — | — | — | — |
| 4 | 10 | 10<br>8 | 80<br>63 | 111 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 40 | 4 | 57 | — | — | — | — |
| — | — | 9<br>8<br>10 | 77<br>60<br>00 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 70 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 30 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 10 | — | 126 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 3 | 80 | 10<br>7<br>7 | 60<br>—<br>85 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 45 | 4 | 27 | — | — | — | — |
| 4 | — | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 3 | — | — | — | — | — |
| 4 | 03 | 8 | 54 | 122 | 75 | 1 | 56 | 1 | 38 | 1 | 61 | 1 | 49 | 1 | 53 | 1 | 59 | 2 | 39 | 4 | 31 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

## Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat März 1905.

Preise:

Getreide | I. B. Übrige Marktwaren.

| Hafer gut M. | Hafer gut Pf. | Hafer mittel M. | Hafer mittel Pf. | Hafer gering M. | Hafer gering Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Erbsen Pf. | Bohnen (weiße) M. | Bohnen Pf. | Linsen M. | Linsen Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Eß-Kartoffeln Pf. | Stroh Richt- M. | Stroh Richt- Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 16 | — | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 (15) | — (75) | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 6 | 90 | 6 (7) | — (35) |
| 14 (15) | 36 (25) | 13 | 86 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 97 | 4 (5) | 80 (25) |
| 13 (14) | 70 (91) | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 4 (5) | 60 (04) |
| 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | — | — | 6 | 40 | — | — |
| 17 (17) | — (86) | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 8 | — | 5 (5) | 40 (67) |
| 14 (15) | 80 (84) | 14 | 30 | 13 | 80 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 8 | — | 4 (4) | 20 (41) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 10 | 10 | — | — |
| 14 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 5 | — | 6 | — |
| 14 | 84 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 81 | 33 | 36 | 42 | 40 | 7 | 30 | 5 | 17 |

### II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats März 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Weizen Pf. | Roggen M. | Roggen Pf. | Gersten-Graupen M. | Graupen Pf. | Gersten-Grütze M. | Grütze Pf. | Buchweizengrütze M. | Buchweizengrütze Pf. | Hafer-Grütze M. | Hafer-Grütze Pf. | Hirse M. | Hirse Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Reis Pf. | Kaffee Java (mittel) roh M. | Java roh Pf. | Kaffee Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Java gelb Pf. | Speisesalz M. | Speisesalz Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Schweineschmalz Pf. | Schwarzbrot M. | Schwarzbrot Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 36 | — | 44 | — | 40 | — | 50 | — | 50 | — | 45 | 2 | 40 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 45 | — | 35 | — | 53 | — | 54 | — | 47 | 2 | 40 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 60 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats März 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 4. April 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 144** Nachstehendes Verzeichnis der in den Grenzgemeinden des Regierungsbezirks Aachen zur Ausübung der Praxis berechtigten niederländischen Medizinalpersonen wird hierdurch bekannt gemacht.

| Grens-gemeenten. | Namen van de genees- en heelkundigen en vroedvrouwen. | Titels. | Bevoegd tot uitoefening van: |
|---|---|---|---|
| Echt, | M. M. A. H. Sonnen, | med. chir. et art. obst. doct., | genees-, heel- en verloskunst. |
| | M. M. van de Warenburg, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Kerkrade, | L. H. Keulen, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| | M. M. Koullen, huisvrouw van W. J. Habets, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| (Holz), | V. A. H. Panhuijzen, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| Maasniel, | C. Pover, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Simpelveld, | J. M. Hertzog, huisvrouw van P. J. Bindels, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Sittard, | P. Th. Joosten, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| | J. A. E. Schoenmaekers, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| | A. M. C. Extra, huisvrouw van G. de Bruin, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Susteren, | A. M. Palmen, huisvrouw van J. Vinken, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Swalmen, | S. A. Schoonhof, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| | H. Lammerschop, huisvrouw van G. Brouns, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Tegelen, | Th. A. W. A. J. David, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Vaals, | J. L. Schouteten, | arts, | genees-, heel- en verloskunst. |
| | M. Th. Schoonbrood, | vroedvrouw, | verloskunst. |
| Wittem, | A. C. Heuts, huisvrouw van Smeets, | vroedvrouw, | verloskunst. |

Aachen, den 31. März 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 145 Bekanntmachungen.**

I.

Das bevorstehende Studien-Semester unserer Universität nimmt mit dem 26. April d. Js. seinen gesetzlichen Anfang. Indem wir dies hierdurch zur allgemeinen Kenntnis bringen, machen wir diejenigen, welche die Absicht haben, die hiesige Universität zu besuchen, darauf aufmerksam, daß sie sich pünktlich mit dem Beginne des Semesters hier einzufinden haben, um sich dadurch vor den Nachteilen zu bewahren, welche ihnen durch das Versäumen des Anfangs der Vorlesungen erwachsen. Zugleich ersuchen wir hiermit die Eltern und Vormünder der Studierenden, auch ihrerseits zur Beobachtung dieses wichtigen Punktes der akademischen Disziplin möglichst mitzuwirken. In Ansehung derjenigen Studierenden, welche auf Grund vorschriftsmäßiger Dürftigkeits-Atteste die Wohltat der Stundung des Honorars für die Vorlesungen in Anspruch zu nehmen beabsichtigen, oder um ein akademisches Stipendium sich bewerben wollen, bemerken wir, daß den gesetzlichen Vorschriften zufolge derartige Gesuche bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung innerhalb der ersten vierzehn Tage nach dem gesetzlichen Anfange des Semesters von den Bittstellern eingereicht werden müssen.

Bonn, den 31. März 1905.

Rektor und Senat
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität.

II.

Die Immatrikulation für das bevorstehende Studien-Semester findet vom 26. April d. Js. an bis zum 17. Mai einschl. statt. Später können nach den bestehenden Vorschriften nur diejenigen Studierenden noch immatrikuliert werden, welche die Verzögerung ihrer Anmeldung mit gültigen Verhinderungsgründen zu entschuldigen vermögen. Behufs der Immatrikulation haben 1. diejenigen Studierenden, welche bi

Universitäts-Studien beginnen, insofern sie Inländer sind, ein vorschriftsmäßiges Schulzeugnis und, falls sie Ausländer sind, einen Paß oder sonstige ausreichende Legitimations-Papiere; 2. diejenigen, welche von anderen Universitäten kommen, außer den vorstehend bezeichneten Papieren noch ein vollständiges Abgangs-Zeugnis von jeder früher besuchten Universität vorzulegen. Diejenigen Inländer, welche keine Maturitäts-Prüfung bestanden, beim Besuche der Universität auch nur die Absicht haben, sich eine allgemeine Bildung für die höheren Lebenskreise oder eine besondere Bildung für ein gewisses Berufsfach zu geben, ohne daß sie sich für den eigentlichen gelehrten Staats- oder Kirchendienst bestimmen, können auf Grund des §. 3 der Vorschriften vom 1. Oktober 1879 immatrikuliert werden.

Bonn, den 31. März 1905.

Die Immatrikulations-Kommission.

**Nr. 146 Personal-Nachrichten.**

Der Königliche Gewerbe-Assessor Dr. Burgaß in Magdeburg ist zum 1. April d. J. nach Aachen versetzt und ihm die Verwaltung der Königlichen Gewerbe-Inspektion Aachen II in Aachen unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst übertragen worden.

Dem Gewerbe-Inspektor für Aachen II Dr. Welzel in Aachen ist vom 1. April d. J. ab die Verwaltung der Königlichen Gewerbe-Inspektion Berlin O in Berlin übertragen worden.

Der Königliche Gewerbe-Assessor Braun in Aachen ist vom 1. April ds. Js. ab nach Solingen versetzt und an dessen Stelle der Königliche Gewerbe-Assessor Pagel in Königsberg von demselben Zeitpunkte ab mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Hilfsarbeiters bei der Königlichen Gewerbe-Inspektion Aachen I in Aachen beauftragt worden.

An Stelle des am 1. April d. Js. in den Ruhestand tretenden Kreisarztes Geheimen Medizinalrats Dr. Noethlichs in Heinsberg ist der Arzt Dr. Herlitzius aus Herzogenrath von diesem Tage ab zum Kreisarzt des Kreisarztbezirks Heinsberg-Geilenkirchen mit dem Amtssitze in Heinsberg ernannt.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Kreissekretär Lüttgen in Heinsberg aus Anlaß seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrat zu verleihen.

Dem Gemeindeförster Wunsch zu Krewinkel im Landkreise Aachen ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königliche Kronen-Orden IV. Klasse Allerhöchst verliehen worden.

Der Staatsanwaltschaftsrat Douqué in Aachen ist zum Landgerichts-Direktor in Essen ernannt.

Der Amtsgerichtsrat Goeth in Aachen ist als Landgerichtsrat an das Landgericht in Coblenz, der Staatsanwalt Weißermel von Thorn an die Staatsanwaltschaft in Aachen, der Amtsrichter de Nys in Adenau an das Amtsgericht in Eupen, der Amtsrichter Dr. Stelkens in Rheinberg an das Amtsgericht in Düren versetzt.

Der Gerichtsassessor Dr. Schollen in Aachen ist zum Landrichter bei dem Landgerichte hierselbst, der Gerichtsschreiber Grothoff in Düren zum Rendanten bei der Gerichtskasse daselbst, der Aktuar Bellinger zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Düren, der Aktuar Gerber und der Assistent Bröder zu Gerichtsschreibern bei dem Amtsgerichte in Aachen, der Assistent Wentzky zum Kassensekretär in Aachen, der Aktuar Driesch zum Gerichtsschreiber in Mettmann, Kretschmer zum Gerichtsschreiber in Eschweiler, Ziemen zum Gerichtsschreiber in Opladen, Seulen zum Gerichtsschreiber in Gemünd ernannt.

Versetzt sind die Assistenten Heise aus Saarbrücken und Wittmers aus Cöln an das Amtsgericht zu Aachen, die Gerichtsvollzieher Schweitzer von Heinsberg nach Malmedy, Schuster von Malmedy nach Heinsberg, Arnold von Eschweiler nach Kerpen, Horst von Grumbach nach Eschweiler, Blumenberg von St. Vith nach Gemünd, Weber von Gemünd nach St. Vith, Weingartz von Wegberg nach M.-Gladbach.

Der Militäranwärter Voigt ist zum Gerichtsschreibergehülfen bei dem Amtsgerichte in Blankenheim ernannt worden.

Der Kanzlei-Diätar Knödel in Düsseldorf ist zum Kanzlisten bei dem Amtsgerichte in Düren ernannt.

Der Gerichtsdiener Redieß in Heinsberg ist an das Amtsgericht in Geldern, der Gerichtsdiener Häsicke von Stolberg nach Bensberg versetzt.

Der Hülfsgerichtsdiener Resch ist zum Gerichtsdiener in Stolberg, Sauer zum Gerichtsdiener bei dem Amtsgerichte in Aachen, Billstein aus Düren zum Gerichtsdiener bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf ernannt worden.

Der Bürgermeister Broeckmann in Schleiden ist widerruflich zum Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Harperscheid umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Die Ernennung des Bürgermeisters Pleuß zum Standesbeamten dieses Bezirks ist widerrufen.

Ernannt sind: zu Postsekretären die Ober-Postassistenten Kaup in Eschweiler und Rang in Aachen, zum Kanzleisekretär der Kanzlist Kohl in Aachen, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Bellefontaine, Cormann, Dahmen, Holzkamp, Houben und Janser in Aachen, Berg in Herzogenrath und Zielinski in Düren (Rhld.), zu Postverwaltern der Ober-Postassistent Wollersheim aus Linnich in Dremmen, der Postassistent Meyer aus Stolberg in Burgreuland.

Versetzt sind: der Ober-Postpraktikant Rohlfs von Jülich nach Frankfurt (Main), der Postsekretär Pütz von Inden nach Aachen, die Ober-Postassistenten Eggert von Stolberg (Rhld.), Rahn von Geilenkirchen und Winkler von Mechernich, die Postassistenten Kuhut von St. Vith und Uerlings von Barmen-Rittershausen nach Aachen, der Postassistent Fölsing von Aachen nach Lauterbach (Hessen).

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Barbara Müller bei der katholischen Volksschule zu Drove, Kreis Düren.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 14.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 17. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 13. April 1905.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 147 Bekanntmachung.**

Am 1. April d. Js. treten in Bezug auf die Einrichtung und den Sitz der Eisenbahn-Betriebs-, Maschinen-, Werkstätten- und Verkehrsinspektionen nachstehende Änderungen ein:

B. Maschineninspektionen.

Neu errichtet wird im Direktionsbezirk St. Johann-Saarbrücken eine Maschineninspektion in St. Wendel.

Berlin, den 31. März 1905.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
gez. v. Budde.

**Nr. 148 Bekanntmachung.**

Versendung von Paketen während der Osterzeit.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 16. bis einschließlich 23. April im innern deutschen Verkehr nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Pakete besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 30. März 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage:
Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 149** Mit Ostern 1905 wird in Düren ein neues katholisches Schullehrer-Seminar errichtet werden. Zur Aufnahme in dem zunächst zu eröffnenden Unterkursus wird nach Ostern eine Aufnahme-Prüfung stattfinden.

Zu dieser Prüfung werden Bewerber zugelassen, welche das 17. Lebensjahr vollendet und das 24. noch nicht überschritten haben. Doch können von uns auch jüngere Bewerber zugelassen werden, sofern sie das 17. Lebensjahr in den ersten sechs Monaten nach dem Aufnahmetage erreichen und körperlich gehörig entwickelt sind. Ebenso können ältere Bewerber von uns zugelassen werden, wenn ihre Aufnahme in Rücksicht auf ihre Persönlichkeit und ihre bisherigen Lebensverhältnisse unbedenklich ist.

Die Meldungen sind an den Kreisschulinspektor Dr. Cramer in Düren zu richten.

Beizufügen sind:

1. Der Geburtsschein;
2. ein Impfschein und Wiederimpfschein, sowie ein Gesundheitszeugnis, das von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestellt sein muß;
3. falls der Bewerber unmittelbar von einer andern Lehranstalt kommt, ein Abgangszeugnis von dieser Anstalt, andernfalls ein von der Polizeibehörde des Wohnortes ausgestelltes Führungszeugnis;
4. die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer der Ausbildung gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfügt.

Über die Zulassung zu der Prüfung werden die Bewerber besonderen Bescheid erhalten.

Die nach der Prüfung zur Aufnahme bestimmten Bewerber haben unter Mitverpflichtung ihrer Väter oder deren Stellvertreter einen Schein auszustellen, durch den sie sich verpflichten, alle von der Anstalt in barem Gelde oder in geldwerten Leistungen empfangenen Unterstützungen zu erstatten und außerdem als Entgelt für den genossenen Unterricht je dreißig Mark für jedes in der Anstalt zugebrachte Halbjahr zu zahlen:

1. wenn sie das Seminar vor Beendigung ihrer Ausbildung, ohne dazu durch Krankheit genötigt zu sein, freiwillig verlassen oder wegen mangelhafter Führung unfreiwillig entfernt werden sollten;
2. wenn sie sich während der ersten fünf Jahre nach Ablegung der ersten Lehrerprüfung weigern sollten, die ihnen von der zuständigen Staatsbehörde zugewiesene Stelle im öffentlichen Schuldienste zu übernehmen.

Coblenz, den 6. April 1905.

Provinzial-Schulkollegium:
von Hövel.

**Nr. 150 Bekanntmachung.**

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Bundesrat in der Sitzung vom 16. v. Mts. — §. 220 der Protokolle — eine Änderung des statistischen Warenverzeichnisses und des Verzeichnisses der Massengüter beschlossen hat und daß diese Änderungen, welche bei den Abfertigungsstellen der Zoll- und Steuerverwaltung innerhalb der gesetzlichen Dienststunden eingesehen werden können, am 1. d. Mts. in Kraft getreten sind.

Cöln, den 3. April 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 151 Reiseplan**

für das Aushebungsgeschäft des I. Bezirks der 29. Infanterie-Brigade im Jahre 1905.

| Datum Monat | Tag | Wochentag | Bezeichnung des Geschäfts | Beginn Uhr |
|---|---|---|---|---|
| Juni | 18. | Sonntag | Reise nach Schleiden | — |
| " | 19. | Montag | Aushebung in Schleiden | 9⁰ V. |
| " | 20. | Dienstag | desgleichen | " |
| " | 21. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 22. | Donnerstag | Reise von Schleiden nach St. Vith (Fronleichnam) | — |
| " | 23. | Freitag | Aushebung in St. Vith und Reise nach Malmedy | 9⁰ V. |
| " | 24. | Sonnabend | Aushebung in Malmedy | 8⁰ V. |
| " | 25. | Sonntag | Reise von Malmedy nach Montjoie | — |
| " | 26. | Montag | Aushebung in Montjoie | 8⁰ V. |
| " | 27. | Dienstag | Aushebung in Montjoie und Reise nach Eupen | " |
| " | 28. | Mittwoch | Aushebung in Eupen | 9⁰ V. |
| " | 29. | Donnerstag | Ruhe (Peter u. Paul) | — |
| " | 30. | Freitag | Aushebung in Eupen und Reise nach Aachen | 9⁰ V. |
| Juli | 1. | Sonnabend | Aushebung in Aachen Stadt | 8⁰ V. |
| " | 2. | Sonntag | Ruhe | — |
| " | 3. | Montag | Aushebung in Aachen Stadt | 8⁰ V. |
| " | 4. | Dienstag | desgleichen | " |
| " | 5. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 6. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 7. | Freitag | desgleichen | " |
| " | 8. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 9. | Sonntag | Ruhe | — |
| " | 10. | Montag | Aushebung in Aachen Stadt | 8⁰ V. |
| " | 11. | Dienstag | Aushebung in Aachen Land | 8⁰ V. |
| " | 12. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 13. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 14. | Freitag | desgleichen | " |
| " | 15. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 16. | Sonntag | Ruhe | — |
| " | 17. | Montag | Aushebung in Aachen Land | 8⁰ V. |
| " | 18. | Dienstag | desgleichen | " |

Aachen, den 9. April 1905.

J. A. d. B.-K.
gez.: v. Knoblauch.

**Nr. 152 Reise- und Geschäfts-Plan**

für das Aushebungs- und Invaliden-Prüfungs-Geschäft im II. Bezirk der 29. Infanterie-Brigade für 1905.

| Datum Monat | Tag | | Beginn des Invalid.-Prüfungs- Geschäfts. | Aus-hebungs- Geschäfts. | Zahl der vorzustellenden Invaliden. | Bezeichnung des Geschäfts. | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mai | 26. | Freitag | 9 | 10 | 3 | Superrevision und Aushebung in Erkelenz | Listen-Revision. |
| " | 27. | Sonnabend | 9 | 10 | 3 | desgl. | |
| " | 28. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| " | 29. | Montag | 9 | 10 | 3 | Superrevision und Aushebung in Erkelenz, sowie Reise nach Heinsberg | |
| " | 30. | Dienstag | $7^1/_2$ | $8^1/_2$ | 5 | Superrevision und Aushebung in Heinsberg | |
| " | 31. | Mittwoch | $7^1/_2$ | $8^1/_2$ | 5 | desgl. und Reise nach Geilenkirchen | |
| Juni | 1. | Donnerstag | — | — | — | Ruhe (Christihimmelfahrt) | |
| " | 2. | Freitag | $7^1/_2$ | $8^1/_2$ | 4 | Superrevision und Aushebung in Geilenkirchen | Listen-Revision. |
| " | 3. | Sonnabend | $7^1/_2$ | $8^1/_2$ | 4 | desgl. und Reise nach Jülich | |
| " | 4. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| " | 5. | Montag | — | 10 | — | Aushebung in Jülich | |
| " | 6. | Dienstag | — | 10 | — | desgl. | |
| " | 7. | Mittwoch | — | 10 | — | desgl. | |
| " | 8. | Donnerstag | — | 10 | — | desgl. und Reise nach Düren | |
| " | 9. | Freitag | — | $9^1/_2$ | — | Aushebung in Düren | Listen-Revision. |
| " | 10. | Sonnabend | — | $9^1/_2$ | — | desgl. | |
| " | 11. | Sonntag | — | — | — | } Ruhe (Pfingsten) | |
| " | 12. | Montag | — | — | — | | |
| " | 13. | Dienstag | — | $9^1/_2$ | — | Aushebung in Düren | |
| " | 14. | Mittwoch | — | $9^1/_2$ | — | desgl. | |
| " | 15. | Donnerstag | — | $9^1/_2$ | — | desgl. | |
| " | 16. | Freitag | — | $9^1/_2$ | — | desgl. und Rückreise | |
| " | 17. | Sonnabend | $9^1/_2$ | — | 17 | Superrevision in Düren | |
| " | 18. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| " | 19. | Montag | $9^1/_2$ | — | 17 | Superrevision in Düren | |
| " | 20. | Dienstag | 10 | — | 12 | Superrevision in Jülich | |

**Nr. 153 Bekanntmachung.**

Die geprüfte Rechnung der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1902 liegt im Ständehause hierselbst, Zimmer 29, vom 15. April d. Js. ab auf 4 Wochen zur Einsicht offen, was gemäß §. 24 der Satzungen genannter Anstalt zur Kenntnis gebracht wird.

Düsseldorf, den 10. April 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 154** Auf Grund des §. 101 der Provinzialordnung vom 1. Juni 1887 bringe ich in der Anlage zu diesem Amtsblatt den Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 nach Feststellung durch den 45. Rheinischen Provinziallandtag in seiner Plenarsitzung vom 18. März 1905 zur öffentlichen Kenntnis.

Düsseldorf, den 3. April 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.

**Nr. 155 Bekanntmachung.**

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für einige in der Gemeinde Heimbach gelegene Grundstücke, welche nach dem vom Bezirksausschuß zu Aachen am 17. Februar 1905 festgestellten Plane für die Rurtalsperrengesellschaft zu enteignen sind, habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom

11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

**Mittwoch, den 19. April d Js.,**

beginnend um $10^1/_2$ Uhr, an der Sperrmauer anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 11. April 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 156 Personal-Nachrichten.**

Der bisherige Königliche Gewerbe-Assessor Dr. Robert Burgaß ist zum Königlichen Gewerbe-Inspektor ernannt und ihm vom 1. April d J. ab die etatsmäßige Stelle eines Gewerbe-Inspektors bei der Königlichen Gewerbe-Inspektion Aachen II in Aachen unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst verliehen worden.

Der Forstaufseher Budde zu Niederemmels, in der Oberförsterei Büllingen, ist vom 1. April ds. Js. ab zum Hilfsförster ernannt worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Gemeindesekretär Peter Mathias Franken in Roetgen widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Roetgen umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Ackerers Josef Schommers in Roetgen zum Stellvertreter des Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ist erteilt:

1. dem Oberlandesgerichtspräsidenten, Wirklichen Geheimen Oberjustizrat Dr. Hamm unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Excellenz;

2. dem Senats-Präsidenten Freiherrn von Wintzingerode unter Verleihung des Charakters als Geheimer Oberjustizrat.

Ernannt sind a) zu Senatspräsidenten:
1. der Landgerichtsdirektor von Weiler in Elberfeld, 2. der Oberlandesgerichtsrat Michaelis in Cöln, 3. der Kammergerichtsrat Dr. Freusberg in Berlin;

b) zu Oberlandesgerichtsräten:
1. Landgerichtsrat Langsdorff in Düsseldorf, 2. Landgerichtsrat Hoenscheid in Cöln, 3. Landgerichtsrat Daub in Cleve, 4 Landgerichtsrat Wilden in Cöln, 5. Landgerichtsrat Mannherz in Cöln, 6. Landgerichtsrat Kind in Cöln, 7. Landgerichtsrat Dr. Heyer in Cleve, 8. Landgerichtsrat Mies in Cöln, 9. Landgerichtsrat Landau in Saarbrücken;

c) zu Gerichtsschreibern beim Oberlandesgericht:
1. Sekretär Speier in Cöln, 2. Sekretär Sterbeck in Cöln, 3. Sekretär Mühlbrett in Krefeld, 4. Sekretär Mai in Aachen;

d) zu ständigen diätarischen Gerichtsschreibergehülfen beim Oberlandesgericht:
1. der Aktuar Böddinghaus in Cöln, 2. der Aktuar Kuhn in Cöln, 3. der Aktuar Longard in Cöln, 4. der Aktuar Rauch in Cöln;

e) zum Gerichtsdiener beim Oberlandesgericht: der Militäranwärter Hennig;

f) zum Gerichtsschreiber:
1. der Diätar Linn vom Oberlandesgericht beim Amtsgericht in Mülheim a. Rh., 2. der Diätar Uherek vom Oberlandesgericht beim Landgericht in Cöln, 3. der Diätar Römgens vom Oberlandesgericht beim Amtsgericht in Cöln.

Dem Berghauptmann Vogel ist der Kronen-Orden 2. Klasse, dem Geheimen Bergrat Dr. Kiose der Kronen-Orden 3. Klasse, dem Oberbergrat Borchers und dem Rechnungsrat Kneip der Rote Adler-Orden 4. Klasse verliehen worden. Das technische Mitglied, Oberbergrat Althans, ist in das Ministerium für Handel und Gewerbe berufen und an dessen Stelle der Bergrevierbeamte, Bergrat Bornhardt, bisher zu Siegen, als Mitglied auftragsweise an das Oberbergamt versetzt worden.

Der zum Rumänischen Generalkonsul in Cöln ernannte Rumänische Konsul, Kommerzienrat Peter Josef Stollwerck in Cöln, ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 15.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 18. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 20. April 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 157** Das 11. Stück enthält unter Nr. 3111: Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1905. Vom 1. April 1905. Unter Nr. 3112: Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1905. Vom 1. April 1905. Das 12. Stück enthält unter Nr. 3113: Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1904. Vom 6. April 1905. Unter Nr. 3114: Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1904. Vom 6. April 1905. Unter Nr. 3115: Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Druse der Pferde. Vom 7. April 1905. Das 13. Stück enthält unter Nr. 3116: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 7. April 1905. Unter Nr. 3117: Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen. Vom 9. April 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 158** Das 13. Stück enthält unter Nr. 10589: Gesetz, betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen. Vom 1. April 1905. Unter Nr. 10590: Allerhöchster Erlaß vom 20. März 1905, betreffend eine Abänderung der Verwaltungsordnung für die Staatseisenbahnen. Unter Nr. 10591: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Frankfurt a. M. Vom 5. April 1905. Das 14. Stück enthält unter Nr. 10592: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts in Battenberg. Vom 8. April 1905. Unter Nr. 10593: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hachenburg, Langenschwalbach, Nastätten, Rennerod, Usingen, Wallmerod und Wehen. Vom 8. April 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 159** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten $3^1/_2$ prozentigen Staatsanleihe von 1885 und die Zinsscheine Reihe II Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten 3 prozentigen Staatsanleihe von 1895, 1896, 1898 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1915 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 6. März 1905 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Für jede Anleihe ist ein besonderes Verzeichnis aufzustellen. Genügt dem Ein-

reicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 1. März 1905.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Hoffmann.

**Nr. 160 Abänderung der Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904.**

Vom 1. April ab sind für Bescheinigungen über entrichtete Telegrammgebühren statt 20 Pf. nur noch 10 Pf. zu erheben.

Demgemäß erhält der 2. Satz im §. 17, Punkt III der Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904 folgende Fassung:

„Eine Bescheinigung über die erhobenen Gebühren wird nur auf Verlangen und gegen Entrichtung eines Zuschlags von 10 Pf. erteilt."

Berlin W. 66, den 14. März 1905.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Kraetke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 161** Dem Apotheker Dr. Nagelschmitz in Zülpich ist die Konzession zur Fortführung der Filialapotheke in Vettweiß, Kreis Düren, bis zum 1. Juni 1908 erteilt worden.

Aachen, den 11. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 162** Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 20. v. Mts. dem Zentral-Komitee der in diesem Jahre in München stattfindenden IX. internationalen Kunstausstellung die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der in Verbindung mit dieser Ausstellung beabsichtigten öffentlichen Ausspielung von Kunstwerken, Kunstwerk-Reproduktionen und kunstgewerblichen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in seinem ganzen Bereiche, Lose zu vertreiben.

Aachen, den 13. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 163 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. April 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 5 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 4 | 5 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 6 | 6 |

Aachen, den 17. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 164** Der Herr Minister des Innern hat dem Verein Berliner Künstler die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit der in diesem Jahre in Berlin stattfindenden Kunstausstellung eine öffentliche Ausspielung von Kunstgegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 100 000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden. Die Ziehung wird voraussichtlich im September 1905 in Berlin stattfinden.

Aachen, den 13. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 165** Im 1. Vierteljahre 1905 sind aus Holland in den Regierungsbezirk Aachen

59 961 kg frisches Rindfleisch
3 692 „ „ Kalbfleisch und
56 813 „ „ Schweinefleisch

eingeführt worden.

Aachen, den 13. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 166** Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß in der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin zu Anfang Oktober d. Js. wiederum ein 6monatiger Kursus zur Ausbildung

von Turnlehrern eröffnet werden wird. Für die Anmeldung und Aufnahme sind die von dem Herrn Minister unterm 15. Mai 1894 erlassenen, in unserm Amtsblatt, Jahrgang 1894, Stück 29, Seite 259 veröffentlichten Bestimmungen maßgebend. Diejenigen Volksschullehrer, welche an diesem Kursus teilzunehmen beabsichtigen, haben sich bis zum 10. Juni d. Js. bei dem zuständigen Kreisschulinspektor zu melden.

Aachen, den 10. April 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 167** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 9. d. Mts. — §. 182 der Protokolle — beschlossen, daß der §. 8 des Regulativs, betreffend die Ausfuhrvergütung für Tabak folgende Fassung erhält:

„Die Zoll- und Steuervergütungen werden nur dann bewilligt, wenn

a) die betreffenden Tabakfabrikanten in Beziehung auf die Beobachtung der Zoll- und Steuergesetze unbescholten sind, und
b) entweder in den letzten drei Jahren durchschnittlich mindestens 10000 kg Rohtabak verarbeitet haben oder regelmäßig ein Lager an Roh- und fabriziertem Tabak von wenigstens 5000 kg halten, und wenn
c) die Fabriken und Warenlager sich an Orten befinden, in welchen ein mit wenigstens zwei Beamten besetztes Zoll- oder Steueramt vorhanden ist.

Hierbei sind hinsichtlich der verarbeiteten Mindestmenge oder des Mindestlagerbestandes die Fabriken mit ihren Zweigfabriken als ein Unternehmen anzusehen und die in öffentlichen oder Privatniederlagen vorhandenen Bestände des Fabrikanten an unversteuertem oder unverzolltem Tabak in den Mindestlagerbestand von 5000 kg einzurechnen.

Von der Einhaltung der unter b bezeichneten Bedingung hat sich die Steuerstelle des Fabrikbesitzes von Zeit zu Zeit zu überzeugen. Die Nichteinhaltung dieser Bedingung durch neu entstehende Fabriken während des ersten Jahres ihres Betriebes oder durch eingehende Fabriken in der Zeit bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte soll jedoch diese Fabriken von dem Genusse der Vergütungen nicht ausschließen.

Ausnahmsweise kann die Direktivbehörde die Vergütungen auch für Fabriken in solchen Orten bewilligen, in denen sich eine mit mehreren Beamten besetzte Amtsstelle nicht befindet."

Cöln, den 6. April 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
J. V.: Senden.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 168** **Bekanntmachung.**

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für ein zur Erweiterung der Geleisanlagen auf dem Bahnhof Eschweiler Rh. in der Gemeinde Eschweiler zu enteignendes Grundstück habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Dienstag, den 25. April d. Js.,

beginnend um $3^1/_4$ Uhr, an der Unterführung der Straße von Eschweiler nach dem Johenberg unter der Eisenbahn Cöln-Herbesthal anberaumt.

An dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung des zu enteignenden Grundstücks stattfinden. Der Wert dieses Grundstücks wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer des der Enteignung unterliegenden Grundstücks erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 17. April 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 169** Der Plan über die Herrichtung einer unterirdischen Telegraphenlinie in mehreren Straßen von Aachen liegt bei dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Aachen aus.

Aachen, den 8. April 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 170** **Stadt Aachen.**

**Konvertierung 4%iger Anleihen und Kündigung der nicht konvertierten Stücke.**

Gemäß den an zuständiger Stelle genehmigten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung setze ich den Zinsfuß der folgenden 4%igen Anleihen der Stadt Aachen und der früheren Stadtgemeinde Burtscheid hiermit vom **1. Januar 1906** ab auf $3^1/_2$% (dreieinhalb Prozent) herab:

a) **Der Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 18. Februar 1884 (4. Ausgabe der Stadt Aachen vom** 1. Juli 1884);
b) **Der Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 25. Oktober 1878 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom** 2. Januar 1879. Littr. A);

c) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 8. März 1886 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom 2. Januar 1887. II. Ausgabe. Buchstabe B).**

Die Inhaber der Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche sich mit der Zinsherabsetzung unter den nachstehenden Bedingungen einverstanden erklären, fordere ich auf,

**bis zum 31. Mai ds. Js. einschließlich**

die Anleihescheine nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und den über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheinen zum Zwecke der Umwandlung in $3\frac{1}{2}$%ige

**der Stadtkasse Aachen**

**Rathaus (Eingang Katschhof) Zimmer 34**

einzureichen.

Die Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche bis zum **31. Mai 1905 einschließlich** zur Abstempelung **nicht** vorgelegt worden sind, werden hiermit zum **1. Januar 1906** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Zeitpunkte ab ihre Verzinsung aufhört. Der Nennwert dieser gekündigten Anleihescheine wird vom 30. Dezember 1905 ab gegen Auslieferung der Scheine und der zugehörigen Zinsschein-Anweisungen sowie der über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheine bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt. Für fehlende Zinsscheine wird deren Nennwert vom Kapital abgezogen.

**Bedingungen für die Konvertierung:**

1. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf $3\frac{1}{2}$% tritt mit dem **1. Januar 1906** ein; es verbleibt den Inhabern der Anleihescheine also **bis zum 31. Dezember 1905** einschließlich der Zinsgenuß von 4%.
2. Die zur Konvertierung eingereichten Schuldverschreibungen werden mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Stempel versehen, an Stelle der eingereichten Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen dagegen neue Stücke ausgegeben. Für fehlende Zinsscheine ist der Nennwert in bar einzuzahlen.
3. Den Inhabern der bis zum 31. Mai 1905 zur Konvertierung eingereichten Anleihescheine wird eine **Konvertierungsprämie von 1% (einem Prozent) des Nennwertes der Anleihescheine** gewährt, welche bei Rückgabe der abgestempelten Scheine in bar bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt wird.
4. Bei Einreichung der Anleihescheine zur Abstempelung ist ein Nummer-Verzeichnis in doppelter Ausfertigung mitvorzulegen, eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses wird mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben und dient als Ausweis für die spätere Erhebung der abgestempelten Anleihescheine und der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen. Vordrücke zu Nummer-Verzeichnissen werden bei der Stadtkasse Aachen kostenlos verabfolgt.
5. Der Zeitpunkt der Rückgabe der abgestempelten Anleihescheine und der Ausgabe der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen wird öffentlich bekannt gemacht.

Durch die Konvertierung und Kündigung wird die diesjährige planmäßige Tilgung der vorgenannten Anleihen nicht berührt.

Aachen, den 12. April 1905.

Der Oberbürgermeister.
Veltman.

## Bekanntmachung.

**Nr. 171** Auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. Juli 1897, betreffend die Körung der Zuchtstiere, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß am 31. März d. Js. die nachbezeichneten Stiere angekört worden sind:

| Lfde. Nr. | Namen der Eigenthümer. | Wohnung. | Alter der Stiere. | Bezeichnung der Stiere: Farbe und Abzeichen | Bezeichnung der Stiere: Rasse. |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Dückers, Josef | Branderhof | 15 Monate | schwarzbunt | ostfriesisch |
| 2 | Johnen, Wilhelm | Gut Kulprie | 18 " | weißschwarz | desgl. |
| 3 | Plum, Philipp, Wwe. Gertr. geb. Bey | Gut Martelenberg | 15 " | schwarzbunt | desgl. |

Die Stiere wurden mit dem vorgeschriebenen, die Buchstaben A. S. T. tragenden Brandstempel am Horn versehen.

Aachen, den 19. April 1905. Der Oberbürgermeister.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 16.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 19. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 27. April 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 172** In Ziffer 1 der Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Invalidenversicherungsgesetzes (R. G.-Bl. 1899 S. 463), vom 26. August 1899 (M.-Bl. f. d. i. V. S. 165) wird vor den Worten „in allen übrigen Fällen" eingeschaltet:

in den Fällen der §§. 148 bis 153 die Kreise, in der Provinz Westfalen auch die Ämter, in der Rheinprovinz auch die Bürgermeistereien und in den Hohenzollernschen Landen die Oberamtsbezirke,.

Berlin W. 66, den 1. April 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Möller.

Der Minister des Innern.
In Vertretung.
v. Bischoffshausen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 173 Urkunde über Errichtung der Pfarre Euchen, Landkreis Aachen.**

Die selbständige Kapellengemeinde Euchen, Pfarre Broich, Landkreis Aachen, hat durch große Opferwilligkeit die Mittel beschafft, die zur Errichtung einer Pfarre erforderlich sind. Nach Anhörung und unter Zustimmung aller Beteiligten bestimmen wir demnach, was folgt:

1. Die selbständige Kapellengemeinde Euchen wird zur Pfarre erhoben. Die Grenzen der neuen Pfarre sollen dieselben sein, wie die der bisherigen Kapellengemeinde Euchen. Dieselben sind auf der beigefügten Karte mit roter Farbe eingetragen.

2. Die Vermögensstücke der bisherigen Kapellengemeinde werden der neuen Pfarre überwiesen.

3. Dem Pfarrer steht ein Anspruch auf Gehalt und Alterszulagen nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. Juli 1898 zu. Soweit dieselben nicht durch Erträge des Stelleneinkommens oder anderweitige kirchliche Einnahmen gedeckt sind, wird die neue Pfarrgemeinde verpflichtet, dieselben im Wege der Umlage oder anderweitig zu beschaffen.

4. Die gegenwärtige Urkunde tritt am 1. Mai 1905 in Kraft.

Cöln, den 12. April 1905.

Der Erzbischof von Cöln:
† Antonius Card. Fischer.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 12. April 1905 von dem Kardinal-Erzbischofe von Cöln kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarr-Gemeinde Euchen wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen p. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 30. März 1905 — G. II. 4114 II. Ang. — uns erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Aachen, den 22. April 1905.

Königliche Regierung,
(L. S.) Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

**Nr. 174** Der Herr Ober-Präsident hat dem Vorstand der Handwerksausstellung Cöln 1905 die Erlaubnis erteilt, gelegentlich der in der Zeit vom 8. Juni bis 8. August stattfindenden Ausstellung eine öffentliche Ausspielung von beweglichen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der Rheinprovinz zu vertreiben.

Es sollen 60000 Lose zu 1 M. zum Vertriebe und 600 Gewinne im Gesamtwerte von 28000 M. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 175** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee des Stettiner Pferdemarktes zu Stettin die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 600000 Lose zu je 50 Pfg. ausgegeben werden und 4304 Gewinne im Gesamtwerte von 135 000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 176** Es wird beabsichtigt, in der Zeit vom 19. bis 24. Juni d. Js. hierselbst unter Leitung des Sektionsdirektors für Bienenzucht, Hauptlehrer a. D. Geilen, einen unentgeltlichen Lehrkursus in der rationellen Bienenzucht für Frauen abzuhalten. Falls sich indessen so wenig Teilnehmerinnen melden, daß die Abhaltung eines besonderen Kursus für Frauen nicht angebracht erscheint, ist beabsichtigt, den Kursus mit dem in der Zeit vom 5. bis 10. Juni d. Js. stattfindenden Lehrkursus für Männer zu verbinden.

Den Teilnehmerinnen kann im Bedarfsfalle die Gewährung einer mäßigen Beihilfe aus öffentlichen Mitteln in Aussicht gestellt werden.

Anmeldungen zu dem Kursus sind bis zum 15. Mai d. Js. bei den Landräten, seitens in hiesiger Stadt wohnender Frauen bei mir einzureichen.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
Im Auftrage: Sträter.

**Nr. 177** In der Zeit vom 5. bis 10. Juni d. Js. wird ein unentgeltlicher Lehrkursus in der rationellen Bienenzucht für Männer unter Leitung des Hauptlehrers a. D. Geilen hierselbst abgehalten werden.

Diejenigen Personen, welche an dem Kursus teilzunehmen beabsichtigen, wollen sich rechtzeitig bei dem Kursusleiter melden.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
Im Auftrage: Sträter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Nr. 178 Bekanntmachung, die Beschädigung der Telegraphenanlagen betreffend.

Die Reichs-Telegraphenlinien sind häufig vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen namentlich dadurch ausgesetzt, daß die Porzellan-Doppelglocken durch Steinwürfe zertrümmert werden. Es wird daher auf folgende Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche hingewiesen:

§. 317. Wer vorsätzlich und rechtswidrig den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage dadurch verhindert oder gefährdet, daß er Teile oder Zubehörungen derselben beschädigt oder Veränderungen daran vornimmt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 318. Wer fahrlässigerweise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage verhindert oder gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft. Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphenanlagen und ihrer Zubehörungen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten den Betrieb verhindern oder gefährden.

§. 318a. Die Vorschriften in den §§. 317 und 318 finden gleichmäßig Anwendung auf die Verhinderung oder Gefährdung des Betriebes der zu öffentlichen Zwecken dienenden Rohrpostanlagen. Unter Telegraphenanlagen im Sinne der §§. 317 und 318 sind Fernsprechanlagen mitbegriffen.

---

Wer die Urheber vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigungen der Telegraphenanlagen derart anzeigt, daß sie bestraft werden können, erhält eine Belohnung bis zur Höhe von 15 Mark in jedem einzelnen Falle.

Diese Belohnung wird auch dann bewilligt werden, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters nicht haben bestraft werden können, desgleichen wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern verhindert worden ist, der gegen die Telegraphenanlage verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung der Schuldigen erfolgen kann.

Aachen, den 14. April 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

### Nr. 179 Bekanntmachung.

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Weisweiler dauernd im Eigentum zu beschränkenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Mittwoch den 3. Mai d. Js. und Donnerstag den 4. Mai d. Js. anberaumt.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten

werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 25. April 1905.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

**Nr. 180 Stadt Aachen.**

**Konvertierung 4%iger Anleihen und Kündigung der nicht konvertierten Stücke.**

Gemäß den an zuständiger Stelle genehmigten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung setze ich den Zinsfuß der folgenden 4%igen Anleihen der Stadt Aachen und der früheren Stadtgemeinde Burtscheid hiermit vom **1. Januar 1906** ab auf **3½%** (dreieinhalb Prozent) herab:

a) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 18. Februar 1884 (4. Ausgabe der Stadt Aachen vom** 1. Juli 1884);
b) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 25. Oktober 1878 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom** 2. **Januar 1879. Littr. A)**;
c) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 8. März 1886 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom** 2. **Januar 1887. II. Ausgabe. Buchstabe B).**

Die Inhaber der Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche sich mit der Zinsherabsetzung unter den nachstehenden Bedingungen einverstanden erklären, fordere ich auf,

**bis zum 31. Mai ds. Js. einschließlich**

die Anleihescheine nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und den über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheinen zum Zwecke der Umwandlung in 3½%ige

**der Stadtkasse Aachen**

**Rathaus (Eingang Katschhof) Zimmer 34**

einzureichen.

Die Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche bis zum **31. Mai 1905 einschließlich** zur Abstempelung **nicht** vorgelegt worden sind, werden hiermit zum **1. Januar 1906** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Zeitpunkte ab ihre Verzinsung aufhört. Der Nennwert dieser gekündigten Anleihescheine wird vom 30. Dezember 1905 ab gegen Auslieferung der Scheine und der zugehörigen Zinsschein-Anweisungen sowie der über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheine bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt. Für fehlende Zinsscheine wird deren Nennwert vom Kapital abgezogen.

**Bedingungen für die Konvertierung:**

1. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½% tritt mit dem **1. Januar 1906** ein; es verbleibt den Inhabern der Anleihescheine also bis **zum 31. Dezember 1905** einschließlich der Zinsgenuß von 4%.
2. Die zur Konvertierung eingereichten Schuldverschreibungen werden mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Stempel versehen, an Stelle der eingereichten Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen dagegen neue Stücke ausgegeben. Für fehlende Zinsscheine ist der Nennwert in bar einzuzahlen.
3. Den Inhabern der bis zum 31. Mai 1905 zur Konvertierung eingereichten Anleihescheine wird eine **Konvertierungsprämie von 1% (einem Prozent) des Nennwertes der Anleihescheine** gewährt, welche bei Rückgabe der abgestempelten Scheine in bar bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt wird.
4. Bei Einreichung der Anleihescheine zur Abstempelung ist ein Nummer-Verzeichnis in doppelter Ausfertigung mitvorzulegen, eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses wird mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben und dient als Ausweis für die spätere Erhebung der abgestempelten Anleihescheine und der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen. Vordrücke zu Nummer-Verzeichnissen werden bei der Stadtkasse Aachen kostenlos verabfolgt.
5. Der Zeitpunkt der Rückgabe der abgestempelten Anleihescheine und der Ausgabe der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen wird öffentlich bekannt gemacht.

Durch die Konvertierung und Kündigung wird die diesjährige planmäßige Tilgung der vorgenannten Anleihen nicht berührt.

Aachen, den 12. April 1905.

Der Oberbürgermeister.
Veltman.

**Nr. 181 Personal-Nachrichten.**

An Stelle des vom 1. Mai ds. Js. ab mit der kommissarischen Verwaltung der Forstratsstelle Cassel-Eschwege an der Königlichen Regierung zu Cassel beauftragten Oberförster Schmank zu Rötgen ist die Verwaltung der Oberförsterstelle Rötgen vom gleichen Zeitpunkte ab dem Oberförster Reuleaux, bisher zu Forsthaus Schönstein im Regierungsbezirk Cassel, übertragen worden.

Der Bürgermeister Kleinen in Gemünd ist zum 1. April ds. Js. in den Ruhestand getreten.

Dem von der Stadtverordnetenversammlung von Gemünd für eine zwölfjährige Amtsdauer zum Bürgermeister gewählten seitherigen Ober-Stadtsekretär Andreas Bornes aus Eschweiler ist die Bestätigung erteilt worden.

Verliehen ist: Dem Regierungs-Rat Offenberg zu Düsseldorf der Charakter als Geheimer Regierungs-Rat. Dem Generalkommissions-Büreau-Diätar Dockhorn zu Düsseldorf, sowie den Spezialkommissions-Büreau-Diätaren Jaspers und Straubel

zu Neuwied, Schulz zu Altenkirchen und Hans zu Sigmaringen je eine etatsmäßige Spezialkommissions-Sekretärstelle. Dem Landmesser Rudelius zu Trier eine etatsmäßige Vermessungsbeamtenstelle.

Überwiesen sind der Generalkommission: Regierungsbaumeister Mayburg zu Spandau als bautechnischer Hilfsarbeiter, Dr. phil. Grebe zu Helmscheid i. Waldeck als Ökonomie-Kommissions-Anwärter, die Landmesser Spangenberg, Förster und Sikorski, die beiden ersteren werden im geodätisch-technischen Büreau der General-Kommission, letzterer in der Spezialkommission Wetzlar II beschäftigt.

Versetzt sind: Regierungs-Rat Eisbein von Hannover nach Düsseldorf, Meliorationsbauinspektor Wenzel von Düsseldorf nach Oppeln. Gerichts-Assessor Kreutz von Düsseldorf zur Spezialkommission III in Düren. Oberlandmesser Neubaur von Ortelsburg zur Spezialkommission in Düsseldorf, Landmesser Wölke zur Spezialkommission III in Düren, Landmesser Braun II von Eitorf nach Altenkirchen, Landmesser Roll von Cöln nach Wetzlar, die Landmesser Bergmeier, Schäfer und Günther von Düsseldorf nach Cöln, die Landmesser Gropp und Heinemann sowie der Hülfszeichner Scheuten zur Spezialkommission in Düsseldorf, der Spezialkommissions-Büreau-Diätar Siegfried von Prüm nach Aachen.

Entlassen ist: Der Landmesser Dr. Wilski zu Poppelsdorf auf seinen Antrag aus dem preußischen Staatsdienste zwecks Übernahme einer Professur an der Bergakademie in Freiberg. i. S.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 17.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 20. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 4. Mai 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 182 Bekanntmachung.**

Das Preußische Staatsschuldbuch ist auch in dem Ende März d. J. abgelaufenen Geschäftsjahr seitens der Besitzer von Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsanleihen lebhaft in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug Ende März

1903: 31 383 über 1 629 887 550 M.,
1904: 32 477 „ 1 709 584 050 M.;
sie ist bis Ende März
1905 auf 33 957 über 1 781 172 750 M.
gestiegen.

Von diesen Konten entfallen 85,8% auf Kapitalforderungen bis zu 50 000 M. und 14,2% auf größere Kapitalanlagen.

Für physische Personen waren Ende März 1905: 20 493 Konten über 787 126 500 M., für juristische Personen 6230 Konten über 682 490 250 M. und für Vermögensmassen ohne juristische Persönlichkeit 6406 Konten über 210 345 500 M. eingetragen. Die Zahl der Konten für Bevormundete oder in Pflegschaft Stehende betrug 1761.

Von den Zinsen lassen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 19 579 Posten von der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin durch Postanweisung oder Wertbrief direkt zusenden, 6570 Posten werden halbjährlich durch Gutschrift auf Reichsbankgirokonto der Empfangsberechtigten und 14 797 Posten durch bare Auszahlung bei der Staatsschulden-Tilgungskasse und den damit betrauten Königlichen Kassen und Reichsbankanstalten berichtigt.

Von den Konten entfallen auf Buchgläubiger in Preußen 29 171, in anderen Staaten Deutschlands 4395, in den übrigen Staaten Europas 300, in Asien 17, Afrika 12, Amerika 59 und Australien 3.

Das Staatsschuldbuch ist allen Besitzern von Konsols zu empfehlen, für welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden, und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Durch Gesetz vom 24. Juli 1904 sind die Gebühren für die Umwandlung von preußischen Staatsschuldverschreibungen in Buchforderungen abgeschafft worden. Seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt demgemäß die Eintragung der Staatsschuldverschreibungen in das Schuldbuch vollständig gebührenfrei. Auch laufende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Eingetragene Forderungen können durch Zuschreibung erhöht, ganz oder teilweise auf andere Konten übertragen und ganz oder teilweise gelöscht werden.

Im Falle gänzlicher oder teilweiser Löschung der eingetragenen Forderung werden gegen eine Gebühr von $^3/_4$‰ (mindestens 2 M.) wieder Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsanleihe zum gleichen Zinsfuß und Nennwert ausgereicht.

Die Anträge auf Eintragung von Staatsschuldverschreibungen in das Schuldbuch sind unter Beifügung der Schuldverschreibungen nebst Zinsscheinbogen an die Hauptverwaltung der Staatsschulden in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, zu richten.

Ferner haben sämtliche Regierungs-Hauptkassen, die Kreiskassen außerhalb Berlins und die mit Zahlung von Buchschuldzinsen beauftragten Steuer- und Zollämter Effekten, welche in eine Buchschuld umgewandelt werden sollen, anzunehmen, die erforderlichen Anträge auszufüllen und die Einsendung an die Hauptverwaltung der Staatsschulden zu bewirken.

Dieselben Kassen haben auch zum Zwecke der Begründung von Buchforderungen Barbeträge vom Publikum anzunehmen und der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank) in Berlin mit dem Antrage zu übersenden, dafür Schuldverschreibungen anzukaufen und das Weitere behufs Umwandlung dieser in eine Buchschuld zu veranlassen. Für die Übermittelung der eingezahlten Beträge an die See-

handlung und für den Ankauf der Schuldverschreibungen werden Porto- und Provisionskosten nicht berechnet.

Die Reichsbankanstalten vermitteln die Eintragung von an sie eingereichten oder ihrerseits anzukaufenden Staatsschuldverschreibungen in das Schuldbuch ebenfalls. Für diese Vermittelung ist an die Bankanstalt eine Gebühr vom $1/_5$ vom Tausend des Nennwertes, mindestens aber von 50 Pfennigen, zu entrichten, falls ihr die Schuldverschreibungen eingereicht worden sind. Hatte sie dagegen Kaufauftrag, so richten sich ihre Gebühren nach den dafür maßgebenden Bedingungen. Formulare zu Eintragungsanträgen werden vom Staatsschuldbuchbureau in Berlin, Oranienstraße 92/94, und den genannten Kassen und Bankanstalten unentgeltlich verabfolgt.

Die von uns herausgegebenen Amtlichen Nachrichten über das Preußische Staatsschuldbuch, welche über Zweck und Einrichtung des Schuldbuchs Genaueres enthalten, können durch jede Buchhandlung oder direkt von dem Verlag J. Guttentag, G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstraße 107/8, für 40 Pfennig (portofrei 45 Pfg.) bezogen werden.

Berlin, den 11. April 1905.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Hoffmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 183** Der Provinzialrat hat der Gemeinde Bütgenbach im Kreise Malmedy die Verlegung des auf Dienstag, den 16. Mai d. Js. anstehenden Frühjahrs-Kram- und Viehmarktes auf Dienstag, den 23. Mai d. Js. gestattet.

Aachen, den 25. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 184** Der Herr Minister des Innern hat dem geschäftsführenden Ausschusse der in diesem Jahre in Tilsit stattfindenden Gewerbe-Ausstellung die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dieser Ausstellung eine öffentliche Ausspielung von Wertgegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 500000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 21000 Gewinne im Gesamtwerte von 185000 Mark zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich im September 1905 in Tilsit stattfinden.

Aachen, den 28. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 185** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den in diesem Jahre in Gnesen abzuhaltenden Luxuspferdemarkt die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit diesem Markte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 200000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 2359 Gewinne im Gesamtwerte von 70000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 28. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 186** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 30. April 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 5 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 3 | 5 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 6 | 6 |

Aachen, den 2. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 187** Es wird beabsichtigt, in der Zeit vom 19. bis 24. Juni d. Js. hierselbst unter Leitung des Sektionsdirektors für Bienenzucht, Hauptlehrer a. D. Geilen, einen unentgeltlichen Lehrkursus in der rationellen Bienenzucht für Frauen abzuhalten. Falls sich indessen so wenig Teilnehmerinnen melden, daß die Abhaltung eines besonderen Kursus für Frauen nicht angebracht erscheint, ist beabsichtigt, den Kursus mit dem in der Zeit vom 5. bis 10. Juni d. Js. stattfindenden Lehrkursus für Männer zu verbinden.

Den Teilnehmerinnen kann im Bedarfsfalle die Gewährung einer mäßigen Beihilfe aus öffentlichen Mitteln in Aussicht gestellt werden.

Anmeldungen zu dem Kursus sind bis zum 15. Mai d. Js. bei den Landräten, seitens in hiesiger Stadt wohnender Frauen bei mir einzureichen.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
Im Auftrage: Sträter.

**Nr. 188** **Polizeiverordnung über das Halten von Kost- und Quartiergängern.**

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die allgemeine Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli

1883 verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirkes Aachen, was folgt:

§. 1. Niemand darf in das von ihm ganz oder teilweise bewohnte Haus gegen Entgelt Personen unter Gewährung von Kost und Wohnung (Kostgänger) oder unter Gewährung von Lagerstätte und Wohnung (Quartiergänger) aufnehmen, oder dort bei sich behalten, wenn er nicht genügende Schlafräume hat, die den nachfolgenden Bedingungen entsprechen:

a) Die Schlafräume dürfen mit den eigenen Wohn- und Schlafräumen des Kost- oder Quartiergebers oder seiner Haushaltungsangehörigen nicht in offener Verbindung stehen; vorhandene Verbindungstüren sind ständig verschlossen zu halten.

Zwischen den von Kost- und Quartiergängern verschiedenen Geschlechts benutzten Schlafräumen dürfen überhaupt keine Verbindungstüren bestehen.

b) Jeder Schlafraum muß gedielt, mit einer Tür verschließbar und mindestens mit einem zum Öffnen eingerichteten Fenster versehen sein; auch darf derselbe nicht mit Abtritten in Verbindung stehen.

c) Die Schlafräume müssen für jeden Kost- oder Quartiergänger mindestens 10 cbm Luftraum enthalten.

§. 2. Für jeden Schlafgast über 14 Jahre muß eine besondere Lagerstätte vorhanden sein.

Die abwechselnde Benutzung einer Lagerstätte innerhalb ein und desselben Tages durch zwei Personen, beispielsweise durch solche, von denen der eine Tag-, der andere Nachtschicht hat, ist untersagt.

§. 3. Für jeden Kost- oder Quartiergänger muß ein Waschgeschirr und ein Handtuch vorhanden sein.

§. 4. Die Schlafräume sind reinlich zu halten und täglich zu lüften.

§. 5. Kost- und Quartiergänger dürfen nur in den für sie bestimmten Räumen Schlafstellen haben oder benutzen. Kostgänger verschiedenen Geschlechts dürfen nur dann in einem und demselben Raume schlafen, wenn sie zu einander im Verhältnis von Ehegatten oder Eltern und Kindern stehen.

Frauen und Mädchen, welche bei einer allein stehenden Frauensperson wohnen, können mit dieser die Wohn- und Schlafräume teilen, sofern letztere im übrigen den Vorschriften dieser Polizeiverordnung entsprechen.

§. 6. Jeder, welcher Kost- oder Quartiergänger bei sich aufnimmt (§. 1), muß hiervon unter Angabe der Zahl der aufzunehmenden Personen und der für dieselben bestimmten Räumlichkeiten der Ortspolizeibehörde gleichzeitig Anzeige machen. Auf Personen, welche bei Erlaß dieser Verordnung bereits Kost- oder Quartiergänger aufgenommen haben, findet diese Vorschrift mit der Maßgabe Anwendung, daß die Anmeldung spätestens 4 Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung zu erfolgen hat. Eine Vermehrung der Zahl der Kost- und Quartiergänger, eine Verminderung der für dieselben bestimmten Räumlichkeiten und eine Überlassung anderer Räumlichkeiten sind in gleicher Weise binnen 6 Tagen anzuzeigen.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden, sofern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

§. 8. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Juni 1905 in Kraft.

Aachen, den 3. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 189 Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüll-Vorrichtungen.**

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Gebrauch von Bierdruck-Vorrichtungen beim gewerbsmäßigen Bierausschank, wie beim Abziehen von Flaschenbier und beim Verkauf von Bier über die Straße innerhalb des Regierungsbezirks Aachen, die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§. 1. Bei dem gewerbsmäßigen Ausschank von Bier, wie beim Abziehen von Flaschenbier und beim Verkauf von Bier über die Straße dürfen künftig nur solche Bierdruck-Vorrichtungen gebraucht werden, welche den nachstehend in den §§. 3 ff. angegebenen Vorschriften entsprechend eingerichtet sind. Die Fortbenutzung vorhandener Vorrichtungen kann von der Ortspolizeibehörde noch bis zum 1. Januar 1906 gestattet werden, falls nachgewiesen wird, daß sie vor dem Erlaß dieser Polizeiverordnung bereits im Betriebe waren und daß sie den Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 12. September 1881 (Amtsbl. S. 278) genügen.

Inhaber von Schank- und Abfüllräumen, welche eine Bierdruck-Vorrichtung neu in Benutzung nehmen oder eine vorhandene für ein anderes Druckmittel einrichten wollen, sind verpflichtet, der Ortspolizeibehörde hiervon unter Beifügung einer Beschreibung derselben sowie unter Angabe der Firma des Fabrikanten oder Lieferanten vor Ingebrauchnahme Anzeige zu machen; gleichzeitig sind die nach §. 7a erforderlichen Bescheinigungen beizubringen.

### Unzulässige Bierdruck-Vorrichtungen.

§. 2. Der Gebrauch von Handspritzen, Spritzhähnen und dergleichen, durch welche die Luft dem Biere in den Trinkgefäßen unmittelbar zugeführt wird, sowie der Gebrauch von Saugpumpen, welche das Bier unmittelbar aus den Lager- nach den Verbrauchsräumen heben oder das Bier unmittelbar aus dem Faß aufsaugen, ist verboten.

### Zulässige Druckmittel.

§. 3. Als Druckmittel darf nur reine atmosphärische Luft oder flüssige Kohlensäure verwendet werden.

### Bierdruck-Vorrichtungen mit atmosphärischer Luft als Druckmittel.

§. 4. a) Die Bierdruck-Vorrichtung (Luftpumpe) ist in einem hinlänglich großen und sauber gehaltenen Raum aufzustellen;

b) die als Druckmittel zu benutzende Luft muß aus dem Freien und zwar von einer Stelle entnommen werden, welche ihrer Lage nach eine Verunreinigung der Luft nicht befürchten läßt.

Die Zuführung der Luft zur Pumpe hat durch ein im Freien mündendes Rohr zu erfolgen. Die Mündung soll sich mindestens 3 m über dem Boden befinden und muß mit einem nach unten gerichteten Trichter mit feiner Siebplatte versehen sein, in welchen Salicyl-Watte oder ein anderes geeignetes Filtriermaterial für die Reinigung der Luft festgestopft hineinzulegen ist.

Die Watte ist wöchentlich oder dann zu erneuern, wenn sie schon früher eine schmutzige Farbe angenommen hat. Der Siebtrichter muß wenigstens 5 m von etwaigen Bedürfnisanstalten, Dünger- und Müllgruben oder dergleichen entfernt und in zweckentsprechender Weise gegen den Zutritt von Regen und dergleichen geschützt sein.

Das Luftzuführungsrohr ist mit der Luftpumpe fest und luftdicht zu verbinden. Diese Verbindung darf beim Pumpen nicht unterbrochen sein.

c) Zwischen der Luftpumpe und dem Windkessel (vergl. Absatz e) ist senkrecht ein Reinigungsapparat (Ölfänger) in die Rohrleitung einzuschalten. Derselbe soll zylinderförmig aus starkem, durchsichtigem Glas luftdicht hergestellt sein und eine Länge von mindestens 16 cm und eine Weite von mindestens 6 cm haben. Die Endstücke müssen abnehmbar oder mit luftdicht verschließbaren, mindestens 3 cm weiten Reinigungsöffnungen versehen sein. Unten bezw. am untersten Endstück muß sich ein Ablaßhahn befinden.

Die beiden oberen Drittel des Innenraumes müssen mit gereinigter, entfetteter Baumwolle, Salicylwatte oder sonstigem zum Filtrieren der Luft geeignetem Material, fest ausgestopft sein; das unterste Drittel ist stets leer zu halten.

Das von der Luftpumpe kommende Rohr muß im untersten Drittel, das nach dem Windkessel führende Rohr im obersten Drittel der Seitenwandung des Reinigungsapparates mit dem letzteren in Verbindung stehen. Das Filtermaterial ist alle 14 Tage und außerdem stets dann zu erneuern, wenn es sich schmutzig zeigt.

Der Reinigungsapparat ist stets rein und sauber zu halten, namentlich darf kein Öl darin belassen werden.

d) Alle zur Leitung von Luft dienenden Rohre dürfen aus Metallen jeder Art und, soweit sie sich innerhalb eines Gebäudes befinden, auch aus bleifreiem Kautschuk hergestellt sein. Der innere Durchmesser dieser Rohre soll mindestens 10 mm betragen. Die in dieselben eingeschalteten Hähne und Apparate können auch einen geringeren inneren Durchmesser haben.

e) Bei jeder Bierdruck-Vorrichtung ist zwischen der Luftpumpe und dem Faß ein Windkessel einzufügen. Er muß aus Metall gefertigt sein, frei stehen, leicht zugänglich sein, möglichst rostfrei erhalten werden und dicht über dem Boden mit 2 gegenüberliegenden, fest verschließbaren Reinigungsöffnungen von wenigstens 10 cm Weite, oder mit einer seitlichen Öffnung dieser Art und mit einer Öffnung (Loch mit Stopfenschraube) in der Mitte des Bodens versehen sein. Luftkessel, in denen der Druck durch eine Luftpumpe erzeugt wird, sind mit einem Sicherheitsventile zu versehen, welches einen Überdruck von mehr als $1^1/_2$ Atmosphären selbsttätig entweichen läßt.

f) In dem Spundaufsatze (Faßhahn, Anstich-Vorrichtung) ist ein Rückschlagventil anzubringen, wodurch das Eindringen des Bieres aus dem Faß in das Luftleitungsrohr wirksam verhindert wird. Um die erforderliche Reinhaltung des Faßhahns oder der Anstich-Vorrichtung zu ermöglichen, müssen für jede Bierrohrleitung mindestens zwei solcher Vorrichtungen vorhanden sein, die abwechselnd in Gebrauch zu nehmen sind.

g) Zwischen dem Rückschlagventile und dem Windkessel ist ein vollkommen durchsichtiger Bierfang aus Glas von mindestens 5 cm lichter Weite einzuschalten, welcher gestattet, ein Versagen des Ventils festzustellen.

Der Bierfang muß durch einen Hahn völlig entleert werden können und sich zwecks Reinigung leicht auseinander nehmen lassen.

h) Die Rohre, durch welche das Bier beim Zapfen fließt (Stecher, Bierleitungsrohr, Hahn), müssen überall einen gleichen inneren Durchmesser von mindestens 10 mm haben und frei von Einknickungen sein. Das Bierleitungsrohr zwischen Faß und Zapfloch muß so eingerichtet sein, daß jedes Stück der Leitung mit einer an einem bieg-

samen Draht befestigten Bürste durchstoßen werden kann.

Kühlapparate, welche in diese Rohrleitung eingeschaltet werden, müssen abnehmbar und derart eingerichtet sein, daß sie sich mit der Bürste leicht reinigen lassen und in allen Teilen ein Durchsehen gestatten. Glatte, spiralförmig gewundene, unzerlegbare Kühlschlangen sind nicht zulässig.

Die Rohrleitung muß aus reinem oder höchstens ein Prozent Blei enthaltendem Zinn gefertigt sein. Die Einschaltung von Kautschukstücken an den Biegungsstellen der Bierleitung ist nicht gestattet, jedoch ist es erlaubt, zur leichteren Auswechslung der Bierfässer zwischen dem Faßhahn und dem festen Zinnrohr einen bleifreien Kautschukschlauch von höchstens 0,5 m Länge in die Rohrleitung einzuschalten.

Stecher und Hahn können aus allen Metallen oder Metallmischungen bestehen, die auch bei längerem Gebrauche keine die menschliche Gesundheit schädigende Bestandteile an das Bier abgeben. Sind sie aus anderen Metallen als Zinn, z. B. aus Kupfer oder Messing hergestellt, so müssen sie an den Stellen, wo sie bestimmungsgemäß mit dem Bier in Berührung kommen, in dauerhafter Weise mit den im vorigen Satze bezeichneten Metallen oder Metallmischungen belegt, z. B. verzinnt oder vernickelt sein; die Stecher dürfen am unteren Ende nicht fest verschlossen sein.

Sämtliche Durchgangsöffnungen in den Hähnen und Apparaten (Stecher), welche mit Bier in Berührung kommen können, dürfen nicht gegossen, sondern müssen gebohrt sein, damit diese Öffnungen eine möglichst glatte, leicht zu reinigende Oberfläche erhalten.

i) In der Nähe des Zapfkrahns muß ein für die Zapfer sichtbarer Druckmesser angebracht sein, der den zulässigen höchsten Betriebsdruck anzeigt, mit welchem das Bier aus dem Faß gehoben wird. Der Betriebsdruck muß durch eine geeignete Vorrichtung so geregelt werden, daß er den Luftdruck im Freien höchstens um $1\frac{1}{2}$ Atmosphären übersteigt.

### Bierdruck-Vorrichtungen mit flüssiger Kohlensäure als Druckmittel.

§. 5. Die Bestimmungen des §. 4. Abs. b, c, d und e finden auf Bierdruck-Vorrichtungen mit flüssiger Kohlensäure keine Anwendung. Die übrigen Bestimmungen des §. 4 sind unter Berücksichtigung nachstehender Vorschriften zu beobachten:

a) Die Aufstellung der Apparate an der Schankstätte ist zulässig, wenn sie mindestens 2 m von Heizkörpern (Öfen u. s. w.) entfernt bleiben und durch einen Schrank oder dergleichen so verschlossen gehalten werden, daß sie Unberufenen gänzlich unzugänglich sind.

Gefüllte Kohlensäureflaschen sind so aufzustellen oder zu lagern, daß sie vor der Einwirkung der Sonnenstrahlen oder einer anderen Wärmequelle geschützt sind. Für die Aufbewahrung und den Transport der Kohlensäureflaschen gelten im übrigen die Bestimmungen der Polizei-Verordnung über die Aufbewahrung und den Transport von Gasen vom 16. Dezember 1895 (Amtsblatt S. 414).

b) Außer dem Behälter der flüssigen Kohlensäure (Kohlensäureflaschen) muß jeder Apparat einen Gas-Expansions-Kessel oder ein Reduzierventil (Druckverminderungs-Vorrichtung) besitzen. Jeder Gaskessel muß vor der Inbetriebnahme amtlich auf 5 Atmosphären geprüft sein und an sichtbarer Stelle ein Metallschild tragen, das die Firma des Fabrikanten, die Fabriknummer, das Jahr der Anfertigung und den amtlichen Prüfungsvermerk (Datum und Stempel) angibt, sowie Platz für weitere Prüfungsvermerke enthält. Die Nieten oder zwei Lötstellen des Metallschildes sind mit dem ersten Prüfungsstempel zu versehen. Läßt sich bei alten Kesseln die Firma des Fabrikanten, die Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung nicht ermitteln, so braucht das Schild nur den Prüfungsvermerk anzugeben.

Der Gaskessel muß aus Metall gefertigt sein, frei stehen, leicht zugänglich sein, möglichst rostfrei erhalten werden und im untersten Drittel mit einer fest verschließbaren, mindestens 10 cm weiten Reinigungsöffnung versehen sein.

Die Reduzierventile müssen amtlich auf 3 Atmosphären geprüft sein; es ist auf ihnen selbst oder auf einem angenieteten Metallschilde die Firma, die Fabriknummer, der Tag der Druckprobe und der Prüfungsstempel anzubringen. Auf den Befestigungsnieten des Metallschildes ist der Prüfungsstempel ebenfalls einzuschlagen.

Es werden nur solche Reduzierventile zugelassen, die ihrer Konstruktion nach unbedingt zuverlässig wirken müssen und bei denen jede Gefahr ausgeschlossen ist.

Die Kohlensäureflaschen müssen amtlich geprüft und an sichtbarer Stelle mit einem leserlichen, dauerhaften Vermerk versehen sein, welcher das Gewicht des leeren Behälters einschließlich des Ventils nebst Schutzkappe oder Stopfen, sowie die zulässige Füllung in Kilogramm und den Tag der letzten Druckprobe angibt.

c) Die Gaskessel und die Reduzierventile sind mit einem Druckmesser (Manometer) zum Anzeigen des Druckes und mit einem zuverlässigen Sicherheitsventil zu versehen. Es sind nur Sicherheitsventile mit Feder- oder direkter Belastung zulässig, welche so eingerichtet sind, daß sie nicht durch Unachtsamkeit unwirksam oder in der Belastung geändert werden oder sich von selbst festsetzen können.

Der Druck darf weder in der Leitung (die Leitung zwischen Kohlensäureflaschen und Reduzierventil ausgenommen) noch im Kessel oder Reduzierventil $1\frac{1}{2}$ Atmosphären überschreiten; der höchste zulässige Druck muß an dem Manometer durch einen roten Strich gekennzeichnet sein.

Das Sicherheitsventil muß jederzeit gelüftet werden können und abblasen, sobald der Druck in dem genannten Gasbehälter $1\frac{1}{2}$ Atmosphären überschreitet.

### Wasserdruckapparate.

§. 6. Apparate, bei denen statt der Luftpumpe Druckwasser zur Pressung der Luft verwendet wird, müssen mit einer selbsttätigen Druckregulierung versehen sein, durch welche verhütet wird, daß die Spannung im Windkessel $1\frac{1}{2}$ Atmosphären überschreitet. Diese Druckregulierung kann fortfallen, wenn der Wasserdruckkessel auf den doppelten Druck der Wasserleitung amtlich geprüft ist und wenn zwischen Wasserdruckkessel und Windkessel eine amtlich geprüfte Luftdruckverminderungs-Vorrichtung eingeschaltet ist, welche verhindert, daß der Druck in dem Luftkessel $1\frac{1}{2}$ Atmosphären übersteigt.

Die Bestimmungen des §. 4 finden auf diese Wasserdruckapparate Anwendung. Der in Absatz c) genannte Ölfänger kann durch ein anders eingerichtetes Wattefilter ersetzt werden.

### Prüfung der Bierdruck-Vorrichtungen.

§. 7. Die Behälter zur Aufnahme der flüssigen Kohlensäure, die Gaskessel, sowie die Reduzier-Ventile sind vor der Inbetriebsetzung auf ihre Widerstandsfähigkeit zu prüfen.

a) Die Gaskessel müssen bei jeder ersten, sowie bei jeder späteren Prüfung einem Druck von 5 Atmosphären, die Reduzierventile einem Druck von 3 Atmosphären widerstehen, ohne bleibende Veränderungen ihrer Form und ohne Undichtigkeiten zu zeigen. Die Prüfungen haben sich auch auf die Zuverlässigkeit des Manometers und des Sicherheitsventils zu erstrecken. Die Bescheinigungen über diese Prüfungen sind am Orte der Bierdruckvorrichtung aufzubewahren und auf amtliches Verlangen vorzulegen.

b) Die Gaskessel sind mittels Wasserdrucks zu prüfen.

c) Die Behälter zur Aufnahme flüssiger Kohlensäure müssen einen inneren Druck von mindestens 250 Atmosphären aushalten. Die Bescheinigung dieser Prüfung muß auf amtliches Erfordern innerhalb 8 Tagen vorgelegt werden.

d) Die Prüfung der Behälter für flüssige Kohlensäure ist in Zwischenräumen von drei Jahren, die der Kessel in Zwischenräumen von 5 Jahren zu wiederholen. Bei den Reduzierventilen ist eine Wiederholung der Prüfung nicht erforderlich.

Die Polizeibehörde kann auf Antrag für die Behälter für flüssige Kohlensäure, welche zur Zeit der fälligen Prüfung noch gefüllt sind, eine Frist festsetzen, innerhalb welcher sie entleert werden müssen.

e) An jedem Kessel und Reduzierventil muß sich eine Einrichtung befinden, welche es gestattet, das amtliche Manometer anzubringen.

f) Zur Vornahme der Prüfungen und Ausstellung der Bescheinigungen sind die Gewerbeinspektionsbeamten, sowie die übrigen, zur Vornahme von Kesselprüfungen berechtigten staatlichen Beamten, die Ingenieure, denen von dem Minister für Handel und Gewerbe die Berechtigung zur Vornahme von Kesselprüfungen verliehen worden ist, sowie diejenigen Sachverständigen berechtigt, die von dem Regierungspräsidenten als geeignet bezeichnet werden.

g) Die Prüfungen sind bei einem zur Vornahme derselben berechtigten Beamten oder Sachverständigen schriftlich oder mündlich vier Wochen vor dem Fälligkeitstermine zu beantragen; sie erfolgen auf Kosten der Inhaber. Die Höhe der Gebühren wird vom Regierungs-Präsidenten festgesetzt.

### Reinigung der Bierdruck-Vorrichtungen.

§. 8. Die Bierdruck-Vorrichtungen, insbesondere diejenigen Teile derselben, welche mit dem Bier in Berührung kommen, sind stets vollkommen rein zu halten. Auch sonst sind die sämtlichen Vorrichtungen, Apparate und Leitungen außen frei von Schmutz und Grünspan zu halten.

Die Reinigung der Bierleitung hat alle Woche mindestens einmal in der Weise zu erfolgen, daß die Leitung mit einer Bürste durchfahren und mit einer zur Auflösung des Bierschleims geeigneten nicht gesundheitsschädlichen Flüssigkeit ausgespült und mit reinem Wasser nachgespült wird.

Außer der Bürstenreinigung kann auch ein anderes Reinigungsverfahren und zwar in einzelnen Fällen oder allgemein zugelassen werden, sofern dasselbe vom Regierungs-Präsidenten als ausreichend anerkannt worden ist.

Die Windkessel sind alle Monat mindestens einmal zu öffnen und erforderlichenfalls zu reinigen.

### Schank-Vorrichtungen.

§. 9. Die sogenannten Schankkasten, an denen sich Schankhähne und -Vorrichtungen befinden und deren Inneres in der Regel zur Aufnahme von Kühl-Vorrichtungen und des Eises dient, sind unzulässig. Die Schank-Vorrichtung muß derart aufgestellt und eingerichtet sein, daß es den Gästen möglich gemacht ist, das Einschänken des Bieres u.s.w. beobachten zu können. Bestehende Schank-Vorrichtungen müssen binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung vorstehenden Vorschriften entsprechend eingerichtet werden.

Einrichtungen, welche das Verschneiden der Biere aus verschiedenen Fässern ermöglichen, sind unzulässig. Das Rohr von der Zapfstelle zur Tonne darf keine Abzweigungen haben.

**Bierhähne.**

§. 10. Jeder Hahn, durch welchen Bier bei gewerbsmäßigem Ausschanke läuft, muß, falls er nicht aus Holz besteht, den Anordnungen des §. 4 h Absatz 4 entsprechen.

**Trink- und Meßgefäße.**

§. 11. a) Trink- und Meßgefäße sind stets in durchaus sauberem Zustande zu erhalten, selbst wenn sie nur zeitweilig gebraucht werden. Sie müssen sich leicht in allen Teilen reinigen lassen und an den Stellen, wo sie bestimmungsgemäß mit dem Biere in Berührung kommen, der Vorschrift des §. 4 h Abs. 4 entsprechend hergestellt sein. Die im Geschäftsbetriebe jeweilig im Gebrauch befindlichen Trinkgefäße müssen vor jeder neuen Füllung gespült werden; diese Spülung darf nur auf Verlangen des Gastes unterbleiben.

Die Tropfkasten unter den Schankhähnen müssen auch unterhalb des Tropfbleches vollständig sauber gehalten werden.

b) An dem Schanktische oder in unmittelbarer Nähe desselben muß sich ein Spülbecken befinden von mindestens 40 × 40 × 20 cm, welches täglich mindestens einmal durch Ausscheuern gründlich gereinigt werden muß. In Orten mit Wasserleitung muß das Spülbecken mit Wasserüberlauf- und Ablauf-Vorrichtung versehen sein, und darf nur fließendes Wasser, dessen Zutritt vom Boden des Spülbeckens aus erfolgen muß, zum Spülen benutzt werden. In Orten ohne Wasserleitung muß das Spülbecken stets mit hinreichend frischem Trinkwasser gefüllt sein. In der Nähe eines jeden Spülbeckens muß eine Vorrichtung vorhanden sein, mittels welcher das Trinkgefäß, sobald es aus dem Becken herausgenommen wird, nochmals mit frischem Wasser nachgespült werden muß. Sobald eine Verunreinigung des Wassers mit bloßem Auge erkennbar ist, ist dasselbe sofort zu erneuern.

**Abfüll-Vorrichtungen.**

§. 12. Wer gewerbsmäßig Bier in Flaschen, Krüge, Syphons u. s. w. abfüllt, hat noch folgende Vorschriften zu beobachten:

a) Die Räumlichkeiten, in denen das Abfüllen des Bieres und das Reinigen der Flaschen u. s. w. geschieht, sind in reinlichem Zustande zu erhalten, gut zu lüften und müssen während der Arbeitszeit unter Anwendung von natürlichem oder künstlichem Licht so hell erleuchtet sein, daß alle zur Benutzung kommenden Geräte einschließlich der Flaschen auf ihre Reinheit ohne Schwierigkeit genau geprüft werden können. Die Räumlichkeiten müssen feste, für Wasser und Bier undurchlässige, leicht zu reinigende Fußböden haben und dürfen nur den erwähnten Zwecken dienen.

b) In jedem Spülraum und jedem Abfüllraum muß sich, falls Wasserleitung vorhanden, mindestens ein Ausflußhahn derselben befinden. In Spülräumen muß auch eine Vorrichtung zur Herstellung einer genügenden Menge heißen Spülwassers vorhanden sein. Das Reinigen der Flaschen u. s. w. hat in Behältern zu erfolgen, welche nur diesem Zwecke dienen und ein Vollsaugen und Weichen der Flaschen u. s. w. gestatten. Die Flaschen sind unmittelbar vor dem Füllgeschäfte unter Verwendung von heißer Sodalösung mittels Bürsten sorgfältig zu reinigen und nach dieser Reinigung mit reinem Trinkwasser nachzuspülen. Das Reinigen der Flaschen mit Bleischrot ist verboten.

Auch ein anderes Spülverfahren, dessen Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit nachgewiesen ist, kann vom Regierungs-Präsidenten zugelassen werden. In gleicher Weise wie die Flaschen selbst, sind auch alle wiederholt zu verwendenden Verschlußteile, wie Porzellanstöpsel, Gummiringe, Gummischeiben u. s. w. einer gründlichen Reinigung zu unterziehen.

Die beim Abfüllen benutzten Geräte, wie Krahnen, Röhren u. s. w. müssen, insoweit sie mit dem abzufüllenden Biere in Berührung gekommen sind, in der vorerwähnten Weise ebenfalls sorgfältig gereinigt und nach stattgehabter Trocknung an einem luftigen, vor Beschmutzung geschützten Orte aufbewahrt werden. Vor ihrer Wiederverwendung ist diese Reinigung zu wiederholen.

Die zum Reinigen bestimmten Instrumente dürfen nur zu diesem Zwecke gebraucht und müssen stets reinlich aufbewahrt werden.

c) Das Abfüllen des Bieres darf nicht durch Gummischläuche oder Saugheber erfolgen; die Abfüllvorrichtung muß die Möglichkeit des Ansaugens mit dem Munde ausschließen.

d) Bei Verwendung von Druckluft oder Kohlensäure beim Abfüllen sind die Bestimmungen des §. 4 b—g und §. 5 zu beobachten.

e) Das Bier darf beim Abfüllen nur mit solchen Metall- u. s. w. Flächen in Berührung kommen, welche keine die Gesundheit schädigenden Bestandteile an das Bier abgeben. Die Füllvorrichtungen müssen sich in allen Teilen leicht auseinander nehmen und reinigen lassen. Die Verwendung von Gummi ist nur statthaft, wenn er von den prüfenden Sachverständigen für nicht entbehrlich gehalten wird.

f) Zum Verschluß der Flaschen dürfen schon einmal gebrauchte Korkpfropfen sowie nicht mehr in gutem Zustande befindliche Gummiringe und Scheiben nicht wieder verwendet werden.

g) Gefüllte Flaschen müssen bis zum Verkaufe reinlich aufbewahrt werden. Die Aufbewahrung

in Wohnräumen und Schaufenstern ist den Verkäufern untersagt.

**Beaufsichtigung.**

§. 13. a) Den zuständigen Polizeibeamten sowie den berufenen Sachverständigen (siehe unter b) ist jederzeit der Zutritt zu den Bier-Ausschank- und Abfüll-Vorrichtungen und deren einzelnen Teilen, und zu den zur Aufbewahrung des Bieres dienenden Räumen sowie eine Untersuchung derselben auf Übereinstimmung mit den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zu gestatten. Den Beamten ist hierbei von den Besitzern der Vorrichtungen und Räume die erforderliche Hülfe zu leisten oder zu stellen. Bei den Untersuchungen, die von den Polizeibeamten allein ausgeführt werden, ist lediglich festzustellen, ob die erwähnten Räume und Vorrichtungen sauber gehalten werden.

b) Mindestens einmal jährlich müssen die Bier-Ausschank- und Abfüll-Vorrichtungen sowie zur Aufbewahrung des Bieres dienenden Räume in allen Teilen unter Zuziehung des von dem Landrate, in der Stadt Aachen von dem Polizei-Präsidenten, dazu berufenen Sachverständigen auf Übereinstimmung mit den Vorschriften dieser Polizeiverordnung untersucht werden. Die Sachverständigen dürfen den Handel mit den genannten Vorrichtungen weder selbst noch durch andere betreiben. Bei diesen Untersuchungen sind die Bierleitungen bis zu dem Stecher zu entleeren; die zur Untersuchung der einzelnen Teile der Vorrichtungen nötigen Werkzeuge sind von den Besitzern der Bierdruck-Vorrichtungen vorrätig zu halten und zur Verfügung zu stellen; im übrigen ist von ihnen auf Verlangen des Sachverständigen ein beliebiges Rohrstück durch Lösung der Verschraubungen zugänglich zu machen; auch sind die Hahnküken und Reinigungsschrauben u. s. w. zu lösen; schließlich ist die etwa weiter noch erforderliche Hülfe zu leisten.

c) Sind bei den Untersuchungen Mängel festgestellt worden, so ist die Ortspolizeibehörde befugt, bis zur Beseitigung dieser Mängel eine öftere Untersuchung von dem im vorigen Absatze bezeichneten Sachverständigen auf Kosten des Inhabers der Bierdruck-Vorrichtungen ausführen zu lassen. Bei Mängeln geringfügiger Natur kann die Nachuntersuchung durch einen Polizeibeamten an der Hand des von dem Sachverständigen der Ortspolizeibehörde eingereichten Untersuchungsberichtes erfolgen.

**Revisionsbuch.**

§. 14. Für jede Bierausschank- und Abfüll-Vorrichtung ist ein Untersuchungsbuch zu führen und an der Betriebsstelle aufzubewahren. In das Buch haben die revidierenden Beamten oder Sachverständigen das Datum jeder Revision, den Revisionsbefund und die Namen der bei der Revision tätig gewesenen Personen einzutragen. Dem Buche ist ein Abdruck dieser Polizeiverordnung nebst zugehöriger Anweisung vorzuheften.

**Strafbestimmungen.**

§. 15. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht nach gesetzlichen Bestimmungen härtere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafen bis zu 60 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft. Außerdem kann die Ortspolizeibehörde die sofortige Außerbetriebsnahme oder Entfernung der unvorschriftsmäßigen oder nicht amtlich geprüften Vorrichtungen anordnen.

§. 16. Die Polizeiverordnung tritt am 1. Juli 1905 in Kraft.

Die Polizeiverordnung, die Verwendung und Reinhaltung der Bierpumpen und Bierpressionen betreffend, vom 12. September 1881 (Amtsblatt S. 278) wird mit diesem Zeitpunkte aufgehoben.

Aachen, den 30. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Anweisung zur Ausführung der Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüll-Vorrichtungen.

### I. Zweck der Polizeiverordnung.

Die Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüll-Vorrichtungen hat den Zweck, jede Schädigung der Gesundheit der Personen, die das vermittels Bierdruck-Vorrichtungen u. s. w. verzapfte oder abgefüllte Bier genießen, möglichst zu verhüten, sowie allen Gefahren vorzubeugen, welche aus der Verwendung von Kohlensäure u. s. w. als Druckmittel entstehen können. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen insbesondere alle einzelnen Teile der Bierdruck-Vorrichtungen u. s. w. aus geeignetem Materiale sachgemäß hergestellt und insbesondere an den mit Bier in Berührung kommenden Stellen stets in sauberem Zustande gehalten werden.

### II. Zu §. 3. Zulässige Druckmittel.

Die zu verwendende Kohlensäure darf nur in flüssigem Zustande bezogen und in Anwendung gebracht werden. Die vereinzelt zum Betriebe von Bierdruck-Vorrichtungen hergestellte gasförmige Kohlensäure ist von der Verwendung ausgeschlossen, da bei ihrer Herstellung leicht gesundheitsschädliche Stoffe beigemengt werden, die bei der Verwendung dieses Gases unmittelbar in das Bier gelangen würden.

### III. Zu §§. 3—6. Wind- und Gaskessel.

Windkessel sind diejenigen Behälter, in denen die als Druckmittel dienende atmosphärische Luft in gepreßtem Zustande aufgespeichert wird. Gaskessel sind diejenigen Behälter, welche zur Aufnahme der — nach Austritt aus der Kohlensäure-

flasche gasförmig gewordenen — Kohlensäure dienen. Nur für letztere ist eine Prüfung und die Anbringung eines besonderen Vermerks bezw. Fabrikschildes (§. 5 Abs. b) sowie eines Sicherheitsventils vorgeschrieben.

## IV. Zu §. 4. Vorrichtungen zur Reinhaltung der atmosphärischen Luft.

Es ist bei Revisionen besonders darauf zu achten, daß das Luftzuführungsrohr überall unbeschädigt und mit der Luftpumpe oder der Wasserdruckvorrichtung fest und luftdicht verbunden ist. Wird diese Verbindung unterbrochen, oder ist das Rohr an einer Stelle entzwei, so würde die Luft nicht aus dem Freien 3 m über dem Erdboden entnommen, sondern da, wo die Verbindung unterbrochen, oder wo eine schadhafte Stelle ist.

Für die Reinheit der Druckluft ist es sehr wichtig, daß die in dem Reinigungsapparat (Ölfänger) befindliche Baumwolle (Salicylwatte) stets rein und nicht steif ist, und daß außerdem kein übelriechendes Öl in den Apparat gelangt bezw. Öl darin belassen wird. Die Menge der Baumwolle muß der Größe des Apparates entsprechen und muß das Sieb in demselben völlig bedecken.

Bei den Schankhähnen ist eine Luftzuführungsöffnung von oben oder von unten, um das Nachtropfen zu vermeiden, von höchstens 3 mm Durchmesser gestattet.

## V. Zu §. 7. Prüfung der Bierdruck-Vorrichtungen.

Die zur Vornahme von Prüfungen und Ausstellung von Bescheinigungen befugten Beamten und Sachverständigen sind berechtigt, für die Prüfung eines Gaskessels oder eines Behälters zur Aufnahme flüssiger Kohlensäure (Kohlensäureflasche) eine Gebühr von 7 Mark, für jeden folgenden zugleich und in derselben Weise geprüften Windkessel, Gaskessel oder Kohlensäurebehälter desselben Besitzers eine Gebühr von 5 Mark, für die Prüfung eines Reduzierventils eine Gebühr von 5 Mark, und für jedes folgende zugleich und in derselben Weise untersuchte Reduzierventil desselben Besitzers eine Gebühr von 2 Mark von dem Besitzer oder Inhaber der genannten Vorrichtungen zu erheben. Außer diesen Sätzen dürfen die zu den Prüfungen befugten Personen keine weiteren Gebühren verlangen, insbesondere sind auch die ihnen entstehenden baren Auslagen (Reisekosten u. s. w.) in den obengenannten Sätzen inbegriffen.

Bei den zur Ausführung gelangenden Wasserdruckproben sind die Kessel auch dann als undicht zu erachten, wenn das Wasser bei dem höchsten Drucke in anderer Form als der von Nebel oder feinen Perlen durch die Fugen dringt.

Bei den Druckproben der Reduzierventile wird statt des Wassers Kohlensäure verwendet, welche man langsam aus der Kohlensäureflasche zuströmen läßt.

Die zur Ausführung der Prüfung erforderlichen Arbeitskräfte, sowie Wasser oder Kohlensäure und die Druckpumpe hat der Inhaber der Bierdruck-Vorrichtung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die 3jährliche innere Prüfung der Kohlensäureflaschen für flüssige Kohlensäure soll bereits in den Fabriken vor dem Füllen der Flaschen erfolgt sein. Der Zeitpunkt der letzten Prüfung muß auf dem für jede Flasche vorgeschriebenen amtlich gestempelten Vermerke (§. 5b Abs. 5) deutlich ersichtlich sein.

Flaschen, welche einen solchen Vermerk nicht tragen, sind zu beanstanden und durch ordnungsmäßig geprüfte Flaschen zu ersetzen.

Für solche im Betriebe angetroffene Flaschen, deren letzte Druckprobe länger als 3 Jahre zurückliegt, ist eine Frist zu setzen, innerhalb welcher sie entleert und außer Betrieb gesetzt werden müssen.

## VI. Zu §. 8. Reinigung der Bierdruck-Vorrichtungen.

Besonderes Augenmerk ist auf die Reinhaltung der Bierdruck-Vorrichtungen u. s. w. zu lenken.

Die Bürstenreinigung wird als genügend dann anzusehen sein, wenn sämtliche von Bier berührte Leitungsteile mit der Bürste befahren und gleichzeitig mit einer geeigneten Lösung ausgespült werden. Hierzu ist eine Sodalösung zu empfehlen. In den Orten, wo Wasserleitung vorhanden ist, hat die stets vorzunehmende Nachspülung mit kaltem Wasser in der Weise zu erfolgen, daß die Bierleitung an die Wasserleitung angeschlossen und das Leitungswasser mit genügendem Drucke und in ausreichender Menge durch die Bierleitung getrieben wird.

## VII. Zu §. 13. Beaufsichtigung.

Zur Vornahme der in §. 13b vorgeschriebenen Untersuchungen ist für jeden Kreis in der Regel ein Sachverständiger und für die Fälle seiner Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Sofern in einem Kreise eine große Zahl von Bier-Ausschank- und Abfüll-Vorrichtungen vorhanden ist oder weite Entfernungen es erfordern, können mehrere Sachverständige und Stellvertreter bestellt werden.

Jedem Sachverständigen und seinem Stellvertreter ist alsdann ein bestimmter Bezirk zuzuweisen. Die Sachverständigen der einzelnen Bezirke können mit der gegenseitigen Stellvertretung betraut werden.

Die Sachverständigen und deren Stellvertreter werden, soweit sie nicht bereits vereidigt sind, gemäß §. 36 der Reichsgewerbeordnung vereidigt und erhalten gegen Entrichtung der Stempelkosten eine auf Widerruf lautende Bestallungsurkunde.

Die Polizeibeamten und die Sachverständigen haben dafür Sorge zu tragen, daß die Inhaber der Bier-Ausschank- und Abfüll-Vorrichtungen nicht so frühzeitig von einer bevorstehenden Untersuchung Kenntnis erhalten, daß sie noch vor Ausführung derselben etwaige Mängel beseitigen können.

Der Sachverständige hat der Ortspolizeibehörde von jeder beabsichtigten Untersuchung so rechtzeitig Mitteilung zu machen, daß diese sich dabei vertreten lassen kann.

Die Beseitigung der gerügten Mängel hat die Ortspolizeibehörde zu veranlassen.

Bei den Untersuchungen muß, nachdem die Leitung entleert ist, der Stecher in der Regel herausgezogen werden. Ist das Bierfaß bei Vornahme der Untersuchung noch nicht zur Hälfte entleert, so darf gestattet werden, daß der Stecher nur soweit herausgezogen wird, daß seine Lichtungsfläche in dem Abschlußhahne sichtbar wird. Zeigt diese Fläche noch unbeschädigte Belegung (§. 4b Abs. 3), so darf angenommen werden, daß der Stecher noch in gutem Stande ist.

Die Verzinnung oder Vernickelung des Stechers muß stets in gutem Zustande erhalten werden. Stecher und Rohre, an denen die Belegung an den Stellen beschädigt oder abgerieben ist, die bestimmungsgemäß mit Bier in Berührung kommen, sind sofort auszuschalten. Es ist daher den Wirten zu empfehlen, Ersatzrohre vorrätig zu halten.

Bei Messingteilen u. s. w. (Hähnen, Ventilen, Verschraubungen) ist stets zu untersuchen, ob sie frei von Grünspan und dort, wo sie mit Bier in Berührung kommen, gut belegt sind.

Die etwa zwischen Bierleitung und Faßhahn eingeschalteten Kautschukschläuche sind jedesmal daraufhin zu untersuchen, ob die Wandungen im Innern sauber und nicht angegriffen sind. Falls an der Oberfläche sich Haarrisse zeigen, ist auf Ersatz des Schlauches zu dringen.

Die Untersuchung der Bierleitung ist, wenn letztere aus gradlinigen Stücken besteht, so auszuführen, daß irgend zwei gegenüber liegende Verschlüsse entfernt werden, vor die eine Öffnung ein Licht gehalten nnd vom anderen Ende hindurch gesehen wird. Die Metallfläche des Rohres, der Hähne und Verschraubungen muß weiß und blank erscheinen.

Ist die Bierleitung gekrümmt, so ist ein beliebiges Rohrstück nach dem Lösen der zugehörigen Verschraubungen herauszunehmen und, soweit wie es möglich ist, durch den Augenschein, im Übrigen mittels einer reinen Bürste oder eines Wischers zu untersuchen, ob die Wandungen frei von Bierschleim oder festen Ansätzen sind. Es brauchen nicht jedesmal sämtliche Stücke der Bierleitung untersucht zu werden, doch wird es sich empfehlen, damit abzuwechseln.

Etwa vorhandene Bierkühler sind zu öffnen und durch den Augenschein oder mittels einer Bürste zu untersuchen.

Die noch im Betriebe befindlichen Schlangenkühler müssen spätestens bis zum 1. Juli 1905 entfernt sein.

## VIII. Zu §. 14. Revisionsbuch.

Der Befund der Untersuchung ist in das nach §. 14 der Polizeiverordnung zu führende Revisionsbuch einzutragen. Es hat auf dem ersten Blatte zu enthalten:

1. Bezeichnung des Ausschank- oder Abfüllraumes (Lage, Name),
2. Name des Eigentümers (Pächters),
3. Art der Bier-Ausschank- und Abfüll-Vorrichtung,
4. Zeit der Inbetriebnahme,
5. Tag der ersten amtlichen Untersuchung auf die vorschriftsmäßige Beschaffenheit.

Im Innern ist folgendes Muster anzuwenden.

| Tag der Untersuchung. | Name des anwesenden Besitzers oder seines Stellvertreters. | Befund der Bierdruckvorrichtung nebst Zubehör. | Befund der Bierleitungen, Hähne, Anstich-Vorrichtungen usw. | Befund der Abfüll-Vorrichtungen nebst Zubehör. | Befund der Spül-Vorrichtungen nebst Zubehör. | Befund der übrigen Vorrichtungen und der Räumlichkeiten. | Unterschrift des revidierenden Beamten oder Sachverständigen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | |

Aachen, den 30. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 190** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

I. Im Regierungsbezirk Aachen.
Spezialkommissar Regierungs-Assessor Rose in Aachen.

1. Zusammenlegung der Flur A des Gemeindebezirks Uebach, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. U a Nr. 27;
2. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Immendorf, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. J a Nr. 13;
3. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Puffendorf, Bürgermeisterei Immendorf-Puffendorf, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. P a Nr. 17;
4. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Ederen, Kreis Jülich, Aktenzeichen Littr. E a Nr. 30;

Spezialkommissar Regierungsrat Dr. Rensing zu Düren.

5. Wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Luchem mit Ausschluß der Hofräume und Hausgärten, sowie der Flur 9, Bürgermeisterei Pier, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. L a Nr. 34;

Spezialkommissar Regierungsrat Pauly zu Düren.

6. Zusammenlegung der Grundstücke desjenigen Teiles des Gemeindebezirks Berzbuir—Kufferath, welcher begrenzt wird von dem Wege Reinartzhof—Horm, der Gemeindebezirksgrenze und dem bereits zusammengelegten Teile der Gemarkung, Bürgermeisterei Birgel, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. B a Nr. 72;
7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Eschweiler ü./Feld, Bürgermeisterei Nörvenich, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. E a Nr. 25;
8. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Kreuzau mit Ausschluß der Dorflage und der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen, Bürgermeisterei Stockheim, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. K a Nr. 22;
9. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Niederau mit Ausschluß der Dorflage, der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen sowie derjenigen Grundstücke, welche im Norden vom Kallgraben, im Osten vom Burgau'er Walde, im Süden von dem Kommunalwege Niederau—Stockheim und im Westen von der Provinzialstraße Düren—Nideggen begrenzt werden; Bürgermeisterei Stockheim, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. N a Nr. 35;

Spezialkommissar Regierungsrat Hartmann zu Prüm.

10. Ablösung des den Eingesessenen von Herresbach an der Meyerader Jung, der Halenfelder Jung, der Heppenbacher Jung und der Mirfelder Jung zustehenden Weidegangrechtes; Bürgermeisterei Deidenberg, Kreis Malmedy, Aktenzeichen Littr. H a Nr. 67;

Spezialkommissar Regierungsassessor Wäger zu Remagen.

11. Wirtschaftliche Zusammenlegung der Gemarkung Lommersdorf, Gemeindebezirk Lommersdorf, Bürgermeisterei Lommersdorf in Blankenheim, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Littr. L a Nr. 35,

werden mit Bezug auf die §§. 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§. 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§. 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, sowie den §. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1902, betreffend die Ausdehnung der für die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts geltenden Zuständigkeits-Verfahrens- und Kostenvorschriften auf die nach der Gemeinheitsteilungsordnung vom 19. Mai 1851 zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 24. Juli 1905, vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße 184 — anstehenden Termin anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 17. April 1905.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 191** **Bekanntmachung.**

Bei der Postagentur in Untermaubach ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 22. April 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 192** **Bekanntmachung.**

Bei der Posthilfsstelle in Buir (Kr. Schleiden) ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 25. April 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 193 Bekanntmachung.**

Am 1. Mai wird in Kesternich (Kr. Montjoie) eine Postagentur eingerichtet; die Posthilfstelle daselbst wird gleichzeitig aufgehoben.

Dem Landbestellbezirke der neuen Postagentur werden die bisher zur Postagentur in Simmerath gehörigen Ortschaften: Hechelscheidt, Ruhrberg, Weidenauel, Weidenbachermühle I, Weidenbachermühle II und Woffelsbach zugeteilt.

Aachen, den 29. April 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 194 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeister in Stolberg hat die Übertragung der Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten des Standesamtsbezirks der Stadtgemeinde Stolberg auf den Stadtsekretär Emil Wirth in Stolberg widerrufen.

Der Beigeordnete und Kaufmann Josef Schöller in Heimbach ist widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Heimbach umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Die Ernennung des Gerbers Hermann Joseph Fraikin in Heimbach zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirks ist widerrufen.

Ernannt: Der Ober-Postinspektor Alischer in in Aachen zum Postrat, der Postsekretär Lintzel in Aachen zum Ober-Postkassenbuchhalter, die Postanwärter Bartholdy, Hesse und Schultze in Aachen, Aldrecht in Erkelenz, Balfanz in Stolberg (Rhl.), Magnus in Eschweiler, Montz in Jülich und Schatz in Eupen zu Postassistenten, die Telegraphenanwärter Bragard und Schieffer in Aachen zu Telegraphenassistenten.

Versetzt: Der Postrat Reckhard von Dortmund nach Aachen, der Postpraktikant Hein von Stolberg (Rhld.) nach Jülich.

Gestorben: Der Postmeister Lemmen in Erkelenz.

Der Landgerichtspräsident Ratjen in Düsseldorf ist zum Oberlandesgerichts-Präsidenten in Cöln ernannt.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Johanna Kugel vom 1. Mai d. Js. ab bei der katholischen Volksschule zu Gillrath, Kreis Geilenkirchen;
2. Christine Rau vom 1. Juli d. Js. bei der katholischen Volksschule zu Scherpenseel, Kreis Geilenkirchen;
3. Katharina Gaßmann vom 1. Juli d. Js. ab bei der katholischen Volksschule zu Höngen, Kreis Heinsberg;
4. Ferdinand Stein vom 1. Mai d. Js. ab bei der evangelischen Volksschule zu Aachen, Kreis Aachen-Stadt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 18.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 21. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 11. Mai 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 195** Das 14. Stück enthält unter Nr. 3118: Bekanntmachuug, betreffend Änderung der Militär-Transport-Ordnung. Vom 13. April 1905. Unter Nr. 3119: Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 13. April 1905. Unter Nr. 3120: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Ausstellung der Münchener Vereinigung für angewandte Kunst in München 1905. Vom 14. April 1905. Das 15. Stück enthält unter Nr. 3121: Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichhaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905. Vom 15. April 1905. Unter Nr. 3122: Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1905. Vom 15. April 1905. Unter Nr. 3123: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der „Besonderen Bestimmungen" des Militärtarifs für Eisenbahnen. Vom 17. April 1905. Das 16. Stück enthält unter Nr. 3124: Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Vom 15. April 1905. Unter Nr. 3125: Gesetz, betreffend Änderung der Wehrpflicht. Vom 15 April 1905. Das 17. Stück enthält unter Nr. 3126: Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung. Vom 14. April 1905. Unter Nr. 3127: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 25. April 1905. Das 18. Stück enthält unter Nr. 3128: Zusatzvertrag zum Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage zwischen Deutschland und Rumänien vom 21. Oktober 1893, vom $\frac{8. \text{ Oktober}}{6. \text{ September}}$ 1904.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 196** **Statut** für die Entwässerungs-Genossenschaft Miescheid I zu Miescheid im Kreise Schleiden.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (G.-S. S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen nördlich vom Dorfe Miescheid, Gemeinde Hellenthal, werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Meliorationstechnikers C. Bodarwé in Bonn vom 20. Juli 1903 durch Entwässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grünen Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Entwässerungsgenossenschaft Miescheid I“ und hat ihren Sitz in Miescheid.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Anlage und Unterhaltung besonderer Zu- und Ableitungsgräben und dergleichen, bleiben den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§. 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande ob, Binnen-Ent- und Bewässerungs-Anlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§. 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorations-Technikers ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen. Die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§. 6. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalte der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 7. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, und in dem für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages darnach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 8. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht ge-

nommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für jede angefangenen 25 Are beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 12. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) zwei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst den stellvertretenden Beisitzern werden von der General-Versammlung auf fünf Jahre gewählt. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der General-Versammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der General-Versammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;

g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 7 und 19) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 15. Die genossenschaftlichen und die in §. 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 17. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 18. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche General-Versammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren General-Versammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die General-Versammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 20. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt des Kreises Schleiden aufgenommen.

§. 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Lissabon, den 29. März 1905.

(L. S.) gez. **Wilhelm R.**

ggez. Schönstedt. von Podbielski.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

## Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 197** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

I. Im Regierungsbezirk Aachen.

Spezialkommissar Regierungs-Assessor Rose in Aachen.

1. Zusammenlegung der Flur A des Gemeindebezirks Uebach, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. U a Nr. 27;
2. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Immendorf, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. J a Nr. 13;
3. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Puffendorf, Bürgermeisterei Immendorf-Puffendorf, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen Littr. P a Nr. 17;
4. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Ederen, Kreis Jülich, Aktenzeichen Littr. E a Nr. 30;

Spezialkommissar Regierungsrat Dr. Rensing zu Düren.

5. Wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Luchem mit Ausschluß der Hofräume und Hausgärten, sowie der Flur 9, Bürgermeisterei Pier, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. L a Nr. 34;

Spezialkommissar Regierungsrat Pauly zu Düren.

6. Zusammenlegung der Grundstücke desjenigen Teiles des Gemeindebezirks Berzbuir—Kufferath, welcher begrenzt wird von dem Wege Reinartzhof—Horm, der Gemeindebezirksgrenze und dem bereits zusammengelegten Teile der Gemarkung, Bürgermeisterei Birgel, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. B a Nr. 72;
7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Eschweiler ü./Feld, Bürgermeisterei Nörvenich, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. E a Nr. 25;
8. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Kreuzau mit Ausschluß der Dorflage und der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen, Bürgermeisterei Stockheim, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. K a Nr. 22;
9. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Niederau mit Ausschluß der Dorflage, der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen sowie derjenigen Grundstücke, welche im Norden vom Kallgraben, im Osten vom Burgau'er Walde, im Süden von dem Kommunalwege Niederau—Stockheim und im Westen von der Provinzialstraße Düren—Nideggen begrenzt werden; Bürgermeisterei Stockheim, Kreis Düren, Aktenzeichen Littr. N a Nr. 35;

Spezialkommissar Regierungsrat Hartmann zu Prüm.

10. Ablösung des den Eingesessenen von Herresbach an der Meyerader Jung, der Halenfelder Jung, der Heppenbacher Jung und der Mirfelder Jung zustehenden Weidegangrechtes; Bürgermeisterei Deidenberg, Kreis Malmedy, Aktenzeichen Littr. H a Nr. 67;

Spezialkommissar Regierungsassessor Wäger zu Remagen.

11. Wirtschaftliche Zusammenlegung der Gemarkung Lommersdorf, Gemeindebezirk Lommersdorf, Bürgermeisterei Lommersdorf in Blankenheim, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Littr. L a Nr. 35,

werden mit Bezug auf die §§. 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§. 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§. 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, sowie den §. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1902, betreffend die Ausdehnung der für die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts geltenden Zuständigkeits-, Verfahrens- und Kostenvorschriften auf die nach der Gemeinheitsteilungsordnung vom 19. Mai 1851 zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 24. Juli 1905, vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße 184 — anstehenden Termin anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 17. April 1905.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.

Brümmer.

**Nr. 198** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | 13 | 18 | 13 | — | — | 16 | 63 | 15 | 63 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 18 | 25 | 17 | 94 | — | — | 15 | 38 | 15 | 06 | — | — | 14 | — | — | — | — | -- |
| Düren . . . | 17 | 68 | 17 | 18 | — | — | 14 | 64 | 13 | 64 | — | — | 16 | 63 | 15 | 63 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 97 | 17 | 47 | — | — | 14 | 61 | 14 | 11 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 23 | 50 | — | — | — | — | 18 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 16 | 50 | 16 | — | 15 | — | 14 | 50 | 14 | — | 13 | 50 |
| Jülich . . . | 17 | 70 | 17 | 20 | 16 | 70 | 14 | 70 | 14 | 20 | 13 | 70 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | 15 | 50 | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 19 | 01 | — | — | — | — | 15 | 76 | — | — | — | — | 14 | 91 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 5 | 50 | 132 | 50 | 1 | 60 | 1 | 20 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 50 | 2 | 50 | 4 | 44 | — | — | — | — |
| 4 | 03 | 8<br>8 | 40<br>50 | 109 | 50 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 45 | 4 | 19 | — | — | — | — |
| — | — | 9<br>8<br>10 | 45<br>50<br>00 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 50 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 9 | — | 126 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 30 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 3 | 84 | 8<br>6<br>7 | 45<br>64<br>85 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 43 | 3 | 96 | — | — | — | — |
| 3 | 50 | 6 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 3 | — | — | — | — | — |
| 3 | 89 | 7 | 36 | 122 | — | 1 | 56 | 1 | 36 | 1 | 63 | 1 | 48 | 1 | 48 | 1 | 58 | 2 | 37 | 4 | 05 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

[L]ebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat April 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | — | 14 | 63 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 (16) | 19 (01) | 14 | 69 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 6 | 90 | 6 (7) | — (35) |
| 14 (15) | 40 (33) | 13 | 90 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 74 | 4 (5) | 74 (04) |
| 13 (14) | 70 (91) | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 4 (5) | 60 (04) |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | — | — | 7 | — | — | — |
| 17 | — | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 8 | — | 5 | 40 |
| 14 (15) | 80 (84) | 14 | 30 | 13 | 80 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 8 | — | 4 (4) | 24 (62) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 9 | — | — | — |
| 15 | — | 14 | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 5 | — | 5 | — |
| 15 | 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 81 | 33 | 36 | 42 | 40 | 7 | 21 | 5 | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats April 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 32 | — | 50 | — | 50 | — | 50 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 3 | — | — | 20 | 1 | 50 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 28 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 46 | — | 37 | — | 53 | — | 54 | — | 48 | 2 | 40 | 3 | 02 | — | 21 | 1 | 59 | — | 15 |

[D]ie als höchste Tagespreise des Monats April 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des [Au]fschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter [de]r Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide [au]sländischen Ursprungs.

Aachen, den 6. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 199** Es wird beabsichtigt, in der Zeit vom 19. bis 24. Juni d. Js. hierselbst unter Leitung des Sektionsdirektors für Bienenzucht, Hauptlehrer a. D. Geilen, einen unentgeltlichen Lehrkursus in der rationellen Bienenzucht für Frauen abzuhalten. Falls sich indessen so wenig Teilnehmerinnen melden, daß die Abhaltung eines besonderen Kursus für Frauen nicht angebracht erscheint, ist beabsichtigt, den Kursus mit dem in der Zeit vom 5. bis 10. Juni d. Js. stattfindenden Lehrkursus für Männer zu verbinden.

Den Teilnehmerinnen kann im Bedarfsfalle die Gewährung einer mäßigen Beihilfe aus öffentlichen Mitteln in Aussicht gestellt werden.

Anmeldungen zu dem Kursus sind bis zum 15. Mai d. Js. bei den Landräten, seitens in hiesiger Stadt wohnender Frauen bei mir einzureichen.

Aachen, den 19. April 1905.

Der Regierungs-Präsident.
Im Auftrage: Sträter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 200 Stadt Aachen.**

**Konvertierung 4%iger Anleihen und Kündigung der nicht konvertierten Stücke.**

Gemäß den an zuständiger Stelle genehmigten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung setze ich den Zinsfuß der folgenden 4%igen Anleihen der Stadt Aachen und der früheren Stadtgemeinde Burtscheid hiermit vom **1. Januar 1906** ab auf **3½%** (dreieinhalb Prozent) herab:

a) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom** 18. Februar 1884 (4. **Ausgabe der Stadt Aachen vom** 1. Juli 1884);
b) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom** 25. Oktober 1878 (**Ausgabe der Stadt Burtscheid vom** 2. Januar 1879. **Littr.** A);
c) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom** 8. März 1886 (**Ausgabe der Stadt Burtscheid vom** 2. Januar 1887. **II. Ausgabe. Buchstabe** B).

Die Inhaber der Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche sich mit der Zinsherabsetzung unter den nachstehenden Bedingungen einverstanden erklären, fordere ich auf,

**bis zum 31. Mai ds. Js. einschließlich**

die Anleihescheine nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und den über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheinen zum Zwecke der Umwandlung in 3½%ige

**der Stadtkasse Aachen**
**Rathaus (Eingang Katschhof) Zimmer 34**

einzureichen.

Die Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche bis zum **31. Mai 1905 einschließlich** zur Abstempelung **nicht** vorgelegt worden sind, werden hiermit zum **1. Januar 1906** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Zeitpunkte ab ihre Verzinsung aufhört. Der Nennwert dieser gekündigten Anleihescheine wird vom 30. Dezember 1905 ab gegen Auslieferung der Scheine und der zugehörigen Zinsschein-Anweisungen sowie der über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheine bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt. Für fehlende Zinsscheine wird deren Nennwert vom Kapital abgezogen.

**Bedingungen für die Konvertierung:**

1. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½% tritt mit dem **1. Januar 1906** ein; es verbleibt den Inhabern der Anleihescheine also bis zum **31. Dezember 1905** einschließlich der Zinsgenuß von 4%.
2. Die zur Konvertierung eingereichten Schuldverschreibungen werden mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Stempel versehen, an Stelle der eingereichten Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen dagegen neue Stücke ausgegeben. Für fehlende Zinsscheine ist der Nennwert in bar einzuzahlen.
3. Den Inhabern der bis zum 31. Mai 1905 zur Konvertierung eingereichten Anleihescheine wird eine

   **Konvertierungsprämie von 1% (einem Prozent) des Nennwertes der Anleihescheine** gewährt, welche bei Rückgabe der abgestempelten Scheine in bar bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt wird.
4. Bei Einreichung der Anleihescheine zur Abstempelung ist ein Nummer-Verzeichnis in doppelter Ausfertigung mitvorzulegen, eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses wird mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben und dient als Ausweis für die spätere Erhebung der abgestempelten Anleihescheine und der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen. Vordrücke zu Nummer-Verzeichnissen werden bei der Stadtkasse Aachen kostenlos verabfolgt.
5. Der Zeitpunkt der Rückgabe der abgestempelten Anleihescheine und der Ausgabe der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen wird öffentlich bekannt gemacht.

Durch die Konvertierung und Kündigung wird die diesjährige planmäßige Tilgung der vorgenannten Anleihen nicht berührt.

Aachen, den 12. April 1905.

Der Oberbürgermeister.
Veltman.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 19.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 22. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 18. Mai 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 201** Das 19. Stück enthält unter Nr 3129: Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete. Vom 21. April 1905. Unter Nr. 3130: Gesetz, betreffend Aufhebung des §. 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873. Vom 22. April 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 202** Das 15. Stück enthält unter Nr. 10594: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Montabaur, Rennerod und Selters. Vom 14. April 1905. Unter Nr. 10595: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 14. April 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 203** Liste

der im Laufe des Etatsjahres 1904 der Kontrolle der Staatspapiere als gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staatsschuldverschreibungen.

I. Konsolidierte $3\frac{1}{2}$ (vormals 4) prozentige Staatsanleihe:

von 1876/79:

Lit. C. Nr. 43176 und 43177 über je 1000 M.;
„ E. „ 40813 über 300 M.;
„ F. „ 52716 „ 200 „

von 1880:

Lit. B. Nr. 77604 über 2000 M.;
„ D. „ 94954 „ 500 „
„ E. „ 86648, 86649, 86650, 92193, 112479, 126884, 191575, 199339, 199340, 217618, 217619, 262687, 298326, 398588, 408178, 425876, 425877, 434867 und 434868 über je 300 M.

von 1881:

Lit. F Nr. 167854 und 180220 über je 200 M.

von 1882:

Lit. C. Nr. 284261 über 1000 M.;
„ D. „ 248731 und 248732 über je 500 M.;
„ E. „ 513903 „ 532304 „ „ 300 „
„ F. „ 245213 über 200 M.

von 1883:

Lit. B. Nr. 226380 über 2000 M.;
„ C. „ 380780 und 447427 über je 1000 M.;
„ D. „ 386260, 389690, 405911, 437494 und 462343 über je 500 M.;
Lit. H. Nr. 10279 über 150 M.

von 1884:

Lit. D. Nr. 602547 über 500 M.;
„ E. „ 810876, 856368, 893572 und 893573 über je 300 M.

von 1885:

Lit. C. Nr. 639772 über 1000 M.;
„ D. „ 677554 „ 500 „
„ E. „ 932299, 939651, 939652 und 999942 über je 300 M.
Lit. F. Nr. 350362 über 200 M.

II. Konsolidierte $3\frac{1}{2}$ prozentige Staatsanleihe:

von 1887. 1888:

Lit. E. Nr. 115228 über 300 M.;
„ F. „ 40471 und 40472 über je 200 M.

von 1889:

Lit. C. Nr. 195144 über 1000 M.;
„ E. „ 190395 und 223828 über je 300 M.;
„ G. „ 9648 über 150 M.

von 1890:

Lit. B. Nr. 138114 über 2000 M.;
„ D. „ 398185, 421923 und 530976 über je 500 M.;
Lit. E. Nr. 351206 und 355887 über je 300 M.
„ F „ 155883, 156930 und 191462 über je 200 M.

von 1892. 1893. 1895:

Lit. E. Nr. 641380 und 662554 über je 300 M.;
„ F. „ 228609 „ 231244 „ „ 200 „

III. 3½ prozentige Anleihescheine der Stargard-Cüstriner Eisenbahn vom 1. Juli 1897.
Lit. A. Nr. 0059 über 200 M.;
„ B. „ 0250 „ 500 „
Berlin, den 4. April 1905.
(L. S.)
Königliche Kontrolle der Staatspapiere.
Cramer. Haas. Rammow.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 204** Der Nikolaus Hermanns in Kalterherberg hat den für 1905 am 17. Dezember 1904 unter Nr. 5528 zu 24 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit Lumpen, Gemüse, Kartoffeln, Obst, Brot und Häringen berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hierdurch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und an uns einzureichen.
Aachen, den 12. Mai 1905.
Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
Sträter.

**Nr. 205** Gemäß §. 5 Absatz 2 der Polizei-Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 11. November 1904, betreffend Körordnung für die Beschäler der Rheinprovinz (Amtsblatt S. 267), werden die Beschreibung der für das Jahr 1905 auf Grund einer Nachkörung angekörten Hengste, die Orte der Aufstellung derselben und die Höhe der Sprunggelder nachstehend bekannt gemacht:

| Laufende Nr. | Der Hengstbesitzer | | Der Hengste | | | | | Ort der Aufstellung der Hengste. | Sprunggeld |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | | M. |
| | **Körort: Herzogenrath (Landkreis Aachen).** | | | | | | | | |
| 1 | Meulenbergh | Hoffstadt | Goldfuchs | Blesse, weiße Mähne und weißer Schweif, beide Hinterbeine weiß | 1,72 | 4 | Belgier | Hoffstadt, Landkreis Aachen. Der Hengst ist inzwischen an den Straelener Pferdezuchtverein zu Straelen, Kreis Geldern, verkauft worden. | |
| 2 | „ | „ | Fuchs | Blesse, beide Hinterkronen weiß | 1,64 | 3 | „ | Breil, Kreis Geilenkirchen | 13 |
| 3 | „ | „ | Rappe | — | 1,68 | 4 | „ | dito | 16 |
| 4 | „ | „ | Fuchs | Blesse, weiße Mähne und weißer Schweif | 1,68 | 3 | „ | dito | 21 |
| 5 | „ | „ | „ | desgleichen, beide Hinterfesseln weiß | 1,66 | 4 | „ | dito | 31 |
| 6 | „ | „ | braun | Stern, linke Hinterkrone weiß | 1,61 | 3 | „ | Hoffstadt, Landkreis Aachen | 16 |
| 7 | „ | „ | Goldfuchs | Blesse, weiße Mähne und weißer Schweif, beide Hinterkronen weiß | 1,63 | 3 | „ | dito | 21 |
| 8 | Roerbroock | Geuchterhof | braun | Blesse, beide Hinterkronen weiß | 1,56 | 3 | „ | Geuchterhof, Landkreis Aachen | 15 |

Bei dieser Gelegenheit wird auf den ersten Satz des §. 9 der oben erwähnten Polizei-Verordnung aufmerksam gemacht, welcher lautet:

„Wer einen nicht angekörten Hengst zum Decken fremder Stuten, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung hergibt, verfällt für jeden Fall einer Zuwiderhandlung in eine Strafe von 30 Mark und der Eigentümer der Stute in eine solche von 15 Mark.

Aachen, den 12. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 206 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Mai 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Land | 2 | 3 |
| desgl. | Düren | 5 | 7 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 2 | 3 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 8 | 9 |

Aachen, den 17. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 207** In Ondenval (Kr. Malmedy) und Bruyères (Kr. Malmedy) sind Telegraphenhilfstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 2. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 208 Stadt Aachen.**

**Konvertierung 4%iger Anleihen und Kündigung der nicht konvertierten Stücke.**

Gemäß den an zuständiger Stelle genehmigten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung setze ich den Zinsfuß der folgenden **4%igen** Anleihen der Stadt Aachen und der früheren Stadtgemeinde Burtscheid hiermit vom **1. Januar 1906** ab auf **3½%** (dreieinhalb Prozent) herab:

a) **Der Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 18. Februar 1884 (4. Ausgabe der Stadt Aachen vom 1. Juli 1884);**

b) **Der Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 25. Oktober 1878 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom 2. Januar 1879. Littr. A);**

c) **Der Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 8. März 1886 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom 2. Januar 1887. II. Ausgabe. Buchstabe B).**

Die Inhaber der Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche sich mit der Zinsherabsetzung unter den nachstehenden Bedingungen einverstanden erklären, fordere ich auf,

**bis zum 31. Mai ds. Js. einschließlich**

die Anleihescheine nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und den über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheinen zum Zwecke der Umwandlung in 3½%ige

**der Stadtkasse Aachen**
**Rathaus (Eingang Katschhof) Zimmer 34**

einzureichen.

Die Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche bis zum **31. Mai 1905 einschließlich** zur Abstempelung **nicht** vorgelegt worden sind, werden hiermit zum **1. Januar 1906** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Zeitpunkte ab ihre Verzinsung aufhört. Der Nennwert dieser gekündigten Anleihescheine wird vom 30. Dezember 1905 ab gegen Auslieferung der Scheine und der zugehörigen Zinsschein-Anweisungen sowie der über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheine bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt. Für fehlende Zinsscheine wird deren Nennwert vom Kapital abgezogen.

**Bedingungen für die Konvertierung:**

1. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½% tritt mit dem **1. Januar 1906** ein; es verbleibt den Inhabern der Anleihescheine also bis zum **31. Dezember 1905** einschließlich der Zinsgenuß von 4%.
2. Die zur Konvertierung eingereichten Schuldverschreibungen werden mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Stempel versehen, an Stelle der eingereichten Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen dagegen neue Stücke ausgegeben. Für fehlende Zinsscheine ist der Nennwert in bar einzuzahlen.
3. Den Inhabern der bis zum 31. Mai 1905 zur Konvertierung eingereichten Anleihescheine wird eine

   **Konvertierungsprämie von 1% (einem Prozent) des Nennwertes der Anleihescheine** gewährt, welche bei Rückgabe der abgestempelten Scheine in bar bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt wird.
4. Bei Einreichung der Anleihescheine zur Abstempelung ist ein Nummer-Verzeichnis in

doppelter Ausfertigung mitvorzulegen, eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses wird mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben und dient als Ausweis für die spätere Erhebung der abgestempelten Anleihescheine und der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen. Vordrücke zu Nummer-Verzeichnissen werden bei der Stadtkasse Aachen kostenlos verabfolgt.

5. Der Zeitpunkt der Rückgabe der abgestempelten Anleihescheine und der Ausgabe der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen wird öffentlich bekannt gemacht.

Durch die Konvertierung und Kündigung wird die diesjährige planmäßige Tilgung der vorgenannten Anleihen nicht berührt.

Aachen, den 12. April 1905.

Der Oberbürgermeister.
Veltman.

**Nr. 209 Personal-Nachrichten.**

Verliehen ist dem Landmesser Schulze zu Altenkirchen eine etatsmäßige Vermessungsbeamtenstelle.

Überwiesen ist Landmesser-Kandidat Schallenberger aus Sonneberg i./Th. der landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Poppelsdorf aushilfsweise als Assistent für den geodätischen Unterricht.

Versetzt ist Spezialkommissions-Bureau-Diätar Schulz von Altenkirchen nach Simmern, Spezialkommissions-Bureau-Diätar Löther von Simmern nach Altenkirchen, Landmesser Rompf von Bonn-Poppelsdorf zur Spezialkommission II zu Wetzlar, Landmesser Samel von Bonn-Poppelsdorf zur Spezialkommission in Aachen, Landmesser Förster zu Düsseldorf nach Bonn-Poppelsdorf unter Überweisung an die landwirtschaftliche Akademie dortselbst als Assistent für den geodätischen Unterricht.

Ausgeschieden ist Landmesser Eulenberg zu Wetzlar.

Der Amtsgerichtsrat Arntz in Eitorf ist an das Amtsgericht in Aachen versetzt.

Der Bürgermeister Wassong in Blankenheim ist vom 1. Mai d. Js. ab mit Pension in den Ruhestand getreten.

Die einstweilige Verwaltung der Landbürgermeistereien Blankenheim, Dollendorf und Lommersdorf ist dem Bürgermeister Hubert Schmitz zu Liedberg im Landkreise M.-Gladbach übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 20.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 23. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 25. Mai 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 210** Das 20. Stück enthält unter Nr. 3131: Bekanntmachung, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken. Vom 5. Mai 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 211** Das 16. Stück enthält unter Nr. 10596: Staatsvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 28. November 1904. Unter Nr. 10597: Staatsvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 3. Dezember 1904. Unter Nr. 10598: Staatsvertrag zwischen Preußen und Lübeck zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 7. Dezember 1904. Unter Nr. 10599: Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation der zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin am 28. November 1904, zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz am 3. Dezember 1904, zwischen Preußen und Lübeck am 7. Dezember 1904 zur Regelung der Lotterieverhältnisse abgeschlossenen Staatsverträge nebst dazu gehörigen Schlußprotokollen und die Auswechselung der Ratifikationsurkunden. Vom 2. Mai 1905. Unter Nr. 10600: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Frankfurt a. M. Vom 28. April 1905. Das 17. Stück enthält unter Nr. 10601: Gesetz, betreffend die Schadloshaltung des Herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Vom 27. April 1905. Unter Nr. 10602: Staatsvertrag zwischen der Königlich Preußischen und der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung über den Anschluß der im Fürstentum Schaumburg-Lippe wohnhaften Ärzte an die Ärztekammer der Königlich Preußischen Provinz Hessen-Nassau. Vom 3. Februar 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 212** **Polizeiverordnung,**
betreffend
die Kennzeichnung der Lastfuhrwerke.

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Aachen, mit Ausnahme des Stadtkreises Aachen, verordnet was folgt:

§. 1. Lastfuhrwerke sowie zu Zwecken des Gewerbebetriebes im Umherziehen und zum Bewachen durch Personen benutzte Fuhrwerke müssen beim Gebrauch auf öffentlichen Wegen auf der linken Seite mit einer in die Augen fallenden deutlichen und unverwischbaren Inschrift versehen sein, die den Vor- und Zunamen oder die Firma sowie den Wohnort des Eigentümers angibt.

Mehrere Lastfuhrwerke desselben Besitzers müssen durch Nummern auf den Tafeln von einander unterschieden sein.

Als Lastfuhrwerk gilt, mit Ausnahme der Handwagen, jedes Fuhrwerk, welches nicht hauptsächlich zur Personenbeförderung bestimmt ist, und zwar auch wenn es auf Federn ruht oder in Riemen hängt.

§. 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt.

§. 3. Die Polizeiverordnung tritt am 1. Juli 1905 in Kraft.

§. 4. Mit dem gleichen Tage treten die Bezirks-Polizeiverordnung, die Bezeichnung des Frachtfuhrwerks mit dem Namen der Eigentümer betreffend, vom 4. Juli 1870 (Amtsbl. S. 154) und die Polizeiverordnung vom 25. Mai 1901 (Amtsbl. S. 175) außer Kraft.

Aachen, den 18. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 213** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§. 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im 2. Vierteljahr 1905

am Dienstag, den 27. Juni,
vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Departements-Tierarzt Barański hierselbst, zu richten.

Aachen, den 14. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 214** Des Königs Majestät haben dem Münsterbauverein zu Freiburg im Breisgau mittels Allerhöchster Ordre vom 15. v. Mts. die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu den behufs Gewinnung der Mittel zur Wiederherstellung und Freilegung des dortigen Münsters mit Genehmigung der Großherzoglich Badischen Landesregierung noch zu veranstaltenden fünf Geldlotterien auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in Hohenzollern und den Provinzen Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau, Lose zu vertreiben. Die Zahl der im diesseitigen Staatsgebiete abzusetzenden Lose darf zufolge Allerhöchster Bestimmung in einer Serie 125 000 nicht überschreiten. Diese Lose müssen vor dem Vertrieb durch das Königliche Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. abgestempelt werden.

Aachen, den 19. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 215** Da die Tollwut der Hunde im Regierungsbezirk Aachen in gefahrdrohender Weise aufgetreten ist, wird hiermit nachfolgende Belehrung zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Aachen, den 16. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

## Belehrung über die Tollwut.

Die Tollwut ist eine ansteckende, schnell verlaufende unheilbare Krankheit, die auf alle warmblütigen Tiere und auf den Menschen übertragen werden kann. Sie kommt am häufigsten bei den Hunden vor und verbreitet sich vorzugsweise durch den Biß wutkranker Hunde oder Katzen. Die pflanzenfressenden Tiere, sowie die Schweine können, wenn sie in Tollwut verfallen, ebenfalls die Krankheit übertragen; sie sind aber deshalb weniger gefährlich, weil sie eine geringere Neigung zum Beißen haben und leichter in Absonderung gehalten werden können.

Der Ansteckungsstoff der Tollwut ist noch nicht bekannt. Durch Impfversuche ist jedoch festgestellt worden, daß er im Gehirn- und Rückenmark, in den Nerven, den Speicheldrüsen und in dem Speichel enthalten ist und nur durch Einimpfung dieser Stoffe übertragen werden kann. Die natürliche Übertragung geschieht, wie erwähnt, durch Bißverletzungen, bei denen das in dem Speichel enthaltene Wutgift in die Wunde gelangt. Von selbst kann die Krankheit niemals entstehen, da der Ansteckungsstoff sich nur im Tierkörper erhält und nicht flüchtig ist.

In früheren Zeiten und zwar noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist die Tollwut häufiger seuchenartig aufgetreten. Seit dem Erlaß des Reichsviehseuchengesetzes ist in Deutschland ein solches Auftreten nicht mehr beobachtet worden, wenn auch alljährlich noch eine größere Zahl von Tollwutfällen, besonders in den Grenzbezirken zur amtlichen Feststellung gelangt.

Die Erscheinungen der Tollwut sind ihrem Wesen nach bei allen Tieren gleich. Aber bei den verschiedenen Tiergattungen treten einzelne Krankheitsäußerungen stärker hervor, als bei andern. Auch die Individualität und das Temperament der Tiere haben Einfluß auf die besondere Gestaltung des Krankheitsbildes. Die Tiere zeigen bald mehr ein aufgeregtes, heftiges und wütendes Benehmen, große Reizbarkeit, Tobsucht und Neigung zum Beißen bezw. Schlagen oder Stoßen (rasende Wut), während in andern Fällen das Krankheitsbild mehr durch ein ruhiges Verhalten, große Schwäche, Abgestumpftheit, Lähmung einzelner Körperteile und geringe Beißsucht ausgezeichnet ist (stille Wut). Die Erscheinungen der Tollwut stellen sich erst eine bestimmte Zeit nach der Ansteckung ein, da der Ausbruch der Krankheit niemals sofort nach der wirksamen Übertragung des Ansteckungsstoffes (nach dem Bisse) erfolgt. Der Zeitraum zwischen Ansteckung und Ausbruch der Wutkrankheit ist in den einzelnen Fällen verschieden. Bei den Hunden pflegt die Krankheit etwa 3 bis 8 Wochen, zuweilen auch noch später, bei Katzen 2—4 Wochen, bei Pferden 2—12 Wochen, bei Rindern meistens in der Zeit von der 3.—16. Woche bei Schafen, Ziegen und Schweinen gewöhnlich 2—8 Wochen nach dem Bisse hervorzutreten.

Ist die Tollwut zum Ausbruch gekommen, so verläuft sie bei sämtlichen Haustieren tötlich. Hunde sterben bei der rasenden Wut 5—8 Tage und bei der stillen Wut 2—3 Tage nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen. Pferde gehen nach 3—4 Tagen, Rinder nach 4—6 Tagen, Katzen und Schweine nach 2—4 Tagen, Schafe und Ziegen nach 5—8 Tagen zu Grunde.

Bei Hunden kennzeichnet sich der Beginn der Krankheit durch eine Änderung in dem gewohnten Benehmen der Hunde. Sie werden mürrisch, hastig, weniger folgsam und verkriechen sich oft. Der Appetit ist vermindert und bald wird die Aufnahme von Nahrungsmitteln ganz verschmäht. Dagegen zeigt sich gewöhnlich eine Neigung, unverdauliche Gegenstände (Holz, Leder, Stroh, Steine, Metallstücke 2c.) zu benagen und selbst herabzuschlucken. Auch plätschern die wutkranken Hunde zuweilen mit der Zunge in kaltem Wasser. Die Ansicht, daß die mit Tollwut behafteten Hunde eine Scheu vor dem Wasser hätten, ist unrichtig.

Die Neigung zu beißen ist zunächst am meisten gegen andere Hunde und Katzen gerichtet. Nicht selten werden aber auch größere Haustiere und Menschen schon in der ersten Zeit der Krankheit von wutkranken Hunden angegriffen.

Im weiteren Verlaufe der Krankheit streben die Hunde, sich aus ihrem etwaigen Gewahrsam zu befreien oder von der Kette loszumachen. Sie laufen ohne eine erkennbare Veranlassung fort und entweichen nicht selten in entfernte Gegenden, zuweilen kehren sie aber noch an demselben oder am folgenden Tage wieder zurück. Sie verkriechen sich dann an abgelegenen Orten, um nach kurzer Zeit der Ruhe von neuem zu entlaufen.

Gegen die ihnen bekannten Personen benehmen sich die wutkranken Hunde oft freundlich, während sie fremde Personen und Tiere anfallen.

Sie beißen gewöhnlich andere Tiere und Menschen nur ein oder einige Male, worauf sie weiter laufen. Zuweilen ist aber die Beißwut so groß, daß der Hund auf alles, was ihm in den Weg kommt, losfährt und selbst in leblose Gegenstände sich mit den Zähnen eine Zeit lang festbeißt. Die meisten wutkranken Hunde sind schwer abzuwehren, weil sie sich gegen die gewöhnlichen Abwehrmittel unempfindlich zeigen.

Die Stimme ändert sich zu einem Mittelding zwischen Heulen und Bellen.

Es tritt Schwäche und Lähmung des Unterkiefers und des Hinterteils, sowie allmählich zunehmende Abmagerung des Körpers ein. Aus dem offen stehenden Maule fließt zäher Schleim.

Die Hunde ziehen sich nach dunklen Orten zurück oder verkriechen sich in ihren Behältern. Die Lähmung des Körpers nimmt zu und es erfolgt der Tod nach einer mittleren Krankheitsdauer von 5—7 Tagen.

Bei der „rasenden Wut" der Hunde treten unter den vorstehenden Erscheinungen besonders hervor: die große Unruhe, die Neigung zum öfteren Entlaufen, die große Beißsucht, das häufige eigentümliche Bellen und die kürzere Dauer der Krankheit.

Als wichtigste Symptome der „stillen Wut" sind bei Hunden bemerkenswert: Die Lähmung (Herabhängen) des Unterkiefers, Schwäche und Lähmung des Hinterteils, ein mehr ruhiges Verhalten, geringere Beißsucht und das Verkriechen an dunklen Orten.

Bei der Tollwut der Katzen ist ein ähnliches Verhalten und derselbe Krankheitsverlauf wie bei den Hunden zu beobachten. Die Tiere werden traurig und verschmähen die Aufnahme von Nahrungsmitteln. Die sonst vorhandene Furcht vor Strafen verschwindet; die wutkranken Katzen greifen andere Tiere und Menschen an und sind wegen ihrer heftigen Beißsucht besonders gefährlich.

Da die Tollwut, wie bemerkt, durch den Biß wutkranker Tiere, in erster Linie der Hunde und Katzen, auf den Menschen übertragen werden kann, liegt es im eigensten Interesse aller, die Hunde und Katzen besitzen oder in Verwahrung oder Pflege haben, sofort der zuständigen Polizeibehörde Anzeige zu machen, falls sicher festgestellt oder vermutet wird, daß die Tiere von einem wutkranken Tiere gebissen worden sind. Diese Vermutung liegt jedesmal vor, wenn eine unmittelbare Berührung mit wutkranken Hunden oder Katzen stattgefunden hat. Der förmliche Nachweis eines Bisses ist nicht erforderlich, da kleine, nicht blutende und deshalb gerade umso gefährlichere Bißwunden auf der behaarten Haut der Tiere häufig nicht aufzufinden sind. Eine Anzeige bei der Polizeibehörde muß seitens der vorgenannten Personen oder deren Stellvertreter sofort erfolgen, wenn bei Tieren Erscheinungen wahrgenommen werden, welche den Ausbruch der Tollwut befürchten lassen. Unterlassung dieser letzteren Anzeige wird gesetzlich bestraft.

Da die wirksame Bekämpfung der Tollwut nur durch genaue Beachtung aller polizeilich angeordneten Maßnahmen möglich ist, so werden die Polizeibehörden mit aller Strenge gegen etwaige Uebertretungen vorgehen.

Personen, die von wutkranken Tieren gebissen sind, wird dringend empfohlen, sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen und sich ungesäumt der Behandlung beim Königlichen Institut für Infektionskrankheiten in Berlin Nr. 39, Nordufer, zu unterziehen und nicht abzuwarten, bis von diesem Institut nach Untersuchung von Kadaverteilen der verdächtigen Tiere das Vorhandensein von Tollwut mit Sicherheit festgestellt worden ist

**Nr. 216 Bekanntmachung.**

Vom 1. Juni dieses Jahres ab wird das im Hauptzollamtsbezirke Kaldenkirchen belegene Nebenzollamt I. Klasse Rothenbach in ein Nebenzollamt II. Klasse umgewandelt. Bei der Umwandlung kommen alle der Amtsstelle bisher beigelegten besonderen Abfertigungsbefugnisse in Fortfall, mit Ausnahme der ihr auch weiterhin verbleibenden Befugnis zur Ausfuhrabfertigung von Getreide gegen Einfuhrschein.

Cöln, den 17. Mai 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

**Nr. 217 Bekanntmachung.**

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt, Münster, den 18. Mai 1905.

In dem heutigen Termine wurde in Gemäßheit der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 zur Vernichtung derjenigen ausgelosten 4 % und $3^1/_2$ % Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz geschritten, welche nach den von der Königlichen Direktion der Rentenbank aufgestellten Verzeichnissen vom 15. d. Mts. gegen Barzahlung zurückgegeben worden sind.

Nach diesen Verzeichnissen sind zur Vernichtung bestimmt:

I. 4% Rentenbriefe:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 96 Stück | Litt. A | à 3000 M. | = | 288000 M. |
| 2. | 43 " | " B | " 1500 " | = | 64500 " |
| 3. | 240 " | " C | " 300 " | = | 72000 " |
| 4. | 239 " | " D | " 75 " | = | 17925 " |
| Sa. | 618 Stück | über . . . . . . | | | 442425 M. |

buchstäblich: Sechshundert und achtzehn Stück Rentenbriefe über Vierhundert zwei und vierzig tausend vierhundert fünf und zwanzig Mark nebst den dazu gehörigen eintausend neunhundert vier und fünfzig Stück Zinskoupons und sechshundert und neunzehn Stück Talons;

II. $3^1/_2$ % Rentenbriefe aus den Terminen 1. April und 1. Oktober:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 1 Stück | Litt. L | über . . . | | 3000 M. |
| 2. | 1 " | " M | " . . . | | 1500 " |
| 3. | 2 " | " N | à 300 M. | = | 600 " |
| 4. | 5 " | " O | " 75 . | = | 375 " |
| 5. | 4 " | " P | " 30 M. | = | 120 " |
| Sa. | 13 Stück | über . . . . . . | | | 5595 M. |

buchstäblich: Dreizehn Stück Rentenbriefe über fünftausend fünfhundert fünf und neunzig Mark nebst den dazu gehörigen acht und sechszig Stück Zinsscheinen und dreizehn Stück Anweisungen;

III. $3^1/_2$ % Rentenbriefe aus den Terminen 1. Juli und 2. Januar:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 1 Stück | Litt. F | über . . . . | | 3000 M. |
| 2. | 2 " | " H | à 300 M. | = | 600 " |
| 3. | 4 " | " K | " 30 " | = | 120 " |
| Sa. | 7 Stück | über . . . . . . | | | 3720 M. |

buchstäblich: Sieben Stück Rentenbriefe über dreitausend siebenhundert und zwanzig Mark nebst den dazu gehörigen zwei und vierzig Stück Zinsscheinen und sieben Stück Anweisungen.

Sämtliche Papiere wurden nachgesehen, für richtig befunden und hierauf in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

gez.: Bredt. Freiherr von Los.
Jungeblodt. Pfeffer von Salomon.
Honert. Neuhaus, Notar,

wird nach Vorschrift des §. 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Münster, den 18. Mai 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

**Nr. 218 Bekanntmachung.**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April 1905 bis 30. September 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 Mark.

Nr. 74, 182, 253, 329, 527, 673, 755, 876, 943, 1084, 1207, 1261, 1417, 1509, 1557, 1632, 1683, 1752, 1805, 1862, 2010, 2024, 2041, 2197, 2249, 2264, 2279, 2290, 2322, 2388, 2406, 2502, 2541, 2557, 2604, 2663, 2699, 2717, 2746, 2836, 2896, 2948, 3027, 3152, 3336, 3509, 3513, 3709, 3728, 3746, 3859, 4004, 4013, 4497, 4512, 4540, 4555, 4667, 4690, 4691, 4764, 4772, 5066, 5142, 5274, 5380, 5429, 5446, 5652, 5698, 5725, 5736, 5794, 5848, 5865, 5869, 5995, 6024, 6029, 6120, 6157, 6199, 6220, 6238, 6289, 6430, 6477, 6527, 6536, 6758, 6782, 6815, 6875, 6936, 6979, 6992, 7055, 7061, 7488, 7600, 7610, 7722.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 Mark.

Nr. 247, 274, 408, 418, 502, 510, 547, 567, 603, 614, 660, 689, 748, 1003, 1040, 1052, 1155, 1379, 1565, 1714, 1742, 1804, 1912, 1945, 1971, 2068, 2132, 2168, 2236, 2263, 2315, 2376, 2423, 2444, 2480, 2569, 2621, 2781, 2835, 2847, 2999, 3196, 3249, 3297, 3331.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 Mark.

Nr. 107, 166, 225, 330, 335, 417, 471, 547, 669, 678, 761, 796, 849, 888, 959, 1030, 1031, 1047, 1134, 1320, 1455, 1491, 1539, 1541, 1660, 1803, 1808, 1820, 1908, 1960, 2201, 2208, 2250, 2358, 2453, 2492, 2575, 2642, 2656, 2681, 2786, 2846, 3152, 3170, 3171, 3269, 3304, 3491, 3664, 3677, 3704, 3738, 3883, 3908, 3993, 4004, 4040, 4206, 4263, 4326, 4428, 4566, 4687, 4738, 4928,

5037, 5140, 5188, 5310, 5386, 5388, 5577, 5689, 6057, 6350, 6459, 6461, 6649, 6929, 7248, 7366, 7375, 7411, 7488, 7497, 7527, 7689, 7742, 7778, 7840, 7899, 8052, 8090, 8370, 8424, 8441, 8529, 8601, 8777, 8806, 8930, 9050, 9208, 9315, 9331, 9338, 9391, 9415, 9469, 9470, 9560, 9592, 9745, 9757, 9760, 9811, 9822, 9978, 10092, 10116, 10224, 10318, 10366, 10372, 10377, 10396, 10454, 10604, 10680, 10737, 10786, 10814, 10826, 10830, 10875, 10877, 10962, 11010, 11097, 11172, 11197, 11491, 11499, 11508, 11574, 11647, 11709, 11799, 11892, 11964, 11977, 12010, 12029, 12055, 12142, 12249, 12251, 12261, 12297, 12301, 12348, 12360, 12368, 12462, 12510, 12539, 12632, 12646, 12656, 12719, 12762, 12879, 12976, 13067, 13089, 13146, 13209, 13249, 13413, 13732, 13742, 13764, 14062, 14126, 14202, 14333, 14428, 14461, 14497, 14521, 14576, 14631, 14710, 15159, 15242, 15313, 15710, 15744, 15766, 16003, 16072, 16290, 16337, 16344, 16441, 16492, 16633, 16957, 17181, 17545, 17564, 17569, 17584, 17778, 17786, 17816, 17876, 18014, 18030, 18117, 18120, 18146, 18199, 18404, 18539, 18543, 18610, 18654, 18668, 18720, 18746, 18772, 18953, 18957, 19008, 19104, 19167, 19225, 19241, 19273, 19420, 19434, 19469, 19477, 19501, 19619, 19667, 19729, 19734, 19780, 19809, 19813, 19846, 19878, 19907, 19938, 20017, 20076, 20185, 20226, 20267, 20318, 20329, 20330, 20331, 20333, 20354, 20373, 20383, 20412.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 Mark.

Nr. 15, 33, 94, 199, 238, 255, 258, 317, 412, 554, 600, 601, 652, 680, 756, 822, 1001, 1142, 1236, 1253, 1342, 1555, 1657, 1662, 1808, 1875, 1957, 2020, 2057, 2154, 2189, 2269, 2474, 2655, 2845, 2894, 3284, 3499, 3741, 3869, 3999, 4011, 4045, 4175, 4177, 4291, 4335, 4342, 4363, 4385, 4809, 4901, 5144, 5317, 5344, 5349, 5639, 5648, 5979, 6207, 6218, 6234, 6356, 6378, 6427, 6437, 6531, 6677, 6780, 6803, 6810, 6919, 7043, 7188, 7253, 7286, 7418, 7423, 7577, 7623, 7705, 7707, 7778, 7828, 7908, 7911, 7961, 8025, 8097, 8133, 8323, 8339, 8343, 8405, 8514, 8544, 8759, 8785, 8801, 8933, 8963, 9100, 9447, 9509, 9557, 9721, 10175, 10259, 10340, 10350, 10551, 10556, 10582, 10590, 10613, 10709, 10752, 10773, 10890, 10994, 10997, 11061, 11081, 11088, 11121, 11170, 11210, 11339, 11348, 11441, 11570, 11643, 11675, 11683, 11711, 11756, 11853, 11891, 11924, 11969, 12101, 12369, 12421, 12447, 12480, 12495, 12667, 12727, 12800, 12811, 12949, 13052, 13081, 13453, 13536, 13599, 13667, 13686, 13871, 14108, 14223, 14351, 14368, 14508, 14752, 14975, 15040, 15234, 15346, 15498, 15567, 15725, 15784, 15793, 15882, 16038, 16173, 16492, 16553, 16658, 16682, 16736, 16745, 16765, 16803, 16882, 16895, 16949, 16997, 17123, 17203, 17333, 17458, 17503, 17509, 17578, 17595, 17630, 17668, 17674, 17728, 17752, 17811, 17860, 17919, 17948, 17987, 18001, 18060, 18085, 18093, 18117, 18129, 18133, 18211, 18225, 18306, 18330, 18343, 18345, 18359, 18398, 18422, 18432, 18541, 18578, 18586, 18609, 18638, 18696, 18711, 18713, 18749, 18761, 18814, 18902, 18927, 18936, 18957, 18976, 18980, 19042, 19120, 19140, 19232, 19278, 19279, 19296, 19310, 19322, 19323, 19329, 19341, 19360, 19382, 19429, 19443, 19444, 19463, 19464, 19469, 19490, 19577.

II. 3½%. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz:

1. Litt. L à 3000 Mark.

Nr. 43, 150, 338, 342, 381, 420, 428, 473.

2. Litt. N à 300 Mark.

Nr. 328.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Oktober 1905 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinskoupons Zu I. Serie VII Nr. 15 und 16 nebst Talons; Zu II. Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4%. Rentenbriefe:

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.
b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987, 18555, 19050. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.
c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18162, 18296, 18661, 18867, 19262. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900, 12860.
d) 1. April 1900. Litt. A Nr. 7750. Litt. C Nr. 1882, 8759, 9424, 11203, 11998, 12036, 14536, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 4094, 5206, 6547, 7103, 7640, 8872, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305,

17468, 17695, 18080, 18136, 18312, 18451, 18607.

e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 5861, 5862, 6472, 9518, 10228, 14420, 16260, 17113, 17245, 17691, 18137, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.

f) 1. April 1901. Litt. A Nr. 947, 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572, 19577. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.

g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 4941, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 7175, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.

h) 1. April 1902. Litt. A Nr. 1410, 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 2122, 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 12726, 13637, 13678, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19492, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824, 19831. Litt. D Nr. 637, 1082, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825, 14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.

i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 2539, 3634, 4935, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 15621, 17677, 17698, 17878, 18255, 18304, 18418, 18428.

k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 5843, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3318, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16412, 16563, 17854, 18147, 18148, 18413, 18556, 18853, 18939, 19027.

2. $3^1/_2$%. Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.

b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

hierdurch aufgefordert, dieselben den gedachten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Der ausgeloste 4%. Rheinisch-Westfälische Rentenbrief Litt. D Nr. 13668 über 75 M. ist als kraftlos erklärt und der Nennwert gezahlt.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen A, B, C, D, L, M, N, O, P, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 219 Bekanntmachung.**

Bei der Posthilfstelle in Wirtzfeld ist der Telegraphenbetrieb eröffnet und in Hünningen und Housfeld sind Telegraphenhilfstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 20. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 220 Bekanntmachung.**

Bei der Posthilfstelle in Derichsweiler ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 16. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 221 Bekanntmachung.**

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Landstraße von Aachen nach Eupen zwischen km 3,8 und 4,9 liegt bei dem Telegraphenamt in Aachen aus.

Aachen, den 18. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 222** Die Verwaltung des durch das Ableben des Landes-Bauinspektors Hagemann erledigten Landes-Bauamts Aachen (Nord) ist dem Landes-Bauinspektor Schweitzer hierselbst übertragen worden.

Düsseldorf, den 13. Mai 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 223 Bekanntmachung.**

Nach §. 7 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz wird bekannt gemacht, daß im Rechnungsjahre 1904 an Ruhegehältern 178 589,70 M. gezahlt sind. Unter Hinzurechnung der für die Beschaffung dieses Betrages erwachsenen Zinsen sowie der Verwaltungskosten sind aufzubringen

184153 M. 70 Pfg.
Die umlagepflichtigen Gehälter haben betragen
4120177 M.,
so daß auf **jede Mark** der vorbezeichneten Gehälter rund 4,47 Pfg. entfallen.

Nach §. 16 der Satzungen müssen zur Bildung eines besonderen Reservefonds der Umlage 1 % des beitragspflichtigen Gehaltes zugeschlagen werden, sodaß 5,47 **Pfennig für jede Mark Diensteinkommen zur Erhebung gelangen müssen.**

Die Einforderung der hiernach von den Verbänden zu entrichtenden Beiträge wird mittels besonderer Anschreiben erfolgen.

Düsseldorf, den 19. Mai 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 224 Bekanntmachung,**
betreffend den in Bonn im Jahre 1905/1906 abzuhaltenden Turnkursus.

Auf Anordnung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten findet in Bonn unter Aufsicht des Universitäts-Kurators wiederum ein Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern statt.

Der Kursus wird am Montag, den 16. Oktober l. Js., beginnen und ungefähr 21 Wochen dauern. Die Teilnehmer verpflichten sich zur Ablegung der nächsten im Anschluß an den Kursus in Bonn abzuhaltenden Turnlehrer-Prüfung.

Zur Teilnahme werden zugelassen:
a) Bewerber, die bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben;
b) Studierende nach vollendetem dritten Semester.

Mit der Meldung, welche bis spätestens zum 20. August an das Universitäts-Kuratorium zu richten ist, sind von den Bewerbern vorzulegen:
a) ein Lebenslauf;
b) ein ärztliches Zeugnis darüber, daß der Körperzustand und die Gesundheit des Bewerbers dessen Ausbildung zum Turnlehrer gestatten
und c) **von Lehrern**: Zeugnisse über die Prüfungen und ein Zeugnis über die seitherige Wirksamkeit als Lehrer oder in dessen Ermangelung ein amtliches Führungszeugnis;
**von Studierenden**: ein Führungszeugnis seit Beginn des Studiums unter Bezeichnung der zurückgelegten Semesterzahl.

Die Lehrer haben ihre Meldung durch die vorgesetzte Behörde (Kreisschulinspektionen pp.) einzureichen.

Solchen dem preußischen Staatsverbande angehörenden Teilnehmern am Kursus, welche bereits eine Prüfung für das Lehramt bestanden haben, können in besonderen Fällen aus Zentralfonds mäßige Beihilfen gewährt werden, jedoch lediglich für den Unterhalt in Bonn, nicht aber zu den Kosten der Hin- und Rückreise, der Vertretung im Amte, des Unterhaltes der zurückbleibenden Familie pp. Darauf bezügliche begründete Gesuche sind nach der Zulassung dem Universitäts-Kuratorium alsbald einzureichen.

Bonn, den 20. Mai 1905.

Der Königliche Universitäts-Kurator.
Rottenburg.

**Nr. 225 Stadt Aachen.**
**Konvertierung 4%iger Anleihen und Kündigung der nicht konvertierten Stücke.**

Gemäß den an zuständiger Stelle genehmigten Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung setze ich den Zinsfuß der folgenden **4%**igen Anleihen der Stadt Aachen und der früheren Stadtgemeinde Burtscheid hiermit vom **1. Januar 1906** ab auf **3½%** (dreieinhalb Prozent) herab:
a) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 18. Februar 1884 (4. Ausgabe der Stadt Aachen vom 1. Juli 1884);**
b) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 25. Oktober 1878 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom 2. Januar 1879. Littr. A);**
c) Der **Anleihe auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 8. März 1886 (Ausgabe der Stadt Burtscheid vom 2. Januar 1887. II. Ausgabe. Buchstabe B).**

Die Inhaber der Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche sich mit der Zinsherabsetzung unter den nachstehenden Bedingungen einverstanden erklären, fordere ich auf,
**bis zum 31. Mai ds. Js. einschließlich**
die Anleihescheine nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und den über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheinen zum Zwecke der Umwandlung in 3½%ige
**der Stadtkasse Aachen**
**Rathaus (Eingang Katschhof) Zimmer 34**
einzureichen.

Die Anleihescheine der vorbezeichneten Anleihen, welche bis zum **31. Mai 1905 einschließlich** zur Abstempelung **nicht** vorgelegt worden sind, werden hiermit zum **1. Januar 1906** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Zeitpunkte ab ihre Verzinsung aufhört. Der Nennwert dieser gekündigten Anleihescheine wird vom 30. Dezember 1905 ab gegen Auslieferung der Scheine und der zugehörigen Zinsschein-Anweisungen sowie der über den 31. Dezember 1905 hinaus ausgegebenen Zinsscheine bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt. Für fehlende Zinsscheine wird deren Nennwert vom Kapital abgezogen.

**Bedingungen für die Konvertierung:**
1. Die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½% tritt mit dem **1. Januar 1906** ein; es ver-

bleibt den Inhabern der Anleihescheine also bis zum 31. **Dezember 1905** einschließlich der Zinsgenuß von 4%.

2. Die zur Konvertierung eingereichten Schuldverschreibungen werden mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Stempel versehen, an Stelle der eingereichten Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen dagegen neue Stücke ausgegeben. Für fehlende Zinsscheine ist der Nennwert in bar einzuzahlen.
3. Den Inhabern der bis zum 31. Mai 1905 zur Konvertierung eingereichten Anleihescheine wird eine **Konvertierungsprämie von 1% (einem Prozent) des Nennwertes der Anleihescheine** gewährt, welche bei Rückgabe der abgestempelten Scheine in bar bei der Stadtkasse Aachen ausgezahlt wird.
4. Bei Einreichung der Anleihescheine zur Abstempelung ist ein Nummer-Verzeichnis in doppelter Ausfertigung mitvorzulegen, eine Ausfertigung dieses Verzeichnisses wird mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben und dient als Ausweis für die spätere Erhebung der abgestempelten Anleihescheine und der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen. Vordrücke zu Nummer-Verzeichnissen werden bei der Stadtkasse Aachen kostenlos verabfolgt.
5. Der Zeitpunkt der Rückgabe der abgestempelten Anleihescheine und der Ausgabe der neuen Zinsscheine und Zinsschein-Anweisungen wird öffentlich bekannt gemacht.

Durch die Konvertierung und Kündigung wird die diesjährige planmäßige Tilgung der vorgenannten Anleihen nicht berührt.

Aachen, den 12. April 1905.

Der Oberbürgermeister.
Veltman.

**Nr. 226 Personal-Nachrichten.**

Der Herr Oberpräsident hat den Bürgermeistereisekretär Karl Josef Hermanns in Merzenich widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Merzenich im Kreise Düren umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Dem Apotheker Heinrich Feuth ist die Genehmigung zur Fortführung der von seinem Vater übernommenen Apotheke in Gangelt erteilt worden.

Dem Königlichen Gewerbeassessor Ernst Schmidt in Berlin ist vom 1. Juni dieses Jahres ab die kommissarische Verwaltung der Königlichen Gewerbe-Inspektion Aachen I in Aachen übertragen worden.

Dem Königlichen Gewerbe-Inspektor für Aachen I, Gewerberat Müller in Aachen, ist vom 1. Juni d. Js. ab die kommissarische Verwaltung der Regierungs- und Gewerberatsstelle bei der Königlichen Regierung in Minden übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 21.

---

Die **nächste Nummer** des Amtsblattes mit Öffentlichem Anzeiger gelangt wegen des Festes Christi-Himmelfahrt bereits am **Mittwoch, den 31. d. M.,** zur Ausgabe.

Bekanntmachungen pp. für diese Wochennummer können nur dann in dieselbe Aufnahme finden, wenn sie bis **spätestens** am vorhergehenden **Montag hier zur Vorlage gebracht sind.**

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 24. Ausgegeben zu Aachen, Mittwoch, den 31. Mai 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 227** Das 20. Stück enthält unter Nr. 3131: Bekanntmachung, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken. Vom 5. Mai 1905. Unter Nr. 3132: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München 1905. Vom 7. Mai 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 228** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten $3^1/_2$ prozentigen Staatsanleihe von** 1885 und die Zinsscheine Reihe II Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten 3 prozentigen Staatsanleihe von 1895, 1896, 1898** über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1915 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 6. März 1905 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Für jede Anleihe ist ein besonderes Verzeichnis aufzustellen. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 1. März 1905.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Hoffmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 229 Polizeiverordnung,**
**betr. Verhütung von Waldbränden.**

Auf Grund der §§. 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird mi-

Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen verordnet, was folgt:

§. 1. §. 42 der Polizeiverordnung vom 18. Juli 1883 (Extra-Beilage zu Stück 32 des Amtsblattes für 1883 S. 5) erhält folgende Fassung:

In der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober einschließlich ist das Rauchen im Walde außerhalb der öffentlichen mit Seitengräben versehenen Fahrwege verboten.

§. 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Aachen, den 31. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 230 Bekanntmachung.**

Auf Grund des §. 19 des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft Rhein und Mosel in Straßburg von uns unter die Zahl derjenigen Feuerversicherungs-Anstalten aufgenommen worden ist, bei welchen rentenpflichtige Gebäude der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz gegen Feuersgefahr versichert werden dürfen.

Münster, den 19. Mai 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz
und die Provinz Hessen-Nassau.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 231 Bekanntmachung.**

Auf Grund des §. 3 der Satzungen für die Ruhegehaltskasse der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz vom $\frac{\text{18. März 1901}}{\text{8. April 1903}}$ wird bekannt gemacht, daß im Rechnungsjahre 1904 an Ruhegehältern 445 237,55 Mark gezahlt sind. Unter Hinzurechnung der für die Beschaffung dieses Betrages enstandenen Zinsen und der Verwaltungskosten einerseits und unter Anrechnung der Nacherhebungen gemäß §. 8 der Satzungen andererseits sind aufzubringen

452 507 Mark 47 Pfg.

Die umlagepflichtigen Gehälter haben nach dem Stande vom Monat April 1904 betragen

6 121 187 Mark.

Mithin berechnet sich der für das genannte Rechnungsjahr zur vorgenannten Ruhegehaltskasse zu leistende Beitrag für jede Mark des umlagepflichtigen Diensteinkommens auf rund 7,4 Pfennig.

Die Einforderung der hiernach von den einzelnen Bürgermeistereien zu entrichtenden Beiträge wird mittels besonderer Anschreiben erfolgen.

Düsseldorf, den 25. Mai 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 22.

---

## Druckfehler-Berichtigung.

In der im Amtsblatt Stück 23 auf Seite 131 unter Nr. 212 abgedruckten Polizeiverordnung, betreffend die Kennzeichnung der Lastfuhrwerke, befindet sich insofern ein Druckfehler, als es im §. 1 Zeile 2/3 nicht **„Bewachen"**, sondern **„Bewohnen"** heißen muß.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 25. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 8. Juni 1905.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Adressierung der Feldpostsendungen nach Deutsch-Südwestafrika.**

**Nr. 232** Nach den Wahrnehmungen der beteiligten Postanstalten werden die Postsendungen an die mobilen Truppen in Deutsch-Südwestafrika vielfach mit unrichtiger oder ungenauer Aufschrift versehen. Dies hat zur Folge, daß die Feldpostsendungen häufig mit erheblicher Verzögerung in die Hände der Empfänger gelangen, weil wegen der mangelhaften Aufschriften die Empfänger beim Postamt in Windhuk erst durch das zeitraubende Nachschlagen in den Listen der Schutztruppen-Angehörigen ermittelt werden müssen. Solche Verzögerungen machen sich bei der ohnehin langen Beförderungszeit besonders fühlbar.

Das Publikum wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Feldpostsendungen auf eine unaufgehaltene Beförderung nur dann gerechnet werden kann, wenn die Sendungen mit genauer und richtiger Aufschrift, wozu die Angabe des Truppenteils und der Kompagnie, Batterie usw. gehört, versehen werden. Die alleinige Angabe „Schutztruppe Südwestafrika" genügt keinesfalls.

Berlin W. 66, den 31. Mai 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 233** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des Vinzenzvereins — Abteilung Jugendfürsorge — in Cöln die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für ein in der Nähe von Aachen zu errichtendes Krüppelheim in diesem Jahre eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen und Cöln abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im hiesigen Bezirke sind folgende Personen beauftragt worden:
1. Bäreus, Peter, Mainzerstr. 19, zu Cöln;
2. Günther, Jakob, Annastr. 86, zu Cöln;
3. Lande, Carl, in Aachen-Burtscheid, Krugenofen 61;
4. Lohe, Victor, Mauritiuswall 94, zu Cöln;
5. Jacobs, Heinrich, in Aachen, Büchel 33;
6. Linz, Hubert, in Aachen, Peterstr. 59.

Diese werden nur dort tätig sein, wo nicht zuverlässige Ortsangehörige und den Einwohnern bekannte freiwillige Sammler und Sammlerinnen — Geistliche, Mitglieder des Vinzenzvereins usw. — sich zur Ausführung der Sammlung bereit finden.

Aachen, den 31. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 234** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Mai 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen-Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 5 | 7 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 10 | 11 |

Aachen, den 5. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 235** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | 20 | 18 | 20 | — | — | 17 | 10 | 16 | 10 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 18 | 45 | 18 | 10 | — | — | 16 | 40 | 16 | 05 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 77 | 17 | 27 | — | — | 15 | 41 | 14 | 41 | — | — | 16 | 66 | 15 | 66 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 80 | 17 | 30 | — | — | 15 | 40 | 14 | 90 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | 22 | — | — | — | — | — | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 17 | 50 | 17 | — | 16 | — | 15 | — | 14 | 50 | 14 | — |
| Jülich . . . | 17 | 70 | 17 | 20 | 16 | 70 | 15 | 43 | 14 | 93 | 14 | 43 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 17 | 50 | 16 | 50 | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 82 | — | — | — | — | 16 | 45 | — | — | — | — | 15 | 04 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 5 | 50 | 132 | 50 | 1 | 60 | 1 | 20 | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | 50 | 4 | 50 | — | — | — | — |
| 4 | 45 | 8 | 43 | 109 | 50 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 24 | 3 | 99 | — | — | — | — |
| — | — | 8 | 20 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 90 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | 12 | 4 | 14 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 | — | 126 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 20 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 6 | 20 | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 42 | 3 | 90 | — | — | — | — |
| 4 | — | 7 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 80 | 3 | — | — | — | — | — |
| 4 | 16 | 7 | 39 | 122 | — | 1 | 56 | 1 | 36 | 1 | 66 | 1 | 54 | 1 | 54 | 1 | 58 | 2 | 26 | 3 | 87 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

…ebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Mai 1905.

…reise:

| …Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | 30 | 14 | 95 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 | 55 | 14 | 80 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 7 | 30 | 6 | — |
| 16<br>14 | 80<br>96 | 14 | 46 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 7 | 02 | 7<br>5 | 35<br>24 |
| 16<br>14 | 01<br>10 | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 5<br>4 | 70<br>60 |
| 16<br>15 | 81<br>50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 29 | — | 38 | — | — | — | 8 | — | 5<br>— | 04<br>— |
| 17 | 50 | 17 | — | 16 | 50 | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 9 | — | 5 | — |
| 18<br>14 | 38<br>85 | 14 | 35 | 13 | 85 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 8 | — | 5<br>4 | 25<br>60 |
| [illegible]<br>— | 75<br>— | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 9 | — | 4<br>— | 88<br>— |
| 5 | 50 | 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 5 | — | 5 | — |
| 5 | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 69 | 33 | 64 | 42 | 40 | 7 | 54 | 5 | 07 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Mai 1905:

| Mehl …r Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafergrütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| …eizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| … | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 24 | — | 36 | — | 40 | — | 35 | — | 50 | — | 50 | — | 50 | 2 | 30 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 45 | — | 34 | — | 53 | — | 54 | — | 48 | 2 | 41 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 60 | — | 15 |

…als höchste Tagespreise des Monats Mai 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des …schlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter …Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide …ändischen Ursprungs.

Aachen, den 5. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 236 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April 1905 bis 30. September 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 Mark.

Nr. 74, 182, 253, 329, 527, 673, 755, 876, 943, 1084, 1207, 1261, 1417, 1509, 1557, 1632, 1683, 1752, 1805, 1862, 2010, 2024, 2041, 2197, 2249, 2264, 2279, 2290, 2322, 2388, 2406, 2502, 2541, 2557, 2604, 2663, 2699, 2717, 2746, 2836, 2896, 2948, 3027, 3152, 3336, 3509, 3513, 3709, 3728, 3746, 3859, 4004, 4013, 4497, 4512, 4540, 4555, 4667, 4690, 4691, 4764, 4772, 5066, 5142, 5274, 5380, 5429, 5446, 5652, 5698, 5725, 5736, 5794, 5848, 5865, 5869, 5995, 6024, 6029, 6120, 6157, 6199, 6220, 6238, 6289, 6430, 6477, 6527, 6536, 6758, 6782, 6815, 6875, 6936, 6979, 6992, 7055, 7061, 7488, 7600, 7610, 7722.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 Mark.

Nr. 247, 274, 408, 418, 502, 510, 547, 567, 603, 614, 660, 689, 748, 1003, 1040, 1052, 1155, 1379, 1565, 1714, 1742, 1804, 1912, 1945, 1971, 2068, 2132, 2168, 2236, 2263, 2315, 2376, 2423, 2444, 2480, 2569, 2621, 2781, 2835, 2847, 2999, 3196, 3249, 3297, 3331.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 Mark.

Nr. 107, 166, 225, 330, 335, 417, 471, 547, 669, 678, 761, 796, 849, 888, 959, 1030, 1031, 1047, 1134, 1320, 1455, 1491, 1539, 1541, 1660, 1803, 1808, 1820, 1908, 1960, 2201, 2208, 2250, 2358, 2453, 2492, 2575, 2642, 2656, 2681, 2786, 2846, 3152, 3170, 3171, 3269, 3304, 3491, 3664, 3677, 3704, 3738, 3883, 3908, 3993, 4004, 4040, 4206, 4263, 4326, 4428, 4566, 4687, 4738, 4928, 5037, 5140, 5188, 5310, 5386, 5388, 5577, 5689, 6057, 6350, 6459, 6461, 6649, 6929, 7248, 7366, 7375, 7411, 7488, 7497, 7527, 7689, 7742, 7778, 7840, 7899, 8052, 8090, 8370, 8424, 8441, 8529, 8601, 8777, 8806, 8930, 9050, 9208, 9315, 9331, 9338, 9391, 9415, 9469, 9470, 9560, 9592, 9745, 9757, 9760, 9811, 9822, 9978, 10092, 10116, 10224, 10318, 10366, 10372, 10377, 10396, 10454, 10604, 10680, 10737, 10786, 10814, 10826, 10830, 10875, 10877, 10962, 11010, 11097, 11172, 11197, 11491, 11499, 11508, 11574, 11647, 11709, 11799, 11892, 11964, 11977, 12010, 12029, 12055, 12142, 12249, 12251, 12261, 12297, 12301, 12348, 12360, 12368, 12462, 12510, 12539, 12632, 12646, 12656, 12719, 12762, 12879, 12976, 13067, 13089, 13146, 13209, 13249, 13413, 13732, 13742, 13764, 14062, 14126, 14202, 14333, 14428, 14461, 14497, 14521, 14576, 14631, 14710, 15159, 15242, 15313, 15710, 15744, 15766, 16003, 16072, 16290, 16337, 16344, 16441, 16492, 16633, 16957, 17181, 17545, 17564, 17569, 17584, 17778, 17786, 17816, 17876, 18014, 18030, 18117, 18120, 18146, 18199, 18404, 18539, 18543, 18610, 18654, 18668, 18720, 18746, 18772, 18953, 18957, 19008, 19104, 19167, 19225, 19241, 19273, 19420, 19434, 19469, 19477, 19501, 19619, 19667, 19729, 19734, 19780, 19809, 19813, 19846, 19878, 19907, 19938, 20017, 20076, 20185, 20226, 20267, 20318, 20329, 20330, 20331, 20333, 20354, 20373, 20383, 20412.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 Mark.

Nr. 15, 33, 94, 199, 238, 255, 258, 317, 412, 554, 600, 601, 652, 680, 756, 822, 1001, 1142, 1236, 1253, 1342, 1555, 1657, 1662, 1808, 1875, 1957, 2020, 2057, 2154, 2189, 2269, 2474, 2655, 2845, 2894, 3284, 3499, 3741, 3869, 3999, 4011, 4045, 4175, 4177, 4291, 4335, 4342, 4363, 4385, 4809, 4901, 5144, 5317, 5344, 5349, 5639, 5648, 5979, 6207, 6218, 6234, 6356, 6378, 6427, 6437, 6531, 6677, 6780, 6803, 6810, 6919, 7043, 7188, 7253, 7286, 7418, 7423, 7577, 7623, 7705, 7707, 7778, 7828, 7908, 7911, 7961, 8025, 8097, 8133, 8323, 8339, 8343, 8405, 8514, 8544, 8759, 8785, 8801, 8933, 8963, 9100, 9447, 9509, 9557, 9721, 10175, 10259, 10340, 10350, 10551, 10556, 10582, 10590, 10613, 10709, 10752, 10773, 10890, 10994, 10997, 11061, 11081, 11088, 11121, 11170, 11210, 11339, 11348, 11441, 11570, 11643, 11675, 11683, 11711, 11756, 11853, 11891, 11924, 11969, 12101, 12369, 12421, 12447, 12480, 12495, 12667, 12727, 12800, 12811, 12949, 13052, 13081, 13453, 13536, 13599, 13667, 13686, 13871, 14108, 14223, 14351, 14368, 14508, 14752, 14975, 15040, 15234, 15346, 15498, 15567, 15725, 15784, 15793, 15882, 16038, 16173, 16492, 16553, 16658, 16682, 16736, 16745, 16765, 16803, 16882, 16895, 16949, 16997, 17123, 17203, 17333, 17458, 17503, 17509, 17578, 17595, 17630, 17668, 17674, 17728, 17752, 17811, 17860, 17919, 17948, 17987, 18001, 18060, 18085, 18093, 18117, 18129, 18133, 18211, 18225, 18306, 18330, 18343, 18345, 18359, 18398, 18422, 18432, 18541, 18578, 18586, 18609, 18638, 18696, 18711, 18713, 18749, 18761, 18814, 18902, 18927, 18936, 18957, 18976, 18980, 19042, 19120, 19140, 19232, 19278, 19279, 19296, 19310, 19322, 19323, 19329, 19341, 19360, 19382, 19429, 19443, 19444, 19463, 19464, 19469, 19490, 19577.

II. $3\frac{1}{2}$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz:

1. Litt. L à 3000 Mark.

Nr. 43, 150, 338, 342, 381, 420, 428, 473.

2. Litt. N à 300 Mark.

Nr. 328.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsun vom 1. Oktober 1905 ab aufhört, werden den In habern derselben mit der Aufforderung gekünd

den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinskoupons Zu I. Serie VII Nr. 15 und 16 nebst Talons; Zu II. Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4%. Rentenbriefe:

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.
b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987, 18555, 19050. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.
c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18162, 18296, 18661, 18867, 19262. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900, 12860.
d) 1. April 1900. Litt. A Nr. 7750. Litt. C Nr. 1882, 8759, 9424, 11203, 11998, 12036, 14536, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 4094, 5206, 6547, 7103, 7640, 8872, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305, 17468, 17695, 18080, 18136, 18312, 18451, 18607.
e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 5861, 5862, 6472, 9518, 10228, 14420, 16260, 17113, 17245, 17691, 18137, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.
f) 1. April 1901. Litt A Nr. 947, 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572, 19577. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.
g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 4941, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 7175, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.
h) 1. April 1902. Litt. A Nr. 1410, 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 2122, 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 12726, 13637, 13678, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19492, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824, 19831. Litt. D Nr. 637, 1082, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825, 14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.
i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 2539, 3634, 4935, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 15621, 17677, 17698, 17878, 18255, 18304, 18418, 18428.
k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 5843, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3318, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16412, 16563, 17854, 18147, 18148, 18413, 18556, 18853, 18939, 19027.

2. $3^1/_2$%. Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.
b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

hierdurch aufgefordert, dieselben den gedachten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Der ausgeloste 4%. Rheinisch-Westfälische Rentenbrief Litt. D Nr. 13668 über 75 M. ist als kraftlos erklärt und der Nennwert gezahlt.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen A, B, C, D, L, M, N, O, P, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz
die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachung anderer Behörden.

**Nr. 237 Bekanntmachung.**

Bei den Posthilfsstellen in Weyer (Kr. Schlei und Holzheim (Kr. Schleiden) ist der Telegrap

betrieb eröffnet, in Bergheim (Kr. Schleiden) ist eine Telegraphenhilfsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 29. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 238 Bekanntmachung.**

Bei der Posthilfsstelle in Heistern (Kr. Düren) ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 27. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 239 Bekanntmachung.**

Bei der Postagentur in Lucherberg (Bz. Aachen) ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 29. Mai 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 240** In den Vorschriften des Rheinischen Provinzialverbandes für die Ausführung der Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 12. Februar bezw. 14./15. Mai 1901 bezw. 11. März 1904 erhalten folgende Fassung:

§. 3, Ziffer 5:

„5. Ärztliche Gesundheitsbescheinigung nach einem von dem Landeshauptmann festzustellenden Muster."

§. 6, Absatz 1, Satz 1:

„Die Zöglinge müssen bei der Überführung gehörig gereinigt und frei von Ungeziefer sein, widrigenfalls die Reinigung auf Kosten des verpflichteten Ortsarmenverbandes nachträglich vorgenommen werden wird."

§. 7, neuer Absatz 2:

„Maßgebend für die Verpflichtung ist der Zeitpunkt der Überführung des Zöglings, und in den Fällen, in welchen ein bereits vorläufig untergebrachter Minderjähriger bei Beginn der Fürsorgeerziehung in der Familie oder Anstalt belassen wird, der Zeitpunkt, zu welchem der Überweisungsbeschluß rechtskräftig geworden ist."

Die vorstehende Änderung ist von den zuständigen Herren Ministern unter dem 26. April 1905 genehmigt worden.

Düsseldorf, den 31. Mai 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 241** Die Wahllisten für die Neuwahlen der Mitglieder und Stellvertreter der Ärztekammer der Rheinprovinz und der Hohenzollern'schen Lande für den Regierungsbezirk Aachen liegen in der Zeit vom 16. bis 30. Juni d. Js. in dem Amtslokale der Landrats- bezw. Bürgermeister-Ämter jedes Kreises auf.

Einwendungen gegen die Liste sind unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigungen innerhalb 14 Tagen nach beendeter Auslegung der Listen bei dem Vorsitzenden der Ärztekammer, Geheimen Sanitätsrat Professor Dr. Lent in Cöln anzubringen. Gegen die hierauf ergehende Entscheidung findet innerhalb 14 Tagen Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz statt, welche endgiltig ist.

Cöln, den 2. Juni 1905.

Der Vorstand
der Ärztekammer der Rheinprovinz und der Hohenzollern'schen Lande.

**Nr. 242 Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Immerath die Geschäfte des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Holzweiler im Kreise Erkelenz dem Gemeindevorsteher Hubert Schlick in Holzweiler widerruflich übertragen.

Dem Apotheker Dr. phil. Otto Probst in Gemünd ist die Konzession zur Fortführung der Filialapotheke in Urft für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis zum 1. Juli 1906 mit der Maßgabe erteilt worden, daß die Konzession erlischt, sobald die Vollapotheke in Urft zu einem früheren Zeitpunkte eingerichtet sein sollte.

Nachdem der Ehrenbürgermeister der Landbürgermeisterei Dreiborn im Kreise Schleiden, Freiherr von Harff, gestorben ist, ist mit der einstweiligen Verwaltung der Bürgermeisterei der Bürgermeisterei-Anwärter Richard Wiersteiner aus Coblenz-Neuendorf beauftragt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Katharina Karhausen bei der katholischen Volksschule zu Merkstein, Kreis Aachen (Land);
2. Adele Heinrichs bei der katholischen Volksschule zu Rath, Kreis Erkelenz.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 23.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 26. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 15. Juni 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 243** Das 21. Stück enthält unter Nr. 3133: Zusatzvertrag zum Handels- nnd Zollvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz vom 10. Dezember 1891. Vom 12. November 1904. Unter Nr. 3134: Bekanntmachung, betreffend die Erweiterung des Rayons für die Küstenbefestigung bei Wilhelmshaven. Vom 8. Mai 1905. Unter Nr. 3135: Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 15. Mai 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 244** Das 18. Stück enthält unter Nr. 10603: Allerhöchster Erlaß vom 15. April 1905, betreffend den Rang der Oberwachtmeister der Landgendarmerie. Unter Nr. 10604: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Eltville, Hachenburg, Idstein, Königstein, Langenschwalbach und Wallmerod. Vom 18. Mai 1905. Unter Nr. 10605: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Homburg v. d. Höhe. Vom 20. Mai 1905. Das 19. Stück enthält unter Nr. 10606: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Alt-Landsberg und Lichtenberg. Vom 10 Mai 1905. Unter Nr. 10607: Gesetz, betreffend die Abänderung der Amtsgerichtsbezirke Czarnikau, Filehne und Schönlanke. Vom 10. Mai 1905. Unter Nr. 10608: Allerhöchster Erlaß vom 24. April 1905, betreffend die künftige Bezeichnung des statistischen Bureaus in Berlin.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 245** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 28. Mai 1902 (Amtsbl. S. 162) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich die dem Stadtsekretär Wirth in Stolberg erteilte Ermächtigung zur Bescheinigung des Aushanges der standesamtlichen Aufgebote widerrufen habe.

Aachen, den 6. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 246** Auf Grund des §. 1 des Gesetzes zum Schutz des Genfer Neutralitätszeichens vom 22. März 1902 (R.-G.-Bl. S. 125) hat der Vaterländische Frauenverein für den Kreis Jülich in Jülich die Erlaubnis erhalten, das Rote Kreuz auf weißem Grunde zu führen.

Aachen, den 7. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 247** **Bekanntmachung.**

Lei der Posthilfstelle in Zingsheim ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 10. Juni 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 248** Auf Grund des §. 4 der Allgemeinen Vorschriften für die Markscheider im Preußischen Staate vom 21. Dezember 1871 bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß der konzessionierte Markscheider Ludger Mintrop sich in Aachen niedergelassen hat.

Bonn, den 8. Juni 1905.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 249** **Personal-Nachrichten.**

Der Oberbürgermeister Mooren in Eupen scheidet mit Ablauf seiner Amtsperiode — am 14 Juni d. Js. — mit Pension aus dem Amte.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten

Erlaß vom 25. Mai d. Js. infolge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Eupen getroffenen Wahl den bisherigen besoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Oppeln, Dr. juris Josef Rütgers, als Bürgermeister der Stadt Eupen für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren zu bestätigen geruht.

Des Königs Majestät haben den Regierungsassessor Grafen von der Goltz zum Regierungsrat zu ernennen geruht.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Magdalena Haasen bei der katholischen Volksschule zu Coerrenzig, Kreis Erkelenz;
2. Maria Hambückers bei der katholischen Volksschule zu Kempen, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
3. Klara Wintrich bei der katholischen Volksschule zu Stockheim, Kreis Düren, mit Juli d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 24.

---

Die **nächste Nummer** des Amtsblattes mit Öffentlichem Anzeiger gelangt wegen des Festes Frohnleichnam bereits am **Mittwoch, den 21. d. M.,** zur Ausgabe.

Bekanntmachungen pp. für diese Wochennummer können nur dann in dieselbe Aufnahme finden, wenn sie bis **spätestens** am vorhergehenden **Montag hier zur Vorlage gebracht sind.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 27. Ausgegeben zu Aachen, Mittwoch, den 21. Juni 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 250** Das 22. Stück enthält unter Nr. 3136: Zusatzvertrag zum Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 6. Dezember 1891. Vom 3. Dezember 1904. Das 23. Stück enthält unter Nr. 3137: Bekanntmachung, betreffend den internationalen Verband zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Vom 3. Juni 1905. Das 24. Stück enthält unter Nr. 3138: Gesetz, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes. Vom 5. Juni 1905. Unter Nr. 3139: Gesetz, betreffend Änderungen der Zivilprozeßordnung. Vom 5. Juni 1905. Das 25. Stück enthält unter Nr. 3140: Gesetz über die Bildung deutscher Kommunalverbände in den Konsulargerichtsbezirken. Vom 3. Juni 1905. Unter Nr. 3141: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Nr. XXXVa in Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 8. Juni 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 251** **Bekanntmachung.**

**Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs.**

Von der im Jahre 1895 in zweiter Ausgabe erschienenen, im Kursbureau des Reichs-Postamts bearbeiteten Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs in 20 Blättern (Maßstab 1 : 450000) wird gegenwärtig eine neue (dritte) Ausgabe veranstaltet. Auf der Karte sind sämtliche Post- und Telegraphenanstalten, die Eisenbahnstationen, die bestehenden Postverbindungen und Eisenbahnlinien, sowie alle Kunststraßen und diejenigen nicht kunstmäßig ausgebauten Landstraßen, welche jederzeit fahrbar sind, unter Angabe der Entfernungen zwischen den einzelnen in Betracht kommenden Orten nach dem jetzigen Stande enthalten.

Die Ausgabe erfolgt nach und nach, je nach Fertigstellung der einzelnen Blätter. Zuerst werden die Blätter V und X Anfang Juli, die Blätter IV und IX etwa 2 Monate später erscheinen. Es umfassen:

die Blätter V und X die ganze Provinz Ostpreußen und die anschließenden Teile von Rußland,

das Blatt IV den nordöstlichen Teil von Pommern und den nordwestlichen Teil von Westpreußen (von Schivelbein bis Elbing),

das Blatt IX den größten Teil der Provinz Posen nebst Teilen der angrenzenden Provinzen (von Glogau bis Marienwerder).

Der Verlag der Karte ist dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W. 35, Potsdamerstraße 110) übertragen, von welchem die Karte zum Preise von 2 M. für das unausgemalte Blatt und von 2 M. 25 Pf. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen im Wege des Buchhandels zu beziehen ist. Der Preis der ganzen Karte beträgt 35 M. für das unausgemalte und 40 M. für das ausgemalte Exemplar.

Berlin W. 66, den 10. Juni 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage.
Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 252** Das von der **Preußischen Zentral-Genossenschafts-Kasse** herausgegebene **Jahr- und Adreßbuch der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Deutschen Reiche** für 1905 (2. Jahrgang) ist in Carl Heymann's Verlag in Berlin erschienen und im Buchhandel zum Preise von 2 M., postfrei 2,30 M., zu beziehen.

Aachen, den 13. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 253** Das nachstehende Verzeichnis der in den preußischen Grenzgemeinden gemäß der Konvention vom 7. Februar 1873 (R.-G.-Bl. Nr. 9) zur Ausübung der Praxis berechtigten belgischen

Medizinal- und Veterinärpersonen wird hiermit bekannt gemacht.

Liége.

Bragard, H., docteur en médecine, à Aubel.
Deleval, R., docteur en médecine, à Aubel.
Gillet, E., docteur en médecine, à Aubel.
Lejeune, M., sage-femme, à Aubel.
Ruwet, M., sage-femme, à Aubel
Lonhienne, A., médecin vétérinaire, à Aubel.
Wertz, J., médecin vétérinaire, à Aubel.
Keutgen, G., docteur en médecine, à Dolhain.
Thimus, O., docteur en médecine, à Dolhain.
Guinotte, B., docteur en médecine, à Dolhain.
Gillissen, J., docteur en médecine, à Dolhain.
Radermercker, C, sage-femme, à Dolhain.
Demoulin, O., sage-femme, à Dolhain.
Conradt, A., médecine vétérinaire, à Limbourg.
Warsage, J., docteur en médecine, à Henri-Chapelle.
Liecops, E., docteur en médecine, à Montzen.
Crémer, G., sage-femme, à Montzen.
Xhonneux, J., docteur en médecine, à Montzen.
Dumoulin, G., médecine vétérinaire, à Montzen.
Broeders, V., docteur en médecine, à Montzen.
Renardy, E., docteur en médecine, à Sippenaeken.
Majeres, M., docteur en médecine, à Stavelot.
Schuind, J., docteur en médecine, à Stavelot.
Hardy, O., docteur en médecine, à Stavelot.
Otte, P., docteur en médecine, à Stavelot.
Bière, M. épouse Auguste, sage-femme, à Stavelot.
Noël, A., sage-femme, à Stavelot.
Lepourceau, J., médecin vétérinaire, à Stavelot.
Dubois, E., médecin vétérinaire, à Stavelot.
Henfling, G„ docteur en médecine, à Welkenraedt.
Marchal, F., épouse Pirlot, sage-femme, à Welkenraedt.
Teller, H., épouse Lejeune, sage-femme, à Welkenraedt.
Nyssen, F., docteur en médecine, à Welkenraedt.

Luxembourg.

Bernard, G.-J., docteur en médecine, à Beho.
Lomry, P., docteur en médecine, à Courtil (Bovigny).
Scheurette, L.-J.. docteur en médecine, à Gouvy (Limerlé).
Brédo, E., épouse Chevolet, sage-femme, à Grand-Halleux.
Noël, Alice, sage-femme, à Grand-Halleux.
Noël, Astérie, sage-femme, à Grand-Halleux.
Maréchal, J.-F.-P., docteur en médecine, à Houffalize.
Etienne, A., docteur en médecine, à Houffalize.
Liégeois, A., médecin vétérinaire, à Houffalize.
Bonboir, M., épouse Léonard, sage-femme, à Houffalize.
Boset, E., docteur en médecine, à Limerlé.
Legros, A, docteur en médecine, à Viel-Salm.
Tilman, E., docteur en médecine, à Viel-Salm
Michaux, L, docteur en médecine, à Viel-Salm.
Boubert, E., veuve Lamberty, sage-femme, à Viel-Salm.
Rausens, A., médecin vétérinaire, à Viel-Salm.

Aachen, den 15. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Nr. 254 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 15. Juni 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 2 |
| desgl. | Düren | 5 | 7 |
| desgl. | Erkelenz | 1 | 1 |
| desgl. | Eupen | 2 | 3 |
| desgl. | Jülich | 10 | 14 |

Aachen, den 16. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Nr. 255 Bekanntmachung, betreffend Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.

Als Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge sind
1. dem Regierungsbezirk Schleswig weiter die Nummern 1000 bis 1999,
2. dem Regierungsbezirk Stade weiter die Nummern 2001 bis 2200,
3. dem Regierungsbezirk Oppeln weiter die Nummern 2901 bis 3200

überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903 — Amtsblatt S. 152 —.)

Aachen, den 9. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Nr. 256 Bekanntmachung. Auslosung von Rentenbriefen.

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April 1905 bis 30. September 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 % Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 Mark.

Nr. 74, 182, 253, 329, 527, 673, 755, 876, 943, 1084, 1207, 1261, 1417, 1509, 1557, 1632, 1683, 1752, 1805, 1862, 2010, 2024, 2041, 2197, 2249, 2264, 2279, 2290, 2322, 2388, 2406, 2502, 2541, 2557, 2604, 2663, 2699, 2717, 2746, 2836, 2896, 2948, 3027, 3152, 3336, 3509, 3513, 3709, 3728, 3746, 3859, 4004, 4013, 4497, 4512, 4540, 4555,

4667, 4690, 4691, 4764, 4772, 5066, 5142, 5274, 5380, 5429, 5446, 5652, 5698, 5725, 5736, 5794, 5848, 5865, 5869, 5995, 6024, 6029, 6120, 6157, 6199, 6220, 6238, 6289, 6430, 6477, 6527, 6536, 6758, 6782, 6815, 6875, 6936, 6979, 6992, 7055, 7061, 7488, 7600, 7610, 7722.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 Mark.

Nr. 247, 274, 408, 418, 502, 510, 547, 567, 603, 614, 660, 689, 748, 1003, 1040, 1052, 1155, 1379, 1565, 1714, 1742, 1804, 1912, 1945, 1971, 2068, 2132, 2168, 2236, 2263, 2315, 2376, 2423, 2444, 2480, 2569, 2621, 2781, 2835, 2847, 2999, 3196, 3249, 3297, 3331.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 Mark.

Nr. 107, 166, 225, 330, 335, 417, 471, 547, 669, 678, 761, 796, 849, 888, 959, 1030, 1031, 1047, 1134, 1320, 1455, 1491, 1539, 1541, 1660, 1803, 1808, 1820, 1908, 1960, 2201, 2208, 2250, 2358, 2453, 2492, 2575, 2642, 2656, 2681, 2786, 2846, 3152, 3170, 3171, 3269, 3304, 3491, 3664, 3677, 3704, 3738, 3883, 3908, 3993, 4004, 4040, 4206, 4263, 4326, 4428, 4566, 4687, 4738, 4928, 5037, 5140, 5188, 5310, 5386, 5388, 5577, 5689, 6057, 6350, 6459, 6461, 6649, 6929, 7248, 7366, 7375, 7411, 7488, 7497, 7527, 7689, 7742, 7778, 7840, 7899, 8052, 8090, 8370, 8424, 8441, 8529, 8601, 8777, 8806, 8930, 9050, 9208, 9315, 9331, 9338, 9391, 9415, 9469, 9470, 9560, 9592, 9745, 9757, 9760, 9811, 9822, 9978, 10092, 10116, 10224, 10318, 10366, 10372, 10377, 10396, 10454, 10604, 10680, 10737, 10786, 10814, 10826, 10830, 10875, 10877, 10962, 11010, 11097, 11172, 11197, 11491, 11499, 11508, 11574, 11647, 11709, 11799, 11892, 11964, 11977, 12010, 12029, 12055, 12142, 12249, 12251, 12261, 12297, 12301, 12348, 12360, 12368, 12462, 12510, 12539, 12632, 12646, 12656, 12719, 12762, 12879, 12976, 13067, 13089, 13146, 13209, 13249, 13413, 13732, 13742, 13764, 14062, 14126, 14202, 14333, 14428, 14461, 14497, 14521, 14576, 14631, 14710, 15159, 15242, 15313, 15710, 15744, 15766, 16003, 16072, 16290, 16337, 16344, 16441, 16492, 16633, 16957, 17181, 17545, 17564, 17569, 17584, 17778, 17786, 17816, 17876, 18014, 18030, 18117, 18120, 18146, 18199, 18404, 18539, 18543, 18610, 18654, 18668, 18720, 18746, 18772, 18953, 18957, 19008, 19104, 19167, 19225, 19241, 19273, 19420, 19434, 19469, 19477, 19501, 19619, 19667, 19729, 19734, 19780, 19809, 19813, 19846, 19878, 19907, 19938, 20017, 20076, 20185, 20226, 20267, 20318, 20329, 20330, 20331, 20333, 20354, 20373, 20383, 20412.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 Mark.

Nr. 15, 33, 94, 199, 238, 255, 258, 317, 412, 554, 600, 601, 652, 680, 756, 822, 1001, 1142, 1236, 1253, 1342, 1555, 1657, 1662, 1808, 1875, 1957, 2020, 2057, 2154, 2189, 2269, 2474, 2655, 2845, 2894, 3284, 3499, 3741, 3869, 3999, 4011, 4045, 4175, 4177, 4291, 4335, 4342, 4363, 4385, 4809, 4901, 5144, 5317, 5344, 5349, 5639, 5648. 5979, 6207, 6218, 6234, 6356, 6378, 6427, 6437, 6531, 6677, 6780, 6803, 6810, 6919, 7043, 7188, 7253, 7286, 7418, 7423, 7577, 7623, 7705, 7707, 7778, 7828, 7908, 7911, 7961, 8025, 8097, 8133, 8323, 8339, 8343, 8405, 8514, 8544, 8759, 8785, 8801, 8933, 8963, 9100, 9447, 9509, 9557, 9721, 10175, 10259, 10340, 10350, 10551, 10556, 10582, 10590, 10613, 10709, 10752, 10773, 10890, 10994, 10997, 11061, 11081, 11088, 11121, 11170, 11210, 11339, 11348, 11441, 11570, 11643, 11675, 11683, 11711, 11756, 11853, 11891, 11924, 11969, 12101, 12369, 12421, 12447, 12480, 12495, 12667, 12727, 12800, 12811, 12949, 13052, 13081, 13453, 13536, 13599, 13667, 13686, 13871, 14108, 14223, 14351, 14368, 14508, 14752, 14975, 15040, 15234, 15346, 15498, 15567, 15725, 15784, 15793, 15882, 16038, 16173, 16492, 16553, 16658, 16682, 16736, 16745, 16765, 16803, 16882, 16895, 16949, 16997, 17123, 17203, 17333, 17458, 17503, 17509, 17578, 17595, 17630, 17668, 17674, 17728, 17752, 17811, 17860, 17919, 17948, 17987, 18001, 18060, 18085, 18093, 18117, 18129, 18133, 18211, 18225, 18306, 18330, 18343, 18345, 18359, 18398, 18422, 18432, 18541, 18578, 18586, 18609, 18638, 18696, 18711, 18713, 18749, 18761, 18814, 18902, 18927, 18936, 18957, 18976, 18980, 19042, 19120, 19140, 19232, 19278, 19279, 19296, 19310, 19322, 19323, 19329, 19341, 19360, 19382, 19429, 19443, 19444, 19463, 19464, 19469, 19490, 19577.

II. $3^1/_2$%. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz:

1. Litt. L à 3000 Mark.

Nr. 43, 150, 338, 342, 381, 420, 428, 473.

2. Litt. N à 300 Mark.

Nr. 328.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Oktober 1905 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinskoupons Zu I. Serie VII Nr. 15 und 16 nebst Talons; Zu II. Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1905 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages

auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4%. Rentenbriefe:

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.
b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987, 18555, 19050. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.
c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18162, 18296, 18661, 18867, 19262. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900, 12860.
d) 1. April 1900. Litt. A Nr. 7750. Litt. C Nr. 1882, 8759, 9424, 11203, 11998, 12036, 14536, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 4094, 5206, 6547, 7103, 7640, 8872, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305, 17468, 17695, 18080, 18136, 18312, 18451, 18607.
e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 5861, 5862, 6472, 9518, 10228, 14420, 16260, 17113, 17245, 17691, 18137, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.
f) 1. April 1901. Litt A Nr. 947, 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572, 19577. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.
g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 4941, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 7175, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.
h) 1. April 1902. Litt. A Nr. 1410, 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 2122, 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 12726, 13637, 13678, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19492, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824, 19831. Litt. D Nr. 637, 1082, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825, 14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.
i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 2539, 3634, 4935, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 15621, 17677, 17698, 17878, 18255, 18304, 18418, 18428.
k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 5843, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3318, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16412, 16563, 17854, 18147, 18148, 18413, 18556, 18853, 18939, 19027.

2. 3½%. Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.
b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

hierdurch aufgefordert, dieselben den gedachten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Der ausgeloste 4%. Rheinisch-Westfälische Rentenbrief Litt. D Nr. 13668 über 75 M. ist als kraftlos erklärt und der Nennwert gezahlt.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen A, B, C, D, L, M, N, O, P, durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 257** Auf Grund des §. 19 des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft „Helvetia" in St. Gallen von uns unter die Zahl derjenigen Feuerversicherungs-Anstalten aufgenommen worden ist, bei welchen rentenpflichtige Gebäude der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz gegen Feuersgefahr versichert werden dürfen.

Münster, den 10. Juni 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 25.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 28. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 29. Juni 1905.



### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 258** Das 20. Stück enthält unter Nr. 10609: Staatsvertrag zwischen der Königlich Preußischen und der Herzoglich Anhaltischen Regierung über die Ausschulung der im Herzogtum Anhalt gelegenen Landgemeinde Kleinmöhlau aus dem Königlich Preußischen Schulverbande Großmöhlau. Vom 12. August 1904. Unter Nr. 10610: Bekanntmachung der Ministerialerklärung vom 22. Januar 1905 zu dem zwischen der Königlich Preußischen und der Herzoglich-Anhaltischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag über die Ausschulung der Anhaltischen Landgemeinde Kleinmöhlau aus dem Schulverbande mit der preußischen Gemeinde Großmöhlau vom 12. August 1904. Vom 31. Mai 1905. Unter Nr. 10611: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Adenau. Vom 7. Juni 1905. Das 21. Stück enthält unter Nr. 10612: Gesetz, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Beteiligung des Staates an dem Baue von Kleinbahnen. Vom 6. Juni 1905. Das 22. Stück enthält unter Nr. 10613: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Köslin, Kolberg und Körlin. Vom 15. Juni 1905 Unter Nr. 10614: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Cochem, Mayen und Zell a. d. Mosel. Vom 15. Juni 1905. Unter Nr. 10615: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg, Ems, Herborn, Nastätten, Rüdesheim, Usingen, Wallmerod und Wiesbaden. Vom 20. Juni 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 259** **Bekanntmachung.**

Einführung des Postanweisungsdienstes mit Mexiko.

Vom 1. Juli ab sind im Verkehr mit Mexiko Postanweisungen in der Richtung aus Deutschland bis zu 200 M. und in umgekehrter Richtung bis zu 100 Pesos zulässig. Bei der Einzahlung in Deutschland sind die Beträge auf den Postanweisungen in der Markwährung anzugeben. Die Auszahlung in Mexiko erfolgt in der Landeswährung unter Zugrundelegung des beim Eingange der deutschen Überweisungsliste in der Stadt Mexiko geltenden Wechselkurses. Zu schriftlichen Mitteilungen an die Empfänger dürfen die Postanweisungs-Abschnitte nicht benutzt werden. Die Taxe beträgt 20 Pf. für je 20 M. des eingezahlten Betrags.

Telegraphische Postanweisungen sind im Verkehr mit Mexiko nicht zulässig.

Berlin W. 66, den 17. Juni 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage.
Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 260** Die jährlich abzuhaltende Hauskollekte zur Unterstützung dürftiger evangelischer Gemeinden der Rheinprovinz wird durch die zu diesem Zwecke von den Presbyterien zu wählenden Mitglieder im Laufe des Monats August dieses Jahres abgehalten werden.

Die aufkommenden Erträge sind an die Königlichen Kreiskassen abzuliefern. Die letzteren werden hiermit beauftragt, die Gelder anzunehmen und unter Beachtung der in der Rundverfügung vom 26. Januar 1878 I 1784 II gegebenen Vorschriften an die Königliche Regierungs-Hauptkasse abzuliefern.

Aachen, den 27. Juni 1905.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 261** Auf Grund des §. 7 der Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen vom 30. April 1905 (Amtsblatt Seite 111) wird der Ingenieur A. Rogge in Cöln als Sachverständiger widerruflich dazu ermächtigt, die Prüfungen der Bierausschank- und Abfüllvor-

richtungen im Regierungsbezirke Aachen vorzunehmen und Bescheinigungen über die erfolgte Prüfung auszustellen.

Aachen, den 23. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 262** Auf Grund des §. 7 der Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen vom 30. April 1905 (Amtsblatt Seite 111) wird der Ingenieur E. Greven in Düsseldorf als Sachverständiger widerruflich dazu ermächtigt, die Prüfungen der Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen im Regierungsbezirke Aachen vorzunehmen und Bescheinigungen über die erfolgte Prüfung auszustellen.

Aachen, den 23. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 263** Die nachstehende Übersicht von dem Fonds der Elementarlehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Aachen für 1904 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Einnahme.

| | | | |
|---|---|---|---|
| I. Bestand aus 1903 . . . | — M. | — Pfg. | |
| II. Einnahmen: | | | |
| 1. Beiträge | | | |
| a) der Kassenmitglieder | 529 M. | 50 Pfg. | |
| b) der Gemeinden . . | 9144 „ | 68 „ | |
| 2. Kapitalablagen . . . | 43375 „ | 76 „ | |
| 3. Kapitalzinsen . . . . | 17029 „ | 95 „ | |
| Summe der Einnahme . | 70079 M. | 89 Pfg. | |

Ausgabe.

| | | |
|---|---|---|
| I. Pensionen: | | |
| a) der Lehrerwitwen . | 31615 M. | 66 Pfg. |
| b) der Waisenfamilien . | 1250 „ | 67 „ |
| II. Kapitalanlagen . . . | 37200 „ | — „ |
| III. Sonstige Ausgaben . . | 13 „ | 56 „ |
| Summe der Ausgabe . | 70079 M. | 89 Pfg. |

Abschluß.

| | |
|---|---|
| Einnahme . . | 70079,89 M. |
| Ausgabe . . | 70079,89 M. |

Vermögensnachweis der Kasse:

| | | |
|---|---|---|
| 1. Hypotheken-Darlehen . | 210900 M. | — Pfg. |
| 2. Staatsschuldbuchforderungen zu $3^{1}/_{2}$% . | 200400 „ | — „ |
| 3. Einlage bei der Spar- und Darlehnskasse des Landkreises Aachen . . . . | 12777 „ | 85 „ |
| Summe . . | 424077 M. | 85 Pfg. |

Die Zahl der sämtlichen im Regierungsbezirke Aachen im Rechnungsjahre 1904 vorhandenen Lehrerwitwen, welche Pensionen bezogen haben, beträgt . . . . . . . . 130,
die der Waisenfamilien . . . . . . . 5.

Von den Witwen sind im Laufe des Rechnungsjahres gestorben bezw. haben sich wieder verheiratet . . . . . . . . . . . 6.

Aachen, den 16. Juni 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

**Nr. 264** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf

Montag, den 2. Oktober d. Js.

festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor der Anstalt, Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 58.

Aachen, den 14. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 265** Bei der am 8. d. Mts. in Gegenwart eines Königlichen Notars stattgehabten Auslosung der vormals Hannoverschen 4 prozentigen Staatsschuldverschreibungen **Litera S** zur Tilgung für das Rechnungsjahr 1905 sind die folgenden Nummern gezogen worden:

Nr. 64, 193, 416, 483, 644, 684 über je 1000 Tlr. Gold und Nr. 704, 774, 826, 934, 936, 964, 1049, 1301, 1346, 1433, 1576, 1681, 1731, 1755, 1827, 1985 über je 500 Tlr. Gold.

Diese werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1906 zur baren Rückzahlung gekündigt.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen lauten auf Gold, deren Rückzahlung wird in Reichswährung nach den Bestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Außerkurssetzung der Landes-Goldmünzen &c. (Reichsanzeiger Nr. 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanzministers vom 17. März 1874 (Reichsanzeiger Nr. 68, Position 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 15. Dezember d. J. ab gegen Quittung und Einlieferung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen an den Geschäftstagen bei der Regierungs-Hauptkasse hierselbst, von 9 bis 12 Uhr vormittags, ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämtlichen übrigen Regierungs-Hauptkassen, bei der Staatsschuldentilgungskasse in Berlin, sowie bei der Kreiskasse in Frankfurt a. M. geschehen. Zu dem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer dieser Kassen einzureichen. Nach erfolgter Feststellung durch die hiesige Regie

rungshauptkasse wird die Auszahlung von den ersteren Kassen bewirkt werden.

Die Einsendung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und Zinsscheinen mit oder ohne Wertangabe muß portofrei geschehen.

Sollte die Abforderung des gekündigten Kapitals bis zum Fälligkeitstermine nicht erfolgen, so tritt dasselbe von dem gedachten Zeitpunkte ab zum Nachteile der Gläubiger außer Verzinsung.

Hannover, den 14. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung:
Humperdinck.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 266** Der Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Aachen hält während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. Js. Ferien. Während derselben werden Termine mit mündlicher Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Aachen, den 28. Juni 1905.

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses.
J. V.: Malmros.

**Nr. 267** **Bekanntmachung.**

In den Forsthäusern Silberberg und Stritterhof sind Telegraphenhilfstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 17. Juni 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 268** **Personal-Nachrichten.**

Der Herr Oberpräsident hat den Bürgermeister Hubert Schmitz in Blankenheim widerruflich zum Standesbeamten der die Landbürgermeistereien Blankenheim, Dollendorf und Lommersdorf umfassenden Standesamtsbezirke ernannt und die Ernennung des Bürgermeisters a. D. Johann Josef Waffong in Blankenheim zum Standesbeamten dieser Bezirke widerrufen.

Der Katasterhilfszeichner Straßer in Cöln ist zum Katasterzeichner ernannt und ihm die bei dem Katasteramte St. Vith neu errichtete Katasterzeichnerstelle vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Der Katasterzeichner Apel in Eschweiler ist zum 1. Juli d. Js. in die bei dem Katasteramte Bielefeld II zu errichtende neue Katasterzeichnerstelle, und der Katasterzeichner Zirden in St. Johann zu dem gleichen Zeitpunkte in die bei dem Katasteramte in Eschweiler frei gewordene Katasterzeichnerstelle berufen worden.

Der Katasterhilfszeichner Schilder in Düsseldorf ist zum Katasterzeichner ernannt und ihm die bei dem Katasteramte Aachen II neu zu errichtende Katasterzeichnerstelle vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Dupont in Malmedy ist vom 1. Juli d. Js. ab nach Bonn versetzt und der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Hähn in Waxweiler von demselben Zeitpunkte ab mit der Verwaltung des Katasteramtes Malmedy beauftragt worden.

Der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Broll in Düren ist zum 1. Juli d. Js. auf seinen Antrag in den Ruhestand, der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Hecker von demselben Zeitpunkte ab von Geilenkirchen nach Düren versetzt und mit der Verwaltung des Katasteramtes Düren I beauftragt worden, während dem Katasterlandmesser Simons in Cassel unter Ernennung zum Katasterkontrolleur von dem gleichen Tage ab die Verwaltung des Katasteramtes Geilenkirchen übertragen worden ist.

Der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Lerner in Aachen ist auf seinen Antrag zum 1. Juli d. Js. in den Ruhestand versetzt und der Katasterlandmesser Mews mit der kommissarischen Verwaltung des Katasteramtes Aachen II beauftragt worden.

Der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Forder in Eschweiler ist nach Aachen versetzt und vom 1. September d. Js. ab mit der Verwaltung des Katasteramtes Aachen II beauftragt worden. Der bisher in der Geheimen Kalkulatur II des Finanzministeriums beschäftigt gewesene Katasterkontrolleur Lang hat von dem gleichen Tage ab die Verwaltung des Katasteramtes Eschweiler zu übernehmen.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Prummern den Küster und Organisten Arnold Jansen in Loverich zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Gemeinde Puffendorf im Kreise Geilenkirchen ernannt.

Versetzt ist: Gerichts-Assessor Dr. Meimberg von Remagen nach Simmern; Landmesser Henze von Düsseldorf nach Eitorf.

Ernannt ist: Der Bote Ahrens bei der General-Kommission zu Düsseldorf zum Botenmeister.

Bestanden haben die Spezialkommissions-Bureau-Diätare Karguth zu Eitorf, Siegfried zu Prüm und Wahl zu Düsseldorf die Prüfung zum Generalkommissions-Sekretär.

Verstorben ist: Landmesser Bartelt zu Düren.

Angenommen ist der Landmesser Reichenbach zur vorübergehenden Beschäftigung.

Dem Apotheker Eduard Sturm ist die Genehmigung zur Übernahme und Fortführung der von ihm käuflich erworbenen Hirschapotheke in

Erkelenz (Vorbesitzer Dr. Ludwig Hoeren) erteilt worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Beigeordneten und Ackerer Peter Josef Weckmann in Blumenthal widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Udenbreth im Kreise Schleiden umfassenden Standesamtsbezirkes ernannt.

Der Schulamtsbewerberin Emma Schattke aus Elberfeld, z. Zt. in Roedingen, Kreis Jülich, ist auf Grund der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Übernahme einer Hauslehrerinnenstelle im hiesigen Regierungsbezirk erteilt worden.

Dem Apotheker Walter Hoffmann ist die Verwaltung der Witwe Merlo'schen Apotheke in Aachen übertragen worden.

Des Königs Majestät haben den Regierungsassessor Schrader zum Regierungsrat zu ernennen geruht.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 26.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 29. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 6. Juli 1905.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 269** Das 27. Stück enthält unter Nr. 3144: Bekanntmachung über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Chinas zu den auf der Haager Friedenskonferenz am 29. Juli 1899 unterzeichneten Abkommen und Erklärungen. Vom 15. Juni 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 270** Das 23. Stück enthält unter Nr. 10616: Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend die Dienstbezüge der Kreistierärzte, vom 24. Juli 1904 (Gesetz-Samml. S. 169). Vom 25. Juni 1905. Unter Nr. 10617: Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Veterinärbeamten. Vom 25. Juni 1905. Unter Nr. 10618: Allerhöchster Erlaß vom 14. Juni 1905, betreffend die Rangstellung des Präsidenten der Justizprüfungskommission. Unter Nr. 10619: Allerhöchster Erlaß vom 23. Juni 1905, betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 6. Juni d. Js. (Gesetz-Samml. S. 237) vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien. Unter Nr. 10620: Allerhöchster Erlaß vom 25. Juni 1905, betreffend den Rang der etatsmäßigen Lehrer der tierärztlichen Hochschulen sowie der Departements- und Kreistierärzte. Unter Nr. 10621: Tarif für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten. Vom 15. Juni 1905. Das 24. Stück enthält unter Nr. 10622: Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Essen. Vom 21. Juni 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 271** Die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbste 1905 in Berlin abzuhalten ist, wird Ende November 1905 an einem noch festzusetzenden Tage beginnen.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Oktober 1905, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Oktober 1905 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. Oktober 1905 einzureichen. Ist der Aufenthaltsort der Bewerberin zur Zeit ihrer Meldung nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 entsprechen und mit den im §. 4 derselben vorgeschriebenen Schriftstücken ordnungsmäßig versehen sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein. Auf zuverlässige Feststellung der gesundheitlichen Befähigung für den Beruf einer Turnlehrerin ist besonderes Gewicht zu legen.

**Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.**

Berlin, den 21. Juni 1905.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: von Bremen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 272** Der Herr Oberpräsident hat dem Pfarrer Paolo Calvino in Lugano die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Waldenserkirche in Italien bei einzelnen evangelischen Freunden der Sache in den größeren Städten der Rheinprovinz im Laufe dieses Jahres Beiträge einzusammeln.

Calvino hat sich vor Beginn der Sammlung unter Vorzeigung der Erlaubnis bei der Ortspolizeibehörde der betreffenden Stadt zu melden.

Aachen, den 28. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 273** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | I. A. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 19 | 50 | 18 | 50 | — | — | 17 | 50 | 16 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 18 | 75 | 18 | 25 | — | — | 17 | — | 16 | 50 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 94 | 17 | 44 | — | — | 16 | 24 | 15 | 24 | — | — | 16 | 50 | 15 | 50 | — | — |
| Erkelenz . . | 18 | 20 | 17 | 70 | — | — | 16 | 10 | 15 | 60 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 18 | — | — | — | — | — | 17 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 17 | 75 | 17 | 25 | 16 | 25 | 15 | 25 | 14 | 75 | 14 | 25 |
| Jülich . . . | 18 | — | 17 | 50 | 17 | — | 16 | 10 | 15 | 60 | 15 | 10 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 18 | — | 17 | 50 | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 41 | — | — | — | — | 16 | 88 | — | — | — | — | 15 | 06 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh | | Heu | | Fleisch | | | | | | | | | | | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krumm- | | | | Rind- | | | | | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | | | | | | | | | | |
| | | | | im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 6 | — | 140 | — | 1 | 65 | 1 | 20 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 48 | 4 | 65 | — | — | — | — |
| 4 | 66 | 8 | 40 | 109 | 50 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 13 | 4 | 54 | — | — | — | — |
| — | — | 7 | 16 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 30 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 20 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 | — | 124 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 20 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | 6 | 10 | — | — | 2 | — | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 75 | 2 | 37 | 4 | 35 | — | — | — | — |
| 4 | — | 7 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 80 | 3 | 50 | — | — | — | — |
| 4 | 22 | 7 | 28 | 123 | 38 | 1 | 61 | 1 | 36 | 1 | 70 | 1 | 54 | 1 | 54 | 1 | 64 | 2 | 24 | 4 | 23 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Juni 1905.

Preise:

| Getreide: Hafer gut M. | Pf. | Hafer mittel M. | Pf. | Hafer gering M. | Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Pf. | Bohnen (weiße) M. | Pf. | Linsen M. | Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Pf. | Stroh Richt- M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 16 | 75 | 15 | 25 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 16 (16) | — (80) | 15 | 25 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 10 | 13 | 6 (7) | — (35) |
| 15 (16) | 33 (20) | 14 | 83 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 98 | 5 (6) | 46 (00) |
| 14 (15) | 50 (75) | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 4 (5) | 60 (04) |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 38 | — | — | — | 6 | — | — | — |
| 17 (18) | 50 (80) | 17 | — | 16 | 50 | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 10 | — | 5 (5) | — (20) |
| 15 (16) | 50 (20) | 15 | — | 14 | 50 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 6 | 50 | 4 (4) | 60 (88) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 9 | — | — | — |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 5 | — |
| 15 | 83 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 56 | 33 | 64 | 42 | 40 | 7 | 51 | 5 | 11 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Juni 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Pf. | Roggen M. | Pf. | Gersten: Graupen M. | Pf. | Grütze M. | Pf. | Buchweizengrütze M. | Pf. | Hafer-Grütze M. | Pf. | Hirse M. | Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Pf. | Kaffee: Java (mittel) roh M. | Pf. | Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Pf. | Speisesalz M. | Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Pf. | Schwarzbrot M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 24 | — | 36 | — | 40 | — | 35 | — | 50 | — | 50 | — | 50 | 2 | 30 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 45 | — | 34 | — | 53 | — | 54 | — | 48 | 2 | 41 | 2 | 99 | — | 21 | 1 | 63 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Juni 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 4. Juli 1905. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 274** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 30. Juni 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen-Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 5 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 1 | 1 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 9 | 10 |

Aachen, den 3. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 275** Behufs Erwerbung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste werden im September d. Js. Prüfungstermine abgehalten werden, deren Bekanntmachung demnächst erfolgen wird.

Zugelassen werden Angehörige des Deutschen Reichs, welche in der Zeit **vom 1. Januar 1886 bis 1. August 1888** geboren und nach den §§. 25 und 26 der Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 **im Regierungsbezirke Aachen gestellungspflichtig** sind. Die Zulassung von später Geborenen darf nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Ersatzbehörde dritter Instanz erfolgen, wenn es sich um einen kurzen Zeitraum handelt.

Die Meldungen sind **bis zum 1. August d. Js.** bei der unterzeichneten Kommission einzureichen und denselben **im Original** beizufügen:

1. ein Geburtszeugnis;
2. die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen Dienstes die Kosten des Unterhalts mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung von dem Bewerber getragen werden sollen; statt dieser Erklärung genügt diejenige des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichte und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürge.

   Die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters und des Dritten sowie die Fähigkeit des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten zur Bestreitung der Kosten ist obrigkeitlich zu bescheinigen. Übernimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, **sofern er nicht schon kraft Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet ist**, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.
3. ein Unbescholtenheitszeugnis, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

Ist die Erteilung eines Unbescholtenheitszeugnisses wegen erfolgter Bestrafung versagt und ist aus der Art des Vergehens und der dabei in Betracht kommenden Nebenumstände unter gleichzeitiger Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Betreffenden Anlaß zu einer milderen Beurteilung gegeben, auch die sonstige Führung des Bestraften eine gute gewesen, so kann er durch die Ersatzbehörde dritter Instanz von Beibringung des Unbescholtenheitszeugnisses befreit werden.

In dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen (der lateinischen, griechischen, französischen oder englischen Sprache) der sich Meldende geprüft sein will und ferner ob, wie oft und wo er sich der Prüfung vor einer Prüfungskommission bereits unterzogen hat.

Auch hat der sich Meldende einen **selbstgeschriebenen Lebenslauf** beizufügen.

Von dem Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung dürfen durch die Ersatzbehörden dritter Instanz entbunden werden:

a) junge Leute, welche sich in einem Zweige der Wissenschaft oder Kunst oder in einer anderen dem Gemeinwesen zugute kommenden Tätigkeit besonders auszeichnen;
b) kunstverständige oder mechanische Arbeiter, welche in der Art ihrer Tätigkeit hervorragendes leisten;
c) zu Kunstleistungen angestellte Mitglieder landesherrlicher Bühnen.

Personen, welche auf eine derartige Berücksichtigung Anspruch machen, haben ihrer Meldung die erforderlichen amtlich beglaubigten Zeugnisse beizufügen und gleichzeitig mit der Meldung auch die **kunstverständigen oder mechanischen Arbeiten, durch welche der Beweis für ihre hervorragende Leistungsfähigkeit erbracht werden soll, an die zuständige Ersatz-Kommission einzureichen.**

Dieselben sind nur einer Prüfung in den Elementarkenntnissen unterworfen, nach deren Ausfall die

Ersatzbehörde dritter Instanz entscheidet, ob der Berechtigungsschein zu erteilen ist oder nicht.

**Die in hiesiger Stadt wohnenden jungen Leute haben bei der Anmeldung genau Straße und Hausnummer ihrer Wohnung anzugeben.**

Aachen, den 2. Juli 1905.

Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Der Vorsitzende.
J. V.:
Reinecke, Regierungsrat.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 276** In Dorsel ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 1. Juli 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 277 Die Königliche Maschinenbau- und Hüttenschule zu Duisburg**

eröffnet am 4. Oktober d. Js. in ihren beiden Abteilungen:

1. Maschinenbauschule für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Kesselschmiede und ähnliche Gewerbetreibende;
2. Hüttenschule für Eisen- und Metallhüttenleute und -Gießer, Arbeiter von Kokereien, Glashütten, Cementfabriken und der chemischen Großindustrie

einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Staatseisenbahnbeamten zu den „anerkannten Fachschulen", deren Reifezeugnisse für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Vergünstigungen gewähren: Nur die Reifeprüfungen der von der Staatseisenbahnverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse. (§. 37,4 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die Letzteren haben eintretendenfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Reifezeugnis einer nicht anerkannten Fachschule besitzen. — Min.-Erlaß vom 23. Mai 1900. —

Duisburg, den 1. Juli 1905.

Der Direktor.
Barthel.

**Nr. 278 Personal-Nachrichten.**

Ernannt sind: Der Postpraktikant Schmitz in Aachen zum Ober-Postpraktikanten, der Postassistent Arens in Aachen zum Postsekretär; versetzt ist der Postsekretär Hirtz von Aachen nach Düren (Rhld.); angestellt der Postassistent Rieber aus Düsseldorf in Aachen.

Endgültig angestellt ist vom 1. Juli d. Js. ab der seither einstweilig tätige Lehrer Ernst Böhle bei der katholischen Volksschule zu Brachelen-Unterdorf, Kreis Geilenkirchen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 27.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 30. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 13. Juli 1905.



### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 279** Auf Ihren Bericht vom 20. Juni d. Js. bestimme Ich, daß bei der demnächstigen Ausführung der in dem Gesetze vom 6. Juni d. Js., betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Beteiligung des Staates an dem Baue von Kleinbahnen im §. 1 unter I vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien und der unter II vorgesehenen Herstellung einer zweigleisigen Verbindung zwischen den Eisenbahnlinien Cöln—Bonn und Cöln (Kalk)—Troisdorf die Leitung des Baues und demnächst auch des Betriebes: A. der Eisenbahnen: 1. von Egerfeld nach Summin der Eisenbahndirektion zu Kattowitz, 2. von Schmentau nach Riesenburg und von Bütow nach Rummelsburg i. Pomm. der Eisenbahndirektion zu Danzig, 3. von Schwerte nach Dortmunderfeld nebst Gleisverbindung nach der Strecke Schwerte—Langschede der Eisenbahndirektion zu Essen a. R., 4. von Johannisburg nach Dlottowen und von Ortelsburg nach Bischofsburg (Rothfließ) der Eisenbahndirektion zu Königsberg i. Pr., 5. von (Öls) Groß-Graben nach Ostrowo und von Grätz nach Posen der Eisenbahndirektion zu Posen, 6. von Ottmachau nach Prieborn und von Lähn nach Löwenberg i. Schl. der Eisenbahndirektion zu Breslau, 7. von Jastrow nach Tempelburg (Bahnhof) und von Landsberg a. W. nach Soldin der Eisenbahndirektion zu Bromberg, 8. von Jasenitz nach Groß-Ziegenort der Eisenbahndirektion zu Stettin, 9. von Eichicht nach Lobenstein i. Reuß und von Mühlhausen i. Thür. nach Treffurt der Eisenbahndirektion zu Erfurt, 10. von Bleicherode nach Herzberg der Eisenbahndirektion zu Cassel, 11. von Zeven nach Bremervörde und von Nienburg a. W. nach Rahden der Eisenbahndirektion zu Hannover, 12. von Iserlohn nach Schwerte der Eisenbahndirektion zu Elberfeld, 13. von Westerburg nach Montabaur der Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M., 14. von Jülich nach Dalheim i. d. Rheinprovinz und von Seifen i. Westerwald nach Linz a. Rh. der Eisenbahndirektion zu Cöln; B. der zweigleisigen Verbindung zwischen den Eisenbahnlinien Cöln—Bonn und Cöln (Kalk)—Troisdorf der Eisenbahndirektion zu Cöln übertragen wird. Zugleich bestimme Ich, daß das Recht zur Enteignung und dauernden Beschränkung derjenigen Grundstücke, die zur Bauausführung nach den von Ihnen festzustellenden Plänen notwendig sind, nach den gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden soll: 1. für die im §. 1 unter I a 1 bis 3 und unter I b 1 bis 10 und 12 bis 19 des oben erwähnten Gesetzes aufgeführten neuen Eisenbahnen und 2. für die im §. 1 unter II a. a. O. vorgesehene Herstellung einer zweigleisigen Verbindung zwischen den Eisenbahnlinien Cöln—Bonn und Cöln (Kalk)—Troisdorf mit Überbrückung des Rheins. Dieser Erlaß ist in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen.

Kiel, den 23. Juni 1905.

(gez.) **Wilhelm R.**

gegengez. v. Budde.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 280** **Nachtrag**

zu der

**Genehmigungsurkunde für die Geilenkirchener Kreisbahn vom 26. September 1899.**

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion in Köln wird hiermit Folgendes bestimmt:

1. Dem Kreise Geilenkirchen wird die Erlaubnis erteilt, den Betrieb des in der Genehmigungsurkunde vom 26. September 1899 bezeichneten Unternehmens an die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft — in das Handelsregister eingetragen am 12. Dezember 1895 — zu

übertragen. Die mit der Leitung der Bahnunterhaltung und des Betriebes betrauten Personen sind sowohl dem Regierungs-Präsidenten zu Aachen als der Eisenbahndirektion zu Cöln namhaft zu machen.

2. Die den Ausschluß von der Beförderung oder die nur bedingte Zulassung von Gegenständen regelnden Bestimmungen im §. 50 der Eisenbahnverkehrsordnung vom 26. Oktober 1899 und der Anlage B. hierzu (R.-G.-Bl. S. 557 ff) nebst Nachträgen vom 2. Juli und 24. Dezember 1900 (R.-G.-Bl. von 1900 S. 318 und von 1901 S. 1) vom 30. Mai und 25. November 1901 (R.-G.-Bl. S. 191 und 491) vom 30. Januar, 22. März und 23. November 1902 (R.-G.-Bl. S. 41, 127 und 281) und vom 2. Februar und 15. März 1903 (R.-G.-Bl. S. 6 und 45), sowie die späteren Änderungen und Ergänzungen dieser Bestimmungen sind — mit Ausnahme der Vorschrift unter B 2 im §. 50 der Eisenbahnverkehrsordnung — auch für die Kleinbahn verbindlich. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden können, wenn nötig, Abweichungen von diesen Bestimmungen zugelassen werden.

3. Der dritte, vierte und fünfte Satz des §. 14 der Genehmigungsurkunde vom 26. September 1899 wird durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

„Von einer Feststellung des Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde wird für die ersten drei Jahre nach der Eröffnung des Bahnbetriebes abgesehen.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes, welcher verlängert werden kann, wird die Feststellung des zu diesem Zwecke einzureichenden Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde einer Prüfung unterzogen, welche regelmäßig in Zeitabschnitten von 3 Jahren wiederholt wird.

Außerdem ist jeder Fahrplan der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung einzureichen."

4. Der §. 15 der Genehmigungsurkunde vom 26. September 1899 erhält folgende Fassung:

Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren nach der Eröffnung des Bahnbetriebes dem Unternehmer frei. Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die Höchstbeträge der Beförderungspreise zu genehmigen.

Die Feststellung der Höchstbeträge wird in Zeiträumen von je 3 Jahren der Prüfung unterzogen.

Jede Feststellung und jede Änderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung mitzuteilen. Unzulässig sind Vereinbarungen und Zusicherungen, wonach das Entgelt für die Beförderung abweichend von den tarifarischen Preisen bestimmt wird.

5. Die Übertragung der aus der Genehmigungsurkunde vom 26. September 1899 nebst Nachträgen sich ergebenden Rechte und Pflichten an einen anderen Unternehmer ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

Aachen, den 28. Juni 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 281 Bekanntmachung.**

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperren-Gesellschaft in der Gemeinde Eschweiler dauernd im Eigentum zu beschränkenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Montag, den 17. Juli d. Js., und
Dienstag, den 18. Juli d. Js.

anberaumt.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 10. Juli 1905.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 282** Bei der im Kreise Schleiden gelegenen Postagentur in Eicks (Rheinland) wird am 10. Juli eine Telegraphenanstalt mit öffentlicher Fernsprechstelle für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

Cöln, den 8. Juli 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

**Nr. 283 Bekanntmachung.**

**Tierärztliche Hochschule Berlin, Luisenstraße 56.**

Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober 1905. Die Immatrikulationen nehmen am 9. Oktober ihren Anfang und dauern bis zum 4. November. Aufnahmebedingungen und Stundenplan werden auf Erfordern vom Bureau abgegeben.

Berlin N. W. 6, den 1. Juli 1905.

Der Rektor: Fröhner.

**Königliche Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau.**

**Nr. 284** Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß an der hiesigen Lehranstalt

1. ein Obstverwertungskursus für Männer in der Zeit vom 21. bis 26. August d. J.,
2. ein Obstverwertungskursus für Frauen in der Zeit vom 28. August bis 2. September d. J.

abgehalten werden. Die Kurse beginnen jedesmal an den zuerst genannten Tagen vormittags 9 Uhr. Der Unterricht wird theoretisch und praktisch erteilt, sodaß die Teilnehmer Gelegenheit haben, die verschiedenen Verwertungsmethoden einzuüben.

Der Unterricht umfaßt: Obstweinbereitung und Behandlung desselben im Keller, Bereitung von Essig, Branntwein und Beerenwein; Schaumweinbereitung, Untersuchung des Mostes auf Zucker und Säure. — Bereitung von Gelee, Marmelade und Herstellen von Konserven und Obstsäften; Dörren des Kern- und Steinobstes und des Gemüses. — Obsternte. Aufbewahrung und Verpackung des frischen Obstes.

Das Honorar beträgt 6 M., für Nichtpreußen 9 M. — Unterkunft für die Frauen besorgt die Direktion, an welche auch die Anmeldungen zu den Kursen bis spätestens 14 Tage vor Beginn derselben zu richten sind.

Geisenheim a. Rh., den 3. Juli 1905.

Der Direktor:
Prof. Dr. Wortmann.

**Nr. 285 Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Langerwehe den Postverwalter Winand Schmitz in Weisweiler und den Ackerer und Kirchenrendanten Leonard Otten in Weisweiler zu besonderen Stellvertretern des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Weisweiler ernannt.

Mit Genehmigurg des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Blumenthal den Ackerer und Beigeordneten Peter Josef Weckmann in Blumenthal zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten des Standesamtsbezirks der Landgemeinde Hollerath im Kreise Schleiden ernannt.

Der Gerichtsassessor Fettweis in Eupen ist zum Amtsrichter in Kempen, der Gerichtsassessor Wery in Aldenhoven zum Amtsrichter in Waxweiler ernannt worden. Der Assistent Poznanski in Aachen ist zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Remscheid, der Militäranwärter Würzner zum Assistenten bei dem Amtsgerichte in Düren, der Gerichtsvollzieher kr. Auftrags Hutmacher in Düren zum etatsmäßigen Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgerichte in Aldenhoven ernannt worden. Der Assistent Klaß in Völklingen ist an das Landgericht in Aachen, der Gerichtsvollzieher Schweitzer von Malmedy an das Amtsgericht in Cöln, der Gerichtsvollzieher Thissen von Aldenhoven an das Amtsgericht in Malmedy versetzt.

Dem Senats-Präsidenten Anhacuser ist die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit Pension erteilt worden.

Zu Gerichtsdienern beim Oberlandesgericht sind ernannt:

a) der Gerichtsdiener Mösenich aus Cöln, und
b) der Militäranwärter Gerhard aus Hanau.

Den Bergrevierbeamten der Reviere Düren und Aachen, Bergrat Ziervogel und Ludovici, ist der Rote Adler-Orden 4. Klasse verliehen worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Bernhardine Brauers bei der katholischen Volksschule an St. Peter C in Aachen;
2. Mechthilde Reuleaux bei der katholischen Volksschule zu Mariadorf, Kreis Aachen Land;
3. Adele Janser bei der katholischen Volksschule zu Klinkheide, Kreis Aachen Land;
4. Magdalena Philipps bei der katholischen Volksschule zu Eschweiler-Röhe, Kreis Aachen Land;
5. Berta Schultheis bei der katholischen Volksschule zu Würselen, Kreis Aachen Land;
6. Mathilde Goebels bei der katholischen Volksschule zu Klinkheide, Kreis Aachen Land;
7. Katharina Dohlen bei der katholischen Volksschule zu Vorscheid, Kreis Aachen Land;
8. Paula Zellekens bei der katholischen Volksschule zu Stolberg, Kreis Aachen Land;
9. Josefa Meeßen bei der katholischen Volksschule zu Bardenberg, Kreis Aachen Land, zum 1. August d. Js.;
10. Cäcilia Thinnes bei der katholischen Volksschule zu Effeld, Kreis Heinsberg, zum 1. August d. Js.;
11. Maria Piry bei der katholischen Volksschule zu Schalbruch, Kreis Heinsberg.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 28.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 31. Ausgegeben zu Aachen, Samstag, den 15. Juli 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 286 Bekanntmachung,**

betreffend die Aufhebung der amtstierärztlichen Untersuchung von Wiederkäuern an der Landesgrenze gegen Luxemburg.

Mit Rücksicht auf den günstigen Gesundheitszustand der Wiederkäuer im Großherzogtum Luxemburg wird mit Genehmigung des Herrn Landwirtschaftsministers die durch meine Verordnungen vom 7. April 1893 (Amtsblatt Stück 16 S. 171), 20. Mai 1893 (Amtsblatt Stück 24 S. 227) und 26. Januar 1895 (Amtsblatt Stück 5 S. 25) angeordnete amtstierärztliche Untersuchung aller aus Luxemburg zur Einfuhr gelangenden Wiederkäuer hiermit aufgehoben.

Aachen, den 14. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 32. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 20. Juli 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 287** Das 28. Stück enthält unter Nr. 3145: Bekanntmachung, betreffend Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weißbinder- oder Lackiererarbeiten ausgeführt werden. Vom 27. Juni 1905. Das 29. Stück enthalt unter Nr. 3146: Bekanntmachung, betreffend die Untersuchung von Schiffsleuten auf Tauglichkeit zum Schiffsdienste. Vom 1. Juli 1905. Unter Nr. 3147: Bekanntmachung, betreffend die Logis-, Wasch- und Baderäume sowie die Aborte für die Schiffsmannschaft auf Kauffahrteischiffen. Vom 2. Juli 1905. Unter Nr. 3148: Bekanntmachung, betreffend Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen. Vom 3. Juli 1905. Unter Nr. 3149: Bekanntmachung, betreffend die Entwertung der Marken und die Einrichtung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung. Vom 3. Juli 1905. Das 30. Stück enthält unter Nr. 3150: Gesetz, betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen. Vom 4. Juli 1905. Das 31. Stück enthält unter Nr. 3151: Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 6. Juli 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 288** Im 2. Vierteljahre 1905 sind aus Holland in den Regierungsbezirk Aachen
74 600,50 kg frisches Rindfleisch und
53 457,00 „ „ Schweinefleisch
eingeführt worden.

Aachen, den 12. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 289** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande der israelitischen Gemeinde zu Linnich im Kreise Jülich die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der noch fehlenden Mittel zum Bau einer Synagoge nebst Schule und Lehrerwohnung daselbst in den Jahren 1905 und 1906 je eine Hauskollekte bei den wohlhabenderen israelitischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Cöln durch den Lehrer und Kantor Abraham Sasser während der Schulferien abhalten zu lassen.

Aachen, den 8. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 290** Die Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern haben durch Erlaß vom 23. Juni 1905 M. 6600 das von der Stadt Aachen errichtete städtische Nahrungsmittelamt für den Bereich der Stadt Aachen als eine öffentliche Anstalt im Sinne des §. 17 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 (R.-G.-Bl. S. 145) widerruflich und mit der Maßgabe anerkannt, daß mit der Leitung der Anstalt ausschließlich geprüfte Nahrungsmittelchemiker beauftragt werden.

Aachen, den 8. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 291** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Juli 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche (einschl. Schweinepest) | Erkelenz | 1 | 1 |
| desgl. | Eupen | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 11 | 12 |

Aachen, den 18. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 292** Der Herr Minister des Innern hat dem Verein für Massenverbreitung guter Volksliteratur zu Charlottenburg die Erlaubnis erteilt, in den Jahren 1905, 1906 und 1907 eine

öffentliche Verlosung von Büchern, Prachtwerken u. s. w. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen insgesamt 1500000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und rund 500000 Gewinne im Gesamtwerte von 900000 M. zur Ausspielung gelangen.

Die Ziehungen werden voraussichtlich im Dezember jeden Jahres stattfinden.

Aachen, den 15. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 293** Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1898 (Amtsbl. S. 232) bringe ich nachstehend die bei den Vertrauensmännern der Berufsgenossenschaften eingetretenen Veränderungen zur Kenntnis:

1. **Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft in Berlin.**

Vertrauensmann und Stellvertreter des Vertrauensmannes:

Es scheiden aus: Bodo von Fischerz zu Aachen und Reinh. Bruch zu Pr. Moresnet.

Neugewählt: Daniel Schagen zu Aachen und Eugen Klausener zu Aachen.

2. **Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, Sektion V, Aachen.**

Stellvertreter des Vertrauensmannes für Eschweiler-Aue und -Pümpchen:

Es scheidet aus: Robert Fischer zu Eschweiler-Aue.

Neugewählt: Max Küper zu Rothe Erde.

Vertrauensmann für die übrigen Teile des Bezirks:

An Stelle des verstorbenen Phil. Prayon zu Eschweiler ist Robert Fischer zu Eschweiler-Aue gewählt worden.

Aachen, den 12. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 294** Bei der Posthilfstelle in Kleingladbach ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 11. Juli 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

### Königliche Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau.

**Nr. 295** Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß an der hiesigen Lehranstalt

1. ein Obstverwertungskursus für Männer in der Zeit vom 21. bis 26. August d. J.,
2. ein Obstverwertungskursus für Frauen in der Zeit vom 28. August bis 2. September d. J.

abgehalten werden. Die Kurse beginnen jedesmal an den zuerst genannten Tagen vormittags 9 Uhr. Der Unterricht wird theoretisch und praktisch erteilt, sodaß die Teilnehmer Gelegenheit haben, die verschiedenen Verwertungsmethoden einzuüben.

Der Unterricht umfaßt: Obstweinbereitung und Behandlung desselben im Keller, Bereitung von Essig, Branntwein und Beerenwein; Schaumweinbereitung, Untersuchung des Mostes auf Zucker und Säure. — Bereitung von Gelee, Marmelade und Herstellen von Konserven und Obstsäften; Dörren des Kern- und Steinobstes und des Gemüses. — Obsternte. Aufbewahrung und Verpackung des frischen Obstes.

Das Honorar beträgt 6 M., für Nichtpreußen 9 M. — Unterkunft für die Frauen besorgt die Direktion, an welche auch die Anmeldungen zu den Kursen bis spätestens 14 Tage vor Beginn derselben zu richten sind.

Geisenheim a. Rh., den 3. Juli 1905.

Der Direktor:
Prof. Dr. Wortmann.

**Nr. 296 Personal-Nachrichten.**

Der bisherige Königliche Gewerbe-Assessor Ernst Schmitt ist zum Königlichen Gewerbe-Inspektor ernannt und es ist ihm vom 1. Juli 1905 ab die etatsmäßige Stelle eines Gewerbe-Inspektors im Gewerbeinspektionsbezirk Aachen I unter Anweisung seines Wohnsitzes in Aachen verliehen worden.

Versetzt ist: Gerichts-Assessor Kreutz von Düren nach Neuwied, Landmesser Thewald von Düren nach Cöln, Generalkommissions-Sekretär Dittmer von Düsseldorf nach Hannover, Spezialkommissions-Sekretär Dockhorn von Düsseldorf nach Wetzlar, Spezialkommissions-Bureau-Diätar Nordmann von Altenkirchen nach Cöln.

Ernannt ist: Regierungs-Assessor Storbeck zu Sigmaringen zum Regierungs-Rat, Spezialkommissions-Bureau-Diätar Grumbach zum Generalkommissions-Bureau-Diätar, Rechengehülfe Seiwert zu Düsseldorf zum Hilfszeichner.

Angenommen sind: Die Landmesser Rimpler, Schröder, Kehlmann, Klander, Schröpfer, Brembach und Wiese.

Verliehen ist: Dem Regierungs-Assessor Dr. Heiliger zu Eitorf eine etatsmäßige Spezialkommissarstelle; den Landmessern Janzen und Giffhorn zu Euskirchen, Beitlich und Brems zu Düren, Keßler, Bomm und Burbach zu Wetzlar, Bader I, Mennecke und Becker I in Altenkirchen, Stuntz zu Prüm, Langenbeck zu Neuwied und Fick zu Cöln je eine etatsmäßige Vermessungsbeamtenstelle; dem Hilfszeichner Korreng zu Düsseldorf eine etatsmäßige Zeichnerstelle.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 29.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 33. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 27. Juli 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 297** Das 32. Stück enthält unter Nr. 3152: Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 6. Dezember 1891. Vom 22. Juni 1904. Unter Nr. 3153: Bekanntmachung, betreffend die Bekämpfung der Rebläus in einigen Weinbaugegenden. Vom 7. Juli 1905. Das 33. Stück enthält unter Nr. 3154: Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und anderen Staaten über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel. Vom 18. Mai 1904. Unter Nr. 3155: Bekanntmachung, betreffend das in Paris am 18. Mai 1904 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und anderen Staaten über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel. Vom 12. Juli 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 298** Das 25. Stück enthält unter Nr. 10623: Gesetz, betreffend die Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892. Vom 5. Juli 1905. Das 26. Stück enthält unter Nr. 10624: Verordnung, betreffend die Änderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Umzugskosten der Beamten der Staatseisenbahnen und der unter der Verwaltung des Staates stehenden Privateisenbahnen. Vom 5. Juli 1905. Unter Nr. 10625: Allerhöchster Erlaß vom 4. Juli 1905, betreffend Übergang der Teilstrecke Treuenbrietzen—Beelitz der Linie Treuenbrietzen—Nauen aus dem Bezirke der Eisenbahndirektion in Berlin in den Bezirk der Eisenbahndirektion in Halle a. S. Unter Nr. 10626: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Hadamar, Höchst a. M., Idstein, Rennerod, Selters und Wehen. Vom 11. Juli 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 299** Des Königs Majestät haben dem Komitee für Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. d. Mts. die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der mit Genehmigung der Großherzoglich Badischen Regierung im Jahre 1905 zu veranstaltenden öffentlichen Ausspielung von Pferden und Silbergegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose zu vertreiben.

Es sollen 215000 Lose à 1 Mark ausgegeben werden und 4578 Gewinne im Gesamtwerte von 100000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Mit dem Vertrieb der Lose wird das Bankhaus Ludwig Müller & Co. in Berlin betraut werden.

Aachen, den 18. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 300** Der zum Portugiesischen Vizekonsul in Cöln ernannte Hugo Minderop ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 22. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 301** **Bekanntmachung,**
betreffend
Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.

Als Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Erfurt weiter die Nummern 2501 bis 3000 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 3. März 1903, Amtsblatt S. 78.)

Aachen, den 17. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 302** Der Lambert Steinen in Kalterherberg hat den für ihn am 17. Dezember 1904 unter Nr. 5527 zu 24 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit giftfreien Präparaten zur Vertilgung von Ungeziefer und zur Ausübung des Kammerjägergewerbes berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hier-

durch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und an uns einzureichen.

Aachen, den 24. Juli 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
von Peguilhen.

**Nr. 303** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Königlichen Regierungs-Präsidenten vom 25. Februar 1896, abgedruckt im Amtsblatt Stück 10 unter Nr. 168, ersuchen wir die katholischen Herren Pfarrer und die Synagogenvorstände, die für dürftige Studierende gesammelten Kollektengelder statt an die Kreiskassen direkt an die Universitätskasse in Bonn abzuführen.

Aachen, den 22. Juli 1905.

Königliche Regierung.
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 304** **Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz.**

Gemäß §. 19 der Satzungen für die Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Rechnungsjahre 1904 betragen hat:

| | in bar | | in Wertpapieren | | in Darlehen | | in Grundstücken | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mark | Pf. | Mark | Pf. | Mark | Pf. | Mark | Pf. |
| Der Bestand aus 1903 . . . | 1 071 725 | 65 | 87 876 603 | 09 | 25 809 590 | 27 | 954 936 | 12 |
| Die Einnahme in 1904 . . . | 21 755 885 | 94 | 4 794 527 | 40 | 3 960 388 | 60 | 30 521 | 50 |
| Die Gesamteinnahme . . . . | 22 827 611 | 59 | 92 671 130 | 49 | 29 769 978 | 87 | 985 457 | 62 |
| Die Gesamtausgabe in 1904 . . | 20 799 204 | 31 | 446 836 | 11 | 581 215 | 10 | — | — |
| sodaß ein Bestand verblieben ist von | 2 028 407 | 28 | 92 224 294 | 38 | 29 188 763 | 77 | 985 457 | 62 |

Zusammen . . . . . . . . . . 124 426 923,05 M.
Hierzu der Wert des Inventars mit 85 509,96 „
Gesamtsumme . . . . . . . . . 124 512 433,01 M.

Düsseldorf, den 22. Juli 1905.

Der Vorstand.
Kehl.

**Nr. 305** **Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Alsdorf den Kaufmann und Ortskrankenkassenrendanten Gottfried Niessen in Alsdorf zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Alsdorf ernannt.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Louise Kutsch bei der katholischen Volksschule zu Ederen, Kreis Jülich.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 30.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 34. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 3. August 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 306** Das 34. Stück enthält unter Nr. 3156: Gesetz, betreffend Änderung der Grundbuchordnung. Vom 14. Juli 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 307** Das 27. Stück enthält unter Nr. 10627: Gesetz, betreffend die Verwaltung gemeinschaftlicher Jagdbezirke. Vom 4. Juli 1905. Das 28. Stück enthält unter Nr. 10628: Gesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie. Vom 14. Juli 1905. Unter Nr. 10629: Gesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden. Vom 14. Juli 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 308** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrat in der Sitzung vom 28. Juni 1905 eine Zollgebührenordnung mit der Maßgabe beschlossen hat, daß sie am 1. August 1905 in Kraft tritt. Diese neuen Vorschriften sind in dem Zentralblatt für das Deutsche Reich, Jahrgang 1905, abgedruckt.

Berlin, den 4. Juli 1905.

Der Finanzminister.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Polizeiliche Anordnung.

**Nr. 309** Nachdem in der Gemarkung Sarmsheim des Kreises Kreuznach und in der Gemarkung Oberwesel des Kreises St. Goar das Vorhandensein der Reblaus festgestellt worden ist, ordne ich hiermit zur Verhütung der Verschleppung der Reblaus auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1878 (G.-S. S. 129) / 23. März 1885 (G.-S. S. 97) betreffend Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus, und des §. 2 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904 (R.-G.-Bl. S. 261), für den Bereich der genannten Gemarkungen Folgendes an:

1. Die Ausfuhr von Reben und Rebteilen, von Rebblättern — als Verpackungsmaterial oder sonst —, von gebrauchten Rebpfählen, Rebbändern oder Weinbaugerätschaften, von Dünger, Kompost oder aus Rebpflanzungen entnommener Erde oder einzelnen Bodenbestandteilen oder Rebstützen ist verboten.
2. Die Ausführung von Tafeltrauben und Trauben der Weinlese ist nur gestattet, wenn diese Erzeugnisse nicht in Rebblättern verpackt sind, und wenn
   a) die Tafeltrauben in wohl verwahrten und dennoch leicht zu untersuchenden Kisten, Schachteln oder Körben,
   b) die Trauben der Weinlese eingestampft in gut verschlossenen Fässern, welche derartig gereinigt sein müssen, daß sie kein Teilchen von Erde oder Reben an sich tragen,

   sich befinden.
3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende Anordnung werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft (§. 10 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904).

Coblenz, den 14. Juli 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Janssen.

**Nr. 310** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande der Handwerksausstellung Cöln 1905 die Erlaubnis erteilt, die Ziehung der im April d. Js. genehmigten Ausstellungslotterie (Amtsblatt Stück 19 Seite 105) vom 3. auf den 16. August d. Js. zu verlegen.

Aachen, den 27. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 311** Der Herr Oberpräsident hat der Lokalabteilung St. Goar die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Monat September d. Js in Boppard stattfindenden Provinzialausstellung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen eine öffentliche Ausspielung von Zuchtvieh, Maschinen und Geräten zu veranstalten und Lose in der ganzen Rheinprovinz abzusetzen.

Aachen, den 27. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 312 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Juli 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche (einschl. Schweinepest) | Düren | 5 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 10 | 11 |
| desgl. | Montjoie | 2 | 2 |

Aachen, den 2. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 313 Bekanntmachung,** betreffend **Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Cassel weiter die Nummern 1701 bis 2100 und dem Regierungsbezirk Wiesbaden weiter die Nummern 2101 bis 2600 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 31. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 314 Bekanntmachung.**

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperrengesellschaft in den Gemeinden Hausen und Abenden zu enteignenden (im Eigentum dauernd zu beschränkenden) Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Montag, den 7. August d. Js., Dienstag, den 8. August d. Js. und Mittwoch, den 9. August d. Js., anberaumt. In der Gemeinde Hausen wird am 7. und 8. August, in der Gemeinde Abenden wird am 8. und 9. August d. Js. verhandelt werden.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 29. Juli 1905.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 315** Gemäß §. 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 152) wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das aus dem Betriebe der auf preußischem Staatsgebiet belegenen Teilstrecke der Eisenbahn von Herzogenrath nach Sittard sich ergebende Kommunalabgabepflichtige Reineinkommen der Gesellschaft für den Betrieb von niederländischen Staatseisenbahnen zu Utrecht für das Jahr 1904 auf 3870 Mark festgestellt worden ist.

Cöln, den 26. Juli 1905.

Der Königliche Eisenbahnkommissar.
Breitenbach.

**Nr. 316 Personal-Nachrichten.**

Dem Apotheker Wilhelm Ulrich ist die Genehmigung zur Übernahme und Fortführung der von ihm käuflich erworbenen Hartmann'schen Apotheke in Cornelimünster erteilt worden.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Sophia Lersch bei der katholischen Volksschule zu Eilendorf, Kreis Aachen Land, zum 1. August d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 31.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 35. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 10. August 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 317** Das 35. Stück enthält unter Nr. 3157: Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg über die gegenseitige Zulassung des zum menschlichen Genusse bestimmten Fleisches zum freien Verkehre. Vom 14. Mai 1904. Unter Nr. 3158: Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Nummern XXXVa und XXXVc in Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 24. Juli 1905. Unter Nr. 3159: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 26. Juli 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 318** Das 29. Stück enthält unter Nr. 10630: Gesetz über die Änderung der Landesgrenze gegen die freie Hansestadt Bremen bei Bremerhaven und bei Fischerhude, Kreis Achim. Vom 27. Juli 1905. Unter Nr. 10631: Bekanntmachung über die Auswechselung der Ratifikationsurkunden zu dem mit der freien Hansestadt Bremen wegen einer Erweiterung der Hafen- und Verkehrsanstalten zu Bremerhaven und eines aus diesem Anlasse vorzunehmenden Austausches von Gebieten bei Bremerhaven und bei Fischerhude, Kreis Achim, am 21. Mai 1904 abgeschlossenen Vertrag in Verbindung mit dem dazu vereinbarten Zusatzvertrage vom 26. Mai 1905. Vom 31. Juli 1905. Das 30. Stück enthält unter Nr. 10632: Gesetz, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892. Vom 14. Juli 1905. Das 31. Stück enthält unter Nr. 10633: Gesetz, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Vom 8. Juli 1905. Unter Nr. 10634: Gesetz, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen. Vom 8. Juli 1905. Unter Nr. 10635: Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Reichs-Viehseuchengesetzes, vom 12. März 1881. Vom 22. Juli 1905. Unter Nr. 10636: Verordnung, betreffend die Vergütung der Baukassenrendanten bei den Bauten der Zivilverwaltung. Vom 21. Juni 1905.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 319** **Statut**
**für die Dränage-Genossenschaft zu Schlich im Kreise Düren.**

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (Gesetz-Sammlung Seite 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in der Gemarkung Schlich werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Landmessers Lehrmann zu Düren vom 19. November 1903 durch Entwässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grünen Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der

Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Dränagegenossenschaft zu Schlich" und hat ihren Sitz in Schlich.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen bleiben den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§. 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande ob, Binnen-Entwässerungsanlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§. 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden, solange nicht ihre Herstellung und Unterhaltung während der Dauer des Zusammenlegungsverfahrens als Teil desselben der Aufsicht der Auseinandersetzungsbehörde unterliegt, unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorations-Technikers ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§. 6. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 7. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in der Gemeinde Schlich und in dem für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber end-

gültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 8. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statut zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für jedes angefangene 1/4 Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach ortsüblicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Die Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter ist unbeschränkt zulässig.

§. 12. Der Genossenschaftsvorstand besteht aus: a) einem Vorsteher; b) einem Stellvertreter des Vorstehers; c) einem weiteren Beisitzer.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, sowie der Bürgermeister und der Ortsvorsteher von Schlich, auch wenn sie nicht der Genossenschaft als Genossen angehören sollten. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgange eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen, und daß der Vorstand vollzählig ist. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob: a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen, so lange nicht ihre Herstellung und Unterhaltung während der Dauer des Zusammenlegungsverfahrens als Teil desselben der Aufsicht der Auseinandersetzungs-Behörde unterliegt, nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen; b) über die Unterhaltung der Anlagen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen; c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren; d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen; e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen; f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich; g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von dreißig Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 7 und 19) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 15. Die genossenschaftlichen und die in §. 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die andern Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 17. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen: 1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter; 2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung; 3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter; 4. die Abänderung des Statuts.

§. 18. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in der Gemeinde Schlich.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichts frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides

an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfall die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 20. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§. 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen, der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 14. Juni 1905.

gez. **Wilhelm.**

ggez. Schönstedt. v. Podbielski.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 320** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins im Rheinland die Erlaubnis erteilt, zur Förderung seiner Zwecke in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 und 1. April 1907 bis 31. März 1908 bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz je eine einmalige Hauskollekte abhalten zu lassen.

Im diesseitigen Bezirke werden die Kollekten durch von den einzelnen Synoden oder Kirchengemeinden legitimierte Personen abgehalten.

Aachen, den 5. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 321** Auf Grund des §. 7 der Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen vom 30. April 1905 (Amtsblatt Seite 111) wird der Ingenieur Lambert Brouhon in Aachen als Sachverständiger widerruflich dazu ermächtigt, die Prüfungen der Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen im Regierungsbezirk Aachen vorzunehmen und Bescheinigungen über die erfolgte Prüfung auszustellen.

Aachen, den 27. Juli 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 322** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des Rheinischen Bauernvereins zu Cöln die Erlaubnis erteilt, gelegentlich der im September d. Js. zu Neuß stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellung eine öffentliche Ausspielung von landwirtschaftlichen Maschinen, Produkten und Geräten zu veranstalten und die Lose in den Regierungsbezirken Cöln, Düsseldorf und Aachen zu vertreiben. Es sollen 40 000 Lose zum Preise von 50 Pfennig zum Vertriebe und 1000 Gewinne im Gesamtwerte von 7500 M. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 2. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 323** Der Peter Josef Heffels in Teveren hat den für ihn am 23. Dezember 1904 unter Nr. 3185 zu 12 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit Garn, Zwirn, Knöpfen, Seife, Ofenschwärze, Wichse, Putzpomade und Schwefelhölzern berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hierdurch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und an uns einzureichen.

Aachen, den 4. August 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
von Peguilhen.

**Nr. 324** Der Rentmeister der Königl. Kreiskasse Düren und Rendant für die Königl. Forstkasse der Oberförstereien Hürtgen und Wenau, Rechnungsrat Stach zu Düren, hat mit unserer Genehmigung für die Fälle seiner dienstlichen Abwesenheit seinen Kassengehülfen Konrad Schaefer in Düren bevollmächtigt, die für die Königl. Kreiskasse Düren und die für die genannten Forstkassen bestimmten Gelder zu empfangen und gültig darüber zu quittieren.

Aachen, den 6. August 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
von Peguilhen.

**Nr. 325** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 19 | 25 | 18 | 38 | — | — | 17 | 38 | 16 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 18 | 75 | 18 | 13 | — | — | 16 | 25 | 15 | 75 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 17 | 98 | 17 | 48 | — | — | 16 | 36 | 15 | 36 | — | — | 16 | 38 | 15 | 38 | — | — |
| Erkelenz . . | 18 | 20 | 17 | 70 | — | — | 16 | 20 | 15 | 70 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 19 | — | — | — | — | — | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 20 | — | 19 | 50 | 19 | — | 17 | 75 | 17 | 25 | 16 | 25 | 15 | 25 | 14 | 75 | 14 | 25 |
| Jülich . . . | 18 | — | 17 | 50 | 17 | — | 16 | 20 | 15 | 70 | 15 | 20 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 18 | — | 17 | 50 | — | — | 15 | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 18 | 56 | — | — | — | — | 16 | 89 | — | — | — | — | 15 | 16 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh | | Heu | | Fleisch | | | | | | | | | | | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krumm- | | | | Rind- | | | | | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | | | | | | | | | | |
| | | | | im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7 | — | 135 | — | 1 | 65 | 1 | 20 | 2 | — | 1 | 75 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 47 | 5 | 10 | — | — | — | — |
| 4 | 68 | [8] 8 | [40] 26 | 109 | 50 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 29 | 5 | — | — | — | — | — |
| — | — | [9] 6 | [24] 45 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 2 | 40 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | [7] — | [62] — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 48 | 5 | 05 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 | — | 128 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 2 | 20 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 4 | 20 | [9] 5 | [45] 20 | — | — | 1 | 90 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | [5] — | [40] — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 55 | 1 | 70 | 1 | 85 | 2 | 36 | 4 | 83 | — | — | — | — |
| 3 | 50 | 6 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 1 | 80 | 3 | 75 | — | — | — | — |
| 4 | 10 | 6 | 99 | 123 | 13 | 1 | 59 | 1 | 36 | 1 | 71 | 1 | 54 | 1 | 53 | 1 | 66 | 2 | 30 | 4 | 62 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört

…ebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Juli 1905.

Preise:

Getreide | I. B. Übrige Marktwaren.

| Hafer gut | | Hafer mittel | | Hafer gering | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | Eß-Kartoffeln | | Stroh Richt- | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | 63 | 15 | 25 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 16 | — | 15 | 25 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 10 | 50 | 6 | — |
| (16) 15 | (80) 48 | 14 | 98 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 7 | 69 | (7) 5 | (35) 55 |
| (16) 14 | (40) 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | (6) 5 | (30) 38 |
| (16) 17 | (75) — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 36 | — | — | — | 4 | — | (5) — | (91) — |
| 17 | 50 | 17 | — | 16 | 50 | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 10 | — | 5 | — |
| (18) 15 | (30) 50 | 15 | — | 14 | 50 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | 50 | (5) 4 | (25) 60 |
| (16) — | (30) — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 11 | — | (4) — | (88) — |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 4 | 50 |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 56 | 33 | 36 | 40 | 40 | 7 | 77 | 5 | 17 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Juli 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten: Graupen | | Gersten: Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee: Java (mittel) roh | | Kaffee: Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 26 | — | 36 | — | 38 | — | 35 | — | 48 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 50 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 37 | — | 45 | — | 34 | — | 53 | — | 54 | — | 48 | 2 | 83 | 2 | 97 | — | 21 | 1 | 63 | — | 15 |

…ie als höchste Tagespreise des Monats Juli 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des …ufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter …er Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide …usländischen Ursprungs.

Aachen, den 5. August 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 326 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

3½ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 68.

2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 189, 302.

3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 342.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Werts den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 5. August 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Pfeffer von Salomon.

**Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.**

**Bekanntmachung.**

**Nr. 327** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperrengesellschaft in den Gemeinden Broich und Dürwiß zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. August d. Js. anberaumt. In der Gemeinde Broich wird am 16., in der Gemeinde Dürwiß wird am 17. d. Mts. verhandelt werden.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 4. August 1905.

Der Enteignungskommissar.

Dr. Frank, Regierungsrat.

**Beschluß.**

**Nr. 328** Der Beginn der Jagd für 1905 wird gemäß §. 3 Abs. 2a des Wildschon-Gesetzes vom 14. Juli 1904 (G.-S. S. 159) für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner in den Kreisen Montjoie, Malmedy und Schleiden auf den 25. August, in den Kreisen Aachen Stadt und Land, Düren, Erkelenz, Eupen, Geilenkirchen, Heinsberg und Jülich auf den 18. August festgesetzt.

Aachen, den 4. August 1905.

Der Bezirksausschuß zu Aachen.

Malmros.

**Nr. 329 Bekanntmachung.**

**Königliche Tierärztliche Hochschule Hannover.**

Das Winter-Semester 1905/1906 beginnt am 16. Oktober 1905. Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses

Hannover, den 8. August 1905.

die **Direktion.**

Dr. Dammann.

**Nr. 330 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeistereiverwalter Severin Schnitzler ist durch Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten vom 25. Juli d. Js. endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Ketzenberg, im Kreise Erkelenz ernannt worden.

Der Bürgermeistereiverwalter Adolf Vollmer ist durch Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten vom 25. Juli d. Js. endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Wegberg im Kreise Erkelenz ernannt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 32.

Druck von J. Stercken in Aachen

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 36. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 17. August 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 331** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. August 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 6 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 9 | 10 |

Aachen, den 16. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 332** Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß auf Grund des §. 131 b der Gewerbeordnung Gesellenprüfungsordnungen für das Eisengießer- und für das Seifensieder-Handwerk von mir erlassen worden sind. Dieselben liegen bei den Aufsichtsbehörden zu Jedermanns Einsicht auf und sind bei der Handwerkskammer in Aachen käuflich zu haben.

Aachen, den 8. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 333** Des Königs Majestät haben aus Anlaß der Jahrhundertfeier des Königlichen statistischen Bureaus mittels Allerhöchsten Erlasses vom 24. April d. Js. zu genehmigen geruht, daß das statistische Bureau in Berlin künftighin die Bezeichnung „Königlich Preußisches Statistisches Landesamt" führt.

Aachen, den 31. Mai 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 334** Nach §. 19 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz wird hiermit der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1904 sowie die Vermögensübersicht zur Kenntnis gebracht:

**A) Einnahme.**

| | | |
|---|---|---|
| 1. Bestand aus dem Vorjahre | 48 565,10 M. | |
| 2. Beiträge der Kommunalverbände | 243 326,64 „ | |
| 3. Zinsen des Reservefonds | 3 795,10 „ | |
| | | 295 686,84 M. |

**B) Ausgabe.**

| | | |
|---|---|---|
| 1. Ruhegehälter | 178 589,70 M. | |
| 2. Zinsen | 3 807,— „ | |
| 3. Verwaltungskosten | 1 792,50 „ | |
| 4. rentbare Anlage | 111 124,50 „ | |
| | | 295 313,70 M. |
| mithin Bestand | | 373,14 M. |

Der Reservefonds hat heute einen Bestand von
40 000 M. 3½% iger Wiesbadener Stadtanleihe,
34 000 „ 3½% iger Düsseldorfer Stadtanleihe,
112 100 M. 3½% iger Rheinprovinz-Anleihe.

Düsseldorf, den 9. August 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 335** Nach §. 24 der Satzungen der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz wird hiermit

der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1904 sowie die Vermögensübersicht zur Kenntnis gebracht.

A) Einnahme.

| | | |
|---|---|---|
| 1. Bestand aus dem Vorjahre | 11 332,39 M. | |
| 2. Beiträge der Kommunalverbände | 465 224,04 „ | |
| 3. Zinsen des Reservefonds | 101 606,17 „ | |
| | 578 162,60 M. | |

B) Ausgabe.

| | | |
|---|---|---|
| 1. Witwen- und Waisengelder | 145 752,13 M. | |
| 2. Verwaltungskosten | 5259,60 „ | |
| | | 151 011,73 M. |
| mithin Mehreinnahme | | 427 650,87 M. |

Hiervon wurden 415 600 M. dem Reservefonds zugeführt, welcher einen Bestand von 3042 589,50 M. hat.

Düsseldorf, den 9. August 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.
Königlicher Regierungspräsident a. D.

## Nr. 336 Königliche landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf in Verbindung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Die Aufnahmen für das Winter-Halbjahr 1905/06 beginnen am 16., die Vorlesungen am 23. Oktober d. Js. Prospekte und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei.

Auskunft über den Eintritt und den Studiengang erteilt

Der Direktor:
Professor Dr. Freiherr von der Goltz,
Geheimer Regierungsrat.

## Nr. 337 Personal-Nachrichten.

Der Herr Ober-Präsident hat den Gerbereibesitzer und Sparkassenkassierer Louis Herbrand in Simmerath widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Simmerath, im Kreise Montjoie, umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Stolberg die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Stadtgemeinde Stolberg dem Stadtsekretär Johann Bildstein in Stolberg widerruflich übertragen.

Ernannt sind: die Postsekretäre Herle in Geilenkirchen-Hünshoven und Lohre in Mechernich zu Postmeistern; versetzt: der Postmeister Meißner von Dieringhausen nach Erkelenz, der Postsekretär Moser von Düren (Rhld.) nach Dieringhausen, die Postassistenten Chrobog von Düren (Rhld.) nach St. Ludwig, Renn von St. Ludwig nach Düren (Rhld.).

Versetzt ist: Gerichts-Assessor Dr. Meimberg von Simmern nach Sigmaringen, Landmesser Spangenberg von Düsseldorf nach Euskirchen.

Angenommen ist der Landmesser Braun zur vorübergehenden Beschäftigung. Der Militäranwärter Merz zu Altenkirchen als Spezial-Kommissions-Bureau-Diätar.

Die Prüfung zum Spezial-Kommissions-Sekretär hat bestanden: Der Spezial-Kommissions-Bureau-Diätar Schenkemeyer zu Trier.

Der Kreisschulinspektor Schulrat Hermans aus Cochem ist zum Kreisschulinspektor des Schulaufsichtsbezirks Aachen II vom 15. August d. Js. ab ernannt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Wilhelm van der Meulen bei der katholischen Volksschule zu Forst, Kreis Aachen Land;
2. Heinrich Nipphausen bei der katholischen Volksschule zu Bardenberg, Kreis Aachen Land;
3. Johann Offmann bei der katholischen Volksschule zu Herzogenrath, Kreis Aachen Land;
4. Hermann Joseph Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Gladbach, Kreis Düren;
5. Bernhard Becker bei der katholischen Volksschule zu Nörvenich, Kreis Düren;
6. Joseph Lerschmacher bei der katholischen Volksschule zu Berzbuir, Kreis Düren;
7. Christian Cremer bei der katholischen Volksschule zu Merzenhausen, Kreis Jülich;
8. Michael Küpper bei der katholischen Volksschule zu Bussem, Kreis Schleiden;
9. Franz Pick bei der katholischen Volksschule zu Dollendorf, Kreis Schleiden;
10. Matthias Lemm bei der katholischen Volksschule zu Bergheim, Kreis Schleiden;
11. Franziska Krükel bei der katholischen Volksschule zu Immendorf, Kreis Geilenkirchen;
12. Hilarius Feuster bei der katholischen Volksschule zu Obspringen, Kreis Heinsberg;
13. Wilhelm Willms bei der katholischen Volksschule zu Havert, Kreis Heinsberg;
14. Karl Theodor Meves bei der katholischen Volksschule zu Haaserdriesch, Kreis Heinsberg;
15. Adolf Faßbaender bei der katholischen Volksschule zu Venrath, Kreis Erkelenz;
16. Johann Marx bei der katholischen Volksschule zu Immerath, Kreis Erkelenz;
17. Theodor Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Cofferen, Kreis Erkelenz.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 33.

Druck von J. Stercken in Aachen

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 37. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 24. August 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 338** Das 36. Stück enthält unter Nr. 3160: Verordnung wegen Änderung der Verordnung vom 23. Dezember 1875 über die Pensionen und Kautionen der Reichsbankbeamten. Vom 3. August 1905. Unter Nr. 3161: Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 1. August 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 339** Das 32. Stück enthält unter Nr. 10637: Verordnung, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Tagegelder und Reisekosten der Staatseisenbahnbeamten. Vom 22. Juli 1905. Unter Nr. 10638: Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Duisburg und die anderweite Organisation der Amtsgerichte in Duisburg und Ruhrort. Vom 26. Juli 1905. Das 33. Stück enthält unter Nr. 10639: Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung vom 4. Oktober 1895 über den Ausschuß der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse. Vom 3. August 1905. Unter Nr. 10640: Allerhöchster Erlaß vom 14. Juli 1905, betreffend die Verlegung des Sitzes der Bergwerksdirektion zu Dortmund nach Recklinghausen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 340** Der Provinzialrat hat der Stadtgemeinde Linnich die Verlegung des daselbst am 30. November 1906 anstehenden Kram- und Pferdemarktes auf den 29. desselben Monats gestattet.

Aachen, den 18. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 341** Nach Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 3. Juli d. Js. (R.-G.-Bl. S. 590) hat der Bundesrat auf Grund der §§. 141 und 144 des Invalidenversicherungsgesetzes angeordnet, daß vom 1. Oktober d. Js. ab alle Marken für die Invalidenversicherung alsbald nach der Einklebung entwertet werden müssen. Die Entwertung darf nur in der Weise erfolgen, daß auf den einzelnen Marken der Entwertungstag in Ziffern, z. B.: 15. 3. 06., angegeben wird.

Zugleich ist auf Grund des §. 132 Abs. 1 a. a. O. ein neues Formular für Quittungskarten festgesetzt, das vom gleichen Zeitpunkt ab ausschließlich ausgegeben werden wird.

Aachen, den 21. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 342 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge im Regierungsbezirk Düsseldorf sind weiter die Nummern 8001 bis 9000 bestimmt worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 15. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 343** Der zum Königlich Niederländischen Generalkonsul für das Königreich Preußen mit dem Amtssitze in Berlin ernannte Geh. Kommerzienrat Fritz Friedländer ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 21. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 344** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des Vereins für christliche Volksbildung in der Rheinprovinz und Westfalen die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten seiner Zwecke im Jahre 1906 bei wohlhabenden evangelischen Freunden der Sache in den größeren Städten der Rheinprovinz einmalig freiwillige Beiträge einsammeln zu lassen.

Vor Beginn der Sammlung haben sich die Beauftragten unter Vorzeigung der Erlaubnis oder einer behördlich beglaubigten Abschrift derselben bei der Ortspolizeibehörde der betreffenden Stadt zu melden.

Aachen, den 16. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 345 Bekanntmachung.**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 68.

2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 189, 302.

3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 342.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Werts den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 5. August 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 346** Im Forsthause Hollerath ist eine Telegraphenhilfsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 15. August 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 347** In Frelenberg ist eine Telegraphenhilfsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 16. August 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 348 Bekanntmachung.**

In Rott, Kr. Montjoie, im Forsthaus Rott, bei der Oberförsterei Rötgen und auf dem Feuerwachtturm Struffelt sind Telegraphenhilfsstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 19. August 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 349 Personal-Nachrichten.**

Der Katasterkontrolleur Steuerinspektor Prell in Düren ist zum 1. Oktober d. Js. auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt. Dem Katasterkontrolleur Steuerinspektor Pieverbeck ist die Verwaltung des dadurch erledigten Katasteramtes Düren II übertragen worden. Die Verwaltung des Katasteramtes Düren III hat von dem gleichen Zeitpunkte ab der von Nordhausen nach Düren versetzte Katasterkontrolleur Steuerinspektor Büchel zu übernehmen.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Büsbach den Bürgermeistereisekretär Ludwig Jungen in Büsbach zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Büsbach ernannt und gleichzeitig die Übertragung der Geschäfte des stellvertretenden Standesbeamten an den Gemeinderentmeister Thoma widerrufen.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Peter Röhlinger bei der katholischen Volksschule zu Bardenberg, Kreis Aachen Land;
2. Karl Baterrodt bei der katholischen Volksschule zu Golzheim, Kreis Düren;
3. Peter Müllenmeister bei der katholischen Volksschule zu Teveren, Kreis Geilenkirchen;
4. Josef Schaffrath bei der katholischen Volksschule zu Althaaren, Kreis Heinsberg;
5. Franz Hensen bei der katholischen Volksschule zu Kesternich, Kreis Montjoie.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 34.

Druck von J. Sterken in Aachen

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 38. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 31. August 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 350 Bekanntmachung,**
betreffend
**den Ankauf volljähriger Militär-Dienstpferde.**
(Schwere Kaltblüter.)

1. Zum Ankaufe von etwa 30 volljährigen schweren Zugpferden kaltblütigen Schlages im Alter von 5 bis 8 Jahren sollen die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:
   - am 3. Oktober d. Js., 8 Uhr vormittags in Trier;
   - am 4. Oktober d. Js., 11 Uhr vormittags in Geilenkirchen (Rheinland), Reg.-Bez. Aachen.
2. Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung bar bezahlt.
3. Es sollen von den Remontierungskommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Ansprüchen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Die Pferde sollen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben, müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden; tragende Stuten sind vom Ankaufe ausgeschlossen. Bei guter Entwickelung dürfen auch ausnahmsweise Pferde im Alter von 4 Jahren genommen werden.
4. Pferde mit solchen Fehlern, die nach den Gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.
5. Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit starkem, glattem Gebiß (keine Knebeltrense), und eine neue, starke Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 9. August 1905.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

**Nr. 351 Bekanntmachung.**
Postanweisungsverkehr mit den Marianen (Seipan).

Vom 1. September ab sind im Verkehr mit der Postagentur in Seipan (Marianen) Postanweisungen bis zum Meistbetrage von 800 Mark zugelassen. Die Taxen sind dieselben wie für Postanweisungen des inneren deutschen Verkehrs.

Berlin W. 66, den 15. August 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 352 Polizeiverordnung,**
betreffend
**das unbefugte Aufziehen und Führen von Flaggen.**

Auf Grund der Kaiserlichen Verordnung über die Führung der Reichsflagge vom 8. November 1892 (R. G.-Bl. S. 1050) und der Allerhöchst unter dem 24. Januar 1894 gutgeheißenen Vorschriften über die Flaggenführung auf Preußischen Staatsfahrzeugen und Staatsgebäuden (veröffentlicht in Nr. 27 des Deutschen Reichsanzeigers vom 30. Januar 1895), sowie der §§. 6 und 12 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) und der §§. 137 und 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) wird mit Zustimmung des Provinzialrates für den Umfang der Rheinprovinz und für die Preußische Rheinstrecke von Bingen abwärts folgende Polizei-Verordnung erlassen.

Einziger Paragraph.

Wer unbefugt eine der Standarten Seiner Majestät des Kaisers und Königs oder die Standarte eines der Mitglieder des Königlichen Hauses, oder eine dienstliche Flagge oder Gösch oder ein dienstliches Kommando- oder Unterscheidungszeichen oder eine sonstige Flagge, zu deren Führung es besonderer Genehmigung bedarf, oder diesen ähnliche Flaggen oder Abzeichen aufzieht oder führt, wird, wenn er nicht nach anderen Vorschriften strengere Strafe verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

Coblenz, den 8. März 1895.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.

Nasse.

**Nr. 353 Polizei-Verordnung,**

betreffend

**die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen sowie die Lagerung von Carbid.**

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen die nachfolgende Polizei-Verordnung erlassen:

§. 1. Wer Acetylen herstellen oder verwenden will, hat dies, unbeschadet der Bestimmungen im §. 23, spätestens bei der Inbetriebsetzung der Apparate der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Je eine genaue Beschreibung und Schnittzeichnung der Apparate und je eine Anweisung über ihre Behandlung sind der Ortspolizeibehörde vorzulegen und im Apparatenraum an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen. Das Gleiche gilt von einer wesentlichen Veränderung der Apparate und ihrer Behandlung.

§. 2. Die Herstellung und Aufbewahrung von Acetylengas darf nicht in oder unter Räumen erfolgen, die zum Aufenthalte von Menschen bestimmt sind; die Gasentwickler und Gasbehälter dürfen nur in Räumen aufgestellt werden, welche mit leichter Bedachung versehen und von Wohnräumen, von Scheunen oder von Ställen durch eine Brandmauer (öffnungslose massive Mauer) oder einen Abstand von wenigstens 5 Meter getrennt sind. Die Einziehung einer leichten, mit Hilfe schlechter Wärmeleiter hergestellten Zwischendecke ist gestattet.

Im Freien aufgestellte Apparate müssen wenigstens 5 Meter von zum Aufenthalte von Menschen bestimmten Baulichkeiten, von Scheunen und Ställen entfernt sein. Feststehende Acetylengas-Entwickelungsapparate dürfen nicht im Freien aufgestellt werden, sofern sie nicht nur für den Sommerbetrieb dienen.

§. 3. Die Apparatenräume (§. 2 Absatz 1) müssen nach außen aufschlagende Türen besitzen, welche entweder unmittelbar ins Freie oder in solche Räume führen, in denen sich kein offenes Feuer befindet und die nicht mit Licht betreten werden; sie müssen hell, geräumig, gut gelüftet und frostfrei sein.

Die Heizung darf nur durch Dampf oder Wasser oder durch andere Einrichtungen geschehen, bei denen auch im Falle der Beschädigung die Bildung von Funken oder das Glühendwerden sowie der Zutritt von Acetylen zu offenem Feuer oder hoch erhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist. Von der Feuerstätte für die Heizung müssen die Apparaten-Räume durch Brandmauern getrennt sein.

§. 4. Die künstliche Beleuchtung der Apparatenräume darf nur von außen erfolgen. Sie ist vor einem dicht schließenden Fenster, das nicht geöffnet werden kann, wenn möglich in einer türfreien Wand anzubringen. Befindet sich in derselben Wand mit diesem Fenster eine Tür oder ein zu öffnendes Fenster, so ist elektrisches Glühlicht in doppelten, durch ein Drahtnetz geschützten Birnen mit Außenschaltung und guter Isolierung der Leitung anzuwenden. Wird zur Beleuchtung Acetylen verwendet, so muß daneben eine andere, den vorstehenden Bestimmungen entsprechende Beleuchtung betriebsbereit vorhanden sein.

§. 5. Die Apparatenräume dürfen für andere Zwecke nicht verwendet und von Unbefugten nicht betreten werden. Das Betreten dieser Räume mit Licht sowie das Rauchen in ihnen ist verboten. Diese Verbote sind an den Türen deutlich sichtbar zu machen.

§. 6. Die Entlüftung der Apparatenräume hat durch genügend weite, im höchsten Punkte dieser Räume aufzusetzende Rohre zu geschehen. Die Entlüftungsrohre der Räume sind bis über das Dach derart ins Freie zu führen, daß die abziehenden Gase und Dünste weder in geschlossene Räume noch in Kamine gelangen können.

§. 7. Die Apparate müssen in allen Teilen so hergestellt sein, daß sie gegen Formveränderung und Durchrosten widerstandsfähig sind und dauernd gasdicht bleiben.

§. 8. In den Apparaten und Gasleitungen dürfen keine aus Kupfer bestehenden Teile angebracht sein. Die Verwendung von Messing ist zulässig.

§. 9. Die Apparate müssen so eingerichtet sein, daß sie entweder eine vollständige Entlüftung gestatten oder das Entweichen des Gasluftgemisches in ausreichendem Maße ermöglichen. Sie müssen ferner so eingerichtet sein, daß ein Überdruck von mehr als einer halben Atmosphäre und im Entwickler eine Erhitzung über 100 Grad Celsius aus-

geschlossen bleibt, sofern nicht für fabrikmäßige Betriebe in der Genehmigung nach §. 16 der Gewerbeordnung etwas anderes bestimmt ist. Ferner müssen Vorrichtungen zur Entfernung von Verunreinigungen (Phosphorwasserstoff, Ammoniak und dergleichen) vorhanden sein.

Das Zurücktreten von Gas aus dem Gasbehälter in den Entwickler muß durch einen Wasserabschluß verhindert sein.

§. 10. Die Leitungen müssen bis zu einem Überdrucke von $^1/_{10}$ Atmosphäre vollkommen dicht und im übrigen unter Beachtung derselben Vorsichtsmaßregeln wie die Steinkohlengasleitungen gelegt sein.

§. 11. Der Gasbehälter muß mit einem Abzugsrohre versehen sein, welches das Abströmen des sich nachentwickelnden Gases gestattet, sobald der Gasbehälter nicht mehr aufnahmefähig ist.

Dieses Abzugsrohr muß von mindestens gleicher Weite wie das Gaszuführungsrohr sein und ist bis über das Dach derart ins Freie zu führen, daß die abziehenden Gase und Dünste weder in geschlossene Räume noch in Kamine gelangen können.

§. 12. Die Überwachung und Bedienung der Apparate darf nur durch zuverlässige, mit der Einrichtung und dem Betriebe vertraute Personen erfolgen.

§. 13. Die bei der Herstellung von Acetylen verbleibenden Carbidrückstände müssen in gefahrloser Weise entfernt werden.

§. 14. Die Aufbewahrung von Calciumcarbid und anderen durch Wasser zersetzbaren Carbiden darf nur in wasserdicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen, gut gelüfteten Räumen, welche gegen den Zutritt von Wasser unter allen Umständen geschützt sind, erfolgen.

Eine etwaige Heizung darf nur durch Einrichtungen geschehen, bei denen auch im Falle der Beschädigung der Eintritt von Wasser in den Lagerraum und der Zutritt etwa entwickelten Acetylens zu offenem Feuer oder hoch erhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist.

Geöffnete Carbidgefäße sind mit wasserdicht schließenden oder übergreifenden, wasserundurchlässigen Deckeln verdeckt zu halten.

Die Anwendung von Entlötungsapparaten zum Öffnen verlöteter Büchsen ist verboten.

Die Lagerung in Kellern ist untersagt.

Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen: „Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten."

§. 15. Im Apparatenraum selbst dürfen nicht mehr als 500 Kilogramm Carbid aufbewahrt werden.

§. 16. Die Vorschriften der §§. 4, 5 finden auch auf Carbid-Lager entsprechende Anwendung.

§. 17. Mengen von mehr als 1000 Kilogramm Carbid dürfen nur in Räumen gelagert werden, die von anderen Räumen durch massive, mindestens 30 Centimeter überragende Brandmauern oder massive öffnungslose Gewölbe getrennt sind.

Die Brandmauer darf durch feuerfeste Türen durchbrochen und durch eine Wellblechwand ersetzt werden, wenn der Abstand bis zum nächsten Gebäude mindestens 5 Meter beträgt. Eine Brandmauer ist nicht erforderlich, wenn der Abstand mindestens 10 Meter beträgt.

Die Türen müssen nach außen aufschlagen. Die Mitlagerung leicht brennbarer oder explosiver Gegenstände ist verboten.

§. 18. Die Lagerung von Carbid im Freien ist in den im §. 14 Absatz 1 vorgeschriebenen, wasserdicht verschlossenen Gefäßen in einer Entfernung von mindestens 10 Meter von Gebäuden gestattet. Die Lagerstätte ist auf allen Seiten in einem Abstande von mindestens 4 Meter mit einem Zaun oder Drahtgitter zu versehen. Der Raum zwischen Lager und Umwehrung ist von brennbaren Gegenständen frei zu halten.

Das Carbid ist auf einer Bühne zu lagern, von deren Unterkante bis zum Erdboden ein freier Zwischenraum von mindestens 20 Zentimeter vorhanden ist.

Das Carbid ist durch ein Schutzdach oder durch wasserdichte Planen zu schützen.

Der Lagerplatz muß an jedem Zugange mit einer leicht sichtbaren Warnungstafel versehen sein, welche die Aufschrift trägt: „Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten."

§. 19. Denjenigen, welche beim Inkrafttreten dieser Verordnung Acetylenentwickelungsapparate bereits in Betrieb genommen haben, kann von der Ortspolizeibehörde zur Erfüllung der Vorschriften dieser Verordnung eine Frist von 12 Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab bewilligt werden.

§. 20. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt, bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen schwerere Strafen verwirkt sind.

§. 21. Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung:

1. auf staatliche wissenschaftliche Institute, soweit sie Acetylen zu Lehrzwecken herstellen oder verwenden, sowie auf Laboratorien der Staatseisenbahnverwaltung;
2. auf bewegliche Apparate bis zu 2 Kilogramm Carbidfüllung, jedoch unbeschadet der Bestimmungen im §. 8 und §. 9 Absatz 1, Satz 2;
3. auf die Lagerung von Carbid in Mengen von weniger als 10 Koligramm;

4. auf die Lagerung von Carbid in Fabriken, in denen Carbid hergestellt wird.

§. 22. Der Regierungs-Präsident ist ermächtigt, in einzelnen Fällen beim Vorliegen besonderer Verhältnisse Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung zuzulassen.

§. 23. Die Bestimmungen dieser Verordnungen finden auch auf die Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von gasförmigem oder flüssigem Acetylen Anwendung, welche als chemische Fabriken einer Genehmigung nach §. 16 der Gewerbeordnung bedürfen. Bei der Herstellung von flüssigen Acetylen sind außerdem die Bestimmungen des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichsgesetzblatt Seite 61) zu beachten.

§. 24. Die Polizei-Verordnung, betreffend die nicht fabrikmäßige Herstellung und die Verwendung von Acetylen, vom 15. November 1897 (Amtsblatt Seite 317) wird aufgehoben.

§. 25. Diese Polizei-Verordnung tritt am 1. Oktober 1905 in Kraft.

Aachen, den 24. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 354** Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchster Ordre vom 14. v. Mts. zu genehmigen geruht, daß zu der Geldlotterie, welche der Straßburger Männergesangverein zum Besten des Sängerhauses in Straßburg i./Els. mit Genehmigung des Kaiserlichen Ministeriums für Elsaß-Lothringen zu veranstalten beabsichtigt, auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in der Rheinprovinz und in den Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau Lose vertrieben werden. Die Zahl der im diesseitigen Staatsgebiete abzusetzenden Lose darf zufolge Allerhöchster Bestimmung 120000 nicht überschreiten. Diese Lose müssen vor dem Vertrieb durch das Königliche Polizei-Präsidium in Frankfurt a./M. abgestempelt werden.

Aachen, den 25. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 355** Der Obersekundaner Franz Beckers aus Eschweiler und der Untersekundaner Christian Geusgens daselbst haben am 4. Mai d. Js. den 5 Jahre alten Knaben Konrad Winter durch aufopferungsvolle tatkräftige Hülfe vom Tode des Ertrinkens errettet.

Für dieses mutige Verhalten erteile ich ihnen hiermit eine öffentliche Belobigung.

Aachen, den 26. August 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 356** Die Prüfung der Bewerber um die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst findet am

Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. September d. Js., vormittags 8 Uhr, im hiesigen Regierungsgebäude statt.

Aachen, den 22. August 1905.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Heising.

**Nr. 357 Personal-Nachrichten.**

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Departementstierarzt Baránski in Aachen den Charakter als Veterinär-Rat zu verleihen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 35 und die Sonderbeilage, enthaltend Unfallverhütungsvorschriften der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Druck von J. Stercken in Aachen

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 39. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 7. September 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 358** Das 37. Stück enthält unter Nr. 3162: Bekanntmachung, betreffend die Ratifizierung des in Paris am 18. Mai 1904 unterzeichneten Abkommens über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel durch Portugal. Vom 9. August 1905. Unter Nr. 3163: Bekanntmachung, betreffend die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Italiens und der Schweiz zu den am 12. Juni 1902 im Haag abgeschlossenen Abkommen über das internationale Privatrecht. Vom 9. August 1905. Das 38. Stück enthält unter Nr. 3164: Kaiserliche Verordnung, betreffend Zwangs- und Strafbefugnisse der Verwaltungsbehörden in den Schutzgebieten Afrikas und der Südsee. Vom 14. Juli 1905. Unter Nr. 3165: Kaiserliche Bergverordnung für Deutsch-Südwestafrika. Vom 8. August 1905. Unter Nr. 3166: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Nr. XXXVa in Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 23. August 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 359** Mit der Abhaltung der dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde Giesenkirchen im Kreise Gladbach bewilligten Hauskollekte zum Besten des Neubaues einer katholischen Pfarrkirche daselbst (Bekanntmachnng vom 16. März d. Js. in Stück 14 des Amtsblatts) sind nachträglich noch folgende Personen beauftragt worden: Pfarrer Braetz, Wilhelm Schüll und Wilhelm Bohlen aus Giesenkirchen.

Aachen, den 1. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 360 Bekanntmachung.**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1905 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 Mark.
Nr. 68.
2. Litt. H à 300 Mark.
Nr. 189, 302.
3. Litt. K à 30 Mark.
Nr. 342.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 13 bis 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Werts den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Littera-Bezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 5. August 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

**Nr. 361** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 19 | — | 18 | — | — | — | 17 | — | 16 | — | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | 40 | 16 | 90 | — | — | 14 | 75 | 14 | 25 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | 16 | 58 | 16 | 08 | — | — | 13 | 88 | 12 | 88 | — | — | 16 | 13 | 15 | 13 | — | — |
| Erkelenz . . | 16 | 99 | 15 | 99 | — | — | 14 | 33 | 13 | 33 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | 19 | — | — | — | — | — | 16 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 19 | 50 | 19 | — | 18 | — | 17 | 50 | 17 | — | 16 | 50 | 14 | 50 | 14 | — | 13 | 75 |
| Jülich . . . | 17 | 03 | 16 | 53 | 16 | 03 | 14 | 48 | 13 | 98 | 13 | 48 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 17 | 50 | — | — | — | — | 17 | — | 16 | — | 15 | — | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 17 | 71 | — | — | — | — | 15 | 49 | — | — | — | — | 14 | 78 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 7 | — | 135 | — | 1 | 70 | 1 | 30 | 2 | 10 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 50 | 5 | 10 | — | — | — | — |
| 3 | 92 | [8] 6 | [40] 90 | 109 | 50 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 80 | 2 | 43 | 5 | 26 | — | — | — | — |
| — | — | [7] 5 [9] | [35] 50 [30] | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 80 | 1 | 70 | 1 | 40 | 1 | 70 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 2 | — | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 40 | 6 | — | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 | — | 136 | — | 1 | 50 | 1 | 30 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 20 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| 3 | 20 | [9] 5 [9] | [40] 35 [67] | — | — | 2 | 20 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 60 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 90 | 1 | 55 | 1 | 70 | 1 | 92 | 2 | 35 | 5 | 10 | — | — | — | — |
| 3 | 50 | 7 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 60 | 2 | — | 4 | — | — | — | — | — |
| 3 | 66 | 6 | 79 | 125 | 15 | 1 | 65 | 1 | 41 | 1 | 83 | 1 | 58 | 1 | 55 | 1 | 80 | 2 | 36 | 4 | 98 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

…bensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat August 1905.

…reise:

| Getreide: Hafer gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an (nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm): Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Pf. | Bohnen (weiße) M. | Pf. | Linsen M. | Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Pf. | Stroh Richt- M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 15 | 50 | 14 | 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15 (16) | — (80) | 14 | 40 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 10 | — | 6 (7) | — (85) |
| 15 (16) | 18 (30) | 14 | 68 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 58 | 4 (5) | 53 (04) |
| 13 (16) | 24 (90) | 12 (13) | 54 (17) | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 3 (3) | 40 (78) |
| 16 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | — | — | — | 8 | 40 | — | — |
| 17 (17) | — (56) | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 28 | — | 10 | — | 5 (3) | — (25) |
| 15 (16) | 13 (80) | 14 | 63 | 14 | 13 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 9 | 50 | 3 (3) | 50 (66) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 9 | 75 | — | — |
| 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | — | — | — | 4 | — | 4 | 50 |
| 15 | 44 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 56 | 33 | 07 | 42 | 40 | 8 | 15 | 4 | 49 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats August 1905:*)

| Mehl zur Speisebereitung aus: …eizen Pf. | Roggen M. | Pf. | Gersten: Graupen M. | Pf. | Grütze M. | Pf. | Buchweizengrütze M. | Pf. | Hafer-Grütze M. | Pf. | Hirse M. | Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Pf. | Kaffee: Java (mittel) roh M. | Pf. | Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Pf. | Speisesalz M. | Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Pf. | Schwarzbrot M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 28 | — | 22 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 40 | 3 | — | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 28 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 55 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| 30 | — | 27 | — | 38 | — | 48 | — | 32 | — | 55 | — | 54 | — | 46 | 2 | 83 | 3 | 03 | — | 21 | 1 | 63 | — | — |

(Es kosten je 1 Kilogramm)

…ls höchste Tagespreise des Monats August 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des …lags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter …nie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide …dischen Ursprungs.

Aachen, den 5. September 1905. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 362** Der Herr Ober-Präsident hat dem Vorstand der israelitischen Gemeinde St. Tönis im Kreise Kempen die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der noch fehlenden Mittel zum Baue einer Synagoge im laufenden Jahre eine Hauskollekte bei den wohlhabenderen israelitischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf abhalten zu lassen.

Mit der Abhaltung der Kollekte ist Leo Schwarz aus Crefeld beauftragt worden.

Aachen, den 1. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 363** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. August 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 4 | 4 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 9 | 10 |

Aachen, den 5. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 364** In Aphoven, Kreis Heinsberg, ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 26. August 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

### Bekanntmachung.

**Nr. 365** In Schierwaldenrath ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 31. August 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 366** Der 45. Rheinische Provinziallandtag hat in seiner Plenarsitzung vom 15. März 1905 beschlossen, den §. 2 des Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten der Rheinprovinz, wie folgt abzuändern (die Abänderungen sind gesperrt gedruckt).

**Einteilung der Beamten.**

§. 2. Die Provinzialbeamten werden in sechs Dienstklassen eingeteilt, und zwar gehören:

Zu Klasse I:

Der Landeshauptmann, der erste Provinzialbeamte und Dienstvorgesetzte aller übrigen Provinzialbeamten (Provinzialordnung §. 90).

Zu Klasse II:

1. Die in Gemäßheit des §. 41 der Provinzialordnung von dem Provinziallandtage zu wählenden oberen Provinzialbeamten (Landesräte und Landesbauräte, Direktor der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und der Landesbank).

2. Die Direktoren der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, der Provinzial-Hebammenlehranstalten und der Provinzialmuseen, die Landesversicherungsräte, die Landesbankräte (Kassendirektor der Landesbank) und die Landes-Ober-Bauinspektoren.

Zu Klasse III:

1. Die Landes-Bauinspektoren, der Direktor des Denkmälerarchivs.

2. Der Direktor der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler, die Oberärzte, Ärzte und Geistlichen der Provinzialanstalten, die Landesassessoren und die sonstigen bei der Provinzialverwaltung beschäftigten Assessoren, die Landesbaumeister und Regierungsbaumeister, die Direktoren der Provinzial-Blindenanstalten und Taubstummenanstalten, die Direktoren der Provinzial-Wein- und Obstbauschulen, der Maschineningenieur der Zentralstelle, die Oberinspektoren der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, der Vorsteher des Landarmenhauses zu Trier.

Zu Klasse IV:

1. Der Landes-Ober-Sekretär der Zentralverwaltung, die (Verwaltungs- und technischen) Landessekretäre, der Rechnungsrevisor, der Provinziallandmesser, die Obersekretäre, die Oberbuchhalter, die Rendanten (Kassierer) und Kassenkontrolleure der Landesbank und Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, der Vorsteher des Hypothekenbureaus und des Rechnungskontrollbureaus, sowie der Effektenverwalter der Landesbank, der Arbeitsinspektor der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler, die Inspektoren für das Immobilar- und Mobilar-Feuer-Versicherungswesen, der Feuerlöschinspektor, die Apotheker an den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten.

2. Die Verwaltungs- und technischen Sekretäre, die geprüften Landmesser, der Kanzleivorsteher bei der Zentralverwaltung, der Kanzleivorsteher und Rendant (Kassierer) der Landes-Versicherungsanstalt, die Buchhalter, die Techniker ohne höhere Qualifikation, die technischen Landesbauamtsekretäre, die Verwalter und Rendanten bei den Provinzialanstalten und Anstaltskassen, die geprüften Taubstummen- und Blindenlehrer, die wissenschaftlichen und technisch

Lehrer an den Provinzial-Wein- und Obstbauschulen, die Assistenten an den Provinzialmuseen, der Materialienverwalter, der erste Sekretär bei der Arbeitsanstalt in Brauweiler und die Landes-Bauamtssekretäre.

Zu Klasse V:

1. Die Lehrer und Lehrerinnen an den Provinzialanstalten, der zweite Sekretär und die Assistenten im Arbeitsbetriebe und der Kassenassistent der Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler, die Bureau- und Kassenassistenten, die Hilfstechniker, die Bureaudiätare, die Kanzleisekretäre bezw. Kanzlisten, die Bureaugehilfen und der Botenmeister (Hausmeister) im Ständehause.

2. Die Straßenmeister, die Oberpfleger und Oberpflegerinnen, die Oberaufseher und Oberaufseherinnen, die Maschinenmeister, die Hofmeister und Gärtner an den Provinzialanstalten, die Ober-Hebammen und die Wirtschafterinnen an den Provinzial-Hebammenlehranstalten, der Hausvater der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler.

Zu Klasse VI:

1. Die Provinzial-Straßenaufseher, die Hilfsschreiber, die Stationspfleger und Stationspflegerinnen, die Werkführerinnen, die Oberköchinnen, die Oberwäscherinnen, die II. Köchinnen, die Aufseher und Aufseherinnen und die Werkmeister in den Anstalten, die II. Hebammen in den Provinzial-Hebammenlehranstalten.

2. Die für wesentlich mechanische Dienstleistungen angestellten Beamten (Boten, Pförtner).

Welcher der vorstehenden Kategorien ein Beamter angehört, bestimmt im Zweifelsfalle der Provinzialausschuß, welcher auch neu geschaffene Beamtenstellen in die aufgeführten Klassen einzureihen hat.

Diese Reglementsänderungen sind von dem Herrn Minister des Innern auf Grund des §. 120 der Provinzialordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 durch Erlaß vom 2. August 1905 genehmigt.

Düsseldorf, den 5. September 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz:
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

## Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.

**Nr. 367** Die Vorlesungen für das Winter-Semester 1905/06 beginnen am 24. Oktober.

Das Programm für das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität, sowie der spezielle Lehrplan für das kommende Semester sind durch das Sekretariat des landwirtschaftlichen Instituts, L. Wuchererstraße 2, zu beziehen.

Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete.

Halle a. S., im Juli 1905.

Wirklicher Geheimer Rat
Prof. Dr. Julius Kühn,
Direktor des landw. Instituts der Universität.

## Nr. 368 Personal-Nachrichten.

Der Lehrerin Albertine Hensen ist nach Maßgabe der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Fortführung der katholischen höheren Privat-Mädchenschule in der Stadt Düren erteilt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Magdalena Max bei der katholischen Volksschule zu Dürboslar, Kreis Jülich;
2. Josephine von Fisenne bei der katholischen Volksschule zu Stolberg, Kreis Aachen Land;
3. Elisabeth Blesius bei der katholischen Volksschule zu Blankenheim, Kreis Schleiden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 36.

Druck von J. Stercken in Aachen

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 40. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 14. September 1905.





### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 369** **Bekanntmachung,**
betreffend
**den Ankauf volljähriger Militär-Dienstpferde.**
(Schwere Kaltblüter.)

1. Zum Ankaufe von etwa 30 volljährigen schweren Zugpferden kaltblütigen Schlages im Alter von 5 bis 8 Jahren sollen die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:
   am 3. Oktober d. Js., 8 Uhr vormittags in Trier;
   am 4. Oktober d. Js., 11 Uhr vormittags in Geilenkirchen (Rheinland), Reg.-Bez. Aachen.
2. Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung bar bezahlt.
3. Es sollen von den Remontierungskommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Ansprüchen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Die Pferde sollen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben, müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden; tragende Stuten sind vom Ankaufe ausgeschlossen. Bei guter Entwickelung dürfen auch ausnahmsweise Pferde im Alter von 4 Jahren genommen werden.
4. Pferde mit solchen Fehlern, die nach den Gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.
5. Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit starkem, glattem Gebiß (keine Knebeltrense), und eine neue, starke Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 9. August 1905.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 370** Mit Zustimmung des Herrn Ministers des Innern wird hiermit bestimmt, daß die Landbürgermeisterei „Bussem" im Kreise Schleiden fortan den Namen „Mechernich" führt.

Aachen, den 6. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Nr. 371** Infolge des Austausches von Waldflächen zwischen dem Forstfiskus und der Herzoglich Arenbergischen Forstverwaltung wird der Schutzbezirk und die Försterstelle Lanzerath in der Oberförsterei Büllingen am 1. Oktober d. Js. aufgelöst und vom gleichen Tage ab aus dem Herzoglich Arenbergischen Schutzbezirk Buchholz und Teilen der angrenzenden fiskalischen Forstorte unter der Bezeichnung „Weißestein" ein neuer, der Kgl. Oberförsterei Büllingen hinzutretender forstfiskalischer Schutzbezirk gebildet werden.

Der Inhaber der Försterstelle Lanzerath, Förster Klein zu Manderfeld, wird zum 1. Oktober d. Js. auf die neugebildete Försterstelle Weißestein zu Losheimer-Graben versetzt.

Aachen, den 8. September 1905.

Königliche Regierung.
Boehm.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 372** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für mehrere zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Heimbach zu enteignen-

den Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Mittwoch, den 20. September d. Js. zu Heimbach anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 11. September 1905.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 373** In Dedenborn ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 9. September 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 374** In Ruhrberg ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 4. September 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 375** Bei der Postagentur in Kesternich (Eifel) und bei den Posthilfstellen in Strauch und Steckenborn ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 4. September 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 376** Das Winter-Semester 1905/06 beginnt bei der Kgl. Universität am

Montag, den 16. Oktober d. Js.

Die Einschreibungen zur Immatrikulation finden in den ersten 3 Wochen des Semesters vormittags von $11^1/_2$—$12^1/_2$ Uhr im Senatssaale statt.

Das Verzeichnis der Vorlesungen ist vom ersten Pedellen der Universität zu beziehen.

Münster i. W., den 10. September 1905.

Der z. Rektor der Königlichen Universität.
J. V.: Bludau.

**Nr. 377 Personal-Nachrichten.**

Nachdem der Bürgermeister Kleinen in Gemünd am 1. April d. Js. in den Ruhestand getreten, ist die einstweilige Verwaltung der Landbürgermeisterei Bleibuir im Kreise Schleiden dem Verwaltungsbeflissenen Mathias Porrio aus Jülich übertragen worden.

Des Königs Majestät haben den Maschinenbauschuldirektor Professor Köhler zum Regierungs- und Gewerbeschulrat zu ernennen geruht.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 37.

Druck von J. Stercken in Aachen.

Recht




# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 41. Ausgegeben zu Aachen, Samstag, den 16. September 1905.




### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 378** Der herzliche patriotische Empfang, der Mir und der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, von Seiten der Provinz wie von Meiner treuen Residenzstadt Coblenz bereitet worden ist, hat Uns überaus wohltuend berührt. Ich darf darin den beredten Ausdruck treuer Liebe und Anhänglichkeit erblicken und nehme gern Veranlassung, hierfür Unseren warmempfundenen Dank auszusprechen. Eine ganz besondere Freude war es Mir, bei der Parade am 11. September die nach vielen Tausenden zählenden Abordnungen der Kriegervereine begrüßen zu können, die aus allen Teilen der Provinz zusammengeströmt waren, um ihre treue patriotische Gesinnung zu betätigen. Indem Ich Sie beauftrage, dies zur Kenntnis der Provinz zu bringen, füge Ich zugleich den Ausdruck Meiner lebhaften Genugtuung und dankenden Anerkennung hinzu für die vortreffliche Aufnahme, die den Truppen trotz der gesteigerten Anforderungen überall zu Teil geworden ist.

Coblenz, den 15. September 1905.

gez. **Wilhelm, R.**

An den Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 42. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 21. September 1905.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 379 Urkunde über Errichtung der Pfarrei Münsterbusch, Landkreis Aachen.**

Wegen der zahlreichen Bevölkerung in Münsterbusch, Pfarre Büsbach, Landkreis Aachen, und der weiten Entfernung derselben von der Pfarrkirche war daselbst eine Kirche erbaut und ein Hülfsgeistlicher angestellt worden, dem die Seelsorge für den Bezirk Münsterbusch übertragen wurde. Zur bessern Ausübung der Seelsorge inmitten der zahlreichen Arbeiterbevölkerung sowie zur leichteren Aufbringung der Kultuskosten erscheint es angezeigt, den bisherigen Seelsorgebezirk zur selbständigen Pfarre zu erheben. Nach Anhörung und unter Zustimmung aller Beteiligten bestimme ich demnach, was folgt:

1. In Münsterbusch, Landkreis Aachen, wird eine selbständige Pfarre errichtet, welche die Ortschaften Münsterbusch, Kohlbusch, Hamm und Schneidmühle umfaßt. Die Grenzen der neuen Pfarre, die auf der zugehörigen Karte mit grüner Farbe eingetragen sind, sollen die folgenden sein: Im Süden die an der Prämienstraße rechts und links gelegenen zu Münsterbusch gehörigen Häuser Nr. 1 und 2. Nach Osten hin bildet Büsbach gegenüber die Grenze eine von Nr. 1 durch die Heide bis zur Biegung des Gemeindeweges an Burgstützen führende gerade Linie und von da ab der Weg, welcher in die zu Stolberg gehörende Stielsgasse mündet. Nach Westen hin wird die neue Pfarre Münsterbusch Büsbach gegenüber begrenzt durch eine gerade Linie, die von dem Hause Nr. 2 über die Heide und den nach Haumühle führenden Fuhrweg bis zu dem ausgebauten Wege geht, welcher nach Brand führt. Im übrigen decken sich die Grenzen der Pfarre Münsterbusch mit den bisherigen Grenzen der Pfarre Büsbach.

2. Am Tage des Inkrafttretens gegenwärtiger Urkunde scheiden die katholischen Bewohner des vorbeschriebenen Bezirks aus der Pfarre Büsbach aus und werden Angehörige der neuen Pfarre Münsterbusch.

3. Die neue Pfarre verzichtet auf alle Ansprüche an das Vermögen der Mutterpfarre, bleibt aber auch von allen weiteren an die Mutterpfarre zu leistenden Abgaben und Entschädigungen befreit.

4. Die in der Verwaltung des Kirchenvorstandes der Mutterpfarre befindlichen, für Münsterbusch bestimmten Vermögensstücke werden nach Bestellung des Kirchenvorstandes der neuen Pfarre an diese überwiesen.

5. Das Mindest-Einkommen des Pfarrers wird auf 1500 Mark nebst freier Wohnung festgesetzt. Die nach dem Gesetze vom 2. Juli 1898 erforderlichen Alterszulagen werden, sofern die Pfarrgemeinde zu deren Aufbringung über ein Diensteinkommen von 2731 Mark hinaus unfähig ist, zur einen Hälfte seitens des Erzbischöflichen Stuhles aus kirchlichen Mitteln gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte seitens des Staates geleistet wird.

6. Die gegenwärtige Urkunde tritt am 1. Oktober 1905 in Kraft.

Cöln, den 5. September 1905.

Der Erzbischof von Cöln:
A. A.
Hespers.

---

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 5. September 1905 von dem Kardinal-Erzbischofe von Cöln kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde Münsterbusch wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen p. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 17. August 1905 — G II 4396 II — uns erteilten

Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Aachen, den 20. September 1905.

(L. S.)

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Schroeter.

**N. 380 Polizeiverordnung über die Abhaltung von Hauskollekten.**

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) und des §. 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) verordne ich mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen was folgt:

§. 1. Die Abhaltung von Hauskollekten ist nur gestattet, sofern sie von der zuständigen Staatsbehörde genehmigt sind.

§. 2. Zur Einsammlung der Hauskollekten sind mit durchlaufender Seitenzahl bezeichnete Sammelbücher zu verwenden, die den genehmigenden Erlaß in beglaubigter Abschrift enthalten müssen und vor Beginn der Sammlung in jeder einzelnen Gemeinde mit dem Stempel der Ortspolizeibehörde zu versehen sind.

§. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§. 4. Die Polizeiverordnungen vom 3. Mai 1866 (Amtsblatt S. 177) und vom 22. Februar 1904 (Amtsblatt S. 31) werden aufgehoben.

Aachen, den 18. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 381** Der Provinzialrat hat die Verlegung der nachbezeichneten Märkte für das Jahr 1906 genehmigt:

1. für die Stadtgemeinde Jülich:
   a) des am 1. April anstehenden Rindvieh-, Pferde- und Füllenmarktes auf den 3. desselben Monats,
   b) des am 24. Juni anstehenden gleichartigen Marktes auf den 26. desselben Monats,
   c) des am 2. September anstehenden gleichartigen Marktes auf den 4. desselben Monats;
2. für die Stadtgemeinde Linnich:
   a) des am 3. Donnerstag im Februar anstehenden Kram- und Pferdemarktes auf den 14. desselben Monats,
   b) des am 23. März anstehenden gleichartigen Marktes auf den 22. desselben Monats,
   c) des am 3. Dienstag im April anstehenden Pferdemarktes auf den 18. desselben Monats,
   d) des am 1. Dienstag im Juli anstehenden Kram- und Pferdemarktes auf den 4. desselben Monats;
3. des am dritten Dienstag im April in Call anstehenden Kram- und Viehmarktes auf den 3. Mai;
4. des am zweiten Mittwoch im April in Schmidtheim anstehenden Viehmarktes auf den 2. Mai;
5. des am dritten Donnerstag im September in Heimbach anstehenden Kram- und Viehmarktes auf den 13. desselben Monats.

Ferner ist die dauernde Verlegung des am ersten Dienstag im Juli in Linnich anstehenden Kram- und Pferdemarktes auf den ersten Mittwoch im Juli, sowie die Aufhebung des am Dienstag nach dem 11. November in Aldenhoven anstehenden Pferde-, Rindvieh- und Schweinemarktes gestattet worden.

Aachen, den 14. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 382 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 15. September 1905.**

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 3 | 4 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 5 | 7 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 18. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 383 Bekanntmachung, betreffend Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Gumbinnen weiter die Nummern 1001 bis 1500 und dem Regierungsbezirk Hannover die weiteren Nummern 2201 bis 2800 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 14. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 384** Auf Grund der §§. 2 und 3 des Wildschongesetzes vom 14. Juli 1904 wird für den

Regierungsbezirk Aachen die Schonzeit für Rehkälber auf das ganze laufende Jahr ausgedehnt.

Aachen, den 12. September 1905.

Der Bezirksausschuß.
Schroeter.

**Nr. 385** Bei der Postagentur in Scheven, Kreis Schleiden, ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 14. September 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 386** In Gemäßheit des §. 14 des Reglements vom 2. Juli 1891 über Gewährung von Entschädigungen für polizeilich angeordnete Tötung rotzkranker Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel und lungenseuchekranken Rindviehes in der Rheinprovinz, sowie des §. 10 der Vorschriften vom 27. März 1901 zur Ausführung des Gesetzes vom 22. April 1892, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Tiere, bringe ich die nachstehende Übersicht der Einnahmen und Ausgaben bei den betreffenden Entschädigungsfonds für das Rechnungsjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 hiermit zur öffentlichen Kenntnis:

| | Entschädigungsfonds für | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Pferde | | Rindvieh | |
| **A. Einnahme:** | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1. Bestand aus 1903 | 2349 | 83 | 33081 | 46 |
| 2. Zinsen der als Reservefonds bei der Landesbank hinterlegten Bestände | 7790 | 59 | 22209 | 77 |
| 3. Abgaben der Viehbesitzer | 55888 | 74 | 276956 | 38 |
| | 66029 | 16 | 332247 | 61 |
| **B. Ausgabe:** | | | | |
| 1. 10 % Veranlagungs- und Hebegebühren | 5589 | 98 | 27696 | 10 |
| 2. 5 % Verwaltungskosten für die Provinzial-Centralverwaltung von den Zinsen der Reservefonds und der nach Abzug der Veranlagungs- und Hebegebühren verbleibenden Abgaben | 2904 | 47 | 13573 | 50 |
| 3. Formularkosten | 161 | 25 | 161 | 25 |
| 4. Entschädigungen für Rotz- und Lungenseuche | — | — | — | — |
| 5. " " Milz- und Rauschbrand | 15067 | 16 | 184904 | 04 |
| 6. Kosten der Schätzung der an Milz- und Rauschbrand gefallenen Tiere | 150 | 80 | 4157 | 80 |
| 7. Insertionskosten | 31 | 85 | 31 | 85 |
| 8. Zur rentbaren Anlegung | 40000 | — | 100000 | — |
| | 63905 | 51 | 330524 | 54 |
| Die Einnahme betrug | 66029 | 16 | 332247 | 61 |
| Die Ausgabe " | 63905 | 51 | 330524 | 54 |
| Mithin Bestand | 2123 | 65 | 1723 | 07 |
| Als Reservefonds sind vorhanden | 340062 | 20 | 903376 | 96 |

Düsseldorf, den 16. September 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
von Renvers.

**Nr. 387 Personal-Nachrichten.**

Seitens der zuständigen Herren Minister ist der Regierungsrat Schrader zu Aachen zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung hierselbst ernannt worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Beigeordneten und Landwirt Christian Fischenich in Gangelt zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Gangelt umfassenden Standesamtsbezirks widerruflich ernannt und die Ernennung des Gutsbesitzers Franz Fischenich zum Stellvertreter des Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Margareta Bier bei der katholischen Volksschule zu Nideggen, Kreis Düren, mit dem 1. Oktober d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 38.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 43. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 28. September 1905.



### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 388** Das 34. Stück enthält unter Nr. 10641: Gesetz, betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder. Vom 12. August 1905. Unter Nr. 10642: Gesetz zur Verhütung von Hochwassergefahren. Vom 16. August 1905. Unter Nr. 10643: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hachenburg, Usingen, Wallmerod und Weilburg. Vom 28. August 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 389** **Bekanntmachung,**
betreffend
**den Ankauf volljähriger Militär-Dienstpferde.**
(Schwere Kaltblüter)

1. Zum Ankaufe von etwa 30 volljährigen schweren Zugpferden kaltblütigen Schlages im Alter von 5 bis 8 Jahren sollen die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:
   am 3. Oktober d. Js., 8 Uhr vormittags in Trier;
   am 4. Oktober d. Js., 11 Uhr vormittags in Geilenkirchen (Rheinland), Reg.-Bez. Aachen.
2. Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung bar bezahlt.
3. Es sollen von den Remontierungskommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Ansprüchen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Die Pferde sollen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben, müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden; tragende Stuten sind vom Ankaufe ausgeschlossen. Bei guter Entwickelung dürfen auch ausnahmsweise Pferde im Alter von 4 Jahren genommen werden.
4. Pferde mit solchen Fehlern, die nach den Gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.
5. Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit starkem, glattem Gebiß (keine Knebeltrense), und eine neue, starke Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 9. August 1905.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

**Nr. 390** Für die im Jahre 1906 in Berlin abzuhaltende Turnlehrerprüfung ist Termin auf Montag den 26. Februar 1906 und die folgenden Tage anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Januar 1906, Meldungen anderer Bewerber bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk der Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Januar k. Js. anzubringen.

Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium hierselbst bis zum 1. Januar k. Js. einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach §. 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigefügt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 11. September 1905.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

**Nr. 391** Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1906 ein etwa drei Monate währender Kursus in der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden.

Termin zur Eröffnung desselben ist auf Dienstag, den 3. April k. Js. anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 15. Januar k. Js., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 15. Januar k. Js. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls bis zum 15. Januar k. Js. anzubringen.

Den Meldungen sind die im §. 3 der Aufnahmebestimmungen vom 3. März 1899 bezeichneten Schriftstücke sowie ein Zeugnis einer geprüften Turnlehrerin über die turnerische Vorbildung und die erlangte körperliche Fertigkeit geheftet beizufügen, die Meldung selbst ist aber mit diesen Schriftstücken nicht zusammenzuheften.

Die endgültige Aufnahme in den Kursus ist von dem Bestehen einer Prüfung abhängig, für welche mindestens Übungen wie die folgenden verlangt werden: Hangeln vorwärts und seitwärts mit Schwung an der wagerechten Leiter; Schaukeln im Beugehang an den Schaukelringen mit Aufsprung beim Vorlaufen, Absprung nach dem fünften Rückschwunge; Schwingen im Querstreckstütz im Barren; ein mäßiger Hoch- und Weitsprung; gewöhnlicher Gang ohne Fassung der Hände auf den Schwebestangen.

Berlin, den 11. September 1905.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

**Nr. 392 Bekanntmachung.**

Einführung des Postanweisungsdienstes mit Bolivien.

Vom 1. Oktober ab sind im Verkehr mit Bolivien Postanweisungen bis zu 400 M. zulässig. Bei der Einzahlung in Deutschland sind die Beträge auf den Postanweisungen in der Markwährung anzugeben. Die Auszahlung in Bolivien erfolgt in der dortigen Landeswährung nach dem Tageskurse. Die Taxe wird bei Beträgen bis 80 M. mit 20 Pf. für je 20 M. und bei überschießenden Beträgen mit 20 Pf. für je 40 M. berechnet. Telegraphische Postanweisungen sind im Verkehr mit Bolivien nicht zulässig.

Berlin W. 66, den 14. September 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Groh.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**N. 393 Polizeiverordnung,**
betreffend
den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen.

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie des Gesetzes vom 8. Juli 1905 (G.-S. S. 317), betr. die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen wird hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen die nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§. 1. Geltungsbereich der Verordnung.

Die gegenwärtige Polizeiverordnung erstreckt sich auf den Verkehr mit Kohlensäure, Ammoniak, Chlor, wasserfreier schwefliger Säure, Chlorkohlenoxyd (Phosgen), Stickoxydul, Acetylen, Grubengas, Leuchtgas (auch Fettgas), Wasserstoff, Sauerstoff, Stickstoff und Luft, in verflüssigtem oder verdichtetem Zustande.

Auf kleine Mengen verflüssigter oder verdichteter Gase bis zu 100 Kubikzentimetern einschließlich finden die Bestimmungen dieser Verordnung keine Anwendung.

§. 2. Zulässiger Baustoff der Behälter für verflüssigte und verdichtete Gase.

Die nach §. 1 unter diese Verordnung fallenden verflüssigten oder verdichteten Gase müssen in Behältern aus Schweißeisen, Flußeisen (Flußstahl) oder Formflußeisen (Stahlformguß oder Gußstahl) befördert und aufbewahrt werden. Chlorkohlenoxyd und verdichtete Gase, deren Druck 20 Atm. nicht übersteigt, dürfen mit Ausnahme des Acetylens auch in kupfernen Behältern, verflüssigte Luft darf nur in nicht gasdicht verschlossenen Behältern, deren Material beliebig ist, befördert und aufbewahrt werden.

§. 3. Anforderungen an die Wandstärke und Beschaffenheit des Baustoffs der Behälter.

a) Flaschen.

Die Wandstärken neuer, im Verkehr als „Flaschen" bezeichneter eiserner Behälter für verflüssigte und verdichtete Gase sind so zu bemessen, daß ihre

schwächste Stelle bei dem Probedruck (§. 4) nicht über 30 Kilogramm auf das Quadratmillimeter beansprucht wird. Außerdem muß die aus der schwächsten Stelle der Wandungen und dem Probedruck zu berechnende Beanspruchung mindestens um ein Drittel unter der Spannung an der Streckgrenze liegen. Baustoff, dessen Streckgrenze höher als 45 kg oder dessen Dehnung in einer der Faserrichtungen geringer als 12 mm bei 100 mm Zerreißlänge liegt, ist nicht zulässig. Als Streckgrenze gilt diejenige Spannung, welche an der Maschine durch Beobachtung klar erkannt wird, im Zweifelsfall diejenige Spannung, welche eine bleibende Längenänderung des Probestreifens über 0,002 der ursprünglichen Länge hervorruft.

Die Wandstärke der Behälter muß mindestens 3 Millimeter betragen. Neue Behälter müssen vor ihrer Prüfung und Verwendung sorgfältig ausgeglüht werden.

Die Ermittelung der Streckgrenze und Dehnung erfolgt durch Zerreißproben aus den fertigen Flaschen. Letztere sind bei Schweißeisen in Gruppen von je 200, bei Flußeisen, Flußstahl, Formflußeisen oder Gußstahl nach Schmelzungsnummern gesondert bis zu 200 zur Abnahme zu stellen. Aus Gruppenresten können neue Hauptgruppen bis zu 100 Stück gebildet werden. Aus jeder Gruppe von 200 oder weniger zur Abnahme gestellten Flaschen ist von dem Prüfenden eine Flasche für die Prüfungen auszuwählen. Diese bestehen in der Ermittelung der geringsten Wandstärke durch Herstellung von Querschnitten in drei zur Längsrichtung des Behälters senkrechten Ebenen, in der Vornahme von mindestens je einer Zerreißprobe in der Längs- und Querrichtung des Behälters und von Biegeproben.

Das Abtrennen der Probestreifen muß auf kaltem Wege durch schneidende Werkzeuge geschehen. Die Probestreifen sind erforderlichenfalls auf kaltem Wege vorsichtig gerade zu richten und an den Kanten sauber zu bearbeiten. Biegeproben dürfen an den Kanten etwas abgerundet werden. Die Streifen müssen sich bei der Biegeprobe um einen Dorn, dessen Durchmesser bei Längsstreifen gleich der dreifachen, bei Querstreifen gleich der sechsfachen Blechdicke ist, kalt um 180 Grad biegen lassen, ohne zu brechen. Auf der äußeren Seite dürfen sich in der Biegungsstelle höchstens Anfänge von Rissen zeigen.

Genügt eine der Proben nicht, erfolgt insbesondere das Zerreißen einer Probe außerhalb des mittleren Drittels der Zerreißlänge, ohne die vorgeschriebene Dehnung zu erreichen, so ist der Prüfende befugt, eine Gegenprobe aus derselben Flasche zu entnehmen oder eine zweite Flasche aus derselben Gruppe für die zu wiederholenden Prüfungen auszuwählen. Falls dabei den Anforderungen nicht entsprochen wird, ist die Gruppe zurückzuweisen. Die abzunehmenden Flaschen müssen frei von erheblichen Walz- und Ziehreifen und von fehlerhaften Stellen sein.

Die Flaschen dürfen erst gestempelt werden, nachdem sie der Druckprobe (§. 4) unterworfen worden sind und gemäß den Bestimmungen der §§. 5 und 6 zu keinen Beanstandungen Anlaß gegeben haben.

b) Genietete oder geschweißte eiserne Behälter.

Für genietete oder geschweißte neue eiserne Behälter darf nur Flußeisen, welches im ausgeglühten Zustande die Festigkeit von 34 bis 41 kg/qmm bei mindestens 25% Dehnung, oder Schweißeisen, welches im ausgeglühten Zustande die Festigkeit von mindestens 33 kg/qmm in der Querfaser bei 12% Dehnung und 35 kg/qmm in der Langfaser bei 15% Dehnung gezeigt hat, verwendet werden. Die Ermittelung der Festigkeit und Dehnung erfolgt an Probestreifen von 200 mm Zerreißlänge. Die Prüfungsbescheinigungen von Werksingenieuren können mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten widerruflich als Ausweis für die stattgefundene Festigkeitsprüfung anerkannt werden.

Die Behälter dürfen beim höchsten Arbeitsdruck (§. 4) nur mit ein Fünftel ihrer Bruchfestigkeit beansprucht werden. Wandungen unter 3 mm sind nicht zulässig.

c) Kupferne Behälter.

Soweit bei neuen kupfernen Behältern Längs- oder Quernähte vorhanden sind, dürfen diese nicht ausschließlich durch Lötung hergestellt werden. Die Zugfestigkeit des Kupfers darf nur mit 22 kg in Rechnung gestellt werden, wenn es nicht höhere Festigkeit gezeigt hat. Die Wandungen der Behälter dürfen beim höchsten Arbeitsdruck (§. 4) nur auf ein $^1/_5$ dieser Festigkeit beansprucht werden.

§. 4. Druckprobe der Behälter.

Jeder neue, für verflüssigte oder verdichtete Gase bestimmte, geschlossene Behälter ist, bevor er in den Verkehr gebracht werden darf, von einem Sachverständigen (§. 12) einer Prüfung mit Wasserdruck zu unterwerfen.

Als Probedruck muß bei verflüssigten Gasen, soweit ihr höchster Arbeitsdruck nicht höher als bei 15 Atmosphären Überdruck liegt, der doppelte Betrag des höchsten Arbeitsdrucks, in allen anderen Fällen 15 Atmosphären mehr als der höchste Arbeitsdruck angewendet werden. Als höchster Arbeitsdruck wird bei verflüssigten Gasen derjenige bezeichnet, welcher sich für eine Temperatur von 40 Grad C. bei einer Überfüllung des Behälters von 5% aus der erlaubten Maximalfüllung (§. 8) berechnet. Hiernach beträgt der Probedruck für

| | | | |
|---|---|---|---|
| flüssige Kohlensäure | 190 | Atmosph. Überdruck, | |
| „ schweflige Säure | 12 | „ | „ |
| flüssiges Stickoxydul | 180 | „ | „ |
| „ Ammoniak | 30 | „ | „ |
| „ Chlor | 22 | „ | „ |
| „ Chlorkohlenoxyd | 30 | „ | „ . |

Behälter für verdichtete Gase sind mit dem anderthalbfachen Betrage ihres Füllungsdrucks, jedoch mindestens mit einem den Füllungsdruck um eine Atmosphäre übersteigenden Druck zu prüfen.

Die Behälter müssen dem Probedruck widerstehen, ohne bleibende Veränderung der Form und Undichtigkeiten zu zeigen. Die Feststellung der Formveränderungen hat bei sog. Flaschen an einem mit der Druckvorrichtung zu verbindenden Meßrohr zu erfolgen. Der Probedruck muß durch Einrichtungen hergestellt werden, die eine stoßfreie Steigerung des Drucks ermöglichen.

Die Wasserdruckprobe aller im Verkehr befindlichen geschlossenen Behälter für verflüssigte und verdichtete Gase ist in regelmäßigen Fristen zu wiederholen. Behälter für Chlor, schweflige Säure und Chlorkohlenoxyd dürfen nicht gefüllt werden, wenn seit dem Tage der letzten Druckprobe mehr als zwei Jahre, Behälter für die übrigen verflüssigten oder verdichteten Gase, wenn seit dem Tage der letzten Druckprobe mehr als vier Jahre verflossen sind. Die Wiederholung in kürzeren Fristen ist zulässig. Für die Höhe des Probedrucks bei den regelmäßigen Druckproben sind dieselben Bestimmungen wie für erste Druckproben maßgebend.

§. 5. Ausrüstung der Behälter.

a) Flaschen müssen mit folgenden Einrichtungen versehen sein:

1. mit einer fest aufgeschraubten Kappe zum Schutz der Absperrventile. Als Baustoff für die Kappen ist Schweißeisen, Flußeisen, Formflußeisen oder schmiedbarer Guß, bei kupfernen Versandgefäßen für Chlorkohlenoxyd auch Kupfer zulässig. Die Kappen sind mit einer Öffnung zu versehen.
2. mit einer das Rollen verhindernden Vorrichtung, die nicht mit der Kappe verbunden sein darf. Für den Verkehr auf Fuhrwerken, die mit einer das Rollen der Flaschen verhindernden Vorrichtung versehen sind, ist die Anbringung einer solchen Vorrichtung an den Flaschen selbst nicht erforderlich.
3. an sichtbarer Stelle — in eingeschlagener oder erhabener Schrift — mit einer leicht leserlichen, dauerhaften Bezeichnung der Firma oder des Namens des Eigentümers, der laufenden Fabriknummer des Behälters, dessen Leergewicht (einschließlich Ventil, Schutzkappe oder Stopfen und Fußkranz), dem Datum der letzten Prüfung nebst dem daneben anzubringenden Stempel des Sachverständigen; außerdem mit der Bezeichnung der Art der einzufüllenden Gase, sowie bei verflüssigten Gasen mit der Bezeichnung der zulässigen Füllung in Kilogramm (§. 8), bei verdichteten Gasen des höchsten Füllungsdrucks. Die Bezeichnung der einzufüllenden Gase kann durch die chemische Formel erfolgen, auch ist die Bezeichnung mit mehreren Gasen zulässig, soweit es sich um solche handelt, für welche nach §. 6 dasselbe Anschlußgewinde gestattet ist.

Die Bezeichnungen sind tunlichst an dem verstärkten Flaschenhals anzubringen. Die Entfernung nicht mehr gültiger Bezeichnungen durch Feilen, Hämmern oder auf andere Weise darf nicht erfolgen, wenn dadurch eine Verschwächung der Flasche unter das rechnungsmäßig zulässige oder festgesetzte Minimalmaß der Wandstärke herbeigeführt werden kann. Die Entfernung der Bezeichnungen darf nur an ungefüllten Flaschen vorgenommen werden. Bezeichnungen, die bei den zu wiederholenden Prüfungen nicht erneuert zu werden brauchen, dürfen an dem etwa vorhandenen Schutzkranz des Flaschenhalses anstatt auf dem Flaschenhals angebracht werden.

Die Angaben über das Leergewicht und zutreffendenfalls über die zulässige Füllung in Kilogramm sind bei der Abnahme neuer Flaschen von dem Prüfenden bei jeder einzelnen durch Verwiegung festzustellen, bei den wiederholten Prüfungen durch herausgreifende Verwiegung von mindestens 10% der geprüften Flaschen.

Flaschen für Chlorkohlenoxyd dürfen anstatt mit Ventilen mit eingeschraubten Stopfen versehen werden, die jedoch so dicht schließen müssen, daß sich der Inhalt des Gefäßes nicht durch Geruch bemerkbar macht. Einer Schutzkappe bedürfen solche Flaschen nicht.

An Flaschen für Ammoniak dürfen andere Ventile als solche aus Schmiedeeisen oder Stahl, an Flaschen für Acetylen überall da, wo eine Berührung mit Acetylen in Frage kommt, Kupfer oder kupferhaltige Legierungen nicht verwendet werden.

An der Armatur der Flaschen für Sauerstoff und andere oxydierende Gase sollen fett- und ölhaltiges Dichtungs- und Schmiermaterial jedenfalls, andere verbrennliche Stoffe tunlichst ausgeschlossen werden.

b) Behälter anderer Art, abgesehen von denjenigen für flüssige Luft, sind mit einer dauerhaften Bezeichnung der Firma oder des

Namens des Eigentümers, einer laufenden Nummer, der Bezeichnung des einzufüllenden verflüssigten oder verdichteten Gases, gebotenenfalls der zulässigen höchsten Füllung in Kilogramm und des höchsten Füllungs- (Arbeits-) Drucks auf einem angelöteten oder angenieteten Schilde zu versehen, das derart zu stempeln ist, daß es ohne Verletzung des Stempels nicht entfernt werden kann.

§. 6. Anschlußgewinde der Behälter.

Die Behälter oder deren Absperrventile sowie die Abfüllbehälter in den Fabriken zur Herstellung verflüssigter oder verdichteter Gase müssen mit Normalgewinde versehen sein, welches so beschaffen ist, daß Verwechselungen der Flaschen bei der Füllung tunlichst ausgeschlossen werden.

Das Anschlußgewinde für Behälter oder deren Absperrventile für brennbare Gase wie Wasserstoff, Leuchtgas, Grubengas und Acetylen ist als Linksgewinde des für Kohlensäure eingeführten Rechtsgewindes auszuführen. Die Behälter für alle übrigen Gase müssen Rechtsgewinde haben; dieses darf das für Kohlensäure-Flaschen übliche Normalgewinde sein. Chlorflaschen müssen einen anderen Gewindedurchmesser erhalten.

§. 7. Bescheinigungen.

Über den Befund der ersten und jeder erneuten Prüfung der Behälter muß von dem zuständigen Sachverständigen eine Bescheinigung ausgestellt werden, aus welcher gleichzeitig die im §. 5 vorgeschriebenen Angaben zu ersehen sind. Die jeweilig letzte Bescheinigung ist von dem Eigentümer des Behälters oder von demjenigen, welcher die letzte Füllung bewirkt hat, aufzubewahren und den zuständigen Behörden auf Verlangen vorzulegen.

§. 8. Zulässige Füllung der Behälter.

Die zulässige höchste Füllung der Behälter beträgt bei verflüssigten Gasen:

- für Kohlensäure und Stickoxydul 1 kg Flüssigkeit für je 1,34 l Fassungsraum des Behälters,
- für Ammoniak 1 kg Flüssigkeit für je 1,86 l Fassungsraum des Behälters,
- für Chlor 1 kg Flüssigkeit für je 0,8 l Fassungsraum des Behälters,
- für schweflige Säure und Chlorkohlenoxyd 1 kg Flüssigkeit für je 0,8 l Fassungsraum des Behälters.

Vor jeder Neufüllung von Behältern ist durch Verwiegung und Öffnen der Ventile festzustellen, daß sie völlig entleert sind. Werden bemerkenswerte Unterschiede im Leergewicht festgestellt, die durch Entleerung und Reinigung des Behälters nicht beseitigt werden können, so sind die Behälter vor der Neufüllung dem Sachverständigen zur erneuten Feststellung des Leergewichts, etwaiger Abnutzungen und der zulässigen Füllung vorzulegen. Eine gründliche Reinigung des Flascheninnern ist auch dann stets auszuführen, wenn sich beim Schütteln der leeren Flaschen die Anwesenheit von festen Bestandteilen bemerkbar macht, namentlich bei Flaschen für brennbare und oxydierende Gase.

Behälter für verdichtetes, gelöstes Acetylen müssen ganz mit einer zur Aufsaugung des Lösungsmittels geeigneten Masse gefüllt werden. Die Lösungsmittel dürfen nur in solcher Menge in die Flasche eingefüllt werden, daß die aufsaugende Masse nicht tropft. Vor der Füllung des Behälters mit Acetylen ist die Luft aus ihm zu verdrängen.

Verflüssigtes Acetylen darf nur insoweit in den Verkehr gebracht werden, als es die Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen etwa gestatten.

Flaschen für verflüssigte Gase sind während ihrer Füllung zu verwiegen und zur Feststellung etwaiger Überfüllungen einer nachfolgenden Kontrollwägung zu unterziehen.

§. 9. Besondere Vorschriften für verdichtete Gase.

Behälter zur Aufnahme gasförmiger Kohlensäure und von Grubengas dürfen mit einem solchen Gasdruck in den Verkehr gebracht werden, daß der bei einer Temperatursteigerung bis zu 40 Grad C. erreichte Höchstdruck 20 Atmosphären Überdruck nicht übersteigt. Jeder derartige Behälter muß mit einer Öffnung, welche die Besichtigung der Innenwandung gestattet, einem Sicherheitsventil, Wasserablaßhahn, einem Füll- bezw. Ablaßventil sowie mit Manometer versehen sein.

Verdichteter Sauerstoff, verdichteter Wasserstoff und verdichtetes Leuchtgas dürfen mit einem Druck von höchstens 200 Atmosphären in den Verkehr gebracht werden. Sofern der Verkehr in Flaschen erfolgt, dürfen diese eine Länge von höchstens 2 m und einen lichten Durchmesser von höchstens 21 cm erhalten. Auf Verlangen der zuständigen Behörde muß der Nachweis über den in den Behältern vorhandenen Druck seitens des Absenders durch Anbringung eines richtig zeigenden Manometers erbracht werden.

Verdichtetes Acetylen darf mit höchstens 2 Atmosphären Überdruck in den Verkehr gebracht werden.

Acetylenlösungen, die in geeigneten porösen Massen aufgesaugt sind, dürfen nur so viel Acetylen enthalten, wie einem Überdruck von 10 Atmosphären entspricht.

Verdichteter Sauerstoff darf höchstens mit 4 Volumenprozenten Wasserstoff, verdichteter Wasserstoff mit höchstens 2 Volumenprozenten Sauerstoff verunreinigt in den Verkehr gebracht werden.

Wenn Behälter mit verdichtetem Sauerstoff, Wasserstoff oder Leuchtgas in Kisten befördert oder

aufbewahrt werden, so müssen diese die deutliche Aufschrift „verdichteter Sauerstoff" usw. tragen.

§. 10. Behandlung gefüllter Behälter.

Die mit verflüssigten oder verdichteten Gasen gefüllten Behälter dürfen nicht geworfen und weder der unmittelbaren Einwirkung der Sonnenstrahlen, noch anderer Wärmequellen ausgesetzt werden. Der Einwirkung letzterer (Heizkörper, Ofen usw.) sind sie durch hinreichende Entfernung oder Schutzwände zu entziehen. Der Transport der gefüllten Behälter auf Fuhrwerken und das Lagern auf Plätzen, an denen Menschen verkehren, ist nur statthaft, wenn die Behälter zeltartig mit einer Decke von Segeltuch oder mit einem hölzernen Kasten überdeckt werden.

Das Umfüllen von verflüssigten oder verdichteten Gasen in andere Behälter darf nicht unter Zuhilfenahme von offenem Feuer oder von Gasflammen, sondern nur durch Erwärmen mittels feuchter, heißer Tücher oder im Wasser- oder Luftbade erfolgen, wenn Vorsorge getroffen ist, daß die Temperatur des Bades nicht über 40 Grad C. steigen kann.

Werden verflüssigte oder verdichtete Gase aus Versandbehältern in geschlossene Gefäße übergeleitet, die nicht für den gleichen Druck gebaut sind wie die Versandbehälter, so sind entweder Reduzierventile zu verwenden, oder die Gefäße sind mit einem zuverlässigen Sicherheitsventil und Manometer zu versehen.

§. 11. Beförderung gefüllter Behälter.

Die Beförderung der mit verflüssigten oder verdichteten Gasen gefüllten Behälter auf Fuhrwerken, welche gleichzeitig zur Beförderung unbeteiligter Personen benutzt werden, ist verboten; ausgenommen von diesem Verbot sind Behälter mit verflüssigter Luft und Kohlensäureflaschen mit Sicherheitsvorrichtungen. Behälter mit Sauerstoff dürfen auf solchen Verkehrsmitteln befördert werden, wenn ihre Wandungen so bemessen sind, daß sie bei dem Füllungsdruck nicht über 7,5 Kilogramm auf das Quadratmillimeter beansprucht werden. Jede zu solchen Zwecken benutzte Sauerstoffflasche muß mit einer Angabe ihrer Wandstärke und des zulässigen Füllungsdrucks versehen sein. Die Sendung darf nur zuverlässigen Personen anvertraut werden.

Bestehende polizeiliche Vorschriften für die Beförderung der Behälter auf Eisenbahnen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, werden hierdurch nicht berührt.

Fuhrwerke und Fahrzeuge, mit welchen gefüllte Behälter befördert werden, dürfen, abgesehen von der zur Ablieferung von Behältern an die Besteller erforderlichen Zeit, auf Straßen, Plätzen und Wegen nicht ohne Aufsicht gelassen werden.

§. 12. Ernennung des Sachverständigen.

Die zur Vornahme der in den §§. 3, 4, 5, 6 vorgeschriebenen Prüfungen und zur Ausstellung von Bescheinigungen nach §. 7 zuständigen Sachverständigen ernennt der Regierungspräsident. Derselbe bestimmt auch die Stempel, deren sich die Sachverständigen zu bedienen haben.

Die Bescheinigungen der in den übrigen Regierungsbezirken zugelassenen Sachverständigen werden ohne weiteres anerkannt. Das gleiche gilt hinsichtlich der in anderen Bundesstaaten zur amtlichen Prüfung im Sinne der Ziffern XLIV, XLIV b und XLV der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung zugelassenen Sachverständigen. Sachverständige des Auslandes bedürfen der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

§. 13. Ausnahmen.

Der Regierungspräsident kann in einzelnen Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Polizeiverordnung gewähren, insbesondere soweit es sich um Übergangsbestimmungen handelt; allgemeine Ausnahmen sind mit Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe zulässig. Die nach §§. 5 und 6 an die Behälter zu stellenden Anforderungen müssen bei alten Flaschen bei ihrer nächsten Neufüllung beachtet werden. Die bei Erlaß dieser Bestimmungen im Verkehr befindlichen Behälter bleiben unabhängig von den Anforderungen des §. 3 verkehrsberechtigt. Die Wasserstoffflaschen der Militärverwaltung, die laut angebrachtem Stempel nach den für solche Flaschen bestehenden besonderen Bestimmungen amtlich geprüft werden, sind von den Vorschriften der §§. 3 und 4 ausgenommen.

§. 14. Gebühren.

Für die vorgeschriebenen Prüfungen können die Sachverständigen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden, vom Minister für Handel und Gewerbe auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1905 (G.-S. S. 317) genehmigten Gebührenordnung von den Besitzern der Behälter beanspruchen.

§. 15. Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldbuße bis zum Betrage von 60 ℳ. oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§. 16. Inkrafttreten der Verordnung.

Durch gegenwärtige Verordnung werden alle früheren Bestimmuugen über den Verkehr miit verflüssigten und verdichteten Gasen, soweit er nicht auf Eisenbahnen stattfindet, aufgehoben.

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1905 in Kraft.

Aachen, den 23. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Gebührenordnung**
zur
Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen.

| | Gebührensatz ℳ |
|---|---|
| **A) Prüfung des Baustoffs neuer Behälter.** | |
| 1. Für die Ausführung einer Zerreißprobe nebst Ermittelung der Wandstärken, sowie erforderlichenfalls einer Biegeprobe . . . . . . | 6,00 |
| 2. Für jede weitere vollständige Prüfung nach Ziffer 1 oder einen zu wiederholenden Teil derselben . . | 3,00 |
| **B) Abnahme neuer Behälter.** | |
| Für die Druckprobe einschließlich der Verwiegung der Behälter und erforderlichenfalls der Ermittelung der zulässigen Füllung. | |
| 1. von Behältern mit einem 40 l nicht übersteigenden Inhalt: | |
| a) bei einer Zahl bis zu 20 Behältern . . . . . . . . | 10,00 |
| b) für jedes weitere Stück über 20 bis zu 70 Behältern, für das Stück mehr . . . . . | 0,4 |
| c) für jedes weitere Stück über 70 bis zu 120 Behältern, für das Stück mehr . . . . . | 0,25 |
| d) für jedes weitere Stück über 120 Behälter, für das Stück mehr . . . . . . . . . | 0,15 |
| 2. von Behältern mit einem 40 l übersteigenden Inhalt: | |
| a) wenn der Gesamtinhalt der zu prüfenden Behälter bis zu 1000 l beträgt . . . . . . . . | 10,00 |
| b) für jedes weitere Liter Inhalt mehr . . . . . . . . . . | 0,01 |
| **C) Regelmäßig wiederkehrende Untersuchungen.** | |
| Für die Druckprobe einschließlich herausgreifender Verwiegung und erforderlichenfalls der Ermittelung der zulässigen Füllung | |
| 1. von Behältern mit einem 40 l nicht übersteigenden Inhalt: | |
| a) bei einer Zahl bis zu 20 Behältern . . . . . . . . | 10,00 |
| b) für jedes weitere Stück über 20 bis zu 70 Behältern, für das Stück mehr . . . . . . . | 0,20 |
| c) für jedes weitere Stück über 70 Behälter, für das Stück mehr . | 0,15 |
| 2. von Behältern mit einem 40 l übersteigenden Inhalt werden Gebühren nach B. 2 erhoben. | |

Der prüfende Beamte hat neben den Gebühren Anspruch auf Ersatz der verauslagten Fuhrkosten.

Eine besondere Gebühr für etwaige Reisen, die zur Abstempelung von Probestücken erforderlich werden, ist außer dem Ersatz von Fuhrkosten nicht zu beanspruchen. Für die Ausfertigung der Prüfungszeugnisse, die auf Verlangen doppelt zu fertigen sind, steht dem Prüfenden eine besondere Gebühr nicht zu.

Die Besitzer der zu prüfenden Behälter sind verpflichtet, die zu den Prüfungen nötigen Arbeitskräfte und Vorrichtungen, insbesondere eine dem §. 4 Abs. 4 entsprechende Druckpumpe bereitzustellen, oder Ersatz der dem Prüfenden durch eigene Beschaffung erwachsenden Unkosten zu leisten.

Die Sachverständigen sind berechtigt, die Staffelsätze der Ziffern B und C an jedem Abnahmetag und bei jedem Wechsel des Prüfungsortes von neuem anzuwenden.

**Nr. 394** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf

Dienstag, den 30. Januar 1906

festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor des Instituts, Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 42.

Aachen, den 22. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 395** Dem Apothekenbesitzer Quadflieg in Birkesdorf ist krankheitshalber gestattet worden, seine Apotheke weiterhin bis zum 1. Januar 1908 durch einen approbierten Apotheker verwalten zu lassen.

Aachen, den 21. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 396 Personal-Nachrichten.**

Die Spezialkommission zu Dierdorf ist mit Ende August 1905 aufgelöst worden.

Am 1. September 1905 ist in Adenau eine Spezialkommission neu errichtet, mit der einstweiligen Verwaltung derselben ist der Gerichts-Assessor Kreutz, früher zu Neuwied, beauftragt worden. Ferner sind dieser Spezialkommission zur Beschäftigung überwiesen der Oberlandmesser Lechner, die Landmesser Busenbender, Davids und Gendron sowie der Spezialkommissions-Bureau-Diätar Wahl.

Pensioniert ist Regierungs-Rat Hochbaum zu Düsseldorf.

Verliehen ist dem Vermessungs-Inspektor Hupperz zu Düsseldorf der Charakter als Ökonomie-Rat.

Versetzt ist: Regierungs-Assessor Ullmann von Dierdorf nach Altenkirchen; Spezialkommissions-Sekretär Schlage von Dierdorf nach Aachen; Spezialkommissions-Bureau-Diätar Schenkemeyer von Trier nach Eitorf; die Landmesser Glöckner von Dierdorf nach Sigmaringen, Hüffermann von Düsseldorf nach Aachen, Wiese von Düsseldorf nach Wetzlar, Spangenberg von Düsseldorf nach Euskirchen, Reichenbach von Düsseldorf nach Trier, Spoo von Düsseldorf nach Neuwied.

Ernannt ist: Spezialkommissions-Bureau-Diätar Karguth zum Generalkommissions-Bureau-Diätar.

Angenommen sind: Die Landmesser Krüger, Geier und Cronrath.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Katharina Glöckner bei der katholischen Volksschule zu Weisweiler, Kreis Düren.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 39.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 44. Ausgegeben zu Aachen, Samstag, den 30. September 1905.



**Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.**

**Nr. 397** Auf Grund des §. 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) erlassen wir für den Umfang des gesamten Staatsgebiets folgende

**Polizeiverordnung,**
betreffend
den Verkehr mit Sprengstoffen.

§. 1. Die nachstehenden Bestimmungen begreifen:

1. die Versendung von Sprengstoffen auf Land- und Wasserwegen — mit Ausnahme des Eisenbahn- und Postverkehrs und des unter militärischer Begleitung stattfindenden Verkehrs mit Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung sowie der Versendung von Sprengstoffen in Kauffahrteischiffen —,
2. den Handel mit Sprengstoffen,
3. die Aufbewahrung und Verausgabung von Sprengstoffen innerhalb des Betriebs von Bergwerken, Steinbrüchen, Bauten und gewerblichen Anlagen,
4. die Lagerung von Sprengstoffen — mit Ausnahme der Lagerung in Niederlagen oder Magazinen der Militär- und Marineverwaltung —.

Zu den Sprengstoffen im Sinne dieser Bestimmungen gehören nicht:

a) die in dem Heere und in der Marine vorgeschriebenen, nicht sprengkräftigen Zündungen,
b) die für Feuerwaffen bestimmten Zündhütchen und Zündspiegel, die für Handfeuerwaffen bestimmten Metallpatronen und alle Jagdpatronen,
c) Zündschnüre.

**I. Allgemeine Bestimmungen.**

§. 2. Zum Verkehr im Sinne des §. 1 Ziffer 1 bis 3 sind zugelassen:

1. Pulver — Sprengsalpeter, brennbarer Salpeter — (ein sehr inniges Gemisch aus neutral reagierenden Salpeterarten und Kohle oder Stoffen, deren wesentliche Bestandteile Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff sind, mit oder ohne Schwefel);
2. folgende Nitroglyzerin enthaltende Präparate:
   a) Dynamit I (ein bei mittlerer Temperatur plastisches, nicht abtropfbares Gemisch von Nitroglyzerin mit pulverförmigen, an sich nicht sprengkräftigen und nicht selbst entzündlichen Stoffen),
   b) Dynamit II und III (Kohlendynamit, ein Gemisch von Nitroglyzerin mit schießpulverähnlichen Gemengen),
   c) Sprenggelatine [ein bei mittlerer Temperatur zähelastisches Gemisch, bestehend aus Nitroglyzerin, welches durch Nitrozellulose gelatiniert ist, mit oder ohne kohlensauren Alkalien (beziehungsweise alkalischen Erden) oder neutral reagierenden Salpeterarten],
   d) Rohmasse für rauchloses Pulver, bestehend aus einem innigen Gemenge von Nitroglyzerin und feuchter Nitrozellulose, dessen Wassergehalt mindestens 30 Prozent und dessen Nitroglyzeringehalt höchstens 28 Prozent beträgt,
   e) Gelatinedynamit [ein bei mittlerer Temperatur plastisches Gemisch, bestehend aus Nitroglyzerin, welches durch Nitrozellulose gelatiniert ist, und Holzmehl, Salpeter und kohlensauren Alkalien (beziehungsweise alkalischen Erden)],
   f) Karbonit (ein Gemisch von Nitroglyzerin mit schießpulverähnlichen Gemengen und mit flüssigen, an sich nicht sprengkräftigen oder nicht selbstentzündlichen Stoffen);
3. Nitrozellulose (lockere mit mindestens 20 Prozent Wassergehalt und gepreßte, nicht gelatinierte), insbesondere Schießbaumwolle und Kollodiumwolle, sowie Gemische von Nitrozellulose mit neutral reagierenden Salpeterarten;

4. Feuerwerkskörper, sofern sie nicht pikrinsaure Salze enthalten, geladene Geschosse, Geschützpatronen, Kartuschen, Petarden, sprengkräftige Zündungen, welche zum Entzünden von Ladungen dienen (z. B. Sprengkapseln), Zündplättchen (amorces);
5. alle jeweilig zur Versendung auf den Eisenbahnen zugelassenen Sprengstoffe.

Zu Versuchszwecken kann die Versendung neuer, hier nicht aufgeführter Sprengstoffe auf bestimmten Wegen, sowie die Aufbewahrung und Verausgabung derselben von der Landespolizeibehörde gestattet werden.

§. 3. Vom Verkehr im Sinne des §. 1 Ziffer 1 bis 3 sind ausgeschlossen die nicht nach §. 2 zugelassenen Sprengstoffe, insbesondere:

1. Nitroglyzerin als solches und in Lösungen;
2. Knallgold, trocken in fester oder Pulverform, Knallquecksilber, Knallsilber und die damit dargestellten Präparate;
3. Nitrozuckerarten, Nitrostärkearten und die damit hergestellten Gemische;
4. Gemische, welche Nitroglyzerin abtropfen lassen;
5. Sprengstoffe, welche entweder:
   a) bei einer Temperatur bis zu + 40 Grad Celsius zur Selbstzersetzung neigen, oder
   b) welche enthalten:
      aa) chlorsaure Salze [mit Ausnahme der Sprengkapseln und Zundplättchen (§. 2 Nr. 4)], oder
      bb) pikrinsaure Salze, oder
      cc) Phosphor [mit Ausnahme der Zündplättchen (§. 2 Nr. 4)], oder
      dd) Schwefelkupfer;
6. Sprengstoffe in Patronenhüllen, sofern diese äußerlich mit Nitroglyzerin (Ziffer 1) oder mit anderer Sprengflüssigkeit benetzt oder äußerlich mit festen Sprengstoffen behaftet sind;
7. Sprengpräparate, bei welchen die einzelnen an und für sich nicht sprengkräftigen Bestandteile in einem geschlossenen Behälter durch leicht brechbare Scheidewände oder Hahnvorrichtungen solange getrennt gehalten werden, bis die Explosion, durch Zertrümmerung, Verschiebung der Scheidewände oder Öffnen der Hahnvorrichtungen veranlaßt, stattfinden soll.

§. 4. Wer Sprengstoffe in Mengen von mehr als 35 Kilogramm Bruttogewicht versendet, muß unter Angabe der Bestimmungsorte der Ortspolizeibehörde des Versendungsorts den Frachtschein zur Visierung vorlegen. Der Empfang der Sendung ist vom Empfänger auf dem dem Frachtscheine beigefügten Lieferscheine zu bescheinigen. Die bescheinigten Lieferscheine sind der Ortspolizeibehörde des Versendungsorts jederzeit auf Verlangen vorzulegen.

§. 5. Wer an der Versendung von solchen Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (Reichs-Gesetzbl. S. 61) unterliegen, in der Weise teilnimmt, daß er dabei in den Besitz von Sprengstoffen gelangt (Spediteur, Transportführer, Transportbegleiter), muß den vorgeschriebenen Erlaubnisschein zum Besitze von Sprengstoffen oder beglaubigte Abschrift desselben während der Dauer seines Besitzes stets bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen.

§. 6. Für die Versendung auf Land- und Wasserwegen sind Sprengstoffe in hölzerne, haltbare und dem Gewichte des Inhalts entsprechend starke Kisten oder Tonnen, deren Fugen so gedichtet sind, daß ein Ausstreuen nicht stattfinden kann, und welche nicht mit eisernen Reifen oder Bändern versehen sind, fest zu verpacken. Statt der hölzernen Kisten oder Tonnen können auch aus mehrfachen Lagen sehr starken und steifen, gefirnißten Pappdeckels gefertigte Fässer (sogenannte amerikanische Fässer) verwendet werden. Die zum Transporte von Pulver, Sprengsalpeter und brennbarem Salpeter (§. 2 Ziffer 1) verwendeten Behälter dürfen keine eisernen Nägel, Schrauben oder sonstige eiserne Befestigungsmittel haben.

Pulver, Sprengsalpeter, brennbarer Salpeter, (§. 2 Ziffer 1) und das aus gelatinierter Nitrozellulose mit oder ohne Salpeter hergestellte Pulver (§. 2 Ziffer 3) darf in metallene Behälter, ausgenommen solche von Eisen, verpackt werden. Vor der Verpackung in Tonnen oder Kisten müssen diese Stoffe entweder in Pakete (Blechbehälter) bis zu höchstens $2\frac{1}{2}$ Kilogramm Gewicht verpackt oder in dichte, aus haltbaren Stoffen gefertigte Säcke, Mehlpulver in Säcke aus Leder oder dichtem Kautschukstoffe geschüttet werden.

Die im §. 2 Ziffer 2 aufgeführten Sprengstoffe dürfen ebenso, wie die nach §. 2 Ziffer 5 zugelassenen Sprengstoffe, soweit die Versendung der letzteren auf Eisenbahnen nur in Patronenform erfolgen darf, nur in Patronen, nicht auch in loser Masse versendet werden. Diese Patronen sowie Patronen aus gepreßter Schießbaumwolle mit oder ohne Paraffinüberzug (§. 2 Ziffer 3) sind durch eine Umhüllung von Papier in Pakete zu vereinigen. Die Patronen sind in den Paketen und diese in den sie umschließenden Behältern

fest zu verpacken. Bei nitroglyzerinhaltigen Sprengstoffen sind die Patronen in den Paketen mittels Wellpappe so zu verpacken, daß die Patronen schichtweise in ihrer Lage festgehalten werden, und die Pakete in die sie umschließenden Behälter so fest einzusetzen, daß sie sich nicht gegeneinander verschieben können. Für die Ausfuhr bestimmte Sprengstoffe werden von der Vorschrift der Benutzung von Wellpappe bei der Verpackung nicht betroffen.

Gepreßte Schießwollkörper mit mindestens 15 Prozent Wassergehalt dürfen auch in dichtschließende Blechbüchsen oder Pappschachteln verpackt werden.

Für die Versendung loser Nitrozellulose mit mindestens 20 Prozent Wassergehalt ist feste Verpackung in starkwandige, luftdichte Behälter erforderlich.

Rohmasse für rauchloses Pulver (§. 2 Ziffer 2d) darf lose versandt werden. Sie muß jedoch vor der Verpackung in einer Tonne oder Kiste (Absatz 1) in einem Beutel aus Kautschukstoff dicht verschnürt werden.

Sprengstoffe jeder Art, einschließlich der geladenen Geschosse, dürfen nicht mit Zündungen oder Zündschnüren versehen sein. Auf Gewehr- und Geschützpatronen findet diese Bestimmung keine Anwendung, doch dürfen die geladenen Geschosse von Geschützpatronen Zündungen nicht tragen. Geladene Geschosse und die geladenen Geschosse von Geschützpatronen müssen einen sicheren Abschluß der Sprengladung besitzen. Es ist untersagt, Zündungen, Zündschnüre oder Patronen für Feuerwaffen mit anderen Sprengstoffen in dieselben Behälter zu verpacken.

Die zur Verpackung von Sprengstoffen dienenden Behälter müssen je nach ihrem Inhalte mit der Aufschrift: Pulver, Sprengsalpeter, brennbare Salpeter, Pulver aus Nitrozellulose und Salpeter, geladene Geschosse, Geschützpatronen, Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörper, Zündungen, Dynamitpatronen, Kohlendynamitpatronen, Sprenggelatinepatronen, Gelatinedynamitpatronen, Karbonitpatronen, Schießbaumwolle usw. versehen sein. Außerdem müssen dieselben mit der Firma oder der Marke der Fabrik, aus welcher die Sprengstoffe herrühren, bezeichnet sein, oder eine von der Zentralbehörde gebilligte und öffentlich bekannt gemachte Bezeichnung der Fabrik tragen. Die zur Verpackung von nitroglyzerinhaltigen Sprengstoffen dienenden Kisten sind an zwei gegenüberliegenden Schmalseiten mit zuverlässigen Handgriffen oder Handleisten zu versehen; bei Fässern und Tonnen sind solche Handgriffe nur insoweit erforderlich, als nicht durch tief eingelassene Böden und Deckel eine feste Handhabe gegeben ist. Für die Ausfuhr in das Ausland bestimmte Behälter werden hiervon nicht betroffen.

Das Bruttogewicht der Versendungsstücke darf bei Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§. 2 Ziffer 1), bei Schießbaumwolle (§. 2 Ziffer 3), bei Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörpern oder Zündungen (§. 2 Ziffer 4) 90 Kilogramm, bei sonstigen Sprengstoffen 35 Kilogramm nicht übersteigen. Auf prismatisches Geschützpulver in Kartuschen finden diese Gewichtsbestimmungen keine Anwendung. Für Versendungsstücke von geladenen Geschossen und Geschützpatronen darf das Höchstgewicht 150 Kilogramm nicht übersteigen. Für Behälter mit einem Geschoß oder mit einer Geschützpatrone kommt diese Gewichtsgrenze in Wegfall.

Die für den Eisenbahnverkehr jeweilig vorgeschriebene Verpackung genügt auch für die Versendung auf Land- und Wasserwegen.

## II. Besondere Bestimmungen für den Landverkehr.

§. 7. Die Beförderung von Sprengstoffen auf Fuhrwerken, welche Personen befördern, ist verboten.

Eine Ausnahme findet nur statt, wenn in dringenden Fällen allgemeiner Gefahr, z. B. bei Eisstopfungen, die nötigen Sprengbüchsen und das zu deren Füllung erforderliche Material unter zuverlässiger Begleitung in kürzester Frist nach dem Bestimmungsorte geschafft werden soll.

§. 8. Bei dem Verpacken und dem Verladen, sowie bei dem Abladen und Auspacken darf Feuer oder offenes Licht nicht gehalten, Tabak nicht geraucht werden.

Das Verladen und Abladen hat unter sorgfältiger Vermeidung von Erschütterungen zu erfolgen. Die Versendungsstücke dürfen deshalb nie gerollt oder abgeworfen werden. Das Verladen nitroglyzerinhaltiger Sprengstoffe auf Fuhrwerke und das Abladen von solchen darf nur an Rampen oder gleichwertigen Einrichtungen unter Benutzung von weichen Unterlagen stattfinden. Das Auf- und Abladen darf nur von zuverlässigen unterrichteten Personen und unter Aufsicht erfolgen.

Soll das Verladen oder Abladen ausnahmsweise nicht vor der Fabrik oder dem Lagerraum oder innerhalb dieser Räume geschehen, so ist hierzu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde einzuholen.

§. 9. Die Versendungsstücke müssen auf dem Fuhrwerke so fest verpackt werden, daß sie gegen Scheuern, Rütteln, Stoßen, Umkanten und Herabfallen aus ihrer Lage gesichert sind, insbesondere dürfen Tonnen nicht aufrecht gestellt, müssen vielmehr gelegt und durch Holzunterlagen unter Haar- oder Strohdecken gegen jede rollende Bewegung gesichert werden.

§. 10. Sprengstoffe dürfen nicht mit Zündhütchen, Zündpräparaten oder sonstigen leicht entzündlichen oder selbstentzündlichen Gegenständen zusammen verladen werden.

Die im §. 2 Ziffer 2 und 3 aufgeführten Stoffe dürfen nicht mit Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§. 2 Ziffer 1), Kartuschen, Petarden, Feuerwerkskörpern, Zündungen (§. 2 Ziffer 4), oder mit Patronen für Feuerwaffen zusammen verladen werden.

§. 11. Zur Beförderung von Sprengstoffen dienende Fuhrwerke müssen so dicht schließende Wagenkasten besitzen, daß die Sprengstoffe nicht verstreut werden können. Sind die Wagenkasten oben offen, so müssen sie mit einem dichtschließenden, feuersicheren Plantuche (z. B. imprägnierter Leinwand) überspannt sein.

Auch die Vorder- und Hinterseite der Fuhrwerke sind mit demselben Materiale zu schließen.

Zum Sperren der Räder dürfen nur hölzerne Radschuhe angewendet werden; bei Eisbahn ist eine eiserne Sperrvorrichtung (Krätzer) gestattet, sofern sie ganz vom Radschuhe bedeckt ist.

Die Fuhrwerke müssen als Warnungszeichen eine von weitem erkennbare, stets ausgespannt gehaltene schwarze Flagge mit einem weißen P führen.

Beim Verladen der Sprengstoffe auf Fuhrwerke und beim Abladen von solchen müssen die Zugtiere ausgespannt sein.

§. 12. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, dürfen niemals ohne Bewachung bleiben.

Auf denselben darf Feuer oder offenes Licht nicht gehalten, Tabak nicht geraucht werden. Auch in der Nähe der Fuhrwerke ist das Anzünden von Feuer oder Licht sowie das Tabakrauchen verboten.

§. 13. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, dürfen nur im Schritt fahren und von Fuhrwerken sowie von Reitern nur im Schritt passiert werden.

Besteht ein Transport aus mehreren Fuhrwerken, so müssen diese während der Fahrt eine Entfernung von mindestens 50 Meter untereinander innehalten.

§. 14. Bei jedem Aufenthalte von mehr als einer halben Stunde ist eine Entfernung von mindestens 300 Meter von Fabriken, Werkstätten und bewohnten Gebäuden einzuhalten.

Die Ortspolizeibehörde darf, falls eine geeignete Haltestelle in solcher Entfernung nicht zu finden ist, gestatten, daß eine Haltestelle in einer geringeren, wenn aber nicht ein anderer Schutz geboten ist, mindestens 200 Meter betragenden Entfernung von Fabriken, Werkstätten und bewohnten Gebäuden gewählt wird.

Bei einem Aufenthalte von mehr als einer halben Stunde in der Nähe von Ortschaften ist überdies der Ortspolizeibehörde tunlichst schleunig Anzeige zu erstatten; die Ortspolizeibehörde hat darauf die ihr notwendig erscheinenden Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

§. 15. Fuhrwerke, welche Sprengstoffe führen, müssen von Eisenbahnzügen oder geheizten Lokomotiven, Dampfwalzen, Dampfpflügen und ähnlichen Maschinen möglichst weit entfernt bleiben.

Neben der Eisenbahn herlaufende Wege, sowie Wege, auf welchen Dampfstraßenbahnen liegen, dürfen nur dann von solchen Fuhrwerken befahren werden, wenn der Bestimmungsort von Frachtfuhrwerk auf einem anderen gut fahrbaren Wege nicht zu erreichen ist.

§. 16. Der Transport durch zusammenhängend gebaute Ortschaften ist nur gestattet, wenn diese nicht von Frachtfuhrwerk auf gut fahrbaren Wegen umfahren werden können. Ist die Durchfahrt unvermeidlich, so hat der Transportführer der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten und deren Bestimmungen vor der Einfahrt in den Ort abzuwarten. Die Ortspolizeibehörde hat den zu nehmenden Straßenzug zu bestimmen und von anderen Fahrzeugen möglichst frei zu halten, auch Sorge zu tragen, daß die Durchfahrt ohne unnötigen Aufenthalt und mit Vermeidung besonderer Gefahren erfolgt.

§. 17. Werden zur Beförderung von Sprengstoffen Fuhrwerke verwendet, welche mit festen, dicht schließenden und feuersicher hergestellten, während des Transports unter Verschluß gehaltenen Wagenkasten versehen sind, so finden hinsichtlich der Beförderung solcher Transporte nur die Vorschriften im §. 11 Abs. 3 und 4, §. 12, §. 13 Abs. 1 und §. 14 Anwendung, und zwar die des §. 14 mit der Maßgabe, daß die regelmäßig einzuhaltende Entfernung 200 Meter beträgt.

§. 18. Gerät eine Sprengstoffsendung unterwegs in einen Zustand, daß der weitere Versand bedenklich erscheint, so hat die Ortspolizeibehörde, welcher von dem Transportführer tunlichst schleunig Anzeige zu erstatten ist, die zur gefahrlosen weiteren Behandlung der Sendung nötigen Anordnungen zu treffen, und zwar je nach den Umständen unter Zuziehung eines auf ihre Aufforderung von dem Absender zu entsendenden Sachverständigen.

Ist Gefahr im Verzuge, so erfolgt die Vernichtung der Sprengstoffe durch die Polizeibehörde auf Kosten des Absenders ohne vorherige Benachrichtigung desselben, wenn möglich nach der Angabe und unter Aufsicht eines Sachverständigen.

§. 19. Werden Sprengstoffe in Mengen von nicht mehr als 35 Kilogramm Bruttogewicht versendet, so finden auf dergleichen Sendungen von den Vorschriften dieses Abschnitts nur die §§. 7 bis 10 Anwendung.

### III. Besondere Bestimmungen für den Wasserverkehr.

§. 20. Auf Dampfschiffen, welche Personen befördern, dürfen Sprengstoffe nicht transportiert, an Schießpulver oder Feuerwerkskörpern jedoch darf soviel mitgeführt werden, als zur Abgabe von Signalen notwendig ist.

Die im §. 7 enthaltene Ausnahmebestimmung findet auch hier Anwendung.

Fähren, welche Fuhrwerk mit Sprengstoffen übersetzen, dürfen nicht andere Fuhrwerke oder Personen befördern.

§. 21. Die §§. 7 bis 10, 11 Abs. 4, 12 Abs. 1, 13 Abs. 2, 14, 18 und 19 finden für den Schiffsverkehr sinngemäße Anwendung.

Werden zur Beförderung von Sprengstoffen eiserne oder stählerne Schiffe verwendet, welche mit dichtschließenden und feuersicher hergestellten, während des Transports unter Verschluß gehaltenen Laderäumen versehen sind, so finden von den im Abs. 1 angezogenen Vorschriften nur die §§. 8, 11 Abs. 4, 12 Abs. 1, 14, 18 und 19 sinngemäße Anwendung, und zwar die des §. 14 mit der Maßgabe, daß die regelmäßig einzuhaltende Entfernung 200 Meter beträgt.

Zur Versendung auf Schiffen sind Patronen der im §. 2 Ziffer 2 aufgeführten Stoffe außerdem mit einer das Eindringen von Wasser oder Feuchtigkeit verhindernden Umhüllung (z. B. mit Gummilösung verklebten Gummibeutel) zu versehen. Auf den Transport auf Fähren findet dies keine Anwendung.

Das Ein- und Ausladen darf nur an einer von der Ortspolizeibehörde dazu angewiesenen Stelle, welche mindestens 300 Meter von bewohnten Gebäuden entfernt sein muß, erfolgen. Mit unserer Genehmigung kann auch in geringerer Entfernung von bewohnten Gebäuden eine Stelle angewiesen werden, sofern diese Gebäude durch Erdwälle oder in anderer Weise gegen die Wirkungen einer auf der Ladestelle eintretenden Explosion genügend gesichert sind.

Die Ladestelle darf während ihrer Benutzung dem Publikum nicht zugänglich sein und ist, wenn ausnahmsweise das Aus- oder Einladen bei Dunkelheit stattfindet, mit fest- und hochstehenden Laternen zu erleuchten. Die mit Sprengstoffen gefüllten Behälter dürfen nicht eher auf die Ladestelle gebracht oder zugelassen werden, bis die Verladung beginnen soll.

§. 22. Die Sprengstoffe müssen auf dem Schiffe in einem abgeschlossenen Raume, welcher bei Dampfschiffen möglichst weit von den Kesselräumen entfernt ist, unter Deck fest verstaut werden. Bei Verladung in offenen Booten müssen letztere mit einem dichtschließenden feuersicheren Plantuche (z. B. imprägnierte Leinwand) überspannt sein.

Weder in den so benutzten, noch in den unmittelbar daranstoßenden Räumen dürfen Zündhütchen und Zündschnüre verpackt sein.

Leichtentzündliche oder selbstentzündliche Stoffe, zu welchen Steinkohlen und Koks nicht gerechnet werden, sind von der gleichzeitigen Beförderung überhaupt ausgeschlossen.

§. 23. Sind zu öffnende Brücken oder Schleusen zu passieren, so hat der Transportführer dem Brücken- oder Schleusenwärter Anzeige zu erstatten und vor der Durchfahrt dessen Bestimmungen abzuwarten. Der Brücken- oder Schleusenwärter hat Sorge zu tragen, daß die Durchfahrt ohne unnötigen Aufenthalt und mit Vermeidung besonderer Gefahren erfolgt.

Das Anlegen darf nur an Orten geschehen, welche während des Aufenthalts dem Publikum nicht zugänglich sind.

Die Ortspolizeibehörde ist stets vorher in Kenntnis zu setzen und hat Vorschriften über Ort und Zeit zu geben und Vorsichtsmaßregeln im einzelnen zu treffen.

### IV. Bestimmungen über den Handel mit Sprengstoffen sowie über deren Aufbewahrung und Verausgabung.

§. 24. Wer Sprengstoffe feilhalten will, muß davon der Ortspolizeibehörde Anzeige machen. Wer Sprengstoffe feilhalten will, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, bedarf dazu der polizeilichen Erlaubnis gemäß §. 1 dieses Gesetzes.

Sprengpatronen dürfen von den Fabriken und Händlern und ihren Beauftragten nicht einzeln und lose, sondern nur in den nach §. 6 dafür vorgesehenen Behältern oder kleineren dichtschließenden Originalverpackungen der Fabrikationsstätte von 1/4, 1/2, 1 und 2 1/2 Kilogramm abgegeben werden. Diese Behälter und Originalverpackungen müssen mit der Jahreszahl der Abgabe aus der Fabrikationsstätte und mit einer durch das Jahr der Abgabe fortlaufenden Nummer versehen sein. Dieselbe Zahl und Nummer müssen auch an jeder in den Behältern verpackten Sprengpatrone angebracht sein. Die Angabe der Jahreszahl und Nummer auf den Behältern und

Sprengpatronen darf auch in chiffrierter Form erfolgen, welche vor der Anwendung uns zur Genehmigung vorzulegen ist. Außerdem muß an jeder Sprengpatrone der Name des Sprengstoffs sowie die Firma oder Marke der Fabrik oder eine von uns gebilligte und öffentlich bekannt gemachte Bezeichnung der Fabrik angebracht sein. Die von der Zentralbehörde des Bundesstaats, in dem eine Fabrik betrieben wird, dieser Fabrik erteilte Genehmigung ihrer Nummernchiffern und Billigung ihrer Fabrikbezeichnung hat für den Verkehr mit Erzeugnissen dieser Fabrik im ganzen Reiche Geltung.

In dem gemäß §. 1 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 zu führenden Register sind Jahreszahl und Nummer der gekauften und abgegebenen Sprengpatronen zu vermerken.

§. 25. Wer sich mit der Anfertigung oder dem Verkaufe von Sprengstoffen befaßt, welche dem Reichsgesetze vom 9. Juni 1884 nicht unterliegen, ist verpflichtet, über alle An- und Verkäufe dieser Stoffe in Mengen von mehr als 1 Kilogramm ein Buch zu führen, welches den Namen der Verkäufer und der Abnehmer, den Zeitpunkt des Ankaufs und der Abgabe, die Mengen der gekauften und abgegebenen Stoffe sowie bei Sprengpatronen deren Jahreszahl und Nummer angibt. Dieses Buch ist auf Verlangen der Polizeibehörde zur Einsicht vorzulegen. Hinsichtlich der Buchführung greifen im übrigen die auf Grund des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 erlassenen Vorschriften Platz.

§. 26. Die Abgabe von Sprengstoffen an Personen, von welchen ein Mißbrauch derselben zu befürchten ist, insbesondere an Personen unter 16 Jahren ist verboten. Dies gilt insbesondere auch von solchen Feuerwerkskörpern, mit deren Verwendung eine erhebliche Gefahr für Personen oder Eigentum verbunden ist (Kanonenschläge, Frösche, Schwärmer u. dergl.). Dagegen findet diese Vorschrift keine Anwendung auf Spielwaren, welche ganz geringe Mengen von Sprengstoffen enthalten. Zündplättchen (Amorces), welche mehr als 7,5 Gramm Sprengmischung (Knallsatz) auf 1000 Plättchen enthalten, dürfen als Spielwaren nicht in den Verkehr gebracht werden.

Die Abgabe von Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, darf seitens der Fabriken und Händler und ihrer Beauftragten nur an solche Personen erfolgen, welche nach den gemäß §. 2 dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen zum Besitze von Sprengstoffen berechtigt sind. Bei Staatswerken, welche besonderer Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen nicht bedürfen, kann die Abgabe an solche Personen erfolgen, welche von der Verwaltung des Werkes zu der Annahme ausdrücklich ermächtigt sind.

§. 27. Die Verausgabung von Sprengstoffen, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 unterliegen, an die in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauten und gewerblichen Anlagen beschäftigten Bergleute, Arbeiter usw. darf nur von denjenigen Betriebsleitern, Beamten oder Aufsehern bewirkt werden, welche nach den gemäß §. 2 dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen zum Besitze von Sprengstoffen berechtigt sind. Diese Personen sind verpflichtet, über die Verausgabung ein Buch zu führen, welches den Namen der Empfänger, den Zeitpunkt der Verausgabung, die Menge der verausgabten Stoffe, sowie bei Sprengpatronen deren Jahreszahl und Nummer angibt. Bei Staatswerken, welche besonderer Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen nicht bedürfen, kann die Verausgabung von solchen Personen bewirkt werden, welche von der Verwaltung des Werkes zu der Verausgabung ausdrücklich ermächtigt sind.

Die Leiter der Bergwerke, Steinbrüche, Bauten und gewerblichen Anlagen sind verpflichtet, Maßregeln zu treffen, welche eine Verwendung der zum Verbrauch im Betriebe verausgabten Sprengstoffe durch die Bergleute, Arbeiter usw. zu anderen Zwecken tunlichst ausschließen.

## V. Bestimmungen über die Lagerung von Sprengstoffen.

§. 28. Geraten Sprengstoffe auf ihrem Lager in einen Zustand, daß die weitere Lagerung bedenklich erscheint, so finden die Vorschriften des §. 18. entsprechende Anwendung.

§. 29. Wer mit Pulver, Sprengsalpeter, brennbarem Salpeter (§. 2 Ziffer 1), Feuerwerkskörpern oder Zündplättchen — Amorces — (§ 2 Ziffer 4) oder solchen Patronen für Handfeuerwaffen, welche nicht unter §. 1 Abs. 2b fallen, Handel treibt, darf:

1. im Kaufladen nicht mehr als $2^1/_2$ Kilogramm,
2. im Hause außerdem nicht mehr als 10 Kilogramm vorrätig halten.

Auf Nachweis eines besonderen Bedürfnisses kann die Erhöhung des Vorrats unter 2 zeitweilig bis auf 15 Kilogramm gestattet werden.

Die Aufbewahrung muß in einem auf dem Dachboden (Speicher) belegenen, mit keinem Schornsteinrohr in Verbindung stehenden abgesonderten Raume erfolgen, welcher beständig unter Verschluß gehalten und mit Licht nicht betreten wird. Die Behälter müssen den Bestimmungen im §. 6 Abs. 1 und 2 entsprechen und mit stets festgeschlossenen Deckeln versehen sein.

§. 30. Personen, welche nicht unter die Bestimmung des §. 29 fallen, bedürfen für die Aufbewahrung von mehr als $2^1/_2$ Kilogramm der daselbst genannten Sprengstoffe der polizeilichen Erlaubnis.

§. 31. Größere als die im §. 29 angegebenen Mengen dieser Sprengstoffe sind außerhalb der Ortschaften in besonderen Magazinen aufzubewahren, von deren Sicherheit die Polizeibehörde sich überzeugt hat. Diese Magazine müssen sich, wenn sie über Tage liegen, im Wirkungsbereiche sachgemäß ausgeführter und unter Aufsicht stehender Blitzableiter befinden.

Handelt es sich um Magazine, welche zu einem der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Werke gehören, so hat die Polizeibehörde die Prüfung in Gemeinschaft mit der Bergbehörde vorzunehmen.

Es kann angeordnet werden, daß die Schlüssel zu diesen Magazinen in den Händen der Behörde bleiben.

§. 32. Die Aufbewahrung der im §. 29 genannten Sprengstoffe an der Herstellungsstätte sowie an der Verbrauchsstätte unterliegt den im §. 33 gegebenen Vorschriften.

§. 33. Die im §. 2 aufgeführten Sprengstoffe dürfen — abgesehen von den im §. 29 vorgesehenen Ausnahmen — nur an der Herstellungsstätte oder an denjenigen Orten, wo sie innerhalb eines Betriebs zur unmittelbaren Verwendung gelangen, oder in besonderen Magazinen gelagert werden.

Für die Lagerung an der Herstellungsstätte sind, in Ermangelung besonderer, bei Genehmigung der Anlage gemäß §. 16 der Gewerbeordnung vorgeschriebener Bedingungen, die Weisungen der Ortspolizeibehörde zu beachten.

Die Niederlagen an der Verbrauchsstätte sowie die besonderen Magazine bedürfen der polizeilichen Genehmigung und sind nach den von der Polizeibehörde zu erteilenden Vorschriften einzurichten.

Für solche Niederlagen oder Magazine, welche zu einem der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Werke gehören, tritt diese an die Stelle der Polizeibehörde.

Es kann angeordnet werden, daß die Schlüssel zu den Niederlagen oder Magazinen in den Händen der Behörde bleiben.

§ 34. Andere als die im §. 2 aufgeführten, insbesondere die im §. 3 genannten Sprengstoffe dürfen nur an der Herstellungsstätte gelagert werden.

Zu Versuchszwecken kann die Lagerung neuer Sprengstoffe an anderen Orten von der Landespolizeibehörde gestattet werden.

## VI. Strafbestimmungen.

§ 35. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden nach §. 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs bestraft, soweit nicht härtere Strafen nach dem Reichsgesetze vom 9. Juni 1884 verwirkt sind.

## Schlußbestimmungen.

§. 36. Weitergehende bergpolizeiliche Vorschriften und Anordnungen über die Verwendung von Sprengstoffen beim Bergbau werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt. Auch bleiben die internationalen Verabredungen über den Verkehr mit Sprengstoffen unberührt.

§. 37. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1 Oktober 1905 in Kraft, mit welchem Tage die Polizeiverordnungen der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe vom 19. Oktober 1893 und 29. Juni 1898 unwirksam werden.

Berlin, den 14. September 1905.

| Der Minister für Handel und Gewerbe. | Der Minister des Innern. |
|---|---|
| Im Auftrage: | Im Auftrage: |
| Lusensky. | von Kitzing. |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 45. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 5. Oktober 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 398** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 30. September 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | |
|---|---|---|---|
| | | Gemeinden. | Gehöfte. |
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 1 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 2 | 3 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 399** Der Herr Oberpräsident hat dem Ausschuß zur Errichtung eines Reichswaisenhauses am Rhein die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der für den Bau der Anstalt noch erforderlichen Mittel in dem Zeitraum bis zum 31. März 1906 eine einmalige Hauskollekte in den Regierungsbezirken Aachen, Cöln und Düsseldorf durch Deputierte abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte sind beauftragt worden:

Franz Krot, Heinr. Krot, Robert Peters und Robert Kürten aus Crefeld; Johann Schmidt aus Wermelskirchen; Lambert Lichtschlag aus Düsseldorf; Adolf Fröhling aus Orken; Herm. Biertz aus Roevenich; Jakob Nolden aus Niederelvenich; Martin Böll, Arnold Johnen und Peter Graf aus Lammersdorf; Johann Schneider aus Nettesheim; Gerh. Proet aus Calcar; Joseph Müller aus Cöln; Johann Pitzen aus Rupperath; Franz Reiß aus Endenich; Bernh. Buschkötter aus Crefeld; Theodor Esser aus Elfgen; Johann Wenneters aus Weeze; Wilh. Scheufens aus Birgden; Johann Bertram aus Neuß; Carl Wieber aus Langenfeld; Mathias Capellmann aus Nippes; Ewald Weber aus Berg.-Gladbach; Jakob Blindent und Wilh. Kreutzwald aus Pesch; Anton Buick aus Cöln; Mathias Croe aus Raeren; Heinr. Mühlmann aus Neuß; Michael Bresgen aus Schönau; Wilh. Fink aus Arnoldsweiler; Gerhard Palm aus Lommersum.

Aachen, den 28. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 400** Der Provinzialrat hat die von der Stadtverordneten-Versammlung von Jülich beantragte Verlegung des daselbst am Mittwoch, den 8. November d. Js. anstehenden Rindvieh-, Pferde- und Füllenmarktes auf Dienstag, den 7. November d. Js. genehmigt.

Aachen, den 2. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 401** **Bekanntmachung.**

Die geprüfte Rechnung der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1903 liegt im Ständehause hierselbst, Zimmer 29, vom 5. Oktober 1905 ab auf 4 Wochen zur Einsicht offen, was nach §. 19 der Kassensatzungen zur Kenntnis gebracht wird.

Düsseldorf, den 30. September 1905.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 402** **Bekanntmachung.**

Auf Anordnung der unterzeichneten Behörde liegen die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten“ und „die Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen für die Garnisonbauten“ während des Monats Oktober d. J. in den Geschäftszimmern der Garnison-

Verwaltungen zu Coblenz, Bonn, Cöln, Jülich, Aachen, Trier, Saarlouis und Saarbrücken an den Werktagen während der Dienststunden von 10—12 Uhr des Vormittags zur Einsicht offen, um den Unternehmern, welche sich bei der Verdingung von bezüglichen Arbeiten und Lieferungen beteiligen wollen, Gelegenheit zu bieten, sich eingehend zu unterrichten. Auf Wunsch werden Abschriften gegen Kosten-Erstattung von den Garnison-Verwaltungen verabfolgt.

Intendantur des 8. Armee-Korps.

**Nr. 403 Personal-Nachrichten.**

Zu Ober-Postassistenten ernannt sind die Postassistenten Krauß in Aachen und Mütter in Düren. Versetzt der Postsekretär Harscheidt von Hellenthal nach Frankfurt (Main), der Postassistent Reich von Jülich nach Berlin. Es treten in den Ruhestand die Ober-Postassistenten Breuer in Düren und Hülskamp in Aachen.

Dem Gemeindeförster Radermacher zu Dahlem im Kreise Schleiden ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen Allerhöchst verliehen worden.

Dem Aufseher Roters bei dem Kgl. Gefängnisse zu Aachen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Franziska Krings zum 1. Oktober d. Js. bei der katholischen Volksschule zu Wassenberg, Kreis Heinsberg.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 40.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 46. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 12. Oktober 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 404** Das 39. Stück enthält unter Nr. 3167: Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 15. September 1905. Das 40. Stück enthält unter Nr. 3168: Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg über Unfallversicherung. Vom 2. September 1905. Unter Nr. 3169: Bekanntmachung, betreffend das am 2. September 1905 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg über Unfallversicherung. Vom 23. September 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 405** Das 35. Stück enthält unter Nr. 10644: Staatsvertrag zwischen der Königlich Preußischen und der Königlich Sächsischen Regierung wegen Aufhebung der parochialen Verbindung der Königlich Preußischen Kirchengemeinden Pröjen und Stolzenhain mit den Königlich Sächsischen Landgemeinden Reppis und Schweinfurth und der Königlich Preußischen Landgemeinde Wainsdorf mit der Königlich Sächsischen Kirchengemeinde Frauenhain vom 20./21. Februar 1905. Unter Nr. 10645: Bekanntmachung der Ministerialerklärung vom 24. Juni 1905 zu dem zwischen der Königlich Preußischen und der Königlich Sächsischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag über die Aufhebung der parochialen Verbindung der preußischen Kirchengemeinden Prö en und Stolzenhain mit den sächsischen Landgemeinden Reppis und Schweinfurth sowie der preußischen Landgemeinde Wainsdorf mit der sächsischen Kirchengemeinde Frauenhain vom 20./21. Februar 1905. Vom 9. September 1905. Unter Nr. 10646: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Wehen, St. Goarshausen, Rennerod, Dillenburg und Herborn. Vom 14. September 1905. Das 36. Stück enthält unter Nr. 10647: Wegeordnung für die Provinz Westpreußen. Vom 27. September 1905. Das 37. Stück enthält unter Nr. 10648: Verordnung, betreffend die Änderung der Bezirke der Rheinschiffahrtsgerichte in Duisburg und Duisburg-Ruhrort. Vom 28. September 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 406** Nach §. 6 der Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 14. d. Mts. sind bei nitroglyzerinhaltigen Sprengstoffen die Patronen in den Paketen mittels Wellpappe so zu verpacken, daß die Patronen schichtweise in ihrer Lage festgehalten werden, und die Pakete in die sie umschließenden Behälter so fest einzusetzen, daß sie sich nicht gegeneinander verschieben können. Ferner sind die zur Verpackung von nitroglyzerinhaltigen Sprengstoffen dienenden Kisten an zwei gegenüberliegenden Schmalseiten mit zuverlässigen Handgriffen oder Handleisten zu versehen, während bei Fässern und Tonnen solche Handgriffe nur insoweit erforderlich sind, als nicht durch tief eingelassene Böden und Deckel eine feste Handhabe gegeben ist. Die deutschen Dynamitgesellschaften haben gegenüber diesen Vorschriften darauf hingewiesen, daß in ihren Magazinen noch große Mengen Sprengstoff in der bisher vorgeschriebenen Verpackung vorrätig seien, deren Räumung bis zum Tage des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen, dem 1. k. Mts., nicht durchführbar sei. In Anerkennung der sich hieraus für die Sprengstoffindustrie ergebenden Schwierigkeiten wollen wir genehmigen, daß die nitroglyzerinhaltigen Sprengstoffe bis zum 1. Januar n. Js. auch noch in der bisherigen, durch die Polizeiverordnung vom 19. Oktober 1893 vorgeschriebenen Verpackung in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Berlin W 66, den 30. September 1905.

| Der Minister für Handel und Gewerbe. | Der Minister des Innern. |
|---|---|
| Im Auftrage: | In Vertretung: |
| gez. Lusensky. | gez. v. Kitzing. |

**Nr. 407** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- I. A. Weizen gut | | mittel | | gering | | Roggen gut | | mittel | | gering | | Gerste gut | | mittel | | gering | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 19 | — | 18 | — | — | — | 17 | 25 | 16 | 25 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | — | 16 | 50 | — | — | 15 | 13 | 14 | 63 | — | — | 14 | — | — | — | — | -- |
| Düren . . . | 16 | 41 | 15 | 91 | — | — | 14 | 18 | 13 | 18 | — | — | 16 | 03 | 15 | 03 | — | — |
| Erkelenz . . | 16 | 77 | 15 | 77 | — | — | 14 | 54 | 13 | 54 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 18 | 25 | — | — | — | — | 15 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 19 | 50 | 19 | — | 18 | — | 17 | 50 | 17 | — | 16 | 50 | 14 | 50 | 14 | — | 13 | 75 |
| Jülich . . . | 16 | 80 | 16 | 30 | 15 | 80 | 14 | 70 | 14 | 20 | 13 | 70 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | — | — | — | — | — | 17 | — | 16 | — | 15 | 50 | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 17 | 53 | — | — | — | — | 15 | 51 | — | — | — | — | 14 | 76 | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- | | Heu | | Fleisch: Rind- im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7 | — | 135 | — | 1 | 70 | 1 | 30 | 2 | 20 | 1 | 75 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 50 | 5 | 70 | — | — | — | — |
| 3 | 38 | [8] 6 | [40] 40 | 109 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 46 | 5 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | [7] 5 [6] | [14] 50 [90] | 130 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 1 | 90 | 1 | 80 | 1 | 50 | 1 | 80 | 2 | 60 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 65 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 90 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 40 | 6 | 60 | — | — | — | — |
| 4 | — | 9 | — | 142 | — | 1 | 50 | 1 | 30 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 20 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| 3 | 04 | [8] 5 [5] | [45] 40 [67] | — | — | 2 | 20 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 55 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 41 | 5 | 46 | — | — | — | — |
| 3 | 50 | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | [8] 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 4 | 25 | — | — | — | — |
| 3 | 48 | 6 | 88 | 129 | 13 | 1 | 68 | 1 | 45 | 1 | 90 | 1 | 66 | 1 | 63 | 1 | 88 | 2 | 40 | 5 | 54 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

**der Provinzial-Behörden.**

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat September 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 15 | 25 | 14 | 25 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 14 | — | 13 | 50 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 9 | — | 6 | — |
| 14<br>15 | 70<br>23 | 14 | 73 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 12 | 7<br>3 | 85<br>90 |
| 16<br>12 | 22<br>77 | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 4<br>3 | 20<br>40 |
| 18<br>15 | 67<br>— | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | — | — | — | 8 | — | 8<br>— | 70<br>— |
| 17 | — | 16 | 50 | 16 | — | — | — | — | — | 25 | — | 27 | — | 27 | — | 9 | — | 5 | — |
| 17<br>13 | 85<br>60 | 13 | 10 | 12 | 60 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | 5<br>3 | 35<br>34 |
| 14<br>— | 20<br>— | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | 50 | — | — | 9 | — | 3<br>— | 66<br>— |
| 16 | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 5 | — | 5 | — |
| 14 | 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 81 | 33 | 07 | 40 | 20 | 7 | 52 | 4 | 44 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats September 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten: Graupen | | Gersten: Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee: Java (mittel) roh | | Kaffee: Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 27 | — | 26 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 32 | — | 30 | — | 40 | — | 50 | — | 50 | — | 60 | — | 50 | — | 44 | 2 | 80 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 65 | — | — |
| — | 34 | — | 29 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 24 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 38 | — | 46 | — | 36 | — | 55 | — | 54 | — | 47 | 2 | 48 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 71 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats September 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 10. Oktober 1905. : Regierungs-Präsident. Im Auftrage: Strätet.

**Nr. 408 Nachtrag**
zu der
**Genehmigungsurkunde für die Kleinbahnstrecke Forst—Brand** vom 18. Februar 1897.

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion zu Cöln wird hiermit folgendes bestimmt:

1. Der §. 19 der Genehmigungsurkunde vom 18. Februar 1897 wird durch nachstehende Bestimmung ersetzt:

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf im allgemeinen innerhalb der geschlossenen Ortschaften 12 km, außerhalb derselben 20 km in der Stunde nicht übersteigen. Auf der Teilstrecke von km 1,0 bis 3,6 (Weiche Schöntal bis zur Kreuzung mit der Staatsbahn) wird eine Geschwindigkeit von 25 km in der Stunde zugelassen. Auf dieser Teilstrecke sind an sämtlichen Straßen- und Wegeübergängen Warnungstafeln aufzustellen.

Von einer Feststellung des Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde wird für die ersten drei Jahre nach der Eröffnung des Bahnbetriebes abgesehen. Nach Ablauf dieses Zeitraumes, welcher verlängert werden kann, wird die Feststellung des zu diesem Zwecke einzureichenden Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde einer Prüfung unterzogen, welche regelmäßig in Zeitabschnitten von drei Jahren wiederholt wird. Außerdem ist jeder Fahrplan der Aufsichtsbehörde mindestens acht Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung einzureichen.

2. Der §. 20 der Genehmigungsurkunde vom 18. Februar 1897 erhält folgende Fassung:

Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der Eröffnung des Bahnbetriebes dem Unternehmer frei. Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die Höchstbeträge der Beförderungspreise zu genehmigen. Die Feststellung der Höchstbeträge wird in Zeiträumen von je drei Jahren der Prüfung unterzogen. Jede Feststellung und jede Änderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde mindestens acht Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung mitzuteilen.

Aachen, den 30. September 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 409** Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1898 (Amtsblatt S. 232) bringe ich nachstehende, bei der Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufsgenossenschaft zu M.-Gladbach eingetretene Veränderung zur Kenntnis: An Stelle des Kommerzienrats Eduard Goertz wurde Karl Otto Langen, Fabrikbesitzer in M.-Gladbach, zum Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes gewählt.

Aachen, den 6. Oktober 1905

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 410 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Münster weiter die Nummern 2301 bis 2600 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 7. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 411 Personal-Nachrichten.**

Der Aktuar Düsterwalt in Stolberg ist zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Rheinberg ernannt, der Gerichtsvollzieher Schuster von Heinsberg nach Bonn, Beucher von Prüm nach Heinsberg versetzt, der Hülfsgerichtsdiener Ostermann ist zum Kastellan bei dem Landgerichte in Aachen, der Militäranwärter Bader zum Gerichtsdiener bei dem Amtsgerichte in Heinsberg ernannt worden.

Bei dem Oberbergamt zu Bonn ist der Bergrat Bornhardt, bisher Revierbeamter des Bergreviers Siegen, zum Oberbergrat und technischen Mitglied ernannt worden.

Der Oberlandesgerichtsrat Scheerbarth zu Cöln ist gestorben.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Maria Lamberty bei der katholischen Volksschule zu Bardenberg, Kreis Aachen Land, zum 1. Oktober d. Js;
2. Elisabeth Schröder bei der katholischen Volksschule zu Pier, Kreis Düren;
3. Agnes Kesternich bei der katholischen Volksschule zu Echtz, Kreis Düren;
4. Elisabeth Breuer bei der katholischen Volksschule zu Mariaweiler, Kreis Düren;
5. Franziska Zomak bei der katholischen Volksschule zu Havert, Kreis Heinsberg.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 41.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 47. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 19. Oktober 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 412** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat durch Erlaß vom 30. August 1905, Nr. 20857, dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde Kirspenich im Kreise Rheinbach die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für den Umbau der Kirche in Kirspenich eine Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf in dem Zeitraum bis zum 31. Mai 1906 abhalten zu lassen.

Die Kollekte wird durch Vermittelung der kirchlichen Organe durch solche Beauftragte abgehalten werden, die mit einer vom Kirchenvorstande der Pfarrgemeinde Kirspenich ausgestellten Legitimation versehen sind.

Aachen, den 12. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 413** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Oktober 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 6 |
| desgl. | Eupen | 2 | 3 |
| desgl. | Jülich | 2 | 4 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 3 |

Aachen, den 17. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 414** Im 3. Vierteljahr 1905 sind aus Holland in den Regierungsbezirk Aachen 31307,50 kg frisches Rindfleisch einschl. Kalbfleisch und 51763 kg frisches Schweinefleisch eingeführt worden.

Aachen, den 12. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 415** **Bekanntmachung.**

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie von km 4,5 bis km 4,8 der Provinzialstraße Aachen-Pr.-Moresnet liegt bei dem Telegraphenamte in Aachen aus.

Aachen, den 10. Oktober 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 416** Nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die ärztliche Standesvertretung, finden im Monat November d. Js. die Wahlen zur Ärztekammer statt. Der Herr Oberpräsident hat auf Grund der vom Vorstande für richtig anerkannten Wahlliste die Zahl der für den Regierungsbezirk Aachen zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter auf je 5 festgesetzt. Die Wahl findet in der Zeit vom 16. bis einschließlich 30. November d. Js. statt und erfolgt schriftlich durch Einsendung der Stimmzettel an den Vorstand der Ärztekammer z. H. dessen Vorsitzenden Geh. Sanitätsrat Dr. Lent-Cöln. Jeder Stimmzettel muß Name, Stand und Wohnort des Wählenden, der von ihm gewählten Mitglieder und Stellvertreter enthalten.

Cöln, den 15. Oktober 1905.

Der Vorstand der Ärztekammer der Rheinprovinz und der Hohenzollern'schen Lande.
Dr. Lent.

**Nr. 417** **Bekanntmachung.**

Nachdem der Geschäftsmann Pascal Köttgen in Eupen gestorben ist, wird dem Geschäftsmann Johann Frings in Aachen die Erlaubnis zum mündlichen Verhandeln vor dem Königlichen Amtsgerichte in Eupen erteilt.

Aachen, den 10. Oktober 1905.

Der Landgerichts-Präsident.

**Nr. 418 Bekanntmachung.**

Der konzessionierte Markscheider Jakob Kraeber, seither zu Erkelenz (Rhld.), hat seinen Wohnsitz nach Nordhausen a. H. verlegt.

Bonn, den 13. Oktober 1905.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 419 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Magdalena Koenen bei der katholischen Volksschule zu Bocket, Kreis Heinsberg, zum 1. November d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 42.

---

Druck von J. Sterck en in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 48. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 26. Oktober 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 420** Das 41. Stück enthält unter Nr. 3170: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 9. Oktober 1905. Das 42. Stück enthält unter Nr. 3171: Gesetz, betreffend Änderung des §. 44 der Gewerbeordnung. Vom 14. Oktober 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 421** Das 38 Stück enthält unter Nr. 10649: Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Vom 28 August 1905. Unter Nr. 10650: Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Vom 10. Oktober 1905. Das 39. Stück enthält unter Nr. 10651: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladenbach. Vom 14. Oktober 1905. Unter Nr. 10652: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hadamar, Idstein, Langenschwalbach, Marienberg, Runkel, Usingen und Wiesbaden. Vom 17. Oktober 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 422** Gemäß §. 45 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 152) wird das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1905 in Betracht kommende Reineinkommen der gesamten Preußischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen auf den Betrag von

286 996 545 M.

hierdurch festgestellt.

Von diesem Gesamteinkommen unterliegen nach dem Verhältnisse der erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen der Besteuerung

A) durch die beteiligten preußischen Gemeinden . . . 253 858 382 M.,

B) durch die beteiligten preußischen Kreise . . . . 260 492 953 M.

Berlin, den 20 Oktober 1905.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
von Budde.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 423** Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat uns aus den zu seiner Verfügung gelangten Überschüssen an den Staatszuschüssen zu den Alterszulagekassen der Volksschullehrer gemäß der Vorschrift in §. 27 Ziffer VII des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 3. März 1897 zur Deckung der nach dem Verteilungsplane für 1905 sich ergebenden Mehrausgaben für die Lehrerstellen die Summe von 7930,50 M. und für die Lehrerinnenstellen die Summe von 5187,50 M. überwiesen.

Diese Beträge sind mit 8,50 M für jede Lehrerstelle und mit 12,50 M. für jede Lehrerinnenstelle, für welche gemäß §. 27 Ziffer IV a. a. O. ein Zuschuß aus der Staatskasse an die Alterszulagekasse zu zahlen ist, verteilt worden.

Die Kreiskassen sind angewiesen, die hiernach sich ergebenden Beträge von den Gemeinden, Schulverbänden u. s. w. weniger einzuziehen bezw. diesen auf die von ihnen für 1905 zur Alterszulagekasse zu zahlenden Beiträge anzurechnen.

Aachen, den 14. September 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Dr. Frank.

**Nr. 424** Der Quintaner Wilhelm Palz aus Stolberg hat am 25. April d. Js. seinen Mitschüler Hermann Wirtz, welcher in einen etwa 2 m tiefen Teich gefallen war, durch schnelles und

entschlossenes Vorgehen vom Tode des Ertrinkens errettet.

Für dieses mutige Verhalten erteile ich ihm hiermit eine öffentliche Belobigung.

Aachen, den 20. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 425 Bekanntmachung,**
betreffend
Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Posen weiter die Nummern 501 bis 700 überwiesen worden.

**Verordnungen und Bekannt-**

**Nr. 427** **Über-**

**über die Verwaltung und Verwendung der in der Rheinprovinz vorhandenen**

| Lfd. Nr. | Bezeichnung des Fonds | Gegenstand der Einnahme: Kapitalvermögen am Schlusse des Rechnungsjahres | | a) Bestand, b) Reste c) Defekte aus dem Rechnungsjahre | | Zinsen an Kapitalien | | Strafgelder | | Erlös aus zurückgezahlten Amortisationsbeträgen | | Extraordinäre | | Summe der Kolonnen 4 bis 8 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. |
| 1 | 2 | 3 | | 4 | | 5 | | 6 | | 7 | | 8 | | 9 | |
| 1 | Polizeistrafgelderfonds des Regierungsbezirks Aachen | 90000 | — | a) 704<br>b) —<br>c) — | 17<br>—<br>— | 2700 | — | 24739 | 55 | | | | | 28143 | 72 |

Den nachstehend aufgeführten Städten bezw. Gemeinden werden die von ihren Insassen auf-
Aachen, Düren, Erkelenz, Stolberg, Eupen und Jülich, Andernach, Coblenz, Kreuznach, Mayen,
meistereien Aßlar, Braunfels-Stadt und Land, Greifenstein, Schöffengrund mit Ausnahme
Gemeinde Münchholzhausen, der Bürgermeisterei Rechtenbach, Bonn, Cöln und Münstereifel;
Neuß, Oedt, St Toenis, Remscheid, Solingen, Vorst, Wülfrath, Vohwinkel, Wald, Rheydt,
Bürgermeistereien Kettwig-Stadt und Land, Altenessen, Borbeck und Ruhrort; Trier,
Düsseldorf, den 29. September 1905.

**Nr. 428 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeister Heinrich Behren zu Beeck im Kreise Erkelenz ist am 2. d. Mts. in den Ruhestand getreten.

Mit der einstweiligen Verwaltung der Bürgermeisterei Beeck ist der Stadtsekretär Paul Reuber aus Erkelenz betraut worden.

(Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 23. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 426** Der mit der stellvertretenden Wahrnehmung der Geschäfte des französischen Konsulats in Düsseldorf beauftragte Vizekonsul Georges Grégoire ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 17. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**machungen anderer Behörden.**

**sicht**

**Polizeistrafgelderfonds für das Rechnungsjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1905.**

| Gegenstand der Ausgabe: a) Vorschuß, b) Verwaltungs- und Druckkosten, c) Zur Rechnungsberichtigung M. | Pfg. | Anlage von Kapitalien resp. Wiederanlage von Amortisationsbeträgen M. | Pfg. | Pflegekosten für verlassene und verwaiste Kinder M. | Pfg. | Extraordinäre und andere Beihülfen an Erziehungsvereine M. | Pfg. | Summe der Kolonnen 10 bis 13 M. | Pfg. | Nach dem Abzug der Ausgaben von den Einnahmen verbleibt ein Bestand resp. ein Vorschuß von M. | Pfg. | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 10 | | 11 | | 12 | | 13 | | 14 | | 15 | | |
| a) —<br>b) 1157<br>c) — | —<br>53<br>— | | | 27227 | 09 | | | 28384 | 62 | + 240 | 90 | Die Pflegekostenzuschüsse sind mit 9,— M. pro Kind und Monat gewährt worden.<br>Die Armenverbände haben gezahlt . . . 35464,— M.<br>Bewilligt wurden 28384,— M.<br>Demnach blieben ungedeckt . . 7080,— M. |

kommenden Strafgelder von den zuständigen Hebestellen direkt überwiesen:
Münstermaifeld, Boppard, dem Kreise Cochem für seine Gemeinden, Wetzlar, den Bürger- der rechts vom Wetzbach belegenen Teile der Gemeinden Niederweg und Neuborn und der Anrath, Barmen, Cleve, Crefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Kempen, M.-Gladbach, Mettmann, Velbert, Duisburg, Essen, Wesel, Mülheim a. d. Ruhr und den Gesamtgemeinden der Saarbrücken, St. Wendel, Wittlich, Merzig, Neunkirchen und Neuerburg.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 43.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 49. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 2. November 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 429** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrat in seiner Sitzung vom 5. Oktober d. Js. Änderungen der Gebührenvorschriften in den Branntweinsteuer-Grundbestimmungen beschlossen hat. Die neuen Vorschriften, die am 1. November 1905 in Kraft treten, sind in der unterm 13. Oktober d. Js. erschienenen Nummer 42 des Zentralblattes für das Deutsche Reich abgedruckt.

Berlin, den 16. Oktober 1905.

Der Finanzminister.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 430** Infolge der Unterbrechung des Verkehrs auf den russischen Eisenbahnlinien kann die Post nach Rußland bis auf weiteres nicht mehr auf den gewöhnlichen Wegen abgesandt werden. Es wird versucht werden, sie, soweit angängig, auf anderen Wegen, insbesondere auf dem Seewege zu befördern.

Berlin W 66, den 26. Oktober 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 431** Wegen Unterbrechung des Bahnverkehrs in Rußland können Pakete jeder Art und Wertbriefe nach Rußland und im Durchgang durch Rußland von den deutschen Postanstalten bis auf weiteres nicht angenommen werden.

Berlin W 66, den 27. Oktober 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 432** Der Bernhard Gübbels in Unterbruch hat den für ihn am 19. Dezember 1904 unter Nr. 4135 zu 18 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit Obst und altem Eisen unter Benutzung eines Ponyfuhrwerks berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hierdurch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und an uns einzureichen.

Aachen, den 28. Oktober 1905.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
von Peguilhen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 433** Bei dem Postamt in Eschweileraue ist eine öffentliche Fernsprechstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 24. Oktober 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 434** Auf Grund der in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1889 veröffentlichten Prüfungsordnung vom 26. August 1889 wird die Turnlehrer-Prüfung im Jahre 1906 am 22. Februar und folgenden Tagen in den Räumen des städtischen Gymnasialgebäudes in Bonn abgehalten werden.

Zu der Prüfung werden Bewerber zugelassen, welche bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben, und Studierende, diese jedoch nicht vor vollendetem dritten Semester.

Die Anmeldung zu der Prüfung hat bis zum 22. Januar 1906 bei dem unterzeichneten Provinzial-

Schulkollegium zu erfolgen und zwar seitens der in einem Lehramte stehenden Bewerber durch die vorgesetzte Dienstbehörde, seitens der andern unmittelbar.

Jeder Bewerber hat vor dem Eintritte in die Prüfung eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

Über die an die Zulassung zur Prüfung geknüpften besonderen Bedingungen, insbesondere auch über die der Meldung beizufügenden Schriftstücke gibt die Prüfungsordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 15. Oktober 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
Buschmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 435** Auf Grund der in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1889 veröffentlichten Prüfungsordnung vom 26. August 1889 wird die Turnlehrerinnen-Prüfung im Jahre 1906 am 20. November und folgenden Tagen in den Räumen des städtischen Gymnasialgebäudes in Bonn abgehalten werden.

Zu der Prüfung werden Bewerberinnen zugelassen, welche bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben, und außerdem sonstige Bewerberinnen, wenn sie gute Schulbildung nachweisen und das 19. Lebensjahr überschritten haben.

Die Anmeldung zur Prüfung hat bis zum 20. Oktober 1906 bei dem unterzeichneten Provinzial-Schulkollegium zu erfolgen und zwar seitens der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen durch die vorgesetzte Dienstbehörde, seitens der anderen unmittelbar.

Jede Bewerberin hat vor dem Eintritte in die Prüfung eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

Über die an die Zulassung zur Prüfung geknüpften besonderen Bedingungen, insbesondere auch über die der Meldung beizufügenden Schriftstücke gibt die Prüfungsordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 15. Oktober 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
Buschmann.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 44.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 50. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 9. November 1905.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 436** Das 43. Stück enthält unter Nr. 3172: Allerhöchste Order, betreffend Anrechnung von Kriegsjahren aus Anlaß der Aufstände im Südwestafrikanischen Schutzgebiete. Vom 12. Oktober 1905. Unter Nr. 3173: Bekanntmachung, betreffend Abänderung und Ergänzung der Eichordnung und der Eichgebührentaxe, vom 1. Oktober 1905. Das 44. Stück enthält unter Nr. 3174: Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 29. Oktober 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 437** Das 40. Stück enthält unter Nr. 10653: Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen Herstellung einer Eisenbahn von Blankenburg nach Quedlinburg mit Abzweigung nach Thale. Vom 3. Juli 1905. Unter Nr. 10654: Verordnung, betreffend die Bildung eines Regierungsbezirkes Allenstein in der Provinz Ostpreußen. Vom 14. Oktober 1905. Unter Nr. 10655: Bekanntmachung, betreffend den Zeitpunkt, zu dem die Regierung in Allenstein ihre Tätigkeit zu eröffnen hat. Vom 21. Oktober 1905. Unter Nr. 10656: Bekanntmachung, betreffend den Staatsvertrag über Aufhebung der parochialen Verbindung der preußischen Kirchengemeinde Sichertshausen mit der hessischen Kirchengemeinde Treis an der Lumda vom 25./22. März 1905. Vom 22. Oktober 1905. Das 41. Stück enthält unter Nr. 10657: Allerhöchster Erlaß vom 21. September 1905, betreffend Abänderung der Bestimmungen über das Stimmrecht der technischen Mitglieder der Regierungen, sowie der Regierungsassessoren in den Plenarversammlungen der Regierungen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 438** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§. 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im 4. Vierteljahr 1905

am Samstag, den 23. Dezember, vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Veterinär-Rat Barahski hierselbst, zu richten.

Aachen, den 31. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 439** Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine für Pferderennen und Pferdeausstellungen in Preußen zu Königsberg in Preußen die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahre 1906 in Königsberg stattfindenden Pferdeausstellung eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden u. s. w. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 160000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden und 2500 Gewinne im Gesamtwerte von 73000 M. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 6. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 440** **Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Liegnitz weiter die Nummern 3201 bis 3500 und dem Regierungsbezirk Frankfurt a./O. die weiteren Nummern 3501 bis 4000 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 31. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 441** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

### I. Markt-

### I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 19 | 56 | 18 | 56 | — | — | 18 | 25 | 17 | 25 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen . . . | 17 | 44 | 16 | 94 | — | — | 16 | 31 | 15 | 81 | — | — | 14 | — | — | — | — | -- |
| Düren . . . | 16 | 91 | 16 | 41 | — | — | 15 | 12 | 14 | 12 | — | — | 16 | 48 | 15 | 48 | — | — |
| Erkelenz . . | 17 | 14 | 16 | 14 | — | — | 15 | 23 | 14 | 23 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | 17 | 50 | — | — | — | — | 15 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | 21 | — | 20 | 50 | 19 | 50 | 19 | — | 18 | 50 | 18 | — | 15 | — | 14 | 50 | 14 | 25 |
| Jülich . . . | 17 | 30 | 16 | 80 | 16 | 30 | 15 | 68 | 15 | 18 | 14 | 68 | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | 18 | 50 | — | — | — | — | 18 | — | 17 | — | 16 | — | 14 | 50 | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 17 | 97 | — | — | — | — | 16 | 41 | — | — | — | — | 15 | — | — | — | — | — |

### I. Markt-Preise:

### I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh | | Heu | | Fleisch | | | | | | | | | | | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krumm- | | | | Rind- | | | | | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | | | | | | | | | | |
| | | | | im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7 | 50 | 137 | 50 | 1 | 70 | 1 | 40 | 2 | 20 | 1 | 80 | 1 | 55 | 1 | 90 | 2 | 58 | 6 | 68 | — | — | — | — |
| 3 | 42 | 9<br>6<br>7 | 45<br>45<br>35 | 109 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 41 | 6 | 87 | — | — | — | — |
| — | — | 5<br>6 | 68<br>90 | 130 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 2 | — | 1 | 80 | 1 | 50 | 2 | — | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | 20 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 40 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| 4 | 50 | 8 | — | 140 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 20 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| 3 | — | 6<br>5<br>5 | 40<br>40<br>67 | — | — | 2 | 20 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 70 | 6 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 45 | 5 | 70 | — | — | — | — |
| 3 | 50 | 8 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 5 | — | — | — | — | — |
| 3 | 61 | 6 | 84 | 129 | 25 | 1 | 71 | 1 | 49 | 1 | 96 | 1 | 69 | 1 | 64 | 1 | 95 | 2 | 42 | 6 | 18 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind bei Erkelenz diejenigen des Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Oktober 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 16 | 50 | 15 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 14<br>16 | 81<br>01 | 14 | 31 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 7 | 70 | 6<br>7 | —<br>35 |
| 14<br>15 | 12<br>88 | 13 | 62 | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 25 | 3<br>4 | 99<br>81 |
| 13<br>14 | 66<br>81 | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 7 | — | 3<br>8 | 40<br>78 |
| 14 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 34 | — | — | — | 7 | — | — | — |
| 17<br>18 | 75<br>64 | 17 | 25 | 16 | 75 | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | 5<br>5 | 50<br>78 |
| 14<br>15 | 23<br>44 | 13 | 73 | 13 | 23 | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 7 | 40 | 3<br>3 | 45<br>66 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 37 | — | — | — | 8 | 50 | — | — |
| 16 | 50 | — | — | 14 | 50 | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 5 | 50 | 5 | — |
| 15 | 08 | — | — | — | — | — | — | — | — | 27 | 91 | 34 | — | 43 | 20 | 7 | 17 | 4 | 56 |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Oktober 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten Graupen | | Gersten Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee Java (mittel) roh | | Kaffee Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 40 | — | 48 | — | 40 | — | 50 | — | 50 | — | 44 | 2 | 60 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 46 | — | 35 | — | 53 | — | 54 | — | 47 | 2 | 45 | 3 | 05 | — | 21 | 1 | 75 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Oktober 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 6. November 1905.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

## Nr. 442 1. Nachtrag zu der Genehmigungsurkunde für die Aachener Straßenbahn vom 8. November 1894.

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Cöln wird hiermit bestimmt:

1. Der Aktien-Gesellschaft Aachener Kleinbahngesellschaft, in das Handelsregister eingetragen am 2. Oktober 1880, 13. April 1894, wird hiermit die Genehmigung erteilt, im Anschluß an die im Betriebe befindlichen Strecken des Aachener Straßenbahnnetzes
   a) eine Linie vom Borgraben durch die Südstraße nach der Goethestraße,
   b) eine Linie vom Rheinischen Bahnhof durch die Eisenbahn-Parallelstraße bis zur Kurbrunnenstraße und von da durch die Dammstraße nach der Kapellenstraße nach Maßgabe der mit dem Feststellungsvermerke vom heutigen Tage versehenen Pläne vorbehaltlich der Rechte Dritter unter denselben Bedingungen zu bauen und zu betreiben, wie sie in der Genehmigungsurkunde vom 8. November 1894 und den zu derselben erlassenen Nachträgen enthalten sind.
2. Die Genehmigungsurkunde vom 8. November 1894 erhält folgenden Zusatz:
   a) Von einer Feststellung des Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde wird für die ersten drei Jahre nach der Eröffnung des Bahnbetriebes abgesehen. Nach Ablauf dieses Zeitraumes, welcher verlängert werden kann, wird die Feststellung des zu diesem Zwecke einzureichenden Fahrplanes durch die Aufsichtsbehörde einer Prüfung unterzogen, welche regelmäßig in Zeitabschnitten von drei Jahren wiederholt wird. Außerdem ist jeder Fahrplan der Aufsichtsbehörde mindestens acht Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung einzureichen.
   b) Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der Eröffnung des Bahn-Betriebes der Unternehmerin frei. Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die Höchstbeträge der Beförderungspreise zu genehmigen. Die Feststellung der Höchstbeträge wird in Zeiträumen von je drei Jahren der Prüfung unterzogen. Jede Feststellung und jede Änderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde mindestens acht Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung mitzuteilen. Vereinbarungen und Zusicherungen, wonach abweichend von den tarifarischen Preisen das Entgelt für die Beförderung bestimmt wird, sind unzulässig.
   c) Die Übertragung der aus der Genehmigungsurkunde vom 8. November 1894 und ihren Nachträgen sich ergebenden Rechte und Pflichten an einen anderen Unternehmer ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden zulässig.
   d) Längere Betriebseinstellungen infolge Ausbesserungen oder Verlegung eines unter der Bahn verlaufenden oder kreuzenden Telegraphenkabels bedürfen auch dann der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn darüber Einverständnis zwischen der Reichstelegraphenverwaltung und der Betriebsleitung der Bahn bestehen sollte. Ebenso ist von allen über die fahrplanmäßigen Zeiten hinausgehenden Betriebseinstellungen solcher Art vorgängige, im Falle dringender Notwendigkeit wenigstens nachträgliche unverzügliche Anzeige an die Bahn-Aufsichtsbehörde zu erstatten.
3. Zum Schutze der Reichstelegraphen- und Fernsprechanlagen werden folgende Anordnungen erlassen:
   a) Falls die Stromführung durch eine oberirdische blanke Leitung erfolgt, muß diese, die „Arbeitsleitung“, an allen Stellen, wo sie vorhandene oberirdische Telegraphen- oder Fernsprechlinien kreuzt, mit Schutzvorrichtungen versehen sein, durch welche eine Berührung der beiderseitigen Leitungen verhindert oder unschädlich gemacht wird. Solche Vorrichtungen können u. a. bestehen in geerdeten Schutzdrähten oder Fangnetzen, aufgesattelten Holzleisten und dergleichen.
   b) Wird die Arbeitsleitung (Ziffer 1) noch durch besondere oberirdische blanke Zuleiter gespeist, so müssen die Speiseleitungen da, wo sie von vorhandenen oberirdischen Telegraphen- und Fernsprechleitungen gekreuzt werden, gegen etwaige Berührung durch letztere entweder in ausreichender Erstreckung isoliert oder durch geerdete Fangdrähte oder Fangnetze gedeckt sein. Die Isolation darf auch von einer die normale Betriebsspannung um 1000 Volt übersteigenden Spannung nicht durchschlagen werden. Werden Betriebsfernsprechleitungen oder Signalleitungen der Bahn so angebracht, daß deren Berührung mit der Arbeitsleitung oder blanken Speiseleitungen bei Drahtbruch u. s. w. möglich ist, so müssen an Kreuzungsstellen mit anderen oberirdischen Telegraphen- und Fernsprechleitungen die

Betriebsſprechleitungen u. ſ. w. der Bahn ebenſo wie Speiſeleitungen geſichert werden.

c) Falls die Stromrückleitung durch die Gleisſchienen erfolgt, müſſen dieſe mit dem Kraftwerke durch beſondere Leitungen, die Schienenſtöße unter ſich durch beſondere metalliſche Brücken von ausreichendem Querſchnitt in guter leitender Verbindung ſtehen.

d) Wo die Arbeits- oder Speiſeleitungen der Bahn ſtreckenweiſe in einem Abſtande von weniger als 10 m neben den Telegraphen- oder Fernſprechleitungen verlaufen und die örtlichen Verhältniſſe eine Berührung der beiderſeitigen Leitungen auch beim Umſtürzen der Träger oder beim Herabfallen der Drähte nicht ausſchließen, müſſen die Geſtänge der Bahnanlage, nötigenfalls auch die der Telegraphen-Anlage, durch kürzere als die ſonſt üblichen Abſtände, durch entſprechend ſtärkere Stangen und Maſten und durch ſonſtige Verſtärkungsmittel (Streben, Anker und dergleichen) gegen Umſturz beſonders geſichert ſein; auch müſſen die Drähte an den Iſolatoren ſo befeſtigt ſein, daß eine Löſung aus ihren Drahtlagern ausgeſchloſſen iſt.

e) An oberirdiſchen Kreuzungen der beiderſeitigen Anlage muß der Abſtand der unterſten Telegraphen- oder Fernſprechleitung von den höchſtgelegenen ſtromführenden Teilen der Bahnanlage mindeſtens 1 m betragen. Die Maſten zur Aufhängung der oberirdiſchen Leitungen müſſen von vorhandenen Telegraphen- oder Fernſprechleitungen mindeſtens 1,25 m entfernt bleiben.

f) Unterirdiſche Speiſeleitungen müſſen unterirdiſchen Telegraphen- oder Fernſprechkabeln tunlichſt fernbleiben. Bei Kreuzungen und bei ſeitlichen Abſtänden der Kabel von weniger als 0,50 m müſſen die Bahnkabel auf der den Schwachſtromkabeln zugekehrten Seite mit Zementhalbmuffen von wenigſtens 0,06 m Wandſtärke verſehen und innerhalb dieſer in Wärme ſchlecht leitendes Material (Lehm oder dergleichen) eingebettet ſein. Dieſe Muffen müſſen 0,50 m zu beiden Seiten der gekreuzten Schwachſtromkabel, bei ſeitlichen Annäherungen ebenſoweit über den Anfangs- und Endpunkt der gefährdeten Strecke hinausragen. Liegt bei Kreuzungen und bei ſeitlichen Abſtänden der Kabel von weniger als 0,50 m das Bahnkabel tiefer als das Schwachſtromkabel, ſo muß letzteres zur Sicherung gegen mechaniſche Angriffe mit zweiteiligen eiſernen Rohren bekleidet ſein, die über die Kreuzungs- und Näherungsſtelle nach jeder Seite hin 1 m hinausragen. Ferner müſſen die Telegraphen- oder Fernſprechkabel an Stellen, wo ſie weniger als 50 cm tief unter den Schienen liegen, zum Schutze gegen mechaniſche Beſchädigung mit zweiteiligen eiſernen Rohren umkleidet werden, die noch je 1 m über die Gefahrſtelle hinausragen. Solcher Schutzvorrichtungen bedarf es nicht, wenn die Bahn- oder Schwachſtromkabel ſich in gemauerten oder in Zement- oder dergleichen Kanälen von wenigſtens 0,06 m Wandſtärke befinden.

g) Alle Schutzvorrichtungen ſind dauernd in gutem Zuſtande zu erhalten.

h) Findet beim Betriebe der Bahn kein regelmäßiger Polaritätswechſel ſtatt, ſo iſt der negative Pol der Dynamomaſchine mit der Gleisanlage zu verbinden.

i) Von beabſichtigten Aufgrabungen in Straßen mit unterirdiſchen Telegraphen- oder Fernſprechkabeln iſt der zuſtändigen Ober-Poſtdirektion oder den zuſtändigen Poſt- oder Telegraphenämtern bei Zeiten vor dem Beginne der Arbeiten ſchriftlich Nachricht zu geben. Falls durch ſolche Arbeiten der Telegraphen- oder Fernſprechbetrieb geſtört werden könnte, ſind die Arbeiten auf Antrag der Telegraphen-Verwaltung zu Zeiten auszuführen, in denen der Telegraphen- beziehungsweiſe Fernſprechbetrieb ruht.

k) Fehler — d. h. ein ſchadhafter Zuſtand — in der Starkſtromanlage der Bahn, durch welche der Beſtand der Telegraphen- oder Fernſprechanlagen oder die Sicherheit des Bedienungsperſonals gefährdet werden könnte, ſind ohne Verzug zu beſeitigen; außerdem iſt der elektriſche Betrieb der Bahn im Wirkungsbereiche der Fehler bis zu deren Beſeitigung einzuſtellen.

l) Für den Fall, daß die in dieſen Beſtimmungen vorgeſehenen Schutzvorrichtungen ſich nicht als ausreichend erweiſen ſollten, um Gefahren für den Beſtand (die Subſtanz) der Telegraphen- oder Fernſprechanlagen oder für die Sicherheit des Bedienungsperſonals fernzuhalten, bleibt vorbehalten, jederzeit weitergehende gefahrenpolizeiliche Anforderungen zu ſtellen.

m) Vor dem Vorhandenſein der vorgeſchriebenen Schutzvorrichtungen darf das Leitungsnetz auch für Probefahrten oder ſonſtige Verſuche nicht unter Strom geſetzt werden. Von der beabſichtigten Unterſtromſetzung

ist der Telegraphen-Verwaltung mindestens drei freie Wochentage vorher schriftlich Mitteilung zu machen. Ferner ist ihr mindestens vier Wochen vorher von der beabsichtigten Inbetriebnahme der Bahn oder einzelner Strecken schriftlich Nachricht zu geben.

Aachen, den 31. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 443** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des Erziehungshauses „St. Antonius" zu Aachen die Erlaubnis erteilt, für die Zwecke der Anstalt bei den katholischen Bewohnern der Dekanate Geilenkirchen, Aldenhoven, Jülich, Erkelenz, Crefeld, Neuß, M.-Gladbach, Grevenbroich, Eschweiler, Düren, Lechenich, Bergheim, Wassenberg und Heinsberg, sowie bei den meistbegüterten katholischen Bewohnern der Stadt Aachen in dem Zeitraum bis Ende d. Js. einmalig freiwillige Gaben einzusammeln.

Mit der Einsammlung der Gaben sind folgende Personen beauftragt worden:

Bruder Salvator Buckenhüskes, Pachomius Rittmann, Martinus Timmermann, Apollinaris Haanraads, Basilius Jenne und Damasus Jansen.

Die Kollekte bei den meistbegüterten Bewohnern der Stadt Aachen wird von Bruder Hieronymus Schroeder abgehalten werden.

Aachen, den 28. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 444** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Oktober 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 6 | 7 |
| desgl. | Eupen | 3 | 5 |
| desgl. | Jülich | 2 | 4 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 2. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Bekanntmachung.

**Nr. 445** Auf Grund des §. 16 Absatz 4 der Vorschriften, betreffend die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker, ist den staatlichen Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln, an welchen die nach Nr. 4 im ersten Absatz des genannten Paragraphen nachzuweisende praktische Ausbildung erworben werden kann, das städtische Nahrungsmitteluntersuchungsamt in Aachen gleichgestellt worden.

Aachen, den 31. Oktober 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Bekanntmachung.

**Nr. 446** Der Wohnsitz des Verwalters der Oberförsterei Eupen und das Geschäftszimmer der Königlichen Oberförsterei befinden sich vom 8. d. Mts. ab in Eupen, Haasstraße 15.

Aachen, den 6. November 1905.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 447** Im Forsthaus Süßendell ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 4. November 1905.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 448** **Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister der Landbürgermeisterei Schönberg im Kreise Malmedy den Volksschullehrer Franz Peter Pfennings in Schönberg zum besonderen Standesbeamten des Standesamtsbezirks der Landgemeinde Schönberg ernannt. Die Bestellung des Postagenten Mathias Straßer in Schönberg zum besonderen Standesbeamten dieses Bezirks ist erloschen.

Der Oberlandesgerichtsrat Meyer in Cöln ist zum Senatspräsidenten ernannt.

Ernannt sind: Zum Postdirektor der Hauptmann a. D. Herwig in Montjoie, zum Ober-Postinspektor der Postinspektor Olbricht in Aachen, zu Postsekretären die Postassistenten Dahlen und Winands in Aachen.

Versetzt sind: Der Ober-Postpraktikant Jeanjour von Wiesbaden nach Aachen, der Ober-Postassistent Reißaus von Aachen nach Duisburg und der Postassistent Schmidt von Aachen nach Naumburg (Saale).

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 45.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 51. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 16. November 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 449** Pakete jeder Art sowie Wertbriefe

a) nach Rußland mit Ausnahme des General-Gouvernements Warschau (Russisch-Polen) und mit Ausnahme von Finnland (über Rußland);

b) nach andern Ländern im Durchgang durch Rußland

werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen. Alle Paket- und Wertsendungen werden über Eydtkuhnen—Kibarti geleitet, Postfrachtstücke jedoch nur insoweit, als der Absender nicht die Leitung über Österreich (Podwolóczyska) vorgeschrieben hat.

Pakete nach Finnland auf dem direkten Seewege über Lübeck oder über Schweden sind nach wie vor zur Beförderung zugelassen.

Berlin W 66, den 8. November 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 450** Pakete und Wertbriefe nach Finnland sind jetzt auch auf dem Wege über Rußland wieder zur Beförderung zugelassen; der Paket- und Wertbriefverkehr mit Finnland unterliegt daher keinen Beschränkungen mehr.

Berlin W. 66, den 13. November 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 451** Am 1. Dezember d. Js. findet im Deutschen Reiche eine Volkszählung statt.

Ich gebe mich der Zuversicht hin, daß die Zähler auch diesmal das von ihnen übernommene Ehrenamt mit Umsicht und Eifer wahrnehmen werden, und daß die Bevölkerung bereitwillig zum Gelingen des Zählgeschäftes beitragen wird.

Bezüglich der Bedeutung der Zählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke verweise ich auf die nachstehende Ansprache des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes.

Aachen, den 6 November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

#### Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung am 1. Dezember 1905.

Mit dem 1. Dezember d. Js. kehrt in Preußen wie im ganzen Deutschen Reiche der Tag der Volkszählung wieder.

Die unbedingte Notwendigkeit regelmäßiger Aufnahmen dieser Art ist allgemein anerkannt. Kein Volk vermag sie zu entbehren, das sich über die Grundlagen seiner Größe und Entwickelung, insbesondere über Zahl, Geschlecht, Alter, Familienstand, Beruf, Religionsbekenntnis und sonstige persönliche Eigenschaften seiner Angehörigen unterrichten will. Die Ergebnisse der Volkszählung dienen aber bei uns nicht nur der wissenschaftlichen Erforschung wichtiger Verhältnisse des Volkslebens, sondern auch mancherlei praktischen Zwecken, wie der Verteilung gemeinsamer Einkünfte und Lasten der einzelnen Bundesstaaten, der Regelung der Münzprägung sowie der Ordnung vieler Verhältnisse, welche sich nach der Volkszahl richten, wie z. B. die Zuständigkeit von Behörden der allgemeinen Landesverwaltung, die Bildung von Stadtkreisen und Urwahlbezirken, die Wahl von Abgeordneten zu den Kreis- und Provinziallandtagen, die Gemeindewahlen usw.

Eine Aufnahme von dem Umfange der Volkszählung ist nicht ohne erhebliche Mühe durchzuführen. Ein Blick auf den Verlauf des Zählverfahrens zeigt aber sogleich, daß der Bevölkerung

selbst hieraus verhältnismäßig nur wenig Arbeit erwächst.

In den Tagen vom 28. bis 30. November d. Js. werden im ganzen Staate etwa eine Viertelmillion Zähler bei den einzelnen Haushaltungen vorsprechen, um für jede in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember d. Js. voraussichtlich dort anwesende Person eine „Zählkarte A“ und für jede Haushaltng ein „Haushaltungsverzeichnis B“ zu überreichen. Als Umschlag für diese Papiere dient ein „Zählbrief C/D“, dem zugleich eine „Anleitung C“ zur Ausfüllung der Zählkarten sowie je eine Musterausfüllung aufgedruckt ist.

Die Haushaltungsvorstände, d. h die Familienhäupter, haben nur

a) die Zählpapiere in Empfang zu nehmen;
b) sie gemäß der Anleitung C auszufüllen oder durch geeignete Vertreter ausfüllen zu lassen und
c) sie vom 1. Dezember d. J. mittags 12 Uhr an zur Abholung durch den Zähler bereitzuhalten.

Die Fragen der Zählpapiere sind nicht zahlreich, durchweg einfach und völlig unverfänglich. **Niemals werden die durch die Zählung gewonnenen Nachrichten über einzelne Personen veröffentlicht oder für andere als statistische, besonders auch nicht für steuerliche Zwecke benutzt.** Die aus den Zählpapieren gewonnenen Ergebnisse gehen in allgemeine Tabellen über, in welchen der einzelne Mensch nicht mehr erkennbar ist. **Die Zählpapiere selbst werden nach beendigter Arbeit eingestampft; jedermann darf danach sicher sein, daß die Angaben seiner Zählkarte über Alter, Religion, Staatsangehörigkeit, Militärverhältnis, Beruf und Erwerb, etwaige Mängel und Gebrechen usw. nicht vor unberufene Augen kommen oder an die Öffentlichkeit gelangen.**

Auf ein vertrauensvolles Entgegenkommen der Haushaltungsvorstände wie überhaupt der ganzen Bevölkerung, auch hinsichtlich der nicht vom Staate, sondern von einzelnen Gemeinden gestellten Fragen dürfen die Zähler hiernach wohl um so eher rechnen, als diese Männer ihre umfangreiche und mühevolle Arbeit fast sämtlich freiwillig übernommen haben und dem Gemeinwesen dadurch wertvolle Dienste leisten. Nachdem die zuständigen Behörden Anordnung getroffen haben, daß den Beamten der verschiedenen Verwaltuugen die für ihre rege Beteiligung am Zählgeschäfte erforderlichen Diensterleichterungen zu gewähren sind, darf erwartet werden, daß alle noch hinreichend rüstigen, dienstlich abkömmlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten einschließlich der an höheren, Mittel- oder Volksschulen angestellten und wegen Ausfallens des Unterrichtes am Zähltage dienstfreien Lehrer einer Aufforderung der Gemeindebehörde, das Ehrenamt eines Zählers zu übernehmen, bereitwilligst Folge leisten werden.

**Das Gelingen der Aufnahme hängt wesentlich von dem Zusammenwirken der Zähler mit den Haushaltungsvorständen ab.** Diese werden deshalb ersucht, den Zählern ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen unnütze Gänge oder Arbeiten zu ersparen. Sie können dies tun durch richtige, deutliche Ausfüllung der Zählpapiere, bereitwillige Auskunft über etwaige Lücken oder Undeutlichkeiten in der Ausfüllung und durch die Sorge für sichere und schnelle Empfangnahme der Zählpapiere sowie deren Bereithaltung zur Wiederabholung — auch für den Fall, daß der Haushaltungsvorstand selbst nicht zu Hause sein sollte. Die Zähler genießen in der Ausübung ihrer Pflichten den besonderen Schutz der Gesetze; es wird aber wohl kaum einer von ihnen diesen anzurufen brauchen, sondern alle werden ohne weiteres die Rücksicht finden, die jeder für das allgemeine Beste arbeitende Staatsbürger beanspruchen darf.

Das Königliche Statistische Landesamt wird das Seinige tun, um den Urstoff der Aufnahme möglichst schnell aufzubereiten und ihn durch ausgiebige Veröffentlichungen für die Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft und Volkswohlfahrt nutzbar zu machen.

Berlin, im November 1905.

Königlich Preußisches Statistisches Landesamt.
Dr. Blenck, Präsident.

**Nr. 452** Das Regulativ über die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Bezirksschornsteinfeger vom 31. März 1904 (Amtsblatt Seite 96) wird folgendermaßen abgeändert:

§. 3 erhält als zweiten Absatz folgenden Zusatz:
„Nicht im Regierungsbezirk Aachen geprüfte Schornsteinfegermeister haben sich außerdem durch eine Bescheinigung des Vorsitzenden der zuständigen Meisterprüfungs-Kommission über ihre Kenntnisse der im hiesigen Regierungsbezirk geltenden bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften auszuweisen.“

Aachen, den 14. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 453** **Bekanntmachung.**

An der Taubstummen-Anstalt zu Cöln soll am 6. und 7. Juli 1906 gemäß der Prüfungsordnung für

Lehrer an Taubstummen-Anstalten vom 27. Juni 1878 die Prüfung für die Befähigung zur Anstellung an Taubstummen-Anstalten abgehalten werden.

Zu dieser Prüfung werden zugelassen:

Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Schullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden, sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt haben und sich über ihre bisherige ordnungsmäßige Führung auszuweisen vermögen.

Den Meldungen zu dieser Prüfung, welche von uns bis zum 15. Dezember d. Js. angenommen werden, sind beizufügen:

1. ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, das Bekenntnis und das augenblickliche Amtsverhältnis des Bewerbers anzugeben ist;
2. die Zeugnisse über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen;
3. ein Zeugnis über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers im Taubstummen-Unterricht;
4. ein amtliches Führungszeugnis;
5. ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über normalen Gesundheitszustand.

Der Bewerber erhält nach seiner Meldung von uns ein Thema aus dem Gebiete des Taubstummenbildungswesens, dessen Bearbeitung er binnen längstens 6 Monaten mit der Versicherung einzureichen hat, daß er keine anderen als die von ihm angegebenen Hülfsmittel benutzt habe.

Über den Gang der mündlichen und praktischen Prüfung gibt die Prüfungs-Ordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 3. November 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
v. Hövel.

**Nr. 454 Bekanntmachung.**

Die im Jahre 1906 in unserm Geschäftsbereiche abzuhaltenden Prüfungen für Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde werden

in Rheydt am 20. März und an den folgenden Tagen,

in Cöln am 2. April und an den folgenden Tagen,

in Elberfeld am 15. Oktober und an den folgenden Tagen stattfinden.

Die Meldungen zu den Prüfungen sind an die Königlichen Regierungen des Bezirks zu richten, in welchen die Bewerberinnen wohnen, und müssen spätestens vier Wochen vor den betreffenden Prüfungsterminen dort vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der Prüfungsordnung für Hauswirtschaftslehrerinnen, die im Zentralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1902, Seite 246 u. ff. und in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1902 veröffentlicht ist.

Coblenz, den 30. Oktober 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 455** Die im Jahre 1906 in unserem Verwaltungsbezirke abzuhaltenden Prüfungen der Handarbeitslehrerinnen werden

a) in **Rheydt** am 20. März und den folgenden Tagen,
b) in **Coblenz** am 8. Mai und den folgenden Tagen und am 16. Oktober und den folgenden Tagen,
c) in **Düsseldorf** am 10. Juli und den folgenden Tagen

stattfinden.

Die Meldungen zur Prüfung sind an uns zu richten und müssen spätestens vier Wochen vor dem betreffenden Prüfungstermine hier vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der unterm 22. Oktober 1885 erlassenen Prüfungsordnung, die im Centralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1885, S. 737 und in dem Anhange zu den Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die höheren Mädchenschulen vom 31. Mai 1894 abgedruckt ist. Diese Bestimmungen sind nebst Anhang in dem vorgenannten Centralblatte für 1894, Seite 447 u. ff. veröffentlicht und auch im Wege des Buchhandels zu beziehen.

Coblenz, den 30. Oktober 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 46.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 52. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 23. November 1905.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 456** Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 13. November d. Js., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie auf den 5. Dezember d. Js. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses, hier Leipzigerstraße Nr. 3, und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten, hier Prinz Albrechtstraße Nr. 5/6, am 4. Dezember d. Js. in den Stunden von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends und am 5. Dezember d. Js. in den Morgenstunden von 9 Uhr früh ab offen liegen wird.

In diesen Bureaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mitteilungen in bezug auf diese gemacht werden.

Berlin, den 14. November 1905.

Der Minister des Innern.
von Bethmann-Hollweg.

### Bekanntmachung.

**Nr. 457** Nach Orten des General-Gouvernements Warschau (Russisch-Polen) werden wieder Postsendungen jeder Art zur Beförderung angenommen. Die Annahme von Postsendungen nach ganz Rußland unterliegt nunmehr keinen Beschränkungen mehr.

Berlin W 66, den 17. November 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 458** Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß

an Stelle des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Dr. Ingenieur Karl Lueg in Düsseldorf der Kommerzienrat Louis Kannengießer in Mülheim (Ruhr)

und

an Stelle des verstorbenen Rentners Johann Schönnenbeck in Mülheim (Ruhr) der Königliche Landrat von Bemberg-Flamersheim in Mülheim (Ruhr)

zu Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Landkreis Mülheim (Ruhr) gewählt worden sind.

Coblenz, den 9. November 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 459** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. November 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 6 |
| desgl. | Eupen | 4 | 7 |
| desgl. | Jülich | 4 | 5 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 16. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 460** Im Kreise Johannisburg, Regierungsbezirk Gumbinnen, ist die Pockenseuche der Schafe ausgebrochen. Insgesamt sind bisher 13 Gemeinden von der Seuche betroffen worden.

Die Seuche ist anscheinend von Ostpreußen aus durch Vermittelung des Schlacht- und Viehhofes in Berlin bereits weiter verschleppt worden, da inzwischen auch in zwei Gemeinden des Regierungsbezirks Potsdam Ausbrüche festgestellt worden sind.

Mit Rücksicht auf die große Gefahr, welche der heimischen Schafzucht durch die Verbreitung der Pocken droht, und da diese nur durch die rechtzeitige Anwendung veterinärpolizeilicher Maßnahmen wirksam bekämpft werden können, weise ich darauf hin, daß die Pockenseuche der Schafe gemäß §§. 9 und 10 des Reichsviehseuchengesetzes der Anzeigepflicht unterliegt. Die vorgeschriebene Anzeige ist der Ortspolizeibehörde sofort, d. h. innerhalb 24 Stunden nach dem Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen zu machen. Unterlassung der Anzeige wird gesetzlich bestraft.

Zur Erkennung derjenigen Symptome, welche den Ausbruch der Pockenseuche befürchten lassen, wird auf die nachstehende Belehrung verwiesen.

Aachen, den 21. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Belehrung über die Erscheinungen der Pockenseuche der Schafe.**

Die Pockenseuche der Schafe entsteht nur durch Ansteckung. Diese wird gewöhnlich dadurch vermittelt, daß gesunde Schafe mit pockenkranken, frisch durchgeseuchten oder frisch geimpften Tieren in unmittelbare Berührung kommen, oder über Wege, Äcker, Weiden und dergl. getrieben werden, auf welchen sich kurz vorher pockenkranke Schafe aufgehalten haben. Der Ansteckungsstoff kann auch mit der Luft auf eine gewisse Entfernung fortgetragen oder durch Zwischenträger (Personen, Hunde, Häute, Wolle, Rauhfutter u. s. w.) verschleppt werden und auf diese Weise eine Ansteckung gesunder Schafe vermitteln.

Etwa 6—10 Tage nach erfolgter Ansteckung macht sich bei den Schafen Mattigkeit, Unlust, mangelhafte Futteraufnahme, Rötung der Augen und steifer Gang bemerkbar. Ein oder zwei Tage später treten kleine flohstichähnliche rote Flecken auf der Haut, namentlich am Kopfe, an den inneren Flächen der Vorder- und Hinterschenkel, an der Brust und am Bauche auf. In den nächstfolgenden Tagen entwickeln sich auf diesen kleinen Flecken harte, meistens flache Knötchen (Pocken) von Erbsen- bis Bohnengröße, auf denen sich zuweilen kleine Bläschen mit flüssigem Inhalt bilden. In diesem Stadium ist die Haut an den erkrankten Körperstellen, besonders im Gesicht und an den Augen, geschwollen. Oft lahmen die Tiere auch mit denjenigen Gliedmaßen, an welchen die Pocken zum Ausbruch kommen. Daneben besteht stärkere Tränenabsonderung, Ausfluß von Schleim aus der Nase, Traurigkeit, Hängenlassen des Kopfes, Verringerung des Appetits, Beschleunigung des Atmens und des Herzschlags.

Nachdem die Knötchen und Bläschen in der Haut 3—4 Tage bestanden haben, wird ihr Inhalt eiterig (Pustel). Auf ihrer Mitte bildet sich eine Einsenkung (Delle) und auf der Oberfläche entsteht demnächst ein schwarzbrauner Schorf, der in 8—14 Tagen mit Zurücklassung einer Narbe abheilt.

Mit der Eintrocknung der Pocken verlieren sich auch nach und nach alle übrigen Krankheitserscheinungen bei den Schafen und bei normalem Verlauf erfolgt in den meisten Fällen Genesung. Immerhin beträgt auch hierbei der direkte Verlust noch 10 bis 20% der erkrankten Herde.

Unter ungünstigen Wirtschafts- und Witterungsverhältnissen und bei heftigerem Seuchencharakter treten die Pocken sehr bösartig auf, so daß in manchen Beständen bis zu 50% der Schafe zu Grunde gehen. Das Krankheitsbild weicht in diesen Fällen nicht unwesentlich von dem vorher geschilderten ab. Zum Teil sterben die Tiere schon zu einer Zeit, wo der Pockenausschlag sich erst in Form von rundlichen oder beetartigen Knoten bemerkbar macht und bevor es zur Ausbildung von Blasen und Pusteln gekommen ist. Auch bleiben in manchen Fällen die Knoten in der Haut mehrere Tage lang bestehen, ohne sich in der den Pocken sonst eigentümlichen Weise weiter zu verändern. Oder es erfolgt eine sehr reichliche Pockenentwicklung und mit derselben eine stärkere Entzündung der Haut. Da, wo die Knoten dicht nebeneinander entstehen, vereinigen sie sich zu flachen, höckerigen Geschwülsten, die sich im weiteren Verlaufe nicht selten in größere Geschwürsflächen verwandeln oder mit brandiger Zerstörung der Haut einhergehen. Hiermit ist stets eine schwere Störung des Allgemeinbefindens der Schafe verbunden.

Die einzelnen Schafe einer Herde werden nicht auf einmal, sondern nach und nach angesteckt. Infolgedessen vergehen nicht selten mehrere Monate, bevor eine größere Herde durchgeseucht ist, wenn nicht durch Impfung der Krankheitsverlauf in der Herde beschleunigt wird.

**Nr. 461 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Oktober 1905 bis 31. März 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4%. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 64, 121, 214, 466, 569, 603, 621, 858, 902, 938, 952, 958, 970, 1011, 1058, 1120, 1138,

1230, 1268, 1375, 1498, 1988, 1992, 2154, 2201, 2210, 2320, 2352, 2433, 2542, 2583, 2676, 2722, 2844, 2878, 2897, 2923, 3012, 3015, 3105, 3237, 3335, 3567, 3581, 3585, 3960, 4058, 4099, 4124, 4152, 4273, 4374, 4395, 4404, 4488, 4535, 4622, 4654, 4928, 5008, 5012, 5041, 5217, 5487, 5492, 5568, 5622, 5732, 5745, 5749, 5837, 5851, 5877, 5976, 6001, 6008, 6037, 6073, 6223, 6251, 6252, 6358, 6476, 6490, 6506, 6528, 6550, 6727, 6817, 6902, 6985, 7035, 7046, 7088, 7256, 7275, 7347, 7380, 7409, 7532, 7534, 7543, 7575, 7617, 7639, 7664, 7665, 7679, 7747, 7785.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 48, 138, 275, 615, 630, 666, 709, 889, 913, 972, 1012, 1083, 1203, 1262, 1265, 1291, 1545, 1648, 1846, 1886, 1928, 2009, 2121, 2136, 2155, 2305, 2319, 2374, 2666, 2671, 2688, 2692, 2730, 2832, 2858, 2877, 2927, 2933, 2995, 3013, 3227, 3254, 3284, 3304, 3332, 3334, 3351, 3358.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 223, 395, 653, 786, 799, 807, 890, 939, 992, 1250, 1315, 1368, 1676, 1736, 1875, 1997, 2241, 2269, 2372, 2390, 2423, 2871, 3068, 3087, 3192, 3311, 3592, 3604, 3700, 3714, 3722, 4001, 4090, 4094, 4095, 4315, 4380, 4423, 4430, 4548, 4594, 4670, 4691, 4718, 4734, 4827, 4894, 5007, 5056, 5189, 5649, 5695, 5760, 5869, 5916, 6170, 6213, 6319, 6484, 6534, 6678, 6721, 6738, 6897, 6919, 7200, 7201, 7209, 7265, 7405, 7505, 7550, 7654, 7848, 7869, 7906, 8070, 8083, 8132, 8235, 8271, 8282, 8472, 8648, 8900, 8933, 8945, 9066, 9238, 9270, 9285, 9452, 9585, 9656, 9667, 9738, 9747, 9784, 9861, 9932, 9994, 10033, 10078, 10095, 10099, 10265, 10289, 10460, 10597, 10746, 11177, 11186, 11338, 11643, 11853, 12082, 12145, 12228, 12264, 12303, 12364, 12393, 12458, 12476, 12590, 12598, 12661, 12663, 12686, 12805, 12892, 12903, 13079, 13106, 13132, 13408, 13468, 13518, 13593, 13621, 13705, 13731, 13769, 13788, 13831, 13954, 13978, 13989, 14161, 14218, 14322, 14411, 14449, 14463, 14477, 14487, 14556, 14565, 14584, 14665, 14832, 14870, 14955, 14981, 15038, 15056, 15082, 15086, 15099, 15164, 15224, 15231, 15238, 15297, 15354, 15372, 15394, 15403, 15459, 15489, 15582, 15635, 15676, 15695, 15792, 15795, 15827, 15935, 15950, 15994, 16028, 16098, 16111, 16142, 16278, 16348, 16374, 16405, 16458, 16841, 16916, 16951, 17046, 17082, 17094, 17452, 17492, 17562, 17563, 17620, 17646, 17654, 17667, 17686, 17932, 18011, 18067, 18134, 18143, 18158, 18205, 18272, 18277, 18279, 18306, 18313, 18322, 18333, 18337, 18427, 18431, 18434, 18479, 18482, 18505, 18507, 18560, 18580, 18596, 18700, 18758, 18804, 18817, 18832, 18886, 18934, 18973, 18977, 18992, 19021, 19030, 19035, 19060, 19078, 19088, 19113, 19140, 19152, 19313, 19376, 19415, 19436, 19480, 19606, 19623, 19639, 19647, 19656, 19662, 19671, 19699, 19700, 19743, 20023, 20042, 20047, 20155, 20161, 20162, 20194, 20323, 20362, 20368, 20369, 20415, 20425, 20427.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 422, 487, 547, 581, 835, 989, 1020, 1083, 1085, 1223, 1777, 1813, 1839, 1905, 2140, 2144, 2516, 2950, 2956, 3063, 3185, 3244, 3376, 3407, 3520, 3647, 3653, 3786, 3816, 3968, 4073, 4084, 4098, 4133, 4189, 4239, 4399, 4412, 4538, 4567, 4607, 4792, 4914, 5122, 5194, 5579, 5712, 5780, 5880, 5925, 6032, 6227, 6305, 6393, 6402, 6408, 6556, 6736, 6834, 6842, 6857, 6901, 7023, 7035, 7092, 7111, 7123, 7127, 7153, 7202, 7242, 7297, 7430, 7491, 7514, 7671, 7704, 7899, 7922, 8004, 8028, 8094, 8099, 8217, 8411, 8424, 8428, 8447, 8669, 8683, 8758, 9072, 9087, 9164, 9308, 9534, 9554, 9799, 9813, 9838, 9950, 10154, 10209, 10315, 10365, 10572, 10579, 10689, 10716, 10786, 10808, 10915, 10948, 10966, 10996, 11097, 11353, 11370, 11471, 11524, 11545, 11559, 11690, 11750, 11760, 11849, 11881, 12056, 12276, 12497, 12554, 12617, 12649, 12761, 12874, 13208, 13269, 13328, 13407, 13682, 13693, 13717, 13826, 13843, 13845, 13846, 14094, 14102, 14105, 14207, 14219, 14240, 14304, 14388, 14393, 14662, 14685, 14710, 14849, 14887, 14916, 14949, 15142, 15240, 15521, 15532, 15563, 15603, 15677, 15723, 15822, 15847, 15873, 15894, 15930, 16052, 16067, 16153, 16187, 16304, 16360, 16390, 16487, 16603, 16919, 16960, 17039, 17046, 17048, 17175, 17178, 17235, 17239, 17258, 17308, 17325, 17336, 17355, 17394, 17436, 17492, 17621, 17705, 17709, 17769, 17773, 17809, 17876, 17922, 18056, 18087, 18109, 18116, 18186, 18206, 18241, 18242, 18256, 18311, 18313, 18316, 18322, 18334, 18401, 18473, 18485, 18565, 18592, 18640, 18644, 18657, 18663, 18670, 18712, 18739, 18745, 18770, 18786, 18829, 18866, 18872, 18995, 18996, 19014, 19037, 19067, 19118, 19126, 19132, 19254, 19277, 19305, 19311, 19317, 19343, 19347, 19358, 19434, 19441, 19456, 19466, 19477, 19522, 19540, 19542, 19560, 19570, 19575, 19583, 19584, 19612.

II. 3½ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 70.

2. Litt. M à 1500 M.

Nr. 46.

3. Litt. N à 300 M.

Nr. 74, 234, 276, 485.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 242.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. April 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe

der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen

Zu I: Serie VII Nr. 16 nebst Anweisungen,

Zu II Reihe II Nr. 14 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. April 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe Littera A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 15. November 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher

**Nr. 462 Bekanntmachung.**

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Münster, den 15. November 1905.

In dem heutigen Termine wurde in Gemäßheit der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 zur Vernichtung derjenigen ausgelosten 4% und 3½% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz geschritten, welche nach den von der Königlichen Direktion der Rentenbank aufgestellten Verzeichnissen vom 13. d. Mts. gegen Barzahlung zurückgegeben worden sind.

Nach diesen Verzeichnissen sind zur Vernichtung bestimmt:

I. 4% Rentenbriefe:

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 103 Stück | Litt. | A | à | 3000 | M. = | 309000 | M. |
| 2. | 40 „ | „ | B | „ | 1500 | „ = | 60000 | „ |
| 3. | 276 „ | „ | C | „ | 300 | „ = | 82800 | „ |
| 4. | 258 „ | „ | D | „ | 75 | „ = | 19350 | „ |
| Sa. | 677 Stück | über | | | | . . . . . . | 471150 | M. |

buchstäblich: Sechshundert sieben und siebenzig Stück Rentenbriefe über vierhundert ein und siebenzig tausend einhundert und fünfzig Mark nebst den dazu gehörigen eintausend vierhundert neun und sechszig Stück Zinskoupons und sechshundert sechs und siebenzig Stück Talons;

II. 3½% Rentenbriefe aus den Terminen 1. April und 1. Oktober:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | 8 Stück Litt. L à 3000 M. = | 24000 | M. |
| 2. | 1 Stück „ N über . . . | 300 | „ |
| zusammen | 9 Stück über . . . . . | 24300 | M. |

buchstäblich: Neun Stück Rentenbriefe über vierundzwanzigtausend und dreihundert Mark nebst den dazu gehörigen sechsunddreißig Stück Zinsscheinen und neun Stück Anweisungen;

III. 3½% Rentenbriefe aus den Terminen 1. Juli und 2. Januar:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | 4 Stück Litt. F à 3000 M. = | 12000 | M. |
| 2. | 1 „ „ H über . . | 300 | „ |
| 3. | 5 „ „ K à 30 M. = | 150 | „ |
| zusammen | 10 Stück über . . . . . | 12450 | M. |

buchstäblich: Zehn Stück Rentenbriefe über zwölftausend vierhundert und fünfzig Mark nebst den dazu gehörigen fünfzig Stück Zinsscheinen und zehn Stück Anweisungen.

Sämtliche Papiere wurden nachgesehen, für richtig befunden und hierauf in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

gez.: Dr. Jungeblodt. von Hövel.
Brede. Kirchmann.
Neuhaus, Notar.
Geschehen wie oben.
Ascher. Honert.

wird nach Vorschrift des §. 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Münster, den 15. November 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 463 Personal-Nachrichten.**

Dem Aufseher Schartmann bei der Erziehungs-Anstalt Steinfeld ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 47.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 53. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 30. November 1905.



**Nr. 464 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1906 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 20. November 1905.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 465 Statut**

für die Dränage-Genossenschaft Poll zu Poll, im Kreise Düren.

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen Poll, Hochkirchen, Lürheim und Eggersheim werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Landmessers Seuwen vom 29. März 1904 durch Dränage zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer roten Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Dränage-Genossenschaft zu Poll" und hat ihren Sitz in Poll.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Dränage-Anlagen (einschließlich der Senkbrunnen) werden von der Genossenschaft getragen, und zwar für die einzelnen getrennt liegenden Dränage-Abteilungen gesondert.

§. 4. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden, soweit sie nicht im Zusammenhange mit dem Zulegungsverfahren hergestellt werden, unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorations-Technikers ausgeführt.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

Die Unterhaltung der gemeinschaftlichen Dränage-Anlagen und der Senkbrunnen liegt dem Vorsteher ob; die Unterhaltung der Vorflutgräben ist laut Auseinandersetzungsplan Sache der politischen Gemeinden.

§. 5. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalte der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht mit der Maßgabe, daß die Anlage- und Unterhaltungskosten getrennt für die einzelnen Abteilungen zu tragen sind (vergl. §. 3 Abs. 1).

§. 6. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, und in dem für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 7. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 10. Bei Abstimmungen hat jeder beitrags-

pflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je einen Morgen zu 25 a beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; Bruchteile einer Stimme, die sich hiernach ergeben, werden auf die nächst höhere volle Stimmenzahl abgerundet.

Ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach ortsüblicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 11. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:
a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) vier weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst vier stellvertretenden Beisitzern werden von der General-Versammlung auf fünf Jahre gewählt und bleiben so lange im Amte, bis die Wahl des neuen Vorstehers bestätigt ist. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Außerdem ist der Bürgermeister einer der beteiligten Gemeinden als Vorsteher oder Stellvertreter wählbar. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der General-Versammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 12. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 13. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der General-Versammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:
a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane unter Oberleitung der zuständigen Spezialkommission zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen

sowie Kosten (§§. 6 und 18) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 14. Die genossenschaftlichen Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 15. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 16. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 17. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche General-Versammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren General-Versammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die General-Versammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 18. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 19. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Soweit nicht nach diesem Statute die ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§. 20. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag

des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

---

Vorstehendes Statut, welchem die Beteiligten zugestimmt haben, wird auf Grund der §§. 57 und 82 des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt.

Berlin, den 26. Oktober 1905.

(L. S)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: gez. Wesener.

**Nr. 466 Bekanntmachung.**

**Die Weihnachtssendungen betreffend.**

Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weitere Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten 2c. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut 2c. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwandt werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankiert** aufgeliefert werden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu **einer** Begleitadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) **nicht** gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 22. November 1905.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.

Im Auftrage: Gieseke.

**Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.**

**Nr. 467** Auf Antrag von mehr als zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden wird meine auf Grund des §. 41$^b$ der Reichsgewerbeordnung erlassene Verordnung vom 13. Januar 1902 (Amtsbl. S. 16) dahin abgeändert, daß das Barbier-, Friseur- und Perückenmacherhandwerk in der Stadt Aachen am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage von jetzt ab überhaupt nicht mehr ausgeübt werden darf.

Aachen, den 27. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.

von Hartmann.

**Nr. 468** Die Durchschnitts-Preise auf den Hauptmärkten des Regierungs-Bezirks Aachen am Martinitage dieses Jahres stellten sich für:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen für den Centner oder | 50 kg auf | 8 M. | 94 Pfg. |
| Roggen „ „ „ „ | 50 „ „ | 8 „ | 13 „ |
| Gerste „ „ „ „ | 50 „ „ | 8 „ | 53 „ |
| Hafer „ „ „ „ | 50 „ „ | 7 „ | 47 „ |
| Heu „ „ „ „ | 50 „ „ | 3 „ | 34 „ |
| Stroh „ das Schock „ | 600 „ „ | 27 „ | 20 „ |

Mit Rücksicht auf die Bekanntmachung vom 27. März 1820 (Amtsblatt Seite 205) sind die vorstehend angegebenen Preise für das Jahr 1906 in Anwendung zu bringen.

Aachen, den 20. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung: Boehm.

**Nr. 469** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand der Anstalt für Epileptische „Bethel" bei Bielefeld die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten der Anstalt bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte durch Deputierte abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind, soweit dies nicht durch die kirchlichen Organe der einzelnen Gemeinden geschieht, folgende Personen beauftragt worden:

Ernst Muns aus Barmen, Hermann Runkel aus Grumeth, Karl Schneider aus Wesel, Karl Siebeking aus Minden, Karl Wüster aus Lüttringhausen.

Aachen, den 27. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 470** Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 10. März d. Js. (Amtsblatt Stück 13 S. 65) bringe ich hierdurch zur Kenntnis, daß der Herr Oberpräsident die Frist für die Einsammlung der dem Vorstande der Anstalt für nerven- und alkoholkranke Frauen zu Mündt im Kreise Jülich am 4. Februar d. Js. — 997 — genehmigten Hauskollekte für die Kreise Malmedy und Schleiden bis zum 1. Januar k. Js. verlängert hat. In den durch Hagelschlag betroffenen Gemeinden sind jedoch Sammlungen nicht abzuhalten.

Aachen, den 29. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 471** Auf Grund des §. 26 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 698) werden die nach Anhörung der Genossenschaftsvorstände von dem Reichs-Versicherungsamt für die Jahre 1906 bis 1908 festgesetzten Prämientarife für die Versicherungsanstalten der

Tiefbau-Berufsgenossenschaft in Berlin,
u. s. w.
Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Elberfeld,
u. s. w.

nachstehend bekannt gemacht.

Berlin, den 13. November 1905.

Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.
Gaebel.

### Prämientarif
für die
**Versicherungsanstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft.**
Gültig für die Jahre 1906 bis 1908.

| Lfde. Nr. | Betriebsarten. | Lohnprozente, welche als Prämie zu entrichten sind. Prozent. | Betrag der für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes zu entrichtenden Prämie. Pfennig. |
|---|---|---|---|
| | **Erste Gruppe.** | | |
| | **Unterhaltung und Reinigung von Straßen und Wegen.** | | |
| 1. | Unterhaltung und Reinigung von Straßen und Wegen, einfache Uferunterhaltung, mit Gewinnung, Herstellung und Anfuhr der Materialien, einschließlich der Fels- und Sprengarbeiten, in ländlichen Gemeinden und größeren Kommunalverbänden . | 2,8 | 1,15 |
| 2. | Wie vor, jedoch ohne Gewinnung und Herstellung der Materialien | 1,0 | 0,50 |
| 3. | Unterhaltung und Reinigung von Straßen und Wegen, einfache Uferunterhaltung, mit Gewinnung, Herstellung und Anfuhr der Materialien, einschließlich der Fels- und Sprengarbeiten, in Städten . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 2,9 | 1,45 |
| 4. | Wie vor, jedoch ohne Gewinnung und Herstellung der Materialien . | 1,7 | 0,85 |

| Lfde. Nr. | Betriebsarten. | Lohnprozente, welche als Prämie zu entrichten sind. Prozent. | Betrag der für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes zu entrichtenden Prämie. Pfennig. |
|---|---|---|---|
| 5. | Reinigung von Straßen und Wegen für sich allein, in Städten . . | 1,4 | 0,70 |
| 6. | Unterhaltung von Straßen und Wegen und sonstigen baulichen Anlagen für sich allein, in Städten . . . . . . . . | 3,3 | 1,65 |
| | **Zweite Gruppe.** | | |
| | **Wegebauten.** | | |
| 7. | Wegebauten mit Verwendung von Handgeräten, Karren, Kähnen oder Fuhrwerk, aber ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . | 2,3 | 1,15 |
| 8. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 3,4 | 1,70 |
| 9. | Wegebauten mit Verwendung von Rollwagen auf Geleisen zur Boden- und Materialbeförderung, ohne Verwendung maschineller Einrichtungen und ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . | 4,1 | 2,05 |
| 10. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,2 | 2,60 |
| 11. | Wegebauten mit Verwendung von Lokomotiven oder sonstigen maschinellen Einrichtungen, aber ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . | 4,3 | 2,15 |
| 12. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,5 | 2,75 |
| | **Dritte Gruppe.** | | |
| | **Eisenbahnbauten, Kanal-, Hafen-, Fluß- und sonstige Wasserbauten.** | | |
| 13. | Eisenbahnbauten, Kanal-, Hafen-, Fluß- und sonstige Wasserbauten, mit Verwendung von Handgeräten, Karren, Kähnen oder Fuhrwerk . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 2,2 | 1,10 |
| 14. | Wie vor, jedoch mit Verwendung von Rollwagen auf Geleisen und sonstigen Geräten, ohne maschinelle Einrichtungen . . . . . | 4,8 | 2,40 |
| 15. | Wie vor, jedoch mit Verwendung von Lokomotiven, Betriebsbauzügen und sonstigen maschinellen Einrichtungen . . . . . . . . | 5,7 | 2,85 |
| 16. | Tunnel-, Stollen- und Schachtbau . . . . . . . . . . . . | 6,8 | 3,40 |
| 17. | Eisenbahnoberbau und Straßenbahnbau . . . . . . . . . . | 4,5 | 2,25 |
| 18. | Uferschutzbauten für sich allein . . . . . . . . . . . . | 2,6 | 1,30 |
| 19. | Bauwerke für Tiefbau von Holz, Eisen, Mauerwerk, Beton, einschließlich der Fundamentausschachtung für diese Bauwerke . . | 5,6 | 2,80 |
| | **Vierte Gruppe.** | | |
| | **Kulturtechnische, Planierungs-, Ausschachtungs- und ähnliche Erd- und Bauarbeiten.** | | |
| 20. | Erdarbeiten ohne oder mit nur ausnahmsweiser Verwendung von Handkarren oder Fuhrwerk: | | |

| Lfde. Nr. | Betriebsarten. | Lohnprozente, welche als Prämie zu entrichten sind. Prozent. | Betrag der für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes zu entrichtenden Prämie. Pfennig. |
|---|---|---|---|
| | Hierher gehören: Einebnungen, Rieselfeld- und Grabenanlagen, Teich-, Schießstand-, Deich- und ähnliche Bauten, auch Ausschachtungen, soweit diese nicht unter die Ziffer 27 fallen | 0,9 | 0,45 |
| 21. | Erdarbeiten wie bei 20 mit Verwendung von Karren, Fuhrwerk oder sonstigem Handgerät, aber ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . | 1,9 | 0,95 |
| 22. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 3,6 | 1,80 |
| 23. | Erdarbeiten wie bei 20 mit Verwendung von Rollwagen auf Geleisen, aber ohne Verwendung maschineller Einrichtungen und ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . | 3,5 | 1,75 |
| 24. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,2 | 2,60 |
| 25. | Erdarbeiten wie bei 20 mit Verwendung von Lokomotiven oder sonstigen maschinellen Einrichtungen, aber ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . | 4,5 | 2,25 |
| 26. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange | 6,3 | 3,15 |
| 27. | Ausschachtungen für Keller, Gebäude- und sonstige Fundamente, Gräber usw., mit Anwendung von Absteifungen oder bei mehr als 1,5 m Tiefe, mit Verwendung von Geräten jeglicher Art, auch in Verbindung mit Betonierungsarbeiten, aber ohne Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . | 4,8 | 2,40 |
| 28. | Wie vor, jedoch mit Fels- oder Sprengarbeiten von erheblichem Umfange . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 6,5 | 3,25 |
| | **Fünfte Gruppe.** | | |
| | **Kabelverlegungsarbeiten, Kanalisations-, Gas-, Wasserleitungs- und sonstige Rohrleitungsanlagen.** | | |
| 29. | Kabelverlegungsarbeiten . . . . . . . . . . . . . . . . . | 2,9 | 1,45 |
| 30. | Gas-, Wasserleitungs- und sonstige Rohrleitungsanlagen, soweit im allgemeinen die Tiefe der Gräben 1,5 m oder der Durchmesser der Röhren 200 mm nicht übersteigt . . . . . . . . . | 3,3 | 1,65 |
| 31. | Kanalisations- und sonstige Rohrleitungsanlagen, als: Gas-, Wasserleitungen, Keller-, Friedhofs- und sonstige tiefe Drainagen, soweit sie nicht unter die Ziffer 30 fallen . . . . . . . . | 4,5 | 2,25 |
| | **Sechste Gruppe.** | | |
| | **Nebenbetriebe.** | | |
| 32. | Fuhrwerksbetriebe . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,1 | 2,55 |
| 33. | Hochbau (Maurer-, Zimmerarbeiten usw.) . . . . . . . . | 3,2 | 1,60 |
| 34. | Abbruch von Tiefbauten . . . . . . . . . . . . . . . . . | 11,0 | 5,50 |
| 35. | Abbruch von Hochbauten . . . . . . . . . . . . . . . . . | 20,0 | 10,00 |
| 36. | Brunnenbau und Tiefbohrungen . . . . . . . . . . . . . | 5,3 | 2,65 |

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 54. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 7. Dezember 1905.



**Nr. 477 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1906 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 20. November 1905.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 478** Das 46. Stück enthält unter Nr. 3176: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 8. November 1905.
Das 47. Stück enthält unter Nr. 3177: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Nr. XXXV a in der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 22. November 1905.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 479** Mit der Ausführung der dem Vorstande des 2. Rhein. Diakonissen-Mutterhauses zu Kreuznach seitens des Herrn Oberpräsidenten bewilligten Hauskollekte (Amtsblatt von 1904 Seite 10) sind für das Jahr 1906 Pfarrer Hohl und Georg Koeth aus Kreuznach beauftragt worden.

Aachen, den 5. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 480** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 30. November 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 2 |
| desgl. | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 3 | 3 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 9 |
| desgl. | Eupen | 4 | 6 |
| desgl. | Jülich | 4 | 5 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 1. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 481** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | — | 19 | — | — | — | 19 | — | 18 | — | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen**) . . | 17 | 95 | 17 | 45 | — | — | 17 | 10 | 16 | 60 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 17 | 95 | — | — | — | — | 17 | 10 | — | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier (Es kosten 60 Stück) M. | Pf. | Steinkohlen (Es kosten 100 Kg.) M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) (Es kostet je 1 Kbm.) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | — | 7 | 50 | 137 | 50 | 1 | 70 | 1 | 40 | 2 | 20 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 60 | 8 | 10 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 109 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 33 | 8 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 130 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 2 | — | 2 | — | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | 20 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 40 | 7 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 132 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 20 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 60 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 52 | 6 | 15 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 20 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | 7 | 50 | 127 | 25 | 1 | 73 | 1 | 50 | 1 | 98 | 1 | 71 | 1 | 66 | 1 | 95 | 2 | 43 | 6 | 77 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die durch das Amtsblatt der Regierung in Düsseldorf veröffentlicht werden.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat November 1905.

Preise:

| Getreide: Hafer gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Pf. | Bohnen (weiße) M. | Pf. | Linsen M. | Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Pf. | Stroh Richt- M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 17 | — | 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15<br>16 | 50<br>28 | 15 | — | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 8 | 75 | 6<br>7 | —<br>55 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | — | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 55 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 8 | 65 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 6 | — | — | — |
| 15 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 16 | 33 | 86 | 43 | 20 | 7 | 30 | 6 | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Oktober 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Pf. | Roggen M. | Pf. | Gersten Graupen M. | Pf. | Grütze M. | Pf. | Buchweizengrütze M. | Pf. | Hafer-Grütze M. | Pf. | Hirse M. | Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Pf. | Kaffee Java (mittel) roh M. | Pf. | Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Pf. | Speisesalz M. | Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Pf. | Schwarzbrot M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 29 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 30 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 40 | — | 48 | — | 40 | — | 50 | — | 50 | — | 44 | 2 | 60 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 59 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 29 | — | 38 | — | 46 | — | 35 | — | 53 | — | 54 | — | 47 | 2 | 45 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 78 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats November 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei dem Hauptmarktorte Aachen an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

**) Hauptmarktort für die Lieferungsverbände Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy und Montjoie für Getreid Stroh und Heu.

Aachen, den 5. Dezember 1905. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 482** Bei dem schnellen Absatz, den die durch Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 30. September 1904 eingeführte Ausgabe 1904 des Hebammenlehrbuches auch bei Ärzten und im Publikum gefunden hat, ist jetzt schon eine Neuauflage des Buches erforderlich geworden, die als Ausgabe 1905 im Verlage von Julius Springer in Berlin, Monbijouplatz 3, erschienen ist. Der Preis der neuen Ausgabe ist dem der früheren gleich. Er beträgt für die Königlichen Behörden und Beamten sowie für Hebammen und Hebammenschülerinnen bei Bestellung durch die Behörde 1,50 Mark das Stück in Ganzleinenband und 2 Mark das Stück in Halbfranzband, für das Publikum 3 Mark und 3,50 Mark.

In dieser neuen Ausgabe 1905 sind neben einer Anzahl sonstiger, in einer Sachverständigenkonferenz vereinbarter Verbesserungen auch die durch das Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 (G.-S. S. 373) bedingten Änderungen berücksichtigt worden Um den Besitzern der Ausgabe 1904 deren Weiterbenutzung zu ermöglichen, sind die wichtigsten Änderungen in Form von zum Einkleben eingerichteten „Ergänzungsblättern" zusammengestellt worden. Den Hebammen werden diese Ergänzungsblätter unentgeltlich durch die Behörde geliefert, die sonstigen Besitzer der Ausgabe 1904 erhalten sie von der Verlagsbuchhandlung gegen Einsendung von 20 Pfg. portofrei zugesandt.

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat bestimmt, daß das „Hebammenlehrbuch, Ausgabe 1905" sowie die auf Seite 361 dieses Hebammenlehrbuches enthaltene Dienstanweisung vom 1. Januar 1906 an für die Berufstätigkeit der Hebammen maßgebend sein und den Nachprüfungen zugrundegelegt werden soll, sowie daß die neue Ausgabe für den Unterricht in den Hebammenlehranstalten vom Beginn des nächsten Lehrkursus ab einzuführen ist.

Aachen, den 28. November 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 483 Bekanntmachung.**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Oktober 1905 bis 31. März 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4%. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 64, 121, 214, 466, 569, 603, 621, 858, 902, 938, 952, 958, 970, 1011, 1058, 1120, 1138, 1230, 1268, 1375, 1498, 1988, 1992, 2154, 2201, 2210, 2320, 2352, 2433, 2542, 2583, 2676, 2722, 2844, 2878, 2897, 2923, 3012, 3015, 3105, 3237, 3335, 3567, 3581, 3585, 3960, 4058, 4099, 4124, 4152, 4273, 4374, 4395, 4404, 4488, 4535, 4622, 4654, 4928, 5008, 5012, 5041, 5217, 5487, 5492, 5568, 5622, 5732, 5745, 5749, 5837, 5851, 5877, 5976, 6001, 6008, 6037, 6073, 6223, 6251, 6252, 6358, 6476, 6490, 6506, 6528, 6550, 6727, 6817, 6902, 6985, 7035, 7046, 7088, 7256, 7275, 7347, 7380, 7409, 7532, 7534, 7543, 7575, 7617, 7639, 7664, 7665, 7679, 7747, 7785.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 48, 138, 275, 615, 630, 666, 709, 889, 913, 972, 1012, 1083, 1203, 1262, 1265, 1291, 1545, 1648, 1846, 1886, 1928, 2009, 2121, 2136, 2155, 2305, 2319, 2374, 2666, 2671, 2688, 2692, 2730, 2832, 2858, 2877, 2927, 2933, 2995, 3013, 3227, 3254, 3284, 3304, 3332, 3334, 3351, 3358.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 223, 395, 653, 786, 799, 807, 890, 939, 992, 1250, 1315, 1368, 1676, 1736, 1875, 1997, 2241, 2269, 2372, 2390, 2423, 2871, 3068, 3087, 3192, 3311, 3592, 3604, 3700, 3714, 3722, 4001, 4090, 4094, 4095, 4315, 4380, 4423, 4430, 4548, 4594, 4670, 4691, 4718, 4734, 4827, 4894, 5007, 5056, 5189, 5649, 5695, 5760, 5869, 5916, 6170, 6213, 6319, 6484, 6534, 6678, 6721, 6738, 6897, 6919, 7200, 7201, 7209, 7265, 7405, 7505, 7550, 7654, 7848, 7869, 7906, 8070, 8083, 8132, 8235, 8271, 8282, 8472, 8648, 8900, 8933, 8945, 9066, 9238, 9270, 9285, 9452, 9585, 9656, 9667, 9738, 9747, 9784, 9861, 9932, 9994, 10033, 10078, 10095, 10099, 10265, 10289, 10460, 10597, 10746, 11177, 11186, 11338, 11643, 11853, 12082, 12145, 12228, 12264, 12303, 12364, 12393, 12458, 12476, 12590, 12598, 12661, 12663, 12686, 12805, 12892, 12903, 13079, 13106, 13132, 13408, 13468, 13518, 13593, 13621, 13705, 13731, 13769, 13788, 13831, 13954, 13978, 13989, 14161, 14218, 14322, 14411, 14449, 14463, 14477, 14487, 14556, 14565, 14584, 14665, 14832, 14870, 14955, 14981, 15038, 15056, 15082, 15086, 15099, 15164, 15224, 15231, 15238, 15297, 15354, 15372, 15394, 15403, 15459, 15489, 15582, 15635, 15676, 15695, 15792, 15795, 15827, 15935, 15950, 15994, 16028, 16098, 16111, 16142, 16278, 16348, 16374, 16405, 16458, 16841, 16916, 16951, 17046, 17082, 17094, 17452, 17492, 17562, 17563, 17620, 17646, 17654, 17667, 17686, 17932, 18011, 18067, 18134, 18143, 18158, 18205, 18272, 18277, 18279, 18306, 18313, 18322, 18333, 18337, 18427, 18431, 18434, 18479, 18482, 18505, 18507, 18560, 18580, 18596, 18700, 18758, 18804, 18817, 18832, 18886, 18934, 18973, 18977, 18992, 19021, 19030, 19035, 19060, 19078, 19088, 19113, 19140, 19152, 19313, 19376, 19415, 19436, 19480, 19606, 19623, 19639, 19647, 19656, 19662, 19671, 19699, 19700, 19743, 20023, 20042, 20047, 20155, 20161, 20162,

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 422, 487, 547, 581, 835, 989, 1020, 1083, 1085, 1223, 1777, 1813, 1839, 1905, 2140, 2144, 2516, 2950, 2956, 3063, 3185, 3244, 3376, 3407, 3520, 3647, 3653, 3786, 3816, 3968, 4073, 4084, 4098, 4133, 4189, 4239, 4399, 4412, 4538, 4567, 4607, 4792, 4914, 5122, 5194, 5579, 5712, 5780, 5880, 5925, 6032, 6227, 6305, 6393, 6402, 6408, 6556, 6736, 6834, 6842, 6857, 6901, 7023, 7035, 7092, 7111, 7123, 7127, 7153, 7202, 7242, 7297, 7430, 7491, 7514, 7671, 7704, 7899, 7922, 8004, 8028, 8094, 8099, 8217, 8411, 8424, 8428, 8447, 8669, 8683, 8758, 9072, 9087, 9164, 9308, 9534, 9554, 9799, 9813, 9838, 9950, 10154, 10209, 10315, 10365, 10572, 10579, 10689, 10716, 10786, 10808, 10915, 10948, 10966, 10996, 11097, 11353, 11370, 11471, 11524, 11545, 11559, 11690, 11750, 11760, 11849, 11881, 12056, 12276, 12497, 12554, 12617, 12649, 12761, 12874, 13208, 13269, 13328, 13407, 13682, 13693, 13717, 13826, 13843, 13845, 13846, 14094, 14102, 14105, 14207, 14219, 14240, 14304, 14388, 14393, 14662, 14685, 14710, 14849, 14887, 14916, 14949, 15142, 15240, 15521, 15532, 15563, 15603, 15677, 15723, 15822, 15847, 15873, 15894, 15930, 16052, 16067, 16153, 16187, 16304, 16360, 16390, 16487, 16603, 16919, 16960, 17039, 17046, 17048, 17175, 17178, 17235, 17239, 17258, 17308, 17325, 17336, 17355, 17394, 17436, 17492, 17621, 17705, 17709, 17769, 17773, 17809, 17876, 17922, 18056, 18087, 18109, 18116, 18186, 18206, 18241, 18242, 18256, 18311, 18313, 18316, 18322, 18334, 18401, 18473, 18485, 18565, 18592, 18640, 18644, 18657, 18663, 18670, 18712, 18739, 18745, 18770, 18786, 18829, 18866, 18872, 18995, 18996, 19014, 19037, 19067, 19118, 19126, 19132, 19254, 19277, 19305, 19311, 19317, 19343, 19347, 19358, 19434, 19441, 19456, 19466, 19477, 19522, 19540, 19542, 19560, 19570, 19575, 19583, 19584, 19612.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 70.

2. Litt. M à 1500 M.

Nr. 46.

3. Litt. N à 300 M.

Nr. 74, 234, 276, 485.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 242.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. April 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen

Zu I: Serie VII Nr. 16 nebst Anweisungen,

Zu II Reihe II Nr. 14 bis 16 nebst Anweisungen

vom 1. April 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe Littera A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 15. November 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und
die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 506 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeisterei-Anwärter Richard Wiersteiner ist endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Dreiborn ernannt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 51.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 57. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 28. Dezember 1905.



**Nr. 507 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1906 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 20. November 1905.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 508 Bekanntmachung.**

Postanweisungsverkehr mit Hongkong und China.

Vom 1. Januar 1906 ab sind Postanweisungen nach Hongkong sowie nach den britischen Postanstalten in Hoihow (Kiung-Schow) und Liu Kung Island (Wei-hai-Wei) (China) von den Absendern nicht mehr in britischer, sondern in deutscher Währung auszustellen. Die bisherige Vermittelung über London kommt für diese Postanweisungen in Wegfall; die Auszahlung erfolgt deshalb ohne Gebühren-Abzug nach dem in Hongkong beim Eingange der deutschen Überweisungsliste geltenden Tageskurse.

Berlin W 66, den 18. Dezember 1905.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 509** Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß an Stelle des Geheimen Kommerzienrats August Servaes in Düsseldorf, der sein Mandat niedergelegt hat, der Fabrik- und Bergwerksbesitzer Fritz Thyssen in Mülheim a. d. Ruhr zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Ruhrort gewählt worden ist.

Coblenz, den 15. Dezember 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 510** Gemäß §. 3 der Prüfungs-Ordnung für Apotheker vom 18. Mai 1904 habe ich für die Jahre 1906, 1907 und 1908 den Regierungs- und

Medizinal-Rat Dr. Schlechtendal zum Vorsitzenden, den Kreisarzt Geheimen Medizinal-Rat Dr. Baum zum Stellvertreter des Vorsitzenden, die Apotheker Dr. König und A. Thelen zu Mitgliedern und die Apotheker F. Barth und J. Court zu stellvertretenden Mitgliedern der Prüfungskommission für die pharmazeutische Vorprüfung ernannt. Die Genannten haben sämtlich ihren Wohnsitz in Aachen.

Aachen, den 18. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 511** Mit Rücksicht auf die bevorstehende Aufstellung der Rekrutierungs-Stammrollen, sowie auf das im Jahre 1906 stattfindende Musterungs- und Aushebungsgeschäft werden den Militärpflichtigen des diesseitigen Bezirkes die nachfolgenden Bestimmungen der Wehrordnung vom 22. November 1888 über die Militärpflicht, die Meldungs- und Gestellungspflicht in Erinnerung gebracht:

1. Die Militärpflicht beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert so lange, bis über die Dienstverpflichtung der Wehrpflichtigen endgültig entschieden ist.
2. Nach Beginn der Militärpflicht haben die Wehrpflichtigen die Pflicht, sich zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden.

   Diese Meldung muß in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar erfolgen.
3. Die Anmeldung erfolgt bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

   Als dauernder Aufenthalt ist anzusehen:

   a) für militärpflichtige Dienstboten, Haus- und Wirtschafts-Beamte, Handlungsdiener, Handwerksgesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und andere in einem ähnlichen Verhältnis stehende Militärpflichtige der Ort, an welchem sie in der Lehre, im Dienst oder in Arbeit stehen; Fabrikarbeiter u. s. w., welche außerhalb ihres Wohnorts beschäftigt sind, werden als am Wohnorte — nicht am Beschäftigungsorte — meldepflichtig behandelt.

   b) für militärpflichtige Studierende, Schüler und Zöglinge sonstiger Lehranstalten der Ort, an welchem sich die Lehranstalt befindet, der die Genannten angehören, sofern dieselben auch an diesem Orte wohnen.

   Hat der Militärpflichtige keinen dauernden Aufenthalt, so meldet er sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes.
4. Wer innerhalb des Reichsgebiets weder einen dauernden Aufenthaltsort noch einen Wohnsitz hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle, und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte, in welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.
5. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsorte selbst erfolgt.
6. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Ziffer 3 oder 4 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsgehülfen, auf See befindliche Seeleute 2c.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie innerhalb des in Ziffer 2 genannten Zeitraumes zur Stammrolle anzumelden.

   Dieselbe Verpflichtung ist, soweit dies gesetzlich zulässig, den Vorstehern staatlicher oder unter staatlicher Aufsicht stehender Straf-, Besserungs- und Heil-Anstalten in betreff der daselbst untergebrachten Militärpflichtigen aufzuerlegen.
7. Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorstehend vorgeschriebenen Weise seitens der Militärpflichtigen so lan e alljährlich zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über die Dienstverpflichtung durch die Ersatzbehörden erfolgt ist.

   Bei Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle ist der im ersten Militärpflichtjahre erhaltene Losungsschein vorzulegen.

   Außerdem sind etwa eingetretene Veränderungen (in betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Standes 2c.) dabei anzuzeigen.
8. Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärpflichtigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatz-Behörden ausdrücklich hiervon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt werden.
9. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz verlegen, haben dieses behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.
10. Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht.
11. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, ist mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen. Ist diese Versäumnis durch Umstände herbeigeführt

deren Beseitigung nicht in dem Willen des Meldepflichtigen lag, so tritt keine Strafe ein.

12. Die Gestellungspflicht ist die Pflicht der Militärpflichtigen, sich behufs Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung über ihre Dienstverpflichtung vor den Ersatzbehörden zu gestellen. Die Gestellung findet höchstens zweimal jährlich statt.
13. Jeder Militärpflichtige ist in dem Aushebungs-Bezirke gestellungspflichtig, in welchem er sich zur Stammrolle zu melden hat.
14. Wünschen im Auslande sich aufhaltende Militärpflichtige ihrer Gestellungspflicht in näheren als in den unter Ziffer 13 genannten Aushebungsbezirken zu genügen, so haben sie bei ihrer Anmeldung zur Stammrolle die Ueberweisung nach diesen Bezirken zu beantragen. Sie können auch durch Vermittlung der Behörde des näheren Bezirks sich zur Stammrolle melden und zugleich ihre Überweisung herbeiführen lassen. In dem Bezirke, dem sie überwiesen sind, bleiben sie gestellungspflichtig, wenn nicht eine Überweisung an einen anderen Bezirk stattfindet.
15. Unterlassene Anmeldung zur Stammrolle entbindet nicht von der Gestellungspflicht.
16. Die Gestellung findet während der Dauer der Militärpflicht jährlich sowohl vor der Ersatz-Kommission, als auch vor der Ober-Ersatzkommission statt, sofern nicht die Militärpflichtigen durch die Ersatzbehörden hiervon ganz oder teilweise entbunden sind.
17. Gesuche von Militärpflichtigen um Entbindung von der Gestellung sind an den Civilvorsitzenden der Ersatzkommission desjenigen Aushebungsbezirks zu richten, in welchem sie sich nach Ziffer 13 oder 14 zu gestellen haben.
18. Militärpflichtige, welche in den Terminen vor den Ersatzbehörden nicht pünktlich erscheinen, sind, sofern sie nicht dadurch zugleich eine härtere Strafe verwirkt haben, mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen.

    Außerdem können ihnen von den Ersatzbehörden die Vorteile der Losung entzogen werden.

    Ist diese Versäumnis in böslicher Absicht oder wiederholt erfolgt, oder liegen die Voraussetzungen des §. 140 d. Str.-G. vor, so sind sie unbeschadet der von ihnen verwirkten Strafe als unsichere Dienstpflichtige zu behandeln.

Aachen, den 20. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 512** Auf Grund des §. 12 der Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen vom 23. September 1905 (Amtsblatt Seite 208) habe ich die Ingenieure des Dampfkessel-Überwachungs-Vereins zu Aachen zu Sachverständigen für die Vornahme der in den §§. 3, 4, 5 und 6 der vorgenannten Polizei-Verordnung vorgeschriebenen Prüfungen und zur Ausstellung von Bescheinigungen nach §. 7 a. a. O. ernannt.

Aachen, den 27. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 513** Der Fußgendarm Behrend zu Eupen hat am 2. Oktober d. Js. die 15 Jahre alte Berta Piana durch tatkräftige Hülfe vom Tode des Ertrinkens errettet.

Für dieses mutige Verhalten erteile ich ihm hierdurch eine öffentliche Belobigung.

Aachen, den 22. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 514 Polizeiverordnung,**
betreffend
**die Einrichtung und den Gebrauch solcher landwirtschaftlicher Maschinen, welche nicht im Fahren arbeiten.**

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 beziehentlich der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird hierdurch unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen.

Einziger Paragraph.

Die für den Umfang des Regiernugsbezirks Aachen erlassene Polizeiverordnung vom 28. Dezember 1896, betreffend Einrichtung und Gebrauch solcher landwirtschaftlicher Maschinen, welche nicht im Fahren arbeiten, tritt mit dem 31. Dezember d. Js. außer Kraft.

Aachen, den 23. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 515** Auf Grund des §. 105e der Gewerbeordnung bestimme ich für den Umfang des Regierungs-Bezirks Aachen, daß am Sonntag, den 31. Dezember 1905, im Papierhandel ein erweiterter Geschäftsverkehr bis zur Dauer von 10 Stunden derart zugelassen ist, daß bis 7 Uhr abends Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt werden dürfen und in den offenen Verkaufsstellen Gewerbebetrieb stattfinden darf.

Aachen, den 21. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 516** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee des Stettiner Pferdemarktes in Stettin die Erlaubnis erteilt, im Jahre 1906

eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 600 000 Lose zu je 50 Pf. ausgegeben werden und 4 304 Gewinne im Gesamtwerte von 135 000 Mk. zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich am 12. Juni 1906 in Stettin stattfinden.

Aachen, den 23. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 517** Durch Allerhöchste Ordre vom 9. November d. Js. ist genehmigt worden, daß nach Maßgabe des Absatzes 4 des §. 1 der Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern vom 7./21. März 1882, abweichend von der preußischen Zusatzbestimmung 2 zu Paragraph 1 a. a. O., bis Ende September 1907 wieder Unteroffiziere mit mindestens sechsjähriger aktiver Dienstzeit im Heere oder in der Marine in die Königlichen Schutzmannschaften eingestellt werden dürfen.

Aachen, den 19. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 518** Dem Arzte Dr. Neu hier, Vincenzstraße Nr. 13, ist die Erlaubnis erteilt worden, homöopathische Arzneimittel aus seiner Hausapotheke selbst zu dispensieren.

Aachen, den 18. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 519** **Verzeichnis**

der Stadt- und Landkreise der Regierungsbezirke in der Rheinprovinz mit den aus der Volkszählung vom Jahre 1900 für die gegenwärtigen Gebiete der Kreise sich ergebenden Einwohnerzahlen mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen (§. 12, Absatz 2 der Rheinischen Provinzial-Ordnung).

| Lfd. Nr. | Kreis. | Zivil-Einwohner. (§. 12, Abs. 2 der Rheinischen Provinzialordnung.) | Zahl der Abgeordneten während der laufenden Wahlperiode. | für die nächste Wahlperiode. | also mehr + weniger − |
|---|---|---|---|---|---|
| | **I. Regierungsbezirk Aachen.** | | | | |
| 1. | Aachen-Stadt | 133 940 | 3 | 4 | + 1 |
| 2. | " Land | 126 640 | 3 | 3 | |
| 3. | Düren | 90 673 | 3 | 3 | |
| 4. | Erkelenz | 36 692 | 1 | 1 | |
| 5. | Eupen | 26 082 | 1 | 1 | |
| 6. | Geilenkirchen | 26 471 | 1 | 1 | |
| 7. | Heinsberg | 35 886 | 1 | 1 | |
| 8. | Jülich | 42 149 | 2 | 2 | |
| 9. | Malmedy | 31 260 | 1 | 1 | |
| 10. | Montjoie | 17 660 | 1 | 1 | |
| 11. | Schleiden | 44 833 | 2 | 2 | |
| | | 612 286 | 19 | 20 | |
| | | | | also mehr | + 1 |
| | **II. Regierungsbezirk Coblenz.** | | | | |
| 12. | Coblenz-Stadt | 42 926 | 1 | 2 | + 1 |
| 13. | " Land | 55 655 | 2 | 2 | |
| 14. | St. Goar | 39 421 | 1 | 1 | |
| 15. | Kreuznach | 77 819 | 2 | 2 | |
| 16. | Simmern | 35 232 | 1 | 1 | |
| 17. | Zell | 32 341 | 1 | 1 | |
| 18. | Cochem | 39 644 | 1 | 1 | |
| 19. | Mayen | 70 861 | 2 | 2 | |
| | Zu übertragen | 393 899 | 11 | 12 | + 1 |

| Lfd. Nr. | Kreis. | Zivil-Einwohner (§. 12, Abs. 2 der Rheinischen Provinzialordnung.) | Zahl der Abgeordneten während der laufenden Wahlperiode. | für die nächste Wahlperiode. | also mehr + weniger — |
|---|---|---|---|---|---|
| | Uebertrag: | 393 899 | 11 | 12 | + 1 |
| 20. | Adenau | 22 287 | 1 | 1 | |
| 21. | Ahrweiler | 40 824 | 1 | 2 | + 1 |
| 22. | Neuwied | 82 626 | 2 | 3 | + 1 |
| 23. | Altenkirchen | 67 572 | 2 | 2 | |
| 24. | Wetzlar | 54 056 | 2 | 2 | |
| 25. | Meisenheim | 13 736 | 1 | 1 | |
| | | 675 000 | 20 | 23 | |
| | | | | also mehr | + 3 |
| | **III. Regierungsbezirk Cöln.** | | | | |
| 26. | Bonn-Stadt | 69 983 | 2 | 2 | |
| 27. | Cöln-Stadt | 365 602 | 7 | 8 | + 1 |
| 28. | Mülheim a. Rhein-Stadt | 43 525 | | 2 | + 2 |
| 29. | Bergheim | 47 515 | 2 | 2 | |
| 30. | Bonn-Land | 56 844 | 2 | 2 | |
| 31. | Cöln-Land | 84 096 | 2 | 3 | + 1 |
| 32. | Euskirchen | 45 923 | 2 | 2 | |
| 33. | Gummersbach | 43 069 | 1 | 2 | + 1 |
| 34. | Mülheim a. Rhein-Land | 61 174 | 3 | 2 | — 1 |
| 35. | Rheinbach | 32 447 | 1 | 1 | |
| 36. | Sieg | 107 227 | 3 | 3 | |
| 37. | Waldbroel | 24 857 | 1 | 1 | |
| 38. | Wipperfürth | 28 246 | 1 | 1 | |
| | | 1 010 508 | 27 | 31 | |
| | | | | also mehr | + 5 |
| | | | | weniger | — 1 |
| | | | | bleibt mehr | + 4 |
| | **IV. Regierungsbezirk Düsseldorf.** | | | | |
| 39. | Barmen | 141 889 | 3 | 4 | + 1 |
| 40. | Cleve | 59 016 | 2 | 2 | |
| 41. | Crefeld-Stadt | 109 047 | 3 | 3 | |
| 42. | " Land | 41 985 | 1 | 2 | + 1 |
| 43. | Düsseldorf-Stadt | 209 972 | 4 | 5 | + 1 |
| 44. | " Land | 96 568 | 2 | 3 | + 1 |
| 45. | Duisburg | 160 725 | 2 | 4 | + 2 |
| 46. | Elberfeld | 156 931 | 4 | 4 | |
| 47. | Essen-Stadt | 195 702 | 3 | 5 | + 2 |
| 48. | " Land | 207 180 | 5 | 5 | |
| 49. | Geldern | 57 401 | 2 | 2 | |
| 50. | M.Gladbach-Stadt | 58 021 | 2 | 2 | |
| 51. | " Land | 127 862 | 3 | 3 | |
| 52. | Grevenbroich | 45 833 | 2 | 2 | |
| 53. | Kempen | 94 608 | 3 | 3 | |
| 54. | Lennep | 77 415 | 2 | 2 | |
| 55. | Mettmann | 92 480 | 3 | 3 | |
| 56. | Moers | 82 226 | 2 | 3 | + 1 |
| | Zu übertragen | 2 014 861 | 48 | 57 | + 9 |

| Lfd. Nr. | Kreis. | Zivil-Einwohner. (§ 12, Abs. 2 der Rheinischen Provinzialordnung.) | Zahl der Abgeordneten während der laufenden Wahlperiode. | für die nächste Wahlperiode. | also mehr + weniger − |
|---|---|---|---|---|---|
| | Übertrag | 2014 861 | 48 | 57 | + 9 |
| 57. | Mülheim a. d. Ruhr-Stadt | 79 315 | | 2 | + 2 |
| 58. | " " " " Land | 28 214 | 3 | 1 | − 2 |
| 59. | Neuß | 64 059 | 2 | 2 | |
| 60. | Oberhausen | 42 148 | | 2 | + 2 |
| 61. | Rees | 66 761 | 2 | 2 | |
| 62. | Remscheid | 58 090 | 2 | 2 | |
| 63. | Ruhrort | 77 880 | 3 | 2 | − 1 |
| 64. | Solingen-Stadt | 45 230 | 2 | 2 | |
| 65. | " Land | 112 525 | 3 | 3 | |
| | | 2589 083 | 65 | 75 | |
| | | | also mehr | | + 13 |
| | | | weniger | | − 3 |
| | | | bleibt mehr | | + 10 |
| | **V. Regierungsbezirk Trier.** | | | | |
| 66. | Bernkastel | 46 281 | 2 | 2 | |
| 67. | Bitburg | 43 485 | 2 | 2 | |
| 68. | Daun | 28 800 | 1 | 1 | |
| 69. | Merzig | 44 835 | 2 | 2 | |
| 70. | Ottweiler | 102 717 | 3 | 3 | |
| 71. | Prüm | 33 544 | 1 | 1 | |
| 72. | Saarbrücken | 200 461 | 4 | 5 | + 1 |
| 73. | Saarburg | 32 395 | 1 | 1 | |
| 74. | Saarlouis | 87 074 | 2 | 3 | + 1 |
| 75. | Trier-Stadt | 38 034 | 1 | 1 | |
| 76. | " Land | 83 441 | 2 | 3 | + 1 |
| 77. | St. Wendel | 49 160 | 2 | 2 | |
| 78. | Wittlich | 38 997 | 1 | 1 | |
| | | 829 224 | 24 | 27 | |
| | | | | also mehr | + 3 |
| | Reg.-Bez. Aachen | 612 286 | 19 | 20 | + 1 |
| | " " Coblenz | 675 000 | 20 | 23 | + 3 |
| | " " Cöln | 1 010 508 | 27 | 31 | + 4 |
| | " " Düsseldorf | 2 589 083 | 65 | 75 | + 10 |
| | " " Trier | 829 224 | 24 | 27 | + 3 |
| | | Summe | 155 | 176 | + 21 |

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 520** Auf Grund des §. 19 des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft „Viktoria" zu Berlin von uns unter die Zahl derjenigen Feuerversicherungs-Anstalten aufgenommen worden ist, bei welchen rentenpflichtige Gebäude der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz gegen Feuersgefahr versichert werden dürfen.

Münster, den 19. Dezember 1905.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz
und die Provinz Hessen-Nassau.

### Bekanntmachung.

**Nr. 521** Die Prüfungen für die Mittelschullehrer und Rektoren werden im Jahre 1906 in

folgender Ordnung im Sitzungssaale des hiesigen Dikasterialgebäudes abgehalten werden:

I. Für die Mittelschullehrer:

a) Frühjahrstermin: 19. Juni und folgende Tage;
b) Herbsttermin: 3. November und folgende Tage.

II. Für die Rektoren:

a) Frühjahrstermin: 11. Juni und folgende Tage;
b) Herbsttermin: 22. November und folgende Tage.

Die Meldungen zu diesen Prüfungen, auf welche die Bestimmungen der Prüfungsordnung vom 1. Juli 1901 Anwendung finden, sind uns spätestens bis zum 1. März bezw. 1. September einzureichen.

Die Prüfungsgebühren von 20 Mark sind unmittelbar nach dem Empfange der die Zulassung aussprechenden Verfügung einzusenden.

Coblenz, den 10. Dezember 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

## Bekanntmachung.

**Nr. 522** Die Prüfungen der Lehrerinnen, der Schulvorsteherinnen und der Sprachlehrerinnen werden in unserem Geschäftsbereiche im Jahre 1906 nach folgendem Plane abgehalten werden:

1. In Coblenz a) Prüfung der Lehrerinnen am 15. Mai und folgende Tage und am 15. September und folgende Tage;
   b) Prüfung der Schulvorsteherinnen am 25. Juni und am 26. September;
   c) Prüfung der Sprachlehrerinnen am 26. Juni und folgende Tage und am 27. September und folgende Tage.
2. In Barmen Prüfung der Lehrerinnen am 29. März und folgende Tage.

Die Vorschriften über die Meldung und die Bedingungen für die Zulassung zu diesen Prüfungen sind in den Prüfungsordnungen vom 24. April 1874 und vom 5. August 1887 enthalten, welche mit den späteren Abänderungen in dem Anhange zu den Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die höheren Mädchenschulen vom 31. Mai 1894 abgedruckt und im Wege des Buchhandels zu beziehen sind. Außer den dort gestellten Forderungen ist nach den Bestimmungen des Ministerial-Erlasses vom 15. Januar 1901 — U III D Nr. 3323 U III B 2917 — (Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen 1901 Seite 204—209) in jeder Meldung zur Lehrerinnen-Prüfung von der Bewerberin deutlich und genau anzugeben, wo und von wem sie für den Lehrberuf vorbereitet worden ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie einzelne Versuchslektionen sowie fortlaufenden Klassenunterricht erteilt hat und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und beaufsichtigt worden ist. Zum Nachweise ihrer Vorbildung im Zeichnen und in den weiblichen Handarbeiten hat jede Bewerberin eine von ihr selbst gefertigte Zeichnung und eine von ihr selbst gefertigte Handarbeit aus dem Stoffgebiete der Oberklasse der Schulart, für welche die Lehrbefähigung erstrebt wird, vorzulegen.

Nach dem Erlasse vom 15. Januar 1901 kann ferner bei der schriftlichen Prüfung an Stelle der Uebersetzung aus dem Deutschen in die fremde Sprache eine freie schriftliche Arbeit von mäßigem Umfange treten.

Die Prüfungsgebühren betragen 20 M. und sind vor dem Eintritte in die Prüfung zu entrichten.

Coblenz, den 8. Dezember 1905.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Nr. 523** **Personal-Nachrichten.**

Dem von der Stadtverordnetenversammlung von Linnich für eine zwölfjährige Amtsdauer zum Bürgermeister gewählten Bürgermeister Ernst Schmitz zu Virneburg ist die Bestätigung erteilt worden.

Dem Königl. Gewerbeassessor Lampe in Schöneberg ist vom 1. Januar k. Js. ab die Wahrnehmung der Geschäfte eines Hilfsarbeiters bei der Königlichen Gewerbe-Inspektion Aachen I in Aachen übertragen worden.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Berta Jungfleisch bei der katholischen Volksschule zu Marmagen, Kreis Schleiden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 52.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Verteilung

der

## von den Stadt- und Landkreisen der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 aufzubringenden Provinzialabgaben.

Zufolge des vom 44. Rheinischen Provinziallandtage genehmigten Haupt-Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1904 sollen für die im Wege der Provinzialabgabe aufzubringenden Bedürfnisse der Provinzialverwaltung zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens, der erweiterten Armenpflege, zur Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen sowie zur Ergänzung der allgemeinen Dotationsrente bezw. für allgemeine Zwecke 12 % des berichtigten Staatssteuer-Sollaufkommens erhoben werden.

Für Verkehrsanlagen bezw. zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen sind nach dem erwähnten Haupt-Haushaltsplan 3255400 M. zu erheben. Zu dieser Abgabe hat der Kreis Wetzlar auf Grund des § 11 des Regulativs vom 17. Januar 1876, betreffend die Vereinigung der in der Rheinprovinz bestehenden Bezirksstraßenfonds und der Fonds zur Unterhaltung der Staatsstraßen zu einem Provinzialstraßenfonds, einen Beitrag nicht zu leisten, während dieser Kreis zu den übrigen Provinzialabgaben in gleichem Maße wie die anderen Kreise beitragspflichtig ist.

Der umstehenden Verteilung wurde das nach Maßgabe der §§ 106 und 107 der Provinzialordnung vom 1. Juni 1887 berichtigte Sollaufkommen an direkten Staatssteuern mit Ausschluß der Gewerbesteuer vom Hausiergewerbe für das Veranlagungsjahr 1904 zugrunde gelegt und sind hierin gemäß Beschlusses des 41. Rheinischen Provinziallandtags die fingierten Steuern für Einkommen unter 900 M. außer Betracht geblieben.

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1904.<br>M | <br><br>Pf. | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags 12°/₀ als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3255400 M. oder 5,... °/₀ enthalten sind.<br>M | <br><br>Pf. |
|---|---|---|---|---|---|

## I. Regierungsbezirk Aachen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Aachen Stadt | 2 368 580 | 57 | 284 229 | 66 |
| 2 | „ Land | 1 084 877 | 17 | 130 185 | 26 |
| 3 | Düren | 1 019 282 | 39 | 122 313 | 89 |
| 4 | Erkelenz | 265 937 | 24 | 31 912 | 47 |
| 5 | Eupen | 209 358 | 58 | 25 123 | 03 |
| 6 | Geilenkirchen | 149 583 | 86 | 17 950 | 06 |
| 7 | Heinsberg | 145 706 | 56 | 17 484 | 79 |
| 8 | Jülich | 342 111 | 33 | 41 053 | 36 |
| 9 | Malmedy | 161 396 | 67 | 19 367 | 60 |
| 10 | Montjoie | 68 698 | 04 | 8 243 | 76 |
| 11 | Schleiden | 171 639 | 91 | 20 596 | 79 |
| | Summe | 5 987 172 | 32 | 718 460 | 67 |

## II. Regierungsbezirk Coblenz.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Adenau | 53 830 | 28 | 6 459 | 63 |
| 2 | Ahrweiler | 316 151 | 50 | 37 938 | 18 |
| 3 | Altenkirchen | 332 654 | 54 | 39 918 | 55 |
| 4 | Coblenz Stadt | 878 562 | 30 | 105 427 | 48 |
| 5 | „ Land | 344 238 | 71 | 41 308 | 64 |
| 6 | Cochem | 157 189 | 67 | 18 862 | 76 |
| 7 | Kreuznach | 665 030 | 46 | 79 803 | 66 |
| 8 | Mayen | 431 113 | 17 | 51 733 | 58 |
| 9 | Meisenheim | 68 121 | 74 | 8 174 | 61 |
| 10 | Neuwied | 548 369 | 04 | 65 804 | 28 |
| 11 | St. Goar | 231 414 | 05 | 27 769 | 69 |
| 12 | Simmern | 136 007 | 82 | 16 320 | 94 |
| 13 | Wetzlar*) | 348 568 | 81 | 23 202 | 38 |
| 14 | Zell | 178 614 | 39 | 21 433 | 72 |
| | Summe | 4 689 866 | 48 | 544 158 | 10 |

*) Der Kreis Wetzlar ist von der Abgabe für Verkehrsanlagen befreit.

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1904<br>ℳ | ₰ | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags 12%, als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3 255 400 M. oder 5,… % enthalten sind<br>ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|
| | **III. Regierungsbezirk Cöln.** | | | | |
| 1 | Bergheim | 409 986 | 98 | 49 198 | 44 |
| 2 | Bonn Stadt | 1 614 169 | 66 | 193 700 | 36 |
| 3 | „ Land | 494 234 | 63 | 59 308 | 16 |
| 4 | Cöln Stadt | 7 867 684 | 16 | 944 122 | 10 |
| 5 | „ Land | 793 087 | 36 | 95 170 | 48 |
| 6 | Euskirchen | 396 918 | 67 | 47 630 | 24 |
| 7 | Gummersbach | 253 217 | 98 | 30 386 | 16 |
| 8 | Mülheim a. Rh. Stadt | 658 349 | 88 | 79 001 | 99 |
| 9 | „ Land | 357 342 | 10 | 42 881 | 05 |
| 10 | Rheinbach | 200 833 | 95 | 24 100 | 07 |
| 11 | Sieg | 682 850 | 35 | 81 942 | 04 |
| 12 | Waldbroel | 73 395 | 82 | 8 807 | 50 |
| 13 | Wipperfürth | 110 474 | 60 | 13 256 | 95 |
| | Summe | 13 912 546 | 14 | 1 669 505 | 54 |
| | **IV. Regierungsbezirk Düsseldorf.** | | | | |
| 1 | Barmen | 2 179 143 | 77 | 261 497 | 25 |
| 2 | Cleve | 524 136 | 71 | 62 896 | 40 |
| 3 | Crefeld Stadt | 1 722 527 | 24 | 206 703 | 27 |
| 4 | „ Land | 432 366 | 80 | 51 884 | 02 |
| 5 | Duisburg | 1 419 128 | 83 | 170 295 | 46 |
| 6 | Düsseldorf Stadt | 4 215 796 | 62 | 505 895 | 59 |
| 7 | „ Land | 882 188 | 83 | 105 862 | 66 |
| 8 | Elberfeld | 2 727 244 | 47 | 327 269 | 34 |
| 9 | Essen Stadt | 2 449 528 | 97 | 293 943 | 48 |
| 10 | „ Land | 2 752 159 | 86 | 330 259 | 18 |
| 11 | Geldern | 348 859 | 52 | 41 863 | 14 |
| 12 | Gladbach Stadt | 803 910 | 66 | 96 469 | 28 |
| 13 | „ Land | 976 721 | 56 | 117 206 | 59 |
| 14 | Grevenbroich | 364 447 | 98 | 43 733 | 76 |
| 15 | Kempen | 617 585 | 01 | 74 110 | 20 |
| 16 | Lennep | 535 707 | 81 | 64 284 | 94 |
| 17 | Mettmann | 839 591 | 80 | 100 751 | 02 |
| 18 | Moers | 666 564 | 59 | 79 987 | 75 |
| 19 | Mülheim a. d. R. Stadt | 888 832 | 72 | 106 659 | 93 |
| 20 | „ Land | 198 551 | 08 | 23 826 | 13 |
| | zu übertragen | 25 544 994 | 83 | 3 065 399 | 39 |

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1904.<br>M | ₰ | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags 12% als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3255400 M. oder 5,₁₈₁₅ % enthalten sind.<br>M | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|
| | Uebertrag | 25 544 994 | 83 | 3 065 399 | 39 |
| 21 | Reuß | 645 135 | 70 | 77 416 | 28 |
| 22 | Oberhausen | 609 029 | 93 | 73 083 | 59 |
| 23 | Rees | 660 180 | 71 | 79 221 | 68 |
| 24 | Remscheid | 680 640 | 83 | 81 676 | 90 |
| 25 | Ruhrort | 1 746 988 | 51 | 209 638 | 62 |
| 26 | Solingen Stadt | 533 727 | 91 | 64 047 | 35 |
| 27 | „ Land | 967 108 | 72 | 116 053 | 05 |
| | Summe | 31 387 807 | 14 | 3 766 536 | 86 |
| | **V. Regierungsbezirk Trier.** | | | | |
| 1 | Bernkastel | 223 476 | 85 | 26 817 | 22 |
| 2 | Bitburg | 163 422 | 93 | 19 610 | 75 |
| 3 | Daun | 79 376 | 04 | 9 525 | 12 |
| 4 | Merzig | 244 080 | 27 | 29 289 | 63 |
| 5 | Ottweiler | 695 848 | 02 | 83 501 | 76 |
| 6 | Prüm | 99 739 | 23 | 11 968 | 71 |
| 7 | Saarbrücken | 1 830 988 | — | 219 718 | 56 |
| 8 | Saarburg | 159 829 | 35 | 19 179 | 52 |
| 9 | Saarlouis | 522 618 | 82 | 62 714 | 26 |
| 10 | St. Wendel | 201 002 | 07 | 24 120 | 25 |
| 11 | Trier Stadt | 560 455 | 95 | 67 254 | 71 |
| 12 | „ Land | 321 582 | 24 | 38 589 | 87 |
| 13 | Wittlich | 170 000 | 72 | 20 400 | 09 |
| | Summe | 5 272 420 | 49 | 632 690 | 45 |
| | **Zusammenstellung.** | | | | |
| I. | Regierungsbezirk Aachen | 5 987 172 | 32 | 718 460 | 67 |
| II. | „ Coblenz | 4 689 866 | 48 | 544 158 | 10 |
| III. | „ Cöln | 13 912 546 | 14 | 1 669 505 | 54 |
| IV. | „ Düsseldorf | 31 387 807 | 14 | 3 766 536 | 86 |
| V. | „ Trier | 5 272 420 | 49 | 632 690 | 45 |
| | Summe | 61 249 812 | 57 | 7 331 351 | 62 |

Düsseldorf, den 17. März 1905.

Das Gesamtsollaufkommen der Provinz mit Ausschluß des Kreises Wetzlar beträgt 60 901 243,76 M.

**Der Landeshauptmann der Rheinprovinz:**

Dr. Renvers.

Für die richtige Berechnung:

Stappen,
Landessekretär.

Kgl. Hofbuchdr. L. Voß & Cie. in Düsseldorf.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

# Haupt-Haushaltsplan

der

## Provinzialverwaltung der Rheinprovinz

für das Rechnungsjahr

**vom 1. April 1905 bis 31. März 1906.**

Druck von L. Voß & Cie. Königliche Hofbuchdruckerei in Düsseldorf.
1905.

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | | A. Allgemeine Dotationsrente des Staates. | | | | |
| | 1 | Dotationsrente auf Grund der Gesetze vom 30. April 1873 und 8. Juli 1875 . . . . . . . . . . . . | 1 756 736 | — | 1 756 736 | — |
| | | B. Dotationsrente des Staates für bestimmte Zwecke. | | | | |
| | 1 | Dotationsrente für das Hebammenwesen (§ 12 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) . . . . . . . . . . . . | 980 | — | 930 | — |
| | 2 | Dotationsrente für die Hebammen-Lehranstalt zu Cöln (§ 13 daselbst) . . . . . . . . . . . . . . . . . | 4 972 | 50 | 4 972 | 50 |
| | 3 | Dotationsrente für die landwirtschaftlichen Schulen (§ 14 daselbst) . . . . . . . . . . . . . . . . . | 12 600 | — | 12 600 | — |
| | 4 | Dotationsrente für die Straßenverwaltung (§ 20 daselbst) . | 2 056 233 | — | 2 056 233 | — |
| | 5 | Dotationsrente nach Maßgabe der §§ 1, 4 und 5 des Gesetzes vom 2. Juni 1902, betreffend die Überweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände, bezw. der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Juni 1902 . . . . . . | 647 825 | — | 647 825 | — |
| | 6 | Dotationsrente nach Maßgabe der §§ 9 und 10 desselben Gesetzes bezw. der erwähnten Verordnung . . . . . . | 93 713 | — | 93 713 | — |
| | 7 | Rente des Staates für Übernahme der sogenannten Beckmann'schen Straße . . . . . . . . . . . | 8 100 | — | 8 100 | — |
| | 8 | Rente des Staates für Übernahme der sogenannten Klinker-Aktienstraße bei Cranenburg . . . . . . . . . . | 1 500 | — | 1 500 | — |
| | 9 | Anteil an der Staatsrente des Provinzialverbandes Westfalen für die Unterhaltung der Straßenstrecke in der Gemeinde Oberbonsfeld . . . . . . . . . . . . . . . | 2 350 | — | 2 350 | — |
| | | Summe Titel I B. | 2 828 223 | 50 | 2 828 223 | 50 |

| Mithin jetzt | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| — | — | — | — | |
| — | — | — | — | Verwendung zu dem gedachten Zwecke ist in der Anlage XI unter A Titel II der Einnahme nachgewiesen. (Siehe Seite 206.) |
| — | — | — | — | Desgleichen unter Titel III der Einnahme des Haushaltsplans der Provinzial-Hebammenlehranstalt zu Cöln. (Siehe Seite 208.) |
| — | — | — | — | Desgleichen in Anlage XX unter Titel I Nr. 1 der Einnahme. (Siehe Seite 534.) |
| — | — | — | — | Desgleichen in Anlage XIX unter Titel I Nr. 1 und 2 der Einnahme. (Siehe Seite 486.) |
| — | — | — | — | Siehe Titel I Nr. 5, Titel II Nr. 12 und 14 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seiten 8 und 12) und in Anlage XII Titel II und Anlage XIV Titel III der Einnahme (Seiten 8, 12, 14 und 382, 410). |
| — | — | — | — | Siehe Titel II Nr. 19 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und in Anlage XIX Titel I Nr. 3 der Einnahme (Seite 486). |
| — | — | — | — | Siehe Anlage XIX unter Titel I Nr. 4 der Einnahme (Seite 486). Die Unterhaltung der Straße ist auf Grund Beschlusses des 37. Rheinischen Provinziallandtags in der Sitzung vom 6. Dezember 1892 gegen eine jährliche Rente von 8100 M. auf die Provinz übernommen worden. |
| — | — | — | — | In derselben Anlage unter Titel I Nr. 5 der Einnahme (Seite 486). Die Straße ist auf Grund Beschlusses des 38. Rheinischen Provinziallandtags in der Sitzung vom 30. Mai 1894 gegen eine jährliche Rente von 1500 M. von der Provinz übernommen worden. |
| — | — | — | — | Desgleichen in derselben Anlage unter Titel I Nr. 6 der Einnahme (Seite 486). Der Provinzialverband von Westfalen ist vom Königlichen Oberverwaltungsgericht verurteilt worden, von der der Provinz Westfalen überwiesenen Staatsrente den Betrag von 2350 M. an den Rheinischen Provinzialverband für die Unterhaltung der in der Gemeinde Oberbonsfeld gelegenen Strecke der vormaligen Staatsstraße Langenberg-Hattingen jährlich abzugeben. |
| — | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | **Provinzialabgaben.** | | | | |
| | 1 | Für Verkehrsanlagen bezw. zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen: | | | | |
| | | a) zur Deckung der ordentlichen Ausgaben | 2 986 400 | — | 2 965 400 | — |
| | | b) „ „ „ außerordentlichen Ausgaben | 290 000 | — | 290 000 | — |
| | 2 | Zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens auf Grund des Gesetzes vom $\frac{\text{6. Juni 1870}}{\text{12. März 1894}}$ | 1 474 500 | — | 1 474 500 | — |
| | 3 | Zur Deckung der Kosten der erweiterten Armenpflege auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1891 | 1 071 558 | 33 | 1 024 558 | 33 |
| | 4 | Zur Ergänzung der allgemeinen Dotationsrente bezw. für allgemeine Zwecke der Provinzialverwaltung | 1 786 541 | 67 | 1 481 541 | 67 |
| | | Summe Titel II. | 7 609 000 | — | 7 236 000 | — |
| III. | | **Lediglich durchlaufende Posten.** | | | | |
| | 1 | Kreisrente (§ 1 des Gesetzes vom 30. April 1873 und § 26 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) | 333 411 | — | 333 411 | — |
| IV. | | **Einnahme von Nebenfonds.** | | | | |
| | 1 | Zinsen des Stamm- und Reservefonds der Landesbank der Rheinprovinz von 6 000 000 M. sowie Anteil an den Zinsüberschüssen der Landesbank | 584 502 | — | 574 000 | — |
| | | Zu übertragen | 584 502 | — | 574 000 | — |

| Mithin jetzt mehr ℳ | Mithin jetzt mehr ₰ | weniger ℳ | weniger ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |
| 21 000 | — | — | — | Vergleiche Titel II Nr. 19 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und Anlage XIX unter Titel II Nr. 2 (Seite 486). |
| — | — | — | — | |
| — | — | — | — | Vergleiche Titel II Nr. 12 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 12) und Anlage XII Titel II (Seite 382). |
| 47 000 | — | — | — | Vergleiche Titel II Nr. 14 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und Anlage XIV Titel III (Seite 410). |
| 305 000 | — | — | — | Bei dem für die Provinzialabgaben des Jahres 1904 festgestellten Prozentsatze (12 %) würde der nebenstehend als erforderlich veranschlagte Abgabenbetrag von 7 609 000 M. ein berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern von rund . . . . . . . . . 63 410 000 M. voraussetzen. Auf einen so hohen Betrag kann aber unter keinen Umständen gerechnet werden.<br>Für das Jahr 1904 wurde der Festsetzung der Umlage ein Betrag von . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 60 300 000 „ zu Grunde gelegt. Die im November 1904 eingegangenen Mitteilungen der Stadt- und Landkreise lassen für 1904 ein Sollaufkommen an direkten Staatssteuern von rund . . . . . . . . 61 000 000 „ erwarten. Diese Zahl beruht zum Teil auf Schätzungen, da aber anzunehmen ist, daß von 1904 auf 1905 eine weitere Steigerung eintritt, wird man für 1905 ein Sollaufkommen von . . . . . . 61 500 000 „ zu Grunde legen können.<br>Von diesem Betrage werden 12 1/2 % zu erheben sein um die Summe von 7 609 000 M. sicher zu stellen.<br>Die über diese Summe hinaus event. zur Erhebung kommende Provinzialabgabe bleibt zur Verfügung des Provinziallandtags. Sollte dahingegen die angenommene Summe an direkten Staatssteuern im Jahre 1905 nicht erreicht werden, so ist der an der Provinzialabgabe von 7609000 M. fehlende Betrag aus den event. noch vorhandenen, zur Verfügung des Provinziallandtags stehenden Überschüssen in dem Rechnungsjahre 1905 zu entnehmen. |
| **373 000** | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 10 502 | — | — | — | Der Stammfonds beträgt 3 000 000 M. und der Reservefonds ebenfalls 3 000 000 M., wovon nach § 24 des Statuts der Landesbank Zinsen dem Provinziallandtag zur Verfügung zu stellen sind. Außerdem nimmt der Provinzialverband an den weiteren Zinsüberschüssen bezw. Erträgnissen der Landesbank teil. |
| **10 502** | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| IV. | | Uebertrag | 584 502 | — | 574 000 | — |
| | 2 | Zinsgewinn des Rheinischen Meliorationsfonds . . . . . | 52 498 | — | 52 780 | — |
| | 3 | Ueberschüsse der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt . . . . | 120 000 | — | 120 000 | — |
| | | Summe Titel IV. | 757 000 | — | 746 780 | — |
| V. | | **Verschiedene Einnahmen.** | | | | |
| | 1 | Zinsen von vorübergehend rentbar angelegten Beständen der Zentralfonds . . . . . . . . . . . . . . . . | 14 500 | — | 15 700 | — |
| | 2 | Unvorhergesehene Einnahmen und zur Abrundung . . . . | 129 | 50 | 149 | 50 |
| | | Summe Titel V. | 14 629 | 50 | 15 849 | 50 |
| | | **Wiederholung.** | | | | |
| I. | A. | Allgemeine Dotationsrente des Staates . . . . . . . . | 1 756 736 | — | 1 756 736 | — |
| | B. | Dotationsrente des Staates für bestimmte Zwecke . . . . | 2 828 223 | 50 | 2 828 223 | 50 |
| II. | | Provinzialabgaben . . . . . . . . . . . . . . . | 7 609 000 | — | 7 236 000 | — |
| III. | | Durchlaufende Posten . . . . . . . . . . . . . | 333 411 | — | 333 411 | — |
| IV. | | Einnahmen von Nebenfonds . . . . . . . . . . . | 757 000 | — | 746 780 | — |
| V. | | Verschiedene Einnahmen . . . . . . . . . . . . | 14 629 | 50 | 15 849 | 50 |
| | | Summe der Einnahme | 13 299 000 | — | 12 917 000 | — |
| | | Die eigenen Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten (zu vergl. Seite 22 dieses Haushaltsplanes) betragen . . . . . . . . . . . . . . . | 10 965 929 | — | 10 462 383 | 90 |
| | | Mithin Gesamteinnahme | 24 264 929 | — | 23 379 383 | 90 |

| Mithin jetzt | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 10 502 | — | — | — | |
| — | — | 282 | — | Der Zinsgewinn des Meliorationsfonds hat betragen im<br>Rechnungsjahre 1901 . . . 52 752,02 M.<br>„ 1902 . . . 52 639,96 „<br>„ 1903 . . . 52 104,11 „<br>zusammen 157 496,09 M.<br>oder durchschnittlich rund 52 498 M.<br>Vergleiche auch Titel IV Nr. 4 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 18). |
| — | — | — | — | Vergleiche auch Titel IV Nr. 7 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 18). |
| 10 502 | — | 282 | — | |
| 10 220 | — | — | — | |
| — | — | 1 200 | — | Die Zinsen haben betragen im Rechnungsjahre 1901 . . . 18 304,15 M.<br>„ „ 1902 . . . —,— „<br>„ „ 1903 . . . 10 734,82 „<br>zusammen 29 038,97 M. |
| — | — | 20 | — | oder durchschnittlich 9 679,66 M. |
| — | — | 1 220 | — | |
| — | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 373 000 | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 10 220 | — | — | — | |
| — | — | 1 220 | — | |
| 383 220 | — | 1 220 | — | |
| 382 000 | — | — | — | |
| 503 545 | 10 | — | — | |
| 884 545 | 10 | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | | **Auf der Dotationsrente ruhende Ausgabe-Verpflichtungen.** | | | | | | | |
| | | A. Mit der Dotationsrente von der Königlichen Staatsregierung überwiesen: | | | | | | | |
| | 1 | Rente an den Pfarrer der St. Gertrudiskirche in Essen . | 25 | — | 25 | — | — | — | — |
| | 2 | Rente an die katholischen Armen in Werden in Geld und Naturalien . . . . . . . . . . . . . | 2 350 | — | 2 450 | — | — | — | 100 |
| | 3 | Rente an die Rettungsanstalt Düsselthal . . . . . . | 900 | — | 900 | — | — | — | — |
| | 4 | Rente für die Armen in Kettwig . . . . . . . . | 100 | — | 100 | — | — | — | — |
| | 5 | Teil der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 bezw. der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Juni 1902, welcher zur Unterstützung leistungsschwacher Kreise und Gemeinden zu verwenden ist . . . . . . . . | 431 883 | 33 | 431 883 | 33 | — | — | — |
| | | B. Auf Grund Beschlusses des 26. Rheinischen Provinziallandtages (Verhandlungen Seite 37): | | | | | | | |
| | 6 | Für die Wilhelm-Augusta-Stiftung . . . . 50 000 M. | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Summe Titel I. | 435 258 | 33 | 435 358 | 33 | — | — | 100 |
| II. | | **Zuschüsse an die einzelnen Anstalten und Verwaltungen aus Provinzialmitteln.** | | | | | | | |
| | 1 | An den Haushaltsplan des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Zentralverwaltungsbehörde. . . | 356 500 | — | 336 000 | — | 20 500 | — | — |
| | 2 | An den Haushaltsplan: a) zur Zahlung von Pensionen, Witwen- und Waisengeldern ꝛc. an Provinzialbeamte und deren Hinterbliebene sowie b) zur Zahlung von Invalidengeldern (Unterstützungen) und Witwen- und Waisengeldern an nicht ruhegehaltsberechtigte Angestellte und Arbeiter bezw. deren Hinterbliebene, c) Dr. Klein-Stiftung . . . . . . . . . . | 184 968 | 90 | 188 464 | — | — | — | 3 49 |
| | 3 | Haushaltsplan über die Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben für die bei der Landes-Versicherungsanstalt „Rheinprovinz" beschäftigten Provinzialbeamten | — | — | — | — | — | — | — |
| | 4 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft . . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Zu übertragen | 541 468 | 90 | 524 464 | — | 20 500 | — | 3 4 |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1904 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 25 | — | — | — | 25 | — | 25 | — | — | — | — | — | |
| 2 350 | — | — | — | 2 350 | — | 2 450 | — | — | — | 100 | — | Es wurden gezahlt im Rechnungsjahre 1901 . . 2418,80 M. 1902 . . 2345,81 „ 1903 . . 2325,21 „ zusammen 7089,82 M. oder durchschn. 2363,27 M. Die Ausgabe richtet sich nach den Martini-Durchschnitts-Marktpreisen. Da die Ausgabe in den letzten Jahren gesunken ist, wird ein Betrag von 2350 M. vorgesehen. |
| 900 | — | — | — | 900 | — | 900 | — | — | — | — | — | |
| 100 | — | — | — | 100 | — | 100 | — | — | — | — | — | |
| 431 883 | 33 | — | — | 431 883 | 33 | 431 883 | 33 | — | — | — | — | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | Zur dauernden Erinnerung an das historisch denkwürdige Fest der goldenen Hochzeit Ihrer Kaiserlichen Majestäten Wilhelm des Großen und Augusta wird eine Summe von jährlich 50 000 M. aus der Dotationsrente zu einer Stiftung für die taubstummen Kinder der Rheinprovinz ausgeschieden und in d. Haushaltsplan eingestellt. (Vergl. nachfolgenden Titel II Nr. 7 J Seite 10, wo der Betrag von 50 000 M. aufgerechnet ist. Er ist daher hier vor der Linie vorgetragen.) |
| 435 258 | 33 | — | — | 435 258 | 33 | 435 358 | 33 | — | — | 100 | — | |
| 356 500 | — | 178 500 | — | 535 000 | — | 513 500 | — | 21 500 | — | — | — | |
| 184 968 | 90 | 293 731 | 10 | 478 700 | — | 444 800 | — | 33 900 | — | — | — | |
| — | — | 485 900 | — | 485 900 | — | 430 700 | — | 55 200 | — | — | — | |
| — | — | 123 000 | — | 123 000 | — | 122 700 | — | 300 | — | — | — | |
| 541 468 | 90 | 1 081 131 | 10 | 2 422 600 | — | 1 511 700 | — | 110 900 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 541 468 | 90 | 524 464 | — | 20 500 | — | 3 49 |
| | 5 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Rheinischen Provinzial-Feuerversicherungsanstalt . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 6 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz . . . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 7 | An die Haushaltspläne der Provinzial-Taubstummenanstalten (S. die Zusammenstellung der Pläne) u. zwar an den Haushaltsplan: | | | | | | | |
| | A. | Der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Aachen . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | B. | " " " " Brühl . . . . | 40 780 | — | 39 980 | — | 800 | — | — |
| | C. | " " " " Cöln . . . . | 35 300 | — | 35 710 | — | — | — | 410 |
| | D. | " " " " Elberfeld . . . | 32 690 | — | 31 740 | — | 950 | — | — |
| | E. | " " " " Essen . . . . | 57 360 | — | 48 640 | — | 8 720 | — | — |
| | F. | " " " " Kempen . . . . | 23 400 | — | 22 500 | — | 900 | — | — |
| | G. | " " " " Neuwied . . . | 60 000 | — | 58 400 | — | 1 600 | — | — |
| | H. | " " " " Trier . . . . | 48 020 | — | 47 440 | — | 580 | — | — |
| | J. | Über die Verwendung der Wilhelm-Augusta-Stiftung, des Unterstützungsfonds der früheren Vereins-Taubstummenanstalt zu Cöln und des Unterstützungsfonds für entlassene Taubstumme . . . . . . . . . | 50 000 | — | 50 000 | — | — | — | — |
| | | Summe für das Taubstummenwesen | 347 550 | — | 334 410 | — | 13 550 | — | 41 |
| | | | | | | | 13 140 | — | — |
| | 8 | A. An den Haushaltsplan der Provinzial-Blinden-Unterrichtsanstalt zu Düren (Elisabeth-Stiftung) . . . . | 83 000 | — | 83 000 | — | — | — | — |
| | | B. An den Haushaltsplan der Provinzial-Blinden-Unterrichtsanstalt zu Neuwied (Auguste Viktoria-Haus) . . | 48 140 | — | 45 990 | — | 2 150 | — | — |
| | | C. Haushaltsplan über den Unterstützungsfonds für Blinde | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Summe für das Blindenwesen | 131 140 | — | 128 990 | — | 2 150 | — | — |
| | | Zu übertragen | 1 020 158 | 90 | 987 864 | — | 35 790 | — | [illegible] |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1904 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 541 468 | 90 | 1 081 131 | 10 | 2 422 600 | — | 1 511 700 | — | 110 900 | — | — | — | |
| — | — | 462 000 | — | 462 000 | — | 420 000 | — | 42 000 | — | — | — | |
| — | — | 283 000 | — | 283 000 | — | 261 100 | — | 21 900 | — | — | — | |
| — | — | 5 580 | — | 5 580 | — | 5 580 | — | — | — | — | — | Außerdem ein Zuschuß von 37 760 M. aus der Wilhelm-Augusta-Stiftung. |
| 40 780 | — | 1 770 | — | 42 550 | — | 41 640 | — | 910 | — | — | — | |
| 35 300 | — | 12 360 | — | 47 660 | — | 47 870 | — | — | — | 210 | — | Außerdem 1890 M. aus dem Unterstützungsfonds der früheren Vereins-Taubstummenanstalt in Cöln. |
| 32 690 | — | 2 110 | — | 34 800 | — | 33 850 | — | 950 | — | — | — | |
| 57 360 | — | 5 010 | — | 62 370 | — | 53 650 | — | 8 720 | — | — | — | Außerdem ein Zuschuß von 12 240 M. aus der Wilhelm-Augusta-Stiftung. |
| 23 400 | — | 2 070 | — | 25 470 | — | 24 570 | — | 900 | — | — | — | |
| 60 000 | — | 2 910 | — | 62 910 | — | 61 210 | — | 1 700 | — | — | — | |
| 48 020 | — | 2 440 | — | 50 460 | — | 49 830 | — | 630 | — | — | — | |
| 50 000 | — | 2 740 | — | 52 740 | — | 52 730 | — | 10 | — | — | — | |
| 347 550 | — | 36 990 | — | 384 540 | — | 370 930 | — | 13 820 | — | 210 | — | |
| | | | | | | | | 13 610 | — | — | — | |
| 83 000 | — | 22 400 | — | 105 400 | — | 103 000 | — | 2 400 | — | — | — | |
| 48 140 | — | 14 010 | — | 62 150 | — | 59 700 | — | 2 450 | — | — | — | |
| — | — | 8 640 | — | 8 640 | — | 8 645 | — | — | — | 5 | — | |
| 131 140 | — | 45 050 | — | 176 190 | — | 171 345 | — | 4 850 | — | 5 | — | |
| | | | | | | | | 4 845 | — | — | — | |
| 1 020 158 | 90 | 1 908 171 | 10 | 2 928 330 | — | 2 735 075 | — | 193 255 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. M | Pf | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. M | Pf | Mithin jetzt mehr M | Pf | weniger M |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 1 020 158 | 90 | 987 864 | — | 35 790 | — | 3 495 |
| | 9 | An den Haushaltsplan über das Hebammenwesen, einschließlich der Provinzial-Hebammen-Lehranstalten zu Cöln und Elberfeld: | | | | | | | |
| | | A. Zu Prämien und Unterstützungen für Hebammen . | 1 930 | — | 1 930 | — | — | — | — |
| | | B. Für die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Cöln . | 69 190 | — | 66 600 | — | 2 590 | — | — |
| | | C. „ „ „ „ „ „ Elberfeld | 44 130 | — | 35 100 | — | 9 030 | — | — |
| | | Summe für das Hebammenwesen | 115 250 | — | 103 630 | — | 11 620 | — | — |
| | 10 | An den Haushaltsplan über die Kosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. Juli 1900 . . . . . . . . . . | 407 600 | — | 338 400 | — | 69 200 | — | — |
| | 11 | An die Haushaltspläne der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (siehe die Zusammenstellung der Pläne) und zwar an den Haushaltsplan: | | | | | | | |
| | A. | Der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Andernach . . | 23 500 | — | 23 500 | — | — | — | — |
| | B. | „ „ „ „ „ „ Bonn . . . | 31 800 | — | 31 800 | — | — | — | — |
| | C. | „ „ „ „ „ „ Düren . . . | 41 000 | — | 41 000 | — | — | — | — |
| | D. | „ „ „ „ „ „ Galkhausen . | 12 600 | — | 12 600 | — | — | — | — |
| | E. | „ „ „ „ „ „ Grafenberg . | 4 900 | — | 4 900 | — | — | — | — |
| | F. | „ „ „ „ „ „ Merzig . . . | 31 450 | — | 31 450 | — | — | — | — |
| | G. | „ „ „ „ „ „ Johannisthal . | 58 500 | — | — | — | 58 500 | — | — |
| | | Summe der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten | 203 750 | — | 145 250 | — | 58 500 | — | — |
| | 12 | An den Haushaltsplan über die Verwaltung des Landarmenwesens:<br>Es sollen entnommen werden:<br>a) aus der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 . . . 130 500 M.<br>b) aus den Provinzialabgaben . . . 1 474 500 „<br>(Zu vergleichen Titel I Nr. 5 und II Nr. 2 der Einnahme.) | 1 605 000 | — | 1 605 000 | — | — | — | — |
| | | Zu übertragen | 3 351 758 | 90 | 3 180 144 | — | 175 110 | — | 3 |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1904 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 020 158 | 90 | 1 908 171 | 10 | 2 928 330 | — | 2 735 075 | — | 193 255 | — | — | — | |
| 1 930 | — | 455 | — | 2 385 | — | 2 385 | — | — | — | — | — | |
| 69 190 | — | 62 000 | — | 131 190 | — | 128 600 | — | 2 590 | — | — | — | |
| 44 130 | — | 50 200 | — | 94 330 | — | 62 100 | — | 32 230 | — | — | — | |
| 115 250 | — | 112 655 | — | 227 905 | — | 193 085 | — | 34 820 | — | — | — | |
| 407 600 | — | 834 400 | — | 1 242 000 | — | 1 028 500 | — | 213 500 | — | — | — | In den eigenen Einnahmen ist der Staatszuschuß von 407600 M. einbegriffen. |
| 23 500 | — | 291 500 | — | 315 000 | — | 314 000 | — | 1 000 | — | — | — | |
| 31 800 | — | 344 650 | — | 376 450 | — | 375 400 | — | 1050 | — | — | — | |
| 41 000 | — | 402 300 | — | 443 300 | — | 443 000 | — | 300 | — | — | — | |
| 12 600 | — | 432 400 | — | 445 000 | — | 375 200 | — | 69 800 | — | — | — | |
| 4 900 | — | 500 100 | — | 505 000 | — | 499 200 | — | 5 800 | — | — | — | |
| 31 450 | — | 384 650 | — | 416 100 | — | 414 100 | — | 2 000 | — | — | — | |
| 58 500 | — | 159 000 | — | 217 500 | — | — | — | 217 500 | — | — | — | |
| 203 750 | — | 2 514 600 | — | 2 718 350 | — | 2 420 900 | — | 297 450 | — | — | — | |
| 1 605 000 | — | 55 000 | — | 1 660 000 | — | 1 655 000 | — | 5 000 | — | — | — | |
| 3 351 758 | 90 | 5 424 826 | 10 | 8 776 585 | — | 8 032 560 | — | 744 025 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 3 351 758 | 90 | 3 180 144 | — | 175 110 | — | 3 495 |
| | 13 | Haushaltsplan der Polizeistrafgelderfonds und des Ehrenbreitsteiner allgemeinen Armenfonds (Staatsnebenfonds) | — | — | — | — | — | — | — |
| | 14 | An den Haushaltsplan für die erweiterte Armenpflege auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1891:<br>Es sollen entnommen werden:<br>a. aus der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 . . 85 441,67 M.<br>b. aus den Provinzialabgaben . . 1 071 558,33 „<br>(Zu vergleichen Titel I Nr. 5 und II Nr. 3 der Einnahme.) | 1 157 000 | — | 1 110 000 | — | 47 000 | — | — |
| | 15 | An den Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler . . . . . . . . . . . . . . . | 163 000 | — | 163 000 | — | — | — | — |
| | 16 | Haushaltsplan des Landarmenhauses zu Trier . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 17 | An den Haushaltsplan über die Kosten der Leitung und Beaufsichtigung der baulichen Unterhaltungsarbeiten sowie über die Abschreibungen auf maschinelle Anlagen in den Provinzialanstalten . . . . . . . . . . | 66 700 | — | 6 700 | — | 60 000 | — | — |
| | 18 | An den Haushaltsplan über die Unterstützung milder Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten sowie über die Kosten der Unterbringung und des Unterhalts von Epileptikern, Idioten und Blinden . . . . . . . . . | 9 000 | — | 9 000 | — | — | — | — |
| | 19 | An den Haushaltsplan der Straßenverwaltung:<br>1. Dotationsrenten für die Straßenzwecke 2 161 896 M.<br>(einschließlich 93 713 M. gemäß §§ 9 u. 10 des Gesetzes, betreffend die Überweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände, vom 2. Juni 1902).<br>2. aus der allgemeinen Dotationsrente des Staates . . . . . . . . 440 000 „<br>3. Provinzialabgaben zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen 3 276 400 „<br>(Zu vergl. Titel I Nr. 1, 4, 6, 7, 8, 9 und Titel II Nr. 1 der Einnahme.) | 5 878 296 | — | 5 857 296 | — | 21 000 | — | — |
| | | Zu übertragen | 10 625 754 | 90 | 10 326 140 | — | 308 110 | — | 3 49[illegible] |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1904 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3 351 758 | 90 | 5 424 826 | 10 | 8 776 585 | — | 8 032 560 | — | 744 025 | — | — | — | |
| — | — | 322 783 | — | 322 783 | — | 314 683 | — | 8 100 | — | — | — | |
| 1 157 000 | — | 3 090 000 | — | 4 247 000 | — | 4 088 000 | — | 159 000 | — | — | — | |
| 163 000 | — | 361 000 | — | 524 000 | — | 484 000 | — | 40 000 | — | — | — | |
| — | — | 153 400 | — | 153 400 | — | 151 100 | — | 2 300 | — | — | — | |
| 66 700 | — | — | — | 66 700 | — | 6 700 | — | 60 000 | — | — | — | |
| 9 000 | — | 1 630 | — | 10 630 | — | 10 830 | — | — | — | 200 | — | |
| 5 878 296 | — | 817 754 | — | 6 696 050 | — | 6 948 800 | — | — | — | 252 750 | — | In den eigenen Einnahmen von 817 754 M. ist ein im Wege der Anleihe aufzubringender Betrag von 400 000 M. und ein aus Beständen früherer Jahre zu entnehmender Betrag von 126 000 M. enthalten. |
| 10 625 754 | — | 19 171 393 | 10 | 20 797 148 | — | 20 036 673 | — | 1 013 425 | — | 252 950 | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | we[niger] ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 10 625 754 | 90 | 10 326 140 | — | 303 110 | — | 34 |
| | | Anlagen A, B und C zum Haushaltsplan der Straßenverwaltung (Seiten 521, 525 und 529) . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 20 | An den Haushaltsplan für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten:<br>Es ist zu entnehmen:<br>a) aus der Dotationsrente, Titel I B Nr. 3 der Einnahme dieses Haushaltsplans . 12 600,— M.<br>b) aus der Provinzialabgabe . . 374 260,08 „ | 386 860 | 08 | 367 062 | 08 | 19 798 | — | — |
| | | Anlage A. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Trier (Seite 543) . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Anlage B. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Kreuznach (Seite 553) . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Anlage C. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Ahrweiler (Seite 561) . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 21 | Haushaltsplan für die Verwaltung der Fonds zur Gewährung von Vieh-Entschädigungen: a. infolge von Rotz und Lungenseuche und b. von Milz- oder Rauschbrand und zwar: | | | | | | | |
| | | A. für Pferde ꝛc. . . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | B. „ Rindvieh . . . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Summe Titel II. | 11 012 614 | 98 | 10 693 202 | 08 | 322 908 | — | 3 |
| | | | | | | | 319 412 | 90 | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 | | Gegen das Rechnungsjahr 1904 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | |
| 10 625 754 | 90 | 10 171 393 | 10 | 20 797 148 | — | 20 036 673 | — | 1 013 425 | — | 252 950 | — | |
| — | — | 40 415 | — | 40 415 | — | 12 500 | — | 27 915 | — | — | — | In der Anlage A, Voranschlag für den Neubau von Provinzialstraßen ist ein Zinsbetrag von 675 M.,<br>in der Anlage B, Voranschlag über die Verwendung des Eisenbahnfonds sind als Anteil aus dem Überschusse der Kleinbahn Merzig-Büschfeld vom Rechnungsjahre 1904 . . 6 500 „<br>und ein Bestand aus früheren Jahren von . 20 740 „<br>in der Anlage C, Voranschlag über die Verwendung des Fonds zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues ein Zinsbetrag von . . . . . 12 500 „<br>zusammen 40 415 M.<br>in Einnahme und Ausgabe nachgewiesen. |
| 386 860 | 08 | 347 117 | 92 | 733 978 | — | 706 420 | — | 27 558 | — | — | — | Vergl. Anlage XX, Titel I, Nr. 1, 6 und 8.<br>Außer diesen 386 860,08 M. fließen dem Haushaltsplan für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten aus dem Haupt-Haushaltsplan zu: |
| — | — | 12 780 | — | 12 780 | — | 12 650 | — | 130 | — | — | — | gemäß Tit. IV Nr. 4 (Seite 18) aus dem Zinsgewinn |
| — | — | 13 070 | — | 13 070 | — | 10 750 | — | 2 320 | — | — | — | des Meliorationsfonds . 52 498,—<br>Titel IV Nr. 5 (Seite 18) |
| — | — | 12 150 | — | 12 150 | — | 10 130 | — | 2 020 | — | — | — | aus dem Zinsgewinn der Landesbank . 308 202,— „<br>im ganzen also 742 256,08 M.<br>In den eigenen Einnahmen ist ein Staatszuschuß von 320 000 M. enthalten. |
| — | — | 62 225 | 06 | 62 225 | 06 | 61 310 | 06 | 915 | — | — | — | |
| — | — | 290 727 | 92 | 290 727 | 92 | 289 102 | 92 | 1 625 | — | — | — | |
| 11 012 614 | 98 | 10 949 879 | — | 21 962 493 | 98 | 21 139 535 | 98 | 1 075 908 | — | 252 950 | — | |
| | | | | | | | | 822 958 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | wenig[er] ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| III. | | **Lediglich durchlaufende Posten.** | | | | | | | |
| | 1 | Abführung der Kreisrente an die Landkreise der Provinz | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — |
| IV. | | **Ausgaben aus Titel IV der Einnahmen.** | | | | | | | |
| | 1 | An den Haushaltsplan zur Förderung von Kunst und Wissenschaft . . . . . . . . . . . . . . . . . | 28 000 | — | 28 000 | — | — | — | — |
| | 2 | An den Haushaltsplan für die Verwaltung der Provinzialmuseen in Bonn und Trier . . . . . . . . . . | 28 800 | — | 24 500 | — | 4 300 | — | — |
| | 3 | An den Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke . . . . | 134 500 | — | 128 500 | — | 6 000 | — | — |
| | 4 | Zinsgewinn des Meliorationsfonds, zu überweisen an den Haushaltsplan für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . . . . . . . . . | 52 498 | — | 52 780 | — | — | — | 28[illegible] |
| | 5 | Für Meliorationen und Aufbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Gebirgsgegenden und in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Teilen der Provinz, zu überweisen wie vor . . . . . . . . . . . . . | 303 202 | — | 303 000 | — | 202 | — | — |
| | 6 | Zur Verfügung des Provinziallandtages (Ständefonds) . | 90 000 | — | 90 000 | — | — | — | — |
| | 7 | Zur Verwendung aus den Überschüssen des Reservefonds der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt für gemeinnützige, zugleich die Interessen dieser Anstalt fördernde Zwecke auf Beschlußfassung des Provinzialausschusses . . . . . | 120 000 | — | 120 000 | — | — | — | — |
| | | Summe Titel IV. | 757 000 | — | 746 780 | — | 10 502 | — | 28[illegible] |
| | | (Die am Jahresschlusse verbliebenen Bestände dieses Titels werden zur Verwendung in das folgende Jahr übertragen.) | | | | | 10 220 | — | — |
| V. | | **Verschiedene Ausgaben.** | | | | | | | |
| | 1 | Zur Verzinsung und Tilgung der alten Irrenanstalts-Bauschuld . . . . . . . . . . . . . . . . | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |
| | | Zu übertragen | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 | | Gegen das Rechnungsjahr 1904 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 333 411 | — | — | — | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — | — | Überweisung erfolgt nach § 97 der Kreisordnung. |
| 28 000 | — | 150 | — | 28 150 | — | 28 150 | — | — | — | — | — | |
| 28 800 | — | 15 900 | — | 44 700 | — | 40 400 | — | 4 300 | — | — | — | |
| 134 500 | — | — | — | 134 500 | — | 128 500 | — | 6 000 | — | — | — | |
| 52 498 | — | — | — | 52 498 | — | 52 780 | — | — | — | 282 | — | |
| 303 202 | — | — | — | 303 202 | — | 303 000 | — | 202 | — | — | — | |
| 90 000 | — | — | — | 90 000 | — | 90 000 | — | — | — | — | — | Gemäß Beschluß des Provinziallandtags vom 18. März 1904 soll aus dem Zinsgewinn der Landesbank ein weiterer Betrag von 30 000 M. entnommen und der Ständefonds auf 120 000 M. erhöht werden. |
| 120 000 | — | — | — | 120 000 | — | 120 000 | — | — | — | — | — | |
| 757 000 | — | 16 050 | — | 773 050 | — | 762 830 | — | 10 502 | — | 282 | — | |
| | | | | | | | | 10 220 | — | — | — | |
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | Vergl. wegen der Tilgung den Beschluß des 39. Provinziallandtags vom 1. Mai 1895. Zu Beginn des Rechnungsjahres 1905 wird die Schuld noch 4 120 145,53 M. betragen und Ende des Rechnungsjahres 1929 getilgt sein. |
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | we[niger] ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| V. | | Uebertrag | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |
| | 2 | Zur Verzinsung und Tilgung der zur Deckung der vorläufigen Kosten der von dem 39., 40. und 41. Provinziallandtage beschlossenen Bauten ꝛc. aufzunehmenden Anleihe . . . . . . . . . . . . . . . | 325 000 | — | 325 000 | — | — | — | — |
| | 3 | Zur Verzinsung und Tilgung der aus der 2. Anleihe zunächst zu deckenden Kosten der von dem 39., 40., 41., 42. und 43. Provinziallandtage beschlossenen Bauten . (Der am Jahresschlusse nicht gebrauchte Betrag ist in das folgende Jahr zu übertragen.) | 147 000 | — | 105 000 | — | 42 000 | — | — |
| | 4 | Zur Verfügung des Provinzialausschusses für unvorhergesehene Ausgaben . . . . . . . . . . . . (Der am Jahresschlusse verbliebene Bestand dieser Position wird zur weiteren Verwendung durch den Provinzialausschuß bezw., soweit der Fonds zur Verfügung des Vorsitzenden des Provinzialausschusses gestellt ist, zur Verwendung durch diesen in das nächste Jahr übertragen.) | 25 000 | — | 25 000 | — | — | — | — |
| | 5 | Zur Durchführung der vorgeschlagenen Aenderungen im Besoldungsplane . . . . . . . . . . . . . . | 10 000 | — | — | — | 10 000 | — | — |
| | | Zu übertragen | 757 000 | — | 705 000 | — | 52 000 | — | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 | | Gegen das Rechnungsjahr 1904 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe. | | | | mehr | | weniger | | |
| M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | |
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | |
| 325 000 | — | — | — | 325 000 | — | 325 000 | — | — | — | — | — | Es wird auf den Beschluß des 42. Rheinischen Provinziallandtags vom 11. Februar 1901 Bezug genommen. |
| 147 000 | — | — | — | 147 000 | — | 105 000 | — | 42 000 | — | — | — | Es wird auf den Beschluß des 43. Rheinischen Provinziallandtags vom 18. Februar 1903 Bezug genommen.<br>Von den in der 2. Anleihe (8 Millionen Ausgabe) enthaltenen Bankanten werden zu Beginn des Rechnungsjahres 1905 solche zum Betrage von . . 2 934 797,20 M. abgeschlossen sein,<br>von welchem . . 47 235,00 „<br>schon getilgt sind, so daß zu tilgen bleiben . . . . 2 887 562,20 M.<br>In den Haushaltsplan müssen demnach eingestellt werden:<br>a) für Tilgung:<br>a) 1½ % von dem auf die abgeschlossenen Bankanten entfallenden Gesamtbetrage von 2 934 797,20 M. mit . . . . . 44 021,96 M.<br>b) Betrag der durch die seitherige Tilgung ersparten Zinsen, 3½ % von 47 235 M. . . . 1 653,22 „<br>zusammen 45 675,18 M.<br>b) für Verzinsung: 3½ % von 2 887 562,20 M. mit 101 064,67 „<br>Summe 146 739,86 M.<br>In den Haushaltsplan sind eingestellt 147 000,00 M.<br>Sollten etwa im Laufe des Rechnungsjahres 1905 weitere Konten zum Abschluß gelangen, so wird deren Verzinsung in diesem Jahre aus dem im Rechnungsjahre 1904 voraussichtlich zu ersparenden und auf das Rechnungsjahr 1905 zu übertragenden Betrage bestritten werden können. |
| 25 000 | — | — | — | 25 000 | — | 25 000 | — | — | — | — | — | |
| 10 000 | — | — | — | 10 000 | — | — | — | 10 000 | — | — | — | Vergl. die besondere Vorlage, Drucksachen. Nr. 3. |
| 757 000 | — | — | — | 757 000 | — | 705 000 | — | 52 000 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weni[g] ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| V. | | Uebertrag | 757 000 | — | 705 000 | — | 52 000 | — | — |
| | 6 | An Zinsen für die zur Bestreitung der laufenden Ausgaben von der Landesbank entnommenen Vorschüsse sowie zu außergewöhnlichen Ausgaben bezw. zur Abrundung . . | 3 715 | 69 | 3 248 | 59 | 467 | 10 | — |
| | | Summe Titel V. | 760 715 | 69 | 708 248 | 59 | 52 467 | 10 | — |
| | | **Wiederholung.** | | | | | | | |
| I. | | Auf der Dotationsrente ruhende Ausgabeverpflichtungen . | 435 258 | 33 | 435 358 | 33 | — | — | 10 |
| II. | | Zuschüsse an die einzelnen Anstalten und Verwaltungen aus Provinzialmitteln . . . . . . . . . . . . | 11 012 614 | 98 | 10 693 202 | 08 | 319 412 | 90 | — |
| III. | | Durchlaufende Posten . . . . . . . . . . . . . | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — |
| IV. | | Ausgaben aus Titel IV der Einnahme . . . . . . | 757 000 | — | 746 780 | — | 10 220 | — | — |
| V. | | Verschiedene Ausgaben . . . . . . . . . . . . . | 760 715 | 69 | 708 248 | 59 | 52 467 | 10 | — |
| | | Summe der Ausgabe | 13 299 000 | — | 12 917 000 | — | 382 100 | — | 10 |
| | | | | | | | 382 000 | — | — |
| | | Die Einnahme beträgt | 13 299 000 | — | 12 917 000 | — | 382 000 | — | — |
| | | Ausgleich. | | | | | | | |

Die Gesamt-Einnahme mit Hinzurechnung der Einnahme der einzelnen Verwaltungszweige
Rechnungsjahr 1905 = 24 264 929 M. — Pf.
die Gesamt-Ausgabe beträgt für das Rechnungsjahr 1905 = 24 264 929 M. — Pf.
Im Rechnungsjahr 1905 also mehr 885 545 M. 10 Pf.

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1904 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1904 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 757 000 | — | — | — | 757 000 | — | 705 000 | — | 42 000 | — | — | — | |
| 3 715 | 69 | — | — | 3 715 | 69 | 3 248 | 59 | 467 | 10 | — | — | Die Ausgabe hat betragen im Rechnungsjahre<br>1901 . . . 1 910,25 M.<br>1902 . . . 5 305,76 „<br>1903 . . . 9 638,01 „<br>zusammen 16 854,12 M.<br>oder durchschn. 5 618,00 M.<br>Da in 1903 außerordentliche Zahlungen für Haftpflichtversicherung ꝛc. erfolgt sind, so dürfte der Betrag von 3715,69 M. genügen. |
| 760 715 | 69 | — | — | 760 715 | 69 | 708 248 | 59 | 52 467 | 10 | — | — | |
| 435 258 | 33 | — | — | 435 258 | 33 | 435 358 | 33 | — | — | 100 | — | |
| 11 012 614 | 98 | 10 949 879 | — | 21 962 493 | 98 | 21 139 535 | 98 | 822 958 | — | — | — | |
| 333 411 | — | — | — | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — | — | |
| 757 000 | — | 16 050 | — | 773 050 | — | 762 830 | — | 10 220 | — | — | — | |
| 760 715 | 69 | — | — | 760 715 | 69 | 708 248 | 59 | 52 467 | 10 | — | — | |
| 13 299 000 | — | 10 965 929 | — | 24 264 929 | — | 23 379 383 | 90 | 885 645 | 10 | 100 | — | |
| | | | | | | | | 885 545 | 10 | — | — | |

und Anstalten beträgt für das
gegen 23 379 383 M. 90 Pf. in dem Rechnungsjahre 1904;
gegen 23 379 383 M. 90 Pf. in dem Rechnungsjahre 1904,

# Amtsblatt

der

# Regierung zu Aachen.

Jahrgang 1906.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Chronologische Übersicht

der in dem

## Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Aachen für das Jahr 1906 enthaltenen allgemeinen Verfügungen.

| Nr. | Datum. | Inhalt. | Stück | Seite. | Nr. |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 27. 12. 05. | Erhöhung des Brennsteuervergütungssatzes . . . . . | 1 | 3 | 8 |
| 2 | 8. 12. 05. | Regulativ, betreffend den Geschäftsgang und das Verfahren der Bergausschüsse . . . . . . . . . . | 1 | 4-7 | 12 |
| 3 | 5. 1. 06. | Aufhebung der Polizeiverordnung, betreffend die Verwendung von Schwemmsteinen (Bimssandsteinen) zu Schornsteinbauten vom 25. 11. 1882 (A. S. 349) | 2 | 18 | 21 |
| 4 | 7. 1. 06. | Errichtung einer Zwangsinnung für das Sattlerhandwerk im Bezirk der Stadtgemeinde Aachen und der Gemeinden Forst, Eilendorf, Haaren und Laurensberg | 2 | 18 | 25 |
| 5 | 20. 12. 05. | Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren . . . . . . . . . | 3 | 21-22 | 29 |
| 6 | 21. 12. 05. | Vergütung für Naturalverpflegung marschierender Truppen | 6 | 47 | 61 |
| 7 | 2. 2. 06. | Ergänzung der Baupolizeiverordnung für die Landgemeinden und die Städte bis zu 10 000 Einwohnern vom 8. 10. 1900 . . . . . . . . . . . . . | 6 | 48 | 6[illegible] |
| 8 | 21. 2. 06. | Polizeiverordnung, betreffend das Verbot des Auflassens ausländischer Brieftauben . . . . . . . . . | 8 | 55 | 85 |
| 9 | 21. 2. 06. | Änderungen für den Postverkehr . . . . . . . . . | 10 | 71-72 | 91 |
| 10 | 20. 2. 06. | Einfuhr von Schafen aus Österreich-Ungarn . . . . | 10 | 72 | 92 |
| 11 | 21. 2. 06. | Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland . . . . . | 10 | 72 | 93 |
| 12 | 24. 2. 06. | Zahlung von staatlichen Zivilpensionen und Hinterbliebenenbezügen im Postanweisungsverkehr . . . . . . | 10 | 73-74 | 98 |
| 13 | 23. 2. 06. | Statistisches Warenverzeichnis . . . . . . . . | 10 | 74 | 100 |
| 14 | 24. 2. 06. | Warenverzeichnis zum neuen Zolltarif . . . . . . | 10 | 74 | 101 |
| 15 | 27. 2. 06 | Getreidelager-Zollordnung . . . . . . . . . . | 10 | 74 | 102 |
| 16 | 27. 2. 06. | Einfuhrscheinordnung . . . . . . . . . . . . | 10 | 74 | 103 |
| 17 | 27. 2. 06 | Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehre . . | 10 | 74 | 104 |
| 18 | 28. 2. 06 | Holzlager-Zollordnung . . . . . . . . . . . . | 10 | 74-75 | 105 |

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 1. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 4. Januar 1906.



**Nr. 1 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1906 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 20. November 1905.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 2** Das 48. Stück enthält unter Nr. 3178: Gesetz, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche. Vom 20. Dezember 1905. Das 49. Stück enthält unter Nr. 3179: Bekanntmachung, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren (§. 13 Abs. 1 des Gesetzes über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 — Reichs-Gesetzbl. S. 113 —). Vom 20. Dezember 1905. Unter Nr. 3180: Bekanntmachung, betreffend Vorschriften über Auswandererschiffe. Vom 20. Dezember 1905. Das 50. Stück enthält unter Nr. 3181: Gesetz über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes, betreffend die militärische Strafrechtspflege im Kiautschougebiete, vom 25. Juni 1900. Vom 21. Dezember 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 3** Das 44. Stück enthält unter Nr. 10661: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hadamar, Nassau, Wallmerod, Weilburg und Wiesbaden. Vom 30. November 1905. Das 45. Stück enthält unter Nr. 10662: Bekanntmachung über die Auswechselung der Ratifikationsurkunden zu dem mit dem Herzogtume Braunschweig am 18. November 1899 abgeschlossenen Staatsvertrag über die Regulierung der Hoheitsgrenze zwischen der Königlich Preußischen Provinz Hannover und dem Herzogtume Braunschweig. Vom 23. Dezember 1905. Unter Nr. 10663: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Camberg, Id-

stein, Rennerod, Runkel, Walmerod und Usingen. Vom 20. Dezember 1905. Unter Nr. 10664: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Homburg v. d. H. Vom 20. Dezember 1905.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 4** Der Provinzialrat hat der Stadtgemeinde Düren die Einrichtung von Kleinviehmärkten auf dem dortigen städtischen Schlachthofe und zwar am Donnerstag jeder Woche vorläufig versuchsweise für das Jahr 1906 genehmigt.

Aachen, den 30. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 5** Der Arzt Dr. Stroux in Heimbach hat die Genehmigung erhalten, eine ärztliche Hausapotheke zu halten.

Aachen, den 20. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 6** Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, hat durch Erlaß vom 21. ds. Mts. die Regierungsbezirke Allenstein, Oppeln und Düsseldorf bis auf weiteres für Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter geschlossen.

Aachen, den 29. Dezember 1905.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 7** Behufs Erwerbung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste werden im März d. Js. Prüfungstermine abgehalten werden, deren Bekanntmachung demnächst erfolgen wird.

Zugelassen werden Angehörige des Deutschen Reichs, welche in der Zeit **vom 1. Januar 1886 bis 1. Februar 1889** geboren und nach den §§. 25 und 26 der Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 im Regierungsbezirke Aachen **gestellungspflichtig** sind. Die Zulassung von später Geborenen darf nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Ersatzbehörde dritter Instanz erfolgen, wenn es sich um einen kurzen Zeitraum handelt.

Die Meldungen sind **bis zum 1. Februar d. Js.** bei der unterzeichneten Kommission einzureichen und denselben **im Original** beizufügen:

1. ein Geburtszeugnis;
2. die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen Dienstes die Kosten des Unterhalts mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung von dem Bewerber getragen werden sollen; statt dieser Erklärung genügt diejenige des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichte und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürge.

   Die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters und des Dritten sowie die Fähigkeit des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten zur Bestreitung der Kosten nach seinen Vermögensverhältnissen ist obrigkeitlich zu bescheinigen. Übernimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, sofern er **nicht schon kraft Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet** ist, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.
3. ein Unbescholtenheitszeugnis, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

Ist die Erteilung eines Unbescholtenheitszeugnisses wegen erfolgter Bestrafung versagt und ist aus der Art des Vergehens und der dabei in Betracht kommenden Nebenumstände unter gleichzeitiger Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Betreffenden Anlaß zu einer milderen Beurteilung gegeben, auch die sonstige Führung des Bestraften eine gute gewesen, so kann er durch die Ersatzbehörde dritter Instanz von Beibringung des Unbescholtenheitszeugnisses befreit werden.

In dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen (der lateinischen, griechischen, französischen oder englischen Sprache) der sich Meldende geprüft sein will.

Auch hat der sich Meldende einen **selbstgeschriebenen Lebenslauf** beizufügen.

Von dem Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung dürfen durch die Ersatzbehörden dritter Instanz entbunden werden:

a) junge Leute, welche sich in einem Zweige der Wissenschaft oder Kunst oder in einer anderen dem Gemeinwesen zugute kommenden Tätigkeit besonders auszeichnen;
b) kunstverständige oder mechanische Arbeiter, welche in der Art ihrer Tätigkeit hervorragendes leisten;
c) zu Kunstleistungen angestellte Mitglieder landesherrlicher Bühnen.

**Personen, welche auf eine derartige Berücksichtigung Anspruch machen, haben ihrer Meldung die erforderlichen amtlich beglaubigten Zeugnisse beizufügen und gleichzeitig mit der Meldung auch die kunstverständigen oder mechanischen Arbeiten, durch welche der Beweis für ihre hervorragende Leistungsfähigkeit erbracht werden soll, an die zuständige Ersatz-Kommission einzureichen.**

**Dieselben sind nur einer Prüfung in den Elementarkenntnissen unterworfen, nach deren Ausfall die Ersatzbehörde dritter Instanz entscheidet, ob der Berechtigungsschein zu erteilen ist oder nicht.**

**Die in hiesiger Stadt wohnenden jungen Leute haben bei der Anmeldung genau Straße und Hausnummer ihrer Wohnung anzugeben.**

**Aachen, den 2. Januar 1906.**

**Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.**
**Der Vorsitzende.**
**Hahn.**

## Bekanntmachung.

**Nr. 8** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 7. Dezember 1905, §. 790 der Protokolle, beschlossen, daß der Brennsteuervergütungssatz vom 15. Dezember 1905 ab von 6 Mark auf 8 Mark für das Hektoliter Alkohol erhöht wird.

Cöln, den 27. Dezember 1905.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

**Nr. 9** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für mehrere zur Anlegung der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Hellenthal zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Montag, den 8. Januar d. Js., anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 2. Januar 1906.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

## Nr. 10 Bekanntmachung.

Nachdem die Bildung des Bergausschusses beim Königlichen Oberbergamt zu Bonn gemäß Artikel III §. 194a des Gesetzes vom 14. Juli 1905, betreffend die Abänderungen einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 (G.-S. S. 307 ff.) vollzogen worden ist, wird hiermit bekannt gemacht, daß sich die Abteilung Rheinprovinz zusammensetzt wie folgt:

A) Vorsitzender:

Berghauptmann Vogel zu Bonn, bei Behinderung dessen amtlicher Stellvertreter Geheimer Bergrat Loerbroks zu Bonn.

B) Ernannte Mitglieder:

a) Mitglieder:

1. Geheimer Bergrat Dr. Klose zu Bonn;
2. Geheimer Bergrat Loerbroks zu Bonn.

b) stellvertretende Mitglieder:

1. Oberbergrat Borchers zu Bonn;
2. Oberbergrat Lungstras zu Bonn.

C) Gewählte Mitglieder:

a) Mitglieder:

1. Oberlandesgerichtsrat Dr. Koll zu Cöln;
2. Bergrat Kreuser zu Mechernich;
3. Generaldirektor Dr. Paul Silverberg zu Cöln.

b) stellvertretende Mitglieder:

1. Oberlandesgerichtsrat Splinter zu Cöln;
2. Bergwerksdirektor Gustav Wegge zu Brühl;
3. Bergassessor a. D., Bergwerksbesitzer Raab zu Wetzlar;
4. der Glashütten- und Bergwerksbesitzer Louis Vopelius zu Sulzbach.

(Bemerkung: Der weiter als stellvertretendes Mitglied gewählte Geheime Finanzrat a. D. Leipoldt zu Aachen ist inzwischen gestorben).

Bonn, den 21. Dezember 1905.

Der Berghauptmann: Vogel.

## Nr. 11 Bekanntmachung.

Der nach dem §. 197 Absatz 3 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892, in der durch das Gesetz vom 14. Juli 1905 (G.-S. S. 307 ff.) gegebenen Fassung, für den Bezirk des Königlichen Oberbergamts zu Bonn gebildete Gesundheitsbeirat ist zusammengesetzt wie folgt:

A) Vorsitzender:

Berghauptmann Vogel zu Bonn.

B) Beisitzer:

1. der Direktor der Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier, Bergassessor a. D. Klemme zu Kohlscheid bei Aachen;
2. der Kommerzienrat Weyland zu Siegen;
3. der Knappschaftsälteste Karl Forster zu Neunkirchen, Kreis Ottweiler;
4. der Knappschaftsälteste Friedrich Holdinghausen zu Eiserfeld, Kreis Siegen.

Stellvertretende Beisitzer:

1. der Geheime Kommerzienrat Franz Haniel zu Düsseldorf;
2. der Vorsitzende der Bergwerksdirektion in Saarbrücken, Geheimer Bergrat Krümmer zu St. Johann;
3. der Knappschaftsälteste Franz Joseph Schunk in Duffesheide, Landkreis Aachen;
4. der Knappschaftsälteste Johann Hallmann zu Kohlscheid (Hoheneich), Landkreis Aachen.

Bonn, den 21. Dezember 1905.

Der Berghauptmann: Vogel.

**Nr. 12 Bekanntmachung.**

## Regulativ,
betreffend
**den Geschäftsgang und das Verfahren der Bergausschüsse.**

Auf Grund des §. 194a Absatz 5 und 7 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1905 (G.-S. S. 307) in Verbindung mit §. 56 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) ergeht zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens der Bergausschüsse die nachstehende Anweisung mit der Maßgabe, daß die für die Bergausschüsse gegebenen Vorschriften gleichmäßig auch auf die Abteilungen der Bergausschüsse Anwendung finden und daß die Anweisung sofort in Kraft tritt.

Geschäftskreis. Art des Verfahrens.

§. 1. Der Bergausschuß hat durch seine örtlich zuständigen Abteilungen über die auf Grund des §. 192a Absatz 2 des Allgemeinen Berggesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1905 erhobenen Klagen im Verwaltungsstreitverfahren Entscheidung zu treffen.

Sitzungen. Einberufung der Stellvertreter. Beurlaubung.

§. 2. Der Vorsitzende beraumt nach Bedürfnis die Sitzungen des Bergausschusses an und ladet die Mitglieder zu denselben ein. Nach Ermessen des Vorsitzenden können die Sitzungen auch außerhalb des Sitzes des Bergausschusses an einem geeigneten anderen Orte des Oberbergamtsbezirks stattfinden.

Von der Einladung eines Mitglieds zu den Sitzungen des Bergausschusses ist außer in den gesetzlichen Fällen regelmäßig auch dann abzusehen, wenn es sich um eine Klage handelt, die einen dem Allgemeinen Berggesetz unterworfenen Betrieb betrifft, an dessen Leitung oder Verwaltung das Mitglied unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

§. 3. Ein Mitglied, welches durch Krankheit oder durch sonstige nicht zu beseitigende Umstände verhindert ist, einer Sitzung beizuwohnen oder sich der Wahrnehmung der ihm sonst obliegenden Geschäfte zu unterziehen, hat dies sofort dem Vorsitzenden anzuzeigen.

Die Einberufung der Stellvertreter der gewählten Mitglieder durch den Vorsitzenden erfolgt, wenn der Provinzialausschuß (Landesausschuß) bei der Wahl eine Reihenfolge bestimmt hat, nach dieser Reihenfolge, andernfalls nach der durch Beschluß des Bergausschusses unter Zustimmung der Stellvertreter oder durch das Los zu bestimmenden Reihenfolge.

§. 4. Für die Beurlaubung der ernannten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder kommen die für ihr Hauptamt geltenden Vorschriften zur Anwendung.

Die gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder haben bei beabsichtigter längerer Entfernung von ihrem Wohnorte dem Vorsitzenden sofort Anzeige zu machen, welcher die erforderliche Stellvertretung unter Beachtung der im §. 3 gegebenen Vorschriften ordnet.

Befugnisse des Vorsitzenden.

§. 5. Der Vorsitzende (§. 194a Absatz 2 des Allgemeinen Berggesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1905) leitet und beaufsichtigt den gesamten Geschäftsgang und sorgt für die rechtzeitige Erledigung der Geschäfte.

Er öffnet die eingehenden Schriftstücke und vermerkt darauf den Tag des Eingangs. Für den Fall der Behinderung des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters im Vorsitze kann ein vereidigter Bureaubeamter des Oberbergamts mit der Öffnung der eingehenden Schriftstücke und mit der Beurkundung des Eingangs beauftragt werden.

Ist von einer Partei, der Vorschrift in §. 66 des Landesverwaltungsgesetzes zuwider, die Einreichung von Duplikaten verabsäumt, so kann deren Anfertigung auf Kosten der Partei von dem Vorsitzenden angeordnet werden.

§. 6. Der Vorsitzende verteilt die Geschäfte unter die Mitglieder des Kollegiums. In den zur kollegialischen Entscheidung gelangenden Sachen bestellt der Vorsitzende aus der Zahl der ernannten oder der gewählten Mitglieder einen Berichterstatter und nach Befinden einen Mitberichterstatter; auch kann er sich selbst zum Berichterstatter oder zum Mitberichterstatter bestellen.

Er zeichnet die Urschriften aller Verfügungen.

§. 7. Abgesehen von den Fällen, in welchen das Gesetz — §§. 60, 64, 95, 111 des Landesverwaltungsgesetzes — den Vorsitzenden, gegebenenfalls im Einvernehmen mit den ernannten Mitgliedern des Bergausschusses, ermächtigt oder anweist, namens der Behörde Verfügungen oder Bescheide zu erlassen, werden Verfügungen, welche, ohne der sachlichen Entscheidung vorzugreifen, zu

deren Vorbereitung dienen oder die Leitung des Verfahrens bezwecken, der Regel nach ohne Vortrag im Kollegium entweder von dem Vorsitzenden selbst oder unter seiner Mitzeichnung von demjenigen Mitglied erlassen, welchem der Vorsitzende die Bearbeitung der Sache überträgt. Ergibt sich zwischen diesem Mitglied und dem Vorsitzenden eine Meinungsverschiedenheit oder wird gegen das Verfügte Einspruch erhoben, so ist der Beschluß des Kollegiums hierüber herbeizuführen.

Dem Ermessen des Vorsitzenden bleibt es in allen Fällen überlassen, den vorgängigen Vortrag im Kollegium anzuordnen.

§. 8. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und Beratungen in den Sitzungen; bei der Abstimmung stellt er die Fragen und sammelt die Stimmen, vorbehaltlich der Entscheidung des Kollegiums, falls über die Fragestellung oder über das Ergebnis der Abstimmung eine Meinungsverschiedenheit entsteht. Bei der Abstimmung gibt der Berichterstatter seine Stimme zuerst ab.

### Beweisaufnahme.

§. 9. Zur Aufnahme des Beweises ist der Bergausschuß nach näherer Vorschrift der §§. 76 bis 79 des Landesverwaltungsgesetzes befugt.

### Mündliche Verhandlung.

§. 10. Die zur mündlichen Verhandlung gelangenden Sachen werden der Regel nach in der durch den Vorsitzenden bestimmten, durch Aushang vor dem Sitzungszimmer bekannt zu machenden Reihenfolge erledigt. In der Vorladung ist die zur mündlichen Verhandlung bestimmte Stunde anzugeben. Die mündliche Verhandlung ist durch einen Vortrag des Berichterstatters über das Sachverhältnis einzuleiten; bei dem Erscheinen sämtlicher Beteiligten kann der Vorsitzende diesen den Vortrag des Sachverhaltes überlassen. Ist in Gemäßheit des Absatz 2 des §. 74 des Landesverwaltungsgesetzes zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses für die mündliche Verhandlung von dem Berghauptmann ein besonderer Kommissar bestellt, so wird dieser mit seinen Ausführungen und Anträgen nach den Parteien gehört.

Der Vorsitzende hat dahin zu wirken, daß das Sachverhältnis vollständig aufgeklärt wird und die sachgemäßen Anträge von den Beteiligten gestellt werden.

§. 11. Durch Aufnahme in die Niederschrift über die mündliche Verhandlung sind insbesondere festzustellen:

a) neue tatsächliche Erklärungen und neue Anträge der Beteiligten oder die Tatsache, daß solche aus den Vorträgen der Beteiligten nicht zu entnehmen waren;
b) Anerkenntnisse, Verzichtleistungen und Vergleiche, durch welche der Klageantrag ganz oder teilweise erledigt wird;
c) die Aussagen der Zeugen und Sachverständigen, welche im Termine zur mündlichen Verhandlung vernommen werden;
d) die zum Zwecke der Aufklärung des Sachverhaltes oder der förmlichen Beweisaufnahme erfolgte Vorlegung von Akten und Karten und Verlesung von Schriftstücken;
e) das Ergebnis eines im Termin eingenommenen Augenscheins.

Die Niederschrift ist insoweit, als sie die unter a bis e bezeichneten Gegenstände betrifft, den Beteiligten vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In der Niederschrift ist zu bemerken, daß dies geschehen und die Genehmigung erfolgt ist oder welche Einwendungen erhoben sind.

Den Beteiligten ist auf Erfordern Abschrift der über die mündliche Verhandlung aufgenommenen Niederschrift zu erteilen.

§. 12. Der Vorsitzende handhabt gemäß §. 72 des Landesverwaltungsgesetzes die Ordnung in der mündlichen Verhandlung und führt erforderlichenfalls einen Beschluß des Kollegiums über den Ausschluß der Öffentlichkeit herbei.

§. 13. Der Vorsitzende verkündet die ergangene Entscheidung oder den ergangenen Beschluß. Wird die Verkündung der Gründe für angemessen erachtet, so erfolgt sie durch Vorlesung oder durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts.

Hat die Verkündung der Entscheidung oder des Beschlusses nicht sofort erfolgen können, so bedarf es dazu nicht der Anberaumung einer besonderen Sitzung, vielmehr genügt die Zustellung der mit Gründen versehenen Entscheidung oder des Beschlusses an die Beteiligten.

### Urschriften und Ausfertigungen.

§. 14. Alle Entscheidungen, Bescheide, Beschlüsse und Verfügungen, welche von der Behörde als Kollegium erlassen werden, sind in der Ausfertigung mit der Unterschrift:

„Der Bergausschuß zu N. N., Abteilung N. N.
(Hohenzollernsche Lande)"

zu versehen und von dem Vorsitzenden zu vollziehen. Bei Bescheiden und Verfügungen, welche von dem Vorsitzenden im Einvernehmen mit den ernannten Mitgliedern oder von dem Vorsitzenden allein erlassen werden und gegen welche das Gesetz ausdrücklich den Antrag auf mündliche Verhandlung oder auf Kollegialbeschluß zuläßt (§§. 60, 64 Absatz 3, 111 Absatz 3 des Landesverwaltungsgesetzes), lautet die Unterschrift:

„Namens des Bergausschusses, Abteilung N. N.
(Hohenzollernsche Lande).
Der Vorsitzende."

Die Urschriften der Bescheide, welche von dem Vorsitzenden im Einvernehmen mit den ernannten Mitgliedern erlassen werden, sind von diesen mit zu vollziehen. Die Urschriften der Entscheidungen, Bescheide und Beschlüsse, welche von dem Kollegium erlassen werden, sind von dem Vorsitzenden und wenigstens einem ernannten und einem gewählten Mitgliede, welche teilgenommen haben, zu vollziehen.

Die Ausfertigungen der ergangenen Endurteile sind mit der Überschrift:

„Im Namen des Königs"

und dem Siegel des Bergausschusses — entsprechend dem Siegel der Oberbergämter — mit der Umschrift:

„Der Bergausschuß zu N. N., Abteilung N. N. (Hohenzollernsche Lande)"

zu versehen. Sie müssen im Eingange den Sitzungstag, an welchem die Entscheidung getroffen ist, und die Mitglieder des Bergausschusses, welche an der Abstimmung teilgenommen haben, ersehen lassen.

§. 15. Die gemäß §. 64 Absatz 4, 67, 95, 111 Absatz 2 und 3 des Landesverwaltungsgesetzes zu erteilende Belehrung über die Rechtsmittel ist stets am Schlusse der betreffenden Bescheide und Verfügungen und zwar, falls darin der entscheidende Teil von der Begründung geschieden ist, am Schlusse der Gründe in einer tunlichst in die Augen fallenden äußeren Form zu erteilen.

Zustellungen.

§. 16. Alle namens des Bergausschusses zu bewirkenden Zustellungen erfolgen durch Beamte der Bergverwaltung oder durch die Post. Im übrigen finden auf diese Zustellungen die Vorschriften des Nachtrags zu dem Regulativ über den Geschäftsgang bei dem Oberverwaltungsgerichte vom 22. September 1881 (Min.-Bl. für die innere Verwaltung 1882 S. 42) mit der Maßgabe, daß die Zustellungsurkunde durch eine beglaubigte Empfangsbescheinigung der zur Annahme berechtigten Person ersetzt werden kann, sinngemäße Anwendung.

Einreichung der Akten an die höhere Instanz.

§. 17. Bei der Einreichung der vom Bergausschuß verhandelten Akten an das Oberverwaltungsgericht ist auf Vollständigkeit des einzusendenden Materiales an Vorakten und dergleichen Bedacht zu nehmen und außerdem folgendes zu beobachten:

1. Die Akten sind mit Blattzahlen sowie mit einem vorzuheftenden vollständigen Inhaltsverzeichnisse zu versehen und mit besonderem Begleitbericht einzureichen, in welchem auf die Aktenblätter der Entscheidung erster Instanz, der in zweiter Instanz gewechselten Erklärungen und der von den Beteiligten ausgestellten Vollmachten zu verweisen ist.
2. In diesem Berichte sind kurz ersichtlich zu machen:
   a) die Bezeichnung des Rechtsmittels (Beschwerde, Revision);
   b) Namen, Stand und Wohnort der Beteiligten und die Bezeichnung desjenigen, der das Rechtsmittel eingelegt hat;
   c) der Gegenstand des Verfahrens;
   d) der Wert des Streitgegenstands.

Kosten.

§. 18. Die Einziehung der Kosten und baren Auslagen des Verfahrens gemäß §. 108 des Landesverwaltungsgesetzes erfolgt nach Maßgabe der hierüber besonders ergehenden Bestimmungen.

Die Festsetzung der einer Partei zu erstattenden baren Auslagen gemäß §. 108 a. a. O. erfolgt auf Antrag der Partei, erforderlichenfalls nach Anhörung des Gegners.

Geschäftskontrollbücher. Geschäftsräume. Bureaubeamte usw.

§. 19. Die Einrichtung der erforderlichen Geschäftskontrollbücher bleibt bis auf weiteres dem Vorsitzenden des Bergausschusses überlassen.

Die erforderlichen Geschäftsräume sowie die erforderlichen Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamten hat das Oberbergamt dem Bergausschuß zur Verfügung zu stellen.

Geschäftsjahr. Geschäftsbericht.

§. 20. Das Geschäftsjahr der Bergausschüsse ist das Kalenderjahr. Am Jahresschlusse hat der Berghauptmann in Gemeinschaft mit den beiden ernannten Mitgliedern dem Minister für Handel und Gewerbe eine nach der Anlage aufzustellende Übersicht der vorgekommenen Geschäfte berichtlich einzureichen. In der Übersicht ist die Zahl der im Laufe des Jahres abgehaltenen Sitzungen, die Zahl der anhängig gemachten, erledigten und unerledigt gebliebenen Sachen, ferner die Zahl der abgehaltenen Termine überhaupt sowie derjenigen Termine, in denen mündliche Verhandlung stattgefunden, und derjenigen Termin, in denen der Berghauptmann den Vorsitz geführt hat, anzugeben. In den Bericht sind die gutachtlichen Bemerkungen aufzunehmen, zu denen die bei Handhabung der materiellen und formellen Bestimmungen der einschlagenden Gesetzgebung und der gegenwärtigen Anweisung gemachten Erfahrungen Anlaß geben.

Abschrift des Jahresberichts nebst Anlage ist dem Oberverwaltungsgericht einzureichen.

Berlin, den 8. Dezember 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Delbrück.

Vorstehendes Regulativ wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Bonn, den 21. Dezember 1905.

Der Berghauptmann: Vogel.

Anlage.

**Übersicht**

der

bei dem Bergausschusse für das Oberbergamt . . . . . . . . Abteilung . . . . . . . im Jahre . . . . vorgekommenen Geschäfte.

I. Zahl der Geschäftsnummern:
II. Zahl der Sitzungen:
III. Zahl der Termine mit mündlicher Verhandlung überhaupt:
Zahl der Termine mit mündlicher Verhandlung, in denen der Berghauptmann den Vorsitz geführt hat:
IV. Zahl der Streitsachen:
 A. Neu eingegangen sind:
 B. Aus dem Vorjahr unerledigt übernommen:
 C. Zusammen (A und B):
 D. Davon sind erledigt:
  1. durch Endurteil:
  2. durch Vorbescheid (LVG. §. 64):
  3. durch Bescheid (LVG. §. 67):
  4. auf andere Weise (durch Anerkenntnis, Zurücknahme usw.):
  5. zusammen 1 bis 4:
 E. und zwar (D 5)
  1. durch den Berghauptmann:
  2. durch dessen Stellvertreter:
  3. durch das ernannte rechtskundige Mitglied:
  4. durch das ernannte technische Mitglied:
  5. durch die Stellvertreter von 3 und 4:
  6. durch die gewählten Mitglieder und deren Stellvertreter:
 F. Unerledigt sind geblieben:
 G. Die neu eingegangenen Streitsachen (IV A) betrafen
  1. Anordnungen zur Durchführung der Festsetzungen des Oberbergamts (§. 197 Abs. 1 Satz 3 des Allgemeinen Berggesetzes):
  2. Anträge auf Entbindung von der Beobachtung der oberbergamtlichen Vorschriften (§. 197 Abs. 1 Satz 4 des Allgemeinen Berggesetzes):
V. Zahl der Beschwerdesachen, betreffend die Leitung des Verfahrens, die Kosten und die Vollstreckung:
 A. Neu eingegangen:
 B. Aus dem Vorjahr unerledigt übernommen:
 C. Zusammen (A und B):
 D. Davon (C) sind erledigt:
 E. Unerledigt geblieben:

**Nr. 13 Bekanntmachung.**

Auf Grund des Art. III §. 194a des Gesetzes vom 14. Juli 1905, betreffend die Abänderungen einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 (G.-S. S. 307), und des §. 106 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) haben wir für die Berechnung des Kostenpauschquantums in dem vor den Bergausschüssen und dem Oberverwaltungsgerichte stattfindenden Verwaltungsstreitverfahren den anliegenden Tarif aufgestellt, der sofort in Kraft tritt. Sie wollen denselben durch die Amtsblätter der beteiligten Regierungsbezirke zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Wir bemerken dabei noch folgendes:

1. Als „unschätzbare" Gegenstände gemäß Nr. VIII des Tarifs sind nur solche Streitgegenstände anzusehen, welche überhaupt keinen vermögensrechtlichen Inhalt haben oder deren Geldwert dermaßen unbestimmt ist, daß er sich auch nicht durch sachverständiges Ermessen abschätzen läßt.

2. Für die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen gelten im Verwaltungsstreitverfahren nach §. 106 des Landesverwaltungsgesetzes die Vorschriften der Zivilprozeßordnung vom $\frac{\text{30. Januar 1877}}{\text{20. Mai 1898}}$ und der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom $\frac{\text{30. Juni 1878}}{\text{20. Mai 1898}}$.

3. Die von den Bergausschüssen festgesetzten Kosten und baren Auslagen sind nicht unmittelbar nach beendigter Instanz, sondern erst nach eingetretener Rechtskraft der Entscheidung einzuziehen.

4. Von der Einziehung der bei dem Oberverwaltungsgericht und den Bergausschüssen im Verwaltungsstreitverfahren entstehenden baren Auslagen (Porto, Vollmachtsstempel, Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren) ist in den Fällen abzusehen, in denen sie der Staatskasse zur Last fallen.

5. Zum Zwecke der Einziehung der Kosten und baren Auslagen des Verfahrens ist die unterliegende Partei zur Zahlung an die Kasse des zuständigen Königlichen Oberbergamts mit dem Hinzufügen aufzufordern, daß die Zahlung

entweder unmittelbar bei dieser Kasse

oder

durch portofreie Einsendung des Betrages an diese Kasse

oder

durch Gutschrift auf das Girokonto der Oberbergamtskasse bei der Reichsbank erfolgen kann.

Berlin W. 66, den 8. Dezember 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Delbrück.

Der Finanzminister.
Im Auftrage: Germar.

An die Herren Berghauptleute.

Vorstehender Erlaß wird nebst dem zugehörigen Tarif hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Bonn, den 21. Dezember 1905.

Der Berghauptmann: Vogel.

Anlage.

## Tarif
für
die Berechnung des Kostenpauschquantums in dem vor den Bergausschüssen und dem Oberverwaltungsgericht stattfindenden Verwaltungsstreitverfahren.

Auf Grund des Art. III §. 194a des Gesetzes vom 14. Juli 1905, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 (G.-S. S. 307), und des §. 106 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird hierdurch folgendes bestimmt:

Das nach §§. 106, 107 des Landesverwaltungsgesetzes zur Hebung gelangende Pauschquantum wird nach dem Werte des Streitgegenstands berechnet und beträgt (vorbehaltlich der Bestimmungen unter II, III und IV) für je

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 20 | Mark | des | Werts | bis | 100 | Mark, |
| 40 | " | " | Mehrwerts | " | 300 | " |
| 60 | " | " | " | " | 600 | " |
| 80 | " | " | " | " | 1000 | " |
| 100 | " | " | " | " | 1500 | " |
| 200 | " | " | " | " | 2500 | " |
| 400 | " | " | " | " | 4500 | " |
| 700 | " | " | " | über | 4500 | " |

a) bei dem Oberverwaltungsgerichte zwei Mark,

b) bei den Bergausschüssen eine Mark,

mit der Beschränkung des Höchstbetrages im Fall a auf 100 Mark, im Falle b auf 40 Mark.

Die nur angefangenen Mehrwertbeträge von 20, 40, 60, 80, 100, 200, 400, 700 Mark werden für voll gerechnet.

II. Die Sätze zu I werden auf die Hälfte ermäßigt, wenn die Entscheidung auf Anerkenntnis erfolgt oder die Sache durch Vergleich oder durch Zurücknahme der Klage, des Antrages auf mündliche Verhandlung oder des Rechtsmittels ihre Erledigung findet. Gelangt das Verfahren ohne mündliche Verhandlung zur Erledigung, so fällt die Erhebung eines Pauschquantums weg.

III. Sind die Voraussetzungen zu II nur bei einem Teile des Streitgegenstands vorhanden, so werden für diesen und den übrigen Teil des Gegenstands die Sätze gesondert berechnet, jedoch zusammen nicht mehr, als der für den ganzen Streitgegenstand zu berechnende Satz zu I.

IV. Wenn eine Beweisaufnahme angeordnet ist und stattgefunden hat, so wird nach dem Werte des Gegenstands derselben die Hälfte des nach I bis III zu berechnenden Satzes zusätzlich erhoben.

V. Die Höhe der Pauschsätze in Gemäßheit der Vorschriften unter I bis IV ergibt sich aus den anliegenden Tabellen A und B.

VI. Der Wert des Streitgegenstands wird in dem Endurteile (§. 103 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetzes) — wenn ein solches nicht ergeht, in dem Festsetzungsbeschlusse (§. 108 ebenda) oder erforderlichenfalls durch besonderen Beschluß — von dem Gerichte, welches in der Sache selbst zu entscheiden hat, nach Maßgabe der Vorschriften unter VII und VIII festgesetzt. In zweifelhaften Fällen und bei Gegenständen, die keiner Schätzung nach Gelde fähig sind, kann zum Zwecke der Festsetzung die Erklärung der Parteien erfordert, nötigenfalls auch eine Beweisaufnahme herbeigeführt werden.

VII. Der Wert des Streitgegenstands bestimmt sich durch den Kapitalwert desselben und die rückständigen Nutzungen, soweit der ursprüngliche oder veränderte Antrag darauf gerichtet ist oder die Nutzungen von Amts wegen zuerkannt werden.

Der Zeitpunkt, bis zu welchem die rückständigen Nutzungen zu berechnen sind, wird durch den Tag der Einreichung der Klage, wenn aber eine Vervollständigung derselben verfügt worden, durch den Tag der Einreichung bestimmt.

Dagegen bleiben von der Berechnung ausgeschlossen:

a) die Nutzungen, welche erst während des Streitverfahrens entstanden sind,

b) die während des Streitverfahrens entstandenen Schäden und Kosten und im Werte des streitigen Gegenstandes eingetretenen Veränderungen.

Bei Einlegung eines Rechtsmittels bleibt von der Berechnung ausgeschlossen, was in diesem Zeitpunkt unter den Parteien nicht mehr streitig ist.

Der Wert des Rechtes auf wiederkehrende Nutzungen oder Leistungen wird nach dem Werte des einjährigen Bezugs berechnet, und zwar auf den 12½ fachen Betrag, wenn der künftige Wegfall des Bezugsrechts gewiß, die Zeit des Wegfalles aber ungewiß ist, auf den 25 fachen Betrag bei unbeschränkter oder längerer als 25 jähriger Dauer.

VIII. Ist der Streitgegenstand keiner Schätzung nach Geld fähig, so wird der Wert desselben zur Berechnung des Pauschquantums, je nach der größeren oder geringeren Wichtigkeit der Sache für die streitenden Parteien, auf 50 bis 50 000 Mark angenommen.

Ist mit einem unschätzbaren Anspruch ein daraus hergeleiteter, einer Schätzung nach Gelde fähiger Anspruch verbunden, so ist nur ein Anspruch, und zwar der höhere maßgebend.

IX. In Endurteilen, auf Grund welcher eine nochmalige Entscheidung in der Vorinstanz zu ergehen hat, kann die Festsetzung des Werts des Streitgegenstandes mit der Entscheidung über den Kostenpunkt der weiteren Entscheidung vorbehalten werden.

Die Kosten einer Vorentscheidung sind, wenn in derselben Instanz, infolge der Zurückweisung der Sache in eine Vorinstanz, eine nochmalige Verhandlung stattfindet, auf den Kostenbetrag der anderweitigen Verhandlung und Entscheidung anzurechnen. Nach dieser Vorschrift ist auch im Falle des §. 100 des Landesverwaltungsgesetzes zu verfahren.

Berlin, den 8. Dezember 1905.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Delbrück.

Der Finanzminister.
Im Auftrage: Germar.

## Tabelle A für die Kosten bei dem Oberverwaltungsgericht.

| Wert des Streitgegenstands | Das Pauschquantum (§ 106 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883), falls ein solches überhaupt zur Hebung kommt (§ 107 a. a. O.), beträgt: | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | wenn die Entscheidung auf Anerkenntnis erfolgt oder die Sache durch Vergleich oder durch Zurücknahme der Klage oder des Antrages auf mündliche Verhandlung oder des Rechtsmittels ihre Erledigung findet, und zwar | | | | wenn die Entscheidung nicht auf Anerkenntnis erfolgt, und zwar | | | |
| | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | |
| | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. |
| 1 | 2 | | 3 | | 4 | | 5 | |
| bis zu 20 Mark einschließlich | 1 | — | 1 | 50 | 2 | — | 3 | — |
| von mehr als 20 Mark bis zu 40 " " | 2 | — | 3 | — | 4 | — | 6 | — |
| " " " 40 " " " 60 " " | 3 | — | 4 | 50 | 6 | — | 9 | — |
| " " " 60 " " " 80 " " | 4 | — | 6 | — | 8 | — | 12 | — |
| " " " 80 " " " 100 " " | 5 | — | 7 | 50 | 10 | — | 15 | — |
| " " " 100 " " " 140 " " | 6 | — | 9 | — | 12 | — | 18 | — |
| " " " 140 " " " 180 " " | 7 | — | 10 | 50 | 14 | — | 21 | — |
| " " " 180 " " " 220 " " | 8 | — | 12 | — | 16 | — | 24 | — |
| " " " 220 " " " 260 " " | 9 | — | 13 | 50 | 18 | — | 27 | — |
| " " " 260 " " " 300 " " | 10 | — | 15 | — | 20 | — | 30 | — |
| " " " 300 " " " 360 " " | 11 | — | 16 | 50 | 22 | — | 33 | — |
| " " " 360 " " " 420 " " | 12 | — | 18 | — | 24 | — | 36 | — |
| " " " 420 " " " 480 " " | 13 | — | 19 | 50 | 26 | — | 39 | — |
| " " " 480 " " " 540 " " | 14 | — | 21 | — | 28 | — | 42 | — |
| " " " 540 " " " 600 " " | 15 | — | 22 | 50 | 30 | — | 45 | — |
| " " " 600 " " " 680 " " | 16 | — | 24 | — | 32 | — | 48 | — |
| " " " 680 " " " 760 " " | 17 | — | 25 | 50 | 34 | — | 51 | — |
| " " " 760 " " " 840 " " | 18 | — | 27 | — | 36 | — | 54 | — |
| " " " 840 " " " 920 " " | 19 | — | 28 | 50 | 38 | — | 57 | — |
| " " " 920 " " " 1 000 " " | 20 | — | 30 | — | 40 | — | 60 | — |
| " " " 1 000 " " " 1 100 " " | 21 | — | 31 | 50 | 42 | — | 63 | — |
| " " " 1 100 " " " 1 200 " " | 22 | — | 33 | — | 44 | — | 66 | — |
| " " " 1 200 " " " 1 300 " " | 23 | — | 34 | 50 | 46 | — | 69 | — |
| " " " 1 300 " " " 1 400 " " | 24 | — | 36 | — | 48 | — | 72 | — |

| Wert des Streitgegenstands | Das Pauschquantum (§ 106 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883), falls ein solches überhaupt zur Hebung kommt (§ 107 a. a. O.), beträgt: | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | wenn die Entscheidung auf Anerkenntnis erfolgt oder die Sache durch Vergleich oder durch Zurücknahme der Klage oder des Antrages auf mündliche Verhandlung oder des Rechtsmittels ihre Erledigung findet, und zwar | | | | wenn die Entscheidung nicht auf Anerkenntnis erfolgt, und zwar | | | |
| | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | |
| | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. |
| 1 | 2 | | 3 | | 4 | | 5 | |
| von mehr als 1 400 Mark bis zu 1 500 Mark einschließlich | 25 | — | 37 | 50 | 50 | — | 75 | — |
| " " " 1 500 " " " 1 700 " " | 26 | — | 39 | — | 52 | — | 78 | — |
| " " " 1 700 " " " 1 900 " " | 27 | — | 40 | 50 | 54 | — | 81 | — |
| " " " 1 900 " " " 2 100 " " | 28 | — | 42 | — | 56 | — | 84 | — |
| " " " 2 100 " " " 2 300 " " | 29 | — | 43 | 50 | 58 | — | 87 | — |
| " " " 2 300 " " " 2 500 " " | 30 | — | 45 | — | 60 | — | 90 | — |
| " " " 2 500 " " " 2 900 " " | 31 | — | 46 | 50 | 62 | — | 93 | — |
| " " " 2 900 " " " 3 300 " " | 32 | — | 48 | — | 64 | — | 96 | — |
| " " " 3 300 " " " 3 700 " " | 33 | — | 49 | 50 | 66 | — | 99 | — |
| " " " 3 700 " " " 4 100 " " | 34 | — | 51 | — | 68 | — | 102 | — |
| " " " 4 100 " " " 4 500 " " | 35 | — | 52 | 50 | 70 | — | 105 | — |
| " " " 4 500 " " " 5 200 " " | 36 | — | 54 | — | 72 | — | 108 | — |
| " " " 5 200 " " " 5 900 " " | 37 | — | 55 | 50 | 74 | — | 111 | — |
| " " " 5 900 " " " 6 600 " " | 38 | — | 57 | — | 76 | — | 114 | — |
| " " " 6 600 " " " 7 300 " " | 39 | — | 58 | 50 | 78 | — | 117 | — |
| " " " 7 300 " " " 8 000 " " | 40 | — | 60 | — | 80 | — | 120 | — |
| " " " 8 000 " " " 8 700 " " | 41 | — | 61 | 50 | 82 | — | 123 | — |
| " " " 8 700 " " " 9 400 " " | 42 | — | 63 | — | 84 | — | 126 | — |
| " " " 9 400 " " " 10 100 " " | 43 | — | 64 | 50 | 86 | — | 129 | — |
| " " " 10 100 " " " 10 800 " " | 44 | — | 66 | — | 88 | — | 132 | — |
| " " " 10 800 " " " 11 500 " " | 45 | — | 67 | 50 | 90 | — | 135 | — |
| " " " 11 500 " " " 12 200 " " | 46 | — | 69 | — | 92 | — | 138 | — |
| " " " 12 200 " " " 12 900 " " | 47 | — | 70 | 50 | 94 | — | 141 | — |
| " " " 12 900 " " " 13 600 " " | 48 | — | 72 | — | 96 | — | 144 | — |
| " " " 13 600 " " " 14 300 " " | 49 | — | 73 | 50 | 98 | — | 147 | — |
| " " " 14 300 " . . . . . . . . . . . | 50 | — | 75 | — | 100 | — | 150 | — |

## Tabelle B für die Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens bei den Bergausschüssen.

| Wert des Streitgegenstands | Das Pauschquantum (§ 106 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883), falls ein solches überhaupt zur Hebung kommt (§ 107 a. a. O.), beträgt: | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | wenn die Entscheidung auf Anerkenntnis erfolgt oder die Sache durch Vergleich oder durch Zurücknahme der Klage oder des Antrages auf mündliche Verhandlung oder des Rechtsmittels ihre Erledigung findet, und zwar | | | | wenn die Entscheidung nicht auf Anerkenntnis erfolgt, und zwar | | | |
| | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | | ohne Beweisaufnahme | | nach erfolgter Beweisaufnahme | |
| | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. |
| 1 | 2 | | 3 | | 4 | | 5 | |
| bis zu 20 Mark einschließlich | | 50 | | 75 | 1 | — | 1 | 50 |
| von mehr als 20 Mark bis zu 40 „ „ | 1 | — | 1 | 50 | 2 | — | 3 | — |
| „ „ „ 40 „ „ „ 60 „ „ | 1 | 50 | 2 | 25 | 3 | — | 4 | 50 |
| „ „ „ 60 „ „ „ 80 „ „ | 2 | — | 3 | — | 4 | — | 6 | — |
| „ „ „ 80 „ „ „ 100 „ „ | 2 | 50 | 3 | 75 | 5 | — | 7 | 50 |
| „ „ „ 100 „ „ „ 140 „ „ | 3 | — | 4 | 50 | 6 | — | 9 | — |
| „ „ „ 140 „ „ „ 180 „ „ | 3 | 50 | 5 | 25 | 7 | — | 10 | 50 |
| „ „ „ 180 „ „ „ 220 „ „ | 4 | — | 6 | — | 8 | — | 12 | — |
| „ „ „ 220 „ „ „ 260 „ „ | 4 | 50 | 6 | 75 | 9 | — | 13 | 50 |
| „ „ „ 260 „ „ „ 300 „ „ | 5 | — | 7 | 50 | 10 | — | 15 | — |
| „ „ „ 300 „ „ „ 360 „ „ | 5 | 50 | 8 | 25 | 11 | — | 16 | 50 |
| „ „ „ 360 „ „ „ 420 „ „ | 6 | — | 9 | — | 12 | — | 18 | — |
| „ „ „ 420 „ „ „ 480 „ „ | 6 | 50 | 9 | 75 | 13 | — | 19 | 50 |
| „ „ „ 480 „ „ „ 540 „ „ | 7 | — | 10 | 50 | 14 | — | 21 | — |
| „ „ „ 540 „ „ „ 600 „ „ | 7 | 50 | 11 | 25 | 15 | — | 22 | 50 |
| „ „ „ 600 „ „ „ 680 „ „ | 8 | — | 12 | — | 16 | — | 24 | — |
| „ „ „ 680 „ „ „ 760 „ „ | 8 | 50 | 12 | 75 | 17 | — | 25 | 50 |
| „ „ „ 760 „ „ „ 840 „ „ | 9 | — | 13 | 50 | 18 | — | 27 | — |
| „ „ „ 840 „ „ „ 920 „ „ | 9 | 50 | 14 | 25 | 19 | — | 28 | 50 |
| „ „ „ 920 „ „ „ 1 000 „ „ | 10 | — | 15 | — | 20 | — | 30 | — |
| „ „ „ 1 000 „ „ „ 1 100 „ „ | 10 | 50 | 15 | 75 | 21 | — | 31 | 50 |
| „ „ „ 1 100 „ „ „ 1 200 „ „ | 11 | — | 16 | 50 | 22 | — | 33 | — |
| „ „ „ 1 200 „ „ „ 1 300 „ „ | 11 | 50 | 17 | 25 | 23 | — | 34 | 50 |
| „ „ „ 1 300 „ „ „ 1 400 „ „ | 12 | — | 18 | — | 24 | — | 36 | — |
| „ „ „ 1 400 „ „ „ 1 500 „ „ | 12 | 50 | 18 | 75 | 25 | — | 37 | 50 |
| „ „ „ 1 500 „ „ „ 1 700 „ „ | 13 | — | 19 | 50 | 26 | — | 39 | — |
| „ „ „ 1 700 „ „ „ 1 900 „ „ | 13 | 50 | 20 | 25 | 27 | — | 40 | 50 |
| „ „ „ 1 900 „ „ „ 2 100 „ „ | 14 | — | 21 | — | 28 | — | 42 | — |
| „ „ „ 2 100 „ „ „ 2 300 „ „ | 14 | 50 | 21 | 75 | 29 | — | 43 | 50 |
| „ „ „ 2 300 „ „ „ 2 500 „ „ | 15 | — | 22 | 50 | 30 | — | 45 | — |
| „ „ „ 2 500 „ „ „ 2 900 „ „ | 15 | 50 | 23 | 25 | 31 | — | 46 | 50 |
| „ „ „ 2 900 „ „ „ 3 300 „ „ | 16 | — | 24 | — | 32 | — | 48 | — |
| „ „ „ 3 300 „ „ „ 3 700 „ „ | 16 | 50 | 24 | 75 | 33 | — | 49 | 50 |
| „ „ „ 3 700 „ „ „ 4 100 „ „ | 17 | — | 25 | 50 | 34 | — | 51 | — |
| „ „ „ 4 100 „ „ „ 4 500 „ „ | 17 | 50 | 26 | 25 | 35 | — | 52 | 50 |
| „ „ „ 4 500 „ „ „ 5 200 „ „ | 18 | — | 27 | — | 36 | — | 54 | — |
| „ „ „ 5 200 „ „ „ 5 900 „ „ | 18 | 50 | 27 | 75 | 37 | — | 55 | 50 |
| „ „ „ 5 900 „ „ „ 6 600 „ „ | 19 | — | 28 | 50 | 38 | — | 57 | — |
| „ „ „ 6 600 „ „ „ 7 300 „ „ | 19 | 50 | 29 | 25 | 39 | — | 58 | 50 |
| „ „ „ 7 300 „ „ „ | 20 | — | 30 | — | 40 | — | 60 | — |

**Nr. 14 Personal-Nachrichten.**

Der Provinzialausschuß hat den Fabrikanten Rudolf Schöller zu Düren zum stellvertretenden Mitgliede des Bezirksausschusses hierselbst für die Zeit bis zum 1. Juli 1909 gewählt.

Der Genannte hat die Wahl angenommen.

Der Herr Oberpräsident hat den Gemeindesekeratär Anton Hoff in Rölsdorf widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Birgel im Kreise Düren umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Ackerers Friedrich Biergans in Rölsdorf zum Stellvertretender des Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Der Oberförster Classen zu Gemünd ist vom 1. März 1906 ab auf die Oberförsterstelle Magdeburgerforth im Regierungsbezirk Magdeburg versetzt werden.

Der Ober-Postpraktikant Maaß von Berlin nach Aachen versetzt und zum Postinspektor ernannt. Der Postpraktikant Wilken in Montjoie zum Ober-Postpraktikanten ernannt. Als Postassistenten angestellt sind: die Postassistenteu Braun in Aachen, Huth in Erkelenz, Mayer in Düren und der Postanwärter Leben in Aachen. Als Telegraphenassistent angestellt ist der Postassistent Köppen in Aachen. Der Postsekretär Esser in Aachen tritt in den Ruhestand.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 1.

Druck von J. Sterck en in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 2. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 11. Januar 1906.




**Nr. 15** **Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1906 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 20. November 1905.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 16** Die Turn- und Schwimmlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1906 in Berlin abzuhalten ist, wird Ende Mai 1906 an einem noch festzusetzenden Tage beginnen.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April 1906, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1906 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1906 einzureichen. Ist der Aufenthaltsort der Bewerberin zur Zeit ihrer Meldung nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 entsprechen und mit den im §. 4 derselben vorgeschriebenen Schriftstücken ordnungsmäßig versehen sind.

In dem Gesuche ist anzugeben, ob die Bewerberin sich zum ersten Male zur Prüfung meldet, oder ob und wann sie sich bereits der Turnlehrerinnen-Prüfung unterzogen hat.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Aus den ärztlichen Zeugnissen muß hervorgehen, daß die betreffende Bewerberin körperlich zur Turnlehrerin geeignet ist.

Das Zeugnis über die Turnfertigkeit ist von der Ausstellerin eigenhändig zu unterschrieben.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 18. Dezember 1905.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 17** Pakete nach Orten des General-Gouvernements Warschau (Russisch-Polen) werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen. Die Annahme von Postsendungen nach Rußland unterliegt nunmehr keinen Beschränkungen mehr.

Berlin W 66, den 3. Januar 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 18** Bei der gemäß der Allerhöchsten Verordnung, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, vom 25. Mai 1887 (G.-S. S. 169) im Monat November d. Js. erfolgten Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ärztekammer für die Rheinprovinz und die Hohenzollern'schen Lande sind die nachstehend aufgeführten Ärzte gewählt worden.

### A) Regierungsbezirk Aachen.

Als Mitglieder:

1. Dr. Baum, Geheimer Medizinalrat, Königlicher Kreisarzt in Aachen,
2. Dr. van Erckelens in Aachen,
3. Dr. Houbé, Sanitätsrat in Aachen,
4. Dr. Johnen, Geheimer Sanitätsrat in Düren,
5. Dr. Krabbel, Sanitätsrat in Aachen.

Als Stellvertreter:

1. Dr. Bartz in Eschweiler,
2. Dr. Hasenclever in Forst,
3. Dr. Didolff, Sanitätsrat in Düren,
4. Dr. Hommelsheim, Sanitätsrat in Aachen,
5. Dr. J. H. Thelen in Aachen.

### B) Regierungsbezirk Coblenz.

Als Mitglieder:

1. Dr. Engelmann, Geheimer Sanitätsrat in Kreuznach,
2. Dr. Heigl in Coblenz,
3. Dr. Palm, Sanitätsrat in Andernach,
4. Dr. Rauschenbusch, Sanitätsrat in Kirchen,
5. Dr. Trapet, Geheimer Sanitätsrat in Coblenz,
6. Dr. Unschuld, Sanitätsrat in Neuenahr.

Als Stellvertreter:

1. Dr. Brusis, Sanitätsrat in Cochem,
2. Dr. Eichholz in Kreuznach,
3. Dr. Stahl, Sanitätsrat in Dierdorf,
4. Dr. Halbey, Sanitätsrat in Wetzlar,
5. Dr. Döllner in Vallendar,
6. Dr. Boßschulte in Linz a. Rhein.

### C) Regierungsbezirk Cöln.

Als Mitglieder:

1. Dr. Brockhaus, Sanitätsrat in Godesberg,
2. Dr. Fritz Cahen I in Cöln,
3. Dr. Hoppe, Professor in Cöln,
4. Dr. Huetzer in Cöln,
5. Dr. Lent, Geheimer Sanitätsrat, Professor in Cöln,
6. Dr. Oebecke, Geheimer Sanitätsrat in Bonn,
7. Dr. Pelzer, Sanitätsrat in Mülheim a. Rh.,
8. Dr. Peusquens, Sanitätsrat in Königswinter,
9. Dr. Proebsting in Cöln,
10. Dr. Ruegenberg, Sanitätsrat in Bonn,
11. Dr. M. Schulte in Cöln,
12. Dr. Schultze, Geheimer Medizinalrat, Professor in Bonn,
13. Dr. Schwann in Cöln,
14. Dr. Weber, Sanitätsrat in Euskirchen.

Als Stellvertreter:

1. Dr. Heerlein in Bonn,
2. Dr. Baumeister in Bedburg,
3. Dr. Ungar, Geheimer Medizinalrat, Professor in Bonn,
4. Dr. Olbertz, Sanitätsrat in Bonn,
5. Dr. Remmetz, Sanitätsrat in Honnef,
6. Dr. Blanke in Mehlem,
7. Dr. Haag in Bensberg,
8. Dr. Strohe I in Cöln,
9. Dr. Starck in Cöln,
10. Dr. Ebner in Cöln,
11. Dr. Gerhartz in Cöln,
12. Dr. Boese, Sanitätsrat in Cöln,
13. Dr. Gallus in Bonn,
14. Dr. Stutzer in Cöln.

### D) Regierungsbezirk Düsseldorf.

Als Mitglieder:

1. Dr. Arnoldi, Sanitätsrat in Remscheid,
2. Dr. Besselmann in M.-Gladbach,
3. Dr. Blumenfeld in Essen a. d. Ruhr,

Als Stellvertreter:

1. Dr. Hoogen, Sanitätsrat in Dülken,
2. Dr. Rheins, Sanitätsrat in Neuß,
3. Dr. Spelten in Werden,

4. Dr. Claus in Rees,
5. Dr. Coßmann in Duisburg,
6. Dr. Heinz in Mülheim (Ruhr) — Broich,
7. Dr. Hölling, Sanitätsrat in Düsseldorf,
8. Dr. Hölzschneider, Sanitätsrat in Cronenberg,
9. Dr. Keimer, Sanitätsrat in Düsseldorf,
10. Dr. Koemstedt in Lobberich,
11. Dr. Lenzmann in Duisburg,
12. Dr. Loewenstein in Elberfeld,
13. Dr. Moriau in Essen a. d. Ruhr,
14. Dr. Pfalz in Düsseldorf,
15. Dr. Pfeiffer in Düsseldorf,
16. Dr. Ruehle, Anstaltsdirektor, in Elberfeld,
17. Dr. Rumpe in Crefeld,
18. Dr. Schroers in Crefeld,
19. Dr. Stratmann, Geheimer Sanitätsrat in Wald,
20. Dr. Thielmann in Geldern,
21. Dr. Voswinckel in Barmen,
22. Dr. Winkelmann in Barmen,
23. Dr. Wolf,, Sanitätsrat in Rheydt.

4. Dr. Seidler in Essen,
5. Dr. Müller in Duisburg,
6. Dr. Fleischhauer in M.-Gladbach,
7. Dr. Mirbach in Viersen,
8. Dr. Reinhold in Crefeld,
9. Dr. Schuster in Duisburg,
10. Dr. Volkmann, Sanitätsrat in Düsseldorf,
11. Dr. Schultze-Berge in Oberhausen,
12. Dr. Schirp in Vohwinkel,
13. Dr. Roepke in Solingen,
14. Dr. Ellenbeck in Hilden,
15. Dr. Maurer in Dahlhausen,
16. Dr. Renoldi in Essen a. d. Ruhr,
17. Dr. Schulte-Tigges in Homberg,
18. Dr. Oehmen in Kevelaer,
19. Dr. van Roßum, Sanitätsrat in Cleve,
20. Dr. Stood in Barmen,
21. Dr. Berns in Mülheim (Ruhr),
22. Dr. Bewerunge in Düsseldorf,
23. Dr. Leber in Anrath.

## E) Regierungsbezirk Trier.

Als Mitglieder:

1. Dr. Lennert in Conz,
2. Dr. Maurer, Sanitätsrat in Malstatt-Burbach,
3. Dr. Rheinstadler, Sanitätsrat in Dillingen,
4. Dr. Schoenemann, Sanitätsrat in St. Johann,
5. Dr. Staub, Geheimer Sanitätsrat in Trier.

Als Stellvertreter:

1. Dr. Bauaschewski in Welschbillig,
2. Dr. Broekes, Sanitätsrat in Zeltingen,
3. Dr. Kramer, Sanitätsrat in St. Johann,
4. Dr. Brauneck in Sulzbach,
5. Dr. Mattisen, Sanitätsrat in Merzig.

## F) Regierungsbezirk Sigmaringen.

Als Mitglieder:

1. Dr. Schwaß, Regierungs- und Medizinalrat in Sigmaringen.

Als Stellvertreter:

1. Dr. Stauß, Oberamtsarzt in Hechingen.

Auf Grund der Bestimmung im §. 7 a. a. O. bringe ich das Wahlergebnis hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Coblenz, den 23. Dezember 1905.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Freiherr von Schorlemer.

**Nr. 19** Mit der Abhaltung der dem Vorstande des Rheinischen Vereins für katholische Arbeiter-Kolonien zu Düsseldorf seitens des Herrn Oberpräsidenten bewilligten Hauskollekte (Amtsblatt 1904, Seite 32) sind für das Jahr 1906 folgende Personen beauftragt worden:

Hermann Behnen aus Buschhausen; Franz Reiß aus Endenich; Theodor Esser aus Efsgen; Hermann Schemann aus Mülheim-Ruhr; Franz Odenthal aus Engeldorf; Robert Kürten aus Bechen; Adolf Fröhling aus Orken; Johann Pitzen aus Rupperath; Johann Eicks aus Scheuerheck; Hermann Vollekier aus Amern St. Anton; Gerhard Proest aus Calcar; Peter Graf, Arnold Johnen, und Martin Böll aus Lammersdorf; Lambert Lichtschlag aus Düsseldorf; Johann Berchter aus Kaiserswerth; Wilhelm Bihn aus Trimpelshütte; Leo Plum aus Rheydt; Franz Rosenbaum aus Frauenberg; Hermann Theyßen aus Rath; Friedrich Poschkamp aus Heiligenhaus; Johann Wingen aus Sülz; Robert Peters, Hermann Lüttges und Anton Schwagers aus Crefeld; Wilhelm Fink, und Anton Roß aus Arnoldsweiler; Peter Vogt aus Mutterschied; Johann Gietzen aus Hirschfeld, Anton Breitkopf aus Düsseldorf; Wilhelm Kreutzwald aus Pesch; Wilhelm Scheufens aus Birgden; Johann Schmidt aus Wermelskirchen; Joseph Dohmen aus Dünn; Jakob Blindert aus Pesch; Christian Schröder aus Bracht.

Aachen, den 8. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 20** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | I. A. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 20 | — | 19 | — | — | — | 19 | — | 18 | — | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen**) . . | 17 | 75 | 17 | 25 | — | — | 16 | 75 | 16 | 25 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler. . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | 17 | 75 | — | — | — | — | 16 | 75 | — | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- | | Heu | | Fleisch: Rind- im Großhandel | | Rind- von der Keule | | Rind- vom Bauch | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7 | 50 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | 2 | 20 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 64 | 7 | 98 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 109 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 24 | 8 | 28 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 130 | — | 1 | 50 | 1 | 40 | 2 | — | 2 | — | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 60 | 8 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 2 | — | 1 | 40 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 60 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 53 | 6 | 66 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 70 | 2 | 20 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | 7 | 50 | 127 | 63 | 1 | 68 | 1 | 46 | 1 | 95 | 1 | 65 | 1 | 63 | 1 | 91 | 2 | 48 | 6 | 92 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die durch das Amtsblatt der Regierung in Düsseldorf veröffentlicht werden.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt de[illegible] höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnitts [illegible] die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört [illegible]

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Dezember 1905.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 17 | — | 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15<br>16 | 50<br>20 | 15 | — | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | 80 | 44 | — | 8 | 80 | 6<br>7 | —<br>25 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 48 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 36 | — | 40 | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 38 | — | — | — | 6 | 80 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 8 | 87 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 6 | — | — | — |
| 15 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 16 | 34 | 26 | 42 | 20 | 7 | 31 | 6 | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats November 1905:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | - | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 30 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | 40 | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 32 | — | 30 | — | 38 | — | 46 | — | 40 | — | 60 | — | — | — | 46 | 2 | 80 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 70 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 59 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 29 | — | 37 | — | 46 | — | 35 | — | 55 | — | 55 | — | 47 | 2 | 48 | 3 | 11 | — | 21 | 1 | 76 | — | 15 |

Die als höchste Tagespreise des Monats Dezember 1905 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei dem Hauptmarktorte Aachen an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

**) Hauptmarktort für die Lieferungsverbände Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy und Montjoie für Getreide, Stroh und Heu.

Aachen, den 9. Januar 1906. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

## Polizei-Verordnung.

**Nr. 21** Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird mit Zustimmung des Bezirks-Ausschusses folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Die Polizeiverordnung, betr. die Verwendung von Schwemmsteinen (Bimssandsteinen) zu Schornsteinbauten von 25. November 1882 (Amtsblatt Seite 349) wird aufgehoben.

Aachen, den 5. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 22** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Dezember 1905.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 6 | 8 |
| desgl. | Eupen | 4 | 7 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 1 | 2 |
| Geflügelcholera | Aachen Stadt | 1 | 1 |

Aachen, den 4. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 23** Der Apotheker Jos. Jansen hat die Verwaltung der Zweigapotheke in Urft übernommen.

Aachen, den 30. Dezember 1905.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 24** Der zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Aachen ernannte bisherige Generalkonsul dieser Staaten in Auckland (Neu-Seeland) Frank Dillingham ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Aachen, den 8. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 25** Zur Leitung und Prüfung der Verhandlungen über den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung für das Sattlerhandwerk im Bezirk der Stadtgemeinde Aachen und der Gemeinden Forst, Eilendorf, Haaren und Laurensberg mit dem Sitze in Aachen habe ich den Oberbürgermeister in Aachen mit der Ermächtigung, sich durch einen Beigeordneten vertreten zu lassen, zu meinem Kommissar bestellt.

Aachen, den 7. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 26** **Königliche Vereinigte Maschinenbauschulen zu Dortmund.**

Am 18. April 1906 beginnen die neuen Lehrkurse.

Abteilung I:

Königliche Höhere Maschinenbauschule für Maschinen- und Elektrotechniker. Diese höhere Fachschule soll Betriebsbeamte für die Maschinentechnik und die mit ihr verwandten Fächer, sowie Maschinentechniker für Konstruktionsbureaus heranbilden und künftigen Besitzern und Leitern maschinentechnischer Anlagen die Gelegenheit zum Erwerbe der erforderlichen technischen Kenntnisse und Fertigkeiten geben.

Aufnahmebedingungen: Die zur Aufnahme in die unterste Klasse der höheren Maschinenbauschule erforderlichen Kenntnisse können nachgewiesen werden:

1. durch Vorlegung eines Zeugnisses über den erfolgreichen Besuch der Untersekunda oder einer der Untersekunda entsprechenden Klasse einer höheren Lehranstalt der allgemeinen Unterrichtsverwaltung, den Nachweis genügender Fertigkeit im grundlegenden Zeichnen und den Ausweis einer mindestens zweijährigen praktischen Werkstatts-Tätigkeit;
2. durch Vorlegung des Befähigungszeugnisses zur Aufnahme in die höheren Maschinenbauschulen, welches durch die Ablegung der vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe vorgeschriebenen Prüfung erworben werden kann, und den Nachweis einer mindestens dreijährigen praktischen Tätigkeit, von der mindestens zwei Jahre der Werkstatts-Tätigkeit gewidmet sein mußten.

Der Kursus ist zweijährig. Jährliches Schulgeld 150 Mark.

Abteilung II:

Königliche Maschinenbauschule für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und ähnliche Gewerbetreibende. Die Schule bietet künftigen Betriebsbeamten, sowie künftigen Besitzern kleinerer Werkstätten Gelegenheit, sich die nötigen Fachkenntnisse zu erwerben. Von den Aufzunehmenden wird eine ausreichende Volksschulbildung und eine vierjährige praktische Arbeitszeit verlangt. Der Kursus ist zweijährig. Jährliches Schulgeld 60 Mark.

Abteilung III:

Abend- und Sonntagsschule mit Fachunterricht.

Für die theoretische Ausbildung der Gehilfen und

Lehrlinge. Unterricht an vier Abenden der Woche von 8 bis $9^3/_4$ Uhr und am Sonntagmorgen.

Allgemeines.

Zeugnisse: Die beiden ersten Abteilungen gehören zu den technischen Schulen, deren Reifezeugnisse bei der Bewerbung um technische Beamtenstellen im Staatsdienst von den staatlichen Behörden als Nachweis einer ausreichenden Fachbildung angesehen werden.

Aufnahme: Neue Schüler werden in allen Abteilungen jährlich zweimal aufgenommen, und zwar im April und im Oktober. Es ist gleich, zu welchen von diesen Terminen der Eintritt erfolgt.

Anmeldung: Die Anmeldungen sind möglichst frühzeitig schriftlich zu bewirken.

Stipendien: Bedürftigen Schülern kann vom zweiten Schulhalbjahr ab aus dem Stipendienfonds des Staates oder der Werkbesitzer eine Unterstützung in Geld gewährt werden.

Programme mit Beschreibung der umfangreichen Neubauten sowie der Laboratorien für Maschinenbau und Elektrotechnik kostenfrei durch

die Direktion.

**Nr. 27** Im Jahre 1906 finden an der **Königlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim am Rhein** folgende **Unterrichtskurse** statt:

1. Öffentlicher Reblauskursus vom 22. bis 24. Februar 1906;
2. Obstbaukursus in der Zeit vom 22. Februar bis 14. März 1906;
3. Baumwärterkursus in der Zeit vom 22. Februar bis 14. März 1906;
4. Obstbau- } Nachkursus vom 6. bis 11.
5. Baumwärter- } August 1906;
6. Obstverwertungskursus für Männer vom 13. bis 25. August 1906;
7. Obstverwertungskursus für Frauen vom 27. August bis 1. September 1906;
8. Hefekursus in der Zeit vom 5. bis 17. November 1906;
6. Analysenkursus in der Zeit vom 19. Nov. bis 1. Dezember 1906;

Das Unterrichtshonorar beträgt:

für Kursus 2: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen (auch Lehrer) 30 M. Preußische Lehrer sind frei. Personen, die lediglich am Nachkursus (Nr. 4) teilnehmen, zahlen 8 M., Nichtpreußen 12 M.;

für Kursus 3: Preußen sind frei, Nichtpreußen zahlen 10 M., wenn sie nur am Nachkursus (Nr. 5) teilnehmen, 5 M.;

für Kursus 6 und 7: für Preußen 6 M., für Nichtpreußen 9 M.;

für Kursus 8 und 9: für Preußen 20 M., für Nichtpreußen 25 M. Außerdem für Reagentien 20 M., für Bedienung 1 M.;

Kursus 1 ist frei.

Anmeldungen sind zu richten bezüglich der Kurse 2 bis 7 an die Direktion, bezügl. des Kursus 8 an den Vorstand der pflanzenphysiologischen Versuchsstation und bezügl. des Kursus 9 an den Vorstand der önochemischen Versuchsstation. Wegen Zulassung zum Reblauskursus wende man sich an den zuständigen Herrn Oberpräsidenten.

Geisenheim, den 28. Dezember 1905.

Der Direktor.

Prof. Dr. Wortmann.

**Nr. 28 Personal-Nachrichten.**

Der bisherige Verwalter der Oberförsterstelle Büllingen, Forstassessor Daelen zu Büllingen, ist zum Oberförster ernannt, und es ist ihm die Verwaltung genannter Oberförsterstelle vom 1. Januar 1906 ab endgültig übertragen worden.

Dem Notar Justizrat Doemens in Stolberg ist der Wohnort in Aachen angewiesen worden.

Der Gerichtsschreiber Willmeroth in Jülich ist an das Amtsgericht in Siegburg, Theis von Aldenhoven an das Amtsgericht in Jülich versetzt. Der Aktuar Sengen in Aachen ist zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Aldenhoven ernannt worden. Der Kanzleisekretär Genzmer in Aachen ist gestorben.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinen:

1. Josef Hans bei der katholischen Volksschule zu Altdorf, Kreis Jülich;
2. Katharina Weck bei der katholischen Volksschule zu Wissersheim, Kreis Düren;
3. Magdalena Becks bei der katholischen Volksschule zu Münsterbusch, Kreis Aachen Land;
4. Wilhelmine Koerfer bei der katholischen Volksschule zu Hahn, Kreis Aachen Land, zum 1. Februar d. Js.;
5. Katharina Thielen bei der katholischen Volksschule zu Mechernich, Kreis Schleiden;
6. Hedwig Jankowski bei der katholischen Volksschule zu Raeren, Kreis Eupen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 2.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 3. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 18. Januar 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 29 Bekanntmachung,**

betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren (§. 13 Abs. 1 des Gesetzes über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 — Reichs-Gesetzbl. S. 113. —). Vom 20. Dezember 1905.

Auf Grund des §. 14 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 113) hat der Bundesrat beschlossen:

I. In Abweichung von der Vorschrift im §. 13 Abs. 1 a. a. O. dürfen bis zum 31. Dezember 1908 in den im anliegenden Verzeichnis aufgeführten Werkstätten, in denen die Beschäftigung nicht nach §. 12 a. a. O. verboten ist, eigene Kinder unter zehn Jahren unter folgenden Bedingungen beschäftigt werden:

1. Die Kinder müssen das neunte Lebensjahr vollendet haben.
2. Die Kinder dürfen nur mit denjenigen Arbeiten beschäftigt werden, welche nach dem Verzeichnisse für die einzelnen Werkstätten gestattet sind.
3. Die Beschäftigung mit den einzelnen Arbeiten darf nur in denjenigen Bezirken stattfinden, für welche diese Arbeiten nach dem Verzeichnisse zugelassen sind.
4. Die Beschäftigung darf nicht in der Zeit zwischen acht Uhr Abends und acht Uhr Morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden; um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren; am Nachmittage darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterrichte beginnen.

II. Die vorstehenden Bestimmungen treten vom 1. Januar 1906 ab an die Stelle der durch die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 17. Dezember 1903 — Reichs-Gesetzbl. S. 312 — und vom 11. Juli 1904 — Reichs-Gesetzbl. S. 305 — verkündeten Vorschriften.

Berlin, den 20. Dezember 1905.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Graf von Posadowsky.

### Verzeichnis derjenigen Werkstätten,

in deren Betrieb in Abweichung von der Vorschrift im §. 13 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 113) eigene Kinder unter zehn Jahren nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Dezember 1905 (Reichs-Gesetzbl. S. 775) bis zum 31. Dezember 1908 beschäftigt werden dürfen.

Auf solche Werkstätten, in denen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität, usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, sowie auf solche Werk-

stätten, in deren Betrieb nach §. 12 a. a. O. aus sonstigen Gründen Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, finden die Ausnahmen keine Anwendung.

| Gewerbeklasse oder Gewerbeart der Gewerbestatistik | Bezeichnung der Werkstätten | Art der Beschäftigung, | Bezirke, |
|---|---|---|---|
| | | für welche die Ausnahme gewährt ist. | |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| IVd 6, Vc, IXh, XIIg 3. | Bearbeitung von Knöpfen aus Porzellan, Metall, Horn, Perlmutter und dergleichen. | Aufnähen und Aufstecken auf die Karten. | Preußen: Regierungsbezirk Aachen. |
| Vc. | Bearbeitung von eisernen Kurzwaren, Nadlerwaren; Drahtwarenfabrikation. | Einfüllen und Verpacken von Schnallen, Haken und Augen in Schachteln, Sortieren, Aufstecken und Aufnähen von Nadeln, Aufnähen und Aufstecken von Haken, Augen, Schnallen u. s. w. auf Karten. Aufstecken von Stiften für Knopfbefestiger. | Preußen: Regierungsbezirk Aachen. |

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 30** Die Deutsche Arzneitaxe für 1906 ist im Verlage der Weidmann'schen Buchhandlung in Berlin, Zimmerstraße 94, erschienen.

Aachen, den 5. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 31** Der Herr Oberpräsident hat dem evangelischen Vereine für Waisenpflege in der Ostmark gestattet, für seine Zwecke in sämtlichen evangelischen Haushaltungen der Rheinprovinz im Jahre 1906 eine Hauskollekte abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind, soweit diese nicht durch gemeindliche oder synodale Organe erfolgt, folgende Personen beauftragt worden: Pfarrer Endemann in Sampohl und Pastor Matthies in Neuzedlitz.

In den meisten Gemeinden werden die Sammlungen in der ersten Hälfte dieses Jahres abgehalten werden.

Aachen, den 16. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 32** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den Luxuspferdemarkt in Marienburg die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dem am 8. und 9. Mai d. Js. stattfindenden Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 150000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 2451 Gewinne im Gesamtwerte von 65000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Die Ziehung wird voraussichtlich am 10. Mai 1906 in Marienburg erfolgen.

Aachen, den 16. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 33** Der Apotheker Ludwig Alff hat die Verwaltung der Quadflieg'schen Apotheke in Birkesdorf übernommen.

Aachen, den 8. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 34** Im 4. Vierteljahre 1905 sind aus dem Auslande in den Regierungsbezirk Aachen 105901 kg frisches Rindfleisch einschließlich Kalbfleisch und 82487,50 kg Schweinefleisch eingeführt worden.

Aachen, den 12. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 35** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperren-Gesellschaft in der Gemeinde Uedingen zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Samstag, den 20. Januar d. Js.,

anberaumt.

In dem Termine wird unter Zuziehung der vom

Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 14. Januar 1906.

Der Enteignungs-Kommissar.
Dr. Frank,
Regierungs-Rat.

**Nr. 36 Personal-Nachrichten.**

Der dem Bürgermeister Hubert Schmitz aus Liedberg, Landkreis M.-Gladbach, erteilte Auftrag zur einstweiligen Verwaltung der Landbürgermeistereien Blankenheim, Dollendorf und Lommersdorf, Kreis Schleiden, ist zurückgezogen und die einstweilige Verwaltung dem Regierungs-Zivil-Supernumerar Gerhard Darius zu Aachen übertragen worden.

Dem Oberlandesgerichtsrat Geheimen Justizrat Eckertz ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 3.

---

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatt für 1905 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück von Mittwoch, den 24. d. Mts., ab durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Kaiserlichen Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt 1 (Zeitungsstelle) — zu beziehen.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 4. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 25. Januar 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 37** Das 1. Stück enthält unter Nr. 3185: Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Bulgarien. Vom 1. August 1905. Unter Nr. 3186: Bekanntmachung, betreffend Befestigungsanlagen und Festsetzung von Rayons für die untere Weser. Vom 6. Januar 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 38** Das 1. Stück enthält unter Nr. 10665: Verordnung, betreffend die Zuständigkeit für die Entgegennahme der Auflassung von preußischen, im früheren Geltungsbereiche des rheinischen Rechtes belegenen Grundstücken. Vom 27. Dezember 1905. Unter Nr. 10666: Verordnung, betreffend das Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Januar 1905. Vom 3. Januar 1906.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 39** **Statut**
**für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft zu Gürzenich im Kreise Düren.**

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (G.-S. S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in der Gemarkung Gürzenich werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Landmessers Beitlich zu Düren vom 18. September 1903 durch Entwässerung und Bewässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grünen Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft zu Gürzenich" und hat ihren Sitz in Gürzenich.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Hierzu gehört auch der zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderliche Umbau der Wiesen, dagegen bleibt die Besamung, Anlage und Unterhaltung besonderer Zu- und Ableitungsgräben und dergleichen den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§. 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande

ob, Binnen-Ent- und Bewässerungs-Anlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§. 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung der Auseinandersetzungs-Behörde unter Mitwirkung des Vorstehers ausgeführt.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

Die gemeinschaftlichen Anlagen einschließlich der im Genossenschaftsgebiet gelegenen Bachstrecke werden von der Genossenschaft unterhalten.

§. 6. Die durch den Ausbau und die Unterhaltung des Gürzenich'er Baches innerhalb des Genossenschaftsgebiets einschließlich der Räumung und der Uferunterhaltung entstehenden Kosten hat die politische Gemeinde Gürzenich allein zu tragen, die dafür zu den sonstigen Genossenschaftslasten nicht beizutragen hat.

Das Verhältnis, nach welchem die übrigen einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem ihnen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vorteile.

Zur Festsetzung dieses Beitragsverhältnisses wird ein Kataster aufgestellt, in welchem die einzelnen Grundstücke aufgeführt werden Nach Verhältnis des ihnen aus der Melioration erwachsenden Vorteils werden sie in drei Klassen geteilt und zwar so, daß ein Hektar der niedrigsten, ersten Klasse mit dem einfachen, der zweiten Klasse mit dem zweifachen, der dritten Klasse mit dem dreifachen Beitrage heranzuziehen ist.

§. 7. Die Einschätzung in diese Klassen erfolgt durch zwei vom Vorstande zu wählende Sachverständige unter Leitung des Vorstehers. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt dieser den Ausschlag, wenn es sich um Grundstücke des Vorstehers handelt, sein Stellvertreter. Das Genossenschaftskataster ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in der Gemeinde Gürzenich bekannt zu machen.

Abänderungsanträge müssen innerhalb der obigen Frist schriftlich bei dem Vorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Frist hat der Vorsteher die bei ihm eingegangenen Abänderungsanträge der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Diese läßt unter Zuziehung der Beschwerdeführer und eines Vertreters des Vorstandes die erhobenen Einwendungen durch die von ihr zu bezeichnenden Sachverständigen untersuchen. Mit dem Ergebnis der Untersuchung werden die Beschwerdeführer und der Vertreter des Vorstandes bekannt gemacht. Sind beide Teile mit dem Gutachten einverstanden, so wird das Kataster demgemäß festgestellt, andernfalls entscheidet die Aufsichtsbehörde. Die bis zur Mitteilung des Ergebnisses der Untersuchung entstandenen Kosten sind in jedem Falle von der Genossenschaft zu tragen. Wird eine Entscheidung erforderlich, so fallen die weiter erwachsenden Kosten dem unterliegenden Teile zur Last.

Sobald das Bedürfnis für eine Nachprüfung des festgestellten oder berichtigten Katasters vorliegt, kann sie von dem Vorstande beschlossen oder von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden. Das Verfahren richtet sich nach den für die Feststellung des Katasters gegebenen Vorschriften.

§. 8. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statute vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 11. Längs der Hauptgräben muß ein Streifen von einem Meter Breite, vom oberen Rande der Böschung an gerechnet, unbeackert und mit dem Weidevieh verschont bleiben. Dieser Streifen und die Böschungen dürfen nur durch Abmähen genutzt und müssen von Bäumen, Sträuchern, Hecken und dergleichen frei gehalten werden.

Das Durchtreiben des Viehes durch die Gräben und das Tränken daraus ist nur an den vom Vorstande besonders dazu bestimmten Stellen gestattet. Bei der

Räumung müssen die Grabenanlieger den Auswurf, dessen Eigentum ihnen zufällt, aufnehmen und binnen 4 Wochen, wenn aber die Räumung vor der Ernte geschieht, binnen 4 Wochen nach der Aberntung des Grundstücks bis auf vier Meter vom Rande der Böschung fortschaffen.

Zuwiderhandlungen unterliegen den gesetzlichen Ordnungsstrafen (§. 54 des Wassergenossenschaftsgesetzes). Außerdem ist der Schaden, der an Genossenschaftsanlagen durch Übertretung dieser Vorschriften oder sonst durch Absicht aber Fahrlässigkeit entsteht, von dem hierfür haftbaren Genossen unter Beachtung der Weisungen des Vorstehers und bei Vermeidung zwangsweiser Ausführung auf seine Kosten zu beseitigen.

§. 12. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je fünf Mark angefangenen Jahresbeitrags eine Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Ausübung des Stimmrechtes durch bevollmächtigte Vertreter ist unbeschränkt zulässig.

§. 13. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) zwei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der General-Versammlung auf fünf Jahre gewählt und müssen so lange ihr Amt wahrnehmen, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der General-Versammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 14. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen sind und daß der Vorstand vollzählig ist. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 15. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der General-Versammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen, solange nicht ihre Herstellung während der Dauer des Zusammenlegungsverfahrens als Teil desselben der Aufsicht der Auseinandersetzungs-Behörde unterliegt, nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Wässerung, die Grabenräumung und die Nutzung, Beackerung und Bepflanzung der an die Gräben anstoßenden Grundstücksstreifen, die Heuwerbung, die Hütung auf den Wiesen und dergleichen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;

f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;

g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 7 und 21) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 16. Die genossenschaftlichen und die in §. 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 17. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 18. Zur Bewachung und Bedienung der Wiesen nimmt der Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes einen Wiesenwärter und stellt dessen Lohn fest.

Der Wiesenwärter ist allein befugt zu wässern und muß so wässern, daß alle Parzellen den verhältnismäßigen Anteil an Wasser erhalten. Kein Eigentümer darf die Schleusen öffnen oder zusetzen oder überhaupt die Ent- oder Bewässerungsanlagen eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer vom Vorsteher festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu 30 Mark für jeden Übertretungsfall.

§. 19. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 20. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche General-Versammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren General-Versammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in der Gemeinde Gürzenich.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die General-Versammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 21. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der

in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 22. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Soweit nicht nach den Bestimmungen dieses Statuts ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§. 23. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

---

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 27. November 1905.

(L. S.)

gez. **Wilhelm R.**

Zugleich für den Justizminister.
ggez. von Podbielski.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 40** Gemäß §. 5 Absatz 2 der Polizei-Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 11. Novem-:1904, betreffend Körordnung für die Beschäler der Rheinprovinz (Amtsblatt 1904, S. 267), werden die Beschreibung für das Jahr 1906 angekörten Hengste, die Orte der Aufstellung derselben und die Höhe der Sprunggelder stehend bekannt gemacht:

| Der Hengstbesitzer: Name | Wohnort | Der Hengste: Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | Ort der Aufstellung der Hengste. | Angekört für | Sprunggeld M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | **Körort Herzogenrath (Landkreis Aachen).** | | | | | | |
| Meulenbergh | Hofstadt | braun | Stern-Schnippe | 1,64 | 3 | Belgier | Breil, Kreis Geilenkirchen | die Rheinprovinz | 13 |
| " | " | " | — | 1,60 | 3 | " | Hofstadt, Landkreis Aachen | dito | 13 |
| " | " | " | Stern | 1,63 | 3 | " | dito | dito | 16 |
| " | " | Fuchs | Blesse, weiße Mähne und Schweif, beide Hinterfüße weiß | 1,62 | 3 | " | dito | Körbezirk Aachen-Cöln | 16 |
| " | " | " | Blesse, weiße Mähne und Schweif, 4 weiße Fesseln. | 1,62 | 3 | " | dito | dito | 31 |
| " | " | " | Stern, weiße Mähne und Schweif, linke Hinterfessel weiß | 1,65 | 3 | rheinisch. Pferd | Breil, Kreis Geilenkirchen | Rheinprovinz | 51 |
| " | " | " | Stern, weiße Mähne und Schweif | 1,66 | 4 | Belgier | Hofstadt, Landkreis Aachen | dito | 21 |
| " | " | " | — | 1,69 | 4 | " | Breil, Kreis Geilenkirchen | dito | 21 |
| ...den, Ehren-...germeister | Laurensberg | " | Breite durchgehende Blesse, linker Vorder- u. rechter Hinterfuß weiß | 1,65 | 3 | " | Laurensberg, Landkreis Aachen | Körbezirk Aachen-Cöln | 25 |

| Laufende Nr. | Der Hengstbesitzer: Name | Der Hengstbesitzer: Wohnort | Der Hengste: Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse | Ort der Aufstellung der Hengste | Angekört für | Sprung-geld M. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 10 | Deden, Ehrenbürgermeister | Laurensberg | braun | Stern-Schnippe | 1,63 | 5 | Belgier | Laurensberg, Landkreis Aachen | Körbezirk Aachen-Cöln | 15 |
| 11 | Roebrock | Geuchterhof | " | — | 1,61 | 3 | rheinisch. Pferd | Geuchterhof, Landkreis Aachen | Rheinprovinz | 20 |
| 12 | Schwartz, Ww. | Seffent | Rotschimmel | Stern | 1,50 | 3 | Belgier | Seffent, Landkreis Aachen | dito | 12 |
| 13 | Offermanns | Uersfeld | braun | Stern-Schnippe | 1,69 | 3 | " | Uersfeld, Landkreis Aachen | Körbezirk Aachen-Cöln | 20 |
| 14 | " | " | " | — | 1,60 | 3 | " | dito | dito | 15 |
| 15 | " | " | Rappe | Flocke | 1,61 | 3 | " | dito | Rheinprovinz | 15 |
| 16 | " | Küppershof | Fuchs | Breite durchgehende Blesse, weiße Mähne und Schweif | 1,64 | 6 | " | Küppershof, Landkreis Aachen | Körbezirk Aachen-Cöln | 1[illegible] |
| | **Körort Düren.** | | | | | | | | | |
| 17 | Bartz | Lamersdorf | Fuchs | Stern, weiße Mähne und Schweif | 1,66 | 8 | Belgier | Lamersdorf, Kreis Düren | Rheinprovinz | 12 |
| | **Körort Linnich.** | | | | | | | | | |
| 18 | Frantzen | Ameln | braun | Stern, rechter Hinterfuß weiß | 1,69 | 5 | rheinisch. Pferd | Ameln, Kreis Jülich | Körbezirk Aachen-Cöln | 1[illegible] |
| 19 | Brügman | Mariawald | " | weiße Hinterfüße | 1,61 | 3 | " | Mariawald, Kreis Jülich | Rheinprovinz | [illegible] |
| 20 | Rey | Dürboslar | " | Stern | 1,66 | 10 | Belgier | Dürboslar, Kreis Jülich | dito | [illegible] |
| 21 | Meyers | Erzelbach | Fuchs | weiße Mähne und Schweif, Stern-Schnippe | 1,61 | 3 | rheinisch. Pferd | Erzelbach, Kreis Jülich | dito | [illegible] |
| 22 | Kirsch Wwe. | Siersdorf | braun | Flocke | 1,69 | 5 | Belgier | Siersdorf, Kreis Jülich | dito | [illegible] |
| 23 | Luchhau | Lützerath | Rotschimmel | Stern | 1,55 | 3 | rheinisch. Pferd | noch unbekannt | Reg.-Bez. Coblenz u Trier, Kreise Malmedy und Montjoie | [illegible] |
| 24 | Werth | Zweibrückerhof | " | Flocke, beide Hinterbeine weiß | 1,63 | 3 | " | Zweibrückerhof, Kreis Geilenkirchen | Körbezirk Aachen-Cöln | [illegible] |
| 25 | Claßen | Muthagen | braun | Stern-Schnippe | 1,51 | 3 | " | Muthagen, Kreis Geilenkirchen | Kreis Geilenkirchen u. Reg.-Bez. Coblenz u. Trier | [illegible] |

| Der Hengstbesitzer | | Der Hengste | | | | | Ort der Aufstellung der Hengste. | Angekört für | Sprunggeld |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | | | ℳ |
| Meulenbergh | Breil | Fuchs | Stern, weiße Mähne und Schweif | 1,61 | 3 | Belgier | Breil, Kreis Geilenkirchen | Rheinprovinz | 13 |
| " | " | " | Blesse, weiße Mähne und Schweif, Vorder- und Hinterbeine weiß | 1,64 | 3 | " | dito | dito | 16 |
| " | " | braun | Stern, Strich | 1,63 | 3 | " | dito | dito | 16 |
| " | " | Fuchs | Stern, Strich weiße Mähne u. Schweif | 1,58 | 4 | " | dito | dito | 21 |
| " | " | braun | Flocke | 1,68 | 3 | " | dito | dito | 31 |
| Claßen | Beeck | Stichelfuchs | breite durchgehende Blesse, vorderer linker und hinterer linker Fuß weiß | 1,64 | 3 | " | Beeck, Kreis Geilenkirchen | dito | 18 |
| Jäger | Hülhoven | braun | Stern, beide Hinterfüße weiß | 1,62 | 7 | " | Hülhoven, Kreis Heinsberg | Kreis Heinsberg | 15 |
| Meulenbergh Wwe. | Süsterseel | Fuchs | Blesse | 1,57 | 3 | rheinisch. Pferd | Süsterseel, Kreis Heinsberg | dito | 14 |
| " | " | " | Blesse und vorderer linker Fuß weiß | 1,58 | 3 | " | dito | Rheinprovinz | 20 |
| " | " | braun | Flocke | 1,55 | 5 | " | dito | dito | 16 |
| Claus | Klosterhof | " | — | 1,63 | 3 | " | Heinsberg | Kreis Heinsberg | 16 |

Bei dieser Gelegenheit wird auf den §. 9 der oben erwähnten Polizei-Verordnung aufmerksam gemacht, welcher lautet:

„Wer einen nicht angekörten Hengst zum Decken fremder Stuten, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung hergibt, verfällt für jeden Fall einer Zuwiderhandlung in eine Strafe von 30 Mark und der Eigentümer der Stute in eine solche von 15 Mark. Die Besitzer angekörter Hengste, welche das Deckbuch gar nicht oder nicht vorschriftsmäßig führen, oder die Einreichung desselben an den Landrat unterlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 15 Mark bestraft."

Aachen, den 22. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 41** Des Königs Majestät haben zu befehlen geruht, daß der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz zum 11. Februar d. Js. nach Düsseldorf zusammenberufen werde.

Coblenz, den 17. Januar 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Königlicher Landtags-Kommissarius
Freiherr von Schorlemer.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 42** Gemäß §. 21 der Provinzialordnung für die Rheinprovinz am 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß anstelle des verstorbenen Landrats Helfferich der Rittergutsbesitzer A. von Boch in Fremersdorf zum Provinzial-Landtagsabgeordneten für den Kreis Saarlouis gewählt worden ist.

Coblenz, den 20. Januar 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Janßen.

**Nr. 43** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15 Januar 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 7 |
| desgl. | Eupen | 4 | 8 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 2 | 3 |

Aachen, den 18. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 44** Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 11. ds. Mts. die Regierungsbezirke Schleswig, Lüneburg und Arnsberg bis auf weiteres für Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter geschlossen.

Aachen, den 18. Januar 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 45** Die jährlich abzuhaltende Hauskollekte zur Unterstützung dürftiger evangelischer Gemeinden der Rheinprovinz wird durch die zu diesem Zwecke von den Presbyterien zu wählenden Mitgliedern in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten dieses Jahres abgehalten werden.

Die aufkommende Erträge sind an die Kgl. Kreiskassen abzuliefern. Die letzteren werden hiermit beauftragt, die Gelder anzunehmen und unter Beachtung der in der Rundverfügung vom 26. Januar 1878 I 1784 II gegebenen Vorschriften an die Königliche Regierungs-Haup.kasse abzuliefern.

Aachen, den 23. Januar 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 46** **Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister der Landbürgermeisterei Wahlen den Ackerer und Wirt Wilhelm Klinkhammer in Hecken zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Wahlen ernannt.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den bisherigen Förstern

1. Fischer zu Forsthaus Wenau, Oberförsterei Wenau,
2. Kretschmer zu Forsthaus Neulich, Oberförsterei Hambach,

den Charakter als Königlicher Hegemeister verliehen.

Personalveränderungen im Bezirk der Kgl. Generalkommission zu Düsseldorf:

Versetzt ist: Regierungsrat Philipp von Düsseldorf zur Generalkommission Frankfurt a./O.; der bisherige Spezialkommissar, Regierungsrat Früh von Hannover zum Kollegium der Generalkommission zu Düsseldorf; Regierungs-Assessor Dr. Meimberg von Sigmaringen nach Düren; Landmesser Schröder von Düsseldorf nach Sigmaringen; Landmesser Günther von Cöln nach Simmern; Landmesser Schröpfer von Düsseldorf nach Cöln; Hülfszeichner Pascher von Cöln nach Düsseldorf.

Ernannt ist: Ökonomie-Kommissions-Anwärter Dr. Grebe zum Ökonomie-Kommissions-Gehülfen.

Angenommen sind: Die Landmesser Schneider, Schmiele, Mendel, Doogs und Crusius zu Düsseldorf; der Büreau-Anwärter Perle zu Wetzlar.

Gestorben ist: Zeichner André zu Düsseldorf.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 4.

---

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatt für 1905 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Kaiserlichen Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt 1 (Zeitungsstelle) — zu beziehen.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 5. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 1. Februar 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 47 Statut für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft Hürtgen I zu Hürtgen im Kreise Düren.**

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen Hürtgen und Kleinhau werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Meliorationstechnikers Bodarwe zu Bonn vom 10. Oktober 1902 durch Ent- und Bewässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grün punktierten Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen: „Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft Hürtgen I zu Hürtgen" und hat ihren Sitz in Hürtgen.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Hierzu gehören auch die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Besamung von Wiesen, Anlage und Unterhaltung besonderer Zu- und Ableitungsgräben und dergleichen.

§. 4. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorationstechnikers ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§. 5. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 6. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 7. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage den einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statut zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 10. Längs der Hauptgräben muß ein Streifen von einem Meter Breite vom oberen Rande der Böschung an gerechnet, unbeackert und mit dem Weidevieh verschont bleiben. Dieser Streifen und die Böschungen dürfen nur durch Abmähen genützt und müssen von Bäumen, Sträuchern, Hecken und dergleichen freigehalten werden. Das Durchtreiben des Viehs durch die Gräben und das Tränken daraus, ist nur an den vom Vorstande besonders dazu bestimmten Stellen gestattet. Bei der Räumung müssen die Grabenanlieger den Auswurf, dessen Eigentum ihnen zufällt, aufnehmen und binnen 4 Wochen, wenn aber die Räumung vor der Ernte geschieht, binnen vier Wochen nach der Aberntung des Grundstücks bis auf vier Meter vom Rande der Böschung fortschaffen. Zuwiderhandlungen unterliegen den gesetzlichen Ordnungsstrafen (§ 54 des Wassergenossenschaftsgesetzes). Außerdem ist der Schaden, der an Genossenschaftsanlagen durch Übertretung dieser Vorschriften oder sonst durch Absicht oder Fahrlässigkeit entsteht, von dem hierfür haftbaren Genossen unter Beachtung der Weisungen des Vorstehers und bei Vermeidung zwangsweiser Ausführung auf seine Kosten zu beseitigen.

§. 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für jedes angefangene einviertel Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach öffentlicher Bekannt-

machung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 12. Der Genossenschaftsvorstand besteht aus:

a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) einem weiteren Beisitzer.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen sind und daß der Vorstand vollzählig ist. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Wässerung, die Grabenräumung und die Nutzung, Beackerung und Bepflanzung der an die Gräben anstoßenden Grundstücksstreifen, die Heuwerbung, die Hütung auf den Wiesen und dergleichen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von dreißig Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 6 und 20) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 15. Die genossenschaftlichen Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin

wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 17. Zur Bewachung und Bedienung der Wiesen nimmt der Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes einen Wiesenwärter an und stellt dessen Lohn fest.

Der Wiesenwärter ist allein befugt zu wässern und muß so wässern, daß alle Parzellen den verhältnismäßigen Anteil an Wasser erhalten. Kein Eigentümer darf die Schleusen öffnen oder zusetzen oder überhaupt die Ent- oder Bewässerungsanlagen eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer vom Vorsteher festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu dreißig Mark für jeden Übertretungsfall.

§. 18. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 19. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschaftsgesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 20. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichts frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 21. Die von der Genossenschaft ausgehenden

Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen. Soweit nicht nach diesem Statute die ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren — Dürener Volkszeitung — aufgenommen.

§. 22. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Vorstehendes Statut, welchem die Beteiligten zugestimmt haben, wird auf Grund der §§. 57 und 82 des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt.

Berlin, den 18. Januar 1906.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. A.: Wesener.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Nr. 48 Genehmigungsurkunde für die Kleinbahn von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit Abzweigung von Eynatten über Raeren nach Walheim.

Zur Herstellung und zum Betriebe einer Kleinbahn in einer Spurweite von 1 m von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit einer Abzweigung von Eynatten über Raeren nach Walheim für die Beförderung von Personen und Gütern mittels elektrischer Kraft wird der Aktiengesellschaft Aachener Kleinbahngesellschaft — in das Handelsregister eingetragen am $\frac{\text{2. Oktober 1880}}{\text{13. April 1894}}$ — auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichneten Königlichen Eisenbahndirektion zu Cöln, vorbehaltlich der Rechte Dritter, auf die Zeitdauer von 99 Jahren, vom Tage der Eröffnung des Betriebs ab gerechnet, unter nachstehenden Bedingungen hierdurch die Genehmigung erteilt.

1. Die Kleinbahn darf bei Linzenshäuschen an die zum Stadtnetz der Aachener Kleinbahngesellschaft gehörende Strecke Aachen-Linzenshäuschen angeschlossen werden. Eine Verbindung der Bahn mit anderen Kleinbahnen ist nicht gestattet.

2. Das in vorliegender Urkunde bezeichnete Unternehmen ist auf der Teilstrecke von Aachen-Linzenshäuschen bis Eynatten als Straßenbahn, auf den übrigen Strecken als nebenbahnähnliche Kleinbahn im Sinne der Einleitung der Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 zum Kleinbahngesetz vom 28. Juli 1892 anzusehen.

3. Auf der Bahn darf kein Schnellbetrieb zwischen nicht benachbarten Stationen d. i. die Beförderung solcher Züge stattfinden, welche auf keiner oder nur dem geringeren Teile der Zwischenstationen zum Zwecke der Aufnahme und des Absetzens von Fahrgästen anhalten.

4. Die Teilstrecke Aachen (Linzenshäuschen)-Eynatten bleibt auf die Bedienung des Personen- und Stückgutverkehrs beschränkt. Die Beförderung der Stückgüter ist nur mit den Personenzügen gestattet.

Auf den übrigen Teilstrecken ist die Beförderung von Gütern in Wagenladungen zugelassen, indessen hat dieselbe im allgemeinen mit den Personenzügen zu erfolgen. Besondere Güterzüge sind nur zugelassen:

a) auf den aus den Kleinbahnstrecken zu den einzelnen Ladestel en abzweigenden Anschlußgeleisen selbst;
b) zum Zwecke der Überführung vollspuriger Eisenbahnwagen auf Rollböcken zwischen einer Staatsbahnstation und einem Anschlußgeleis auch auf demjenigen Teil der Kleinbahnstrecke selbst, der zwischen dem Anschlußgeleis und der nächsten Staatsbahnstation liegt.

5. Die Übertragung der aus dieser Genehmigungsurkunde sich ergebenden Rechte und Pflichten auf einen andern Unternehmer ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

6. Die Bahn und die Betriebsmittel sind entsprechend den Anforderungen, welche in der von den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern zu dem vorbezeichneten Gesetze am 13. August 1898 erlassenen Ausführungsanweisung zu §. 9 unter A an Straßenbahnen bezw. in den von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb erlassenen Betriebsvorschriften an nebenbahnähnliche Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb gestellt werden, nach Maßgabe der von der Unternehmerin vorgelegten, mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Pläne und Zeichnungen nebst Erläuterungen unter Beachtung der hierbei vorgenommenen, sowie derjenigen Änderungen und Ergänzungen herzustellen, welche in Gemäßheit der §§. 17 und 18 des vorbezeichneten Gesetzes angeordnet werden sollten. Auch bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und der Betriebsmittel darf ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde von der durch die gedachten ministeriellen Vorschriften

oder der durch die Genehmigung festgesetzten Konstruktion nicht abgewichen werden.

7. Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß längstens innerhalb 2 Jahren nach der endgültigen Genehmigung des Bauplanes erfolgen.

Für den Fall, daß die Unternehmerin dieser Verpflichtung nicht nachkommen sollte, ist dieselbe zur Zahlung einer Verzugsstrafe von 500 Mark für jeden Monat an die Königliche Regierungshauptkasse zu Aachen mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat die Unternehmerin bei der obengenannten Kasse den Betrag von zehntausend Mark in bar oder in Schuldverschreibungen, in welchen nach den bestehenden Gesetzen die Anlegung des Vermögens von Mündeln zulässig ist, unter Berechnung derselben nach dem Kurswerte, nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und den Zinsscheinanweisungen zu hinterlegen und unter gerichtlicher oder notarieller Beglaubigung mit der Maßgabe zum Pfande zu bestellen, daß der unterzeichneten Behörde und unter Bezugnahme auf die Vorschrift in Nr. 6 Abs. 2 nachstehend der zuständigen Wegepolizeibehörde die Befugnis zusteht, durch Verwendung derselben oder durch Veräußerung der verpfändeten Wertpapiere zum jeweiligen Börsenkurse die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. Die Rückgabe der zur Kaution gehörigen Zinsscheine erfolgt an deren Verfallterminen, kann jedoch von der unterzeichneten Behörde untersagt werden, wenn nach ihrem Urteile der Bau verzögert und durch die Verzögerung die Innehaltung der Baufrist in Frage gestellt werden sollte.

8. Für die Benutzung öffentlicher Straßen sind neben dem festgestellten Bauplane die mit den Wegeunterhaltungspflichtigen getroffenen Vereinbarungen maßgebend.

Für die der Unternehmerin obliegende Verpflichtung der Unterhaltung dieser Wege und ihrer Wiederherstellung beim Wegfalle der Genehmigung ist die von ihr dieserhalb bei der Regierungshauptkasse zu Aachen hinterlegte Kaution mit verhaftet.

9. Bei der Ausführung des Baues hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht verhindert oder erschwert wird, und daß die in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden. Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichem oder Privateigentum verursachten Beschädigungen ist die Unternehmerin verantwortlich.

10. Die Kleinbahn ist nicht berechtigt, Güter zur Weiterbeförderung zu übernehmen, die von einer Eisenbahnstation im Durchgange über die Kleinbahn nach einer anderen Eisenbahnstation befördert werden sollen.

Die den Ausschluß von der Beförderung oder die nur bedingte Zulassung von Gegenständen regelnden Bestimmungen im §. 50 der Eisenbahnverkehrsordnung vom 26. Oktober 1899 und der Anlage B hierzu (R.-G.-Bl. S. 557 ff.) nebst Nachträgen vom 2. Juli und 24. Dezember 1900 (R.-G.-Bl. von 1900 S. 318 und von 1901 S. 1), vom 30. Mai und 25. November 1901 (R.-G.-Bl. S. 191 und 491), vom 30. Januar, 22. März und 23. November 1902 (R.-G.-Bl. S. 41, 127 und 281) und vom 2. Februar und 15. März 1903 (R.-G.-Bl. S. 6 und 45) der Anhang zur Anlage B vom 7. Dezember 1902 R.-G.-Bl. S. 294 sowie die späteren Änderungen und Ergänzungen dieser Bestimmungen sind — mit Ausnahme der Vorschrift unter B 2 im §. 50 der Eisenbahnverkehrsordnung — auch für die Kleinbahn verbindlich. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden können, wenn nötig, Abweichungen von diesen Bestimmungen zugelassen werden.

11. Es bleibt vorbehalten, der Unternehmerin jederzeit die Gestattung der Einführung von Privatanschlußbahnen nach Maßgabe des §. 10 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 aufzuerlegen.

12. Die Unternehmerin ist gehalten, die Bahn für die Dauer ihrer Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Zu diesem Zwecke ist die Bahn nebst den Betriebsmitteln fortwährend dem jeweiligen Verkehrsbedürfnisse entsprechend auszurüsten und in einem solchen Zustande zu erhalten, daß jede Strecke, soweit sie sich nicht in Ausbesserung befindet, ohne Gefahr mit der für sie festgesetzten größten Geschwindigkeit (Nr. 18) befahren werden kann.

Längere Betriebseinstellungen infolge Ausbesserungen oder Verlegung eines unter der Bahn verlaufenden oder kreuzenden Telegraphenkabels bedürfen auch dann der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn darüber Einverständnis zwischen der Reichstelegraphenverwaltung und der Betriebsleitung der Bahn bestehen sollte. Ebenso ist von allen über die fahrplanmäßigen Zeiten hinausgehenden Betriebseinstellungen solcher Art vorgängige, im Falle dringender Notwendigkeit wenigstens nachträgliche unverzügliche Anzeige an die Bahnaufsichtsbehörde zu erstatten.

Für den Betrieb sind außer den in dieser Genehmigung hierfür erteilten Vorschriften die Polizeiverordnungen maßgebend, welche zur Regelung

des Betriebes der Straßenbahnen allgemein bestehen oder für diese allgemein oder für die Bahn besonders erlassen werden sollten.

13. Für den Fall, daß der Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder eingestellt werden sollte, ist die Unternehmerin zur Zahlung einer Verzugsstrafe von einhundert Mark für jeden Tag an die in Nr. 7 bezeichnete Kasse verpflichtet mit der Maßgabe, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, unter Ausschluß des Rechtsweges dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Auch zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ist die Unternehmerin gehalten. Zu diesem Zwecke können von ihr die in Gemäßheit der Nr. 7 hinterlegten Wertpapiere (Barbeträge) nach Maßgabe der daselbst getroffenen näheren Bestimmungen zum Pfande bestellt werden. Sofern die Kaution während der Dauer der Genehmigung zur Leistung von Verzugsstrafen in Anspruch genommen sein sollte, ist dieselbe entsprechend zu ergänzen.

14. Die mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen sind von der Unternehmerin der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Ebenso ist derselben von einer hierin eingetretenen Änderung Kenntnis zu geben.

15. Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Bediensteten (Wagenführer, Schaffner, Oberschaffner, Haltestellenvorsteher usw.) müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit und diejenige Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Die Wagenführer müssen mit der Handhabung der Triebwagen durchaus vertraut sein und diese Befähigung durch Probefahrten vor einem seitens der Aufsichtsbehörde anerkannten Sachverständigen nachgewiesen haben.

Den Wagenführern ist nach der mit Erfolg abgelegten Prüfung von der Straßenbahnverwaltung ein Fahrschein auszustellen.

Die Schaffner und Oberschaffner müssen mit der Handhabung der Bremsen und der elektrischen Fahreinrichtungen mindestens soweit vertraut sein, um die Triebwagen erforderlichenfalls still- oder zurückstellen zu können.

16. Über die im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Bediensteten sind Nachweisungen zu führen, welche über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disziplinaren Bestrafungen und über sonstige für die Befähigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst erheblichen Umstände Auskunft geben müssen. Auf Erfordern sind diese Nachweisungen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Bedienstete, welche sich als unfähig oder als unzuverlässig für ihren Beruf erwiesen haben, sind auf Erfordern der Aufsichtsbehörde aus ihrem Dienste zu entlassen.

17. Die zum Verkehr mit dem Publikum berufenen Beamten müssen bei ihrer Dienstausübung durch Dienstkleidung oder ein sonstiges gleichmäßiges Abzeichen als solche kenntlich und mit einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung zu tragenden Nummer versehen sein.

18. Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 30 km in der Stunde an keiner Stelle der Bahn übersteigen.

Es bleibt vorbehalten, für bestimmte Teilstrecken jeweilig nach den örtlichen und Verkehrsverhältnissen eine geringere Geschwindigkeit und außerdem besondere Vorkehrungen zur Verhütung von Unfällen vorzuschreiben.

Die Triebwagen dürfen zwei Anhängewagen erhalten.

Während der Fahrt ist zwischen den einzelnen Zügen ein Abstand von mindestens 50 m einzuhalten.

An den Beiwagen sind entweder Bahnräumer oder Schutzvorrichtungen anzubringen, durch die verhütet wird, daß Personen zwischen die einzelnen Wagen geraten können.

19. Von der Feststellung des Fahrplans durch die Aufsichtsbehörde wird für die ersten 3 Jahre nach der Eröffnung des Bahnbetriebes abgesehen. Nach Ablauf dieses Zeitraumes, welcher verlängert werden kann, wird die Feststellung des zu diesem Zwecke einzureichenden Fahrplans durch die Aufsichtsbehörde einer Prüfung unterzogen, welche regelmäßig in Zeitabschnitten von drei Jahren wiederholt wird.

Außerdem ist jeder Fahrplan der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung einzureichen.

20. Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren nach der Eröffnung des Bahnbetriebes der Unternehmerin frei.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die Höchstbeträge der Beförderungspreise zu genehmigen. Die Feststellung der Höchstbeträge wird in Zeiträumen von je 3 Jahren der Prüfung unterzogen.

Jede Feststellung und jede Änderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde mindestens 8 Tage vor der in Aussicht genommenen Veröffentlichung mitzuteilen.

Verboten sind Vereinbarungen und Zusicherungen, wonach das Entgelt für die Beförderung abweichend von den tarifarischen Beförderungspreisen bestimmt wird.

21. Die Fahrpläne und die Beförderungspreise sind mindestens 3 Tage, Erhöhungen der

Beförderungspreise aber mindestens 14 Tage vor ihrer Einführung durch die zu amtlichen Bekanntmachungen in der Stadt Aachen sowie im Kreise Eupen bestimmten Blätter zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Außerdem hat die Veröffentlichung durch Aushang in den dem Straßenbahnverkehr gewidmeten Räumen stattzufinden.

22. Über das in dieser Genehmigung bezeichnete Unternehmen ist vorbehaltlich näherer Bestimmung der Aufsichtsbehörde eine besondere Rechnung zu führen, aus welcher das auf die plan- und anschlagsmäßige Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Baukapital und der jährliche Reinertrag des Unternehmens mit Sicherheit ersehen werden kann.

Der Aufsichtsbehörde ist auf Erfordern der Rechnungsabschluß jährlich einzureichen und die Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

23. Im Interesse der Aufrechterhaltung eines regelmäßigen und sicheren Betriebes hat die Unternehmerin für den nebenbahnähnlichen Teil des durch diese Urkunde genehmigten Unternehmens einen Erneuerungsfonds und neben dem in §. 262 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 vorgeschriebenen Reservefonds einen Spezialreservefonds nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu bilden:

I. Der Erneuerungsfonds dient zur Bestreitung der Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel. Es sind jedoch hieraus von den Betriebsmitteln nur die Kosten ganzer Wägen, von den Oberbaumaterialien dagegen auch die Kosten einzelner Stücke zu bestreiten. Der Ersatz einzelner Teile von Betriebsmitteln muß auf Rechnung des Betriebsfonds erfolgen.

In den Erneuerungsfonds fließen:
1. der Erlös aus den entsprechenden abgängigen Materialien,
2. die Zinsen des Fonds selbst,
3. eine aus den Überschüssen der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben zu entnehmende jährliche Rücklage.

Lassen die Betriebsergebnisse eines Jahres die Deckung der Rücklagen zum Erneuerungsfonds (Ziffer 3) nicht oder nicht vollständig zu, so ist das Fehlende aus den Überschüssen des oder der folgenden Betriebsjahre zu entnehmen. Abweichungen hiervon sind mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zulässig.

Die zeitweilige Entbindung von weiteren Rücklagen für den Fall, daß nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörden der Erneuerungsfonds eine ausreichende Höhe erlangt haben sollte, bleibt vorbehalten.

II. Der Spezialreservefonds dient zur Bestreitung von Ausgaben, die durch außergewöhnliche Elementarereignisse und größere Unfälle hervorgerufen werden.

Diesem Fonds sind zuzuführen:
1. der Betrag der verfallenen, nicht abgehobenen Dividenden und Zinsen,
2. die Zinsen des Fonds selbst,
3. eine aus dem Reinertrage zu entnehmende jährliche Rücklage.

Erreicht der Spezialreservefonds den Betrag von 5 % des Anlagekapitals, so können für die Dauer dieses Bestandes weitere Rücklagen unterbleiben.

III. Die Anordnungen über die Höhe der Rücklagen zum Erneuerungs- und zum Spezial-Reservefonds (Nr. I und II) werden in einem besonderen, von den Aufsichtsbehörden zu erlassenden, in fünfjährigen Zeiträumen der Nachprüfung unterliegenden Regulative erfolgen.

IV. Der Erneuerungs- und der Spezial-Reservefonds sind sowohl von einander, als auch von anderen Fonds des Unternehmens getrennt zu verwalten.

Die zu jenen Fonds zu vereinnahmenden Beträge sind, sofern sie nicht sofort zur Verwendung gelangen, in Wertpapieren, welche bei der Reichsbank beleihbar sind, zinstragend anzulegen.

24. Die Anlegung von Wartehallen vorzuschreiben bleibt vorbehalten.

25. Im Interesse der Militärverwaltung und zwar des Landheeres einschließlich der Schutztruppen und der Marine liegen der Unternehmerin in betreff des Betriebes folgende Verpflichtungen ob:

1. Dieselben sind nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit ihrer Bahn im Frieden und im Kriege verpflichtet, Militärtransporte aller Art — während des Kriegsverhältnisses auch Privatgut für die Militärverwaltungen — zu befördern.
2. Werden Abweichungen von den für die Annahme, Abfertigung, Ver- und Entladung sowie für die Beförderung geltenden Einrichtungen und Bestimmungen des öffentlichen Verkehrs im Interesse der Ausführung von Militärtransporten erforderlich, so unterliegen dieselben im Einzelfalle der Vereinbarung zwischen der absendenden Militärbehörde und Bahnverwaltung. Die für die Betriebssicherheit getroffenen allgemeinen Bestimmungen dürfen hierdurch nicht berührt werden.
3. Lassen sich im Mobilmachungs- und Kriegs-

falle die Militärtransporte nicht mit den Zügen des öffentlichen Verkehrs bewältigen, so ist die Militärverwaltung berechtigt, in den Fahrplan des öffentlichen Verkehrs Militär-, Bedarfs- und Sonderzüge einzuschalten, auch zeitweise die Beschränkung, Vereinfachung und vollständige Aussetzung der Züge des öffentlichen Verkehrs anzuordnen und einen besonderen Militärfahrplan einzuführen.

4. Die Unternehmerin ist im Mobilmachungs- und Kriegsfalle verpflichtet, ihr Personal und ihr zur Herstellung zum Betriebe von Kleinbahnen dienliches Material herzugeben. Die demnächstige Entschädigung regelt sich finngemäß nach den entsprechenden Bestimmungen der Militär-Eisenbahn-Ordnung, Teil II D und des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (R.-G.-Bl. S. 137) unter Berücksichtigung des geringeren Kapitalwertes nach Maßgabe sachverständiger Schätzung.

5. Die Militärverwaltung ist im Mobilmachungs- und Kriegsfalle berechtigt, den Betrieb einer auf dem Kriegsschauplatz oder in dessen Nähe gelegenen Kleinbahn selbst zu übernehmen. Das bei der Übernahme und Betriebsführung sowie bei der Rückgabe maßgebende Verfahren richtet sich nach der Instruktion betreffend Kriegsbetrieb und Militärbetrieb der Eisenbahnen (Militär-Eisenbahn-Ordnung, Teil II E).

6. Auf Anfordern der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde hat die Unternehmerin zwecks Ermittelung der militärischen Leistungsfähigkeit ihrer Bahn im Frieden und im Kriege über ihre Anlagen, Einrichtungen und Betriebsmittel Auskunft zu geben.

Die Militärverwaltung ist außerdem berechtigt, zur Vervollständigung dieser Auskunft sowie zu sonstigen militärischen Zwecken auch unmittelbar Erkundigungen anzuordnen. Den entsandten Offizieren und Beamten ist dabei jede wünschenswerte Unterstützung zu gewähren.

7. Jeder Militärtransport wird mit einem von der zuständigen Dienststelle ausgefertigten Ausweis versehen.

Als Ausweise gelten:

a) Berechtigungsscheine nach dem in der Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 enthaltenen Muster I (Anlage 1),
b) Einberufungs-, Entlassungspapiere, sowie Urlaubspässe (letztere auch, wenn sie von Zivilbehörden für die bei ihnen zur Probedienstleistung kommandierten oder beurlaubten Militärpersonen ausgefertigt sind),
c) Frachtbriefe.

Auf Grund derartiger Ausweise erfolgt die Beförderung zu den Sätzen des Militärtarifs, im Frieden gegen sofortige Barbezahlung, im Kriege auch unter Stundung der Fahrgelder.

Bei Vorzeigung der oben unter a und b bezeichneten Ausweise sind Militärfahrkarten zu verabfolgen, die den Transportführern für die Rechnungslegung zu belassen sind. Werden von der Militärbehörde statt der Berechtigungsscheine (Muster 1) Fahrtausweise nach dem in der Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 enthaltenen Muster 2 (Anl. 2) ausgefertigt, so dienen diese gleichzeitig als Fahrkarten.

Im Falle der Barzahlung werden diese Fahrtausweise in zwei gleichlautenden Abschnitten ausgefertigt. Beide Abschnitte sind alsdann von dem zuständigen Bahnubediensteten hinsichtlich des gezahlten Fahrpreises auszufüllen und mit dem Dienststempel oder mit Namensunterschrift zu versehen; beide Abschnitte bleiben in den Händen des Transportführers. Der eine Abschnitt erhält die Überschrift: Gültig als Militärfahrkarte. Anerkenntnis für die Militärverwaltung und ist für Rechnungszwecke der Militärverwaltung bestimmt. Der andere Abschnitt erhält die Überschrift: Anerkenntnis für die Kleinbahnverwaltung, und wird nach Ausführung des Transports von der Militärbehörde an die Kleinbahnverwaltung eingesandt.

Soll die Vergütung gestundet werden, so geschieht die Beförderung gleichfalls auf Grund der Fahrtausweise nach Muster 2, indes unter Berücksichtigung der daselbst für diesen Fall angegebenen Änderungen, oder auf Grund von Frachtbriefen, welche letztere mit dem Vermerk „Fracht ist zu stunden" versehen werden.

Gestundete Fahr- und Frachtgelder sind bei der Intendantur des stellvertretenden Generalstabes der Armee zur Liquidation zu bringen, und bleiben zu diesem Zwecke die Fahrtausweise (Muster 2) bezw. Frachtbriefe in den Händen der Bahn.

7 a I. Während des mobilen Verhältnisses sind die Einberufenen der bewaffneten Macht (Heer und Marine) und des Landsturms behufs Erreichung des Gestellungsorts mit allen fahrplanmäßigen Zügen in jeder Wagenklasse, nötigenfalls unter Zurückstellung alles anderen Personen- und Güterverkehrs, ohne

Fahrkarte zu kostenfreier Benutzung der Bahn zuzulassen und zwar:

α) die Mannschaften des Beurlaubtenstandes gegen Vorzeigung des Gestellungsbefehls oder anderer Militärpapiere,

β) die Mannschaften des Landsturmes innerhalb des betreffenden Korpsbezirks auf Grund ihrer mündlichen Erklärung, daß sie dem Landsturm angehören und eingezogen sind,

γ) Kriegsfreiwillige und Freiwillige des Landsturmes auf Vorzeigung einer Bescheinigung der Ortsbehörde über Zweck und Ziel der Reise.

Der Ausweis oder die mündliche Erklärung erfolgt den Kontrollbeamten gegenüber.

Von Beibringung der unter α) bezeichneten Ausweise kann abgesehen werden, wenn gegen die mündlichen Angaben über Zweck und Ziel der Reise Bedenken nicht bestehen.

II. Die Kleinbahnverwaltung hat die auf die Festsetzungen unter I bezüglichen, von der Zivil- oder Militärverwaltung für erforderlich erachteten Bekanntmachungen auf ihren Bahnhöfen anschlagen zu lassen.

III. Um den in Betracht kommenden Kleinbahnen schon im Frieden einen ungefähren Anhalt für die von ihnen im Mobilmachungsfalle zu beanspruchenden Leistungen zu geben, erhalten sie von den Bezirkskommandos von 3 zu 3 Jahren Angaben über die voraussichtliche Zahl der im Mobilmachungsfalle auf ihren Bahnstrecken zu befördernden Einberufenen sowie über die von diesen zu benutzenden Züge.

Bei wesentlichen Abweichungen werden diese Angaben auch in der Zwischenzeit gemacht.

IV. Anträge der Kleinbahnen auf Zurückstellung von Betriebsbediensteten vom Waffendienst im Mobilmachungsfalle, soweit das Personal dienstpflichtig ist, oder als ausgebildet dem Landsturm II. Aufgebots angehört, sind — getrennt nach Bezirkskommandos — an den für die Kleinbahn zuständigen Regierungspräsidenten in Form von Listen und vierteljährlichen Nachtragslisten nach dem Muster 20 der Wehrordnung zu richten. Der Regierungspräsident prüft diese Listen usw., stellt für diejenigen Personen, deren Zurückstellung er im Einvernehmen mit der zuständigen Königlichen Eisenbahndirektion für dringend notwendig erachtet, Unabkömmlichkeitsbescheinigungen nach dem Muster 23 der Wehrordnung aus und übersendet Listen nebst Bescheinigungen dem zuständigen Bezirkskommando.

Diese Festsetzungen gelten nicht für Kleinbahnen, die den Verpflichtungen unter B der Ausführungsanweisung zu §. 9 nicht unterliegen.

V. Die nachträgliche Entschädigung wird der Bahnverwaltung für die wirklich zur Beförderung gelangten Mannschaften nach den Sätzen des Militärtarifs gewährt. Die erforderlichen Angaben sind von dem Kontrollbeamten auf Grund ihrer Feststellung zu machen. Die Liquidation ist zur Prüfung an das Bezirkskommando zu senden, in dessen Bezirk der Einberufene die Reise angetreten hat. Das Bezirkskommando sendet demnächst die Liquidation an die Intendantur des stellvertretenden Generalstabs der Armee.

8. Die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen der Bahn dürfen zu dringlichen militärischen Mitteilungen benutzt werden, soweit die Erfordernisse des Eisenbahndienstes dies zulassen. Im Mobilmachungs- und Kriegsfalle erfolgen diese Mitteilungen kostenfrei.

26. Für die Verpflichtung der Unternehmerin im Interesse der Postverwaltung sind die Bestimmungen im §. 42 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend.

Außerdem finden die Bestimmungen des Gesetzes über die Bahneinheiten vom 8. Juli 1902 Anwendung.

27. Zum Schutze der Reichstelegraphen- und Fernsprechanlagen werden die folgenden allgemeinen polizeilichen Anforderungen erlassen:

1. Falls die Stromzuführung durch eine oberirdische blanke Leitung erfolgt, muß diese, die „Arbeitsleitung", an allen Stellen, wo sie vorhandene oberirdische Telegraphen- oder Fernsprechlinien kreuzt, mit Schutzvorrichtungen versehen sein, durch welche eine Berührung der beiderseitigen Leitungen verhindert oder unschädlich gemacht wird. Solche Vorrichtungen können u. a. bestehen in geerdeten Schutzdrähten oder Fangnetzen, aufgesattelten Holzleisten und dergleichen.

2. Wird die Arbeitsleitung (Ziffer 1) noch durch besondere oberirdische blanke Zuleiter gespeist, so müssen die Speiseleitungen da, wo sie von vorhandenen oberirdischen Telegraphen- und Fernsprechleitungen gekreuzt werden, gegen etwaige Berührung durch letztere entweder in ausreichender Erstreckung isoliert, oder durch geerdete Fangdrähte oder Fangnetze gedeckt sein. Die Isolation darf auch von einer die normale Betriebsspannung um 1000 V. über-

steigenden Spannung nicht durchschlagen werden.

3. Falls die Stromrückleitung durch die Gleisschienen erfolgt, müssen diese mit dem Kraftwerk durch besondere Leitungen, die Schienenstöße unter sich durch besondere metallische Brücken von ausreichendem Querschnitt in guter leitender Verbindung stehen.
4. An oberirdischen Kreuzungen der beiderseitigen Anlagen muß der Abstand der untersten Telegraphen- oder Fernsprechleitung von den höchst gelegenen stromführenden Teilen der Bahnanlage mindestens 1 m betragen. Die Masten zur Aufhängung der oberirdischen Leitungen müssen von vorhandenen Telegraphen- oder Fernsprechleitungen mindestens 1,25 m entfernt bleiben.
5. Wo die Arbeits- oder Speiseleitungen der Bahn streckenweise in einem Abstande von weniger als 10 m neben den Telegraphen- oder Fernsprechleitungen verlaufen und die örtlichen Verhältnisse eine Berührung der beiderseitigen Leitungen auch beim Umstürzen der Träger oder beim Herabfallen der Drähte nicht ausschließen, müssen die Gestänge der Bahnanlage, nötigenfalls auch die der Telegraphenanlage, durch kürzere als die sonst üblichen Abstände durch entsprechend stärkere Stangen und Masten und durch sonstige Verstärkungsmittel (Streben, Anker und dergl.) gegen Umsturz besonders gesichert sein; auch müssen die Drähte an den Isolatoren so befestigt sein, daß eine Lösung aus ihren Drahtlagern ausgeschlossen ist.
6. Unterirdische Speiseleitungen müssen unterirdischen Telegraphen- oder Fernsprechkabeln tunlichst fernbleiben. Bei Kreuzungen und bei seitlichen Abständen der Kabel von weniger als 0,50 m müssen die Bahnkabel auf der den Schwachstromkabeln zugekehrten Seite mit Zementhalbmuffen von wenigstens 0,06 m Wandstärke versehen und innerhalb dieser in Wärme schlecht leitendes Material (Lehm u. dergl.) eingebettet sein. Diese Muffen müssen 0,50 m zu beiden Seiten der gekreuzten Schwachstromkabel, bei seitlichen Annäherungen ebensoweit über den Anfangs- und Endpunkt der gefährdeten Strecke hinausragen. Liegt bei Kreuzungen und bei seitlichen Abständen der Kabel von weniger als 0,50 m das Bahnkabel tiefer als das Schwachstromkabel, so muß letzteres zur Sicherung gegen mechanische Angriffe mit zweiteiligen eisernen Röhren bekleidet sein, die über die Kreuzungs- und Näherungsstellen nach jeder Seite hin 1 m hinausragen. Solcher Schutzvorrichtungen bedarf es nicht, wenn die Bahn- oder die Schwachstromkabel sich in gemauerten oder in Zement- oder dergleichen Kanälen von wenigstens 0,06 m Wandstärke befinden.
7. Findet beim Betriebe der Bahn kein regelmäßiger Polaritätswechsel statt, so ist der negative Pol der Dynamomaschine mit der Gleisanlage zu verbinden.
8. Von beabsichtigten Ausgrabungen in Straßen mit unterirdischen Telegraphen- oder Fernsprechkabeln ist der zuständigen Ober-Postdirektion oder den zuständigen Post- oder Telegraphenämtern bei Zeiten vor dem Beginn der Arbeiten schriftlich Nachricht zu geben. Falls durch solche Arbeiten der Telegraphen- oder Fernsprechbetrieb gestört werden könnte, sind die Arbeiten auf Antrag der Telegraphenverwaltung zu Zeiten auszuführen, in denen der Telegraphen- bezw. Fernsprechbetrieb ruht.
9. Fehler — d. h. ein schadhafter Zustand — in der Starkstromanlage der Bahn, durch welche der Bestand der Telegraphen- oder Fernsprechanlagen oder die Sicherheit des Bedienungspersonals gefährdet werden könnte, sind ohne Verzug zu beseitigen; außerdem ist der elektrische Betrieb der Bahn im Wirkungsbereich der Fehler bis zu deren Beseitigung einzustellen.
10. Für den Fall, daß die in diesen Bestimmungen vorgesehenen Schutzvorrichtungen sich nicht als ausreichend erweisen sollten, um Gefahren für den Bestand (die Substanz) der Telegraphen- oder Fernsprechanlagen oder die Sicherheit des Bedienungspersonals fernzuhalten, bleibt vorbehalten, jederzeit weitergehende gefahrenpolizeiliche Anforderungen zu stellen.
11. Vor dem Vorhandensein der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen darf das Leitungsnetz auch für Probefahrten oder sonstige Versuche nicht unter Strom gesetzt werden. Von der beabsichtigten Unterstromsetzung ist der Telegraphenverwaltung mindestens drei freie Wochentage vorher schriftlich Mitteilung zu machen. Ferner ist ihr mindestens 4 Wochen vorher von der beabsichtigten Inbetriebnahme der Bahn oder einzelner Strecken schriftlich Nachricht zu geben.

Aachen, den 17. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 49** Der Herr Oberpräsident hat dem Mäßigkeitsausschuß des Charitasverbandes für Westdeutschland zu Düsseldorf die Erlaubnis er-

teilt, zur Förderung seiner Zwecke auch im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind folgende Personen beauftragt worden:

Johann Wiblinghaus aus Neviges; Gerhard Proest aus Calcar; Joh. Wennekers aus Weeze; Herm. Schemann aus Mülheim a. d. Ruhr; Karl Wieber aus Langenfeld; Friedr Koch aus Hilden; Gerh. Wilbers aus Grefrath; Peter Eicks aus Scheuerheck; Friedr. Poschkamp aus Heiligenhaus; Peter Vogt aus Mutterschied; Anton Vollekier aus Amern St. Anton; Leonh. Jansen und Leonh. Ohlenforst aus Schierwaldenrath; Peter Graf, Martin Boll und Arnold Johnen aus Lamersdorf; Anton Schmitz aus Enzen; Jos. Lennartz aus Rollersbruch; Jos. Schneider aus Jüsch; Anton Schwagers und Herm Lüttges aus Krefeld; Wigand Urbach aus Düsseldorf; Wilh. Bohn aus Giesenkirchen; Leo Plum aus Rheydt; Theod. Esser aus Elfgen; Joh. Bertram aus Neuß; Lambert Lichtschlag aus Düsseldorf; Joh. Pitzen aus Rupperath; P. Karl Kenkmann, P. Franz Spring, P. Gerhard Wolter, P. Wilhelm Komorek, P. Jos. Zamponi, P. Daniel Schlemmer, Br. Paul Rings, Br. Michael Lienhart, Br. Herm. Joerissen, Br. Anton Lüttgens, Br. Gerhard Brüning, Br. Gerhard Siemes, Br. Karl Haber und Br. Leonhard Blum aus Heidhausen.

Aachen, den 28. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 50** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§. 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im ersten Vierteljahr 1906

am Samstag, den 31. März,
vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Veterinär-Rat Barański hierselbst, zu richten.

Aachen, den 29. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 51** Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Herr Kriegsminister haben unter'm 1. Oktober 1905 Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königlichen Forstschutzdienste erlassen, welche an die Stelle der bisherigen „Bestimmungen über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienste im Jägerkorps vom 1. Oktober 1897" getreten sind.

Aachen, den 25. Januar 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 52** Der Provinzialrat hat der Stadtgemeinde Jülich die Abhaltung eines Marktes für Pferde, Fohlen und Rindvieh am zweiten Dienstag im Monat Februar jeden Jahres, und zwar vorläufig versuchsweise auf die Dauer von drei Jahren genehmigt.

Aachen, den 24. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 53** Der Provinzialrat hat der Stadtgemeinde Eschweiler die Abhaltung von Pferde-, Fohlen und Rindviehmärkten am letzten Dienstag im Monat Mai, am dritten Dienstag im September und am letzten Dienstag im Monat November auf eine weitere Versuchsdauer von drei Jahren genehmigt.

Aachen, den 30. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 54** Der Provinzialrat hat die Abhaltung eines Zuchtvieh- und Bullenmarktes seitens der Lokalabteilung Aachen Stadt und Land des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Herzogenrath am 6. März d. J. genehmigt.

Aachen, den 26. Januar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 55** **Bekanntmachung,**
betreffend der Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen in Düsseldorf im Jahre 1906.

Die Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen beginnt am Montag den 9. Juli 1906, vormittags $8^1/_2$ Uhr.

Die Meldungen dazu sind bis zum 1. Juni d. Js. schriftlich an die unterzeichnete Königliche Regierung zu richten, wobei die Vorschriften des §. 2 der Prüfungsordnung vom 31. Januar 1902 beachtet werden müssen. Die Prüfungsordnung findet sich abgedruckt im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1902 Seite 277 und im Regierungsamtsblatt unseres Bezirks für 1902 Seite 95.

Düsseldorf, den 12. Januar 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Scheuner.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 56** Auf Grund des §. 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs

gesetze vom 30 Juni 1900 sind in der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirks Aachen zu Aachen am 4. Januar 1906 nachstehende Vertrauensärzte für das Jahr 1906 wieder gewählt worden:

a) für allgemeine Behandlung
1. Regierungs- und Medizinal-Rat Dr. Schlegtendal, Aachen;
2. Sanitäts-Rat Dr. Rademaker, Aachen;

b) für Chirurgie
1. Sanitäts-Rat Dr. Krabbel, Aachen;
2. Dr. Viehöfer, Aachen;

c) für Augenheilkunde
1. Augenarzt Dr. Thier, Aachen;
2. Augenarzt Dr. Büllers, Aachen.

Aachen, den 29. Januar 1906.

Der Schiedsgerichts-Vorsitzende.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 57** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zur Anlegung der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Winden zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Freitag, den 9. Februar, und Samstag, den 10. Februar dieses Jahres anberaumt.

Zu den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 30 Januar 1906.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

**Nr. 58 Personal-Nachrichten.**

Dem Oberlehrer Tirtey in Trier ist die kommissarische Verwaltung der Kreisschulinspektion Düren vom 1. Febr. d. Js. ab übertragen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 5.

---

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatt für 1905 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Kaiserlichen Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt I (Zeitungsstelle) — zu beziehen.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 6. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 8. Februar 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 59** Das 2. Stück enthält unter Nr. 3187: Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel. Vom 19. März 1902. Unter Nr. 3188: Notiz, betreffend Inkraftsetzung des Tarifs B und der darauf bezüglichen Bestimmungen des deutsch-bulgarischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrags vom 1. August 1905.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 60** Das 2. Stück enthält unter Nr. 10667: Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1906, betreffend den Rang des Kammergerichtspräsidenten und des Oberstaatsanwalts bei dem Kammergerichte. Unter Nr. 10668: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Herborn, Höhr-Grenzhausen, Langenschwalbach, Nastätten und Wehen. Vom 18. Januar 1906. Unter Nr. 10669: Bekanntmachung des Justizministers, betreffend die Bezirke, für die während des Kalenderjahrs 1905 die Anlegung des Grundbuchs erfolgt ist, sowie die Bezirke, für welche das Grundbuch auch in Ansehung der von der Anlegung ursprünglich ausgenommenen Grundstücke als angelegt gilt. Vom 22. Januar 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 61** **Bekanntmachung.**

Auf Grund der Vorschriften im §. 4, § 9 Ziffer 2 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden (Reichs-Gesetzblatt 1898, S. 361) ist der Betrag der für die Naturalverpflegung marschierender u. s. w. Truppen zu gewährenden Vergütung für das Jahr 1906 dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist:

| | mit Brot | ohne Brot |
|---|---|---|
| a) für die volle Tageskost | 80 Pfg. | 65 Pfg. |
| b) „ „ Mittagskost . | 40 „ | 35 „ |
| c) „ „ Abendkost . . | 25 „ | 20 „ |
| d) „ „ Morgenkost . | 15 „ | 10 „ |

Berlin, den 21. Dezember 1905.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Graf von Posadowsky.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 62** Die Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel in den Apotheken vom 22. Juni 1896 — Min.-Blatt für die innere Verw. S. 123 — werden hiermit auf das von den Höchster Farbwerken hergestellte Arzneimittel „Migränin" ausgedehnt. Das diesen Vorschriften beigegebene Verzeichnis erhält daher hinter Liquor Kalii arsenicosi die nachstehende Einschiebung:

**Migräninum — Migränin — 1,1 g.**

Berlin, den 10. Januar 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Förster.

**Nr. 63** **Bekanntmachung.**

Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs.

Von der im Kursbureau des Reichs-Postamts neu bearbeiteten Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs sind jetzt die Blätter III und XIV erschienen.

Es umfaßt:

das Blatt III den nordöstlichen Teil von Mecklenburg und den nordwestlichen Teil von Pommern (von Doberan bis Kolberg),

das Blatt XIV die Provinz Schlesien mit Ausnahme des nordwestlichen Teils.

Die Blätter können im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 Mark für das unausgemalte Blatt und 2 Mark 25 Pfg. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen von dem Verlage, dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W. 35, Potsdamerstraße 110), bezogen werden.

Berlin W. 66, den 2. Februar 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Giefeke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 64** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Januar 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 4 | 5 |
| desgl. | Eupen | 5 | 9 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 2 | 3 |

Aachen, den 5. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 65** Der Herr Oberpräsident hat die Frist für die Einsammlung der dem Vorstande der israelitischen Gemeinde St. Tönis im Kreise Kempen am 20. Juli v. J. bewilligten Hauskollekte bei den wohlhabenderen israelitischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf bis zum 1. August verlängert.

Aachen, den 5. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 66** **Polizei-Verordnung.**

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen, mit Ausnahme der Städte mit mehr als 10000 Einwohnern, unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§. 12 der Baupolizei-Verordnung für die Landgemeinden und die Städte bis zu 10000 Einwohnern vom 8. Oktober 1900 (Amtsblatt S. 328 ff.) erhält als 3. Absatz folgenden Zusatz:

„Die Polizeibehörden sind befugt, bei Verwendung von Schwemmsteinen zu Bauzwecken besondere Anordnungen zu treffen".

Aachen, den 2. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 67** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den in diesem Jahre in Gnesen abzuhaltenden Luxus-Pferdemarkt die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit diesem Markte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 150000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 1793 Gewinne im Gesamtwerte von 52500 Mark zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 6. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 68** Unter Verweisung auf die §§. 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Erkelenz IV bei Erkelenz mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Situationsriß gemäß §. 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 25. Januar 1906.

Königliches Oberbergamt.
Loerbroks.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 28. Oktober 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Erkelenz 4 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Erkelenz und Granterath, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen, und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, welches einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis d bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 25. Januar 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 69** **Bekanntmachung.**

In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Hochspannungsleitung der Rurtalsperren-Gesellschaft in der Gemeinde Büsbach zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vor-

geschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf Dienstag, den 13. Februar ds. Js., beginnend vormittags 8 Uhr, anberaumt.

In dem Termin wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu dem Termine besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termine zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 4. Februar 1906.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank,
Regierungsrat.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 70** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperrengesellschaft in der Gemeinde Brand zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Donnerstag, den 15.
und Freitag, den 16. Februar d. Js.,
anberaumt.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 7. Februar 1906.

Der Enteignungskommissar.
Dr. Frank, Regierungsrat.

**Nr. 71 Handwerkskammer Aachen.**

**Bekanntmachung,**

betr. Gesellenprüfungen.

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die von der Handwerkskammer errichteten Gesellenprüfungsausschüsse zur Abnahme der Gesellenprüfungen in der Zeit vom 1. bis 15. April zusammentreten werden.

Die Anmeldung der Prüflinge, welche bis zum 1. Juli d. J. die Lehre beenden und deren Lehrherren keiner Innung angehören, muß bis zum 20. März bei der Handwerkskammer zu Aachen, Großkölnstraße 7, erfolgen.

Der Anmeldung ist beizufügen:

1. ein kurzer, selbstgeschriebener Lebenslauf des Prüflings;
2. ein Zeugnis des Lehrherrn über die Dauer der Lehrzeit und das Betragen des Prüflings;
3. bei den Prüflingen, welche eine Fortbildungs- oder Fachschule besucht haben, ein Zeugnis über den Schulbesuch.

Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr (8 Mark) einzusenden.

Aachen, den 6. Februar 1906.

Die Handwerkskammer:
Peter Weber jr., Vorsitzender.
Scholl, Sekretär.

**Nr. 72 Bekanntmachung.**

In Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bäcker Johann Schüll und der Gutsbesitzer Bertram Beckers den Antrag gestellt haben, den über die Parzellen Flur 5, Nr. 1803, 1804 und 1805 führenden Fußpfad — Bocksteg genannt — zu verlegen. Der bezügliche Plan liegt während 4 Wochen im Rathaus, Zimmer Nr. 8, zu Jedermanns Einsicht offen, und sind etwaige Einsprüche während dieser Präklusivfrist bei dem Unterzeichneten anzubringen. Die Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung durch das Amtsblatt Königlicher Regierung in Aachen.

Würselen, den 29. Januar 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Schaeffer.

**Nr. 73 Personal-Nachrichten.**

Der Rechtsanwalt Dr. Greven in Cöln ist zum Notar in Aachen ernannt. Dem Notar Vogel in Schweich ist der Wohnsitz in Stolberg angewiesen.

Der Kindergärtnerin Marta Wassermann aus Langendreer ist auf Grund der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Übernahme einer Stelle als Hauslehrerin und Erzieherin bei Kindern bis zum vollendeten 10. Lebensjahr im hiesigen Regierungsbezirk erteilt worden.

Der Kreisarzt Geheimer Medizinalrat Dr. Wellenstein in Urft tritt am 1. April d. Js. in den Ruhestand. Von diesem Tage ab ist die kommissarische Verwaltung der Kreisarztstelle des Kreises

Schleiden dem Arzt Dr. Isfort in Telgte unter Anweisung des Amtssitzes in Schleiden übertragen.

Dem Oberförster von Goerschen zu Wallenstein ist vom 1. März ds. Js. ab die Verwaltung der durch Versetzung ihres bisherigen Inhabers frei gewordenen Oberförsterstelle Gemünd übertragen worden.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Eilendorf den Verwaltungssekretär Joseph Brankers in Eilendorf zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten des Standesamtsbezirks der Landgemeinde Eilendorf ernannt.

Der Herr Oberpräsident hat den Bürgermeistereiverwalter Gerhard Darius in Blankenheim widerruflich zum Standesbeamten der die Landbürgermeistereien Blankenheim, Dollendorf und Lommersdorf umfassenden Standesamtsbezirke ernannt und die Ernennung des Bürgermeisters Schnitz zum Standesbeamten dieser Bezirke widerrufen.

Die Bestellung des Paul Dunkel in Vorscheid zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Pannesheide ist erloschen.

Dem Strafanstaltshausvater Höhner hierselbst ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Ernannt sind: Der Ober-Postpraktikant Kösters aus Aachen zum Postinspektor in Münster (W.), der Postassistent Wagner aus Stolberg (Rl.) zum Postverwalter in Hellenthal.

Versetzt sind: die Ober-Postpraktikanten Weber von Wanne nach Aachen, Finscher von Witten nach Aachen, Gawron von Oppeln nach Jülich, Harder von Stettin nach Eupen, Holzke von St. Johann (Saar) nach Düren (Rl.), Klaproth von Aachen nach Erfurt, Kruckow von Düren (Rl.) nach Halle (Saale), Ludwig von Aachen nach Mörs, Metzner von Gleiwitz nach Eschweiler, Odenbach von Aachen nach Oldenburg (Grhzgt.), Beckenstedt von Stolberg (Rl.) nach Oppeln.

Der Postinspektor Link in Aachen tritt in den Ruhestand.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 6.

**Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Amtsblatt für 1905 ist erschienen und zum Preise von 50 Pfennig für jedes Stück durch die Regierungs-Amtsblatts-Verwaltung in Aachen und durch alle Kaiserlichen Postanstalten — in Aachen durch das Kaiserliche Postamt 1 (Zeitungsstelle) zu beziehen.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 7. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 15. Februar 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 74** Gemäß §. 21 der Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntnis, daß infolge der Niederlegung meines Mandates der Kreisdeputierte Kaufmann Anton Liell in Bernkastel-Cues zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Kreis Bernkastel gewählt worden ist.

Coblenz, den 9. Februar 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Freiherr von Schorlemer.

**Nr. 75** Der Herr Minister des Innern hat dem Pferdezuchtverein für Elsaß-Lothringen auf Grund Allerhöchster Ermächtigung die Erlaubnis erteilt, zu der öffentlichen Ausspielung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen, die der Verein in diesem Jahre zu veranstalten beabsichtigt, auch im Regierungsbezirke Aachen Lose zu vertreiben. Die Zahl der Lose beträgt 100000, die der Gewinne 1200 im Gesamtwerte von 39000 Mark.

Aachen, den 14. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 76** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf Montag, den 28. Mai d. Js., festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Leiter der Anstalt Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 58.

Aachen, den 13. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 77** Umstehend.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 78** In Sachen, betreffend die Enteignung der fluchtliniengemäß zum Ausbau der Klotzweiderstraße abzutretenden, der Maria La Rue, Ehefrau des Rechtsanwalts Justizrats Dr. jur. Bartho Baaffen hier, und der Elise La Rue, Ehefrau des Oberlehrers Dr. phil. Wilhelm Hahn in Straßburg i. E. gehörigen, 25,50 Ar großen Fläche aus dem Grundstücke „Kanngieße" an der Klotzweiderstraße, eingetragen im Grundbuche von Aachen in Band 37, Blatt 1441, im Kataster der Gemeinde Aachen unter Flur F I, Parzelle Nr. 1146/271, Artikel Nr. 6734 der Grundsteuermutterrolle des Gemeindebezirks Aachen, habe ich behufs Verhandlung über die Feststellung der Entschädigung Termin auf

Dienstag, den 6. März 1906,
nachmittags 5 Uhr,

im Zimmer Nr. 16 des Polizei-Direktionsgebäudes hierselbst anberaumt und fordere sämtliche Beteiligte, insbesondere auch die Eigentümer und die Nebenberechtigten in Gemäßheit des §. 25 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) auf, ihre Rechte in diesem Termine wahrzunehmen, widrigenfalls bei ihrem Ausbleiben die Entschädigung ohne ihr Zutun festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird.

Der in der Bekanntmachung vom 31. v. Mts. auf Mittwoch, den 14. d. Mts. anberaumte Termin ist aufgehoben.

Aachen, den 12. Februar 1906.

Der Königliche Polizei-Präsident.
J. V.: Dr. Freiherr von Lyncker.
Regierungsassessor.

**Nr. 77** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 20 | 25 | 19 | 25 | — | — | 19 | 25 | 18 | 25 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 17 | 88 | 17 | 38 | — | — | 16 | 88 | 16 | 38 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 17 | 53 | 16 | 53 | — | — | 15 | 93 | 14 | 93 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- | | Heu | | Fleisch: Rind- im Großhandel | | Rind- von der Keule | | Rind- vom Bauch | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7 | 50 | 135 | — | 1 | 65 | 1 | 30 | 2 | 20 | 1 | 75 | 1 | 60 | 1 | 85 | 2 | 70 | 6 | 30 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 109 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 28 | 6 | 77 | — | — | — | — |
| — | — | 6 | 20 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 2 | — | 2 | — | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 40 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 60 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 2 | — | 1 | 40 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 60 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 55 | 5 | 85 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 20 | 4 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 128 | 88 | 1 | 68 | 1 | 45 | 1 | 95 | 1 | 66 | 1 | 61 | 1 | 89 | 2 | 49 | 6 | 08 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Januar 1906.

Preise:

| Getreide: Hafer gut M. | Pf. | Hafer mittel M. | Pf. | Hafer gering M. | Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Pf. | Bohnen (weiße) M. | Pf. | Linsen M. | Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Pf. | Stroh Richt- M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 17 | 50 | 16 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 15<br>17 | 88<br>33 | 15 | 38 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 40 | — | 44 | — | 9 | — | 6<br>7 | —<br>33 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 42 | — | — |
| 14<br>15 | 78<br>96 | — | — | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 3<br>3 | 40<br>78 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | — | 30 | — | — | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 9 | 20 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 16 | 50 | — | — | — | — | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | 47 | 33 | 71 | 42 | 20 | 7 | 58 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Januar 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Pf. | Roggen M. | Pf. | Gersten: Graupen M. | Pf. | Grütze M. | Pf. | Buchweizengrütze M. | Pf. | Hafer-Grütze M. | Pf. | Hirse M. | Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Pf. | Kaffee: Java (mittel) roh M. | Pf. | Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Pf. | Speisesalz M. | Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Pf. | Schwarzbrot M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 60 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 27 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 38 | — | 48 | — | 36 | — | 55 | — | 56 | — | 46 | 2 | 35 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 78 | — | 15 |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats Januar 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei dem Hauptmarktorte Aachen an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreid ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 14. Februar 1906. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Boehm.

**Nr. 79 Bekanntmachung.**

**Königliche Tierärztliche Hochschule Hannover.**

Das Sommer-Semester 1906 beginnt am 19. April 1906.

Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses

Hannover, den 9. Februar 1906.

Die Direktion.
Dr. Dammann.

**Öffentliche Bekanntmachung.**

**Nr. 80** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

Spezialkommissar Regierungs-Assessor Rose in Aachen.

1. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Rott, Bürgermeisterei Roetgen, Kreis Montjoie, Aktenzeichen Lit. R a Nr. 30;
2. Zusammenlegung desjenigen Teiles der Gemarkung Setterich, (Gemeindebezirk Setterich), der westlich der Provinzialstraße Alsdorf-Puffendorf liegt. Bürgermeisterei Siersdorf, Kreis Jülich, Aktenzeichen Lit. S a Nr. 61;

Spezialkommissar Regierungsrat Dr. Rensing zu Düren

3. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Birkesdorf mit Ausschluß der Grundstücke östlich der sogenannten alten Jülich'er-Landstraße sowie der Ortslage von Birkesdorf, d. h. aller Grundstücke, Hofräume, Hausgärten, zwischen der Düren — Heinsberg'er-Provinzialstraße, der Grünstraße, dem Grenzwege Düren — Birkesdorf und der Dorfstraße. Bürgermeisterei Birkesdorf, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. Ba Nr. 74;

Spezialkommissar Regierungsrat Pauly zu Düren.

4. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Drove mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und forstmäßig bewirtschafteten Waldgrundstücke sowie
   1. des östlich des alten Drove'r Bachs und des Dorfs gelegenen Gemarkungsteils zwischen der Grenze gegen Kreuzau und dem Fußwege nach Soller;
   2. der Wiesen und Gärten am Boich'er Bach in den Fluren 34 und 35.

   Bürgermeisterei Drove, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. D a Nr. 30;

Spezialkommissar Regierungs-Assessor Heffelt zu Düren.

5. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Juntersdorf mit Ausschluß der Hofräume und Hausgärten. Bürgermeisterei Füssenich, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. J a Nr. 14;

Spezialkommissar Regierungs-Assessor Gronarz zu Euskirchen.

6. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Marmagen mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und Holzungen. Bürgermeisterei Marmagen, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Lit. M a Nr. 34;
7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Udenbreth mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen. Bürgermeisterei Udenbreth, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Lit. U a Nr. 28,

werden mit Bezug auf die §§. 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§. 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§. 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 23. April 1906,
vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße Nr. 184 — anstehenden Termin anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 1. Februar 1906.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

**Nr. 81 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt ist der bei der evangelischen Volksschule zu Warden, Kreis Aachen Land, seither einstweilig tätige Lehrer Wilhelm Saße.

Dem Apotheker Adolf Kühtze in Urft ist die Konzession für die in Urft neu errichtete Vollapotheke erteilt worden.

Die dem Apotheker Dr. Otto Probst in Gemünd erteilte Konzession für die bisherige Filialapotheke in Urft ist erloschen.

**Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 7.**

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 8. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 22. Februar 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 82** Das 3. Stück enthält unter Nr. 3189: Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete. Vom 5. Februar 1906. Unter Nr. 3190: Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande. Vom 7. Februar 1906. Unter Nr. 3191: Bekanntmachung der Fassung des Gesetzes, betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande. Vom 7. Februar 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 83** Das 3. Stück enthält unter Nr. 10670: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, St. Goarshausen, Hachenburg, Hadamar, Höchst a. M., Idstein, Langenschwalbach, Marienberg, Rüdesheim und Weilburg. Vom 26. Januar 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 84** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 15. Februar 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Düren | 2 | 2 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 3 | 7 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 2 | 3 |

Aachen, den 16. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 85** **Polizei-Verordnung.**

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des §. 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen, was folgt:

§ 1. Die für den Umfang der Kreise Aachen — Stadt und Land —, Eupen, Malmedy, Montjoie und Schleiden erlassene Polizeiverordnung, betr. das Verbot des Auflassens ausländischer Brieftauben, vom 13. Mai 1893, wird auf den ganzen Regierungsbezirk ausgedehnt.

§. 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Aachen, den 21. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 86** **Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 2. Januar bis 30. Juni 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 M.

Nr. 81, 105, 152, 189, 190, 205, 225, 250, 277, 310, 324.

2. Litt. G à 1500 M.

Nr. 59, 67, 89, 124.

3. Litt. H à 300 M.

Nr. 36, 38, 43, 62, 91, 202, 207, 218, 295, 315, 327, 332, 361, 397, 419, 447, 481, 504, 511, 524, 608, 615.

4. Litt. J à 75 M.

Nr. 73, 272.

5. Litt. K à 30 M.

Nr. 47, 109, 122, 185, 370, 394, 421.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung

vom 1. Juli 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 14 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Juli 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Buchstaben-Bezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 14. Februar 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

### Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 87** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

Spezialkommissar Regierungs-Assessor
Rose in Aachen.

1. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Rott, Bürgermeisterei Roetgen, Kreis Montjoie, Aktenzeichen Lit. R a Nr. 30;
2. Zusammenlegung desjenigen Teiles der Gemarkung Setterich, (Gemeindebezirk Setterich), der westlich der Provinzialstraße Alsdorf-Puffendorf liegt. Bürgermeisterei Siersdorf, Kreis Jülich, Aktenzeichen Lit. S a Nr. 61;

Spezialkommissar Regierungsrat Dr. Rensing
zu Düren

3. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Birkesdorf mit Ausschluß der Grundstücke östlich der sogenannten alten Jülich'er-Landstraße sowie der Ortslage von Birkesdorf, d. h. aller Grundstücke, Hofräume, Hausgärten, zwischen der Düren — Heinsberg'er-Provinzialstraße, der Grünstraße, dem Grenzwege Düren — Birkesdorf und der Dorfstraße. Bürgermeisterei Birkesdorf, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. Ba Nr. 74;

Spezialkommissar Regierungsrat
Pauly zu Düren.

4. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Drove mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und forstmäßig bewirtschafteten Waldgrundstücke sowie
   1. des östlich des alten Drove'r Bachs und des Dorfs gelegenen Gemarkungsteils zwischen der Grenze gegen Kreuzau und dem Fußwege nach Soller;
   2. der Wiesen und Gärten am Boich'er Bach in den Fluren 34 und 35.

   Bürgermeisterei Drove, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. D a Nr. 30;

Spezialkommissar Regierungs-Assessor
Hesselt zu Düren.

5. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Juntersdorf mit Ausschluß der Hofräume und Hausgärten. Bürgermeisterei Füssenich, Kreis Düren, Aktenzeichen Lit. J a Nr. 14;

Spezialkommissar Regierungs-Assessor
Gronarz zu Euskirchen.

6. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Marmagen mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und Holzungen. Bürgermeisterei Marmagen, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Lit. M a Nr. 34;
7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Udenbreth mit Ausschluß der Hofräume, Hausgärten und der forstmäßig bewirtschafteten Holzungen. Bürgermeisterei Udenbreth, Kreis Schleiden, Aktenzeichen Lit. U a Nr. 28,

werden mit Bezug auf die §§. 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§. 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§. 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 23. April 1906,
vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße Nr. 184 — anstehenden Termin anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 1. Februar 1906.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

## Nr. 88 Königliche landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf
in Verbindung mit der
## Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Die Aufnahmen für das Sommer-Halbjahr 1906 beginnen am 18., die Vorlesungen am 26. April d. Js. Prospekte und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei.

Auskunft über den Eintritt und den Studiengang erteilt

Der Direktor:
In Vertretung: Professor Dr. Kreusler,
Geheimer Regierungsrat.

## Nr. 89 Personal-Nachrichten.

Der Herr Oberpräsident hat den Gärtner Heinrich Sanders in Birgelen widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Birgelen im Kreise Heinsberg umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Verwaltungssekretärs Paul Richard Toeneßen zum Stellvertreter des Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Der Herr Oberpräsident hat den Ackerer Johann Hermann Schnock in Karken widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Karken im Kreise Heinsberg umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Der Herr Oberpräsident hat den Beigeordneten und Gutsbesitzer Josef Hommelsheim in Köttenich und den Postmeister a. D. Johann Lowartz in Aldenhoven widerruflich zu Stellvertretern des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Aldenhoven im Kreise Jülich umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Bürgermeistereisekretärs Jakob Broichmann zum Stellvertreter des Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Der Regierungs-Civil-Supernumer Dresen ist zum Kreissekretär ernannt, und es ist ihm die Kreissekretärstelle bei dem Königlichen Landratsamte Malmedy vom 1. März d. Js. ab endgültig übertragen worden.

Der Kollegiensekretär bei der russischen Gesandtschaft in Darmstadt von Narauowitsch ist mit der vertretungsweisen Leitung des russischen Generalkonsulats in Frankfurt a. M. an Stelle des erkrankten Generalkonsuls beauftragt worden.

An Stelle des Frank Dillingham ist der amerikanische Bürger Pendelton King zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Aachen ernannt und in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer:

1. Heinrich Borsch bei der katholischen Volksschule zu Overhetfeld, Kreis Erkelenz;
2. Anton Köllges bei der katholischen Volksschule zu Oberkrüchten, Kreis Erkelenz;
3. Andreas Bosch bei der katholischen Volksschule zu Mausbach, Kreis Aachen-Land;
4. Georg Görz bei der katholischen Volksschule zu Mariadorf, Kreis Aachen-Land;
5. Josef Kerres bei der katholischen Volksschule zu Langweiler, Kreis Jülich;
6. Albert Graff bei der katholischen Volksschule zu Siersdorf, Kreis Jülich;
7. Wilhelm Knipp bei der katholischen Volksschule zu Altmyhl, Kreis Heinsberg;
8. Mathias Baßen bei der katholischen Volksschule zu Karken, Kreis Heinsberg;
9. Heinrich Hubert Nölke bei der katholischen Volksschule zu Kempen, Kreis Heinsberg;
10. Peter Kurth bei der katholischen Volksschule zu Lammersdorf, Kreis Montjoie;
11. Robert Esser bei der katholischen Volksschule zu Kalterherberg, Kreis Montjoie;
12. Peter Gau bei der katholischen Volksschule zu Rohren, Kreis Montjoie;
13. Hubert Aloys Jost bei der katholischen Volksschule zu Huppenbroich, Kreis Montjoie;
14. Theodor Bramkamp bei der katholischen Volksschule zu Birkesdorf, Kreis Düren;
15. Joseph Herbraud bei der katholischen Volksschule zu Hürtgen, Kreis Düren;
16. Franz Xaver Mauer bei der katholischen Volksschule zu Huchem-Stammeln, Kreis Düren;
17. Peter Weiler bei der katholischen Volksschule zu Girbelsrath, Kreis Düren;
18. August Schröer bei der katholischen Volksschule zu Ginnick, Kreis Düren;
19. Joseph Rohling bei der katholischen Volksschule zu Hochkirchen, Kreis Düren;
20. Hermann Aloys Weyer bei der katholischen Volksschule zu Ellen, Kreis Düren;
21. Richard Arnolds bei der katholischen Volksschule zu Bürvenich, Kreis Düren;
22. Peter Mohr bei der katholischen Volksschule zu Birgden, Kreis Geilenkirchen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 8.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 9. Ausgegeben zu Aachen, Mittwoch, den 28. Februar 1906.




**Nr. 90**

## Verteilungs-Plan

des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Aachen für das Rechnungsjahr **1906.**

| Der Ausgebedarf berechnet sich, wie folgt: | für Lehrer ℳ | ₰ | für Lehrerinnen ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|
| 1. Alterszulage nach dem Stande vom 1. Oktober 1905 . . . | 638 695 | — | 177 655 | — |
| 2. Voraussichtliche Steigerung der Alterszulage im Jahre 1906 | 36 175 | — | 13 045 | — |
| | 674 870 | — | 190 700 | — |
| 3. Davon ab: a) Durchschnittlicher Abgang durch Pensionierung pp. | 23 380 | — | 4 310 | — |
| b) Voraussichtliche Einnahmen für neue Stellen . | 6 460 | — | 3 950 | — |
| | 29 840 | — | 8 260 | — |
| 4. Mithin verbleiben . . . . . . . . . . . . . | 645 030 | — | 182 440 | — |
| 5. Vergütung des Kassenanwaltes (250 M.) . . . . . . . | 174 | — | 76 | — |
| 6. Sächliche Ausgaben (120 M.) . . . . . . . . . | 84 | — | 36 | — |
| | 645 288 | — | 182 552 | — |
| 7. Bestand aus dem Rechnungsjahre 1904 . . . . . . . . | 1 733 | — | 493 | — |
| Gesamtsumme . . . | 643 555 | — | 182 059 | — |

Zur Deckung des Bedarfs sind an Beiträgen zu erheben:

a) für Lehrerstellen:

für jede der unter Zugrundelegung des Mindestsatzes von 100 M. als Einheitssatz der Alterszulagen sich ergebenden 1770,45 Stelleneinheiten rund 364 M.; demnach für Stellen mit:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 120 M. Alterszulagen | 1, 2 × | 364 M. | = 436,80 M. |
| 125 " " | 1,25 × | " " | = 455,00 " |
| 130 " " | 1, 3 × | " " | = 473,20 " |
| 140 " " | 1, 4 × | " " | = 509,60 " |
| 150 " " | 1, 5 × | " " | = 546,00 " |
| 160 " " | 1, 6 × | " " | = 582,40 " |
| 170 " " | 1, 7 × | " " | = 618,80 " |
| 175 " " | 1,75 × | " " | = 637,00 " |
| 180 " " | 1, 8 × | " " | = 655,20 " |
| 190 " " | 1, 9 × | " " | = 691,60 " |
| 200 " " | 2, 0 × | " " | = 728,00 " |

b) für Lehrerinnenstellen:

für jede der unter Zugrundelegung des Mindestsatzes von 80 M. als Einheitssatz der Alterszulagen sich ergebenden 772,5 Stelleneinheiten rund 236 M.; demnach für Stellen mit:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 80 M. Alterszulagen | 1 × | 236 M. | = 236,00 M. |
| 90 " " | $1^1/_8$ × | " " | = 265,50 " |
| 95 " " | $1^{15}/_{80}$ × | " " | = 280,25 " |
| 100 " " | $1^2/_8$ × | " " | = 295,00 " |
| 110 " " | $1^3/_8$ × | " " | = 324,50 " |
| 120 " " | $1^4/_8$ × | " " | = 354,00 " |

Die hiernach gemäß dem Gesetz vom 3. März 1897 (G.-S. S. 25) vom Staate mit 337 M. für die Lehrerstelle und mit 184 M. für die Lehrerinnenstelle bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in der Gemeinde und von den Schulverbänden zu leistenden Beiträge sind in der nachstehenden Übersicht

im einzelnen aufgeführt. Die Beiträge der Schulverbände werden bei der Zahlung der Staatsbeiträge in vierteljährlichen Raten im voraus aufgerechnet oder von den Verbänden eingezogen werden.

Der Plan hat dem Kassenanwalt zur Prüfung vorgelegen; Einwendungen gegen denselben sind nicht erhoben. Innerhalb 4 Wochen nach dieser Bekanntgabe steht den einzelnen Schulverbänden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Abänderung des Verteilungsplanes bei dem Bezirksausschuß zu. Die Klage hat jedoch keine aufschiebbare Wirkung.

Aachen, den 12. Februar 1906.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

**Boehm.**

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge ℳ | für Lehrerinnenstell. | Beiträge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubring[en] für die Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | insgesa[mt] ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **1. Kreis Aachen Stadt.** | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aachen Stadt einschließlich Synagogengemeinde Aachen . . . . | 170 | 162 | 200 | 120 ab 1. 4. 06. | 123760 | — | 52569 | — | 27 einschl. 14 Lehrerstellen der früheren Stadt Burtscheid. | 9099 | 23 einschl. 13 Lehrerinnenstellen der früheren Stadt Burtscheid. | 4232 | 114661 | — | 48337 | — | 16299[8] |
| | 170 | 162 | — | — | 123760 | — | 52569 | — | 27 | 9099 | 23 | 4232 | 114661 | — | 48337 | — | 16299[8] |
| **2. Kreis Aachen Land.** | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Alsdorf . . . . | 7 | 7 | 160 | 100 | 4076 | 80 | 2065 | — | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 1717 | 80 | 777 | — | 2494 |
| Bardenberg . . . | 5 | 6 | 150 | 90 | 2730 | — | 1593 | — | 5 | 1685 | 6 | 1104 | 1045 | — | 489 | — | 1534 |
| Brand . . . . . | 5 | 5 | 140 | 90 | 2548 | — | 1327 | 50 | 5 | 1685 | 5 | 920 | 863 | — | 407 | 50 | 1270 |
| Broich . . . . . | 5 | 2 | 140 | 100 | 2548 | — | 590 | — | 5 | 1685 | 2 | 368 | 863 | — | 222 | — | 1085 |
| Büsbach . . . . | 11 | 8 | 160 | 90 | 6406 | 40 | 2124 | — | 11 | 3707 | 8 | 1472 | 2699 | 40 | 652 | — | 3351 |
| Cornelimünster . . | 4 | 6 | 140 | 90 | 2038 | 40 | 1593 | — | 4 | 1348 | 6 | 1104 | 690 | 40 | 489 | — | 1179 |
| Eilendorf . . . . | 11 | 12 | 180 | 100 | 7207 | 20 | 3540 | — | 11 | 3707 | 12 | 2208 | 3500 | 20 | 1332 | — | 48[..] |
| Eschweiler . . . | 35 | 31 | 200 | 110 | 25480 | — | 10059 | 50 | 14 | 4718 | 11 | 2024 | 20762 | — | 8035 | 50 | 2879[..] |
| Forst . . . . . | 11 | 9 | 200 | 120 ab 1. 4. 06 | 8008 | — | 3186 | — | 11 | 3707 | 9 | 1656 | 4301 | — | 1530 | — | 583[..] |
| Gressenich . . . . | 9 | 8 | 160 | 100 | 5241 | 60 | 2360 | — | 9 | 3033 | 8 | 1472 | 2208 | 60 | 888 | — | 309[..] |
| Haaren . . . . | 10 | 9 | 180 | 100 | 6552 | — | 2655 | — | 10 | 3370 | 9 | 1656 | 3182 | — | 999 | — | 418[..] |
| Herzogenrath . . | 7 | 8 | 150 | 90 | 3822 | — | 2124 | — | 7 | 2359 | 8 | 1472 | 1463 | — | 652 | — | 211[..] |
| Höngen . . . . | 10 | 8 | 140 | 80 | 5096 | — | 1888 | — | 10 | 3370 | 8 | 1472 | 1726 | — | 416 | — | 214[..] |
| Kinzweiler . . . | 5 | 2 | 140 | 80 | 2548 | — | 472 | — | 5 | 1685 | 2 | 368 | 863 | — | 104 | — | 967 |
| Laurensberg . . . | 5 | 2 | 180 | 100 | 3276 | — | 590 | — | 5 | 1685 | 2 | 368 | 1591 | — | 222 | — | 181[..] |
| Merkstein . . . . | 3 | 2 | 150 | 90 | 1638 | — | 531 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 627 | — | 163 | — | 79[..] |
| Pannesheide . . . | 12 | 12 | 160 | 80 | 6988 | 80 | 2832 | — | 12 | 4044 | 12 | 2208 | 2944 | 80 | 624 | — | 35[..] |
| Richterich . . . . | 5 | 4 | 160 | 80 | 2912 | — | 944 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 1227 | — | 208 | — | 14[..] |
| Stolberg . . . . | 23 | 22 | 180 | 100 | 15069 | 60 | 6490 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 10688 | 60 | 4282 | — | 149[..] |
| Walheim . . . . | 7 | 3 | 140 | 90 | 3567 | 20 | 796 | 50 | 7 | 2359 | 3 | 552 | 1208 | 20 | 244 | 50 | 14[..] |
| Weiden . . . . | 5 | 4 | 140 | 100 | 2548 | — | 1180 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 863 | — | 444 | — | 130[..] |
| Würselen . . . . | 16 | 15 | 180 | 100 | 10483 | 20 | 4425 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 6102 | 20 | 2217 | — | 831[..] |
| | 211 | 185 | | | 120785 | 90 | 52265 | 50 | 177 | 50640 | 159 | 27068 | 71136 | 20 | 25207 | 50 | [illegible] |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrer-innen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Lehrer-innen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Lehrer-innen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Bei-träge ℳ | für Lehrer-innenstell. | Bei-träge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer ℳ | ₰ | Lehrer-innen ℳ | ₰ | insgesamt ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| **. Kreis Düren.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| rnoldsweiler . . | 3 | 2 | 140 | 100 | 1528 | 80 | 590 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 517 | 80 | 222 | — | 739 | 80 |
| llen . . . . . | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| orschenich . . . | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| insfeld . . . . | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| raumüllesheim . | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| erzbuir-Kufferath . | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| irgel . . . . | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| ürzenich . . . | 3 | 3 | 140 | 80 | 1528 | 80 | 708 | — | 3 | 1011 | 3 | 552 | 517 | 80 | 156 | — | 673 | 80 |
| endersdorf . . . | 2 | 2 | 150 | 90 | 1092 | — | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 163 | — | 581 | — |
| ldsdorf . . . . | 2 | 2 | 150 | 90 | 1092 | — | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 163 | — | 581 | — |
| irkesdorf . . . | 6 | 6 | 150 | 100 | 3276 | — | 1770 | — | 6 | 2022 | 6 | 1104 | 1254 | — | 666 | — | 1920 | — |
| uchem-Stammeln-Selhausen . . . | 2 | 1 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 81 | 50 | 426 | 70 |
| Arvenich . . . . | 2 | 1 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 111 | — | 456 | 20 |
| mbken . . . . | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| eich-Leversbach | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| rove . . . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| akobwüllesheim-Bubenheim . . | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| oller . . . . . | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| | | | ab 1. | 4. 06. | | | | | | | | | | | | | | |
| hum . . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| bingen . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| üren Stadt . . | 44 | 32 | 200 | 110 | 32032 | — | 10384 | — | 15 | 5055 | 10 | 1840 | 27559 | 40 | 8544 | — | 36103 | 40 |
| üren Synagogen-gemeinde . . . | 1 | — | 160 | — | 582 | 40 | | | | | | | | | | | | |
| ß-Conzendorf . | 1 | 1 | 130 | 80 | 473 | 20 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 136 | 20 | 52 | — | 188 | 20 |
| ich-Obergeich . . | 1 | — | 130 | — | 473 | 20 | — | — | 1 | 337 | — | — | 136 | 20 | — | — | 136 | 20 |
| erode . . . . | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| | | | ab 1. | 4. 06. | | | | | | | | | | | | | | |
| ilich-D'horn . . | 2 | 1 | 150 | 80 | 1092 | — | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 52 | — | 470 | — |
| | | | ab 1. | 4. 06. | | | | | | | | | | | | | | |
| witzheim-Frangen-heim . . . . . | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| mick . . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| ttweiß-Ketten-heim . . . . . | 2 | 2 | 140 | 80 | 1019 | 20 | 472 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 345 | 20 | 104 | — | 449 | 20 |
| üssenich, Bürgermeisterei, bestehend aus den Gemeinden Füssenich, Geich und Juntersdorf . | 4 | 1 | 140 | 100 | 2038 | 40 | 295 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 690 | 40 | 111 | — | 801 | 40 |
| abbach . . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| ß . . . . . | 2 | 1 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 81 | 50 | 426 | 70 |
| heim . . . . . | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| mz . . . . . | 1 | 1 | 150 | 100 | 546 | — | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 209 | — | 111 | — | 320 | — |
| mersdorf . . . | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| ngerwehe . . . | 4 | 4 | 150 | 90 | 2184 | — | 1062 | — | 4 | 1348 | 4 | 736 | 836 | — | 326 | — | 1162 | — |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer ℳ | Lehrerinnen ℳ | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge ℳ | für Lehrerinnenstell. | Beiträge ℳ | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer ℳ | ₰ | Lehrerinnen ℳ | ₰ | insgesamt ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Derichsweiler-Hardt | 2 | 2 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 345 | 20 | 163 | — | 508 | 20 |
| Mariaweiler-Hoven | 3 | 1 | 150 | 80 | 1638 | — | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 627 | — | 52 | — | 679 | — |
| Merken | 2 | 2 | 150 | 90 | 1092 | — | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 163 | — | 581 | — |
| Girbelsrath | 1 | — | 130 | — | 473 | 20 | — | — | 1 | 337 | — | — | 136 | 20 | — | — | 136 | 20 |
| Golzheim | 2 | 1 | 130 | 100 | 946 | 40 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 272 | 40 | 111 | — | 383 | 40 |
| Merzenich | 2 | 2 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 590 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 345 | 20 | 222 | — | 567 | 20 |
| Abenden | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Nideggen-Rath, Brück-Hetzingen | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| Obermaubach-Schlagstein | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Niederzier | 3 | 1 | 140 | 80 | 1528 | 80 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 517 | 80 | 52 | — | 569 | 80 |
| Oberzier | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Eschweiler über Feld | 1 | 1 | 120 | 100 | 436 | 80 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 111 | — | 210 | 80 |
| Hochkirchen, Eggersheim u. Irresheim | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Nörvenich | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Oberbolheim | 1 | — | ab 1. 4. 06 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Poll | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Rath | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Wissersheim | 1 | 1 | 140 | 80 | 509 | 60 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 52 | — | 224 | 60 |
| Hastenrath | 3 | 3 | 140 | 90 | 1528 | 80 | 796 | 50 | 3 | 1011 | 3 | 552 | 517 | 80 | 244 | 50 | 762 | 3[illegible] |
| Rothberg | 4 | 1 | 140 | 90 | 2038 | 40 | 265 | 50 | 4 | 1348 | 1 | 184 | 690 | 40 | 81 | 50 | 771 | 9[illegible] |
| Wenau | 3 | 1 | 140 | 90 | 1528 | 80 | 265 | 50 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 517 | 80 | 81 | 50 | 599 | 3[illegible] |
| Lucherberg | 1 | — | 130 | — | 473 | 20 | — | — | 1 | 337 | — | — | 136 | 20 | — | — | 136 | 2[illegible] |
| Pier | 2 | 2 | 130 | 80 | 946 | 40 | 472 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 272 | 40 | 104 | — | 376 | 4[illegible] |
| Schophoven | 1 | 1 | 130 | 80 | 473 | 20 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 136 | 20 | 52 | — | 188 | [illegible] |
| Disternich | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Müddersheim | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Sievernich | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | [illegible] |
| Kreuzau | 3 | 3 | 150 | 100 | 1638 | — | 885 | — | 3 | 1011 | 3 | 552 | 627 | — | 333 | — | 960 | [illegible] |
| Niederau | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | [illegible] |
| Stockheim | 1 | 1 | 150 | 100 | 546 | — | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 209 | — | 111 | — | 320 | [illegible] |
| Winden | 2 | 1 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 111 | — | 456 | [illegible] |
| Bergstein | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Brandenberg | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Gey-Straß | 2 | 1 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 111 | — | 456 | [illegible] |
| Großhau | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Hürtgen | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Kleinhau | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | [illegible] |
| Untermaubach, Bogheim | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | [illegible] |
| Weisweiler | 3 | 2 | 150 | 90 | 1638 | — | 531 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 627 | — | 163 | — | 790 | [illegible] |
| Berg-Thuir | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | [illegible] |
| Pissenheim | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | [illegible] |
| Wollersheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | [illegible] |
| | 172 | 96 | | | 96569 | 20 | 27641 | 50 | 142 | 47854 | 74 | 13616 | 48715 | 20 | 14025 | 50 | 62740 | [illegible] |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| **4. Kreis Erkelenz.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Beeck | 6 | 2 | 120 | 80 | 2620 | 80 | 472 | — | 6 | 2022 | 2 | 368 | 598 | 80 | 104 | — | 702 | 80 |
| Körrenzig | 4 | 1 | 120 | 80 | 1747 | 20 | 236 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 399 | 20 | 52 | — | 451 | 20 |
| Gevenich | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Glimbach | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Aurich | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Baal | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Doveren | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Granterath | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Hetzerath | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Hückelhoven | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Elmpt | 4 | — | 150 | — | 2184 | — | — | — | 4 | 1348 | — | — | 836 | — | — | — | 836 | — |
| Erkelenz | 8 | 5 | 140 | 90 | 4076 | 80 | 1327 | 50 | 8 | 2696 | 5 | 920 | 1380 | 80 | 407 | 50 | 1788 | 30 |
| Gerderath | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Holzweiler | 2 | 2 | 120 | 80 | 873 | 60 | 472 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 199 | 60 | 104 | — | 303 | 60 |
| Immerath | 3 | — | 140 | — | 1528 | 80 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 517 | 80 | — | — | 517 | 80 |
| Borschemich | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Keyenberg | 2 | — | 175 | — | 1274 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 600 | — | — | — | 600 | — |
| Benrath | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Kleingladbach | 4 | 1 | 120 | 80 | 1747 | 20 | 236 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 399 | 20 | 52 | — | 451 | 20 |
| Matzerath | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Rückhoven | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Lövenich | 6 | 2 | 120 | 80 | 2620 | 80 | 472 | — | 6 | 2022 | 2 | 368 | 598 | 80 | 104 | — | 702 | 80 |
| Niederkrüchten | 9 | 2 | 120 | 80 | 3931 | 20 | 472 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 898 | 20 | 104 | — | 1002 | 20 |
| Schwanenberg | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Wegberg | 9 | 4 | 120 | 80 | 3931 | 20 | 944 | — | 9 | 3033 | 4 | 736 | 898 | 20 | 208 | — | 1106 | 20 |
| | 82 | 23 | | | 37746 | 80 | 5575 | 50 | 82 | 27634 | 23 | 4232 | 10112 | 80 | 1343 | 50 | 11456 | 30 |
| **5. Kreis Eupen.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Eupen | 18 | 17 | 175 | 120 | 11466 | — | 6018 | — | 13 | 4381 | 12 | 2208 | 7085 | — | 3810 | — | 10895 | — |
| Eynatten | 2 | 1 | 150 | 100 | 1092 | — | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 111 | — | 529 | — |
| Hauset | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Hergenrath und Pr.-Moresnet | 2 | 2 | 150 | 90 | 1092 | — | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 163 | — | 581 | — |
| Kettenis | 2 | 1 | 150 | 90 | 1092 | — | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 81 | 50 | 499 | 50 |
| Lontzen | 4 | 2 | 160 | 100 | 2329 | 60 | 590 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 981 | 60 | 222 | — | 1203 | 60 |
| Evangel. Kirchengemeinde Moresnet | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Raeren | 5 | 4 | 150 | 100 | 2730 | — | 1180 | — | 5 | 1685 | 4 | 736 | 1045 | — | 444 | — | 1489 | — |
| Walhorn | 2 | 1 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 81 | 50 | 426 | 70 |
| | 37 | 29 | | | 21767 | 20 | 9410 | 50 | 32 | 10784 | 24 | 4416 | 10983 | 20 | 4994 | 50 | 15977 | 70 |
| **6. Kreis Geilenkirchen.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Baesweiler | 3 | 1 | 120 | 100 | 1310 | 40 | 295 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 111 | — | 410 | 40 |
| Beggendorf | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Oidtweiler | 2 | 1 | 120 | 100 | 873 | 60 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 111 | — | 310 | 60 |
| Übach | 4 | 1 | 140 | 100 | 2038 | 40 | 295 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 690 | 40 | 111 | — | 801 | 40 |
| Brachelen | 4 | 3 | 150 | 100 | 2184 | — | 885 | — | 4 | 1348 | 3 | 552 | 836 | — | 333 | — | 1169 | — |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stelle an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer M | Lehrerinnen M | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer M | Pf | Lehrerinnen M | Pf | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge: für Lehrerstellen | Beiträge M | für Lehrerinnenstell. | Beiträge M | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer M | Pf | Lehrerinnen M | Pf | insgesamt M | Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lindern | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Frelenberg | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| Birgden | 1 | 2 | 120 | 80 | 436 | 80 | 472 | — | 1 | 337 | 2 | 368 | 99 | 80 | 104 | — | 203 | 80 |
| Gangelt | 6 | 1 | 120 | 80 | 2620 | 80 | 236 | — | 6 | 2022 | 1 | 184 | 598 | 80 | 52 | — | 650 | 80 |
| Geilenkirchen | 9 | 2 | 140 | 100 | 4586 | 40 | 590 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 1553 | 40 | 222 | — | 1775 | 40 |
| Immendorf | 3 | 2 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 472 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 299 | 40 | 104 | — | 403 | 40 |
| Puffendorf | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Randerath | 3 | 2 | 140 | 80 | 1528 | 80 | 472 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 517 | 80 | 104 | — | 621 | 80 |
| Scherpenseel | 2 | 2 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 590 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 345 | 20 | 222 | — | 567 | 20 |
| Schümmerquartier | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Teveren | 3 | 1 | 140 | 100 | 1528 | 80 | 295 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 517 | 80 | 111 | — | 628 | 80 |
| Beeck | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Süggerath | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Würm | 3 | — | 130 | — | 1419 | 60 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 408 | 60 | — | — | 408 | 60 |
| | 53 | 21 | — | — | 25370 | 80 | 5664 | — | 53 | 17861 | 21 | 3864 | 7509 | 80 | 1800 | — | 9309 | 80 |
| **7. Kreis Heinsberg.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aphoven | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Schafhausen | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Birgelen | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Effeld | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Ophoven | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Braunsrath | 3 | 1 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 52 | — | 351 | 40 |
| Breberen | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Dremmen | 3 | 2 | 140 | 100 | 1528 | 80 | 590 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 517 | 80 | 222 | — | 739 | 80 |
| Horst | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Haaren | 3 | 1 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 52 | — | 351 | 40 |
| Havert | 2 | 2 | 120 | 80 | 873 | 60 | 472 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 199 | 60 | 104 | — | 303 | 60 |
| Millen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Tüddern | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Heinsberg | 4 | 2 | 140 | 100 | 2038 | 40 | 590 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 690 | 40 | 222 | — | 912 | 40 |
| Hilfarth | 3 | 1 | 140 | 100 | 1528 | 80 | 295 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 517 | 80 | 111 | — | 628 | 80 |
| Porselen | 1 | 1 | 140 | 100 | 509 | 60 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 111 | — | 283 | 60 |
| Karken | 3 | 1 | 140 | 95 | 1528 | 80 | 280 | 25 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 517 | 80 | 96 | 25 | 614 | 05 |
| Kempen | 2 | 1 | 140 | 95 | 1019 | 20 | 280 | 25 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 96 | 25 | 441 | 45 |
| Kirchhoven | 3 | 2 | 140 | 95 | 1528 | 80 | 560 | 50 | 3 | 1011 | 2 | 368 | 517 | 80 | 192 | 50 | 710 | 30 |
| Arsbeck | 3 | 1 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 52 | — | 351 | 40 |
| Myhl | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Wildenrath | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Oberbruch | 4 | — | 140 | — | 2038 | 40 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 690 | 40 | — | — | 690 | 40 |
| Ratheim | 4 | 1 | 120 | 80 | 1747 | 20 | 236 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 399 | 20 | 52 | — | 451 | 20 |
| Höngen | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Saeffeln | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Unterbruch | 2 | 1 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 111 | — | 456 | 20 |
| Waldenrath | 5 | — | 120 | — | 2184 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 499 | — | — | — | 499 | — |
| Waldfeucht | 4 | 1 | 120 | 80 | 1747 | 20 | 236 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 399 | 20 | 52 | — | 451 | 20 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Orsbeck | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Wassenberg | 3 | 1 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 52 | — | 351 | 40 |
| Hillensberg | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Süsterseel | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Wehr | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| | 76 | 29 | — | — | 35016 | 80 | 7434 | — | 76 | 25612 | 29 | 5336 | 9404 | 80 | 2098 | — | 11502 | 80 |
| **8. Kreis Jülich.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Aldenhoven | 2 | 1 | 150 | 90 | 1092 | — | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 318 | — | 81 | 50 | 399 | 50 |
| Engelsdorf | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Langweiler | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Niedermerz | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Pattern | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Barmen | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Floßdorf | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Merzenhausen | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Bourheim | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Coslar | 3 | 1 | 130 | 90 | 1419 | 60 | 265 | 50 | 3 | 1011 | 1 | 184 | 408 | 60 | 81 | 50 | 490 | 10 |
| Dürwiß | 2 | 2 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 531 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 345 | 20 | 163 | — | 508 | 20 |
| Laurensberg | 1 | 1 | 140 | 80 | 509 | 60 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 52 | — | 224 | 60 |
| Lohn | 4 | — | 140 | — | 2038 | 40 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 790 | 40 | — | — | 790 | 40 |
| Ederen | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Gereonsweiler | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Dürboslar | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Freialdenhoven | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Hambach | 2 | — | 175 | — | 1274 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 600 | — | — | — | 600 | — |
| Krauthausen und Selgersdorf | 2 | 1 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 81 | 50 | 426 | 70 |
| Stetternich | 2 | — | 175 | — | 1274 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 600 | — | — | — | 600 | — |
| Boslar | 2 | 1 | 150 | 100 | 1092 | — | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 111 | — | 529 | — |
| Gevelsdorf | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Hasselsweiler | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Hompesch | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Hottorf | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Müntz | 1 | 1 | 150 | 90 | 546 | — | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 209 | — | 81 | 50 | 290 | 50 |
| Ralshoven | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Tetz | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Inden | 2 | 1 | 125 | 80 | 910 | — | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 236 | — | 52 | — | 288 | — |
| Inden, evangelische Kirchengemeinde | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Jülich | 7 | 7 | 180 | 110 | 4586 | 40 | 2271 | 50 | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 2227 | 40 | 983 | 50 | 3210 | 90 |
| Altdorf | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Kirchberg | 2 | 1 | 150 | 100 | 1092 | — | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 111 | — | 529 | — |
| Linnich | 1 | 2 | 180 | 110 | 655 | 20 | 649 | — | 1 | 337 | 2 | 368 | 318 | 20 | 281 | — | 599 | 20 |
| Broich | 1 | 1 | 160 | 100 | 582 | 40 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 245 | 40 | 111 | — | 356 | 40 |
| Güsten | 1 | 1 | 160 | 100 | 582 | 40 | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 245 | 40 | 111 | — | 356 | 40 |
| Mersch | 2 | — | 175 | — | 1274 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 600 | — | — | — | 600 | — |
| Pattern bei Mersch | 1 | 1 | 175 | 100 | 637 | — | 295 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 300 | — | 111 | — | 411 | — |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- stellen an den öffentlichen Volksschulen | Lehrerinnen- stellen an den öffentlichen Volksschulen | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer M | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrerinnen M | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer M | ₰ | Lehrerinnen M | ₰ | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge M | für Lehrerinnenstell. | Beiträge M | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer M | ₰ | Lehrerinnen M | ₰ | insgesamt M | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Welldorf | 2 | — | 160 | — | 1164 | 80 | — | — | 2 | 674 | — | — | 490 | 80 | — | — | 490 | 80 |
| Roedingen | 4 | 1 | 160 | 100 | 2329 | 60 | 295 | — | 4 | 1348 | 1 | 184 | 981 | 60 | 111 | — | 1092 | 60 |
| Steinstraß | 2 | 2 | 150 | 100 | 1092 | — | 590 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 222 | — | 640 | — |
| Roerdorf | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Bettendorf | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Schaufenberg | 2 | 2 | 150 | 80 | 1092 | — | 472 | — | 2 | 674 | 2 | 368 | 418 | — | 104 | — | 522 | — |
| Schleiden | 1 | 1 | 140 | 80 | 509 | 60 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 52 | — | 224 | 60 |
| Setterich | 2 | 1 | 150 | 80 | 1092 | — | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 52 | — | 470 | — |
| Siersdorf | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Titz | 6 | 1 | 160 | 100 | 3494 | 40 | 295 | — | 6 | 2022 | 1 | 184 | 1472 | 40 | 111 | — | 1583 | 40 |
| Welz | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| | 87 | 35 | — | — | 47593 | — | 9912 | — | 87 | 29319 | 35 | 6440 | 18274 | — | 3472 | — | 21746 | — |
| **9. Kreis Malmedy.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Amel-Eibertingen | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Deidenberg | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Heppenbach | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Ivelbingen und Montenau | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Mirfeld | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Möderscheid | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Schoppen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Bellevaux | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Bürnenville | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Géromont | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Thoffraix | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Büllingen | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Honsfeld | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Hünningen | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Mürringen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Rocherath-Krinkelt | 2 | 1 | 150 | 80 | 1092 | — | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 418 | — | 52 | — | 470 | — |
| Wirtzfeld | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Berg | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Bütgenbach | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Elsenborn | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Faymonville | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Nidrum | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Sourbrodt | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Weywertz | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Crombach | 5 | — | 140 | — | 2548 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 863 | — | — | — | 863 | — |
| Lommersweiler | 5 | — | 140 | — | 2548 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 863 | — | — | — | 863 | — |
| Malmedy | 7 | 7 | 170 | 110 | 4331 | 60 | 2271 | 50 | 7 | 2359 | 7 | 1288 | 1972 | 60 | 983 | 50 | 2956 | [illegible] |
| Evangel. Kirchengemeinde Malmedy | 1 | — | 170 | — | 618 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 281 | 80 | — | — | 281 | [illegible] |
| Manderfeld | 5 | — | 150 | — | 2730 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 1045 | — | — | — | 1045 | — |
| Herresbach | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | [illegible] |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Medell | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Meyerode | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Valender | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Wallerode | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Ligneuville | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Recht | 4 | — | 150 | — | 2184 | — | — | — | 4 | 1348 | — | — | 836 | — | — | — | 836 | — |
| Reuland | 8 | — | 120 | — | 3494 | 40 | — | — | 8 | 2696 | — | — | 798 | 40 | — | — | 798 | 40 |
| Thommen | 7 | — | 120 | — | 3057 | 60 | — | — | 7 | 2359 | — | — | 698 | 60 | — | — | 698 | 60 |
| Schönberg | 3 | — | 150 | — | 1638 | — | — | — | 3 | 1011 | — | — | 627 | — | — | — | 627 | — |
| St. Vith | 3 | 2 | 150 | 100 | 1638 | — | 590 | — | 3 | 1011 | 2 | 368 | 627 | — | 222 | — | 849 | — |
| Ovifat | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Robertville | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Weismes | 6 | — | 140 | — | 3057 | 60 | — | — | 6 | 2022 | — | — | 1035 | 60 | — | — | 1035 | 60 |
| | 94 | 11 | | | 47538 | 40 | 3333 | 50 | 94 | 31678 | 11 | 2024 | 15860 | 40 | 1309 | 50 | 17169 | 90 |
| **10. Kreis Montjoie.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Eicherscheid | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Höfen | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Rohren | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Conzen | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Imgenbroich | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Mützenich | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Kalterherberg | 3 | 1 | 150 | 80 | 1638 | — | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 627 | — | 52 | — | 679 | — |
| Kesternich | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Steckenborn | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Strauch | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Montjoie | 4 | 3 | 170 | 100 | 2475 | 20 | 885 | — | 4 | 1348 | 3 | 552 | 1127 | 20 | 333 | — | 1460 | 20 |
| Rötgen | 4 | — | 150 | — | 2184 | — | — | — | 4 | 1348 | — | — | 836 | — | — | — | 836 | — |
| Rott | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Ruhrberg | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Schmidt | 2 | 1 | 140 | 80 | 1019 | 20 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 52 | — | 397 | 20 |
| Vossenack | 2 | 1 | 140 | 100 | 1019 | 20 | 295 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 111 | — | 456 | 20 |
| Lammersdorf | 2 | — | 150 | — | 1092 | — | — | — | 2 | 674 | — | — | 418 | — | — | — | 418 | — |
| Simmerath | 4 | — | 120 | — | 1747 | 20 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 399 | 20 | — | — | 399 | 20 |
| Zweifall | 3 | 1 | 120 | 80 | 1310 | 40 | 236 | — | 3 | 1011 | 1 | 184 | 299 | 40 | 52 | — | 351 | 40 |
| | 42 | 9 | | | 20675 | 20 | 2360 | | 42 | 14154 | 9 | 1656 | 6521 | 20 | 704 | | 7225 | 20 |
| **11. Kreis Schleiden.** | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Blankenheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Blankenheimerdorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Mülheim | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Reetz | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Bleibuir | 4 | — | 120 | — | 1747 | 20 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 399 | 20 | — | — | 399 | 20 |
| Hergarten | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Vlatten | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Call | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrerinnen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die Lehrer | Lehrerinnen | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für Lehrer | | Lehrerinnen | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge für Lehrerstellen | Beiträge | für Lehrerinnenstell. | Beiträge | Die Gemeinden haben aufzubringen für die Lehrer | | Lehrerinnen | | insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stelle an den öffentlichen Volksschulen | | M | M | M | Pf | M | Pf | | M | | M | M | Pf | M | Pf | M | Pf |
| Rinnen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Sistig | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Sötenich | 1 | 1 | 140 | 80 | 509 | 60 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 52 | — | 224 | 60 |
| Untergolbach | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Baasem | 2 | — | 140 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Cronenburg | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Dahlem | 2 | 1 | 140 | 90 | 1019 | 20 | 265 | 50 | 2 | 674 | 1 | 184 | 345 | 20 | 81 | 50 | 426 | 70 |
| Alendorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Dollendorf | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Hüngersdorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Ripsdorf | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Waldorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Dreiborn | 10 | 1 | 120 | 80 | 4368 | — | 236 | — | 10 | 3370 | 1 | 184 | 998 | — | 52 | — | 1050 | — |
| Berg | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Eicks | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Floisdorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Glehn | 1 | — | 140 | — | 509 | 60 | — | — | 1 | 337 | — | — | 172 | 60 | — | — | 172 | 60 |
| Hostel | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Gemünd | 4 | 2 | 150 | 90 | 2184 | — | 531 | — | 4 | 1348 | 2 | 368 | 836 | — | 163 | — | 999 | — |
| Gemünd, evangel. Kirchengemeinde | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Broich | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Harperscheid | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Hausen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Heimbach | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Hellenthal | 9 | 2 | 120 | 80 | 3931 | 20 | 472 | — | 9 | 3033 | 2 | 368 | 898 | 20 | 104 | — | 1002 | 20 |
| Hollerath | 5 | — | 120 | — | 2184 | — | — | — | 5 | 1685 | — | — | 499 | — | — | — | 499 | — |
| Bonderath, Roderath und Bergrath | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Buir-Frohngau | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Engelgau | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Holzmülheim | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Rohr | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Tondorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Kelbenich | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Ahrdorf | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Freilingen | 1 | — | 150 | — | 546 | — | — | — | 1 | 337 | — | — | 209 | — | — | — | 209 | — |
| Lommersdorf | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Uedelhoven | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Marmagen | 1 | 1 | 140 | 90 | 509 | 60 | 265 | 50 | 1 | 337 | 1 | 184 | 172 | 60 | 81 | 50 | 254 | 10 |
| Nettersheim | 2 | — | 140 ab 1. 4. 06 | — | 1019 | 20 | — | — | 2 | 674 | — | — | 345 | 20 | — | — | 345 | 20 |
| Schmidtheim | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Urft | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Hohn | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Nöthen | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Pesch | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |

| Kreis und Schulverband | Lehrer- | Lehrer-innen- | Es werden gewährt an Alterszulage für die | | Der Ausgabebedarf verteilt sich auf die Gemeinden für | | | | Hierauf kommen in Anrechnung die staatlichen Alterszulagekassenbeiträge | | | | Die Gemeinden haben aufzubringen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | stellen an den öffentlichen Volksschulen | | Lehrer | Lehrer-innen | Lehrer | | Lehrer-innen | | für Lehrer-stellen | Bei-träge | für Lehrer-innenstell. | Bei-träge | für die Lehrer | | Lehrer-innen | | insgesamt | |
| | | | M | M | M | ₰ | M | ₰ | | M | | M | M | ₰ | M | ₰ | M | ₰ |
| Schleiden . . . . | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Berk . . . . . | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Udenbreth . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Breitenbenden . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Harzheim . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Holzheim . . . . | 1 | 1 | 120 | 80 | 436 | 80 | 236 | — | 1 | 337 | 1 | 184 | 99 | 80 | 52 | — | 151 | 80 |
| Lorbach . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Mechernich . . . | 6 | 6 | 120 | 80 | 2620 | 80 | 1416 | — | 6 | 2022 | 6 | 1104 | 598 | 80 | 312 | — | 910 | 80 |
| Roggendorf . . . | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Strempt . . . . | 2 | 1 | 120 | 80 | 873 | 60 | 236 | — | 2 | 674 | 1 | 184 | 199 | 60 | 52 | — | 251 | 60 |
| Bussem-Bergheim . | 2 | — | 120 | — | 873 | 60 | — | — | 2 | 674 | — | — | 199 | 60 | — | — | 199 | 60 |
| Wahlen . . . . | 6 | — | 120 | — | 2620 | 80 | — | — | 6 | 2022 | — | — | 598 | 80 | — | — | 598 | 80 |
| Wallenthal . . . | 4 | — | 120 | — | 1747 | 20 | — | — | 4 | 1348 | — | — | 399 | 20 | — | — | 399 | 20 |
| Callmuth . . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| Weyer . . . . . | 3 | — | 120 | — | 1310 | 40 | — | — | 3 | 1011 | — | — | 299 | 40 | — | — | 299 | 40 |
| Zingsheim . . . | 1 | — | 120 | — | 436 | 80 | — | — | 1 | 337 | — | — | 99 | 80 | — | — | 99 | 80 |
| | 129 | 21 | | | 57621 | 20 | 5074 | — | 129 | 43473 | 21 | 3864 | 14148 | 20 | 1210 | — | 15358 | 20 |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Stercken, Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 10. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 1. März 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 91** Infolge des Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande. Vom 7. Februar 1906. (Reichs-Gesetzbl. S. 104) und der Ausführungsbestimmungen vom 9. Februar 1906 treten für den Postverkehr vom 1. März ab folgende Änderungen ein:

1. Es werden neue Formulare zu Zollinhaltserklärungen eingeführt, und zwar:
   a) Formulare zu Zollinhaltserklärungen für das Ausland auf gewöhnlichem (weißem oder gelblichem) Papier,
   b) Formulare zu Zollinhaltserklärungen für Zwecke der Warenverkehrsstatistik auf grünem Papier.

Die Herstellung und der Vertrieb der neuen Formulare bleibt der Privatindustrie überlassen. Es empfiehlt sich, daß Firmen, die sich mit der Herstellung von Formularen zu Zollinhaltserklärungen befassen, diese in Übereinstimmung mit den amtlich hergestellten Mustern drucken lassen; solche Muster werden von den Kaiserlichen Ober-Postdirektionen auf Ersuchen abgegeben. Die bisherigen Formulare zu Zollinhaltserklärungen können einstweilen weiterverwandt werden.

2. Zu den den Paketen und Wertkästchen nach dem Auslande beizugebenden Zollinhaltserklärungen sind im allgemeinen Formulare auf gewöhnlichem Papier zu verwenden; jedoch kann ein Exemplar der Zollinhaltserklärungen (das für Zwecke der Warenverkehrsstatistik bestimmte Doppel) auf einem grünen Formular ausgefertigt werden. Bei Paketen mit Wertangabe und bei Wertkästchen muß vom 1. Januar 1907 ab ein Exemplar auf einem Formular von grüner Farbe ausgestellt sein.

3. In den Zollinhaltserklärungen, gleichviel auf welchem Formular sie ausgestellt sind, genügen im allgemeinen folgende Angaben: Zahl, Art der Verpackung und Bezeichnung der Sendungen; allgemeine Angabe der Gattung der Waren; Rohgewicht und Gesamtwert. Weitergehende Angaben (genaue Bezeichnung des Inhalts, Reingewicht der ganzen Sendung oder jeder Warengattung, Wert jeder Warengattung usw. sind nur in den Zollinhaltserklärungen auf Formularen von gewöhnlichem Papier, und in diesem nur dann erforderlich, wenn und soweit die Zollvorschriften des Bestimmungslandes solche Angaben vorschreiben.

Die Zollinhaltserklärungen auf grünen Formularen sind in deutscher Sprache auszufertigen; die Angaben brauchen mit den zugehörigen, für die ausländischen Behörden bestimmten Zollinhaltserklärungen auf gewöhnlichem Papier nicht übereinzustimmen.

Für die richtige Ausfertigung der Zollinhaltserklärungen übernimmt die Postverwaltung, wie bisher, keine Verantwortung, vielmehr fallen die aus mangelhafter oder unrichtiger Abfassung entstehenden Folgen lediglich dem Absender zur Last. Darüber, in welcher Sprache die Zollinhaltserklärungen auf gewöhnlichem Papier auszustellen sind, und über die besonderen Zollvorschriften der fremden Länder erteilen die Postanstalten Auskunft.

4. Bei Paketen aus dem freien Verkehr des Zollgebiets nach den deutschen Zollausschlüssen und Freihafengebieten sind Inhaltserklärungen

nur noch insoweit erforderlich, als es sich um Pakete nach

a) der Insel Helgoland,
b) den badischen Zollausschlüssen,
c) dem Freihafengebiete Hamburg

handelt. Die Inhaltserklärungen zu diesen Paketen sind unter Benutzung von Formularen zu Zollinhaltserklärungen (Formular auf gewöhnlichem oder grünem Papier; vom 1. Januar 1907 ab bei Paketen mit Wertangabe nur Formulare auf grünem Papier) auszufertigen. Bei Versendung von Paketen nach dem Freihafengebiete Hamburg ist zu beachten, daß in den Inhaltserklärungen vom Absender als Bestimmungsland entweder das Land, nach dem die Ware vom Freihafen aus versandt werden soll, oder, wenn die Ware im Freihafen verbleiben soll, dieser anzugeben ist. Im letzteren Falle genügt aber die Angabe „Freihafen Hamburg" als Bestimmungsland nicht, sondern es ist beizufügen: „zur Lagerung", „zum Verbrauch" oder „zur Be- und Verarbeitung". Ist dem Absender die Bestimmung der Ware nicht bekannt, so hat er als Bestimmungsland „vorläufig Freihafen Hamburg" anzugeben

Berlin W. 66, den 21. Februar 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

## Bekanntmachung.

**Nr. 92** Die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote der Einfuhr von Schafen aus Österreich-Ungarn werden hiermit vom 1. März d. Js. ab nach Maßgabe des an diesem Tage in Kraft tretenden Viehseuchenübereinkommens zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn insoweit aufgehoben, als die Einfuhr von österreichisch-ungarischen Schafen zur alsbaldigen Abschlachtung unter den für Rindvieh dieser Herkunft geltenden Bedingungen in die für die Einfuhr von Rindvieh aus Österreich-Ungarn geöffneten Schlachthäuser zugelassen wird.

Berlin, den 20. Februar 1906.

Der Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. V.: v. Conrad.

**Nr. 93** **Bekanntmachung**
über
**die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland.**

Auf Grund des §. 7 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ (Reichs-Gesetzblatt 1894, S. 409) und des §. 3 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 128) in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 318) wird zur Abwehr der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Schweine, insbesondere des Rotlaufs, der Schweineseuche und der Schweinepest, welche Krankheiten in Rußland in einem für den inländischen Viehstand bedrohlichen Umfange herrschen, für das ganze preußische Staatsgebiet folgendes angeordnet:

§. 1. Die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland ist verboten, jedoch mit Ausnahme solchen Schweinefleisches, das als „zubereitet" im Sinne des §. 12 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 547) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen anzusehen ist. Zubereitetes Schweinefleisch in diesem Sinne darf mit den aus den vorbezeichneten Vorschriften sich ergebenden Beschränkungen und unter den dort vorgesehenen Bedingungen eingeführt werden.

§. 2. Ausnahmen von dem Verbote des §. 1 können zugunsten des im kleinen Grenzverkehre sowie im Meß- und Marktverkehr eingehenden sowie des zum Reiseverbrauche mitgeführten Schweinefleisches durch Anordnungen der Regierungspräsidenten der an die russische Landgrenze anstoßenden Bezirke zugelassen werden. Insoweit solche Anordnungen bereits bestehen, bleiben sie in Kraft.

Alle sonstigen dem Verbote des §. 1 entgegenstehenden oder über dieses Verbot hinausgehenden veterinärpolizeilichen Anordnungen über die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland werden aufgehoben.

§. 3. Diese Anordnung tritt mit dem 1. März 1906 in Kraft.

§. 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen, soweit keine strengeren Strafgesetze verletzt werden, den Strafbestimmungen des §. 328 des Strafgesetzbuches und des §. 66 Nr. 1, §. 67 des Reichsgesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$.

Berlin, den 21. Februar 1906.

Der Königlich preußische Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
v. Podbielski.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 94** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat durch Erlaß vom 19. Dezember 1905 Nr. 29003 dem Kirchenvorstand der katholischen Pfarrgemeinde Schonnebeck, Landkreis Essen, die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für den Neubau einer katholischen Pfarrkirche in Schonnebeck eine Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen und Cöln in der Zeit bis 1. September 1906 abhalten zu lassen.

Mit der Abhaltung der Kollekte sind folgende Personen beauftragt worden:

Für den Regierungsbezirk Aachen: Peter Baasen, Theodor Döink, Theodor Krings und August Zwermann zu Düsseldorf, Wilhelm Elsen zu Hilden, Wilhelm König zu Birgel, Gerhard Eich zu Langfuhr, Wilhelm Schäfer und Josef Kürten zu Hilden, Richard Huber zu Cöln, Anton Müllenberg zu Hilden.

Aachen, den 22. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 95** Der Herr Oberpräsident hat der Charitativen Vereinigung, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Cöln-Nippes die Erlaubnis erteilt, zur Förderung ihrer Zwecke auch im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im hiesigen Bezirke sind folgende Personen beauftragt worden: Johann Bertram aus Neuß, Leonh. Jansen und Leonh. Ohlenforst aus Schierwaldenrath, Friedr. Poschkamp aus Heiligenhaus, Josef Lennartz aus Rollesbruch, Martin Böll aus Lammersdorf, Lukas Louis aus Sasserath, Joh. Gietzen aus Hirschfeld, Peter Vogt aus Mutterschied, Rob. Peters aus Crefeld, Ewald Weber aus Berg.-Gladbach, Peter Graf aus Lammersdorf, Jos. Schneider aus Züsch, Joh. Schneider aus Nettesheim, Wilh. Hüllen aus Düsseldorf, Herm. Lüttges und Anton Schwagers aus Crefeld, Theod. Esser aus Elsgen, Wilh. Bihn aus Giesenkirchen, Leo Plum aus Rheydt, Wilh. Scheufens aus Birgden, Wilh. Fink aus Arnoldsweiler, Friedr. Koch aus Hilden, Gerh. Wilbers aus Grefrath, Wilh. Stieger aus Crefeld, Michael Schaefer aus Rupperath, Anton Reitz aus Hasenfeld, Martin Wego aus Giesenkirchen, Heinrich Lang aus Overath, Arnold Johnen aus Lammersdorf, Lamb. Lichtschlag aus Düsseldorf, Herm. Schemann aus Mülheim a./d. Ruhr, Math. Capellmann aus Nippes.

Aachen, den 22. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 96** Wir machen alle uns untergeordneten Beamten und Kassen auf den bevorstehenden Schluß des Rechnungsjahres mit der Aufforderung aufmerksam, in jeder Weise dazu mitzuwirken, daß alle das ablaufende Rechnungsjahr betreffenden Einnahmen und Ausgaben in den Büchern und Rechnungen desselben zum Nachweise gelangen und Einnahme- und Ausgabereste, soweit wie irgend möglich, vermieden werden. Weiterhin fordern wir alle diejenigen, welche innerhalb des diesseitigen Geschäftsbereichs aus dem Rechnungsjahre 1905 herrührende Forderungen an den Staat oder die von uns verwalteten Instituten-fonds zu machen haben, hierdurch auf, die bezüglichen Rechnungen (Liquidationen) mit tunlichster Beschleunigung, jedenfalls aber so zeitig einzureichen, daß sie mit der erforderlichen Bescheinigung spätestens bis zum 20. April d. Js. zur Vorlage gelangen.

Aachen, den 23. Februar 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 97** Die allgemeine Pferde- und Viehversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit (Algemeene Paarden- en Veeverzekering-Maatschappij) zu Zwolle (Niederlande) hat nach den angestellten Ermittelungen im hiesigen Bezirke mehrfach Versicherungsgeschäfte durch Vertreter, Bevollmächtigte, Agenten oder sonstige Vermittler betrieben, obwohl sie die hierzu nach §§. 85 ff. des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (R.-G.-Bl. S. 139) erforderliche Erlaubnis bisher nicht erhalten hat.

Ich nehme hieraus Anlaß, auf die Strafbestimmungen des §. 108 Abs. 2 a. a. O. hinzuweisen.

Aachen, den 22. Februar 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 98** **Bekanntmachung,**
betreffend
**die Zahlung von staatlichen Zivilpensionen und Hinterbliebenenbezügen im Postanweisungsverkehr.**

Staatliche Zivilpensionen und Wartegelder, Witwen- und Waisengelder, Witwen- und Waisenrenten, Witwenpensionen (allgemeine Witwen-Verpflegungsanstalt in Berlin, Pensionskassen der neuen Landesteile und Pensionsaussterbefonds) sowie die im Voraus zahlbaren Unterstützungen und Erziehungsbeihülfen bis zum Monatsbetrage von 800 Mark können innerhalb des Deutschen Reiches im Postanweisungsverkehr ohne Monatsquittungen bezogen werden, sofern die Erhebung durch den Bezugsberechtigten selbst — nicht durch einen Dritten (Vormund, Pfleger, Bevollmächtigter) — erfolgt. Bei Waisengeldern gilt hierbei die witwengeldberechtigte Mutter als bezugsberechtigt.

Die Zusendung erfolgt nur auf schriftlichen Antrag der Berechtigten, welcher enthalten muß:

1. die Erklärung, daß die Zusendung und Aushändigung des Geldes auf Gefahr und Kosten des Empfängers geschieht,
2. den Verzicht auf eine besondere Benachrichtigung von der Absendung des Geldes,
3. die Verpflichtung, der zahlenden Kasse von jedem Wechsel des Wohnsitzes (bei Vermeidung

der Aufhebung der Zusendung mittels Postanweisung rechtzeitig Anzeige zu machen,

4. die Verpflichtung, der zahlenden Kasse von dem Ableben eines waisengeldberechtigten Kindes und, sofern Waisengeld über 16 Jahre alter Töchter in Frage kommt, von deren etwaigen Verheiratung, sowie von dem etwaigen Eingehen oder Wiedereingehen einer Ehe seitens der Empfangsberechtigten selbst unverzüglich Anzeige zu erstatten,
5. die Verpflichtung, im Monat März vorschriftsmäßige Jahresquittung an die zahlende Kasse einzureichen, andernfalls die Absendung der nächsten Rate unterbleibt.

Gedruckte Formulare zu solchen Anträgen werden von den zahlenden Kassen auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt.

Aachen, den 24. Februar 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 99** Die Prüfung der Bewerber um die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst findet am Freitag, den 30. und Sonnabend, den 31. März d. Js., vormittags 8 Uhr, im hiesigen Regierungsgebäude statt.

Aachen, den 20. Februar 1906.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Hahn.

### Bekanntmachung.

**Nr. 100** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 8. d. Mts. — §. 101 der Protokolle — beschlossen, den Entwürfen eines Statistischen Warenverzeichnisses nebst den Anlagen A, B und C, eines Verzeichnisses der Massengüter sowie der Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften zum Gesetze, betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande, nebst Anlagen mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die sämtlichen Entwürfe vom 1. März 1906 ab in Wirksamkeit treten.

Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Hinzufügen, daß die neuen Bestimmungen und die zugehörigen Verzeichnisse bei den Abfertigungsstellen der Zoll- und Steuerverwaltung innerhalb der gesetzlichen Dienststunden eingesehen werden können und auch im Buchhandel käuflich sein werden.

Cöln, den 23. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

### Bekanntmachung.

**Nr. 101** Unter Bezugnahme auf §. 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das Warenverzeichnis zum neuen Zolltarif, sowie die Anleitung für die Zollabfertigung und die anzuwendenden Tarasätze vom Bundesrat genehmigt sind und mit dem 1. März d. Js. in Kraft treten.

Die in Betracht kommenden Drucksachen können bei den Amtsstellen der Zoll- und Steuerverwaltung während der gesetzlichen Dienststunden eingesehen werden.

Cöln, den 24. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

### Bekanntmachung.

**Nr. 102** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 15. d. Mts. — §. 119 der Protokolle — die Getreidelager-Zollordnung mit Wirkung vom 1. März 1906 ab genehmigt.

Die Ordnung wird in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgabengesetzgebung und Verwaltung zum Abdruck gelangen. Bei den zuständigen Amtsstellen kann Einsicht in die Bestimmungen genommen werden.

Cöln, den 27. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

### Bekanntmachung.

**Nr. 103** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 15. d. Mts. — §. 119 der Protokolle — die Einfuhrscheinordnung mit Wirkung vom 1. März 1906 ab genehmigt. Die Ordnung wird in den Zentralblättern der Abgabengesetzgebung und Verwaltung und für das Deutsche Reich abgedruckt werden.

Bei den zuständigen Amtsstellen kann Einsicht in die Bestimmungen genommen werden.

Cöln, den 27. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

### Bekanntmachung.

**Nr. 104** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 24. d. Mts., §. 160 der Protokolle, die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehre genehmigt.

Die Ausführungsbestimmungen werden in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgabengesetzgebung und Verwaltung zum Abdruck gelangen.

Bei den zuständigen Amtsstellen kann Einsicht in die Bestimmungen genommen werden.

Cöln, den 27. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

### Bekanntmachung.

**Nr. 105** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 11. Januar d. Js. — §. 24 der Protokolle —

die Holzlager-Zollordnung mit Wirkung vom 1. März 1906 ab genehmigt.

Die Ordnung wird in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgabengesetzgebung und Verwaltung zum Abdruck gelangen und kann bei den beteiligten Amtsstellen eingesehen werden.

Cöln, den 28. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 106** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 15. d. Mts. — §. 119 der Protokolle — die Ölmühlen-Zollordnung mit Wirkung vom 1. März 1906 ab genehmigt.

Die Ordnung wird in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgabengesetzgebung und Verwaltung zum Abdruck gelangen, kann auch bei den beteiligten Amtsstellen eingesehen werden.

Cöln, den 28. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 107** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die vom Bundesrate am 15. d. Mts. genehmigte Gerstenzollordnung mit dem 1. März d. Js. in Kraft tritt und bei den Amtsstellen eingesehen werden kann.

Cöln, den 28. Februar 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Triest.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 108** Zur zollamtlichen Abfertigung der über die Zollgrenze des Regierungsbezirks Aachen eingehenden Pferde hat der Herr Finanzminister mit Wirkung vom 1. März d. Js. ab folgende Zollstellen:

1. Nebenzollamt II Bürnenville,
2. " I Herbesthal,
3. Zollabfertigungsstelle Aachen-Templerbend,
4. Nebenzollamt I Herzogenrath, zugleich für II Straß,
5. " II Mindergangelt,
6. " II Waldfeucht,
7. " I Dalheim,

mit der Maßgabe ermächtigt, daß bei den Zollstellen Nr 2 bis 5 und 7 Pferde jedes Wertes und bei den Zollstellen Nr. 1 und 6 nur Pferde im Werte von 600 Mark und weniger abgefertigt werden dürfen. (Pferde, für welche die Beteiligten den höchsten Zollsatz von 360 Mark für das Stück zu zahlen bereit sind, dürfen auch bei anderen als den vorstehend genannten Zollstellen abgefertigt werden.)

Hierzu bestimme ich im Einvernehmen mit dem Herrn Regierungspräsidenten in Aachen Nachstehendes:

§. 1. Die zollamtliche Abfertigung der Pferde findet mit folgenden zeitlichen Beschränkungen statt:

1. in Bürnenville jeden Mittwoch von 9 bis 10 Uhr vormittags,
2. in Herbesthal jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und zwar beim Eingange mit der Eisenbahn während der gewöhnlichen Dienststunden, jedoch nur bei Tageslicht, beim Eingange auf dem Landwege von 10 bis 12 Uhr vormittags,
3. in Aachen-Templerbend an jedem Werktage und zwar in den Monaten April bis einschließlich September von 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags und in den übrigen Monaten von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags,
4. in Herzogenrath jeden Dienstag von $11\frac{1}{2}$ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.
   Die über Straß eingehenden Pferde müssen in Straß bis spätestens 11 Uhr vormittags eintreffen.
5. in Mindergangelt jeden Donnerstag von 2 bis 3 Uhr nachmittags,
6. in Waldfeucht jeden Freitag von 2 bis 3 Uhr nachmittags,
7. in Dalheim jeden Dienstag von 3 bis $4\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags.

Fällt ein staatlich anerkannter Feiertag auf einen zur Abfertigung bestimmten Samstag, so findet die Abfertigung am vorhergehenden Werktage statt. Fällt aber ein solcher Feiertag auf einen anderen zur Abfertigung bestimmten Werktag, so findet die Abfertigung am folgenden Werktage statt.

§. 2. Alle eingehenden Pferdesendungen sind rechtzeitig, spätestens aber am Abende, bevor sie an der Zollstelle eintreffen, anzumelden und zwar bei der Einfuhr über:

Bürnenville dem Obergrenzkontrolleur und dem Kreistierarzt in Malmedy,

Herbesthal dem Nebenzollamt I in Herbesthal und dem Kreistierarzt in Eupen,

Aachen-Templerbend der Zollabfertigungsstelle Aachen-Templerbend und dem Kreistierarztassistenten Jannes in Aachen,

Herzogenrath der Zollabfertigungsstelle Aachen-Templerbend und dem Kreistierarzt in Aachen,

Mindergangelt dem Obergrenzkontrolleur in Gangelt und dem Kreistierarzt in Geilenkirchen,

Waldfeucht dem Obergrenzkontrolleur in Gangelt und dem Kreistierarzt in Heinsberg,

Dalheim dem Nebenzollamt I in Dalheim und dem Kreistierarzt in Heinsberg.

Cöln, den 1. März 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
In Vertretung: Senden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 109** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 11. Januar d. Js., §. 24 der Protokolle, dem mit Drucksache Nr. 184 für 1905 vorgelegten und in der Drucksache Nr. 4 1906 (S 6 Ziff. 5) in einigen Punkten abgeänderten Entwurf einer Zollstundungsordnung mit Wirksamkeit vom 1. März 1906 ab seine Zustimmung erteilt. Die Ordnung wird in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgabengesetzgebung und Verwaltung zum Abdrucke gelangen, kann auch bei den beteiligten Amtsstellen eingesehen werden.

Cöln, den 1. März 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
In Vertretung: Senden.

**Nr. 110 Handwerkskammer zu Aachen. Bekanntmachung.**

Am 7. März 1906, morgens $10^1/_2$ Uhr, findet im großen Saale des Restaurant „Klüppel" zu Aachen, Holzgraben Nr. 9, eine öffentliche Sitzung der Vollversammlung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Aachen statt mit folgender

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Bewilligung einer Zuwendung;
3. Genossenschaftliche Lehrkurse;
4. Ergänzung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens;
5. Errichtung neuer Gesellenprüfungsausschüsse;
6. Feststellung des Haushaltplanes 1906/07;
7. Bestimmungen zur einheitlichen Veranschlagung und Vermessung von Bauarbeiten;
8. Abschluß einer Haftpflicht- und Unfallversicherung;
9. Bericht über den VI. deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag in Cöln und die Konferenz preußischer Handwerkskammern in Berlin;
10. Verschiedenes.

Aachen, den 28. Februar 1906.

Peter Weber jr., Vorsitzender. Scholl, Sekretär.

**Nr. 111 Bekanntmachung.**

Dem Antrage des Vorstandes der Gewerkschaft Lucherberg entsprechend, wird beabsichtigt, den Fußweg von Lamersdorf nach Pier, anfangend an dem Eisenbahnübergange Lamersdorf-Lucherberg und endigend in den Kommunalweg Pier-Lucherberg, wegen der projektierten Ausdehnung des Bergbaubetriebes vollständig einzuziehen, bezw. zu unterdrücken. Fraglicher Fußweg, dessen Verlegung nicht mehr angängig, ist auf der vorliegenden Karte mit roter Farbe eingezeichnet.

Dieses Vorhaben bringe ich gemäß §. 57 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, etwaige Einsprüche dagegen binnen 4 Wochen, vom Tage der Ausgabe des diese Bekanntmachung enthaltenden Regierungsamtsblattes an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Die auf die Einziehung bezw. Unterdrückung des Fußweges bezüglichen Verhandlungen nebst Karte liegen auf dem hiesigen Bürgermeisteramte vormittags zur Einsicht offen.

Lucherberg, den 21. Februar 1906.

Die Wegepolizeibehörde
der Gemeinden
Lamersdorf, Luchem, Lucherberg und Pier:
Kratz, Bürgermeister.

**Nr. 112 Bekanntmachung.**

Der Ackerer Kaspar Geiser zu Effeld hat den Antrag gestellt, den sein Eigentum durchschneidenden, über sein Gehöft führenden Fußpfad hinter den Gärten der Scheidstraße, Flur 2, Nr. 1758/336 und 1700/337, für den öffentlichen Verkehr zu schließen.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitgesetzes mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß etwaige Einsprüche binnen 4 Wochen vom Tage des diese Bekanntmachung enthaltenden Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Aachen an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten anzubringen sind.

Die auf die Aufhebung des Fußpfades Bezug habende Situationsskizze liegt auf dem Bürgermeisteramte zur Einsicht offen.

Elsum, den 19. Februar 1906.

Die Wegepolizeibehörde:
Der Ehrenbürgermeister,
Frhr. von Leykam.

**Nr. 113 Bekanntmachung.**

**Tierärztliche Hochschule Berlin,**
Luisenstraße 56.

Das Sommersemester beginnt am 23. April d. Js. Die Immatrikulationen beginnen am 9. April und dauern bis zum 1. Mai 1906. Aufnahmebedingungen und Stundenplan werden auf Erfordern vom Bureau abgegeben.

Berlin, den 19. Februar 1906.

Der Rektor: Fröhner.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 9.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 11. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 8. März 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 114** Das 4. Stück enthält unter Nr. 3192: Verordnung, betreffend Ergänzung und Abänderung der Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See vom 9. Mai 1897. Vom 5. Februar 1906. Unter Nr. 3193: Bekanntmachung, betreffend die Seestraßenordnung vom 5. Februar 1906. Vom 10. Februar 1906. Das 5. Stück enthält unter Nr. 3194: Gesetz, betreffend die Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehre. Vom 12. Februar 1906. Unter Nr. 3195: Verordnung, betreffend die anderweite Regelung der Verwaltung und der Rechtsverhältnisse im Schutzgebiete der Marschall-, Brown- und Providence-Inseln. Vom 18. Januar 1906. Unter Nr. 3196: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 8. Februar 1906. Das 6. Stück enthält unter Nr. 3197: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung des Militärtarifs für Eisenbahnen und Änderung der Anlagen V und VI zur Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen. Vom 8. Februar 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 115** Das 4. Stück enthält unter Nr. 10671: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Labischin, Schubin und Znin. Vom . Februar 1906. Unter Nr. 10672: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke ...nau und Eberswalde. Vom 21. Februar 1906. Unter Nr. 10673: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Biedenkopf und Vöhl. Vom 26. Februar 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 116** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten $3^1/_2$ prozentigen Staatsanleihe von** 1886 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1916 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 1. März 1906 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. Februar 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Bitter.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 117** Die sämtlichen noch nicht ausgelosten **4prozentigen Schuldverschreibungen III. Ausgabe der Kiel-Eckernförde-Flensburger Eisenbahn-Gesellschaft**, datiert vom 2. Januar 1901, werden im Auftrage des Herrn Finanzministers den Besitzern hierdurch zum **1. Oktober d. Js.** mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von dem genannten Tage ab bei der Staatsschuldentilgungskasse, hier W. 8, Taubenstraße 29, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen, dann noch nicht fälligen Zinsscheine I. Reihe Nr. 12 bis 20 nebst den Erneuerungsscheinen für die Zinsscheinreihe Nr. 2 zu erheben. Neben dem Kapitalbetrage der Schuldverschreibungen werden gleichzeitig die Stückzinsen für die drei Monate Juli bis September d. Js. gezahlt werden. Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapital zurückbehalten.

**Vom 1. Oktober d. Js. ab werden diese Schuldverschreibungen nicht mehr verzinst.**

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der beiden letzten Geschäftstage jedes Monats.

Die Zahlung geschieht auch bei sämtlichen Königlichen Regierungshauptkassen und bei den Königlichen Kreiskassen in Kiel und Frankfurt a/M. Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zubehör schon vom 1. September d. Js. ab einer dieser Kassen eingereicht werden; diese wird die Effekten der Staatsschulden-Tilgungskasse vorlegen und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Oktober d. Js. ab bewirken.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 3. März 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
v. Bitter.

**Nr. 118 Polizeiverordnung**
über
**den Handel mit Giften.**

Auf Grund des §. 136 Abs. 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — G.-S. S. 195 ff — wird unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Bundesrats vom 29. November 1894, 17. Mai 1901 und 1. Februar 1906 die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§. 1. Der gewerbsmäßige Handel mit Giften unterliegt den Bestimmungen der §§. 2 bis 18.

Als Gifte im Sinne dieser Bestimmungen gelten die in Anlage I aufgeführten Drogen, chemischen Präparate und Zubereitungen.

**Aufbewahrung der Gifte.**

§. 2. Vorräte von Giften müssen übersichtlich geordnet, von anderen Waren getrennt, und dürfen weder über noch unmittelbar neben Nahrungs- oder Genußmitteln aufbewahrt werden.

§. 3. Vorräte von Giften, mit Ausnahme der auf abgeschlossenen Giftböden verwahrten giftigen Pflanzen und Pflanzenteile (Wurzeln, Kräuter u. s. w.), müssen sich in dichten, festen Gefäßen befinden, welche mit festen gut schließenden Deckeln oder Stöpseln versehen sind.

In Schiebladen dürfen Farben, sowie die übrigen in den Abteilungen 2 und 3 der Anlage I aufgeführten festen, an der Luft nicht zerfließenden oder verdunstenden Stoffe aufbewahrt werden, sofern die Schiebladen mit Deckeln versehen, von festen Füllungen umgeben und so beschaffen sind, daß ein Verschütten oder Verstäuben des Inhalts ausgeschlossen ist.

Außerhalb der Vorratsgefäße darf Gift, unbeschadet der Ausnahmebestimmung im Absatz 1, sich nicht befinden.

§. 4. Die Vorratsgefäße müssen mit der Aufschrift „Gift", sowie mit der Angabe des Inhalts unter Anwendung der in der Anlage I enthaltenen Namen, außer denen nur noch die Anbringung der ortsüblichen Namen in kleinerer Schrift gestattet ist, und zwar, bei Giften der Abteilung 1 in weißer Schrift auf schwarzem Grunde, bei Giften der Abteilungen 2 und 3 in roter Schrift auf weißem Grunde, deutlich und dauerhaft bezeichnet sein. Vorratsgefäße für Mineralsäuren, Laugen, Brom und Jod dürfen mittels Radier- oder Ätzverfahrens hergestellte Aufschriften auf weißem Grunde haben.

Diese Bestimmung findet auf Vorratsgefäße in solchen Räumen, welche lediglich dem Großhandel

dienen, nicht Anwendung, sofern in anderer Weise für eine, Verwechselungen ausschließende Kennzeichnung gesorgt ist. Werden jedoch aus derartigen Räumen auch die für eine Einzelverkaufsstätte des Geschäftsinhabers bestimmten Vorräte entnommen, so müssen, abgesehen von der im Geschäfte sonst üblichen Kennzeichnung, die Gefäße nach Vorschrift des Absatzes 1 bezeichnet sein.

§. 5. Die in Abteilung 1 der Anlage I genannten Gifte müssen in einem besonderen, von allen Seiten durch feste Wände umschlossenen Raume (Giftkammer) aufbewahrt werden, in welchem andere Waren als Gifte sich nicht befinden. Dient als Giftkammer ein hölzerner Verschlag, so darf derselbe nur in einem vom Verkaufsraume getrennten Teile des Warenlagers angebracht sein. Die Giftkammer muß für die darin vorzunehmenden Arbeiten ausreichend durch Tageslicht erhellt und auf der Außenseite der Tür mit der deutlichen und dauerhaften Aufschrift „Gift“ versehen sein.

Die Giftkammer darf nur dem Geschäftsinhaber und dessen Beauftragten zugänglich und muß außer der Zeit des Gebrauchs verschlossen sein.

§. 6. Innerhalb der Giftkammer müssen die Gifte der Abteilung 1 in einem verschlossenen Behältnisse (Giftschrank) aufbewahrt werden.

Der Giftschrank muß auf der Außenseite der Tür mit der deutlichen und dauerhaften Aufschrift „Gift“ versehen sein.

Bei dem Giftschranke muß sich ein Tisch oder eine Tischplatte zum Abwiegen der Gifte befinden.

Größere Vorräte von einzelnen Giften der Abteilung 1 dürfen außerhalb des Giftschrankes aufbewahrt werden, sofern sie sich in verschlossenen Gefäßen befinden.

§. 7. Phosphor und mit solchem hergestellte Zubereitungen müssen außerhalb des Giftschrankes, sei es innerhalb oder außerhalb der Giftkammer, unter Verschluß an einem frostfreien Orte in einem feuerfesten Behältnisse und zwar gelber (weißer) Phosphor unter Wasser, aufbewahrt werden. Ausgenommen sind Phosphorpillen; auf diese finden die Bestimmungen der §§. 5 und 6 Anwendung.

Kalium und Natrium sind unter Verschluß, wasser- und feuersicher und mit einem sauerstofffreien Körper (Paraffinöl, Steinöl oder dergleichen) umgeben, aufzubewahren.

§. 8. Zum ausschließlichen Gebrauch für die Gifte der Abteilung 1 und zum ausschließlichen Gebrauch für die Gifte der Abteilungen 2 und 3 sind besondere Geräte (Wagen, Mörser, Löffel und dergleichen) zu verwenden, welche mit der deutlichen und dauerhaften Aufschrift „Gift“ in den, dem §. 4 Absatz 1 entsprechenden Farben versehen sind. In jedem zur Aufbewahrung von giftigen Farben dienenden Behälter muß sich ein besonderer Löffel befinden. Die Geräte dürfen zu anderen Zwecken nicht gebraucht werden und sind mit Ausnahme der Löffel für giftige Farben stets rein zu halten. Die Geräte für die im Giftschranke befindlichen Gifte sind in diesem aufzubewahren. Auf Gewichte finden diese Vorschriften nicht Anwendung.

Der Verwendung besonderer Wagen bedarf es nicht, wenn größere Mengen von Giften unmittelbar in den Vorrats- oder Abgabegefäßen gewogen werden.

§. 9. Hinsichtlich der Aufbewahrung von Giften in den Apotheken greifen nachfolgende Abweichungen von den Bestimmungen der §§. 4, 5 und 8 Platz:

(zu §. 4). Die Bestimmungen im §. 4 gelten für Apotheken nur insoweit, als sie sich auf die Gefäße für Mineralsäuren, Laugen, Brom und Jod beziehen. Im übrigen bewendet es hinsichtlich der Bezeichnung der Gefäße bei den hierüber ergangenen besonderen Anordnungen.

(zu §. 5). Die Giftkammer darf, falls sie in einem Vorratsraum eingerichtet wird, auch durch einen Lattenverschlag hergestellt werden. Kleinere Vorräte von Giften der Abteilung 1 dürfen in einem besonderen, verschlossenen und mit der deutlichen und dauerhaften Aufschrift „Gift“ oder „Venena“ oder „Tabula B“ versehenen Behältnisse im Verkaufsraume oder in einem geeigneten Nebenraume aufbewahrt werden. Ist der Bedarf an Gift so gering, daß der gesamte Vorrat in dieser Weise verwahrt werden kann, so besteht eine Verpflichtung zur Einrichtung einer besonderen Giftkammer nicht.

(zu §. 8). Für die im vorstehenden Absatz bezeichneten kleineren Vorräte von Giften der Abteilung 1 sind besondere Geräte zu verwenden und in dem für diese bestimmten Behältnisse zu verwahren. Für die in den Abteilungen 2 und 3 bezeichneten Gifte, ausgenommen Morphin, dessen Verbindungen und Zubereitungen, sind besondere Geräte nicht erforderlich.

**Abgabe der Gifte.**

§. 10. Gifte dürfen nur von dem Geschäftsinhaber oder den von ihm hiermit Beauftragten abgegeben werden.

§. 11. Über die Abgabe der Gifte der Abteilungen 1 und 2 sind in einem mit fortlaufenden Seitenzahlen versehenen, gemäß Anlage II eingerichteten Giftbuche die daselbst vorgesehenen Eintragungen zu bewirken. Die Eintragungen müssen sogleich nach Verabfolgung der Waren von dem Verabfolgenden selbst, und zwar immer in unmittelbarem Anschluß an die nächst vorhergehende Eintragung ausgeführt werden. Das Giftbuch ist zehn

Jahre lang nach der letzten Eintragung aufzubewahren.

Die vorstehenden Bestimmungen finden nicht Anwendung auf die Abgabe der Gifte, welche von Großhändlern an Wiederverkäufer, an technische Gewerbetreibende oder an staatliche Untersuchungs- oder Lehranstalten abgegeben werden, sofern über die Abgabe dergestalt Buch geführt wird, daß der Verbleib der Gifte nachgewiesen werden kann.

§. 12. Gift darf nur an solche Personen abgegeben werden, welche als zuverlässig bekannt sind und das Gift zu einem erlaubten gewerblichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecke benutzen wollen. Sofern der Abgebende von dem Vorhandensein dieser Voraussetzungen sichere Kenntnis nicht hat, darf er Gift nur gegen Erlaubnisschein abgeben.

Die Erlaubnisscheine werden von der Ortspolizeibehörde nach Prüfung der Sachlage gemäß Anlage III ausgestellt. Dieselben werden in der Regel nur für eine bestimmte Menge, ausnahmsweise auch für den Bezug einzelner Gifte während eines, ein Jahr nicht übersteigenden Zeitraumes gegeben. Der Erlaubnisschein verliert mit dem Ablaufe des vierzehnten Tages nach dem Ausstellungstage seine Gültigkeit, sofern auf demselben etwas anderes nicht vermerkt ist.

An Kinder unter vierzehn Jahren dürfen Gifte nicht ausgehändigt werden.

§. 13. Die in Abteilung 1 und 2 verzeichneten Gifte dürfen nur gegen schriftliche Empfangsbescheinigung (Giftschein) des Erwerbers verabfolgt werden. Wird das Gift durch einen Beauftragten abgeholt, so hat der Abgebende (§. 10) auch von diesem sich den Empfang bescheinigen zu lassen.

Die Bescheinigungen sind nach dem in Anlage IV vorgeschriebenen Muster auszustellen, mit den entsprechenden Nummern des Giftbuchs zu versehen und zehn Jahre lang aufzubewahren.

Die Empfangsbestätigung desjenigen, welchem das Gift ausgehändigt wird, darf auch in einer Spalte des Giftbuches abgegeben werden.

Im Falle des §. 11 Absatz 2 ist die Ausstellung eines Giftscheins nicht erforderlich.

§. 14. Gifte müssen in dichten, festen und gut verschlossenen Gefäßen abgegeben werden; jedoch genügen für feste, an der Luft nicht zerfließende oder verdunstende Gifte der Abteilungen 2 und 3 dauerhafte Umhüllungen jeder Art, sofern durch dieselben ein Verschütten oder Verstäuben des Inhalts ausgeschlossen wird.

Die Gefäße oder die an ihre Stelle tretenden Umhüllungen müssen mit der im §. 4 Absatz 1 angegebenen Aufschrift und Inhaltsangabe sowie mit dem Namen des abgebenden Geschäftes versehen sein. Bei festen an der Luft nicht zerfließenden oder verdunstenden Giften der Abteilung 3 darf an Stelle des Wortes Gift die Aufschrift „Vorsicht“ verwendet werden.

Bei der Abgabe an Wiederverkäufer, technische Gewerbetreibende und staatliche Untersuchungs- oder Lehranstalten genügt indessen jede andere, Verwechselungen ausschließende Aufschrift und Inhaltsangabe; auch brauchen die Gefäße oder die an ihre Stelle tretenden Umhüllungen nicht mit dem Namen des abgebenden Geschäfts versehen zu sein.

§. 15. Es ist verboten, Gifte in Trink- oder Kochgefäßen oder in solchen Flaschen oder Krügen abzugeben, deren Form oder Bezeichnung die Gefahr einer Verwechselung des Inhalts mit Nahrungs- oder Genußmitteln herbeizuführen geeignet ist.

§. 16. Auf die Abgabe von Giften als Heilmittel in den Apotheken finden die Vorschriften der §§. 11 bis 14 nicht Anwendung.

**Besondere Vorschriften über Farben.**

§. 17. Auf gebrauchsfertige Öl-, Harz- oder Lackfarben, soweit sie nicht Arsenfarben sind, finden die Vorschriften der §§. 2 bis 14 nicht Anwendung. Das Gleiche gilt für andere giftige Farben, welche in Form von Stiften, Pasten oder Steinen oder in geschlossenen Tuben zum unmittelbaren Gebrauch fertig gestellt sind, sofern auf jedem einzelnen Stück oder auf dessen Umhüllung entweder das Wort „Gift“ beziehungsweise „Vorsicht“ und der Name der Farbe oder eine das darin enthaltene Gift erkennbar machende Bezeichnung deutlich angebracht ist.

**Ungeziefermittel.**

§. 18. Bei der Abgabe der unter Verwendung von Gift hergestellten Mittel gegen schädliche Tiere (sogenannte Ungeziefermittel) ist jeder Packung eine Belehrung über die mit einem unvorsichtigen Gebrauche verknüpften Gefahren beizufügen. Der Wortlaut der Belehrung kann von der zuständigen Behörde vorgeschrieben werden.

Arsenhaltiges Fliegenpapier darf nur mit einer Abkochung von Quassiaholz oder Lösung von Quassiaextrakt zubereitet in viereckigen Blättern von 12 : 12 cm, deren jedes nicht mehr als 0,01 g arsenige Säure enthält und auf beiden Seiten mit drei Kreuzen, der Abbildung eines Totenkopfes und der Aufschrift „Gift“ in schwarzer Farbe deutlich und dauerhaft versehen ist, feilgehalten oder abgegeben werden. Die Abgabe darf nur in einem dichten Umschlage erfolgen, auf welchem in schwarzer Farbe deutlich und dauerhaft die Inschriften „Gift“ und „A

senhaltiges Fliegenpapier" und im Kleinhandel außerdem der Name des abgebenden Geschäfts angebracht ist.

Andere arsenhaltige Ungeziefermittel dürfen nur mit einer in Wasser leicht löslichen grünen Farbe vermischt feilgehalten oder abgegeben werden; sie dürfen nur gegen Erlaubnisschein (§. 12) verabfolgt werden.

Strychninhaltige Ungeziefermittel dürfen nur in Form von vergiftetem Getreide, welches in tausend Gewichtsteilen höchstens fünf Gewichtsteile salpetersaures Strychnin enthält und dauerhaft dunkelrot gefärbt ist, feilgehalten oder abgegeben werden.

Vorstehende Beschränkungen können zeitweilig außer Wirksamkeit gesetzt werden, wenn und soweit es sich darum handelt, unter polizeilicher Aufsicht außerordentliche Maßnahmen zur Vertilgung von schädlichen Tieren, z. B. Feldmäusen, zu treffen.

**Gewerbebetrieb der Kammerjäger.**

§. 19. Personen, welche gewerbsmäßig schädliche Tiere vertilgen (Kammerjäger) müssen ihre Vorräte von Giften und gifthaltigen Ungeziefermitteln unter Beachtung der Vorschriften in den §§. 2, 3, 4, 7 und, soweit sie die Vorräte nicht bei Ausübung ihres Gewerbes mit sich führen, in verschlossenen Räumen, welche nur ihnen und ihren Beauftragten zugänglich sind, aufbewahren. Sie dürfen die Gifte und die Mittel an andere nicht überlassen.

§. 20. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. März 1906 in Kraft, mit Ausnahme der Bestimmungen über den Verkehr mit arsenhaltiger und arsenfreier Salzsäure und Schwefelsäure, die erst am 1. Juli 1906 Geltung erlangen. Alle entgegenstehenden Verordnungen, insbesondere die Polizeiverordnung vom 24. August 1895 — Min. Bl. f. d. inn. Verw. S. 265 — und die Bekanntmachung vom 16. Oktober 1901 — Min. Bl. f. Med. pp. Angl. S. 263 — werden von dem gleichen Zeitpunkte ab aufgehoben.

§. 21. Die für Apotheken über den Handel mit Giften bestehenden weitergehenden Vorschriften bleiben auch ferner in Kraft.

§. 22. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden, soweit in den bestehenden Gesetzen nicht höhere Strafen vorgesehen sind, nach §. 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu Einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

Berlin, den 22. Februar 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Studt.

Der Minister des Innern. In Vertretung: von Bischoffshausen.

Der Minister für Handel und Gewerbe. Im Auftrage: v. d. Hagen.

**Anlage 1.**

## Verzeichnis der Gifte.

### Abteilung 1.

Akonitin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Arsen, dessen Verbindungen und Zubereitungen, auch Arsenfarben,
Atropin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Brucin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Curare und dessen Präparate,
Cyanwasserstoffsäure (Blausäure)
Cyankalium, die sonstigen cyanwasserstoffsauren Salze und deren Lösungen, mit Ausnahme des Berliner Blau (Eisencyanür) und des gelben Blutlaugensalzes (Kaliumeisencyanür),
Daturin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Digitalin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Emetin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Erythrophlein, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Fluorwasserstoffsäure (Flußsäure),
Homatropin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Hyoscin (Duboisin), dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Hyoscyamin (Duboisin), dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Kantharidin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Kolchicin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Koniin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Nikotin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Nitroglycerinlösungen,
Phosphor (auch roter, sofern er gelben Phosphor enthält) und die damit bereiteten Mittel zum Vertilgen von Ungeziefer,
Physostigmin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Pikrotoxin,
Quecksilberpräparate, auch Farben außer Quecksilberchlorür (Kalomel) und Schwefelquecksilber (Zinnober),
Salzsäure, arsenhaltige,*)
Schwefelsäure, arsenhaltige,*)

---

*) Anmerkung: Salzsäure und Schwefelsäure gelten als arsenhaltig, wenn 1 ccm der Säure, mit 3 ccm Zinnchlorürlösung versetzt, innerhalb 15 Minuten eine dunklere Färbung annimmt.

Bei der Prüfung auf den Arsengehalt ist, sofern es sich um konzentrierte Schwefelsäure handelt, zunächst 1 ccm durch Eingießen in 2 ccm Wasser zu verdünnen und 1 ccm von dem erkalteten Gemische zu verwenden. Zinn-

Skopolamin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Strophanthin,
Strychnin, dessen Verbindungen und Zubereitungen, mit Ausnahme von strychninhaltigem Getreide,
Uransalze, lösliche, auch Uranfarben,
Veratrin, dessen Verbindungen und Zubereitungen.

**Abteilung 2.**

Acetanilid (Antifebrin),
Adonis-kraut,
Aethylenpräparate,
Agaricin,
Akonit-extrakt, -knollen, -kraut, -tinktur,
Amylenhydrat,
Amylnitrit,
Apomorphin,
Belladonna-blätter, -extrakt, -tinktur, -wurzel,
Bilsen-kraut, -samen, Bilsenkraut-extrakt, -tinktur,
Bittermandelöl, blausäurehaltiges,
Brechnuß (Krähenaugen), sowie die damit hergestellten Ungeziefermittel, Brechnußextrakt, -tinktur,
Brechweinstein,
Brom,
Bromäthyl,
Bromalhydrat,
Bromoform,
Butylchloralhydrat,
Calabar-extrakt, -samen, -tinktur,
Cardol,
Chloräthyliden, zweifach,
Chloralformamid,
Chloralhydrat,
Chloressigsäuren,
Chloroform,
Chromsäure,
Cocaïn, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Convallamarin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Convallarin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Elaterin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Erythrophleum,
Euphorbium,

---

chlorürlösung ist aus 5 Gewichtsteilen kristallisiertem Zinnchlorür, die mit 1 Gewichtsteile Salzsäure anzurühren und vollständig mit trockenem Chlorwasserstoffe zu sättigen sind, herzustellen, nach dem Absetzen durch Asbest zu filtrieren und in kleinen, mit Glasstopfen verschlossenen, möglichst angefüllten Flaschen aufzubewahren.

Fingerhut-blätter, -essig, -extrakt, -tinktur,
Gelsemium-wurzel, -tinktur,
Giftlattich-extrakt, -kraut, -saft (Laktukarium),
Giftsumach-blätter, -extrakt, -tinktur,
Gottesgnaden-kraut, -extrakt, -tinktur,
Gummigutti, dessen Lösungen und Zubereitungen,
Hanf, indischer-extrakt, -tinktur,
Hydroxylamin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Jalapen-harz, -knollen, -tinktur,
Kirschlorbeeröl,
Kodeïn, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Kokkelskörner,
Kotoin,
Krotonöl,
Morphin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Narceïn, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Narkotin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Nieswurz (Helleborus) grüne, -extrakt, -tinktur, -wurzel,
„ ( „ ), schwarze, -extrakt, -tintur, -wurzel,
Nitrobenzol (Mirbanöl),
Opium und dessen Zubereitungen mit Ausnahme von Opium-pflaster und -wasser,
Oxalsäure, (Kleesäure, sog. Zuckersäure),
Paraldehyd,
Pental,
Pilokarpin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Sabadill-extrakt, -früchte, -tinktur,
Sadebaum-spitzen, -extrakt, -öl,
Sankt-Ignatius-samen, -tinktur,
Santonin,
Scammonia-harz (Scammonium)-wurzel,
Schierling (Konium)-kraut, -extrakt, -früchte, -tinktur,
Senföl, ätherisches,
Spanische Fliegen und deren weingeistige und ätherische Zubereitungen,
Stechapfel-blätter, -extrakt, -samen, -tinktur — ausgenommen zum Rauchen oder Räuchern —,
Strophantus-extrakt, -samen, -tinktur,
Strychninhaltiges Getreide,
Sulfonal und dessen Ableitungen,
Thallin, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Urethan,
Veratrum (weiße Nieswurz)-tinktur, -wurzel,
Wasserschierling-kraut, -extrakt,
Zeitlosen-extrakt, -knollen, -samen, -tinktur, -wein.

**Abteilung 3.**

Antimonchlorür, fest oder in Lösung,
Barymverbindungen außer Schwerspath (schwefelsaurem Barym),
Bittermandelwasser,

Bleiessig,
Bleizucker,
Brechwurzel (Jpecacuanha)-extrakt, -tinktur, -wein,
Farben, welche Antimon, Baryum, Blei, Chrom, Gummigutti, Kadmium, Kupfer, Pikrinsäure, Zink oder Zinn enthalten, mit Ausnahme von: Schwerspath (schwefelsaurem Baryum) Chromoxyd, Kupfer, Zink, Zinn und deren Legierungen als Metallfarben, Schwefelkadmium, Schwefelzink, Schwefelzinn (als Musivgold) Zinkoxyd, Zinnoxyd,
Goldsalze,
Jod und dessen Präparate, ausgenommen zuckerhaltiges Eisenjodür und Jodschwefel,
Jodoform,
Kadmium und dessen Verbindungen, auch mit Brom oder Jod,
Kalilauge, in 100 Gewichtsteilen mehr als 5 Gewichtsteile, Kaliumhydroxyd enthaltend,
Kalium,
Kaliumbichromat (rotes chromsaures Kalium, sogenanntes Chromkali),
Kaliumbioxalat (Kleesalz),
Kaliumchlorat (chlorsaures Kalium),
Kaliumchromat (gelbes chromsaures Kalium),
Kaliumhydroxyd (Ätzkali),
Karbolsäure, auch rohe, sowie verflüssigte und verdünnte, in 100 Gewichtsteilen mehr als 3 Gewichtsteile Karbolsäure enthaltend,
Kirschlorbeerwasser,
Koffeïn, dessen Verbindungen und Zubereitungen,
Koloquinthen-extrakt, -tinktur,
Kreosot,
Kresole und deren Zubereitungen, (Kresolseifenlösungen, Lysol, Lysosolveol u. s. w.), sowie deren Lösungen, soweit sie in 100 Gewichtsteilen mehr als ein Gewichtsteil der Kresolzubereitung enthalten,
Kupferverbindungen,
Lobelien-kraut, -tinktur,
Meerzwiebel-extrakt, -tinktur, -wein,
Mutterkorn-extrakt (Ergotin),
Natrium,
Natriumbichromat,
Natriumhydroxyd (Ätznatron, Seifenstein),
Natronlauge, in 100 Gewichtsteilen mehr als 5 Gewichtsteile Natrium-Hydroxyd enthaltend,
Paraphenylendiamin, dessen Salze, Lösungen und Zubereitungen,
Phenazetin,
Pikrinsäure und deren Verbindungen,
Quecksilberchlorür (Kalomel),
Salpetersäure (Scheidewasser), auch rauchende,
Salzsäure, arsenfreie*), auch verdünnte, in 100 Gewichtsteilen mehr als 15 Gewichtsteile wasserfreie Säure enthaltend,
Schwefelkohlenstoff,
Schwefelsäure, arsenfreie*), auch verdünnte, in 100 Gewichtsteilen mehr als 15 Gewichtsteile Schwefelsäuremonohydrat enthaltend,
Silbersalze, mit Ausnahme von Chlorsilber,
Stephans (Staphisagria) -körner,
Zinksalze, mit Ausnahme von Zinkkarbonat,
Zinnsalze.

*) Anmerkung: Siehe Anmerkung zu Abteilung I.

Anlage II.

## Giftbuch.

| Bezeichnung des Erlaubnisscheins nach Behörde und Nummer. | Tag der Abgabe. | Des Giftes | | Zweck, zu welchem das Gift vom Erwerber benutzt werden soll. | Des Erwerbers | | Des Abholenden | | Name des Verabfolgenden. | Eigenhändige Namensschrift des Empfängers. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Name. | Menge | | Name und Stand. | Wohnort. (Wohnung.) | Name und Stand. | Wohnort. (Wohnung.) | | |
| | | | | | | | | | | |

**Anlage III.**

(Name der ausstellenden Behörde).

Nr. **Erlaubnisschein zum Erwerb von Gift.**

Der p. (Name, Stand) ..............................

zu (Wohnort und Wohnung) ..............................

die (Firma)..............................

wünscht (Menge) .................... (Name des Gifts)

.............................. zu erwerben, um damit

.............................. (Zweck, zu welchem das Gift

benutzt werden soll).

Gegen dieses Vorhaben ist diesseits nach stattgefundener Prüfung nichts zu erinnern.

..............................

..............................

.................., den ........ten ................19.......

(Bezeichnung der ausstellenden Behörde.)
(Namensunterschrift).
(Siegel).

Dieser Schein macht die Ausstellung einer Empfangsbescheinigung (Giftschein) gemäß §. 13 nicht entbehrlich. Er verliert mit dem Ablaufe des 14. Tages nach dem Ausstellungstage seine Gültigkeit, sofern etwas anderes oben nicht ausdrücklich vermerkt ist.

**Anlage IV.**

Nr.......... (des Giftbuchs).

**Giftschein.**

Von (Firma des abgebenden Geschäfts)..............

............zu (Ort)...  ..............bekenne ich hierdurch

.................(Menge)................. (Name des Gifts)

.............................. zum Zwecke de..............................

.............................. wohl verschlossen und bezeichnet

erhalten zu haben.

Der aus einem unvorsichtigen Gebrauche des Giftes entstehenden Gefahren wohl bewußt, werde ich dafür Sorge tragen, daß dasselbe nicht in unbefugte Hände gelangt und nur zu dem vorgedachten Zwecke verwendet wird.

Das Gift soll durch.............................. abgeholt werden.

(Wohnort, Tag, Monat, Jahr und Wohnung.)
(Name und Vorname, Stand oder Beruf des Erwerbers).
(Eigenhändig geschrieben.)

(Zusatz, falls das Gift durch einen anderen abgeholt wird).

Das oben bezeichnete Gift habe ich im Auftrage

des..............................(Namen des Erwerbers)

in Empfang genommen und verspreche, dasselbe alsbald unversehrt an meinen Auftraggeber abzuliefern.

(Ort, Tag, Monat, Jahr).
(Name und Vorname, Stand oder Beruf des Abholenden).
(Eigenhändig geschrieben).

---

**Nr. 119 Bekanntmachung über die Ein- und Durchfuhr von Schweinefleisch aus Rumänien, Serbien und Bulgarien.**

Auf Grund des §. 7 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ (Reichs-Gesetz-Blatt 1894 S. 409) und des §. 3 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 (Gesetz-Sammlung S. 128) in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1905 (Gesetz-Sammlung S. 318) wird zur Verhütung der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Schweine, insbesondere des Rotlaufs, der Schweineseuche und der Schweinepest, welche Krankheiten in Rumänien, Serbien und Bulgarien in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange herrschen, für das ganze preußische Staatsgebiet folgendes angeordnet:

§. 1. Die Einfuhr von Schweinefleisch aus Rumänien, Serbien und Bulgarien ist verboten, jedoch mit Ausnahme solchen Schweinefleisches, das als „zubereitet" im Sinne des §. 12 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 547) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen anzusehen ist. Zubereitetes Schweinefleisch in diesem Sinne darf mit den aus den vorbezeichneten Vorschriften sich ergebenden Beschränkungen und unter den dort vorgesehenen Bedingungen aus den genannten Ländern eingeführt werden.

§. 2. Die Durchfuhr von Schweinefleisch, das aus Rumänien, Serbien und Bulgarien stammt und dem Einfuhrverbote des §. 1 unterliegt, ist unter Beachtung der Vorschriften des Fleischbe-

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 12. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 15. März 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 139** Das 7. Stück enthält unter Nr. 3198: Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891. Vom 25. Januar 1905. — Erklärung über die Inkraftsetzung dieses Zusatzvertrages. Vom 28. Februar 1905. Unter Nr. 3199: Viehseuchenübereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn. Vom 25. Januar 1905. Das 8. Stück enthält unter Nr. 3200: Gesetz, betreffend Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise. Vom 18. Februar 1906. Unter Nr. 3201: Gesetz, betreffend die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark. Vom 20. Februar 1906. Das 9. Stück enthält unter Nr. 3202: Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Serbien vom $\frac{21.}{9.}$ August 1892, vom $\frac{29.}{16.}$ November 1904. Das 10. Stück enthält unter Nr. 3203: Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz, betreffend die Errichtung deutscher Zollabfertigungsstellen auf den linksrheinischen Bahnhöfen in Basel. Vom 16. August 1905. Das 11 Stück enthält unter Nr. 3204: Gesetz, betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 26. Februar 1906. Unter Nr. 3205: Bekanntmachung, betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 26. Februar 1906. Das 12. Stück enthält unter Nr 3206: Verordnung, betreffend die Verrichtungen der Standesbeamten in bezug auf solche Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, welche ihr Standquartier nicht innerhalb des Deutschen Reichs haben oder dasselbe nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, sowie in bezug auf alle Militärpersonen, welche sich auf den in Dienst gestellten Schiffen oder anderen Fahrzeugen der Kaiserlichen Marine befinden. Vom 20. Februar 1906. Unter Nr. 3207: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf den 1906 in Mailand und in Berlin-Schöneberg stattfindenden Ausstellungen. Vom 26. Februar 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 140** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des evangelischen Diaspora-Waisenhauses Godesheim bei Godesberg die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Anstalt eine einmalige Hauskollekte bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz im Jahre 1906 abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder sind beauftragt worden: Fritz Hütten, Oberkassel; Ferd. Masholt und Joh. Masholt, Wesel; Phl. Vogt, Düsseldorf; Ferd. Treyße und Heinrich Kühler, Godesheim.

Aachen, den 9. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 141** Der Herr Oberpräsident hat der katholischen Kirchengemeinde Limbach im Kreise Saarlouis die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel zum Neubau einer Pfarrkirche daselbst eine einmalige Haussammlung bei den katholischen Einwohnern der Rheinprovinz in dem Zeitraum bis zum 1. November d. Js. abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Beträge sind folgende Personen beauftragt worden: Konrad Debong, Bergmann, aus Limbach; Johann Blug, Kirchenschweizer, und Matthias Brill, Bergmann, aus Dorf; Michael Endres, Bergmann, Peter Ferring, Bergmann, Franz Hell, Küster, Karl Hermann, Bergmann, Johann Petry, Bergmann, Peter Schmitt, Ackerer, Johann Thewes, Bergmann, und Dr. Karl Firsbach, Pfarrer, aus Limbach.

Aachen, den 14. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Bekanntmachung.

**Nr. 142** Auf Grund des §. 2 der Verordnung vom 30. Juni 1834 ist in der Sitzung des Kreistages vom 16. Januar cr. der Gutsbesitzer Adolf Bischoff zu Haus Linde zum Kreisverordneten des Landkreises Aachen an Stelle des verstorbenen Kreisverordneten Rentner Bernhard Göbbels zu Vorscheid gewählt. Die Wahl ist von uns bestätigt worden.

Düsseldorf, den 9. März 1906.

Königliche Generalkommission.

### Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 143** In der Zusammenlegungssache von Geich, Bürgermeisterei Füssenich, Kreis Düren, Regierungsbezirk Aachen, ist durch die Regulierung des Neffelbaches und des Mühlengrabens, insoweit diese Wasserläufe bisher die Grenze zwischen den Gemeinden Geich einerseits und den Gemeinden Zülpich und Bessenich anderseits und damit die Grenze zwischen den Kreisen Düren und Euskirchen bildeten, eine Veränderung dieser Grenze eingetreten. Die hiernach veränderte Kreisgrenze wird auch künftig durch diese Wasserläufe, aber in der Weise gebildet, daß der in Betracht kommende Teil

1. des Mühlengrabens zum Gemeindebezirk Zülpich, Kreis Euskirchen,
2. des Neffelbaches von dem Treffpunkte mit der Heerstraße bis zur Gemarkung Bessenich zum Gemeindebezirk Geich, Kreis Düren,
3. des Neffelbaches längs der Gemarkung Bessenich zu dieser Gemeinde, Kreis Euskirchen, gehört.

Ferner ist eine kleine Grenzveränderung dadurch eingetreten, daß zur Vermeidung des Durchschneidens des Grundstücks Plan Nr. 388 f die Kreisgrenze so verschoben worden ist, daß sie mit der Grundstücksgrenze Plan 388 e und 388 f zusammen fällt.

Vorstehende Bekanntmachung wird auf Grund des §. 3 Abs. 3 und 4 der Kreisordnung für die Rheinprovinz (vom 30. Mai 1887) hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Düsseldorf, den 12. Februar 1906.

Königliche Generalkommission
für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.

### Bekanntmachung.

**Nr. 144** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die vom Bundesrate am 15. v. Mts. genehmigten Bestimmungen über die Zollbegünstigungen der Mineralöle mit dem 1. d. Mts. in Kraft getreten sind und bei den Amtsstellen eingesehen werden können.

Cöln, den 6. März 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
J. V.: Senden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 145** Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrat in der Sitzung vom 24. v. Mts. beschlossen hat, dem Entwurfe der Bestimmungen über die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze für Gerbstoffauszüge seine Zustimmung zu erteilen.

Die betreffende Drucksache kann bei den Amtsstellen der Zoll- und Steuerverwaltung während der gesetzlichen Dienststunden eingesehen werden.

Cöln, den 8. März 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
J. V.: Senden.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 146** Unter Verweisung auf die §§. 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Elmpt 5, Elmpt 6, Elmpt 7 und Elmpt 8 bei Elmpt mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß die Lagepläne gemäß §. 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegen.

Bonn, den 7. März 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 5 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben k bis p bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 7. März 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 6 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben k, p, z, i bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Stei-

kohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 7. März 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 7 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d, e, f, g, h, i, z, p, q, r, s, y bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 7. März 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 8 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, d, y, s, t, u, v, w, x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 7. März 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 147** Der Plan über die Herrichtung unterirdischer Telegraphenlinien in mehreren Straßen von Aachen und in der Provinzialstraße in Forst liegt vom 11. März ab auf die Dauer von 4 Wochen bei dem Postamt in Forst und bei dem Telegraphenamt in Aachen aus.

Aachen, den 6. März 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Pfaehler.

**Nr. 148 Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Eupen die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Stadtgemeinde Eupen dem städtischen Sekretariatsassistenten Nikolaus Kreusch in Eupen widerruflich übertragen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 11.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 13. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 22. März 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 149** Das 13. Stück enthält unter Nr. 3208: Kaiserliche Bergverordnung für die afrikanischen und Südseeschutzgebiete mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika. Vom 27. Februar 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 150** Das 5. Stück enthält unter Nr. 10674: Kirchengesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 10. März 1906. Das 6. Stück enthält unter Nr. 10675: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Braubach, Dillenburg, Marienberg, Rennerod, Rüdesheim, Selters und Wehen. Vom 28. Februar 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 151** Ziffer VI Absatz 1 der Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausche sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) und der Berichtigung von Quittungskarten, vom 17. November 1899 (MBl. f. d. i. V. 1900 S. 16) erhält folgenden Zusatz:

„Jugendlichen Personen, die den Ausgabestellen als Fürsorgezöglinge bekannt sind, darf eine Quittungskarte nur ausgefertigt werden, wenn die Einwilligung der Fürsorger oder Anstaltsleiter, unter deren Gewalt sie stehen, beigebracht ist".

Berlin, den 27. Februar 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe:
Delbrück.

**Nr. 152** **Bekanntmachung**

Einführung des Postanweisungsdienstes mit Costa Rica.

Hinfort sind im Verkehre mit Costa Rica (zunächst jedoch nur mit der Hauptstadt San José) Postanweisungen bis zu 400 M.f zulässig. Bei der Einzahlung in Deutschland sind die Beträge auf den Postanweisungen in der Markwährung anzugeben. Die Auszahlung in Costa Rica erfolgt in der Landeswährung nach dem Tageskurse. Die Gebühr wird bei Beträgen bis 80 M. mit 20 Pf. für je 20 M. und bei überschießenden Beträgen mit 20 Pf. für je 40 M. berechnet. Telegraphische Postanweisungen sind im Verkehre mit Costa Rica nicht zulässig.

Berlin W. 66, den 12. März 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage.
Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 153** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande der Josefs-Gesellschaft, charitativer Verein für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen, die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Krüppelheime in Aachen-Burtscheid und Bigge i. W. im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Cöln und Düsseldorf abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte sind folgende Personen beauftragt worden:

Peter Baerens in Cöln, Maria-Hilfstraße, Viktor Lohe, Cöln-Sülz, Grafenstraße 108, Albert Klinkhammer, Cöln, Maria-Hilfstraße, Peter Oebel, Nippes, Uerdingerstraße 6, H. Fellbach, Cöln, Sachsenhausen 24, Engelbert Tirtey, Niederembt bei Bedburg, Jacob Günther, Cöln, Annastraße 86, Heinrich Mühlmann, Neuß, Breitestraße 117, Wilhelm Oebel, Schwarzmoor bei Heimerzheim, Fräulein Louise Raffenberg, Cöln, Palmstraße 4/2, Fräulein Elise Keßler, Cöln-Sülz, Grafenstraße 108.

Aachen, den 20. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 154** Des Königs Majestät haben dem Zentral-Komitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz mittels Allerhöchster Ordre vom 9. August 1904 die Erlaubnis zu erteilen geruht, für die Zwecke des Vereins eine Lotterie mit einem Reinertrage von 1 350 000 M. und einem Spielkapitale von höchstens 4 050 000 M. zu veranstalten und die Lose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Aachen, den 20. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 155** Das im Amtsblatt von 1905 auf Seite 151/152 veröffentlichte Verzeichnis der in den preußischen Grenzgemeinden gemäß der Konvention vom 7. Februar 1873 (R.-G.-Bl. Nr. 9) zur Ausübung der Praxis berechtigten belgischen Medizinal- und Veterinärpersonen hat folgende Veränderung erfahren:

### Province de Liége

zu streichen:

Bragard, H, docteur en médecine, à Anbel.
Deleval, R, docteur en médecine, à Anbel.
Gillet, E., docteur en médecine, à Anbel.
Lejenne, M., sage-femme, à Anbel.
Ruwet, M., sage-femme, à Aubel.
Lonhienne, A., médecin vétérinaire, à Anbel.
Wertz, J., médecin vétérinaire, à Anbel.
Kentgen, G., docteur en médecine, à Dolhain.
Thimns, O., docteur en médecine, à Dolhain.
Guinotte, B., docteur en médecine, à Dolhain.
Gillissen, J., docteur en médecine, à Dolhain.
Radermercker, C., sage-femme, à Dolhain.
Demoulin, O., sage-femme, à Dolhain.
Conradt, A., médecin vétérinaire, à Limbourg.

### Province de Luxembourg

zu streichen:

Lomry, P., docteur en médecine à Courtil (Bovigny).
Scheurette, L. J., docteur en médecine, à Gonvy (Limerlé).
Noël, Astérie, sage-femme, à Grand-Halleux.
Maréchal, J. F. P., docteur en médecine, à Houffalize.
Etienne, A., docteur en médecine, à Houffalize.
Liégeois, A., médecin vétérinaire, à Houffalize.
Bonboir, M., éponse Léonard, sage-femme, à Houffalize.
Boset, E., docteur en médecine, à Limerlé.
Legros, A., docteur en médecine, à Viel-Salm.
Tilman, A., docteur en médecine, à Viel-Salm.
Michaux, L., docteur en médecine, à Viel-Salm.
Bonbert, E., veuve Lamberty, sage-femme, à Viel-Salm.
Rausens, A., médecin vétérinaire, à Viel-Salm.

Aachen, den 16. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 156** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. März 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 2 | 2 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 8 | 10 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 6 | 7 |
| desgl. | Schleiden | 1 | 1 |

Aachen, den 16. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 157** Nachstehend bringe ich die von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten unter dem 23. Dezember 1905 in neuer Fassung aufgestellten Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen zur öffentlichen Kenntnis.

Diese Bedingungen kommen allgemein bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen im Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung, der Staatseisenbahn- und der Berg-Verwaltung in Anwendung.

Aachen, den 16. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Bedingungen
für die
**Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen.**

### §. 1. Persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen hat niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für ihre tüchtige und pünktliche Ausführung die erforderliche Sicherheit bietet.

§ 2. Einsicht und Bezug der Verdingungsunterlagen.

Verdingungsanschläge, Zeichnungen, Bedingungen u. s. w. sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen. Vervielfältigungen werden auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt, soweit sie vorrätig sind, oder durch die verfügbaren Hilfskräfte neu angefertigt werden können. Der Name des Bewerbers, an den die Verdingungsunterlagen verabfolgt sind, wird nicht bekannt gegeben.

§. 3. Form und Inhalt der Angebote.

1. Die Angebote sind unter Benutzung der etwa vorgeschriebenen Vordrucke, von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Überschrift versehen, verschlossen, porto- und bestellgeldfrei bis zu dem angegebenen Zeitpunkte einzureichen.

2. Die Angebote müssen enthalten:

a) die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, die der Ausschreibung zugrunde gelegt sind, unterwirft;

b) die Angabe der geforderten Preise nach Reichswährung, und zwar sowohl der Preise für die Einheiten als auch der Gesamtforderung in Zahlen und Buchstaben; stimmt die Angabe der Einheitspreise in Zahlen mit der in Buchstaben nicht überein, so soll die Angabe in Buchstaben maßgebend sein; die Gesamtforderung wird aus den Einheitspreisen rechnerisch festgestellt;

c) die genaue Bezeichnnng und Adresse des Bewerbers;

d) von gemeinschaftlich bietenden Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot als Gesamtschuldner verbindlich machen, sowie die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erfordernis gilt auch für die Gebote von Gesellschaften und juristischen Personen;

e) nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor der Verhandlung zur Eröffnung der Angebote eingesandt und derart bezeichnet sein, daß sich ohne weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;

f) die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen der Waren und die zu deren Herstellung verwendeten Roh- und Hilfsstoffe.

3. Angebote, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, die bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

§. 4. Wirkung des Angebots.

1. Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebots bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist an ihre Angabe gebunden.

2. Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebots wegen aller für sie daraus entstehenden Rechte und Verbindlichkeiten der Zuständigkeit der Gerichte des Ortes, an dem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat.

§. 5. Erteilung des Zuschlags.

1. Der Zuschlag wird von dem mit der Ausschreibung beauftragten Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder in der von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Verhandlungs-Niederschrift oder durch besondere schriftliche Mitteilung erteilt.

2. Letzterenfalls ist der Zuschlag mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung hiervon innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

3. Diejenigen Bewerber, die den Zuschlag nicht erhalten, werden benachrichtigt, und zwar erfolgt die Nachricht als portopflichtige Dienstsache. Proben werden im Falle der Ablehnung des Angebots nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebotschreiben ausdrücklich verlangt oder ein dahin gehender Antrag innerhalb vier Wochen nach Eröffnung der Angebote gestellt wird, vorausgesetzt, daß die Proben bei den Prüfungen nicht verbraucht sind. Die Rücksendung erfolgt alsdann auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots in der Regel nicht statt; wertvolle Proben können jedoch auf die zu liefernde Menge angerechnet, oder, soweit angängig, nach beendeter Lieferung dem Unternehmer auf seine Kosten wieder zugestellt werden.

4. Eingereichte Entwürfe werden geheim gehalten und auf Verlangen zurückgegeben.

5. Den Empfang des Zuschlagsschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

§. 6. Beurkundung des Vertrages.

1. Der Bewerber, der den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Erteilung des Zuschlags zustande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen.

2. Sofern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, ihre Beglaubigung zu verlangen.

3. Die der Ausschreibung zugrunde liegenden Verdingungsanschläge, Zeichnungen, Bedingungen usw., welche bereits durch das Angebot anerkannt sind,

hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

§. 7. Sicherheitsleistung.

Innerhalb 14 Tagen nach der Erteilung des Zuschlags hat der Unternehmer die vorgeschriebene Sicherheit zu bestellen, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

§. 8. Kosten der Ausschreibung.

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten hat der Unternehmer nicht beizutragen.

**Nr. 158** **Feststellung**

der Vergütungspreise für die Landlieferungen an Brotmaterial, Hafer, Heu und Stroh, in Gemäßheit der §§. 16 und 19 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873, für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907.

| Nr. | Bezeichnung des Lieferungsverbands (Landrätlichen Kreises). | für denselben bestimmten Haupt-Marktortes. | Weizen. ℳ | ₰ | Weizenmehl. ℳ | ₰ | Roggen. ℳ | ₰ | Roggenmehl. ℳ | ₰ | Hafer. ℳ | ₰ | Heu. ℳ | ₰ | Stroh. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **C. Regierungsbezirk Aachen.** | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Aachen, Stadt | zu 1 bis 5 Aachen | 16 | 74 | 21 | — | 14 | 31 | 18 | 13 | 14 | 03 | 6 | 53 | 5 | 17 |
| 2 | „ Land | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | Eupen | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | Malmedy | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | Montjoie | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | Jülich | zu 6 bis 11 Neuß | 16 | 14 | 19 | 58 | 13 | 42 | 17 | 60 | 13 | 45 | 6 | 49 | 3 | 54 |
| 7 | Geilenkirchen | | | | | | | | | | | | | | | |
| 8 | Heinsberg | | | | | | | | | | | | | | | |
| 9 | Düren | | | | | | | | | | | | | | | |
| 10 | Schleiden | | | | | | | | | | | | | | | |
| 11 | Erkelenz | | | | | | | | | | | | | | | |

Coblenz, den 9. März 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 159** **Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 2. Januar bis 30. Juni 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. F à 3000 M.

Nr. 81, 105, 152, 189, 190, 205, 225, 250, 277, 310, 324.

2. Litt. G à 1500 M.

Nr. 59, 67, 89, 124.

3. Litt. H à 300 M.

Nr. 36, 38, 43, 62, 91, 202, 207, 218, 295, 315, 327, 332, 361, 397, 419, 447, 481, 504, 511, 524, 608, 615.

4. Litt. J à 75 M.

Nr. 73, 272.

5. Litt. K à 30 M.

Nr. 47, 109, 122, 185, 370, 394, 421.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Juli 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 14 bis 16 nebst Anweisungen vom 1. Juli 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Buchstaben-Bezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 14. Februar 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 160 Bekanntmachung.**

Auf Grund des §. 101 der Provinzialordnung vom 1. Juni 1887 bringe ich in der Anlage zu diesem Amtsblatte den Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 nach Feststellung durch den 46. Rheinischen Provinziallandtag in seiner Plenarsitzung vom 17. Februar d. Js. zur öffentlichen Kenntnis.

Düsseldorf, den 13. März 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 161 Bekanntmachung.**

Die geprüfte Rechnung der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1903 liegt im Ständehause hierselbst, Zimmer 29, vom 20. März d. Js. ab auf vier Wochen zur Einsicht offen, was gemäß §. 24 der Satzungen genannter Anstalt zur Kenntnis gebracht wird.

Düsseldorf, den 14. März 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 162 Bekanntmachung.**

Die Gemeinde Roetgen hat beantragt, den von der Schwerzfelderstraße abzweigenden, durch den Gemeindewald von Roetgen nach Reinartzhof führenden öffentlichen Fußpfad innerhalb des Gemeindebezirks Roetgen aufzuheben.

Es wird beabsichtigt, diesem Antrage zu entsprechen.

Dieses Vorhaben wird hierdurch in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 bekannt gemacht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche gegen dasselbe binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen, welche am Tage nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beginnt, bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Roetgen, den 17. März 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Heidgen.

## Universität Münster i. W.

**Nr. 163** Das Sommer-Semester 1906 beginnt bei der Kgl. Universität am

Dienstag, den 17. April d. Js.

Die Einschreibungen zur Immatrikulation finden in den ersten 3 Wochen des Semesters vormittags von $11^1/_2$—$12^1/_2$ Uhr im Senatssaale statt.

Das Verzeichnis der Vorlesungen ist vom Oberpedell der Universität (Pferdegasse 3) zu beziehen.

Münster i. W., den 15. März 1906.

Der z. Rektor der Königlichen Universität.
R. v. Lilienthal.

**Nr. 164 Bekanntmachung.**

Am Mittwoch, den 28. März d. Js., vormittags 11 Uhr, sollen in öffentlicher Verdingung verkauft werden:

**A. Vorhandene Abfälle.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | 2600 | kg | Blanklederabfälle, |
| 2. | 160 | „ | Lederschnitzel, |
| 3. | 20 | „ | Fettgarlederabfälle, |
| 4. | 250 | „ | Krauslederabfälle, beim Stanzen von Lederringen entstanden, |
| 5. | 900 | „ | Krauslederabfälle bei sonstigen Arbeiten entstanden, |
| 6. | 350 | „ | Spaltlederabfälle in großen Stücken, |
| 7. | 300 | „ | „ kleinen „ |
| 8. | 5 | „ | Transparentlederabfälle, |
| 9. | 100 | „ | Sohllederabfälle, |
| 10. | 240 | „ | altes Leder, bei Reparaturen entstanden, |
| 11. | 10000 | „ | Fluß- und Schweißeisenschrott, |
| 12. | 2000 | „ | alter Stahl und Stahlabfälle, |
| 13. | 1000 | „ | Stahl- und Blechschrott, |
| 14. | 10000 | „ | eis. und stähl. Hobel-, Bohr- und Drehspäne, |
| 15. | 20000 | „ | Stahlschrott mit etwa 100 kg Kupfer behaftet, von Geschossen herrührend, |
| 16. | 80 | „ | Bronze in Spänen, |
| 17. | 2 | „ | Messingabfälle, |
| 18. | 100 | „ | Zinkabfälle, |
| 19. | 100 | „ | Filzabfälle, braune, |
| 20. | 100 | „ | Tauabfälle, |
| 21. | 100 | „ | Leinenabfälle, |
| 22. | 6 | „ | Gummiabfälle, |
| 23. | 1,25 | „ | Borstenabfälle, |
| 24. | 17 | „ | Gußschrott; |

**B. Abfälle, welche in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 entstehen.**

25. Ungefähr 20000 kg Fluß- und Schweißeisenschrott,

26. 5000 kg Stahl- und Stahlabfälle,
27. 2000 „ Stahl- und Blechschrott,
28. 40000 „ eis. und stähl. Hobel-, Bohr- und Drehspäne.

Portofreie Angebote mit der Aufschrift „Verdingung auf Abfälle" sind bis zum Termin an die unterzeichnete Behörde einzusenden. Anschlußgeleise zur Artilleriewerkstatt ist vorhanden. Bedingungen können hier eingesehen oder nach Einsendung von 50 Pf. bezogen werden.

Artilleriewerkstatt Lippstadt.

**Nr. 165 Bekanntmachung.**

Am 31. März 1906, vormittags 10 Uhr, sollen in öffentlicher Verdingung 15000 kg Stahl in alten Radreifen verkauft werden.

Portofreie Angebote mit der Aufschrift „Verdingung auf Abfälle" sind bis zum Termin einzusenden. Ein Anschlußgeleise zur Staatsbahn ist vorhanden. Bedingungen können hier eingesehen oder nach Einsendung von 50 Pfennig bezogen werden.

Artilleriewerkstatt Lippstadt.

**Nr. 166 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Mathias Gay bei der katholischen Volksschule zu Lohn, Kreis Jülich;
2. August Peters bei der katholischen Volksschule zu Pattern bei Aldenhoven, Kreis Jülich;
3. Franz Vogts bei der katholischen Volksschule zu Rollesbroich, Kreis Montjoie;
4. Margareta Tollhausen bei der katholischen Volksschule St. Adalbert B zu Aachen;
5. Catharina Hölscher bei der katholischen Volksschule zu Vicht, Kreis Aachen Land;
6. Maria Steynes bei der katholischen Volksschule zu Kreuzau, Kreis Düren.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 12 und die Sonderbeilage, enthaltend Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 14. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 29. März 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 167** Das 14. Stück enthält unter Nr. 3209: Gesetz, betreffend Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Vom 5. März 1906. Unter Nr. 3210: Ausführungsbestimmungen zu den Verordnungen über die Umzugskosten der Reichsbeamten. Vom 4. März 1906. Unter Nr. 3211: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 7. März 1906. Unter Nr. 3212: Bekanntmachung, betreffend die Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebs- und Polizeibeamten. Vom 8. März 1906. Das 15. Stück enthält unter Nr. 3213: Bekanntmachung, betreffend eine neue Ausgabe der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 3. März 1906. Das 16. Stück enthält unter Nr. 3214: Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Vorschriften über den Befähigungsnachweis und die Prüfung der Seeschiffer und Seesteuerleute auf deutschen Kauffahrteischiffen. Vom 14. März 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 168** Das 7. Stück enthält unter Nr. 10676: Verordnung, betreffend die Wiederherstellung eines abhanden gekommenen Grundbuchblatts des Amtsgerichts in Bochum. Vom 12. März 1906. Unter Nr. 10677: Allerhöchster Erlaß vom 12. März 1906, betreffend anderweite Abgrenzung der Verwaltungsbezirke der Eisenbahndirektionen in Bromberg, Posen, Erfurt, Hannover, Cassel, Frankfurt a. M., Münster i. Westf., Elberfeld und Cöln. Das 8 Stück enthält unter Nr. 10678: Kirchengesetz, betreffend die jährliche Reformationsfeier in der evanglisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 10. März 1906. Unter Nr. 10679: Verordnung über das Inkrafttreten des Kirchengesetzes vom 10. März 1906, betreffend die jährliche Reformationsfeier in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 12. März 1906.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 169** **Statut** für die Genossenschaft zur Melioration des Line- und Housbachtales zu Schönberg im Kreise Malmedy.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (G.-S. S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen Schönberg und Landesfeld werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Wiesenbautechnikers Scherer in Bonn vom 1. Dezember 1904 durch Entwässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer grün gestrichelten Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der

Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Genossenschaft zur Melioration des Line- und Housbachtales zu Schönberg" und hat ihren Sitz in Schönberg.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Besamung von Wiesen, Anlage und Unterhaltung besonderer Zu- und Ableitungsgräben und dergleichen, bleiben den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§. 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande ob, Binnen-Ent- und Bewässerungs-Anlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§. 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes anzunehmenden Meliorations-Technikers ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die besonderen Pläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Änderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die etwaige Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten, dem der Beginn der Ausführungsarbeiten rechtzeitig anzuzeigen ist. Auch im übrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rat des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§. 6. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 7. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, und in dem für die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 8. Im Falle einer Parzellierung sind die

Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für jedes angefangene Hektar des beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 12. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:
a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) drei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst drei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf sechs Jahre gewählt. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen, und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:
a) die Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Wässerung, die Grabenräumung und die Nutzung, Beackerung und Bepflanzung der an die Gräben anstoßenden Grundstücksstreifen, die Heuwerbung, die Hütung auf den Wiesen und dergleichen mit Zustimmung des Vor-

standes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;

c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 7 und 19) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 15. Die genossenschaftlichen und die in §. 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf sechs Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 17. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 18. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei

Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 20. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt des Kreises Malmedy aufgenommen.

§. 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

---

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 5. März 1906.

(L. S)

gez.: **Wilhelm R.**

ggez.: von Podbielski. Beseler.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 170** **Bekanntmachung,**

betreffend

**Ergänzung der Gebühren-Ordnung für approbierte Ärzte und Zahnärzte vom 15. Mai 1896.**

Auf Grund des §. 80 der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich (Reichs-Gesetzblatt 1900 Seite 871 ff.) bestimme ich bezüglich der Gebühren-Ordnung für approbierte Ärzte und Zahnärzte vom 15. Mai 1896 folgendes:

1. Hinter den Ziffern 5 und 37 des Abschnitts II A werden folgende Ziffern 5a und 37a eingefügt:

5a Beratung eines Kranken durch den Fernsprecher 1 — 3 M. Findet die Beratung von einer öffentlichen Fernsprechstelle aus statt, so steht dem Arzt neben der Gebühr für die Beratung eine Entschädigung für Zeitversäumnis zu, und zwar für jede angefangene halbe Stunde in Höhe von 1,50 — 3 M.

37a Einspritzung von Heilmitteln direkt in eine Blutader (außer dem Betrage für die Mittel) 3 — 20 M.

2. Die Vorschrift in Ziffer 10 erhält nachstehende Fassung:

Für Besuche oder Beratungen in der Zeit zwischen 9 Uhr abends und 7 Uhr morgens das Zwei- bis Dreifache der Gebühr zu Nr. 1 — 4, Nr. 5a, Nr. 7 und zu Nr. 20.

Die Gebühr unter Nr. 2 ist jedoch nicht unter 3 M. zu bemessen.

Berlin, den 13. März 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Studt.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 171** Der Herr Minister des Innern hat der Gesellschaft „Kriegerheim" in Essen die Erlaubnis erteilt, die Lose der von ihr zu veranstaltenden drei Gegenstandslotterien in den Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau sowie im Stadtkreise Berlin zu vertreiben.

Es sollen in jeder Lotterie 100000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden und 3521 Gewinne im Gesamtwerte von je 38000 M. zur Ausspielung gelangen. Die Ziehungen werden voraussichtlich im Mai, September und Dezember d. Js. stattfinden.

Aachen, den 22. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.

von Hartmann.

**Nr. 172** Die Nebenzollämter I. Kl. Karken und Wehr im Bezirke des Hauptzollamtes zu Kaldenkirchen werden vom 1. April d. Js. ab unter Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Hebe- und Abfertigungsbefugnisse in Nebenzollämter II. Kl. umgewandelt.

Cöln, den 19. März 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.

J. V: Senden.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 173** In Sachen, betreffend die Enteignung einer zum Zwecke des weiteren fluchtliniengemäßen Ausbaues der Jäger- und Kapitelstraße sowie der Platzanlage zwischen diesen beiden Straßen erforderlichen, 19,15 Ar großen Fläche aus dem im Grundbuche von Aachen in Band 1, Blatt 2, im Kataster der Gemeinde Aachen unter Flur 2, Parzellen Nr. 1322/17, sowie in der Grundsteuermutterrolle des Gemeindebezirks Aachen unter Artikel Nr. 236 eingetragenen Grundstücke, welches die nachgenannten Erben des Mathias Goswin Pelzer besitzen, nämlich:

1. Ehefrau Reinder van der Feen, Maria geb. Heusch, in Rotterdam;
2. Stephanie Heusch, Ehefrau Premier-Leutnant Vogel in Haag, S'Hage Ryklof van Gaerstraat 4;

3. Virginie Heusch, Witwe Admiral Bogaert in Maastricht;
4. Elisabeth Heusch, Ehefrau Premier-Leutnant Wiedemann in Roermond;
5. Rentner Arthur Heusch, Jette St Pierre bei Brüssel;
6. Maria Seegers, Ehefrau Lehrer Rafael Hubert van de Weyer in Simpelveld;
7. Agent Charles Henry Muckenfuß;
8. Zahnarzt Benjamin Anthony Muckenfuß;
9. Kaufmann Wesley George Muckenfuß;
10. Bankoffiziant William Wesley Muckenfuß;
11. Bankoffiziant Robert Eugen Muckenfuß;
12. Apotheker John Wesley Graman;
13. Benjamin Anthony Graman;
14. Eugenia Maria Burnham;
15. Kaufmann Francis Silas Rodgers;
16. Buchführer Ebenezer Henderson Rodgers; die unter den Nrn. 7 bis 16 aufgeführten Personen wohnen sämtlich in Charleston im Staate Süd-Carolina;
17. Henriette Dorothea Pelzer, Ehefrau John Cox, Witwe Brindley, Columbus im Staate Pennsylvanien;
18. Julie Pelzer, wohnhaft in Charleston;
19. Lillie Pelzer, Ehefrau Emil Wagener in Charleston;
20. Kaufmann Josef Francis Pelzer in Charleston;
21. Dr. med. George Stephan Pelzer in Spartanburg im Staate Süd-Carolina;
22. Ehefrau Sanitätsrat Dr. Lenne zu Haus Luchem bei Langerwehe;
23. Franz Pelzer, Hypothekenbewahrer a. D., in Vorweiden bei Aachen;
24. Witwe Stephan Pelzer, Wilhelmina geb. Chenet, Rentnerin zu Aachen, Adalbertstraße Nr. 29;
25. Rentner Franz Pelzer in Aachen, Römerstraße Nr. 9;
26. Geheimer Regierungsrat Ludwig Pelzer in Aachen;
27. Ehefrau Professor Dr. Wilhelm Lossen, Maria geb. Pelzer in Heidelberg;
28. Aktien-Gesellschaft „Gemeinnützige Anstalten für Personen weiblichen Geschlechts“ in Aachen, Jakobstraße Nr. 21;
29. Ehefrau des Leutnants a. D. Hans Linde, Camilla geb. Prescher in Wiesbaden,

bin ich zum Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten für die Feststellung der Entschädigung ernannt worden.

In dieser Eigenschaft setze ich hiermit behufs Verhandlung über die Feststellung der Entschädigung Termin auf

Montag, den 2. Juli 1906,
vormittags um 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 16 des Polizei-Direktionsgebäudes zu Aachen, Pontstraße Nr. 13, an und fordere sämtliche Beteiligten, insbesondere auch die Eigentümer und die Nebenberechtigten in Gemäßheit des §. 25 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) auf, ihre Rechte in diesem Termine wahrzunehmen, widrigenfalls bei ihrem Ausbleiben die Entschädigung ohne ihr Zutun festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird.

Aachen, den 20. März 1906.

Der Königliche Polizei-Präsident.
J. V.: Dr. Freiherr von Lyncker.
Regierungsassessor.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 174** Die Rheinisch Nassauische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft zu Stolberg hat die Genehmigung zum Bau und Betrieb zweier Zinköfen beantragt.

Diese Anlage soll auf Zinkhütte Birkengang auf dem Grundstücke Flur 48 Parzelle Nr. 121/32 zu Eschweiler errichtet werden.

Dieses Vorhaben wird hiermit gemäß Ziffer 18 der Ausführungs-Anweisung zur Gewerbe-Ordnung vom 1. Mai 1904 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen binnen 14 Tagen nach Erscheinen dieser Nummer des „Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Aachen“ bei mir schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen.

Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Zeichnungen und Beschreibungen liegen im Zimmer Nr. 4 des Kreisverwaltungsgebäudes zu Aachen, Zollernstraße 10, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hiermit Termin auf

Donnerstag, den 19. April 1906,
nachmittags 3 Uhr,

im vorbezeichneten Gebäude, Zimmer Nr. 10, anberaumt.

Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.

Aachen, den 28. März 1906.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
des Landkreises Aachen.
J. V.: Westermann.

**Nr. 175** Die Gemeinde Herzogenrath hat die Einziehung des Teiles des öffentlichen sogegenannten Fixheidchensweges, welcher zwischen der oberen St. Leonardstraße und der Verlängerung

der Herzogenrath-Alsdorfer Prämienstraße gelegen und im Verzeichnis der öffentlichen Wege der Gemeinde Herzogenrath unter Nr. 61 eingetragen ist, beantragt.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einsprüche gegen dasselbe binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlußes bei der unterzeichneten Behörde geltend gemacht werden können.

Herzogenrath, den 24. März 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Aretz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 176** Es ist beabsichtigt, den in der Gemeinde Weyer Flur IV gelegenen öffentlichen Weg, der „an der Steinwäsche" Parzelle Nr. 872/227 und 888/228 beginnt, und bei der Parzelle Nr. 209 in den von Dreimühlen nach der Harzheimer Flur führenden Weg einmündet, aufzuheben und dem Verkehre zu entziehen

In Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mache ich dieses Vorhaben mit der Aufforderung bekannt, etwaige Einsprüche innerhalb 4 Wochen, vom 27. d/s. Mts. ab gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Eine Zeichnung, aus der die beabsichtigte Einziehung ersichtlich ist, liegt während der Einspruchsfrist auf meinem Amtszimmer zur Einsicht offen.

Zingsheim, den 23. März 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Schmitz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 177** Die Firma Albert Poensgen und Söhne zu Düsseldorf beabsichtigt, das auf dem Grundstück Flur 1 Nr. 578/86 der Steuergemeinde Soetenich, Bürgermeisterei Keldenich, vorhandene Röstaus um einen Röstofen zu vergrößern.

Dies wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen; nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen bis zum Ablauf der Frist auf dem hiesigen Bürgermeisteramt innerhalb der Dienststunden zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin vor dem Unterzeichneten auf

Dienstag, den 17. April d. J.,
vormittags 10 Uhr,

im Bürgermeisteramt Call mit dem Bemerken anberaumt, daß im Fall des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Call, den 24. März 1906.

Die Ortspolizeibehörde.
Raskopf, Bürgermeister.

**Nr. 178 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt ist der seither einstweilig tätige Lehrer Karl Molls bei der katholischen Volksschule zu Braunlauf, Kreis Malmedy.

Die durch die Versetzung des Oberforstmeisters Liebrecht zur Erledigung gekommene Oberforstmeisterstelle bei der Regierung in Aachen ist dem Oberforstmeister Kaute verliehen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 13.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 15. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 5. April 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 179** Das 17. Stück enthält unter Nr. 3215: Gesetz, betreffend die Überleitung von Hypotheken des früheren Rechtes. Vom 17. März 1906. Unter Nr. 3216: Allerhöchste Order, betreffend Anrechnung des Jahres 1906 als Kriegsjahr aus Anlaß der Aufstände im Südwestafrikanischen Schutzgebiete. Vom 27. Februar 1906. Unter Nr. 3217: Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung leichterer Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 12. März 1906. Unter Nr. 3218: Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Nr. XXXII[3] der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 19. März 1906. Das 18. Stück enthält unter Nr. 3219: Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 25. März 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 180** Das 9. Stück enthält unter Nr. 10680: Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend anderweite Feststellung des Grenzpunkts zwischen den Eisenbahndirektionsbezirken Bromberg und Posen auf der Strecke Cüstrin-Frankfurt a. Oder. Vom 22. März 1906. Das 10. Stück enthält unter Nr. 10681: Gesetz, betreffen ddie Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Gesamt- (Parochial-) Verbänden der evangelisch-lutherischen Kirchen der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein sowie in den Kirchengemeinden der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover. Vom 22. März 1906. Unter Nr. 10682: Gesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden der evangelischen Kirchen der Konsistorialbezirke Cassel, Wiesbaden und Frankfurt a. M., in den Gesamtverbänden der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirkes Cassel sowie in der vereinigten evangelisch-lutherischen und evangelisch-reformierten Stadtsynode zu Frankfurt a. M. Vom 22. März 1906. Unter Nr. 10683: Verordnung über das Inkrafttreten von Kirchengesetzen, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern. Vom 23. März 1906. Unter Nr. 10684: Verordnung über das Inkrafttreten von Gesetzen, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern. Vom 23. März 1906. Unter Nr. 10685: Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie. Vom 23. März 1906. Unter Nr. 10686: Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den evangelisch-lutherischen Kirchen der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein sowie der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover. Vom 23. März 1906. Unter Nr. 10687: Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den evangelischen Kirchen der Konsistorialbezirke Cassel, Wiesbaden und Frankfurt a. M. Vom 23. März 1906. Unter Nr. 10688: Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden in der katholischen Kirche. Vom 23. März 1906. Das 11. Stück enthält unter Nr. 10689: Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1906. Vom 31. März 1906. Das 12. Stück enthält unter Nr. 10690: Gesetz, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Harburg. Vom 30. März 1906. Unter Nr. 10691: Gesetz, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Thorn. Vom 30. März 1906. Unter Nr. 10692: Gesetz, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Cassel. Vom 30. März 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 181** Die Ziffer 226 der Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 1. Mai 1904 erhält folgenden Wortlaut:

Für einzelne Betriebe können Ausnahmen von den Bestimmungen des §. 135 Abs. 2, 3, der §§. 136, 137 Abs. 1 bis 3 zugelassen werden und zwar:

(a, b und c bleiben unverändert.)

d) wegen der Natur des Betriebes oder aus Rücksichten auf die Arbeiter: Gestattung der Arbeit zur Nachtzeit und an Vorabenden von Sonn- und Festtagen sowie Abkürzung und Wegfall der Pausen für jugendliche und weibliche Arbeiter, aber ohne Überschreitung der gesetzlichen Arbeitsdauer und unter Gewährung von Pausen von zusammen mindestens einstündiger Dauer für jugendliche Arbeiter, wenn ihre Beschäftigung länger als 6 Stunden dauert (§ 139 Abs. 2).

(Der bisherige Wortlaut des Absatzes 2 und des Absatzes 3 bleibt unverändert.)

Berlin W. 66, den 18. März 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
In Vertretung: Dr Richter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 182** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 31. März 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 4 | 4 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 3 | 8 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 5 | 5 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Schleiden | 1 | 1 |

Aachen, den 2. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 183** Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Juni 1906 eine Zwangsinnung für das Sattlerhandwerk, umfassend die Stadtgemeinde Aachen sowie die Landgemeinden Eilendorf, Haaren und Laurensberg mit dem Sitze in Aachen und dem Namen „Zwangsinnung für das Sattlerhandwerk in der Stadt Aachen und in den Gemeinden Eilendorf, Haaren und Laurensberg zu Aachen" errichtet werde.

Von jenem Zeitpunkte ab gehören alle Gewerbetreibenden, welche das Sattlerhandwerk in den genannten Orten betreiben, dieser Innung an.

Aachen, den 3. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 184** Der Herr Oberpräsident hat der Niederlassung der Genossenschaft der armen Brüder vom hl. Franziskus in Aachen die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten ihres Lehrlingshospizes im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Einwohnern des Regierungsbezirks Aachen abhalten zu lassen.

Aachen, den 29. März 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 185** Der Provinzialrat hat der Gemeinde Bütgenbach im Kreise Malmedy die Verlegung des auf Dienstag, den 15. Mai ds. J. anstehenden Frühjahrs-Kram- und Vieh-Marktes auf Donnerstag, den 17. Mai d. J. gestattet.

Aachen, den 3. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 186** Der Schwester Beatrix Scheu aus Nonnenwerth ist nach Maßgabe der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Leitung einer privaten höheren Mädchenschule in Eschweiler erteilt worden.

Aachen, den 23. März 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Boehm.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 187** Einem Antrage entsprechend, soll der im Verzeichnis der öffentlichen Wege der Gemeinde Broich unter No. 128 aufgeführte Weg insoweit aufgehoben werden, als derselbe im Felddistrikt „Neue Weide hinter Linden" die Parzellen Flur 33, No. 36, 37, 38 und 39 durchschneidet.

In Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen binnen 4 Wochen, vom Tage der Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Weiden, den 30. März 1906.

Die Wegepolizeibehörde von Broich:
Sauren, Bürgermeister.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 14.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 16. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 12. April 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 188** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten $3\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsanleihe von 1886 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1916 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 1. März 1906 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. Februar 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Bitter.

**Nr. 189** **Anweisung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 277). *)**

Das Staatsgesetz vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 277), welches zur Ergänzung und, soweit erforderlich, zur Bestätigung des Kirchengesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchen-

---

*) „Gesetz" oder „Staatsgesetz" ohne nähere Bezeichnung bedeutet das Staatsgesetz vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 277). „Kirchengesetz" ohne nähere Bezeichnung das Kirchengesetz vom 26. Mai 1905 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 31). Die ohne nähere Bezeichnung angeführten Artikel oder Paragraphen sind solche des Staatsgesetzes vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 277). Unter „Ausführungs-Anweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats" ist die zu dem Kirchengesetze vom 26. Mai 1905 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 31) unter dem 22. März 1906 ergangene und im Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. Jahrgang 1906 S. 5 veröffentlichte Ausführungsanweisung zu verstehen.

steuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, vom 26. Mai 1905 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 31) ergangen ist, tritt, nachdem das Kirchengesetz durch Allerhöchste Verordnung vom 21. März 1906 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 1) zum 1. April 1906 in Kraft gesetzt worden, gemäß der Allerhöchsten Verordnung vom 23. März 1906 (Gesetz-Samml. S. 52) mit demselben Zeitpunkte in Kraft.

Während das Kirchengesetz — indem es die Befugnis der Kirchengemeinden (§. 1 und §. 30 a. a. O.) und der Parochialverbände (§. 26 a. a. O.) zur Erhebung von Kirchensteuern kirchenrechtlich feststellt und begrenzt — die bereits in den zur Zeit geltenden Kirchenordnungen

— §. 31 Ziffer 6 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die östlichen Provinzen vom 10. September 1873 (Gesetz-Samml. S. 418); §. 18 Buchstabe d der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 5. März 1835 in der Fassung des Kirchengesetzes vom 27. April 1891 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 18); §. 29 Ziffer 6 der Kirchengemeindeordnung für Hohenzollern vom 1. März 1897 (Gesetz-Samml. S. 71) —

unter staatsgesetzlicher Anerkennung

— Art. 3 der Gesetze vom 25. Mai 1874 und vom 1. März 1897 (Gesetz-Samml. S. 147 und 69); Art. 23 Nr. 3 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125) —

zugelassene Art der Besteuerung der Kirchengemeinde-Mitglieder in Form von Zuschlägen zu staatlich veranlagten Steuern hinsichtlich der Steuerpflicht, der Steuerumlegung und ihrer Maßgaben, insbesondere des Verteilungsfußes, sowie hinsichtlich des Umlage-Verfahrens und der hierbei den kirchlichen Organen zustehenden Befugnisse erschöpfend regelt, wird durch das Staatsgesetz für diese Art der Besteuerung:

1. den kirchlichen Behörden die zur Vorbereitung des Steuergeschäfts unentbehrliche Hilfe weltlicher Behörden zur Verfügung gestellt;
2. unter der Voraussetzung staatsaufsichtlicher Genehmigung gewisser auf die Besteuerung bezüglicher Beschlüsse der kirchlichen Organe
   a) den Befugnissen der kirchlichen Behörden und den Interessen der Steuerpflichtigen staatlicher Schutz sowie
   b) den Steuerforderungen der kirchlichen Korporationen — unter bestimmten Voraussetzungen auch den nachträglich erhobenen — die Vollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren gewährt,
   c) für kirchliche Steuerstreitigkeiten ein besonderes Verfahren vor staatlichen Behörden eröffnet.

Gemäß Art. VII sind durch die Allerhöchste Verordnung vom 23. März 1906 (Gesetz-Samml. S. 53), soweit nicht das Gesetz selbst die Zuständigkeiten feststellt, diejenigen Staatsbehörden bestimmt worden, welche die in dem Gesetze erwähnten Rechte des Staates wahrzunehmen haben.

Gemäß Art. VIII treten mit dem 1. April 1906 alle bisherigen Bestimmungen außer Kraft, welche hinsichtlich der im Gesetze geregelten Verhältnisse abweichende Normen enthalten. Zu den außer Kraft gesetzten Vorschriften gehören außer den im Art. VIII besonders aufgeführten auch der §. 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Bildung von Parochialverbänden im Geltungsbereiche der revidierten Kirchenordnung für Westfalen und die Rheinprovinz vom 4. Juli 1904 (Gesetz-Samml. S. 146) und die für den Geltungsbereich des Staatsgesetzes bisher erlassenen Bestimmungen über die Zuständigkeit der Staatsbehörden in kirchlichen Steuerangelegenheiten (s. jedoch Art. VII Abs. 2).

Gleichzeitig werden hiermit alle zur Ausführung der außer Kraft tretenden Bestimmungen bisher ergangenen Anweisungen, Erlasse und Verfügungen, insbesondere die Anweisungen des Ministers der geistlichen Angelegenheiten für die Ausführung der Umlagebeschlüsse der kirchlichen Gemeindeorgane in den östlichen Provinzen vom 15. Januar 1881 (Kirchl. Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 10) und in Hohenzollern vom 26. März 1898 — G I 530[1] — aufgehoben.

### I. Anwendbarkeit des Gesetzes. (Art. I und VI).

Das Gesetz findet Anwendung:

A) in räumlicher Hinsicht (s. Eingang des Gesetzes und Art. 1 des Gesetzes vom 21. September 1898 — Gesetz-Samml. S. 312—) in den neun älteren Provinzen einschließlich der Hohenzollernschen Lande, soweit Kirchengemeinden der evangelischen Landeskirche in diesem Bezirke ihren Sitz haben und sich über Gebiet erstrecken, welches in diesem Bezirke liegt, nicht dagegen in außerpreußischen, zu den erwähnten Kirchengemeinden gehörigen Gebieten;

B) in sachlicher Hinsicht nur

1. auf Kirchensteuern Preußischer Kirchengemeinden (Eingang des Art. I), nicht dagegen auf Kirchensteuern, welche seitens außerpreußischer Kirchengemeinden von ihren in Preußischen Gebieten wohnenden Mitgliedern erfordert werden;
2. auf Kirchensteuern solcher Kirchengemeinden, deren Befugnis zur Erhebung von Steuern kirchengesetzlich festgestellt ist, da nur die Beschlüsse solcher Gemeinden die im Schlusse des Art. I vorausgesetzte Genehmigung der kirchlichen Aufsichts-

behörde erhalten können. Maßgebend ist in dieser Beziehung die Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter I;

3. auf Kirchensteuern der Berliner Stadtsynode und derjenigen Parochialverbände (Art. VI), welchen Verpflichtungen, zu deren Erfüllung es der Erhebung von Umlagen bedarf, durch eine von der zuständigen Staatsbehörde

— Minister der geistlichen Angelegenheiten — Art. II Ziffer 1 der Verordnung vom 20. Oktober 1896 (Gesetz-Samml. S. 203) —

genehmigte Anordnung übertragen worden sind. — §. 4 des Gesetzes vom 18. Mai 1895 und §. 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1904 (Gesetz-Samml. S. 175 und 146) —;

4. auf Kirchensteuern, welche nach Maßgabe der Grundsätze des Kirchengesetzes auf die Kirchengemeinde-Mitglieder (§. 2 des Kirchengesetzes) nach dem Maßstabe staatlich veranlagter Steuern (§§. 9 ff. a. a. O.) umgelegt werden, da nur für diese Art der Besteuerung die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde vorgeschrieben ist (Art. I), die Erteilung dieser Genehmigung aber die unerläßliche Voraussetzung für die Anwendbarkeit der übrigen Bestimmungen des Gesetzes bildet.

Keine Anwendung findet daher das Gesetz auf Kirchensteuern, welche auf Grund zu Recht bestehender älterer, von den Vorschriften dieses Kirchengesetzes abweichenden Ordnungen umgelegt werden (§. 30 des Kirchengesetzes). Bei einer derartigen Besteuerung tritt insbesondere eine Mitwirkung staatlicher oder kommunaler Verwaltungsbehörden nicht ein; sie unterliegt der staatsaufsichtlichen Genehmigung nicht; für sie wird die Vollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren nicht gewährt; ein besonderes Verfahren zur Entscheidung von Streitigkeiten ist nicht gegeben. Den Kirchengemeinden bleibt vielmehr lediglich überlassen, ihre Steuerforderungen nötigenfalls im ordentlichen Rechtswege einzuklagen und hierbei die Rechtsbeständigkeit der angewendeten Steuerordnung nachzuweisen.

Eine ältere, von den Vorschriften des Kirchengesetzes abweichende Steuerordnung liegt vor, sofern nach ihr die Steuerpflicht auf anderen Voraussetzungen beruht, als auf der Gemeindezugehörigkeit (§. 2 des Kirchengesetzes), sei es daß die Steuerpflicht grundsätzlich nicht für alle Gemeindeglieder besteht, indem z. B. nur die Grundbesitzer als steuerpflichtig gelten, sei es, daß sie sich auch auf außerhalb des Kirchengemeinde-Verbandes stehende Personen erstreckt, z. B. auf Forensen, oder sofern die Umlegung nach einem anderen als nach dem Maßstabe direkter Staatssteuern, z. B. nach dem Hufen- oder Mannschaftsfuß, nach Köpfen oder Haushaltungen erfolgt.

Als zu Recht bestehende ältere Steuerordnung im Sinne des §. 30 des Kirchengesetzes sind jedoch die Vorschriften des §. 31 Ziffer 6 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und des §. 18 Buchst. d der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 5. März 1835, soweit daselbst die Umlegung nach dem Maßstabe der Kommunalsteuern zugelassen ist, nicht anzusehen. An die Stelle dieser allgemeinen gesetzlichen Vorschriften ist das Kirchengesetz getreten, so daß mit ihnen eine Umlegung nach dem Maßstabe der Kommunalsteuern fortan nicht mehr begründet werden kann;

C) in zeitlicher Hinsicht gemäß Art. IX und Verordnung vom 23. März 1906 (Gesetz-Samml. S. 52) nur auf diejenigen Kirchensteuern, welche in der Zeit seit dem 1. April 1906 von der staatlichen Aufsichtsbehörde genehmigt sind.

## II. Hilfsleistungen weltlicher Behörden bei der Vorbereitung des Steuergeschäfts.

(Art. II §. 1.)

Den zur Veranlagung der Kirchensteuern zuständigen kirchlichen Gemeindeorganen sind von den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden diejenigen Unterlagen, deren sie für die Besteuerung bedürfen, auf Erfordern mitzuteilen.

A) Zuständig zur Veranlagung sind in den Kirchengemeinden die Gemeindekirchenräte, Presbyterien, Kirchenkollegien

— §§. 16 des Kirchengesetzes —,

in der Berliner Stadtsynode der geschäftsführende Ausschuß und in den Parochialverbänden die Verbandsvertretung nach Maßgabe des seitens der Staatsbehörde

— Minister der geistlichen Angelegenheiten — Art. II Ziffer 2 der Verordnung vom 20. Oktober 1896 (Gesetz-Samml. S. 203) —

anerkannten, von dem Konsistorium unter Teilnahme des Provinzial-Synodalvorstandes erlassenen Regulativs über die Einrichtung und Geschäftsführung dieser Vertretung

§. 26 des Kirchengesetzes; Art. VI des Staatsgesetzes; Art. I §§. 10, 11, Art. II Abs. 2 u. 3 des Kirchengesetzes vom 17. Mai 1895 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 37); §§. 3, 4 des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1904 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 16); §. 4 des Staatsgesetzes vom 18. Mai 1895 und §. 1 Abs. 1 des Staatsgesetzes vom 4. Juli 1904 (Gesetz-Samml. S. 175 und 146); §. 9 des Regulativs für die Geschäftsführung der Berliner Stadtsynode vom $\frac{\text{14. November}}{\text{12. Dezember}}$ 1896 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. 1897 S. 2) —

über die zuständige Behörde in Fällen des Art. V (§. 25 des Kirchengesetzes) s. unten zu VII.

B) Soweit es sich um die Mitteilung der regelmäßig erforderlichen Unterlagen für die kirchliche Besteuerung handelt, bedarf es nicht der jedesmaligen Wiederholung des Ersuchens seitens der kirchlichen Organe. Es genügt, wenn unter Benennung der gewünschten Verzeichnisse und Listen (s. unter C 1 und 2) deren periodische Übermittelung zu bestimmten Terminen bis auf weiteres nachgesucht wird. Dabei ist seitens der kirchlichen Organe gegebenen Falles der Bezirk, über welchen sich die Kirchengemeinde oder der Parochialverband erstreckt, unter Angabe der Grenzen (z. B. Wege, Straßen, Hausnummern) bestimmt zu bezeichnen und jede spätere Veränderung der Grenzen infolge von Parochialregulierungen rechtzeitig mitzuteilen.

Im übrigen ist auch auf Anfragen über einzelne Punkte Auskunft zu erteilen, sofern sie für die kirchliche Besteuerung von Bedeutung ist und dies in der Anfrage ausdrücklich bemerkt wird. Im Zweifelsfalle entscheidet diejenige staatliche Behörde, welche über die ersuchte Stelle die Dienstaufsicht führt.

C) An regelmäßig erforderlichen Unterlagen für die kirchliche Besteuerung nach Maßgabe des Kirchengesetzes kommen in Betracht:

1. ein Verzeichnis der Mitglieder der Kirchengemeinde nebst Angabe der Sätze, mit welchen die Einzelnen zur Staatseinkommensteuer, zur fingierten Einkommensteuer, zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (§. 9 Abs. 2 des Kirchengesetzes) veranlagt sind.

Die Grundlage dieses Verzeichnisses bildet die gemäß den §§. 21, 22 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) und des Art. 36 der Ausführungsanweisung dazu vom 6. Juli 1900 von den Gemeinde- und Gutsvorständen zu bewirkende Personenstandsaufnahme. Das Verzeichnis ist nach Anleitung der Bestimmungen des Artikels 37 unter I der erwähnten Ausführungsanweisung und nach dem daselbst vorgeschriebenen Muster III mit folgenden Änderungen aufzustellen:

α) an die Stelle der Spalten 4—7 tritt eine Spalte mit der Überschrift: „Zahl der zur Haushaltung gehörigen Personen oder der Einzelsteuernden";

β) an die Stelle der Spalten 8 bis 12a treten fünf Spalten zur Aufnahme der veranlagten Sätze der oben genannten fünf Prinzipalsteuern;

γ) in der Überschrift der Spalte 13 sind die Worte: „(Grund der Steuerfreiheit)" fortzulassen.

Bei der Aufstellung des Verzeichnisses ist folgendes zu beachten:

a) Mit Rücksicht auf die Bestimmungen in §. 11 Abs. 5 des Kirchengesetzes (s. auch §. 74 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) hat die in Art. 37 I, 3 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz vom 6. Juli 1900 vorgeschriebene summarische Aufnahme der Insassen von Armenhäusern, welchen ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 900 M. nicht beizumessen ist, zu unterbleiben.

b) Soweit die „zur Haushaltung gehörigen Personen" (§. 11 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891), welche nach Maßgabe der obigen Anweisung zu 1 α in der Regel nur der Zahl nach aufgeführt werden, zu der Einkommen- oder Gewerbesteuer besonders veranlagt bezw. zur Zahlung der Realsteuern von Grund- oder Gebäudebesitz verpflichtet sind, erfolgt die namentliche Aufführung dieser Personen unter Angabe der betreffenden Steuersätze am Schlusse des Verzeichnisses.

c) Die kirchliche Steuerpflicht erstreckt sich gemäß §. 2 des Kirchengesetzes — Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter III A und B — nur auf die Mitglieder der Kirchengemeinde. Es bedarf daher an sich der Aufnahme nur dieser Personen in das Verzeichnis. Da jedoch die Frage der Mitgliedschaft, welche weder in dem Kirchen-, noch auch in dem Staatsgesetz entschieden und demgemäß nach den bisher geltenden Vorschriften zu beurteilen ist, der Prüfung der kirchlichen Veranlagungsbehörde und demnächst im Streitfalle der Entscheidung der im Rechtsmittelverfahren zuständigen Staatsbehörden — insbesondere auch, soweit es sich um das Vorhandensein eines Wohnsitzes handelt, — unterliegt, sind von der Aufnahme in das Verzeichnis nur auszuschließen:

α) die in der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz vom 6. Juli 1900 Art. 37 I unter 1c und d aufgeführten Personen,

β) Personen nicht christlicher Religion (z. B. Juden), Personen nicht evangelischen Bekenntnisses (z. B. Katholiken), Personen evangelischen Bekenntnisses, sofern ihre Zugehörigkeit zu einer außerhalb der evangelischen Landeskirche stehenden, mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaft (z. B. der separierten (sog. Alt-) Lutheraner, der Herrnhuter, der Mennoniten, der Baptisten) unzweifelhaft feststeht.

Nach der in Vorbereitung befindlichen Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 wird die in §. 22 a. a. O. festgestellte Verpflichtung der Grundstückbesitzer und Haushaltungsvorstände zur Auskunftserteilung voraussichtlich auf die Angabe

des Religionsbekenntnisses ausgedehnt werden, so daß in Zukunft für die oben unter β erwähnte Frage in der Regel die Personenstandsaufnahme maßgebend sein wird. Bis zum Inkrafttreten der Novelle bezw. sofern nach diesem Zeitpunkte die Angaben in der Personenstandsaufnahme ungenau sind, ist im Zweifelsfalle die betreffende Person in das Verzeichnis aufzunehmen und in Spalte „Bemerkungen" mitzuteilen, was über ihr Religionsbekenntnis bekannt bezw. in der Personenstandsaufnahme darüber angegeben worden ist.

d) Die vorstehend unter c β gegebene Anweisung erleidet mit Rücksicht auf die in §. 5 des Kirchengesetzes gegebene Norm über die Besteuerung der in Mischehe lebenden Kirchengemeindemitglieder, eine Ausnahme. Gehört die Ehefrau der evangelischen Landeskirche an, so ist der andersgläubige Ehemann in das Verzeichnis unter Zufügung des Vermerks aufzunehmen: „Ehefrau evangelisch". Andererseits ist auch, sofern die Ehefrau der evangelischen Landeskirche nicht angehört, bei dem als Haushaltungsvorstand in das Verzeichnis aufgenommenen evangelischen Ehemann ein entsprechender Eintrag, z. B. „Ehefrau katholisch" zu machen.

In Zweifelsfällen ist nach Maßgabe der oben unter c am Schlusse gegebenen Anweisung zu verfahren.

e) Wegen mangelnder Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde sind ohne Rücksicht auf evangelisches Bekenntnis und Wohnsitz in das Verzeichnis nicht aufzunehmen die gemäß der Verordnung vom 19. Oktober 1904 (Gesetz-Samml. S. 273) den Militärgemeinden zugewiesenen Personen, mithin auch nicht die in der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz vom 6. Juli 1900 Art. 37 unter I, 1 e und 3 genannten Offiziere und Mitglieder von Truppenkörpern.

f) Bei denjenigen Personen, von welchen das Vorhandensein eines zweiten oder weiteren Wohnsitzes (s. §. 4 des Kirchengesetzes) auf Grund der Vorschriften des §. 61 Einkommensteuergesetzes und der Ziffern 1 bis 3 des Artikels 75 der Ausführungsanweisung dazu vom 6. Juli 1900 oder sonst bekannt geworden ist, sind in dem Verzeichnisse die zweiten und weiteren Wohnsitze unter Angabe des Veranlagungsortes (Art. 35 Ziffer 3 der erwähnten Ausführungsanweisung) zu vermerken.

Hierbei ist zu beachten, daß, wenn mehrere Kirchengemeinden in einer politischen Gemeinde nebeneinander bestehen, ein Gemeindeglied, welches in dieser Gemeinde zwei Haushaltungen führt (z. B. Wohnhaus in der Stadt, Sommersitz in der Vorstadt), einen zweifachen Wohnsitz im Sinne des Kirchengesetzes haben kann, und daß andererseits, wenn eine Kirchengemeinde sich über mehrere politische Gemeinden erstreckt, die etwa in diesen vorhandenen mehreren Wohnsitze eines Gemeindegliedes als ein Wohnsitz im Sinne des Kirchengesetzes zu gelten haben. Wenn der erst-erwähnte Fall vorliegt, so ist dies in den für die betreffenden Kirchengemeinden bestimmten Verzeichnissen durch einen entsprechenden Vermerk und namentlich auch bei Eintragung der Realsteuersätze zu berücksichtigen, da gemäß §. 10 Abs. 2 des Kirchengesetzes die Heranziehung der Realsteuern nur insoweit zulässig ist, als sie für Grundbesitz oder Betriebe innerhalb des Bezirkes der Kirchengemeinde veranlagt sind.

g) Sofern ausnahmsweise eine Veranlagung der Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ zu fingierten Sätzen (§. 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) nicht stattgefunden hat, und deswegen die für die fingierte Einkommensteuer in dem Verzeichnisse bestimmte Spalte nicht ausgefüllt werden kann, ist dies an entsprechender Stelle in dem Verzeichnisse zu vermerken.

Den kirchlichen Organen bleibt alsdann überlassen, erforderlichen Falles die Herbeiführung der Veranlagung bei den Gemeinde- (Guts-) Vorständen zu beantragen.

h) Wird bei der kirchlichen Besteuerung von der Befugnis der Freilassung der fingierten Normalsteuersätze oder einzelner Stufen derselben oder der Freilassung der sechs untersten Stufen der Staatseinkommensteuer oder einzelner derselben oder der Freilassung der Realsteuern oder einzelner derselben Gebrauch gemacht;

(§. 10 Abs. 3 Satz 2, §. 11 Abs. 4 des Kirchengesetzes)

so bedarf es in so weit der Aufnahme der betreffenden Personen und bezw. Steuersätze in das Verzeichnis nicht.

Die kirchliche Veranlagungsbehörde hat daher, soweit möglich, schon in dem Ersuchen um Mitteilung des Verzeichnisses bezw. rechtzeitig vor seiner Aufstellung die etwaigen Freilassungen bestimmt zu bezeichnen.

i) Wenn sich mehrere Kirchengemeinden über das gleiche Gebiet erstrecken

— Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter III B Abs. 5 —, so ist das Verzeichnis, soweit es sich um das fragliche Gebiet handelt, für die mehreren Kirchengemeinden zusammen aufzustellen und der kirchlichen Veranlagungsbehörde einer jeden dieser Gemeinden unverkürzt mitzuteilen.

k) Die Aufstellung und Mitteilung des Verzeichnisses ist, sofern die kirchliche Veranlagungs-

behörde dies wünscht, alljährlich und zwar sobald die Ergebnisse der Veranlagung zu den einzelnen Prinzipalsteuern (§. 9 Abs. 2 des Kirchengesetzes) bekannt geworden sind, mit tunlichster Beschleunigung zu bewirken.

2. Benachrichtigungen über die im Laufe des Steuerjahres eintretenden Veränderungen (Zu- und Abgänge)

a) infolge Zuzuges unter Begründung und
b) infolge Wegzuges unter Aufgabe des Wohnsitzes in dem Bezirke der Kirchengemeinde;

ferner ohne Veränderung des Wohnsitzes im Bezirke der Kirchengemeinde,

c) infolge Eintritts in die Steuerpflicht hinsichtlich der Prinzipalsteuern,
d) infolge Erlöschens der Steuerpflicht hinsichtlich der Prinzipalsteuern,
e) infolge Festsetzung einer Einkommen-Nachsteuer für den Staat
— §. 23 des Kirchengesetzes; Art. III des Staatsgesetzes; §. 85 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893; §§. 67, 80 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 —,
f) infolge einer Erhöhung oder Ermäßigung der ursprünglich vom Staate veranlagten Einkommensteuer
— §. 13 Abs. 2 des Kirchengesetzes; Art. III des Staatsgesetzes; §. 86 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893; §§. 57 und 58 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 —.

Diese Mitteilungen sind je nach dem Ersuchen der kirchlichen Veranlagungsbehörde, höchstens jedoch vierteljährlich, alsbald nach Ablauf des Kalendervierteljahres zu machen. Sie haben jedesmal die in dem abgelaufenen Kalendervierteljahre eingetretenen Fälle, soweit sie bekannt geworden sind bezw. soweit in den Fällen zu c bis f die Festsetzung seitens der zuständigen Steuerbehörde bereits getroffen ist, sowie die aus früheren Kalendervierteljahren stammenden, bisher noch nicht mitgeteilten Fälle zu enthalten und sind in zwei getrennten Listen (einer Zugangs- und einer Abgangs-Liste) zusammenzustellen, welche mit entsprechender Aufschrift und mit derselben Einrichtung zu versehen sind, wie das für das Verzeichnis zu 1 vorgeschriebene Muster.

In den für die Prinzipalsteuern bestimmten Spalten sind
in den Fällen zu a, b, d die bisherigen,
in den Fällen c, e, f die neu festgesetzten
Steuersätze einzustellen, außerdem in Spalte „Bemerkungen"
in den Fällen zu a der Tag des Zuzugs („zugezogen am . . . . . . . . ."),
in den Fällen zu b der Tag des Abzugs und der Ort, nach welchem der Abzug bewirkt ist („verzogen am . . . . nach . . . . . ."),
in den Fällen zu c der Termin, von welchem ab die Veranlagung erfolgt ist („neu veranlagt für die Zeit vom . . . . . ."),
in den Fällen zu d und f der Termin, von welchem ab die Steuer abgesetzt ist bezw. die anderweite Veranlagung gilt, („abgesetzt für die Zeit vom . . . . . . .", „anderweit veranlagt für die Zeit vom . . . . ."),
in den Fällen zu e die Zeit, für welche die Nachsteuer festgesetzt ist, (als Nachsteuer festgesetzt für die Zeit vom . . . . . bis . . . . . .")
zu vermerken.

Im übrigen finden auf die Mitteilungen zu a bis f die oben unter 1 b bis f, h und i gegebenen Anweisungen sinngemäß Anwendung.

D) Mitunter werden Auskünfte über die verschiedenen Bestandteile des zur Einkommensteuer veranlagten Einkommens einzelner Steuerpflichtiger erforderlich sein, um die kirchliche Behörde zu einer den Vorschriften des Kirchengesetzes entsprechenden Veranlagung in denjenigen Fällen instand zu setzen, in denen die staatlich veranlagte Steuer nicht die unveränderte Grundlage der kirchlichen Steuerzuschläge bildet (§. 13 Abs. 1 des Kirchengesetzes), z. B. bei der Heranziehung der Personen mit mehrfachem Wohnsitze (§. 4 a. a. O.) oder der Geistlichen, Kirchenbeamten und deren Hinterbliebenen (§. 7 Abs. a. a. O.) oder im Falle von Vereinbarungen mit einzelnen Steuerpflichtigen gemäß §. 14 des Kirchengesetzes (s. unten III A).

2. Derartige Auskünfte sind nur auf besonderes Ersuchen der kirchlichen Veranlagungsbehörden zu geben, in denen stets der Zweck erwähnt sein muß, zu welchem die Mitteilung erbeten wird.

E) Zur Mitteilung der unter C 1 und 2 erwähnten Verzeichnisse und Listen sind die Gemeinde- (Guts-) Vorstände, zur Erledigung der zu D erwähnten Ersuchen die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen (§. 34 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) verpflichtet.

F) Die Mitteilung sämtlicher Unterlagen auf Grund des Art. II §. 1 des Gesetzes erfolgt unentgeltlich. Das Porto für Postsendungen fällt den Kirchengemeinden zur Last. Auch sind die Gemeinde- (Guts-) Vorstände befugt, für die von ihnen anzufertigenden Verzeichnisse und Listen den Ersatz der baren Auslagen an Material und Kopialien von den Kirchengemeinden zu fordern.

III. Die staatsaufsichtlichen Genehmigungen.

(Art. 1.)

A) Der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde unterliegen:

1. sämtliche Steuerbeschlüsse nach Maßgabe der Vorschriften des Kirchengesetzes (s. oben I B 4), gleichviel welche Prozentsätze der Prinzipalsteuern erhoben werden sollen.

Zu den Steuerbeschlüssen im Sinne des Art. I gehören auch Beschlüsse der Kirchengemeinden über die besondere Belastung einzelner Teile der Gemeinde (§. 12 des Kirchengesetzes), wobei zu bemerken ist, daß den Parochialverbänden (Berliner Stadtsynode) eine derartige Sonderbelastung einzelner Verbandsteile nicht zusteht

— Art. I §. 6 Abs. 3 und Art. II des Kirchengesetzes vom 17. Mai 1895 und §. 1 des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1904 (Kirchl. Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 37 und 16); §. 3 des Staatsgesetzes vom 18. Mai 1895 und §. 2 des Staatsgesetzes vom 4. Juli 1904 (Gesetz-Samml. S. 175 und 146);

2. Vereinbarungen der Kirchengemeinden mit steuerpflichtigen Mitgliedern, wonach von fabrikmäßigen Betrieben und von Bergwerken an Stelle der Kirchensteuer in Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer und zur Gewerbesteuer ein für ein oder mehrere Jahre im voraus zu bestimmender fester jährlicher Steuerbeitrag zu gewähren ist (§. 14 des Kirchengesetzes);

3. Beschlüsse über die Freilassung oder verminderte Heranziehung einzelner Steuerpflichtiger für bestimmte Zeit (§. 15 des Kirchengesetzes);

4. Beschlüsse über die Erhebung eines entsprechenden Geldbetrages im Wege der Kirchensteuer an Stelle von Hand- und Spanndiensten (§. 29 des Kirchengesetzes).

B) Für die Erteilung oder Versagung der staatsaufsichtlichen Genehmigungen ist in dem Gesetze nur die Weisung gegeben, daß die Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde vorangegangen sein muß; demgemäß ist staatsgesetzlich dem freien Ermessen der zuständigen Staatsbehörden Raum gegeben. Hierbei bleibt jedoch zweierlei zu beachten.

Verfassungsmäßig steht den Kirchengemeinden das Recht zu, ihre Angelegenheiten innerhalb der gesetzlichen Grenzen selbst zu verwalten. Hiermit sind der Staatsaufsicht gewisse Schranken gezogen. „Die Staatsaufsicht über die Vermögensverwaltung einer Korporation des öffentlichen Rechts, als welche sich die Kirchengesellschaften in der staatlichen Rechtsordnung darstellen, hat den Zweck, zu verhüten, daß Gesetzwidriges oder dem allgemeinen Wohl Schädliches begangen wird, und dafür zu sorgen, daß das Vermögen, welches der dauernden Korporation gehört, nicht aber den zu einer Zeit vorhandenen Mitgliedern zu freier Verfügung steht, von Generation zu Generation erhalten bleibe. Die Grenze der Staatsaufsicht ist damit gegeben. Wo nichts Gesetzwidriges oder dem allgemeinen Wohle Schädliches erscheint, wo eine die Zukunft der Korporation nicht gefährdende Vermögensverwaltung geführt wird, hat der Staat sich nicht einzumischen, nicht vom Standpunkt einer sog. Zweckmäßigkeit in die Verwaltung einzugreifen, zu gebieten oder zu verbieten." (Motive zum Kirchenverfassungsgesetz vom 3. Juni 1876 — Gesetz-Samml. S. 125).

Andererseits sind die Mitglieder der Kirchengemeinden zugleich Bürger des Staates, von deren geringerer oder größerer Leistungsfähigkeit die Erfüllung der dem Staate obliegenden Aufgaben und damit die Art und Weise seiner eigenen Existenz abhängt. Die Aufsicht des Staates kann daher, soweit es sich um die kirchliche Inanspruchnahme der Steuerkraft handelt, nicht lediglich durch die Rücksichtnahme auf die kirchlichen Interessen bestimmt, sondern muß wesentlich durch die Pflicht gegen sich selbst und gegen seine Bürger beeinflußt werden, deren Leistungsfähigkeit auch vor nur vorübergehender Beeinträchtigung zu schützen, zumal wenn der Staat für die kirchliche Besteuerung seine Vollziehungsgewalt zur Verfügung stellt und sonach die Mitverantwortung für die Handhabung des kirchlichen Steuerrechts übernimmt.

Hiernach hat sich die der Entscheidung über die Genehmigung vorzustellende Prüfung im wesentlichen auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. in formeller Hinsicht, ob die Beschlüsse nach Maßgabe der hierüber bestehenden gesetzlichen, bezw. für Parochialverbände (Berliner Stadtsynode) nach Maßgabe der in den Regulativen festgesetzten Vorschriften

— §§. 31[6], 27, 29, 30, 11, 48[*] der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die östlichen Provinzen vom 10. September 1873; §§. 18[4], 19 Abs. 2, 30, 31, 32 der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 5. März 1835; §. 29[6], 25, 27, 28, 11 der Kirchengemeindeordnung für Hohenzollern vom 1. März 1897; Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter VI A; Art. I §. 11, Art. II Abs. 3 des Kirchengesetzes vom 17. Mai 1895 und §. 4 des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1904 —

ordnungsmäßig zustande gekommen sind, und ob die Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde — §. 27 des Kirchengesetzes, Ausführungsan-

weisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter XV —
erteilt ist;

2. in materieller Hinsicht, ob die Beschlüsse den Vorschriften des Kirchengesetzes (§§. 1, 9 bis 12, 14, 15, 16, 18 Abs. 6)

— s. Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats zu II A bis C, V A, C 2—5, VI A —

entsprechen;

3. ob nicht eine übermäßige, mit der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen und mit den Interessen des Staates unvereinbare Belastung der Kirchengemeinde bezw. einzelner Teile derselben in den Fällen oben zu A 1, 4, der übrigen Steuerzahler in den Fällen oben zu A 2 und 3 eintritt.

Was insbesondere die Frage des Bedürfnisses anlangt (§. 1 des Kirchengesetzes), so sind, da das Staatsgesetz allgemeine Festsetzungen in dieser Beziehung nicht enthält, die Einzelfälle, sofern Zweifel entstehen, nach Maßgabe aller in Betracht kommenden Umstände für sich zu prüfen, Beanstandungen aber tunlichst insbesondere dann zu unterlassen, wenn die geplante Aufwendung von den kirchlichen Organen mit überwiegender Mehrheit beschlossen ist und von der kirchlichen Aufsichtsbehörde als Bedürfnis bezeichnet wird, auch begründete Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Kirchengemeinde nicht bestehen.

Übrigens bleiben, wie die im letzten Satze des Art. 24 des Kirchenverfassungsgesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125) festgestellte Befreiung von der staatsaufsichtlichen Genehmigung, so auch die in Art. 27 a. a. O. den Staatsbehörden vorbehaltenen Aufsichtsrechte durch das Gesetz unberührt.

Hinsichtlich des Beitragsfußes (§. 9 Abs. 2 des Kirchengesetzes) bleibt zu beachten, daß aus den Gesetzen kein Anlaß zu entnehmen ist, die Realsteuern in größerem Umfange als bisher heranzuziehen, und daß insbesondere in denjenigen (namentlich städtischen) Kirchengemeinden, in welchen bisher lediglich Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben worden sind, die Heranziehung auch der Realsteuern nur nach eingehender Prüfung der örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse und aus wichtigen Gründen genehmigt werden kann.

Übrigens ist es nicht unzulässig, bei der Festsetzung der zu erhebenden Prozentsätze in dem Umlagebeschlusse die Veranlagungsergebnisse des Vorjahres hinsichtlich der Prinzipalsteuern zu Grunde zu legen, sofern zur Zeit der Beschlußfassung über die Umlage die Veranlagung für das Jahr, in welchem die Steuer erhoben werden soll, noch nicht abgeschlossen und mitgeteilt sein sollte.

Die erforderlichen Unterlagen zur Prüfung der Beschlüsse werden den in der Regel aus den Beschlüssen selbst, den Begleitberichten und deren Beilagen

— Ausführungsanweisung des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter VI C —,

welche den Staatsbehörden durch die kirchlichen Aufsichtsbehörden zugehen werden, zu entnehmen sein. Es steht nichts im Wege, noch weitere Aufklärungen und Äußerungen der kirchlichen Gemeindeorgane und der nachgeordneten staatlichen oder Gemeindebehörden herbeizuführen. Etwaige Bedenken gegen die Genehmigung sind jedoch vor endgültiger Entscheidung stets bei den kirchlichen Aufsichtsbehörden mit dem Ziele einer Verständigung zur Sprache zu bringen.

Nach erteilter Genehmigung, welche in urkundlicher Form unter den Beschlüssen zu vermerken ist, sind die Beschlüsse nebst Unterlagen dem Konsistorium zurückzugeben.

C) Zuständig für die Erteilung der Genehmigung sind gemäß Art. VII und der Allerhöchsten Verordnung vom 23. März 1906 (Ges.-Samml. S. 53)

1. hinsichtlich sämtlicher Beschlüsse (s. oben unter A) der Kirchengemeinden, der Berliner Stadtsynode und der Parochialverbände, mit Ausnahme der unten zu 2 erwähnten, der Regierungspräsident, in dessen Bezirk die Kirchengemeinden oder die Parochialverbände ihren Sitz haben, im Bereiche der Berliner Stadtsynode der Polizeipräsident zu Berlin;

2. hinsichtlich der Steuerbeschlüsse (s. oben unter A 1) im Falle des §. 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. Mai 1895 — Ges.-Samml. S. 175 — (s. auch §. 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1904 — Ges.-Samml. S. 146 —)

a) der Parochialverbände: der Oberpräsident,

b) der Berliner Stadtsynode: das Staatsministerium.

Gegen die Verfügungen der Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten zu Berlin findet die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt, welcher endgültig beschließt; gegen die Verfügungen der Oberpräsidenten im Falle der Ziffer 2a geht die Beschwerde an den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

## IV. Vorschriften zum Schutze der Befugnisse kirchlicher Behörden und des Interesses der Steuerpflichtigen. (Art. III).

A) In denjenigen Fällen, in welchen die staatlich veranlagte Steuer nicht die unveränderte Grundlage der Steuerzuschläge bildet, und demgemäß der dem kirchlichen Zuschlage zu Grunde zu legende Steuersatz von der kirchlichen Veranlagungsbehörde (oben zu II A) zu ermitteln ist (§. 13 Abs. 1

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 17. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 19. April 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 207** Das 19. Stück enthält unter Nr. 3220: Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905. Vom 27. März 1906. Unter Nr. 3221: Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1905. Vom 27. März 1906. Unter Nr. 3222: Gesetz, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905. Vom 27. März 1906. Unter Nr. 3223: Gesetz, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1905. Vom 27. März 1906. Unter Nr. 3224: Gesetz, betreffend die Feststellung eines fünften Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905. Vom 27. März 1906. Das 20. Stück enthält unter Nr. 3225: Gesetz, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für die Monate April und Mai 1906. Vom 31. März 1906. Unter Nr. 3226: Gesetz, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für die Monate April und Mai 1906. Vom 31. März 1906. Das 21. Stück enthält unter Nr. 3227: Bekanntmachung, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken. Vom 27. März 1906. Unter Nr. 3228: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der 1906 in Nürnberg stattfindenden Ausstellung. Vom 3. April 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 208** Das 13. Stück enthält unter Nr. 10693: Gesetz, betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Bedürfnisse der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen. Vom 21. März 1906. Das 14. Stück enthält unter Nr. 10694: Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Aachen. Vom 31. März 1906. Unter Nr. 10695: Verordnung, betreffend die Errichtung von Kanalbaudirektionen für die Herstellung des Schiffahrtkanals vom Rhein zur Weser mit Nebenanlagen und eines Hauptbauamts für die Herstellung des Großschiffahrtwegs Berlin-Stettin. Vom 2. April 1906. Unter Nr. 10696: Allerhöchster Erlaß vom 3. April 1906, betreffend die Errichtung einer technischen Hilfsarbeiterstelle in dem Ministerium des Innern für das Beamtenbaugenossenschaftswesen. Unter Nr. 10697: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Hachenburg, Herborn, Nastätten und Usingen. Vom 31. März 1906. Das 15. Stück enthält unter Nr. 10698: Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten, vom 12. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 209). Vom 4. April 1906. Unter Nr. 10699: Allerhöchster Erlaß vom 26. März 1906, betreffend die Rangstellung und den Titel des mit der Leitung der Amtsanwaltschaft bei dem Amtsgerichte Berlin-Mitte beauftragten Staatsanwalts.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 209** Auf Ihren Bericht vom 14. März d. J. will Ich der Aachener Kleinbahngesellschaft im Kreise Aachen, Regierungsbezirk Aachen, welche die Genehmigung zum Bau und Betriebe einer Kleinbahn von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit Abzweigung von Eynatten nach Walheim

erhalten hat, das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleihen. Die eingereichte Karte erfolgt zurück.

Berlin, den 21. März 1906.

gez. **Wilhelm, R.**
gegengez. v. Budde.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 210 Nachtrag**
**zur Genehmigungsurkunde für die Kleinbahn von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit Abzweigung von Eynatten über Raeren nach Walheim vom 17. Januar 1906.**

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion wird hiermit folgendes bestimmt:

1. Nummer 12 der erwähnten Genehmigungsurkunde erhält folgenden Zusatz:

Der Betrieb der nebenbahnähnlichen Strecken des Unternehmens regelt sich nach den vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten erlassenen Betriebsvorschriften für Kleinbahnen mit Maschinenbetrieb vom 13. August 1898.

2. Der Absatz 3 der Nummer 15 erhält die Fassung:

Den Wagenführern ist nach der mit Erfolg abgelegten Prüfung von der Kleinbahnverwaltung ein Fahrschein auszustellen.

3. Der Genehmigungsurkunde wird als Nummer 28 folgende Bestimmung hinzugefügt:

Über jeden Betriebsunfall hat der Betriebsleiter der Bahn unbeschadet eines etwaigen Eingreifens der Aufsichtsbehörde eine Untersuchung zu führen, den Tatbestand, wenn nötig, durch Vernehmung der Beteiligten festzustellen und die daraus sich ergebenden Maßnahmen nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen zu treffen.

Meldungen sind seitens des Betriebsleiters zu erstatten:

1. an die Staatsanwaltschaft, die Ortspolizeibehörde, den Regierungs-Präsidenten zu Aachen und die Eisenbahndirektion zu Cöln auf dem kürzesten Wege schriftlich oder telegraphisch über alle Unfälle, bei welchen

a) Menschen getötet oder schwer verletzt sind;
b) Betriebsmaterial oder Bahnanlagen in erheblichem Maße zerstört oder beschädigt worden sind;

2. an die Eisenbahndirektion zu Cöln außerdem über alle Betriebsstörungen, welche voraussichtlich länger als 24 Stunden dauern werden.

Über sämtliche Unfälle hat der Betriebsleiter ein nach der Zeitfolge geordnetes Verzeichnis zu führen, aus welchem Zeit, Ort, Hergang, die erstatteten Meldungen und das etwa darauf Veranlaßte genau zu ersehen sein müssen. Bei Revisionen durch die Aufsichtsbehörden ist dieses Verzeichnis auf Verlangen vorzulegen.

Aachen, den 5. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: von Beguilhen.

**Nr. 211 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen**
am 15. April 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 2 |
| desgl. | Eupen | 2 | 5 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 2 | 2 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 2 |

Aachen, den 17. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 212** Der Provinzialrat hat die Verlegung der nachbezeichneten Märkte für das Jahr 1907 gestattet:

1. für die Stadtgemeinde Jülich:

a) des am Ostermontag, den 1. April anstehenden Rindvieh-, Pferde- und Fohlenmarktes auf Mittwoch, den 3. desselben Monats;
b) des am Montag, den 24. Juni anstehenden gleichartigen Marktes auf Dienstag, den 25. desselben Monats;
c) des am Montag, den 2. September anstehenden gleichartigen Marktes auf Dienstag, den 3. desselben Monats.

2. für die Stadtgemeinde Linnich:

a) des am Samstag, den 23. März anstehenden Kram- und Pferdemarktes auf Donnerstag, den 21. desselben Monats;
b) des am Dienstag, den 16. April anstehenden Pferdemarktes auf Dienstag, den 23. desselben Monats;
c) des am Donnerstag, den 9. Mai anstehenden Pferde- und Krammarktes auf Dienstag, den 28. desselben Monats;
d) des am Mittwoch, den 3. Juli anstehenden gleichartigen Marktes auf Mittwoch, den 10. desselben Monats;
e) des am Dienstag, den 24. September anstehenden Pferdemarktes auf Donnerstag, den 26. desselben Monats;

f) des am Samstag, den 30. November anstehenden Pferde- und Krammarktes auf Dienstag, den 3. Dezember.

3. für die Gemeinde Nettersheim:
des am Dienstag, den 1. Oktober anstehenden Rindvieh-, Schweine- und Schafmarktes auf Dienstag, den 8. desselben Monats.

4. für die Gemeinde Schmidtheim:
des am Mittwoch, den 18. September anstehenden Viehmarktes auf Freitag, den 6. desselben Monats.

Aachen, den 11. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 213** Im ersten Vierteljahr 1906 sind aus dem Auslande in den Reg.-Bez. Aachen 83 869 kg frisches Rindfleisch, einschließlich Kalbfleisch, und 112 121,30 kg frisches Schweinefleisch eingeführt worden.

Aachen, den 15. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 214** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des Rheinischen Bauern-Vereins in Cöln die Erlaubnis erteilt, gelegentlich der im Juni d. J. in Neuß stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellung eine öffentliche Ausspielung von landwirtschaftlichen Maschinen etc. zu veranstalten mit der Maßgabe, daß die Lose — 50 000 Stück à 50 Pfg. — in den Regierungsbezirken Aachen, Cöln und Düsseldorf vertrieben werden dürfen. Es werden 1500 Gewinne im Gesamtwerte von 12 000 Mark zur Ausspielung gelangen. Für den Fall, daß nicht alle Lose abgesetzt werden, wird eine entsprechende Verminderung der Gewinne eintreten.

Aachen, den 14. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 215** Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harzlanden zu Quedlinburg die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre wiederum eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen, Silber- und Wirtschaftsgegenständen u. s. w. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 60 000 Lose zu je 1 Mk. ausgegeben werden und 1501 Gewinne im Gesamtwerte von 27 000 Mk. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 17. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 216** Auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. Juli 1897, betreffend die Körung der Zuchtstiere, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß am 7. April d. Js. die nachbezeichneten Stiere angekört worden sind:

| Lfde. Nr. | Der Stierbesitzer | | Alter der Stiere | Bezeichnung der Stiere | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Name. | Wohnung. | Monate. | Farbe und Abzeichen. | Rasse. |
| 1 | J. Dückers | Gut Branderhof | 16 | schwarzbunt mit Stern und Schnibbe | ostfriesisch |
| 2 | F. Wintgens | Gut Weihern | 20 | schwarzbunt mit Stern | desgl. |
| 3 | H. Wintgens | Gut Waldhausen | 15 | rotbunt mit Blesse | Limburger |

Die Stiere wurden mit dem vorgeschriebenen, die Buchstaben A. St. zeigenden Brandstempel am Horn versehen.

Aachen, den 10. April 1906.

Der Oberbürgermeister.
In Vertretung: Ebbing.

### Nr. 217 Bekanntmachung, die Beschädigung der Telegraphenanlagen betreffend.

Die Reichs-Telegraphenanlagen sind häufig vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen namentlich dadurch ausgesetzt, daß die Porzellan-Doppelglocken durch Steinwürfe zertrümmert werden. Es wird daher auf folgende Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche hingewiesen:

§. 317. Wer vorsätzlich und rechtswidrig den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage dadurch verhindert oder gefährdet, daß er Teile oder Zubehörungen derselben beschädigt oder Veränderungen daran vornimmt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 318. Wer fahrlässigerweise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage verhindert oder gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphenanlagen und ihrer Zu-

behörungen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten den Betrieb verhindern oder gefährden.

§. 318 a. Die Vorschriften in den §§. 317 und 318 finden gleichmäßig Anwendung auf die Verhinderung oder Gefährdung des Betriebes der zu öffentlichen Zwecken dienenden Rohrpostanlagen.

Unter Telegraphenanlagen im Sinne der §§. 317 und 318 sind Fernsprechanlagen mitbegriffen.

Wer die Urheber vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigungen der Telegraphenanlagen derart anzeigt, daß sie bestraft werden können, erhält eine Belohnung bis zur Höhe von 15 Mark in jedem einzelnen Falle.

Diese Belohnung wird auch dann bewilligt werden, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters nicht haben bestraft werden können, desgleichen wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern verhindert worden ist, der gegen die Telegraphenanlagen verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung der Schuldigen erfolgen kann.

Aachen, den 11. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Pfaehler.

**Nr. 218** **Reiseplan**

für das Aushebungsgeschäft des I. Bezirks der 29. Infanterie-Brigade im Jahre 1906.

| Datum Monat | Tag | Wochentag | Bezeichnung des Geschäfts | Beginn Uhr |
|---|---|---|---|---|
| Juni | 5. | Dienstag | Reise nach Schleiden | — |
| " | 6. | Mittwoch | Aushebung in Schleiden | 9⁰ V. |
| " | 7. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 8. | Freitag | desgleichen | " |
| " | 9. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 10. | Sonntag | Reise von Schleiden nach St. Vith | — |
| " | 11. | Montag | Aushebung in St. Vith und Reise nach Malmedy | 9⁰ V. |
| " | 12. | Dienstag | Aushebung in Malmedy | " |
| " | 13. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 14. | Donnerstag | (Fronleichnam) Reise von Malmedy nach Eupen | — |
| " | 15. | Freitag | Aushebung in Eupen | 9⁰ V. |
| " | 16. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 17. | Sonntag | Reise von Eupen nach Montjoie | — |
| " | 18. | Montag | Aushebung in Montjoie | 9⁰ V. |
| " | 19. | Dienstag | Aushebung in Montjoie und Reise nach Aachen | " |
| " | 20. | Mittwoch | Aushebung in Aachen Stadt | 8⁰ V. |
| " | 21. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 22. | Freitag | desgleichen | " |
| " | 23. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 24. | Sonntag | Ruhe | — |
| " | 25. | Montag | Aushebung in Aachen Stadt | 8⁰ V. |
| " | 26. | Dienstag | desgleichen | " |
| " | 27. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 28. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 29. | Freitag | Ruhe (Peter u. Paul) | — |
| " | 30. | Sonnabend | Aushebung in Aachen Land | 8⁰ V. |
| Juli | 1. | Sonntag | Ruhe | — |
| " | 2. | Montag | Aushebung in Aachen Land | 8⁰ V. |
| " | 3. | Dienstag | desgleichen | " |
| " | 4. | Mittwoch | desgleichen | " |
| " | 5. | Donnerstag | desgleichen | " |
| " | 6. | Freitag | desgleichen | " |
| " | 7. | Sonnabend | desgleichen | " |
| " | 8. | Sonntag | Ruhe | |
| " | 9. | Montag | Aushebung in Aachen Land | 8⁰ V. |

Aachen, den 9. April 1906. 29. Infanterie-Brigade.

**Nr. 219 Reise- und Geschäfts-Plan**

für das Aushebungs- und Invaliden-Prüfungs-Geschäft im II. Bezirk der 29. Infanterie-Brigade für 1906.

| Datum Monat | Tag | | Beginn des Invaliden-Prüfungs-Geschäfts | Beginn des Aushebungs-Geschäfts | Zahl der vorzustellenden Invaliden. | Bezeichnung des Geschäfts. | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| April | 27. | Freitag | — | — | — | Reise nach Geilenkirchen | |
| „ | 28. | Sonnabend | 7½ | 8½ | 3 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft und Aushebung in Geilenkirchen | |
| „ | 29. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| „ | 30. | Montag | 7½ | 8½ | 2 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft und Aushebung in Geilenkirchen, sowie Reise nach Jülich | |
| Mai | 1. | Dienstag | 9½ | 10 | 2 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft und Aushebung in Jülich | Listen-Revision. |
| „ | 2. | Mittwoch | 9½ | 10 | 3 | desgl. | |
| „ | 3. | Donnerstag | 9½ | 10 | 3 | desgl. | |
| „ | 4. | Freitag | 9½ | 10 | 2 | desgl. und Reise nach Düren | |
| „ | 5. | Sonnabend | — | 9½ | — | Aushebung in Düren | |
| „ | 6. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| „ | 7. | Montag | — | 9½ | — | Aushebung in Düren | |
| „ | 8. | Dienstag | — | 9½ | — | desgl. | |
| „ | 9. | Mittwoch | — | 9½ | — | desgl. | |
| „ | 10. | Donnerstag | — | 9½ | — | desgl. | |
| „ | 11. | Freitag | — | 9½ | — | desgl. | |
| „ | 12. | Sonnabend | — | 9½ | — | desgl. und Rückreise | |
| „ | 13. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| „ | 14. | Montag | 9½ | — | 21 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft in Düren | |
| „ | 15. | Dienstag | 9½ | — | 21 | desgl. und Rückreise | |
| Juni | 22. | Freitag | 9 | — | 15 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft in Erkelenz | |
| „ | 23. | Sonnabend | 7½ | 8½ | 6 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft und Aushebung in Heinsberg | Listen-Revision. |
| „ | 24. | Sonntag | — | — | — | Ruhe | |
| „ | 25. | Montag | 7½ | 8½ | 7 | Invaliden-Prüfungs-Geschäft und Aushebung in Heinsberg und Reise nach Erkelenz | |
| „ | 26. | Dienstag | — | 10 | — | Aushebung in Erkelenz | |
| „ | 27. | Mittwoch | — | 10 | — | desgl. | |
| „ | 28. | Donnerstag | — | 10 | — | desgl. | |

Cöln, den 10. April 1906. 15. Feld-Artillerie-Brigade.

**Nr. 220 Bekanntmachung.**

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 24. Februar d. Js. beschlossen, gemäß den Anmerkungen zu Nr. 108 und 109, zu Nr. 162, 164 und 165 sowie zu Nr. 198 des am 1. März d. Js. in Kraft getretenen Zolltarifs die zollfreie Einfuhr von Fleisch oder von Schweinespeck sowie von Müllereierzeugnissen und gewöhnlichem Backwerk im Hauptzollamtsbezirke Malmedy für die Grenzstrecke Espeler bis Weisten und für die Orte Rothwasser, Mont, Xhoffraix, Longfaye und Ovifat sowie im Hauptzollamtsbezirke Kaldenkirchen für die Orte Dammerbruch, an der Schwalme und Rothenbach im kleinen Grenzverkehr zuzulassen.

Aus Anlaß einer weiteren Bestimmung des Bundesrates, nach welcher die Anordnung der erforderlichen Bedingungen und Beschränkungen, einschließlich der Festsetzung der Höchstmengen für die zollfrei einzuführenden Waren den obersten Landesfinanzbehörden vorbehalten bleibt, hat der Herr Finanzminister durch den Erlaß vom 27. März

b. Js. III 3196 I folgende Bedingungen und Kontrollmaßregeln festgesetzt:

1. Die Höchstmenge des zollfrei einzulassenden Fleisches oder Schweinespecks (Anmerkung zu Nr. 108 und 109 des Zolltarifs) wird auf 1 kg,

   Die Höchstmenge der zollfrei einzulassenden Müllereierzeugnisse und des gewöhnlichen Backwerks (Anmerkung zu Nr. 162, 164 und 165 sowie zu Nr. 198 des Zolltarifs) wird auf 3 kg mit der Maßgabe festgesetzt, daß Fleisch und Schweinespeck einerseits, sowie Müllereierzeugnisse und gewöhnliches Backwerk andererseits zusammen nur in einer Menge bis zu 1 kg bezw. 3 kg zeitig eingeführt werden dürfen.

   Die Einfuhr der zollfrei einzulassenden Mengen darf nur an 2 von mir noch festzusetzenden Tagen der Woche, nur auf einer Zollstraße und nur innerhalb der gesetzlichen Tageszeit (§ 21 des Vereinszollgesetzes) erfolgen.

   Für jeden Haushalt dürfen Fleisch pp., Müllereierzeugnisse und Backwerk bis zu den angegebenen Höchstmengen nur einmal täglich zollfrei eingebracht werden.

   Die Waren müssen für denjenigen Haushalt bestimmt sein, dem der Einbringer angehört. Letzterer hat sich durch eine für jeden Haushalt nur in einem Stücke zu erteilende Bescheinigung der Ortsbehörde darüber auszuweisen, daß er Bewohner des Grenzbezirks ist.

Indem ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringe, bemerke ich, daß den in Betracht kommenden Ortsbehörden noch besonders davon Kenntnis gegeben werden wird, an welchen Tagen der Woche die vorerwähnten Mengen an Fleisch und Speck bezw. an Müllereierzeugnissen und gewöhnlichem Backwerk von den Bewohnern der betreffenden Orte des Grenzbezirks zollfrei eingebracht werden dürfen.

Cöln, den 9. April 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor:
Köhn.

## Nr. 221 Personal-Nachrichten.

Die einstweilige Verwaltung der durch den Rücktritt des Bürgermeisters Freiherrn Carl von Broich erledigten Landbürgermeisterei Richterich, Landkreis Aachen, ist dem Stadtsekretär Wilhelm Brückmann in Stolberg übertragen worden.

Dem Apotheker Clemens Helmig ist die Konzession für die in Aachen im Hause Kaiserallee Nr. 48 neuerrichtete Apotheke erteilt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 10.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 18. Ausgegeben zu Aachen, Dienstag, den 24. April 1906.

Inhalt: Anweisung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 281) S. 141—165.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 222 Anweisung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 281). *)**

Das Gesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 281) tritt nach der gemäß §. 40 ergangenen Allerhöchsten Verordnung vom 23. März 1906 (Gesetz-Samml. S. 52) am 1. April 1906 in Kraft. Zu seiner Ausführung wird gemäß §. 41 folgende Anweisung erlassen:

I. Anwendbarkeit des Gesetzes.

Das Gesetz findet Anwendung

A) in dem gesamten Umfange der Monarchie mit alleiniger Ausnahme solcher Preußischer Gebietsteile, welche zu außerpreußischen katholischen Kirchengemeinden eingepfarrt sind, nicht dagegen in außerpreußischen, zu Preußischen Kirchengemeinden gehörigen Gebieten;

B) in sämtlichen organisierten katholischen Kirchengemeinden, in welchen Vermögensverwaltungsorgane nach Maßgabe des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 241) zu bilden sind, einschließlich der in §. 2 a. a. O. genannten Missionspfarr-, Filial-, Kapellen- 2c. Gemeinden, nicht dagegen in Militär- und Anstaltsgemeinden (§. 35);

C) in Gesamtverbänden katholischer Kirchengemeinden (§. 34), welchen die Befugnis zur Erhebung von Umlagen durch eine von der zuständigen Staatsbehörde

*) Die ohne nähere Bezeichnung angeführten Paragraphen sind solche des Gesetzes vom 14. Juli 1905 (Gesetz-Samml. S. 281).

— Minister der geistlichen Angelegenheiten Art. I Ziffer 1 der Verordnung vom 4. Januar 1904 — Gesetz-Samml. S. 1 —) genehmigte Anordnung der bischöflichen Behörde übertragen worden ist — §. 6 Ziffer 5 und §. 7 des Gesetzes vom 29. Mai 1903 (Gesetz-Samml. S. 179).

II. Besteuerungsrecht.
(§§. 1 und 36.)

A.

Das Besteuerungsrecht ist den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährt (§. 1 Satz 1).

Ob der Zweck, für welchen das Besteuerungsrecht ausgeübt werden soll, ein Gemeindebedürfnis darstellt, ist Sache der Erwägung und Entscheidung des Einzelfalles. Unter den Begriff „Bedürfnisse" fallen nicht nur die den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden obliegenden Verpflichtungen zur Herstellung und Erhaltung der für die eigenen Kirchen- und Pfarrsysteme erforderlichen baulichen und sonstigen Einrichtungen, sondern z. B. auch die gemäß Gesetzes vom 29. Mai 1903 (Gesetz-Samml. S. 182) zu den kirchlichen Diözesan-Hilfsfonds zu leistenden Beiträge. Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß das zu befriedigende Bedürfnis unmittelbar ein eigenes Bedürfnis der steuererhebenden Kirchengemeinde sein müsse; auch eine mittelbare Beziehung zu letzterer kann unter Umständen genügen.

Der Begriff „Bedürfnisse" ist nicht gleichbedeutend mit den Ausgaben des Umlagejahres; er gestattet vielmehr auch bei solchen Ausgaben, deren Notwendigkeit — wie z. B. bei Bauten — längere Zeit vorauszusehen ist, bereits zur Ansammlung der erforderlichen Mittel in den der tatsächlichen Verausgabung vorangehenden Jahren die Steuerkraft in Anspruch zu nehmen.

B.

Die Befugnis der Steuererhebung ist eine subsidiäre, von ihr ist nur Gebrauch zu machen,

soweit die sonstigen verfügbaren Einnahmen zur Befriedigung der Bedürfnisse nicht ausreichen, insbesondere soweit die erforderlichen Geldmittel und Leistungen nicht nach bestehendem Recht aus dem Kirchenvermögen entnommen werden können, oder vom Patron oder von sonst speziell Verpflichteten gewährt werden. Andererseits ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die Kirchengemeinden vor Inanspruchnahme der Steuerkraft alle im Bereiche der Möglichkeiten liegenden Einnahmequellen (z. B. durch Einführung oder Erhöhung von Gebührentaxen) erschöpfen.

Die Entnahme aus dem Kirchenvermögen ist nur insoweit zulässig, als sie ohne Nachteil der aus der Kirchenkasse zu bestreitenden Ausgaben geschehen kann, auch nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen die Genehmigung der kirchlichen Oberen und bezw. die Zustimmung des Patrons (§. 40 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 — Gesetz-Samml. S. 241 —) erhalten hat.

Etwaige rechtsgültige Bestimmungen, durch welche Teile des Vermögens der Kirchengemeinde für bestimmte Zwecke festgelegt sind, sowie die gesetzlichen Vorschriften über die Voraussetzungen einer nicht bestimmungsmäßigen Verwendung von Kirchenvermögen bleiben unberührt.

Die Erhebung von Kirchensteuern ist ferner nur insoweit zulässig, als die erforderlichen Geldmittel und Leistungen nicht vom Patron oder von sonst speziell Verpflichteten gewährt werden. „Speziell Verpflichtete" sind diejenigen, welchen nach den bestehenden Gesetzen, nach örtlichem Rechte oder auf Grund privaten Rechtstitels eine besondere, d. h. nicht durch die Parochialangehörigkeit als solche bedingte, persönliche oder dingliche Verpflichtung obliegt. Zu den „Speziell Verpflichteten" im Sinne des Kirchengesetzes gehören auch die in §. 41 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 241) erwähnten bürgerlichen Gemeinden (s. auch Gesetz vom 14. März 1880 — Gesetz-Samml. S. 225) und die Besitzer von Rittergütern und die ihnen rechtlich gleichgestellten Grundbesitzer nach Maßgabe der §§. 1 ff., 10, 15 der Verordnung vom 11. November 1844 (Gesetz-Samml. S. 696), betreffend die Beitragspflicht usw. in den vormals Königlich Sächsischen Landesteilen. Von Heranziehung der speziell Verpflichteten darf nur ausnahmsweise und nur insoweit abgesehen werden, als dies im einzelnen Falle besondere Gründe gerechtfertigt erscheinen lassen.

C.

Die Kirchengemeinden sind berechtigt, die Übernahme der der **Kirchengemeinde** gegenüber von den Verpflichteten zu leistenden Hand- und und Spanndienste auf die Kirchengemeinde als **Gemeindelast** zu beschließen und den entsprechenden Geldbetrag im Wege der Kirchensteuer zu erheben.

Auf etwaige Verpflichtungen gegenüber dem Pfarrer bezw. den Kirchenbeamten z. B. zur Gestellung von Fuhrwerk, erstreckt sich diese Befugnis nicht.

S. unten zu VI D.

### III. Steuerpflicht.

(§§. 2—6).

Kirchensteuerpflichtig sind alle **Katholiken, welche der Kirchengemeinde durch ihren Wohnsitz angehören** (§. 2).

A.

Wer als Katholik anzusehen ist, wird in dem Gesetze nicht bestimmt. Für diese Frage bleibt daher das geltende Recht maßgebend.

Die Kirchensteuerpflicht ergreift nur **physische**, nicht juristische Personen. **Reichs- oder Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung** der Kirchensteuerpflicht. Jedoch wird es sich mit Rücksicht auf die Vorschrift in §. 23 Abs. 3 in der Regel empfehlen, von der Heranziehung oder Veranlagung von Angehörigen eines außerdeutschen Staates zur Kirchensteuer abzusehen, sofern der Kirchenvorstand — gegebenenfalls durch Anfrage bei der bischöflichen Behörde — festgestellt hat, daß für dieselben die a. a. O. aufgestellten Voraussetzungen einer wirksamen Beschwerde gegen die Heranziehung oder Veranlagung zutreffen.

Die nach den Vorschriften des Gesetzes vom 14. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 207) aus der Kirche Ausgetretenen werden nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der in §. 3*) daselbst festgesetzten Fristen von der kirchlichen Steuerpflicht frei.

B.

Für den Begriff des Wohnsitzes sind die Vorschriften des bürgerlichen Rechts (§§. 7—11 Bürgerlichen Gesetzbuches) maßgebend. Danach setzt

*) § 3 des Gesetzes vom 14. Mai 1873 lautet:

„Die Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird.

Diese Wirkung tritt mit dem Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baues, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, festgestellt ist, hat der Austretende bis zum Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ebenso beizutragen, als wenn er seinen Austritt aus der Kirche nicht erklärt hätte.

Leistungen, welche nicht auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, insbesondere Leistungen, welche entweder kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften, oder von allen Grundstücken des Bezirks, oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt."

die Begründung des Wohnsitzes an einem Orte die ständige Niederlassung an diesem Orte voraus. Der Besitz von Grundstücken oder der Betrieb eines Gewerbes genügen für sich allein zur Begründung des Wohnsitzes nicht.

Wegen des mehrfachen Wohnsitzes siehe zu D.

Durch den bloßen Aufenthalt in einer Kirchengemeinde wird die Kirchensteuerpflicht nicht begründet.

Über die Zugehörigkeit der Militärpersonen zur Militärgemeinde ist durch die Allerhöchste Verordnung vom 19. Oktober 1904 (Gesetz-Samml. S. 273) Bestimmung getroffen.

C.

Beginn und Erlöschen der Kirchensteuerpflicht regelt §. 3. Aus den dort gegebenen Vorschriften in Verbindung mit §. 16 Abs. 2 folgt, daß sich die kirchliche Steuerpflicht bei ordentlichen Umlagen nach Monatsraten berechnet; für die Verpflichtung zu außerordentlichen Umlagen ist der Zeitpunkt der Einziehung maßgebend (§. 19 vorl. Abs.).

Wegen der Mitwirkung der Staats- und Gemeindebehörden bei Feststellung des Verzeichnisses der steuerpflichtigen Mitglieder und bei Kontrolle der Ab- und Zugänge vgl. §. 18 und unten zu VI B.

D.

(§. 4.)

Die Anwendbarkeit des §. 4 ist gegeben, wenn die Zugehörigkeit zu mehreren Kirchengemeinden infolge mehrfachen Wohnsitzes begründet ist, nicht dagegen, wenn innerhalb der Parochie noch ein rechtsfähiger kleinerer kirchlicher Verband mit selbständigen Aufgaben (z. B. eine Kapellengemeinde — §. 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 —) besteht, so daß dessen Mitglieder, obwohl sie nur einen Wohnsitz haben, eine zweifache Gemeindezugehörigkeit besitzen.

Der mehrfache Wohnsitz kann entweder innerhalb oder innerhalb und außerhalb des Preußischen Staatsgebietes begründet sein.

a) In beiden Fällen verbleibt derjenige Teil des Gesamteinkommens, welcher aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen (einschl. der Bergwerke), aus Handel und Gewerbe (einschl. des Bergbaues), sowie aus der Beteiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung fließt, — „radiziertes Einkommen" — derjenigen Wohnsitzkirchengemeinde, in welcher das Grundvermögen oder der Betrieb belegen ist.

b) Beträgt dieser Teil in einer Wohnsitzkirchengemeinde mehr als drei Viertel des Gesamteinkommens, so ist diejenige Wohnsitzkirchengemeinde, in welcher das steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Viertel des Gesamteinkommens beträgt, berechtigt, ein volles Viertel des Gesamteinkommens für sich zur kirchlichen Besteuerung in Anspruch zu nehmen.

Die weitere Vorschrift des §. 4, daß, wenn dieser Anspruch mehreren Kirchengemeinden zusteht, das Viertel nach der Zahl der Gemeinden zu verteilen sei, gilt unbeschadet des aus den vorhergehenden Bestimmungen dieses Paragraphen sich ergebenden Grundsatzes, daß das radizierte Einkommen, sofern es nicht drei Viertel des Gesamteinkommens übersteigt, der Belegenheits- bezw. Betriebsgemeinde verbleibt. In Verbindung mit diesem Grundsatze ist die angeführte Vorschrift des §. 4 dahin zu verstehen, daß, wenn der Anspruch auf Besteuerung eines Viertels des Gesamteinkommens mehreren Kirchengemeinden zusteht, der über drei Viertel des Gesamteinkommens hinausgehende Mehrbetrag an radiziertem Einkommen nach der Zahl dieser Gemeinden zu verteilen ist.

c) Soweit nicht die Grundsätze zu a) und b) Platz greifen, sind Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb des Preußischen Staatsgebietes in jeder Kirchengemeinde nur mit dem der Zahl dieser Gemeinden entsprechenden Bruchteil ihres Einkommens heranzuziehen. Dies gilt nicht nur für Einkommen aus Kapitalvermögen oder gewinnbringender Beschäftigung, sondern auch für solches Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, welches der Ursprungsgemeinde — z. B. mangels eines Wohnsitzes in ihr — nicht verbleibt.

Die gesetzlichen Bestimmungen werden durch folgende Beispiele erläutert:

1. Bezieht der Steuerpflichtige an radiziertem Einkommen aus der Wohnsitzkirchengemeinde (W.-K.-G.) A $^4/_4$, aus der W.-K.-G. B $^0/_4$ seines Gesamteinkommens, so ist B berechtigt, ein volles Viertel des Gesamteinkommens für sich zur kirchlichen Besteuerung in Anspruch zu nehmen. A besteuert hiernach $^3/_4$, B $^1/_4$ des Gesamteinkommens.
2. Bezieht der Steuerpflichtige an radiziertem Einkommen aus der W.-K.-G. A $^3/_4$, der W.-K.-G. B $^1/_4$, der W.-K.-G. C $^0/_4$ seines Gesamteinkommens, so verbleibt jeder der Belegenheits- bezw. Betriebsgemeinden A und B das ihr entstammende Einkommen zur ausschließlichen Besteuerung, da es in keiner der

beiden mehr als $^{3}/_{4}$ des Gesamteinkommens beträgt. W.-K.-G. C erhält nichts.

3. Bezieht der Steuerpflichtige aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, an welchen der Ursprungsgemeinde ein Vorzugsbesteuerungsrecht nicht zusteht (s. oben), oder aus Kapitalvermögen oder gewinnbringender Beschäftigung $^{1}/_{4}$, in der W.-K.-G. A aus radiziertem Vermögen $^{3}/_{4}$ seines Gesamteinkommens, in der W.-K.-G. B $^{0}/_{4}$, so behält die W.-K.-G. A die ihr entstammenden $^{3}/_{4}$ des Gesamteinkommens; das ersterwähnte Viertel wird zwischen A und B je zur Hälfte geteilt. A besteuert mithin $^{3}/_{4}+^{1}/_{8}$, B $^{1}/_{8}$ des Gesamteinkommens.

4. Bezieht der Steuerpflichtige aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, an welchen der Ursprungsgemeinde ein Vorzugsbesteuerungsrecht nicht zusteht, oder aus Kapitalvermögen oder gewinnbringender Beschäftigung $^{5}/_{16}$, in der W.-K.-G. A aus radiziertem Vermögen $^{11}/_{16}$ seines Gesamteinkommens, in der W.-K.-G. B $^{0}/_{16}$, so behält die W.-K.-G. A die ihr entstammenden $^{11}/_{16}$; die ersterwähnten $^{5}/_{16}$ werden zwischen A und B je zur Hälfte geteilt. A besteuert mithin $^{11}/_{16}+^{5}/_{32}$, B $^{5}/_{32}$ des Gesamteinkommens.

5. Bezieht der Steuerpflichtige aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, an welchen der Ursprungsgemeinde ein Vorzugsbesteuerungsrecht nicht zusteht, oder aus Kapitalvermögen oder gewinnbringender Beschäftigung $^{5}/_{16}$, in der W.-K.-G. A aus radiziertem Vermögen $^{8}/_{16}$, in der W.-K.-G. B aus radiziertem Vermögen $^{3}/_{16}$ seines Gesamteinkommens, so behält jede der W.-K.-G. A und B die ihr entstammenden $^{8}/_{16}$ bezw. $^{3}/_{16}$; die zuerst genannten $^{5}/_{16}$ werden zwischen ihnen je zur Hälfte geteilt. A besteuert mithin $^{8}/_{16}+^{5}/_{32}$, B $^{3}/_{16}+^{5}/_{32}$.

6. Bezieht der Steuerpflichtige aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb, an welchen der Ursprungsgemeinde ein Vorzugsbesteuerungsrecht nicht zusteht, oder aus Kapitalvermögen oder gewinnbringender Beschäftigung $^{3}/_{16}$, in der W.-K.-G. A aus radiziertem Vermögen $^{13}/_{16}$ seines Gesamteinkommens, in der W.-K.-G. B $^{0}/_{16}$, so kann B den über $^{3}/_{4}$ des Gesamteinkommens hinausgehenden Teil des aus A stammenden radizierten Einkommens für sich in Anspruch nehmen — $^{1}/_{16}$ —, die aus Kapitalvermögen pp. bezogenen $^{3}/_{16}$ werden zwischen beiden Gemeinden je zur Hälfte geteilt. A besteuert mithin $^{12}/_{16}+^{3}/_{32}$, B $^{1}/_{16}+^{3}/_{32}$.

7. Bezieht der Steuerpflichtige an radiziertem Einkommen aus der W.-K.-G. A $^{7}/_{8}$, der W.-K.-G. B $^{1}/_{8}$, der W.-K.-G. C $^{0}/_{8}$ seines Gesamteinkommens, so wird der über $^{3}/_{4}$ des Gesamteinkommens hinausgehende Teil des aus A stammenden radizierten Einkommens — $^{1}/_{8}$ — zwischen den Gemeinden B und C je zur Hälfte geteilt; der aus der W.-K.-G. B stammende Teil des radizierten Einkommens — $^{1}/_{8}$ — verbleibt dieser Gemeinde. A besteuert mithin $^{6}/_{8}$, B $^{1}/_{8}+^{1}/_{16}$, C $^{1}/_{16}$.

Nach den sinngemäß anzuwendenden Vorschriften des §. 50 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung d. Gesetzes vom 30. Juli 1895 (Gesetz-Samml. S. 409)*) ist bei der Heranziehung von Gemeindegliedern mit mehrfachem Wohnsitz zur Kirchensteuer in allen Fällen das **Gesamteinkommen** des Steuerpflichtigen von dem Kirchenvorstande (Ausschuß der Verbandsvertretung) einzuschätzen und der so ermittelte Steuerbetrag entsprechend dem Verhältnis des außer Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesamteinkommen herabzusetzen. Das einzuschätzende **Gesamteinkommen** umfaßt auch die von der Kirchensteuerpflicht befreiten Einkommensteile. Dagegen sind bei der vorgeschriebenen verhältnismäßigen Herabsetzung des nach dem Gesamteinkommen ermittelten Steuerbetrages diese Befreiungen (s. unten zu IV) zu berücksichtigen.

Hat z. B. ein Kirchensteuerpflichtiger ein radiziertes Gesamteinkommen von 9000 ℳ, welches ihm mit je 2000, 3000 und 4000 ℳ aus den preußischen Wohnsitzkirchengemeinden A, B und C zufließt, so berechnet sich, da der Staatseinkommensteuersatz von 9000 ℳ nach §. 17 St.-Eink.-Steuerges. 252 ℳ beträgt, der der Kirchensteuer zu Grunde zu legende Prinzipalsteuersatz für A nach der Gleichung $9000:2000=252:X$ auf 56 ℳ; für B nach der Gleichung $9000:3000=252:X$ auf 84 ℳ und für C nach der Gleichung $9000:4000=252:X$ auf 112 ℳ. Bezieht der Kirchensteuerpflichtige aus der preußischen Wohnsitzkirchengemeinde A ein radiziertes Einkommen von 2000 ℳ, aus der bayerischen Wohnsitzkirchengemeinde B ein radiziertes Einkommen von 10 000 ℳ, so unterliegen in A der Kirchensteuer nur 2000 ℳ, denn obwohl das radizierte Einkommen aus B mehr als $^{3}/_{4}$ und dasjenige aus A weniger als $^{1}/_{4}$ des Gesamteinkommens beträgt, so kann doch A keinen Teil des aus B entstammenden radizierten Einkommens beanspruchen, da letzteres nach §. 7 des Gesetzes in Verbindung mit §. 6 Nr. 1 Staatseinkommen-

*) § 50 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes lautet:
In allen Fällen ist das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen einzuschätzen und der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältnis des außer Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesamteinkommen entsprechend herabzusetzen

steuergesetzes (s. unten zu IV A) von den Kirchensteuern befreit ist. Der Prinzipalsteuersatz für die hiernach in A der Kirchensteuer unterliegenden 2000 *M.* berechnet sich — da der Staatseinkommensteuersatz von 12 000 *M.* nach §. 17 Staatseinkommensteuergesetzes 360 *M.* beträgt — nach der Gleichung 12 000 : 2000 = 360 : X = 60 *M.*

Bei der Einschätzung des Gesamteinkommens von seiten der mehreren Wohnsitzkirchengemeinden findet §. 51 Absatz 1 Kommunalabgabengesetzes*) sinngemäße Anwendung.

E.

§. 5 regelt die kirchliche Steuerpflicht für den Fall, daß eine Mischehe vorliegt, und für den Fall, daß die Ehefrau, gleichviel ob eine Mischehe vorliegt oder nicht, zu den Staatssteuern selbständig veranlagt ist.

a) Ist in einer gemischten Ehe die Ehefrau zu den Staatssteuern nicht selbständig veranlagt, so ist der der steuererhebenden Kirchengemeinde zugehörige Eheteil von der Hälfte des der kirchlichen Besteuerung zu Grunde liegenden Steuersatzes, zu welchem der Ehemann veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. Unter Steuersatz ist der veranlagte Steuerbetrag zu verstehen. Dieser ist zu halbieren; die gewonnene Hälfte bietet die Grundlage der kirchlichen Zuschlagsbesteuerung.

   Die Bezeichnung „Steuersatz" begreift nicht nur den als Einkommensteuer zu entrichtenden Steuerbetrag, sondern auch einen fingierten Normalsteuersatz gemäß §. 74 des Einkommensteuergesetzes, sowie die veranlagten Steuersätze zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in sich.

b) Soweit die Ehefrau — gleichviel, ob eine Mischehe vorliegt oder nicht, — zu den Staatssteuern selbständig veranlagt wird, ist jeder Ehegatte bezw. (bei Mischehe) der der steuererhebenden Kirchengemeinde zugehörige Ehegatte nach Maßgabe seiner Veranlagung zur Kirchensteuer heranzuziehen (§. 5 Abs. 2). Diese Bestimmung findet Anwendung, wenn die Ehefrau zu Realsteuern vom Grund- und Gebäudebesitz verpflichtet, bezw. von einem Gewerbebetriebe selbständig veranlagt ist; ferner bei gesonderter Veranlagung der vom Ehemann dauernd getrennt lebenden Frau zur Staatseinkommensteuer (§. 11 Abs. 3 Eink.-St.-Ges.).

Selbstverständlich ist für die getrennt lebende katholische Ehefrau die Steuerpflicht nur dann begründet, wenn sie in der Gemeinde, in welcher sie zur Steuer herangezogen wird, einen Wohnsitz hat. Sie teilt nach §. 10 Bürgerlichen Gesetzbuches den Wohnsitz des Ehemannes, es sei denn, daß der Ehemann seinen Wohnsitz im Auslande an einem Orte begründet, an den die Frau ihm nicht folgt und zu folgen nicht verpflichtet ist. So lange der Ehemann einen Wohnsitz nicht hat oder die Ehefrau seinen Wohnsitz nicht teilt, kann sie selbständig einen Wohnsitz begründen. Ist dagegen ein selbständiger Wohnsitz der Ehefrau nicht begründet, so bleibt zu erwägen, ob eine selbständige getrennte Niederlassung der Ehefrau als zweiter selbständiger Wohnsitz des Ehemannes gemäß §. 7 Abs. 2 B. G.-B. angesehen werden kann, den die Ehefrau gemäß §. 10 daselbst teilt.

F.

(§. 6).

Der Patron unterliegt der Kirchensteuerpflicht nur, wenn er katholisch ist und der Kirchengemeinde durch seinen Wohnsitz angehört. Ist der Patron, welcher zugleich Gemeindemitglied ist, als solcher nicht lastenpflichtig, so besteht die Kirchensteuerpflicht für ihn wie für jedes andere Gemeindeglied. Insoweit dagegen der Patron oder ein sonst speziell Verpflichteter als solcher nach bestehendem Rechte für einzelne kirchliche Bedürfnisse nach besonderen Grundsätzen beizutragen hat, — sei es auf Grund einer prinzipalen oder einer subsidiären Verpflichtung —, ist er als Gemeindeglied für diese Bedürfnisse in demselben Umfange wie bisher von der Kirchensteuer freizulassen.

Über den Begriff der „Speziell Verpflichteten" s. o. zu II B.

IV. Befreiung von der Kirchensteuer.

(§. 7).

A.

Nach §. 7 Abs. 1 haben die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bestehenden — nicht auch die etwa später eintretenden — gesetzlichen Befreiungen von der Staatseinkommensteuer oder den staatlich veranlagten Steuern die entsprechende Befreiung von der Kirchensteuer zur Folge. Hiernach sind, abgesehen von den im §. 3 des Eink.-St.-Ges. vom 24. Juni 1891 (Ge-

*) §. 51 Abs. 1 Kommunalabgabengesetzes lautet:
Ist das der Staatseinkommensteuer unterliegende Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen nach seinen Teilen in mehreren preußischen Gemeinden steuerpflichtig, so darf das in diesen Gemeinden steuerpflichtige Einkommen im ganzen den Höchstbetrag derjenigen Steuerstufe nicht übersteigen, in welche der Steuerpflichtige bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt worden ist. Zu diesem Behufe sind die Teile des Einkommens, sofern sie auch nach erfolgter Richtigstellung im ganzen den Höchstbetrag der Steuerstufe übersteigen, verhältnismäßig herabzusetzen (§§. 71—74).

setz-Samml. S. 175) vorgesehenen Befreiungen*) **nicht** kirchensteuerpflichtig:

1. preußische Staatsangehörige, welche neben einem Wohnsitz in Preußen in einem anderen Bundesstaat oder einem deutschen Schutzgebiet ihren **dienstlichen** Wohnsitz haben;
2. Angehörige anderer Bundesstaaten, welche neben ihrem Wohnsitz in Preußen in ihrem Heimatsstaat einen Wohnsitz haben,
   mit der Beschränkung, daß
   Angehörige anderer Bundesstaaten, welche in Preußen ihren **dienstlichen** Wohnsitz haben, der Steuerpflicht unterliegen,
   und daß ferner auch die vorstehend zu 1 und 2 aufgeführten Personen steuerpflichtig sind bezüglich des Einkommens
   a) aus den von der preußischen Staatskasse gezahlten Besoldungen, Pensionen und Wartegeldern,
   b) aus preußischem Grundbesitz und aus preußischen Gewerbe- oder Handelsanlagen oder sonstigen gewerblichen Betriebsstätten (§§. 1 und 2 Eink.-St.-Ges.).

Mangels objektiver staatlicher Steuerpflicht bleibt von den Kirchensteuern befreit das Einkommen aus den §. 6 Ziffer 1, 2 u. 5 des Eink.-St.-Ges. aufgeführten Einkommensquellen.**) Für die daselbst in Ziffer 3, wo von dem Einkommen der zu den Militärgemeinden gehörigen Personen die Rede ist, und in Ziffer 4 genannten Fälle, welche übrigens höchst selten vorkommen werden, besteht eine kirchliche Steuerpflicht ebenfalls nicht.

Für die Befreiungen von der Grund- und Gebäudesteuer sind nicht die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes, sondern diejenigen des §. 4 des Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 — Gesetz-Samml. S. 253 — bezw. §. 3 des Gebäudesteuergesetzes von demselben Tage — Gesetz-Samml. S. 317 — maßgebend.

B.

Nach §. 7 Abs. 2 sind Geistliche und Kirchenbeamte von der Kirchensteuer nur hinsichtlich des Diensteinkommens und Ruhegehaltes und auch nur dann befreit, wenn ihnen die Befreiung schon bisher, d. h. bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, tatsächlich gewährt worden ist.

Geistliche im Sinne des Gesetzes sind diejenigen, welche die Ordination als Priester empfangen haben und in einem geistlichen Amte stehen. Es macht keinen Unterschied, ob sie zum Dienste an der steuererhebenden Kirchengemeinde selbst berufen oder sonst im Kirchendienst oder in einem anderen Amte mit geistlichen Funktionen angestellt sind, sofern nur ihre Anstellung von der kirchlichen Aufsichtsbehörde erfolgt oder von ihr anerkannt ist.

Unter „Kirchenbeamten" sind nur die in einem kirchlichen Amte **angestellten** Personen, nicht dagegen solche zu verstehen, welche nur vertragsmäßig kirchliche Hilfsleistungen übernommen haben.

Zu ihnen gehören auch die an einer kirchlichen Bildungsanstalt oder bei der bischöflichen Behörde angestellten Personen, soweit sie nicht schon den Geistlichen beizuzählen sind, ferner die Inhaber eines Kirchenamtes, mit dem ein anderes, z. B. ein Schulamt, verbunden ist.

Das von der Kirchensteuer befreite Dienstein-

---

*) §. 3 Eink.-St.-Ges. lautet:

§. 3.

Von der Einkommensteuer sind befreit:

1. die Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses;
2. die Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses;
3. die bei dem Kaiser und Könige beglaubigten Vertreter fremder Mächte und die Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zum Bundesrate, die ihnen zugewiesenen Beamten, sowie die in ihren und ihrer Beamten Diensten stehenden Personen, soweit sie Ausländer sind;
4. diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besondern, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung von der Einkommensteuer zukommt.

Die Befreiungen zu 3) und 4) erstrecken sich nicht auf das nach §. 2 steuerpflichtige Einkommen und bleiben in denjenigen Fällen ausgeschlossen, in welchen in den betreffenden Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird.

§. 2. Eink.-St.-Ges., soweit er hier von Bedeutung ist, lautet:

§. 2.

Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt unterliegen der Einkommensteuer alle Personen mit dem Einkommen

a) aus den von der Preußischen Staatskasse gezahlten Besoldungen, Pensionen und Wartegeldern;
b) aus preußischem Grundbesitz und aus preußischen Gewerbe- oder Handelsanlagen oder sonstigen gewerblichen Betriebsstätten pp.

**) §. 6 Ziff. 1, 2 u. 5 Eink.-St.-Ges. lauten:

§. 6.

Von der Besteuerung sind ausgeschlossen:

1. das Einkommen aus den in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiete belegenen Grundstücken, den daselbst betriebenen Gewerben, sowie aus Besoldungen, Pensionen und Wartegeldern, welche deutsche Militärpersonen und Zivilbeamte, sowie deren Hinterbliebene aus der Kasse eines anderen Bundesstaates beziehen (§. 4 des Gesetzes vom 13. Mai 1870, Bundesgesetzbl. S. 119);
2. das Einkommen der nach §. 1 Nr. 3 steuerpflichtigen Ausländer aus ausländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb, sofern dieselben nicht des Erwerbes wegen in Preußen einen Wohnsitz haben oder sich daselbst aufhalten;
5. die auf Grund gesetzlicher Vorschrift den Kriegsinvaliden gewährten Pensionserhöhungen und Verstümmelungszulagen, sowie die mit Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensolde.

Wegen der Besteuerung österreichischer Staatsangehöriger in Preußen s. Gesetz vom 18. April 1900 (Gesetz-Samml. S. 259).

kommen umfaßt sämtliche Einnahmen, welche unter Anerkennung der kirchlichen Behörde den Geistlichen oder Kirchenbeamten mit Rücksicht auf das die Befreiung begründende Amt, gleichviel aus welchen Quellen, zufließen, also nicht nur das Pfründen-Einkommen, und im Falle dauernder Verbindung eines anderen mit dem kirchlichen Amte die gesamten Dienstbezüge. Nach denselben Grundsätzen ist das von der Kirchensteuer befreite Ruhegehalt zu bestimmen.

Ohne Rücksicht darauf, ob sie bisher die Befreiung genossen haben, sind gemäß §. 7 Abs. 3 hinsichtlich der daselbst bezeichneten Einkünfte von der Kirchensteuer befreit die hinterbliebenen Witwen und Waisen der Kirchenbeamten und diejenigen, welche aus Anlaß des Todes eines Geistlichen oder Kirchenbeamten Bezüge während der Sterbe- und Gnadenzeit erhalten.

Das Privateinkommen unterliegt stets in vollem Umfange der kirchlichen Besteuerung.

C.

Die auf speziellen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen zur Leistung von Kirchensteuern oder Befreiungen von der Kirchensteuerpflicht bleiben nach §. 8 unberührt.

V. Umlegung der Kirchensteuer.
(§§. 9—15.)

A.

Als Maßstab der Umlegung dient die Staatseinkommensteuer (Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 — Gesetz-Samml. S. 175 —), erforderlichenfalls einschließlich der staatlich veranlagten Normalsteuersätze (§. 74 E.-St.-G.) und, sofern daneben eine Heranziehung der Realsteuern erfolgen soll, die staatlich veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (§. 9).

Die nach dem bisherigen Recht (§. 21 Nr. 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 — Gesetz-Samml. S. 241 —) zulässige Verteilung der Kirchensteuer nach dem Kommunalsteuerfuß ist beseitigt.

Die Staatseinkommensteuer ist — mit den aus §§. 2 und 4 sich ergebenden Maßgaben und unbeschadet der Bestimmung in §. 11 Abs. 4 daselbst — in vollem Umfange als Grundlage für die Kirchensteuer heranzuziehen.

Für die Heranziehung der Realsteuern gelten folgende Begrenzungen:

a) Die Realsteuern oder einzelne von ihnen kommen als Maßstab der Kirchensteuer nur neben der Staatseinkommensteuer in Betracht; es ist unzulässig, die Realsteuern oder einzelne von ihnen allein, ohne gleichzeitige Heranziehung der Staatseinkommensteuer, zu verwenden.

b) Sie dürfen auch mit keinem höheren Prozentsatz als die Staatseinkommensteuer herangezogen werden. Dagegen ist die vollständige Freilassung der Realsteuern wie eine geringere Heranziehung aller oder einzelner dieser Steuern zulässig (§§. 9, 10).

c) Die staatlich veranlagten Realsteuern dürfen nur insoweit herangezogen werden, als sie für Grundstücke bezw. Betriebe veranlagt sind, welche in der steuererhebenden Kirchengemeinde belegen sind.

Nur die staatlich veranlagten Realsteuern kommen als Maßstab der Umlegung in Betracht, nicht die von den bürgerlichen Gemeinden auf Grund der §§. 25 und 29 des Kommunalabgabengesetzes veranlagten besonderen Steuern vom Grundbesitz und Gewerbe.

Die Bestimmung des Gesetzes, daß innerhalb der angegebenen Grenzen auch die Realsteuern als Grundlage der kirchlichen Besteuerung verwendet werden können, entspricht dem schon bisher geltenden Recht. Es ist nicht beabsichtigt, durch die gesetzlichen Bestimmungen zu einer stärkeren Heranziehung der Realsteuern, als sie schon bisher erfolgt ist, anzuregen. Wo — wie namentlich in städtischen Kirchengemeinden — eine solche Heranziehung bisher nicht stattgefunden hat, ist aus dem Gesetze ein Anlaß dazu nicht zu entnehmen. Es wird daher in jedem Falle eingehend zu prüfen sein, ob und inwieweit eine Heranziehung der Realsteuern für die Zwecke der kirchlichen Besteuerung nach Lage der Verhältnisse gerechtfertigt erscheint. Die Gewerbesteuer insbesondere wird als Maßstab dann in Betracht kommen, wenn es sich darum handelt, solche Gewerbe, deren Betrieb besondere Aufwendungen der Kirchengemeinde für die angestellten Beamten und Arbeitnehmer bedingt, zu den dadurch verursachten Kosten heranzuziehen.

Wegen der Beschaffung der Unterlagen für die kirchliche Besteuerung s. u. zu VI B.

B.

Für die Fälle, in denen die staatlich veranlagte Steuer nicht die unveränderte Grundlage der Steuerzuschläge bildet, gewährt das Gesetz den kirchlichen Organen (s. unten zu VI A) die Befugnis selbständiger Veranlagung nach den für die staatliche Veranlagung geltenden Grundsätzen — § 13 Abs. 1 — (vgl. unten zu VI C). Als Fälle solcher Art können in Betracht kommen: die kirchliche Besteuerung der Geistlichen und Kirchenbeamten bezüglich ihres Privateinkommens (§. 7

Abs. 1), der in §. 7 Abs. 3 genannten Personen bezüglich ihres von der Kirchensteuer nicht befreiten Einkommens, die Verteilung der Besteuerung im Falle mehrfachen Wohnsitzes (§. 4 — vgl. oben zu III D —), die Besteuerung des sonstigen Einkommens eines Steuerpflichtigen, wenn die Vereinbarung gemäß §. 14 (s. unten zu C 4) sich nur auf einen Teil des Einkommens bezieht.

Über die Wirkung einer Erhöhung oder Ermäßigung der staatlich veranlagten Steuer auf die Kirchensteuer bestimmt §. 13 Abs. 2.*)

C.

Die Steuerverteilung innerhalb der Kirchengemeinde (des Gesamtverbandes) hat mit den durch §§. 11 Abs. 4 u. 5, 12, 14 und 15 begründeten, sofort zu erörternden Maßgaben nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen in Form von Zuschlägen zu den in §. 9 genannten Staatssteuern zu erfolgen.

Die Zuschläge zu den einzelnen der Veranlagung zu Grunde gelegten Staatssteuern müssen gleichmäßig sein.

Progressive Zuschläge sind ausgeschlossen.

Diese Grundsätze erleiden folgende Modifikationen:

1. Zur Kirchensteuer nicht heranzuziehen sind solche Steuerpflichtige, welche im Wege der öffentlichen Armenpflege fortlaufende Unterstützung erhalten (§. 11 Abs. 5).
2. Eine Minderbelastung oder Freilassung der fingierten Normalsteuersätze (§. 74 Eink.-St.-G.) und der sechs untersten Stufen der Staatseinkommensteuer ist nicht ausgeschlossen (§. 11 Abs. 4). Doch darf die Anwendung dieser Befugnis nicht zu einer unbilligen Belastung der übrigen Kirchensteuerpflichtigen führen.
3. Handelt es sich um Einrichtungen oder Aufwendungen, welche in besonders hervorragendem Maße einem örtlich begrenzten Teile der Kirchengemeinde zugute kommen, so kann die Kirchengemeinde für einen bestimmten Zeitraum eine entsprechende besondere Belastung dieses Teiles nach Maßgabe des §. 12 beschließen. Als Gegenstand solcher Einrichtungen oder Aufwendungen kommen z. B. in Betracht: die Erbauung und Unterhaltung einer besonderen Kapelle für einen bestimmten, von der Pfarrkirche entfernt gelegenen Teil der Kirchengemeinde, die Aufbringung der zur Pastorierung eines solchen Teilbezirkes etwa erforderlichen Fuhrkosten oder Hilfsgeistlichenremuneration, die Beschaffung und Unterhaltung von Begräbnisplätzen für einen bestimmten Teilbezirk der Kirchengemeinde u. dgl. m.

   Die im zweiten Absatze des §. 12 erwähnte Vorschrift in §. 6 des Gesetzes vom 24. Mai 1903 bestimmt, daß die Umlagen eines Gesamtverbandes gleichzeitig in allen Gemeinden des Verbandes nach gleichem Maßstabe erhoben werden müssen. Hieraus ergibt sich, daß die in §. 12 Abs. 1 den Kirchengemeinden gewährte Befugnis den Gesamtverbänden nicht zusteht.
4. Durch die im §. 14 an Stelle von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer und zur Gewerbesteuer zugelassenen Vereinbarungen fester jährlicher, für ein oder mehrere Jahre im voraus zu bestimmender Steuerbeträge von fabrikmäßigen Betrieben und von Bergwerken wird den Kirchengemeinden (Gesamtverbänden) die Möglichkeit gewährt, ihren Haushalt vor den Unzuträglichkeiten zu bewahren, welche mit einem erheblichen Schwanken der Steuereinnahmen verbunden sind. Nicht minder können solche Vereinbarungen auch im Interesse der Steuerpflichtigen liegen, die dadurch in den Stand gesetzt werden, mit feststehenden Ausgabeposten zu rechnen. Dagegen soll den Steuerpflichtigen durch die im §. 14 zugelassene Regelung ein finanzieller Vorteil nicht erwachsen. Vielmehr sind die Jahresbeträge grundsätzlich so zu bemessen, daß ihr Gesamtbetrag mindestens die Summe der Kirchensteuern erreicht, welche der Steuerpflichtige nach einer die bisherigen Erfahrungen und sonstige wesentliche Umstände berücksichtigenden Wahrscheinlichkeitsberechnung ohne die Vereinbarung während des von derselben betroffenen Zeitraumes zu bezahlen haben würde. Vereinbarungen, welche dieser Voraussetzung nicht entsprechen, würde d

*) Die in §. 13 Abs. 2 erwähnten §§. 57 und 58 des Einkommensteuergesetzes lauten:

§. 57.

Die Vermehrung des Einkommens während des laufenden Steuerjahres begründet keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung. Tritt die Vermehrung infolge eines Erbanfalles ein, so sind die Erben entsprechend der Vermehrung ihres Einkommens anderweit zu veranlagen und zur Entrichtung der Steuer von dem Beginne des auf den Anfall der Erbschaft folgenden Monats ab verpflichtet.

§. 58.

Wird nachgewiesen, daß während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalles einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den vierten Teil vermindert worden ist oder das wegfallende Einkommen anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird (§. 57), so kann vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monats ab eine dem verbliebenen Einkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 19. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 26. April 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 223** Das 22. Stück enthält unter Nr. 3229: Bekanntmachung, betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der 1906 in Dresden stattfindenden Kunstgewerbeausstellung. Vom 12. April 1906. Unter Nr. 3230: Bekanntmachung, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Noten der Braunschweigischen Bank zu Braunschweig. Vom 14. April 1906. Unter Nr. 3231: Bekanntmachung, betreffend den Anteil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des steuerfreien ungedeckten Notenumlaufs. Vom 14. April 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 224** Das 16. Stück enthält unter Nr. 10700: Gesetz über die Verlegung der Landesgrenze gegen die freie und Hansestadt Lübeck am Elbe-Trave-Kanal. Vom 6. März 1905. Unter Nr. 10701: Staatsvertrag zwischen Preußen, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß jüngerer Linie wegen Herstellnng einer Eisenbahn von Eichicht nach Lobenstein. Vom 14. März 1905. Unter Nr. 10702: Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten, die Kommandozulagen und die Umzugskosten der Oberwachtmeister der Landgendarmerie. Vom 7. April 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 225** Die Regierungen sämtlicher Bundesstaaten sind dahin übereingekommen, daß die Vorschrift in Nr. 3 der Bekanntmachung, betreffend die portopflichtige Korrespondenz zwischen Behörden verschiedener Bundesstaaten, vom 29. August 1870 (Bundesgesetzblatt S. 514) auch auf das Verfahren bei der Erhebung und Beitreibung von Abgaben pp. gemäß §. 1 des Gesetzes vom 9. Juni 1895 (Reichsgesetzblatt S. 256) Anwendung zu finden habe.

Demgemäß verbleibt das von der ersuchenden Behörde veranlagte, demnächst mit dem Schuldbetrage eingezogene Porto für das Ersuchungsschreiben der ersuchten Behörde und ist der ersuchenden Behörde nicht zu erstatten.

Berlin, C. 2., den 31. März 1906.

Der Finanz-Minister. Der Minister des Innern.
Im Auftrage: Im Auftrage:
Wallach. von Kitzing.

**Nr. 226** **Bekanntmachung.**

Einführung des Postanweisungsdienstes mit Macao.

Nach der portugiesischen Kolonie Macao sind hinfort Postanweisungen bis zu 800 Mark unter Vermittelung der Postverwaltung von Hongkong zulässig. Die Gesamtgebühr beträgt 30 Pfennig für je 20 Mark. Über alles Weitere erteilen die Postanstalten auf Wunsch Auskunft.

Berlin W. 66, den 10. April 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Groh.

**Nr. 227** **Bekanntmachung.**

In nächster Zeit werden neue Reichskassenscheine zu 5 Mark ausgegeben werden, deren Beschreibung wir in der Anlage zur öffentlichen Kenntnis bringen. — Beil.

Berlin, den 14. April 1906.

Reichsschuldenverwaltung.
von Bitter.

**Nr. 228** **Bekanntmachung, die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 Mark und 20 Mark betreffend.**

In nächster Zeit werden Reichsbanknoten zu 50 Mark und 20 Mark ausgegeben werden, deren Beschreibung wir nachstehend zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Berlin, den 20. April 1906.

Reichsbankdirektorium.
Gallenkamp. Maron.

### Beschreibung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 10. März 1906.

Die Noten sind 10 cm hoch und 15 cm breit. Sie bestehen aus Hanfpapier mit gelbbraunem Faserstreifen am linken Rande der Vorderseite und sind mit einem künstlichen Wasserzeichen ausgestattet, welches am oberen Rande einen Kontrollbuchstaben und unterhalb der Mitte der Note die 3 Buchstaben R B D zeigt.

Die Vorderseite ist in grüner Farbe gedruckt, der Nummern- und Stempelaufdruck ist dunkelbraun. Der Text der Vorderseite wird von vier Rosetten, welche oben und an den beiden Seiten durch eine guillochierte Leiste verbunden sind, umrahmt. In jeder der beiden oberen Rosetten befindet sich, das Gesicht nach innen gerichtet, ein Brustbild der Germania. Die beiden unteren Rosetten, über denen in kräftigen Ziffern die Zahl 50 steht, sind durch je einen Stempel des Reichsbankdirektoriums ausgefüllt. Der obere Teil der Umrahmung wird durch eine aus Rosetten von verschiedener Form und Größe bestehende Guilloche, welche über die obere Randleiste hinausragt, ausgefüllt; in dem von der Guilloche freigelassenen unteren Raume zwischen den beiden Einfassungsrosetten erscheint zweimal, leicht schraffiert, die Zahl 50.

Der Text der Vorderseite lautet:

**Reichsbanknote.**
**Funfzig Mark**
zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin ohne Legitimationsprüfung dem Einlieferer dieser Banknote.

Berlin, den 10. März 1906.
Reichsbankdirektorium.
Koch. Gallenkamp. Frommer.
v. Glasenapp. Schmiedicke. Korn.
Gotzmann. Maron. v. Lumm.

Die Zeile „Reichsbanknote" steht auf der oberen Randleiste. Der Untergrund für die Zeile „Funfzig Mark" wird durch zwei aufrecht stehende Ovale gebildet, von denen das linke in heller Schrift auf dunklem Grunde den Anfangsbuchstaben F zu dem Worte „Funfzig" trägt.

Der rosa Unterdruck der Vorderseite zeigt in leichten Blatt- und Rankenverzierungen abwechselnd die Buchstaben W, R und B, eine Krone, den Reichsapfel mit Scepter und Schwert und den Merkurstab.

Die Rückseite der Note bildet ein in grüner und brauner Farbe gedruckter, aus übereinander liegenden Rosetten und Sternfiguren zusammengesetzter großer, unregelmäßiger, achtstrahliger Stern, zu dessen beiden Seiten der Strafsatz in kleiner Schwabacher Schrift abgedruckt ist. Das Mittelfeld der Sternfigur trägt in großen Ziffern die Zahl 50.

Der rosa Unterdruck der Rückseite zeigt in verzerrtem Linienmuster abwechselnd die Zahl 50 und den Buchstaben M in ungleichmäßiger Zeichnung.

Jede Note trägt die gleiche Nummer viermal, zweimal auf der Vorderseite rechts und links außerhalb der beiden Seitenleisten und zweimal auf der Rückseite am oberen und unteren Rande.

Die Noten sind durch senkrechte und wagerechte Linien geriffelt, sodaß die Prägung quadratisch erscheint.

### Beschreibung der Reichsbanknoten zu 20 Mark vom 10. März 1906.

Die Noten sind 9 cm hoch und etwa 13,7 cm breit. Sie bestehen aus Hanfpapier mit blauem Faserstreifen am rechten Rande der Vorderseite und sind mit einem künstlichen Wasserzeichen ausgestattet, welches am oberen Rande einen Kontrollbuchstaben und unterhalb der Mitte der Note die 3 Buchstaben R B D zeigt.

Der Druck der Vorderseite ist in blauer, der Aufdruck der beiden Stempel und der Ziffern in roter Farbe ausgeführt. Die Vorderseite enthält auf hellem, guillochiertem, einer länglichen Rosette ähnlichen Unterdruck den folgenden Text:

**Reichsbanknote.**
**Zwanzig Mark**
zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin ohne Legitimationsprüfung dem Einlieferer dieser Banknote.

Berlin, den 10. März 1906.
Reichsbankdirektorium.
Koch. Gallenkamp. Frommer.
v. Glasenapp. Schmiedicke. Korn.
Gotzmann. Maron. v. Lumm.

Auf beiden Seiten des oberen Teiles befindet sich je eine Rosette. Die linke enthält in heller Schrift auf dunklem Grunde den Anfangsbuchstaben Z zu dem Worte „Zwanzig", in der rechten ist mit dunklem Druck auf hellem Grunde der Reichsadler angebracht.

Senkrecht unter diesen beiden Rosetten und getrennt durch die Zahl 20 befindet sich je eine kleinere Rosette, deren Mitte durch den Stempel des Reichsbankdirektoriums ausgefüllt ist. In der rechten unteren ist außerdem der Strafsatz abgedruckt.

Auf der Rückseite ist eine große, in blauer und roter Farbe gedruckte Rosette angebracht, in deren Mitte die Zahl 20 steht.

Zu beiden Seiten der Rosette ist der Strafsatz in kleiner Schwabacher Schrift abgedruckt.

Jede Note trägt die gleiche Nummer viermal und zwar auf der Vorderseite am rechten und linken Rande, auf der Rückseite am oberen und unteren.

Beide Seiten sind mit einem gemusterten gelbbraunen Druck versehen, in welchem neben anderen Verzierungen, abwechselnd die Buchstaben W und R B, sowie der Reichsadler enthalten sind.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Nr. 229 Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Wild.

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195), der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie des §. 9 des Wildschongesetzes vom 14. Juli 1904 (G.-S. S. 159) wird unter Aufhebung aller denselben Gegenstand regelnden Verordnungen für den Umfang der Rheinprovinz mit Zustimmung des Provinzialrates hierdurch verordnet, was folgt.

§. 1. Folgendes Wild, nämlich

„Rot-, Damwild, Schwarzwild, Rehe, Hasen, Fasanen, schottische Moorhühner, Auer-, Birk- und Haselwild"

muß mit einer Bescheinigung über den rechtmäßigen Erwerb (Ursprungsschein) versehen sein, wenn es in ganzen Stücken oder, sofern es sich um Rot-, Damwild, Schwarzwild und Rehe haudelt, auch zerlegt, aber nicht zum Genusse fertig zubereitet, versendet, im Gemeindebezirke eingebracht, zum Verkaufe herumgetragen oder ausgestellt oder feilgeboten, verkauft, angekauft oder wenn sein Verkauf vermittelt wird.

Der Oberpräsident kann durch Bekanntmachung in den Amtsblättern der Provinz Ursprungsscheine für andere vorstehend nicht genannte, in der Provinz etwa neu heimisch werdende Wildarten für erforderlich erklären.

§. 2. Der Ursprungsschein muß enthalten:

1. die Wildgattung;
2. das Geschlecht des Stücks bei Rot-, Damwild, Schwarzwild und Rehen;
3. den Tag, an dem das Wild erlegt oder gefunden worden ist;
4. den Jagdbezirk, in welchem das Wild erlegt oder gefunden worden ist;
5. den Namen des Jagdberechtigten oder seines Stellvertreters;
6. die Unterschrift des Jagdberechtigten oder dessen Stellvertreters;
7. die Beglaubigung durch die zuständige Orts- oder höhere Polizeibehörde. Mit Genehmigung des Landrats kann die Ortspolizeibehörde auch Gemeindevorsteher ihres Bezirks zur Beglaubigung ermächtigen. Ist der Jagdberechtigte oder sein Stellvertreter zur Führung eines Dienstsiegels berechtigt, so genügt der Beidruck dieses Siegels.

Die Zeitangaben (Tag nnd Monat) sind in Tinte mit Buchstaben zu schreiben (z. B. dritter März). Für die Fassung des Ursprungsscheins hat das am Schlusse abgedruckte Muster zu dienen.

§. 3. Die Ursprungsscheine können von der Ortspolizeibehörde den Jagdberechtigten oder ihren Stellvertretern gegen Erstattung der Kosten im Voraus erteilt werden, nachdem darauf die Jahreszahl, der Jagdbezirk, der Name des Jagdberechtigten und die Unterschrift desselben bezw. des Stellvertreters, der Jagdbezirk, in welchem das Wild erlegt werden soll, sowie der Beglaubigungsvermerk ausgefüllt sind. Die Empfänger der Scheine haben die weitere Ausfüllung mit Tinte vorzunehmen. Es ist verboten, unausgefüllte Scheine an Nichtjagdberechtigte weiterzugeben.

§. 4. Ein Ursprungsschein ist nicht erforderlich,

a) für Wild, welches der Jagdberechtigte, die mit einem schriftlichen Erlaubnisschein des Jagdberechtigten versehenen oder in seiner Begleitung befindlichen Personen auf der Jagd selbst oder auf der Rückkehr von der Jagd bei sich führen, oder welches der Jagdberechtigte durch Beauftragte nach seinem Wohnorte in der Gemeinde des Jagdbezirkes oder nach seinem Beförderungsmittel in der Nähe des Jagdbezirkes bringen läßt;

b) für Wild, welches im Strafverfahren in Beschlag genommen oder eingezogen oder welches mit Genehmigung oder auf Anordnung der zuständigen Behörde oder in Fällen erlegt ist, in welchen besondere gesetzliche Vorschriften es gestatten (§. 8 des Wildschongesetzes);

c) für Wild, welches auf Grund der von den zuständigen Herren Ministern gemäß §. 6 Abs. 2 des Wildschongesetzes erlassenen oder noch zu erlassenden Bestimmungen aus Kühlhäusern zum Vertrieb gelangt, sofern dasselbe mit dem vorgeschriebenen Kennzeichen, zur Zeit nach den Bestimmungen vom 15. August bezw. 1. Dezember 1904 mit Ohrmarke oder Plombe versehen ist;

d) für Wild, welches aus dem Auslande oder aus einem Bezirke des Inlandes eingeführt wird, sofern in diesem letzteren für die Wildgattung das Erfordernis eines Ursprungsscheines nicht besteht. In diesem Falle genügt

ein den auswärtigen Ursprung angebender Post-, Fracht-, oder sonstiger Versendungsschein oder eine Bescheinigung der Grenzzollbehörde. Für die Einfuhr von Wild aus inländischen Bezirken, in welchen für die betreffende Wildgattung ein Ursprungsschein erforderlich ist, bedarf es außer diesem eines weiteren Nachweises nicht.

§. 5. Die Gültigkeitsdauer des Ursprungsscheins beträgt 14 Tage von dem Tage ab gerechnet, an dem das Wild erlegt oder gefunden ist. Sofern erforderlich, kann die Ortspolizeibehörde in einzelnen Fällen die Gültigkeitsdauer auf 4 Wochen verlängern.

§. 6. Der Ursprungsschein muß auf festem, dauerhaftem Papier oder auf Pappe ausgefertigt, für jedes einzelne Stück Wild besonders ausgestellt und an demselben äußerlich sichtbar befestigt sein. Bei zerlegtem Rot-, Damwild, Schwarz- und Rehwild genügt eine durch Beidruck eines Dienstsiegels beglaubigte Abschrift des für das ganze Stück ausgestellten Ursprungsscheines. Bei sonstigem zerlegten Wild ist auch die Beifügung einer solchen Abschrift nicht erforderlich.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

§. 8. Diese Verordnung tritt am 1. Juli ds. Js. in Kraft.

Coblenz, den 10. April 1906.

Der Königliche Oberpräsident der Rheinprovinz.
Freiherr v. Schorlemer.

**Ursprungsschein.**

Jahr 19........

(Gültig 14 Tage von dem hierunter angegebenen Tage, an welchem das Wild erlegt oder gefunden ist.)

Wildgattung...................... Geschlecht.............. auszufüllen bei Rot-, Damwild, Schwarzwild und Rehen.

Erlegt oder gefunden am..........................................

Jagdbezirk......................................

Jagdberechtigter oder sein Stellvertreter:

den......... ten........................ 19.........

(Unterschrift)

Beglaubigt durch

(Dienstsiegel)

Gültigkeitsdauer bis zum...........................................

Verlängert am................. bis zum..........................

Durch...........................................

**Nr. 230** Der Herr Minister des Innern hat dem schlesischen Vereine für Pferdezucht und Pferderennen die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre eine öffentliche Verlosung von Pferden usw. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 120000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 5079 Gewinne im Gesamtwerte von 50000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Die Ziehung wird voraussichtlich am 21. und 22. September d. Js. in Breslau stattfinden.

Aachen, den 18. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 231** Auf Grund des §. 100 t Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 (R.-G.-Bl. S. 663) schließe ich mit dem 1. Mai 1906 die Zwangsinnung für das Schreinerhandwerk zu Düren.

Die durch die Anordnung vom 21. November 1898 (Amtsblatt Seite 294) ausgesprochene Verpflichtung aller Gewerbetreibenden, welche das Schreinerhandwerk in der Stadtgemeinde Düren betreiben, dieser Zwangsinnung anzugehören, erlischt hierdurch.

Aachen, den 23. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 232** Nach §. 7 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz wird bekannt gemacht, daß im Rechnungsjahre 1905 an Ruhegehältern 224525,24 Mark gezahlt sind. Unter Hinzurechnung der für die Beschaffung dieses Betrages erwachsenen Zinsen sowie der Verwaltungskosten sind aufzubringen

231498 Mk. 67 Pfg.

Die umlagepflichtigen Gehälter haben betragen

4640716 Mk.,

sodaß auf jede Mark der vorbezeichneten Gehälter rund 4,99 Pfg. entfallen.

Nach §. 16 der Satzungen müssen zur Bildung eines besonderen Reservefonds der Umlage 1% der beitragspflichtigen Gehälter zugeschlagen werden, sodaß 5,99 Pfennig für jede Mark Diensteinkommen zur Erhebung gelangen müssen.

Die Einforderung der hiernach von den Verbänden und Körperschaften zu entrichtenden Beiträge wird mittels besonderer Anschreiben erfolgen.

Düsseldorf, den 20. April 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 233** Auf Grund des §. 3 der Satzungen für

die Ruhegehaltskasse der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz vom $\frac{18.\ \text{März}\ 1901}{8.\ \text{April}\ 1903}$ wird bekannt gemacht, daß im Rechnungsjahre 1905 an Ruhegehältern

479 701 Mk. 42 Pfg.

gezahlt sind.

Unter Hinzurechnung der für die Beschaffung dieses Betrages entstandenen Zinsen und der Verwaltungskosten einerseits und unter Anrechnung der Nacherhebungen gemäß §. 8 der Satzungen andererseits sind aufzubringen

493 199 Mk. 78 Pfg.

Die umlagepflichtigen Gehälter haben nach dem nach dem Stande vom Monat April

6 555 536 Mk.

betragen. Mithin berechnet sich der für das Rechnungsjahr 1905 zur vorgenannten Ruhegehaltskasse zu leistende Beitrag für jede Mark des umlagepflichtigen Diensteinkommens auf rund 7,53 Pfennig.

Die Einforderung der hiernach zu entrichtenden Beiträge wird mittels besonderer Anschreiben erfolgen.

Düsseldorf, den 23. April 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 234** Bei der Postagentur in Münsterbusch, Kreis Aachen, ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 18. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V. Reckhard.

### Bekanntmachung.

**Nr. 235** Der Dampfziegeleibesitzer J. H. Jaensen hierselbst hat die Verlegung des vom Bahnübergang der Strecke Cöln-Aachen an der Röthgener Burg hierselbst südlich der Eisenbahn nach Stich führenden Weges beantragt.

Dieses Vorhaben bringe ich in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (G.-S. S. 237) hierdurch zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Eschweiler, den 18. April 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Dr. Carbyn.

### Nr. 236 Personal-Nachrichten.

Die einstweilige Verwaltung der durch die Versetzung des Bürgermeisters Lambertz nach Pannesheide erledigten Landbürgermeisterstelle Straß-Bergstein im Kreise Düren ist dem Kreisausschuß-Assistenten Otto Adam in Düren übertragen worden.

Der Bürgermeistereiverwalter Matthias Porrio ist endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Bleibuir, Kreis Schleiden, ernannt worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Hauptlehrer Heinrich Backhaus in Kreuzau widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Stockheim umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Büreaugehilfen Erich Hoffmann zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 17.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück **20.** Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 3. Mai **1906.**



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 237 Bekanntmachung.**

Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ortstaxe auf Nachbarpostorte.

Auf Grund des Artikel 1, II des Gesetzes, betreffend einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen vom 20. Dezember 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 715—719) wird der Geltungsbereich der Ortstaxe (§. 50, 7 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871) auf die in dem nachstehenden Nachtragsverzeichnis aufgeführten Nachbarpostorte ausgedehnt.

Berlin, den 27. März 1906.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Kraetke.

**XII. Nachtrag**
zum Verzeichnisse der Nachbarpostorte, auf die der Geltungsbereich der Ortstaxe ausgedehnt wird.

Namen der Nachbarpostorte.

| | |
|---|---|
| Aachen . . . . . . | Haaren (Kr. Aachen) |
| Birkesdorf (Rheinland) . | Düren (Rheinland) |
| Düren (Rheinland) . | Birkesdorf (Rheinland) |
| Forst (Bez. Aachen) . | Haaren (Kr. Aachen) |
| Haaren (Kr. Aachen) | Aachen |
| " | Forst (Bz. Aachen) |
| " | Rothe Erde |
| Münsterbusch . . . . (Kr. Aachen)*) | Stolberg (Rheinland) |
| Rothe Erde. . . . | Haaren (Kr. Aachen) |
| Stolberg (Rheinland) | Münsterbusch (Kr. Aachen)*) |

*) Vom Tage der Einrichtung einer Postanstalt ab.

**Nr. 238** Ziffer III der Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausche sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) und der Berichtigung von Quittungskarten, vom 17. November 1899 (M.-Bl. f. d. i. V. 1900, S. 16) erhält folgende Fassung:

„Neben den vorbezeichneten Behörden und Beamten sind auch die Vorstände der Versicherungsanstalten und ihre Kontrollbeamten befugt, die Ausstellung, den Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarten vorzunehmen."

Berlin, den 11. April 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
In Vertretung: Dr. Richter.

**Nr. 239 Bekanntmachung.**

Das Preußische Staatsschuldbuch ist auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahr in steigendem Umfange in Anspruch genommen worden. Während Ende März 1905 die Summe der in das Staatsschuldbuch eingetragenen Schuldverschreibungen der $3^1/_2$ und $3^0/_0$ igen konsolidierten Anleihe sich auf 1 781 172 750 Mark bezifferte, war dieselbe Ende März 1906 auf 1 839 932 750 Mark gestiegen, welche sich auf 33 977 Konten verteilten. Von letzteren waren 12 123, d. i. 35,7 % mit einem Kapitalbetrage bis zu 4000 Mark gebucht; 7224, d. i. 21,2 % mit einem solchen von 4000 bis 10 000 Mark, 9671, d. i. 28,5 % mit einem Kapitalbetrage von 10 000 bis 50 000 Mark, während der Rest mit 4 959 oder 14,6 % auf Kapitalforderungen von über 50 000 Mark entfiel.

Für physische Personen standen Ende März 1906: 20 623 Konten über 825 053 250 Mark, für juristische Personen 6053 Konten über 701 635 800 Mark und für Vermögensmassen ohne juristische Persönlichkeit 6491 Konten über 202 036 500 Mark offen. Der Rest verteilt sich auf andere Ver-

mögensmassen, Handelsfirmen, eingetragene Genossenschaften und eingeschriebene Hilfskassen. Die Zahl der Konten für Bevormundete oder in Pflegschaft Stehende betrug 1674.

Von den Gläubigern der einzelnen Konten hatten 29205 ihr Domizil in Preußen, in anderen deutschen Staaten 4385, in den übrigen Staaten Europas 294, in Asien 21, Afrika 14, Amerika 55 und in Australien 3.

Das Staatsschuldbuch ist allen Besitzern von Schuldverschreibungen der konsolidierten Anleihen zu empfehlen, welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen der Haupturkunden, Zinsscheine oder Erneuerungsscheine nicht selten entsteht.

Die Eintragung der Staatsschuldverschreibungen in das Schuldbuch geschieht gebührenfrei, auch werden laufende Verwaltungskosten von den Konteninhabern nicht erhoben. Wird die Forderung von den Gläubigern zurückgezogen, so wird für ihre Löschung und für die Ausfertigung neuer Schuldverschreibungen eine Gebühr von 75 Pf. für 1000 Mark (mindestens 2 Mark) erhoben.

Formulare zu Eintragungsanträgen werden vom Staatsschuldbuchbureau in Berlin, Oranienstraße 92/94, sowie von den Regierungs-Hauptkassen, Kreiskassen pp. und Reichsbankanstalten unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 14. April 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

von Bitter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 240** Auf Grund des Artikels 75 §. 1 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (G.-S. S. 177) erkläre ich hiermit im Einverständnis mit dem Königl. Landgerichts-Präsidenten in Aachen die städtische Sparkasse in Eschweiler zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet.

Aachen, den 24. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.

von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 241** Am 1. Mai wird in Effeld bei Wassenberg unter der Bezeichnung „Effeld (Bz. Aachen)" eine Postagentur eingerichtet, die Posthilfstelle wird gleichzeitig aufgehoben.

Ein Landbestellbezirk wird der neuen Postagentur nicht zugeteilt.

Aachen, den 24. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Pfaehler.

### Bekanntmachung.

**Nr. 242** Der Plan über die Errichtung einer unterirdischen Telegraphenlinie im Burtscheidermarkt und in der Altdorfstraße in Aachen-Burtscheid liegt vom 1. Mai ab bei dem hiesigen Telegraphenamt aus.

Aachen, den 27. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

J. V. Reckhard.

### Bekanntmachung.

**Nr. 243** In Bergrath ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 23. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Pfaehler.

### Bekanntmachung.

**Nr. 244** Bei der Oberförsterei Wenau ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 24. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

J. V.: Reckhard.

### Bekanntmachung.

**Nr. 245** In Seigersdorf ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 28. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

J. V.: Reckhard.

**Nr. 246** Unter Verweisung auf die §§. 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Dorothea 1 bei Wassenberg, Dorothea 3, 4, 5, 6, 7 und Myhl 3 bei Myhl mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Situationsriß gemäß §. 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 13. April 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz, unter dem Namen Dorothea 1 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Wassenberg, Orsbeck und Birgelen, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, s, t bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 14. Dezember 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Dorothea 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Myhl, Ratheim, Wassenberg, Orsbeck und Birgelen, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben y, o, p, q, r, a, t, s, u, x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Dorothea 4 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Myhl, im Kreise Heinsberg und in der Gemeinde Gerderath, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben y, z, h, i, k, l, m, n, o bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grnnd der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Dorothea 5 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Myhl, im Kreise Heinsberg und in den Gemeinden Gerderath und Wegberg, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 996 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben V, W, g, f bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 2. Dezember 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Dorothea 6 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Myhl und Wildenrath, im Kreise Heinsberg und in den Gemeinden Gerderath und Wegberg, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d, e, f, V bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. November 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Dorothea 7 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Myhl, Wassenberg und Birgelen, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 992 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben b, c, d, V, W, X, u, s bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 26. November 1905 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz unter dem Namen Myhl 3 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Myhl, im Kreise Heinsberg und in den Gemeinden Gerderath und Wegberg, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben x, y, z, h, g, W bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 13. April 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

### Bekanntmachung.

**Nr. 247** In dem Verfahren, betreffend Enteignung der Grundstücksflächen des Johann Josef Bündgens in Terheg und der Ehefrau Christian Bilden in Roethgen — Gemarkung Eschweiler, Flur 33, Parzellen Nr. 68 und Nr. 75 —, welche zum baufluchtlinienmäßigen Ausbau der von der Rheinischen Eisenbahn zur Wilhelminenstraße bezw. zu dem Wege nach Duffenter, östlich an der Dampfziegelei des Bauunternehmers Faensen vorbeiführenden Straße erforderlich sind, habe ich für die durch §. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin auf Dienstag, den 8. Mai ds. Js., an Ort und Stelle beginnend, vormittags 10 Uhr anberaumt.

In dem Termin wird die Abschätzung der zu enteignenden Grundstücke durch Sachverständige eingeleitet werden.

Sämtliche Interessenten werden hierdurch aufgefordert, in dem Termin zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen unter der Verwarnung, daß sonst ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird.

Aachen, den 23. April 1906.

Der Landrat.

J. V.: Westermann, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

**Nr. 248** Auf Antrag soll der bei Nr. 109 des Verzeichnisses der öffentlichen Fahr- und Fußwege der Bürgermeisterei Kettenis eingetragene Fußweg, welcher von „Strickfeldchen" über die drei Wiesen Flur 8 Parzellen Nr. 474/141, Nr. 456/134 und 318/91 nach „Rameweid" führt, eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen sind.

Kettenis, den 26. April 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
Esser.

### Bekanntmachung.

**Nr. 249** Der Metzger Alexander Piette zu Bütgenbach beabsichtigt, auf dem Grundstück, Flur 33, Nr. 467/170 der Steuergemeinde Bütgenbach, eine Schlächterei zu errichten und zu betreiben.

Dies wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen; nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen bis zum Ablauf der Frist auf dem hiesigen Bürgermeisteramt zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin vor dem Unterzeichneten auf

Montag, den 21. Mai d. J.,
vormittags 10 Uhr,

im Bürgermeisterei-Lokale hierselbst mit dem Bemerken anberaumt, daß im Fall des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Bütgenbach, den 26. April 1906.

Der Bürgermeister Kirch.

### Nr. 250 Personal-Nachrichten.

Der Herr Oberpräsident hat den Landwirt Hubert Joseph Pohlen in Keyenberg vom 1. Juni d. Js. ab widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Keyenberg umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Gutsbesitzers Anton Velder in Keyenberg zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirks mit Wirkung vom 1. Juni d. Js. ab widerrufen.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Wegberg die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk der Landgemeinde Wegberg dem Gemeinde-Empfänger Josef Klever in Wegberg widerruflich übertragen.

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Oberbürgermeister in Aachen die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten für den Standesamtbezirk Aachen - Forst (Standesamt Aachen III) dem städtischen Sekretär Leo Bott in Aachen widerruflich übertragen.

Der Herr Oberpräsident hat den Gastwirt und Postagenten Arnold Rosarius widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Kesternich umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Der Herr Oberpräsident hat den Landwirt Lorenz Küpper in Füssenich widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Füssenich umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 18.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 21. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 10. Mai 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 251** Das 23. Stück enthält unter Nr. 3232: Bekanntmachung, betreffend den Gerichtsstand für Deutsche, die keinem Bundesstaat angehören. Vom 21. April 1906. Unter Nr. 3233: Bekanntmachung, betreffend den Gerichtsstand für die Reichsbehörden in Berlin und Charlottenburg. Vom 21. April 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 252** Das 17. Stück enthält unter Nr. 10703: Staatsvertrag zwischen Preußen und Reuß jüngerer Linie zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 30. Mai 1905. Unter Nr. 10704: Staatsvertrag zwischen Preußen und den bei der Hessisch-Thüringischen Staatslotterie beteiligten Staaten zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 17. Juni 1905. Unter Nr. 10705: Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 9. Dezember 1905. Unter Nr. 10706: Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation der zwischen Preußen und Reuß jüngerer Linie am 30. Mai 1905, zwischen Preußen und den an der Hessisch-Thüringischen Staatslotterie beteiligten Staaten (nämlich Hessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer Linie, Schaumburg-Lippe und Lippe) am 17. Juni 1905 und zwischen Preußen und Oldenburg am 9. Dezember 1905 zur Regelung der Lotterieverhältnisse abgeschlossenen Staatsverträge und der dazu gehörigen Schlußprotokolle sowie die Auswechselung der Ratifikationsurkunden zu den Verträgen vom 30. Mai und 9. Dezember 1905 und die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zum Vertrage vom 17. Juni 1905. Vom 21. April 1906. Das 18. Stück enthält unter Nr. 10707: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladenbach. Vom 23. April 1906. Das 19. Stück enthält unter Nr. 10708: Verordnung, betreffend die Wiederherstellung eines abhanden gekommenen Grundbuchblatts des Amtsgerichts in Woldenberg. Vom 23. April 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 253** Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Baufache.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Zur Anstellung als Baubeamter im höheren Staatsdienste ist außer den für einzelne Dienstzweige vorgeschriebenen körperlichen Eigenschaften erforderlich:

1. der durch eine preußische technische Hochschule erteilte Grad eines Diplomingenieurs*);
2. das Bestehen der Staatsprüfung nach vorangegangener staatlicher Ausbildung.

§. 2. Ausbildung und Staatsprüfung unterscheiden sich nach den Fachrichtungen:

des Hochbaues,
des Wasser- und Straßenbaues,
des Eisenbahnbaues und
des Maschinenbaues.

Die Ausbildung erfolgt unter Leitung von Staats-

*) Der auf der Herzoglichen Technischen Hochschule in Braunschweig und der Großherzoglichen Technischen Hochschule in Darmstadt erlangte Grad eines Diplomingenieurs berechtigt nach Maßgabe der getroffenen Vereinbarungen in Preußen zur Zulassung zur Staatsprüfung im gesamten Baufache und zum höheren Staatsdienste, wie auch der in Preußen erlangte Grad eines Diplomingenieurs in Braunschweig und Hessen zur Zulassung zur Staatsprüfung im gesamten Baufache und zum höheren Staatsdienste berechtigt.

behörden. Die Staatsprüfung ist bei dem Königlichen Technischen Oberprüfungsamte in Berlin abzulegen.

§. 3. Zur Ausbildung und Staatsprüfung werden Diplomingenieure mit Anwartschaft auf Anstellung im Staatsdienste nach bestandener Staatsprüfung nur in solcher Zahl zugelassen, wie es der Bedarf der Staatsverwaltung erfordert.

Über diese Zahl hinaus können außerdem Diplomingenieure lediglich zur Ausbildung, und um ihnen die Ablegung der Staatsprüfung zu ermöglichen, angenommen werden, soweit es ohne Überlastung der Beamten durch die Ausbildungstätigkeit und ohne Gefährdung der gründlichen Ausbildung der Diplomingenieure angängig ist.

§. 4. Die Diplomingenieure (§. 3) haben sich spätestens 6 Monate nach bestandener Diplomprüfung bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Ausbildung im Staatsdienste zu melden. Der Meldung sind beizufügen:

1. Ein Lebenslauf, in dem auch die Militärverhältnisse darzulegen sind. (Meldung und Lebenslauf sind in deutscher Sprache abzufassen und eigenhändig zu schreiben.)
2. Das Reifezeugnis der Schule.
3. Die Zeugnisse der technischen Hochschulen, auf denen der Bewerber studiert hat.
4. Das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung.
5. Das Zeugnis über die bestandene Hauptprüfung.
6. Die Ernennung zum Diplomingenieur.
7. Ein amtliches Führungszeugnis.
8. Ein ärztliches Zeugnis, daß der Antragsteller frei von körperlichen Gebrechen und wahrnehmbaren Anlagen zu chronischen Krankheiten ist sowie genügendes Seh- und Hörvermögen und fehlerfreie Sprache hat. Insbesondere wird verlangt von den Diplomingenieuren des Eisenbahnbaufaches und des Wasser- und Straßenbaufaches die Fähigkeit, die Farben richtig zu unterscheiden, und eine Sehschärfe auf den einzelnen Augen von mindestens $^2/_3$ und $^1/_3$ der von Snellen angenommenen Einheit, und zwar mindestens beim Gebrauch der gewohnheitsmäßig getragenen Brille; von den Diplomingenieuren des Maschinenbaufaches die Fähigkeit, die Farben richtig zu unterscheiden, und auf jedem Auge eine Sehschärfe von mindestens $^2/_3$ der von Snellen angenommenen Einheit ohne Gebrauch einer Brille. Daß diese Voraussetzungen vorhanden sind, muß durch einen Bahnarzt der Staatseisenbahnverwaltung oder durch einen Staatsmedizinalbeamten in der vorgeschriebenen Form bescheinigt werden. (Muster f. Anh.)
9. Der amtlich beglaubigte Nachweis, daß für die Dauer von vier Jahren die zum standesgemäßen Unterhalt erforderlichen Mittel gesichert sind. Außerdem:
10. Von den Diplomingenieuren des Hoch-, des Wasser- und Straßen- und des Eisenbahnbaufaches, sofern sie vor dem Beginne oder während des Studiums praktisch tätig gewesen sind — siehe §. 7 Abs. 5 —, ein Zeugnis über diese Beschäftigung.
11. Von den Diplomingenieuren des Maschinenbaufaches ein Zeugnis über die praktische Beschäftigung in einer Werkstätte während eines Jahres nach der Bestimmung der Diplomprüfungsordnung.

§. 5. Die Diplomingenieure, denen auf Grund ihrer Meldung (§. 4) vom Minister der öffentlichen Arbeiten eröffnet ist, daß sie entweder mit oder ohne Anwartschaft auf Anstellung im Staatsdienste (§ 3) zur Ausbildung zugelassen werden sollen, haben sich innerhalb vier Wochen unter Vorlegung des erteilten Bescheides bei dem Chef derjenigen Provinzialbehörde zu melden, in deren Bezirk sie die praktische Ausbildung zu erlangen wünschen, und zwar:

1. für die Richtung des Hochbaues an den Präsidenten einer Königlichen Regierung (in Berlin an den Dirigenten der Königlichen Ministerial-, Militär- und Baukommission);
2. für die Richtung des Wasser- und Straßenbaues an den Chef einer Strombau- oder Kanalverwaltung oder an den Präsidenten einer Königlichen Regierung (in Berlin an den Dirigenten der Königlichen Ministerial-, Militär- und Baukommission);
3. für die Richtung des Eisenbahnbaues und des Maschinenbaues an den Präsidenten einer Königlichen Eisenbahndirektion.

§. 6. Der Chef der Behörde (§. 5) ordnet die Vereidigung des Diplomingenieurs, seine Überweisung an einen staatlichen Baubeamten und seine Beschäftigung an (§§. 7 und 8). Mit dem Dienstantritt erlangt der Diplomingenieur das Recht, während der staatlichen Ausbildung den Titel „Königlicher Regierungsbauführer“ mit dem durch den Allerhöchsten Erlaß vom 11. Oktober 1886 — Min.-Bl. f. d. i. V. S. 212 — verliehenen Range der Referendare zu führen. Mit dem Ausscheiden aus der staatlichen Ausbildung, zu der auch die Zeit der Prüfung gehört, erlischt das Recht zur Führung dieses Titels.

## Staatliche Ausbildung.

§. 7. Die Ausbildung der Regierungsbauführer des Hoch-, des Wasser- und Straßen- und des Eisenbahnbaufaches rechnet vom Tage des Eintrittes in die vom Chef der Behörde zugewiesene Beschäftigung und dauert mindestens drei Jahre

Im ersten Jahre sind die Bauführer des Hoch- und des Wasser- und Straßenbaufaches mit den Vorbereitungen eines Baues und mit dem Baubetriebe sowie mit der Herstellung von Baugegenständen in Werkstätten u. dgl. vertraut zu machen und bei der Aufstellung von Entwürfen und Kostenanschlägen sowie mit anderen Bureauarbeiten zu beschäftigen. Auch ist ihnen die selbständige Ausführung von Flächen- und Höhenmessungen zu übertragen.

Den Bauführern des Hochbaufaches kann ein Teil dieser Ausbildung im ersten Jahre auch bei einem Kommunalbaubeamten oder einem Privatarchitekten gestattet werden. Von dieser Beschäftigung darf unter der Voraussetzung, daß sie unentgeltlich erfolgt ist, eine Zeit bis zu höchstens sechs Monaten angerechnet werden.

Die Bauführer des Eisenbahnbaufaches sind im ersten Jahre im Eisenbahnbetriebsdienste auszubilden.

Sofern ein Bauführer des Hochbaufaches oder des Wasser- und Straßenbaufaches vor dem Beginne des Studiums oder nachher bis zur Vorprüfung während der amtlich festgesetzten Sommerferien auf der Baustelle unentgeltlich tätig gewesen ist und sich hierbei mit den gebräuchlichsten Baukonstruktionen vertraut gemacht hat, kann ihm diese Tätigkeit nach Ermessen der die Ausbildung leitenden Behörde bis zu drei Monaten im ganzen auf das erste Jahr der Ausbildungszeit angerechnet werden. Unter denselben Voraussetzungen kann bei den Bauführern des Eisenbahnbaufaches eine Anrechnung der Ferienbeschäftigung bis zu acht Wochen auf den zweiten Ausbildungsabschnitt (Leitung von Bauausführungen) erfolgen.

Während der beiden letzten Jahre sollen die Bauführer mindestens achtzehn Monate bei der Leitung von Bauausführungen, alsdann je drei Monate in dem Bureau einer Bau- oder Betriebsinspektion und bei einer Provinzialbehörde beschäftigt werden.

Die achtzehnmonatige Tätigkeit bei der Leitung von Bauausführungen ist so zu regeln, daß die Bauführer tunlichst in allen Abschnitten der Ausführung eines Baues beschäftigt und unbeschadet der Gründlichkeit möglichst vielseitig geschult werden.

Während der dreimonatigen Tätigkeit in dem Bureau einer Bau- oder Betriebsinspektion sind die Bauführer in alle Zweige der Verwaltung dieser Dienststelle einzuführen; insbesondere ist ihnen Gelegenheit zu geben, sich mit den Einzelheiten des geschäftlichen Verkehrs, der Art des Schriftwechsels, der Einrichtung der Registratur sowie dem Verdingungs- und Rechnungswesen vertraut zu machen.

In ähnlicher Weise sollen die Bauführer während der dreimonatigen Tätigkeit bei der Provinzialbehörde deren Einrichtung und Gliederung kennen lernen und zu diesem Zwecke in der Registratur, in der Expedition und bei den technischen Räten mit Arbeiten aus dem Gebiete der Verwaltung, mit der Prüfung von Entwürfen, Anschlägen und dgl. beschäftigt werden.

§. 8. Die Ausbildung der Regierungsbauführer des Maschinenbaufaches dauert mindestens zwei Jahre und drei Monate.

Während dieser Zeit sollen die Bauführer zunächst

mindestens drei Monate im Lokomotivfahrdienst ausgebildet werden, worauf sie die Lokomotivführerprüfung abzulegen haben, demnächst mindestens je sechs Wochen bei einer Betriebswerkmeisterei und auf einem Bahnhofe,

mindestens fünf Monate im Werkstätten-Aufsichtsdienst und beim Werkstätten-Rechnungswesen,

mindestens acht Monate bei dem Entwerfen und der Ausführung von Maschinen und Maschinenanlagen sowie bei der Abnahme von Materialien,

mindestens drei Monate bei der Ausführung oder Unterhaltung elektrischer Anlagen und im Telegraphendienst beschäftigt werden.

Während der übrigen Zeit haben sie in dem Bureau einer Maschinen- oder Werkstätteninspektion und bei einer Königlichen Eisenbahndirektion zu arbeiten.

§. 9. Die Art und Weise der Ausbildung im einzelnen wird durch besondere Anweisungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten geregelt (vgl. auch §. 12).

§. 10. Wünscht ein Bauführer für den Zeitraum, während dessen er bei der Ausführung von Bauten (§. 7) oder bei dem Entwerfen und der Ausführung von Maschinen und Maschinenanlagen (§. 8) beschäftigt sein muß, oder für einen Teil dieses Zeitraumes einem bestimmten Staatsbaubeamten, einem nicht in der Staatsverwaltung stehenden Baubeamten, einem Architekten oder einem Ingenieur zu seiner Ausbildung überwiesen zu werden, so hat er dies in dem an den Chef der Behörde (§. 5) zu richtenden Gesuche zum Ausdruck zu bringen und die Erklärung des Baubeamten, Architekten oder Ingenieurs über seine Bereitwilligkeit, den Bauführer bestimmungsgemäß auszubilden, beizufügen. Ob und für welche Zeit ein solcher Wunsch Berücksichtigung finden kann, hängt von dem Ermessen des Chefs ab.

Den Bauführern des Hochbaufaches, denen der Besuch eines mit der Königlichen Akademie der

Künste in Berlin verbundenen Meisterateliers für Architektur gestattet ist, wird diese Tätigkeit auf die vorgeschriebene Ausbildungszeit mit höchstens zwölf Monaten angerechnet. Der Eintritt in ein Meisteratelier darf erst nach einer sechsmonatigen Beschäftigung bei der Vorbereitung von Bauten und nach einer unmittelbar darauf folgenden zwölfmonatigen Beschäftigung bei der Leitung von Bauten erfolgen. Während der Tätigkeit in den Meisterateliers ist der Bauführer dem Dirigenten der Königlichen Ministerial-, Militär- und Baukommission unterstellt.

Abgesehen von den in Absatz 1 und 2 und im §. 7 vorgesehenen Fällen erfolgt die Ausbildung der Bauführer nur unter der Leitung von staatlichen Baubeamten.

§. 11. Wünscht ein Bauführer während der Zeit der Ausbildung in den Bezirk einer anderen Behörde überwiesen zu werden, so hat er ein Gesuch an den vorgesetzten Chef zu richten, der gegebenenfalls die Überweisung veranlaßt.

§. 12. Während der Ausbildung ist der Bauführer dem Chef der Behörde und dem Beamten, dem er zu seiner Ausbildung überwiesen ist, disziplinarisch unterstellt.

Die Angaben des Bauführers haben in Bezug auf Maß und Zahl öffentlichen Glauben.

Eine Besoldung der Bauführer kann nur während der Beschäftigung bei Ausführung von Bauten (§. 7 Absatz 6) oder bei dem Entwerfen und der Ausführung von Maschinen und Maschinenanlagen (§. 8 Absatz 2) nach Maßgabe der vorhandenen Fonds und der hierüber ergangenen Bestimmungen erfolgen. Während der übrigen Zeit der Ausbildung ist die Besoldung ausgeschlossen.

§. 13. Der Bauführer hat ein Geschäftsverzeichnis zu führen, in dem eine Übersicht seiner Tätigkeit unter Hervorhebung der einzelnen bedeutenderen Geschäfte zu geben ist.

Das Verzeichnis ist monatlich dem mit der besonderen Leitung der Ausbildung Betrauten zur Prüfung und Bescheinigung vorzulegen.

Während der Beschäftigung außerhalb der Staatsverwaltung (§§. 7 und 10) hat der Bauführer dem Chef vierteljährlich das von seinem Vorgesetzten beglaubigte Geschäftsverzeichnis einzureichen.

§. 14. Die Zeit, während der ein Bauführer durch Krankheit oder militärische Dienstleistungen dem Ausbildungsdienste entzogen war, ist auf die vorgeschriebene Dauer des Ausbildungsdienstes in Anrechnung zu bringen, wenn sie während eines Jahres den Zeitraum von acht Wochen nicht übersteigt.

Dasselbe gilt, wenn der Bauführer infolge von Beurlaubung oder aus anderen Gründen dem Ausbildungsdienste während eines Jahres auf die Dauer von nicht mehr als vier Wochen entzogen war.

Durch das Zusammentreffen der Fälle der Absätze 1 und 2 wird ein Anspruch auf Anrechnung von mehr als acht Wochen nicht begründet. Fallen in ein Jahr des Ausbildungsdienstes zwei Militärübungen, so steht ihrer Gesamtanrechnung auf zwei Jahre bis zu je acht Wochen nichts entgegen, wenn in einem der beiden Jahre die Ausbildung des Bauführers keine Unterbrechung durch militärische Dienstleistungen erfährt.

Durch die Anrechnung darf bei einem Ausbildungsabschnitte von über drei Monaten nicht mehr als ein Drittel, bei einem solchen bis zu drei Monaten nicht mehr als ein Sechstel der für die einzelnen Ausbildungsabschnitte festgesetzten Zeit in Anspruch genommen werden.

Die Zeit des einjährig-freiwilligen Dienstes wird auf die Ausbildungszeit der Bauführer nicht angerechnet.

Zur Übernahme einer Beschäftigung, die nicht unter die vorgeschriebene Ausbildung fällt, ist stets die Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten erforderlich. Eine Anrechnung dieser Zeit auf die Ausbildung ist ausgeschlossen. Im übrigen befindet über Urlaubsgesuche der Bauführer nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen der vorgesetzte Chef.

§. 15. Führt ein Bauführer sich tadelhaft oder vernachlässigt er seine Ausbildung durch fortgesetzten Mangel an Fleiß, so kann sein Ausschluß von der weiteren Ausbildung durch den vorgesetzten Chef bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten beantragt werden.

Erweist sich ein Bauführer für die Verwendung im Baufache als körperlich unbrauchbar oder verzichtet ein Bauführer auf weitere Ausbildung, so ist ihm von dem vorgesetzten Chef die Entlassung zu erteilen.

Mit dem Ausscheiden erlischt das Recht, den Titel „Regierungsbauführer" zu führen (§ 6).

§. 16. Über die Ausbildung des Bauführers wird von jedem der mit der Leitung der Ausbildung Betrauten ein Zeugnis ausgestellt, das von einem technischen Rate der Provinzialbehörde bestätigt und zu den Akten dieser Behörde genommen wird.

Auf Antrag wird dem Bauführer Abschrift des Zeugnisses ausgefertigt.

## Staatsprüfung.

§. 17. Der Bauführer hat nach Beendigung der vorgeschriebenen Ausbildung unter Beifügung des Geschäftsverzeichnisses (§. 13) die Zulassung zur Staatsprüfung bei dem vorgesetzten Chef zu beantragen. Hierbei ist nachzuweisen, daß der Bau-

führer seiner Militärpflicht genügt hat oder vom Militärdienst ganz oder teilweise befreit ist.

Der Chef prüft den Antrag und benachrichtigt das Oberprüfungsamt, daß der Bauführer auf Grund der beigebrachten Zeugnisse und nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Chefs und des technischen Rates der Behörde zur Ablegung der Staatsprüfung für vorbereitet zu erachten ist. Dieser Benachrichtigung sind die vorgeschriebenen Nachweisungen über den Ausbildungsdienst und die Personalakten beizufügen.*)

Kann auf Grund der Vorlagen die Zulassung zur Staatsprüfung erfolgen, so wird dies dem Bauführer vom Oberprüfungsamte, unter gleichzeitiger Übersendung der Aufgabe zur häuslichen Probearbeit, mitgeteilt. Der vorgesetzte Chef, dem der Bauführer disziplinarisch unterstellt ist, wird hiervon benachrichtigt.

§ 18. Die Zulassung zur Staatsprüfung ist spätestens binnen vier, von den Bauführern des Maschinenbaufaches spätestes binnen drei Jahren nach dem Dienstantritt als Regierungsbauführer zu beantragen.

Fällt in diesen Zeitraum die Ableistung der Militärpflicht, so wird die Meldefrist um ein weiteres Jahr verlängert.

Eine spätere Meldung ist nur mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zulässig.

§. 19. Die Staatsprüfung findet in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. Juli statt und umfaßt:

1. die Bearbeitung eines durch Zeichnungen dargestellten und eingehend begründeten Entwurfs nach gegebenem Programm (häusliche Probearbeit, § 20);
2. die Bearbeitung von Aufgaben unter Aufsicht (Klausur, §. 21);
3. eine mündliche Prüfung (§. 22).

§. 20. Der Bauführer hat die häusliche Probearbeit (§. 19) mit der selbstgeschriebenen Erklärung, daß er sie ohne fremde Hilfe angefertigt habe, abzuliefern, im Hochbaufach binnen einer Frist von sechs Monaten, in den anderen Fachrichtungen binnen einer Frist von vier Monaten.

Die Ablieferungsfrist kann von dem Präsidenten des Oberprüfungsamtes aus erheblichen Gründen verlängert werden. Im Falle der Krankheit ist das Zeugnis eines beamteten Arztes beizubringen.

Genügt die Arbeit, so ist dies dem Bauführer mitzuteilen; der Bauführer hat sodann binnen einer Frist von drei Monaten, die von dem Präsidenten des Oberprüfungsamtes aus erheblichen Gründen verlängert werden kann, zur weiteren Prüfung sich zu melden.

Wird die Arbeit für ungenügend erachtet, oder die gewährte Ablieferungsfrist ohne triftige, von dem Präsidenten des Oberprüfungsamtes als ausreichend anerkannte Gründe versäumt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Dem Bauführer kann alsdann eine neue Aufgabe erteilt werden, sofern er einen Antrag binnen längstens drei Monaten nach der Benachrichtigung von dem ungenügenden Ausfall oder nach Ablauf der versäumten Ablieferungsfrist stellt. Für die zweite Aufgabe gelten dieselben Bestimmungen wie für die erste. Muß danach die Prüfung zum zweiten Male als nicht bestanden erachtet werden, so ist dem Bauführer zu eröffnen, daß er zur weiteren Prüfung nicht mehr zugelassen werden könne und daher als aus dem Staatsdienste ausgeschieden gelte.

Die angenommenen häuslichen Probearbeiten werden vom Oberprüfungsamte auf Antrag zurückgegeben, sobald fünf Jahre nach dem Schlusse des Jahres, in dem die Prüfung bestanden oder von ihrer Ablegung abgesehen ist, vergangen sind. Arbeiten, deren Rückgabe in der jährlich bekanntzumachenden Frist nicht beantragt wird, werden vernichtet. Nur in besonderen Fällen kann das Oberprüfungsamt Ausnahmen zulassen.

§. 21. Die drei Tage dauernde Bearbeitung von Aufgaben unter Aufsicht (Klausur) soll dem Bauführer Gelegenheit geben, seine Fähigkeiten in der Lösung kleinerer Aufgaben aus verschiedenen Gebieten seiner Fachrichtung zu zeigen.

In der Regel wird an jedem der drei Tage eine neue Aufgabe gestellt; es bleibt aber unbenommen, eine bereits allgemein gelöste Aufgabe am nächsten Tage in Einzelheiten weiter bearbeiten zu lassen.

§. 22. Die mündliche Prüfung dauert zwei Tage. Gegenstände der mündlichen Prüfung sind:

A. Für das Hochbaufach.

1. Ästhetische Durchbildung der Gebäude.

Anwendung der architektonischen Formenlehre auf äußere und innere Bauteile.

2. Land- und Stadtbau.

Grundrißanordnungen, Konstruktion und Einrichtung der in dieses Gebiet fallenden Baulichkeiten, insbesondere der Gebäude der Staatsverwaltung. Anordnung städtischer Straßen und Plätze. Entwerfen von größeren auf diesem Gebiete vorkommenden Gesamtanlagen.

3. Bautechnische Zweiggebiete.

Grundsätze der Bauhygiene. Die Wahl und Anordnung der Einzel- und der Zentralheizungen sowie der Lüftungsanlagen. Abortanlagen. Blitzableiter. Wasserversorgung. Entwässerung der Grundstücke. Einrichtung der Gebäude für Be-

*) In der Benachrichtigung ist auch die Wohnung des Bauführers anzugeben.

leuchtung durch Gas und elektrisches Licht. Kenntnis der auf Baustellen gebräuchlichen Hilfsmaschinen zur Wasserhaltung, zu Gründungen sowie zum Befördern und Heben von Lasten.

4. Geschichte der Baukunst.

Kenntnis der Geschichte der Baukunst des Mittelalters und der Renaissance, nicht nur in ihren wichtigeren Denkmälern, sondern auch in ihrer allgemeinen Entwickelung und ihrem Zusammenhange mit den voraufgehenden Kulturepochen. Für die mittelalterliche Baukunst kommen hauptsächlich Deutschland und Frankreich, für die Renaissance Deutschland und Italien in Betracht.

5. Verwaltung, Bau- und Geschäftsführung.

Organisation der Staatsverwaltung und Ressortverhältnisse im allgemeinen, die Organisation der Staatsbauverwaltung im besonderen. Genaue Kenntnis der auf die Hochbauverwaltung bezüglichen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften und der wesentlichsten baupolizeilichen Bestimmungen.

Einrichtung der im Bereiche der Hochbauverwaltung vorkommenden Kostenanschläge. Verdingung, Beaufsichtigung, Abnahme und Abrechnung der Arbeiten und Lieferungen. Buchführung und Bauleitung.

Den Bauführern ist gestattet, das Gebiet zu bezeichnen, mit dem sie sich besonders beschäftigt haben. Doch müssen sie auch über die anderen Gebiete eine Übersicht besitzen.

B. Für das Wasser- und Straßenbaufach.

1. Wasserbau und Wasserwirtschaft.

a) Grund-, Fluß-, Kanal- und Seebau, wasserbauliche Anlagen zur Förderung der Landeskultur und des Gewerbebetriebes einschließlich der praktischen, wirtschaftlichen und theoretischen Ermittelungen. Anordnung der auf diesen Gebieten vorkommenden Gesamt- und Einzelanlagen einschließlich der dazu gehörigen Hochbauten. Anordnung der Rüstungen, Hilfsmaschinen und Umladevorrichtungen. Schiffahrtsbetrieb, soweit er für den Wasserbau erforderlich ist.

b) Eingehendere Kenntnis der hydrostatischen und hydrodynamischen Gesetze. Hydrometrische Arbeiten und Pegelwesen. Boden- und Pflanzenkunde, soweit sie für den Wasserbau und die Wasserwirtschaft notwendig ist.

2. Städtischer Tiefbau und Eisenbahnbau.

Anordnung und bauliche Ausführung der Straßen innerhalb und außerhalb der Städte. Wasserbauliche Anlagen für öffentliche Wohlfahrtspflege, Wasserversorgung und Entwässerung der Städte einschließlich der erforderlichen Vorermittelungen. Allgemeine Anordnung der für Häfen und Umschlagsplätze erforderlichen Eisenbahnanlagen. Einrichtung und Konstruktion der dahin gehörigen Bauanlagen.

3. Brückenbau.

Anordnung, Konstruktion und Berechnung von festen und beweglichen Brücken jeder Art und deren Ausführung.

4. Maschinenkunde.

Allgemeine Kenntnis der Konstruktion und Leistungsberechnung der Motoren, der Maschinen zur Erd- und Wasserförderung, zum Heben und Befördern von Lasten, der Einrichtung und Konstruktion der Wasserfahrzeuge sowie der Anordnung der Dynamomaschinen und der elektrischen Beleuchtungs- und Kraftanlagen.

5. Verwaltung, Bau- und Geschäftsführung.

Organisation der Staatsverwaltung und Ressortverhältnisse im allgemeinen, die Organisation der Staatsbau- und Staatseisenbahnverwaltung im besonderen. Genaue Kenntnis der auf die Wasserbauverwaltung bezüglichen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, der wesentlichsten baupolizeilichen Bestimmungen und der wichtigsten, zum Schutze und zur Fürsorge für die Arbeiter erlassenen Gesetze.

Einrichtung der im Bereiche der Wasserbauverwaltung vorkommenden Kostenanschläge. Verdingung, Beaufsichtigung, Abnahme und Abrechnung der Arbeiten und Lieferungen. Buchführung und Bauleitung.

C. Für das Eisenbahnbaufach.

1. Eisenbahn- und Straßenbau.

Bau- und Betriebsanlagen einschließlich der praktischen und theoretischen Ermittelungen, Anordnung größerer Gesamtanlagen mit Berücksichtigung der Signal- und Weichensicherungen. Kenntnis der wichtigsten, den Eisenbahnbetrieb betreffenden allgemeinen Bestimmungen. Kenntnis der elektrischen Block-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen. Herstellung und Befestigung von Straßen.

2. Brückenbau.

Anordnung, Konstruktion und Berechnung von festen und beweglichen Brücken jeder Art und deren Ausführung.

3. Eisenbahnhochbau.

Die üblichen Grundrißanordnungen, der Aufbau und die Einrichtung der im Gebiete des Eisenbahnbaues vorkommenden Hochbauten einschließlich der Wasserversorgung und Wasserableitung sowie der Abortanlagen und die Anordnung der Heizung und Lüftung.

4. Wasserbau.

Wasserversorgung und Wasserableitung, Gründungen, Uferbauten, Anlagen für Lösch- und Ladeplätze, Bestimmung der Durchflußweite von Brücken.

5. Maschinenkunde.

Allgemeine Kenntnis des Baues und der Leistungs-

fähigkeit der Dampfmaschinen und Dampfkessel, der Baumaschinen, der Maschinen zur Wasserförderung, zum Heben und Befördern von Lasten und der Eisenbahnbetriebsmittel. Anordnung der Dynamomaschinen, Einrichtung der elektrischen Beleuchtungsanlagen.

6. Verwaltung, Bau- und Geschäftsführung.

Organisation der Staatsverwaltung und Ressortverhältnisse im allgemeinen, die Organisation der Staatsbau- und Staatseisenbahnverwaltung im besonderen. Genaue Kenntnis der auf die Eisenbahnverwaltung bezüglichen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, der wesentlichsten baupolizeilichen Bestimmungen und der wichtigsten, zum Schutze und zur Fürsorge für die Arbeiter erlassenen Gesetze.

Einrichtung der im Bereiche der Eisenbahnbauverwaltung vorkommenden Kostenanschläge, Verdingung, Beaufsichtigung, Abnahme und Abrechnung der Arbeiten und Lieferungen. Buchführung und Bauleitung.

D. Für das Maschinenbaufach.

1. Allgemeiner Maschinenbau.

Kolbendampfmaschinen und Dampfturbinen einschließlich der Dampfkesselanlagen, Verbrennungsmaschinen einschließlich der Gaserzeuger, Bagger. Kenntnis der Eigenschaften der im Maschinenwesen gebräuchlichen Materialien.

2. Anlegung und Betrieb von Werkstätten.

Anordnung, Ausrüstung und Betrieb der Eisenbahnwerkstätten und der Werkstätten zur Herstellung von Eisenbahnmaterial einschließlich der Hebeeinrichtungen und Werkzeugmaschinen, Be- und Entwässerung sowie der Beheizung und Beleuchtung.

Wohlfahrtseinrichtungen.

3. Eisenbahnbetriebsmittel und Eisenbahnbetrieb.

Lokomotiven, Personen-, Post-, Gepäck- und Güterwagen, Triebwagen, Eisenbahnfähren.

Kenntnis der Dienstvorschriften für die Bedienung und Unterhaltung der Betriebsmittel und ihre besonderen Einrichtungen; Kenntnis der wichtigsten, den Eisenbahnbau und Eisenbahnbetrieb betreffenden allgemeinen Bestimmungen.

4. Maschinelle Bahnausrüstung.

Anlagen zur Wasserversorgung und Beleuchtung, Bekohlungsanlagen, Kipper, feste und bewegliche Krane, Aufzüge, Brückenwagen, Drehscheiben, Schiebebühnen, Weichen, Anordnung der Signal- und Stellwerksanlagen.

5. Elektrotechnik.

Maschinen zur Erzeugung, Umformung und Verwendung elektrischer Arbeit; Aufspeicherung, Leitung und Verteilung elektrischer Arbeit; elektrische Beleuchtung und Kraftübertragung.

Elektrische Kraftwerke; elektrische Zugförderung auf Eisenbahnen und Kleinbahnen.

Allgemeine Kenntnis der elektrischen Telegraphen- und Fernsprechanlagen.

6. Verwaltung und Geschäftsführung.

Organisation der Staatsverwaltung und Ressortverhältnisse im allgemeinen, die Organisation der Staatsbau- und Staatseisenbahnverwaltung im besonderen. Kenntnis der Buchführung im Werkstättenbetriebe und der wichtigsten, auf die Eisenbahnverwaltung und das Fabrikwesen bezüglichen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften. Kenntnis der wichtigsten, zum Schutze und zur Fürsorge für die Arbeiter erlassenen Gesetze.

§. 23. Wenn der Bauführer sich innerhalb der vorgeschriebenen Frist (§. 20) zur weiteren Prüfung nicht meldet, oder ohne triftige, von dem Oberprüfungsamte als ausreichend anerkannte Gründe zu den Arbeiten unter Aufsicht oder zur mündlichen Prüfung nicht erscheint oder einen dieser beiden Teile der Prüfung unterbricht, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

Wird eine Prüfung in ihrem sonst günstigen Verlaufe aus triftigen und vom Oberprüfungsamte als ausreichend anerkannten Gründen unterbrochen, so sind, wenn die Unterbrechung vor Beendigung der Arbeiten unter Aufsicht erfolgt, diese von neuem anzufertigen. Erfolgt die Unterbrechung während der mündlichen Prüfung, so ist nur diese, aber ganz zu wiederholen. Wird die Prüfung unterbrochen, selbst aus Gründen, die sonst für triftig gelten könnten, nachdem bereits in einem Prüfungsgegenstande das Urteil „ungenügend" erteilt worden ist, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§. 24. Das Oberprüfungsamt benachrichtigt den Bauführer von dem Ergebnis der Prüfung und erteilt ihm, wenn er sie bestanden hat, ein Zeugnis darüber.

§. 25. Ist die Prüfung nicht bestanden, so können die Arbeiten unter Aufsicht und die mündliche Prüfung nur einmal und nicht vor drei Monaten wiederholt werden. Das Oberprüfungsamt bestimmt, in welchen Gegenständen die Prüfung ungenügend ausgefallen, ob die Prüfung ganz oder in einzelnen Teilen zu wiederholen ist, und ob die Wiederholung nach Ablauf von drei Monaten oder erst später stattfinden darf.

Die Meldung zur Wiederholung der Prüfung muß spätestens ein Jahr nach der Benachrichtigung über ihren ungünstigen Ausfall erfolgen.

Wird auch die Wiederholungsprüfung nicht bestanden, so ist bei Mitteilung dieses Ergebnisses dem Bauführer zu eröffnen, daß er zur nochmaligen Ablegung der Staatsprüfung nicht mehr zugelassen werden könne und daher als aus dem Staatsdienste ausgeschieden gelte.

§. 26. Die Anwärter für den Staatsdienst werden nach bestandener Staatsprüfung durch den Minister der öffentlichen Arbeiten zu Regierungsbaumeistern ernannt. Die ohne Anwartschaft auf staatliche Anstellung zur Ausbildung zugelassenen Regierungsbauführer können nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten ebenfalls zu Regierungsbaumeistern ernannt werden und haben nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Titel „Regierungsbaumeister a. D. (außer Dienst)“ zu führen. Soweit die Regierungsbauführer nicht zu Regierungsbaumeistern ernannt werden, haben sie auf Grund des Prüfungszeugnisses das Recht, sich staatlich geprüfte Baumeister zu nennen.

Schlußbestimmungen.

§. 27. Zur Benutzung bei den unter Aufsicht anzufertigenden Arbeiten (§. 19) werden dem Bauführer die für zulässig erachteten Hilfsmittel zur Verfügung gestellt.

Bauführer, die sich anderer Hilfsmittel bedienen, werden von dem Minister der öffentlichen Arbeiten je nach dem Grade des Verschuldens auf Zeit oder für immer von der Staatsprüfung ausgeschlossen. Dasselbe gilt von den Bauführern, deren Versicherung über die selbständige Anfertigung der Zeichnungen und Arbeiten nicht wahrheitsgemäß befunden wird.

§. 28. Die Bauführer, die im Laufe eines Jahres die Staatsprüfung am besten bestanden haben, können von dem Oberprüfungsamte zur Verleihung von Staatspreisen zu einer Studienreise empfohlen werden.

§. 29. Die Regierungsbaumeister werden in der Regel gleich nach ihrer Ernennung einem Chef der im §. 5 bezeichneten Behörden überwiesen und haben jeder Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten in Beziehung auf ihre Verwendung im Staatsdienste Folge zu leisten.

Bis zur etatsmäßigen Anstellung werden die Regierungsbaumeister, soweit sich dazu Gelegenheit findet, entgeltlich beschäftigt; ein Anspruch auf dauernde entgeltliche Beschäftigung steht ihnen nicht zu. Ob und wann sie demnächst im Staatsdienste etatsmäßig angestellt werden, hängt — abgesehen von dem Vorhandensein freier Stellen — von ihrer Tüchtigkeit und guten Führung ab.

Zur Übernahme einer ihnen nicht vom Minister der öffentlichen Arbeiten angewiesenen Beschäftigung bedürfen die Regierungsbaumeister eines Urlaubs, für den sie die ministerielle Genehmigung einzuholen haben.

Die Regierungsbaumeister werden außeretatsmäßig zunächst auf Widerruf angestellt und können, sofern sie sich als nicht geeignet für den Staatsdienst erweisen, durch Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und, soweit sie in andere Zweige der preußischen Staatsverwaltung übernommen sind, durch Verfügung des zuständigen Ministers aus dem Staatsdienste entlassen werden. Hierbei wird in jedem Falle bestimmt, ob mit der Entlassung das Recht zur Führung des Titels „Regierungsbaumeister“ verloren geht, oder ob der Titel mit dem Zusatz a. D. (außer Dienst) fortgeführt werden kann.

Nach Vollendung einer fünfjährigen Staatsdienstzeit seit dem Tage, von dem das Anstellungsdienstalter rechnet, kann die Unwiderruflichkeit der Anstellung von dem zuständigen Minister ausgesprochen werden. Diese Erklärung schließt die in dem Gesetz vom 24. August 1896, betreffend die Gewährung von Umzugskosten an Regierungsbaumeister — G.-S. S. 173 — vorgesehene Eröffnung in sich. Die Regierungsbaumeister erlangen also mit der Erklärung die Pensionsberechtigung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen einschließlich des Anspruchs ihrer Hinterbliebenen auf Witwen- und Waisengeld sowie das Recht auf den Bezug der gesetzlichen Umzugskosten bei Versetzungen und können nur noch im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Staatsdienste entlassen werden.

Wünscht ein Regierungsbaumeister aus dem Staatsdienste auszuscheiden, so hat er bei dem zuständigen Minister seine Entlassung nachzusuchen. Diese wird ihm mit dem Bedeuten erteilt, daß er fortan dem Titel „Regierungsbaumeister“ den Zusatz: „a. D.“ beizufügen habe.

§. 30. Diese Vorschriften treten vom 1. Oktober 1906 ab an die Stelle der Prüfungsvorschriften vom 1. Juli 1900. Letztere bleiben jedoch für die Regierungsbauführer in Kraft, die auf Grund der bei einem der Technischen Prüfungsämter in Aachen, Berlin oder Hannover abgelegten ersten Hauptprüfung zur Ausbildung und Ablegung der zweiten Hauptprüfung zugelassen sind.

Berlin, den 1. April 1906.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
von Budde.

---

**Anhang.**

Muster zu dem im §. 4 verlangten ärztlichen Zeugnisse:

Ärztliches Zeugnis

über den Gesundheitszustand des Diplomingenieurs
des ..................... baufaches ..........
.............................. aus ..........
behufs Entscheidung der Frage über dessen körperliche Brauchbarkeit für den höheren Staats-
techn...

baudienst
Staatseisenbahndienst, ausgestellt vom (Amtscharakter und Name des Arztes) ..............................
in ..............................

---

1. a) Wie lange kennen Sie die Person?
b) Haben Sie diese bereits früher längere Zeit behandelt und an welcher Krankheit?

2. a) Hat der Untersuchte beim Militär gedient?
Wenn nicht:
b) Ist er der Ersatzreserve überwiesen und hierbei als übungspflichtig ausgewählt? Oder ist er dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen? Oder als dauernd untauglich zum Dienst und weshalb befunden? Oder ist die endgültige Entscheidung über die Militärdienstpflicht noch ausgesetzt?
(Nach Angabe des Untersuchten.)

3. Hat der Untersuchte bereits früher an einer erheblichen Krankheit oder Verletzung gelitten? An welcher? und in welcher Zeit?
(Nach Angabe des Untersuchten.)

4. a) Entspricht der Gesamteindruck dem angegebenen Alter von ... Jahren?
b) Und sind diesem die Körperkräfte angemessen?
(Hierbei auch Angabe, ob die Brustorgane, Leber u. Milz gesund sind, ob sich an den Gliedmaßen Mängel oder Gebrechen befinden, ob ein Sprachfehler oder Schreibkrampf vorhanden ist usw.)

5. a) Ist das Hörvermögen ausreichend?
b) Kann einer Unterhaltung, die ohne Anstrengung der Stimme geführt wird, mit abgewendetem Gesicht gefolgt werden?
c) Kann eine tonlose, in leisester Art und ohne geringste Erhebung der Stimme gestellte Frage (sogenannte Flüstersprache) auf sieben oder wieviel Meter Entfernung verstanden werden?
(Es ist hierbei zunächst die einfach abgewandte, sofern aber der zu Untersuchende sich schwerhörig zeigt, was anzugeben ist, die zugewandte Flüstersprache zu gebrauchen. Jedes Ohr ist für sich zu untersuchen und dabei das andere Ohr durch Baumwolle fest und sicher zu verstopfen. Es empfiehlt sich, die Probe zuerst auf Zahlen von 1—100 und nachher auf einzelne Wörter zu machen.)

6. a) Ergibt die Prüfung der Sehschärfe:
1. Ohne Glas auf jedem Auge mindestens $^2/_3$ des von Snellen als Einheit (1) angenommenen Maßes?
(Erfordernis für Diplomingenieure des Maschinenbaufaches, die demnächst im Staatseisenbahndienste angestellt zu werden wünschen.)
2. Ohne oder mit Glas auf den einzelnen Augen mindestens $^2/_3$ und $^1/_3$ wie vor?
(Erfordernis für Diplomingenieure des Eisenbahnbaufaches und des Wasser- und Straßenbaufaches.)
b) Können Farben, namentlich rot und grün unterschieden werden?*)
c) Zeigen sich Spuren überstandener Augenkrankheiten?
d) Sind Veränderungen des Gesichtsfeldes, Schielen oder Augenmuskellähmung vorhanden?

*) Die Untersuchung auf Farbentüchtigkeit kann nach dem von Professor Dr. Nagel in Berlin vorgeschriebenen Verfahren mittels Farbtafeln erfolgen. Wird eine andere Art der Untersuchung angewandt, so ist diese anzugeben.

Der Untersuchte versichert hierdurch, die an ihn gestellten Fragen wahrheitsgetreu beantwortet und wissentlich nichts verschwiegen zu haben, was für

die Beurteilung seines Gesundheitszustandes von Wichtigkeit ist. Zugleich erkennt er an, daß dieses ärztliche Zeugnis in das Eigentum der Staats-bauverwaltung / Staats-eisenbahnverwaltung übergeht, sodaß ein Anspruch auf Rückgabe auch in dem Falle nicht besteht, wenn die Annahme des Untersuchten für den Staatsbaudienst / Staatseisenbahndienst abgelehnt wird.

........................ den ......ten ......................

(Unterschrift des Untersuchten.)

Daß ich vorstehendes Zeugnis meiner ärztlichen Überzeugung und Amtspflicht gemäß ausgestellt habe, versichere ich hiermit.

........................ den ......ten ......................

Der .........arzt.

(Unterschrift.)

Die Vergütung für die ärztliche Untersuchung und Bescheinigung hat der Bewerber zu tragen, dem dieses Zeugnis mit dem Siegel des Arztes verschlossen zu übergeben ist, nachdem er den Vermerk in Gegenwart des Arztes unterschrieben hat.

Die von beamteten Ärzten (Kreisarzt usw.) unter Beifügung des Amtscharakters ausgestellten Zeugnisse sind in Preußen als „amtliche Atteste in Privatsachen" stempelpflichtig.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 254** Nachstehend veröffentliche ich eine Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 27. März 1906, betreffend die Bildung von Weinbaubezirken, soweit der Regierungsbezirk Aachen in Frage kommt.

Aachen, den 3. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Bekanntmachung.**

Gemäß §. 3 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung der Reblaus, vom 6. Juli 1904 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) wird nachstehend eine Übersicht der Einteilung der am Weinbau beteiligten Gebiete des Reichs in Weinbaubezirke bekannt gemacht.

| Bundesstaat und Verwaltungsbezirk. | Laufende Nr. | Umfang des Weinbaubezirkes. | Name des Weinbaubezirkes. |
|---|---|---|---|
| **I. Preußen.** | | | |
| Regierungsbezirk Aachen. | 29. | Kreis Düren. | Düren. |

Berlin, den 27. März 1906.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: von Jonquières.

**Nr. 255** Der Herr Oberpräsident hat durch Erlaß vom 13. Februar d. J. dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde Sohren im Kreise Zell die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel zum Bau einer katholischen Kirche daselbst, eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Coblenz und Trier sowie des linksrheinischen Teiles des Regierungsbezirkes Cöln im Jahre 1906 abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im Regierungsbezirke Aachen sind folgende Deputierte beauftragt worden: Pfarrer Benz aus Sohren, Wilh. Kunz aus Sohren, Joh. Jung aus Sohren, Peter Dillmann aus Sohren, Peter Weiß aus Mechernich, Ant. Schmitz aus Enzen, Jos. Kürten aus Hilden, Jak. Groß aus Neuwerk, Joh. Schütz aus Lichtenborn.

Aachen, den 8. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 256** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§. 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im zweiten Vierteljahr 1906

am Samstag, den 30. Juni,
vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Veterinär-Rat Barański hierselbst, zu richten.

Aachen, den 27. April 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 257** Der 46. Rheinische Provinziallandtag hat in seiner Plenarsitzung vom 16. Februar 1906 beschlossen, den §. 2 des Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten der Rheinprovinz, wie folgt, abzuändern (die Änderungen sind gesperrt gedruckt).

**Einteilung der Beamten.**

§. 2. Die Provinzialbeamten werden in sechs Dienstklassen eingeteilt und zwar gehören:

Zu Klasse I:

Der Landeshauptmann, der erste Provinzialbeamte und Dienstvorgesetzte aller übrigen Provinzialbeamten (Provinzialordnung §. 90).

Zu Klasse II:

1. Die in Gemäßheit des §. 41 der Provinzialordnung von dem Provinziallandtage zu wählenden oberen Provinzialbeamten (Landesräte und Landesbauräte, Direktor der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und der Landesbank).

2. Die Direktoren der Provinzial-Heil- und

Pflegeanstalten, der Provinzial-Hebammenlehranstalten und der Provinzialmuseen, die Landesversicherungsräte, die Landesbankräte (Kassendirektor der Landesbank), ärztliche Berater der Landes-Versicherungsanstalt und der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, sowie die Landes-Ober-Bauinspektoren.

Zu Klasse III:

1. Die Landes-Bauinspektoren, der Direktor des Denkmälerarchivs.

2. Der Direktor der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler, der Direktor der Provinzial-Fürsorge-Erziehungsanstalt, die Oberärzte, Ärzte und Geistlichen der Provinzialanstalten, die Landesassessoren und die sonstigen bei der Provinzialverwaltung beschäftigten Assessoren, die Landesbaumeister und Regierungsbaumeister, die Direktoren der Provinzial-Blindenanstalten und Taubstummenanstalten, die Direktoren der Provinzial-Wein- und Obstbauschulen, der Maschinen-Ingenieur der Zentralstelle, die Oberinspektoren der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, der Vorsteher des Landarmenhauses zu Trier.

Zu Klasse IV:

1. Der Bureaudirektor der Zentralverwaltung, der Fürsorge-Erziehungs-Inspektor, der Rechnungsrevisor, der Provinzial-Landmesser, der Bureau-Vorsteher der Landes-Versicherungsanstalt und der Vorsteher der Kartenregistratur der Landes-Versicherungsanstalt, die Rendanten der Landesbank, die Vorsteher des General- und Hypothekenbureaus der Landesbank, die (Verwaltungs- und technischen) Landessekretäre, die Obersekretäre, die Oberbuchhalter, die Kassierer der Landesbank und Kassenkontrolleure der Landesbank und der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, die Rendanten der Landes-Versicherungsanstalt und der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, der Vorsteher des Rechnungskontroll-Bureaus und der Effektenverwalter der Landesbank, der Landmesser bei der Zentralstelle, die Inspektoren für das Immobilar- und Mobiliar-Feuerversicherungswesen, der Feuerlöschinspektor, der Ober-Inspektor und der Arbeitsinspektor der Provinzialarbeitsanstalt, die Apotheker an den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten.

2. Die Verwaltungs- und technischen Sekretäre, die Kanzleivorsteher, die Buchhalter, die Techniker ohne höhere Qualifikation, die technischen Landesbauamtssekretäre, die Verwalter und Rendanten bei den Provinzialanstalten und Anstaltskassen, die geprüften Taubstummen- und Blindenlehrer, die wissenschaftlichen und technischen Lehrer an den Provinzial-Wein- und Obstbauschulen, die Lehrer an der Anstalt für Epileptische Johannisthal, die Assistenten an den Provinzialmuseen, der Materialienverwalter, der erste Sekretär bei der Arbeitsanstalt in Brauweiler, und die Landes-Bauamtssekretäre.

Zu Klasse V:

1. Die Lehrer und Lehrerinnen an den Provinzialanstalten, der zweite Sekretär und die Assistenten im Arbeitsbetriebe und der Kassenassistent der Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler, die Bureau- und Kassenassistenten, die Hülfstechniker, die Bureaudiätare, die Kanzleisekretäre bezw. Kanzlisten, die Bureaugehilfen und der Botenmeister (Hausmeister) im Ständehause.

2. Die Straßenmeister, die Oberpfleger und Oberinnen, die Oberaufseher und Oberaufseherinnen, die Maschinenmeister, die Gärtner an den Provinzialanstalten, die Oberhebammen und die Wirtschafterinnen an den Provinzial-Hebammenlehranstalten, der Hausvater der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler.

Zu Klasse VI:

1. Die Provinzial-Straßenaufseher, die Hilfsschreiber, die Stationspfleger und Stationspflegerinnen, die Werkführerinnen, die Oberköchinnen, die Oberwäscherinnen, die II. Köchinnen, die Wirtschafterin in der Provinzial-Wein- und Obstbauschule, die Aufseher und Aufseherinnen und die Werkmeister in den Anstalten, die II. Hebammen in den Provinzial-Hebammenlehranstalten.

2. Die für wesentlich mechanische Dienstleistungen angestellten Beamten (Boten, Pförtner).

Welcher der vorstehenden Kategorien ein Beamter angehört, bestimmt im Zweifelsfalle der Provinzialausschuß, welcher auch neu geschaffene Beamtenstellen in die aufgeführten Klassen einzureihen hat.

---

Diese Reglementsänderungen sind von dem Herrn Minister des Innern auf Grund des §. 120 der Provinzialordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 durch Erlaß vom 17. April 1906 genehmigt.

Düsseldorf, den 4. Mai 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Dr. von Renvers,

Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 258** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- I. A. Weizen gut | | Weizen mittel | | Weizen gering | | Roggen gut | | Roggen mittel | | Roggen gering | | Gerste gut | | Gerste mittel | | Gerste gering | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 21 | — | 20 | — | — | — | 19 | 50 | 18 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 19 | 17 | 69 | — | — | 17 | 19 | 16 | 69 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 17 | 65 | 16 | 65 | — | — | 16 | 02 | 15 | 02 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- | | Heu | | Fleisch: Rind- im Großhandel | | Rind- von der Keule | | Rind- vom Bauch | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 7<br>9 | 75<br>45 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | 2 | 20 | 1 | 75 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 63 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 49 | 4 | 34 | — | — | — | — |
| — | — | 6<br>7 | 20<br>56 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 2 | 20 | 2 | — | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 60 | 3 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 90 | 1 | 70 | 1 | 70 | 1 | 90 | 2 | 50 | 5 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 62 | 1 | 70 | 2 | 20 | 2 | 52 | 4 | 42 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 20 | 3 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 130 | 25 | 1 | 60 | 1 | 43 | 1 | 98 | 1 | 65 | 1 | 65 | 1 | 88 | 2 | 49 | 4 | 26 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der [illegible] Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises [illegible]

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat April 1906.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 18 | 25 | 17 | 25 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 17 | 19 | 16 | 69 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 9 | — | 6 | — |
| 18 | 06 | | | | | | | | | | | | | | | | | 7 | 35 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | 50 | 50 | — | 6 | 57 | — | — |
| 15 | 51 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 3 | 40 |
| 16 | 54 | | | | | | | | | | | | | | | | | 3 | 70 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 40 | — | — | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 9 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 10 | 25 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | — | — | — | — | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 28 | 35 | 07 | 42 | 20 | 7 | 79 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats April 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten Graupen | | Gersten Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee Java (mittel) roh | | Kaffee Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 38 | — | 50 | — | 40 | — | 50 | — | 50 | — | 48 | 2 | 40 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 27 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 37 | — | 46 | — | 35 | — | 53 | — | 54 | — | 47 | 2 | 38 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 80 | — | 15 |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats April 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei dem Hauptmarktorte Aachen an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 7. Mai 1906. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 259** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 30. April 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 3 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 1 | 1 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 3 | 3 |

Aachen, den 3. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 260** Zu Gunsten der Diaspora-Fürsorge des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses wird am 1. Pfingstfeiertage, den 3. Juni d. Js., eine Kirchenkollekte und unmittelbar in der Zeit nach dem Pfingstfest beginnend bis Ende September d. Js. durch kirchliche Organe eine Kollekte in den evangelischen Haushaltungen abgehalten werden.

Die Spezialkassen haben die Erträge beider Kollekten in Empfang zu nehmen und an die Regierungs-Hauptkasse abzuführen.

Aachen, den 7. Mai 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 261** In Lorbach (Kreis Schleiden) ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 2. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 262** In Calenberg ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 30. April 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 263** Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Aachen-Forst liegt vom 10. Mai ab bei dem Postamt in Aachen-Forst aus.

Aachen, den 3. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

## Bekanntmachung.

**Nr. 264** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperren-Gesellschaft in der Gemeinde Heimbach zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. und Freitag, den 18. Mai ds. Js. anberaumt.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 4. Mai 1906.

Der Enteigungskommissar.
Dr. Frank,
Regierungsrat.

**Nr. 265** Auf Grund des §. 24 Abs 2 des Ausführ.-Ges. zum Gerichtsverf.-Ges. vom 24. April 1878 wird unter Abänderung der allgemeinen Verfügung vom 22. Oktober 1879, betreffend die Vertretung der Amtsrichter durch Richter benachbarter Gerichte,

für den Amtsrichter in Aldenhoven, Landgerichtsbezirk Aachen, der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter in Jülich, Landgerichtsbezirk Aachen, im voraus zum Stellvertreter bestimmt.

Die Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf die der §. 36 der Deutschen Zivilprozeßordnung oder der §. 15 der Deutschen Strafprozeßordnung Anwendung findet.

Cöln, den 4. Mai 1906.

Der Präsident des Oberlandesgerichts.
Ratjen.

**Nr. 266** **Personal-Nachrichten.**

Des Königs Majestät haben den Regierungsassessor Westermann zum Regierungsrat zu ernennen geruht.

Personalveränderungen des Landgerichtsbezirks Aachen:

Seine Majestät der König haben Allergnädigst

geruht, den Staatsanwalt Dr. von Kraewel in Aachen zum Landrichter, die Gerichtsassessoren Dr. Schleipen in Jülich, Wichmann in Malmedy, Schmitz in Erkelenz, Dr. Schroeder in Andernach, Jacobi in Aachen und Dr. Frings in Düren zu Amtsrichtern zu ernennen. Übertragen ist dem Landrichter Dr. von Kraewel eine Richterstelle bei dem Landgerichte in Duisburg, den vorgenannten Amtsrichtern Richterstellen und zwar Dr. Schleipen bei dem Amtsgerichte in Jülich, Wichmann bei dem Amtsgerichte in Kerpen, Schmitz bei dem Amtsgerichte in Dinslaken, Dr. Schroeder bei dem Amtsgerichte in Gemünd, Jacobi bei dem Amtsgerichte in Sulzbach, Dr. Frings bei dem Amtsgerichte in Barmen. Der Amtsgerichtsrat Hoeler in Paßenheim ist als Landgerichtsrat an das Landgericht in Aachen versetzt. Der Aktuar Scherer in Moers ist zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Düren ernannt. Der Gerichtsvollzieher Vollmann in Montjoie ist an das Amtsgericht Opladen, der Gerichtsvollzieher Weber in St. Vith an das Amtsgericht in Mülheim am Rhein versetzt.

Personalveränderungen im Bezirke der Königl. General-Kommission Düsseldorf:

Einberufen ist: Regierungsrat Holzapfel zu Düsseldorf als Hilfsarbeiter an das Königliche Oberlandeskulturgericht zu Berlin; Regierungsassessor Kreutz in Adenau als Hilfsarbeiter in das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Beauftragt ist: Regierungsassessor Dr. Meimberg zu Düren mit der Verwaltung der Spezialkommission Prüm; Ökonomiekommissions-Gehilfe Dr. Grebe zu Düsseldorf mit der Verwaltung der Spezialkommission in Adenau.

Überwiesen ist: Regierungsassessor Wäger zu Remagen der Ansiedelungskommission in Posen; Regierungsbaumeister Obst der Generalkommission zu Düsseldorf.

Versetzt sind: Ökonomierat Hubach von Königsberg zur Generalkommission in Düsseldorf; der Spezialkommissar, Regierungsrat Hartmann zu Prüm in gleicher Amtseigenschaft nach Frankfurt a. O.; der Spezialkommissar, Regierungsassessor Napp in Soest in gleicher Amtseigenschaft nach Remagen; Regierungsbaumeister Drescher in Düsseldorf als Meliorationsbauinspektor nach Czarnikau in Posen; Oberlandmesser Heinrich von Nienburg nach Altenkirchen; Oberlandmesser Marx von Perleberg zur Generalkommission in Düsseldorf; die Landmesser Zernecke von Wetzlar nach Cöln, Beitlich von Düren nach Adenau, Gypkens von Trier nach Sigmaringen, Göbel von Neuwied nach Cöln, Schnöckel von Aachen zur landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Störmer von Prüm nach Remagen, König von Düsseldorf nach Wetzlar, Gropp von Düsseldorf nach Euskirchen, Koop von Düsseldorf nach Altenkirchen, Schneider von Düsseldorf nach Prüm, Cronrath von Düsseldorf nach Trier; Spezialkommissions-Bureaudiätar Nordmann von Cöln zur Spezialkommission in Düsseldorf; Zeichner Korcz von Königsberg zur Generalkommission in Düsseldorf.

Verliehen ist dem Kanzleidiätar Ernst eine etatsmäßige Kanzlistenstelle; Hilfszeichner Bletz eine etatsmäßige Zeichnerstelle.

Beurlaubt ist: Landmesser Gülland zu Düsseldorf auf 6 Monate zwecks vorübergehender Beschäftigung in der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Angenommen sind: Spezialkommissions Bureaudiätare Thiel zu Düren und Rieten zu Trier; Spezialkommissions-Bureauanwärter Sandmeyer zu Prüm und Fittgen zu Cöln; die Landmesser Fischbach, Kayser und Tessendorf zur dauernden Beschäftigung; Meliorationstechniker Strate als diätarischer Meliorationsbauwart.

Gestorben ist: Oberlandmesser Eißler zu Altenkirchen.

Der Bürgermeistereiverwalter Paul Reuber ist durch Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten vom 24. April d. Js. endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Beeck im Kreise Erkelenz ernannt worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Bürgermeistereiverwalter Otto Adam in Gey widerruflich zum Standesbeamten des die Landgemeinden Gey, Großhau, Hürtgen, Kleinhau und Straß umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Bürgermeisters Lambertz zum Standesbeamten dieses Standesamtsbezirks widerrufen.

Versetzt sind: der Postdirektor Hienenz von Düren (Rhld.) nach Worms, die Postsekretäre Beckers von Aachen nach Cöln, Flohr von Aachen nach Lütgendortmund, Grosjean von Aachen nach Rheydt (Bez. Düsseldorf), Radeke von Stolberg (Rhld.) nach Cöln und der Postassistent Philipp von Mechernich nach Aachen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 19.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 22. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 17. Mai 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 267** Das 24. Stück enthält unter Nr. 3234: Bekanntmachung, betreffend die Entschädigung der Angehörigen Dänemarks, Norwegens und Schwedens für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Vom 3. Mai 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 268** Das 20. Stück enthält unter Nr. 10709: Kreis- und Provinzial-Abgabengesetz. Vom 23. April 1906. Das 21. Stück enthält unter Nr. 10710: Bekanntmachung über die Auswechselung der Ratifikationsurkunden zu dem mit der freien und Hansestadt Lübeck am 11. April 1904 abgeschlossenen Staatsvertrag über die anderweitige Feststellung der Landesgrenzen am Elbe-Trave-Kanal. Vom 11. Mai 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 269** Die Zinsscheine Reihe III Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen **der preußischen konsolidierten 3½ prozentigen Staatsanleihe von 1886** über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1916 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 1. März 1906 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S. W. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen. Wer die Zinsscheine bei der Kontrolle der Staatspapiere zu empfangen wünscht, hat persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) der genannten Kontrolle mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 20. Februar 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

von Bitter.

**Nr. 270** **Liste**

der im Laufe des Etatsjahres 1905 der Kontrolle der Staatspapiere als gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staatsschuldverschreibungen.

I. Konsolidierte 3½ (vormals 4) prozentige Staatsanleihe:

von 1876/79:

Lit. C. Nr. 28825 über 1000 M.

von 1880:

Lit. C. Nr. 127222 und 155958 über je 1000 M.;
„ E. „ 147035, 261989, 281167 und 472468 über je 300 M.

von 1882:

Lit. C. Nr. 288249 und 335450 über je 1000 M.;
„ D. „ 247977 über 500 M.;
„ E. „ 492061 und 598601 über je 300 M.

von 1883:

Lit. D. Nr. 389144 und 468055 über je 500 M.;
" F. " 267549 über 200 M.

von 1884:

Lit. C. Nr. 485705 und 500501 über je 1000 M.;
" E. " 810784, 812116, 826625 und 857380 über je 300 M.;
Lit. H. Nr. 36998 und 41386 über je 150 M.

von 1885:

Lit. E. Nr. 940568, 942082, 942083, 974073, 1032481, 1049955, 1114942 und 1126838 über je 300 M.;
Lit. F. Nr. 369649 über 200 M.;
" H. " 166767 " 150 "

von 1894:

Lit. F. Nr. 375638, 376787, 379405, 380201 und 387672 über je 200 M.

II. Konsolidierte $3^1/_2$ prozentige Staatsanleihe:

von 1885:

Lit. C. Nr. 8512 und 31888 über je 1000 M.;
" D. " 42033 über 500 M.;
" F. " 6747 und 11406 über je 200 M.

von 1886:

Lit. C. Nr. 80433 über 1000 M.;
" E. " 55443 " 300 "

von 1887, 1888:

Lit. C. Nr. 118059 und 122051 über je 1000 M.;
" E. " 84477 " 84478 " " 300 "
" F. " 61218 " 61219 " " 200 "

von 1889:

Lit. B. Nr. 105735 über 2000 M.;
" E. " 298534, 298535, 298536 und 298537 über je 300 M.

von 1890:

Lit. D. Nr. 343682, 343683, 343684 und 417325 über je 500 M.;
Lit. E Nr. 387676, 387677, 387678, 387679, 387680 und 425372 über je 300 M.;
Lit. F. Nr. 202941 über 200 M.

von 1892. 1893. 1895:

Lit. D. Nr. 554483 über 500 M.;
" E. " 649892, 649893, 649894 und 660296 über je 300 M.

III. Stammaktien der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Nr. 53194 über 100 Tlr.

Berlin, den 3. April 1906.

(L. S.)

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Cramer. Haas. Rammow.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 271** Das nachfolgende Verzeichnis der in den preußischen Grenzgemeinden gemäß der Konvention vom 7. Februar 1873 (R. G. Bl. Nr. 9) zur Ausübung der Praxis berechtigten belgischen Medizinal- und Veterinärpersonen wird hiermit bekannt gemacht.

LIÈGE.

Warsage, L., docteur en médecine, à Henri-Chapelle.
Licops, E., docteur en médecine, à Montzen.
Crémer, G., sage-femme, à Montzen.
Xhonneux, J., docteur en médecine, à Montzen.
Dumoulin, G., médecin vétérinaire, à Montzen.
Broeders, V., docteur en médecine, à Montzen.
Renardy, E., docteur en médecine, à Sippenaeken.
Majeres, M., docteur en médecine, à Stavelot.
Schuind, J., docteur en médecine, à Stavelot
Hardy, O., docteur en médecine, à Stavelot.
Otte, P., docteur en médecine, à Stavelot.
Bière, M., épouse Auguste, sage-femme, à Stavelot.
Noël, A., sage-femme, à Stavelot.
Lepourceau, J., médecin vétérinaire, à Stavelot.
Dubois, E., médecin vétérinaire, à Stavelot.
Henfling, G., docteur en médecine à Welkenraedt.
Marchal, F., épouse Pirlot, sage-femme, à Welkenraedt.
Teller, H., épouse Lejeune, sage-femme, à Welkenraedt.
Nyssen, F., docteur en médecine, à Welkenraedt.

LUXEMBOURG.

Bernard, G.-J., docteur en médecine, à Beho.
Brédo, E., épouse Chevolet, sage-femme, à Grand-Halleux.
Noël, Alice, sage-femme, à Grand-Halleux.

Aachen, den 13. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 272** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Mai 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 6 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 4 |
| desgl. | Eupen | 2 | 2 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 3 |
| desgl. | Heinsberg | 2 | 2 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 3 | 4 |
| desgl. | Schleiden | 1 | 1 |

Aachen, den 16. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 273** Gemäß §. 5 Absatz 2 der Polizei-Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 11. November 04, betreffend Körordnung für die Beschäler der Rheinprovinz (Amtsblatt 1904, S. 267), werden die Beschreibungen für das Jahr 1906 noch nachträglich angekörten Hengste, die Orte der Aufstellung derselben und die Höhe Sprunggelder nachstehend bekannt gemacht:

| Der Hengstbesitzer | | Der Hengste | | | | | Ort der Aufstellung der Hengste. | Angekört für | Sprunggeld |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Name | Wohnort | Farbe | Abzeichen | Größe (Meter) | Alter (Jahre) | Rasse. | | | M. |
| **Körort Herzogenrath (Landkreis Aachen).** | | | | | | | | | |
| Meulenberg | Hofstadt | braun | — | 1,72 | 3 | Belgier | Breil, Kreis Geilenkirchen | die Rheinprovinz | 16 |
| Offermanns | Groß-Ürsfeld | braun | Blesse | 1,76 1,64 | 3 | Belgier | Groß-Ürsfeld, Landkreis Aachen | die Rheinprovinz | 16 |

Bei dieser Gelegenheit wird auf den §. 9 der oben erwähnten Polizei-Verordnung aufmerksam gemacht, welcher tet:

„Wer einen nicht angekörten Hengst zum Decken fremder Stuten, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung hergibt, verfällt für jeden Fall einer Zuwiderhandlung in eine Strafe von 30 Mark und der Eigentümer der Stute in eine solche von 15 Mark. Die Besitzer angekörter Hengste, welche das Deckbuch gar nicht oder nicht vorschriftsmäßig führen, oder die Einreichung desselben an den Landrat unterlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 15 Mark bestraft."

Aachen, den 5. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 274 Polizei-Verordnung,**
betreffend die Aufhebung der in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Forst geltenden Regierungs-Polizei-Verordnungen.

Auf Grund der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juni 1883 wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§. 1. Für die ehemalige Landgemeinde Forst, die seit dem 1. April d. J. mit dem Stadtbezirk Aachen vereinigt worden ist, werden folgende Polizei-Verordnungen außer Kraft gesetzt:

1) Die Bezirks-Polizei-Verordnung vom 18. November 1876, den Fuhrverkehr auf Chausseen betreffend (Amtsblatt S. 323).
2) Die Baupolizei-Verordnung vom 8. Oktober 1900 (A.-Bl. S. 328 ff.) nebst den Nachträgen vom 25. April 1902 (A.-Bl. S. 137), 5. März 1903 (A.-Bl. S. 85), 24. Dezember 1904 (A.-Bl. S. 301) und 2. Februar 1906 (A.-Bl. S. 48).
3) Die Polizei-Verordnung vom 3. April 1903, betreffend die Anwendung der Bremsvorrichtungen (A.-Bl. S. 122).
4) Die Polizei-Verordnung, betreffend die Regelung des Meldewesens vom 29. August 1904 (A.-Bl. S. 203).
5) Die Polizei-Verordnung vom 18. Mai 1905, betreffend die Kennzeichnung der Lastfuhrwerke (A.-Bl. S. 133).

§. 2. Diese Polizei-Verordnung tritt sofort in Kraft.

Aachen, den 17. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 275** Der Herr Oberpräsident hat dem Kirchenvorstande der katholischen Pfarrgemeinde Einruhr im Kreise Schleiden die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der Mittel für den Neubau einer katholischen Pfarrkirche und eines Pfarrhauses daselbst im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Coblenz und Trier abhalten zu lassen.

Für den Regierungsbezirk Aachen sind die Nachbenannten mit der Einsammlung der Kollekte beauftragt:

Nikolaus Schütt, Quirin Pleus, Wilhelm Leister, Hubert Hüpgen, Hubert Breuer, Theodor Cremer, Pfarrer Josef Höderath, sämtlich aus Einruhr; außerdem Paul Jansen aus Pleushütte und Lorenz Peters aus Schöneseifen.

Aachen, den 10. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 276** Der Herr Minister des Innern hat durch Erlaß vom 28. April den bei dem Oberpräsidium in Coblenz beschäftigten Regierungs-

rat Dr. Schulz zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzialrats der Rheinprovinz auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt.

Aachen, den 13. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 277 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Osnabrück weiter die Nummern 2801 bis 3000 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 9. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz

**Bekanntmachung.**

**Nr. 278** Mit Beginn des Schuljahres 1906 ist in Wipperfürth ein neues katholisches Schullehrer-Seminar errichtet worden.

Die Prüfung zur Aufnahme in den zunächst zu eröffnenden Unterkursus wird in der Zeit vom 28. bis 30. Mai in Wipperfürth stattfinden.

Zu dieser Prüfung werden katholische Bewerber zugelassen, welche bis zum Tage des Eintritts in das Seminar das 17. Lebensjahr vollendet und das 24. noch nicht überschritten haben. Doch können von uns auch jüngere Bewerber zugelassen werden, sofern sie das 17. Lebensjahr in den ersten sechs Monaten nach dem Aufnahmetage erreichen und körperlich gehörig entwickelt sind. Ebenso können ältere Bewerber von uns zugelassen werden, wenn ihre Aufnahme in Rücksicht auf ihre Persönlichkeit und ihre bisherigen Lebensverhältnisse unbedenklich ist.

Die Meldungen sind sofort an den Seminar-Direktor zu richten.

Beizufügen sind:

1. Der Geburtsschein;
2. ein Impfschein und Wiederimpfschein, sowie ein Gesundheitszeugnis, das von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestellt sein muß;
3. falls der Bewerber unmittelbar von einer andern Lehranstalt kommt, ein Abgangszeugnis von dieser Anstalt, andernfalls ein von der Polizeibehörde des Wohnortes ausgestelltes Führungszeugnis;
4. die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer der Ausbildung gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfügt.

Bewerber, die auf ihre Meldung einen abweisenden Bescheid nicht erhalten, sind zu der Prüfung zugelassen und haben sich am Tage vor deren Beginn persönlich bei dem Seminar-Direktor zu melden.

Die nach der Prüfung zur Aufnahme bestimmten Bewerber haben unter Mitverpflichtung ihrer Väter oder deren Stellvertreter einen Schein auszustellen, durch den sie sich verpflichten, alle von der Anstalt in barem Gelde oder in geldwerten Leistungen empfangenen Unterstützungen zu erstatten und außerdem als Entgelt für den genossenen Unterricht je dreißig Mark für jedes in der Anstalt zugebrachte Halbjahr zu zahlen,

1. wenn sie das Seminar vor Beendigung ihrer Ausbildung, ohne dazu durch Krankheit genötigt zu sein, freiwillig verlassen oder wegen mangelhafter Führung unfreiwillig entfernt werden sollten;
2. wenn sie sich während der ersten fünf Jahre nach Ablegung der ersten Lehrerprüfung weigern sollten, die ihnen von der zuständigen Staatsbehörde zugewiesene Stelle im öffentlichen Schuldienste zu übernehmen.

Coblenz, den 12. Mai 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Nr. 279** Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß in der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin zu Anfang Oktober d. Js. wiederum ein 6monatiger Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern eröffnet werden wird, zu welchem 20 Bewerber mehr als in den letzten Jahren einberufen werden sollen. Für die Anmeldung und Aufnahme sind die von dem Herrn Minister unterm 15. Mai 1894 erlassenen, in unserm Amtsblatt, Jahrgang 1894, Stück 29, Seite 259, veröffentlichten Bestimmungen maßgebend.

Volksschullehrer, die an diesem Kursus teilzunehmen beabsichtigen, haben sich bis zum 10. Juni d. Js. bei dem zuständigen Kreisschulinspektor zu melden.

Aachen, den 2. Mai 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

**Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.**

**Bekanntmachung.**

**Nr. 280** In der Oberförsterei Höfen ist eine Telegraphenhilfsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 8. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 281** Die unterzeichnete Wegepolizeibehörde beabsichtigt auf den Antrag der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz, und

den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zu Erkelenz den Teil des Kommunalweges von Erkelenz nach Bellinghoven, welcher zwischen den Kataster-Parzellen Flur N einerseits Nummer 1000/129, 1001/133 ꝛc., 1040/142 ꝛc., 1041/142, 164, 760/167, 788, 232, 744/234, 745/234, 746/236 und 747/237; andererseits Nummer 913/135, 700/136, 147, 146, 780/144, 143, 163/1, 160, 614/158, 613/158, 157, 633/156, 634/156, 245, 961/244, 963/242, 240 und 239 liegt, als öffentlichen Weg einzuziehen und an dessen Stelle, abzweigend bei Kilometerstein 0,8 der Provinzialstraße von Erkelenz nach Kückhoven, einen neuen regelrecht chaussierten, etwa 15 Meter breiten, Verbindungsweg nach Bellinghoven zum öffentlichen Verkehr zu übergeben. Dieser neue Wegeteil durchschneidet die Kataster-Parzellen Flur N Nummer 915/150, 916/151, 917/153, 163/1, 160, 614/158, 613/158, 157, 633/156, 634/156, 245, 961/244, 963/242, 240 und 239.

Ich bringe dies Vorhaben in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hierdurch zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche binnen vier Wochen, vom 18. dieses Monats ab gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Erkelenz, den 16. Mai 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Hahn.

**Nr. 282 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Elisabeth Schaps bei der katholischen Volksschule zu Prummern, Kreis Geilenkirchen, zum 1. Juni d. Js.;
2. Christine Bleckhausen bei der katholischen Volksschule zu Birgden, Kreis Geilenkirchen, zum 1. Juni d. Js.;
3. Maria Conz bei der katholischen Volksschule zu Teveren, Kreis Geilenkirchen, zum 1. Juni d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 20.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 23. Ausgegeben zu Aachen, Freitag, den 25. Mai 1906.



### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 283** Das 22. Stück enthält unter Nr. 10711: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Landgerichts in Crefeld. Vom 23. April 1906. Unter Nr. 10712: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Landgerichts in München-Gladbach. Vom 23. April 1906. Unter Nr. 10713: Allerhöchster Erlaß vom 27. Januar 1906, betreffend die Rang- und Titelverhältnisse der Oberlehrer usw. Unter Nr. 10714: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Dillenburg, Herborn, Idstein, Königstein, Rennerod und Usingen. Vom 8. Mai 1906.

### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 284** Auf den Bericht vom 31. März d. Js. will Ich der Stadtgemeinde Eschweiler auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) hiermit das Recht verleihen, das zur Ausführung der geplanten Kanalisation der Stadt Eschweiler erforderliche Grundeigentum im Wege der Enteignung zu erwerben oder dauernd zu beschränken.

Berlin, den 9. April 1906.

gez. **Wilhelm, R.**

ggez. Studt. v. Podbielski. v. Budde.
Zugleich für den Minister für Handel und Gewerbe.
ggez. v. Bethmann Hollweg.

An die Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten, für Landwirtschaft pp., der öffentlichen Arbeiten, des Innern, sowie für Handel und Gewerbe.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 285** Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 27. Mai bis einschließlich 3. Juni im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Pakete besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 12. Mai 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Groh.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 286** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Vorstande der Lokalabteilung Cleve die Erlaubnis erteilt, gelegentlich der im September d. Js. daselbst stattfindenden Generalversammlung und Provinzialausstellung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen eine öffentliche Ausspielung von landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Rheinprovinz zu vertreiben. Es sollen 15000 Lose zum Preise von 1 M. zum Verkauf und 400 Gewinne im Gesamtwert von 5000 M. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 20. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 287** Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 9. d. Mts. die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der öffentlichen Verlosung von Tieren, landwirtschaftlichen Gebrauchsartikeln und sonstigen Gegenständen, welche im

Anschlusse an die in der Zeit vom 20. bis 24. September d. Js. in Karlsruhe stattfindende Landwirtschafts- und Gartenbauausstellung veranstaltet werden soll, auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose zu vertreiben.

Aachen, den 20. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 288** Der Herr Minister des Innern hat dem Direktorium der Deutschen Kunstausstellung 1906 in Cöln die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre eine Verlosung von Werken der bildenden Kunst und Reproduktionen zu veranstalten und die Lose in der gesamten Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 150000 Lose zu je 2 M. ausgegeben werden und 75000 Gewinne im Gesamtwerte von 135000 M. zur Ausspielung gelangen.

Die Ziehung wird voraussichtlich am 31. Oktober 1906 in Berlin stattfinden.

Aachen, den 20. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 289 Polizei-Verordnung,**
betreffend
**die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen sowie die Lagerung von Carbid.**

Auf Grund der §§. 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie des Gesetzes vom 8. Juli 1905 (G.-S. S. 317), betr. die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen wird hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Umfang des Regierungs-Bezirks Aachen die nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§. 1. Wer Acetylen herstellen oder verwenden will, hat dies, unbeschadet der Bestimmungen im §. 22, spätestens bei der Inbetriebsetzung der Apparate der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Je eine genaue Beschreibung und Schnittzeichnung der Apparate und je eine Anweisung über ihre Behandlung sind der Ortspolizeibehörde vorzulegen und im Apparatenraum an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen. Das Gleiche gilt von einer wesentlichen Veränderung der Apparate und ihrer Behandlung.

§. 2. Die Herstellung und Aufbewahrung von Acetylengas darf nicht in oder unter Räumen erfolgen, die zum Aufenthalte von Menschen bestimmt sind; die Gasentwickler und Gasbehälter dürfen nur in Räumen aufgestellt werden, welche mit leichter Bedachung versehen und von Wohnräumen, von Scheunen oder von Ställen durch eine Brandmauer (öffnungslose massive Mauer) oder einen Abstand von wenigstens 5 Meter getrennt sind. Die Einziehung einer leichten, mit Hilfe schlechter Wärmeleiter hergestellten Zwischendecke ist gestattet.

Im Freien aufgestellte Apparate müssen wenigstens 5 Meter von zum Aufenthalte von Menschen bestimmten Baulichkeiten, von Scheunen und Ställen entfernt sein.

Feststehende Acetylengasentwickelungsapparate dürfen nicht im Freien aufgestellt werden, sofern sie nicht nur für den Sommerbetrieb dienen.

§. 3. Die Apparateräume (§. 2 Abs. 1) müssen nach außen aufschlagende Türen besitzen, welche entweder unmittelbar ins Freie oder in solche Räume führen, in denen sich kein offenes Feuer befindet und die nicht mit Licht betreten werden; sie müssen hell, geräumig, gut gelüftet und frostfrei sein.

Die Heizung darf nur durch Dampf oder Wasser oder durch andere Einrichtungen geschehen, bei denen auch im Falle der Beschädigung die Bildung von Funken oder das Glühendwerden sowie der Zutritt von Acetylen zu offenem Feuer oder hocherhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist.

Von der Feuerstätte für die Heizung müssen die Apparatenräume durch Brandmauern getrennt sein.

§. 4. Die künstliche Beleuchtung der Apparatenräume darf nur von außen erfolgen. Sie ist vor einem dicht schließenden Fenster, das nicht geöffnet werden kann, wenn möglich in einer türfreien Wand anzubringen. Befindet sich in derselben Wand mit diesem Fenster eine Tür oder ein zu öffnendes Fenster, so ist elektrisches Glühlicht in doppelten, durch ein Drahtnetz geschützten Birnen mit Außenschaltung und guter Isolierung der Leitung anzuwenden. Wird zur Beleuchtung Acetylen verwendet, so muß daneben eine andere, den vorstehenden Bestimmungen entsprechende Beleuchtung betriebsbereit vorhanden sein.

§. 5. Die Apparatenräume dürfen für andere Zwecke nicht verwendet und von Unbefugten nicht betreten werden. Das Betreten dieser Räume mit Licht sowie das Rauchen in ihnen ist verboten. Diese Verbote sind an den Türen deutlich sichtbar zu machen.

§. 6. Die Entlüftung der Apparatenräume hat durch genügend weite, im höchsten Punkte dieser Räume aufzusetzende Rohre zu geschehen. Die Entlüftungsrohre der Räume sind bis über das Dach derart ins Freie zu führen, daß die abziehenden Gase und Dünste weder in geschlossene Räume noch in Kamine gelangen können.

§. 7. Die Apparate müssen in allen Teilen so hergestellt sein, daß sie gegen Formveränderung und Durchrosten widerstandsfähig sind und dauernd gasdicht bleiben.

§. 8. In den Apparaten und Gasleitungen dürfen keine aus Kupfer bestehenden Teile angebracht sein. Die Verwendung von Messing ist zulässig.

§. 9. Die Apparate müssen so eingerichtet sein, daß sie entweder eine vollständige Entlüftung gestatten oder das Entweichen des Gasluftgemisches in ausreichendem Maße ermöglichen. Sie müssen ferner so eingerichtet sein, daß ein Überdruck von mehr als einer halben Atmosphäre und im Entwickler eine Erhitzung über 100 Grad Celsius ausgeschlossen bleibt, sofern nicht für fabrikmäßige Betriebe in der Genehmigung nach §. 16 der Gewerbeordnung etwas anderes bestimmt ist. Ferner müssen Vorrichtungen zur Entfernung von Verunreinigungen (Phosphorwasserstoff, Ammoniak und dergleichen) vorhanden sein.

Das Zurücktreten von Gas aus dem Gasbehälter in den Entwickler muß durch einen Wasserabschluß verhindert sein.

§. 10. Die Leitungen müssen bis zu einem Überdrucke von $^1/_{10}$ Atmosphäre vollkommen dicht und im übrigen unter Beobachtung derselben Vorsichtsmaßregeln wie die Steinkohlengasleitungen gelegt sein.

§. 11. Der Gasbehälter muß mit einem Abzugsrohre versehen sein, welches das Abströmen des sich nachentwickelnden Gases gestattet, sobald der Gasbehälter nicht mehr aufnahmefähig ist.

Dieses Abzugsrohr muß von mindestens gleicher Weite wie das Gaszuführungsrohr sein und ist bis über das Dach derart ins Freie zu führen, daß die abziehenden Gase und Dünste weder in geschlossene Räume noch in Kamine gelangen können.

§. 12. Die Überwachung und Bedienung der Apparate darf nur durch zuverlässige, mit der Einrichtung und dem Betriebe vertraute Personen erfolgen.

§. 13. Die bei der Herstellung von Acetylen verbleibenden Carbidrückstände müssen in gefahrloser Weise entfernt werden.

§. 14. Die Aufbewahrung von Calciumcarbid und anderen durch Wasser zersetzbaren Carbiden, darf nur in wasserdicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen, gut gelüfteten Räumen, welche gegen den Zutritt von Wasser unter allen Umständen geschützt sind, erfolgen.

Eine etwaige Heizung darf nur durch Einrichtungen geschehen, bei denen auch im Falle der Beschädigung der Eintritt von Wasser in den Lagerraum und der Zutritt etwa entwickelten Acetylens zu offenem Feuer oder hoch erhitzten Gegenständen ausgeschlossen ist.

Geöffnete Carbidgefäße sind mit wasserdicht schließenden oder übergreifenden, wasserundurchlässigen Deckeln verdeckt zu halten.

Die Anwendung von Entlötungsapparaten zum Öffnen verlöteter Büchsen ist verboten.

Die Lagerung in Kellern ist untersagt.

Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen: „Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten".

§. 15. Im Apparatenraum selbst dürfen nicht mehr als 500 Kilogramm Carbid aufbewahrt werden.

§. 16. Die Vorschriften der §§. 4, 5 finden auch auf Carbidlager entsprechende Anwendung.

§. 17. Mengen von mehr als 1000 Kilogramm Carbid dürfen nur in Räumen gelagert werden, die von anderen Räumen durch massive, mindestens 30 Zentimeter überragende Brandmauern oder massive öffnungslose Gewölbe getrennt sind.

Die Brandmauer darf durch feuerfeste Türen durchbrochen und durch eine Wellblechwand ersetzt werden, wenn der Abstand bis zum nächsten Gebäude mindestens 5 Meter beträgt. Eine Brandmauer ist nicht erforderlich, wenn der Abstand mindestens 10 Meter beträgt.

Die Türen müssen nach außen aufschlagen. Die Mitlagerung leicht brennbarer oder explosiver Gegenstände ist verboten.

§. 18. Die Lagerung von Carbid im Freien ist in den im §. 14 Abs. 1 vorgeschriebenen, wasserdicht verschlossenen Gefäßen in einer Entfernung von mindestens 10 Meter von Gebäuden gestattet. Die Lagerstätte ist auf allen Seiten in einem Abstande von mindestens 4 Meter mit einem Zaun oder Drahtgitter zu versehen. Der Raum zwischen Lager und Umwehrung ist von brennbaren Gegenständen frei zu halten.

Das Carbid ist auf einer Bühne zu lagern, von deren Unterkante bis zum Erdboden ein freier Zwischenraum von mindestens 20 Zentimeter vorhanden ist.

Das Carbid ist durch ein Schutzdach oder durch wasserdichte Planen zu schützen.

Der Lagerplatz muß an jedem Zugange mit einer leicht sichtbaren Warnungstafel versehen sein, welche die Aufschrift trägt: „Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten".

§. 19. Denjenigen, welche beim Inkrafttreten dieser Verordnung Acetylenentwickelungsapparate bereits in Betrieb genommen haben, kann von der Ortspolizeibehörde zur Erfüllung der Vorschriften dieser Verordnung eine Frist von 12 Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab bewilligt werden.

§. 20. Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung:

1. auf staatliche wissenschaftliche Institute, soweit sie Acetylen zu Lehrzwecken herstellen oder verwenden, sowie auf Laboratorien der Staatseisenbahnverwaltung;

2. auf bewegliche Apparate bis zu 2 Kilogramm Carbidfüllung, jedoch unbeschadet der Bestimmungen im §. 8 und 9 Abs. 1 Satz 2;
3. auf die Lagerung von Carbid in Mengen von weniger als 10 Kilogramm;
4. auf die Lagerung von Carbid in Fabriken, in denen Carbid hergestellt wird.

§. 21. Der Regierungspräsident ist ermächtigt, in einzelnen Fällen beim Vorliegen besonderer Verhältnisse Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung zuzulassen.

§. 22. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch auf die Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von gasförmigem oder flüssigem Acetylen Anwendung, welche als chemische Fabriken einer Genehmigung nach §. 16 der Gewerbeordnung bedürfen. Bei der Herstellung von flüssigem Acetylen sind außerdem die Bestimmungen des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) zu beachten.

§. 23. Die Besitzer von Anlagen zur Herstellung von Acetylen, mit Ausnahme der im §. 20 genannten, sind verpflichtet, eine erstmalige amtliche Prüfung (Abnahme) des Betriebes durch Sachverständige zu gestatten, die hierzu nötigen Arbeitskräfte und Vorrichtungen bereit zu stellen und die Kosten der Prüfung zu tragen. Das Gleiche gilt nach einer wesentlichen Veränderung der Apparate und ihrer Behandlung.

Soweit die Besitzer dem Sachverständigen nicht vor der Abnahme durch eine amtlich anerkannte Bescheinigung nachweisen, daß der Acetylenentwicklungsapparat den Anforderungen der §§. 7 und 9 entspricht und daß die Gasleitungen vollkommen dicht sind (§. 10), kann der Sachverständige die Außerbetriebsetzung der Anlage zwecks Vornahme der erforderlichen Prüfungen fordern.

Von der bevorstehenden Prüfung ist der Besitzer von dem Sachverständigen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Dem Besitzer ist zur Vorbereitung der Untersuchung auf Verlangen eine Frist von einer Woche zu gewähren. Die Prüfung ist von dem Sachverständigen innerhalb sechs Wochen, nachdem er durch die Ortspolizeibehörde von der Inbetriebsetzung der Anlage (§. 1) Mitteilung erhalten hat, zu bewirken.

Werden bei der Prüfung erhebliche Mängel festgestellt, so hat der Sachverständige dies der Ortspolizeibehörde anzuzeigen und ist auf deren Anordnung die Prüfung zu wiederholen.

Die Besitzer der in dieser Polizeiverordnung bezeichneten Anlagen und deren Stellvertreter in der Verwaltung oder Benutzung der Anlage sind verpflichtet, den Verfügungen der Polizeibehörden betreffs Abstellung verordnungswidriger Mängel oder gefährlicher Zustände in den Anlagen innerhalb der hierfür festgesetzten Frist zu entsprechen.

Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung bereits in Betrieb genommen waren, und deren Vorschriften entsprechen, bedürfen der Prüfung durch Sachverständige nicht.

Besitzer, die hiernach beanspruchen, daß ihre Anlagen von der nachträglichen Abnahmeprüfung befreit werden, haben einen entsprechenden Antrag, unter Beifügung der im §. 1 Abs. 2 bezeichneten Vorlagen, an die Ortspolizeibehörde zu richten.

§. 24. Der Sachverständige hat nach der endgültigen Abnahme des Betriebes dem Besitzer eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß die Anlage den eingereichten Zeichnungen und der Beschreibung (§. 1) sowie den Bestimmungen der Polizeiverordnung entspricht und Abschrift davon der Ortspolizeibehörde zu übersenden. Die Bescheinigung ist von dem Besitzer so aufzubewahren, daß sie den zur Aufsicht über die Anlage zuständigen Beamten jederzeit vorgelegt werden kann.

§. 25. Die zur Vornahme der Prüfungen zuständigen Sachverständigen ernennt der Regierungspräsident. (Für den Landespolizeibezirk Berlin: Der Polizeipräsident von Berlin.)

§. 26. Für die im §. 23 vorgeschriebenen Prüfungen haben die Sachverständigen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden, vom Minister für Handel und Gewerbe auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1905 (G.S. S. 317) genehmigten Gebührenordnung von den Besitzern der Acetylenentwicklungsapparate zu beanspruchen.

§. 27. Von Acetylenexplosionen hat der Besitzer der Anlage oder sein Stellvertreter unverzüglich der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten. Diese hat die gebotenen polizeilichen Anordnungen zu treffen und den Tatbestand unter Zuziehung des Sachverständigen festzustellen.

§. 28. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen schwerere Strafen verwirkt sind.

§. 29. Durch gegenwärtige Polizeiverordnung werden alle früheren Bestimmungen über die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen sowie die Lagerung von Carbid aufgehoben.

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1906 in Kraft.

Aachen, den 21. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Gebührenordnung
### für die Prüfung (Abnahme) von Acetylenanlagen.

A. Prüfungsgebühr.

| Umfang der Anlagen bis | 20 | 50 | 100 | 200 |
|---|---|---|---|---|
| | Normalflammen. | | | |
| | ℳ | ℳ | ℳ | ℳ |
| 1. Vollständige Prüfung der Anlage einschließlich der Prüfung der Apparate und Leitung auf Gasdichte und der Systemprüfung der Apparate nach den §§. 7, 9 und 10. . . | 20 | 30 | 40 | 50 |
| 2. Teilweise Prüfung: | | | | |
| a ausschließlich der Prüfung der Apparate und Leitung auf Gasdichte . . . . | 15 | 25 | 35 | 45 |
| b. ausschließlich der vorstehenden Prüfung und der Systemprüfung der Apparate nach den §§. 7 und 9 | 10 | 20 | 30 | 40 |

Bei Anlagen über 200 Normalflammen wird der Zeitaufwand, die Stunde zu 5 ℳ, mindestens aber der jeweilig zutreffende Höchstsatz nach Ziffer 1 oder 2 berechnet.

Der prüfende Sachverständige bezw. der Überwachungsverein hat neben den Gebühren Anspruch auf Reisevergütung, und zwar werden bei Reisen nach außerhalb erhoben:

für 1 km Eisenbahn einfache Fahrt . . . 0,09 ℳ
„ 1 „ Landweg einfache Fahrt bei Entfernungen von mehr als 2 km . . . 0,60 „

Kann infolge eines Verschuldens des Auftraggebers die Prüfung an dem festgesetzten Tage überhaupt nicht vorgenommen oder nicht zu Ende geführt werden, so sind außer den oben genannten Reisevergütungen die halben Beträge unter A 1 oder 2 zu berechnen. Der Besitzer der Anlage ist außerdem verpflichtet, die zu den Prüfungen nötigen Arbeitskräfte und Vorrichtungen, insbesondere eine Druckpumpe bereitzustellen oder Ersatz der dafür notwendigen Aufwendungen zu leisten.

B. Allgemeine Bestimmungen.

Bei Beleuchtungsanlagen ist für die Berechnung der Prüfungsgebühr die auf den stündlichen Normalverbrauch von 10 Litern umgerechnete Zahl der vorhandenen Flammen maßgebend.

Der Acetylenverbrauch zu anderen als Beleuchtungszwecken ist in der vorstehenden Weise, auf Normalflammen umgerechnet, festzustellen.

---

## Ausführungsanweisung
zu der
### Polizeiverordnung, betreffend die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen, sowie die Lagerung von Carbid.

Zu §. 1. Bei feststehend betriebenen Acetylenentwicklungsapparaten, d. h. solchen, die mit einer festverlegten Leitung dauernd verbunden sind, muß aus der vorzulegenden Zeichnung auch die Bauweise und Beschaffenheit des Aufstellungsraumes und seiner nächsten Umgebung deutlich erkennbar sein.

In der Anweisung über die Behandlung des Apparates ist die Höchstzahl der an die Leitung anzuschließenden Normalflammen (zu 10 Liter stündlichem Gasverbrauch gerechnet) anzugeben, bei automatisch arbeitenden Apparaten auch das Höchstgewicht an Carbid, womit der Entwickler beschickt werden darf.

Die Ortspolizeibehörden haben die Anzeigen von der Inbetriebsetzung der Apparate mit den nach Absatz 2 vom Besitzer einzureichenden Unterlagen dem für die Prüfung der Anlage zuständigen Sachverständigen (siehe diese Anw. zu §. 25) zur Benutzung bei der Abnahme zu übersenden, und darauf zu achten, daß letztere fristgerecht erfolgt (§. 23). Wird die Anzeige nach §. 1 schon beim Bau der Betriebsstätte für eine Acetylenanlage erstattet, so hat die Polizeibehörde den Zeitpunkt der Inbetriebsetzung zu überwachen und dem zuständigen Verein sofort nach der Inbetriebsetzung Mitteilung zu machen.

Zu §. 2. Das Verbot der Aufstellung in „Räumen, die zum Aufenthalt von Menschen bestimmt sind", schließt die Anwesenheit ständigen Bedienungspersonals nicht aus. Im übrigen ist es gleichgültig, ob Räume in Frage kommen, die dauernd oder nur gelegentlich zum Aufenthalt von Menschen bestimmt sind.

Als „leichte Bedachung" sind solche Eindeckungen anzusehen, welche sich im Falle der Explosion einer Acetylenanlage leicht abheben.

Für die Beschaffenheit der „Brandmauern" sind die Bestimmungen der für den Aufstellungsort gültigen Baupolizeiverordnung maßgebend.

Als „leichte Zwischendecken" sind nur Holzdecken zulässig; gefederte oder zwischen Balken eingeschobene Brettlagen sind nicht zuzulassen, die Zwischendecke muß vielmehr lose auf dem Unterzug aufliegen. Die Schichthöhe etwa aufgelegter schlechter Wärmeleiter (Torfmull, Asche) soll in der Regel 20 cm nicht überschreiten.

Als „im Freien aufgestellte Apparate" gelten solche, die nicht von festen Wänden und einem Dach umschlossen sind. Aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit ist zu fordern, daß im Freien auf-

gestellte Apparate gegen den Zutritt unbefugter Personen abgesperrt werden und in ihrer Nähe vor dem unvorsichtigen Gebrauch von Feuer und Licht durch einen Anschlag gewarnt wird.

Der Begriff „feststehende" Acetylenentwickelungsapparate ist bereits im §. 1 dieser Anweisung erläutert.

Zu §. 3. Der Vorschrift, daß die Apparatenräume „frostfrei" sein sollen, wird nicht etwa dadurch (ausschließlich) genügt, daß die Apparate frostsicher eingehüllt werden.

Als „geräumig" gelten die Räume, wenn die Aufstellung der Apparate derart erfolgt, daß ihre Zugänglichkeit von allen Seiten gewahrt ist.

Zu §. 4. Bei der Beleuchtung der Acetylenräume von Dachfenstern aus (z. B. bei tief gelegenen Apparatenräumen) ist besondere Vorsicht geboten, damit nicht etwa das aus den Entlüftungsrohren (§. 6) austretende Acetylen-Luftgemisch sich an offenem Licht entzünden kann. Die Ausmündungsstelle des Entlüftungsrohres muß in solchen Fällen in senkrechter Richtung mindestens 3 m über der Lichtquelle liegen.

Kontaktvorrichtungen elektrischer Einrichtungen sollen außerhalb des Apparatenraumes liegen.

Zu §. 6. Der Forderung, daß im höchsten Punkte des Apparatenraumes ein Entlüftungsrohr aufzusetzen ist, wird auch durch Dachreiter entsprochen. Ebenso können Luftkamine in den Wänden mit verstellbaren Ventilationsöffnungen am Fußboden und höchsten Punkt des Raumes angewendet werden.

Zu §. 7. Bei Apparaten, deren System vom deutschen Acetylenverein nach seinen Normen geprüft worden ist, und welche dementsprechend mit dem Schild versehen sind: „Dieser Apparate-Typ ist geprüft vom Deutschen Acetylenverein gemäß Bescheinigung Nr. . . . vom . . . . . ." bedarf es bis auf weiteres einer Prüfung der Apparate auf Widerstandsfähigkeit nicht. Muß die Prüfung vorgenommen werden, so können die Normen des genannten Vereins als zweckentsprechender Anhalt dienen.

Auch von der Dichtigkeitsprüfung ist abzusehen, wenn durch die Bescheinigung eines im Sinne dieser Verordnung zuständigen Sachverständigen nachgewiesen wird, daß die Prüfung am Herstellungsort mit Erfolg ausgeführt worden ist. Die Regierungspräsidenten sind ermächtigt, zuverlässigen Herstellern von Acetylenapparaten ihres Bezirks widerruflich zu gestatten, die Dichtigkeitsprüfungen selbst vorzunehmen und Bescheinigungen darüber unter Beziehung auf eine solche Genehmigung auszustellen. Bescheinigungen dieser Art sind in den übrigen Regierungsbezirken anzuerkennen.

Liegt keine Bescheinigung vor, so sind bei der Abnahme die Nietnähte, Schweißstellen, Falz- oder Lötnähte derjenigen Teile der Apparate, die mit Acetylengas in Berührung kommen, von etwa aufgetragener Farbe zu befreien und durch Bestreichen mit Seifenwasser während des Betriebes des Apparates auf Dichtigkeit zu prüfen. Die Verwendung von offenem Licht zum Ableuchten der Nähte ist unbedingt zu vermeiden.

Zu §. 9. Bei Apparaten, deren System vom Deutschen Acetylenverein nach seinen Normen geprüft worden ist und welche dementsprechend kenntlich gemacht sind (vergl. §. 7 dieser Anweisung) bedarf es bis auf weiteres einer Prüfung der Apparate hinsichtlich der im §. 9 gegebenen Vorschriften nicht. Muß die Prüfung vorgenommen werden, so können die Normen genannten Vereins als zweckentsprechender Anhalt dienen.

Die Apparate können auch durch die Gebrauchsleitung entlüftet werden. Eine genügende Lüftung ist dann erfolgt, wenn die Brenner mit hell leuchtender Flamme brennen.

In gleicher Weise wie es in nicht fabrikmäßigen Betrieben unzulässig ist, im Entwickler einen höheren Überdruck als eine halbe Atmosphäre zu halten, ist es in solchen Anlagen nicht zu dulden, daß das Acetylengas etwa durch besondere Einrichtungen vor der Benutzung unter höherem Druck komprimiert wird.

Zu §. 10. Einer Dichtigkeitsprüfung der Leitungen bedarf es nicht, wenn die installierende Firma unter Verantwortung bescheinigt, daß sie die Prüfung mit Erfolg vorgenommen hat. Muß von dem Sachverständigen eine Dichtigkeitsprüfung ausgeführt werden, so genügt es, frei daliegende Verbindungsstellen in der zu §. 8 angegebenen Weise mit Seifenwasser zu bestreichen.

In jeder Anlage muß sich ein leicht zugänglicher Haupthahn befinden, durch den die gesamte Rohrleitung abgesperrt werden kann.

Zu §. 11. Gaszuleitungs- und Abzugsrohre, in denen sich ein Wassersack bilden kann, sollen am tiefsten Punkt eine Entwässerungsvorrichtung haben.

Zu §. 13. Da den Carbidrückständen unter Umständen noch unzersetztes Carbid beigemengt sein kann, so ist bei ihrer Beseitigung auf die Möglichkeit der Bildung eines explosiblen Acetylenluftgemenges Rücksicht zu nehmen. Die Rückstände dürfen daher nicht an Orten untergebracht oder so beseitigt werden, daß dabei die Gefahr einer Entzündung besteht. Oberhalb von Gruben zur Aufnahme der Rückstände darf keine Beleuchtungsvorrichtung vorhanden sein. Verschlossene Gruben sollen ein Entlüftungsrohr erhalten. Das Einbringen von Carbidrückständen in öffentliche Kanalisationen ist nicht zu gestatten.

Zu §. 20. Als „bewegliche" Apparate im

Sinne der Ausnahmebestimmungen gelten nur tragbare Lampen sowie Apparate zur Fahrzeug- und Streckenbeleuchtung, für Löt- und Schweißzwecke und dergleichen.

Zur Befriedigung der Bedürfnisse des Fahrrad- und Automobilverkehrs wird Carbid vielfach in kleinen Packungen von 1, 5, 10 kg, namentlich in Fahrradgeschäften, vorrätig gehalten. Soweit es sich dabei um luft- und wasserdicht verschlossene Blechbüchsen handelt, die nur im ganzen abgegeben werden, unterliegt es keinem Bedenken, auf Grund des §. 21 ausnahmsweise zu genehmigen, größere Mengen als 10 kg, und zwar je nach Bedarf bis zu 30 kg, ohne die Beschränkungen des §. 14 zu lagern. Bei der Aufbewahrung größerer Mengen in Verkaufsräumen und von Carbid, das aus geöffneten Gefäßen verwogen wird, sind jedoch mindestens die Anforderungen des §. 14 zu erfüllen.

Zu §. 23. Welche Bescheinigungen über System- und Dichtigkeitsprüfungen „amtlich anerkannt" werden dürfen, ergeben die Erläuterungen zu den §§. 7 und 9 dieser Anweisung.

Die Ortspolizeibehörden haben die in ihrem Bezirk betriebenen Acetylenanlagen, die nach dem ersten Absatz des §. 23 überwachungsbedürftig sind, zu ermitteln und das Verzeichnis den zuständigen Dampfkesselüberwachungsvereinen zu übersenden.

Bei den fabrikmäßigen Acetylenanlagen zur Beleuchtung von Ortschaften oder größeren Häuserblocks wird vielfach der deutsche Acetylenverein vertragsmäßig zu einer sachgemäßen Prüfung der Anlage vor der Inbetriebsetzung herangezogen. Wenn in Fällen dieser Art Bescheinigungen eines anerkannten Sachverständigen des deutschen Acetylenvereins bei der Abnahme vorgelegt werden, wonach die Anlage den Anforderungen der §§. 7, 8, 9 und 10 entspricht, kann von eingehender Feststellung, ob die Bestimmungen a. a. O. erfüllt sind, ebenso wie dies bei den Erläuterungen zu den §§. 7 und 10 vermerkt ist, abgesehen werden.

Anträge der Besitzer von bestehenden Acetylenanlagen auf Befreiung von der Abnahmeuntersuchung sind dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zur Begutachtung zu übersenden. Wird dem Antrage stattgegeben, so ist der zuständige Dampfkesselüberwachungsverein zu benachrichtigen.

Müssen Acetylenanlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits bestanden, nachträglich der Abnahmeprüfung unterzogen werden, so ist, falls nicht ganz erhebliche Bedenken gegen die Bauart und Dichtigkeit der Apparate und Leitungen vorliegen, von den Prüfungen nach §§. 7, 9 und 10 abzusehen. Die Abnahme beschränkt sich vielmehr auf die Feststellung, ob die Aufstellung des Apparates der Polizeiverordnung entspricht und deren übrige Vorschriften erfüllt sind.

Zu §. 24. Die Sachverständigen haben der Ortspolizeibehörde bei Übersendung der Abschrift der Abnahmebescheinigung die ihnen von ersterer für die Ausführung der Abnahme zugestellten Papiere (s. diese Anw. Abs. 3 zu §. 1) zurückzugeben.

Die Abnahmebescheinigung für den Besitzer ist stempelpflichtig.

Die Überwachungsvereine haben über alle von ihnen abgenommenen oder von der Prüfung befreiten Acetylenanlagen ein fortlaufendes Verzeichnis und ein besonderes Aktenstück anzulegen. Das Verzeichnis muß den Namen des Besitzers, den Ort des Betriebes, die Firma des Erbauers des Apparats (soweit sie bekannt ist), die Größe des Apparats nach der Normal-Flammenzahl, das Datum der vollzogenen Abnahme und etwaige besondere Wahrnehmungen bei der Abnahme enthalten. Die Vereine haben sich tunlichst darüber zu unterrichten, ob der in dem Verzeichnis aufgeführte Bestand etwa Veränderungen durch Außerbetriebsetzungen erleidet, erforderlichenfalls durch Vermittelung der Ortspolizeibehörde. Gelegentlich von ihnen wahrgenommene Mißstände in Anlagen haben sie der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Regelmäßige Prüfungen der Acetylenapparate neben ihrer erstmaligen Untersuchung sollen nach Maßgabe der Polizeiverordnung nicht gefordert werden.

Zu §. 25. Als Sachverständige im Sinne der Polizeiverordnung gelten in erster Linie die von den Regierungspräsidenten ernannten Ingenieure von Dampfkesselüberwachungsvereinen in den Grenzen der letzteren zugewiesenen Gebiete. Es bleibt vorbehalten, falls von Berufsgenossenschaften für qualifizierte Beauftragte ihrer Genossenschaft die Anerkenung als Sachverständige für ihre Mitglieder nachgesucht wird, weitere Anordnungen zu treffen.

Die Dampfkesselüberwachungsvereine haben diejenigen Ingenieure, für welche sie die Befugnis zur Abnahme von Acetylenanlagen nachzusuchen beabsichtigen, den zuständigen Regierungspräsidenten der für sie nach ihrem Vereinsgebiet in Betracht kommenden Bezirke vorzuschlagen. Voraussetzung der Erteilung der Befugnis ist der Besitz der beiden ersten Befugnisse für die Dampfkessel- oder Elektroüberwachung.

Die Namen der zuständigen Sachverständigen und Dampfkesselüberwachungsvereine sind von den Regierungspräsidenten den Ortspolizeibehörden mitzuteilen, desgleichen sind ihnen Veränderungsnachweisungen zu geben.

Zu §. 26. Die Gebührennachweise der Sachver-

ständigen sind den örtlich zuständigen Regierungspräsidenten zur Prüfung und Einziehung zu überreichen. Die Überweisung der Gebühren erfolgt, wenn die Untersuchung von dem Ingenieur eines Dampfkesselüberwachungsvereins ausgeführt ist, an diesen Verein.

Zu §. 27. Die Anzeigen über Acetylenexplosionen sind mit dem Ergebnis der Verhandlungen über die Untersuchung dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

Die Kosten dieser Untersuchungen sind solche der örtlichen Polizeiverwaltung und können nicht den Besitzern der Apparate auferlegt werden.

**Nr. 290** Der Provinzialrat hat die Abhaltung eines Zuchtvieh- und Bullenmarktes seitens der Lokalabteilung Aachen Stadt und Land des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Herzogenrath am 25. September d. Js. genehmigt.

Aachen, den 15. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 291** **V. Nachtrag**
zu dem in Stück 58 des Amtsblatts von 1887 veröffentlichten Verzeichnisse der im Regierungsbezirk Aachen vorhandenen Kunststraßen, auf welche die Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Juni 1887 (G.-S. S. 301) Anwendung finden.

| Lfde. Nr. | Nähere Bezeichnung der Straßen. |
|---|---|
| 113 | Losheim—Dreis'er Provinzialstraße von Losheim bis zur Bezirksgrenze und von Hallschlag bis zur Grenze hinter Cronenburg. |

Vorstehender Nachtrag wird im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz gemäß §. 12 des Gesetzes vom 20. Juni 1887 (G.-S. S. 301) hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Aachen, den 16. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 292** Vom 18. Juni d. Js. ab soll hierselbst ein zehntägiger unentgeltlicher Kursus in der rationellen Bienenzucht für Männer und daran anschließend im Bedarfsfalle ein sechstägiger gleicher Kursus für Frauen unter Leitung des Hauptlehrers a. D. Geilen abgehalten werden.

Anmeldungen zu dem Kursus für Männer sind rechtzeitig an den Kursusleiter und zu dem Kursus für Frauen bis zum 5. Juni d. Js. bei den Landräten und von in hiesiger Stadt wohnenden Frauen bei mir einzureichen.

Den teilnehmenden Frauen und Mädchen kann im Bedarfsfalle die Gewährung einer mäßigen Beihülfe aus öffentlichen Mitteln in Aussicht gestellt werden.

Aachen, den 23. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 293** Das Steueramt I. Klasse in Linnich im Bezirke des Hauptsteueramtes zu Düren wird vom 1. Juni d. Js. ab unter Belassung seiner bisherigen Befugnisse in ein Steueramt II. Klasse umgewandelt.

Cöln, den 19. Mai 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor:
Köhn.

**Nr. 294** Die jährlich abzuhaltende Hauskollekte zur Unterstützung dürftiger evangelischer Gemeinden in der Rheinprovinz wird durch die zu diesem Zwecke von den Presbyterien zu wählenden Mitglieder in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten abgehalten werden.

Die aufkommenden Erträge sind an die Kgl. Kreiskassen abzuliefern. Die letzteren werden hiermit beauftragt, die Gelder anzunehmen und unter Beachtung der in der Rundverfügung vom 26. Januar 1878 — I 1784 II — gegebenen Vorschriften an die Königliche Regierungs-Hauptkasse abzuliefern.

Aachen, den 16. Mai 1906.

Königliche Regierung.
Busenitz.

**Nr. 295** **Bekanntmachung.**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April bis Ende September 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 20, 22, 167, 366, 546, 722, 759, 851, 882, 978, 1012, 1094, 1194, 1292, 1310, 1317, 1387, 1678, 1765, 1791, 1860, 1886, 1942, 1995, 2359, 2540, 2578, 3084, 3163, 3178, 3252, 3290, 3526, 3742, 3790, 3798, 3841, 3849, 4114, 4142, 4181, 4206, 4207, 4411, 4446, 4474, 4660, 4705, 4802, 4855, 4863, 4901, 4923, 4936, 4981, 5050, 5090, 5091, 5156, 5170, 5191, 5326, 5368, 5447, 5497, 5515, 5547, 5563, 5565, 5823, 5904, 5910, 5939, 5943, 6040, 6089, 6178, 6266, 6268, 6329, 6344, 6374, 6447, 6472, 6478, 6479, 6625, 6748, 6867, 6873, 7158, 7181, 7274, 7368, 7486, 7492, 7569, 7653, 7663, 7770, 7802, 7810, 7827, 7828, 7829, 7833.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 62, 100, 185, 234, 240, 329, 370, 484, 518, 521, 522, 538, 559, 641, 724, 937, 1198, 1257, 1326, 1383, 1680, 1759, 1808, 1832, 1873, 2090, 2338, 2352, 2456, 2516, 2568, 2677, 2734,

2776, 2857, 2868, 2887, 2994, 3030, 3085, 3177, 3220, 3325, 3338.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 4, 275, 366, 738, 766, 1563, 1635, 1865, 1918, 1954, 2015, 2061, 2093, 2157, 2159, 2500, 2655, 2979, 3086, 4005, 4050, 4071, 4081, 4157, 4160, 4196, 4421, 4495, 4497, 4680, 4825, 4829, 4942, 4993, 5035, 5124, 5290, 5331, 5397, 5463, 5522, 5633, 5648, 5669, 5874, 5906, 5992, 6029, 6578, 6728, 6808, 7059, 7108, 7211, 7250, 7257, 7272, 7319, 7483, 7508, 7529, 7669, 7759, 7787, 7798, 7800, 7818, 7819, 7923, 7976, 8144, 8198, 8243, 8281, 8416, 8431, 8433, 8460, 8558, 8733, 8755, 9067, 9371, 9493, 9508, 9553, 9621, 9772, 9923, 10352, 10509, 10521, 10630, 10656, 11180, 11401, 11431, 11501, 11539, 11562, 11688, 11745, 11823, 11844, 11905, 11932, 12096, 12272, 12361, 12439, 12442, 12466, 12547, 12675, 12824, 12833, 12846, 12871, 12907, 12962, 12966, 12994, 13018, 13050, 13281, 13302, 13317, 13364, 13505, 13535, 13559, 13841, 13957, 13958, 14174, 14491, 14530, 14560, 14715, 14743, 14745, 14814, 14830, 14937, 14941, 15048, 15050, 15080, 15089, 15180, 15252, 15314, 15319, 15369, 15379, 15437, 15506, 15569, 15626, 15743, 15754, 15775, 15790, 15794, 15907, 15960, 15986, 16000, 16148, 16216, 16384, 16392, 16402, 16726, 16745, 16764, 16979, 17001, 17042, 17043, 17044, 17068, 17130, 17171, 17217, 17401, 17466, 17504, 17505, 17685, 17719, 17868, 17950, 18020, 18028, 18102, 18114, 18139, 18157, 18169, 18183, 18243, 18244, 18262, 18354, 18425, 18607, 18620, 18673, 18690, 18757, 18769, 18801, 18816, 18835, 18892, 19039, 19063, 19110, 19114, 19178, 19232, 19237, 19295, 19317, 19323, 19324, 19328, 19370, 19380, 19395, 19493, 19535, 19571, 19645, 19677, 19681, 19691, 19730, 19771, 19773, 19804, 19811, 19828, 19845, 19870, 19871, 19875, 19887, 19899, 19912, 19918, 19946, 20039, 20092, 20105, 20120, 20126, 20150, 20160, 20166, 20178, 20199, 20202, 20208, 20213, 20223, 20237, 20244, 20250, 20313, 20338, 20423, 20432, 20452.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 166, 419, 615, 661, 731, 776, 855, 1274, 1390, 1502, 1512, 1852, 1878, 2005, 2037, 2247, 2390, 2735, 2746, 3042, 3147, 3196, 3202, 3385, 3418, 3536, 3687, 3716, 3888, 3907, 4066, 4096, 4770, 5096, 5201, 5311, 5362, 5509, 5629, 5948, 6178, 6189, 6370, 6432, 6457, 6505, 6527, 6738, 7027, 7050, 7114, 7433, 7498, 7539, 7580, 7629, 7630, 7737, 7784, 7805, 7893, 7989, 8319, 8331, 8596, 8810, 8871, 8899, 9140, 9188, 9199, 9230, 9235, 9270, 9325, 9599, 9608, 9712, 9713, 10043, 10071, 10430, 10443, 11161, 11173, 11230, 11283, 11323, 11464, 11527, 11576, 11656, 11758, 11820, 11829, 12151, 12161, 12165, 12217, 12254, 12325, 12345, 12374, 12434, 12440, 12801, 12864, 12871, 13030, 13154, 13358, 13375, 13497, 13567, 13778, 13814, 13815, 13853, 14028, 14066, 14091, 14149, 14151, 14318, 14330, 14344, 14563, 14602, 14608, 14624, 14760, 14776, 14780, 14910, 14918, 15034, 15071, 15203, 15212, 15215, 15219, 15268, 15291, 15298, 15301, 15312, 15393, 15425, 15440, 15573, 15674, 15752, 15791, 15935, 15978, 16010, 16108, 16144, 16328, 16372, 16375, 16411, 16433, 16457, 16473, 16478, 16517, 16522, 16551, 16626, 16629, 16669, 16671, 16680, 16753, 16915, 16974, 16976, 16980, 17057, 17087, 17116, 17179, 17215, 17230, 17241, 17276, 17302, 17352, 17582, 17599, 17613, 17635, 17641, 17645, 17706, 17714, 17738, 17767, 17861, 17875, 17905, 17907, 17911, 17913, 17935, 17952, 17958, 17975, 18007, 18018, 18034, 18078, 18099, 18159, 18181, 18244, 18258, 18266, 18291, 18298, 18356, 18477, 18492, 18500, 18505, 18512, 18551, 18564, 18590, 18637, 18687, 18707, 18798, 18817, 18889, 18922, 18938, 18968, 18992, 19018, 19047, 19062, 19070, 19108, 19204, 19244, 19246, 19286, 19287, 19288, 19289, 19290, 19291, 19304, 19336, 19411, 19412, 19458, 19459, 19503, 19519, 19589, 19683, 19685.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 124, 444.

2. Litt. N à 300 M.

Nr. 318.

3. Litt. O à 75 M.

Nr. 177.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 123, 163.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Oktober 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen und zwar:

Zu I nur Anweisungen

Zu II Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4 % Rentenbriefe.

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.

b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.

c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18296, 18661, 18867. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900.

d) 1. April 1900. Litt. C Nr. 1882, 8759, 11203, 11998, 12036, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 5206, 7103, 7640, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305, 17468, 17695, 18080, 18607.

e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 6472, 16260, 17113, 17245, 17691, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.

f) 1. April 1901. Litt. A Nr. 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.

g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.

h) 1. April 1902. Litt. A Nr. 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 13637, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824. Litt. D Nr. 637, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825, 14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.

i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 3634, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 17677, 17698, 18255, 18418, 18428.

k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16563, 17854, 18147, 18148, 18556, 18853, 18939, 19027.

l) 1. Oktober 1903. Litt. A Nr. 2797, 7328, 7461. Litt. B Nr. 357, 2000, 2477, 2880, 3235. Litt. C Nr. 566, 2508, 6242, 7668, 8922, 9823, 10340, 14918, 15414, 16480, 16514, 16525, 16904, 17552, 18698, 18850, 18861, 19364, 19463, 19796, 19898. Litt. D Nr. 1838, 2221, 2858, 3808, 6953, 8836, 9863, 10415, 10426, 10837, 12128, 12791, 12796, 17207, 17639, 17653, 17941, 18152, 18880, 18885, 18887, 18979, 19293, 19298.

m) 1. April 1904. Litt. A Nr. 7203. Litt. B Nr. 637, 3046, 3308. Litt. C Nr. 985, 1004, 1642, 3308, 6309, 6433, 9927, 10442, 12135, 14253, 15307, 16058, 16533, 17893, 18473, 18922, 19109, 20117. Litt. D Nr. 630, 1487, 2787, 2829, 3212, 3926, 5005, 5328, 7245, 8406, 13089, 13204, 15462, 15590, 15813, 16078, 16184, 16617, 17693, 17696, 18284, 18839, 18974, 18981, 19318, 19378.

2. 3½ % Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.

b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

c) 1. Juli 1903. Litt. J Nr. 67, 101. Litt. K Nr. 201.

d) 2. Januar 1904. Litt. H Nr. 221

hierdurch aufgefordert, sie den genannten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Pfeffer von Salomon.

**Nr. 296 Bekanntmachung.**

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Münster, den 18. Mai 1906.

In dem heutigen Termine wurde in Gemäßheit der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 zur Vernichtung derjenigen ausgelosten 4 % und 3½ % Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz geschritten, welche nach den von der Königlichen Direktion der Rentenbank aufgestellten Verzeichnissen vom 15. d. Mts. gegen Barzahlung zurückgegeben worden sind.

Nach diesen Verzeichnissen sind zur Vernichtung bestimmt:

I. 4% Rentenbriefe:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 106 Stück | Litt. A | à 3000 M. | = | 318000 M. |
| 2. | 46 „ | „ B | „ 1500 „ | = | 69000 „ |
| 3. | 265 „ | „ C | „ 300 „ | = | 79500 „ |
| 4. | 237 „ | „ D | „ 75 „ | = | 17775 „ |
| Sa. | 654 Stück | über | . . . . . | | 484275 M. |

buchstäblich: Sechshundert vier und fünfzig Stück Rentenbriefe über vierhundert vier und achtzig tausend zweihundert fünf und siebenzig Mark nebst den dazu gehörigen siebenhundert und siebenzehn Stück Zinskoupons und sechshundert drei und fünfzig Stück Talons;

II. 3½% Rentenbriefe aus den Terminen 1. April und 1. Oktober:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. | 1 Stück | Litt. L über | . . | 3000 M. |
| 2. | 1 „ | „ M „ | . . | 1500 „ |
| 3. | 4 „ | „ N à 300 M. | = | 1200 „ |
| zusammen | 6 Stück | über | . . . . . | 5700 M. |

buchstäblich: sechs Stück Rentenbriefe über fünftausend und sieben hundert Mark nebst den dazu gehörigen achtzehn Stück Zinsscheinen und sechs Stück Anweisungen;

III. 3½% Rentenbriefe aus den Terminen 1. Juli und 2. Januar:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. | 1 Stück | Litt. F über | . . | 3000 M. |
| 2. | 2 „ | „ H à 300 M. | = | 600 „ |
| 3. | 1 „ | „ K über | . . . | 30 „ |
| zusammen | 4 Stück | über | . . . . . | 3630 M. |

buchstäblich: vier Stück Rentenbriefe über dreitausend sechshundert und dreißig Mark nebst den dazu gehörigen sechszehn Stück Zinsscheinen und vier Stück Anweisungen.

Sämtliche Papiere wurden nachgesehen, für richtig befunden und hierauf in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

gez.: Brede. Freiherr von Loë.
Freiherr von Hövel. Falger.
Pfeffer von Salomon. Honerf.
Neuhaus, Notar.

wird nach Vorschrift des §. 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Münster, den 18. Mai 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Pfeffer von Salomon.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 297** Bei der Posthilfstelle in Frohngau ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 21. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

**Nr. 298 Personal-Nachrichten.**

Der zum französischen Konsul in Düsseldorf mit Zuständigkeit für den hiesigen Bezirk ernannte Camille Joseph Alexandre Chayet und der zum norwegischen Konsul für die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen mit dem Amtssitz in Cöln a. Rh. ernannte Oskar Möller in Cöln sind in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Berta Kremer bei der katholischen Volksschule zu Conzen, Kreis Montjoie, vom 1. Juli d. Js. ab;
2. Julie von den Hoff bei der katholischen Volksschule zu Imgenbroich, Kreis Montjoie vom 1. Juli d. Js. ab.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 21.

Druck von J. Sterck en in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 24. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 31. Mai 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Polizei-Verordnung.

**Nr. 299** Auf Grund des §. 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen, mit Ausnahme der Städte über 10000 Einwohner, unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

§. 1. a) Der Absatz 2 des §. 12 der Baupolizei-Verordnung vom 8. Oktober 1900 erhält folgende Fassung:

„Wo die Herstellung der Umfassungs- und belasteten Innenwände in ausgemauertem Holzfachwerk bisher üblich war, ist sie auch fernerhin zulässig. Sie ist ferner statthaft bei freistehenden niedrigen villenartigen Gebäuden sowie für belastete Innenwände von Kleinbauten. Kleinbauten im Sinne dieser Vorschrift sind Wohngebäude, die außer Keller- und Dachgeschoß höchstens zwei Geschosse enthalten, wobei die Geschoßhöhe von Fußboden zu Fußbodenoberkante höchstens 3,5 m, der äußere Abstand der Umfassungsmauern (die Gebäudetiefe) nicht über 10 m und die bebaute Grundfläche nicht mehr als 80 qm beträgt, und bei denen das Dachgeschoß höchstens zur Hälfte seiner Grundfläche Räume enthält, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind. Anbauten gelten als Kleinbauten, falls ihre Grundfläche nicht mehr als 3 qm für jeden Meter der Vorderfront des Hauptgebäudes beträgt. Ausnahmsweise ist statt der Ausmauerung des Holzfachwerks eine Lehmausstakung zulässig.“

b) Der §. 13 der Baupolizei-Verordnung vom 8. Oktober 1900 erhält folgenden Zusatz:

„Bei Kleinbauten (vergl. §. 12 Abs. 2) können die gemeinschaftlichen Grenzmauern von Reihen- und Doppelhäusern in den beiden oberen Geschossen, wozu auch das Dachgeschoß zählt, in einer Stärke von einem Stein (25 cm) in Ziegelsteinen hergestellt werden. Zwischen je höchstens 4 Häusern mit zusammen höchstens 32 m Frontlänge ist eine Brandmauer von mindestens $1^1/_2$ Stein erforderlich, die 0,30 m über die Dachfläche hinausgeführt und feuersicher abgedeckt werden muß.“

§. 2. §. 17 Absatz 6 der Baupolizei-Verordnung vom 8. Oktober 1900 wird in der Fassung der Polizei-Verordnung vom 5. März 1903 (A.-Bl. S. 85) auf die Kreise Malmedy und Schleiden ausgedehnt.

§. 3. §. 27 der Baupolizei-Verordnung vom 8. Oktober 1900 (in der Fassung der Polizei-Verordnung vom 25. April 1902) wird aufgehoben.

§. 4. Diese Polizei-Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Aachen, den 25. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 300** Der Herr Ober-Präsident hat dem Vorstande des Vereins für christliche Volksbildung in der Rheinprovinz und Westfalen die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten seiner Zwecke im Jahre 1907 bei wohlhabenden evangelischen Freunden der Sache in den größeren Städten der Rheinprovinz einmalig freiwillige Beiträge einsammeln zu lassen.

Mit der Einsammlung der Beiträge im Regierungsbezirke Aachen sind Carl Goerke aus M.-Gladbach und Peter Stoßberg aus Aachen beauftragt worden.

Aachen, den 25. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Bufenitz.

**Nr. 301** Durch Beschluß vom heutigen Tage ist angeordnet worden, daß die Eigentümer derjenigen Grundstücke in den Gemeinden Imgenbroich, Montjoie, Kalterherberg, Elsenborn, Nidrum, Weywertz und Sourbrodt, welche seitens der Königlichen Staatseisenbahn-Verwaltung zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Montjoie—Sourbrodt der Linie Rothe-Erde—St. Vith in Anspruch genommen werden, alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden geschehen zu lassen haben, ferner, daß die seitens des Vermessungspersonals zur Absteckung der Bahnlinie auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w. zu dulden sind und von Unbefugten nicht entfernt werden dürfen.

Aachen, den 11. Mai 1906.

Der Bezirksausschuß zu Aachen.
Malmros.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 302** Bei der Posthilfstelle in Tüddern (Kreis Heinsberg) ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 24. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

### Bekanntmachung.

**Nr. 303** Bei der Posthilfstelle in Höngen (Kreis Heinsberg) ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 25. Mai 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 304** **Bekanntmachung,**
betreffend den in Bonn im Jahre 1906/1907 abzuhaltenden Turnkursus.

Auf Anordnung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten findet in Bonn unter Aufsicht des Universitäts-Kurators wiederum ein Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern statt.

Der Kursus wird am Montag, den 15. Oktober l. Js. beginnen und ungefähr 21 Wochen dauern. Die Teilnehmer verpflichten sich zur Ablegung der nächsten im Anschluß an den Kursus in Bonn abzuhaltenden Turnlehrer-Prüfung.

Zur Teilnahme werden zugelassen:
a) Bewerber, die bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben;
b) Studierende nach vollendetem dritten Semester.

Mit der Meldung, welche bis spätestens zum 20. August an das Universitäts-Kuratorium zu richten ist, sind von den Bewerbern vorzulegen:
a) ein Lebenslauf;
b) ein ärztliches Zeugnis darüber, daß der Körperzustand und die Gesundheit des Bewerbers dessen Ausbildung zum Turnlehrer gestatten

und c) **von Lehrern**: Zeugnisse über die Prüfungen und ein Zeugnis über die seitherige Wirksamkeit als Lehrer oder in dessen Ermangelung ein amtliches Führungszeugnis;
**von Studierenden**: ein Führungszeugnis seit Beginn des Studiums unter Bezeichnung der zurückgelegten Semesterzahl.

**Die Lehrer haben ihre Meldung durch die vorgesetzte Behörde (Kreisschulinspektionen pp.) einzureichen.**

Solchen dem preußischen Staatsverbande angehörenden Teilnehmern am Kursus, welche bereits eine Prüfung für das Lehramt bestanden haben, können in besonderen Fällen aus Zentralfonds mäßige Beihülfen gewährt werden, jedoch lediglich für den Unterhalt in Bonn, nicht aber zu den Kosten der Hin- und Rückreise, der Vertretung im Amte, des Unterhaltes der zurückbleibenden Familie pp. Gleichfalls können an Studierende bei nachgewiesener Bedürftigkeit Beihülfen bis zur Höhe von 150 Mark für das Semester bei regelmäßigem Besuche der Turnkursstunden bewilligt werden. Bezügliche begründete Gesuche sind nach der Zulassung dem Universitäts-Kuratorium alsbald einzureichen.

Bonn, den 21. Mai 1906.

Der Königliche Universitäts-Kurator.
Rottenburg.

### Bekanntmachung.

**Nr. 305** In der Beilage zu diesem Amtsblatt bringe ich das Reglement für die Verteilung der gemäß §. 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 2. Juni 1902 an leistungsschwache Kreise und Gemeinden zu verteilenden Staatsrenten zur öffentlichen Kenntnis.

Düsseldorf, den 22. Mai 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 306** Der Ackerer Hubert Jennissen zu Effeld hat den Antrag gestellt, den vom Wege nach Steinkirchen zur Schulgasse in Flur 1 der Gemarkung Effeld durch die Parzellen 2 Nr. 782/4, 783/5, 1048/7 führenden Fußpfad für den öffentlichen Verkehr zu schließen.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß etwaige Einsprüche binnen 4 Wochen, vom Tage des Erschei-

nens dieser Bekanntmachung an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten anzubringen sind.

Die auf die Aufhebung des Fußpfades Bezug habende Situationsskizze liegt auf meinem Bureau zur Einsicht offen.

Elsum, den 21. Mai 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Ehrenbürgermeister:
Frhr. v. Leykam.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 307** Es wird hiermit in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß seitens der Stadt beabsichtigt wird, die Scheuergasse zu unterdrücken.

Etwaige Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind binnen einer am 31. Mai d. Js. beginnenden Frist von vier Wochen bei der unterzeichneten Behörde zur Vermeidung des Ausschlusses entweder schriftlich einzureichen, oder im Rathause, Zimmer Nr. 76, zu Protokoll zu erklären.

Aachen, den 28. Mai 1906.

Städtische Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister:
Veltman.

**Nr. 308 Personal-Nachrichten.**

Dem Gymnasial-Oberlehrer Arnold Schley in Posen ist vom 15. Mai d. Js. ab die kommissarische Verwaltung des Kreisschulinspektionsbezirks Malmedy übertragen worden.

Der an Stelle des verstorbenen Herrn Pimentel Coronel zum Berufs-General-Konsul der Vereinigten Staaten von Venezuela für das Deutsche Reich mit dem Amtssitze in Hamburg ernannte Herr Dr. José A. Baldó ist in der gedachten Eigenschaft zu den ressortmäßigen Geschäften für den Regierungsbezirk Aachen zugelassen worden.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Helene Sinderen zum 1. Juni d. Js. bei der katholischen Volksschule zu Höngen, Landkreis Aachen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 22.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 25. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 7. Juni 1906.




### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 309** Das 23. Stück enthält unter Nr. 10715: Staatsvertrag zwischen der Königlich Preußischen und der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung wegen Abänderung des am 23. Dezember / 8. August 1843 zwischen der Königlich Preußischen Regierung zu Merseburg und dem Herzoglich Sächsischen Konsistorium zu Altenburg mit Genehmigung des Königlich Preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin und Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg über die kirchlichen und Schulverhältnisse des altenburgischen Dorfes Hainchen abgeschlossenen Rezesses. Vom 15. Juli 1905. Unter Nr. 10716: Bekanntmachung der Ministerialerklärung vom 12. Mai 1906 zu dem zwischen der Königlich Preußischen und der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrage vom 15. Juli 1905 wegen Abänderung des am 23. Dezember / 8. August 1843 zwischen Preußen und Sachsen-Altenburg über die kirchlichen und Schulverhältnisse des altenburgischen Dorfes Hainchen abgeschlossenen Rezesses. Vom 23. Mai 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 310** In der gemeinschaftlichen Verfügung vom 23. November 1881 (Minist.-Bl. f. d. i. Verw. 1882 S. 34) sind unter den Königlichen Forstschutzbeamten, welche durch diese Verfügung gemäß §. 153 Abs. 2 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt wurden, die Forsthilfsjäger aufgeführt. Zur Beseitigung von Zweifeln bemerken wir, daß unter Forsthilfsjägern im Sinne dieser Vorschrift sowohl die Jäger der Klasse A als auch die Oberjäger der Klasse A (die sogenannten Kommandojäger) zu verstehen sind, beide, sofern sie im staatlichen Forstdienste beschäftigt sind (vergl. §§. 18, 19 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königlichen Forstschutzdienste vom 1. Oktober 1905, die an die Stelle der §§ 15, 16 der Bestimmungen über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägerkorps vom 1. Oktober 1897 — Minist.-Bl. f. d. i. Verw. S. 237 — getreten sind — Minist.-Bl. d. Verw. f. Landw., Dom. u. Forsten von 1906 S. 78).

Ferner werden im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß vom 15. September 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 349) die Hilfsförster zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 16. März 1906.

Der Justizminister. Der Minister des Innern.
Dr. Beseler. In Vertretung:
von Bischoffshausen.

**Nr. 311** **Bekanntmachung,**

**Postpaketverkehr mit Cuba.**

Vom 1. Juni ab können Postpakete bis zum Gewichte von 5 kg ohne Wertangabe oder mit Wertangabe bis 2400 M. einschließlich nach Cuba versandt werden. Die Beförderung erfolgt über Bremen oder Hamburg mit deutschen Schiffen. Die Pakete müssen frankiert werden; die Taxe beträgt für Sendungen bis zum Gewicht von 1 kg: 1 M. 60 Pfg., über 1—3 kg: 2 M., über 3—5 kg: 2 M. 40 Pfg.; hierzu tritt bei Wertpaketen eine Versicherungsgebühr von 24 Pfg. für je 240 M. des angegebenen Wertes. Über die sonstigen Versendungsbedingungen erteilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W. 66, den 24. Mai 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage: Groh.

**Nr. 312** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | 90 | 19 | 90 | — | — | 19 | 50 | 18 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 50 | 18 | — | — | — | 17 | 45 | 16 | 95 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 18 | — | 17 | — | — | — | 16 | 53 | 15 | 53 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zu gerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Rm. | |
| — | — | 7<br>9 | 75<br>45 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | 2 | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 29 | 4 | 10 | — | — | — | — |
| — | — | 6<br>7 | 65<br>80 | 140 | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 10 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 56 | 1 | 46 | 1 | 86 | 1 | 70 | 1 | 70 | 1 | 86 | 2 | 46 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 80 | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 55 | 1 | 70 | 2 | 20 | 2 | 47 | 4 | 12 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 3 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 131 | 50 | 1 | 62 | 1 | 45 | 1 | 85 | 1 | 66 | 1 | 63 | 1 | 87 | 2 | 43 | 4 | 10 | — | — | — | — |

**Anmerkung I.** Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

**Anmerkung II.** Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden

**der Provinzial-Behörden.**

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Mai 1906.

Preise:

| Getreide: Hafer gut M. | Pf. | Hafer mittel M. | Pf. | Hafer gering M. | Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Pf. | Bohnen (weiße) M. | Pf. | Linsen M. | Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Pf. | Stroh Richt- M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 17 | 90 | 17 | 40 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 8 | — | 6 | — |
| 18 | 80 | | | | | | | | | | | | | | | | | 7 | 35 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 55 | — | — |
| 16 | 05 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 4 | 10 |
| 17 | 13 | | | | | | | | | | | | | | | | | 4 | 53 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 36 | — | — | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 10 | 81 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | — | — | — | — | — | 6 | 50 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 03 | 34 | 43 | 42 | 20 | 7 | 55 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Mai 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Pf. | Roggen M. | Pf. | Gersten: Graupen M. | Pf. | Grütze M. | Pf. | Buchweizengrütze M. | Pf. | Hafer-Grütze M. | Pf. | Hirse M. | Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Pf. | Kaffee: Java (mittel) roh M. | Pf. | Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Pf. | Speisesalz M. | Pf. | Schweineschmalz hiesiges M. | Pf. | Schwarzbrot M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 30 | — | 30 | — | 36 | — | 52 | — | 36 | — | 50 | — | 48 | — | 48 | 2 | 40 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 27 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 29 | — | 37 | — | 41 | — | 34 | — | 53 | — | 54 | — | 47 | 2 | 38 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 78 | — | 15 |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats Mai 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide … Ursprungs.

…, den 6. Juni 1906. Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: …usenitz.

**Nr. 313 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Mai 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 6 |
| desgl. | Eupen | 3 | 3 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 3 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 1 | 1 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 2 | 3 |
| desgl. | Schleiden | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 314 Bekanntmachung.**

Die Kreistierarztstelle des Kreises Schleiden mit dem Amtssitze in Call ist zum 1. August d. J. zu besetzen. Außer den etatsmäßigen Bezügen wird dem Inhaber dieser Stelle bis auf weiteres eine jährliche Zulage von 900 Mark bewilligt.

Der Viehbestand im Kreise Schleiden betrug nach der Zählung vom 1. Dezember 1904:

1328 Pferde,
26149 Rinder,
4239 Schafe,
8637 Schweine,
3577 Ziegen.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Beifügung des Lebenslaufes, der Approbation, des Fähigkeitszeugnisses zur Anstellung als beamteter Tierarzt und etwaiger sonstiger Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit binnen 3 Wochen schriftlich bei mir melden.

Aachen, den 31. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 315** Zur Ausübung der Praxis in den Grenzgemeinden des Regierungsbezirks Aachen sind die nachbenannten niederländischen Tierärzte befugt:

P. H. van Kempen in Echt,
L. van Kempen in Sittard,
J. Duysens in Heerlen.

Aachen, den 1. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 316** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des Erziehungshauses „St. Antonius" in Aachen die Erlaubnis erteilt, für die Zwecke der Anstalt bei den katholischen Bewohnern der Dekanate Geilenkirchen, Aldenhoven, Jülich, Erkelenz, Krefeld Stadt und Land, Neuß, M.-Gladbach Stadt und Land, Grevenbroich, Eschweiler, Düren, Lechenich, Bergheim, Wassenberg, Düsseldorf, Essen, Werden und Aachen in diesem Jahre einmalig freiwillige Gaben einzusammeln. Mit der Einsammlung der Gaben sind folgende Personen beauftragt worden:

Bruder Basilius Jeune, Apollinaris Haanraadts, Lucian Augenbraun und Damasus Jansen.

Aachen, den 2. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Öffentliche Bekanntmachung.**

**Nr. 317** In Folge der wirtschaftlichen Zusammenlegung des Gemeindebezirks Morschenich, Kreis Düren, Regierungsbezirk Aachen, und der damit verbundenen Regulierung der Grenze dieser und der Gemeinde Buir, Kreis Bergheim, Regierungsbezirk Cöln, ist eine teilweise Änderung der Grenze der Kreise Düren und Bergheim eingetreten.

Der bisherige Grenzgraben südlich des öffentlichen Weges von Morschenich nach Buir bildet nunmehr in seiner Begradigung (Nr. 3) die Kreisgrenze mit der Maßgabe, daß er selbst sowie der an seiner Nordwestseite ausgewiesene Weg (Nr. 27) ganz zum Gemeindebezirk Buir, Kreis Bergheim, gehört. Von der Stelle ab, wo bisher die Kreisgrenze den öffentlichen Weg Morschenich-Buir durchquert, läuft sie nunmehr an der Nordseite dieses Weges entlang in westlicher Richtung bis zum Wirtschaftswege Nr. 24, biegt hier in nördlicher Richtung ab, läuft der westlichen Seite dieses Weges entlang bis an die Grenze zwischen den Grundstücken Plan 44 a und 98 b, folgt dieser in westlicher Richtung bis zum Wirtschaftswege Nr. 23, biegt dann nördlich ab, läuft der östlichen Seite des Weges 23 entlang bis zum Wege Nr. [illegible] nach Monheim und alsdann in westlicher Richtung der südlichen Wegegrenze entlang bis zu dem begradigten Flutgraben Nr. 1, der von hier aus in seinem nördlichen Teile bis zum Walde die neue Kreisgrenze bildet, selbst aber zum Gemeindebezirk Morschenich, Kreis Düren, gehört.

Vorstehende Bekanntmachung wird auf Grund des §. 3 Abs. 3 und 4 der Kreisordnung für die Rheinprovinz hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Düsseldorf, den 19. Mai 1906.

Königliche Generalkommission.

**Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.**

**Nr. 318** Die Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft zu Stolberg

die Verlegung des die Verbindung zwischen den beiden von Stolberg nach Eschweiler und von Stolberg nach Hastenrath führenden Straßen herstellenden, vom Duffenter nach Werth führenden Fuß- und Fahrweges beantragt.

Dieses Vorhaben bringe ich in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (G.-S. S. 237) hierdurch zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Eschweiler, den 31. Mai 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister.
J. V.: Besgen.

**Nr. 319 Bekanntmachung.**

Die Witwe Hermann Rothschild zu Jünkerath beabsichtigt, auf dem Grundstück Flur 12, Nr. 883/281 der Steuergemeinde Sourbrodt ihre dort bestehende Schlächterei zu erweitern.

Dies wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen; nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen bis zum Ablauf der Frist auf dem hiesigen Bürgermeisteramte zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin vor dem Unterzeichneten

auf Samstag, den 30. Juni d. J., vormittags 10½ Uhr

im Bürgermeistereilokale hierselbst mit dem Bemerken anberaumt, daß im Fall des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Bütgenbach, den 5. Juni 1906.

Der Bürgermeister.
Kirch.

**Nr. 320 Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April bis Ende September 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 20, 22, 167, 366, 546, 722, 759, 851, 882, 978, 1012, 1094, 1194, 1292, 1310, 1317, 1387, 1678, 1765, 1791, 1860, 1886, 1942, 1995, 2359, 2540, 2578, 3084, 3163, 3178, 3252, 3290, 3526, 3742, 3790, 3798, 3841, 3849, 4114, 4142, 4181, 4206, 4207, 4411, 4446, 4474, 4660, 4705, 4802, 4855, 4863, 4901, 4923, 4936, 4981, 5050, 5090, 5091, 5156, 5170, 5191, 5326, 5368, 5447, 5497, 5515, 5547, 5563, 5565, 5823, 5904, 5910, 5939, 5943, 6040, 6089, 6178, 6266, 6268, 6329, 6344, 6374, 6447, 6472, 6478, 6479, 6625, 6748, 6867, 6873, 7158, 7181, 7274, 7368, 7486, 7492, 7569, 7653, 7663, 7770, 7802, 7810, 7827, 7828, 7829, 7833.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 62, 100, 185, 234, 240, 329, 370, 484, 518, 521, 522, 538, 559, 641, 724, 937, 1198, 1257, 1326, 1383, 1680, 1759, 1808, 1832, 1872, 2090, 2338, 2352, 2456, 2516, 2568, 2677, 2734, 2776, 2857, 2868, 2887, 2994, 3030, 3085, 3177, 3220, 3325, 3338.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 4, 275, 366, 738, 766, 1563, 1635, 1865, 1918, 1954, 2015, 2061, 2093, 2157, 2159, 2500, 2655, 2979, 3086, 4005, 4050, 4071, 4081, 4157, 4160, 4196, 4421, 4495, 4497, 4680, 4825, 4829, 4942, 4993, 5035, 5124, 5290, 5331, 5397, 5463, 5522, 5633, 5648, 5669, 5874, 5906, 5992, 6029, 6578, 6728, 6808, 7059, 7108, 7211, 7250, 7257, 7272, 7319, 7483, 7508, 7529, 7669, 7759, 7787, 7798, 7800, 7818, 7819, 7923, 7976, 8144, 8198, 8243, 8281, 8416, 8431, 8433, 8460, 8558, 8733, 8755, 9067, 9371, 9493, 9508, 9553, 9621, 9772, 9923, 10352, 10509, 10521, 10630, 10656, 11180, 11401, 11431, 11501, 11539, 11562, 11688, 11745, 11823, 11844, 11905, 11932, 12096, 12272, 12361, 12439, 12442, 12466, 12547, 12675, 12824, 12833, 12846, 12871, 12907, 12962, 12966, 12994, 13018, 13050, 13281, 13302, 13317, 13364, 13505, 13535, 13559, 13841, 13957, 13958, 14174, 14491, 14530, 14560, 14715, 14743, 14745, 14814, 14830, 14937, 14941, 15048, 15050, 15080, 15089, 15180, 15252, 15314, 15319, 15369, 15379, 15437, 15506, 15569, 15626, 15743, 15754, 15775, 15790, 15794, 15907, 15960, 15986, 16000, 16148, 16216, 16384, 16392, 16402, 16726, 16745, 16764, 16979, 17001, 17042, 17043, 17044, 17068, 17130, 17171, 17217, 17401, 17466, 17504, 17505, 17685, 17719, 17868, 17950, 18020, 18028, 18102, 18114, 18139, 18157, 18169, 18183, 18243, 18244, 18262, 18354, 18425, 18607, 18620, 18673, 18690, 18757, 18769, 18801, 18816, 18835, 18892, 19039, 19063, 19110, 19114, 19178, 19232, 19237, 19295, 19317, 19323, 19324, 19328, 19370, 19380, 19395, 19493, 19535, 19571, 19645, 19677, 19681, 19691, 19730, 19771, 19773, 19804, 19811, 19828, 19845, 19870, 19871, 19875, 19887, 19899, 19912, 19918, 19946, 20039, 20092, 20105, 20120, 20126, 20150, 20160, 20166, 20178, 20199, 20202, 20208, 20213, 20223, 20237, 20244, 20250, 20313, 20338, 20423, 20432, 20452.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 166, 419, 615, 661, 731, 776, 855, 1274, 1390, 1502, 1512, 1852, 1878, 2005, 2037, 2247, 2390, 2735, 2746, 3042, 3147, 3196, 3202, 3385, 3418, 3536, 3687, 3716, 3888, 3907, 4066, 4096, 4770, 5096, 5201, 5311, 5362, 5509, 5629, 5948, 6178, 6189, 6370, 6432, 6457, 6505, 6527, 6738, 7027, 7050, 7114, 7433, 7498, 7539, 7580, 7629, 7630, 7737, 7784, 7805, 7893, 7989, 8319, 8331, 8596, 8810, 8871, 8899, 9140, 9188, 9199, 9230, 9235, 9270, 9325, 9599, 9608, 9712, 9713, 10043, 10071, 10430, 10443, 11161, 11173, 11230, 11283, 11323, 11464, 11527, 11576, 11656, 11758, 11820, 11829, 12151, 12161, 12165, 12217, 12254, 12325, 12345, 12374, 12434, 12440, 12801, 12864, 12871, 13030, 13154, 13358, 13375, 13497, 13567, 13778, 13814, 13815, 13853, 14028, 14066, 14091, 14149, 14151, 14318, 14330, 14344, 14563, 14602, 14608, 14624, 14760, 14776, 14780, 14910, 14918, 15034, 15071, 15203, 15212, 15215, 15219, 15268, 15291, 15298, 15301, 15312, 15393, 15425, 15440, 15573, 15674, 15752, 15791, 15935, 15978, 16010, 16108, 16144, 16328, 16372, 16375, 16411, 16433, 16457, 16473, 16478, 16517, 16522, 16551, 16626, 16629, 16669, 16671, 16680, 16753, 16915, 16974, 16976, 16980, 17057, 17087, 17116, 17179, 17215, 17230, 17241, 17276, 17302, 17352, 17582, 17599, 17613, 17635, 17641, 17645, 17706, 17714, 17738, 17767, 17861, 17875, 17905, 17907, 17911, 17913, 17935, 17952, 17958, 17975, 18007, 18018, 18034, 18078, 18099, 18159, 18181, 18244, 18258, 18266, 18291, 18298, 18356, 18477, 18492, 18500, 18505, 18512, 18551, 18564, 18590, 18637, 18687, 18707, 18798, 18817, 18889, 18922, 18938, 18968, 18992, 19018, 19047, 19062, 19070, 19108, 19204, 19244, 19246, 19286, 19287, 19288, 19289, 19290, 19291, 19304, 19336, 19411, 19412, 19458, 19459, 19503, 19519, 19589, 19683, 19685.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 124, 444.

2. Litt. N à 300 M.

Nr. 318.

3. Litt. O à 75 M.

Nr. 177.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 123, 163.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Oktober 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen und zwar:

Zu I nur Anweisungen

Zu II Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4 % Rentenbriefe.

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.
b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.
c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18296, 18661, 18867. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900.
d) 1. April 1900. Litt. C Nr. 1882, 8759, 11203, 11998, 12036, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 5206, 7103, 7640, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305, 17468, 17695, 18080, 18607.
e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 6472, 16260, 17113, 17245, 17691, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.
f) 1. April 1901. Litt. A Nr. 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.
g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.
h) 1. April 1902. Litt. A Nr: 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 13637, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824. Litt. D Nr. 637, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825,

14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.

i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 3634, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 17677, 17698, 18255, 18418, 18428.

k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16563, 17854, 18147, 18148, 18556, 18853, 18939, 19027.

l) 1. Oktober 1903. Litt. A Nr. 2797, 7328, 7461. Litt. B Nr. 357, 2000, 2477, 2880, 3235. Litt. C Nr. 566, 2508, 6242, 7668, 8922, 9823, 10340, 14918, 15414, 16480, 16514, 16525, 16904, 17552, 18698, 18850, 18861, 19364, 19463, 19796, 19898. Litt. D Nr. 1838, 2221, 2858, 3808, 6953, 8836, 9863, 10415, 10426, 10837, 12128, 12791, 12796, 17207, 17639, 17653, 17941, 18152, 18880, 18885, 18887, 18979, 19293, 19298.

m) 1. April 1904. Litt. A Nr. 7203. Litt. B Nr. 637, 3046, 3308. Litt. C Nr. 985, 1004, 1642, 3308, 6309, 6433, 9927, 10442, 12135, 14253, 15307, 16058, 16533, 17893, 18473, 18922, 19109, 20117. Litt. D Nr. 630, 1487, 2787, 2829, 3212, 3926, 5005, 5328, 7245, 8406, 13089, 13204, 15462, 15590, 15813, 16078, 16184, 16617, 17693, 17696, 18284, 18839, 18974, 18981, 19318, 19378.

2. $3\frac{1}{2}$% Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.

b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

c) 1. Juli 1903. Litt. J Nr. 67, 101. Litt. K Nr. 201.

d) 2. Januar 1904. Litt. H Nr. 221

hierdurch aufgefordert, sie den genannten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Pfeffer von Salomon.

**Nr. 321 Personal-Nachrichten.**

Der Herr Oberpräsident hat den Darlehnskassenrendanten Hubert Platzbecker in Würm widerruflich zum Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Würm umfassenden Standesamtsbezirks, unter Widerruf seiner Ernennung zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirks, und den Beigeordneten und Gutspächter Paul Bonessen in Kleinsiersdorf widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des genannten Bezirks ernannt.

Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Gerichtsassessor Dr. Moritz in Trier zum Amtsrichter zu ernennen. Demselben ist die Amtsrichterstelle in Aldenhoven übertragen worden. Versetzt sind der Staatsanwalt Dr. Schneider von Cöln nach Aachen, der Gerichtsvollzieher Horst von Eschweiler nach Cöln und der Gerichtsdiener Hennecke von Düren nach Düsseldorf.

Der Postassistent Wunsch in Düsseldorf ist zum Postsekretär ernannt.

Etatmäßig angestellt sind: Als Postassistenten die Postassistenten Bellermann in Mechernich, Gregor und Kampe in Aachen, als Telegraphenassistent der Telegraphenanwärter Albrecht in Aachen. Versetzt sind: Der Postdirektor Thyssen von Kalk nach Düren Rhld. und der Postpraktikant Strasburg von Eupen nach Düren. Der Postdirektor Steegmann in Eupen tritt in den Ruhestand.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Anna Nix bei der katholischen Volksschule zu Merbeck, Kreis Erkelenz;
2. Irene Mockel bei der katholischen Volksschule zu Arsbeck, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
3. Margareta Schmitt bei der katholischen Volksschule zu Raeren-Neudorf, Kreis Eupen, zum 1. Juli d. Js.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 23.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 26. Ausgegeben zu Aachen, Freitag, den 15. Juni 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 322** Das 25. Stück enthält unter Nr. 3235: Gesetz, betreffend die Änderung des Artikel 32 der Reichsverfassung. Vom 21. Mai 1906 Unter Nr. 3236: Gesetz, betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags. Vom 21. Mai 1906. Unter Nr. 3237: Deutsch-Äthiopischer Freundschafts- und Handelsvertrag. Vom 7. März 1905. Das 26. Stück enthält unter Nr. 3238: Gesetz, betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte. Vom 17. Mai 1906. Unter Nr. 3239: Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894. Vom 17. Mai 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 323** Die sämtlichen, noch nicht ausgelosten **$3^1/_2$ prozentigen Anleihe-Scheine der Stargard-Cüstriner Eisenbahn-Gesellschaft von 1897** werden im Auftrage des Herrn Finanz-Ministers den Besitzern hierdurch **zum 1. Januar 1907** mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag vom 2. Januar 1907 ab bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier W. 8, Taubenstraße 29, gegen Quittung und Rückgabe der Anleihe-Scheine und der dazu gehörigen, dann noch nicht fälligen Zinsscheine 1. Reihe Nr. 20 nebst der Anweisung zur Abhebung neuer Zinsscheine zu erheben. Neben dem Kapitalbetrage der Anleihescheine werden gleichzeitig die Stückzinsen für die drei Monate Oktober bis Dezember 1906 gezahlt werden. Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapital zurückbehalten.

**Vom 1. Januar 1907 ab werden diese Anleihe-Scheine nicht mehr verzinst.**

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der beiden letzten Geschäftstage jedes Monats.

Sie geschieht auch bei sämtlichen Königlichen Regierungs-Hauptkassen, den Königlichen Kreiskassen in Frankfurt a. M. und Soldin, sowie bei der Bank für Handel und Industrie, hier W. 56, Schinkelplatz 1—2, der Deutschen Bank, hier W. 64, Behrenstraße 9—13, und der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse, hier W. 8, Wilhelmsplatz 6. Zu diesem Zwecke können die Anleihe-Scheine nebst Zubehör schon vom 1. Dezember d. Js. ab einer dieser Stellen eingereicht werden. Diese wird die Effekten der Staatsschulden-Tilgungskasse vorlegen und nach erfolgter Feststellung vom 2. Januar k. Js. ab die Auszahlung bewirken.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 6. Juni 1906.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
von Bitter.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 324** **Bekanntmachung.**

Die Kreistierarztstelle des Kreises Schleiden mit dem Amtssitze in Call ist zum 1. August d. J. zu besetzen. Außer den etatsmäßigen Bezügen wird dem Inhaber dieser Stelle bis auf weiteres eine jährliche Zulage von 900 Mark bewilligt.

Der Viehbestand im Kreise Schleiden betrug nach der Zählung vom 1. Dezember 1904:

1328 Pferde,
26149 Rinder,
4239 Schafe,
8637 Schweine,
3577 Ziegen.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Beifügung des Lebenslaufes, der Approbation, des Fähigkeits-

und etwaiger sonstiger Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit binnen 3 Wochen schriftlich bei mir melden.

Aachen, den 31. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 325** Auf Antrag von mehr als zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden wird auf Grund des §. 41 b der Reichsgewerbeordnung hierdurch angeordnet, daß das Babier- und Friseurhandwerk in der Stadt Eschweiler am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage von jetzt ab nicht mehr ausgeübt werden darf.

Aachen, den 13. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 326** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf

Montag, den 1. Oktober d. Js.

festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor der Anstalt, Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 58.

Aachen, den 9. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

## Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 327** In Folge der wirtschaftlichen Zusammenlegung des Gemeindebezirks Morschenich, Kreis Düren, Regierungsbezirk Aachen, und der damit verbundenen Regulierung der Grenze dieser und der Gemeinde Buir, Kreis Bergheim, Regierungsbezirk Cöln, ist eine teilweise Änderung der Grenze der Kreise Düren und Bergheim eingetreten.

Der bisherige Grenzgraben südlich des öffentlichen Weges von Morschenich nach Buir bildet nunmehr in seiner Begradigung (Nr. 3) die Kreisgrenze mit der Maßgabe, daß er selbst sowie der an seiner Nordwestseite ausgewiesene Weg (Nr. 27) ganz zum Gemeindebezirk Buir, Kreis Bergheim, gehört. Von der Stelle ab, wo bisher die Kreisgrenze den öffentlichen Weg Morschenich-Buir durchquert, läuft sie nunmehr an der Nordseite dieses Weges entlang in westlicher Richtung bis zum Wirtschaftswege Nr. 24, biegt hier in nördlicher Richtung ab, läuft der westlichen Seite dieses Weges entlang bis an die Grenze zwischen den Grundstücken Plan 44 a und 98 b, folgt dieser in westlicher Richtung bis zum Wirtschaftsweg Nr. 23, biegt dann nördlich ab, läuft der östlichen Seite des Weges 23 entlang bis zum Wege Nr. 9 nach Monheim und alsdann in westlicher Richtung der südlichen Wegegrenze entlang bis zu dem begradigten Flutgraben Nr. 1, der von hier aus in seinem nördlichen Teile bis zum Walde die neue Kreisgrenze bildet, selbst aber zum Gemeindebezirk Morschenich, Kreis Düren, gehört.

Vorstehende Bekanntmachung wird auf Grund des §. 3 Abs. 3 und 4 der Kreisordnung für die Rheinprovinz hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Düsseldorf, den 19. Mai 1906.

Königliche Generalkommission.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 328** Bei der Posthilfstelle in Uetterath ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 5. Juni 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 329** Die Postagentur in Pont ist am 16. Mai nach Engelsdorf bei Pont verlegt worden; sie führt die Bezeichnung Engelsdorf (Kr. Malmedy).

Die Posthilfstelle und die Telegraphenhilfstelle in Engelsdorf sind gleichzeitig aufgehoben.

Aachen, den 11. Juni 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 330** Der Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung vom 9. Januar 1906 die am 18./19. März 1902 erlassenen Bestimmungen über das Verfahren, betreffend die Nachprüfung der Resultate der tierärztlichen Obduktion in Milz- und Rauschbrandfällen, wie folgt abgeändert:

Gemäß §. 6 Absatz 5 des Reglements, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Tiere, werden folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die von den Polizeibehörden aufgenommenen Verhandlungen über die an Milz- oder Rauschbrand eingegangenen Rinder und Pferde werden seitens der Provinzialverwaltung an das unter Leitung des Departements-Tierarztes Dr. Lothes zu Cöln stehende provinzielle Laboratorium gesandt und daselbst einer Nachprüfung bezüglich der tierärztlichen Untersuchung der gefallenen Tiere insbesondere der Obduktion und ihrer Ergebnisse unterworfen. Das Resultat dieser Nachprüfung, welche sich hauptsächlich auf die Beobachtung der bestehenden gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen zu erstrecken hat, ist der Provinzialverwaltung unter Rücksendung der Verhandlungen und Beifügung eines Gutachtens mitzuteilen.
2. Bei Pferden wird in allen Fällen des Rauschbrandes oder Milzbrandes die Entscheidung der Frage, ob ein die Entschädigungspflicht des Provinzialverbandes

zeugnisses zur Anstellung als beamteter Tierarzt begründender Fall von Rauschbrand bezw. Milzbrand vorliegt, davon abhängig gemacht, daß die in dem provinziellen Laboratorium vorzunehmende bakteriologische Untersuchung das Vorhandensein von Rauschbrand oder Milzbrand ergibt.

3. Wenn in den Fällen von Milzbrand und Rauschbrand bei Rindern die nach Nr. 1 angeordnete Nachprüfung Bedenken wegen der Richtigkeit des tierärztlichen Gutachtens über das Vorhandensein einer der vorgenannten Seuchen ergibt, oder in einem Bezirke diese Seuchen in stärkerem Maße unter Rindern auftreten, oder andere Gründe es erforderlich erscheinen lassen, so hat die Provinzialverwaltung die Befugnis, eventuell nach Anstellung von Ermittelungen an Ort und Stelle die Entscheidung der Frage, ob ein die Entschädigungspflicht des Provinzialverbandes begründender Fall von Milzbrand oder Rauschbrand vorliegt, für den betreffenden Bezirk bis auf weiteres davon abhängig zu machen, daß die in dem Laboratorium vorzunehmende bakteriologische Untersuchung das Vorhandensein einer dieser Seuchen ergibt.

In denjenigen Fällen, in welchen das Vorhandensein von Milzbrand- oder Rauschbranderregern wegen eingetretener Fäulnis nicht mehr nachzuweisen ist, ist hinsichtlich der Entschädigungsleistung das Ergebnis der Obduktion maßgebend.

4. Ebenso soll in allen Fällen, wo der etwa vom Besitzer zugezogene Tierarzt entgegen dem Gutachten des beamteten Tierarztes das Vorhandensein von Milz- oder Rauschbrand behauptet, (§. 6, Abs. 3, 4 des Reglements) eine Nachprüfung des Befundes in dem bakteriologischen Laboratorium stattfinden.

Dasselbe gilt in solchen Fällen, in denen bei dem die Untersuchung vornehmenden Tierarzt Zweifel über das Vorhandensein von Rauschbrand oder Milzbrand obwalten.

5. Von der nach Nr. 3 getroffenen Anordnung ist seitens der Provinzialverwaltung den Regierungs-Präsidenten mit dem Ersuchen Mitteilung zu machen, die beamteten Tierärzte mit entsprechenden Weisungen zu versehen (Vergl. Nr. 6, 7 dieser Bestimmungen).

6. Wenn nach den vorstehenden Bestimmungen eine bakteriologische Untersuchung stattzufinden hat, so haben die die Obduktion vornehmenden Tierärzte die ihnen von den Polizeibehörden zu übergebenden Verhandlungen über den Krankheitsfall mit dem Obduktionsprotokoll und folgenden Untersuchungsproben ohne jeden Verzug an das provinzielle Laboratorium zu Cöln-Nippes, Hornstraße 95, einzusenden.

1. Beim Milzbrand.

a) Zwei lufttrockene, ungefärbte und nicht erwärmte Deckglasausstrichpräparate, die bei verendeten Tieren aus dem Blute einer Ohr- oder Halsvene, bei notgeschlachteten Tieren von der veränderten Milzpulpa anzufertigen sind.

b) Einen dicken Ausstrich von Ohr- oder Halsvenenblut (bei verendeten Tieren) bezw. Milzbrei (bei notgeschlachteten Tieren). Dieser Ausstrich ist auf einem Gipsstab zu bereiten, der durch das genannte Laboratorium in gebrauchsfertigem Zustande geliefert wird.

2. Beim Rauschbrand.

a) Zwei dicke lufttrockene Ausstriche von dem Gewebssafte der Rauschbrandgeschwulste auf Objektträgern oder Glasscheiben.

b) Zwei etwa haselnußgroße Stücke der erkrankten Muskulatur oder des erkrankten Unterhautbindegewebes. Letztere sind in einer gut verschlossenen möglichst sterilen Flasche zu verpacken.

7. Die beamteten Tierärzte haben in allen Fällen von Milzbrand oder Rauschbrand alsbald nach der Untersuchung des Tierkadavers Dauerpräparate anzufertigen und wenigstens drei Monate aufzubewahren. Sie sind verpflichtet, auf Verlangen des provinziellen Laboratoriums die von ihnen angefertigten Dauerpräparate diesem unverzüglich einzusenden. Die Präparate sind sofort nach ihrer Anfertigung so genau zu bezeichnen, daß eine Verwechselung mit anderen Präparaten ausgeschlossen ist.

8. Die von den beamteten Tierärzten gemäß Nr. 6 an das Laboratorium zu Cöln unmittelbar einzusendenden Verhandlungen haben genaue Angaben über den Besitzer des gefallenen Tieres, seinen Namen und Wohn-

ort, sowie über Tag und Stunde der Obduktion zu enthalten.

Die einzusendenden Präparate sind an der Luft eintrocknen zu lassen, in sauberes Pergamentpapier einzuschlagen und mit Aufschriften zu versehen, die die Bezeichnung des Tieres, das Datum des Todes, den Namen und Wohnort des Besitzers und den Namen des Tierarztes enthalten müssen.

Bei gleichzeitiger Einsendung der Verhandlungen und Präparate von mehreren Tieren sind dieselben so genau zu bezeichnen und zu trennen, daß eine Verwechselung ausgeschlossen ist.

9. Der Vorsteher des Laboratoriums hat das Ergebnis der Untersuchung dem beamteten Tierarzte und der Ortspolizeibehörde sofort mitzuteilen.

---

Die vorstehenden Ausführungsbestimmungen werden hiermit genehmigt.

Berlin, den 14. April 1906.

Der Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. A. Küster.

**Nr. 331 Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Oberbürgermeister in Aachen die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten für die in der Stadt Aachen bestehenden Standesamtsbezirke dem Stadtsekretariatsassistenten Karl Moll in Aachen widerruflich übertragen.

Der Kreistierarzt Schwabe in Call, Kreis Schleiden, ist zum 1. August d. Js. in gleicher Eigenschaft in die Kreistierarztstelle zu Geilenkirchen versetzt worden.

Von dem Provinzial-Ausschuß sind die nachstehend aufgeführten Mitglieder und Stellvertreter des hiesigen Bezirksausschusses für die am 1. Juli 1906 beginnende sechsjährige Amtsdauer gewählt worden, nämlich:

Mitglieder:

1. Rittergutsbesitzer Graf von und zu Hoensbroech auf Schloß Kellenberg, Kreis Jülich;
2. Rechtsanwalt Justizrat Lürken hierselbst.

Stellvertreter:

1. Kommerzienrat Bernard Scheibler in Montjoie;
2. Rittergutsbesitzer Anton Bürsgens zu Güsten, Kreis Jülich.

Die Genannten haben sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

Personalchronik für das am 16. September 1906 ins Leben tretende Oberlandesgericht in Düsseldorf:

Ernannt sind: der Landgerichtspräsident Geh. Oberjustizrat Hartmann vom Landgericht II in Berlin zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf; der Landgerichtspräsident Wilhelm in Neuwied zum Oberstaatsanwalt daselbst.

Versetzt sind an das Oberlandesgericht Düsseldorf: die Senatspräsidenten Luthe in Hamm, sowie Wagner, Meyer und Stinshoff in Cöln; die Oberlandesgerichtsräte Langsdorff, Daub, Hoenscheid, Wilden, Mannherz, Landau, Dr. Eigel, Buß, Dr. Eschbach, Maur, Kotheiny, Dr. Johnen, Breitbach und Heuser in Cöln, sowie Schmitz, Riehl, von Hatzfeld, Koppers und Rotschild in Hamm; die Oberlandesgerichtssekretäre Straßmann, Franke, Peters und Kratz in Cöln, Scheifers und Überhorst in Hamm; die Justizhauptkassenbuchhalter Rochow, Meyer, Mühlbrett und Kopp in Cöln, Falkenberg, Köhler und Hirsch in Hamm, sowie der Oberstaatsanwaltssekretär Persing; die Kanzlisten Schulze in Aachen, Schmiedel in Cöln sowie Grenzer in Hamm und Kanzleidiätar Pistler daselbst; die ständigen Büreauhilfsarbeiter Aktuar Michaelis in Hamm und Willemsen in Cöln; die Gerichtsdiener Stein, Gerhard, Mösenich, Steinheuer in Cöln, Liese in Düsseldorf und Jacob in Hamm.

Personalveränderungen beim Oberlandesgericht in Cöln:

Ernannt sind: der Oberlandesgerichtsrat Dr. Heyer zum Geheimen Justizrat und vortragenden Rat im Justizministerium; der Landgerichtsrat Marx in Cöln zum Oberlandesgerichtsrat; der Gerichtsschreiber Sekretär Brill bei dem Landgericht in Cöln zum Gerichtsschreiber bei dem Oberlandesgericht.

Der Kanzlist Hübner ist gestorben.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 24.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 27. Ausgegeben zu Aachen, Dienstag, den 19. Juni 1906.



Nr. 332

## Verteilungs-Plan

**des Bedarfs der Ruhegehaltskasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen und den der Kasse angeschlossenen nicht staatlichen mittleren Schulen des Regierungsbezirks Aachen für das Rechnungsjahr 1906.**

| | ℳ | ₰ |
|---|---|---|
| I. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1905 sind erforderlich: | | |
| 1. zu dem durch die Staatsbeiträge nicht gedeckten Teile der Ruhegehälter für die Lehrer und Lehrerinnen, welche Stellen an öffentlichen Volksschulen inne gehabt haben | 170068 | — |
| 2. für Lehrer und Lehrerinnen von angeschlossenen mittleren Schulen | — | — |
| 3. Vergütung des Kassenanwaltes | 250 | — |
| 4. Vorschuß aus dem Rechnungsjahr 1904 | 12071 | 21 |
| Summe | 182389 | 21 |

II. Das beitragspflichtige Diensteinkommen stellt sich wie folgt:

| | |
|---|---|
| a) für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen auf | 1825100 M. |
| b) für die Lehrer und Lehrerinnen an den angeschlossenen mittleren Schulen auf | 21600 „ |
| zusammen auf | 1846700 M. |

Es entfallen demnach auf je 100 M. des beitragspflichtigen Diensteinkommens:

$$\frac{182389{,}21 \times 100}{1846700} = 9{,}87 \text{ M.; rund } 10 \text{ M.}$$

Das der Berechnung zugrunde gelegte **beitragspflichtige** Diensteinkommen und die gemäß dem Gesetze vom 23. Juli 1893 (G.-S. S. 194) von den Schulverbänden zu leistenden Beiträge sind in der nachstehenden Übersicht einzeln aufgeführt. Die Beiträge werden in vierteljährlichen Teilbeträgen im voraus eingezogen werden.

Der Plan hat dem Kassenanwalt zur Prüfung vorgelegen; Einwendungen gegen denselben sind nicht erhoben. Innerhalb vier Wochen nach dieser Bekanntgabe steht den einzelnen Schulverbänden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Abänderung des Verteilungsplanes bei dem Bezirksausschuß zu. Die Klage hat jedoch keine aufschiebbare Wirkung.

Aachen, den 6. Juni 1906.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|
| **1. Stadtkreis Aachen.** | | | |
| Aachen Stadt | 515200 | 51520 | |
| Aachen, Synagogengemeinde | 3900 | 390 | |
| Summe | 519100 | 51910 | |
| **2. Landkreis Aachen.** | | | |
| Alsdorf | 13200 | 1320 | |
| Bardenberg | 8700 | 870 | |
| Brand | 8800 | 880 | |
| Broich | 6200 | 620 | |
| Büsbach | 18300 | 1830 | |
| Cornelimünster | 5100 | 510 | |
| Cornelimünster u. Zweifall | 1500 | 150 | |
| Eilendorf | 25400 | 2540 | |
| Eschweiler Stadt | 91700 | 9170 | |
| Eschweiler, Synagogengemeinde | 900 | 90 | |
| Forst | 26500 | 2650 | |
| Gressenich | 13800 | 1380 | |
| Haaren | 19200 | 1920 | |
| Herzogenrath | 6800 | 680 | |
| Herzogenrath u. Merkstein | 6400 | 640 | |
| Höngen | 13200 | 1320 | |
| Kinzweiler | 5400 | 540 | |
| Laurensberg | 8500 | 850 | |
| Merkstein | 6100 | 610 | |
| Pannesheide | 23100 | 2310 | |
| Richterich | 8900 | 890 | |
| Stolberg | 57500 | 5750 | |
| Walheim | 6300 | 630 | |
| Weiden, Broich u. Würselen | 5500 | 550 | |
| Würselen | 31500 | 3150 | |
| Summe | 418500 | 41850 | |
| **3. Kreis Düren.** | | | |
| Arnoldsweiler | 2800 | 280 | |
| Ellen | 700 | 70 | |
| Morschenich | 1100 | 110 | |
| Binsfeld | 700 | 70 | |
| Frauwüllesheim | 1800 | 180 | |
| Berzbuir-Kufferath | 600 | 60 | |
| Birgel | 2600 | 260 | |
| Gürzenich | 4800 | 480 | |
| Lendersdorf-Krauthausen | 3200 | 320 | |
| Rölsdorf | 4000 | 400 | |
| Birkesdorf | 13600 | 1360 | |
| Huchem-Stammeln-Selhausen | 2200 | 220 | |
| Bürvenich | 1800 | 180 | |
| Embken | 1600 | 160 | |
| Boich-Leversbach | 800 | 80 | |
| Drove | 700 | 70 | |
| Jakobwüllesheim-Bubenheim | 1300 | 130 | |
| Soller | 400 | 40 | |
| Thum | 300 | 30 | |
| Uedingen | 300 | 30 | |
| Düren Stadt | 121500 | 12150 | |
| Düren Synagogengemeinde | 800 | 80 | |
| Echtz-Conzendorf | 800 | 80 | |
| Geich-Obergeich | 800 | 80 | |
| Merode | 1300 | 130 | |
| Schlich-D'horn | 2100 | 210 | |
| Froitzheim-Frangenheim | 500 | 50 | |
| Ginnick | 400 | 40 | |
| Vettweiß-Kettenheim | 2300 | 230 | |
| Bürgermeisterei Füssenich, bestehend aus den Gemeinden Füssenich, Geich und Juntersdorf | 6200 | 620 | |
| Gladbach | 500 | 50 | |
| Kelz | 1200 | 120 | |
| Lüxheim | 500 | 50 | |
| Frenz | 2000 | 200 | |
| Lamersdorf | 1500 | 150 | |
| Langerwehe, Jüngersdorf und ein Teil von Luchem | 7800 | 780 | |
| Derichsweiler u. Schlich | 3300 | 330 | |
| Mariaweiler-Hoven | 4100 | 410 | |
| Merken | 2400 | 240 | |
| Girbelsrath | 500 | 50 | |
| Golzheim | 1200 | 120 | |
| Merzenich | 3300 | 330 | |
| Abenden | 300 | 30 | |
| Nideggen-Rath, und Brück-Hetzingen | 700 | 70 | |
| Obermaubach-Schlagstein | 300 | 30 | |
| Niederzier | 4400 | 440 | |
| Oberzier | 3000 | 300 | |
| Eschweiler über Feld | 1000 | 100 | |
| Hochkirchen, Eggersheim, Irresheim | 1700 | 170 | |
| Nörvenich | 1900 | 190 | |
| Oberbolheim | 300 | 30 | |
| Poll | 300 | 30 | |
| Rath | 300 | 30 | |
| Wissersheim | 1600 | 160 | |
| Hastenrath | 4400 | 440 | |
| Rothberg | 4300 | 430 | |
| Wenau | 3800 | 380 | |
| Lucherberg und ein Teil von Luchem | 700 | 70 | |
| Pier | 2700 | 270 | |
| Schophoven | 2000 | 200 | |
| Disternich | 1400 | 140 | |
| Müddersheim | 600 | 60 | |
| Sievernich | 400 | 40 | |
| Kreuzau | 5700 | 570 | |
| Niederau, Krauthausen, Lendersdorf und Weyerhof | 2900 | 290 | |
| Stockheim | 1900 | 190 | |
| Winden | 3300 | 330 | |
| Bergstein | 500 | 50 | |
| Brandenberg | 1800 | 180 | |
| Gey-Straß | 1300 | 130 | |
| Großhau | 500 | 50 | |
| Hürtgen | 500 | 50 | |
| Kleinhau | 1100 | 110 | |
| Untermaubach-Bogheim und Langenbroich | 2100 | 210 | |
| Weisweiler | 2800 | 280 | |
| Berg-Thuir | 500 | 50 | |
| Pissenheim | 1200 | 120 | |
| Wollersheim | 700 | 70 | |
| Summe | 273200 | 27320 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. M | Kassenbeitrag. M | ₰ |
|---|---|---|---|
| **4. Kreis Erkelenz.** | | | |
| Beck . . . . | 6900 | 690 | |
| Gerrenzig . . . | 2300 | 230 | |
| Gevenich . . . | 1800 | 180 | |
| Glimbach . . . | 1100 | 110 | |
| Kurich . . . | 600 | 60 | |
| Baal . . . . | 2700 | 270 | |
| Doveren . . . | 1600 | 160 | |
| Granterath . . | 500 | 50 | |
| Hetzerath . . . | 800 | 80 | |
| Hückelhoven . . | 2800 | 280 | |
| Elmpt . . . . | 2400 | 240 | |
| Erkelenz . . . | 14700 | 1470 | |
| Gerderath . . | 1700 | 170 | |
| Holzweiler . . | 3100 | 310 | |
| Immerath . . | 2800 | 280 | |
| Borschemich . . | 1800 | 180 | |
| etzenberg . . | 3800 | 380 | |
| enrath . . . | 2700 | 270 | |
| leingladbach . | 4700 | 470 | |
| atzerath . . | 400 | 40 | |
| ückhoven . . . | 2000 | 200 | |
| ovenich . . . | 7700 | 770 | |
| iederkrüchten . | 7000 | 700 | |
| chwanenberg . | 2100 | 210 | |
| egberg . . . | 8300 | 830 | |
| Summe . . | 86300 | 8630 | |
| **5. Kreis Eupen.** | | | |
| upen . . . . | 45700 | 4570 | |
| matten . . . | 3800 | 380 | |
| unset. . . . | 1900 | 190 | |
| rgenrath und Pr.-Moresnet | 2500 | 250 | |
| tenis . . . | 3700 | 370 | |
| tzen . . . | 7200 | 720 | |
| angel. Kirchengemeinde Moresnet . . | 300 | 30 | |
| eren . . . | 6200 | 620 | |
| lhorn . . . | 2500 | 250 | |
| Summe . . | 73800 | 7380 | |
| **6. Kreis ilenkirchen.** | | | |
| sweiler . . | 1900 | 190 | |
| gendorf . . | 800 | 80 | |
| tweiler . . | 1100 | 110 | |
| ch. . . . | 4100 | 410 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. M | Kassenbeitrag. M | ₰ |
|---|---|---|---|
| Brachelen. . . | 6200 | 620 | |
| Lindern . . . | 500 | 50 | |
| Frelenberg . . | 2000 | 200 | |
| Birgden . . . | 700 | 70 | |
| Gangelt . . . | 5100 | 510 | |
| Gangelt und Waldfeucht . | 1200 | 120 | |
| Geilenkirchen . | 15500 | 1550 | |
| Immendorf . . | 2500 | 250 | |
| Puffendorf . . | 2100 | 210 | |
| Randerath . . | 2000 | 200 | |
| Scherpenseel . . | 1300 | 130 | |
| Schümmerquartier . . | 700 | 70 | |
| Teveren . . . | 1600 | 160 | |
| Beeck . . . . | 400 | 40 | |
| Süggerath . . . | 600 | 60 | |
| Würm . . . . | 3100 | 310 | |
| Summe . . | 53400 | 5340 | |
| **7. Kreis Heinsberg.** | | | |
| Aphoven . . . | 1700 | 170 | |
| Schafhausen . . | 1400 | 140 | |
| Birgelen . . . | 1900 | 190 | |
| Effeld . . . . | 800 | 80 | |
| Ophoven . . . | 1200 | 120 | |
| Braunsrath . . | 2100 | 210 | |
| Breberen . . . | 600 | 60 | |
| Dremmen . . . | 2700 | 270 | |
| Horst . . . . | 500 | 50 | |
| Haaren . . . | 2600 | 260 | |
| Havert . . . | 1500 | 150 | |
| Millen . . . | 500 | 50 | |
| Tüddern . . . | 500 | 50 | |
| Heinsberg . . | 6000 | 600 | |
| Hilfarth . . . | 3700 | 370 | |
| Porselen . . . | 1600 | 160 | |
| Karken . . . | 3400 | 340 | |
| Kempen . . . | 1900 | 190 | |
| Kirchhoven . . | 4700 | 470 | |
| Arsbeck . . . | 1800 | 180 | |
| Myhl . . . . | 1700 | 170 | |
| Wildenrath . . | 500 | 50 | |
| Oberbruch . . | 3500 | 350 | |
| Ratheim . . . | 3200 | 320 | |
| Höngen . . . | 2300 | 230 | |
| Saeffeln . . . | 1100 | 110 | |
| Unterbruch . . | 1900 | 190 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. M | Kassenbeitrag. M | ₰ |
|---|---|---|---|
| Waldenrath . . | 3600 | 360 | |
| Waldfeucht . . | 2700 | 270 | |
| Orsbeck . . . | 1400 | 140 | |
| Wassenberg . . | 2300 | 230 | |
| Hillensberg . . | 500 | 50 | |
| Süsterseel . . | 1100 | 110 | |
| Wehr . . . . | 900 | 90 | |
| Summe . . | 67800 | 6780 | |
| **8. Kreis Jülich.** | | | |
| Aldenhoven . . | 4000 | 400 | |
| Engelsdorf . . | 1400 | 140 | |
| Langweiler . . | 400 | 40 | |
| Niedermerz . . | 1400 | 140 | |
| Pattern bei Aldenhoven . | 500 | 50 | |
| Barmen . . . | 900 | 90 | |
| Floßdorf . . . | 1600 | 160 | |
| Merzenhausen . | 400 | 40 | |
| Bourheim. . . | 1200 | 120 | |
| Coslar . . . | 2900 | 290 | |
| Dürwiß . . . | 3100 | 310 | |
| Laurensberg . . | 1100 | 110 | |
| Lohn . . . . | 2200 | 220 | |
| Ederen . . . | 500 | 50 | |
| Gereonsweiler . | 1100 | 110 | |
| Dürboslar . . | 500 | 50 | |
| Freialdenhoven . | 500 | 50 | |
| Hambach . . . | 3500 | 350 | |
| Selgersdorf-Krauthausen . | 2300 | 230 | |
| Stetternich . . | 2800 | 280 | |
| Boslar . . . | 2900 | 290 | |
| Gevelsdorf . . | 600 | 60 | |
| Hasselsweiler . | 2200 | 220 | |
| Hompesch . . . | 400 | 40 | |
| Hottorf . . . | 800 | 80 | |
| Müntz . . . . | 1000 | 100 | |
| Ralshoven . . | 1800 | 180 | |
| Tetz . . . . | 500 | 50 | |
| Inden . . . . | 2700 | 270 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Inden . . . | 500 | 50 | |
| Jülich . . . . | 17600 | 1760 | |
| Altdorf . . . | 1300 | 130 | |
| Kirchberg . . . | 2700 | 270 | |
| Linnich . . . | 2000 | 200 | |

| Kreis und Schulverband. | Diensteinkommen. M | Kassenbeitrag. M | Kassenbeitrag. Pf |
|---|---|---|---|
| Broich | 1700 | 170 | |
| Güsten | 1800 | 180 | |
| Mersch | 4000 | 400 | |
| Pattern bei Mersch | 2100 | 210 | |
| Welldorf | 3300 | 330 | |
| Roedingen | 5400 | 540 | |
| Steinstraß | 2900 | 290 | |
| Roerdorf | 3100 | 310 | |
| Bettendorf | 1900 | 190 | |
| Schaufenberg | 2000 | 200 | |
| Schleiden | 1800 | 180 | |
| Setterich | 4100 | 410 | |
| Siersdorf | 2300 | 230 | |
| Titz | 7100 | 710 | |
| Welz | 300 | 30 | |
| Summe | 113100 | 11310 | |
| **9. Kreis Malmedy.** | | | |
| Amel-Eibertingen | 1300 | 130 | |
| Deidenberg | 300 | 30 | |
| Heppenbach | 700 | 70 | |
| Iveldingen-Montenau | 1300 | 130 | |
| Mirfeld | 1800 | 180 | |
| Möderscheid | 300 | 30 | |
| Schoppen | 1300 | 130 | |
| Bellevaux | 500 | 50 | |
| Bürnenville | 400 | 40 | |
| Géromont | 2000 | 200 | |
| Xhoffraix | 1200 | 120 | |
| Büllingen | 1000 | 100 | |
| Honsfeld | 500 | 50 | |
| Hünningen | 500 | 50 | |
| Mürringen | 500 | 50 | |
| Rocherath und Krinkelt | 2900 | 290 | |
| Wirtzfeld | 500 | 50 | |
| Berg | 300 | 30 | |
| Bütgenbach | 2100 | 210 | |
| Elsenborn | 2100 | 210 | |
| Faymonville | 500 | 50 | |
| Nidrum | 1400 | 140 | |
| Sourbrodt | 300 | 30 | |
| Weywertz | 1600 | 160 | |
| Crombach | 3300 | 330 | |
| Lommersweiler und Schönberg | 2900 | 290 | |
| Malmedy | 18800 | 1880 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Malmedy | 1200 | 120 | |
| Manderfeld | 4400 | 440 | |
| Herresbach | 400 | 40 | |
| Medell | 400 | 40 | |
| Meyerode | 1300 | 130 | |
| Valender | 400 | 40 | |
| Wallerode | 800 | 80 | |
| Ligneuville und Bellevaux | 1700 | 170 | |
| Recht | 4900 | 490 | |
| Reuland | 6300 | 630 | |
| Thommen | 4900 | 490 | |
| Schönberg | 2900 | 290 | |
| St. Vith | 4600 | 460 | |
| Ovifat | 400 | 40 | |
| Robertville | 800 | 80 | |
| Weismes | 2400 | 240 | |
| Summe | 88100 | 8810 | |
| **10. Kreis Montjoie.** | | | |
| Eicherscheid | 1900 | 190 | |
| Höfen | 700 | 70 | |
| Rohren | 300 | 30 | |
| Conzen | 500 | 50 | |
| Imgenbroich | 600 | 60 | |
| Mützenich | 700 | 70 | |
| Kalterherberg | 3800 | 380 | |
| Kesternich | 1600 | 160 | |
| Steckenborn | 2000 | 200 | |
| Strauch | 500 | 50 | |
| Montjoie | 9300 | 930 | |
| Rötgen | 4900 | 490 | |
| Rott | 400 | 40 | |
| Ruhrberg | 1000 | 100 | |
| Schmidt | 1700 | 170 | |
| Vossenack | 1800 | 180 | |
| Lammersdorf | 1000 | 100 | |
| Simmerath | 2000 | 200 | |
| Zweifall | 4200 | 420 | |
| Summe | 38900 | 3890 | |
| **11. Kreis Schleiden.** | | | |
| Blankenheim | 700 | 70 | |
| Blankenheimerdorf | 300 | 30 | |
| Mülheim | 300 | 30 | |
| Reetz | 400 | 40 | |
| Bleibuir | 2300 | 230 | |
| Hergarten | 600 | 60 | |
| Blatten | 2400 | 240 | |
| Call | 900 | 90 | |
| Rinnen | 400 | 40 | |
| Sistig | 1200 | 120 | |
| Sötenich | 1900 | 190 | |
| Untergolbach | 300 | 30 | |
| Baasem | 2000 | 200 | |
| Cronenburg | 500 | 50 | |
| Dahlem | 1800 | 180 | |
| Alendorf | 400 | 40 | |
| Dollendorf und Freilingen | 1100 | 110 | |
| Hüngersdorf | 300 | 30 | |
| Ripsdorf | 1700 | 170 | |
| Waldorf | 1100 | 110 | |
| Dreiborn | 5300 | 530 | |
| Berg | 300 | 30 | |
| Eicks | 1400 | 140 | |
| Floisdorf | 300 | 30 | |
| Glehn | 1500 | 150 | |
| Hostel | 300 | 30 | |
| Gemünd | 5700 | 570 | |
| Evangel. Kirchengemeinde Gemünd | 400 | 40 | |
| Harperscheid | 700 | 70 | |
| Broich-Untergolbach und Hellenthal | 400 | 40 | |
| Hausen | 300 | 30 | |
| Heimbach | 1900 | 190 | |
| Hellenthal | 8300 | 830 | |
| Hollerath | 3800 | 380 | |
| Bonderath | 1400 | 140 | |
| Frohngau und Buir | 300 | 30 | |
| Engelgau | 300 | 30 | |
| Holzmülheim | 500 | 50 | |
| Rohr-Lindweiler | 300 | 30 | |
| Tondorf | 300 | 30 | |
| Keldenich | 1700 | 170 | |
| Ahrdorf | 300 | 30 | |
| Freilingen | 300 | 30 | |
| Lommersdorf | 700 | 70 | |
| Uedelhoven | 300 | 30 | |

| Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ | Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ | Kreis und Schulverband. | Dienst-einkommen. ℳ | Kassenbeitrag. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Marmagen . . | 1800 | 180 | | Berk . . . . | 2200 | 220 | | Strempt . . . | 800 | 80 | |
| Nettersheim . . | 1700 | 170 | | Udenbreth . . | 1400 | 140 | | Bussem-Bergheim . . . | 700 | 70 | |
| Schmidtheim . . | 500 | 50 | | Breitenbenden . | 300 | 30 | | Wahlen . . . | 2200 | 220 | |
| Urft . . . . | 1400 | 140 | | Harzheim . . . | 300 | 30 | | Wallenthal . . | 3700 | 370 | |
| Hohn . . . . | 1200 | 120 | | Holzheim . . . | 1200 | 120 | | Callmuth . . . | 1200 | 120 | |
| Nöthen . . . | 300 | 30 | | Lorbach . . . | 400 | 40 | | Weyer . . . . | 1500 | 150 | |
| Pesch . . . . | 300 | 30 | | Mechernich . . | 5300 | 530 | | Zingsheim . . | 1100 | 110 | |
| Schleiden . . . | 3600 | 360 | | Roggendorf . . | 2200 | 220 | | Summe . . | 92900 | 9290 | |

**Verteilungsplan**

über die Beiträge, welche von Schulverbänden pp. des Regierungsbezirks Aachen für die der Ruhegehaltskasse angeschlossenen mittleren Schulen für das Rechnungsjahr 1906 zur Ruhegehaltskasse zu zahlen sind.

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Bezeichnung der Schule. | Ruhegehaltsberechtigtes Diensteinkommen der Lehrpersonen am 1. Oktober 1905 nach unten auf hundert Mark abgerundet. | Beitrag des Schulverbandes. | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| Stadtgemeinde Stolberg. | Städtische mittlere Mädchenschule. | 4400 | 440 | |
| Stadtgemeinde Heinsberg. | Städtische mittlere Knabenschule. | 9500 | 950 | |
| Stadtgemeinde Linnich. | dito. | 5400 | 540 | |
| Stadtgemeinde Montjoie. | dito. | 2300 | 230 | |
| | Zusammen | 21600 | 2160 | |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Stercken, Aachen.

L
L
C
J
N
S
W
Cr
Lor
u

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 28. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 21. Juni 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 333** Das 27. Stück enthält unter Nr. 3240: Bekanntmachung, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe. Vom 23. Mai 1906. Das 28 Stück enthält unter Nr. 3241: Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1906. Vom 31. Mai 1906. Unter Nr. 3242: Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906. Vom 31. Mai 1906. Das 29. Stück enthält unter 3243: Gesetz, betreffend Übernahme einer Garantie des Reichs in bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen. Vom 4. Mai 1906. Unter Nr. 3244: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Militär-Transportordnung. Vom 23. Mai 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 334 Bekanntmachung.**

Einzahlungskurs für Postanweisungen nach dem Auslande.

Vom 1. Juli ab wird der Einzahlungskurs für die in der Frankenwährung auszustellenden Postanweisungen (nach Belgien, Frankreich, Italien usw.) auf 100 Fr. = 81 *M.* 40 Pf., für die Postanweisungen nach Rumänien auf 100 Lei = 81 *M.* 40 Pf., und für die in britischer Währung auszustellenden Postanweisungen (nach Großbritannien, den meisten britischen Kolonien) auf 10 Pfund Sterling = 205 *M.* festgesetzt.

Berlin W. 66, den 11. Juni 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage.
Gieseke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 335 Bekanntmachung.**

Die Kreistierarztstelle des Kreises Schleiden mit dem Amtssitze in Call ist zum 1. August d. J. zu besetzen. Außer den etatsmäßigen Bezügen wird dem Inhaber dieser Stelle bis auf weiteres eine jährliche Zulage von 900 Mark bewilligt.

Der Viehbestand im Kreise Schleiden betrug nach der Zählung vom 1. Dezember 1904:

1328 Pferde,
26149 Rinder,
4239 Schafe,
8637 Schweine,
3577 Ziegen.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Beifügung des Lebenslaufes, der Approbation, des Fähigkeits- und etwaiger sonstiger Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit binnen 3 Wochen schriftlich bei mir melden.

Aachen, den 31. Mai 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 336 Anordnung.**

Auf Grund des §. 4 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) ordne ich hiermit für den Umfang des Regierungsbezirkes Aachen folgendes an:

1. Die Bestätigung der im Hauptamte anzustellenden unteren Polizeiexekutivbeamten (Polizeisergeanten pp.) in den mehr als 10000 Einwohnern zählenden Städten und Landgemeinden der Rheinprovinz wird von der Ablegung einer besonderen Prüfung abhängig gemacht, welche vor der im Anschluß an die Polizeischule in Düsseldorf errichteten Prüfungskommission zu bestehen ist.

2. Diese Prüfung, durch welche sich die Beamten über ihre fachtechnische Ausbildung und Befähigung für den Polizeidienst auszuweisen haben, erfolgt auf Grund der Prüfungsordnung vom 16. Juni 1906.

3. Von der Ablegung dieser Prüfung sind diejenigen obengenannten Polizeibeamten befreit, welche die Polizeischule in Düsseldorf oder einen von mir oder einen sonst zuständigen Regierungspräsidenten als gleichwertig anerkannten, systematischen Lehrkursus mit Erfolg besucht haben.

4. Für Fälle, in welchen besondere Verhältnisse es geboten erscheinen lassen, steht mir die Befugnis zu, einerseits die Polizeibeamten obengenannter Art in Städten und Landgemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern der Verpflichtung zur Ablegung der Prüfung zu unterwerfen, andrerseits auch in Städten und Landgemeinden von über 10000 Einwohnern von dieser Prüfung zu befreien.

5. Diese Anordnung tritt mit dem 1. Juli 1906 in Kraft.

Aachen, den 16. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Prüfungs-Ordnung für Polizei-Sergeanten.**

§. 1. Der Zweck der Prüfung ist, festzustellen, ob die Bewerber um kommunale Polizeisergeanten-Stellen in der Rheinprovinz, die sich ihr unterziehen, die für ihren Beruf nötige geistige Begabung und Kenntnis besitzen.

§. 2. Die Prüfung wird von einer Kommision abgehalten.

Sie besteht:

a) aus einem von dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennenden staatlichen höheren Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden;
b) dem Dirigenten der Polizeischule zu Düsseldorf;
c) den beiden bei derselben als Lehrer angestellten Polizeibeamten.

§. 3. Die Prüfung findet im Regierungsgebäude zu Düsseldorf statt. Der Termin derselben wird jedesmal im Amtsblatt bekannt gegeben.

§. 4. Zur Deckung der durch die Prüfung entstehenden Ausgaben hat jeder Prüfling eine Prüfungsgebühr von 5 Mark zu zahlen. Etwaige Überschüsse fließen in die Kasse der Polizeischule zu Düsseldorf.

§. 5. Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche.

§. 6. Die schriftliche Prüfung besteht in der Abfassung einer Anzeige, deren Tatbestand mündlich vorgetragen wird und in der Bearbeitung einer Aufgabe aus einem den Prüflingen naheliegenden Gebiete.

§. 7. Die mündliche Prüfung erstreckt sich vornehmlich auf folgende Gegenstände:

1. Überblick über Verfassung und Verwaltung Preußens und des Deutschen Reiches
2. Allgemeine Berufspflichten und Verhältnisse der Polizeibeamten;
3. Verhalten gegenüber dem Publikum, dem Militär und den Behörden;
4. Waffengebrauch, Freiheitsentziehung, Durchsuchung, Beschlagnahme;
5. Verhalten im regelmäßigen Dienste und bei besonderen Fällen (Unglücksfälle, Schadenfeuer und dergl.);
6. Die wichtigsten Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches;
7. Die Reichsgewerbeordnung;
8. Das Vereins- und Versammlungsrecht;
9. Das Feld- und Forst-Polizeigesetz;
10. Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl;
11. Das Jagdgesetz und das Gesetz über die Schonzeiten des Wildes;
12. Das Fischereigesetz;
13. Das Reichsgesetz über die Presse;
14. Gesetz, betreffend das Spiel in außerpreußischen Lotterien;
15. Grundzüge der Nahrungsmittel- und Seuchenpolizei;
16. Die wichtigsten Regierungs-Polizei-Verordnungen.

Aachen, den 16. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 337 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen**
am 15. Juni 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 6 | 6 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 4 |
| desgl. | Eupen | 4 | 4 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 3 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 1 | 1 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 2 |

Aachen, den 18. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 338** Mit der Einsammlung der Gelder der dem Vorstande der Evangelischen Pastoral-

hülfsgesellschaft für Rheinland seitens des Herrn Oberpräsidenten bewilligten Hauskollekte (Amtsblatt 1904 S. 264) ist für das Jahr 1906, soweit die Einsammlnng nicht durch Deputierte der einzelnen Gemeinden geschieht, an Stelle des bisherigen, Kollektanten Heinrich Ginkel aus Elberfeld (Amtsbl. 1905 S. 274) der Kollektant Karl Stock aus Barmen vom 16. d. Mts. ab beauftragt worden.

Aachen, den 20. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 339** Der Herr Oberpräsident hat genehmigt, daß die dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschusse behufs Beschaffung von Mitteln zur Fürsorge für die Deutsche evang. Diaspora im Auslande von dem Herrn Minister des Innern am 16. Januar d. Js. bewilligte Hauskollekte bei sämtlichen evang. Haushaltungen der Monarchie in der Rheinprovinz während der Zeit vom 4. Juni bis 30. September d. Js. abgehalten wird.

Mit der Einsammlnng der Gelder sind beauftragt worden: In Aachen Gemeindediener Stosberg, in Burtscheid Küster Arndt, in Eupen Küster Biegmann, in Gemünd Johann Dinger, in Herzogenrath Adolf Thiele, in Imgenbroich Küster Gottfried Groener, in Kirschfeiffen Hermann Bungenberg, in Malmedy Lehrer Kamphausen, in St. Vith Lokomotivführer Meyenburg, in Montjoie Küster Gottfried Groener, in Pr. Moresnet Küster Georg Baake, in Roetgen Küster Fritz Welter, in Roggendorf Diakon Christian Jaeger, in Schleiden die Konfirmanden, in Stolberg Küster Heyll, in Vorweiden Lürken Wilhelm Sieper in Lürken, Mathias Meiners in Weiden und Philipp Nahir in Aisdorf, in Zweifall Gottlieb Mosch in Jägersfahrt und Conrad Krümmel in Zweifall, in Düren Heinrich Mütze, in Eschweiler Wittwe Reinhard, in Heinsberg Frau Krings, in Hückelhoven Küster H. Bünten, in Hünshoven-Teveren Frau Karl Meister, in Inden Küster Thyßen, in Jülich Küster Eduard Wilms, in Linnich Küster Kobecke, in Loevenich Arnold Elsenbruch, in Erkelenz Küster Paul Klein, in Randerath Pfarrer Ehlert, in Schwanenberg Küster Feldges.

Aachen, den 19. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Bufenitz.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 340** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Stromübertragungsleitungen der Kurtalsperren-Gesellschaft in den Gemeinden Stolberg und Zweifall zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§. 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

Dienstag den 26. und
Donnerstag den 28. dieses Monats

anberaumt. In der Gemeinde Stolberg wird an dem ersterem, in der Gemeinde Zweifall an dem letzteren der beiden Tage verhandelt werden.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der zu enteignenden Grundstücke stattfinden. Der Wert dieser Grundstücke wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der der Enteignung unterliegenden Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Aachen, den 19. Juni 1906.

Der Enteigungskommissar.
Dr. Frank,
Regierungsrat.

**Nr. 341** Bei den Posthilfstellen in Langbroich, Breberen und Saeffelen ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 11. Juni 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 342** Die Postagentur in Niederau (Kr. Düren) wird zum 1. Juli in ein Postamt III umgewandelt.

Aachen, den 11. Juni 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 343** **Bekanntmachung.**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. April bis Ende September 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 20, 22, 167, 366, 546, 722, 759, 851, 882, 978, 1012, 1094, 1194, 1292, 1310, 1317, 1387, 1678, 1765, 1791, 1860, 1886, 1942, 1995, 2359, 2540, 2578, 3084, 3163, 3178, 3252, 3290, 3526, 3742, 3790, 3798, 3841, 3849, 4114, 4142, 4181, 4206, 4207, 4411, 4446, 4474, 4660, 4705, 4802, 4855, 4863, 4901, 4923, 4936, 4981, 5050, 5090, 5091, 5156, 5170, 5191, 5326, 5368, 5447, 5497, 5515, 5547, 5563, 5565, 5823, 5904, 5910,

5939, 5943, 6040, 6089, 6178, 6266, 6268, 6329, 6344, 6374, 6447, 6472, 6478, 6479, 6625, 6748, 6867, 6873, 7158, 7181, 7274, 7368, 7486, 7492, 7569, 7653, 7663, 7770, 7802, 7810, 7827, 7828, 7829, 7833.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 62, 100, 185, 234, 240, 329, 370, 484, 518, 521, 522, 538, 559, 641, 724, 937, 1198, 1257, 1326, 1383, 1680, 1759, 1808, 1832, 1872, 2090, 2338, 2352, 2456, 2516, 2568, 2677, 2734, 2776; 2857, 2868, 2887, 2994, 3030, 3085, 3177, 3220, 3325, 3338.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 4, 275, 366, 738, 766, 1563, 1635, 1865, 1918, 1954, 2015, 2061, 2093, 2157, 2159, 2500, 2655, 2979, 3086, 4005, 4050, 4071, 4081, 4157, 4160, 4196, 4421, 4495, 4497, 4680, 4825, 4829, 4942, 4993, 5035, 5124, 5290, 5331, 5397, 5463, 5522, 5633, 5648, 5669, 5874, 5906, 5992, 6029, 6578, 6728, 6808, 7059, 7108, 7211, 7250, 7257, 7272, 7319, 7483, 7508, 7529, 7669, 7759, 7787, 7798, 7800, 7818, 7819, 7923, 7976, 8144, 8198, 8243, 8281, 8416, 8431, 8433, 8460, 8558, 8733, 8755, 9067, 9371, 9493, 9508, 9553, 9621, 9772, 9923, 10352, 10509, 10521, 10630, 10656, 11180, 11401, 11431, 11501, 11539, 11562, 11688, 11745, 11823, 11844, 11905, 11932, 12096, 12272, 12361, 12439, 12442, 12466, 12547, 12675, 12824, 12833, 12846, 12871, 12907, 12962, 12966, 12994, 13018, 13050, 13281, 13302, 13317, 13364, 13505, 13535, 13559, 13841, 13957, 13958, 14174, 14491, 14530, 14560, 14715, 14743, 14745, 14814, 14830, 14937, 14941, 15048, 15050, 15080, 15089, 15180, 15252, 15314, 15319, 15369, 15379, 15437, 15506, 15569, 15626, 15743, 15754, 15775, 15790, 15794, 15907, 15960, 15986, 16000, 16148, 16216, 16384, 16392, 16402, 16726, 16745, 16764, 16979, 17001, 17042, 17043, 17044, 17068, 17130, 17171, 17217, 17401, 17466, 17504, 17505, 17685, 17719, 17868, 17950, 18020, 18028, 18102, 18114, 18139, 18157, 18169, 18183, 18243, 18244, 18262, 18354, 18425, 18607, 18620, 18673, 18690, 18757, 18769, 18801, 18816, 18835, 18892, 19039, 19063, 19110, 19114, 19178, 19232, 19237, 19295, 19317, 19323, 19324, 19328, 19370, 19380, 19395, 19493, 19535, 19571, 19645, 19677, 19681, 19691, 19730, 19771, 19773, 19804, 19811, 19828, 19845, 19870, 19871, 19875, 19887, 19899, 19912, 19918, 19946, 20039, 20092, 20105, 20120, 20126, 20150, 20160, 20166, 20178, 20199, 20202, 20208, 20213, 20223, 20237, 20244, 20250, 20313, 20338, 20423, 20432, 20452.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 166, 419, 615, 661, 731, 776, 855, 1274, 1390, 1502, 1512, 1852, 1878, 2005, 2037, 2247, 2390, 2735, 2746, 3042, 3147, 3196, 3202, 3385, 3418, 3536, 3687, 3716, 3888, 3907, 4066, 4096, 4770, 5096, 5201, 5311, 5362, 5509, 5629, 5948, 6178, 6189, 6370, 6432, 6457, 6505, 6527, 6738, 7027, 7050, 7114, 7433, 7498, 7539, 7580, 7629, 7630, 7737, 7784, 7805, 7893, 7989, 8319, 8331, 8596, 8810, 8871, 8899, 9140, 9188, 9199, 9230, 9235, 9270, 9325, 9599, 9608, 9712, 9713, 10043, 10071, 10430, 10443, 11161, 11173, 11230, 11283, 11323, 11464, 11527, 11576, 11656, 11758, 11820, 11829, 12151, 12161, 12165, 12217, 12254, 12325, 12345, 12374, 12434, 12440, 12801, 12864, 12871, 13030, 13154, 13358, 13375, 13497, 13567, 13778, 13814, 13815, 13853, 14028, 14066, 14091, 14149, 14151, 14318, 14330, 14344, 14563, 14602, 14608, 14624, 14760, 14776, 14780, 14910, 14918, 15034, 15071, 15203, 15212, 15215, 15219, 15268, 15291, 15298, 15301, 15312, 15393, 15425, 15440, 15573, 15674, 15752, 15791, 15935, 15978, 16010, 16108, 16144, 16328, 16372, 16375, 16411, 16433, 16457, 16473, 16478, 16517, 16522, 16551, 16626, 16629, 16669, 16671, 16680, 16753, 16915, 16974, 16976, 16980, 17057, 17087, 17116, 17179, 17215, 17230, 17241, 17276, 17302, 17352, 17582, 17599, 17613, 17635, 17641, 17645, 17706, 17714, 17738, 17767, 17861, 17875, 17905, 17907, 17911, 17913, 17935, 17952, 17958, 17975, 18007, 18018, 18034, 18078, 18099, 18159, 18181, 18244, 18258, 18266, 18291, 18298, 18356, 18477, 18492, 18500, 18505, 18512, 18551, 18564, 18590, 18637, 18687, 18707, 18798, 18817, 18889, 18922, 18938, 18968, 18992, 19018, 19047, 19062, 19070, 19108, 19204, 19244, 19246, 19286, 19287, 19288, 19289, 19290, 19291, 19304, 19336, 19411, 19412, 19458, 19459, 19503, 19519, 19589, 19683, 19685.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 124, 444.

2. Litt. N à 300 M.

Nr. 318.

3. Litt. O à 75 M.

Nr. 177.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 123, 163.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Oktober 1906 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen und zwar:

Zu I nur Anweisungen

Zu II Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 1. Oktober 1906 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch werden die Inhaber der folgenden in früheren Terminen ausgelosten und bereits seit 2 Jahren und länger rückständigen

1. 4% Rentenbriefe.

Aus den Fälligkeitsterminen:

a) 1. Oktober 1897. Litt. D Nr. 8981.

b) 1. April 1899. Litt. C Nr. 3061, 12911, 14464, 16301, 17431, 17987. Litt. D Nr. 6636, 10565, 11406, 11514, 11794, 11796, 13996, 14847, 15898, 18389.

c) 1. Oktober 1899. Litt. B Nr. 311. Litt. C Nr. 6284, 6555, 11980, 15496, 17515, 18296, 18661, 18867. Litt. D Nr. 1218, 1547, 10900.

d) 1. April 1900. Litt. C Nr. 1882, 8759, 11203, 11998, 12036, 16193, 18888. Litt. D Nr. 1409, 2397, 2512, 5206, 7103, 7640, 9232, 10956, 11044, 11236, 12789, 14124, 14755, 15463, 16302, 16324, 17305, 17468, 17695, 18080, 18607.

e) 1. Oktober 1900. Litt. A Nr. 1863. Litt. B Nr. 3282. Litt. C Nr. 2028, 2248, 10821, 14406, 14440, 17851, 18803, 19366, 19455. Litt. D Nr. 4014, 6472, 16260, 17113, 17245, 17691, 18151, 18153, 18332, 18414, 18540.

f) 1. April 1901. Litt. A Nr. 5284. Litt. B Nr. 1823. Litt. C Nr. 281, 4639, 6329, 6409, 6680, 8316, 9626, 11025, 16367, 19199, 19572. Litt. D Nr. 528, 1642, 6585, 12145, 15220, 16467, 17684, 17694, 18082, 18388, 18471, 18557.

g) 1. Oktober 1901. Litt. A Nr. 2522. Litt. C Nr. 1791, 3401, 4096, 5842, 6979, 10745, 13567, 15308, 15707, 17488, 17848, 17972, 19403, 19551, 19553, 19825. Litt. D Nr. 367, 3854, 10334, 13205, 13757, 14261, 15321, 17547, 17702, 17937, 18221, 18752, 18827, 18828, 18865.

h) 1. April 1902. Litt. A Nr. 6094, 7219, 7316. Litt. B Nr. 3232. Litt. C Nr. 2314, 4036, 8845, 9301, 13637, 15956, 16513, 17102, 18920, 18944, 19018, 19141, 19558, 19559, 19765, 19766, 19824. Litt. D Nr. 637, 3149, 3773, 6847, 9170, 10796, 11076, 13825, 14122, 14262, 14384, 14893, 14900, 16513, 17008, 17195, 17379, 18079, 18204.

i) 1. Oktober 1902. Litt. A Nr. 108, 3634, 7496, 7567. Litt. B Nr. 2931. Litt. C Nr. 4097, 4641, 13670, 15375, 15579, 17425, 18305, 19315, 19793. Litt. D Nr. 2876, 3937, 4021, 7109, 10303, 11372, 11687, 11773, 14930, 17677, 17698, 18255, 18418, 18428.

k) 1. April 1903. Litt. A Nr. 674, 6092. Litt. B Nr. 1036, 3323. Litt. C Nr. 231, 2620, 4124, 4450, 4652, 4703, 5002, 8469, 8996, 9742, 10234, 10999, 12078, 13108, 16589, 16897, 17716, 18830. Litt. D Nr. 2317, 3651, 4420, 5366, 6288, 6478, 6884, 7072, 11155, 11407, 13619, 13780, 14234, 14958, 16563, 17854, 18147, 18148, 18556, 18853, 18939, 19027.

l) 1. Oktober 1903. Litt. A Nr. 2797, 7328, 7461. Litt. B Nr. 357, 2000, 2477, 2880, 3235. Litt. C Nr. 566, 2508, 6242, 7668, 8922, 9823, 10340, 14918, 15414, 16480, 16514, 16525, 16904, 17552, 18698, 18850, 18861, 19364, 19463, 19796, 19898. Litt. D Nr. 1838, 2221, 2858, 3808, 6953, 8836, 9863, 10415, 10426, 10837, 12128, 12791, 12796, 17207, 17639, 17653, 17941, 18152, 18880, 18885, 18887, 18979, 19293, 19298.

m) 1. April 1904. Litt. A Nr. 7203. Litt. B Nr. 637, 3046, 3308. Litt. C Nr. 985, 1004, 1642, 3308, 6309, 6433, 9927, 10442, 12135, 14253, 15307, 16058, 16533, 17893, 18473, 18922, 19109, 20117. Litt. D Nr. 630, 1487, 2787, 2829, 3212, 3926, 5005, 5328, 7245, 8406, 13089, 13204, 15462, 15590, 15813, 16078, 16184, 16617, 17693, 17696, 18284, 18839, 18974, 18981, 19318, 19378.

2. 3½% Rentenbriefe.

a) 2. Januar 1902. Litt. K Nr. 183.

b) 1. April 1902. Litt. P Nr. 202.

c) 1. Juli 1903. Litt. J Nr. 67, 101. Litt. K Nr. 201.

d) 2. Januar 1904. Litt. H Nr. 221

hierdurch aufgefordert, sie den genannten Kassen zur Zahlung des Nennwertes einzureichen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 18. Mai 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Pfeffer von Salomon.

**Nr. 344 Bekanntmachung**
**über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen nach dem Gesetze vom 31. Mai 1906.**

Nach den Vorschriften des §. 45 des Gesetzes vom 31. Mai 1906 haben die nachstehend bezeichneten Invaliden eine Neufeststellung ihrer Versorgungsgebührnisse zu erwarten:

I. Militärinvaliden.

1. Die Versorgungsgebührnisse der seit dem 1. April 1905 aus dem aktiven Militärdienst entlassenen Personen werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt.
2. Die Versorgungsgebührnisse derjenigen Invaliden, welche an einem der von den deutschen Staaten vor 1871 oder dem Deutschen Reiche geführten Kriege teilgenommen haben und nicht schon nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 höhere Gebührnisse erhalten haben, werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt.
3. Die nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 (§ 7) zu einer Kriegszulage von 10 Mk. monatlich anerkannten Halbinvaliden erhalten die erhöhte Kriegszulage von 15 Mk. monatlich.
4. Sämtliche als verstümmelt anerkannten Invaliden erhalten an Stelle der bisherigen Verstümmelungszulage von 18 Mk. monatlich eine solche von 27 Mk. nach den Vorschriften des §. 13 des neuen Gesetzes.

   Die als pflegebedürftig anerkannten Invaliden erhalten die gleiche Verstümmelungszulage von 27 Mk. monatlich, daneben jedoch nur die nach den bisherigen Gesetzen für gänzliche Erwerbsunfähigkeit zustehende Pension.
5. Diejenigen Kriegs- und Friedensinvaliden, welche im Reichs- oder Staatsdienst angestellt sind und deren Pension ganz oder zum Teile ruht, haben eine Neuregelung ihres Pensionsbezugs nur dann zu erwarten, wenn ihre Pension

   als Feldwebel oder
   „ Vizefeldwebel den Betrag von 15 Mk.
   „ Sergeant „ „ „ 12 „
   „ Unteroffizier „ „ „ 10 „
   „ Gemeiner „ „ „ 9 „
   monatlich überschreitet.

   Die im Reichs- und Staatsdienst angestellten ehemaligen Kapitulanten, welche eine Pension auf Grund achtzehnjähriger und längerer Dienstzeit erhalten haben, erfahren eine Neuregelung ihres Pensionsbezuges, sofern ihr Zivildiensteinkommen den Betrag von 2000 Mark jährlich nicht erreicht.
6. Die im Kommunaldienst angestellten Invaliden beziehen ihre bisher bezogene Pension neben dem Zivildiensteinkommen unverkürzt weiter.
7. Die unter Nr. 2 bezeichneten Kriegsteilnehmer, welche aus dem Zivildienste mit einer Zivilpension bereits ausgeschieden sind und nach den Vorschriften des neuen Gesetzes eine Erhöhung ihrer Gebührnisse erfahren, haben eine Neuregelung ihres Pensionsbezugs zu erwarten, wenn sie in der zuletzt bekleideten Stelle nicht die Höchstpension erreicht haben oder ihre Zivilpension den Betrag von 2000 Mk. nicht erreicht.

Die unter Nr. 1 bis 4 bezeichneten Invaliden haben ihre Militärpapiere unter genauer Bezeichnung ihres Wohnorts nebst Straße und Hausnummer baldigst an den zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen.

Die unter Nr. 5 bezeichneten Invaliden haben die Neuregelung ihres Pensionsbezugs unter Beifügung ihres Pensionsquittungsbuchs und des Militärpasses durch ihre vorgesetzte Dienstbehörde bei der zuständigen Pensionsregelungsbehörde zu beantragen.

Die unter Nr. 7 bezeichneten Invaliden beantragen die Neuregelung ihres Pensionsbezuges bei derjenigen Kasse, von welcher sie ihre Zivilpension zuletzt bezogen haben; der Antrag ist jedoch durch Vermittlung derjenigen Behörde vorzulegen, welche die Zivilpension angewiesen hat.

Die Neuregelung sämtlicher Versorgungsgebührnisse beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 1906. Nachzahlungen für eine vor diesem Tage liegende Zeit finden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes nicht statt.

II. Marineinvaliden.

Vorstehende Bestimmungen finden auf die Marineinvaliden mit nachfolgenden Maßgaben entsprechende Anwendung.

1. Die Versorgungsgebührnisse derjenigen Invaliden, welche im Dienst an einem Schiffbruch oder an einer als Feldzug erklärten militärischen Unternehmung auf einer dienstlichen Seereise teilgenommen haben, werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt, sofern die Invaliden nicht schon nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 neu anerkannt worden sind.
2. Die im Reichs- und Staatsdienste angestellten ehemaligen Kapitulanten der Marine, welche eine Pension auf Grund einer Dienstzeit von mindestens achtzehn Jahren erhalten haben, erfahren außer dem Falle der Ziffer

I. 5 Absatz 2 eine Neuregelung ihres Pensionsbezugs ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Zivildiensteinkommens, wenn sie beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste Dienstalters-, Seefahr- oder Fachzulage bezogen haben.

III. Schutztruppeninvaliden.

Eine Nachprüfung der Versorgungsgebührnisse der Invaliden der Schutztruppe nach dem neuen Mannschaftsversorgungsgesetze erfolgt ohne besonderen Antrag.

Aachen, den 12. Juni 1906.

Bezirks-Kommando.

**Nr. 345 Personal-Nachrichten.**

Dem Apotheker Dr. phil. Willy Wildt ist die Genehmigung erteilt worden, die Apotheke seines Vaters Dr. Josef Wildt in Eupen zu übernehmen.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Christine Marx bei der katholischen Volksschule zu Aphoven, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
2. Juliane Franßen bei der katholischen Volksschule zu Kohlscheid, Kreis Aachen Land, zum 1. Juli d. Js.;
3. Katharina Blesgen bei der katholischen Volksschule zu Pannesheide, Kreis Aachen Land, zum 1. Juli d. Js.

Nachdem der Bürgermeister Amberg zu Loevenich, Kreis Erkelenz, gestorben, ist die einstweilige Verwaltung der Landbürgermeisterei Loevenich dem Rittergutsbesitzer Joseph Jansen zu Nierhoven übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 25.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 29. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 28. Juni 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 346** Das 30. Stück enthält unter Nr. 3245: Gesetz über die Pensionierung der Offiziere einschließlich Sanitätsoffiziere des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen. Vom 31. Mai 1906. Unter Nr. 3246: Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen. Vom 31. Mai 1906. Das 31. Stück enthält unter Nr. 3247: Gesetz wegen Änderung einiger Vorschriften des Reichsstempelgesetzes. Vom 3. Juni 1906. Unter Nr. 3248: Gesetz, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld. Vom 3. Juni 1906. Das 32. Stück enthält unter Nr. 3249: Bekanntmachung, betreffend die Fassung des Brausteuergesetzes. Vom 7. Juni 1906. Das 33. Stück enthält unter Nr. 3250: Bekanntmachung, betreffend die Fassung des Reichsstempelgesetzes. Vom 7. Juni 1906. Das 34. Stück enthält unter Nr. 3251: Novelle zum Gesetze, betreffend die Deutsche Flotte, vom 14. Juni 1900. Vom 5. Juni 1906. Unter Nr. 3252: Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen. Vom 5. Juni 1606. Unter Nr. 3253: Gesetz, betreffend die Entlastung des Reichs-Invalidenfonds. Vom 9. Juni 1906. Unter Nr. 3254: Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen, vom 30. Juni 1873. Vom 9. Juni 1906. Unter Nr. 3255: Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des Gesetzes, vom 31. März 1873. Vom 1. Juni 1906. Das 35. Stück enthält unter Nr. 3256: Gesetz, betreffend die Änderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. Vom 9. Juni 1906. Unter Nr. 3257: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 9. Juni 1906. Unter Nr. 3258: Bekanntmachung, betreffend das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900. Vom 14. Juni 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 347** Das 24. Stück enthält unter Nr. 10717: Kirchengesetz wegen Abänderung des Kirchengesetzes vom 2. Juli 1898, betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 21. Mai 1906. Unter Nr. 10718: Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in Czersk. Vom 27. Mai 1906. Unter Nr. 10719: Gesetz, betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts in Groß-Salze. Vom 27. Mai 1906. Das 25. Stück enthält unter Nr. 10720: Gesetz, betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes und die Beteiligung des Staates an dem Baue von Kleinbahnen. Vom 15. Juni 1906. Das 26. Stück enthält unter Nr. 10721: Allerhöchster Erlaß, betreffend die Rangerhöhung der Gendarmen usw. Vom 17. Mai 1906. Unter Nr. 10722: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Montabaur. Vom 12. Juni 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 348** Das in Nr. 31 des Reichsgesetzblatts veröffentlichte Zigarettensteuergesetz vom 3. Juni 1906 tritt am 1. Juli d. Js in Kraft. Nach diesem Gesetze sind sämtliche Personen, die gewerbsmäßig Zigaretten, Zigarettentabak, Zigarettenhülsen oder Zigarettenblättchen herstellen, und ebenso sämtliche Personen, die sich gewerbsmäßig mit dem Verkaufe der angeführten Waren befassen (also auch Zigarren- oder Kolonialwaren-

händler sowie Gastwirte u. s. w., die Zigaretten, Zigarettentabak oder Zigarettenhülsen oder -blättchen verkaufen), verpflichtet, dies der Steuerbehörde (dem Steueramt oder Zollamt, in dessen Bezirke die Fabrik oder die Verkaufsstelle liegt,) sofort, jedenfalls aber noch **vor dem 1. Juli** dieses Jahres anzumelden. Die Anmeldung der Hersteller von Zigarettentabak, Zigaretten und Zigarettenhüllen hat schriftlich in doppelter Ausfertigung zu erfolgen und muß auch die Bezeichnung der Waren, die hergestellt werden, sowie eine Angabe darüber enthalten, ob und in welchen Räumen etwa auch ein Kleinverkauf der Erzeugnisse stattfindet.

Die Hersteller haben gleichzeitig mit der Anmeldung eine Beschreibung der Betriebs- und Lagerräume sowie der damit in Verbindung stehenden oder unmittelbar daran angrenzenden Räume vorzulegen.

Zigarren-, Rauchtabak und Kautabakfabrikanten, die nebenbei Kleinhandel mit Zigaretten betreiben, haben ebenfalls eine Beschreibung ihrer Kleinverkaufsräume dem Steueramt vorzulegen.

Ferner haben sowohl die Hersteller wie auch die Verkäufer und Händler ein Verzeichnis der am 1. Juli d. Js. in ihrem Besitze befindlichen Vorräte an Zigaretten, Zigarettentabak, Zigarettenhülsen und Zigarettenblättchen unter Angabe des Kleinverkaufspreises des Zigarettentabaks und der Zigaretten sowie der Stückzahl der Hülsen und Blättchen aufzustellen und spätestens bis zum 7. Juli ebenfalls in doppelter Ausfertigung der Steuerbehörde einzureichen.

Für die Anzeigen und Anmeldungen ist ein bestimmtes Formular nicht vorgeschrieben.

Berlin, den 20. Juni 1906.

Der Finanzminister.

## Bekanntmachung.

**Nr. 349** Die Turn- und Schwimmlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbst 1906 in Berlin abzuhalten ist, wird Ende November 1906 an einem noch festzusetzenden Tage beginnen.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Oktober 1906, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Oktober 1906 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. Oktober 1906 einzureichen. Ist der Aufenthaltsort der Bewerberin zur Zeit ihrer Meldung nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 entsprechen und mit den im §. 4 derselben vorgeschriebenen Schriftstücken ordnungsmäßig versehen sind.

In dem Gesuche ist anzugeben, ob die Bewerberin sich zum ersten Male zur Prüfung meldet, oder ob und wann sie sich bereits der Turnlehrerinnen-Prüfung unterzogen hat.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Aus dem ärztlichen Zeugnisse muß hervorgehen, daß die betreffende Bewerberin körperlich zur Turnlehrerin geeignet ist.

Das Zeugnis über die Turn- bezw. Schwimmfertigkeit ist von der Ausstellerin eigenhändig zu unterschreiben.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 14. Juni 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 350** Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 20. ds. Mts. für die Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Stralsund, Posen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück, Cöln, Düsseldorf und den Bezirk der Königlichen Hofkammer der Königlichen Familiengüter neue Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter bis auf weiteres derart ausgeschlossen, daß für diese Bezirke nur Meldungen solcher Anwärter angenommen werden können, welche bei Ausstellung des Forstversorgungsscheins mindestens zwei Jahre im Staatsforstdienste des betreffenden Bezirks beschäftigt sind.

Aachen, den 27. Juni 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 351** An Stelle des verstorbenen Kreistierarztes Hünerbein zu Geilenkirchen habe ich den Kreistierarzt Gutzeit zu Montjoie zum Stellvertreter des Vorsitzenden der für den Reg.-Bezirk Aachen bestehenden staatlichen Komission zur Abhaltung der durch das Gesetz vom 18. Juni 1884 angeordneten Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes ernannt.

Aachen, den 26. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Bekanntmachung.

**Nr. 352** Der Bezirksausschuß für den Re-

gierungsbezirk Aachen hält während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. Js. Ferien. Während derselben werden Termine mit mündlicher Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Aachen, den 27. Juni 1906

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 353** Die vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 16. d. Mts. beschlossenen Ausführungsbestimmungen zum Zigarettensteuergesetze vom 3. d. Mts. werden im Zentralblatt für das Deutsche Reich zum Abdruck gelangen, worauf hiermit hingewiesen wird.

Cöln, den 22. Juni 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Dr. Köhn.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 354** Die geprüfte Rechnung der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1904 liegt im hiesigen Ständehaus, Zimmer 29, vom 25. Juni 1906 ab auf 4 Wochen zur Einsicht offen, was nach §. 19 der Kassensatzungen zur Kenntnis gebracht wird.

Düsseldorf, den 22. Juni 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers,

**Nr. 355** Unter Verweisung auf die §§. 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Uebach 2, Uebach 3, Heinrich 3, Heinrich 4, Heinrich 5, Heinrich 6 und Heinrich 7 bei Uebach mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Situationsriß gemäß §. 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 16. Juni 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Uebach 2 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Immendorf, Beggendorf und Puffendorf, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben e, f, d1, e1, h1, i1, p, q, p1, o1, m1, l1 und k1 bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Uebach 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Geilenkirchen und Immendorf, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d1, f, o, l, m, n und g1 bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Beggendorf und Puffendorf, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 992 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben y, z, n1, o1, p1, q, r, s, t, u, v, w und x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 4 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Immendorf und Beggendorf

im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 997 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, a1, b, c, d, e, k1, l1, m!, o1, n1, z, y und x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 5 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Immendorf, Puffendorf und Geilenkirchen im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d1, c1, g1, n, o, p, i1, h1 und e1 bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 6 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Geilenkirchen, Immendorf und Süggerath, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 990 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben g, h, i, k, f1 und b1 bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 21. Dezember 1905 wird der Firma Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 7 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Uebach, Geilenkirchen und Süggerath, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 996 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben b1, g, h, i, k und f1 bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 16. Juni 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

## Bekanntmachung.

**Nr 356** Der Mühlenbesitzer August Hansen in Düren hat die Aufhebung des Fußpfades Flur 6 Nr. 728/0,15 der Gemeinde Jacobwüllesheim, soweit der Pfad zwischen den Parzellen Nr. 742/2, 627/15 und 727/15 durchführt, beantragt.

Diejenigen, welche hiergegen Einspruch erheben wollen, werden hierdurch in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 aufgefordert, den Einspruch bei Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen vom Tage der Ausgabe des diese Bekanntmachung enthaltenden Amtsblattes der Königlichen Regierung in Aachen an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Drove, den 26. Juni 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister.
Dabrock.

## Nr. 357 Personal-Nachrichten.

Dem Apotheker Leopold Kersten ist die Genehmigung zur Übernahme und Fortführung der von ihm käuflich erworbenen Roufs'schen Apotheke in Waldfeucht erteilt worden.

Der Regierungsassessor Dr. jur. von Kesseler in Montjoie ist zum Landrat ernannt und es ist ihm das Landratsamt im Kreise Montjoie endgültig übertragen worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 26.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 30. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 5. Juli 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 358** Das 36. Stück enthält unter Nr. 3259: Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Schweden. Vom 8. Mai 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 359** Das 27. Stück enthält unter Nr. 10723: Gesetz, betreffend den Erwerb des Kalisalzbergwerkes der Gewerkschaft Hercynia durch den Staat. Vom 19. Juni 1906. Das 28. Stück enthält unter Nr. 10724: Gesetz, betreffend die Abänderung des Siebenten Titels im Allgemeinen Berggesetze vom 24. Juni 1865. Vom 19. Juni 1906. Das 29. Stück enthält unter Nr. 10725: Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen über die Beteiligung Bremens an den Kosten eines Rhein-Weser-Kanals. Vom 29. März 1906. Unter Nr. 10726: Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen über die Ausführung einer Wehr- und Schleusenanlage bei Hemelingen. Vom 29. März 1906. Unter 10727: Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen über die weitere Vertiefung der Unterweser zwischen Bremen und Geestemünde. Vom 29. März 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 360** Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat uns aus den zu seiner Verfügung gelangten Überschüssen an den Staatszuschüssen zu den Alterszulagekassen der Volksschullehrer gemäß der Vorschrift in §. 27. Ziffer VII des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 3. März 1897 zur Deckung der nach dem Verteilungsplane für 1906 sich ergebenden Mehrausgaben für die Lehrerinnenstellen die Summe von 6752 M. überwiesen.

Diese Beträge sind mit 16 M. für jede Lehrerinnenstelle, für welche gemäß §. 27 Ziffer IV a. a. O. ein Zuschuß aus der Staatskasse an die Alterszulagekasse zu zahlen ist, verteilt worden.

Die Kreiskassen sind angewiesen, die hiernach sich ergebenden Beträge von den Gemeinden, Schulverbänden u. s. w. weniger einzuziehen bezw. diesen auf die von ihnen für 1906 zur Alterszulagekasse zu zahlenden Beiträge anzurechnen.

Aachen, den 3. Juli 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

**Nr. 361** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 30. Juni 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 5 | 5 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 5 |
| desgl. | Eupen | 3 | 3 |
| desgl. | Geilenkirchen | 2 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 3 | 3 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 362** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Weizen gut Pf. | Weizen mittel M. | Weizen mittel Pf. | Weizen gering M. | Weizen gering Pf. | Roggen gut M. | Roggen gut Pf. | Roggen mittel M. | Roggen mittel Pf. | Roggen gering M. | Roggen gering Pf. | Gerste gut M. | Gerste gut Pf. | Gerste mittel M. | Gerste mittel Pf. | Gerste gering M. | Gerste gering Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | 50 | 19 | 50 | — | — | 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 25 | 17 | 75 | — | — | 16 | 75 | 16 | 25 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 18 | 10 | 17 | 10 | — | — | 16 | 30 | 15 | 30 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Stroh Krumm- Pf. | Heu M. | Heu Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 7 | 75 | 135 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | 2 | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 52 | 4 | 44 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 2 | 21 | 4 | 49 | — | — | — | — |
| — | — | 6 | 80 | 140 | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | 20 | 2 | 10 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 90 | 1 | 70 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 40 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | — | 1 | 80 | 2 | 40 | 4 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 60 | 4 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 55 | 1 | 70 | 2 | 14 | 2 | 45 | 4 | 23 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 70 | 1 | 40 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 3 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 131 | 50 | 1 | 68 | 1 | 48 | 1 | 90 | 1 | 72 | 1 | 70 | 1 | 87 | 2 | 40 | 4 | 26 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Juni 1906.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 18<br>18 | —<br>90 | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 8 | — | 6<br>7 | —<br>35 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 94 | — | — |
| 16<br>17 | 25<br>35 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 8 | — | 4<br>4 | 20<br>62 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 36 | — | — | — | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 10 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 11 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | — | — | — | — | — | 6 | 75 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 53 | 34 | 43 | 42 | 20 | 8 | 09 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Juni 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz hiesiges | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 30 | — | 26 | — | 40 | — | 60 | — | 50 | — | 60 | — | 50 | — | 60 | 2 | 40 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 27 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 48 | — | 36 | — | 55 | — | 54 | — | 49 | 2 | 38 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 80 | — | 15 |

…ie Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats Juni 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

…) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide …ländischen Ursprungs.

Aachen, den 4. Juli 1906. Der Regierun… …nt. In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 363**

## A. Verzeichnis

der im Verwaltungsbezirke der Provinzialsteuerdirektion in Cöln zur Erteilung von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge der Tarifnummer 8a des Reichsstempelgesetzes befugten Amtsstellen mit Angabe ihrer Geschäftsbezirke.

| Lfd. Nr. | Der Amtsstellen | | |
|---|---|---|---|
| | Ort | Bezeichnung | Geschäftsbezirke |
| 1 | **Aachen** | **Hauptzollamt** | Hebebezirk des Hauptamtes, des Nebenzollamtes I zu Herzogenrath, der Nebenzollämter II zu Horbach und Pannesheide. |
| 2 | Eupen (Oberstadt) | Nebenzollamt I | Hebebezirk des Nebenzollamtes und des Nebenzollamtes II zu Tülje. |
| 3 | Geilenkirchen | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes und des Nebenzollamtes II zu Scherpenseel. |
| 4 | **Cleve** | **Hauptzollamt** | Hebebezirk des Hauptamtes und des Nebenzollamtes II zu Keeken. |
| 5 | Goch | Nebenzollamt I | Hebebezirk des Nebenzollamtes und des Nebenzollamtes II zu Weeze. |
| 6 | Cranenburg | 〃 | Hebebezirk des Nebenzollamtes. |
| 7 | Calcar | Steueramt I | 〃 des Steueramtes. |
| 8 | **Emmerich** | **Hauptzollamt** | Bezirk des Hauptamtes. |
| 9 | **Kaldenkirchen** | 〃 | Bezirk des Hauptamtes und des Nebenzollamtes I Straelen. |
| 10 | Heinsberg | Steueramt I | Bezirk des Steueramtes, des Nebenzollamtes I zu Dalheim sowie der Nebenzollämter II zu Elmpt, Karken, Mindergangelt, Tüddern, Waldfeucht und Wehr. |
| 11 | **Malmedy** | **Hauptzollamt** | Hebebezirk des Hauptamtes. |
| 12 | Montjoie | Steueramt I | 〃 〃 Steueramtes. |
| 13 | Hillesheim | 〃 II | 〃 〃 〃 |
| 14 | Prüm | 〃 II | 〃 〃 〃 |
| 15 | St. Vith | 〃 II | 〃 〃 〃 |
| 16 | **Coblenz** | **Hauptsteueramt** | Bezirk des Hauptamtes. |
| 17 | **Cöln** | **Hauptsteueramt f. inl. Geg.** | Hebebezirk des Hauptamtes, des Steueramtes I zu Mülheim a. Rh., der Steuerämter II zu Bensberg und Brühl. |
| 18 | Bonn (Stadt) | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes und des Steueramtes II Rheinbach. |
| 19 | **Crefeld** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes, der Steuerämter I zu Uerdingen und Kempen. |
| 20 | M.-Gladbach | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes sowie der Steuerämter I Dülken und Viersen. |
| 21 | **Düren** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes. |
| 22 | Eschweiler | Steueramt I | 〃 〃 Steueramtes. |
| 23 | Euskirchen | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 24 | Jülich | 〃 | 〃 〃 Steueramtes und des Steueramtes II zu Linnich. |
| 25 | Stolberg | 〃 | Hebebezirk des Steueramtes. |
| 26 | Gemünd | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 27 | **Düsseldorf** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes und des Steueramtes I zu Ratingen. |
| 28 | Solingen | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes und des Steueramtes I zu Opladen. |
| 29 | **Duisburg** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes und des Steueramtes I zu Duisburg-Ruhrort. |

der

| Lfd. Nr. | Der Amtsstellen | | |
|---|---|---|---|
| | Ort | Bezeichnung | Geschäftsbezirk |
| 30 | Essen (Stadt) | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes sowie der Steuerämter I zu Mülheim a. Ruhr, Oberhausen und Werden. |
| 31 | **Elberfeld** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes. |
| 32 | Barmen | Steueramt I | 〃 〃 Steueramtes. |
| 33 | Gummersbach | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 34 | Lennep | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 35 | Mettmann | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 36 | Remscheid | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 37 | Wipperfürth | 〃 II | 〃 〃 〃 |
| 38 | **Kreuznach** | **Hauptsteueramt** | Bezirk des Hauptsteueramtes. |
| 39 | **Neuß** | 〃 | Hebebezirk des Hauptamtes sowie des Steueramtes I zu Dormagen. |
| 40 | Erkelenz | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes. |
| 41 | Grevenbroich | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 42 | Rheydt | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 43 | Bergheim | 〃 II | 〃 〃 〃 |
| 44 | **Neuwied** | **Hauptsteueramt** | 〃 〃 Hauptamtes. |
| 45 | Siegburg | Steueramt I | 〃 〃 Steueramtes. |
| 46 | Betzdorf | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 47 | Linz | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 48 | Königswinter | 〃 | 〃 〃 〃 |
| 49 | **Saarbrücken** | **Hauptsteueramt** | Hebebezirk des Hauptamtes. |
| 50 | Merzig | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes und der Steuerämter II zu Perl und Wadern. |
| 51 | Neunkirchen | 〃 | Hebebezirk des Steueramtes und des Steueramtes I zu St. Wendel. |
| 52 | Saarlouis | 〃 | Hebebezirk des Steueramtes und des Steueramtes II zu Lebach. |
| 53 | **Trier** | **Hauptsteueramt** | Bezirk des Hauptamtes. |
| 54 | **Wesel** | 〃 | Hebebezirk des Hauptamtes und des Steueramtes I zu Dinslaken. |
| 55 | Geldern | Steueramt I | Hebebezirk des Steueramtes sowie des Steueramtes I zu Rheinberg und der Steuerämter II zu Kevelaer, Issum und Xanten. |
| 56 | Mörs | 〃 | Hebebezirk des Steueramtes. |

## B. Verzeichnis

der zur Erteilung von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge der Tarifnummer 8b des Reichsstempelgesetzes befugten Amtsstellen, soweit die Reichsgrenze mit der Zollgrenze nicht zusammenfällt (Grenze gegen Luxemburg).

| | | |
|---|---|---|
| | **Hauptzollamtsbezirk Malmedy.** | |
| 1 | Lengeler | Übergangssteuerstelle |
| | **Hauptsteueramtsbezirk Trier.** | |
| 2 | Trier | Hauptsteueramt |
| 3 | Echternacherbrück | Übergangssteuerstelle |
| 4 | Obersgegen | 〃 |
| | **Hauptsteueramtsbezirk Saarbrücken.** | |
| 5 | Nennig | Übergangssteuerstelle |
| 6 | Perl | Steueramt II |

Cöln, den 25. Juni 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
J. V.: Leussing.

**Nr. 364** Das von der **Preußischen Central-Genossenschafts-Kasse** herausgegebene **Jahr- und Adreßbuch der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Deutschen Reiche** für 1906 (3. Jahrgang) ist in Carl Heymanns Verlag in Berlin erschienen und im Buchhandel zum Preise von 2 M., postfrei 2,30 M. zu beziehen. Das Werk ist gegen die früheren Jahrgänge bedeutend erweitert.

Aachen, den 27. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr 365 Aufnahme in das Waisenhaus Oranienburg.**

Das Königliche Waisenhaus zu Oranienburg ist eine Stiftung der Kurfürstin Luise Henriette, Gemahlin des Großen Kurfürsten.

In diesem finden nur arme, in der evangelischen Religion erzogene Waisenkinder — Knaben und Mädchen — deren Eltern einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben, im Alter von 8—10 Jahren Aufnahme. Vor der Aufnahme sind beizubringen: 1) Geburts- und Taufschein des Kindes; 2) der Totenschein des Vaters oder der Eltern; 3) ein Nachweis über die Unbescholtenheit und Ehrbarkeit der Eltern sowie die notorische Armut derselben; 4) die Bescheinigung eines öffentlich approbierten Arztes über die Gesundheit des Kindes, insbesondere darüber, daß es zu keiner ansteckenden oder schweren, die Anstalt etwa gefährdenden Krankheit veranlagt sei; 5) ein Impfattest, sowie endlich 6) die Erklärung der etwa noch lebenden Mutter, daß sie als Inhaberin der elterlichen Gewalt in die Aufnahme willige.

Vor der Aufnahme in die genannte Anstalt hat der Gesuchsteller einen Revers zu unterschreiben, in welchem er sich hinsichtlich des Zeitpunktes der Entlassung des betreffenden Kindes der Entscheidung der Waisenhausverwaltung zu unterwerfen hat.

Außerdem besteht die Vorschrift, daß die in das Waisenhaus aufgenommenen Mädchen ein Jahr lang nach ihrer Einsegnung noch in der Anstalt wirtschaftlich beschäftigt werden.

Das auf Grund des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882 (G.-S. S. 298) aus der Staatskasse etwa gezahlte Waisengeld wird von dem auf den Aufnahmetag folgenden Monat ab zur Kasse des Waisenhauses eingezogen und im Interesse des Kindes für die Zeit seines Verbleibens in der Anstalt zinsbar angelegt.

Bei der Entlassung kommt das Waisengeld nebst den aufgelaufenen Jahreszinsen dem Anstaltszöglinge unverkürzt zu gute.

Bewerbungen um die Eingangs genannten Stellen sind unter Beifügung der zu 1—6 genannten Zeugnisse **bei der Königlichen Regierung** anzubringen.

**Wir machen auf das Vorhandensein dieser segensreichen Anstalt ganz besonders aufmerksam.**

Potsdam, den 3. Mai 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 366** Bei der am 12. d. Mts. in Gegenwart eines Königlichen Notars stattgehabten **Auslosung der vormals Hannoverschen 4 prozentigen Staatsschuldverschreibungen Litera S** zur Tilgung für das Rechnungsjahr 1906 sind die folgenden Nummern gezogen worden:

Nr. 91, 123, 155, 194, 214, 441, 509, 565, 611, 689 über je 1000 Tlr. Gold und Nr. 933, 1200, 1322, 1356, 1364, 1424, 1508, 1697 über je 500 Tlr. Gold.

Diese werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1907 zur baren Rückzahlung gekündigt.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen lauten auf Gold, deren Rückzahlung wird in Reichswährung nach den Bestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Außerkurssetzung der Landes-Goldmünzen ꝛc. (Reichsanzeiger Nr. 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanzministers vom 17. März 1874 (Reichsanzeiger Nr. 68, Position 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 15. Dezember d. J. ab gegen Quittung und Einlieferung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen an den Geschäftstagen bei der Regierungs-Hauptkasse hierselbst, von 9 bis 12 Uhr vormittags, ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämtlichen übrigen Regierungs-Hauptkassen, bei der Staatsschuldentilgungskasse in Berlin, sowie bei der Kreiskasse in Frankfurt a. M. geschehen. Zu dem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer dieser Kassen einzureichen. Nach erfolgter Feststellung durch die hiesige Regierungshauptkasse wird die Auszahlung von den ersteren Kassen bewirkt werden.

Die Einsendung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsschein-Anweisungen und Zinsscheinen mit oder ohne Wertangabe muß portofrei geschehen.

Sollte die Abforderung des gekündigten Kapitals bis zum Fälligkeitstermine nicht erfolgen, so tritt dasselbe von dem gedachten Zeitpunkte ab zum Nachteile der Gläubiger außer Verzinsung.

Hannover, den 13. Juni 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung:
Humperdinck.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 367** Behufs Erwerbung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste werden im September d. Js. Prüfungstermine abgehalten werden, deren Bekanntmachung demnächst erfolgen wird.

Zugelassen werden Angehörige des Deutschen Reichs, welche in der Zeit **vom 1. Januar 1887 bis 1. August 1889** geboren und nach den §§. 25 und 26 der Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 im Regierungsbezirke Aachen **gestellungspflichtig** sind. Die Zulassung von später Geborenen darf nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Ersatzbehörde dritter Instanz erfolgen, wenn es sich um einen kurzen Zeitraum handelt.

Die Meldungen sind **bis zum 1. August d. Js.** bei der unterzeichneten Kommission einzureichen. Denselben sind beizufügen:

1. ein Geburtszeugnis;
2. die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen Dienstes die Kosten des Unterhalts mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung von dem Bewerber getragen werden sollen. Statt dieser Erklärung genügt diejenige des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichte und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürge.

   Die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters und des Dritten sowie die Fähigkeit des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten zur Bestreitung der Kosten muß obrigkeitlich bescheinigt sein. Übernimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, **sofern er nicht schon kraft Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet ist**, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.
3. ein Unbescholtenheitszeugnis, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

Ist die Erteilung eines Unbescholtenheitszeugnisses wegen erfolgter Bestrafung versagt und ist aus der Art des Vergehens und der dabei in Betracht kommenden Nebenumstände unter gleichzeitiger Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Betreffenden Anlaß zu einer milderen Beurteilung gegeben, auch die sonstige Führung des Bestraften gut gewesen, so kann er durch die Ersatzbehörde dritter Instanz von Beibringung des Unbescholtenheitszeugnisses befreit werden.

In dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen (der lateinischen, griechischen, französischen oder englischen Sprache) der sich Meldende geprüft sein will und ferner ob, wie oft und wo er sich der Prüfung vor einer Prüfungskommission bereits unterzogen hat.

4. ein selbstgeschriebener Lebenslauf.

Von dem Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung dürfen durch die Ersatzbehörden dritter Instanz entbunden werden:

a) junge Leute, welche sich in einem Zweige der Wissenschaft oder Kunst oder in einer anderen dem Gemeinwesen zugute kommenden Tätigkeit besonders auszeichnen;
b) kunstverständige oder mechanische Arbeiter, welche in der Art ihrer Tätigkeit hervorragendes leisten;
c) zu Kunstleistungen angestellte Mitglieder landesherrlicher Bühnen.

Personen, welche auf eine derartige Berücksichtigung Anspruch machen, haben ihrer Meldung die **erforderlichen amtlich beglaubigten Zeugnisse** beizufügen und gleichzeitig mit der Meldung auch die **Arbeiten, durch welche der Beweis für ihre hervorragende Leistungsfähigkeit erbracht werden soll, an die zuständige Ersatz-Kommission einzureichen.**

Sie sind nur einer Prüfung in den Elementarkenntnissen unterworfen, nach deren Ausfall die Ersatzbehörde dritter Instanz entscheidet, ob der Berechtigungsschein zu erteilen ist oder nicht.

**Die in Aachen wohnenden jungen Leute haben bei der Anmeldung genau Straße und Hausnummer ihrer Wohnung anzugeben.**

Aachen, den 2. Juli 1906.

Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.
Der Vorsitzende.
In Vertretung:
Reinecke, Regierungsrat.

**Nr. 368 Königliche Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau.**

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß an der hiesigen Lehranstalt 1. ein Obstverwertungskursus für Männer in der Zeit vom 18. bis 25. August d. Js., 2. ein Obstverwertungskursus für Frauen in der Zeit vom 27. August bis 1. September d. Js. abgehalten werden. Die Kurse beginnen jedesmal an den zuerst genannten Tagen vormittags 9 Uhr. Der Unterricht wird theoretisch und praktisch erteilt, sodaß die Teilnehmer Gelegenheit haben, die verschiedenen Verwertungsmethoden einzuüben.

Der Unterricht umfaßt: Obstweinbereitung und

Behandlung desselben im Keller, sowie Behandlung kranker Weine, Bereitung von Essig, Branntwein, Beerenwein, Schaumwein und alkoholfreier Getränke, Untersuchung von Reinhefen, Kahmhefen und Schimmelpilzen, ferner des Mostes auf Zucker, Alkohol und Säure. Bereitung von Mus, Gelee, Marmelade und Pasten, Herstellung und Aufbewahrung von Konserven und Obstsäften; Dörren des Kern- und Steinobstes und des Gemüses. Obsternte, Sortierung, Aufbewahrung und Verpackung des frischen Obstes. Gurken-, Kraut und Bohnensäuerung.

Das Honorar beträgt 6 M., für Nichtpreußen 9 M. Unterkunft für die Frauen besorgt die Direktion, an welche auch die Anmeldungen zu den Kursen bis spätestens 14 Tage vor Beginn derselben zu richten sind.

Geisenheim a. Rhein, den 25. Juni 1906.

Die Direktion.

**Nr. 369 Personal-Nachrichten.**

Der bisher mit der kommissarischen Verwaltung der Kreisarztstelle des Kreises Schleiden betraute Arzt Dr. Jsfort in Schleiden ist vom 1. Juli d. Js. ab endgültig zum Kreisarzt dieses Kreises ernannt.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Maria Blau bei der katholischen Volksschule zu Unterbruch, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
2. Katharina Gillig bei der katholischen Volksschule zu Porselen, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
3. Margareta Eiser an der katholischen Volksschule zu Orsbeck, Kreis Heinsberg, zum 1. Juli d. Js.;
4. Katharina Rose bei der katholischen Volksschule zu Malmedy, Kreis Malmedy;
5. Huberta Sittart bei der katholischen Volksschule zu Eschweiler, Kreis Aachen Land, zum 1. Juli d. Js.

Dem Apotheker Leopold Kersten ist die Genehmigung zur Übernahme und Fortführung der von ihm käuflich erworbenen Roufs'schen Apotheke in Waldfeucht erteilt worden.

Personalveränderungen im Bezirk des Oberbergamts zu Bonn im 2. Vierteljahr 1906.

Der Berghauptmann Vogel ist aus dem Staatsdienst ausgeschieden und Berghauptmann Baur, bisher Direktor des Oberbergamts zu Dortmund, in gleicher Eigenschaft an das Oberbergamt zu Bonn versetzt worden.

Personalveränderungen bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Aachen.

Der Postpraktikant Rondé in Düren ist zum Ober-Postpraktikanten ernannt. Versetzt sind: Der Ober-Postinspektor Kuhlmann von Aachen nach Aschersleben, der Postinspektor Rosenbaum von Döbeln nach Aachen, der Ober-Postkassenbuchhalter Lintzel von Aachen nach Erfurt und der Postsekretär Weyhe von Aachen nach Hamburg

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr 27.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 31. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 12. Juli 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Nr. 370 Änderungen der Postordnung vom 20. März 1900.

Auf Grund des §. 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 wird die Postordnung vom 20. März 1900 in folgenden Punkten geändert.

1. Im §. 3 „Außenseite" erhält der zweite Satz des Abs. I (Änderung vom 8. April 1901) folgenden Wortlaut:

Diese sämtlichen Angaben können, außer bei Briefen mit Wertangabe (§ 14) und bei Postanweisungen (§. 20), auch durch aufgeklebte Zettel hergestellt werden.

2. Die Angabe „, mit Ausnahme des Orts- und Nachbarortsverkehrs (§. 37)" ist an folgenden Stellen zu streichen:
   - im §. 7 „Postkarten" im Abs. VI,
   - „ §. 8 „Drucksachen" „ „ XII,
   - „ §. 9 „Geschäftspapiere" „ „ IV,
   - „ §. 10 „Warenproben" „ „ IX,
   - „ §. 11 „Zusammenpacken von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben" im Abs. II.

3. Im §. 8 „Drucksachen" ist im Abs. XVII zu setzen statt „1/4 Pf.": 1/2 Pf.

4. Im §. 9 „Geschäftspapiere" ist unter VI als erster Satz nachzutragen:

Mehrere unter einer Umhüllung vereinigte Geschäftspapiere dürfen nicht mit verschiedenen Adressen versehen sein.

5. a) Statt der Überschrift des §. 37 „Gebühren für Postsendungen im Orts- und Nachbarortsverkehre" ist zu setzen: Gebühren für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehre.

b) Der Abs. I dieses §. (37) erhält nachstehende Fassung:

Für Ortsbriefe (an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirke des Aufgabe-Postorts) werden erhoben:
im Frankierungsfalle . . . 5 Pf.,
im Nichtfrankierungsfalle . 10 Pf.

c) Im Abs. III desselben §. (37) ist in der ersten Zeile das Wort „Postsendungen" durch „Briefe" zu ersetzen.

d) Der Abs. IV desselben §. (37) erhält folgenden Wortlaut:

Bei unzureichend frankierten Briefen wird die Gebühr für unfrankierte Briefe abzüglich des Betrags der verwendeten Postwertzeichen berechnet.

6. Im §. 39 „An wen die Bestellung geschehen muß" erhält der letzte Satz des Abs. XIII (Änderung vom 8. April 1901) folgenden Wortlaut:

Ist ein Testamentsvollstrecker, ein Nachlaßpfleger oder Nachlaßverwalter ernannt worden, so sind die Sendungen an diesen auszuhändigen.

7. a) Im §. 44 „Nachsendung der Postsendungen" ist im Abs. I der letzte Satz (Änderung vom 12. Dezember 1901) zu streichen.

b) In demselben §. (44) ist in dem letzten Satze des Abs. IV das Wort „Briefsendungen" durch „Briefe" zu ersetzen.

8. Im §. 46 „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Aufgabeort" ist in dem letzten Satze des Abs. I das Wort „Briefsendungen" durch „Briefe" zu ersetzen.

9. Im §. 48 „Nachlieferung von Zeitungen"

sind im zweiten Satze die Worte „ihnen fehlender“ zu streichen.

Vorstehende Änderungen treten mit dem 1. Juli in Kraft.

Berlin, den 23. Juni 1906.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Kraetke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 371** Seine Majestät der Kaiser und König haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 7. Februar d. Js. dem Verschönerungsverein für das Siebengebirge die Genehmigung zu erteilen geruht, zum Zwecke der Erhaltung des Siebengebirges eine Geldlotterie mit einem Reinertrage von 900 000 Mark zu veranstalten und die Lose dieser Lotterie im ganzen Bereich der Monarchie zu vertreiben.

Aachen, den 9. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 372** Der Herr Ober-Präsident hat dem Komitee für den Bau eines katholischen Kranken- und Schwesternhauses zu Morbach im Kreise Bernkastel die Erlaubnis erteilt, behufs Aufbringung der noch fehlenden Baumittel im Jahre 1906 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Regierungsbezirke Aachen, Coblenz, Düsseldorf und Trier abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gelder im Regierungsbezirk Aachen sind folgende Personen beauftragt worden:

Jakob Groß in Bettrath; Franz Schönen in Düsseldorf; Jos. Cürten in Hilden; Jos. Girkes in Born; Peter Weiß in Mechernich; Fritz Hilgers und Carl Hilgers in Cöln; Wilh. Haupt in Bliesheim; Jakob Cremer in Euskirchen; Heinrich Schmitz in Mühlrath; Anton Schmitz in Enzen; Wilh. König in Birgel; Jos. Schumacher in Sinthern; Peter Küpper, Hubert Küpper, Josef Siebertz und Martin Cremer in Kesternich; Josef Fuhrmann in Trier; Friedrich Angersbach in Mettmann; Wilh. Nagel in Gerresheim; Wilh. Hüllen in Düsseldorf.

Aachen, den 9. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 373** Durch Beschluß vom heutigen Tage ist angeordnet worden, daß die Eigentümer derjenigen Grundstücke in den Gemeinden Niederkrüchten und Arsbeck, welche seitens der Königlichen Staatseisenbahnverwaltung zum Bau der Bahnlinie von Burgwaldniel nach Dalheim in Anspruch genommen werden, alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden geschehen zu lassen haben, ferner, daß die seitens des Vermessungspersonals zur Absteckung der Bahnlinie auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w. zu dulden sind und von Unbefugten nicht entfernt werden dürfen.

Aachen, den 3. Juli 1906.

Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende.
In Vertretung: Reinecke.

**Nr. 374** Durch Beschluß vom heutigen Tage ist angeordnet worden, daß die Eigentümer derjenigen Grundstücke in den Gemeinden Jülich, Broich, Tetz, Boslar, Linnich, Gevenich, Körrenzig, Rurich, Baal, Doveren, Hückelhoven, Ratheim, Orsbeck, Myhl, Wassenberg, Birgelen, Wildenrath und Arsbeck, welche seitens der Königlichen Staatseisenbahnverwaltung zum Bau der Eisenbahn von Jülich nach Dalheim in Anspruch genommen werden, alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden geschehen zu lassen haben, ferner, daß die seitens des Vermessungspersonals zur Absteckung der Bahnlinie auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w. zu dulden sind und von Unbefugten nicht entfernt werden dürfen.

Aachen, den 3. Juli 1906.

Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende.
In Vertretung: Reinecke.

### Bekanntmachung.

**Nr. 375** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 16. v. Mts. die Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften des Reichsstempelgesetzes über die Stempelabgabe von Frachturkunden und Personenfahrkarten, sowie von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge und über die Besteuerung der Vergütungen von Aufsichtsratsmitgliedern genehmigt und zwar die Bestimmungen, betreffend Kraftfahrzeuge, mit den aus Nr. 99 der Drucksachen sich ergebenden Maßgaben.

Die Ausführungsbestimmungen werden in den Zentralblättern für das Deutsche Reich und der Abgaben-Gesetzgebung und Verwaltung zum Abdruck gelangen.

Bei den zuständigen Amtsstellen kann Einsicht in die Bestimmungen genommen werden.

Cöln, den 3. Juli 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor:
J. B. Leußing.

### Bekanntmachung.

**Nr. 376** Gemäß § 12 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 hatten die nachgenannten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Provinzialrats der

Rheinprovinz zum 1. Juli d. Js. aus diesem Amte auszuscheiden:

1. Die Mitglieder:
   a) Königlicher Geheimer Kommerzienrat Robert Kesselkaul zu Aachen;
   b) Hüttenbesitzer Karl von Beulwitz zu Trier.
2. Die stellvertretenden Mitglieder:
   a) Rittergutsbesitzer Emil Schwecht zu Sievernich;
   b) Königlicher Oberstleutnant a. D. und Gutsbesitzer Schmidt von Schwind zu Eichberg.

Sämtliche vorgenannten Herren sind vom Provinzial-Ausschuß in seiner Sitzung vom 22. Mai d. Js. zu Mitgliedern bezw. stellvertretenden Mitgliedern des Provinzialrats für die sechsjährige Amtsperiode vom 1. Juli d. Js. bis 1. Juli 1912 wiedergewählt worden und haben sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

Coblenz, den 30. Juni 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 377** Bei der Postagentur in Effeld und bei der Posthilfstelle in Ophoven ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 2. Juli 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
In Vertretung: Pusch.

### Bekanntmachung.

**Nr. 378** Der Ziegeleibesitzer Christian Esser aus Soller hat die Verlegung des zwischen seinen Parzellen Flur 4 Nr. 17 und 100/18 durchführenden Weges beantragt. Der Weg soll dann unterhalb der letztgenannten Parzelle vorbeigeführt werden. Eine Zeichnung über die beabsichtigte Verlegung ist auf meinem Amtszimmer einzusehen.

Einsprüche gegen die Verlegung sind in Gemäßheit des §. 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 bei Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen, vom Tage der Ausgabe des diese Bekanntmachung enthaltenden Amtsblattes der Königlichen Regierung in Aachen an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Drove, den 5. Juli 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Dabrock.

**Nr. 379 Königliche Vereinigte Maschinenbauschulen zu Dortmund.**

Am 22. Oktober 1906 beginnen die neuen Lehrkurse.

Abteilung I:

Königliche Höhere Maschinenbauschule für Maschinen- und Elektrotechniker. Zweijähriger Kursus. Jährliches Schulgeld 150 Mark.

Abteilung II:

Königliche Maschinenbauschule für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und ähnliche Gewerbetreibende. Zweijähriger Kursus. Jährliches Schulgeld 60 Mark.

Abteilung III:

Abend- und Sonntagsschule mit Fachunterricht. Für die theoretische Ausbildung der Gehilfen und Lehrlinge. Unterricht an vier Abenden der Woche von 8 bis 9¾ Uhr und am Sonntagmorgen.

Die beiden ersten Abteilungen gehören zu den technischen Schulen, deren Reifezeugnisse bei der Bewerbung um technische Beamtenstellen im Staatsdienst von den staatlichen Behörden als Nachweis einer ausreichenden Fachbildung angesehen werden.

Programme mit Aufnahmebedingungen und Berechtigungen der Anstalt kostenfrei durch

die Direktion.

**Nr. 380 Personal-Nachrichten.**

Der Kreissekretär Hering in Schleiden ist vom 1. August d. Js. ab in gleicher Eigenschaft nach Jülich versetzt worden.

Personalveränderungen des Landgerichtsbezirkes Aachen.

Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Gerichtsassessor Dr. Rentrop zu Solingen zum Amtsrichter zu ernennen. Demselben ist eine Richterstelle bei dem Amtsgerichte in Eschweiler übertragen worden. Der Amtsgerichtsrat van der Velden in Gemünd ist an das Amtsgericht in Andernach versetzt. Der Gerichtsvollzieher, kraft Auftrags, Sprenger in Frankfurt a. M. ist zum etatsmäßigen Gerichtsvollzieher in St. Vith ernannt worden.

Personalveränderungen beim Oberlandesgerichte Cöln.

Der Amtsgerichtsrat Metzges in Elberfeld ist zum Oberlandesgerichtsrat ernannt.

Der Oberlandesgerichtsrat Marx in Cöln ist an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt.

Der Oberlandesgerichtssekretär Moray ist zum Rechnungsrevisor in Crefeld und der Justizhauptkassenbuchhalter Mühlbrett zum Rechnungsrevisor in M.Gladbach ernannt.

Der Kanzlist Niebling beim Landgericht in Düsseldorf ist an das Oberlandesgericht daselbst versetzt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 28.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 32. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 19. Juli 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 381** Das 37. Stück enthält unter Nr. 3260: Verordnung über das Telegraphenwesen in den deutschen Schutzgebieten ausschließlich Kiautschou. Vom 15. Juni 1906. Unter Nr. 3261: Bekanntmachung, betreffend die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der österreichischen Währung innerhalb des Zollgrenzbezirkes des Hauptzollamts Friedrichshafen. Vom 22. Juni 1906. Das 38. Stück enthält unter Nr. 3262: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 23. Juni 1906. Unter Nr. 3263: Bekanntmachung, betreffend Änderung des Militärtarifs für Eisenbahnen und der Militär-Transport-Ordnung. Vom 23. Juni 1906. Unter Nr. 3264: Bekanntmachung, betreffend die freie Fahrt der Mitglieder des Reichstags auf den deutschen Eisenbahnen. Vom 27. Juni 1906. Unter Nr. 3265: Bekanntmachung, betreffend den Umlauf von Scheidemünzen österreichischer Währung auf preußischen Eisenbahnstationen. Vom 28. Juni 1906. Unter Nr. 3266: Bekanntmachung, betreffend die Abänderung von Reichstagswahlkreisen in Elsaß-Lothringen. Vom 29. Juni 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 382** Das 30. Stück enthält unter Nr. 10728: Gesetz, betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes. Vom 19. Juni 1906. Bekanntmachung der Texte des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes. Vom 19. Juni 1906. Das 31. Stück enthält unter Nr. 10730: Gesetz, betreffend Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Änderungen der Landtagswahlbezirke und Wahlorte. Vom 28. Juni 1906. Unter Nr. 10731: Gesetz, betreffend Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Vom 28. Juni 1906. Das 32. Stück enthält unter Nr. 10732: Gesetz, betreffend Ergänzung des Gesetzes vom 1. Juni 1882, betreffend die Einsetzung von Bezirkseisenbahnräten und eines Landeseisenbahnrats für die Staatseisenbahnverwaltung. Vom 15. Juni 1906. Unter Nr. 10733: Bekanntmachung, betreffend das teilweise Außerkrafttreten des Handels- und Schiffahrtsvertrags zwischen Preußen und den Königreichen Schweden und Norwegen vom 14. März 1827. Vom 25. Juni 1906. Unter Nr. 10734: Bekanntmachung, betreffend die gegenseitige Freilassung der Angehörigen des Preußischen Staates einerseits und der Angehörigen von England, Wales und Irland, sowie der Vereinigten Staaten von Amerika andererseits von der Erhebung von Kirchensteuern. Vom 30. Juni 1906. Unter Nr. 10735: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Adenau. Vom 26. Juni 1906. Unter Nr. 10736: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Osterode a. H. Vom 28. Juni 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 383** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrat in der Sitzung vom 16. v. Mts Ausführungsbestimmungen zum Brausteuergesetze vom 3. Juni d. Js. beschlossen hat.

Diese Ausführungsbestimmungen sind im Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 38 für 1906 Seite 709 ff. abgedruckt.

Berlin, den 2. Juli 1906.

Der Finanzminister.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 384** Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen am 15. Juli 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 4 | 4 |
| desgl. | Erkelenz | 4 | 6 |
| desgl. | Eupen | 2 | 3 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 1 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 3 | 3 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |

Aachen, den 17. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 385** Im 2. Vierteljahr 1906 sind aus dem Auslande in den Regierungsbezirk Aachen 38 324 kg frisches Rindfleisch einschl. Kalbfleisch und 37 166,40 kg frisches Schweinefleisch eingeführt worden.

Aachen, den 12. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 386** Der Herr Minister des Innern hat dem Arbeitsausschuß der internationalen Sportausstellung zu Berlin die Erlaubnis erteilt, eine öffentliche Ausspielung von Gegenständen, die von den ausstellenden Firmen der internationalen Sportausstellung 1907 anzukaufen sind, zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 100 000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 2444 Gewinne im Gesamtwerte von 40 000 Mark zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich im Mai 1907 in Berlin stattfinden.

Aachen, den 14. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

### Bekanntmachung.

**Nr. 387** Durch Beschluß vom heutigen Tage ist angeordnet worden, daß die Eigentümer derjenigen Grundstücke in den Gemeinden Düren, Rölsdorf, Lendersdorf, Niederau, Kreuzau und Winden, welche seitens des Kreises Düren zum Bau der Kleinbahnen von Distelrath südlich um Düren herum nach Rölsdorf und von Krauthausen über Kreuzau nach Winden in Anspruch genommen werden, alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden geschehen zu lassen haben, ferner, daß die seitens des Vermessungspersonals zur Absteckung der Bahnlinien auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w. zu dulden sind und von Unbefugten nicht entfernt werden dürfen.

Aachen, den 31. Mai 1906.

Der Bezirksausschuß.
Malmros.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 388** Bei der Posthilfstelle in Unterbruch ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 14. Juli 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

### Bekanntmachung.

**Nr. 389** Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 28. Mai d. Js. bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich die Unterdrückung der Scheuergasse nunmehr angeordnet habe.

Aachen, den 12. Juli 1906.

Städtische Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.
In Vertretung: Bacciocco.

**Nr. 390 Die Königliche Maschinenbau- und Hüttenschule zu Duisburg**

eröffnet am 1. Oktober d. Js. in ihren beiden Abteilungen:

1. Maschinenbauschule für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Kesselschmiede und ähnliche Gewerbetreibende;
2. Hüttenschule für Eisen- und Metallhüttenleute und -Gießer, Arbeiter von Kokereien, Glashütten, Zementfabriken und der chemischen Großindustrie

einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Staatseisenbahnbeamten zu den „anerkannten Fachschulen", deren Reifezeugnisse für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Vergünsti-

gungen gewähren: Nur die Reifeprüfungen der von der Staatseisenbahnverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse. (§. 37,4 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die Letzteren haben eintretendenfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Reifezeugnis einer nicht anerkannten Fachschule besitzen. — Min.-Erlaß vom 23. Mai 1900. —

Duisburg, den 6. Juli 1906.

Der Direktor. Barthel.

**Nr. 391 Personal-Nachrichten.**

Der Forstaufseher Fast zu Imgenbroich, in der Oberförsterei Montjoie, ist vom 1. Juli d. Js. ab zum Hilfsförster ernannt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Margareta Haupers zum 1. August d. Js. bei der katholischen Volksschule zu Neuhaaren, Kreis Heinsberg.
2. Gertrud Hölzgens zum 1. August d. Js. bei der katholischen Volksschule zu Hehlrath, Landkreis Aachen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 29.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 33. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 26. Juli 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 392** Der Herr Minister des Innern hat dem Vorstande des Lausitzer Renn- und Pferdezuchtvereins in Cottbus die Erlaubnis erteilt, eine Verlosung von edlen Zuchttieren und Silbergeräten zu veranstalten und die Lose in der gesamten Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 150000 Lose zu je 2 M. ausgegeben werden und 5702 Gewinne im Gesamtwerte von 110000 M. zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich am 14. und 15. Dezember 1906 in Cottbus stattfinden.

Aachen, den 23. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Bekanntmachung.

**Nr. 393** Auf Grund des §. 14 Absatz 2 des Preußischen Ausführungsgesetzes vom 28. Juni 1902 zum Reichsgesetz, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 werden die Gebühren für die Ausführung der Beschau unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und unter Aufhebung des Gebührentarifs vom 21. Juni 1904 (Amtsblatt Stück 27 Seite 153) für den Regierungsbezirk Aachen unbeschadet der bestehenden Sondertarife folgendermaßen festgesetzt:

I. Die Tierbesitzer haben an Gebühren zu entrichten:

1. für die Untersuchung von Einhufern die den tierärztlichen Beschauern zu zahlenden Vergütungen (vergl. unter III.);
2. im übrigen für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau zusammen:
   a) für ein Stück Rindvieh (ausschl. Kälber) 2,50 Mark,
   b) für ein Schwein (einschl. der Trichinenschau) 1,50 Mark,
   c) für ein Schwein (ausschl. der Trichinenschau) 1,00 Mark,
   d) für ein Kalb 0,80 Mark, (als Kalb im Sinne dieses Tarifs gilt jedes Rind im Alter bis zu 3 Monaten),
   e) für ein sonstiges Stück Kleinvieh (Schaf, Ziege u. s. w.) 0,60 Mark.

   Diese Sätze sind in voller Höhe auch zu zahlen, wenn eine Schlachtviehbeschau (Untersuchung vor dem Schlachten) ohne nachfolgende Fleischbeschau (§. 6 Abs. 1, §. 9, §§. 11, 12, 18, 20 und 21 Abs. 3 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen A) oder wenn bei Not- oder Hausschlachtungen lediglich eine Fleischbeschau (Untersuchung nach dem Schlachten) stattfindet (§. 2 a. a. O.), oder wenn der Beschauer sich auf vorherige Anmeldung zur Schlachtstelle begeben hat, die Untersuchung aber ohne sein Verschulden unterblieben ist.

   Wird die Schlachtvieh- und Fleischbeschau gleichzeitig an demselben Tage bei mehreren Tieren derselben Gattung und desselben Besitzers ausgeführt, so sind für jedes zweite und folgende Stück zu zahlen:
   a) für ein Stück Rindvieh (ausschl. Kälber) 2,00 Mark,
   b) für ein Schwein (einschl. der Trichinenschau) 1,10 Mark,
   c) für ein Schwein (ausschl. der Trichinenschau) 0,60 Mark,
   d) für ein Kalb 0,50 Mark,
   e) für ein sonstiges Stück Kleinvieh (Schaf, Ziege u. s. w.) 0,40 Mark;
3. für die Trichinenschau allein:
   a) für einen ganzen Tierkörper 0,75 Mark,
   b) für die Untersuchung einzelner Fleischteile oder Fleischwaren für das Stück 0,30 Mark;
4. für die ausnahmsweise zulässige nachträgliche

Abstempelung von Fleischstücken (§ 44 Abs. 2 a. a. O.) für jedes Fleischstück 5 Pfg., jedoch insgesamt mindestens 50 Pfg.

II. Die unter I 2 festgesetzten Gebühren sind an die Gemeindekassen abzuführen, die Beschauer sind zu deren Einziehung nicht ermächtigt. Wird die Beschau nicht von Tierärzten ausgeübt, so sind von diesen Gebühren für jedes Rind 50 Pfg., für jedes andere Schlachttier 10 Pfg. zur Deckung besonderer Kosten (Ergänzungsschau u. s. w.) in Abzug zu bringen.

Die unter I 3 und 4 bestimmten Gebühren sind dagegen den Beschauern ohne Abzug zu überlassen und können von diesen direkt vom Besitzer erhoben werden. Über die Zahlung der Gebühren ist dem Tierbesitzer von dem Beschauer auf Verlangen Quittung zu leisten.

Bei gewerblichen Schlachtungen haben die Fleischbeschauer, soweit sie die Befähigung als Trichinenschauer besitzen, neben der Schlachtvieh- und Fleischbeschau stets auch die Trichinenschau vorzunehmen.

III. Tierärzte, welche in einem Bezirke die gesamte (ordentliche) Schlachtvieh- und Fleischbeschau ausüben, erhalten hierfür lediglich die unter I festgesetzten Gebühren, jedoch ohne die unter II Abs. 1 genannten Abzüge.

Dagegen sind den Tierärzten für die ihnen ausschließlich vorbehaltene Beschau von den Ortspolizeibehörden an Vergütungen zu zahlen:

a) für ein Pferd, (Esel, Maultier oder Maulesel) 3,50 Mark,
b) für ein Stück Rindvieh (ausschl. Kälber) 3,00 Mark,
c) für ein Schwein (auch bei der Trichinenschau) 2,00 Mark,
d) für ein Kalb 2,00 Mark,
e) für ein sonstiges Stück Kleinvieh 1,50 Mark.

Außer diesen Vergütungen erhalten die Tierärzte in den Fällen der ihnen vorbehaltenen Beschau, wenn die Entfernung ihres Wohnortes von dem Beschauorte mehr als 2 km beträgt, an Reisekosten pro Kilometer Landweg 40 Pfg., pro Kilometer Eisenbahn 7 Pfg. ohne Zu- und Abgangsgebühren und bei Benutzung von Straßenbahnen die wirklich verauslagten Beträge. Eine Abrundung auf mindestens 8 km hat nicht stattzufinden, die Sätze sind vielmehr nur für die wirklich zurückgelegte Entfernung zu gewähren, jedoch ist jedes angefangene Kilometer des Hinweges sowohl wie des Rückweges für ein volles Kilometer zu rechnen.

Sind die Tierärzte bereits aus anderem Anlaß am Orte der Beschau anwesend, so haben sie für die Ausübung der Ergänzungsbeschau nur die festgesetzten Gebühren, aber keine Reisekosten zu beanspruchen.

Dieser Gebührentarif tritt am 1. August dieses Jahres in Kraft.

Auf Gemeinden mit Schlachthauszwang findet er keine Anwendung.

Aachen, den 26. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 394** In Oberwolfert ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 23. Juli 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

### Bekanntmachung.

**Nr. 395** In Rohren ist eine Telegraphenhilfstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 19. Juli 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Reckhard.

### Bekanntmachung.

**Nr. 396** An Stelle der bei den Kammern I (Aachen) und II (Mörs) des Berggewerbegerichts zu Aachen ausgeschiedenen Beisitzer des genannten Berggewerbegerichts sind die Nachgenannten als Beisitzer gewählt oder ernannt und auf die einzelnen Kammern, wie folgt, verteilt worden.

**I. Kammer I (Aachen):**

a. aus den Arbeitgebern:

1. Bergwerksdirektor Pattberg zu Homberg a./Rh.;
2. Bergwerksdirektor Hoffmann zu Eschweilerpumpe;
3. Bergwerksdirektor Schornstein zu Aachen;
4. Betriebsführer Schaffrath zu Gr. Carl Friedrich bei Richterich;

b. aus den Arbeitern:

1. Hauer Peter Schmitz I zu Oberröthgen;
2. „ Gerhard Mingers zu Alsdorf;
3. „ Mathias Zanders zu Würselen;
4. „ Mathias Joseph Vankann zu Kohlscheid.

**II. Kammer II (Mörs):**

a. aus den Arbeitgebern:

Bergwerksdirektor Treutler zu Kohlscheid;

b. aus den Arbeitern:

Hauer Johann Borgards zu Hochheide.

Bonn, den 14. Juli 1906.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 397 Königliche Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau.**

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß an der hiesigen Lehranstalt 1. ein Obstverwertungskursus für Männer in der Zeit vom 18. bis

wein, Beerenwein, Schaumwein und alkoholfreier Getränke, Untersuchung von Reinhefen, Kahmhefen und Schimmelpilzen, ferner des Mostes auf Zucker, Alkohol und Säure. Bereitung von Mus, Gelee, Marmelade und Pasten, Herstellung und Aufbewahrung von Konserven und Obstsäften; Dörren des Kern- und Steinobstes und des Gemüses. Obsternte, Sortierung, Aufbewahrung und Verpackung des frischen Obstes. Gurken-, Kraut und Bohnensäuerung.

Das Honorar beträgt 6 M., für Nichtpreußen ... 5. August d. Js., 2. ein Obstverwertungskursus für Frauen in der Zeit vom 27. August bis 1. September d. Js. abgehalten werden. Die Kurse beginnen jedesmal an den zuerst genannten Tagen vormittags 9 Uhr. Der Unterricht wird theoretisch und praktisch erteilt, sodaß die Teilnehmer Gelegenheit haben, die verschiedenen Verwertungsmethoden einzuüben.

Der Unterricht umfaßt: Obstweinbereitung und Behandlung desselben im Keller, sowie Behandlung kranker Weine, Bereitung von Essig, Brannt- ... 9 M. Unterkunft für die Frauen besorgt die Direktion, an welche auch die Anmeldungen zu den Kursen bis spätestens 14 Tage vor Beginn derselben zu richten sind.

Geisenheim a. Rhein, den 25. Juni 1906.

Die Direktion.

**Nr. 398 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeistereiverwalter Joseph Lambertz ist endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Pannesheide, Landkreis Aachen, ernannt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 30 und die Sonderbeilage, enthaltend den Erlaß des Herrn Finanzministers und des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 22. Juni d. Js. sowie die Bundesrats-Bestimmungen über die Verzollung der zu Zuchtzwecken einzuführenden Pferde und Bullen von Höhenvieh.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 34. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 2. August 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 399** Das 39. Stück enthält unter Nr. 3267: Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken. Vom 6. Juli 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 400** Das 33. Stück enthält unter Nr. 10737: Gesetz, betreffend die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Kosten und Schmiegel. Vom 28. Juni 1906. Unter Nr. 10738: Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung einer durchgehenden Eisenbahnverbindung von Meppen nach Essen in Oldenburg. Vom $\frac{\text{31. März}}{\text{4. April}}$ 1906. Unter Nr. 10739: Allerhöchster Erlaß, betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 28. Juni d. J. (Gesetz-Samml. S. 185) vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien. Vom 28. Juni 1906. Das 34. Stück enthält unter Nr. 10740: Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 26 und die Aufhebung des Artikels 112 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850. Vom 10. Juli 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Polizei-Verordnung.

**Nr. 401** Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirkes Aachen verordnet, was folgt:

Einziger Paragraph.

Der § 4 Abschnitt g der Polizeiverordnung über Bierausschank- und Abfüllvorrichtungen vom 30. April 1905 (Amtsbl. S. 111) erhält folgende Fassung:

Zwischen dem Rückschlagventile und dem Windkessel ist ein vollkommen durchsichtiger Bierfang aus Glas einzuschalten, welcher gestattet, ein Versagen des Ventils festzustellen.

Der Bierfang muß sich zwecks Entleerung und Reinigung leicht auseinandernehmen lassen.

Aachen, den 26. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 402** Auf Grund der Ziffer 4 der diesseitigen Anordnung vom 16. Juni 1906, betr. die Verpflichtung der unteren Polizeiexekutivbeamten zur Ablegung einer Prüfung, Amtsblatt für 1906, Seite 233, wird folgendes bestimmt:

Die Verpflichtung zur Ablegung der Prüfung wird ausgedehnt auf

a. die Bürgermeistereien Pannesheide, Eilendorf, Büsbach, Höngen, Gressenich, Haaren, Alsdorf, Herzogenrath, Brand, Kornelimünster und Bardenberg im Landkreise Aachen,
b. die Bürgermeisterei Birkesdorf im Kreise Düren,
c. die Bürgermeisterei Erkelenz,
d. die Bürgermeistereien Jülich und Linnich im Kreise Jülich.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Aachen, den 27. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 403** Auf Grund des § 1 des Gesetzes zum Schutz des Genfer Neutralitätszeichens vom 22. März 1902 (Reichs-Ges. Bl. S. 125) hat die Sanitätskolonne in Erkelenz die Erlaubnis erhalten, das Rote Kreuz zu gebrauchen.

Die Erlaubnis ist mit der Maßgabe erteilt worden, daß die Mitglieder der Kolonne das Rote Kreuz zu ihren persönlichen Zwecken nicht gebrauchen dürfen.

Aachen, den 30. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 404** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstand des katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Trier die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Errichtung eines eigenen Heims im Dezember d. Js. eine öffentliche Ausspielung von beweglichen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Rheinprovinz zu vertreiben. Es sollen 50000 Lose zu 0,50 M. zum Vertriebe und 2000 Gewinne im Gesamtwerte von etwa 10000 M. zur Verlosung gelangen.

Aachen, den 28. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 405** Der Herr Oberpräsident hat die Frist zur Einsammlung der zum Besten des Neubaues einer Pfarrkirche in Limbach, Kreis Saarlouis, bewilligten Hauskollekte für den Regierungsbezirk Aachen mit Ausnahme der Kreise Aachen Stadt, Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg bis zum 1. April 1907 verlängert.

Aachen, den 27. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 406** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§ 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im dritten Vierteljahr 1906

am Samstag, den 29. September,
vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Veterinär-Rat Barahski hierselbst, zu richten.

Aachen, den 24. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 407** Als Kassenkuratoren der Elementarlehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Aachen sind die folgenden Personen:

1. Franz Böwering, Oberlehrer der städtischen höheren Mädchenschule zu Düren,
2. Gerhard Bleckmann, Professor an dem Progymnasium zu Stolberg,
3. Christian Wirtz, Lehrer an der Taubstummenanstalt hier

für die Periode 1906/1911 wiedergewählt worden, was wir hierdurch gemäß § 29 des revidierten Statuts vom 13. Januar 1872 zur Kenntnis bringen.

Aachen, den 27. Juli 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

**Nr. 408** **Beschluß.**

Auf Grund des Wildschongesetzes vom 14. Juli 1904 (Ges.-S. S. 159) hat der Bezirksausschuß beschlossen, innerhalb des Regierungsbezirks den Schluß der Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner auf den 26. August festzusetzen, sodaß der 27. August der erste Jagdtag ist.

Aachen, den 20. Juli 1906.

Der Bezirksausschuß zu Aachen.
Hahn.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 409** Bei der Posthilfstelle in Walhorn ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 24. Juli 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Reckhard.

### Bekanntmachung.

**Nr. 410** Zu Mitgliedern der Provinzialkommission für die Denkmalpflege in der Rheinprovinz wurden gewählt:

Königlicher Regierungspräsident a. D. Dr. zur Nedden-Coblenz und Stadtbaurat Heimann-Cöln.

Düsseldorf, den 30. Juli 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.
Königlicher Regierungs-Präsident a. D.

**Nr. 411** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Aachen 5 bei Erberich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Situationsriß gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Düren zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 12. Juli 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 3. Januar 1906

wird dem Grafen von Fürstenberg-Herdringen zu Herdringen bei Hüsten i. W. unter dem Namen Aachen V das Bergwerkseigentum in den Gemeinden Lohn, Pattern, Aldenhoven, Bourheim und Kirchberg, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f, g, bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 12. Juli 1906.

L. S.
Königliches Oberbergamt.

## Nr. 412 Königliche landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf in Verbindung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Die Aufnahmen für das Winter-Halbjahr 1906/07 beginnen am 15. Oktober, die Vorlesungen am 22. Oktober d. Js. Prospekte und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei.

Auskunft über den Eintritt und den Studiengang erteilt

Der Direktor:
Professor Dr. Kreusler,
Geheimer Regierungsrat.

## Nr. 413 Bekanntmachung
### Tierärztliche Hochschule, Berlin, Luisenstraße 56.

Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober d. Js. Die Immatrikulationen nehmen am 8. Oktober ihren Anfang und dauern bis zum 3. November. Aufnahme-Bedingungen und Stundenplan werden auf Erfordern vom Bureau abgegeben.

Der Rektor.
Fröhner.

## Nr. 414 Personal-Nachrichten.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Johanna Philippy bei der katholischen Volksschule zu Bardenberg, Kreis Aachen Land, zum 1. August d. Js.;
2. Elisabeth Lückerath bei der katholischen Volksschule zu Alsdorf, Kreis Aachen Land, zum 1. August d. Js.;
3. Gertrud Dubois bei der katholischen Volksschule zu Pumpe-Stich, Kreis Aachen Land, zum 1. August d. Js.

Personalveränderungen im Bezirk der Königlichen Generalkommission zu Düsseldorf.

Ernannt: Dr. Bolten, Regierungsassessor, Spezialkommissar in Trier, zum Regierungsrat; Gronarz, Regierungsassessor, Spezialkommissar in Euskirchen, zum Regierungsrat.

Verliehen: Brandt, Kanzleiinspektor zu Düsseldorf und Krüger, Kanzlist zu Düsseldorf, der Charakter als Kanzleisekretär. Den Landmessern Nietmann zu Düsseldorf, Böhse zu Düren, Arzt zu Wetzlar, Ständer zu Altenkirchen, Busenbender zu Adenau, Fischer zu Prüm, Möhring zu Neuwied, Pabst und Meyer I zu Düren, Lenz und Nicknig zu Wetzlar, Mittmann zu Prüm, Gypkens zu Sigmaringen, Schütze zu Wetzlar, Krieger zu Trier, Steiber zu Düren, Zogbaum zu Euskirchen und Gülland zu Düsseldorf je eine etatsmäßige Vermessungsbeamtenstelle. Klein, diätarischer Meliorationsbauwart zu Düsseldorf, eine etatsmäßige Meliorationsbauwartstelle. Den Hilfszeichnern Schafberg I, Böckling, Schneider, Otto und Ottersbach zu Düsseldorf je eine etatsmäßige Zeichnerstelle. Fittgen, Bureau-Anwärter zu Cöln, eine Spezialkommissions-Bureau-Diätar-Stelle.

Etatsmäßig angestellt als Spezialkommissar: Kreutz, Regierungsassessor in Adenau, z. Zt. Hilfsarbeiter im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu Berlin, und Dr. Meimberg, Regierungsassessor in Prüm.

Einberufen: zur Generalkommission in Düsseldorf Fuchs, Gerichtsassessor in Neuß, Pelzer, Gerichtsassessor in Aachen behufs Ausbildung zum Spezialkommissar. Löffelsend, Militäranwärter, als Hilfsbote zur Spezialkommission in Sigmaringen: Volz, Büreaugehilfe, als Spezialkommissions-Büreau-Anwärter.

Versetzt: von Moreuhoffen, Regierungsassessor, bisher Spezialkommissar in Altenkirchen, in gleicher Amtseigenschaft nach Wetzlar, Röper, Ökonomie-Kommissar, bisher Spezialkommissar in Wetzlar, in gleicher Amtseigenschaft nach Altenkirchen, Thie, Landmesser, von Berlin zur Spezialkommission Aachen, Kölsch, Regierungs-Bausekretär, von Limburg zur Generalkommission Düsseldorf, Eckhardt, Meliorations-Bauwart, von Düsseldorf zum Meliorations-Bauamt Cassel, Egenolf, Spezialkommissions-Sekretär, von Düren nach Neuwied, Jaspers, Spezialkommissions-Sekretär, von Neuwied nach Düren, Hans, Spezialkommissions-Sekretär, von Sigmaringen nach Düsseldorf. Die Landmesser Geier von Düsseldorf nach Düren, Braukmeier von Düsseldorf nach Adenau, Fischbach von Düsseldorf nach Altenkirchen, Tessendorf von Düsseldorf nach Remagen.

Überwiesen: Schmiele, Landmesser, bisher bei

der Generalkommission in Düsseldorf, der Spezialkommission I in Wetzlar.

Angenommen: bei der Generalkommission zu Düsseldorf: Schultze, Landmesser, zur dauernden Beschäftigung, die bisherigen Rechengehülfen Ende und Hehr als Hilfszeichner.

Gestorben: Schultz, Landmesser zu Düren.

Ausgeschieden auf eigenen Antrag: Pape, Gerichtsassessor, bisher bei der Generalkommission Düsseldorf, Schröpfer, Landmesser, bisher bei der Spezialkommission Cöln.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr 31.

---

**Druckfehlerberichtigung.** In dem Amtsblatte von 1906 Stück 33 Nr. 393 Seite 261 muß es in der 2. Spalte, 21. Zeile von oben, statt „an demselben Tage" heißen „an derselben Stelle".

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 35. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 9. August 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 415** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrat in der Sitzung vom 23. v. Mts. die Übergangsabgabe für das in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft aus Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen eingeführte Bier vorläufig bis zur einheitlichen Regelung der Übergangssteuerfrage für sämtliche Brausteuergebiete mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab auf 2,75 M. für 1 hl festgesetzt hat.

Berlin, den 14. Juli 1906.

Der Finanzminister.

**Nr. 416 Ankauf von kaltblütigen Militär-Zugpferden.**

1. Zum Ankauf von rund 60 volljährigen Zugpferden kaltblütigen Schlages sollen in diesem Jahre in der Rheinprovinz die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 28. September | 8 Uhr V. | Saarburg, | Reg.-Bez. Trier, |
| 29. „ | 8 „ „ | Bitburg, | „ „ |
| 1. Oktober | 8 „ „ | Bergheim a. d. Erft, | |
| 2. „ | 8 „ „ | Geilenkirchen, | |
| 3. „ | 8 „ „ | Fischeln bei Krefeld. | |

Die Pferde sollen im Alter von 4 bis 6 Jahren stehen, im allgemeinen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden. Sie müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen, trotzdem aber auf gebahnten Wegen im Zuge längere Strecken traben können.

2. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung bar bezahlt.

3. Pferde mit Mängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot u. s. w. als Klopphengste erweisen, und tragende Stuten. Die gesetzmäßige Gewährsfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot u. s. w. verlängert, für Koppen (Krippensetzen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkte ab verkürzt.

4. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

5. Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit glattem, starkem Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

6. Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- und Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrübe nicht zu verkürzen.

7. Vorstehende Ankaufsbedingungen gelten auch für nicht öffentliche Märkte.

Berlin, den 12. Juli 1906.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 417** Das nachstehende „Reglement der Öffentlichen Konditionier-Anstalt zu Aachen" wird in der abgeänderten Fassung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Aachen, den 27. Juli 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Reglement.

#### I. a. Zweck der Anstalt.

§ 1. Die öffentliche Konditionieranstalt bezweckt:

1. Die Prüfung von Garnen, Wolle und anderen Textilfasern auf ihren Feuchtigkeits- und Fettgehalt.
2. Die Untersuchung derselben auf künstliche Beschwerung und die Ermittelung von Überschüssen.
3. Die Untersuchung auf Karbonisierverlust.
4. Die Untersuchung auf Baumwollgehalt.
5. Die Bestimmung der Garnnummer.
6. Die Prüfung der Garne auf Festigkeit, Drehung und bei Zwirnen auf deren Tourenzahl.
7. Die Bestimmung des Längenmaßes bei Tuchwaren usw.
8. Die Vornahme mikroskopischer Untersuchungen von Textilfasern.

#### b. Leitung (Stellvertretung).

§ 2. Der Leiter der Anstalt und seine Stellvertreter werden von der Handelskammer zu Aachen gewählt, unterliegen der Bestätigung des Königlichen Regierungs-Präsidenten daselbst und sind auf ihre amtlichen Befugnisse zu vereidigen.

Die Namen des Leiters und seiner Stellvertreter sind amtlich bekannt zu machen.

§ 3. Zum Leiter der Anstalt darf nur eine solche Persönlichkeit gewählt werden, die außer den zu einem ordnungsmäßigen Betriebe des Instituts erforderlichen Fähigkeiten vollständige Zuverlässigkeit besitzt und unbescholten ist.

#### c. Kommission zur Kontrolle des Geschäftsbetriebes.

§ 4. Die besondere Kontrolle über den Geschäftsbetrieb der Anstalt übt eine von der Handelskammer zu Aachen zu ernennende und von dem Königlichen Regierungs-Präsidenten öffentlich bekannt zu machende Kommission aus.

Dem Königlichen Regierungs-Präsidenten steht außerdem das allgemeine Aufsichtsrecht über den Betrieb der Anstalt zu.

#### II. a. Allgemeine Rechtsgrundlagen.

§ 5. Die Anstalt stellt lediglich das tatsächliche Ergebnis ihrer Untersuchung fest.

Die Ermittelung von Überschüssen erfolgt in dem mit der Anstalt verbundenen chemischen Laboratorium für Textilindustrie, dessen Leitung einem vereidigten Chemiker untersteht.

§ 6. Für Eintrocknung während des Lagerns ist die Anstalt nicht verantwortlich und können sonstige Reklamationen nur innerhalb dreier Tage nach Abnahme der Ware berücksichtigt werden.

§ 7. Die Waren sind gegen Feuerschaden versichert.

#### b. Geschäftsbetrieb der Anstalt.

§ 8. Die Konditionieranstalt ist alltäglich, mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage, geöffnet.

Auf Verlangen eines Jeden, welcher eine Quantität der in Betracht kommenden Waren vorlegt oder einsendet, muß die Untersuchung derselben nach den unten folgenden näheren Bestimmungen und gegen Zahlung der in dem aufgestellten Tarif festgesetzten Gebühren ausgeführt werden.

§ 9. Der Leiter der Anstalt ist verpflichtet, jede von ihm vorgenommene Untersuchung unter einer fortlaufenden Nummer und mit Vermerk des Datums der Vornahme der Untersuchung in ein Journal einzutragen. Die über das Ergebnis der Untersuchung auszustellende Bescheinigung ist mit der gleichen Nummer zu versehen.

§ 10. Der Leiter der Konditionieranstalt führt ein Amtssiegel mit einem fliegenden Adler darunter mit der Aufschrift: Öffentliche Konditionier-Anstalt Aachen.




§ 11. Jede zur Konditionierung eingelieferte Sendung muß von einem Scheine begleitet sein, welcher Nummer und Zeichen der Ballen oder Kisten sowie die Partienummer, ferner den Namen des Einsenders, den Namen des Empfängers, das Brutto- und Taragewicht und die genaue Bezeichnung der beantragten Untersuchung enthält; bei Garnen außerdem die Anzahl der Hülsen. Wenn in einer Kiste verschiedene Hülsensorten enthalten sind, muß die genaue Zahl der einzelnen Sorten angegeben werden.

Über den Empfang wird von der Anstalt Quittung erteilt.

§ 12. Über jede in der Konditionieranstalt vorgenommene Untersuchung wird ein mit der Eingangs- und Konditionier-Nummer versehener Schein ausgestellt. Derselbe enthält:

1. den Namen des Einsenders,

2. den Namen des Empfängers,
3. Zeichen, Nummer und Benennung der Ware,
4. das Bruttogewicht,
5. das Taragewicht (bei Garnen auch das Taragewicht der Hülsen),
6. das ermittelte Nettogewicht,
7. die Angabe der Anzahl der für die Untersuchung verwandten Proben,
8. das in dem Konditionierapparat ermittelte Brutto-, Tara- und Nettogewicht derselben,
9. das Nettogewicht nach der absoluten Austrocknung,
10. die Berechnung des Handelsgewichtes auf Grund des zulässigen Feuchtigkeitsgehaltes,
11. das metrische Längenmaß jeder einzelnen zur Untersuchung verwandten Spule und die Berechnung der Garnnummer,
12. alle übrigen Angaben über die beantragten Ermittelungen, welche die Anstalt laut Reglement auszuführen berechtigt ist.

§ 13. Um durch die Konditionierung ein zuverlässiges Resultat zu erreichen, ist
1. die Anfuhr der ganzen Partie geboten und
2. muß die Partie in normalem Zustande angefahren werden, d. h. das Gut muß gegen Nässe beim Transport geschützt sein.

§ 14. Der zulässige Feuchtigkeitsgehalt — die Normalfeuchtigkeit — der einzelnen Fasern und Gespinste wird durch den hiesigen Handelsgebrauch bestimmt.

Als solcher Handelsgebrauch gilt, was die Handelskammer zu Aachen dafür erklärt.

Ausgenommen hiervon ist der durch Bundesratsbeschluß vom 20. November 1900 als handelsüblich anerkannte Feuchtigkeitszuschlag für Garne, der bei Kammgarn 18 ¼, bei Streichgarn 17, bei halbwollenen Garnen (sogenannten Mischgarnen) 10 und bei Baumwollgarn 8 ½ Hundertteile des Trockengewichts beträgt.

Bis auf weiteres gilt vorbehaltlich anderweiter ausdrücklicher oder stillschweigender Parteiabreden als handelsüblicher Normalfeuchtigkeitszuschlag zum Trockengewicht:

| | | |
|---|---|---|
| 1. | für Kammzug, sowie Abfälle aus demselben | 18 ¼ % |
| 2. | für Wolle, Plöcke in rein gewaschenem Zustande | 17 % |
| 3. | für Kämmlinge, wenn nicht vor dem Geschäftsabschlusse ein anderer Prozentsatz ausdrücklich vereinbart ist | 17 % |
| 4. | für Seide und Seidenabfall | 11 % |
| 5. | für Baumwolle | 8 ½ % |

### c. Verfahren bei Vornahme der Konditionierungen etc.

§ 15. Die der Anstalt zur Konditionierung eingelieferte Partie wird bei Vornahme der Trocknung sofort mittelst einer 50 gr genau anzeigenden Wage gewogen. Die Feststellung des Handelsgewichtes findet in folgender Weise statt:

#### a. Bei Wolle, Kämmlingen und Wollabfällen.

Unmittelbar nach der Wägung werden die Ballen behufs Entnahme einer Probe an verschiedenen Stellen geöffnet. Bei einem Ballengewicht von 120—150 kg soll das aus jedem Ballen entnommene Muster 1—1 ½ kg schwer sein und hat von je 400 kg ein Konditionement stattzufinden.

Um ein möglichst konformes Durchschnittsmuster zu gewinnen, werden die den einzelnen Ballen entnommenen Proben zu einem Muster vereinigt. Hiervon werden drei Lose à circa 500 gr auf ein Centigramm genau im Konditionierapparat (System Talabot) gewogen und vorab zwei der Reihe nach in demselben einem warmen Luftzuge von 105—110° C (Seide 105—120°) so lange ausgesetzt, bis die konstante Austrocknung stattgefunden hat. Stimmt der Verlust bei beiden Proben überein oder beträgt der Unterschied kein ½ %, so ist der Versuch beendigt; erreicht derselbe aber ½ % oder ist er höher, so wird die dritte Probe getrocknet und dann der mittlere Verlust in Prozenten berechnet. Aus dem Trockengewicht wird das Handelsgewicht der Ware durch prozentuale Addition des zulässigen Feuchtigkeits-Gehaltes berechnet. Zum Beispiel:

Eine zu untersuchende Partie Wolle soll 2000 kg wiegen. Um diese auf den Feuchtigkeitsgehalt zu untersuchen, ist eine 10—15 malige Austrocknung nötig. Angenommen das Los besteht aus 13 Ballen und aus jedem Ballen ist 1 ½ kg Muster gezogen, so haben wir eine Durchschnittsprobe von 19 ½ kg, wovon angenommen werden kann, daß diese die Partie genau vertritt.

| | |
|---|---|
| Hiervon gelangen 15 Proben à 500 gr = | 7500 gr |
| zur Konditionierung, welche beispielsweise ein absolut ausgetrocknetes Gewicht von | 6300 gr |
| ergeben sollen. Dies entspricht einem mittleren Verluste von | 1200 gr = 16 % |

Danach hätten 100 % Wolle 16 % Feuchtigkeit, folglich nur 84 % absolut trockne Wolle.

Da nun der zulässige Feuchtigkeitsgehalt für Wolle 17 % beträgt, so werden obige 84 % Wolle =14,28 % Feuchtigkeit anziehen dürfen und das normale Gewicht 98,28 betragen, wonach eine Differenz von 1,72 % entsteht. Statt 2000 kg dürfen also nur berechnet werden

$$2000 - \frac{2000 \times 1{,}72}{100} = \text{kg } 1965{,}60.$$

**b. Bedingungen und Verfahren bei Vornahme der Konditionierung von Kammgarnen, vereinbart mit dem Verein Deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner am 19. April 1906.**

Nachdem die Kisten Brutto gewogen und ausgepackt, wird das Taragewicht festgestellt. Die Garnproben werden den verschiedenen Stellen der Sendung entnommen und liegt es dem sachmännischen Ermessen des Leiters der Anstalt ob, eine gerechte Durchschnittsprobe zu ziehen. Das Bruttogewicht derselben wird sofort im Konditionierapparat auf ein Centigramm genau bestimmt. Ist das Garn auf Hülsen, so wird dasselbe auf einer mit Zählapparat und Fadenspannung versehenen Weise (Haspelumfang 1428 mm) in Strähnen bis zu 1000 Meter, je nach der Garnschwere, abgehaspelt und die ermittelte Fadenlänge jeder einzelnen Spule im Journal notiert. Die Garnnummer festzustellen, geschieht in der Art, daß nach der absoluten Austrocknung dem ermittelten Gewichte der zulässige Feuchtigkeitsgehalt zugerechnet wird, wonach dann die Nummerberechnung erfolgt. Bei der Abhaspelung ist darauf zu achten, daß das Garn nicht stärker gespannt ist, wie im Spinnprozeß, die Hand muß auf dem Strange elastisch ruhen.

Für die Ermittelung des Gewichts der — pro 300 kg Kistengewicht — zu entnehmenden Hülsen sind

| | | | |
|---|---|---|---|
| bei Garnkörpern bis zu 15 gr | | (Cannetten) | 30 Stück, |
| „ „ | von 15—25 „ | (gr. Cann.) | 24 „ |
| „ „ | „ 25—35 „ | (kl. Bob.) | 18 „ |
| „ „ | „ 35—45 „ | (kl. Bob.) | 15 „ |
| „ „ | „ 45—55 „ | (m. Bob.) | 10 „ |
| „ „ | „ 55—100 „ | (gr. Bob.) | 8 „ |
| bei Kötzern (Schlauchspulen) | | | 10 „ |

bei Garnkörpern (Kreuzspulen) von 100 und mehr Gramm sind ca. 500 gr Bruttogewicht zu untersuchen. Die Hülsen werden sofort nach der Abhaspelung in demselben Apparat gewogen und danach das Totalgewicht der in der Kiste enthaltenen Hülsen berechnet. Die Feststellung desselben unterliegt folgender Kontrolle:

1. Das Gewicht der aufgegebenen Hülsenzahl wird berechnet im Verhältnis zu dem ermittelten Gewicht der abgehaspelten Hülsen.
2. Das Gewicht der abgehaspelten Hülsen wird für den Fall, daß dieselben gleich schwer sind, in Prozent berechnet und hiernach das Totalgewicht bestimmt. Beide Resultate dürfen nicht mehr als um 500 gr von einander abweichen und ist dann das Verfahren ad 1 maßgebend. Ist die Schwankung eine größere, so wird das Mittel gerechnet; beträgt dieselbe pro 300 kg Kistengewicht 1 kg oder mehr, so werden die Hülsen nachgezählt.

Befinden sich in einer Kiste Hülsen, welche teils mit einer größeren, teils mit einer kleineren Garnmenge umwunden sind, so wird die Hülsenzahl unter allen Umständen durch Auszählen ermittelt und ihr Gewicht lediglich im Verhältnis berechnet.

Die Feststellung des Handelsgewichtes findet auf Grund des ermittelten Nettogewichtes in gleicher Weise wie bei a statt.

Bei Stranggarnen wird der Ballen, nachdem sein Bruttogewicht festgestellt ist, ausgepackt und die Ballentara gewogen. Die in dem Ballen enthaltenen Pakete werden gezählt und von drei Paketen die Tara auf einer 0,05 gr anzeigenden Wage konstatiert. Das hierbei gefundene Gewicht wird der Berechnung der Gesamt-Pakettara zu Grunde gelegt.

Zur Bestimmung des Feuchtigkeitsgehaltes werden aus jedem dieser drei Pakete — je nach der Garnschwere — 10 bis 20 einzelne Strähne mit zusammen ca. 500 gr Gewicht entnommen. Außerdem werden drei Strähne abgespult, um, wenn die Länge zu bestimmen ist, diese festzustellen oder die Garnnummer auf Basis der zulässigen Normalfeuchtigkeit zu berechnen. Alle Gewichts- und Maßbestimmungen werden doppelt abgelesen.

Dasselbe Verfahren findet Anwendung bei wollenen Streichgarnen, baumwollenen und Mischgarnen.

§ 16. Als Fehlergrenze bei der Garnnummer gelten für weiße Kammgarne 2% nach oben und nach unten als handelsgebräuchlich. Für farbige Kammgarne wird als zulässige Nummerabweichung anerkannt:

3% auf oder ab bei Dispositionen von 100 kg oder mehr pro Farbe, Qualität und Nummer,
4% auf oder ab bei Dispositionen von 50 bis 99 kg pro Farbe, Qualität und Nummer,
und entsprechend mehr bei Dispositionen unter 50 Kilo pro Farbe, Qualität und Nummer.

Etwaige Differenzen, die diese Fehlergrenzen überschreiten, werden durch Vergütung am Gewicht ausgeglichen.

Abweichungen innerhalb der Fehlergrenze sind nicht entschädigungsberechtigt. Die Überschreitung der Fehlergrenze muß außerdem im Garne selbst, aber nicht nach seiner Verarbeitung nachgewiesen sein.

§ 17. Beim Ausgang der Sendung aus der Anstalt findet eine nochmalige Feststellung des Gewichtes statt.

§ 18. Bei Untersuchungen auf den Fettgehalt wird zuerst das Gewicht der absoluten Austrocknung ermittelt, wonach dann die Extraktion mittelst Schwefelkohlenstoffes geschieht. Der Verlust zwischen der nach der ersten und nach der zweiten Austrocknung vorgenommenen Wägung zeigt den Fettgehalt an.

§ 19. Zur Ermittelung des Karbonisierverlustes wird von der der Partie zu entnehmenden Durchschnittsprobe vorab der Feuchtigkeitsgehalt bestimmt und dieselbe dann mittelst Schwefelsäure von 4° Bé karbonisiert und danach entsäuert. Die verkohlten Teile werden auf mechanischem Wege entfernt und das Material wieder bis zur absoluten Gewichtskonstanz ausgetrocknet. Die Differenz zwischen dem Gewicht der ersten und der zweiten absoluten Austrocknung gibt den Karbonisierverlust an.

**§ 20. Egalitätsbestimmungen von Kammgarnen.**
(Bekanntmachung im Amtsblatt 1900, Stück 47, Seite 345, Nr. 589.)

Die Egalitätsbestimmungen von Kammgarnen werden nach folgendem Verfahren vorgenommen:

Auf dem Dynamometer werden 10 Reißversuche, jedesmal mit 100 Faden, gemacht und hiervon das Mittel sowie das Untermittel berechnet. Der Unterschied zwischen diesen beiden Berechnungen gibt, in % ausgedrückt, die Abweichung der Egalität vom Mittel an.

Z. B. zwei Garnproben, die als gleichwertig verkauft sind, sollen auf Egalität untersucht werden. Das Ergebnis der Reißversuche ist folgendes:

I.

| | per 100 Faden. | Das Untermittel liegt | |
|---|---|---|---|
| A) 1 | 13 kg | bei 4 = | 12,50 |
| 2 | 13 „ | 6 = | 11,50 |
| 3 | 13 „ | 8 = | 12,75 |
| 4 | 12,50 „ | 9 = | 12,75 |
| 5 | 13,75 „ | 10 = | 12 |
| 6 | 11,50 „ | Zus. 61,50 : 5 = 12,30. | |
| 7 | 15 „ | Der Unterschied zwischen Mittel | |
| 8 | 12,75 „ | und Untermittel beträgt: | |
| 9 | 12,75 „ | | |
| 10 | 12 „ | 12,92—12,30 = 0,62 od. 4,79%. | |
| Zus. | 129,25 kg : 10 = 12,92 als Mittel. | | |

II.

| | per 100 Faden. | Das Untermittel liegt | |
|---|---|---|---|
| B) 1 | 13,50 kg | bei 2 = | 12,50 |
| 2 | 12,50 „ | 5 = | 12,50 |
| 3 | 13,50 „ | 7 = | 11,50 |
| 4 | 15,50 „ | 8 = | 13 |
| 5 | 12,50 „ | 9 = | 11,50 |
| 6 | 14 „ | Zus. 61,00 : 5 = 12,20. | |
| 7 | 11,50 „ | Der Unterschied zwischen Mittel | |
| 8 | 13 „ | und Untermittel beträgt: | |
| 9 | 11,50 „ | | |
| 10 | 15,50 „ | 13,30—12,20 = 1,10 od. 8,27%. | |
| Zus. | 133,00 kg : 10 = 13,30 als Mittel. | | |

Hiernach ist die Egalität des Garnes A eine bedeutend bessere wie bei B.

Garne, bei welchen der Unterschied zwischen Mittel und Untermittel 8% nicht übersteigt, sind als gleichmäßig gesponnen anzusehen. Beträgt der Unterschied mehr, so sind die Garne als unegal gesponnen zu betrachten.

**§ 21. Untersuchung auf Baumwollgehalt.**
(Bekanntmachung im Amtsblatt 1901, Stück 12, Seite 81, Nr. 122.)

Bei der Untersuchung auf Baumwollgehalt wird die Probe, nachdem sie entfettet und in einer heißen Lösung von 2 ccm konzentrierter Salzsäure in 100 ccm Wasser von etwaigen Appreturmitteln u. dergl. gereinigt ist, in heißem Wasser rein ausgewaschen. Nach Feststellung ihres Trockengewichts wird sie darauf in 3 bis 4° Bé Natronlauge ausgekocht. Die übrig bleibende Baumwolle wird sodann in Wasser ausgewaschen, ungefähr 10 Minuten lang in mit Salzsäure schwach angesäuertes Wasser gelegt und danach wiederum in Wasser rein ausgewaschen. Schließlich wird im Konditionierapparat das Trockengewicht festgestellt.

Nach dem Trockengewicht wird die prozentuale Beimischung berechnet. Hierbei ist zu Grunde zu legen, daß Baumwolle beim Kochen in Natronlauge ungefähr 3½ %, gewaschene Wolle im Wasserbade durchschnittlich 1% verliert, ferner, daß der Feuchtigkeitsgehalt der Wolle 17%, der der Baumwolle 8½ % beträgt.

Z. B. Eine zu untersuchende Probe ergab nach der Entfettung 2c. 2c. ein Trockengewicht von 41,300 gr W. u. Bw. nach dem Kochen in Natronlauge ein

| | |
|---|---|
| Trockengewicht von | 18,190 gr Bw. |
| | 23,110 gr W. |

Die Berechnung ist dann folgende:

| | |
|---|---|
| | 18,190 gr Bw. |
| + 3½ % (Verlust beim Kochen in Natronlauge) | 0,636 „ „ |
| | 18,826 gr Bw. |
| + 8½ % Feuchtigkeit | 1,600 „ „ |
| | 20,426 gr Bw. |
| | 23,110 gr W. |
| + 1 % (Verlust beim Waschen) | 0,231 „ „ |
| | 23,341 gr W. |
| + 17 % Feuchtigkeit | 3,967 „ „ |
| | 27,308 gr W. |

Hiernach beträgt das Normalgewicht der Proben

| |
|---|
| 27,308 gr W. |
| 20,426 „ B. W. |
| 47,734 gr W. u. Bw. |

Der Baumwollgehalt beträgt daher:

20,426 : 47,734 = 42,79 % Bw.

Der Wollgehalt = 57,21 % W.

§ 22. Die Bestimmung der Fadenlänge und Nummer wird in metrischem System ausgedrückt. Nachträgliche Umrechnungen in ein anderes System werden besonders berechnet.

§ 23. Bei der Prüfung der Garne auf Stärke und Dehnung ist die Untersuchung mit 10 Bobinen

per Kiste vorzunehmen. Hierzu wird ein Dynamometer angewandt, welches das auf eine Tafel, mit 50 Touren, Faden neben Faden gewickelte Garn bei einer Fadenlänge von 25 cm prüft.

§ 24. Bei Zwirnen findet die Ermittlung der Tourenzahl gleichfalls durch Untersuchung von 10 Bobinen per Kiste statt. Die Fadenlänge beträgt 25 cm.

§ 25. Die Feststellung des Längenmaßes bei Waren geschieht mittelst eines auf zwei Meter nebst Teilstrichen geaichten Tisches.

**III. Kostenerstattung und Gebührentarif.**

§ 26. Die Kosten sind von den kontrahierenden Parteien je zur Hälfte zu tragen. Wird ein wiederholtes Konditionnement gewünscht, so sind die dadurch entstandenen Kosten zu Lasten des Auftraggebers.

Die Kosten werden sofort bei Ablieferung der Ware gegen Abgabe des Konditionierzettels erhoben. Nach auswärts erfolgt die Erhebung durch Nachnahme.

Soll die Ware länger als 24 Stunden auf Lager bleiben, so wird dafür an Lagergeld und Feuerversicherungsgebühr 25 Pfg. pro 100 kg und Tag gerechnet.

**Finanzielle Stellung der Anstalt.**

§ 27. Die Anstalt ist in finanzieller Hinsicht selbständiges Unternehmen. Die Kosten ihrer Einrichtung, sowie des Betriebes werden allein von dem Inhaber und Leiter getragen, dem auch alle ihre Einnahmen zufallen.

**Tarif.**

**Wiegen:**

| | |
|---|---|
| Einfaches Wiegen per 100 kg | M. 0,10 |
| Wiegen vor der Konditionierung per Stück, Kiste oder Sack | „ 0,10 |
| Wiegen der Tara der Verpackung | „ 0,30 |

**Trocknung:**

| | |
|---|---|
| für Kammzug, Wickel und Enden (eine Probe per 300 kg brutto) per Probe | M. 2,50 |
| für gewaschene Wolle, Kämmlinge, Plöcke (eine Probe per 400 kg brutto) per Probe | „ 2,50 |
| für Kammgarn und Streichgarn (eine Probe per 300 kg brutto) per Probe | „ 3,50 |
| für Baumwolle (eine Probe per 300 kg brutto) per Probe | „ 2,50 |
| für Seide (eine Probe per 20 kg brutto) per Probe | „ 2,50 |

**Sonstige Bestimmungen:**

| | |
|---|---|
| Die Bestimmung des Waschverlustes per Probe von 100 gr incl. Konditionierung | M. 4,00 |
| Die in Gemeinschaft mit einem vereidigten Chemiker vorzunehmende Untersuchung auf künstliche Beschwerung und die Ermittelung von Überschüssen (per Probe von 100 bezw. 500 gr) | M. 10,00—18,00 |
| Die Bestimmung des Gehalts an Baumwolle | „ 4,00 |
| Die Bestimmung der Garnnummer ohne Trocknung per Probe | „ 0,75 |
| für Trocknung mehr | „ 1,25 |
| Die Bestimmung der Garnnummer bei Stranggarnen ohne Trocknung per Probe | „ 1,50 |
| für Trocknung mehr | „ 1,25 |
| Die Umrechnung der Garnnummer in ein anderes System | „ 0,50 |
| Die Prüfung der Garne auf Stärke und Dehnung | „ 2,00 |
| Die Prüfung der Garne auf Egalität | „ 2,00 |
| Die Bestimmung der Tourenzahl | „ 1,50 |
| Die Bestimmung des Längenmaßes bei Tuchwaren usw. per Stück à 45 Meter | „ 0,60 |
| bei mehr als 5 Stück à 45 Meter | „ 0,45 |

**Einpacken:**

| | |
|---|---|
| Einpacken von Bobinen per Kiste à 3000 Stück | M. 0,75 |
| Einpacken von Cannetten per Kiste à 4000 Stück | „ 1,50 |
| per 1000 mehr | „ 0,25 |
| Einpacken und Reparatur per Ballen Wolle ꝛc. | „ 0,20 |
| für das Schütten der Spulen in Reservekisten | „ 0,50 |

**Nachzählen:**

| | |
|---|---|
| für Bobinen per Kiste à 3000 Stück | M. 0,75 |
| für Cannetten per Kiste à 4000 Stück | „ 1,50 |
| per 1000 mehr | „ 0,25 |

**Mikroskopische Untersuchungen:**

| | |
|---|---|
| Vornahme einer mikroskopischen Untersuchung | M. 2,00 |
| Vornahme eine mikrophotographischen Aufnahme | „ 5,00 |

**Abschriften:**

| | |
|---|---|
| von Konditionierscheinen bis zu 10 Kisten oder Ballen | „ 0,30 |
| über mehr als 10 Kisten oder Ballen | „ 0,50 |

**Bekanntmachung.*)**

Vorstehendes Reglement nebst Gebühren-Tarif wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß von der Handelskammer für Aachen und Burtscheid hierselbst,

1. zum Direktor der Konditionier-Anstalt der Leo Pinagel hierselbst,
2. zu Stellvertretern des Direktors F. Corsten und Victor Pinagel gewählt, bestätigt und

*) Amtsblatt 1895, Stück 7, 31—35 (Nr. 94).

welche teils

vereidigt worden sind, sowie daß die Kommission zur Kontrolle des Geschäftsbetriebes der Anstalt aus folgenden Personen:

Kommerzienrat C. Delius, Eduard Mayer, Ulrich Möller und Emil Pastor besteht.

Aachen, den 31. Januar 1895.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: von Bremer.

**Bekanntmachung.*)**

1. Das im Amtsblatt Stück 7 Seite 31 für 1895 veröffentlichte Reglement der Öffentlichen Konditionier-Anstalt zu Aachen wird dahin abgeändert, daß im §. 11 Zeile 6 statt des Wortes „Bruttogewicht" zu setzen ist „Brutto- und Taragewicht".
2. In die Kommission zur Kontrolle des Geschäftsbetriebes der Konditionier-Anstalt zu Aachen ist an Stelle des ausgeschiedenen Kommerzienrats C. Delius der Tuchfabrikant Johann Alfred Erckens gewählt worden.

Aachen, den 7. März 1896.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Bekanntmachung.**)**

**Nachtrag**
**zum Reglement der Öffentlichen Konditionier-Anstalt zu Aachen vom 31. Januar 1895.**

Nachdem infolge Bundesratsbeschlusses vom 6. März 1902, Centralblatt 1902, Seite 68, der hiesigen Öffentlichen Konditionier-Anstalt die Ermächtigung zur Feststellung der Feinheitsnummer baumwollener Garne bei der Verzollung nach Maßgabe der den Seidentrocknungsanstalten zu Elberfeld-Barmen und Krefeld durch Bundesratsbeschluß vom 16. Mai 1882 beigelegten Befugnisse übertragen worden ist, treten für die Öffentliche Konditionier-Anstalt die nachstehenden, in Verfolg des Bundesratsbeschlusses vom 16. Mai 1882 und der Instruktionen für die Zollbeamten erlassenen Bestimmungen, Centralblatt 1882, Seite 268, sinngemäß in Kraft.

„Die durch die Zollstelle erfolgte Feststellung der Feinheitsnummern geweifter Garne (Bündelgarne) kann auf den Antrag der Zollstelle oder des Warendisponenten, in letzterem Falle auf dessen Kosten, einer Prüfung durch die Öffentliche Konditionier-Anstalt zu Aachen unterzogen werden, welche die Untersuchung auf 20 Proben von je 500 m Länge auszudehnen und dabei den Feuchtigkeitsgehalt der Garne zu berücksichtigen hat".

„Die von der Anstalt ermittelte Feinheitsnummer ist für die Verzollung maßgebend, insofern nicht bei der zuständigen Zollstelle erhebliche Bedenken gegen die Richtigkeit der Nummerermittelung bestehen. In letzterem Falle entscheidet die oberste Landesfinanzbehörde darüber, welche der gefundenen Garnnummern der Verzollung zugrunde zu legen ist".

Für den Verkehr mit der Zollbehörde wird daher die Untersuchung von 20 Proben und die Konditionierung derselben zur Bedingung gemacht.

Für die Ermittelung der englischen Nummerbezeichnung sind zu rechnen:

500 Meter = 546,82 Yards, 1 Hank (Schneller) = 840 Yards, 453,59 Gramm = 1 englisches Pfund.

An Gebühren sind zu berechnen:

Bei den Haspelungen für jede Probe 7½ Pfg., für die Konditionierung sämtlicher Proben 1 Mk.

Vorstehender Nachtrag zu dem im Amtsblatt, Stück 7, Seite 31, für 1895 abgedruckten Reglement der Öffentlichen Konditionier-Anstalt zu Aachen vom 31. Januar 1895 wird hiermit genehmigt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Aachen, den 9. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Boehm.

**Bekanntmachung**
betreffend
**Bestimmungen für den Kleinhandel mit Garn vom 20. November 1900.**

Auf Grund der Vorschriften im § 5, Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) hat der Bundesrat die nachstehenden Bestimmungen, betreffend den Kleinhandel mit Garn, beschlossen.

§ 1. Zum Einzelverkauf aufgemachte baumwollene, wollene und halbwollene Garne aller Art dürfen nur in bestimmten Einheiten des Gewichts und unter Angabe der Gewichtsmenge im Einzelverkehre gewerbsmäßig verkauft oder feil gehalten werden, baumwollene Garne bis zur Gesamtlänge von 100 m, jedoch auch in bestimmten Einheiten der Länge und unter Angabe der Länge.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung

a) auf Garne, die zum Zwecke der Fertigstellung von halbfertigen Waren in Verbindung mit diesen feilgehalten werden;
b) auf baumwollene Nähgarne, die auf Holzrollen aufgemacht sind;
c) auf Garne, die dem Käufer zugemessen oder zugewogen werden.

§ 2. Als Mengeneinheiten werden zugelassen

a) Gewichtseinheiten zu 1, 5, 10, 20 und 50 g, oder zu einem Vielfachen von 50 g;
b) Längeneinheiten für baumwollene Garne zu 5, 10, 20, 30 usw. bis 100 m.

Die Vereinigung mehrerer Mengeneinheiten ist nur insoweit zulässig, als sie zusammen eine zulässige Mengeneinheit darstellen.

*) Amtsblatt 1896, Stück 11, Seite 52 (Nr. 125).
**) Amtsblatt 1902, Stück 31, Seite 197 (Nr. 343).

§ 3. Als Gewicht gilt das Trockengewicht der Garne ohne Umhüllung, Einlage usw. (Nettogewicht) und ohne Beschwerung, soweit diese nicht durch die Fabrikation bedingt ist, nebst einem Normalfeuchtigkeitszuschlage, der bei Baumwollgarn 8½, bei halbwollenen Garnen (sogenannten Mischgarnen) 10, bei Kammgarn 18¼ und bei Streichgarn 17 Hundertteile des Trockengewichts beträgt.

§ 4. Das Gewicht darf nicht um mehr als 3 Prozent bei Mengen über 50 g, 5 Prozent bei Mengen von 10 bis 50 g und 10 Prozent bei Mengen von 1 oder 5 g, die Länge darf nicht um mehr als 5 Prozent bei Längen von 10 bis 100 m und 10 Prozent bei Längen von 5 m hinter den angegebenen Beträgen zurückbleiben.

§ 5. Das Gewicht ist in Grammen, die Länge in Metern anzugeben; die Angaben sind an der Ware selbst oder an ihrer Aufmachung, Verpackung, oder Umschließung leicht erkennbar anzubringen. Bei Vereinigung mehrerer Stränge im Gesamtgewichte bis zu 50 g genügt es, wenn die Gewichtsangabe auf der gemeinsamen Verpackung angebracht ist, bei Mengen über 50 g ist sie auf jedem einzelnen Stücke anzubringen. Garne in Knäueln sowie Garne, welche nach der Länge verkauft werden, müssen stets mit einer Mengenangabe versehen sein.

§ 6. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1903 in Kraft.

Berlin, den 20. November 1900.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Graf von Posadowsky.

## Nachtrag.

Auf Grund der Vorschriften im § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbs vom 27. Mai 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) hat der Bundesrat beschlossen, was folgt:

In der Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen für den Kleinhandel mit Garn, vom 20. November 1900 wird §. 1 Abs. 2 wie folgt abgeändert:

Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung

a) auf Garne, die zum Zweck der Fertigstellung von halbfertigen Waren in Verbindung mit diesen feilgehalten werden;
b) auf baumwollene Nähgarne, die auf Holzrollen oder auf Papierhülsen (Pappkops) aufgemacht sind;
c) auf Garne, die dem Käufer zugemessen oder gewogen werden.

(Reichs-Gesetzbl. Nr. 45, S. 278.)

## Anleitung
zur
**Untersuchung der für den Kleinhandel bestimmten Garne, nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 20. November 1900, Reichs-Gesetzblatt 1900 S. 1014/1015 in der Öffentlichen Konditionier-Anstalt zu Aachen.**

(In Kraft getreten am 1. Januar 1903.)

§ 1. Die zur Untersuchung bestimmten Garne sind in ihrer handelsmäßigen Aufmachung gut verpackt mit einem Begleitscheine, welcher die Bezeichnung der Probe (Nummer, Zeichen und dergl.), die Angabe der Art des Garnes (Baumwolle, Halbwolle, Kammgarn oder Streichgarn) und den Namen des Einsenders enthalten muß, an die mit der Untersuchung zu betrauende Anstalt einzusenden; sie werden hier mit den Angaben des Begleitscheins in ein fortlaufend numeriertes Untersuchungsregister eingetragen.

§. 2 Zur Bestimmung des Trockengewichts wird das Garn unter sorgfältiger Sammlung etwaiger Abfälle aufgelockert, bezw. abgewickelt und nebst den Abfällen in einem Konditionierapparat bei einer Temperatur von 105° bis 110° Celsius getrocknet, die Austrocknung gilt als erreicht, wenn das Garn in den letzten 10 Minuten nach Angabe der mit dem Apparat verbundenen Wage weniger als 0,05 % an Gewicht verloren hat.

Bei Mengen von 1 gr bis 10 gr einschließlich kann die Trocknung auch in einem Wägegläschen in einem doppelwandigen Lufttrockenschrank stattfinden. In diesem Falle werden zunächst das Wägegläschen und der zugehörige Glasstöpsel durch starke Anwärmung getrocknet. In diesem Zustande wird das Gläschen zugestöpselt und leer gewogen. Nachdem sodann das Garn in das Gläschen hineingetan worden ist, wird das letztere offen in den Lufttrockenschrank gestellt, welcher auf einer Temperatur von 105° bis 110° Celsius gehalten wird. Nach Verlauf von etwa 4 Stunden wird das Gläschen möglichst innerhalb des Schrankes mit dem Stöpsel, welcher sich ebenfalls während der Trocknung im Schrank befand, geschlossen, dann herausgenommen und gewogen. Das Trockengewicht ergibt sich dann als Differenz des zuletzt bestimmten Gewichts des Gläschens mit dem Garn und des vorher ermittelten Gewichts des leeren Gläschens.

Bei den kleinsten Mengen von 1 und 5 gr ist diese Methode besonders zu empfehlen.

Bei Mengen von 20 gr und darüber kann das Trockengewicht in gleicher Weise an einer etwa 10 gr betragenden Probe ermittelt werden. Diese Probe ist an möglichst vielen verschiedenen Stellen der Packung zu entnehmen. Vor der Trocknung ist in diesem Falle das Nettogewicht der Probe, sowie dasjenige der Gesamtmenge festzustellen. Das Entsprechende gilt für den Fall, daß nur ein Teil der Gesamtmenge im Konditionierapparat zur Trocknung gelangt.

Jede Wägung wird durch zwei, unabhängig von

Seite 56 ist heute bezüglich der Eheleute Stationsverwalter August Sütter und Susanna geb. Heinz, beide zu Bütgenbach, folgende Eintragung erfolgt: „Durch Vertrag vom 2. Juli 1906 haben die Eheleute Gütertrennung vereinbart".

Malmedy, den 19. Juli 1906.

Königliches Amtsgericht.

## Zwangsversteigerungen.

**2025** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in der Stadt Aachen belegene, im Grundbuche von Aachen-Burtscheid, Band 25 Blatt 934, Kataster-Artikel Nr. 1230, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers Johann Hauquet in Aachen eingetragene Grundstück:

Flur 2 Nr. 2581/514, groß 2,34 Ar, Klausenerstraße Nr. 1, Gebäudesteuerrolle Nr. 1490,
a) Wohnhaus mit Hofraum, Nutzungswert 2700 Mark,

am 11. Oktober 1906,
vormittags $9^1/_2$ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle, Congreßstraße 11, Zimmer Nr. 23, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Juli 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Aachen, den 16. Juli 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

**2026** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in der Stadt Aachen belegene, im Grundbuche von Aachen, Band 45 Blatt 1770, Kataster-Artikel Nr. 1835, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des August Steinhauer, Kaufmann in Aachen, eingetragene Grundstück:

Flur C Nr. 3439/227, groß 3,26 Ar, Viktoriastraße Nr. 33, Gebäudesteuerrolle Nr. 3230,
a) Wohnhaus mit Seitenflügel, Hofraum und Bleiche, Nutzungswert 1125 Mark,

am 4. Oktober 1906,
vormittags $9^1/_2$ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle, Congreßstraße 11, Zimmer Nr. 23, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Juli 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Aachen, den 16. Juli 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

**2027** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in der Stadt Aachen belegene, im Grundbuche von Aachen, Band 87 Blatt 3457, Kataster-Artikel 7536, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen a) der Eheleute Kleinhändler Theodor Haamann und Gertruda geb. Hupperts in Aachen, b) der Eheleute Rasierer Johann Hupperts und Helene geb. Schaffrath in Aachen, je zur Hälfte, eingetragene Grundstück:

Flur M Nr. 1637/271, groß 1,88 Ar, Mörgensgasse Nr. 16, Gebäudesteuerrolle Nr. 7797,
a) Wohnhaus mit Anbau, Hofraum und Hausgarten, Nutzungswert 1350 Mark;

am 27. September 1906,
vormittags $9^1/_2$ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Congreßstraße Nr. 11, Zimmer Nr. 23, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Juli 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft

zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Aachen, den 16. Juli 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 7.

**2028** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Aachen-Forst belegene, im Grundbuche von Aachen-Forst, Band 11 Blatt 470, Katasterartikel Nr. 654, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers Johann Hanquet in Aachen, Viktoriastraße 41, eingetragene Grundstück:

Flur 14 Nr. 1748/48, groß 2,29 Ar, Reichsweg Nr. 49, Gebäudesteuerrolle Nr. 611, a) Wohnhaus mit Seitenflügel und Hofraum, Nutzungswert 1500 Mark,

am 11. Oktober 1906,
vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle in Aachen, Congreßstraße 11, Zimmer Nr. 23, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Juli 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Aachen, den 19. Juli 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

**2029** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Huchem-Stammeln belegenen, im Grundbuche von Huchem-Stammeln, Band 8 Artikel 372, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Ehefrau Kleinhändlers Martin Keller, Agnes geb. Werres zu Köttenich, eingetragenen Grundstücke bezw. Planstücke:

1. Flur 1 Nr. 105, im Rosental, Acker, groß 21,23 Ar, mit 4,57 Taler Reinertrag;
2. Flur 1 Nr. 75, daselbst, Acker, groß 6,78 Ar, mit 1,20 Taler Reinertrag, und groß 10,07 Ar, mit 1,30 Taler Reinertrag;

An Stelle von 498/568 Idealanteil von Nr. 1 ist das Planstück getreten:

Flur 1 Nr. 76a Stammelertal, Acker und Wiese, groß 27,89 Ar;

An Stelle von Nr. 2 und 70/568 Idealanteil von Nr. 1 ist das Planstück getreten:

Flur 1 Nr. 149, Rosental, Acker, groß 20,20 Ar,

am 18. September 1906,
nachmittags 4 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht in Stammeln, in der Gastwirtschaft Richard Schieren, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Mai 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Düren, den 30. Juni 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 6.

**2030** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Gemeinde Zingsheim belegenen, im Grundbuche von Zingsheim Band III Artikel 128, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Ehefrau des Holzschneidereibesitzers Jakob Blaeser, Elisabeth geborene Rosenbaum zu Zingsheim, eingetragenen Grundstücke:

1. Flur 13 Nr. 550/177, Auf Pfaffenthal, Weide, 20,45 Ar, $^{14}/_{100}$ Taler Reinertrag;
2. Flur 13 Nr. 301, In Minien, Acker, 69,56 Ar, $^{82}/_{100}$ Taler Reinertrag;
3. Flur 14 Nr. 201, Im Traubenberg, Acker, 10,31 Ar, $^{28}/_{100}$ Taler Reinertrag;

4. Flur 14 Nr. 394, Im Flürchen, Acker, 16,27 Ar, 64/100 Taler Reinertrag;
5. Flur 14 Nr. 459, Im Flürchen, Acker, 10,50 Ar, 41/100 Taler Reinertrag;
6. Flur 16 Nr 629/378, Im obersten Sauerbenden, Holzung, 17,08 Ar, 27/100 Taler Reinertrag;
7. Flur 16 Nr. 483, Auf Lieverscheid, III. Teilung Holzung, 4,51 Ar, 07/100 Taler Reinertrag;
8. Flur 17 Nr. 178/98, Unten in der Hohbach, Wiese, 10,24 Ar, 20/100 Taler Reinertrag;
9. Flur 18 Nr. 618, Im Holzemergarten, Garten, 43 qm, 05/100 Taler Reinertrag;
10. Flur 19 Nr. 854/62, Ober der Gasse, Acker, 23,59 Ar, 92/100 Taler Reinertrag;
11. Flur 19 Nr. 934/123, An der Zehntscheuer, Acker, 9,90 Ar, 62/100 Taler Reinertrag;
12. Flur 19 Nr. 916/125, daselbst, Acker, 17,72 Ar, 1 11/100 Taler Reinertrag;
15. Flur 20 Nr. 412, Oben im Benden, Wiese, 6,04 Ar, 12/100 Taler Reinertrag;
16. Flur 20 Nr. 426, daselbst, Wiese, 1,74 Ar, 07/100 Taler Reinertrag;
17. Flur 20 Nr. 904/451, Auf der Schmittgasse, Wiese, 3,25 Ar, 06/100 Taler Reinertrag;
18. Flur 23 Nr. 473/244, In Teschendell, Weide, 25,04 Ar, 29/100 Taler Reinertrag;
19. Flur 26 Nr. 568/284, Auf Willenberg, Weide, 5,79 Ar, 05/100 Taler Reinertrag;
20. Flur 26 Nr. 543/290, daselbst, Weide, 17,42 Ar, 16/100 Taler Reinertrag;
21. Flur 19 Nr. 1271/690, Im Ackerpesch, Hausgarten, 5,03 Ar;
22. Flur 19 Nr. 1272/690, Im Ackerpesch, Hofraum mit: a) Wohnhaus, b) Stallung mit Scheune, groß 5,88 Ar, Nutzungswert zu a, 135 Mark;
23. Flur 14 Nr. 393, Im Flürchen, Acker, 7,96 Ar, 31/100 Taler Reinertrag;
24. Flur 17 Nr. 266/98, Unten in der Hohbach, Weide, 5,22 Ar, 04/100 Taler Reinertrag;
25. Flur 16 Nr. 123, Auf Lieverscheid, II. Teilung, Holzung, 17,80 Ar, 35/100 Taler Reinertrag;
26. Flur 18 Nr. 878, am dicken Stein, Acker, 20,28 Ar, 32/100 Taler Reinertrag;
27. Flur 14 Nr. 952/25, ober Paulsgraben, Acker, 59,43 Ar, 93/100 Taler Reinertrag;
28. Flur 14 Nr. 955/27, daselbst, Acker, 29,92 Ar, 65/100 Taler Reinertrag;
29. Flur 23 Nr. 32, Auf der Straße, Weide, 14,96 Ar, 14/100 Taler Reinertrag;
30. Flur 26 Nr. 569/283, Auf Willenberg, Weide, 6,11 Ar, 06/100 Taler Reinertrag;
31. Flur 26 Nr. 542/291, daselbst, Weide, 13,63 Ar, 12/100 Taler Reinertrag;
32. Flur 16 Nr. 125, Auf Lieverscheid, II. Teilung, Holzung, 17,80 Ar, 35/100 Taler Reinertrag;
33. Flur 23 Nr. 458/215, In Teschendell, Weide, 22,02 Ar, 23/100 Taler Reinertrag;
34. Flur 23 Nr. 459/217, daselbst, Weide, 9,26 Ar, 10/100 Taler Reinertrag;
35. Flur 23 Nr. 460/219, daselbst, Weide, 12,40 Ar, 13/100 Taler Reinertrag,

am 6. Oktober 1906,
vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, in Zingsheim in der Gastwirtschaft Kurth versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Juni 1906 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Gemünd (Eifel), den 27. Juni 1906.

Königliches Amtsgericht, 3.

## Verschiedene Bekanntmachungen.

**2031 Königl. Oberförsterei Rötgen**

verkauft am Dienstag, den 7. August d. Js., von vorm. 10 Uhr ab, in der Gastwirtschaft von Gust. Schmitz in Rötgen folgende Nutz- und Brennhölzer: Eichen: 241 Stämme = 183 fm, 135 rm Kloben, 34 rm Knüppel, 60 rm Reiser II Kl.; Buchen: 807 Stämme = 640 fm, 560 rm Kloben, 286 rm Knüppel, 395 rm Reiser II Kl.; Fichten: 1595 Stämme = 452 fm, 2690 Stg. I—III Kl., 5370 Stg. IV—VI Kl., 121 rm Nutzh. III Kl., 11 rm Knüppel; Kiefern: 22 rm, Ntzh. III Kl. Das Fichten-Stammholz ist sämtlich entrindet.

Nähere Auskunft erteilt die Oberförsterei.

Rötgen, den 16. Juli 1906.

Königl. Oberförsterei.

**2032 Kontrolle des Abfüll-Betriebes der Aachener Thermalwasser-„Kaiserbrunnen“ Aktien-Gesellschaft in Aachen am 8. Juni 1906.**

Die Besichtigung des Betriebs ergab, daß alle Räumlichkeiten mit den darin befindlichen Einrichtungen und Apparaten sich in einem sauberen und den Ansprüchen der modernen Hygiene durchaus genügenden Zustand befanden.

Aus einem der Sammelbassins in den Kellerräumen wurde eine Wasserprobe entnommen, deren chemische Untersuchung ergab, daß Thermalwasser der Kaiserquelle vorlag.

Aachen, den 29. Juni 1906.

Aachener Thermalwasser „Kaiserbrunnen“ Aktien-Gesellschaft.
gez.: A. Turrian.

gez.: Dr. Schridde,
vereideter Chemiker.

---

**Kontrolle des Abfüll-Betriebes der Aachener Thermalwasser-„Kaiserbrunnen“ Aktien-Gesellschaft in Aachen am 26. Juni 1906.**

Aus 3 verschiedenen Trinkhallen in Aachen-Burtscheid wurden je 2 Flaschen Thermalwasser zur chemischen und bakteriologischen Untersuchung entnommen.

Die bakteriologische Untersuchung ergab das Vorhandensein von Bakterien in den drei Proben in geringer Menge. Es kamen zumeist indifferente Kokkenformen und wenige, vereinzelte Stäbchen-Bakterien zur Entwicklung.

Die Untersuchung von 2 der entnommenen Proben zeigte, daß Thermalwasser der Kaiserquelle vorlag.

Aachen, den 16. Juli 1906.

Aachener Thermalwasser „Kaiserbrunnen“ Aktien-Gesellschaft.
gez.: A. Turrian.

gez.: Dr. Schridde,
vereideter Chemiker.

---

Vorstehendes wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Aachen, den 19. Juli 1906.

Der Oberbürgermeister.
In Vertretung: Herzog.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 36. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 16. August 1906.



### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 435** Das 40. Stück enthält unter Nr. 3268: Allerhöchster Erlaß, betreffend Abänderungen der Verordnung vom 13. Juli 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 921) zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. Vom 16. Juli 1906. Unter Nr. 3269: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 28. Juli 1906. Das 41. Stück enthält unter Nr. 3270: Bekanntmachung, betreffend die Erweiterung des Rayons für die Festung Graudenz. Vom 2. August 1906. Unter Nr. 3271: Bekanntmachung, betreffend den Beitritt der Schweiz zu dem zwischen dem Deutschen Reiche und mehreren andern Staaten geschlossenen Vertrage vom 5. März 1902 über die Behandlung des Zuckers. Vom 2. August 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 436** Das 35. Stück enthält unter Nr. 10741: Gesetz, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen. Vom 28. Juli 1906. Das 36. Stück enthält unter Nr. 10742: Kirchengesetz, betreffend die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 16. Juli 1906. Unter Nr. 10743: Kirchengesetz, betreffend die Verstärkung des landeskirchlichen Hilfsfonds. Vom 16. Juli 1906. Unter Nr. 10744: Verordnung, betreffend die Vergütungen der Mitglieder der in Gemäßheit des §. 32. Abs. 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes gebildeten Voreinschätzungskommissionen. Vom 28. Juli 1906. Unter Nr. 10745: Allerhöchster Erlaß, betreffend die Ausübung der Schulaufsicht über die Provinzial-Idiotenanstalten. Vom 10. Juli 1906. Unter Nr. 10746: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hadamar, Herborn und Selters. Vom 16. Juli 1906. Unter Nr. 10747: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Mayen. Vom 4. August 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 437 Ankauf von kaltblütigen Militär-Zugpferden.**

1. Zum Ankauf von rund 60 volljährigen Zugpferden kaltblütigen Schlages sollen in diesem Jahre in der Rheinprovinz die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 28. September | 8 Uhr V. | Saarburg, | Reg.-Bez. Trier, |
| 29. „ | 8 „ „ | Bitburg, | „ „ |
| 1. Oktober | 8 „ „ | Bergheim a. d. Erft, | |
| 2. „ | 8 „ „ | Geilenkirchen, | |
| 3. „ | 8 „ „ | Fischeln bei Krefeld. | |

Die Pferde sollen im Alter von 4 bis 6 Jahren stehen, im allgemeinen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden. Sie müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen, trotzdem aber auf gebahnten Wegen im Zuge längere Strecken traben können.

2. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung bar bezahlt.

3. Pferde mit Mängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot u. s. w. als Klopphengste erweisen, und tragende Stuten. Die gesetzmäßige Gewährsfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot

u. s. w. verlängert, für Koppen (Krippensetzen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkte ab verkürzt.

4. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

5. Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit glattem, starkem Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

6. Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- und Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrübe nicht zu verkürzen.

7. Vorstehende Ankaufsbedingungen gelten auch für nicht öffentliche Märkte.

Berlin, den 12. Juli 1906.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 438** In dem zum deutsch-russischen Übernahme-Abkommen vom 10. Februar 1894 gehörigen Verzeichnis der preußisch-russischen Grenzbehörden und Übernahmeorte (Amtsblatt 1897 S. 184) ist die Änderung eingetreten, daß russischerseits anstelle des Kreischefs, der in Wilkowischken seinen Amtssitz hat, der Polizeichef in Kibarty als Übernahmebehörde für den russischen Übernahmeort Wirballen bestimmt worden ist. Preußische Übernahmebehörde ist nach wie vor der Grenzkommissar in Eydtkuhnen.

Aachen, den 14. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 439** Unter Bezugnahme auf die Amtsblattsbekanntmachung vom 15. Juli 1905 (Amtsbl. Stück 32 Seite 171) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß der Verein für Massenverbreitung guter Volksliteratur zu Charlottenburg auf die weitere Ausspielung der Allgemeinen Deutschen Bücher- und Bilder-Lotterie verzichtet hat. Der Herr Minister des Innern hat infolgedessen die dem Verein erteilte Erlaubnis zur Veranstaltung einer öffentlichen Verlosung und Vertreibung der Lose in der ganzen Monarchie zurückgezogen.

Aachen, den 14. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 440** Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 28. Juli d. Js. dem Komitee der in diesem Jahre in Karlsruhe stattfindenden Jubiläumsausstellung für Kunst und Kunstgewerbe die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der in Verbindung mit der Ausstellung beabsichtigten öffentlichen Verlosung von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen sowie von Jubiläumsdenkmünzen auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in seinem ganzen Bereiche, Lose zu vertreiben.

Nach dem Verlosungsplane sind zwei Ziehungen in Aussicht genommen: die erste im Monat August d. Js. und die zweite im Monat Januar 1907. An Losen sind 150000 Stück zu je 1 M. zur Ausgabe vorgesehen. Die Zahl der als Gewinne ausgesetzten Kunstgegenstände und Denkmünzen ist für die erste Ziehung auf 1761 im Gesamtwerte von 25400 M., für die zweite Ziehung auf 2521 im Gesamtwerte von 44600 M. festgesetzt worden, sodaß überhaupt 4282 Gewinne im Gesamtwerte von 70000 M. zur Ausspielung gelangen werden.

Aachen, den 10. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 441 Errichtungsurkunde.**

Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenrats sowie nach Anhörung der Beteiligten setzen die unterzeichneten Behörden hierdurch folgendes fest.

§. 1.

In der evangelischen Kirchengemeinde Herzogenrath, Synode, Landkreis und Regierungsbezirk Aachen, wird eine Pfarrstelle errichtet.

§. 2.

Diese Urkunde tritt am 1. Oktober 1906 in Kraft.

| | |
|---|---|
| Coblenz, den 1. August 1906. | Aachen, den 9. August 1906. |
| L. S. | L. S. |
| Königliches Konsistorum der Rheinprovinz. | Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen. |
| Peter. | Busenitz. |

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 442 Bekanntmachung.**

**Königl. Tierärztliche Hochschule Hannover.**

Das Winter-Semester 1906/1907 beginnt am 15. Oktober 1906.

Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses

Die Direktion.
Dr. Dammann.

**Nr. 443 Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz.**

Gemäß §. 19 der Satzungen für die Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Rechnungsjahre 1905 betragen hat:

| | in bar | | in Wertpapieren | | in Darlehen | | in Grundstücken | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mark | Pf. | Mark | Pf. | Mark | Pf. | Mark | Pf. |
| Der Bestand aus 1904 . . . | 2 028 407 | 28 | 92 224 294 | 38 | 29 188 763 | 77 | 985 457 | 62 |
| Die Einnahme in 1905 . . . | 23 445 445 | 66 | 4 387 431 | 50 | 5 465 968 | 82 | 23 796 | 47 |
| Die Gesamteinnahme . . . . | 25 473 852 | 94 | 96 611 725 | 88 | 34 654 732 | 59 | 1 009 254 | 09 |
| Die Gesamtausgabe in 1905. . | 23 160 690 | 22 | 518 976 | 17 | 727 050 | 60 | — | — |
| sodaß ein Bestand verblieben ist von | 2 313 162 | 72 | 96 092 749 | 71 | 33 927 681 | 99 | 1 009 254 | 09 |

Zusammen . . . . . . . . . . 133 342 848,51 M.
Hierzu der Wert des Inventars mit 105 065,76 „
Gesamtsumme . . . . . . . . 133 447 914,27 M.

Düsseldorf, den 9. August 1906.

Der Vorstand
der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz

**Nr. 444** Nach § 24 der Satzungen der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz wird hiermit der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1905 sowie die Vermögensübersicht zur Kenntnis gebracht.

**A) Einnahme.**

1. Bestand aus dem Vorjahre . 11346,— M.
2. Beiträge der Kommunalverbände . . . . . . . 551 395,61 „
3. Verzugszinsen . . . . . 51,08 „
4. Zinsen des Reservefonds . . 116 211,34 „

679 004,03 M.

**B) Ausgabe.**

1. Witwen- und Waisengelder. 171 311,06 M.
2. Verwaltungskosten . . . 5590,80 „
3. Dem Reservefonds sind zugeführt . . 501 825, „

678 726,86 M.

mithin Bestand . . . 277,17 M.

Der Reservefonds ist in Wertpapieren zum Nennbetrage von 3 652 900 M. bei der Landesbank hinterlegt.

Düsseldorf, den 9. August 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 445** Nach § 19 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz wird hiermit der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1905 sowie die Vermögensübersicht zur Kenntnis gebracht.

**A) Einnahme.**

1. Bestand aus dem Vorjahre . . 373,14 M.
2. Beiträge der Kommunalverbände . . . . . . . 286 960,49 „
3. Zinsen des Reservefonds . . 5 948,25 „

293 281,88 M.

**B) Ausgabe.**

1. Ruhegehälter . 224 525,24 M.
2. Zinsen . . . 5 303,03 „
3. Verwaltungskosten . . . 1 716,70 „
4. rentbare Anlage . . . . 62 387,50 „

293 932,47 M.

mithin Vorschuß . . . 650,59 M.

der aus Beiträgen für 1906 gedeckt ist.

Der Reservefonds hat heute einen Bestand von 176 600 M. 3 ½ %iger Rheinprovinz-Anleihe, 34 000 „ 3 ½ % „ Düsseldorfer Stadtanleihe, 39 500 „ 3 ½ % „ Wiesbadener „

Düsseldorf, den 9. August 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 446 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeistereiverwalter Gerhard Darius ist durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 6. d. Mts endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Blankenheim im Kreise Schleiden ernannt worden.

Gleichzeitig ist dem Genannten die Verwaltung der Landbürgermeistereien Dollendorf und Lommersdorf auf Widerruf übertragen worden.

Der Herr Oberpräsident hat den Gemeindeempfänger Josef Hündgen in Wollersheim wider-

ruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Wollersheim umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Der Herr Oberpräsident hat den Verwaltungssekretär Theodor Nolden in Drove widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Drove umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Der Bürgermeister Fleuster in Stolberg scheidet am 10. September d. Js. wegen Ablaufs seiner Amtsperiode aus dem Amte.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlaß vom 16. v. Mts. infolge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Stolberg getroffenen Wahl den bisherigen Gerichtsassessor Walter Dobbelmann in Siegburg als Bürgermeister der Stadt Stolberg für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren zu bestätigen geruht.

Herr Friedrich Wilhelm Schuster-Rabl aus Basel, Associé des Hauses J. Dreyfuß und Co. in Frankfurt a./M., ist an Stelle des am 16. Dezember v. Js. zurückgetretenen Herrn Du Bois zum schweizerischen Konsul für die preußischen Provinzen Hessen-Nassau und Rhein[illegible] das Großherzogtum Hessen mit dem [illegible] Frankfurt a./M. ernannt worden.

Der zum Königlich Spanischen Konsul in [illegible] ernannte Herr Francisco de Asis Cabellero [illegible] Mediano ist in dieser Amtseigenschaft anerk[illegible] und zugelassen worden.

Endgültig angestellt ist die seither einstw[illegible] tätige Lehrerin Josefina Jüssen bei der katholi[illegible] Volksschule zu Bierstraß, Kreis Aachen Land.

Personalveränderungen bei dem Oberlandesge[illegible]

Der Oberlandesgerichtsrat Nacke ist zum Er[illegible] Staatsanwalt in Cöln ernannt. Der Landgeri[illegible] rat Lüttig in Cöln ist zum Oberlandesgerichts[illegible] in Cöln ernannt. Der Landgerichts-Se[illegible] Waldenburg in Düsseldorf ist an das Oberla[illegible] gericht in Düsseldorf versetzt mit der Funktion [illegible] Buchhalter der Justizhauptkasse. Der Ger[illegible] diener Krause ist mit der gesetzlichen Pension [illegible] den Ruhestand versetzt. Der Hilfsgerichts[illegible] Peetz in Cöln ist zum Gerichtsdiener bei [illegible] Oberlandesgerichte in Cöln ernannt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 33.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 37. Ausgegeben zu Aachen, Montag, den 20. August 1906.

**Inhalt:** Verteilungsplan des Bedarfs der Volksschullehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Aachen für die Rechnungsjahre 1906, 1907 und 1908 S. 293—299.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 447** **Bekanntmachung.**

Nachstehenden Verteilungsplan über die von den einzelnen Gemeinden (Schulverbänden pp.) unseres Bezirks für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1909 zur Volksschullehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Aachen zu leistenden Beiträge bringen wir gemäß § 15 Abs. 4 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899 (G.-S. S. 587) und § 10 des Gesetzes vom 23. Juli 1893 (G.-S. S. 194) hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gegen den Plan sind von dem Kassenanwalt, Kaufmann Karl Pöschel hier, Einwendungen nicht erhoben worden.

Der Bedarf der Kasse, einschließlich der Verwaltungskosten, beträgt nach den aufgestellten bezüglichen Berechnungen für die drei Rechnungsjahre zusammen 22 500 M.

In jedem der drei Rechnungsjahre sind somit aufzubringen $^1/_3$ von 22 500 M. = 7500 M.

Die Gesamtsumme des ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens der Lehrerstellen nach dem Stande am 1. Oktober 1905, bei deren Feststellung für jede Lehrerstelle ein Betrag von 1200 M. außer Berechnung geblieben ist (vergl. § 15 Abs. 4 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899), beträgt 951 800 M. Es entfallen somit auf 100 M. dieses Diensteinkommens für ein Jahr 0,7879 M. oder rund 0,80 M.

Auf die einzelnen Gemeinden (Schulverbände pp.) entfallen die in Spalte 3 des Planes verzeichneten Beiträge, die sich zusammen auf 7614,40 M. stellen.

Die Beiträge sind in vierteljährlichen Raten im Voraus an die Königlichen Kreiskassen einzuzahlen.

Gegen den Verteilungsplan steht den Beteiligten nach § 15 Abs. 5 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899 bezw. § 12 des Gesetzes vom 23. Juli 1893 innerhalb 4 Wochen nach Bekanntmachung des Planes die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Abänderung des Planes gegen die unterzeichnete Königliche Regierung bei dem Bezirksausschusse zu.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Aachen, den 31. Juli 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Busenitz.

II. 5569.

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| **I. Stadtkreis Aachen.** | | |
| Aachen Stadt . | 279300 | 2234,40 |
| Aachen, Synagogengemeinde . | 3100 | 24,80 |
| Summe . . . | 282400 | 2259,20 |
| **II. Landkreis Aachen.** | | |
| Alsdorf . . . | 6100 | 48,80 |
| Bardenberg . . | 4000 | 32 |
| Brand . . . . | 5000 | 40 |
| Broich . . . . | 3700 | 29,60 |
| Büsbach . . . | 9400 | 75,20 |
| Cornelimünster . | 2400 | 19,20 |
| Cornelimünster u. Zweifall . | 900 | 7,20 |
| Eilendorf . . . | 11900 | 95,20 |
| Eschweiler Stadt | 52400 | 419,20 |
| Eschweiler, Synagogengemeinde. | 500 | 4 |
| Forst . . . . | 16000 | 128 |
| Gressenich . . . | 6300 | 50,40 |
| Haaren . . . . | 9300 | 74,40 |
| Herzogenrath . | 2400 | 19,20 |
| Herzogenrath u. Merkstein . . | 4400 | 35,20 |
| Höngen . . . | 6600 | 52,80 |
| Kinzweiler . . | 2900 | 23,20 |
| Laurensberg . . | 5200 | 41,60 |
| Merkstein . . . | 3800 | 30,40 |
| Pannesheide . . | 12700 | 101,60 |
| Richterich . . . | 4900 | 39,20 |
| Stolberg . . . | 32400 | 259,20 |
| Walheim . . . | 2200 | 17,60 |
| Weiden, Broich u. Würselen . | 2500 | 20 |
| Würselen . . . | 15800 | 126,40 |
| Summe . . . | 223700 | 1789,60 |
| **III. Kreis Düren.** | | |
| Arnoldsweiler . | 600 | 4,80 |
| Ellen . . . . | 100 | 0,80 |
| Morschenich . . | 200 | 1,60 |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Binsfeld . . . | — | — |
| Frauwüllesheim | 1400 | 11,20 |
| Berzbuir-Kufferath . . . . | 100 | 0,80 |
| Birgel . . . . | 1800 | 14,40 |
| Gürzenich . . . | 2400 | 19,20 |
| Lendersdorf-Krauthausen . | 1600 | 12,80 |
| Rölsdorf . . . | 2000 | 16 |
| Birkesdorf . . | 6900 | 55,20 |
| Huchem-Stammeln-Selhausen | 1100 | 8,80 |
| Bürvenich . . . | 500 | 4 |
| Embken . . . | 200 | 1,60 |
| Boich-Leversbach | — | — |
| Drove . . . . | 200 | 1,60 |
| Jakobwüllesheim-Bubenheim . | 900 | 7,20 |
| Soller . . . . | — | — |
| Thum . . . . | — | — |
| Uedingen . . . | — | — |
| Düren Stadt . | 75100 | 600,80 |
| Düren Synagogengemeinde . | 400 | 3,20 |
| Echtz-Conzendorf. | 200 | 1,60 |
| Geich-Obergeich . | 400 | 3,20 |
| Merode . . . | 900 | 7,20 |
| Schlich-D'horn . | 1100 | 8,80 |
| Froitzheim-Frangenheim . . | 100 | 0,80 |
| Ginnick . . . | — | — |
| Vettweiß-Kettenheim . . . . | 1000 | 8 |
| Bürgermeisterei Füssenich, bestehend aus den Gemeinden Füssenich, Geich und Juntersdorf . . . . | 3700 | 29,60 |
| Gladbach . . . | 400 | 3,20 |
| Kelz . . . . | 200 | 1,60 |
| Lüxheim . . . | 100 | 0,80 |
| Frenz . . . . | 900 | 7,20 |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Lamersdorf | 1100 | 8,80 |
| Langerwehe, Jüngersdorf und ein Teil von Luchem | 4000 | 32 |
| Derichsweiler u. Schlich | 2100 | 16,80 |
| Mariaweiler-Hoven | 2600 | 20,80 |
| Merken | 300 | 2,40 |
| Girbelsrath | 100 | 0,80 |
| Golzheim | 200 | 1,60 |
| Merzenich | 1200 | 9,60 |
| Abenden | — | — |
| Nideggen-Rath u. Brück-Hetzingen | 100 | 0,80 |
| Obermaubach-Schlagstein | — | — |
| Niederzier | 2900 | 23,20 |
| Oberzier | 2200 | 17,60 |
| Eschweiler über Feld | — | — |
| Hochkirchen, Eggersheim, Irresheim | 900 | 7,20 |
| Nörvenich | 1100 | 8,80 |
| Oberbolheim | — | — |
| Poll | — | — |
| Rath | — | — |
| Wissersheim | 1100 | 8,80 |
| Hastenrath | 1900 | 15,20 |
| Rothberg | 2100 | 16,80 |
| Wenau | 1700 | 13,60 |
| Lucherberg und ein Teil von Luchem | 300 | 2,40 |
| Pier | 1400 | 11,20 |
| Schophoven | 1300 | 10,40 |
| Disternich | 1000 | 8 |
| Müddersheim | 200 | 1,60 |
| Sievernich | — | — |
| Kreuzau | 3200 | 25,60 |
| Niederau, Krauthausen, Leversdorf und Weyerhof | 2100 | 16,80 |
| Stockheim | 1200 | 9,60 |
| Winden | 2300 | 18,40 |
| Bergstein | 100 | 0,80 |
| Brandenberg | 1400 | 11,20 |
| Gey-Straß | 200 | 1,60 |
| Großhau | 100 | 0,80 |
| Hürtgen | 100 | 0,80 |
| Kleinhau | 700 | 5,60 |
| Untermaubach-Bogheim und Langenbroich | 700 | 5,60 |
| Weisweiler | 1200 | 9,60 |
| Berg-Thuir | 100 | 0,80 |
| Pissenheim | 800 | 6,40 |
| Wollersheim | 100 | 0,80 |
| Summe | 148600 | 1188,80 |
| **IV. Kreis Erkelenz.** | | |
| Beeck | 4000 | 32 |
| Körrenzig | 500 | 4 |
| Gevenich | 1000 | 8 |
| Glimbach | 500 | 4 |
| Rurich | 200 | 1,60 |
| Baal | 1900 | 15,20 |
| Doveren | 800 | 6,40 |
| Granterath | — | — |
| Hetzerath | 400 | 3,20 |
| Hückelhoven | 2000 | 16 |
| Elmpt | 800 | 6,40 |
| Erkelenz | 7700 | 61,60 |
| Gerderath | 200 | 1,60 |
| Holzweiler | 1500 | 12 |
| Immerath | 1600 | 12,80 |
| Borschemich | 1000 | 8 |
| Keyenberg | 3000 | 24 |
| Venrath | 3000 | 24 |
| Kleingladbach | 2300 | 18,40 |
| Matzerath | — | — |
| Kückhoven | 900 | 7,20 |
| Lövenich | 3800 | 30,40 |
| Niederkrüchten | 2800 | 22,40 |
| Schwanenberg | 900 | 7,20 |
| Wegberg | 3700 | 29,60 |
| Summe | 44500 | 356 |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| **V. Kreis Eupen.** | | |
| Eupen | 24100 | 192,80 |
| Eynatten | 1900 | 15,20 |
| Hauset | 400 | 3,20 |
| Hergenrath und Pr.-Moresnet | 1100 | 8,80 |
| Kettenis | 1900 | 15,20 |
| Lontzen | 4000 | 32 |
| Evangel. Kirchengemeinde Moresnet | — | — |
| Raeren | 1900 | 15,20 |
| Walhorn | 1300 | 10,40 |
| Summe | 36600 | 292,80 |
| **VI. Kreis Geilenkirchen.** | | |
| Baesweiler | 300 | 2,40 |
| Beggendorf | — | — |
| Oidtweiler | 100 | 0,80 |
| Uebach | 1300 | 10,40 |
| Brachelen | 1900 | 15,20 |
| Lindern | 100 | 0,80 |
| Frelenberg | 900 | 7,20 |
| Birgden | — | — |
| Gangelt | 3000 | 24 |
| Gangelt und Waldfeucht | 800 | 6,40 |
| Geilenkirchen | 10800 | 86,40 |
| Immendorf | 900 | 7,20 |
| Puffendorf | 1100 | 8,80 |
| Randerath | 400 | 3,20 |
| Scherpenseel | 100 | 0,80 |
| Schümmerquartier | — | — |
| Teveren | 200 | 1,60 |
| Beeck | — | — |
| Süggerath | — | — |
| Würm | 1900 | 15,20 |
| Summe | 23800 | 190,40 |
| **VII. Kreis Heinsberg.** | | |
| Aphoven | 700 | 5,60 |
| Schafhausen | 400 | 3,20 |
| Birgelen | 900 | 7,20 |
| Effeld | 200 | 1,60 |
| Ophoven | 800 | 6,40 |
| Braunsrath | 900 | 7,20 |
| Breberen | — | — |
| Dremmen | 1100 | 8,80 |
| Horst | 100 | 0,80 |
| Haaren | 1300 | 10,40 |
| Havert | 200 | 1,60 |
| Millen | 100 | 0,80 |
| Tüddern | — | — |
| Heinsberg | 3100 | 24,80 |
| Hilfarth | 2300 | 18,40 |
| Porselen | 1000 | 8 |
| Karken | 1400 | 11,20 |
| Kempen | 1000 | 8 |
| Kirchhoven | 2200 | 17,60 |
| Arsbeck | 400 | 3,20 |
| Myhl | 500 | 4 |
| Wildenrath | 100 | 0,80 |
| Oberbruch | 1900 | 15,20 |
| Ratheim | 1400 | 11,20 |
| Höngen | 1400 | 11,20 |
| Saeffeln | 300 | 2,40 |
| Unterbruch | 900 | 7,20 |
| Waldenrath | 1600 | 12,80 |
| Waldfeucht | 1100 | 8,80 |
| Orsbeck | 800 | 6,40 |
| Wassenberg | 900 | 7,20 |
| Hillensberg | 100 | 0,80 |
| Süsterseel | — | — |
| Wehr | 400 | 3,20 |
| Summe | 29500 | 236 |
| **VIII. Kreis Jülich.** | | |
| Aldenhoven | 2600 | 20,80 |
| Engelsdorf | 1000 | 8 |
| Langweiler | — | — |
| Niedermerz | 1000 | 8 |
| Pattern bei Aldenhoven | 100 | 0,80 |
| Barmen | 100 | 0,80 |
| Floßdorf | 1200 | 9,60 |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Merzenhausen | — | — |
| Bourheim | 400 | 3,20 |
| Coslar | 1500 | 12 |
| Dürwiß | 1600 | 12,80 |
| Laurensberg | 500 | 4 |
| Lohn | 600 | 4,80 |
| Ederen | — | — |
| Gereonsweiler | 300 | 2,40 |
| Dürboslar | — | — |
| Freialdenhoven | — | — |
| Hambach | 2700 | 21,60 |
| Selgersdorf-Krauthausen | 1300 | 10,40 |
| Stetternich | 2000 | 16 |
| Boslar | 1200 | 9,60 |
| Gevelsdorf | 200 | 1,60 |
| Hasselsweiler | 1400 | 11,20 |
| Hompesch | — | — |
| Hottorf | 100 | 0,80 |
| Müntz | 300 | 2,40 |
| Ralshoven | 1400 | 11,20 |
| Tetz | 100 | 0,80 |
| Inden | 1600 | 12,80 |
| Evangel. Kirchengemeinde Inden | 100 | 0,80 |
| Jülich | 9300 | 74,40 |
| Altdorf | 500 | 4 |
| Kirchberg | 1600 | 12,80 |
| Linnich | 700 | 5,60 |
| Broich | 1100 | 8,80 |
| Güsten | 600 | 4,80 |
| Mersch | 3200 | 25,60 |
| Pattern bei Mersch | 1500 | 12 |
| Welldorf | 2500 | 20 |
| Roedingen | 3400 | 27,20 |
| Steinstraß | 1000 | 8 |
| Koerdorf | 2300 | 18,40 |
| Bettendorf | 1500 | 12 |
| Schaufenberg | 800 | 6,40 |
| Schleiden | 1300 | 10,40 |
| Setterich | 3200 | 25,60 |
| [illegible]ersdorf | 1500 | 12 |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Titz | 3900 | 31,20 |
| Welz | — | — |
| Summe | 63200 | 505,60 |
| **IX. Kreis Malmedy.** | | |
| Amel-Eibertingen | 900 | 7,20 |
| Deidenberg | — | — |
| Heppenbach | — | — |
| Iveldingen-Montenau | 900 | 7,20 |
| Mirfeld | 1400 | 11,20 |
| Möderscheid | — | — |
| Schoppen | 900 | 7,20 |
| Bellevaux | 100 | 0,80 |
| Bürnenville | — | — |
| Géromont | 1200 | 9,60 |
| Xhoffraix | — | — |
| Büllingen | 200 | 1,60 |
| Honsfeld | 100 | 0,80 |
| Hünningen | 100 | 0,80 |
| Mürringen | 100 | 0,80 |
| Rocherath und Krinkelt | 1300 | 10,40 |
| Wirtzfeld | 100 | 0,80 |
| Berg | — | — |
| Bütgenbach | 1300 | 10,40 |
| Elsenborn | 1300 | 10,40 |
| Faymonville | 100 | 0,80 |
| Nidrum | 1000 | 8 |
| Sourbrodt | — | — |
| Weywertz | 900 | 7,20 |
| Crombach | 1300 | 10,40 |
| Lommersweiler und Schönberg | 900 | 7,20 |
| Malmedy | 9200 | 73,60 |
| Evangel. Kirchengemeinde Malmedy | 800 | 6,40 |
| Manderfeld | 2400 | 19,20 |
| Herresbach | — | — |
| Medell | — | — |
| Meyerode | 1000 | 8 |
| Valender | — | — |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Wallerode | 400 | 3,20 |
| Ligneuville und Bellevaux | 1300 | 10,40 |
| Recht | 3300 | 26,40 |
| Reuland | 3100 | 24,80 |
| Thommen | 2100 | 16,80 |
| Schönberg | 1700 | 13,60 |
| St. Vith | 2500 | 20 |
| Ovifat | — | — |
| Robertville | 400 | 3,20 |
| Weismes | — | — |
| Summe | 42300 | 338,40 |

## X. Kreis Montjoie.

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| Eicherscheid | 700 | 5,60 |
| Höfen | — | — |
| Rohren | — | — |
| Conzen | — | — |
| Imgenbroich | 100 | 0,80 |
| Mützenich | — | — |
| Kalterherberg | 2500 | 20 |
| Kesternich | 900 | 7,20 |
| Steckenborn | 1600 | 12,80 |
| Strauch | 100 | 0,80 |
| Montjoie | 5300 | 42,40 |
| Rötgen | 3300 | 26,40 |
| Rott | — | — |
| Ruhrberg | — | — |
| Schmidt | 700 | 5,60 |
| Vossenack | 700 | 5,60 |
| Lammersdorf | 300 | 2,40 |
| Simmerath | 400 | 3,20 |
| Zweifall | 2800 | 22,40 |
| Summe | 19400 | 155,20 |

## XI. Kreis Schleiden.

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| Blankenheim | 100 | 0,80 |
| Blankenheimerdorf | — | — |
| Mülheim | — | — |
| Reetz | — | — |
| Bleibuir | 700 | 5,60 |
| Hergarten | 200 | 1,60 |
| Blatten | 1600 | 12,80 |
| Call | 100 | 0,80 |
| Rinnen | — | — |
| Sistig | 400 | 3,20 |
| Sötenich | 1300 | 10,40 |
| Untergolbach | — | — |
| Baasem | 1200 | 9,60 |
| Cronenburg | 100 | 0,80 |
| Dahlem | 900 | 7,20 |
| Alendorf | — | — |
| Dollendorf und Freilingen | — | — |
| Hüngersdorf | — | — |
| Ripsdorf | 1000 | 8 |
| Waldorf | 700 | 5,60 |
| Dreiborn | 1400 | 11,20 |
| Berg | — | — |
| Eicks | 1000 | 8 |
| Floisdorf | — | — |
| Glehn | 1100 | 8,80 |
| Hostel | — | — |
| Gemünd | 3100 | 24,80 |
| Evangel. Kirchengemeinde Gemünd | — | — |
| Harperscheid | — | — |
| Broich-Untergolbach und Hellenthal | — | — |
| Hausen | — | — |
| Heimbach | 900 | 7,20 |
| Hellenthal | 3500 | 28 |
| Hollerath | 1800 | 14,40 |
| Bonderath | 1000 | 8 |
| Frohngau und Buir | — | — |
| Engelgau | — | — |
| Holzmülheim | 100 | 0,80 |
| Rohr-Lindweiler | — | — |
| Tondorf | — | — |
| Keldenich | 900 | 7,20 |
| Ahrdorf | — | — |
| Freilingen | — | — |

| Schulverband bezw. schulunterhaltungspflichtige Gemeinde. | Gesamtbetrag des 1200 Mark übersteigenden ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens des Lehrers (der Lehrer) am 1. Oktober 1905 auf Hunderte Mark nach unten abgerundet. ℳ | Beitrag des Schulverbandes. ℳ |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| Lommersdorf . | — | — |
| Uedelhoven . . | — | — |
| Marmagen . . | 900 | 7,20 |
| Nettersheim . . | 900 | 7,20 |
| Schmidtheim . . | — | — |
| Urft . . . . | 1000 | 8 |
| Hohn . . . . | 800 | 6,40 |
| Nöthen | — | — |
| Pesch . . . . | — | — |
| Schleiden . . . | 2400 | 19,20 |
| Berk . . . . | 1000 | 8 |
| Udenbreth . . | 1000 | 8 |
| Breitenbenden . | — | — |
| Harzheim . . . | — | — |
| Holzheim . . . | 700 | 5,60 |
| Lorbach . . . | — | — |
| Mechernich . . | 800 | 6,40 |
| Roggendorf . . | 1300 | 10,40 |
| Strempt . . . | — | — |
| Bussem-Bergheim . . . | — | — |
| Wahlen . . . | — | — |
| Wallenthal . . | 2100 | 16,80 |
| Callmuth . . . | 800 | 6,40 |
| Weyer . . . . | 300 | 2,40 |
| Zingsheim . . | 700 | 5,60 |
| Summe . . | 37800 | 302,40 |

Hierzu **kein** Öffentlicher Anzeiger.

---

Druck von J. Stercken, Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 38. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 23. August 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 448 Ankauf von kaltblütigen Militär-Zugpferden.**

1. Zum Ankauf von rund 60 volljährigen Zugpferden kaltblütigen Schlages sollen in diesem Jahre in der Rheinprovinz die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:

28. September 8 Uhr V. Saarburg, Reg.-Bez. Trier,
29. " 8 " " Bitburg, " "
1. Oktober 8 " " Bergheim a. d. Erft, "
2. " 8 " " Geilenkirchen,
3. " 8 " " Fischeln bei Krefeld.

Die Pferde sollen im Alter von 4 bis 6 Jahren stehen, im allgemeinen 1,62 bis 1,68 m Stockmaß haben und dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden. Sie müssen geeignet sein, schwere Lasten zu ziehen, trotzdem aber auf gebahnten Wegen im Zuge längere Strecken traben können.

2. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung bar bezahlt.

3. Pferde mit Mängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot u. s. w. als Klopphengste erweisen, und tragende Stuten. Die gesetzmäßige Gewährsfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot u. s. w. verlängert, für Koppen (Krippensetzen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkte ab verkürzt.

4. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

5. Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit glattem, starkem Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

6. Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- und Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrübe nicht zu verkürzen.

7. Vorstehende Ankaufsbedingungen gelten auch für nicht öffentliche Märkte.

Berlin, den 12. Juli 1906.

Kriegsministerium.
Remonte-Inspektion.
v. Damnitz.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 449 Zweiter Nachtrag** zur Genehmigungs-Urkunde für die Kleinbahn von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit Abzweigung von Eynatten über Raeren nach Walheim vom 17. Januar 1906.

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Cöln wird hiermit folgendes bestimmt:

1. Der Aktiengesellschaft Aachener Kleinbahngesellschaft — in das Handelsregister eingetragen am $\frac{\text{2. Oktober 1880}}{\text{13. April 1894}}$ — wird hierdurch die Genehmigung erteilt, im Anschlusse an die durch Urkunde vom 17. Januar 1906 nebst Nachtrag vom 5. April 1906 genehmigte Kleinbahn von Aachen (Linzenshäuschen) nach Eupen mit Abzweigung von Eynatten nach Walheim eine Kleinbahn in der Spurweite von 1 m für die Beförderung von Personen und Gütern von Walheim über Cornelimünster nach Brand und von da über Büsbach nach Stolberg zu bauen und mit elektrischer Kraft zu betreiben.

2. Die vorstehend unter 1 genehmigte Bahn darf in Brand an die dem Landkreise Aachen durch

Urkunde vom 18. Februar 1897 genehmigte, von der Aachener Kleinbahngesellschaft betriebene Straßenbahn von Forst nach Brand und in Stolberg an die der Aachener Kleinbahn gehörende, durch Urkunde vom 27. Februar 1897 genehmigte nebenbahnähnliche Kleinbahnlinie Stolberg—Vicht angeschlossen werden. Ferner darf die unter 1 neu genehmigte Linie in Walheim an die Staatseisenbahn herangeführt werden. Eine Verbindung der neuen Bahn mit anderen Kleinbahnen ist nicht gestattet.

3. Die vorstehend unter 1 neugenehmigte Bahn ist in ihrer ganzen Ausdehnung als nebenbahnähnliche Kleinbahn im Sinne der Einleitung der Ausführungs-Anweisung vom 13. August 1898 zum Kleinbahngesetze vom 28. Juli 1892 anzusehen.

4. Die auf der neuen Bahn stattfindenden Kreuzungen mit der Staatseisenbahn sowie die Heranführung an den Bahnhof Walheim sind nach den von der Staatseisenbahn-Verwaltung zu stellenden Bedingungen auszuführen.

5. Die Teilstrecke Walheim—Cornelimünster bleibt auf die Bedienung des Personen- und Stückgutverkehrs beschränkt. Die Beförderung der Stückgüter ist nur mit den Personenzügen gestattet.

Auf den übrigen Teilstrecken ist die Beförderung von Gütern in Wagenladungen zugelassen, muß aber im Allgemeinen mit den Personenzügen erfolgen. Besondere Güterzüge sind nur zugelassen:

a) auf den aus den Kleinbahnstrecken zu den einzelnen Ladestellen abzweigenden Anschlußgleisen selbst;
b) zum Zwecke der Überführung vollspuriger Eisenbahnwagen auf Rollböcken zwischen einer Staatsbahnstation und einem Anschlußgleise auch auf demjenigen Teile der Kleinbahnstrecke selbst, der zwischen dem Anschlußgleise und der nächsten Staatsbahnstation liegt.

6. Auf der neuen Bahn darf kein Schnellbetrieb zwischen nicht benachbarten Stationen, d. i. die Beförderung solcher Züge stattfinden, welche auf keiner oder nur dem geringeren Teile der Zwischenstationen zum Zwecke der Aufnahme und des Absetzens von Fahrgästen anhalten.

7. Im Übrigen finden auf den Bau und Betrieb der unter 1 genannten neuen Bahn die Vorschriften der Genehmigungsurkunde vom 17. Januar 1906 nebst Nachtrag vom 5. April 1906 Anwendung.

Aachen, den 15. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 450** Der Sigismund Hartoch aus Luxemburg hat den für ihn am 13. Januar 1906 unter Nr. 7 zu 48 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit Tuch und Manufakturwaren berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hierdurch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und hierher einzureichen.

Aachen, den 16. August 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
Reinecke.

**Nr. 451** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen**
am 15. August 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 2 | 2 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 4 | 8 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 1 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 1 |
| desgl. | Jülich | 4 | 4 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| Geflügelcholera | Eupen | 1 | 1 |

Aachen, den 20. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 452** **Bekanntmachung.**

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 28. Juni d. Js. — § 543 der Protokolle — den nachstehenden Abkommen mit den Niederlanden über den Verkehr mit Branntwein an der deutsch-niederländischen Grenze vom 18. Mai d. Js. zugestimmt.

Abkommen.

Um den Verkehr mit Branntwein und Spirituosen an der Grenze zwischen Deutschland und den Niederlanden zu regeln, haben die Unterzeichneten, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierungen, die nachstehende Vereinbarung getroffen:

Artikel 1.

Steuerfreiheit bei der Ausfuhr von Branntwein und Spirituosen über die zuständigen Zollämter an der deutsch-niederländischen Grenze wird nur

unter der Bedingung gewährt, daß der Ausführende dem Ausgangsamt eine Bescheinigung vorlegt, aus der erhellt, daß die Ware bei der Zollbehörde des Einfuhrlandes ordnungsgemäß zur zollamtlichen Abfertigung angemeldet worden ist.

Artikel 2.

Die Bestimmung des Artikel 1 findet keine Anwendung auf alkoholhaltige flüssige Parfümerien, Kopf-, Zahn- und Mundwasser, die mit der Post in das Ausland versandt werden.

Artikel 3.

Der Regierung jedes der beiden Länder steht es frei, jederzeit von der gegenwärtigen Vereinbarung zurückzutreten.

Geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung am 18. Mai 1906.

von Tschirschky.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 453** In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 9. April d. Js. Ziffer 3 — Amtsblatt S. 139 — bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß in den Hauptzollamtsbezirken Malmedy und Kaldenkirchen die Einfuhr der durch den F.-M.-Erl. vom 27. März 1906 III 3196 I festgesetzten, zollfrei einzulassenden Mengen an Fleisch und Schweinespeck sowie an Müllereierzeugnissen und gewöhnlichem Backwerk für die Bewohner der Grenzstrecke Espeler bis Weisten, sowie der Orte Mont, Xhoffraix, Longfaye und Ovifat am Montag, Mittwoch und Samstag, für die Bewohner des Ortes Rothwasser am Dienstag, Mittwoch und Samstag und für die Bewohner des Ortes Rothenbach am Mittwoch und Samstag jeder Woche innerhalb der gesetzlichen Tageszeit gestattet ist. Gleichzeitig ist den Bewohnern der Orte Mont, Xoffraix, Longfaye und Ovifat die Einbringung der Freimengen auf der Straße Hockai-Mont, d. i. auf einem Nebenwege, gestattet worden.

Cöln, den 16. August 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
J. V. Senden.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 454 Bekanntmachung**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Buchstabe F zu 3000 M.
Nr. 100.

2. Buchstabe H zu 300 M.
Nr. 445, 575, 623.

3. Buchstabe J zu 75 M.
Nr. 56, 68, 84, 128, 302, 306.

4. Buchstabe K zu 30 M.
Nr. 156, 347.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1907 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1907 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Buchstabenbezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 15. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 455 Personal-Nachrichten.**

Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten hat der Bürgermeister in Würselen den Gemeindesekretär Josef Kerres in Würselen zum besonderen Stellvertreter des Standesbeamten des Standesamtsbezirks der Landgemeinde Würselen ernannt.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Luise Rimkus bei der evangelischen Volksschule zu Eschweiler, Kreis Aachen Land, vom 1. Oktober ds. Js. ab.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 34.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 39. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 30. August 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 456** Das 42. Stück enthält unter Nr. 3272: Bekanntmachung, betreffend die Ergänzung der Nummern XXXVa und XXXVc in Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 9. August 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 457** Das 37. Stück enthält unter Nr. 10748: Gesetz, betreffend die Bereitstellung von Geldmitteln für die nach dem Gesetze vom 12. August 1905 (Gesetz-Samml. S. 335) durchzuführenden Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder. Vom 10. Juli 1906. Unter Nr. 10749: Gesetz, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Vom 16. Juli 1906. Unter Nr. 10750: Gesetz zur Deklarierung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Sammlung S. 152). Vom 24. Juli 1906. Unter Nr. 10751: Gesetz zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152). Vom 24. Juli 1906. Unter Nr. 10752: Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste. Vom 10. August 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 458** **Bekanntmachung.**

Telegraphen-Verkehr mit Bosnien-Herzegowina.

Vom 1. September ab wird die Wortgebühr für Telegramme nach Bosnien-Herzegowina von 20 Pfennig auf 15 Pfennig ermäßigt. Die Mindestgebühr für ein gewöhnliches Telegramm beträgt 50 Pfennig.

Berlin W. 66, den 23. August 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Im Auftrage. Münch.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 459** **Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Arnsberg weiter die Nummern 2601 bis 3100 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsbl. S. 152.)

Aachen, den 24. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 460** Bei der Kontrolle über die Durchführung der Bundesratsbestimmungen vom 23. Januar 1902 wegen Regelung der Arbeitszeit in Gast- und in Schankwirtschaften (R.-G.-Bl. S. 33) ist die Beobachtung gemacht worden, daß anscheinend immer noch in weiteren Kreisen die irrige Auffassung verbreitet ist, als ob der Betriebsunternehmer den ihm durch die erwähnten Bestimmungen auferlegten Verpflichtungen genüge, wenn er zwar dem Angestellten die vorgeschriebenen Ruhezeiten anbietet, für ihre Innehaltung aber nicht sorgt, sondern das Weiterarbeiten des Angestellten während der Ruhezeit duldet. Ich weise deshalb darauf hin, daß eine Ruhezeit nur dann vom Unternehmer „gewährt" worden ist, wenn er zugleich Vorsorge dafür getroffen hat, daß die Arbeit des Angestellten in seinem Betriebe während dieser Zeit unterbleibt.

Aachen, den 27. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 461** Gemäß § 11 Abs. 3 der Wahlordnung für die Handwerkskammer zu Aachen vom 14. August 1899 (Sonderbeilage zu Stück 45 des Regierungsamtsblatts vom 19. Oktober 1899) mache ich hierdurch bekannt, daß bei den auf Grund

des § 13 dieser Wahlordnung stattgehabten Nach- und Ersatzwahlen in die Handwerkskammer gewählt worden sind:

a) als Mitglieder

1. Schneidermeister Jakob Ramacher zu Heinsberg für die Wahlperiode vom 1. April 1906 bis 31. März 1909;
2. Schreinermeister Peter Jansen zu Erkelenz für die Wahlperiode vom 1. April 1906 bis 31. März 1912;

b) als Ersatzmänner

1. Schreinermeister Ludwig Türffs zu Stolberg;
2. Schlossermeister Johann Söhngen zu Stolberg;
3. Schreinermeister Franz Peulen zu Heinsberg;
4. Schneidermeister Paul Baumanns zu Randerath

für die Wahlperiode vom 1. April 1906 bis 31. März 1909;

5. Drechslermeister Karl Pielsticker zu Erkelenz für die Wahlperiode vom 1. April 1906 bis 31. März 1912.

Aachen, den 28. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Bussenitz.

**Beschluß.**

**Nr. 462** Die Eigentümer derjenigen Grundstücke in den Gemeinden Rödingen, Güsten und Welldorf, welche seitens der Königlichen Staatseisenbahnverwaltung zum Bau der Nebeneisenbahn von Elsdorf über Oberembt nach Welldorf in Anspruch genommen werden, haben alle Handlungen, welche zur Ausführung der Vorarbeiten erforderlich werden, auf ihrem Grund und Boden geschehen zu lassen. Die seitens des Vermessungspersonals zur Absteckung der Bahnlinie auf den Grundstücken anzubringenden Pfähle, Signale u. s. w. sind zu dulden und dürfen von Unbefugten nicht entfernt werden.

Aachen, den 24. August 1906.

Der Bezirksausschuß zu Aachen.
Schroeter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 463** Bei der Posthilfsstelle in Bellevaux ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 24. August 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Nr. 464 Bekanntmachung.**

**Ausreichung der Zinsscheine Reihe VIII zu den 4% Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.**

Vom 1. Oktober d. Js. ab findet die Ausreichung der Zinsschein-Reihe VIII Nr. 1 bis 16 nebst Talons zu den 4% Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz nach folgenden Bestimmungen statt:

1. Vom 1. Oktober d. Js ab sind die betreffenden Talons mittels einer Nachweisung einzuliefern, zu welcher Formulare von der hiesigen Rentenbankkasse und sämtlichen Kreiskassen der beiden Provinzen unentgeltlich verabreicht werden.
2. Die Einlieferung ist zu bewirken:
   a) **in Münster selbst im Lokale der Rentenbankkasse** an den Wochentagen vormittags von 9 bis 12 Uhr;
   b) **von auswärts** mit der Post portofrei unter der Adresse der unterzeichneten Rentenbankdirektion.

   In beiden Fällen muß die Nachweisung vorschriftsmäßig ausgefüllt und von den Einliefernden unterschrieben sein.

   Werden die Talons im Lokale der Rentenbankkasse abgegeben, so erhält der Einliefernde entweder die neuen Zinsscheine sofort oder eine Gegenbescheinigung, worin ein bestimmter Tag angegeben wird, an welchem die Empfangnahme der Zinsscheine gegen Rückgabe der Gegenbescheinigung zu bewirken ist.

   Werden die Talons mit der Post eingereicht, so erfolgt innerhalb 14 Tagen nach der Absendung entweder die Zusendung der neuen Zinsscheine, und zwar ebenfalls mit der Post auf Gefahr und Kosten der Empfänger, oder eine Benachrichtigung an den Einsender über die obwaltenden Hindernisse.

   Sollte weder das Eine noch das Andere geschehen, so ist der unterzeichneten Rentenbankdirektion davon gleich nach Ablauf der 14 Tage mittels eingeschriebenen Briefes Anzeige zu erstatten.
3. Sind Talons abhanden gekommen, so müssen uns die betreffenden Rentenbriefe eingereicht werden. In solchen Fällen empfiehlt es sich, diese Einreichung sofort zu bewirken, damit nicht etwa vorher die Ausreichung der neuen Zinsscheine an einen Andern auf grund der Talons erfolgt.
4. Zu den bis einschließlich 1. Oktober 1906 ausgelosten Rentenbriefen sind neue Zinsscheine nicht zu verabreichen, vielmehr die bezüglichen Talons bei Einlösung der Rentenbriefe an die Rentenbankkasse mit abzuliefern.

Münster, den 18. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz
und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 465** Die Gemeinde Büsbach beabsichtigt, en Rest der Kramersgasse — von der Stolbergerstraße bis zum Punkte, wo der von Burgstüttgen ommende Weg in den von dem Aachener Hüttenlttien-Verein angelegten Fahrweg einmündet —, er die Grundstücke des genannten Vereins durchhneidet bezw. an denselben vorbeiführt, einzuziehen.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des § 57 es Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 it der Aufforderung veröffentlicht, etwaige Einrüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des usschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend t machen.

Der Lageplan, aus dem der einzuziehende Wegeil ersichtlich ist, liegt im Gemeinde-Bureau hierlbst zur Einsicht offen.

Büsbach, den 23. August 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Rothkehl.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 466** Der Kaufmann Franz Simons in rühl hat die Verlegung des am Hause des einhändlers Matthias Knie hierselbst von der reibornerstraße abgehenden, über die Parzelle ur 4 Nr. 1478/642 führenden Weges beantragt. Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind binnen er mit dem 9. September 1906 beginnenden ist von vier Wochen bei der unterzeichneten egepolizeibehörde anzubringen.

Die Zeichnung über die beabsichtigte Wegeverlegung kann während der gewöhnlichen Dienststunden auf dem Bürgermeisteramt eingesehen werden.

Gemünd, den 24. August 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Bornes.

**Nr. 467 Personal-Nachrichten.**

Der zum italienischen Generalkonsul in Cöln ernannte Chevalier Giulio Amadeo Jona, dessen Amtsbezirk u. a. die Rheinprovinz mit Ausnahme der Regierungsbezirke Düsseldorf, Coblenz und Trier umfaßt, ist in dieser Amtseigenschaft vorläufig zur Ausübung konsularischer Funktionen zuzulassen.

Dem Tierarzte Josef Prayon zu Gerresheim ist vom 1. Oktober d. Js. ab die kommissarische Verwaltung der Kreistierarztstelle des Kreises Schleiden mit dem Amtssitze in Call übertragen worden.

Der Forstmeister Hüger zu Düren ist vom 1. Oktober 1906 ab auf die Oberförsterstelle Welschneudorf im Regierungsbezirk Wiesbaden versetzt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrerinnen:

1. Anna Wernze bei der katholischen Volksschule zu Loverich, Kreis Geilenkirchen;
2. Maria Reuter bei der katholischen Volksschule zu Süggerath, Kreis Geilenkirchen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 35.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 40. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 6. September 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 468 Abänderung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe.**

Auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1870, betreffend die Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte (G.-S. S. 187), wird die Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 10. März 1905, wie folgt, abgeändert:

I. § 12 erhält folgenden Zusatz als Absatz 2:

„Die Bestimmungen in Absatz 1 finden entsprechende Anwendung auf Lustfahrzeuge der Seeschiffahrt, welchen die Flagge des Kaiserlichen Yacht-Klubs zu Kiel oder einer anderen seitens des Uferstaates der befahrenen Strecke als zuständig anerkannten Gesellschaft verliehen worden ist."

II. § 15 Absatz 2 wird dahin abgeändert, daß die Worte:

„für diejenigen" bis einschließlich „nach Anlage E" gestrichen werden und der Absatz 2 daher, wie folgt, lautet: „für Rheinseeschiffe (§ 12) ist das Schiffsattest nach Anlage D auszustellen."

III. In § 23 Absatz 4 werden die Worte „für die Ergänzung der in Niederland für nicht niederländische Schiffe ausgestellten Schiffsatteste gemäß § 3 Ziffer 2 der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung" gestrichen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Oktober 1906 in Kraft.

Berlin, den 24. August 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
In Vertretung: Dr. Richter.

**Polizeiverordnung,**
betreffend
**die Durchführung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 10. März 1905.**

Auf Grund des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) erlasse ich zur Durchführung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 10. März 1905 folgende Polizeiverordnung:

§ 1. Alle den Vorschriften des Artikels 22 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte unterworfenen, bereits auf Grund der seitherigen Vorschriften untersuchten Rheinschiffe, welche den Rhein oberhalb Duisburg befahren, müssen einer Schiffsuntersuchungs-Kommission behufs Vornahme einer Besichtigung und Prüfung nach Maßgabe der neuen „Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe" vorgeführt werden.

§ 2. Diejenige Untersuchungs-Kommission, bei welcher die bisher giltige Untersuchung eines Schiffes erfolgt war, wird an die ihr nach Namen und Wohnort zuverlässig bekannten dermaligen Schiffseigner oder Schiffsführer der von ihr untersuchten Schiffe eine Aufforderung erlassen, binnen einer auf sechs Monate zu bemessenden Frist das betreffende Schiff entweder bei ihr selbst zur Besichtigung vorzuführen oder den Nachweis zu erbringen, daß die Besichtigung durch eine andere Untersuchungs-Kommission erfolgt ist. Die Schiffseigner oder Schiffsführer sind verpflichtet, dieser Aufforderung innerhalb der gegebenen Frist nachzukommen.

Soweit eine solche Aufforderung nicht stattgefunden hat, haben die Schiffseigner oder Schiffsführer das betreffende Schiff spätestens innerhalb zweier Jahre vom Inkrafttreten dieser Verordnung an einer der bestehenden Untersuchungs-Kommissionen, deren Wahl ihnen anheimzugeben ist, zur Besichtigung vorzuführen.

In dem einen wie in dem anderen Falle hat der Schiffseigner oder Schiffsführer den Tag der beabsichtigten Vorführung mindestens eine Woche vorher, der von ihm gewählten Untersuchungs-Kommission anzumelden.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe

des Artikels 32 der revidierten Rheinschiffahrts-Akte bestraft.

§ 4. Die Besichtigung hat sich im wesentlichen nur auf die Prüfung der Festsetzung der höchstzulässigen Einsenkungstiefe, der Ausrüstungsgegenstände und Bemannung zu erstrecken.

Die Besichtigung kann zunächst durch den Vorstand oder ein von ihm hiermit beauftragtes Mitglied allein vorgenommen werden. Nur wenn sich hierbei ein erheblicher Anstand ergibt, insbesondere auch in betreff einer den zur Zeit geltenden Vorschriften der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung nicht entsprechenden Festsetzung der höchst zulässigen Einsenkungstiefe, findet eine Prüfung durch die gesamte Kommission statt.

§. 5. Auf Grund der vorgenommenen Besichtigung wird ein neues Schiffsattest ausgestellt, das bisherige Attest aber einbehalten. In dem neuen Attest, ebenso in der dazu gehörigen Verhandlung (Anlage B der Untersuchungsordnung) ist, soweit nicht neue Feststellungen stattgefunden haben, auf die Angaben des früheren Attestes ausdrücklich Bezug zu nehmen. Das Schiffsattest erhält eine neue Nummer und ist mit dieser in ein neu anzulegendes Schiffsverzeichnis einzutragen.

§ 6. Als Gebühr sind neben dem Ersatz der wirklichen Auslagen für die veränderte Bezeichnung der höchst zulässigen Einsenkung und für das Schiffsattest, je nach dem Umfang des Prüfungsgeschäftes $^1/_3$ oder $^2/_3$ der in § 23 Absatz 3 der Untersuchungsordnung festgesetzten Gebühr zu entrichten.

§ 7. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Oktober 1906 in Kraft.

Berlin, den 24. August 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
In Vertretung: Dr. Richter.

## Nr. 469 Anweisungen

**betreffend die Ausführung der § 10 und 11 der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 10. März 1905.**

Auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1870, betreffend die Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte (Gesetz Sammlung Seite 187), erlasse ich in Ergänzung der §§ 10 und 11 der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vom 10. März 1905 folgende Anweisungen.

I.

**Anweisung für die Schiffsuntersuchungs-Kommissionen hinsichtlich der Festsetzung der Bemannung der den Rhein oberhalb Duisburg befahrenden Rheinschiffe von 15 Tonnen (300 Zentner) oder mehr Tragfähigkeit.**

Bei der im Schiffsattest zu bewirkenden Festsetzung der Mindestbemannung des Schiffes ist zu beachten, was folgt:

a) **für Schiffe ohne eigene Triebkraft.**

1. Die Schiffsbemannung besteht außer dem mit Schifferpatent versehenen Schiffsführer (Schiffer) aus Matrosen und Schiffsjungen.

Bei der Festsetzung der Bemannung wird unter „Matrose" ein Schiffsgehilfe verstanden, welcher über 17 Jahre alt ist und während mindestens 2 Jahren als Schiffsjunge das Schiffergewerbe auf dem Rhein, dessen Seitenflüssen oder auf nicht zum konventionellen Rhein gehörigen niederländischen Flüssen erlernt hat. Schiffsjungen dürfen in die vorgeschriebene Schiffsbemannung nicht eingerechnet werden, wenn sie nicht schon mindestens 1 Jahr auf Schiffen gedient haben; vorher nur dann, wenn auf dem gleichen Schiffe noch 2 Matrosen dienen.

Andere Bezeichnungen, wie Bootsmann, Schiffsknecht, Vollmatrose, Leichtmatrose, dürfen in dem Schiffs-Attest nicht gebraucht werden.

2. Als Regel sind für Schiffe ohne eigene Triebkraft die nachstehend verzeichneten Mannschaften — außer dem Schiffsführer — als erforderlich zu erachten:

a) für Schiffe von 15 t bis zu 500 t Tragfähigkeit: 1 Matrose,
für Schiffe unter 50 t Tragfähigkeit für die Rheinstrecke oberhalb Worms 1 Matrose und 1 Schiffsjunge.

b) für Schiffe
über 500 t Tragfähigkeit bis 750 t Tragfähigkeit: 1 Matrose und 1 Schiffsjunge,
über 750 t Tragfähigkeit bis 1000 t Tragfähigkeit: 2 Matrosen,
über 1000 t Tragfähigkeit bis 1500 t Tragfähigkeit: 2 Matrosen und 1 Schiffsjunge,
über 1500 t Tragfähigkeit 3 Matrosen.

Von dieser Regel darf nur unter besonderen nachfolgend näher bezeichneten Verhältnissen abgewichen werden.

3. Eine **Verstärkung der Bemannung** durch Vermehrung der Mannschaft oder dadurch, daß ein Matrose an die Stelle des Schiffsjungen zu treten hat, darf in Betracht kommen:

a) bei Schiffen von schwerfälliger oder unzweckmäßiger Form oder Einrichtung,

b) bei Schiffen, auf welchen Großsegel gebraucht werden.

4. Eine Verminderung der Bemannung oder der Ersatz eines Matrosen durch einen Schiffsjungen darf mit Ausnahme der unter Ziffer 2a erwähnten Schiffe unter 50 t Tragfähigkeit in Betracht kommen:

a) bei größeren Schiffen, welche mit außerordentlichen mechanischen Hilfsmitteln zur Hand-

habung der schweren Anker und Schleppstränge, zum Anholen und Absetzen der Schiffe u. s. w. ausgerüstet sind,

b) bei Schiffen, welche nach Angabe des Attestes nur für bestimmte kurze Strecken zugelassen sind, als welche im allgemeinen Strecken von weniger als 50 km angesehen werden.

**b) für Dampfschiffe.**

5. Die Schiffsbemannung besteht außer dem mit Schifferpatent versehenen Schiffsführer aus Matrosen, Schiffsjungen, Maschinisten und Heizern.

Bei der Festsetzung der Bemannung gilt für Matrosen und Schiffsjungen das in Ziffer 1 Bemerkte.

6. Als Regel sind — außer dem Schiffsführer — die nachstehend verzeichneten Mannschaften als erforderlich zu erachten:

1. **Für Schrauben- und Raddampfer von:**

| Bis 60 qm Heizfläche | | 60—120 qm Heizfläche | | 120—200 qm Heizfläche | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 Matrose | 1 Maschinist | 1 Matrose | 1 Maschinist<br>1 Heizer | 3 Matrosen | 1 Maschinist<br>2 Heizer |
| 1 Mann | 1 Mann | 1 Mann | 2 Mann | 3 Mann | 3 Mann |
| zusammen 2 Mann | | zusammen 3 Mann | | zusammen 6 Mann | |

2. **Für Schraubendampfer von:**

| 200—320 qm Heizfläche | | über 320 qm Heizfläche | |
|---|---|---|---|
| 3 Matrosen<br>1 Junge | 2 Maschinisten<br>2 Heizer | 4 Matrosen<br>1 Junge | 2 Maschinisten<br>4 Heizer |
| 4 Mann | 4 Mann | 5 Mann | 6 Mann |
| zusammen 8 Mann | | zusammen 11 Mann | |

3. **Für Raddampfer von:**

| 200—260 qm Heizfläche | | 260—320 qm Heizfläche | | über 320 qm Heizfläche | |
|---|---|---|---|---|---|
| 4 Matrosen<br>1 Junge | 2 Maschinisten<br>2 Heizer | 5 Matrosen<br>1 Junge | 2 Maschinisten<br>4 Heizer | 6 Matrosen<br>1 Junge | 2 Maschinisten<br>6 Heizer |
| 5 Mann | 4 Mann | 6 Mann | 6 Mann | 7 Mann | 8 Mann |
| zusammen 9 Mann | | zusammen 12 Mann | | zusammen 15 Mann | |

Vorstehende Bestimmungen finden auch auf Güterdampfer Anwendung.

7. Eine Verstärkung des Maschinenpersonals darf in Betracht kommen, bei Dampfern, welche durch Vermehrung der Dampfapparate mehr Aufsicht und Bedienung erfordern.

Eine Verminderung der Bemannung an Maschinisten und Heizern darf in Betracht kommen, bei Dampfern, welche nach Maßgabe des Attestes nur für kurze Lokalfahrten bestimmt sind und auf welchen dem Maschinisten Zeit bleibt, den Kessel ordnungsmäßig mit zu versehen, ferner — jedoch unbeschadet des geordneten Schichtwechsels — bei Dampfern, deren besondere Bauart oder Einrichtung, insbesondere hinsichtlich der Kessel, der Maschine oder der Heizvorkehrungen eine erleichterte Bedienung ermöglicht.

Eine Verminderung der Bemannung an Matrosen und Schiffsjungen oder der Ersatz eines Matrosen durch einen Schiffsjungen darf in Betracht kommen, bei Dampfern, welche mit außerordentlichen mechanischen Hilfsmitteln zur Handhabung der Anker und Schleppstränge u. s. w. ausgerüstet sind.

8. Wird im Schiffs-Attest eine stärkere oder geringere Bemannung vorgeschrieben, als sie der Regel Ziffer 2 und 6 entsprechen würde, so sind die Gründe der Abweichung in der Untersuchungs-

Verhandlung anzugeben. Etwaige Beschwerden entscheidet die Aufsichtsbehörde.

II.

**Anweisung, betreffend die Feststellung der größten zulässigen Anzahl von Fahrgästen auf Personendampfschiffen des Rheins.**

§ 1. Gemäß § 11 der am 1. April 1905 in Kraft getretenen Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe liegt der Schiffsuntersuchungs-Kommission die Feststellung der größten zulässigen Anzahl von Fahrgästen auf Personen-Dampfschiffen ob.

Der nach § 4 genannter Ordnung stattfindenden Anmeldung bei der Untersuchungs-Kommission hat der Eigentümer oder Führer eines Personendampfschiffes die zur Beurteilung der Größe und der Bauart des Schiffes geeigneten Pläne (Deckpläne, Längenschnitt, Hauptspantquerschnitt) sowie die in § 2 verlangten Skizzen beizufügen.

§ 2. Zur Ermittelung der größten zulässigen Anzahl von Fahrgästen ist zunächst der Flächeninhalt der zum Aufenthalt für Fahrgäste bestimmten freien Flächen, sowie der Grundflächen der geschlossenen Räume auf dem Hauptdeck und Oberdeck in Quadratmetern durch Messung im einzelnen festzustellen. Die unter dem Hauptdeck liegenden Räume bleiben außer Betracht.

Die Länge des Decks ist von der Hinterkante der Ankerwinde am Bug bis zu dem Punkte am Heck zu messen, an welchem sich Fahrgäste noch aufhalten können, ohne von der Steuervorrichtung belästigt zu werden.

Für die Bestimmung der Breiten ist die Innenkante der Reeling maßgebend.

Von dem also ermittelten Flächeninhalte sind in Abzug zu bringen:

Sämtliche Aufbauten, soweit deren Oberflächen nicht als Sitzplätze benutzt werden können, Verbindungsgänge, Treppen, Luken, Decklichter, Niedergangskappen, Maschinenschornstein und Kesselummantelung, Steuerstuhl, Ankerwinden, Kompaßhäuschen, Kranen, Maste und Windwerke, innenbords geführte Boote, sofern diese nicht so hoch angebracht oder aufgehängt sind, daß Fahrgäste sich darunter aufhalten können, Räume für Gepäck, Viehgehege und dergleichen.

Für den Eintrag der Ausmaße sind vom Schiffseigner Skizzen der zu vermessenden Deckflächen in geeignetem Maßstab beizubringen.

§ 3. Auf das Quadratmeter des ermittelten Flächeninhalts dürfen höchstens 3 Fahrgäste gerechnet werden, sodaß auf den Fahrgast 0,33 qm Fläche entfällt. Je nach der Größe, der Bauart und der Bestimmung des Schiffes, sowie nach den bei der Besichtigung sich ergebenden besonderen Umständen ist eine Beschränkung der so festgestellten Anzahl von Fahrgästen dahin vorzunehmen, daß für den Fahrgast eine größere Fläche gerechnet wird. Die hierfür maßgebenden Gründe sind schriftlich niederzulegen.

Den Sachverständigen ist es anheimgegeben, eine praktische Erprobung der Stabilität des Schiffes vorzunehmen.

In keinem Falle darf die zulässige Tragfähigkeit des Schiffes bei Aufnahme der ermittelten Personenzahl unter Berechnung eines Gewichtes von 75 kg für jede Person überschritten werden.

§ 4. Ist der Schiffseigner mit der festgestellten größten zulässigen Anzahl von Fahrgästen nicht einverstanden, so ist ihm anheimzugeben, durch eine revisionsfähige Stabilitätsberechnung mit Krängungsversuch oder durch praktische Erprobung die Berechtigung seines Einwurfs zu erweisen.

Werden bei der Erprobung an Stelle von Personen Lasten verwendet, so ist das der Personenzahl entsprechende Gewicht der Lasten um 10% zu erhöhen.

Bei der Stabilitätsberechnung, sowie bei der Erprobung muß nachgewiesen sein, daß in die tiefstliegenden Fenster und in solche Schiffsöffnungen, welche unmittelbar in den Schiffsraum führen und nicht wasserdicht verschließbar sind, Wasser nicht eintritt. Auch dürfen sonstige Bedenken nicht vorhanden sein.

§ 5. Soll für ein zur Zeit des Erlasses gegenwärtiger Anweisung bereits in Betrieb befindliches Personendampfschiff die größte zulässige Anzahl von Fahrgästen nachträglich festgestellt werden, so sind mit dem bezüglichen Gesuch möglichst die in § 1 Absatz 2 bezeichneten Schiffspläne einzureichen. In jedem Falle sind die in § 2 geforderten Skizzen der zur Vermessung gelangenden Deckflächen beizufügen.

III.

Die vorstehenden Anweisungen treten am 1. Oktober 1906 in Kraft.

Berlin, den 24. August 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

J. V.: Richter.

**Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.**

**Nr. 470 Polizei-Verordnung,**

**betreffend die Abänderung der Polizei-Verordnung über das Reinigen pp. der Schornsteine vom 31. Dezember 1902 (Amtsblatt für 1903, S. 15.)**

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Aachen verordnet, was folgt:

„Hinter § 5 der Polizei-Verordnung, betreffend das Reinigen und die Revision der Schornsteine, vom 31. Dezember 1902 (Amtsblatt für 1903, S. 15), ist folgender § 5a einzuschieben:“

Fabrikschornsteine unterliegen dem Zwange der Reinigung und der Revision durch den Bezirksschornsteinfeger (vergl. §§ 1 und 5 dieser Polizei-Verordnung) nicht, wenn die Besitzer selbst für eine sachgemäße Reinigung und Instandhaltung sorgen und dies der Polizeibehörde nachweisen. Über die Anforderungen, welche an eine sachgemäße Ausführung hierbei zu stellen sind, entscheidet das Ermessen der Polizeibehörde.

Aachen, den 5. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
Im Auftrage: Sträter.

**Nr. 471 Nachtrag zur Genehmigungsurkunde für die Aachener Straßenbahn vom 8. November 1894.**

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion zu Cöln wird hiermit bestimmt:

1. Der Aktien-Gesellschaft Aachener Kleinbahn-Gesellschaft — in das Handelsregister eingetragen am 2. Oktober 1880/13. April 1894 — wird hiermit die Genehmigung erteilt, im Anschluß an die im Betriebe befindliche, zum Aachener Straßenbahnnetz gehörende Linie auf der Lütticherstraße bis zum Osterwege eine Linie vom Osterweg bis Preußisch-Moresnet nach Maßgabe der mit Feststellungsvermerk vom heutigen Tage versehenen Pläne vorbehaltlich der Rechte Dritter zu bauen und zu betreiben.
2. Eine Fortsetzung der unter 1 bezeichneten neuen Bahn, insbesondere zum Anschluß an die belgischen Eisenbahnen, bleibt dauernd ausgeschlossen.
3. Die Beförderung von Gütern darf auf der neuen Bahn nur mit den regelmäßigen auch der Personenbeförderung dienenden Zügen erfolgen. Die Einlegung besonderer Güterzüge ist nicht gestattet.
4. Im Interesse der Zollkontrolle sind folgende Vorschriften zu befolgen:

   Zwischen dem Zollamt Tüllje bei km 3,8 und der Endstation in Moresnet bei km 4,8 des festgestellten Planes darf weder eine Haltestelle eingerichtet noch zum Zwecke der Beförderung von Personen oder Gütern gehalten werden. Auf dieser Strecke sind die diensttuenden Grenzaufseher auf ihr Verlangen unentgeltlich mit der Kleinbahn zu befördern.

   Der Erlaß etwaiger weiterer im Interesse der Zollverwaltung erforderlich werdenden Vorschriften bleibt vorbehalten.
5. Im übrigen sind für die neue Bahn die in der Genehmigungsurkunde vom 8. November 1894 und ihren Nachträgen enthaltenen Vorschriften maßgebend.
6. Die Genehmigung gilt für die neue Strecke auf die Dauer von 50 Jahren vom Tage der Betriebseröffnung ab.

Aachen, den 2. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 472 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. August 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 2 | 2 |
| desgl. | Aachen Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 3 | 3 |
| desgl. | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 4 | 8 |
| desgl. | Jülich | 3 | 3 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| Geflügelcholera | Eupen | 1 | 1 |

Aachen, den 3. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 473 Bekanntmachung,** betreffend **Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Aurich weiter die Nummern 3301 bis 3400 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsbl. S. 152.)

Aachen, den 31. August 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 474** Der Herr Ober-Präsident hat dem Verwaltungsrat des evangelischen Magdalenenasyls „Bethesda“ die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Anstalt in den Jahren 1907, 1908 und 1909 je eine einmalige Hauskollekte bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Gaben ist Herr Conrad Brunn aus Mülheim-Ruhr beauftragt worden.

Aachen, den 4. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
J. A.: Sträter.

**Nr. 475** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Weizen gut Pf. | Weizen mittel M. | Weizen mittel Pf. | Weizen gering M. | Weizen gering Pf. | Roggen gut M. | Roggen gut Pf. | Roggen mittel M. | Roggen mittel Pf. | Roggen gering M. | Roggen gering Pf. | Gerste gut M. | Gerste gut Pf. | Gerste mittel M. | Gerste mittel Pf. | Gerste gering M. | Gerste gering Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | 50 | 19 | 50 | — | — | 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 20 | 17 | 75 | — | — | 16 | 20 | 15 | 75 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 18 | 10 | 17 | 10 | — | — | 16 | 30 | 15 | 30 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | alter | | alter | | | | alter | | alter | | | | | | | | | |
| Eschweiler . . | 17 | 60 | 16 | 60 | — | — | 15 | 52 | 14 | 52 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | neuer | | neuer | | | | neuer | | neuer | | | | | | | | | |
| Eupen . . . | | | | | — | — | | | | | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Stroh Krumm- Pf. | Heu M. | Heu Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es koste je 1 Rm. | |
| — | — | 6 (7) | — (35) | 145 | — | 1 | 75 | 1 | 40 | 2 | 30 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 90 | 2 | 50 | 5 | 03 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 2 | 44 | 5 | 51 | — | — | — | — |
| — | — | 5 (6) | 30 (30) | 140 | — | 1 | 80 | 1 | 60 | 2 | 20 | 2 | 10 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 70 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 90 | 2 | 50 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 1 | 80 | 2 | 40 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 51 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 4 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 134 | — | 1 | 71 | 1 | 50 | 2 | 01 | 1 | 76 | 1 | 73 | 1 | 89 | 2 | 46 | 5 | 27 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises wird

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat August 1906.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 17<br>18 | 35<br>22 | 16 | 85 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 10 | 38 | 6<br>7 | —<br>35 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 63 | — | — |
| 16<br>17<br>alter | 55<br>64 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 8 | — | 3<br>4 | 80<br>20 |
| | | | | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 38 | — | 44 | — | 7 | — | — | — |
| 15<br>15<br>neuer | 20<br>96 | 14<br>neuer | 70 | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 8 | — | — | — |
| | | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 8 | 38 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | — | — | — | — | — | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 28 | 34 | 71 | 42 | 50 | 7 | 80 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats August 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen | | Roggen | | Gersten: Graupen | | Gersten: Grütze | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee: Java (mittel) roh | | Kaffee: Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | Speisesalz | | Schweineschmalz (hiesiges) | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | – | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 90 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | — | — | — |
| — | 30 | — | 25 | — | 40 | — | 52 | — | 45 | — | 56 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 3 | — | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 27 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 47 | — | 36 | — | 54 | — | 54 | — | 48 | 2 | 38 | 3 | 03 | — | 21 | 1 | 81 | — | — |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats August 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 5. September 1906. Der Regierungs-Präsident. Im Auftrage: Sträter.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 476** Die Prüfung der Bewerber um die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst findet am Dienstag, den 25 und Mittwoch, den 26. September 1906, vormittags 8 Uhr, im hiesigen Regierungsgebäude statt.

Aachen, den 4. September 1906.

Der Vorsitzende
der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige.
In Vertretung: Reinecke.

**Nr. 477 Bekanntmachung**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Buchstabe F zu 3000 M.

Nr. 100.

2. Buchstabe H zu 300 M.

Nr. 445, 575, 623.

3. Buchstabe J zu 75 M.

Nr. 56, 68, 84, 128, 302, 306.

4. Buchstabe K zu 30 M.

Nr. 156, 347.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1907 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1907 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Buchstabenbezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 15. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 478** Zufolge Antrages der Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier zu Kohlscheid wird für die Erweiterung der Gleise am Hauptschacht der Grube Maria die Aufhebung bezw. Verlegung eines Teiles des daselbst befindlichen Feldweges in der Weise beabsichtigt, daß derselbe vor den Parzellen Flur C Nr. 3105/622 bis zur Parzelle Flur C Nr. 610 aufgehoben und die Längsseite der letzteren Parzelle entlang wieder in den bestehenden Feldweg eingeführt wird.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung veröffentlicht, Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der die beabsichtigte Verlegung nachweisende Plan liegt auf dem hiesigen Bürgermeisteramt zur Einsicht offen.

Hoengen, den 29. August 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Struff, Bürgermeister.

**Nr. 479 Personal-Nachrichten.**

Der Herr Ober-Präsident hat den Gemeindevorsteher Gerhard Oeckerath in Blatten widerruflich zum Stellvertreter des die Landgemeinden Blatten und Hergarten im Kreise Schleiden umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Ackerers Franz Meiß zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirkes widerrufen.

Der Telegraphenanwärter Kupczik ist als Telegraphenassistent angestellt worden.

Versetzt sind: Die Ober-Postpraktikanten Jeanjour von Aachen nach Gebweiler, Michelsen von Gebweiler nach Aachen, der Postassistent Lorenz von Oberhausen (Rheinland) nach Aachen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr 36.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 41. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 13. September 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 480 Polizei-Verordnung,**

**betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.**

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und gemäß der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) werden für den nicht an Bahngleise gebundenen Verkehr der durch elementare Triebkraft bewegten Fahrzeuge — Kraftwagen und Krafträder — auf öffentlichen Wegen und Plätzen für den Umfang der Rheinprovinz folgende Vorschriften erlassen:

**A) Allgemeine Vorschriften.**

§ 1. Für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen gelten sinngemäß die den Verkehr von Fuhrwerken oder von Fahrrädern auf öffentlichen Wegen und Plätzen regelnden polizeilichen Vorschriften, sofern nicht nachfolgend andere Bestimmungen getroffen werden.

Auf Kraftfahrzeuge, welche für den öffentlichen Fuhrbetrieb verwendet werden, sowie auf die Führer dieser Fahrzeuge finden neben den nachstehenden Vorschriften die allgemeinen Bestimmungen über den Betrieb der Droschken, Omnibusse und sonstigen dem öffentlichen Transportgewerbe dienenden Fuhrwerke Anwendung.

Fahrzeuge, die aus einem Kraftrad und einem damit fest oder mittels Kuppelung verbundenen besonderen Sitze auf eigenem Rade oder eigenen Rädern seitlich neben dem Kraftrade bestehen, gelten als Kraftwagen im Sinne dieser Vorschriften.

Auf Straßenlokomotiven und schwere Vorspannmaschinen finden die nachstehenden Vorschriften keine Anwendung.

**B) Das Kraftfahrzeug.**

a) Beschaffenheit und Ausrüstung.

§ 2. Die Kraftfahrzeuge müssen betriebssicher und insbesondere so gebaut, eingerichtet und ausgerüstet sein, daß Feuers- und Explosionsgefahr sowie eine Belästigung von Personen und Gefährdung von Fuhrwerken durch Geräusch, durch Entwicklung von Rauch oder Dampf oder durch üblen Geruch möglichst ausgeschlossen ist. Die Vorrichtung zum Auspuffen des Dampfes oder der Gase muß an einer möglichst wenig sichtbaren Stelle angebracht sein.

Die Radkränze dürfen nicht mit Unebenheiten versehen sein, welche geeignet sind, die Fahrbahn zu beschädigen.

§ 3. Jedes Fahrzeug muß versehen sein:

1. mit einer kräftigen Lenkvorrichtung, welche gestattet, sicher und rasch auszuweichen und in einem möglichst kleinen Bogen zu wenden;
2. mit zwei von einander unabhängigen Bremseinrichtungen, von denen mindestens die eine unmittelbar auf die Triebräder oder auf Bestandteile, die mit den Rädern fest verbunden sind, wirken, und von denen jede für sich geeignet sein muß, den Lauf des Fahrzeugs sofort zu hemmen und es auf die kürzeste Entfernung zum Stehen zu bringen;
3. mit einer Vorrichtung, die beim Befahren größerer Steigungen die unbeabsichtigte Rückwärtsbewegung verhindert;
4. mit einer eintonigen Huppe zum Abgeben von Warnungszeichen;
5. nach eingetretener Dunkelheit und bei starkem Nebel, mit mindestens zwei, an den Seiten in gleicher Höhe angebrachten, hellbrennenden Laternen mit farblosem Glase, welche den Lichtschein derart auf die Fahrbahn werfen, daß diese auf mindestens 20 m vor dem Fahrzeuge von dem Führer übersehen werden kann. Übermäßig starkwirkende Scheinwerfer dürfen nicht verwendet werden.

Für Krafträder gelten Ziffer 2 und 5 mit der

Einschränkung, daß eine wirksame Bremsvorrichtung und eine Laterne der bezeichneten Art genügt; Ziffer 3 findet auf solche Fahrzeuge keine Anwendung.

Jeder Kraftwagen, dessen Eigengewicht 350 kg übersteigt, muß so eingerichtet sein, daß er mittels des Motors vom Führersitz aus in Rückwärtsgang gebracht werden kann.

Die Griffe zur Bedienung des Motors und der in Absatz 1 bis 3 angeführten Einrichtungen müssen so angebracht sein, daß der Führer sie, ohne sein Augenmerk von der Fahrtrichtung abzulenken, leicht und auch im Dunkeln ohne Verwechselungsgefahr handhaben kann.

Jedes Kraftfahrzeug muß mit einem Schilde versehen sein, welches die Firma, die das Fahrzeug hergestellt hat, die Anzahl der Pferdekräfte des Motors und das Eigengewicht des Fahrzeugs angibt.

### b) Inbetriebnahme.

§ 4. Wenn ein Kraftfahrzeug in Betrieb genommen werden soll, hat der Eigentümer hiervon der zuständigen Polizeibehörde seines Wohnortes eine schriftliche Anzeige zu erstatten, in welcher anzugeben sind:

1. Name, Stand und Wohnort des Eigentümers;
2. die Firma, welche das Fahrzeug hergestellt hat;
3. die Bestimmung des Fahrzeugs (Personen- oder Lastfahrzeug);
4. die Betriebsart;
5. die Anzahl der Pferdekräfte;
6. das Eigengewicht des Fahrzeugs;
7. für Lastkraftwagen das Höchstgewicht der Ladung.

Der Anzeige ist das Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen beizufügen, das die Richtigkeit der Angaben unter 4 bis 7 sowie ferner bestätigt, daß das Fahrzeug den nach dieser Verordnung zu stellenden Anforderungen genügt. Das Gutachten hat der Anzeigende auf seine Kosten zu beschaffen. An Stelle dieses Nachweises kann von der Landespolizeibehörde eine amtliche Prüfung auf Kosten des Anzeigenden vorgeschrieben werden.

Änderungen hinsichtlich der Punkte 1, 3 und 4 sowie wesentliche Änderungen hinsichtlich der Punkte 5 bis 7 sind in gleicher Weise anzuzeigen. Eine Änderung des Wohnorts des Eigentümers ist der Polizeibehörde des neuen Wohnorts unter Vorlegung der Bescheinigung (§ 5 Abs. 2) anzuzeigen.

Die zuständige Landespolizeibehörde ist befugt, auf Antrag einer Firma, deren Sitz sich im Bezirke der Behörde befindet, nach einer auf Kosten der Firma vorgenommenen Prüfung eine Bescheinigung darüber zu erteilen, daß eine fabrikmäßig gefertigte Gattung eines Kraftfahrzeugs den nach Maßgabe dieser Verordnung zu stellenden Anforderungen genügt. Bei der Veräußerung eines Kraftfahrzeugs, das einer derart zugelassenen Gattung angehört, kann die Firma dem Abnehmer eine mit laufender Nummer versehene Ausfertigung der Bescheinigung, die auch die Richtigkeit der in Abs. 1 unter 4 bis 7 vorgeschriebenen Angaben bestätigen muß, mit der Wirkung verabfolgen, daß sie das im Abs. 2 geforderte Gutachten ersetzt. Diese Bestimmung gilt für alle von einer deutschen Zentral- oder Landespolizeibehörde ausgestellten Bescheinigungen über die vorschriftsmäßige Beschaffenheit einer Gattung.

### c) Polizeiliche Kennzeichnung.

§ 5. Die Zulassung des Kraftfahrzeugs zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen ist von der Polizeibehörde abzulehnen, wenn den Vorschriften des § 4 nicht entsprochen ist.

Im Falle der Zulassung hat die Polizeibehörde das Kraftfahrzeug in eine Liste nach beiliegendem Muster 1 einzutragen. Demnächst ist das Fahrzeug mit einem polizeilichen Kennzeichen (§ 7) zu versehen. Die Angabe der Erkennungsnummer erfolgt durch die nach § 4 Abs. 1 zuständige Behörde. Der Antragsteller erhält über die Zulassung und die Eintragung des Kraftfahrzeugs und die Zuteilung des Kennzeichens eine Bescheinigung nach beiliegendem Muster 2. Die Bescheinigung ist in Urschrift oder beglaubigter Abschrift bei der Benutzung des Fahrzeugs auf öffentlichen Wegen und Plätzen mitzuführen und den Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Bei Verlegung des Wohnorts des Eigentümers in einen Bezirk, in dem die Kraftfahrzeuge mit anderen Buchstaben oder römischen Ziffern (§ 7 Absatz 1) gekennzeichnet werden, ist das Fahrzeug mit einem Kennzeichen des neuen Bezirks zu versehen und auf Grund der vorgelegten Bescheinigung eine neue auszustellen.

§ 6. Vorbehaltlich der Vorschrift im § 29 muß jedes auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehrende Kraftfahrzeug das polizeiliche Kennzeichen tragen.

§ 7. Das von der Polizeibehörde zuzuteilende Kennzeichen besteht aus einem (oder mehreren) Buchstaben (oder römischen Ziffern) zur Bezeichnung des Bundesstaats (oder engeren Verwaltungsbezirks) und aus der Erkennungsnummer, unter welcher das Fahrzeug in die polizeiliche Liste (§ 5) eingetragen ist. Das Kennzeichen ist an der Vorderseite und an der Rückseite des Fahrzeugs nach außen hin an leicht sichtbarer Stelle anzubringen. Bei Krafträdern kann die Polizeibehörde aus besonderen, aus der Bauart des Fahrzeugs sich ergebenden Gründen von der Anbringung des zweiten Kennzeichens absehen und demgemäß

zulassen, daß nur ein Kennzeichen an der Vorderseite oder an der Rückseite angebracht wird.

Das vordere Kennzeichen ist in schwarzer Balkenschrift auf weißem, schwarzgerandetem Grunde auf die Wandung des Fahrzeugs oder auf eine rechteckige Tafel aufzumalen, die mit dem Fahrzeuge durch Schrauben, Nieten oder Nägel fest zu verbinden ist. Die Buchstaben (oder die römischen Ziffern) und die Nummer müssen in eine Reihe gestellt und durch einen wagerechten Strich voneinander getrennt werden. Die Abmessungen betragen: Randbreite mindestens 10 mm, Schrifthöhe 75 mm bei einer Strichstärke von 12 mm, Abstand zwischen den einzelnen Zeichen und vom Rande 20 mm, Stärke des Trennungsstrichs 12 mm, Länge des Trennungsstrichs 25 mm, Höhe der Tafel ausschließlich des Randes 115 mm (Muster 3).

Bei dem an der Rückseite des Fahrzeuges mittels Schrauben, Nieten oder Nägel fest anzubringenden Kennzeichen sind die Buchstaben (römischen Ziffern) und die Nummer auf einer viereckigen, weißen, schwarzgerandeten Tafel in schwarzer Balkenschrift auszuführen. Die Tafel kann Bestandteil einer Laterne sein (vergl. § 10). Die Buchstaben (römischen Ziffern) müssen über der Nummer stehen. Die Abmessungen betragen: Randbreite mindestens 10 mm, Schrifthöhe 100 mm bei einer Strichstärke von 15 mm, Abstand zwischen den einzelnen Zeichen und vom Rande 20 mm, Höhe der Tafel ausschließlich des Randes 260 mm (Muster 4). Bei Kraftzweirädern ist auf der Rückseite auch eine sechseckige Tafel (Muster 5) zulässig. Im Falle des § 10 Abs. 1 Satz 2 kann das hintere Kennzeichen auch auf die Wandung des Fahrzeugs aufgemalt werden.

§ 8. Die Kennzeichen müssen mit dem Dienststempel der Polizeibehörde versehen sein.

§ 9. Die Kennzeichen dürfen nicht zum Umklappen eingerichtet sein; sie dürfen niemals verdeckt sein und müssen stets in lesbarem Zustand erhalten werden. Der untere Rand des vorderen Kennzeichens darf nicht weniger als 20 cm, der des hinteren nicht weniger als 45 cm vom Erdboden entfernt sein.

§ 10. Während der Dunkelheit und bei starkem Nebel ist das hintere Kennzeichen durchscheinend so zu beleuchten, daß es deutlich erkennbar ist. An Stelle der durchscheinenden Beleuchtung kann die Polizeibehörde eine Beleuchtung von außen zulassen, sofern der Leuchtkörper oberhalb der Tafel angebracht ist und die Erkennbarkeit des Kennzeichens dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Beleuchtungsvorrichtung muß so eingerichtet sein, daß sie weder vom Sitze des Führers noch vom Innern des Wagens aus abgestellt werden kann.

Bei Krafträdern kann die Polizeibehörde auf Antrag von einer Beleuchtnng des Kennzeichens absehen.

§ 11. Der Verlust oder das Unbrauchbarwerden eines Kennzeichens muß der Zuteilungsstelle sofort angezeigt werden.

Tritt der Verlust oder das Unbrauchbarwerden an einem Orte ein, von dem aus die Zuteilungsstelle ohne Zeitverlust nicht erreicht werden kann, so genügt die Anzeige an die nächste für die Zuteilung von Kennzeichen zuständige Behörde, die in derartigen Fällen das erneuerte Kennzeichen mit dem Dienststempel zu versehen und, daß dies geschehen, in der Bescheinigung (§ 5 Abs. 2) ersichtlich zu machen hat.

§ 12. Die Anbringung mehrerer verschiedener Kennzeichen ist unzulässig.

§ 13. Bei Ausstellungen von Kraftfahrzeugen können von der zuständigen Landespolizeibehörde Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 7, 10 mit der Maßgabe zugelassen werden, daß für die an der Veranstaltung teilnehmenden Kraftfahrzeuge die Führung eines besonderen Kennzeichens vorgeschrieben wird, dessen Beschaffenheit im Einzelfalle von dieser Behörde festzusetzen ist. Soweit es sich um Kraftfahrzeuge handelt, die bereits in die polizeiliche Liste eingetragen und mit einem Kennzeichen versehen sind, muß dies Kennzeichen auch während der Ausstellung weitergeführt werden.

**C) Der Führer des Kraftfahrzeugs.**

a) Eigenschaften des Führers.

§ 14. Das Führen von Kraftfahrzeugen ist nur solchen Personen gestattet und darf nur solchen Personen überlassen werden, die mit den Einrichtungen und der Bedienung des Fahrzeugs völlig vertraut sind und sich hierüber durch ein von einer sachverständigen Behörde oder einer behördlich anerkannten Stelle ausgestelltes Zeugnis ausweisen können. Das Zeugnis ist der Polizeibehörde des Wohnorts des Führers zur Kenntnisnahme vorzulegen und von dieser, sofern gegen die Zuverlässigkeit und Befähigung der betreffenden Person Bedenken nicht bestehen, mit einem hierauf bezüglichen Vermerk zu versehen. Der Führer hat das Zeugnis bei sich zu führen und auf Verlangen den zuständigen Beamten vorzuzeigen.

Personen unter 18 Jahren ist das Führen von Kraftfahrzeugen insbesondere auch von Krafträdern, nicht gestattet. Ausnahmen können von der Polizeibehörde mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zugelassen werden.

b) Besondere Pflichten des Führers.

§ 15. Der Führer ist dafür verantwortlich, daß das Kraftfahrzeug mit den nach dieser Verordnung vorgeschriebenen Vermerken und polizeilichen Kennzeichen versehen ist, daß es in vorgeschriebener Weise beleuchtet ist, sowie dafür, daß bei der Be-

nutzung des Fahrzeugs auf öffentlichen Wegen und Plätzen die durch § 5 Abs. 2 vorgeschriebene Bescheinigung mitgeführt wird.

Der Führer ist verpflichtet, sich vor der Fahrt davon zu überzeugen, daß das Fahrzeug in ordnungsmäßigem Zustand ist und daß seine maschinellen sowie die im § 3 vorgeschriebenen Einrichtungen gut wirken.

§ 16. Der Führer ist zu besonderer Vorsicht in Leitung und Bedienung seines Fahrzeugs verpflichtet. Er darf von dem Fahrzeuge nicht absteigen, solange es in Bewegung ist, und darf sich von ihm nicht entfernen, solange der Motor angetrieben ist; auch muß er, falls er sich von dem Fahrzeug entfernen will, die nötigen Vorkehrungen treffen, daß kein Unbefugter den Motor antreiben kann.

Auf den Haltruf oder das Haltzeichen eines als solcher kenntlichen Polizeibeamten hat der Führer sofort anzuhalten. Zur Kenntlichmachung eines Polizeibeamten ist auch das Tragen einer Dienstmütze ausreichend.

§ 17. Die Fahrgeschwindigkeit ist jederzeit so einzurichten, daß Unfälle und Verkehrsstörungen vermieden werden.

Jedenfalls darf innerhalb geschlossener Ortsteile die Fahrgeschwindigkeit das Zeitmaß eines im gestreckten Trabe befindlichen Pferdes — etwa 15 km in der Stunde — nicht überschreiten. Außerhalb geschlossener Ortsteile darf sie, wenn übersichtliche Wege befahren werden, insoweit erhöht werden, als der Führer in der Lage bleibt, unter allen Umständen seinen Verpflichtungen Genüge zu leisten.

Auf unübersichtlichen Wegen, insbesondere nach Eintritt der Dunkelheit oder bei starkem Nebel, beim Einbiegen aus einer Straße in die andere, bei Straßenkreuzungen, bei scharfen Straßenkrümmungen, bei der Ausfahrt aus Grundstücken, die an öffentlichen Wegen liegen und bei der Einfahrt in solche Grundstücke, bei der Annäherung an Eisenbahnübergänge in Schienenhöhe, ferner beim Passieren enger Brücken und Tore sowie schmaler oder abschüssiger Wege, sowie da, wo die Wirksamkeit der Bremsen durch die Schlüpfrigkeit des Weges in Frage gestellt ist, endlich überall da, wo ein lebhafter Verkehr stattfindet, muß langsam und so vorsichtig gefahren werden, daß das Fahrzeug nötigenfalls sofort und jedenfalls auf eine Wegstrecke von höchstens 5 m zum Halten gebracht werden kann.

§ 18. Der Führer hat entgegenkommende, zu überholende, in der Fahrtrichtung stehende oder die Fahrtrichtung kreuzende Menschen sowie die Führer von Fuhrwerken, Reiter, Radfahrer, Viehtreiber u. s. w. durch deutlich hörbares Warnungszeichen rechtzeitig auf das Nahen des Kraftfahrzeuges aufmerksam zu machen.

Auch an unübersichtlichen Stellen (§ 17 Abs. 3) ist Warnungszeichen zu geben.

Das Abgeben von Warnungszeichen ist sofort einzustellen, wenn Pferde oder andere Tiere dadurch unruhig oder scheu werden.

Warnungszeichen dürfen nur mit der eintonigen Huppe (§ 3 Abs. 1 Ziffer 4) abgegeben werden.

Das Abgeben langgezogener Huppensignale, die Ähnlichkeit mit Feuersignalen haben, ist nicht statthaft.

Merkt der Führer, daß ein Pferd oder ein anderes Tier vor dem Kraftfahrzeuge scheut, oder daß sonst durch das Vorbeifahren mit dem Kraftfahrzeuge Menschen oder Tiere in Gefahr gebracht werden, so hat er langsam zu fahren sowie erforderlichenfalls anzuhalten und den Motor außer Tätigkeit zu setzen.

Im Falle eines Zusammenstoßes des Kraftfahrzeugs mit Personen oder Sachen hat der Führer sofort zu halten und die nach den Umständen des Falles gebotene Hilfe zu leisten.

§ 19. Beim Einbiegen in eine andere Straße ist nach rechts in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen zu fahren.

Der Führer hat entgegenkommenden Fuhrwerken, Kraftfahrzeugen, Reitern, Radfahrern, Viehtransporten oder dergleichen rechtzeitig und genügend nach rechts auszuweichen oder, falls dies die Umstände oder die Örtlichkeit nicht gestatten, so lange anzuhalten, bis die Bahn frei ist. Ebenso hat er anzuhalten beim Zusammentreffen mit marschierenden Militärabteilungen, öffentlichen Aufzügen, Leichenbegängnissen oder dergleichen.

Das Vorbeifahren an eingeholten Fuhrwerken, Kraftfahrzeugen, Reitern, Radfahrern, Viehtransporten oder dergleichen hat auf der linken Seite zu erfolgen.

**D) Die Benutzung öffentlicher Wege und Plätze.**

§ 20. Das Fahren mit Kraftfahrzeugen ist nur auf Fahrwegen gestattet. Auf Radfahrwegen und auf Fußwegen, die für Fahrräder freigegeben sind, ist der Verkehr mit Krafträdern nur mit besonderer polizeilicher Genehmigung zulässig.

§ 21. Durch allgemeine polizeiliche Vorschriften oder durch besondere, für einzelne Fälle getroffene polizeiliche Anordnungen kann, soweit der Zustand der Wege oder die Eigenart des Verkehrs es erfordert, der Verkehr von Kraftfahrzeugen auf bestimmten Wegen, Plätzen und Brücken verboten oder beschränkt, insbesondere die zulässige Fahrgeschwindigkeit auf ein bestimmtes Maß herabgesetzt werden.

Allgemeine Vorschriften dieser Art sind an den betreffenden Stellen durch öffentlichen Anschlag auf

zu diesem Zweck kenntlich gemachten Tafeln zur Kenntnis zu bringen.

§ 22. Das Wettfahren und die Veranstaltung von Wettfahrten auf öffentlichen Wegen und Plätzen sind verboten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der zuständigen Landeszentralbehörde oder der von dieser zu bestimmenden höheren Verwaltungsbehörde, welche im einzelnen Falle die besonderen Bedingungen festsetzt.

Für Zuverlässigkeitsfahrten ist die Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich.

§ 23. Das Mitführen von Anhängewagen ist nur auf Grund polizeilicher Erlaubnis zulässig. Der Erlaubnisschein ist bei der Fahrt mitzuführen und den Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen. Auf den Transport schadhaft gewordener Fahrzeuge findet diese Vorschrift keine Anwendung.

**E) Verkehr über die Reichsgrenze und im Zollgrenzbezirke.**

§ 24. Für die Zulassung und Kennzeichnung der zu vorübergehendem Aufenthalt in das Gebiet des Deutschen Reichs aus dem Auslande gelangenden außerdeutschen Kraftfahrzeuge und für die Zulassung der Führer solcher Fahrzeuge gelten folgende besondere Bestimmungen:

a) die Vorschriften über die Anmeldung und über die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen in den §§ 4, 5 finden auf die außerdeutschen Kraftfahrzeuge keine Anwendung, sofern der Führer des Kraftfahrzeugs durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Auslandes nachweisen kann, daß das Fahrzeug den an dem betreffenden Orte gültigen polizeilichen Vorschriften entspricht; Bescheinigungen dieser Art müssen den Namen, Stand und Wohnort des Eigentümers, die Firma, die das Fahrzeug hergestellt hat, seine Betriebsart, die Anzahl der Pferdekräfte, das Eigengewicht des Fahrzeugs und bei Lastkraftwagen das Höchstgewicht der Ladung angeben und mit dem Anerkennungsvermerk einer deutschen Behörde versehen sein;

b) Die außerdeutschen Kraftfahrzeuge müssen an Stelle der durch §§ 7, 10 vorgeschriebenen polizeilichen Kennzeichen ein besonderes länglichrundes Kennzeichen (Muster 6) führen, das zugleich mit der Bescheinigung über die Zuteilung des Kennzeichens (Muster 7) nach Maßgabe der besonderen hierüber ergehenden Anordnungen auf den Grenzzollämtern ausgegeben wird und beim Verlassen des Deutschen Reichs nebst Bescheinigung wieder abzuliefern ist. Das Kennzeichen ist an der Rückseite des Fahrzeugs nach außen hin an leicht sichtbarer Stelle fest anzubringen und bei Kraftwagen während der Dunkelheit und bei starkem Nebel so zu beleuchten, daß es deutlich erkennbar ist; die Beleuchtungsvorrichtung darf das Kennzeichen nicht verdecken. Etwa vorhandene ausländische Kennzeichen sind zu entfernen oder zu überdecken.

Die für das Kennzeichen zu entrichtende Gebühr beträgt

für Kraftwagen . . . 6 Mark,
„ Krafträder . . . 3 „

Wird die Tätigkeit der Amtsstelle außerhalb der Geschäftszeit, d. h. in den Monaten Oktober bis Februar vor 7½ Uhr vormittags und nach 5½ Uhr nachmittags, in den übrigen Monaten vor 7 Uhr vormittags und nach 8 Uhr nachmittags, in Anspruch genommen, so erhöht sich die Gebühr

für Kraftwagen auf . . 10 Mark,
„ Krafträder „ . . 5 „

Beim Ausgang eines außerdeutschen Kraftfahrzeugs aus dem Reichsgebiet ist das Kennzeichen mit der über seine Zuteilung ausgestellten Bescheinigung der nächsten zur Ausgabe von Kennzeichen befugten Amtsstelle behufs Rücksendung an die Eingangsamtsstelle zu übergeben. Erfolgt infolge dauernden Verbleibs im Inlande später die Zulassung des Fahrzeugs gemäß § 5, so hat die Rücksendung durch Vermittlung der die Zulassung aussprechenden Polizeibehörde zu geschehen.

c. Die durch § 14 Abs. 1 für die Führer von Kraftfahrzeugen vorgeschriebenen Zeugnisse können für die Führer außerdeutscher Kraftfahrzeuge durch entsprechende ausländische Zeugnisse ersetzt werden, sofern diese von einer deutschen Behörde mit einem Anerkennungsvermerk versehen sind.

Als „deutsche Behörde“, deren Anerkennungsvermerk nach Abs. 1 unter a und c die ausländischen Bescheinigungen und Zeugnisse tragen müssen, gilt der zuständige deutsche Konsul. Sind die Schriftstücke nicht in deutscher Sprache abgefaßt, so muß ihr Inhalt aus dem Anerkennungsvermerk ersichtlich sein.

Die zuständige Landespolizeibehörde kann von dem im vorstehenden unter a geforderten Anerkennungsvermerk einer deutschen Behörde für die Bescheinigungen bestimmter Behörden des benachbarten Auslandes absehen lassen.

Den Eigentümern außerdeutscher Kraftfahrzeuge kann von der zuständigen Landespolizeibehörde auf Antrag gestattet werden, das deutsche Kennzeichen zu führen. Die betreffenden Kraftfahrzeuge sind in diesem Falle in polizeilicher Beziehung als deutsche anzusehen und unterliegen demgemäß den Vorschriften der §§ 4, 5, 7, 10. Die zuständige

Landespolizeibehörde bezeichnet die Polizeibehörde, welche die Eintragung des Kraftfahrzeugs in die Liste zu bewirken und die Erkennungsnummer zuzuteilen hat.

§ 25. Im Zollgrenzbezirke haben die Beamten der Grenzzollverwaltung hinsichtlich der Kraftfahrzeuge die gleichen Befugnisse wie die Polizeibeamten.

**F) Untersagung des Betriebs.**

§ 26. Die Polizeibehörde kann jederzeit auf Kosten des Eigentümers eine Untersuchung darüber anstellen, ob ein Kraftfahrzeug den nach Maßgabe dieser Verordnung zu stellenden Anforderungen entspricht.

Kraftfahrzeuge, welche diesen Anforderungen nicht genügen, können durch die Polizeibehörde vom Befahren der öffentlichen Wege und Plätze ausgeschlossen werden.

§ 27. Ungeeigneten Personen, insbesondere solchen, welche die den Führern von Kraftfahrzeugen obliegenden Verpflichtungen verletzt haben, kann das Führen von Kraftfahrzeugen dauernd oder für bestimmte Zeit polizeilich untersagt werden. Sie haben alsdann das ausgestellte Zeugnis (§ 14 Abs. 1) der Polizeibehörde abzuliefern. Handelt es sich um ausländische Zeugnisse (§ 24 Abs. 1 unter c), so ist die Polizeibehörde befugt, den Anerkennungsvermerk zu löschen.

**G) Strafbestimmungen.**

§ 28. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden in Gemäßheit des § 366 Nr. 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

**H) Ausnahmen.**

§. 29. Von der Verpflichtung zur Führung des Kennzeichens sind befreit:

a) Kraftfahrzeuge, die nur in Schleppzügen für den Frachtverkehr Verwendung finden;
b) Kraftfahrzeuge der Feuerwehr;
c) Kraftwagen, die im öffentlichen Fuhrverkehre Verwendung finden und für die Sondervorschriften hinsichtlich ihrer Kennzeichen bestehen (Droschken, Ominibusse u. s. w.).

Auf Antrag können durch die Polizeibehörde von der Verpflichtung zur Führung des Kennzeichens entbunden werden:

a) leichte, nur für den Stadtverkehr bestimmte Personenkraftfahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn von nicht mehr als 15 km in der Stunde;
b) Geschäftswagen, die in deutlich erkennbarer Form mit der Firma des Geschäfts versehen sind. Insoweit mehrere Kraftfahrzeuge zu einem Geschäftsbetriebe gehören, müssen sie indessen mit besonderer laufender Erkennungsnummer versehen sein, die den Anforderungen in den §§ 7, 10 zu entsprechen hat.

Auf die Kraftfahrzeuge der Militärverwaltung und auf die Führer dieser Kraftfahrzeuge finden die Vorschriften im § 14 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, § 18 Abs. 4, §§ 23, 26, 27 keine Anwendung. Krafträder der Militärverwaltung sind von der Verpflichtung zur Beleuchtung des Kennzeichens (§ 10) befreit.

Die Kraftfahrzeuge der Feuerwehren sind von den Bestimmungen der § 3 Abs. 1 Ziffer 4, §§ 17, 19, 23 ausgenommen.

**J) Schlußbestimmungen.**

§ 30. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1906 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkt werden die Polizeiverordnung vom 1. Juli 1901 sowie die dieselbe abändernden Polizeiverordnungen vom 6. Februar 1902 (nebst Bekanntmachung vom gleichen Tage) und vom 29. September 1902 aufgehoben.

Coblenz, den 1. September 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Freiherr von Schorlemer.

Bezeichnung der Polizeibehörde: ——————

# Liste der zugelassenen Kraftfahrzeuge.

| Lfde. Nr. | Tag der Prüfung | Name, Stand und Wohnort des Eigentümers | Firma, welche das Fahrzeug hergestellt hat | Bestimmung des Fahrzeugs | Betriebsart | Anzahl der Pferdekräfte | Eigengewicht des Fahrzeugs | Höchstgewicht der Ladung. (Nur bei Lastkraftwagen) | Tag der Zuteilung der Nummer | Erkennungsnummer | Bemerkungen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |

Auf Leinwandpapier. Muster 2.

(Vorderseite.)

| | |
|---|---|
| Name, Stand und Wohnort des Eigentümers. | |
| Die Firma, welche das Fahrzeug hergestellt hat. | |
| Die Bestimmung des Fahrzeugs. | |
| Die Betriebsart. | |
| Die Anzahl der Pferdekräfte. | |
| Das Eigengewicht des Fahrzeugs. | |
| Das Höchstgewicht der Ladung. (Nur bei Lastkraftwagen.) | |

(Rückseite.)

Das umseitig beschriebene Kraftfahrzeug ist unter der Erkennungsnummer

für den Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen zugelassen worden, nachdem festgestellt war, daß es den Anforderungen der §§............ der Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, entspricht.

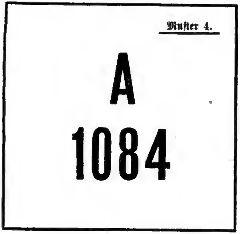
.................................., den ....... ten .......................... 190 .

(L. S.)

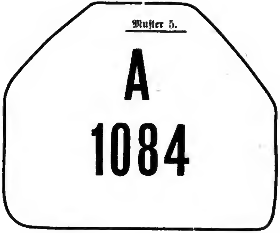
Liste №............




Muster 3.




Muster 4.




Muster 5.




Muster 6.

(Vorderseite.)

| | |
|---|---|
| Name, Stand und Wohnort des Eigentümers. | |
| Die Firma, welche das Fahrzeug hergestellt hat. | |
| Die Bestimmung des Fahrzeugs. | |
| Die Betriebsart. | |
| Die Anzahl der Pferdekräfte. | |
| Das Eigengewicht des Fahrzeugs. | |
| Das Höchstgewicht der Ladung. (Nur bei Lastkraftwagen.) | |

(Rückseite.)

Das umseitig beschriebene Kraftfahrzeug ist hier eingegangen und unter der Erkennungsnummer

eingetragen worden.

..................................., den........ ten/n ........................... 190 .

(L. S.)

Liste № .............

**Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.**

**Bekanntmachung.**

**Nr. 481** Bei der Posthilfsstelle in Hergarten ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 7. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 482** Bei der Posthilfsstelle in Merbeck ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 8. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 483** In Pont ist eine Telegraphenhilfsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 5. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 484** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Aachen 4 bei Pier mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Düren zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 30. August 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 3. Januar 1906 wird dem Grafen von Fürstenberg-Herdringen zu Herdringen bei Hüsten in Westfalen unter dem Namen Aachen IV das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Pier und Schophoven des Kreises Düren und in der Gemeinde Krauthausen des Kreises Jülich, im Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188997 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. August 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 485** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Elmpt 3 bei Elmpt mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 6. September 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 22. Mai 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Elmpt und Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis e bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 6. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 486** Infolge Antrages des Josef Ervens zu Aachen wird die Verlegung des in der Wiese bei dem Gute Klosterhof Flur 12 Nr. 2 zu St. Joeris befindlichen Fußweges in der Weise beabsichtigt, daß derselbe vom oberen interessierten Teile des Ortes St. Joeris aus an die rechtsseitige Grenze der Wiese entlang in $1^1/_2$ m Breite verlegt wird.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung veröffentlicht, Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der die beabsichtigte Verlegung nachweisende Plan liegt bei dem Gemeindevorsteher Neulen zu Hehlrath zur Einsicht offen.

Hoengen, den 4. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde von Kinzweiler:
Struff, Bürgermeister.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 487** Es ist bei mir der Antrag gestellt worden auf teilweise Einziehung des Fußweges — ausgehend vom Erzelbacher-Dorfende in Boslar bis zur Einmündung in den Fußweg vom untern Dorfende Boslar nach Tetz zu — welcher in der Gemarkung Boslar die Parzellen Flur L Nr. 1743/549, 626—626a, $627^1$, $^2$, 628—630, 1792/642 durchschneidet.

Der bezügliche Plan liegt auf dem Bürgermeisteramte in Müntz zur Einsicht offen.

Dieses Vorhaben wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung gebracht, daß Ein-

sprüche gegen dasselbe gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 G.-S. S. 237, zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen dieses Blattes bei dem Unterzeichneten geltend gemacht werden können. Nach Ablauf dieser Frist wird diesseits über die Einziehung des Fußpfades beschlossen werden.

Müntz, den 6. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Baasen.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 488** Auf Antrag der Gemeinde soll der im öffentlichen Wegeverzeichnisse unter Nr. 38 eingetragene Gemeindefahrweg von Parzelle Nr. 236/18 und 216/17 in Flur 5 bis zur Einmündung in den im Wegeverzeichnis unter Nr. 40 benannten Gemeindefahrweg von Marzelheide nach Eupen bei Walhornerkreuz, Parzelle Nr. 314/53 und und 235/11, eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einwendungen hiergegen binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Wegepolizeibehörde, bei welcher der Wegeplan zur Einsicht offen liegt, vorzubringen sind.

Walhorn, den 6. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Ernst.

**Nr. 489 Personal-Nachrichten.**

Dem Oberförster Hirsch zu Idstein ist vom 1. Oktober d. Js. ab die Verwaltung der durch Versetzung ihres bisherigen Inhabers freigewordenen Oberförsterstelle Hürtgen übertragen worden.

Personal-Chronik des Landgerichtsbezirks Aachen.

Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Gerichtsassessor Westphalen in Wiesbaden zum Amtsrichter zu ernennen; demselben ist eine Richterstelle bei dem Amtsgerichte in Gemünd übertragen worden. Versetzt sind der Landgerichtsrat Hoeler in Aachen an das Landgericht in M.Gladbach; der Amtsrichter Dr. Katzenberger von St. Vith an das Amtsgericht in Elberfeld; der Gerichtsschreiber Schaefer von Ratingen nach Geilenkirchen; der Gerichtsvollzieher Albrecht von Erfurt nach Eschweiler; der Gerichtsvollzieher Dittmer von Kirn nach Aachen; der Kanzlist Loomanns von Cöln an das Amtsgericht in Aachen; der Gerichtsdiener Mohra von Merzig nach Düren. Der Gerichtsvollzieher Hamacher in Aachen ist mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 37.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 42. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 20. September 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 490** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. September 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 2 |
| desgl. | Aachen Land | 3 | 3 |
| desgl. | Düren | 2 | 2 |
| desgl. | Erkelenz | 3 | 4 |
| desgl. | Eupen | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 2 | 2 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| Geflügelcholera | Eupen | 1 | 1 |

Aachen, den 17. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 491** Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 14. März d. Js., Amtsblatt 1906 Seite 93, bringe ich hierdurch zur Kenntnis, daß an die Stelle der dort genannten Kollektanten zur Einsammlung der Kollekte für die katholische Kirche in Limbach, Kreis Saarlouis, die nachbenannten Personen treten werden:

Peter Baerens, Frl. Gertrud Baerens und Frl. Anna Baerens in Cöln, Mariahilfstraße 10; W. Oebel in Schwarzmaar bei Heimerzheim; P. Tebel in Cöln-Nippes, Uerdingerstraße 6; Viktor Lohe und Frl. Elise Kessler in Cöln-Sülz, Benratherstraße 208; Albert Klirkhammer in Cöln, große Brinkgasse 14; Frl. Louise Raffenberg in Cöln, Ursulaplatz 17; Engelb. Tirtey in Niederembt bei Bedburg; Bruno Sennhenn in Cöln, Ursulastraße 13; Heinrich Mühlmann in Neuß, Breitestraße; W. Thelen und Frau W. Thelen in Cöln, Neußerstraße 69; Heinr. Fellbach in Cöln, Unter Sachsenhausen; Hub. Recht in Cöln, Neußerstraße 49; Frl. Magdalene Clasen und Frl. Bertha Clasen in Cöln-Sülz, Weyerthal 26; Joh. Müller in Cöln, Eintrachtstraße 53; B. Schubert in Cöln, Ursulakloster 7.

Aachen, den 19. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 492** Bei der Posthilfstelle in Born (Kr. Malmedy) ist der Telegraphendienst eröffnet worden.

Aachen, den 11. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V. Reckhard.

**Nr. 493** **Bekanntmachung**
**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1906 sind folgende Stücke gezogen worden:

$3\frac{1}{2}$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Buchstabe F zu 3000 M.

Nr. 100.

2. Buchstabe H zu 300 M.

Nr. 445, 575, 623.

3. Buchstabe J zu 75 M.

Nr. 56, 68, 84, 128, 302, 306.

4. Buchstabe K zu 30 M.

Nr. 156, 347.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. Januar 1907 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rück-

gabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen Reihe II Nr. 15 und 16 nebst Anweisungen vom 2. Januar 1907 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang des Wertes den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe mit den Buchstabenbezeichnungen F, G, H, J, K durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten August und Februar jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 15. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 494 Bekanntmachung.**

**Ausreichung der Zinsscheine Reihe VIII zu den 4 %. Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.**

Vom 1. Oktober d. Js. ab findet die Ausreichung der Zinsschein-Reihe VIII Nr. 1 bis 16 nebst Talons zu den 4 %. Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz nach folgenden Bestimmungen statt:

1. Vom 1. Oktober d. Js ab sind die betreffenden Talons mittels einer Nachweisung einzuliefern, zu welcher Formulare von der hiesigen Rentenbankkasse und sämtlichen Kreiskassen der beiden Provinzen unentgeltlich verabreicht werden.
2. Die Einlieferung ist zu bewirken:
   a) **in Münster selbst im Lokale der Rentenbankkasse** an den Wochentagen vormittags von 9 bis 12 Uhr;
   b) **von auswärts** mit der Post portofrei unter der Adresse der unterzeichneten Rentenbankdirektion.

   In beiden Fällen muß die Nachweisung vorschriftsmäßig ausgefüllt und von den Einliefernden unterschrieben sein.

   Werden die Talons im Lokale der Rentenbankkasse abgegeben, so erhält der Einliefernde entweder die neuen Zinsscheine sofort oder eine Gegenbescheinigung, worin ein bestimmter Tag angegeben wird, an welchem die Empfangnahme der Zinsscheine gegen Rückgabe der Gegenbescheinigung zu bewirken ist.

   Werden die Talons mit der Post eingereicht, so erfolgt innerhalb 14 Tagen nach der Absendung entweder die Zusendung der neuen Zinsscheine, und zwar ebenfalls mit der Post auf Gefahr und Kosten der Empfänger, oder eine Benachrichtigung an den Einsender über die obwaltenden Hindernisse.

   Sollte weder das Eine noch das Andere geschehen, so ist der unterzeichneten Rentenbankdirektion davon gleich nach Ablauf der 14 Tage mittels eingeschriebenen Briefes Anzeige zu erstatten.
3. Sind Talons abhanden gekommen, so müssen uns die betreffenden Rentenbriefe eingereicht werden. In solchen Fällen empfiehlt es sich, diese Einreichung sofort zu bewirken, damit nicht etwa vorher die Ausreichung der neuen Zinsscheine an einen Andern auf grund der Talons erfolgt.
4. Zu den bis einschließlich 1. Oktober 1906 ausgelosten Rentenbriefen sind neue Zinsscheine nicht zu verabreichen, vielmehr die bezüglichen Talons bei Einlösung der Rentenbriefe an die Rentenbankkasse mit abzuliefern.

Münster, den 18. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 495** Die Rheinische Perlen- und Porzellanknopf-Fabrik G. m. b. H. zu Worm hat Antrag auf Einziehung und Erwerbung desjenigen Teiles des an der Fabrik vorbeiführenden öffentlichen Weges gestellt, welcher von der Gemeindegrenze an der Spiegelfabrik bis zur nördlichen Grenze des der Gesellschaft gehörigen Grundstückes Flur 6 Nr. 1863/462 gelegen ist.

Der bezügliche Plan liegt auf dem Bürgermeisteramte in Herzogenrath zur Einsicht offen.

Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, Einsprüche gegen dasselbe bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Merkstein, den 18. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Krey.

**Nr. 496** In Gemäßheit des § 14 des Reglements vom 2. Juli 1891 über Gewährung von Entschädigungen für polizeilich angeordnete Tötung rotzkranker Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel und lungenseuchekranken Rindviehes in der Rheinprovinz, sowie des § 10 der Vorschriften vom 27. März 1901 zur Ausführung des Gesetzes vom 22. April 1892, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Tiere, bringe ich die nachstehende Übersicht der Einnahmen und Ausgaben bei den betreffenden Entschädigungsfonds für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 hiermit zur öffentlichen Kenntnis:

| | Entschädigungsfonds für Pferde | | Rindvieh | |
|---|---|---|---|---|
| | ℳ | Pf. | ℳ | Pf. |
| **A. Einnahme:** | | | | |
| 1. Bestand aus 1904 | 2 123 | 65 | 1 723 | 07 |
| 2. Einnahme-Reste | 226 | 50 | 1 621 | 75 |
| 3. Zinsen der als Reservefonds bei der Landesbank hinterlegten Bestände | 8 740 | 44 | 24 431 | 65 |
| 4. Abgaben der Viehbesitzer | 56 929 | 52 | 284 525 | 20 |
| Sa. | 68 020 | 11 | 312 301 | 67 |
| **B. Ausgabe:** | | | | |
| 1. 10 % Veranlagungs- und Hebegebühren von der Einnahme | 5 713 | 08 | 28 605 | 80 |
| 2. 4 % Verwaltungskosten für die Provinzial-Zentralverwaltung von den Zinsen der Reservefonds und den nach Abzug der Veranlagungs- und Hebegebühren verbleibenden Abgaben | 2 407 | 33 | 11 278 | 91 |
| 3. Formularkosten | 174 | 50 | 174 | 50 |
| 4. Entschädigungen für Rotz- und Lungenseuche | 450 | — | — | — |
| 5. " " Milz- und Rauschbrand | 17 537 | 77 | 194 467 | 97 |
| 6. Kosten der Schätzung der gefallenen Tiere | 180 | 65 | 4 291 | 80 |
| 7. Insertionskosten | 27 | 82 | 27 | 83 |
| 8. Zur rentbaren Anlegung | 40 000 | — | 70 000 | — |
| Sa. | 66 491 | 15 | 308 846 | 81 |
| Die Einnahme betrug | 68 020 | 11 | 312 301 | 67 |
| Die Ausgabe " | 66 491 | 15 | 308 846 | 81 |
| Mithin Bestand | 1 528 | 96 | 3 454 | 86 |
| Als Reservefonds sind vorhanden | 380 062 | 20 | 973 376 | 96 |

Düsseldorf, den 12. September 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Westermann.

**Nr. 497** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Dürboslar 1, Dürboslar 2 und Merzenhausen 1, bei Dürboslar und Merzenhausen mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß die Lagepläne gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegen.

Bonn, den 6. September 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 27. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und dem Eisenhütten-Aktienverein Düdelingen zu Düdelingen, Luxemburg, unter dem Namen Dürboslar 1 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Freialdenhoven und Schleiden, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, m, g, h, i, k, l bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 6. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 1. Juli 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und dem Eisenhütten-Aktienverein Düdelingen zu Düdelingen, Luxemburg, unter dem

Namen Dürboslar 2 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Freialdenhoven und Merzenhausen, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben c, d, e, f, g, m bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 6. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 1. Juli 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und dem Eisenhütten-Aktienverein Düdelingen zu Düdelingen, Luxemburg, unter dem Namen Merzenhausen 1 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Merzenhausen, Koslar und Bourheim, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis f bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 6. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 498** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Oberwolfert bei Oberwolfert mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten zu Euskirchen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 10. September 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 4. Mai 1906 wird der Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen zu Aachen unter dem Namen Oberwolfert das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Hellenthal und Wahlen, im Kreise Schleiden, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis k bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Bleierze nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 499** Der unter Nr. 41 des Verzeichnisses der öffentlichen Wege der Gemeinde Lontzen eingetragene, von Lontzen über Beneß nach Astenet führende Fußweg soll im Banne der Gemeinde Lontzen in der Weise verlegt worden, daß derselbe für die Zukunft bereits an der Großhauser Gasse in die Beneßer Wiesen einmündet und an der Walhorner Grenze ca. 50 m nördlich vom bisherigen Durchgang (über die Hick'sche Wiese) den alten Fußweg trifft.

Infolge dieser Verlegung wird der durch die Kleinhauser Hauswiese führende Fußweg (Nr. 42 des Wegeverzeichnisses) überflüssig und soll daher unterdrückt werden. Gleichfalls wird die Einziehung der Großhauser Gasse von der Einmündung des erstgenannten Fußweges ab bis zur Walhorner Grenze beabsichtigt. Endlich ist infolge der Überführung des Lontzen—Walhorner Kommunalweges über das Eisenbahngeleise die Verlegung des Honner Fußweges über die entstandene neue Brücke notwendig geworden.

In Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung veröffentlicht, Einsprüche gegen dasselbe binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der diesbezügliche Plan liegt auf dem Bürgermeisteramte zur Einsicht offen.

Herbesthal, den 15. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.

Der Bürgermeister: Esser.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 500** Das Winter-Semester 1906/07 beginnt bei der Kgl. Universität am Montag den 15. Oktober d. J.

Die Einschreibungen zur Immatrikulation finden in den ersten 3 Wochen des Semesters vormittags von $11\frac{1}{2}$—$12\frac{1}{2}$ Uhr im Senatssaale statt.

Das Verzeichnis der Vorlesungen ist vom ersten Pedellen der Universität zu beziehen.

Münster i. W., den 10. September 1906.

Der z. Rector der Königlichen Universität.

v. Lilienthal.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 38.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 43. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 27. September 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 501** Das 43. Stück enthält unter Nr. 3273: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 27. August 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 502** Das 38. Stück enthält unter Nr. 10753: Gesetz über die Änderung der Landesgrenze gegen das Großherzogtum Hessen zwischen den Gemarkungen Hüttengesäß-Neuwiedermus und Altwiedermus. Vom 12. Februar 1906. Unter Nr. 10754: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Sinzig. Vom 21. August 1906. Unter Nr. 10755: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Herborn, Königstein, Langenschwalbach, Marienberg, Rennerod. Vom 26. August 1906. Das 39. Stück enthält unter Nr. 10756: Gesetz, betreffend die Zulassung einer Verschuldungsgrenze für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Vom 20. August 1906. Unter Nr. 10757: Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Sonneberg nach Eisfeld. Vom 1. Februar 1906. Das 40. Stück enthält unter Nr. 10758: Allerhöchster Erlaß, betreffend die Verleihung des persönlichen Ranges der Räte vierter Klasse an etatsmäßig angestellte Katasterinspektoren. Vom 28. August 1906. Unter Nr. 10759: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladenbach. Vom 13. September 1906. Unter Nr. 10760: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Runkel und Hachenburg. Vom 14. September 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 503** In Ergänzung der Ausführungsanweisung vom 30. November 1903 zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (R.-G.-Bl. S. 113) bestimmen wir, daß hinter dem ersten Satze des zweiten Absatzes der Ziffer 10 der Anweisung folgende Vorschrift neu eingefügt wird:

„Die Anzeigen sind nach Eintragung in das Verzeichnis und bevor sie zu den Akten genommen werden, in angemessenen Zwischenräumen, jedoch mindestens allmonatlich, dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zur Kenntnisnahme mitzuteilen."

Berlin, den 3. September 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
In Vertretung: Wever.

Der Minister des Innern. In Vertretung: von Bischoffshausen.

Der Minister für Handel und Gewerbe. In Vertretung: Dr. Richter.

Vorstehendes wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Aachen, den 24. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 504 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Lüneburg weiter die Nummern 3401 bis 3900 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 22. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 505 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Potsdam weiter die Nummern 4001 bis 7000 überwiesen worden. (Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903, Amtsbl. S. 152.)

Aachen, den 22. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 506** Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs wird die alle zwei Jahre stattfindende allgemeine Kirchen- und Hauskollekte zur Abhilfe der dringendsten Notstände in der evangelischen Landeskirche wiederum am Erntedankfeste, dem 30. September d. Js. in den Kirchen und in der darauf folgenden Zeit in den evangelischen Haushaltungen durch kirchliche Organe gesammelt werden.

Die mit der Einsammlung der Hauskollekte beauftragten Personen werden von den Presbyterien mit einer Bescheinigung versehen werden.

Die Kreiskassen haben die Kollektengelder anzunehmen und an die Regierungs-Hauptkasse abzuführen.

Aachen, den 19. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 507** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Vorstande des Hauptvereins der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung die Erlaubnis erteilt, zum Besten der genannten Stiftung in den Jahren 1907, 1908 und 1909 je eine einmalige Hauskollekte bei den evangelischen Einwohnern der Rheinprovinz durch Deputierte der einzelnen Zweig- bezw. Orts- und Frauenvereine abhalten zu lassen.

Aachen, den 22. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 510** **Über-**

**über die Verwaltung und Verwendung der in der Rheinprovinz vorhandenen**

| Lfd. Nr. | Bezeichnung des Fonds | Gegenstand der Einnahme: Kapitalvermögen am Schlusse des Etatsjahres | | a) Bestand, b) Reste, c) Defekte aus dem Etatsjahre | | Zinsen von Kapitalien | | Strafgelder | | Erlös aus zurückgezahlten Amortisationsbeträgen | | Extraordinär | | Summa der Kolonnen 4 bis 8 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. | M. | Pfg. |
| 1 | 2 | 3 | | 4 | | 5 | | 6 | | 7 | | 8 | | 9 | |
| 1 | Polizeistrafgelderfonds des Regierungsbezirks Aachen | 90000 | — | a) —<br>b) —<br>c) — | —<br>—<br>— | 2700 | — | 25417 | 26 | | | | | 28117 | 26 |

Den nachstehend aufgeführten Städten bezw. Gemeinden werden die von ihren Insassen auf-
Aachen, Düren, Erkelenz, Stolberg, Eupen und Jülich, Andernach, Coblenz, Kreuznach, Mayen,
meistereien Aßlar, Braunfels-Stadt und Land, Greifenstein, Schöffengrund mit Ausnahme
Gemeinde Münchholzhausen, der Bürgermeisterei Rechtenbach, Bonn, Cöln und Münstereifel;
Mettmann, Neuß, Oedt, St. Toenis, Remscheid, Solingen, Vorst, Wülfrath, Vohwinkel,
der Bürgermeistereien Kettwig-Stadt und Land, Altenessen und Borbeck; Trier, Saarbrücken,

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 508** Die unterzeichnete Wegepolizeibehörde beabsichtigt auf den Antrag der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktien-Gesellschaft zu Erkelenz, den Holter-Mühlenweg zwischen den Kataster-Parzellen Flur N Nummer 1026/49 und 975/49 einerseits und 908/127, 910/127, 913/127 und 912/127 andererseits nördlich des früheren von den Hoff'schen Hauses einzuziehen und südlich dieses Hauses zu verlegen.

Ich bringe dies Vorhaben in Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hierdurch zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche binnen 4 Wochen, vom 28. d. Mts. ab gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Erkelenz, den 26. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Hahn.

**Nr. 509** In Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen in Aachen den Antrag auf Einziehung und Verlegung des von Pümpchen nach Münsterbusch in den Schellerweg führenden Fußweges, Johagsweg genannt, gestellt hat. Als Ersatz soll ein neuer 8 m breiter Fahrweg vom Schellergäßchen zum Schellerweg angelegt werden.

Der bezügliche Plan liegt 4 Wochen lang im Rathaus, Zimmer Nr 13, zu Jedermanns Einsicht offen und sind etwaige Einsprüche während dieser Präklusivfrist bei dem Unterzeichneten schriftlich oder mündlich zu Protokoll anzubringen. Die Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung in Aachen.

Stolberg, den 19. September 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Dobbelmann.

**sicht**
**Polizeistrafgelderfonds für das Etatsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906.**

| Gegenstand der Ausgabe: a) Vorschuß, b) Verwaltungs- und Druckkosten, c) Zur Rechnungsregulierung M. | Pfg | Anlagen von Kapitalien resp. Wiederanlage von Amortisationsbeträgen M. | Pfg. | Pflegekosten für verlassene und verwaiste Kinder M. | Pfg. | Extraordinäre und andere Beihülfen an Erziehungsvereine M. | Pfg. | Summa der Kolonnen 10 bis 13 M. | Pfg. | Nach dem Abzug der Ausgaben von den Einnahmen verbleibt ein Bestand resp. ein Vorschuß von M. | Pfg. | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 10 | | 11 | | 12 | | 13 | | 14 | | 15 | | |
| a) 240<br>b) 1158<br>c) — | 90<br>87<br>— | | | 26311 | 11 | | | 27710 | 88 | 406 | 38 | Die Pflegekostenzuschüsse sind mit 10,— M. pro Kind und Monat gewährt worden.<br>Die Armenverbände haben gezahlt . . . 34090,— M.<br>Bewilligt wurden 27710,— M.<br>Demnach blieben ungedeckt . . 6380,— M. |

kommenden Strafgelder von den zuständigen Hebestellen direkt überwiesen:
Münstermaifeld, Boppard, dem Kreise Cochem für seine Gemeinden, Wetzlar, den Bürger-
der rechts vom Wetzbach belegenen Teile der Gemeinden Niederwetz und Neuborn und der
Anrath, Barmen, Cleve, Crefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Hamborn, Kempen, M.-Gladbach,
Wald, Rheydt, Velbert, Duisburg, Essen, Wesel, Mülheim-Ruhr, den Gesamtgemeinden
St. Wendel, Wittlich, Merzig, Neunkirchen und Neuerburg.

**Nr. 511** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Tamen, Tamen 2, Tamen 3, Tamen 4, Tamen 5, Tamen 6, Tamen 7 und Tamen 8 bei Arsbeck und Oberkrüchten mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 15. September 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Arsbeck, im Kreise Heinsberg und Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben l, k, i, n, o, p bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 15. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 2 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Arsbeck, im Kreise Heinsberg und Wegberg, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben u, p, q, r, s, t bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 15. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Arsbeck, im Kreise Heinsberg und Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben u, p, l, m bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 15. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 4 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben f, g, h, i, k, l, m, e bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 15. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 5 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Arsbeck, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, a¹, z bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 15. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 23. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 6 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Arsbeck, im Kreise Heinsberg und Niederkrüchten, im Kreise

Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben c, d, e, x, w, y bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 15. September 1906.
L. S.
Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 22. Mai 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 7 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Arsbeck, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben b, c, y, w, v, z, a¹ bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 15. September 1906.
L. S.
Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 23. Juni 1906 wird dem Konsul Wilhelm Rautenstrauch zu Trier und dem Generaldirektor Anton Raky zu Erkelenz unter dem Namen Tamen 8 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Arsbeck, im Kreise Heinsberg und Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben m, n, v, w, x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 15. September 1906.
L. S.
Königliches Oberbergamt.

**Nr. 512** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Sascha bei Teveren mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 18. September 1906.
Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 2. Juni 1906 wird dem Eschweiler Bergwerksverein zu Eschweiler-Pumpe unter dem Namen Sascha das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Teveren, Scherpenseel und Gangelt, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188956 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben W, K, M, T, N, X, Y bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 18. September 1906.
L. S.
Königliches Oberbergamt.

**Nr. 513** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Elmpt 1, 2, 4, 9, 10, 11 und 12 bei Elmpt mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 18. September 1906.
Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 21. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 1 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben r, s, c, t bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 18. September 1906.
L. S.
Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 27. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin

unter dem Namen Elmpt 2 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, s bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 27. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 4 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben c, d, e, u, r, t bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 14. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 9 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben l, m, n, o, p, w bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Mai 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 10 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188994 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben k, l, w, p, q bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 27. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 11 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben r, u, v, i, k bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommmenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 13. Juni 1906 wird dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein und der Dresdner Bank zu Berlin unter dem Namen Elmpt 12 das Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde Elmpt, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben e, f, g, h, i, v, u bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 18. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 514** Am 9. Oktober 1906, vormittags 11 Uhr, sollen in öffentlicher Verdingung 40000 kg Stahlschrott, mit Kupfer behaftet, von Geschossen herrührend, verkauft werden. Portofreie Angebote mit der Aufschrift „Verdingung auf Abf[illegible] sind bis zum Termin einzusenden. Anschluß [illegible] zur Staatsbahn ist vorhanden.

Bedingungen können hier eingesehen oder nach Einsendung von 50 Pfg. bezogen werden.

Besichtigung der Abfälle an den Wochentagen von 8—3 freigestellt.

Artilleriewerkstatt Lippstadt.

**Nr. 515 Personal-Nachrichten.**

Der Herr Oberpräsident hat den Beigeordneten und Landwirt Heinrich Josef Cremer in Kesternich widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Kesternich umfassenden Standesamtsbezirks ernannt und die Ernennung des Lehrers a. D. Arnold Claßen in Kesternich zum stellvertretenden Standesbeamten dieses Bezirks widerrufen.

Der Herr Oberpräsident hat den Beigeordneten und Landwirt Emil Streerath in Zourshof widerruflich zum Stellvertreter des Standesbeamten des die Landbürgermeisterei Keyenberg umfassenden Standesamtsbezirks ernannt.

Die Verwaltung der Landbürgermeisterei Straß—Bergstein im Kreise Düren ist dem Bürgermeistereiverwalter Otto Adam in Gey endgültig übertragen worden.

Dem zum italienischen Generalkonsul in Cöln für die Rheinprovinz (mit Ausnahme der Regierungsbezirke Coblenz, Düsseldorf und Trier), die Provinz Westfalen und das Fürstentum Waldeck ernannten Chevalier Giulio Amedeo Jona, sowie dem zum italienischen Konsul in Düsseldorf für diesen Regierungsbezirk ernannten Konsul Dr. Otto Heye ist das Exequatur namens des Reichs erteilt worden.

Der zum Generalkonsul der Republik Cuba für das Deutsche Reich mit dem Amtssitze Hamburg ernannte Francisco Federico Falco ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Die bei der katholischen Volksschule zu Jülich, Kreis Jülich, seither einstweilig tätige Lehrerin Maria Plum ist zum 1. Oktober d. J. endgültig angestellt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 39.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 44. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 4. Oktober 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 516** Für die im Jahre 1907 in Berlin abzuhaltende Turnlehrerprüfung ist Termin auf Donnerstag, den 28. Februar 1907 und die folgenden Tage anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Januar 1907, Meldungen anderer Bewerber bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk der Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Januar k. Js. anzubringen.

Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium hierselbst bis zum 1. Januar k. Js. einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach §. 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigefügt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrtätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 19. September 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 517** Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1907 ein Kursus in der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden.

Termin zur Eröffnung desselben ist auf Mittwoch, den 3. April k. Js., anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Januar k. Js., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Januar k. Js. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls bis zum 1. Januar k. Js. anzubringen.

Den Meldungen sind die im §. 3 der Aufnahmebestimmungen vom 3. März 1899 bezeichneten Schriftstücke sowie ein Zeugnis einer geprüften Turnlehrerin über die turnerische Vorbildung und die erlangte körperliche Fertigkeit geheftet beizufügen, die Meldung selbst ist aber mit diesen Schriftstücken nicht zusammenzuheften.

Die endgültige Aufnahme in den Kursus ist von dem Bestehen einer Prüfung abhängig, für welche mindestens Übungen wie die folgenden verlangt werden: Hangeln vorwärts und seitwärts mit Schwung an der wagerechten Leiter; Schaukeln im Beugehang an den Schaukelringen mit Aufschwung beim Vorlaufen, Absprung nach dem fünften Rückschwunge; Schwingen im Querstreckstütz am Barren; ein mäßiger Hoch- und Weitsprung; gewöhnlicher Gang ohne Fassung der Hände auf den Schwebestangen.

Berlin, den 19. September 1906.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage: Müller.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 518** Der Provinzialrat hat der Gemeinde Amel im Kreise Malmedy die Beibehaltung des seit 1904 am 1. Dienstag im Monat August versuchsweise genehmigten Pferdemarktes auf die Dauer weiterer drei Jahre gestattet.

Aachen, den 25. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 519** Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden die Erlaubnis erteilt, zu der mit Genehmigung der Großherzoglich Badi-

schen Regierung im Jahre 1906 zu veranstaltenden öffentlichen Ausspielung von Pferden und Silbergegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose zu vertreiben.

Aachen, den 27. September 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 520 Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 30. September 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 2 |
| desgl. | Aachen Land | 2 | 2 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 4 | 4 |
| desgl. | Eupen | 3 | 6 |
| desgl. | Jülich | 2 | 2 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| Geflügelcholera | Eupen | 1 | 1 |

Aachen, den 2. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 521 Bekanntmachung.**

Das Geschäftszimmer der Königlichen Oberförsterei Hürtgen ist mit dem 1. Oktober d. Js. von Düren nach Hürtgen zurückverlegt worden.

Aachen, den 1. Oktober 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 522** Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie von der Provinzialstraße Aachen-Eupen km 4,3 nach dem Forsthaus Lichtenbusch liegt vom 1. Oktober 1906 ab auf 4 Wochen bei dem Telegraphenamt in Aachen aus.

Aachen, den 26. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 523 Bekanntmachung.**

In Aldringen ist eine Posthilfstelle mit Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 27. September 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

**Nr. 524** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Brüggen I bei Brüggen mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Düren zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 24. September 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 3. Juli d. Js. wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein unter dem Namen Brüggen I das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Born und Brüggen, im Kreise Kempen, Regierungsbezirk Düsseldorf und in den Gemeinden Elmpt und Niederkrüchten, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 24. September 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 525** Am 9. Oktober 1906, vormittags 11 Uhr, sollen in öffentlicher Verdingung 40000 kg Stahlschrott, mit Kupfer behaftet, von Geschossen herrührend, verkauft werden. Portofreie Angebote mit der Aufschrift „Verdingung auf Abfälle" sind bis zum Termin einzusenden. Anschlußgeleise zur Staatsbahn ist vorhanden.

Bedingungen können hier eingesehen oder nach Einsendung von 50 Pfg. bezogen werden.

Besichtigung der Abfälle an den Wochentagen von 8—3 freigestellt.

Artilleriewerkstatt Lippstadt.

**Nr. 526 Personal-Nachrichten.**

Der Landgerichtssekretär Krüger in Cöln ist an das Oberlandesgericht daselbst versetzt.

Versetzt sind: Der Ober-Postpraktikant Rond[illegible] von Düren (Rhld.) nach Barmen-Unterbarmen, die Postsekretäre Arens von Aachen nach Erkelenz und Schilz von Aachen nach Wittlich, der Ober-Postassistent Ludovici von Erkelenz nach Aachen und der Postassistent Lorenz von Oberhausen (Rhld.) nach Aachen. Ernannt sind: Der Ober-Postassistent Ludovici in Aachen zum Postsekretär und der Postassistent Leigsnering in Aachen zum Ober-Postassistenten.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 40.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 45. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 11. Oktober 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 527** Bekanntmachung.

Zulassung von Feldpostpaketen mit Flüssigkeiten an die Truppen in Deutsch-Südwestafrika.

Die Versendung von Flüssigkeiten, die seither im Feldpostpaketverkehr mit den Truppen in Deutsch-Südwestafrika ausgeschlossen war, wird von jetzt ab unter folgenden Bedingungen versuchsweise zugelassen. Die Flüssigkeiten müssen in gut verlöteten Blechbehältern (Blechbüchsen) enthalten sein. Der Raum zwischen diesen und dem äußeren Behältnisse (Kistchen oder fester Karton) ist mit Sägespänen, Kleie oder einem anderen aufsaugenden Stoffe auszufüllen. Im übrigen unterliegen die Sendungen mit Flüssigkeiten den für die Feldpostpakete nach Deutsch-Südwestafrika allgemein geltenden Versendungsbedingungen.

Berlin W 66, den 2. Oktober 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 528** Urkunde über Errichtung der Pfarre Unterbruch, Kreis Heinsberg.

Durch die Opferwilligkeit der Bevölkerung war in Unterbruch, Pfarre Heinsberg, eine Kirche und Wohnung für den Geistlichen gebaut, eine Dotation beschafft und die Anstellung eines Geistlichen möglich geworden. Für die Vermögensverwaltung war durch Errichtung einer selbständigen Kapellengemeinde gesorgt. Nachdem diese Verhältnisse sich bewährt haben, habe ich dem dringenden Wunsche der Bevölkerung entsprechend beschlossen, die Kapellengemeinde Unterbruch zur Pfarre zu erheben. Nach Anhörung und unter Zustimmung aller Beteiligten wird demnach bestimmt, was folgt:

1. Die selbständige Kapellengemeinde Unterbruch wird zur Pfarre erhoben. Die Grenzen, welche auf beiliegender Karte mit blauer Farbe eingetragen sind, sollen dieselben sein, wie die der bisherigen Kapellengemeinde.

2. Am Tage des Inkrafttretens gegenwärtiger Urkunde scheiden die katholischen Bewohner des vorbenannten Bezirks aus der Pfarre Heinsberg aus und werden Mitglieder der neuen Pfarre Unterbruch.

3. Die sämtlichen Vermögensstücke der bisherigen Kapellengemeinde werden der neuen Pfarre überwiesen.

4. Das Diensteinkommen des Pfarrers ergibt sich nach dem Gesetze vom 2. Juli 1898. Die Alterszulagen werden, sofern die Pfarrgemeinde zu deren Aufbringung über ein Diensteinkommen von 2600 Mark hinaus unfähig ist, zur einen Hälfte seitens der Erzbischöflichen Behörde aus kirchlichen Mitteln gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte seitens des Staates geleistet wird.

5. Die gegenwärtige Urkunde tritt am 1. November 1906 in Kraft.

Cöln, den 28. September 1906.

Der Erzbischof von Cöln:
gez. Antonius Card. Fischer.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 28. September 1906 von dem Kardinal-Erzbischofe von Cöln kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde Unterbruch wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen p. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 4. September 1906 — G. II. 5057 II — uns erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Aachen, den 9. Oktober 1906.

(L. S.)

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
Hahn.

**Nr. 529** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | mittel M. | Pf. | gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | 50 | 19 | 50 | — | — | 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 06 | 17 | 81 | — | — | 16 | 69 | 16 | 44 | — | — | 14 | — | — | — | — | -- |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 17 | 65 | 16 | 65 | — | — | 15 | 69 | 14 | 69 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | von der Keule M. | Pf. | vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 6 | — | 145 | — | 1 | 85 | 1 | 50 | 2 | 30 | 1 | 90 | 1 | 80 | 1 | 90 | 2 | 63 | 5 | 94 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 115 | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 52 | 5 | 87 | — | — | — | — |
| — | — | 5 | 30 | 140 | — | 1 | 90 | 1 | 70 | 2 | 20 | 2 | 20 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 70 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | 20 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 50 | 6 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | 40 | 5 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 60 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 60 | 5 | 70 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 4 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 134 | — | 1 | 76 | 1 | 56 | 2 | 04 | 1 | 83 | 1 | 79 | 1 | 98 | 2 | 49 | 5 | 70 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat September 1906.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 16<br>17 | 19<br>– | 15 | 69 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 7 | — | 6<br>7 | —<br>[illegible] |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 55 | — | — |
| 15<br>16 | 03<br>04 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 3<br>4 | 80<br>90 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 40 | — | 44 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 8 | 10 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 41 | 35 | — | 42 | 50 | 6 | 96 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats September 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafer-Grütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz (hiesiges) | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 29 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 90 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | 20 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 40 | — | 52 | — | 44 | — | 56 | — | 50 | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 47 | — | 36 | — | 54 | — | 54 | — | 48 | 2 | 38 | 3 | 06 | — | 21 | 1 | 84 | — | 15 |

e Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört.
ie als höchste Tagespreise des Monats September 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des
ufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter
r Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide
ıländischen Ursprungs.

Aachen, den 5. Oktober 1906. Der Regierungs-Präsident. Im Auftrage: Sträter.

**Nr. 530** Mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist vom 1. Oktober ds. Js. ab die nach der Bekanntmachung vom 23. Juli 1902 (Amtsbl. von 1902 St. 20 S. 138) dem Forstratsbezirk Aachen-Schleiden zugeteilte Oberförsterei Rötgen von diesem abgezweigt und dem Forstratsbezirk Aachen-Montjoie zugelegt worden.

Aachen, den 3. Oktober 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 531** **Bekanntmachung.**

**Ausreichung der Zinsscheine Reihe VIII zu den 4 %. Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.**

Vom 1. Oktober d. Js. ab findet die Ausreichung der Zinsschein-Reihe VIII Nr. 1 bis 16 nebst Talons zu den 4 %. Rentenbriefen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz nach folgenden Bestimmungen statt:

1. Vom 1. Oktober d. Js ab sind die betreffenden Talons mittels einer Nachweisung einzuliefern, zu welcher Formulare von der hiesigen Rentenbankkasse und sämtlichen Kreiskassen der beiden Provinzen unentgeltlich verabreicht werden.
2. Die Einlieferung ist zu bewirken:
   a) **in Münster selbst im Lokale der Rentenbankkasse** an den Wochentagen vormittags von 9 bis 12 Uhr;
   b) **von auswärts** mit der Post portofrei unter der Adresse der unterzeichneten Rentenbankdirektion.

   In beiden Fällen muß die Nachweisung vorschriftsmäßig ausgefüllt und von den Einliefernden unterschrieben sein.

   Werden die Talons im Lokale der Rentenbankkasse abgegeben, so erhält der Einliefernde entweder die neuen Zinsscheine sofort oder eine Gegenbescheinigung, worin ein bestimmter Tag angegeben wird, an welchem die Empfangnahme der Zinsscheine gegen Rückgabe der Gegenbescheinigung zu bewirken ist.

   Werden die Talons mit der Post eingereicht, so erfolgt innerhalb 14 Tagen nach der Absendung entweder die Zusendung der neuen Zinsscheine, und zwar ebenfalls mit der Post auf Gefahr und Kosten der Empfänger, oder eine Benachrichtigung an den Einsender über die obwaltenden Hindernisse.

   Sollte weder das Eine noch das Andere geschehen, so ist der unterzeichneten Rentenbankdirektion davon gleich nach Ablauf der 14 Tage mittels eingeschriebenen Briefes Anzeige zu erstatten.
3. Sind Talons abhanden gekommen, so müssen uns die betreffenden Rentenbriefe eingereicht werden. In solchen Fällen empfiehlt es sich, diese Einreichung sofort zu bewirken, damit nicht etwa vorher die Ausreichung der neuen Zinsscheine an einen Andern auf grund der Talons erfolgt.
4. Zu den bis einschließlich 1. Oktober 1906 ausgelosten Rentenbriefen sind neue Zinsscheine nicht zu verabreichen, vielmehr die bezüglichen Talons bei Einlösung der Rentenbriefe an die Rentenbankkasse mit abzuliefern.

Münster, den 18. August 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz
und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 532** Auf Anordnung der unterzeichneten Behörde liegen die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten“ und „die Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen für die Garnisonbauten“ während des Monats Oktober d. J. in den Geschäftszimmern der Garnison-Verwaltungen zu Coblenz, Bonn, Cöln, Jülich, Aachen, Trier, Saarlouis und Saarbrücken an den Werktagen während der Dienststunden von 10—12 Uhr des Vormittags zur Einsicht offen, um den Unternehmern, welche sich bei der Verdingung von bezüglichen Arbeiten und Lieferungen beteiligen wollen, Gelegenheit zu bieten, sich eingehend zu unterrichten. Auf Wunsch werden Abschriften gegen Kosten-Erstattung von den Garnison-Verwaltungen verabfolgt.

Intendantur des 8. Armee-Korps.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 533** Die Anlegung des Grundbuchs für die Gemeinde Lürheim hat begonnen.

Düren, den 5. Oktober 1906.

Königliches Amtsgericht 9.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 41 und die Sonderbeilage, enthaltend Auszug aus der Anweisung des Finanzministers vom 25. Juli 1906 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 46. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 18. Oktober 1906.




### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 534** Der Polizeidiener Derousseaux zu Herbesthal hat am 20. September d. Js. den zweijährigen Sohn des Postschaffners Hubert Homburg aus Herbesthal durch tatkräftige Hülfe vom Tode des Ertrinkens errettet.

Für dieses mutige Verhalten erteile ich ihm hierdurch eine öffentliche Belobigung.

Aachen, den 11. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 535** Im 3. Vierteljahr 1906 sind aus dem Auslande in den Regierungsbezirk Aachen
50782 kg frisches Rindfleisch einschl. Kalbfleisch
und 70365,55 kg frisches Schweinefleisch
eingeführt worden.

Aachen, den 12. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 536** In Forsthaus Heuem ist eine Telegraphenbetriebsstelle eingerichtet worden.

Aachen, den 9. Oktober 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Pfaehler.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 537** Bei den Posthilfstellen in Hostel und Glehn, Kreis Schleiden, ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden.

Aachen, den 12. Oktober 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Pusch.

#### Pferde-Verkauf.

**Nr. 538** Am 20. Oktober 1906, vormittags $11\frac{1}{2}$ Uhr, wird im Lager Elsenborn vor dem Kommandanturstalle ein gutes, ausrangiertes Zugpferd öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Kommandantur.

#### Bekanntmachung.

**Nr. 539** In Gemäßheit des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der hier, Scherbergerstraße, wohnhafte Arnold Meeßen den Antrag gestellt hat, den über die Parzellen Flur 5 Nr. 1562 und 1563 führenden Fußpfad teilweise zu verlegen.

Der bezügliche Plan liegt während 4 Wochen auf dem hiesigen Rathaus, Zimmer 3, zu jedermanns Einsicht offen.

Etwaige Einsprüche sind während dieser Ausschlußfrist bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Die Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Aachen.

Würselen, den 10. Oktober 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Schaeffer.

**Nr. 540** **Personal-Nachrichten.**

Personal-Chronik des Landgerichtsbezirks Aachen.

Der Gerichtsschreiber Mürriger in Gemünd ist mit Pension in den Ruhestand versetzt. Versetzt sind der Gerichtsschreiber Pfingsten vom Landgericht an das Amtsgericht in Aachen, der Gerichtsschreiber Nordmann vom Amtsgericht zu Aachen an das Amtsgericht zu Düren und der Gerichtsschreiber Bellinger vom Amtsgerichte in Düren an das Landgericht in M.Gladbach.

Der Schulamtsbewerberin Elisabeth Kraus zu Mariaweiler, Kreis Düren, ist auf Grund der Instruktion des Königlichen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1839 die Erlaubnis zur Übernahme einer Hauslehrerinnenstelle im hiesigen Regierungsbezirk erteilt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Wilhelm Kranzhoff bei der katholischen Volksschule zu Breinig, Kreis Aachen-Land;
2. Heinrich Heinen bei der katholischen Volksschule zu Alsdorf, Kreis Aachen-Land;

3. Theodor Kelleter bei der katholischen Volksschule zu Fronhoven, Kreis Jülich;
4. Konrad Ditgens bei der katholischen Volksschule zu Ameln, Kreis Jülich;
5. Friedrich Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Rommelsheim, Kreis Düren;
6. Hermann Kreienberg bei der katholischen Volksschule zu Gürzenich, Kreis Düren;
7. Peter Klinkenberg bei der katholischen Volksschule zu Merzenich, Kreis Düren;
8. Theodor Binz bei der katholischen Volksschule zu Wollersheim, Kreis Düren;
9. Heinrich Küster bei der katholischen Volksschule zu Eupen, Kreis Eupen;
10 Paul Mandelartz bei der katholischen Volksschule zu Baesweiler, Kreis Geilenkirchen;
11. Karl Kuhl bei der katholischen Volksschule zu Uebach, Kreis Geilenkirchen;
12. Heinrich Lüpschen bei der katholischen Volksschule zu Ondenval, Kreis Malmedy;
13. Hermann Kalz bei der katholischen Volksschule zu Immerath, Kreis Erkelenz;
14. Martin Költer bei der katholischen Volksschule zu Niederkrüchten, Kreis Erkelenz;
15. Bernhard Kirschhoff bei der katholischen Volksschule zu Elmpt, Kreis Erkelenz;
16. Hubert Graf bei der katholischen Volksschule zu Granterath, Kreis Erkelenz;
17. Josef Gülpen bei der katholischen Volksschule zu Doveren, Kreis Erkelenz;
18. Karl Lillotte bei der katholischen Volksschule zu Lückerath, Kreis Schleiden;
19. Hubert Loevenich bei der katholischen Volksschule zu Krekel, Kreis Schleiden;
20. Robert Merzenich bei der katholischen Volksschule zu Rinnen, Kreis Schleiden;
21. Nikolaus Schroth bei der katholischen Volksschule zu Reetz, Kreis Schleiden;
22. Wilhelm Wiesen bei der katholischen Volksschule zu Rohr, Kreis Schleiden;
23. Ida Heimerscheid bei der katholischen Volksschule zu Aachen-Rothe Erde, Stadtkreis Aachen, mit dem 1. Oktober d. Js.;
24. Katharina Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Pattern bei Mersch, Kreis Jülich;
25. Maria Deplat bei der katholischen Volksschule zu Düren, Kreis Düren;
26. Margaretha Schmitt bei der katholischen Volksschule zu Derichsweiler, Kreis Düren.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 42.

Druck von J. Sterken, Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 47. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 25. Oktober 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 541** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Oktober 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 2 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 6 | 9 |
| desgl. | Eupen | 3 | 6 |
| desgl. | Heinsberg | 1 | 2 |
| desgl. | Jülich | 3 | 3 |
| desgl. | Malmedy | 2 | 2 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 1 |

Aachen, den 18. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 542** Der Herr Minister des Innern hat dem Volksheilstättenvereine vom Roten Kreuz in Berlin die Erlaubnis erteilt, zum Besten des „Cecilienheims" drei Verlosungen von Silbergeräten zu veranstalten und die Lose in der gesamten Monarchie zu vertreiben.

Bei jeder Verlosung sollen 120000 Lose zu je 3 Mark ausgegeben werden und 5793 Gewinne im Gesammtwerte von 150000 Mark zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung der ersten Verlosung wird voraussichtlich im Januar k. Js. in Berlin stattfinden.

Aachen, den 14. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 543** Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist der Beginn des nächsten Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg auf Montag, den 4. Februar k. Js., festgesetzt.

Anmeldungen sind zu richten an den Leiter des Institutes, Stabsveterinär a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße 58.

Aachen, den 12. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 544** **Bekanntmachung.**
An der Taubstummen-Anstalt zu Cöln soll am 22. Juni 1907 gemäß der Prüfungsordnung für Lehrer an Taubstummen-Anstalten vom 27. Juni 1878 die Prüfung für die Befähigung zur Anstellung an Taubstummen-Anstalten abgehalten werden.

Zu dieser Prüfung werden zugelassen:

Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Schullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden, sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt haben und sich über ihre bisherige ordnungsmäßige Führung auszuweisen vermögen.

Den Meldungen zu dieser Prüfung, welche von uns bis spätestens zum 1. Dezember angenommen werden, sind beizufügen:

1. ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, das Bekenntnis und das augenblickliche Amtsverhältnis des Bewerbers anzugeben ist;
2. die Zeugnisse über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen;
3. ein Zeugnis über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers im Taubstummen-Unterricht;
4. ein amtliches Führungszeugnis;
5. ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels

berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über normalen Gesundheitszustand.

Der Bewerber erhält nach seiner Meldung von uns ein Thema aus dem Gebiete des Taubstummenbildungswesens, dessen Bearbeitung er binnen längstens 6 Monaten mit der Versicherung einzureichen hat, daß er keine anderen als die von ihm angegebenen Hülfsmittel benutzt habe.

Über den Gang der mündlichen und praktischen Prüfung gibt die Prüfungs-Ordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 11. Oktober 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
Buschmann.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 545** In Loverich und Floverich sind Telegraphenhilfstellen eingerichtet worden.

Aachen, den 15. Oktober 1906.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. V.: Busch.

**Nr. 546 Personal-Nachrichten.**

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Gemeindeförster Frembgen zu Elmpt, im Kreise Erkelenz, den Königlichen Kronen-Orden IV. Klasse zu verleihen.

Zufolge Erlasses des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ist der zum ottomanischen Generalkonsul in Cöln und gleichzeitig zum Vorsteher eines in Düsseldorf neu errichteten ottomanischen Konsulats mit dem Amtssitz an letzterem Ort ernannte Herr C. Menshausen zur einstweiligen Ausübung konsularischer Funktionen zuzulassen.

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Karoline Zambona bei der evangelischen Volksschule zu Aachen.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Königlichen Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande zu Düsseldorf:

Verliehen: Dem Regierungsrat Früh, bisher Hülfsarbeiter im Kollegium der Königlichen Generalkommission, eine etatsmäßige Ratsstelle, dem Spezialkommissions-Bureau-Diätar Riebschläger zu Prüm eine etatsmäßige Spezialkommissions-Sekretärstelle.

Einberufen zur Generalkommission: Der Gerichts-Assessor Beicher zu Frankfurt a. M. behufs Ausbildung für das Amt eines Spezialkommissars.

Ernannt: Der Spezialkommissions-Bureau-Diätar Nordmann zu Düsseldorf zum Generalkommissions-Bureau-Diätar.

Versetzt: Der Gerichts-Assessor Peltzer von Düsseldorf nach Sigmaringen; der Gerichts-Assessor Fuchs von Düsseldorf nach Adenau unter Übertragung der einstweiligen Verwaltung der Spezialkommission daselbst; der Ökonomie-Kommissions-Gehülfe Dr. Grebe von Adenau nach Neuwied; die Spezialkommissions-Sekretäre Hermann von Wetzlar nach Cöln und Schäfer von Cöln nach Wetzlar: die Landmesser Doogs von Düsseldorf nach Sigmaringen, Heckert von Wetzlar nach Adenau, Mock von Cöln nach Eitorf, Schultze von Düsseldorf nach Düren, Meyer II von Sigmaringen nach Altenkirchen, Blobel von Eitorf nach Prüm, Holderer von Düsseldorf nach Cöln, Jarosch von Düsseldorf nach Prüm, Cohausz von Düsseldorf nach Düren, Mennecke von Altenkirchen nach Sigmaringen, Termehr von Düsseldorf nach Trier, Dieck von Düsseldorf nach Düren, Nadolny von Düsseldorf nach Wetzlar und Crusius von Düsseldorf nach Cöln.

Zurückversetzt: Die bisher an der landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Poppelsdorf als Assistenten für den geodätischen Unterricht beschäftigten Landmesser Dorn in den Geschäftsbezirk der Generalkommission zu Cassel und Oessenich in den Geschäftsbezirk der Generalkommission zu Münster.

Überwiesen: Der Oberlandmesser Timme aus dem Geschäftsbezirk der Generalkommission zu Bromberg in den der Generalkommission zu Düsseldorf unter Versetzung nach Aachen, der Landmesser Rom zu Cöln der landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Poppelsdorf als Assistent für den geodätischen Unterricht, der Spezialkommissions-Sekretär Möbest zu Eitorf der Königlichen Ansiedelungskommission zu Posen unter Versetzung an die Spezialkommission daselbst, der Spezialkommissions-Bureau-Diätar Siegfried zu Aachen der Tierärztlichen Hochschule zu Hannover als Hochschul-Bureau-Diätar.

Gestorben: Der Landmesser Kehlmann.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 43.

---

Druck von J. Sterken, Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 48. Ausgegeben zu Aachen, Freitag, den 2. November 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 547 Statut für die Dränage-Genossenschaft zu Oberzier im Kreise Düren.**

§. 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen Oberzier und Ellen werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Meliorationstechnikers Strate zu Düsseldorf vom 19 August 1905 durch Dränage zu verbessern.

Auf den zum Meliorationsplane gehörenden zwei Karten ist das Meliorationsgebiet mit einer karminroten Linie begrenzt. In dem zugehörigen Teilnehmerverzeichnisse sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karten und Teilnehmerverzeichnis werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Dränagegenossenschaft zu Oberzier" und hat ihren Sitz in Oberzier.

§. 3. Die Kosten der Herstellung aller gemeinschaftlichen Anlagen mit Einschluß der Vertiefung der bereits vorhandenen und der Neuanlage der noch auszubauenden Vorflutgräben werden von der Genossenschaft getragen, ebenso die Kosten ihrer Unterhaltung mit Ausnahme der Kosten der Unterhaltung der Vorflutgräben, welche der politischen Gemeinde Oberzier beziehungsweise Ellen (Vorflutgraben Nr. 1) laut Auseinandersetzungsplan von Oberzier obliegt.

§. 4. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung der Auseinandersetzungsbehörde und unter Mitwirkung des Vorstehers ausgeführt.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft unter Leitung des Vorstehers unterhalten.

§. 5. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zu dränierenden Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der zu dränierenden Grundstücke aufgebracht. In dem im §. 1 dieses Statutes genannten Teilnehmerverzeichnisse sind unter B laufende Nummer 1 bis incl. 18 Flächen aufgeführt, welche lediglich im Vorflutinteresse zugezogen sind. Diese Flächen bleiben von allen Beiträgen zu den Genossenschaftslasten befreit.

§. 6. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden Oberzier und Ellen bekannt zu machen.

über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§. 7. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§. 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 10. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je angefangene zwanzig Ar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach ortsüblicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 11. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:
a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) zwei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt und müssen so lange ihr Amt wahrnehmen, bis der neue Vorsteher und sein Stellvertreter bestätigt ist. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§. 12. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen, und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem

orsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum weiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf die Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§. 13. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Mitwirkung bei der Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Grabenräumung mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§. 6 und 18) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 14. Die genossenschaftlichen Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher mindestens vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§. 15. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§. 16. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§. 17. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Teilnehmerverzeichnisses des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in den Gemeinden Oberzier und Ellen.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§. 18. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören, soweit die Auseinandersetzungsbehörde nicht zuständig ist, zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft

oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§. 19. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Soweit nicht nach diesem Statute die ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§. 20. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

---

Vorstehendes Statut, welchem die Beteiligten zugestimmt haben, wird auf Grund der §§. 57 und 82 des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt.

Berlin, den 7. September 1906.

(L. S.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: gez. Küster.

Zu I C b 7775.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 548** Gemäß § 45 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152) wird das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1906 in Betracht kommende Reineinkommen der gesamten preußischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen auf den Betrag von

323 266 751 Mark

hierdurch festgestellt.

Von diesem Gesamtreineinkommen unterliegen nach dem Verhältnisse der erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen der Besteuerung

A. Durch die beteiligten preußischen Gemeinden . . . 286 104 768 M.
B. Durch die beteiligten preußischen Kreise . . . . . 293 625 100 M.

Berlin, den 21. Oktober 1906.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
Breitenbach.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 549** Der Franz Ophoven in Floverich, Kreis Geilenkirchen, hat den für ihn am 4. Dezember 1905 unter Nr. 3069 zu 48 Mark für das laufende Jahr ausgefertigten, zum Handel mit jungen Schweinen berechtigenden Gewerbeschein verloren. Nachdem wir eine zweite Ausfertigung dieses Gewerbescheines erteilt haben, erklären wir die erste Ausfertigung hierdurch für ungültig und fordern die Polizeibehörden auf, dieselbe, falls sie vorgezeigt werden sollte, anzuhalten und hierher einzureichen.

Aachen, den 29. Oktober 1906.

Königliche Regierung,
Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.
von Peguilhen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 550** Nachdem die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten um die Anstalten Galkhausen bei Langenfeld (Rhld.) und Johannisthal bei Süchteln vermehrt worden sind, hat der Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. hinsichtlich der Aufnahmebezirke der einzelnen Anstalten folgende anderweite Bestimmung getroffen:

I. Der Aufnahmebezirk der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen umfaßt die Kreise Lennep, Remscheid, Solingen Stadt und Land sowie Cöln Stadt, letzteren in den Monaten März, April, August, September, Oktober und Dezember (abgezweigt von der Anstalt Bonn); ferner die Kreise Elberfeld und Barmen (abgezweigt von der Anstalt Grafenberg).

II. Der Aufnahmebezirk der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Johannisthal umfaßt die Kreise Cleve, Geldern, Moers und Neuß (abgezweigt von

Grafenberg) sowie Kempen, Gladbach Stadt und Land und Crefeld Stadt und Land (abgezweigt von Düren).

III. Der Kreis Schleiden wird von der Anstalt Bonn abgezweigt und der Anstalt Düren wieder zugewiesen.

IV. Im übrigen bleiben die Aufnahmebezirke der einzelnen Anstalten unverändert.

Indem ich diesen Beschluß des Provinzialausschusses hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringe, ersuche ich, die Aufnahmeanträge nach Maßgabe dieser Bestimmungen an die betreffenden Anstalten richten zu wollen.

Düsseldorf, den 27. Oktober 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Dr. von Renvers.

**Nr. 551** Die Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier zu Kohlscheid hat die Aufhebung des von dem Bardenberg—Duffesheiderwege ausgehenden, an der Schachtanlage vorbei nach Reifeld führenden Weges bezw. die Verlegung desselben durch Flur 3 Nr. 73, 445/47, 444/47, 48, 49, 50, 43, 100, 101, 120, 121, 397/119 und 396/117 beantragt.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, Einsprüche gegen dasselbe binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Der die Aufhebung bezw. Verlegung nachweisende Plan liegt auf dem Bürgermeisteramte hierselbst zur Einsicht offen.

Bardenberg, den 25. Oktober 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister
Boeck.

**Nr. 552 Personal-Nachrichten.**

Der Bürgermeistereiverwalter Wilhelm Brückmann in Richterich ist endgültig zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Richterich ernannt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 44.

---

Druck von J. Stercken, Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 49. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 8. November 1906.




### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 553** Das 44. Stück enthält unter Nr. 3274: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 7. Oktober 1906.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 554** **Statut**
**für die Dränage-Genossenschaft zu Morschenich im Kreise Düren.**

§ 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in der Gemarkung Morschenich werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Königlichen Landmessers Tiedtke zu Düren vom 21. September 1905 durch Dränage zu verbessern.

Auf den zum Meliorationsplane gehörigen fünf Karten ist das Meliorationsgebiet mit einer karminroten Linie begrenzt. In dem zugehörigen Teilnehmerverzeichnisse sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karten und Teilnehmerverzeichnis werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veräuderung der Anlage betroffen werden.

§ 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Dränagegenossenschaft zu Morschenich“ und hat ihren Sitz in Morschenich.

§ 3. Die Kosten der Herstellung aller gemeinschaftlichen Anlagen mit Einschluß der Vertiefung der bereits vorhandenen Vorflutgräben werden von der Genossenschaft getragen, ebenso die Kosten ihrer Unterhaltung mit Ausnahme der Kosten der Unterhaltung der Vorflutgräben, welche der politischen Gemeinde Morschenich beziehungsweise der politischen Gemeinde Golzheim (Vorflutgraben B. B.) obliegt. Die Verlegung und künftige Unterhaltung der bereits ausgebauten Sammler übernimmt die Genossenschaft.

§ 4. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung der Auseinandersetzungsbehörde und unter Mitwirkung des Vorstehers ausgeführt.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

Die gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft unter Leitung des Vorstehers unterhalten.

§ 5. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zu dränierenden Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der zu dränierenden Grundstücke aufgebracht.

In dem im § 1 dieses Statutes genannten Teilnehmerverzeichnisse sind unter B laufende Nummer 1 bis incl. 19 Flächen aufgeführt, welche lediglich im Vorflutinteresse zugezogen sind. Diese Flächen bleiben von allen Beiträgen zu den Genossenschaftslasten befreit.

§ 6. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in der Gemeinde Morschenich bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§ 7. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statut vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§ 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 10. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je angefangene zwanzig Ar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach ortsüblicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Wegen der Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter finden die für Gemeindewahlen am Sitze der Genossenschaft gültigen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 11. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) zwei weiteren Beisitzern.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt und müssen so lange ihr Amt wahrnehmen, bis der neue Vorsteher und sein Stellvertreter bestätigt ist. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§ 12. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den

Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen, und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 13. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Mitwirkung bei der Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Grabenräumung mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§ 6 und 18) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

**§ 14.** Die genossenschaftlichen Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§ 15. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§ 16. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§ 17. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Teilnehmerverzeichnisses des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Wassergenossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in der Gemeinde Morschenich.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem

Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 18. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören, soweit die Auseinandersetzungsbehörde nicht zuständig ist, zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 19. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§ 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Soweit nicht nach diesem Statute die ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§ 20. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

---

Vorstehendes Statut, welchem die Beteiligten zugestimmt haben, wird auf Grund der §§ 57 und 58 des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt.

Berlin, den 8. September 1906.

(L. S)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: gez. Wesener.

Zu I C b 7116.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 555** **Bekanntmachung.**

Gemäß § 21 der Provinzialordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 250) bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 27. Juli d. Js. zur öffentlichen Kenntnis, daß an Stelle des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Karl Friederichs in Remscheid der Kaufmann Hermann Hasenclever in Remscheid-Ehringhausen zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten für den Stadtkreis Remscheid gewählt worden ist.

Coblenz, den 28. Oktober 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.

Im Auftrage: Schultz.

**Nr. 556** Am 1. Dezember d. Js. findet im preußischen Staate eine außerordentliche Viehzählung keineren Umfanges statt. Bei der Ausführung kommen folgende Bestimmungen in Anwendung:

1. Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 1. Dezember d. Js vorzunehmen und hat sich auf Pferde, Rinder, Schafe und Schweine zu erstrecken. Außerdem ist durch sie die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirtschaften) in jedem Gehöfte (Hause) usw. festzustellen.

2. Durch die Zählung soll der Viehstand jedes Gehöftes oder Anwesens (Hauses nebst zugehörigen Nebengebäuden) ermittelt werden, mit der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei dem Gehöfte (Hause), zu welchem es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirtshäusern, Ausspannungen, unberücksichtigt bleibt.

3. Die Zählung ist unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorzunehmen. Sie geschieht nach Gemeinden und Gutsbezirken.

4. Die Aufnahme erfolgt von Gehöft zu Gehöft (Haus zu Haus) mittels Aufzeichnung des durch

wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes und der im Gehöfte (Hause) vorhandenen viehbesitzenden Haushaltungen in Zählkarten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern oder auf Schiffen, Pferde in Bergwerken, nicht übergangen werden.

5. Die Zählkarten sind durch die Gehöft- bezw. Hausbesitzer oder die Verwalter bezw. deren Vertreter auszufertigen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Wo dies nicht möglich erscheint, ist die Ausfertigung und Beglaubigung durch den Zähler, und zwar auf Grund an Ort und Stelle persönlich einzuziehender Erkundigungen, zu bewirken.

6. Die ausgefertigten Zählkarten sind von den mit der Leitung der Zählung betrauten örtlichen Behörden genau zu prüfen. Erforderliche Ergänzungen und Berichtigungen sind sofort zu veranlassen und müssen am 9. bezw. 14. Dezember d. Js. beendet sein. Etwa nötige Nachzählungen sind auf den Stand vom 1. Dezember d. Js. zu beziehen. Die Angaben in den Zählkarten dürfen zu keinerlei Steuerzwecken benutzt werden.

7. Dem Königlichen Statistischen Landesamte in Berlin S. W. 68, Lindenstr. 28, ist die Vorbereitung der Erhebung sowie die Prüfung und Zusammenstellung der Zählungsergebnisse übertragen.

Aachen, den 8. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 557** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betreffend die Prüfungsordnung für Hufschmiede, vom 28. Oktober 1904 (A.-Bl. S. 253) und unter Hinweis auf die §§ 3 und 4 des damit veröffentlichten Reglements bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die Prüfung im vierten Vierteljahr 1906

am Samstag, den 29. Dezember, vormittags 9 Uhr,

stattfinden wird.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn Veterinär-Rat Barahski hierselbst, zu richten.

Aachen, den 30. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 558** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 31. Oktober 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Aachen Land | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 6 | 8 |
| desgl. | Eupen | 2 | 3 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 4 |
| desgl. | Jülich | 5 | 5 |
| desgl. | Malmedy | 2 | 2 |

Aachen, den 4. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 559** Auf Antrag von mehr als zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden wird auf Grund des § 41 b der Reichsgewerbeordnung hiermit angeordnet, daß vom 1. Januar 1907 ab in den photographischen Anstalten der Stadtgemeinde Aachen ein Betrieb in den Werkstätten an den Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der letzten vier Sonntage vor Weihnachten, nur bis 2 Uhr nachmittags stattfinden darf.

Aachen, den 31. Oktober 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 560** **Bekanntmachung.**

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Finanzministers wird den Bewohnern des an das neutrale Gebiet von Moresnet stoßenden Grenzbezirkes hiermit bis auf weiteres gestattet, zubereitete Arzneien, Verbandsstoffe usw. gegen Rezepte von zur Ausübung der Praxis berechtigten Aerzten in den Verhältnissen der Beziehenden entsprechenden kleinen Mengen aus Neutral-Moresnet jederzeit zollfrei einzubringen.

Cöln, den 29. Oktober 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor.
Köhn.

**Nr. 561** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

| Namen der Stadt. | I. Markt- | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | I. A. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Gerste | | | | | |
| | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | | gut | | mittel | | gering | |
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| *) | 20 | 50 | 19 | 50 | — | — | 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 50 | 18 | 20 | — | — | 17 | 25 | 17 | — | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 18 | — | 17 | — | — | — | 16 | 30 | 15 | 30 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh | | Heu | | Fleisch | | | | | | | | | | | | Speck (geräuchert) | | Eßbutter | | Eier | | Steinkohlen | | Brennholz (roh zugerichtet) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krumm- | | | | Rind- | | | | | | Schweine- | | Kalb- | | Hammel- | | | | | | | | | | | |
| | | | | im Großhandel | | von der Keule | | vom Bauch | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Rm. | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | — | 6<br>7 | —<br>85 | 145 | — | 1 | 85 | 1 | 45 | 2 | 20 | 1 | 90 | 1 | 75 | 1 | 90 | 2 | 75 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 123 | 50 | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 53 | 7 | 39 | — | — | — | — |
| — | — | 5<br>8 | 30<br>30 | 140 | — | 1 | 90 | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 20 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 60 | 6 | 30 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | [illegible]0 | 7 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | 40 | 5 | 60 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 80 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 60 | 6 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 67 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 60 | 6 | 30 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | — | 4 | 50 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | 13 | 1 | 76 | 1 | 57 | 1 | 98 | 1 | 86 | 1 | 78 | 1 | 95 | 2 | 51 | 6 | 39 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist. Bei Feststellung des Durchschnittspreises werden

## Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat Oktober 1906.

**Preise:**

| Getreide: Hafer gut M. | Hafer gut Pf. | Hafer mittel M. | Hafer mittel Pf. | Hafer gering M. | Hafer gering Pf. | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | I. B. Übrige Marktwaren. Hülsenfrüchte: Erbsen (gelbe) zum Kochen M. | Erbsen Pf. | Bohnen (weiße) M. | Bohnen Pf. | Linsen M. | Linsen Pf. | Eß-Kartoffeln M. | Eß-Kartoffeln Pf. | Stroh Richt- M. | Stroh Richt- Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| 18 | 60 | 17 | 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 17<br>17 | 05<br>90 | 16 | 80 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 9 | — | 6<br>7 | —<br>35 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 63 | — | — |
| 15<br>16 | 84<br>66 | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 3<br>4 | 80<br>20 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 36 | — | 44 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | — | 31 | — | 32 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 8 | 69 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 5 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 16 | 34 | 43 | 42 | 50 | 7 | 04 | — | — |

### II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats Oktober 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: Weizen M. | Weizen Pf. | Roggen M. | Roggen Pf. | Gersten-Graupen M. | Graupen Pf. | Gersten-Grütze M. | Grütze Pf. | Buchweizengrütze M. | Buchweizengrütze Pf. | Hafer-Grütze M. | Hafer-Grütze Pf. | Hirse M. | Hirse Pf. | Reis (Java) mittlerer M. | Reis Pf. | Kaffee Java (mittel) roh M. | Java roh Pf. | Kaffee Java gelb (in gebrannten Bohnen) M. | Java gelb Pf. | Speisesalz M. | Speisesalz Pf. | Schweineschmalz (hiesiges) M. | Schweineschmalz Pf. | Schwarzbrot M. | Schwarzbrot Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | 31 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 90 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | 20 | — | — |
| — | 30 | — | 27 | — | 40 | — | 50 | — | 40 | — | 60 | — | 60 | — | 40 | 2 | 20 | 2 | 80 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 55 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 50 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 46 | — | 35 | — | 55 | — | 56 | — | 46 | 2 | 35 | 3 | 01 | — | 21 | 1 | 84 | — | 15 |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats Oktober 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 6. November 1906.

Der Regierungs-Präsident. In Vertretung: Bufenitz.

**Nr. 562 Personal-Nachrichten.**

Ernannt sind: der Postinspektor Frenzel in Eschweiler zum Postdirektor, der Postpraktikant Badenderende in Aachen zum Ober-Postpraktikanten, der Postassistent Schmitz in Aachen zum Postsekretär. Der Postanwärter Weichler in Aachen ist als Postassistent etatsmäßig angestellt.

Versetzt sind: der Ober-Postassistent Zimmer von Cöln nach Call und der Postassistent Richter von Call nach Cöln.

Personal-Chronik des Landgeri[illegible]

Seine Majestät der König haben [illegible] geruht, den Gerichtsassessor Patheyer in [illegible] zum Amtsrichter zu ernennen; demselben [illegible] Richterstelle bei dem Amtsgerichte in St[illegible] übertragen worden. Der Aktuar Kümpel in [illegible] ist zum Gerichtsschreiber in Gemünd ernannt [illegible] der Gerichtsvollzieher Dittmer von Kirn an [illegible] Amtsgericht in Aachen versetzt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 45.

---

Druck von J. Stercken, Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 50. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 15. November 1906.




### Allerhöchste Erlasse und die durch dieselben bestätigten und genehmigten Urkunden.

**Nr. 563 Statut** für die Dränage-Genossenschaft zu Gürzenich im Kreise Düren.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. verordnen auf Grund der §§. 57 und 65 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879 (G.-S. S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§ 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiet angehörigen Grundstücke in den Gemarkungen Gürzenich und Derichsweiler werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Landmessers Beitlich zu Düren vom 21. Oktober 1905 durch Entwässerung zu verbessern.

Auf der zum Meliorationsplane gehörigen Karte ist das Meliorationsgebiet mit einer roten Linie begrenzt. In den zugehörigen Registern sind die zum Meliorationsgebiete gehörigen Grundstücke nachgewiesen.

Karte und Register werden unter Bezugnahme auf das genehmigte Statut beglaubigt und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Beglaubigte Abzeichnung und Abschrift erhält der Vorsteher der Genossenschaft; er hat sie aufzubewahren und stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Vorstand hat die aufzustellenden besonderen Meliorationspläne vor Beginn ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde zur Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Änderungen des Meliorationsplanes, welche sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß unterliegt der Prüfung des Meliorationsbaubeamten und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Erteilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die Veränderung der Anlage betroffen werden.

§ 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Dränagegenossenschaft zu Gürzenich“ und hat ihren Sitz in Gürzenich.

§ 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

Die zur zweckentsprechenden Nutzbarmachung der Melioration für die einzelnen Grundstücke erforderlichen Einrichtungen bleiben den betreffenden Eigentümern überlassen. Diese sind jedoch gehalten, die im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmittel (§ 54 des Wassergenossenschafts-Gesetzes) zu befolgen.

§. 4. Außer der Herstellung der im Plane vorgesehenen gemeinschaftlichen Anlagen liegt dem Verbande ob, Binnen-Entwässerungs-Anlagen im Meliorationsgebiete, die nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nötigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt sind, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§ 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung der Auseinandersetzungsbehörde unter Mitwirkung des Vorstehers ausgeführt.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und hat festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig und mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Änderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Nachmessungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung

des Meliorationsbaubeamten von vereideten Technikern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft unter Leitung des Vorstehers unterhalten.

§ 6. Das Verhältnis, nach welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vorteile.

Dieser Vorteil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalt der zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke. Die Genossenschaftslasten werden daher nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

Die zu laufende Nummer 17, 19, 31, 32, 36, 63, 77, 93, 97, 98, 101, 106, 126, 127 des Teilnehmer-Verzeichnisses in Spalte Bemerkungen näher bezeichneten Flächen sind lediglich im Interesse der Vorflut zum Dränagegebiet gezogen und bleiben deshalb beitragsfrei.

§ 7. Die hiernach von dem Vorstande aufzustellende Beitragsliste ist vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Die Auslegung ist vorher ortsüblich in den Gemeinden, deren Bezirk ganz oder teilweise dem Genossenschaftsgebiete angehört, bekannt zu machen.

Über etwaige Abänderungsanträge, die innerhalb dieser Frist schriftlich beim Vorsteher anzubringen sind, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Jedem Genossen steht es zu jeder Zeit frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vorteile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zugute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vorteile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstand anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Diese entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung durch Sachverständige, welche sie ernennt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandsvertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Teile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Teil die Kosten.

§ 8. Im Falle einer Parzellierung sind die Genossenschaftslasten nach dem im Statute vorgeschriebenen Beteiligungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu verteilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§ 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vorteile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach diesem Statute zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im übrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Teilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für jedes angefangene ¼ Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird; ist die Höhe des Beitrages eines Genossen abweichend von der Fläche festgesetzt, so wird auch die Zahl der Stimmen dementsprechend berechnet.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach ortsüblicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

Die Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter ist unbeschränkt zulässig.

§ 12. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

a) einem Vorsteher,
b) einem Stellvertreter des Vorstehers,
c) einem weiteren Beisitzer.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei stellvertretenden Beisitzern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt und müssen so lange ihr Amt wahrnehmen, bis der neue Vorsteher und sein Stellvertreter gewählt sind. Die Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse und jeder zur Ausübung des Stimmrechtes befugte Vertreter eines Genossen, welcher im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, sowie der Ortsvorsteher von Gürzenich, auch wenn er nicht der Genossenschaft als Genosse angehören sollte. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der stellvertretenden Beisitzer erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jede Stelle. Jeder Wähler hat dem Leiter der

Generalversammlung mündlich und zu Protokoll zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Erhält im ersten Wahlgang eine Person nicht mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

§ 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter, sowie zum Ausweis über den Eintritt des Falles der Stellvertretung dient eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht wie die übrigen Vorstandsmitglieder hat, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vorstandsmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen, und daß der Vorstand vollzählig ist. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen stellvertretenden Beisitzer zu laden.

Muß der Vorstand wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Beratung über denselben Gegenstand zusammenberufen werden, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung soll auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 14. Soweit nicht im Statut einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

a) die Mitwirkung bei der Ausführung der von der Genossenschaft herzustellenden Anlagen;
b) über die Unterhaltung der Anlagen mit Zustimmung des Vorstandes die nötigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
c) die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidieren;
d) die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
e) die Beamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen und die Unterhaltung der Anlagen zu überwachen;
f) die Genossenschaft nach außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen.
   Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
g) die nach Maßgabe des Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von dreißig Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, sowie Kosten (§§ 7 und 19) zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§ 15. Die genossenschaftlichen und die in § 4 Abs. 1 bezeichneten Anlagen werden nach der Fertigstellung in regelmäßige Schau genommen, die jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, stattzufinden hat. Der Schautermin wird nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbaubeamten von dem Vorsteher möglichst vier Wochen vorher anberaumt und auf ortsübliche Weise rechtzeitig bekannt gemacht. Der Vorsteher leitet die Schau. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind dazu einzuladen.

Auch die anderen Genossen sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Arbeiten, welche nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der der Schau unterliegenden Anlagen notwendig sind, erforderlichenfalls auf Kosten der Genossenschaft ausführen zu lassen. Über Beschwerden gegen solche Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§ 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Entschädigung vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen. Dies ist bei Anstellung des Rechners durch Vertrag auszubedingen.

§ 17. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

1. die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
2. die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
3. die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
4. die Abänderung des Statuts.

§ 18. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Wasser-

genossenschafts-Gesetzes), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder teilweise angehört

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie oder der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über das Bestehen oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über etwaige, auf besonderen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte, soweit die Auseinandersetzungsbehörde nicht zuständig ist,

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach dem Statut oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Stelle zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern nicht eine andere Behörde ausschließlich zuständig ist, jedem Teile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, schriftlich bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten dieses Verfahrens sind dem unterliegenden Teile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Diese werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, worüber im Streitfalle die Aufsichtsbehörde endgültig entscheidet, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 20. Soweit nicht nach diesem Statute die ortsübliche Bekanntmachung genügt, werden die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft in das Kreisblatt des Kreises Düren aufgenommen.

§ 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem §. 69 des Wassergenossenschafts-Gesetzes entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch im Wege der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Jagdhaus Rominten, den 23. September 1906.

(L. S) gez.: **Wilhelm R.**

ggez.: von Podbielski. Beseler.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 564** Wir bestimmen hierdurch in Abänderung der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschutzdienst vom 1. Oktober 1905 folgendes:

1. **Zu § 25, Absatz 2.** Die nach Muster H aufzustellende Nachweisung des Abganges und des Bestandes der notierten Reservejäger, in welcher der Abgang für das Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) und der Bestand von dem darauffolgenden 1. Januar nachgewiesen sein muß, ist künftig alljährlich zum 1. Januar zur Kenntnis der Inspektion der Jäger und Schützen und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bringen.
2. **Der § 26, Absatz 4a und b,** erhält folgenden Wortlaut:
   a) Wird er im Militärdienst feld- und garnisondienstunfähig, und ist gesetzlich die Erteilung des Zivilversorgungsscheins vorgeschrieben, oder wird ihm ein Rentenanspruch zugebilligt, so kann ihm auf seinen Antrag alsbald der Forstversorgungsschein gewährt werden, wenn gegen die Verwendbarkeit des Jägers im Staatsforstdienste von keiner Seite Bedenken bestehen. Der Anspruch auf den Zivilversorgungsschein wird dadurch nicht berührt.
   b) Wird er im Militärdienst dauernd felddienstunfähig, und wird ihm ein Rentenanspruch zugebilligt, so kann ihm mit Genehmigung des Kriegsministers die Aussicht belassen werden, nach Ablauf von zwölf Jahren seit seinem Eintritt in den Militärdienst, falls er alsdann den Bedingungen für die Anerkennung der Forstanstellungsbefähigung genügt und insbesondere auch die Försterprüfung abgelegt hat, den Forstversorgungsschein zu erhalten.

3. Zu § 29, Absatz 2. Der letzte Satz dieses Absatzes erhält folgenden Wortlaut:
Die ersteren Bezirke werden alljährlich bis zum Monat März durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
4. Zu § 37, Absatz 2. Die nach dem Muster M aufzustellende Nachweisung des Abganges und des Bestandes der notierten forstversorgungsberechtigten Anwärter, in welcher der Abgang für das Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) und der Bestand von dem darauffolgenden 1. Januar nachgewiesen sein muß, ist künftig alljährlich zum 1. Januar zur Kenntnis der Inspektion der Jäger und Schützen und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bringen.

Berlin, den 29. August 1906.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Im Auftrage:
v. Freier.

Der Kriegsminister.
Im Auftrage:
von Ballet des Barres.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 565** An Stelle des am 6. v. Mts. verstorbenen Königlichen Kammerherrn und Schloßhauptmanns Freiherrn von Solemacher-Antweiler zu Bonn ist von dem Provinzialausschuß das bisherige stellvertretende Mitglied des Provinzialrats, Landeshauptmann a. D. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Klein in Bonn zum Mitglied des Provinzialrats der Rheinprovinz gewählt worden.

Der Genannte hat die Wahl angenommen.

Coblenz, den 6. November 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Schultz.

**Nr. 566** Auf Grund des § 10 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft (R.-G.-Bl. 1900 S. 403/641) und des § 34 Abs. 2 Ziff. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 wird (unter Berücksichtigung des § 3 daselbst) in Abänderung der unterm 29. Mai 1901 (A.-Bl. 1901 S. 183) und unterm 16. Februar 1902 (A.-Bl. 1902 S. 64) vorgenommenen Festsetzungen der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen (ausschließlich der Betriebsbeamten) für den **Stadtkreis Aachen** vom 1. Januar 1907 ab auf folgende Beträge hierdurch festgesetzt:

a) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf . . . . . . . . 900 M.
b) für weibliche Arbeiter über 16 Jahre auf . . . . . . . . 630 M.
c) für männliche Arbeiter unter 16 Jahren auf . . . . . . . . 486 M.
d) für weibliche Arbeiter unter 16 Jahren auf . . . . . . . . 420 M.

Aachen, den 13. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 567** In Abänderung der bisherigen Festsetzung (Amtsblatt 1901 Seite 190) setze ich hierdurch gemäß Ziffer 6 der Ausführungs-Anweisung vom 10. Juli 1892 zum Krankenversicherungsgesetze den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter des Stadt- und Landkreises Aachen vom 1. Juli 1907 ab auf folgende Sätze fest:

| Männliche Arbeiter | | | Weibliche Arbeiter | | |
|---|---|---|---|---|---|
| über 16 Jahre ℳ | von 14—16 Jahren ℳ | unter 14 Jahren ℳ | über 16 Jahre ℳ | von 14—16 Jahren ℳ | unter 14 Jahren ℳ |
| I. Stadtkreis Aachen. | | | | | |
| 2,80 | 1,50 | 0,50 | 2,00 | 1,00 | 0,50 |
| II. Landkreis Aachen. Wie vor. | | | | | |

Aachen, den 12. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 568 Bekanntmachung,**
betreffend
**Erkennungszeichen für Kraftfahrzeuge.**

Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind dem Regierungsbezirk Bromberg weiter die Nummern 701 bis 900 überwiesen worden.

(Vergl. meine Bekanntmachung vom 1. Mai 1903 Amtsblatt S. 152.)

Aachen, den 12. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Bekanntmachung

**Nr. 569** Auf Grund der in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1889 veröffentlichten Prüfungsordnung vom 26. August 1889 wird die Turnlehrerinnen-Prüfung im Jahre 1907 am 3. Dezember und folgenden Tagen in den Räumen des städtischen Gymnasialgebäudes in Bonn abgehalten werden.

Zu der Prüfung werden Bewerberinnen zugelassen, welche bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben, und außerdem sonstige Bewerberinnen, wenn sie gute Schulbildung nachweisen und das 19. Lebensjahr überschritten haben.

Die Anmeldung zur Prüfung hat bis zum 3. November 1907 bei dem unterzeichneten Provinzial-Schulkollegium zu erfolgen und zwar seitens der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen durch die vorgesetzte Dienstbehörde, seitens der anderen unmittelbar.

Jede Bewerberin hat vor dem Eintritte in die Prüfung eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

Über die an die Zulassung zur Prüfung geknüpften besonderen Bedingungen, insbesondere auch über die der Meldung beizufügenden Schriftstücke gibt die Prüfungsordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 23. Oktober 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
Buschmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 570** In dem Verfahren, betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zum Bau der Stromübertragungsleitungen der Rurtalsperren-Gesellschaft in den Gemeinden Rölsdorf, Lendersdorf-Krauthausen, Niederau und Stockheim dauernd im Eigentum zu beschränkenden Grundstücke, habe ich als Kommissar des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Aachen für die durch §§ 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle auf

**Donnerstag, den 22. und Freitag, den 23. d. Mts.,**

anberaumt.

In den Terminen wird unter Zuziehung der vom Herrn Regierungs-Präsidenten ernannten vereideten Sachverständigen eine Begehung der betroffenen Grundstücke stattfinden. Die Höhe der Entschädigung wird von den Sachverständigen abgeschätzt werden. Das Gutachten der letzteren wird den Beteiligten vor dem Abschluß der kommissarischen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Die Eigentümer der betroffenen Grundstücke erhalten zu den Terminen besondere Vorladungen. Alle übrigen Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, in den Terminen zu erscheinen und ihre Rechte wahrzunehmen. Im Falle des Ausbleibens wird die Entschädigung ohne ihr Zutun festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung verfügt werden.

Aachen, den 13. November 1906.

Der Enteignungs-Kommissar.
Reinecke,
Regierungs-Rat.

**Nr. 571 Personal-Nachrichten.**

Dem Landrat von Schlechtendal ist vom 1. Dezember d. Js ab die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Mülheim a. Rh., Regierungsbezirk Cöln, übertragen worden.

Endgültig angestellt ist der seither einstweilig tätige Lehrer Hugo Coenen bei der evangelischen Volksschule zu Hellenthal, Kreis Schleiden.

Personalveränderungen bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

Der Oberlandesgerichtssekretär Peters in Düsseldorf ist zum Rechnungsrevisor bei dem Landgericht in Elberfeld ernannt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 46.

Druck von J. Stercken, Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 51. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 22. November 1906.



**Nr. 572 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 573** Nachdem ein angemessener Betrag von Fünfzigpfennigstücken mit dem neuen Gepräge (1/2 Markstücken) hergestellt und dem Verkehr zugeführt worden ist, sollen die in den bisherigen Formen geprägten Stücke eingezogen werden. Im Interesse einer beschleunigten und vollständigen Einziehung der alten Fünfzigpfennigstücke ist ihre alsbaldige Ablieferung an die öffentlichen Kassen erwünscht. Die letzteren sind angewiesen worden, die fraglichen Münzen nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechselung von jedermann anzunehmen und dabei etwaigen Wünschen nach Umtausch gegen andere Münzen tunlichst zu entsprechen.

Aachen, den 21. November 1906.

Königliche Regierung.
von Hartmann.

**Nr. 574** Seine Majestät der Kaiser und König haben zu genehmigen geruht, daß zu der von der Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller in München behufs Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse zu veranstaltenden Lotterie mit einem Spielkapital von 519 000 Mark auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose vertrieben werden.

Es sollen 173 000 Lose zum Preise von je 3 M. ausgegeben und 8650 Gewinne im Gesamtbetrage von 247 150 M. ausgespielt werden. Die Ziehung findet am 21. März k. Js. statt. Mit dem Vertrieb der Lose darf in Preußen nicht vor dem 8. Januar k. Js. begonnen werden.

Aachen, den 15. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 575** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. November 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Maul- und Klauenseuche | Jülich | 2 | 5 |
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Düren | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 5 | 7 |
| desgl. | Eupen | 3 | 4 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 4 |
| desgl. | Jülich | 6 | 7 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 1 |

Aachen, den 17. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 576** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Heinrich 8 bei Immendorf mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 9. November 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 29. Juni 1906 wird der Firma Röschling'schen Eisen- und Stahlwerke zu Völklingen a. d. Saar unter dem Namen Heinrich 8 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Immendorf und Süggerath, im Kreise Geilenkirchen, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188998 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis g bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 577** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Glückauf-Aachen 1, 2 und 4 bei Immendorf und Puffendorf, sowie Dorothea 14, 15 und 18 bei Arsbeck, Erkelenz und Hohenbusch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß die Lagepläne gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegen.

Bonn, den 9. November 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 13. Juni 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktien-Gesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen-schen Bankverein zu Cöln a. Rh. unter dem Namen Glückauf-Aachen 1 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Puffendorf, Immendorf und Gereonsweiler, im Kreise Geilenkirchen und Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, d, p, q, r, s, t, u, v bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 4. Juli 1906, wird der Internationalen Bohrgesellschaft A.-G. zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rh. unter dem Namen Glückauf-Aachen 2 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Immendorf und Beeck, im Kreise Geilenkirchen und Gereonsweiler, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 189 000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d, e, f, g, h, i, k, o, p bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 6. Juli 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft A.-G. zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rh. unter dem Namen Glückauf Aachen 4 das Bergwerkseigentum in dem in

n Gemeinden Immendorf, im Kreise Geilenkirchen nd Gereonsweiler, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem n heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit n Buchstaben p, q, n, l, m, h, i, k, o bezeichnet nd, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden teinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 erdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 4. Juli 1906 rd der Internationalen Bohrgesellschaft A.-G. zu rkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankrein zu Cöln a. Rh. unter dem Namen Dorothea 14 s Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden rsbeck und Wegberg, im Kreise Heinsberg und rkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergmtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen ächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und ssen Grenzen auf dem am heutigen Tage belaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben bis g bezeichnet sind, zur Gewinnung der im lde vorkommenden Steinkohlen nach dem Bergsetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 4. Juli 1906 rd der Internationalen Bohrgesellschaft A.-G. Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankein zu Cöln a. Rh. unter dem Namen Dorothea 15 s Bergwerkseigentum in dem in der Gemeinde kelenz, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk chen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen lde, das einen Flächeninhalt von 2189000 uadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit Buchstaben a, b, c bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen h dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch liehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 29. Juni 1906 d der Internationalen Bohrgesellschaft, Aktiengesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein zu Cöln am Rhein unter dem Namen Dorothea 18 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Doveren, Matzerath, Hetzerath, Granterath und Erkelenz, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a bis d bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 9. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 578** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunde für das Bergwerk Rombach VI bei Lövenich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 10. November 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 30. August 1906 wird dem Kommerzienrat Oswald zu Coblenz unter dem Namen Rombach 6 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Lövenich und Erkelenz, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188673 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben E, F, G, H, p, o, n, t, u, v, w, x, a bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Nr. 579 Bekanntmachung.**

Die Emil Hoesch'sche Forstverwaltung zu Junkershammer bei Stolberg hat die Aufhebung bezw. Einziehung des in der Gemarkung Gey Flur 7 Nr. 399, 341 und 342 belegenen öffentlichen Gemeindeweges beantragt.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, Einsprüche gegen dasselbe binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Der die Aufhebung bezw. Einziehung nachweisende Plan liegt auf dem Bürgermeisteramte hierselbst zur Einsicht offen.

Gey, den 15. November 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister: Adam.

**Nr. 580** Die Anlegung des Grundbuchs für die Gemeinde Soller (Kreis Düren) hat begonnen.

Düren, den 12. November 1906.

Königliches Amtsgericht 9.

**Nr. 581 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt sind die seither ein tätigen Lehrerinnen:

1. Katharina Goffen bei der katholischen Vo schule zu Wegberg, Kreis Erkelenz;
2. Therese Carll bei der katholischen Vo schule zu Niederzier, Kreis Düren.

Der Schwester Michaele Forstmann ist n Maßgabe der Instruktion des Königlichen St ministeriums vom 31. Dezember 1839 die E laubnis zur Leitung der privaten höheren M schule in Eschweiler erteilt worden.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 47 und die Sonderbeilage, enthaltend Nachtrag zur führungsanweisung vom 13. August 1898 zu dem Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbe vom 28. Juli 1892.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 52. Ausgegeben zu Aachen, Dienstag, den 27. November 1906.

Inhalt: Landespolizeiliche Anordnung, betreffend die Maul- und Klauenseuche S. 375—376.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 582 Landespolizeiliche Anordnung, betreffend die Maul- und Klauenseuche.**

Mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehende Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche ordne ich hiermit auf Grund der §§ 18 bis 29 und des § 44a des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ (R.-G.-Bl. S. $\frac{153}{409}$) in Verbindung mit den §§ 59, 59a, 61, 63 und 64 der Bundesratsinstruktion vom 27. Juni 1895 (R.-G.-Bl. S. 357) und des § 1 dieser Instruktion sowie gemäß § 56b der Reichsgewerbeordnung (R.-G.-Bl. 1900 S. 871) mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes an:

§ 1. Die im Kreise Jülich gelegenen Ortschaften Steinstraß und Lich einerseits und Güsten und Welldorf andererseits bilden mit Einschluß ihrer Feldmark Sperrbezirke. Sämtliche Wiederkäuer (Rindvieh, Schafe, Ziegen) und Schweine in diesen Sperrbezirken unterliegen der Gehöftsperre und außerdem in Steinstraß und Güsten auch der Stallsperre. Ein Wechsel des Standortes (Gehöftes) ist verboten.

§ 2. Die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr (einschließlich des Treibens) von Wiederkäuern und Schweinen ist für die im § 1 genannten Sperrbezirke untersagt.

§ 3. Alle in diesen Bezirken vorhandenen Hunde sind festzulegen (anzuketten oder einzusperren). Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist gestattet, vorausgesetzt, daß sie fest angeschirrt und außer der Zeit des Gebrauches festgelegt werden. Die Verwendung von Jagdhunden bei der Jagd kann unter der Bedingung gestattet werden, daß sie außerhalb des Jagdreviers an der Leine geführt werden.

§ 4. Das Betreten verseuchter Ställe ist nur den Besitzern, den mit der Wartung und Pflege der Tiere beauftragten Personen und den Tierärzten gestattet.

§ 5. Händler, Schlächter, Viehkastrierer und andere in Ställen gewerbsmäßig verkehrende Personen dürfen verseuchte Gehöfte nicht betreten.

§ 6. Im Kreise Jülich werden alle Wiederkäuer und Schweine der polizeilichen Beobachtung unterworfen. Die Ausfuhr von Klauenvieh aus diesem Kreise ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Landrats gestattet. Die Erlaubnis darf lediglich für Schlachtvieh auf Grund eines tierärztlichen Attestes erteilt werden. Aus diesem Atteste, das nur 24 Stunden Gültigkeit hat, muß sich ergeben, daß bei der unmittelbar vorausgegangenen tierärztlichen Untersuchung kein Tier des betreffenden Bestandes an der Maul- und Klauenseuche erkrankt oder derselben verdächtig befunden worden ist.

§ 7. Innerhalb des im § 6 genannten Beobachtungsgebietes ist das Treiben von Wiederkäuern und Schweinen auf öffentlichen Wegen, sowie der Auftrieb von Klauenvieh zu Vieh- und Wochenmärkten verboten.

§ 8. Der Handel mit Rindvieh, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel im Umherziehen im Kreise Jülich wird bis zum 1. Februar k. J. untersagt.

§ 9. Das Weggeben ungekochter Milch aus den Sammelmolkereien des Kreises Jülich wird verboten.

Der Abkochung gleich zu achten ist jedes andere Verfahren, bei welchem die Milch auf eine Temperatur von 100 Grad Celsius gebracht oder wenigstens eine Viertelstunde lang einer Temperatur von mindestens 90 Grad Celsius ausgesetzt wird. Unter die vorstehenden Bestimmungen fallen auch Magermilch, Buttermilch und Molke.

§ 10. Die Ortspolizeibehörden und der beamtete Tierarzt haben die Befolgung der im § 9 genannten Vorschriften zu kontrollieren; den Beamten ist daher der Zutritt zu den in Betracht kommenden Räumlichkeiten jederzeit zu gestatten.

§ 11. Weitergehende Anordnungen der Ortspolizeibehörde oder des Landrats werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

§ 12. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, nach den §§. 66 Ziffer 4 und 67 des Reichsviehseuchengesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ bezw. nach § 148 Abs. 1 Ziffer 7a der Reichsgewerbeordnung bestraft.

§ 13. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die Aufhebung dieser Anordnung wird erfolgen, sobald die im Eingange bezeichnete Seuchengefahr beseitigt ist.

Aachen, den 25. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

Hierzu kein Öffentlicher Anzeiger.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 53. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 29. November 1906.



**Nr. 583 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Inhalt des Reichs-Gesetzblattes.

**Nr. 584** Das 45. Stück enthält unter Nr. 275: Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 6. November 1906. Das 46. Stück enthält unter Nr. 3276: Bekanntmachung, betreffend Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 10. November 1906.

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 585** Das 41. Stück enthält unter Nr. 10761: Verfügung des Justizministers, betreffend anderweite Bestimmungen über die Bildung von Ortsgerichtsbezirken und über den Sitz eines Ortsgerichts im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt. Vom 12. Oktober 1906. Unter Nr. 10762: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Hadamar, Rüdesheim, Runkel und Weilburg. Vom 30. Oktober 1906. Das 42. Stück enthält unter Nr. 10763: Verordnung wegen Einführung des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 124) im Kreise Herzogtum Lauenburg. Vom 10. Oktober 1906. Unter Nr. 10764: Verordnung, betreffend die Zahl der Mitglieder des Landeseisenbahnrats aus außerpreußischen Bundesstaaten und deren Wahl durch

die Bezirkseisenbahnräte. Vom 10. Oktober 1906. Unter Nr. 10765: Verordnung über das Inkrafttreten des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1906, betreffend die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 1. November 1906. Unter Nr. 10766: Bekanntmachung, betreffend die gegenseitige Freilassung der Angehörigen des Preußischen Staates einerseits und der Angehörigen der Britischen Kolonien und Besitzungen, mit Ausnahme von Barbados, sowie der Angehörigen der Niederlande und von Niederländisch-Indien andererseits von der Erhebung von Kirchensteuern. Vom 7. November 1906.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 586 Bekanntmachung.**

**Die Weihnachtssendungen betreffend.**

Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weitere Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten 2c. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut 2c. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwandt werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankiert** aufgeliefert werden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu **einer** Begleitadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) **nicht** gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 20. November 1906.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.
Im Auftrage: Gieseke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

**Nr. 587 Nachtrag**

zur

**Genehmigungsurkunde für die Aachener Kleinbahn-Gesellschaft vom 8. November 1894.**

Im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Cöln wird bestimmt:

Die Aachener Kleinbahngesellschaft, eingetragen in das Handelsregister am $\frac{\text{2. Oktober 1880}}{\text{13. April 1894}}$ erhält hierdurch vorbehaltlich der Rechte Dritter die Genehmigung, die in den mit Prüfungs- und Feststellungsvermerk von heute versehenen Plänen eingetragenen Gleisanlagen in der Scheibenstraße, Oberstraße und Steinkaulstraße auszuführen und zur Überführung von Betriebsmitteln zu den dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Strecken zu benutzen.

Im Übrigen finden die Bestimmungen der Genehmigungsurkunde vom 8. November 1894 nebst den dazu erlassenen Nachträgen Anwendung.

Aachen, den 17. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 588 V. Nachtrag**

zu den

**Genehmigungs-Urkunden für die Dürener Dampfstraßenbahn vom 19. Mai 1894 und 9. September 1897.**

Der Dürener Dampfstraßenbahn-Aktien-Gesellschaft in Düren, in das Handelsregister eingetragen am 21. Mai 1892, erteile ich hierdurch im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Cöln, vorbehaltlich der Rechte Dritter, die Genehmigung zum Bau und Betriebe einer Straßenbahn von Merken nach Pier im Anschlusse an die bereits bestehende Linie von Düren nach Merken.

Für diese Bahn gelten folgende Bestimmungen:

Nr. 1. Ein Zusammenschluß der Kleinbahn mit anderen Bahnen muß dauernd unterbleiben.

Nr. 2. Die Strecke Merken—Pier muß bis zum 1. Juli 1908 vollendet und dem Betriebe übergeben werden.

Nr. 3. Im Übrigen finden die Vorschriften der Genehmigungs-Urkunden vom 19. Mai 1894 und 9. September 1897 und der Nachträge dazu vom 14. Oktober 1899, 9. März 1900, 26. Januar 1903 und 23. November 1903, soweit sie durch den gegenwärtigen V. Nachtrag nicht aufgehoben sind, auf die neue Strecke Anwendung.

Nr. 4. Die Genehmigung der neuen Strecke gilt für die gleiche Zeit wie die der Strecken Düren—Birkesdorf—Merken, also zunächst bis zum 31. Dezember 1936.

Nr. 5. Für die Ausführung der Bahn sind die heute festgestellten Pläne maßgebend.

Nr. 6. Für das ganze Unternehmen ist künftig zu jeder Fahrplanfeststellung oder Änderung meine Zustimmung einzuholen und zu diesem Zwecke ein Entwurf mindestens zwei Wochen vor der geplanten Einführung vorzulegen. Auch wenn keine Änderungen eintreten, muß die Zustimmung alle drei Jahre wieder eingeholt werden.

Jeder Fahrplan und jede Änderung ist mindestens drei Tage vor dem Inkrafttreten durch die zu amtlichen Bekanntmachungen im Kreise Düren bestimmten Blätter bekannt zu geben. Außerdem muß die Bekanntmachung durch Anschlag in den dem Verkehr gewidmeten Räumen der Bahn erfolgen.

Nr. 7. Die Festsetzung der Beförderungspreise für die Strecke Merken—Pier steht für fünf Jahre vom Tage der Betriebs-Eröffnung an der Gesellschaft frei.

Im Übrigen gelten für die Beförderungspreise und zwar für das ganze Unternehmen fortan folgende Vorschriften:

Jede Festsetzung von Beförderungspreisen bedarf meiner Genehmigung. Diese ist, auch wenn keine Änderung eintritt, alle drei Jahre von Neuem einzuholen.

Alle Änderungen sind mindestens drei Tage, Erhöhungen der Preise mindestens zwei Wochen vor dem Inkrafttreten in der für die Fahrpläne festgesetzten Form bekannt zu machen.

Verboten sind Vereinbarungen und Zusicherungen, wonach das Entgelt für die Beförderung abweichend von den tarifarischen Beförderungspreisen bestimmt wird.

Nr. 8. Über jeden Betriebsunfall des ganzen Unternehmens hat der Betriebsleiter fortan unbeschadet eines etwaigen Eingreifens der Aufsichtsbehörde eine Untersuchung zu führen, den Tatbestand — wenn nötig, durch Vernehmung der Beteiligten — festzustellen und die daraus sich ergebenden Maßnahmen nach seinem pflichtmäßigen Ermessen zu treffen.

Meldungen sind seitens des Betriebsleiters zu erstatten:

1. an die Königliche Staatsanwaltschaft, die Ortspolizeibehörde, den Regierungs-Präsidenten in Aachen und die Königliche Eisenbahn-Direktion in Cöln auf dem kürzesten Wege schriftlich oder telegraphisch über alle Unfälle, bei welchen:
   a) ein Mensch getötet oder schwer verletzt ist,
   b) Betriebsmittel oder Bahnanlagen in erheblichem Maße zerstört oder beschädigt worden sind;
2. an die Königliche Eisenbahndirektion in Cöln außerdem über alle Betriebsstörungen, welche voraussichtlich länger als 24 Stunden dauern werden.

Über sämtliche Unfälle hat der Betriebsleiter ein nach der Zeitfolge geordnetes Verzeichnis zu führen, aus welchem Zeit, Ort, Hergang, die erstatteten Meldungen und das etwa darauf Veranlaßte genau zu ersehen sind. Der Aufsichtsbehörde ist dieses Verzeichnis auf Verlangen vorzulegen.

Aachen, den 17. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 589** Mit der Einsammlung der Gelder der dem Vorstande der Evangelischen Pastoralhülfsgesellschaft für Rheinland zu Barmen seitens des Herrn Oberpräsidenten bewilligten Hauskollekte (Amtsblatt 1904 S. 264 und 1905 S. 274) ist für das Jahr 1907, soweit die Einsammlung nicht durch Deputierte der einzelnen Gemeinden oder Synoden geschieht, der Kollektant Johannes Hardt aus Barmen, Rudolfstraße 130, beauftragt worden.

Aachen, den 24. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 590** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Vorstande des 2. Rheinischen Diakonissen-Mutterhauses die Erlaubnis erteilt, zum Besten seiner Zwecke in den Jahren 1907, 1908 und 1909 bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz je eine einmalige Hauskollekte abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte sind Pfarrer Göbel aus Kreuznach und Diakon Koeth aus Kreuznach beauftragt worden.

Aachen, den 27. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 591** Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Kirchenvorstande der katholischen

Pfarrgemeinde Vicht im Landkreise Aachen die Erlaubnis erteilt, zum Besten des Erweiterungsbaues der katholischen Pfarrkirche in Vicht im Jahre 1907 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Einwohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Abhaltung der Kollekte im Regierungsbezirke Aachen sind die nachbezeichneten Personen beauftragt worden: Pfarrer Josef Hecker, Kornelius Schmitz, Wilh. Gras, Viktor Corman, Georg Emmerich, Bernhard Scholl, Bernhard Prumbach, Hub. Lauscher, Bernh. Stickeler, Josef Stiel, sämtlich aus Vicht, Peter und Martin Tüpper, Hermann Stollenwerk jun., Joh. Nellessen, sämtlich aus Steckenborn, und Arnold Zilken aus Vossenack.

Aachen, den 27. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 592** Die Durchschnitts-Preise auf den Hauptmärkten des Regierungs-Bezirks Aachen am Martinitage dieses Jahres stellten sich für:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen für den Centner oder | 50 kg auf | 9 M. | 09 Pfg. |
| Roggen „ „ „ „ | 50 „ „ | 8 „ | 48 „ |
| Gerste „ „ „ „ | 50 „ „ | 8 „ | 36 „ |
| Hafer „ „ „ „ | 50 „ „ | 8 „ | 41 „ |
| Heu „ „ „ „ | 50 „ „ | 3 „ | 01 „ |
| Stroh „ das Schock „ | 600 „ „ | 29 „ | 00 „ |

Mit Rücksicht auf die Bekanntmachung vom 27. März 1820 (Amtsblatt Seite 205) sind die oben angegebenen Preise für das Jahr 1907 in Anwendung zu bringen.

Aachen, den 22. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 593** Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 29. Oktober d. Js. (A.-B. Seite 361) genehmige ich auf Grund der nachträglichen Ermächtigung des Herrn Finanzministers für die Bewohner von Preußisch-Moresnet, daß bei einfachen, zu Medizinalzwecken dienenden Droguen und einfachen pharmazeutischen und chemischen Präparaten, deren pharmazeutische Bezeichnung auf der Umhüllung genau und deutlich ersichtlich gemacht ist und die nach den geltenden Bestimmungen im Handverkaufe verabreicht werden dürfen, von dem Erfordernis der Beibringung von Rezepten abgesehen wird.

Cöln, den 19. November 1906.

Der Provinzialsteuerdirektor:
J. V. Senden.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 594** Die geprüfte Rechnung der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1905 liegt im hiesigen Ständehause, Zimmer 29, vom 26. November 1906 ab auf 4 Wochen zur Einsicht offen, was nach § 19 der Kassensatzungen zur Kenntnis gebracht wird.

Düsseldorf, den 23. November 1906.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 595** Die von dem Kreistage für den Kreis Erkelenz in der Sitzung vom 7. November 1906 vollzogene Wahl des:

1. Ökonomierats Otto Matzerath zu Hohenbusch,
2. Gutsbesitzers Franz Herf zu Roitzerhof,
3. Rentners Dr. Josef Hermes zu Erkelenz,
4. Gutsbesitzers Theodor Gerards zu Oestrich,
5. „ Jacob Froitzheim zu Erkelenz,
6. „ Heinrich Fell sen. zu Terheeg

zu Kreisverordneten für den Kreis Erkelenz ist auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 (G.-S. S. 96) von uns bestätigt worden.

Düsseldorf, den 20. November 1906.

Königliche Generalkommission
für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

**Nr. 596** **Bekanntmachung.**

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Münster, den 20. November 1906.

In dem heutigen Termine wurde in Gemäßheit der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 zur Vernichtung derjenigen ausgelosten 4% und 3½% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz geschritten, welche nach den von der Königlichen Direktion der Rentenbank aufgestellten Verzeichnissen vom 15. d. Mts. gegen Barzahlung zurückgegeben worden sind.

Nach diesen Verzeichnissen sind zur Vernichtung bestimmt:

I. 4% Rentenbriefe:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 130 Stück | Litt. A | zu 3000 M. | = | 390 000 M. |
| 2. | 56 „ | „ B | „ 1500 „ | = | 84 000 „ |
| 3. | 346 „ | „ C | „ 300 „ | = | 103 800 „ |
| 4. | 372 „ | „ D | „ 75 „ | = | 27 900 „ |
| zus. | 904 Stück | über | . . . . . . | | 605 700 M. |

buchstäblich: Neunhundert und vier Stück Rentenbriefe über sechshundert fünftausend und siebenhundert Mark nebst den dazu gehörigen einhundert zwei und fünfzig Stück Zinskoupons und neunhundert und drei Stück Talons;

II. 3½% Rentenbriefe aus den Terminen 1. April und 1. Oktober:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 2 Stück | Litt. L | zu 3000 M. | = | 6000 M. |
| 2. | 1 „ | „ N | über . . | | 300 „ |
| 3. | 1 „ | „ O | „ . . | | 75 „ |
| 4. | 2 „ | „ P | zu 30 M. | = | 60 „ |
| zusammen | 6 Stück | über | . . . . . | | 6436 M. |

buchstäblich: sechs Stück Rentenbriefe über sechstausend vierhundert fünf und dreißig Mark nebst den dazu gehörigen zwölf Stück Zinsscheinen und sechs Stück Anweisungen;

III. $3^1/_2$% Rentenbriefe aus den Terminen 1. Juli und 2. Januar:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 10 Stück | Litt. F | zu 3000 M. | = | 30 000 M. |
| 2. | 4 " | " G | " 1500 " | = | 6 000 " |
| 3. | 20 " | " H | " 300 " | = | 6 000 " |
| 4. | 2 " | " I | " 75 " | = | 150 " |
| 5. | 6 " | " K | " 30 " | = | 180 " |
| zusammen | 42 Stück | über | . . . . . | | 42 330 M. |

buchstäblich: zwei und vierzig Stück Rentenbriefe über zwei und vierzig tausend dreihundert und dreißig Mark nebst den dazu gehörigen einhundert sechs und zwanzig Stück Zinsscheinen und zwei und vierzig Stück Anweisungen.

Sämtliche Papiere wurden nachgesehen, für richtig befunden und hierauf in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

gez.: Dr. Jungeblodt. von Hövel. Brede. Freiherr von Loë. Neuhaus, Notar.

Geschehen wie oben:

von Pfeffer. Honert.

wird nach Vorschrift des §. 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Münster, den 20. November 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.

Ascher.

**Nr. 597 Bekanntmachung**

**Auslosung von Rentenbriefen.**

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Oktober 1906 bis 31. März 1907 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 77, 279, 381, 440, 451, 636, 886, 909, 984, 986, 1174, 1296, 1388, 1441, 1451, 1495, 1556, 1839, 1851, 1910, 2027, 2207, 2314, 2379, 2568, 2609, 2666, 2706, 2942, 2972, 3180, 3223, 3230, 3244, 3263, 3471, 3502, 3554, 3563, 3586, 3735, 3783, 3933, 4073, 4154, 4193, 4267, 4288, 4289, 4351, 4380, 4408, 4513, 4674, 4724, 4886, 4903, 4939, 4940, 5010, 5135, 5331, 5332, 5485, 5551, 5564, 5628, 5672, 5800, 5809, 5835, 5885, 5963, 5997, 6130, 6145, 6213, 6233, 6264, 6343, 6347, 6390, 6391, 6412, 6463, 6488, 6546, 6598, 6655, 6672, 6830, 6912, 6943, 7024, 7034, 7234, 7433, 7523, 7589, 7606, 7644, 7659, 7678, 7687, 7788, 7806, 7807, 7830.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr. 27, 69, 71, 152, 259, 492, 535, 627, 715, 962, 1304, 1387, 1399, 1587, 1626, 1635, 1679, 1881, 1900, 1941, 1952, 1957, 2045, 2115, 2143, 2365, 2395, 2511, 2646, 2737, 2777, 2827, 2856, 2876, 2894, 3065, 3068, 3084, 3246, 3271, 3292, 3294, 3310, 3356, 3363, 3364.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 50, 80, 190, 282, 476, 578, 710, 728, 859, 969, 1080, 1129, 1177, 1278, 1322, 1323, 1509, 1513, 1550, 1598, 1936, 2066, 2194, 2196, 2282, 2415, 2577, 2608, 2710, 3091, 3096, 3193, 3332, 3341, 3366, 3389, 3390, 3467, 3474, 3475, 3778, 3859, 4074, 4278, 4304, 4318, 4479, 4480, 4582, 4608, 4986, 5043, 5055, 5086, 5145, 5196, 5312, 5505, 5551, 5774, 5836, 5940, 5961, 6387, 6389, 6798, 6887, 6899, 7224, 7306, 7320, 7382, 7418, 7514, 7521, 7530, 7557, 7676, 7697, 7860, 7914, 7984, 8053, 8246, 8395, 8579, 8606, 8654, 8781, 8892, 9224, 9304, 9674, 9683, 9756, 9814, 9989, 10038, 10070, 10130, 10192, 10319, 10433, 10459, 10491, 10556, 10645, 10837, 10983, 10986, 11077, 11106, 11112, 11123, 11221, 11290, 11623, 11628, 11637, 11696, 11725, 11782, 11879, 12072, 12084, 12168, 12236, 12286, 12320, 12336, 12452, 12473, 12501, 12523, 12607, 12622, 12623, 12734, 12758, 12959, 13019, 13085, 13213, 13223, 13235, 13381, 13382, 13426, 13474, 13545, 13687, 13734, 13777, 13783, 13834, 13916, 13936, 14170, 14206, 14222, 14241, 14259, 14263, 14361, 14527, 14611, 14681, 14709, 14803, 14852, 14854, 14909, 14976, 15087, 15151, 15216, 15471, 15478, 15482, 15566, 15659, 15683, 15711, 15758, 15772, 15791, 15806, 15865, 16015, 16018, 16075, 16116, 16200, 16398, 16427, 16453, 16554, 16588, 16679, 16723, 16736, 16831, 16852, 17037, 17045, 17092, 17139, 17326, 17506, 17522, 17525, 17741, 17745, 17772, 17773, 17831, 17878, 17913, 17925, 17984, 17985, 18022, 18128, 18147, 18216, 18223, 18237, 18294, 18323, 18339, 18426, 18493, 18574, 18604, 18660, 18678, 18693, 18721, 18732, 18774, 18811, 18879, 18903, 19017, 19154, 19182, 19211, 19257, 19329, 19365, 19373, 19375, 19421, 19467, 19482, 19486, 19494, 19544, 19561, 19587, 19651, 19685, 19697, 19720, 19733, 19755, 19817, 19833, 19839, 19891, 19916, 19983, 20026, 20079, 20111, 20129, 20183, 20361, 20397, 20459, 20541, 20542, 20548.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 28, 506, 536, 546, 697, 698, 734, 917, 936, 952, 1088, 1507, 1911, 1932, 2132, 2138, 2661, 2811, 2923, 3050, 3070, 3337, 3414, 3458, 3738, 3763, 4106, 4141, 4157, 4220, 4356, 4436, 4445, 4559, 4577, 4628, 4981, 5290, 5512, 5515, 5575, 5602, 5609, 5779, 5789, 5799, 5864, 5891, 5918, 5993, 6084, 6163, 6261, 6445, 6488, 6634, 6653, 7047, 7218, 7291, 7425, 7485, 7540, 7689, 7801,

8014, 8067, 8082, 8159, 8205, 8418, 8432, 8648, 8745, 9337, 9346, 9357, 9444, 9504, 9512, 9517, 9532, 9540, 9602, 9900, 9938, 9953, 10064, 10158, 10260, 10269, 10277, 10389, 10412, 10628, 10747, 10855, 10856, 10873, 10904, 10937, 11017, 11066, 11091, 11169, 11227, 11231, 11237, 11293, 11316, 11415, 11492, 11508, 11565, 11567, 11598, 11665, 11679, 11846, 11860, 11899, 11975, 12004, 12025, 12065, 12127, 12133, 12244, 12313, 12453, 12549, 12580, 12704, 12716, 12719, 12751, 12870, 12879, 12888, 13098, 13284, 13355, 13587, 13606, 13620, 13704, 13765, 13776, 13841, 13929, 14065, 14141, 14180, 14252, 14299, 14348, 14395, 14396, 14496, 14523, 14572, 14738, 14754, 14805, 14857, 14868, 15022, 15027, 15288, 15339, 15372, 15450, 15511, 15586, 15660, 15689, 15695, 15726, 15759, 15778, 15853, 15864, 15903, 15946, 16127, 16180, 16271, 16419, 16444, 16485, 16491, 16569, 16596, 16704, 16728, 16822, 16856, 16905, 16941, 16943, 16961, 16981, 17035, 17098, 17101, 17139, 17158, 17197, 17271, 17360, 17426, 17453, 17491, 17527, 17634, 17655, 17692, 17729, 17736, 17759, 17775, 17782, 17786, 17858, 17897, 18004, 18022, 18025, 18058, 18065, 18124, 18138, 18141, 18179, 18193, 18267, 18274, 18294, 18335, 18524, 18546, 18549, 18641, 18797, 18888, 18921, 18952, 18954, 18955, 18964, 19005, 19060, 19113, 19128, 19129, 19154, 19201, 19280, 19402, 19403, 19424, 19446, 19474, 19478, 19494, 19549, 19563, 19580, 19581, 19633, 19649, 19741, 19742, 19753.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 95, 142.

2. Litt. N à 300 M.

Nr. 506.

3. Litt. O à 75 M.

Nr. 90, 182, 189.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 102, 353.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. April 1907 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen und zwar zu I: Reihe VIII Nr. 2 bis 16 nebst Erneuerungsscheinen, zu II: Reihe II Nr. 16 nebst Erneuerungsscheinen vom 1. April 1907 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 761, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe Buchstabe A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 20. November 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

## Bekanntmachung.

**Nr. 598** Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 18. Dezember 1905 bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich die Unterdrückung des Weges von Bodenhof nach dem Höfchen und dem Aachener Walde auf seinem unteren Teile in der Einmündung zum Steinebrückerweg auf ca. 240 m Länge nunmehr angeordnet habe.

Aachen, den 26. November 1906.

Städtische Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister:
Veltman.

## Nr. 599 Personal-Nachrichten.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den bisherigen Förstern:

1. Muth I zu Forsthaus Mariawald, Oberförsterei Gemünd,
2. Adams zu Forsthaus Großhau, Oberförsterei Hürtgen,
3. Knauff zu Forsthaus Germeter, Oberförsterei Hürtgen,
4. Nicolai zu Forsthaus Gürzenich, Oberförsterei Wenau,
5. Buschmann zu Forsthaus Süßendell, Oberförsterei Wenau,
6. Jünger zu Forsthaus Morschenich, Oberförsterei Hambach und
7. Groß zu Forsthaus Hambach, Oberförsterei Hambach

den Charakter als Königlicher Hegemeister verliehen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 49.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt
## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 54. Ausgegeben zu Aachen, Samstag, den 1. Dezember 1906.



### Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzialbehörden.

**Nr. 600 Verordnung, betreffend die Einfuhr und Untersuchung von Wiederkäuern an der Landesgrenze gegen Luxemburg.**

Mit Rücksicht auf das für den inländischen Viehbestand bedrohliche Auftreten der Maul- und Klauenseuche im Großherzogtum Luxemburg wird auf Grund der §§ 6 und 7 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ (R.-G.-Bl. S. $\frac{153}{409}$) und des § 3 des Preußischen Ausführungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1905 (G.-S. S. 318) mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1905 (Amtsblatt S. 169) und in Abänderung der Verordnung vom 7. März 1906 (Amtsbl. S. 88) folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Einfuhr von Wiederkäuern aus Luxemburg ist nur mit der Eisenbahn über die Station St. Vith an jedem Dienstag, Donnerstag und Samstag bei Tageslicht gestattet.

Fällt auf einen dieser Tage ein staatlich anerkannter Feiertag, so darf die Einfuhr statt am Dienstag oder Donnerstag am nächstfolgenden Werktage und statt am Samstag am vorhergehenden Werktage erfolgen.

§ 2.

Sämtliche einzuführenden Wiederkäuer sind in St. Vith vor dem Weitertransport amtstierärztlich zu untersuchen. Alle Transporte sind zu diesem Zwecke rechtzeitig, spätestens aber am Abende vor dem Einfuhrtage unter Angabe des Bahnzuges dem Kreistierarzte in Malmedy anzuzeigen.

§ 3.

Die vorstehenden Anordnungen treten sofort in Kraft.

Unberührt bleiben die für Pferde und Schweine derselben Herkunft getroffenen Bestimmungen der Verordnung vom 7. März 1906 (Amtsbl. S. 88).

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 65 Ziffer 1, 66 Ziffer 1 und 67 des Reichsgesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist. Verbotswidrig eingeführte Tiere verfallen der Einziehung.

Aachen, den 30. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

Hierzu kein Öffentlicher Anzeiger.

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 55. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 6. Dezember 1906.



**Nr. 601 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 602** Von der im Kursbureau des Reichs-Postamts neu bearbeiteten Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs ist jetzt das Blatt VIII erschienen; dieses umfaßt die Provinz Brandenburg, den südöstlichen Teil von Mecklenburg und den südwestlichen Teil von Pommern.

Das Blatt kann im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 Mark für das unausgemalte Exemplar und 2 Mark 25 Pf. für jedes Exemplar mit farbiger Angabe der Grenzen von dem Verlage, dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W 35, Potsdamerstraße 110), bezogen werden.

Berlin W 66, den 27. November 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
J. A.: Gieseke.

**Nr. 603 Bekanntmachung.**

Karte der großen Postdampfschifflinien im Weltpostverkehr.

Die Karte der großen Postdampfschifflinien im Weltpostverkehr, die zugleich ein Bild des gegenwärtigen Umfangs des Weltpostvereins gibt, ist im Reichs-Postamt im Maßstabe von 1 : 47000000 neu bearbeitet worden. Der in mehrfachem Farbendruck hergestellten Karte ist ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Postdampfschifflinien, unter Angabe der den Betrieb wahrnehmenden Schiffahrtsgesellschaften, der Anlegehäfen, der Entfernungen in Seemeilen von Hafen zu Hafen und der planmäßigen Überfahrtsdauer beigegeben.

Die Karte kann im Wege des Buchhandels von der Verlagshandlung, dem Berliner Lithographischen Institut (Julius Moser) in Berlin W, Potsdamerstraße 110, zum Preise von 1 Mark 50 Pf. bezogen werden.

Berlin W 66, den 15. November 1906.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Kraetke.

**Nr. 604** Nachweisung der Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Naturalien und andere

I. Markt-

I. A.

| Namen der Stadt. | Weizen gut M. | Pf. | Weizen mittel M. | Pf. | Weizen gering M. | Pf. | Roggen gut M. | Pf. | Roggen mittel M. | Pf. | Roggen gering M. | Pf. | Gerste gut M. | Pf. | Gerste mittel M. | Pf. | Gerste gering M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| *) | 20 | 50 | 19 | 50 | — | — | 18 | 50 | 17 | 50 | — | — | 19 | — | — | — | — | — |
| Aachen (S. Anm. I.) | 18 | 50 | 18 | — | — | — | 17 | 06 | 16 | 75 | — | — | 14 | — | — | — | — | — |
| Düren . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Erkelenz (S. Anm. I.) | 18 | — | 17 | — | — | — | 16 | 30 | 15 | 30 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eschweiler . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Eupen . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Jülich . . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Montjoie . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| St. Vith . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Durchschnittspreis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

I. Markt-Preise:

I. B. Übrige Marktwaren.

| Stroh Krumm- M. | Pf. | Heu M. | Pf. | Fleisch: Rind- im Großhandel M. | Pf. | Rind- von der Keule M. | Pf. | Rind- vom Bauch M. | Pf. | Schweine- M. | Pf. | Kalb- M. | Pf. | Hammel- M. | Pf. | Speck (geräuchert) M. | Pf. | Eßbutter M. | Pf. | Eier M. | Pf. | Steinkohlen M. | Pf. | Brennholz (roh zugerichtet) M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Es kosten je 100 Kilogr. | | | | | | Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kosten 60 Stück | | Es kosten 100 Kg. | | Es kostet je 1 Kbm. | |
| — | — | 6 | — | 145 | — | 1 | 80 | 1 | 45 | 2 | 10 | 1 | 80 | 1 | 70 | 1 | 85 | 2 | 75 | 8 | 18 | — | — | — | — |
| — | — | [7] — | [25] — | 123 | 50 | 1 | 70 | 1 | 60 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 80 | 2 | — | 2 | 50 | 7 | 95 | — | — | — | — |
| — | — | 5 | 30 | 152 | — | 2 | — | 1 | 70 | 2 | — | 2 | 20 | 1 | 80 | 2 | 20 | 2 | 70 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | [6] — | [30] — | — | — | 1 | 65 | 1 | 55 | 1 | 90 | 1 | 70 | 1 | 70 | 1 | 90 | 2 | 70 | 7 | 80 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 136 | — | 1 | 60 | 1 | 50 | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | — | 2 | 60 | 5 | 40 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 40 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 1 | 80 | 2 | 60 | 7 | 20 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 90 | 1 | 65 | 2 | — | 1 | 70 | 1 | 70 | 2 | 10 | 2 | 64 | 6 | 90 | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 1 | 60 | 2 | 20 | 5 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | 139 | 13 | 1 | 73 | 1 | 56 | 1 | 93 | 1 | 81 | 1 | 76 | 1 | 93 | 2 | 59 | 6 | 95 | — | — | — | — |

Anmerkung I. Die Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu und Stroh sind für die Lieferungsverbände (Kreise) Aachen Stadt und Land, Eupen, Malmedy, Montjoie diejenigen des Hauptmarktortes Aachen; für die Lieferungsverbände (Kreise) Jülich, Geilenkirchen, Heinsberg, Düren, Schleiden, Erkelenz kommen diejenigen des Haupt-Marktortes Neuß im Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht, die in der Nachweisung bei Erkelenz abgedruckt sind.

Anmerkung II. Die Vergütung für die an Truppen verabreichte Fourage erfolgt gemäß §. 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 361) mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der [illegible] ng voranz[illegible] gen ist. Bei Feststellung des Dur[illegible]schnittspreises werden

**der Provinzial-Behörden.**

Lebensbedürfnisse in den Städten des Regierungsbezirks Aachen für den Monat November 1906.

Preise:

| Getreide | | | | | | | | | | I. B. Übrige Marktwaren. | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Hafer | | | | | | Überschlag der zu Markt gebrachten Mengen an: | | | | Hülsenfrüchte | | | | | | Eß-Kartoffeln | | Stroh | |
| gut | | mittel | | gering | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | | Bohnen (weiße) | | Linsen | | | | Richt- | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | Nach Gewichtsmengen von 100 Kilogramm | | | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 19 | — | 18 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 17 (18) | 44 (31) | 17 | 19 | — | — | — | — | — | — | 31 | — | 39 | — | 44 | — | 7 | 80 | 6 (7) | — (35) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 34 | — | 50 | — | 6 | 70 | — | — |
| 16 (17) | 25 (88) | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 | — | 40 | — | 40 | — | 7 | — | 3 (4) | 80 (90) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 | — | 44 | — | 46 | — | 6 | 60 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 29 | — | 33 | — | 36 | — | 8 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | 50 | 27 | — | 45 | — | 7 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 25 | 75 | 34 | — | — | — | 9 | 25 | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 26 | — | — | — | — | — | 5 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 28 | 53 | 35 | 86 | 43 | 50 | 7 | 17 | — | — |

II. Laden-Preise in den letzten Tagen des Monats November 1906:

| Mehl zur Speisebereitung aus: | | | | Gersten | | | | Buchweizengrütze | | Hafergrütze | | Hirse | | Reis (Java) mittlerer | | Kaffee | | | | Speisesalz | | Schweineschmalz (hiesiges) | | Schwarzbrot | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | | Roggen | | Graupen | | Grütze | | | | | | | | | | Java (mittel) roh | | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | | | | | | | |
| Es kosten je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| — | 30 | — | 24 | — | 25 | — | 40 | — | 32 | — | 50 | — | 45 | — | 45 | 2 | 55 | 3 | 20 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 30 | — | 48 | — | 35 | — | 60 | — | 59 | — | 50 | 2 | 45 | 3 | 35 | — | 20 | 1 | 90 | — | — |
| — | 28 | — | 28 | — | 50 | — | 40 | — | 36 | — | 50 | — | 60 | — | 40 | 2 | — | 2 | 40 | — | 20 | 2 | 20 | — | — |
| — | 30 | — | 28 | — | 40 | — | 48 | — | 38 | — | 58 | — | 60 | — | 46 | 2 | 40 | 3 | — | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 36 | — | 31 | — | 38 | — | — | — | — | — | 60 | — | 60 | — | 50 | 2 | — | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 80 | — | — |
| — | 29 | — | 29 | — | 40 | — | 40 | — | 30 | — | 60 | — | 50 | — | 40 | 2 | 30 | 2 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | 15 |
| — | 35 | — | 32 | — | 48 | — | 56 | — | 46 | — | 51 | — | — | — | 56 | 2 | 90 | 3 | 50 | — | 24 | 2 | — | — | — |
| — | 28 | — | 26 | — | 30 | — | 50 | — | 26 | — | 56 | — | — | — | 50 | 2 | 40 | 3 | 60 | — | 20 | 1 | 60 | — | — |
| — | 31 | — | 28 | — | 38 | — | 46 | — | 35 | — | 56 | — | 56 | — | 47 | 2 | 38 | 3 | 03 | — | 21 | 1 | 84 | — | 15 |

die Preise des Hauptmarktortes desjenigen Lieferungsverbandes zu Grunde gelegt, zu welchem die beteiligte Gemeinde gehört. Die als höchste Tagespreise des Monats November 1906 für Hafer, Heu und Stroh festgestellten Beträge — einschließlich des Aufschlags von fünf vom Hundert — sind bei den einzelnen Hauptmarktorten an betreffender Stelle in kleinen Zahlen unter der Linie ersichtlich gemacht.

*) Die bei Aachen über der Linie stehenden Zahlen bezeichnen die Preise für das in den Handel gekommene Getreide ausländischen Ursprungs.

Aachen, den 5. [illegible]mber 1906. Der Regier[illegible] Präsident. Im Auftrage: Sträter.

## Bekanntmachung.

**Nr. 605** Gemäß § 21 der Provinzialordnung für die Rheinprovinz vom 1. Juni 1887 (G.-S. S. 252) bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 27. Juli ds. Js. zur öffentlichen Kenntnis, daß anstelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Zweigert in Essen (Ruhr) der Beigeordnete Otto Werth in Essen (Ruhr) zum Provinzial-Landtagsabgeordneten für den Stadtkreis Essen (Ruhr) gewählt worden ist.

Coblenz, den 26. November 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
Im Auftrage: Heintzmann.

**Nr. 606** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 30. November 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Maul- und Klauenseuche | Jülich | 2 | 6 |
| Schweineseuche | Aachen Stadt | 1 | 1 |
| desgl. | Erkelenz | 4 | 6 |
| desgl. | Eupen | 3 | 4 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 1 |
| desgl. | Heinsberg | 3 | 3 |
| desgl. | Jülich | 7 | 8 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 1 |

Aachen, den 3. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 607** Der Polizeisergeant Peter Beißmann II aus Düsseldorf hat am 2. Juli d. Js. zu Vardenberg das Kind Heinrich Pütz durch schnelle und tatkräftige Hülfe vor dem Tode oder schwerer Verletzung durch Überfahrenwerden bewahrt.

Für dieses mutige Verhalten erteile ich ihm hierdurch eine öffentliche Belobigung.

Aachen, den 28. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 608** Auf Grund der mir durch Erlaß der Herren Fachminister vom 14. April 1902 übertragenen Befugnis ordne ich gemäß § 4 Abs. 3 und 4 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, vom 15. Juni 1897 (R.-G.-Bl. S. 475) hiermit an, daß die Vorschrift des Absatzes 2 dieses Paragraphen für den Umfang der Landgemeinde Haaren im Landkreise Aachen und der Stadtgemeinde Erkelenz, die nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 die Zahl von 5000 Einwohnern überschritten haben, vom 1. Juli 1907 ab nicht mehr Anwendung findet. In diesen Gemeinden ist daher vom 1. Juli 1907 ab gemäß Absatz 1 a. a. O. in Räumen, woselbst Butter oder Butterschmalz gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Margarine oder Kunstspeisefett allgemein verboten. Ebenso ist in Räumen, woselbst Käse gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Margarinekäse allgemein untersagt.

Aachen, den 30. November 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 609** Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine zur Hebung der Pferdezucht in der Provinz Posen zu Gnesen die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dem in der Zeit vom 19. bis 21. April 1907 in Gnesen abzuhaltenden Luxuspferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 150 000 Lose zu je 1 Mk. abgegeben werden und 2241 Gewinne im Gesamtwerte von 60 000 Mk. zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 5. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 610** Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die durch § 25 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 vorgeschriebenen Steuererklärungen für das Steuerjahr 1907 (umfassend den Zeitraum vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1908) in der Zeit vom 4. bis einschließlich 21. Januar 1907 abzugeben sind.

Aachen, den 16. November 1906.

Der Vorsitzende der Berufungs-Kommission.
von Peguilhen.

**Nr. 611** In dem zur Enteignung von Grundstücken für die Erweiterung des Bahnhofes Stolberg-Rh. eingeleiteten Verfahren habe ich im Auftrage des Königlichen Regierungspräsidenten in Aachen zur Verhandlung gemäß § 25 ff. des Enteignungs-Gesetzes vom 11. Juni 1874 (Vorbereitung der Entschädigungs-Feststellung) Termin anberaumt auf

Dienstag, den 11. Dezember 1906,
nachmittags $3^{1}/_{4}$ Uhr,
am Bahnhofe Stolberg-Rh.

Die Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, ihre Rechte im Termine wahrzunehmen. Im Falle des Ausbleibens wird ohne Zutun der Geladenen die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden.

Aachen, den 29. November 1906.

Reinecke, Regierungs-Rat,
als Enteignungskommissar.

### Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 612** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

Spezialkommissar, Regierungs-Assessor
Rose zu Aachen.

1. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Würm mit Ausschluß des bereits zusammengelegten Teiles südlich der Bahn Aachen—Neuß. Bürgermeisterei Würm, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen W a 43.
2. Zusammenlegung des südöstlich der Eisenbahn Aachen—Neuß und nördlich des Gutes Breil gelegenen Teiles des Gemeindebezirks Geilenkirchen-Hünshoven. Bürgermeisterei Geilenkirchen, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen H a 72.
3. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Süggerath. Bürgermeisterei Würm, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen S a 64.

Spezialkommissar, Regierungsrat Dr. Rensing
zu Düren

4. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Schophoven. Bürgermeisterei Pier, Kreis Düren, Aktenzeichen S a 60.
5. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Selgersdorf, welche begrenzt werden: a) im Westen von der Gemeindegrenze und der Eisenbahn Jülich—Stolberg, b) im Süden und Osten von der Gemeindegrenze, c) im Norden von den Großen Forsten und dem geschlossenen Komplex des Gutes Lorsbeck. Bürgermeisterei Hambach, Kreis Jülich, Aktenzeichen S a 62.
6. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Hambach. Bürgermeisterei Hambach, Kreis Jülich, Aktenzeichen H a 73.

Spezialkommissar, Regierungs-Assessor
Hesselt zu Düren.

7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Blatten. Bürgermeisterei Bleibuir, Kreis Schleiden, Aktenzeichen V a 13.

Spezialkommissar, Regierungsrat
Grube zu Düsseldorf.

8. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Erkelenz. Bürgermeisterei Erkelenz, Kreis Erkelenz, Aktenzeichen E a 32.

Spezialkommissar Regierungs-Assessor
Dr. Meimberg zu Prüm.

9. Zusammenlegung der Grundstücke desjenigen Teiles des Gemeindebezirks Reuland-Auel, der begrenzt wird: a) im Westen durch die Our und den Eisenbahnkörper der Strecke St. Vith—Ulflingen, b) im Norden durch die Our und durch die Regierungsbezirksgrenze gegen Trier, c) im Osten durch die vorgenannte Regierungsbezirksgrenze, d) im Süden durch die Grenze der Flur 14 und die damit zusammenfallende Grenze gegen den Bann Steffeshausen. Bürgermeisterei Reuland, Kreis Malmedy, Aktenzeichen R a 35,

werden mit bezug auf die §§ 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§ 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§ 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 18. Februar 1907,
vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße Nr. 184 — anstehenden Termine anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 17. November 1906.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

### Bekanntmachung.

**Nr. 613** Auf Grund der in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1889 veröffentlichten Prüfungsordnung vom 26. August 1889 wird die Turnlehrer-Prüfung im Jahre 1907 am 21. März und folgenden Tagen in den Räumen des städtischen Gymnasialgebäudes in Bonn abgehalten werden.

Zu der Prüfung werden Bewerber zugelassen, welche bereits die Befähigung zur Erteilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig erworben haben, und Studierende, diese jedoch nicht vor vollendetem dritten Semester.

Die Anmeldnng zu der Prüfung hat bis zum 21. Februar 1907 bei dem unterzeichneten Provinzial-Schulkollegium zu erfolgen und zwar seitens der in einem Lehramte stehenden Bewerber durch die vorgesetzte Dienstbehörde, seitens der andern unmittelbar.

Jeder Bewerber hat vor dem Eintritte in die Prüfung eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

über die an die Zulassung zur Prüfung geknüpften besonderen Bedingungen, insbesondere auch über die der Meldung beizufügenden Schriftstücke gibt die Prüfungsordnung nähere Auskunft.

Coblenz, den 20. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

## Bekanntmachung.

**Nr. 614** Die im Jahre 1907 in unserem Verwaltungsbezirke abzuhaltenden Prüfungen der Handarbeitslehrerinnen werden

a) in **Rheydt** am 11. März und an den folgenden Tagen,
b) in **Cöln** am 22. April und an den folgenden Tagen,
c) in **Coblenz** am 2. Mai und an den folgenden Tagen und am 15. Oktober und an den folgenden Tagen,
d) in **Düsseldorf** am 9. Juli und an den folgenden Tagen

stattfinden.

Die Meldungen zur Prüfung sind an uns zu richten und müssen spätestens vier Wochen vor dem betreffenden Prüfungstermine hier vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der unterm 22. Oktober 1885 erlassenen Prüfungsordnung, die im Centralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1885, S. 737 und in dem Anhange zu den Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die höheren Mädchenschulen vom 31. Mai 1894 abgedruckt ist. Diese Bestimmungen sind nebst Anhang in dem vorgenannten Centralblatte für 1894, Seite 447 u. ff. veröffentlicht und auch im Wege des Buchhandels zu beziehen.

Coblenz, den 17. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

## Nr. 615 Bekanntmachung.

Die im Jahre 1907 in unserm Geschäftsbereiche abzuhaltenden Prüfungen für Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde werden

in Rheydt am 11. März und an den folgenden Tagen,
in Cöln am 18. März und an den folgenden Tagen

stattfinden.

Die Meldungen zu den Prüfungen sind an die Königlichen Regierungen des Bezirks zu richten, in welchem die Bewerberinnen wohnen, und müssen spätestens vier Wochen vor den betreffenden Prüfungsterminen dort vorliegen.

Die näheren Bedingungen über die Zulassung zur Prüfung sind enthalten in der Prüfungsordnung für Hauswirtschaftslehrerinnen, die im Zentralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1902, Seite 246 u. ff. und in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Rheinprovinz und zu Sigmaringen im Jahre 1902 veröffentlicht ist.

Coblenz, den 24. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

## Bekanntmachung.

**Nr. 616** Die in Coblenz stattfindenden Prüfungen der Lehrerinnen, der Schulvorsteherinnen und der Sprachlehrerinnen werden im Jahre 1907 nach folgendem Plane abgehalten werden:

a) Prüfung der Lehrerinnen am 1. Mai und folgende Tage und am 14. September und folgende Tage;
b) Prüfung der Schulvorsteherinnen am 17. Mai und am 25. September;
c) Prüfung der Sprachlehrerinnen am 29. Mai und folgende Tage und am 26. September und folgende Tage.

Die Vorschriften über die Meldung und die Bedingungen für die Zulassung zu diesen Prüfungen sind in den Prüfungsordnungen vom 24. April 1874 und vom 5. August 1887 enthalten, welche mit den späteren Abänderungen in dem Anhange zu den Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die höheren Mädchenschulen vom 31. Mai 1894 abgedruckt und im Wege des Buchhandels zu beziehen sind. Außer den dort gestellten Forderungen ist nach den Bestimmungen des Ministerial-Erlasses vom 15. Januar 1901 — U III D Nr. 3323 U III B 2917 — (Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen 1901 Seite 204—209) in jeder Meldung zur Lehrerinnen-Prüfung von der Bewerberin deutlich und genau anzugeben, wo und von wem sie für den Lehrberuf vorbereitet worden ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie einzelne Versuchslektionen sowie fortlaufenden Klassenunterricht erteilt hat und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und beaufsichtigt worden ist. Zum Nachweise ihrer Vorbildung im Zeichnen und in den weiblichen Handarbeiten hat jede Bewerberin eine von ihr selbst gefertigte Zeichnung und eine von ihr selbst gefertigte Handarbeit aus dem Stoffgebiete der Oberklasse der Schulart, für welche die Lehrbefähigung erstrebt wird, vorzulegen.

Nach dem Erlasse vom 15. Januar 1901 kann ferner bei der schriftlichen Prüfung an Stelle der Uebersetzung aus dem Deutschen in die fremde Sprache eine freie schriftliche Arbeit von mäßigem Umfange treten.

Die Gebühren für die Prüfung der Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen betragen 20 M., für die be-

Sprachlehrerinnen 12 Mk. und sind vor dem Eintritte in die Prüfung zu entrichten.

Coblenz, den 27. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 617** Infolge eines Antrages des Eschweiler Bergwerks-Vereins in Pumpe soll der in der Gemeinde Alsdorf Flur II gelegene öffentliche Weg, genannt Ohligsweg, verlegt werden.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, Einsprüche gegen dasselbe binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Der die Verlegung nachweisende Lageplan liegt im hiesigen Gemeindehause zur Einsicht offen.

Alsdorf, den 3. Dezember 1906.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister
Becker.

**Nr. 618 Personal-Nachrichten.**

Der an Stelle des Dr. José A. Baldo zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Venezuela für das Deutsche Reich (außer Bayern) mit dem Amtssitze in Hamburg ernannte Dr. Domingo B. Castillo ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Der zum Ottomanischen Generalkonsul in Cöln und zum Ottomanischen Generalkonsul in Düsseldorf mit dem Amtssitze an letzterem Orte ernannte Herr C. Menshausen ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Der zum rumänischen Generalkonsul in Cöln ernannte Bankdirektor, Landrat a. D. Dr. Walter Langen, ist in dieser Amtseigenschaft anerkannt und zugelassen worden.

Ernannt sind: Der Postpraktikant Krieter in Eschweiler zum Ober-Postpraktikanten, der Postsekretär Homeyer in Herbesthal zum Postmeister und der Postanwärter Küttel in Aachen zum Postassistenten.

Versetzt ist der Postsekretär Kokart von Eupen nach Aachen.

Dem Apotheker Emil Steinkamm ist die Genehmigung zur Übernahme und Fortführung der von ihm käuflich erworbenen Hunold'schen Apotheke in Erkelenz erteilt worden.

Endgültig angestellt sind die seither einstweilig tätigen Lehrer und Lehrerinnen:

1. Gerhard Schmitz bei der katholischen Volksschule zu Bergstein, Kreis Düren;
2. Maria Engels bei der katholischen Volksschule zu Würselen, Kreis Aachen Land.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 49.

---

Druck von J. Stercken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 56. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 13. Dezember 1906.



**Nr. 619 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 620 Bekanntmachung.**

**Die Weihnachtssendungen betreffend.**

Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weitere Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten rc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut rc. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwandt werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig

gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankiert** aufgeliefert werden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu **einer** Begleitadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) **nicht** gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 8. Dezember 1906.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.
Im Auftrage: Gieseke.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzialbehörden.

**Nr. 621** Der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz hat der Rheinischen Missionsgesellschaft die Erlaubnis erteilt, zum Besten ihrer Zwecke in den Jahren 1907, 1908 und 1909 bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz je eine einmalige Hauskollekte abhalten zu lassen.

Mit der Einsammlung der Kollekte im Regierungsbezirke Aachen ist der Hülfsverein der Rheinischen Missionsgesellschaft in der Kreissynode Jülich (Superintendent Müller in Düren) beauftragt worden.

Aachen, den 4. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 622** Der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz hat dem Vorstande der Anstalt für Epileptische „Bethel" bei Bielefeld die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten der Anstalt bei den evangelischen Bewohnern der Rheinprovinz eine einmalige Kollekte im Jahre 1907 abhalten zu lassen.

In denjenigen Kreisen bezw. Synoden, in welchen die kirchlichen Vertretungen die Einsammlung nicht übernommen haben, sind die hierunter aufgeführten Personen mit der Kollekte beauftragt worden:

Emil Muns aus Barmen, Karl Schneider aus Wesel, Hermann Runkel aus Grumeth, Karl Kübler aus Michelstadt, Karl Wüster aus Lüttringhausen, Karl Meyer aus Cöln.

Aachen, den 11. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 623** Der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz hat durch Erlaß vom 3. August d. Js. Nr. 18372 dem Vorstande der St. Agnes-Stiftung in Bonn die Erlaubnis erteilt, zum Besten des Fürsorgevereins für sittlich gefährdete weibliche Personen im Jahre 1907 eine einmalige Hauskollekte bei den katholischen Bewohnern der Rheinprovinz abhalten zu lassen.

Mit der Abhaltung der Kollekte sind beauftragt worden: Die Pfarrer und Rektoren in ihren Bezirken, soweit die Pfarrer und Rektoren nicht mitwirken, alle diejenigen, welche eine Legitimation des Vorstandes der St. Agnes-Stiftung in Bonn vorzeigen, endlich Pantaleon Engels in Bonn, Pet. Herkenrath, Gefängnispfarrer in Bonn, Pfarrer Eduard Struzian, Geistlicher im St. Agnes-Stift in Bonn, Johann Frings in Beuel, Jos. Herkenrath in Cöln, Theodor Steinmann in Cöln.

Aachen, den 5. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 624** Der Herr Minister des Innern hat dem landwirtschaftlichen Vereine zu Frankfurt a. M. die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr und Herbst 1907 dort abzuhaltenden beiden Pferdemärkte je eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen für jede Lotterie 120000 Lose zu je 1 M. ausgegeben werden und Gewinne im Gesamtwerte von 64000 Mark zur Ausspielung gelangen. Die Ziehung wird am 22., 23. und 24. April und 7., 8., und 9. Oktober 1907 in Frankfurt a. M. stattfinden.

Aachen, den 5. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

### Bekanntmachung.

**Nr. 625** Die in Stück 7 des Regierungs-Amtsblattes von 1879 abgedruckte Verfügung vom 7. Februar 1879 K 187 wird hierdurch aufgehoben, da ihr Inhalt mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Juni 1905, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, nicht mehr in Einklang steht. Die Zwangsvollstreckung wegen genehmigter Kirchensteuern und die hierfür zu gewährende Vergütung ist durch § 20 des genannten Gesetzes geregelt. Soweit sich die Kirchen-

vorstände im übrigen bei der Ausführung der Veranlagungsarbeiten, der Aufstellung der Heberolle oder der Hebung der Steuern der Hilfe kommunaler Organe oder Beamten bedienen wollen, unterliegt die dafür zu gewährende Vergütung, abgesehen von der unentgeltlich zu bewirkenden Lieferung der Unterlagen (vergl. VI B V der Anweisung vom 24. März 1906, Amtsbl. Stück 18 von 1906) der freien Vereinbarung zwischen der Gemeinde und dem Kirchenvorstand mit der Beschränkung, daß, wenn nicht ein geringeres Entgelt vereinbart worden ist, für die im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogenen Beträge eine Vergütung von 2% der Isteinnahme neben den Gebühren der Vollziehungsbeamten zu gewähren ist.

Aachen, den 7. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

### Öffentliche Bekanntmachung.

**Nr. 626** Folgende bei uns anhängige Auseinandersetzungssachen:

Spezialkommissar, Regierungs-Assessor Rose zu Aachen.

1. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Würm mit Ausschluß des bereits zusammengelegten Teiles südlich der Bahn Aachen—Neuß. Bürgermeisterei Würm, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen W a 43.
2. Zusammenlegung des südöstlich der Eisenbahn Aachen—Neuß und nördlich des Gutes Breil gelegenen Teiles des Gemeindebezirks Geilenkirchen-Hünshoven. Bürgermeisterei Geilenkirchen, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen H a 72.
3. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Süggerath. Bürgermeisterei Würm, Kreis Geilenkirchen, Aktenzeichen S a 64.

Spezialkommissar, Regierungsrat Dr. Rensing zu Düren

4. Zusammenlegung des Gemeindebezirks Schophoven. Bürgermeisterei Pier, Kreis Düren, Aktenzeichen S a 60.
5. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Selgersdorf, welche begrenzt werden: a) im Westen von der Gemeindegrenze und der Eisenbahn Jülich—Stolberg, b) im Süden und Osten von der Gemeindegrenze, c) im Norden von den Großen Forsten und dem geschlossenen Komplex des Gutes Lorsbeck. Bürgermeisterei Hambach, Kreis Jülich, Aktenzeichen S a 62.
6. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Hambach. Bürgermeisterei Hambach, Kreis Jülich, Aktenzeichen H a 73.

Spezialkommissar, Regierungs-Assessor Hesselt zu Düren.

7. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Blatten. Bürgermeisterei Bleibuir, Kreis Schleiden, Aktenzeichen V a 13.

Spezialkommissar, Regierungsrat Grube zu Düsseldorf.

8. Zusammenlegung der Grundstücke des Gemeindebezirks Erkelenz. Bürgermeisterei Erkelenz, Kreis Erkelenz, Aktenzeichen E a 32.

Spezialkommissar Regierungs-Assessor Dr. Meimberg zu Prüm.

9. Zusammenlegung der Grundstücke desjenigen Teiles des Gemeindebezirks Reuland-Auel, der begrenzt wird: a) im Westen durch die Our und den Eisenbahnkörper der Strecke St. Vith—Ulflingen, b) im Norden durch die Our und durch die Regierungsbezirksgrenze gegen Trier, c) im Osten durch die vorgenannte Regierungsbezirksgrenze, d) im Süden durch die Grenze der Flur 14 und die damit zusammenfallende Grenze gegen den Bann Steffeshausen. Bürgermeisterei Reuland, Kreis Malmedy, Aktenzeichen R a 35,

werden mit bezug auf die §§ 12 und 14 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, die §§ 10 bis 15 des Ausführungsgesetzes vom 7. Juni 1821 und die §§ 25 bis 27 der Verordnung vom 30. Juni 1834, öffentlich bekannt gemacht und es werden alle noch nicht zugezogenen mittelbar oder unmittelbar Beteiligten hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns spätestens in dem am

Montag, den 18. Februar 1907,
vormittags 11 Uhr,

vor dem Geheimen Regierungsrat Waldhecker an unserer Geschäftsstelle hierselbst — Oststraße Nr. 184 — anstehenden Termine anzumelden und zu begründen.

Düsseldorf, den 17. November 1906.

Königliche Generalkommission für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande.
Brümmer.

**Nr. 627** **Bekanntmachung**

### Auslosung von Rentenbriefen.

Bei der heutigen Auslosung von Rentenbriefen für das Halbjahr vom 1. Oktober 1906 bis 31. März 1907 sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. A à 1000 Taler = 3000 M.

Nr. 77, 279, 381, 440, 451, 636, 886, 909,

984, 986, 1174, 1296, 1388, 1441, 1451, 1495, 1556, 1839, 1851, 1910, 2027, 2207, 2314, 2379, 2568, 2609, 2666, 2706, 2942, 2972, 3180, 3223, 3230, 3244, 3263, 3471, 3502, 3554, 3563, 3586, 3735, 3783, 3933, 4073, 4154, 4193, 4267, 4288, 4289, 4351, 4380, 4408, 4513, 4674, 4724, 4886, 4903, 4939, 4940, 5010, 5135, 5331, 5332, 5485, 5551, 5564, 5628, 5672, 5800, 5809, 5835, 5885, 5963, 5997, 6130, 6145, 6213, 6233, 6264, 6343, 6347, 6390, 6391, 6412, 6463, 6488, 6546, 6598, 6655, 6672, 6830, 6912, 6943, 7024, 7034, 7234, 7433, 7523, 7589, 7606, 7644, 7659, 7678, 7687, 7788, 7806, 7807, 7830.

2. Litt. B à 500 Taler = 1500 M.

Nr 27, 69, 71, 152, 259, 492, 535, 627, 715, 962, 1304, 1387, 1399, 1587, 1626, 1635, 1679, 1881, 1900, 1941, 1952, 1957, 2045, 2115, 2143, 2365, 2395, 2511, 2646, 2737, 2777, 2827, 2856, 2876, 2894, 3065, 3068, 3084, 3246, 3271, 3292, 3294, 3310, 3356, 3363, 3364.

3. Litt. C à 100 Taler = 300 M.

Nr. 50, 80, 190, 282, 476, 578, 710, 728, 859, 969, 1080, 1129, 1177, 1278, 1322, 1323, 1509, 1513, 1550, 1598, 1936, 2066, 2194, 2196, 2282, 2415, 2577, 2608, 2710, 3091, 3096, 3193, 3332, 3341, 3366, 3389, 3390, 3467, 3474, 3475, 3778, 3859, 4074, 4278, 4304, 4318, 4479, 4480, 4582, 4608, 4986, 5043, 5055, 5086, 5145, 5196, 5312, 5505, 5551, 5774, 5836, 5940, 5961, 6387, 6389, 6798, 6887, 6899, 7224, 7306, 7320, 7382, 7418, 7514, 7521, 7530, 7557, 7676, 7697, 7860, 7914, 7984, 8053, 8246, 8395, 8579, 8606, 8654, 8781, 8892, 9224, 9304, 9674, 9683, 9756, 9814, 9989, 10038, 10070, 10130, 10192, 10319, 10433, 10459, 10491, 10556, 10645, 10837, 10983, 10986, 11077, 11106, 11112, 11123, 11221, 11290, 11623, 11628, 11637, 11696, 11725, 11782, 11879, 12072, 12084, 12168, 12236, 12286, 12320, 12336, 12452, 12473, 12501, 12523, 12607, 12622, 12623, 12734, 12758, 12959, 13019, 13085, 13213, 13223, 13235, 13381, 13382, 13426, 13474, 13545, 13687, 13734, 13777, 13783, 13834, 13916, 13936, 14170, 14206, 14222, 14241, 14259, 14263, 14361, 14527, 14611, 14681, 14709, 14803, 14852, 14854, 14909, 14976, 15087, 15151, 15216, 15471, 15478, 15482, 15566, 15659, 15683, 15711, 15758, 15772, 15791, 15806, 15865, 16015, 16018, 16075, 16116, 16200, 16398, 16427, 16453, 16554, 16588, 16679, 16723, 16736, 16831, 16852, 17037, 17045, 17092, 17139, 17326, 17506, 17522, 17525, 17741, 17745, 17772, 17773, 17831, 17878, 17913, 17925, 17984, 17985, 18022, 18128, 18147, 18216, 18223, 18237, 18294, 18323, 18339, 18426, 18493, 18574, 18604, 18660, 18678, 18693, 18721, 18732, 18774, 18811, 18879, 18903, 19017, 19154, 19182, 19211, 19257, 19329, 19365, 19373, 19375, 19421, 19467, 19482, 19486, 19494, 19544, 19561, 19587, 19651, 19685, 19697, 19720, 19733, 19755, 19817, 19833, 19839, 19891, 19916, 19983, 20026, 20079, 20111, 20129, 20183, 20361, 20397, 20459, 20541, 20542, 20548.

4. Litt. D à 25 Taler = 75 M.

Nr. 28, 506, 536, 546, 697, 698, 734, 917, 936, 952, 1088, 1507, 1911, 1932, 2132, 2138, 2661, 2811, 2923, 3050, 3070, 3337, 3414, 3458, 3738, 3763, 4106, 4141, 4157, 4220, 4356, 4436, 4445, 4559, 4577, 4628, 4981, 5290, 5512, 5515, 5575, 5602, 5609, 5779, 5789, 5799, 5864, 5891, 5918, 5993, 6084, 6163, 6261, 6445, 6488, 6634, 6653, 7047, 7218, 7291, 7425, 7485, 7540, 7689, 7801, 8014, 8067, 8082, 8159, 8205, 8418, 8432, 8648, 8745, 9337, 9346, 9357, 9444, 9504, 9512, 9517, 9532, 9540, 9602, 9900, 9938, 9953, 10064, 10158, 10260, 10269, 10277, 10389, 10412, 10628, 10747, 10855, 10856, 10873, 10904, 10937, 11017, 11066, 11091, 11169, 11227, 11231, 11237, 11293, 11316, 11415, 11492, 11508, 11565, 11567, 11598, 11665, 11679, 11846, 11860, 11899, 11975, 12004, 12025, 12065, 12127, 12133, 12244, 12313, 12453, 12549, 12580, 12704, 12716, 12719, 12751, 12870, 12879, 12888, 13098, 13284, 13355, 13587, 13606, 13620, 13704, 13765, 13776, 13841, 13929, 14065, 14141, 14180, 14252, 14299, 14348, 14395, 14396, 14496, 14523, 14572, 14738, 14754, 14805, 14857, 14868, 15022, 15027, 15288, 15339, 15372, 15450, 15511, 15586, 15660, 15689, 15695, 15726, 15759, 15778, 15853, 15864, 15903, 15946, 16127, 16180, 16271, 16419, 16444, 16485, 16491, 16569, 16596, 16704, 16728, 16822, 16856, 16905, 16941, 16943, 16961, 16981, 17035, 17098, 17101, 17139, 17158, 17197, 17271, 17360, 17426, 17453, 17491, 17527, 17634, 17655, 17692, 17729, 17736, 17759, 17775, 17782, 17786, 17858, 17897, 18004, 18022, 18025, 18058, 18065, 18124, 18138, 18141, 18179, 18193, 18267, 18274, 18294, 18335, 18524, 18546, 18549, 18641, 18797, 18888, 18921, 18952, 18954, 18955, 18964, 19005, 19060, 19113, 19128, 19129, 19154, 19201, 19280, 19402, 19403, 19424, 19446, 19474, 19478, 19494, 19549, 19563, 19580, 19581, 19633, 19649, 19741, 19742, 19753.

II. $3^1/_2$ %. Rentenbriefe der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz.

1. Litt. L à 3000 M.

Nr. 95, 142.

2. Litt. N à 300 M.

Nr. 506.

3. Litt. O à 75 M.

Nr. 90, 182, 189.

4. Litt. P à 30 M.

Nr. 102, 353.

Die ausgelosten Rentenbriefe, deren Verzinsung vom 1. April 1907 ab aufhört, werden den Inhabern derselben mit der Aufforderung gekün-

digt, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinsscheinen und zwar zu I: Reihe VIII Nr. 2 bis 16 nebst Erneuerungsscheinen, zu II: Reihe II Nr. 16 nebst Erneuerungsscheinen vom 1. April 1907 ab bei den Königlichen Rentenbankkassen hierselbst oder in Berlin C, Klosterstraße 76 I, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Auswärts wohnenden Inhabern der gekündigten Rentenbriefe ist es gestattet, dieselben unter Beifügung einer Quittung über den Empfang der Valuta den genannten Kassen postfrei einzusenden und die Übersendung des Geldbetrages auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, zu beantragen.

Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten bezw. noch rückständigen Rentenbriefe Buchstabe A, B, C, D, L, M, N, O, P durch die seitens der Redaktion des Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeigers herausgegebene allgemeine Verlosungstabelle in den Monaten Mai und November jedes Jahres veröffentlicht werden, und daß das betreffende Stück dieser Tabelle von der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pfennigen bezogen werden kann.

Münster, den 20. November 1906.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Westfalen, die Rheinprovinz und die Provinz Hessen-Nassau.
Ascher.

**Nr. 628** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Dorothea 2, 8, 9, 10, 11 und 12 bei Birgelen, Wassenberg und Wildenrath mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 10. November 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 20. Mai 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln unter dem Namen Dorothea 2 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Birgelen und Effeld, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, s bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 7. Juni 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dorothea 8 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Wassenberg und Birgelen, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2 188 999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, o, p q, r bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 23 Mai 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dorothea 9 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Wassenberg, Myhl und Wildenrath, im Kreise Heinsberg und Gerderath, im Kreise Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben l, m, n, o, p, q bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 19. Juni 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dorothea 10 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Birgelen, Wassenberg und Wildenrath, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen

Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, s, b, i, r bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 9. Juni 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dorothea 11 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Birgelen und Effeld, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben c, d, e, f, g, h, s bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 19. Juni 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dorothea 12 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Wildenrath, Birgelen, Wassenberg und Myhl, im Kreise Heinsberg, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben i, k, l, q, r bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 10. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 629** In dem Verfahren betreffend die Feststellung der Entschädigung für die zur Verlegung des Bahnhofes Aachen-Templerbend in das Süsterfeld in der Gemeinde Aachen zu enteignenden Grundstücke habe ich als Kommissar des Königlichen Regierungs-Präsidenten in Aachen für die durch §§ 25 ff. des Enteignungs-Gesetzes vom 11. Juni 1874 vorgeschriebene Verhandlung Termin an Ort und Stelle angesetzt auf

Dienstag, den 18. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr,

beginnend am Bahnübergange vor dem Ponttore.

Die Beteiligten werden hierdurch aufgefordert, ihre Rechte im Termine wahrzunehmen. Im Falle des Ausbleibens wird ohne Zutun der Geladenen die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden.

Aachen, den 10. Dezember 1906.

Der Enteignungskommissar.

Reinecke, Regierungs-Rat.

**Nr. 630** In dem Verfahren auf Enteignung der zum Bau einer Wegeunterführung bei km 49,9 der Eisenbahnlinie Aachen—Neuß innerhalb der Gemeinde Erkelenz erforderlichen Grundstücke ist für die durch §§ 25 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) vorgeschriebene kommissarische Verhandlung behufs Feststellung der Entschädigungen Termin auf

Dienstag, den 18. dieses Monats, vormittags 11 Uhr,

im kleinen Sitzungssaale des Königlichen Landratsamtes hierselbst anberaumt worden.

Alle Beteiligten werden hierdurch zu dem bezeichneten Termine vorgeladen und aufgefordert, ihre Rechte in demselben wahrzunehmen mit der Verwarnung, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird.

Erkelenz, den 10. Dezember 1906.

Der Enteignungskommissar:

Dr. Reumont, Königlicher Landrat.

**Nr. 631 Personal-Nachrichten.**

Endgültig angestellt ist die seither einstweilig tätige Lehrerin Maria Ohligschläger bei der katholischen Volksschule zu Granterath, Kreis Erkelenz, zum 1. Dezember d. Js.

Personalveränderungen bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

Der Landgerichtssekretär Lück in Düsseldorf ist zum Oberlandesgerichtssekretär daselbst ernannt.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 50.

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück **57.** Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 20. Dezember **1906.**




**Nr. 632 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Inhalt der Gesetz-Sammlung.

**Nr. 633** Das 43. Stück enthält unter Nr. 10767: Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 18. Mai 1906. Unter Nr. 10768: Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vom 18. Mai 1906. Unter Nr. 10769: Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation der zwischen Preußen und Braunschweig sowie zwischen Preußen und Bremen am 18. Mai 1906 zur Regelung der Lotterieverhältnisse abgeschlossenen Staatsverträge und den Austausch der Ratifikationsurkunden zu diesen Verträgen. Vom 18. November 1906. Das 44. Stück enthält unter Nr. 10770: Bekanntmachung, den Beginn der Herbstmesse in Kassel betreffend. Vom 14. November 1906. Unter Nr. 10771: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Düren. Vom 22. November 1906. Das 45. Stück enthält unter Nr. 10772: Verordnung, betreffend die Wiederherstellung abhanden gekommener Grundbuchblätter des Amtsgerichts in Langensalza. Vom 24. November 1906. Unter

Nr. 10773: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg, Hachenburg und Weilburg. Vom 29. November 1906. Das 46. Stück enthält unter Nr. 10774: Allerhöchster Erlaß, betreffend die Änderung des bisherigen Titels der Gesetz-Sammlung. Vom 24. November 1906.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 634** Nachdem der Reichstag am 13. d. M. aufgelöst und durch Kaiserliche Verordnung vom 14. d. Mts. angeordnet worden ist, daß die Neuwahlen am 25. Januar 1907 vorzunehmen sind, bestimme ich hierdurch auf Grund des § 8 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und des § 2 des Wahlreglements vom $\frac{\text{28. Mai 1870}}{\text{28. April 1903}}$, daß die Auslegung der Wählerlisten im Bereich des Preußischen Staates am

Freitag, den 28. Dezember 1906

zu beginnen hat.

Berlin, den 14. Dezember 1906.

Der Minister des Innern.
v. Bethmann-Hollweg.

**Nr. 635** **Bekanntmachung über die Einfuhr von lebenden Schweinen und Schweinefleisch aus Dänemark, Schweden und Norwegen.**

Auf Grund des § 7 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ (R.-G.-Bl. 1894 S. 409) und des § 3 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 (Gef.-S. S. 128) in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1905 (Ges.-S. S. 318) wird zur Verhütung der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Schweine, insbesondere des Rothlaufs, der Schweineseuche und der Schweinepest, Krankheiten, die in Dänemark, Schweden und Norwegen in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange herrschen, für das preußische Staatsgebiet folgendes angeordnet:

§ 1. Die Einfuhr lebender Schweine aus Dänemark, Schweden und Norwegen ist verboten.

§ 2. Diese Anordnung tritt mit dem 20. Dezember 1906 in Kraft. Mit dem gleichen Tage werden die von den einzelnen Regierungs-Präsidenten über die Einfuhr von lebenden Schweinen und von Schweinefleisch aus Dänemark, Schweden und Norwegen erlassenen veterinärpolizeilichen Anordnungen aufgehoben.

§ 3 Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen, soweit keine strengeren Strafgesetze verletzt werden, den Strafbestimmungen des § 328 des Strafgesetzbuches und den §§ 66 Nr. 1 und 67 des Reichsviehseuchengesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$.

Berlin, den 15. Dezember 1906.

Der Königlich Preußische Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
v. Arnim.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzialbehörden.

### Bekanntmachung.

**Nr. 636** An Stelle des zum Mitglied des Provinzialrats der Rheinprovinz gewählten bisherigen stellvertretenden Mitgliedes dieser Behörde, Landeshauptmanns a. D. und Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Klein zu Bonn, ist von dem Provinzialausschuß der Rheinprovinz der Geheime Regierungsrat Dr. von Krüger zu Haus Eller bei Düsseldorf zum stellvertretenden Mitglied des Provinzialrats gewählt worden.

Der Genannte hat die Wahl angenommen.

Coblenz, den 11. Dezember 1906.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 637** **Stand der Tierseuchen im Regierungsbezirk Aachen** am 15. Dezember 1906.

| Seuche. | Kreis. | Zahl der verseuchten Gemeinden. | Zahl der verseuchten Gehöfte. |
|---|---|---|---|
| Maul- und Klauenseuche | Jülich | 2 | 6 |
| Schweineseuche | Erkelenz | 2 | 3 |
| desgl. | Eupen | 2 | 6 |
| desgl. | Geilenkirchen | 1 | 2 |
| desgl. | Heinsberg | 2 | 2 |
| desgl. | Jülich | 5 | 6 |
| desgl. | Malmedy | 1 | 1 |
| desgl. | Montjoie | 1 | 1 |

Aachen, den 18. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 638** Mit der Ausführung der Hauskollekte, welche der Herr Oberpräsident der Direktion der Rheinisch-Westfälischen Diakonen-Anstalt Duisburg bewilligt hat (Amtsblatt 1904 Seite 298), werden für das Jahr 1907 besondere Deputierte durch die einzelnen Kirchengemeinden beauftragt werden.

Aachen, den 13. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 639** Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine für Pferderennen und Pferdeaus-

stellungen in Preußen zu Königsberg i. Pr. die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahre 1907 in Königsberg stattfindenden Pferdeausstellung eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden u. s. w. zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 160000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und 2500 Gewinne im Gesamtwerte von 73000 Mark zur Ausspielung gelangen.

Aachen, den 17. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 640** Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Trier die Erlaubnis erteilt, den Ziehungstermin der zum Besten der Errichtung eines eigenen Heims am 19. Juli d. J. genehmigten Lotterie (vergl. Amtsblatt 1906 S. 266) in den Dezember 1907 zu verlegen.

Aachen, 13. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Busenitz.

**Nr. 641** Die Hengstkörung für den Regierungsbezirk Aachen findet an den nachbezeichneten Tagen statt:

Mittwoch, den 9. Januar 1907,
in Düren vormittags 10 1/2 Uhr, in Sourbrodt nachmittags 3 1/4 Uhr am Bahnhofe,

Donnerstag, den 10. Januar 1907,
in Herzogenrath vormittags 10 1/4 Uhr,

Freitag, den 11. Januar 1907,
in Linnich vormittags 11 Uhr.

Aachen, den 19. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

## Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden.

**Nr. 642** Unter Verweisung auf die §§ 35 und 36 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 bringen wir hierdurch die Verleihungsurkunden für die Bergwerke Dürboslar 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 bei Dürboslar mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß der Lageplan gemäß § 37 jenes Gesetzes bei dem Königlichen Bergrevierbeamten des Reviers Aachen zu Aachen zur Einsicht offen liegt.

Bonn, den 30. November 1906.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 26. Juli 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 3 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Aldenhoven, Merzenhausen, Coslar und Bourheim, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben c1, d1, e1, f1, r, s, t bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 4 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Freialdenhoven, Merzenhausen und Barmen, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben g, h, i, n, g1, e1, d1, a1, bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 5 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Aldenhoven und Coslar, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben f, g, a1, z, b1, u, y bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt
Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu

Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 6 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Merzenhausen, Dürboslar, Aldenhoven und Coslar, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben e¹, g¹, i¹, k¹, q, r, f¹, bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 7 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Aldenhoven, Coslar und Bourheim, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben z, a¹, d¹, c¹, t, u, b¹ bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 8 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar und Aldenhoven, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2189000 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben d, e, f, y, u, w, x bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein unter dem Namen Dürboslar 9 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Merzenhausen, Dürboslar, Coslar und Barmen, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben n, i, k, l, m, h¹, i¹, g¹ bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln a. Rhein unter dem Namen Dürboslar 10 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Dürboslar, Aldenhoven, Niedermerz und Schleiden, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2185545 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a, b, c, d, x, w, u, v bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vorkommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

Im Namen des Königs.

Auf Grund der Mutung vom 8. August 1906 wird der Internationalen Bohrgesellschaft zu Erkelenz und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Cöln am Rhein unter dem Namen Dürboslar 11 das Bergwerkseigentum in dem in den Gemeinden Merzenhausen, Coslar, Aldenhoven und Barmen, im Kreise Jülich, Regierungsbezirk Aachen und Oberbergamtsbezirk Bonn belegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 2188999 Quadratmeter hat und dessen Grenzen auf dem am heutigen Tage beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben m, e, o, p, q, k¹, i¹, h¹ bezeichnet sind, zur Gewinnung der im Felde vor-

kommenden Steinkohlen nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 hierdurch verliehen.

Urkundlich ausgefertigt

Bonn, den 30. November 1906.

L. S.

Königliches Oberbergamt.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 643** Nach Maßgabe der von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterm 15. Oktober 1872 erlassenen Vorschriften wird die Aufnahme-Prüfung für das Lehrerinnen-Seminar zu Trier im Jahre 1907 in den Tagen vom 11. bis 14. März und zwar die schriftliche am 11. März,

mündliche vom 12. bis 14. März

stattfinden.

Zu dieser Prüfung werden Schulamts-Präparandinnen zugelassen, welche bis zum 1. April 1907 das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Die Meldungen sind mindestens drei Wochen vor Beginn der Prüfung an den Seminar-Direktor zu richten und es sind denselben beizufügen:

1. der Geburtsschein;
2. ein Impfschein und Wiederimpfschein, sowie ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Gesundheitsattest;
3. ein von der Polizeibehörde des Orts ausgestelltes Führungsattest bezw. ein Abgangszeugnis von der bis dahin besuchten Lehranstalt.

Bewerberinnen, die auf ihre Meldung einen abweisenden Bescheid nicht erhalten, sind zu der Prüfung zugelassen und haben sich am Tage vor dem Beginn derselben persönlich bei dem Seminar-Direktor zu melden.

Coblenz, den 3. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.

von Hövel.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 644** Nach Maßgabe der von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterm 15. Oktober 1872 erlassenen Vorschriften wird die Aufnahme-Prüfung für die katholischen staatlichen Lehrerinnen-Seminare zu Coblenz, Saarburg und Xanten im Jahre 1907 in folgender Ordnung stattfinden:

| | schriftlich | mündlich |
|---|---|---|
| Coblenz | 11. März | 12. bis 14. März |
| Saarburg | 18. „ | 19. „ 21. „ |
| Xanten | 20. „ | 21. „ 23. „ . |

Zu diesen Prüfungen werden katholische Schulamts-Präparandinnen zugelassen, welche bis zum 1. April 1907 das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Die Meldungen sind mindestens drei Wochen vor Beginn der Prüfung an die betreffenden Seminar-Direktoren zu richten und es sind denselben beizufügen:

1. der Geburtsschein,
2. ein Impfschein und Wiederimpfschein, sowie ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Gesundheitsattest,
3. ein von der Polizeibehörde des Orts ausgestelltes Führungsattest bezw. ein Abgangszeugnis von der bis dahin besuchten Lehranstalt,
4. die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte der Bewerberin während der Dauer des Seminar-Kursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfüge.

Bewerberinnen, die auf ihre Meldung einen abweisenden Bescheid nicht erhalten, sind zu der Prüfung zugelassen und haben sich am Tage vor dem Beginn derselben persönlich bei dem Seminar-Direktor zu melden.

Die nach bestandener Prüfung zur Aufnahme bestimmten Bewerberinnen haben unter Mitverpflichtung ihrer Väter resp. deren Stellvertreter einen Revers auszustellen, inhalts dessen sie nach Beendigung ihrer Ausbildung im Seminar jede von der Königlichen Regierung, deren Bezirk sie zugewiesen werden, ihnen übertragene Schulstelle zu übernehmen und mindestens fünf Jahre zu verwalten, im Weigerungsfalle aber, sowie im Falle der durch ihre Führung veranlaßten oder der nicht durch ihren Gesundheitszustand notwendig gewordenen freiwilligen Entfernung von der Anstalt vor Beendigung ihrer Ausbildung:

a) alle von dieser erhaltenen Unterstützungen zurückzuerstatten und
b) für jedes in derselben zugebrachte Semester ein Unterrichtsgeld von 30 M. zu zahlen haben.

Coblenz, den 30. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.

von Hövel.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 645** Die Prüfungen für die Mittelschullehrer und Rektoren werden im Jahre 1907 in folgender Ordnung im Sitzungssaale des hiesigen Dikasterialgebäudes abgehalten werden:

I. Für die Mittelschullehrer:

a) Frühjahrstermin: 1. Juni und folgende Tage;
b) Herbsttermin: 3. November und folgende Tage.

II. Für die Rektoren:

a) Frühjahrstermin: 17. Juni und folgende Tage;
b) Herbsttermin: 18. November und folgende Tage.

Die Meldungen zu diesen Prüfungen, auf welche die Bestimmungen der Prüfungsordnung vom 1. Juli 1901 Anwendung finden, sind uns spätestens bis zum 1. März bezw. 1. September einzureichen; der Wohnort ist nötigenfalls mit Straße und Hausnummer genau anzugeben. Falls die Prüfung schon

früher ohne Erfolg versucht worden ist, darf im Lebenslaufe eine Angabe hierüber nicht fehlen.

Aus der Meldung zur Rektorenprüfung muß zu ersehen sein, für welche Schulgattung sie beabsichtigt wird (ob für Schulen **mit** oder **ohne** fremdsprachlichen Unterricht).

Coblenz, den 27. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Nr. 646** **Bekanntmachung.**

Die Prüfungen an den Lehrer-Seminaren der Rheinprovinz werden im Jahre 1907 in folgender Ordnung stattfinden.

| Nr. | Ort. | Bekenntnis. | Aufnahme-Prüfung. | Entlassungs-Prüfung | | Zweite Prüfung | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | schriftlich. | mündlich. | schriftlich. | mündlich. |
| | **I. Regierungs-Bezirk Aachen.** | | | | | | |
| 1. | Cornelimünster | kath. | 10.—13. Juli | 19.—22. Juli | 25.—27. Juli | 21. Oktober | 23.—26. Oktober |
| 2. | Düren | „ | 18.—21. März | — | — | — | — |
| 3. | Linnich | „ | 18.—21. März | 29.—31. Jan. | 4.—6. Februar | 1. Juli | 3.—6. Juli |
| | **II. Regierungs-Bezirk Coblenz.** | | | | | | |
| 4. | Boppard | kath. | 15.—18. Juli | 23.—25. Juli | 29.—31. Juli. | 5. Oktober | 7.—10. Oktober |
| 5. | Münstermaifeld | „ | 18.—21. März | 23.—25. Jan. | 29.—31. Jan. | 17. Juni | 19.—22. Juni |
| | Nebenkurs. | „ | — | 26.—28 Februar | 4.—6. März | — | — |
| 6. | Neuwied | ev. | 15.—18. Juli | 26.—29. Juli | 1.—3. August | 21. Oktober | 23.—26. Oktober |
| 7. | Wetzlar | „ | 18.—21. März | 19.—21. Februar | 25.—27. Februar | 28. Oktober | 30. Okt.—2. Nov. |
| | Nebenkurs. | „ | — | 19.—21. Februar | 28. Febr.–2 März | — | — |
| | **III. Regierungs-Bezirk Cöln.** | | | | | | |
| 8. | Brühl | kath. | 10.—13. Juli | 19.—22. Juli | 25.—27. Juli | 25. November | 27.—30. Nov. |
| 9. | Gummersbach | ev. | 18.—21. März | 16.—19. Februar | 21.—23. Febr. | — | — |
| | Nebenkurs. | „ | — | 19.—21. Sept. | 25.—27. Sept. | — | — |
| 10. | Siegburg | kath. | 18.—21. März | 8.—11. Februar | 14.—16. Febr. | 10. Juni | 12.—15. Juni |
| 11. | Wipperfürth | „ | 18.—21. März | — | — | — | — |
| | **IV. Regierungs-Bezirk Düsseldorf.** | | | | | | |
| 12. | Elten | kath. | 18.—21. März | 31. Jan.—4. Febr. | 7.—9. Februar | 12. Oktober | 14.—17. Oktober |
| 13. | Kempen | „ | 15.—18. Juli | 2.—4. Juli | 8.—10. Juli | 21. Oktober | 23.—26. Oktober |
| | Nebenkurs. | „ | — | 4.—6. Juli | 11.—13. Juli | — | — |
| 14. | Mettmann | ev. | 18.—21. März | 29.—31. Januar | 4.—6. Februar | 13. Mai | 15.—18. Mai |
| 15. | Mörs | „ | 15.—18. Juli | 23.—25. Juli | 29.—31. Juli | 7. Oktober | 9.—12. Oktober |
| 16. | Odenkirchen | kath. | 18.—21. März | 5.—7. Februar | 11.—13. Febr. | 3. Juni | 5.—8. Juni |
| 17. | Rheydt | ev. | 18.—21. März | 8., 9., 11. Februar | 14.—16. Febr. | 14. Okt. | 16.—19. Oktober |
| | **V. Regierungs-Bezirk Trier.** | | | | | | |
| 18. | Ottweiler | ev. | 18.—21. März | 26.—28. Febr. | 4.—6. März | 25. Mai | 27.—30. Mai |
| | Nebenkurs. | „ | — | 26.—28. Febr. | 7.—9. März | — | — |
| 19. | Prüm | kath. | 18.—21. März | 29.—31. Januar | 4.—6. Februar | 3. Juni | 5.—8. Juni |
| 20. | Wittlich | „ | 15.—18. Juli | 23.—25. Juli | 29.—31. Juli | 5. Oktober | 7.—10. Oktober |

Zu den Aufnahme-Prüfungen werden Bewerber zugelassen, welche bis zum Tage des Eintritts in das Seminar das 17. Lebensjahr vollendet und das 24. noch nicht überschritten haben. Doch können von uns auch jüngere Bewerber zugelassen werden, sofern sie das 17. Lebensjahr in den ersten sechs Monaten nach dem Aufnahmetage erreichen und körperlich gehörig entwickelt sind. Ebenso können ältere Bewerber von uns zugelassen werden, wenn ihre Aufnahme in Rücksicht auf ihre Persönlichkeit und ihre bisherigen Lebensverhältnisse unbedenklich ist.

Die Meldungen, in denen anzugeben ist, ob und zutreffendenfalls wann und bei welchen Seminaren die Bewerber sich bereits der Aufnahmeprüfung ohne Erfolg unterzogen haben, sind mindestens drei Wochen vor Beginn der Prüfungen an den Seminar-Direktor zu richten.

Beizufügen sind:

1. Der Geburtsschein;
2. ein Impfschein und Wiederimpfschein, sowie ein Gesundheitszeugnis, das von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestellt sein muß;
3. falls der Bewerber unmittelbar von einer andern Lehranstalt kommt, ein Abgangszeugnis von dieser Anstalt, andernfalls ein von der Polizeibehörde des Wohnortes ausgestelltes Führungszeugnis;
4. die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer der Ausbildung gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfügt.

Bewerber, die auf ihre Meldung einen abweisenden Bescheid nicht erhalten, sind zu der Prüfung zugelassen und haben sich am Tage vor deren Beginn persönlich bei dem Seminar-Direktor zu melden.

Die nach der Prüfung zur Aufnahme bestimmten Bewerber haben unter Mitverpflichtung ihrer Väter oder deren Stellvertreter einen Schein auszustellen, durch den sie sich verpflichten, alle von der Anstalt in barem Gelde oder in geldwerten Leistungen empfangenen Unterstützungen zu erstatten und außerdem als Entgelt für den genossenen Unterricht je dreißig Mark für jedes in der Anstalt zugebrachte Halbjahr zu zahlen,

1. wenn sie das Seminar vor Beendigung ihrer Ausbildung, ohne dazu durch Krankheit genötigt zu sein, freiwillig verlassen oder wegen mangelhafter Führung unfreiwillig entfernt werden sollten;
2. wenn sie sich während der ersten fünf Jahre nach Ablegung der ersten Lehrerprüfung weigern sollten, die ihnen von der zuständigen Staatsbehörde zugewiesene Stelle im öffentlichen Schuldienste zu übernehmen.

Zu den Entlassungsprüfungen werden auch nicht im Seminar vorgebildete Bewerber zugelassen. Diese haben sich spätestens drei Wochen vor dem Prüfungstermine unter Vorlage der vorgeschriebenen Papiere bei uns schriftlich und sofern ihnen ein abweisender Bescheid nicht zugeht, am Tage vor dem Beginn der Prüfung bei dem betreffenden Seminar-Direktor zur Empfangnahme näherer Weisungen persönlich zu melden.

Die Meldungen zu den zweiten Lehrerprüfungen sind unter Beilegung des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungsprüfung spätestens acht Wochen vor dem angesetzten Termin auf dem Dienstwege an die zuständige Regierung einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist auf besonderem Bogen nach dem vorgeschriebenen Formular eine Angabe beizulegen, in welchem Fache sich der Bewerber besonders weitergebildet und mit welchem pädogogischen Werke er sich eingehend beschäftigt hat.

Coblenz, den 29. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Nr. 647 Bekanntmachung.**

Die Prüfungen der Zöglinge, welche in die Königlichen Präparandenanstalten in Simmern, Sinzig, Bergneustadt und Merzig im Jahre 1907 einzutreten wünschen, werden stattfinden in Simmern vom 1. bis 3. August, in Sinzig, Bergneustadt und Merzig vom 25. bis 27. März.

Die Präparandenanstalten gewähren ihren Zöglingen nur den Unterricht. Wohnung und Kost haben sie sich selber zu beschaffen. Für geeignete Unterkunft in Bürgerhäusern bietet sich ausreichende Gelegenheit. Jeder Zögling hat ein Unterrichtsgeld von 36 M. jährlich zu entrichten.

Dagegen sind zu Unterstützungen für bedürftige und würdige Zöglinge Mittel im durchschnittlichen Betrage von 126 M. für Kopf und Jahr verfügbar.

Die Ausbildungszeit dauert drei Jahre. Aufgenommen werden nur solche Bewerber, welche spätestens innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Aufnahmetermine das 14. Lebensjahr vollenden. Sie haben sich vier Wochen vor der Prüfung bei dem Vorsteher der Anstalt zu melden und folgende Schriftstücke einzureichen:

1. Das Taufzeugnis (Geburtsschein);
2. einen Wiederimpfschein;
3. ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte;
4. ein Zeugnis ihres seitherigen Lehrers über Art und Erfolg des empfangenen Unterrichts oder ein Entlassungszeugnis der Schule;
5. ein Führungszeugnis von der Polizeibehörde und dem Schulinspektor ihres Wohnortes;
6. die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalt des Bewerbers während der Dauer

der Ausbildung gewähren werde mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfügt.

Über die Zulassung zur Aufnahmeprüfung wird den Bewerbern demnächst eine Mitteilung von dem Anstaltsvorsteher zugehen.

Coblenz, den 29. November 1906.

Provinzial-Schulkollegium.
von Hövel.

**Nr. 648** Durch Verfügung des Herrn Justizministers vom 22. November 1906 ist der Beginn der sechsmonatlichen Ausschlußfrist für die Anmeldung von Ansprüchen, betreffend die Anlegung des Grundbuches für die Gemeinde Lüxheim auf den 15. Dezember 1906 festgesetzt worden. Die Ausschlußfrist endet mit dem Ablauf des 14. Juni 1907.

Die maßgebenden Bestimmungen des Gesetzes vom 12. April 1888 lauten:

§ 48. Die nicht bereits von dem Amtsgericht vorgeladenen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an einem Grundstücke das Eigentum zustehe, sowie diejenigen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an dem Grundstücke ein die Verfügung über dasselbe beschränkendes Recht oder eine Hypothek oder irgend ein anderes der Eintragung in das Grundbuch bedürfendes Recht zustehe, haben ihre Ansprüche vor Ablauf einer Ausschlußfrist von sechs Monaten bei dem Amtsgerichte unter bestimmter katastermäßiger Bezeichnung des Grundstücks anzumelden.

§. 50. Diejenigen, welche in der Zeit vom Beginn der im § 48 bezeichneten Frist bis zu dem Inkrafttreten der eingeführten Gesetze das Eigentum oder ein anderes in das Grundbuch einzutragendes Recht erworben haben, müssen dasselbe, falls die Anmeldung nicht bereits früher erfolgt ist, vor dem Inkrafttreten der eingeführten Gesetze anmelden.

§ 51. Von der Verpflichtung zur Anmeldung sind diejenigen Berechtigten frei, welche der Eigentümer in Gemäßheit des § 44 Nr. 4 vor Ablauf der Ausschlußfrist (§§ 48, 50) dem Amtsgerichte angemeldet hat:

§ 53. Wer die ihm obliegende Anmeldung unterläßt, erleidet den Rechtsnachteil, daß er sein Recht gegen einen Dritten, welcher im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuches das Grundstück oder ein Recht an demselben erworben hat, nicht geltend machen kann und daß er sein Vorzugsrecht gegenüber denjenigen, deren Rechte früher als das seinige angemeldet und demnächst eingetragen sind, verliert.

Ist die Widerruflichkeit eines Eigentumsüberganges nicht angemeldet worden, so finden die Vorschriften des ersten Absatzes nach Maßgabe der Bestimmungen des § 7 Anwendung.

§ 7. Das Recht, einen Eigentumsübergang rückgängig zu machen, wirkt, sofern die Widerruflichkeit des Überganges nicht im Grundbuche eingetragen ist, gegen einen Dritten, welcher ein Recht an dem Grundstücke gegen Entgelt erworben hat, nur dann, wenn zur Zeit dieses Erwerbes der Fall der Rückgängigmachung bereits eingetreten und dieses dem Dritten bekannt war.

In Ansehung einer kraft Gesetzes eintretenden Wiederaufhebung eines Eigentumsüberganges finden die Bestimmungen des ersten Absatzes entsprechende Anwendung.

Düren, den 3 Dezember 1906.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

**Nr. 649 Personal-Nachrichten.**

Dem Oberlehrer Burens in Jülich ist die kommissarische Verwaltung der Kreisschulinspektion Düren vom 1. Januar 1907 übertragen.

Hierzu der Öffentliche Anzeiger Nr. 51.

---

Druck von J. Sterken in Aachen.

# Amtsblatt

## der Königlichen Regierung zu Aachen.

Stück 58. Ausgegeben zu Aachen, Donnerstag, den 27. Dezember 1906.



**Nr. 650 Auf das Amtsblatt und den damit verbundenen, eine Beilage desselben bildenden Öffentlichen Anzeiger findet nur ein Jahres-Abonnement statt, dessen Preis 1 Mark 50 Pfg. beträgt; der Bezug kann nur allein durch die Post geschehen. Die Bestellung muß bei der Postanstalt, durch welche das Blatt bezogen werden soll, spätestens bis zum 15. Januar des neubegonnenen Jahres erfolgen, da, sobald die zu diesem Zeitpunkte festzustellende Auflage für das Jahr 1907 vergriffen ist, weitere Bestellungen nicht mehr ausgeführt werden können.**

**Für die zahlungspflichtigen Exemplare sowohl des Amtsblatts als auch der Gesetzsammlung, welche die Gemeinden zu halten gesetzlich verpflichtet sind, ebenso für die Frei-Exemplare, welche zum dienstlichen Gebrauche den Behörden und einzelnen Beamten geliefert werden, bedarf es der Bestellung bei der Bezugs-Postanstalt nicht, es ist daher die Bestellung zahlungspflichtiger Exemplare, damit nicht deren zwei geliefert werden, zu unterlassen.**

**Aachen, den 16. November 1906.**

**Der Regierungs-Präsident. von Hartmann.**

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Zentral-Behörden.

**Nr. 651 Änderungen der Postordnung vom 20. März 1900.**

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 wird die Postordnung vom 20. März 1900 in folgenden Punkten geändert.

1. Im § 19 „Postnachnahmesendungen" erhält der erste Absatz unter IV (Änderung vom 15. März 1904) folgende Fassung:

Briefsendungen mit Nachnahme — ausgenommen solche mit dem Vermerke „Durch Eilboten" oder „Postlagernd" — werden an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen nicht zur Einlösung vorgezeigt.

2. Im § 36 „Bestellung und Bestellgebühren" erhält der Absatz VII mit Einschluß der Änderung vom 25. April 1903 folgende Fassung:

Bei der Abtragung nach dem Landbestellbezirke werden für Postanweisungen nebst den Geldbeträgen und für Briefe mit Wertangabe 5 Pf., für gewöhnliche Pakete, Einschreibpakete und Pakete mit Wertangabe bis zum Gewichte von $2^1/_2$ kg einschließlich 10 Pf. und für Pakete von höherem Gewichte 20 Pf. für das Stück erhoben. Die Bestellgebühr für Postanweisungen kommt auch dann zur Erhebung, wenn die Geldbeträge auf ein Girokonto der Reichsbank überwiesen werden.

3. Im § 38 „Zeit der Bestellung" erhält der erste Satz folgende Fassung:

Die Postbehörde bestimmt, zu welchen Zeiten die eingegangenen Sendungen zu bestellen sind.

Vorstehende Änderungen treten mit dem 1. Dezember in Kraft.

Berlin W 66, den 17. November 1906.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Kraetke.

**Bekanntmachung.**

**Nr. 652** Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 21. Dezember 1906, durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie auf den 8. Januar 1907 in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses, hier Leipzigerstraße Nr. 3 und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten, hier Prinz Albrechtstraße Nr. 5/6, am 7. Januar 1907 in den Stunden von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends und am 8. Januar 1907 in den Morgenstunden von 9 Uhr früh ab offen liegen wird.

In diesen Bureaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mitteilungen in bezug auf diese gemacht werden.

Berlin den 24 Dezember 1906.

Der Minister des Innern.
von Bethmann-Hollweg.

**Nr. 653** Ziffer 7 der Vorschriften für den Gewerbebetrieb der Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen, oder die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen, vom 28. November 1901 (M.-Bl. S. 349) erhält folgende Fassung:

„Jedes Schriftstück, das der Gewerbetreibende in Verfolg eines Geschäftsauftrages an den König, an Behörden oder an Privatpersonen richtet, muß auf der ersten Seite oben links am Rande mit seinem Namen, seiner Wohnung (Geschäftslokal), und der laufenden Nummer des Auftrages im Geschäftsbuche versehen sein Dies gilt auch für Eingaben an den König oder an Behörden, die er durch den Auftraggeber oder durch Dritte aufsetzen, schreiben oder unterschreiben läßt. Solche Schriftstücke gelten im Sinne dieser Vorschriften als eigene Schriftstücke des beauftragten Gewerbetreibenden."

Die vorstehende Änderung tritt sofort in Kraft.

Berlin W. 66, den 4. Dezember 1906.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Delbrück.

An die Herren Regierungs-Präsidenten und den Herrn Polizei-Präsidenten hierselbst.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzialbehörden.

**Nr. 654 Feuerpolizeiverordnung für die Rheinprovinz.**

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) und auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1904, betreffend die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hülfeleistung bei Bränden (Gesetz-Sammlung Seite 291) wird hierdurch für diejenigen Teile der Rheinprovinz, für welche das Feuerlöschwesen nicht durch Ortsstatut geregelt ist, mit Zustimmung des Provinzialrates folgende Polizeiverordnung erlassen:

### I. Errichtung einer Pflichtfeuerwehr und Verpflichtung zum Dienst in derselben.

§ 1. In jeder Stadt- und Landgemeinde ist eine Pflichtfeuerwehr einzurichten.

Befreit von dieser Verpflichtung sind:

1. Diejenigen Gemeinden, in denen eine hinreichende Berufsfeuerwehr besteht.
   Darüber, ob diese Voraussetzung zutrifft, entscheidet der Regierungspräsident.
2. Diejenigen Gemeinden, in welchen eine von dem Regierungspräsidenten anerkannte freiwillige Feuerwehr besteht.

§ 2. Die Regierungspräsidenten sind befugt, Ortschaften von weniger als 500 Seelen ohne Rücksicht auf die Gemeindegrenzen sowie mehrere Gemeinden zu einem Feuerlöschverbande zu vereinigen, für den eine gemeinsame Pflichtfeuerwehr zu errichten ist.

Die Regierungspräsidenten sind ferner befugt, Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 500 Seelen, in Ausnahmefällen auch solche mit größerer Einwohnerzahl, deren Vereinigung mit benachbarten Ortschaften behufs Bildung eines Feuerlöschverbandes untunlich ist und die nicht im Stande sind, eine eigene Pflichtfeuerwehr zu bilden, von der Bildung einer solchen zu befreien. In jedem derartigen Falle sind jedoch zugleich seitens des Regierungspräsidenten diejenigen besonderen Vorschriften zu erlassen, die zur Regelung des Feuerlöschwesens in der betreffenden Gemeinde erforderlich sind.

§ 3. Zum Dienst in der Pflichtfeuerwehr ist jeder männliche Einwohner vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre verpflichtet.

Jedes Mitglied der Pflichtfeuerwehr muß mindestens 5 Jahre eine ihm zugeteilte Führerstelle in der Pflichtfeuerwehr übernehmen.

§ 4. Befreit vom Dienst in der Pflichtfeuerwehr sind:

1. die körperlich oder geistig unfähigen oder kranken Personen. Sofern der Befreiungsgrund nicht allgemein bekannt oder erkennbar ist, ist auf Verlangen des Bürgermeisters zur Begründung der Befreiung eine ärztliche Bescheinigung beizubringen;
2. a) die unmittelbaren Reichs- und Staatsbeamten, die aktiven Militärpersonen und die unabkömmlichen Gemeindebeamten;
   b) die Geistlichen, Kirchendiener, Lehrer und Schüler;
   c) die Ärzte, Apotheker, Krankenpfleger und Tierärzte;
   d) die nachbenannten Beamten der Haupt- und Nebenbahnen:
      sämtliche Bahnpolizeibeamten ohne Rücksicht auf die Art ihres Anstellungsverhältnisses und die im Lokomotiv- oder Bahnhofsdienst sowie als Maschinisten oder Maschinenwärter beschäftigten sonstigen Eisenbahnbediensteten;
   e) die nachbenannten Beamten der Kleinbahnen:
      die Bahnpolizeibeamten sowie die Bediensteten und ständigen Arbeiter des Bahnbewachungs-, Zugbegleitungs-, Zugbeförderungs-, Bahnhofs- und Kleinbahnschiffsdienstes, die Maschinisten und Maschinenwärter der Betriebswerkstätten und der elektrischen Bahnanlagen;
   f) die nachbenannten Beamten aus dem Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung:
      die Besatzungsmannschaften der Bagger, Feuerschiffe, Dampfer, Taucherschächte, Motorboote, Fährboote, Barkassen und Prahme, die mit der Bedienung von Schleusen, Hebewerken, Brücken, Wehren, Kranen, Kohlenkippern, Leuchtfeuern, Signalen und elektrischen Zentralen beauftragten Personen; die Maschinisten und Wärter von Maschinen-, Dampfkessel- und Heizungsanlagen; das Aufsichtspersonal der Bauhöfe und Bauhäfen (Werkmeister, Aufseher, Wächter), die Bedienungsmannschaften der Bauhofspritzen sowie die mit der Beaufsichtigung und Bewachung von Bauten und sonstigen fiskalischen Betrieben beauftragten Personen.

      Sofern seitens des Oberpräsidenten dauernd oder vorübergehend einzelne der unter f bezeichneten Personen für den Feuerlöschdienst freigegeben werden, sind dieselben zum Dienst in der Pflichtfeuerwehr verpflichtet. Sofern seitens des Oberpräsidenten der Kreis der zu befreienden Personen erweitert wird, sind diese vom Dienste in der Pflichtfeuerwehr gleichfalls befreit;
   g) die Mitglieder einer freiwilligen Feuerwehr oder einer Fabrikfeuerwehr, die den im öffentlichen Interesse an eine solche zu stellenden Mindestanforderungen entspricht.

Ausgeschlossen vom Dienst in der Pflichtfeuerwehr sind diejenigen Personen, welche unter Polizeiaufsicht gestanden haben oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte einmal aberkannt worden sind. Auch können von dem Bürgermeister solche Personen ausgeschlossen werden, die wegen strafbarer Handlungen, insbesondere Eigentumsvergehens, innerhalb der letzten 5 Jahre mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Monaten bestraft worden sind.

§ 5. Falls ein Überschuß an Mannschaften für die Pflichtfeuerwehr vorhanden ist, können Befreiungen vom Dienst in ihr eintreten.

Diese Befreiungen haben sich zunächst auf diejenigen Personen zu erstrecken, die zwar in der Gemeinde wohnen, aber außerhalb derselben ihrem Berufe nachgehen oder ihre Arbeitsstelle haben. Sodann sind die älteren Jahrgänge zurückzustellen.

Aus den zum Löschdienste verpflichteten Ortseinwohnern müssen jedoch stets soviele Personen feuerwehrdienstpflichtig bleiben, daß sämtliche Lösch- und Rettungsgeräte bedient und die erforderlichen Abteilungen gebildet werden können.

Über die Befreiungen entscheidet der Bürgermeister unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung — des Gemeinderats — bezw. einer von dieser — diesem — gewählten Kommission.

## II. Gestaltung der Pflichtfeuerwehr.

§ 6. Die Oberleitung der Pflichtfeuerwehr steht dem Bürgermeister oder seinem gesetzlichen Vertreter zu.

Für die besondere Leitung der Pflichtfeuerwehr ist, sofern der Bürgermeister sie nicht selbst übernimmt, ein besonderer Leiter von der Stadtverordnetenversammlung — dem Gemeinderat — zu wählen, der Brandmeister heißt.

Falls neben der Pflichtfeuerwehr eine von dem Regierungspräsidenten anerkannte freiwillige Feuerwehr besteht, steht dem Führer der freiwilligen Feuerwehr auch die besondere Leitung der Pflichtfeuerwehr als Brandmeister zu.

§ 7. Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sind verpflichtet, bei Übungen wie im Brandfalle, wenn tunlich, die festgesetzten äußeren Abzeichen zu tragen, die sie als Mitglieder der Pflichtfeuerwehr kenntlich machen.

§ 8. Die Pflichtfeuerwehr gliedert sich in folgende Abteilungen:

1. die Ordnungsabteilung,
dieser liegt die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Brandplatze und dessen Umgebung einschließlich der Absperrung ob;
2. die Rettungsabteilung,
dieser liegt die Bedienung der Leitern, der Rettungs- und Schutzgeräte, sowie in Allem die Rettung von Menschen, Vieh usw. ob;
3. die Spritzenabteilung,
dieser liegt die Handhabung aller Feuerlöschgerätschaften einschließlich der Spritze und des Hydrantenwagens ob.
Falls mehrere Spritzen beschafft werden, werden mehrere Spritzenabteilungen gebildet;
4. die Wasserabteilung,
dieser liegt die Herbeischaffung des Wassers zum Löschen ob, insbesondere die Bedienung der Wasserwagen und Kufen und die Bildung der Eimerreihe.

Die Zuteilung zu den Abteilungen erfolgt durch den Bürgermeister, falls ein Brandmeister bestellt ist, durch diesen.

Für jede Abteilung ist tunlichst ein Führer zu bestellen.

Der Führer der Spritzenabteilung heißt Spritzenmeister.

Für die Instandhaltung der Geräte, insbesondere der Spritze, wird ein Gerätewart bestellt.

Wenn besondere Verhältnisse die Bildung der genannten Abteilungen untunlich erscheinen lassen, sind die Regierungspräsidenten befugt, abweichende Vorschriften zu erlassen.

§ 9. Für die Pflichtfeuerwehr müssen in tadellosem, jederzeit gebrauchsfähigem Zustande mindestens vorhanden sein:

A) An Feuerlöschgeräten:

1. eine fahrbare Feuerspritze mit allem erforderlichen Zubehör.
Bei Vorhandensein einer Wasserleitung muß die Spritze mit dem rheinischen Normalgewinde oder mit Kuppelungen mit gleichen Hälften versehen sein. Auch müssen die Schläuche genügende Länge haben;
2. ein fahrbarer Wasserkarren, der mindestens 150 Liter faßt;
3. mindestens 25 Feuereimer, die mit dem Namen des Sitzes der Pflichtfeuerwehr bezeichnet und numeriert sein müssen;
4. mindestens 4 Feuerleitern und 4 Brandhaken.
Von diesen muß eine bezw. einer so groß sein, um damit bis zum Dache der höchsten Häuser des Löschbezirks gelangen zu können;
5. den erforderlichen Beilen, Äxten, Fackeln, Laternen usw.;
6. mindestens 6 Löschbesen.

B) An Ausrüstungsgegenständen für die Mannschaften:

1. die durch die Allerhöchste Ordre vom 30. Juli 1900 festgesetzten äußeren Abzeichen für Brandmeister und Abteilungsführer;
2. für den Brandmeister außerdem ein fester Feuerwehrhelm und eine Schärpe oder sonstiges derartiges Abzeichen; für die Führer der Abteilungen je ein fester Feuerwehrhelm;
3. für alle Mitglieder der Rettungsabteilung sowie für die Strahlrohrführer der Spritzenabteilung außerdem je ein fester Feuerwehrhelm, ein Gurt mit Karabinerhaken, eine Steigerleine und eine Signalpfeife.

Die Regierungspräsidenten sind befugt, in Ausnahmefällen Abweichungen von den Vorschriften dieses Paragraphen zuzulassen.

III. Aufgaben der Pflichtfeuerwehr.

A) Gehorsamspflicht.

§ 10. Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sind während Übungen und im Brandfalle verpflichtet, den Anordnungen des Bürgermeisters, falls dieser die Leitung übernimmt, denen des Brandmeisters und denen des Abteilungsführers ohne Widerspruch Gehorsam zu leisten.

B) Übungspflicht.

§ 11. Zur Ausbildung der Pflichtfeuerwehr finden jährlich mindestens 3 regelmäßige und eine unvermutete Übung statt.

Die Übungen erstrecken sich auf die Aneignung der Fertigkeiten zur Hülfeleistung und zur Bedienung der Feuerlöschgeräte, besonders der Spritze.

§ 12. Die Übungen werden von dem Bürgermeister, falls ein Brandmeister bestellt ist, von diesem festgesetzt. Die regelmäßigen Übungen sind mindestens eine Woche vorher den Mitgliedern der Pflichtfeuerwehr und den zur Gespann- und Wagengestellung Verpflichteten in ortsüblicher Weise bekannt zu geben.

Zu der unvermuteten Übung wird wie im Brandfalle alarmiert. Ist neben der Pflichtfeuerwehr eine freiwillige Feuerwehr vorhanden, die den im öffentlichen Interesse zu stellenden Mindestforderungen entspricht, so finden die Übungen der Pflichtfeuerwehr gleichzeitig mit denen der freiwilligen Feuerwehr statt.

Der Bürgermeister oder, falls ein solcher bestellt ist, der Brandmeister setzt die Übungen für beide Wehren fest und hält sie ab.

Für alle Übungen sind die Zeiten tunlichst so zu bestimmen, daß die Pflichtigen nicht gehindert werden, ihrer Berufstätigkeit nachzugehen.

§ 13. Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sind

verpflichtet, sich zu den Übungen pünktlichst und mit den vorgeschriebenen Abzeichen und Ausrüstungsgegenständen an den Sammelpunkten einzufinden.

Befreiungen von den Übungen sind nur ausnahmsweise und nur bei Vorhandensein zwingender Gründe zulässig. Befreiungsgesuche sind bei regelmäßigen Übungen mindestens 24 Stunden vorher dem Brandmeister zu übermitteln, der über die Befreiung entscheidet. Bei unvermuteten Übungen sind die Gründe des Nichterscheinens spätestens 24 Stunden nachher dem Brandmeister mitzuteilen, der entscheidet, ob sie stichhaltig waren.

Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sind verpflichtet, die Spritze und alle gebrauchten Gegenstände zu reinigen und an ihren Aufbewahrungsort zurückzuschaffen.

C) Pflichten im Brandfalle.

§ 14. Die Pflichtfeuerwehr ist zum Löschdienste verpflichtet:

1. bei allen Bränden innerhalb der Gemeinde oder des Feuerlöschverbandes;
2. bei Bränden in der Nachbarschaft gemäß den über die Nachbarhülfe erlassenen besonderen Vorschriften;
3. bei Wald- und Heidebränden auf besondere Anordnung des Landrates oder des Bürgermeisters.

§ 15. Die Alarmierung der Pflichtfeuerwehr erfolgt auf ortsübliche oder besonders festgesetzte Weise.

Der Ort, wo die Feuermeldung zu erfolgen hat, ist von dem Bürgermeister allgemein bekannt zu machen.

Auf das erste Alarmzeichen haben sich alle Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sofort fertig zu machen und sich mit den vorgeschriebenen Ausrüstungsgegenständen eiligst zu dem Sammelplatze zu begeben.

§ 16. Es ist jedem Mitgliede der Pflichtfeuerwehr verboten, die Brandstelle oder den ihm zugewiesenen Posten vor Entlassung durch den Brandmeister oder den Abteilungsführer zu verlassen, es sei denn, daß er durch einen Unglücksfall oder plötzliche Erkrankung hierzu gezwungen wird.

§ 17. Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr sind zur Leistung von Brandwachen gemäß Anordnung des Brandmeisters verpflichtet. Es ist ihnen verboten, die Brandwache vor Entlassung oder Ablösung zu verlassen.

Bezüglich der Reinigung und der Fortschaffung der Spritze und der gebrauchten Gegenstände gilt das im Schlußsatz des § 13 Gesagte.

§ 18. Das Mitbringen, das Holen und der Genuß geistiger Getränke ist allen Mitgliedern der Pflichtfeuerwehr sowohl bei Übungen wie beim Feuerlöschdienst auf das Strengste verboten. Im Brandfalle werden die nächstgelegenen Wirtschaften durch den Bürgermeister oder seinen Stellvertreter sofort geschlossen. Auch wird das sonstige Abgeben oder Feilhalten geistiger Getränke in einem Umkreise von 500 m von der Brandstelle untersagt.

Auf Brandwache ist der Genuß geistiger Getränke mit besonderer Erlaubnis des Brandmeisters und in dem von diesem ausdrücklich festzusetzenden Umfange gestattet.

§ 19. Die Regierungspräsidenten sind befugt, die weiter erforderlichen Vorschriften über die innere Einrichtung, den inneren Dienst und die Ausübung des Löschdienstes zu erlassen.

IV. Stellung der Feuerwehren.

§ 20. Die Feuerwehren, Berufs-, freiwillige und Pflichtfeuerwehren sind bei der Ausübung des Feuerlöschdienstes ausführendes Organ der Polizeibehörde, somit eine Gemeinde- oder Schutzwehr im Sinne des § 113 des Reichsstrafgesetzbuches und genießen den Schutz dieses Paragraphen.

Diese Eigenschaft der Wehren ist von Zeit zu Zeit ortsüblich bekannt zu machen.

V. Pflichten Dritter im Brandfalle.

§ 21. Wer einen Brand entdeckt, ist verpflichtet, falls es sich um ein bewohntes Gebäude handelt, die Einwohner des betreffenden Hauses sofort zu alarmieren und in allen Fällen dem Bürgermeister oder Gemeindevorsteher oder der nächsten Feuermeldestelle sofort Meldung zu machen.

Wer einen Wald- oder Heidebrand entdeckt, ist verpflichtet, dem nächsten Bürgermeister oder Gemeindevorsteher oder dem nächsten Forstbeamten Mitteilung zu machen.

§ 22. Die Besitzer von Brunnen, Teichen, Wasserleitungen oder anderen Wasseranlagen sind verpflichtet, dieselben im Brandfalle unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§ 23. Im Brandfalle ist das Betreten der dem Brandplatze benachbarten Grundstücke und Gebäude auf Anordnung des die Löscharbeiten Leitenden gestattet.

§ 24. Allen am Löschdienste nicht Beteiligten ist der Aufenthalt auf der Brandstelle verboten.

Den Anordnungen des die Löschanstalten Leitenden hat jeder auf der Brandstätte Anwesende bei Meidung der Strafen des § 368 Nr. 8 des Reichsstrafgesetzbuches Folge zu leisten.

VI. Pflicht der Einwohner zur Gespann- und Wagengestellung.

§ 25. Sofern die Gestellung der zu den Übungen der Feuerwehr (Berufs-, freiwilliger oder Pflichtfeuerwehr) und der im Brandfalle erforderlichen Gespanne und Wagen nicht aus eigenen Mitteln oder vertragsmäßig gesichert ist, liegt sämtlichen Bewohnern die Verpflichtung ob, bei Übungen oder

im Brandfalle die Spritzen, die Wasser- und die Rettungswagen mit ihren Gespannen zu der Übungs- bezw. Brandstelle zu schaffen.

Bei weiter Entfernung der Brandstelle sind die Wagen- und Gespannhalter auch verpflichtet, die zur Beförderung der Feuerwehr erforderlichen Wagen zu gestellen und mit ihren Gespannen zu befördern.

Die Verpflichtung zur Gespann- und Wagengestellung gilt auch bei auswärtigen Hilfeleistungen.

§ 26. Befreit von der Pflicht der Gespann- und Wagengestellung sind:

1. Reichs- und Staatsbeamte hinsichtlich der zum Dienstgebrauche, Ärzte und Tierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufes erforderlichen Pferde und Wagen,
2. die Posthalter hinsichtlich der zum Dienstgebrauche bestimmten Pferde und Wagen.

§ 27. Der Bürgermeister hat, sofern vertragsmäßige Abmachungen über die Gespann- und Wagengestellung nicht vorliegen, eine Gespann- und Wagenrolle aufzustellen und auf Grund derselben für jedes Jahr denjenigen Gespann- und Wagenhaltern Mitteilung zu machen, die verpflichtet sind, im Brandfalle Gespanne und Wagen sofort vollständig angeschirrt zu stellen.

In der Mitteilung sind den Pflichtigen der Umfang ihrer Verpflichtung und der Gestellungsort genau anzugeben.

Die übrigen Pflichtigen haben ihre Gespanne und Wagen nur auf besondere Aufforderung des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters oder des Brandmeisters im Brandfalle zu gestellen.

Die Führer der Gespanne und der Wagen haben den Befehlen des Brandmeisters Folge zu leisten.

## VII. Pflichten der Bewohner einzeln gelegener Gehöfte und der Inhaber gewerblicher Anlagen.

§ 28. Die Bewohner einzeln gelegener Gehöfte oder Wohnstätten sowie die Inhaber gewerblicher oder industrieller Anlagen sind verpflichtet, diejenigen Feuerlöschgeräte in stets brauchbarem Zustande bereit zu halten, die von dem Bürgermeister als erforderlich bezeichnet werden.

Es sollen auf größeren Gehöften, gewerblichen Anlagen und für mehrere zusammen gelegene Wohnstätten mindestens eine Feuerleiter von genügender Länge, ein Feuerhaken von entsprechender Größe und einige Feuereimer vorhanden sein.

§ 29. Die Unternehmer größerer Fabrikbetriebe oder gewerblicher Anlagen sind außerdem verpflichtet, auf Erfordern des Bürgermeisters eine besondere Fabrikwache oder Fabrikwehr für ihr Unternehmen einzurichten.

Der Dienst in diesen steht dem in der Pflichtfeuerwehr gleich.

## VIII. Beaufsichtigung des Feuerlöschwesens.

§ 30. Die Aufsicht über das gesamte Feuerlöschwesen einer Gemeinde, einschließlich der über die Feuerwehren, steht dem Bürgermeister und den diesem vorgesetzten Dienstbehörden zu.

Auch sind der Provinzialfeuerlöschinspektor, sowie etwaige vom Staate, der Provinz, dem Kreise oder andern Verbänden für das Feuerlöschwesen bestellte Aufsichtsbeamte jeder Zeit befugt, alle getroffenen Einrichtungen jeder Zeit einzusehen und zu prüfen.

## IX. Kosten des Feuerlöschwesens.

§ 31. Die Bewohner einzeln gelegener Gehöfte oder Wohnstätten sowie die Inhaber gewerblicher oder industrieller Anlagen sind verpflichtet, die ihnen durch die Erfüllung der Bestimmungen der §§ 28 und 29 dieser Polizeiverordnung entstehenden Kosten selbst zu tragen.

§ 32. Die Tragung der gesamten übrigen Kosten des Feuerlöschwesens liegt den Gemeinden ob. Dies gilt insbesondere:

1. von der Anschaffung und Unterhaltung der Spritzen, der Feuerlöschgeräte und der Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehren;
2. von dem Bau und der Unterhaltung der erforderlichen Spritzenhäuser, der Aufbewahrungsräume, der Feuermeldestellen usw.

## X. Strafbestimmungen.

§ 33. Wer sich einer ihm nach den Vorschriften dieser Polizeiverordnung obliegenden Pflicht entzieht, wird mit einer Geldstrafe bis zu sechszig Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

Dieselbe Strafe trifft:

1. ein Mitglied einer Pflichtfeuerwehr, das einer ihm nach den Vorschriften dieser Polizeiverordnung obliegenden Pflicht zuwiderhandelt;
2. jede Person, die im Brandfalle oder bei Feuerwehrübungen den von dem Bürgermeister oder seinem gesetzlichen Vertreter oder dem Leiter der Feuerwehr innerhalb ihrer Befugnisse getroffenen Anordnung zuwiderhandelt oder deren innerhalb ihrer Zuständigkeit gegebenen Befehlen nicht nachkommt, oder durch ihr Verhalten Störungen verursacht;
3. jede Person, welche wissentlich falschen Feuerlärm erregt.

## XI. Beginn der Geltung dieser Polizeiverordnung.

§ 34. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. Januar 1907 in Kraft.

Coblenz, den 30. November 1906.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 655 Polizei-Verordnung.**

Für diejenigen Teile der Rheinprovinz, für welche das Feuerlöschwesen durch Ortsstatut geregelt ist, wird hierdurch auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) unter Zustimmung des Provinzialrates folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Wer sich einer ihm nach den Vorschriften des Ortsstatuts über das Feuerlöschwesen obliegenden Pflicht entzieht, wird mit einer Geldstrafe bis zu sechszig Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

Dieselbe Strafe trifft:

1. ein Mitglied einer Pflichtfeuerwehr, das einer ihm nach den Vorschriften des Ortsstatuts über das Feuerlöschwesen obliegenden Pflicht zuwiderhandelt,
2. jede Person, die im Brandfalle oder bei Feuerwehrübungen den von dem Bürgermeister oder seinem gesetzlichen Vertreter, oder dem Leiter der Feuerwehr innerhalb ihrer Befugnisse getroffenen Anordnung zuwiderhandelt, oder deren innerhalb ihrer Zuständigkeit gegebenen Befehlen nicht nachkommt, oder durch ihr Verhalten Störungen verursacht,
3. jede Person, welche wissentlich falschen Feuerlärm erregt.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. Januar 1907 in Kraft.

Coblenz, den 30. November 1906.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.
In Vertretung: Wallraf.

**Nr. 656 Polizeiverordnung betreffend die Kleinbahnen.**

Nach Verständigung mit der an der Beaufsichtigung der Kleinbahnen beteiligten Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Cöln wird auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung S. 195) unter Zustimmung des Bezirksausschusses zu Aachen für den Umfang des Regierungsbezirkes Aachen folgende Polizeiverordnung erlassen:

**I. Schutz des Kleinbahnverkehrs.**

§ 1. Beschädigungen der Straßenbahn oder der zugehörigen Anlagen sowie der Fahrzeuge nebst Zubehör, und die Vornahme von Handlungen, die den Betrieb stören, sind verboten.

§ 2. Unbeschadet weitergehender allgemeiner straßenpolizeilicher Bestimmungen ist Lastfuhrwerken das Befahren des Bahnkörpers in der Längsrichtung, soweit der Fahrdamm neben dem Gleise genügenden Raum bietet, verboten.

§ 3. Beim Ertönen der Warnungszeichen haben auf der Fahrbahn befindliche Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Führer von Wagen und Vieh sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb freizugeben. Diese Vorschrift gilt nicht für geschlossen marschierende Militärabteilungen, für Leichenzüge, für im Dienste befindliche Postwagen sowie für Feuerlöschzüge.

§ 4. Wenn an den Haltestellen Kleinbahnwagen halten, haben der Haltestelle sich nähernde Reiter, Radfahrer und Fuhrwerke ihre Geschwindigkeit zu mäßigen und soweit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden.

§ 5. Sobald sich ein Kleinbahnzug nähert, müssen die Bahn kreuzende Fuhrwerke, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh oder Lasttieren in angemessener Entfernung von der Bahn und zwar, sofern Warnungstafeln vorhanden sind, an diesen halten oder die Bahn schnell räumen.

Solange ein Kleinbahnzug über eine mit Warnungstafeln versehene Brücke fährt, müssen Fuhrwerke usw. bei den Warnungstafeln halten.

§ 6. 1. Das Betreten solcher Bahnstrecken, die außerhalb öffentlicher Wege liegen, ist ohne Berechtigungsausweis nur auf den Übergängen und auch dort nur insoweit gestattet, als dieselben nicht abgesperrt sind, oder sich kein Zug oder Bahnwagen nähert.

2. Es ist untersagt, Schranken eigenmächtig zu öffnen oder ihre Betätigung zu hindern.

§ 7. Es ist verboten, Kinder ohne Aufsicht auf den Gleisen oder in deren unmittelbarer Nähe spielen zu lassen.

**II. Bestimmungen für die Fahrgäste.**

§ 8. 1. Das Besteigen und Verlassen der in Bewegung befindlichen Wagen, das eigenmächtige Öffnen der Wagenverschlüsse, das Sitzen auf den Plattformbrüstungen, das Stehenbleiben auf den Trittbrettern, das Hinauslehnen des Körpers aus den Wagen, das Aufsteigen auf einen vom Schaffner als „Besetzt" bezeichneten Wagen und das Verweilen der überzählig aufgestiegenen Personen in einem solchen Wagen ist verboten.

2. Das Ein- und Aussteigen ist nur auf der hierzu bestimmten Wagenseite gestattet.

§ 9. Personen, welche durch sichtliche Krankheit, durch Trunkenheit oder aus anderen Gründen durch ihre Nachbarschaft oder ihr Verhalten den Fahrgästen lästig fallen, haben sich auf Aufforderung der Bahnbediensteten aus den Wagen oder Warteräumen zu entfernen.

§ 10. Das Rauchen sowie das Mitbringen brennender Pfeifen, Zigarren oder Zigaretten ist nur auf den Außenplätzen und in denjenigen Wagen oder Wagenabteilen gestattet, welche als für Raucher bestimmt bezeichnet sind.

Das Ausspeien in die Wagen oder auf die Plattformen ist verboten.

§ 11. 1. Die Mitnahme von geladenen Gewehren, sowie von Gepäckstücken, welche durch Umfang, übien Geruch oder Unreinlichkeit die Mitfahrenden belästigen oder durch leichte Entzündlichkeit gefährlich werden können, ist in den für Personen bestimmten Wagen oder Wagenabteilen nicht gestattet. Der freie Durchgang im Wagen darf durch Gepäckstücke nicht behindert werden.

2. Hunde und andere Tiere dürfen nur in folgenden Fällen mitgeführt werden:

a) kleine Hunde und andere kleine Tiere, wenn sie auf dem Schoße getragen, und die Mitfahrenden durch sie nicht belästigt werden;

b) Jagdhunde, soweit nach den von den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden erlassenen besonderen Bestimmungen ihre Beförderung gestattet ist.

§ 12. Fahrgäste, welche die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Verkehrs ergehenden Weisungen der Bahnbediensteten unbeachtet lassen, haben unbeschadet der etwa eintretenden Bestrafung nach Aufforderung der Bahnbediensteten den Wagen oder den Warteraum sofort oder beim nächsten Halten zu verlassen.

### III. Pflichten des Betriebspersonals.

§ 13. Wenn Fuhrwerke, Reiter, Radfahrer oder Fußgänger sich auf der Bahn befinden oder sich ihr nähern, hat der Wagenführer rechtzeitig Warnungszeichen zu geben, langsam zu fahren und zu halten, sofern dies erforderlich ist, um Beschädigungen von Personen oder Sachen zu vermeiden.

§ 14. Der Wagenführer hat beim Verlassen seines Standes durch Abziehen der Kurbeln, Anziehen der Handbremse und erforderlichenfalls durch Anwendung sonstiger Vorrichtungen zu verhüten, daß der Wagen sich in Bewegung setzt oder durch Unbefugte in Bewegung gesetzt werden kann.

§ 15. Abgesehen von den durch die Aufsichtsbehörden etwa zugelassenen und durch Veröffentlichung ausdrücklich bekannt gegebenen Ausnahmen dürfen über die für die Besetzung der Innen- und Außenplätze des Wagens festgestellte Normalzahl hinaus weitere Personen nicht aufgenommen werden.

### IV. Strafbestimmungen.

§ 16. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine verhältnismäßige Haftstrafe tritt, bestraft.

### V. Schlußbestimmungen.

§ 17. Vorstehende Polizei-Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1907 in Kraft. Gleichzeitig wird vom angegebenen Zeitpunkte ab die Polizei-Verordnung vom 13. November 1899 hinsichtlich der §§ 1—32 aufgehoben.

Aachen, den 24. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 657** Für die am 25. Januar 1907 vorzunehmenden Reichstagswahlen habe ich zu Wahlkommissaren ernannt:

1. für den 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks (Kreise Schleiden, Malmedy und Montjoie) den Königlichen Landrat Dr. Kaufmann in Malmedy;

für den 2. Wahlkreis (Kreis Eupen, Landkreis Aachen, vormalige Stadt Burtscheid und vormalige Gemeinde Forst) den Königlichen Landrat Pastor hierselbst;

für den 3. Wahlkreis (Stadt Aachen ausschließlich Aachen-Burtscheid und Aachen-Forst) den Oberbürgermeister Veltman hierselbst;

für den 4. Wahlkreis (Kreise Düren und Jülich) den Königlichen Landrat Dr. Büllers in Jülich und

für den 5. Wahlkreis (Kreise Geilenkirchen, Heinsberg und Erkelenz) den Königlichen Landrat Dr. Reumont in Erkelenz

Dies wird gemäß § 24 des Wahlreglements hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Aachen, den 22. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 658** Der Provinzialrat hat der Gemeinde Weismes im Kreise Malmedy die dauernde Abhaltung des bisher versuchsweise bewilligten Viehmarktes am vierten Dienstag im Monat Oktober jeden Jahres — für die nächsten 3 Jahre versuchsweise in Verbindung mit einem Krammarkt — genehmigt.

Aachen, den 21. Dezember 1906.

Der Regierungs-Präsident.
von Hartmann.

**Nr. 659** Mit Rücksicht auf die bevorstehende Aufstellung der Rekrutierungs-Stammrollen, sowie auf das im Jahre 1907 stattfindende Musterungs- und Aushebungsgeschäft werden den Militärpflichtigen des diesseitigen Bezirkes die nachfolgenden Bestimmungen der Wehrordnung vom 22. November 1888 über die Militärpflicht, die Meldungs- und Gestellungspflicht in Erinnerung gebracht:

1. **Die Militärpflicht beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert so**

# Sonderbeilage zum Amtsblatt.

## Anleitung,

betreffend

den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetze vom 13. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 463) versicherten Personen.

**Vom 6. Dezember 1905.**

---

## Inhaltsübersicht.

(Ausführliches Sach- und Berufsverzeichnis am Schlusse.)

**Abkürzungen.**

a. a. O. = am angegebenen Orte, Abs. = Absatz, a. E. = am Ende, A. N. = Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts, A. N. J. u. A. V. = Sonderausgabe der Amtlichen Nachrichten für Invaliditäts- und Altersversicherung (1891 bis 1895), B. U. V. G. = Bau-Unfallversicherungsgesetz, Besch. = Bescheid, B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch, das. = daselbst, dgl. = dergleichen, ff. = folgende, G. U. V. G. = Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, J. V. = Invalidenversicherung, J. V. G. = Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899, J. u. A. V. G. = Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889, K. V. G. = Krankenversicherungsgesetz, L. U. V. G. = Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft, R. G. B. = Reichs-Gesetzblatt, Rek. E. = Rekursentscheidung, Rev. E. = Revisionsentscheidung, S. = Seite, s. = siehe, u. a. = unter anderem, usw. = und so weiter, u. U. = unter Umständen, U. V. G. = Unfallversicherungsgesetz, vgl. = vergleiche, Z. = Ziffer, z. B. = zum Beispiel, zu vgl. = zu vergleichen.

---

# I. Versicherungspflicht.

## Allgemeiner Teil.

Einleitung. 1. Im Vergleiche mit den Reichsgesetzen über Kranken- und Unfallversicherung ist die Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetze die sachlich umfassendere. Sie knüpft nicht an die Zugehörigkeit zu bestimmten Betrieben an und beschränkt sich nicht auf einzelne abgegrenzte Gebiete menschlicher Tätigkeit, sondern sie ergreift die arbeitende Bevölkerung sämtlicher Berufszweige, und zwar neben einigen kleineren Gruppen geistiger Arbeiter im allgemeinen alle Personen, die in der Landwirtschaft, dem Gewerbe, dem Handel, in der Hauswirtschaft, im Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldienst usw. ihre Arbeitskraft in untergeordneter, abhängiger Stellung verwerten. Nach dem Aufbau des Gesetzes kommt es jedoch zur Begründung der Versicherungspflicht nicht darauf an, ob

jemand im allgemeinen denjenigen Bevölkerungsklassen angehört, denen die gesetzliche Fürsorge zugewendet werden soll, sondern zunächst nur darauf, ob er in einem einzelnen Beschäftigungsverhältnisse bestimmter Art steht (zu vgl. aber auch Z. 11 und 34m). Ob aber ein Beschäftigungsverhältnis die Versicherungspflicht hervorzurufen geeignet ist, dies hängt, abgesehen davon, daß es zeitlich und räumlich unter die Herrschaft des Gesetzes fallen muß, von persönlichen Umständen des Beschäftigten, von der Gewährung eines Entgelts gewisser Art, von dem Gegenstande der Beschäftigung, sowie davon ab, ob sich die Arbeit als unselbständig geleistet darstellt. Die Versicherungspflicht tritt unabhängig von dem Willen der Beteiligten kraft Rechtsvorschrift ein, eine gewissermaßen vertragliche Begründung der Versicherung nur durch die Leistung und die Annahme von Beiträgen kennt das Gesetz nicht (Rev. E. 418 und 625, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 135, 1898 S. 160).

2. Soweit durch das Invalidenversicherungsgesetz im Vergleiche mit dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze die Versicherungspflicht ausgedehnt oder eingeschränkt worden ist (ersteres z. B. bei Lehrern und Erziehern, Angestellten, Staatsbeamten, letzteres z. B. bei Kommunalbeamten, Schiffsführern), findet eine Rückwirkung der neuen Bestimmungen auf die Zeit vor dem 1. Januar 1900 nicht statt (Rev. E. 833, A. N. 1900 S. 698). Im übrigen ist die Versicherungspflicht in Kraft getreten für alle Lohnarbeiter im allgemeinen mit dem 1. Januar 1891, für die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation mit dem 4. Januar 1892, für gewisse Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit dem 2. Juli 1894 oder mit dem 1. Januar 1896 (s. Z. 33a). Zeitlicher Bereich.

3. Der Versicherungszwang ergreift grundsätzlich alle im Inlande — Kolonien und Schutzgebiete gelten hierbei als Ausland — verrichteten Arbeiten ohne Rücksicht darauf, ob sie mit einem ausländischen Betriebe zusammenhängen (z. B. auf Fahrzeugen eines ausländischen Schiffahrtsbetriebs geleistet werden, zu vgl. § 65 Abs. 4 des Gesetzes,*) oder ob die im Inlande (z. B. in einer an der Grenze belegenen Fabrik) tätigen Arbeiter im Auslande wohnen. Jedoch gelten fremde Kriegsschiffe oder unter der Flagge ihres Staatsoberhaupts fahrende sonstige fremde Seeschiffe auch bei ihrem Aufenthalt in deutschen Häfen völkerrechtlich nicht als Inland (Rev. E. 587, A. N. 1897 S. 380). Räumlicher Bereich. Allgemeines.

Da der Versicherungszwang begrifflich an den Grenzen der inländischen Staatsgewalt seine Schranke findet, unterliegen im Auslande beschäftigte Personen grundsätzlich der Versicherungspflicht nicht, ohne Unterschied, ob sie selbst Inländer oder Ausländer, ob sie bei Inländern (Ausnahme s. Z. 3) oder bei Ausländern bedienstet sind, sowie ob der Beschäftigungsort etwa zu den in § 48 Z. 4 des Gesetzes bezeichneten Grenzbezirken gehört (Rev. E. 137 und 576, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 48, 1897 S. 333).

Eine Einschränkung erleidet der vorstehende Satz, entsprechend der Rechtsübung in Unfallversicherungssachen (Handbuch der Unfallversicherung Anm. 1 zu § 1 U. V. G., zu vgl. auch § 65 Abs. 3 letzter Satz des Gesetzes), insoweit, als eine im Auslande stattfindende Tätigkeit nach Lage des besonderen Falles als Teil, Zubehör, Fortsetzung oder Ausstrahlung eines inländischen Betriebs, die beschäftigte Person somit gewissermaßen als im Inlande beschäftigt angesehen werden kann (Rev. E. 137 a. a. O., Rev. E. 777, A. N. 1899 S. 655. Beispiele: im Auslande belegene Grenzstation eines inländischen Eisenbahnunternehmens; Herstellung von Bauten im Auslande von einem inländischen Betrieb aus mit dazu ausgesandten Arbeitskräften). Daß die beschäftigte Person vorher im Inland in demselben Betriebe tätig war, ist nicht erforderlich (E. 1149, A. N. 1904 S. 506).

Aehnliches gilt, wenn persönliche Bedienstete ihren Dienstherrn bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Auslande begleiten.

4. Zwischen den beteiligten Verwaltungen hat eine Verständigung dahin stattgefunden, daß deutsche Bedienstete nicht nur der im Auslande befindlichen diplomatischen Vertreter des Reichs oder eines Bundesstaats, sondern auch der sonst im Auslande verwendeten deutschen Beamten (Berufskonsuln, Offiziere, Zollbeamte, Gouverneure in den Kolonien und Schutzgebieten, Postbeamte usw.) der Versicherungspflicht unterworfen sein sollen. Bedienstete deutscher Beamten im Auslande.

Während die Grundsätze der Z. 2 auch auf die Binnenschiffahrt Anwendung finden, unterliegt die Seeschiffahrt einer abweichenden Regelung, indem hier nach § 1 Z. 3 des Gesetzes lediglich die Staatszugehörigkeit des Fahrzeugs entscheidet. Die deutschen Seeschiffe gelten, wo sie sich auch befinden, gewissermaßen als deutscher Boden, die Tätigkeit der Mannschaft (der Inländer wie der Ausländer) als Tätigkeit im Inlande (zu vgl. Beschl. 1711, A. N. 1898 S. 265). Ebenso ist umgekehrt die Besatzung Seeschiffahrt.

*) Mit „Gesetz“ ohne Zusatz ist überall das Invalidenversicherungsgesetz gemeint.

(s. darüber Z. 27) fremder Seefahrzeuge auch in deutschen Gewässern von der Versicherung frei (Rev. E. 587, A. N. 1897 S. 380).

Persönliche Umstände. 5. Abweichend von der Unfallversicherung läßt das Invalidenversicherungsgesetz den Versicherungszwang erst mit dem ersten Tage des 17. Lebensjahrs beginnen.

Alter. Eine Altersgrenze nach oben ist nur in der Gestalt vorgesehen, daß der § 6 Abs. 1 des Gesetzes Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben, gestattet, sich durch einen Beschluß der unteren Verwaltungsbehörde ihres Beschäftigungsorts von der Versicherungspflicht befreien zu lassen. Ohne solche Befreiung bleiben sie (wie bis zum 31. Dezember 1899 stets, zu vgl. Beschl. 27, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 148) versicherungspflichtig, und zwar auch wenn sie Altersrente beziehen.

Geschlecht, Familienstand. 6. Keinen Unterschied macht grundsätzlich das Geschlecht oder der Familienstand. Das Gesetz findet Anwendung ebensowohl auf Arbeiter wie auf Arbeiterinnen usw., auf Verheiratete wie auf Ledige, auf Hauskinder wie auf Gewaltfreie. War insbesondere für eine Ehefrau die Anwartschaft durch Beitragserstattung gemäß § 42 des Gesetzes erloschen, so tritt doch bei einer Wiederaufnahme der Lohnarbeit die Versicherungspflicht abermals ein.

Dies hindert jedoch nicht, daß gegebenenfalls die herkömmliche Stellung des weiblichen Geschlechts im Wirtschaftsleben oder der Ehefrau in der Familie dazu führt, eine von einer weiblichen Person ausgeübte Tätigkeit anders zu beurteilen, als eine äußerlich gleiche Beschäftigung von Männern, sowie daß das zwischen zwei Personen vorhandene Familienband das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses zwischen ihnen ausschließt oder unwahrscheinlich macht (Z. 18b, c und Z. 44).

Staatsangehörigkeit. 7. Wird ein Arbeitsverhältnis gemäß Z. 2 bis 4 durch das Gesetz räumlich erfaßt, so ist es im übrigen ohne Belang, ob der Beschäftigende oder der Beschäftigte oder beide deutscher oder fremder Staatsangehörigkeit sind. Namentlich sind die im Inlande beschäftigten Ausländer grundsätzlich versicherungspflichtig, wenn sie auch demnächst in das Ausland zurückzukehren beabsichtigen und daher keine Aussicht auf Erfüllung der Wartezeit oder den Bezug einer Rente haben.

Eine Ausnahme hiervon ist geschaffen durch den mit dem 1. April 1901 in Kraft getretenen Bundesratsbeschluß vom 21. Februar 1901 (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. März 1901, A. N. 1902 S. 380), laut dessen auf Grund des § 4 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes „polnische Arbeiter russischer und österreichischer Staatsangehörigkeit, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist, und welche nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetze nicht unterliegen sollen, sofern die Arbeiter in inländischen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden". Jedoch haben die Arbeitgeber solcher polnischen Arbeiter nach Vorschrift des § 4 Abs. 2 Satz 2 a. a. O. und der dazu vom Reichs-Versicherungsamt unter dem $\frac{\text{23. März 1901}}{\text{31. März 1902}}$ erlassenen Ausführungsbestimmungen (A. N. 1901 S. 365, 1902 S. 380) einen der Hälfte des Versicherungsbeitrags gleichkommenden Betrag, gewissermaßen zur Ablösung, an die Versicherungsanstalt zu entrichten. Ob jemand als polnischer Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit anzusehen ist, richtet sich lediglich nach der Zulassungsentscheidung der inländischen Behörde (E. 1148, A. N. 1904 S. 505).

Erwerbsfähigkeit. 8. Dem Gedanken, daß eine Versicherung nicht mehr Platz greifen kann, wenn der Versicherungsfall bereits eingetreten ist, entspringt die Vorschrift des § 5 Abs. 4 des Gesetzes. Sie schließt alle Personen, die in dem zum Bezug einer Invalidenrente aus § 15 des Gesetzes berechtigenden Umfang erwerbsunfähig sind, von der Versicherungspflicht aus, und zwar in Uebereinstimmung mit der bisherigen Rechtsprechung (Rev. E. 146, 147, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 55, 58), sowohl von der Fortsetzung eines bestehenden als auch von der Begründung eines neuen Versicherungsverhältnisses. Zu dieser nur die dauernd Erwerbsunfähigen treffenden Vorschrift tritt ergänzend diejenige des § 5 Abs. 3 a. E. des Gesetzes, nach der jeder Empfänger einer reichsgesetzlichen Invalidenrente (auch wegen nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, § 16 des Gesetzes) aus der Versicherung ausscheidet; sie gilt auch dann, wenn der Rentenempfänger tatsächlich wieder erwerbsfähig geworden ist, solange er die Rente weiter bezieht. Ueber die Anwendung desselben Grundsatzes bei der freiwilligen Versicherung s. Z. 57.

Die Frage nach der Erwerbsunfähigkeit läßt sich im Anschluß an den § 5 Abs. 4 Satz 1 des Invalidenversicherungsgesetzes dahin fassen, ob die Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, und in dieser Form, namentlich in den äußersten Fällen einheitlich beantworten (Rev. E. 1215, A. N. 1905 S. 465). Sie läßt sich aber auch im Sinne des Satzes 2 a. a. O. behufs eingehenderer Prüfung zweifelhafter Fälle zerlegen in die beiden Fragen, wieviel jemand noch verdienen können muß,

um erwerbsfähig zu sein (Verdienstgrenze), und ob der einzelne nach seinem geistigen und körperlichen Zustande diesen Betrag durch angemessene Arbeit zu erreichen vermag (persönliche Leistungsfähigkeit). Der Geldbetrag, der gemeinhin zum Ausdrucke der Verdienstgrenze verwendet wird, läßt sich nicht mehr wie nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz aus festen Größen berechnen, er ist durch Schätzung zu bestimmen; das Gesetz beschreibt ihn als „ein Drittel desjenigen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen". Damit wird im allgemeinen auf den Durchschnittsverdienst der Berufsgenossen desjenigen, um dessen Erwerbsfähigkeit es sich handelt, verwiesen, und zwar derart, daß es nicht nur auf die von ihm innerhalb der Berufsgrenze zuletzt eingenommene Stellung, die vielleicht nur eine besonders begünstigte, nur zum Schlusse einer langen Laufbahn auf kurze Zeit erreichte, vielleicht auch infolge abnehmender Kräfte eine herabgedrückte ist, sondern auf sein Arbeitsleben im ganzen ankommen soll (Rev. E. 870, A. N. 1901 S. 187). Dabei ist derjenige Beruf maßgebend, den der Betreffende zuletzt bei einer im wesentlichen ungeschwächten Arbeitskraft ausgeübt hat (Rev. E. 1096, A. N. 1903 S. 599). Die Verdienstgrenze darf aber nicht niedriger gegriffen werden, als sie sich nach dem Lohne, den gewöhnliche Handarbeiter mit Beschäftigungen der untersten Stufe erwerben, stellen würde, nicht also z. B. bei Hausgewerbetreibenden nach dem u. U. geringeren Lohne ihrer nächsten Berufsgenossen (Rev. E. 990, 1054, A. N. 1902 S. 503, 1903 S. 389). Unter „derselben Gegend" ist ein räumliches Gebiet zu verstehen, innerhalb dessen für gleichartige Arbeiter im allgemeinen gleichmäßige Lohnverhältnisse bestehen (Rev. E. 1095, A. N. 1903 S. 597). Wie dieses Gebiet zu begrenzen ist, ist unter Berücksichtigung der besonderen persönlichen Verhältnisse nach den Umständen des Einzelfalls zu entscheiden (Rev. E. 1108, A. N. 1904 S. 353). Im übrigen darf der Kreis der Personen derselben Art weder zu eng noch zu weit gefaßt werden (Rev. E. 905, A. N. 1901 S. 429 — der Schiffsführer einer Großreederei gehört zur weiteren Klasse der Schiffer auf Dampf- und eisernen Segelschiffen in großer Fahrt — und Rev. E. 989, A. N. 1902 S. 502 — der langjährige Werkmeister einer Zigarrenfabrik ist nicht der weiteren Gruppe der Zigarrenarbeiter überhaupt zuzurechnen, sondern nur mit Bediensteten in gehobener Stellung zu vergleichen), insbesondere muß der grundsätzliche Unterschied der reichsgesetzlichen Erwerbsunfähigkeit von der Berufsinvalidität — d. i. die Unfähigkeit, die gewöhnlichen Arbeiten des bisherigen Berufs zu verrichten (Rev. E. 211, 212, 490, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 55, 56, 1896 S. 221) — festgehalten werden. Durch Gebrechen dauernd in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkte Personen sind nicht mit ähnlich untauglichen, sondern mit gesunden Arbeitern zu vergleichen (Rev. N. 871, A. N. 1901 S. 190).

Bei der Beurteilung der persönlichen Leistungsfähigkeit handelt es sich um die Möglichkeit des Arbeitserwerbes, es ist also der tatsächliche Erwerb weder nach der einen noch nach der anderen Seite unbedingt maßgebend (Rev. E. 54, 490, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 162, 1896 S. 221 — Erwerbsfähigkeit trotz eines hinter dem Mindestbetrage zurückbleibenden Verdienstes, Rev. E. 197, a. a. O. 1892 S. 140 — Erwerbsunfähigkeit eines Bureaubeamten, der trotz geringer Leistungsfähigkeit aus besonderer Rücksichtnahme mit dem alten Gehalte weiter beschäftigt wird), jedoch genügt regelmäßig der tatsächliche Erwerb, um die Erwerbsfähigkeit glaubhaft zu machen (Rev. E. 94, a. a. O. 1892 S. 6). Dabei ist auch der freie Unterhalt (§ 3 Abs. 2 des Gesetzes) anzurechnen, indessen kommt nur der persönliche Lohn, nicht der auf die Mithilfe von Angehörigen oder sonstigen Dritten entfallende Teil des Lohnes, welcher letztere nötigenfalls schätzungsweise auszuscheiden ist, in Betracht (Rev. E. 94 a. a. O., Rev. E. 518, A. N. 1896 S. 309, s. auch Rev. E. 906, A. N. 1901 S. 430 — Gelähmter, der ohne Hilfe sich nicht zur Arbeit hinsetzen oder fortbewegen kann). Eine Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten, die nicht in dem Zustande des einzelnen, sondern in der Lage des Arbeitsmarkts oder den wirtschaftlichen Umständen seines Wohnorts ihren Grund hat, bleibt außer Betracht, Arbeitsunfähigkeit und Fehlen ausreichender oder passender Arbeitsgelegenheit sind streng zu trennen. Jedoch können Gebrechen, die den damit Behafteten trotz einer an sich vorhandenen Arbeitsfähigkeit mehr oder weniger vollständig vom Arbeitsmarkt ausschließen, die Annahme der Erwerbsunfähigkeit im gesetzlichen Sinne rechtfertigen (zu vergl. Rev. E. 250, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 95 — Nasenkrebs, Schwerhörigkeit, Rev. E. 907, A. N. 1901 S. 431 — Geisteskrankheit, s. auch Rev. E. 670, A. N. 1898 S. 390 — Fallsucht). Anderseits ist aber auch nicht jede denkbare Erwerbsmöglichkeit zu berücksichtigen, sondern es handelt sich — was freilich weniger für den Beginn und die Fortführung der Versicherung als für den Anspruch auf Invalidenrente von Bedeutung ist — nach der Ausdrucksweise des Gesetzes nur darum, ob jemand die Verdienstgrenze durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter

billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, zu erreichen imstande ist. Darin liegt auch nach dieser Richtung nicht etwa eine Gleichstellung der reichsgesetzlichen Invalidität mit der Berufsinvalidität, vielmehr ist jemand, der seinen bisherigen Beruf nicht fortzusetzen, aber den Mindestlohn noch durch andere Beschäftigungen zu erzielen vermag, wie nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze so auch nach dem Invalidenversicherungsgesetze noch nicht erwerbsunfähig (Rev. E. 211, 212, 250, 870, 1108, 1109, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 55, 56, 95, 1901 S. 187, 1904 S. 353); wohl aber wird damit anerkannt, daß von solchen Arbeiten abzusehen ist, die für den, dessen Erwerbsfähigkeit in Frage steht, nach seiner Vorbildung und früheren Beschäftigung ungeeignet sind, oder die sich etwa nur in einer ganz anderen Gegend bieten, oder die nur mit unverhältnismäßiger, namentlich gesundheitsschädlicher Anstrengung verrichtet werden könnten (Rev. E. 572, 748, 870, 906, 991, 1109, 1134, A. N. 1897 S. 318, 1899 S. 599, 1901 S. 187, 1901 S. 430, 1902 S. 504, 1904 S. 353, 476). Bei Personen mit denselben Gebrechen oder Körperschäden kann je nach der Ausbildung, die sie besitzen, die Frage nach der Erwerbsfähigkeit verschieden zu beantworten sein (Rev. E. 594, E. 965, A. N. 1897 S. 408, 1902 S. 388 — Blinde; Rev. E. 938, A. N. 1901 S. 634 — Arbeiter trotz Verlustes beider Hände erwerbsfähig, da er vermöge geschickter Benutzung der Stümpfe und daran befestigter Werkzeuge als Waldhüter tätig sein kann, schreibt, rechnet, mißt usw.).

Anderweite Sicherstellung.

9. In den §§ 5 Abs. 1 u. 2, 6 Abs. 1, 7 des Gesetzes wird ferner eine Reihe von Ausnahmen von der Versicherungspflicht geregelt, die auf dem gemeinsamen Grundgedanken beruhen, daß die Versicherung für solche Personen entbehrlich ist, die bereits auf anderem Wege einer der durch das Invalidenversicherungsgesetz geschaffenen gleichwertigen Fürsorge teilhaftig werden. Die Befreiung tritt zum Teil von selbst, zum Teil nur auf Antrag des einzelnen Beschäftigten, also nach seiner Wahl ein.

a. Befreiung kraft Gesetzes.

Kraft Gesetzes unterliegen der Versicherungspflicht nicht Beamte des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, sofern ihnen eine Anwartschaft auf Ruhegehalt im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse (116 ℳ) gewährleistet ist.

Ob eine im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste beschäftigte Person „Beamter" ist, bestimmt sich nach den für seine dienstliche Stellung maßgebenden gesetzlichen oder Verwaltungsvorschriften (Dienstpragmatik; zu vgl. Rev. E. 717, 719, 751, 752, A. N. 1899 S. 433, 435, 586, 588).

Im allgemeinen läßt sich darüber nur sagen, daß eine Beeidigung oder sonstige Verpflichtung nicht unbedingt die Beamteneigenschaft beweist, daß die letztere nicht überall mit derjenigen im Sinne des Strafrechts zusammenfällt, und daß auch die Art der Tätigkeit insofern keinen sicheren Schluß auf die Zugehörigkeit zu den Beamten gestattet, als selbst Bedienstete mit untergeordneten, rein mechanischen Aufgaben Beamte sein können (Rev. E. 62, 128, E. 969, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 168, 1892 S. 37, 1902 S. 392); es kommt vielmehr auf das Vorhandensein eines Dienstverhältnisses mit staatsrechtlicher Grundlage an. Unter den Staatsbeamten sind im übrigen nur die unmittelbaren Beamten begriffen. Im einzelnen ist auf folgende Entscheidungen zu verweisen: Rev. E. 50, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 159 (Kanzleigehilfen im preußischen Justizdienste nur Beamte, wenn zur Deckung eines dauernden Bedürfnisses angenommen), 62 das. S. 168 (preußischer Hilfsgefangenaufseher und einzeln gelohnter Nachtwächter an einem Justizgefängnisse kein Beamter), 99 das. 1892 S. 15 (Schuldiener an höherer staatlicher Schule in Preußen Beamter), 131 das. S. 44 (Steuerbote in Elsaß-Lothringen Beamter), 132 das. S. 45 (Postbote, von einem Postagenten angenommen, kein Beamter), 156 das. S. 112 (Hilfssteueraufseher in der preußischen Verwaltung der direkten Steuern Beamter, wenn zur Deckung eines dauernden Bedürfnisses angenommen), 238, 614 das. 1893 S. 85, 1897 S. 589 (Postagent in Preußen Beamter), Rev. E. 413, E. 969 das. 1895 S. 109, 1902 S. 392 (Postaushelfer kein Beamter, wohl aber Posthilfsbote), Rev. E. 493, A. N. 1896 S. 253 (Postillon einer Privatposthalterei kein Beamter), 718, A. N. 1899 S. 435 (erster Drucker der staatlichen metallographischen Anstalt in Sachsen Beamter), 719 das. (akademischer Förster als Beamter der 4 die Universität Jena unterhaltenden Staaten), 751, 752 das. S. 586, 588 (Werkstattschlosser und Schrankenwärterin im preußischen Staatseisenbahnbetriebe keine Beamte, auch nicht wenn sie Anwartschaft auf staatliche Versorgung aus einer Unterstützungskasse oder auf Witwengeld besitzen), E. 1004, A. N. 1902 S. 547 (Gerichtsschreibergehilfen in Hessen Beamte), E. 1141, A. N. 1903 S. 366 (württembergischer Notariatsgehilfe kein Beamter), E. 1157, A. N. 1904 S. 520 (ständige Telegraphen- und Postanwärterinnen in Württemberg Beamte), E. 1158 das. S. 520 (württembergische etatsmäßige Postunterbeamten und in die Anwärterliste für Postunterbedienstetenstellen aufgenommene Hilfspostunterbeamten Beamte).

Als Kommunalverbände kommen nur die politischen Gemeinden und Verbände in Betracht, nicht z. B. Schulgemeinden, Rev. E. 400, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 177 (sächsischer Schulhausmann). Kommunalbeamte sind die von solchen Gemeinden oder Verbänden für bestimmte Stellen ordnungsmäßig ernannten Person, also z. B. nicht die in Württemberg ohne Uebertragung einer bestimmten Stelle im Kommunaldienste widerruflich beschäftigten Kanzleigehilfen und Verwaltungskandidaten, E. 967, A. N. 1902 S. 390. (In der Rev. E. 717, A. N. 1899 S. 433, ist ein städtischer Nachtwächter in Preußen, der ohne die vorgeschriebene staatliche Bestätigung angenommen worden war, nicht als Beamter angesehen worden.) U. U. kann ungeachtet des Mangels einer förmlichen Anstellung kraft Gesetzes ein Beamtenverhältnis bestehen (zu vgl. die Rev. E. 604, 715, 716, 757, 1011, A. N. 1897 S. 469, 1899 S. 430, 432, 1902 S. 596, betreffend Anwendung des § 56 Z. 6 der preußischen Städteordnung vom 30. Mai 1853). In Preußen gilt nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899 (Ges. S. 141) als Kommunalbeamter, wer als Beamter für den Dienst eines Kommunalverbandes angestellt ist, und zwar erfolgt die Anstellung durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde.

Auch für Reichs- und Staatsbeamte bildet im Gegensatze zum bisherigen Rechte ihre Eigenschaft als Beamte nicht mehr die einzige Voraussetzung der Befreiung. Hinzutreten muß vielmehr, ebenso wie bei den Kommunalbeamten, der Besitz der Ruhegehaltsanwartschaft. Dieses Erfordernis ist jedoch ein abgeschwächtes im Vergleiche mit der vom J. u. A. V. G. bei Kommunalbeamten geforderten „Pensionsberechtigung" (zu vgl. Rev. E. 151, 239, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 82, 1893 S. 86); befreit ist nicht nur ein Beamter, der im Falle seiner Dienstuntauglichkeit sofort ein Ruhegehalt zu fordern haben würde, der also allen sonstigen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der vorgeschriebenen Dienstzeit, bereits genügt hat, sondern auch ein Beamter, der in eine an sich mit Ruhegehaltsberechtigung ausgestattete Stelle eingerückt ist, wenngleich er den gesicherten Anspruch auf Ruhegehalt erst durch Zurücklegung einer längeren Dienstzeit erwerben muß. Aber auch vor der Erlangung einer solchen (also im allgemeinen einer etatsmäßigen) Stelle wird ein Beamter eine Anwartschaft im Sinne des Gesetzes regelmäßig bereits dann besitzen, wenn ihm nach dem Abschlusse seiner Ausbildung — wozu u. U. auch eine sogenannte Probezeit gerechnet werden kann — eine Stellung (z. B. als Diätar) übertragen wird, die nach den bestehenden Verwaltungsgrundsätzen den allgemein üblichen Uebergang zu einer Anstellung mit späterer Ruhegehaltsberechtigung bildet. Wollte man dies nicht annehmen, so würde sich zwischen die kraft Gesetzes versicherungsfreie Ausbildungszeit und die ebenso versicherungsfreie Dienstzeit in einer etatsmäßigen Stelle in zahlreichen Fällen eine Zeit der Versicherungspflicht einschieben, was augenscheinlich zweckwidrig sein würde und daher nicht wohl beabsichtigt sein kann. Für diese Auffassung spricht es auch, daß eine Uebergangszeit der bezeichneten Art sehr häufig bei der Prüfung der Ruhegehaltsberichtigung und der Berechnung des Ruhegehaltsbetrags mit als Dienstzeit in Ansatz kommt. Uebrigens bildet eine solche Anrechnung keine Bedingung für die Annahme der Ruhegehaltsanwartschaft (zu vgl. E. 1004, A. N. 1902 S. 547).

Da es hiernach genügt, wenn voraussichtlich nach der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse künftig eine Ruhegehaltsberechtigung erreicht wird, so kann eine Anwartschaft auch schon bei nur widerruflicher Anstellung, die aber regelmäßig nach einiger Zeit in eine feste mit Pensionsberechtigung ausgestattete übergeht, angenommen werden (E. 856, A. N. 1900 S. 836 — Bauschreiber in Schwarzburg-Rudolstadt), desgl. auch bei einer Anstellung auf Kündigung oder bei einer Beschäftigung als Hilfsarbeiter, die eine hergebrachte Vorstufe für die Verleihung einer mit Aussicht auf Ruhegehalt verbundenen Stelle bildet. Eine bestimmte Grenze für den Zeitraum, innerhalb dessen die Ruhegehaltsberechtigung erreichbar sein muß, damit eine Anwartschaft anerkannt werden könne, ist nicht zu ziehen. Beispielsweise ist in der E. 1004 (A. N. 1902 S. 547) Pensionsanwartschaft bei den hessischen Gerichtsschreibergehilfen festgestellt worden, obwohl sie etwa 11 bis 12 Jahre in dieser Stellung und sodann 5 Jahre als Hilfsgerichtsschreiber zuzubringen haben, bis sie demnächst die Pensionsberechtigung erwerben; hierbei wurde jedoch darauf Gewicht gelegt, daß mit verschwindenden Ausnahmen alle Gerichtsschreibergehilfen später in die mit Ruhegehaltsberechtigung ausgestattete Stellung einzurücken pflegen.

Dagegen reicht es freilich zur Annahme einer Anwartschaft nicht aus, wenn nur eine unbestimmte Hoffnung auf die dereinstige Erlangung einer mit Ruhegehaltsrecht verbundenen Stelle vorhanden ist, wenn sich also noch nicht übersehen läßt, wie sich die Laufbahn eines jungen Beamten voraussichtlich gestalten wird (z. B. jemand ist nur zur Aushilfe beschäftigt, es kommt aber vor, daß die Anstellungsbehörde Beamte dieser Klasse dauernd übernimmt).

Im übrigen liegt sowohl in den Ausdrücken „Anwartschaft" und „gewährleistet" als auch, nach der bisherigen Spruchübung des Reichs-Versicherungsamts, in dem Pensionsbegriffe — zumal hier nicht „ähnliche Bezüge" der Pension gleichgestellt sind — das Erfordernis, daß es sich um rechtlich geregelte Bezüge handeln muß. Die Versicherungspflicht wird also da nicht ausgeschlossen, wo es lediglich in dem, wenn auch durch Rücksichten auf Bedürftigkeit und Würdigkeit bestimmten Ermessen der vorgesetzten Dienstbehörde steht, ob ein Ruhegehalt gewährt oder ein bewilligtes weitergezahlt wird (zu vgl. die — zunächst zur Auslegung des § 34 Ziffer 2 des J. u. A. V. G. ergangenen — Rev. E. 34, 256, 615, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 150, 1893 S. 103, 1897 S. 589, ferner die Rev. E. 986, A. N. 1902 S. 483 und E. 1159, A. N. 1904 S. 523, sowie auch die übrigen in Z. 10 angeführten Entscheidungen). Nicht notwendig ist es, daß das Ruhegehalt unmittelbar vom Reiche usw. zu leisten ist; jedoch bedarf es andernfalls der Prüfung, ob der Anspruch „gewährleistet" ist (E. 1005, 1158, Rev. E. 1172 A. N. 1902 S. 547, 1904 S. 520, 627).

Die Befreiung beschränkt sich nicht unbedingt auf die dienstliche Tätigkeit, sie erstreckt sich jedenfalls dann, wenn diese den Kern der wirtschaftlichen Stellung des Beamten im ganzen ausmacht, auch auf nebenhergehende andere Beschäftigungsverhältnisse (Rev. E. 237, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 85).

Alles vorstehende gilt entsprechend für Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten. Demgemäß besitzen z. B. Hilfslehrer und -lehrerinnen an öffentlichen Schulen oder Anstalten, insbesondere auch soweit sie nur zu Vertretungen herangezogen werden, regelmäßig Pensionsanwartschaft, wenn diese Beschäftigung lediglich als Vorbereitung für die Uebertragung einer festen Stelle angesehen werden kann (E. 855, A. N. 1900 S. 835).

Den eigentlichen Beamten stellt ferner § 5 Abs. 2 des Gesetzes die hier ebenfalls als Beamte bezeichneten Angestellten der Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen gleich. Ueber weitere Ausdehnungen der gesetzlichen Befreiung aus § 5 Abs. 1 hat nach § 7 des Gesetzes der Bundesrat auf Antrag zu beschließen (derartige Beschlüsse s. in den A. N. 1901 S. 181, woselbst auf die unter dem J. u. A. V. G. ergangenen Beschlüsse verwiesen ist, 1902 S. 384, 1903 S. 358, 1904 S. 351, 624).

Beamte (in dem vorstehend erörterten Sinne), die lediglich zur Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf beschäftigt werden, gelangen im gewöhnlichen Laufe der Dinge in Aemter oder sonstige Stellungen, deren Inhaber ohne weiteres der Versicherungspflicht entzogen sind. Für diese Personen fällt daher nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes gleichfalls die Versicherungspflicht fort. Die Annahme einer Beschäftigung lediglich zur Ausbildung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Beamte zugleich zur Erledigung eines Teiles der laufenden Geschäfte verwendet wird.

Auch diese Ausnahme findet auf Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten entsprechende Anwendung. Einen hierher gehörigen Fall, nämlich Hilfslehrer an Volksschulen, die ihre Anstellungsfähigkeit noch durch die Ablegung einer zweiten Prüfung nachzuweisen haben und daher als lediglich zur Ausbildung beschäftigt angesehen werden können, behandelt die E. 855 (A. N. 1900 S. 835). Dagegen mußte die Versicherungspflicht ausgesprochen werden bei bereits anstellungsfähigen geprüften Lehrern, die, von der Schulbehörde bis zu ihrer Einberufung in den öffentlichen Schuldienst beurlaubt, einstweilen an einer Privatschule unterrichten (E. 854, A. N. 1900 S. 835).

Die Verleihung der Pensionsanwartschaft beseitigt, auch wenn mit rückwirkender Kraft ausgesprochen, die Beitragspflicht nicht für die Vergangenheit, sondern nur von der Verleihung an (E. 1048, A. N. 1903 S. 375).

b) Befreiung auf Antrag.

10. Die Befreiung ist durch die untere Verwaltungsbehörde (§ 169 des Gesetzes) solchen Personen auf ihren Antrag zu gewähren, die durch einen bereits verwirklichten Anspruch auf Bezüge der im § 6 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Art sichergestellt sind. Der Ausdruck „Personen" ergibt, daß es sich, neben den früheren Lehrern und Erziehern, nicht nur um gewesene Beamte im Sinne des § 5 des Gesetzes handelt (zu vgl. die Rev. E. 162, 309, 534, 754, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 116, 1893 S. 163, 1896 S. 429, 1899 S. 590, betreffend erst nachträglich vom Staate übernommene Ruhegehälter). Ueber den Begriff der Pension s. Z. 9. Hinzuzufügen ist noch, daß für diesen Begriff die Beziehung auf ein früheres Dienstverhältnis wesentlich ist, so daß z. B. eine vom Staate als Eisenbahnunternehmer zu zahlende Haftpflichtentschädigung keine Pension darstellt (Rev. E. 753, A. N. 1899 S. 589), ferner ebenso eine ausreichende Sicherheit der Fortdauer des Bezugs, wobei es aber auf vereinzelte Verwirkungsfälle, z. B. wegen Zuchthausstrafe und dgl., nicht ankommt (Rev. E. 754, A. N. 1899 S. 590); anderseits kann eine Pension im gesetzlichen Sinne auch sehr wohl vorliegen, obwohl der Bezug nicht so genannt wird, so sind die an frühere Militärpersonen gezahlten Kriegszulagen, Zulagen

für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins, Anstellungsentschädigungen und Alterszulagen mit zur Pension zu rechnen (Rev. E. 585, 1078, 1117, A. N. 1897 S. 354, 1903 S. 543, 1904 S. 360). Mit der durch das Invalidenversicherungsgesetz bewirkten Einschaltung der Worte „oder ähnliche Bezüge" soll ausgedrückt werden, daß auch nicht auf einem Rechtsanspruche beruhende, aber tatsächlich gesicherte, also beispielsweise auch als „Unterstützungen" und dgl. bezeichnete Leistungen nach Lage der Umstände als einem eigentlichen Ruhegehalte gleichwertig gelten dürfen. Der über den Befreiungsantrag befindenden Behörde liegt es ob, im einzelnen Falle zu prüfen, ob ein solcher Bezug hinsichtlich der Bedingungen seiner Fortdauer sowie in Ansehung der Sicherstellung die nötige Gewähr bietet (zu vgl. Besch. 40, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 153; keine pensionsähnlichen Bezüge: Rev. E. 929, A. N. 1901 S. 612 — Zahlung aus dem Staatsfonds zu Unterstützungen für ausgeschiedene Elementarlehrer und -lehrerinnen in Preußen, Rev. E. 1077, A. N. 1903 S. 542 — Unterstützung eines dienstunfähigen Militärbeamten aus dem Kaiserlichen Dispositionsfonds, Rev. E. 1079 das. S. 544 — von der Heeresverwaltung aus Reichsmitteln gewährte Arbeiterunterstützung, soweit nicht das Reich in eine bestehende Verpflichtung eingetreten ist, Rev. E. 1116, A. N. 1904 S. 358 — Ruhelohn städtischer Arbeiter, Rev. E. 1135 das. S. 476 — Unterstützung eines schwarzburgischen Hofbediensteten aus der Fürstlichen Hofkasse, E. 1156 das. S. 519 — Ruhegeld eines schaumburg-lippischen Domanialbeamten, Rev. E. 1173 das. S. 628 — Sustentation einer oberbayerischen Irrenpflegerin). In der Rev. E. 986 (A. N. 1902 S. 483) ist aus der Wortfassung des § 6 gefolgert worden, daß die Pensionen oder sonstigen Bezüge unmittelbar oder mittelbar vom Reiche usw. gewährt werden müssen; dagegen genügt die Zahlung von seiten eines anderen Rechtssubjekts, z. B. aus einer selbständigen Kasse, nicht (zu vgl. auch aus früherer Zeit die Rev. E. 103, 586, 755, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 18, 1897 S. 355, 1899 S. 591). Zu den „Pensionen" oder „ähnlichen Bezügen" gehört auch das Witwengeld der Beamtenwitwen (Rev. E. 756, A. N. 1899 S. 592).

Dem Ruhegehaltsbezug ist der Bezug einer Rente auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, also auch einer Hinterbliebenenrente, gleichgestellt. Die auf dem Rechtsgedanken des Schadenersatzes beruhenden Haftpflichtrenten ergreift diese Bestimmung nicht (Besch. 30, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 148, Rev. E. 753, A. N. 1899 S. 589).

Eine erweiterte Geltung des § 6 Abs. 1 kann der Bundesrat nach § 7 des Gesetzes auf Antrag beschließen (zu vgl. A. N. 1901 S. 181, 1902 S. 384, 1903 S. 358, 1904 S. 351, 624, 1905 S. 580).

Voraussetzung der Befreiung ist nur, daß die bezeichneten Bezüge „bewilligt" sind; die Befreiung ist oder wird daher nicht unzulässig, wenn der bewilligte Bezug, etwa wegen anderweiter Beschäftigung des Berechtigten im Staatsdienste, ruht. Die Befreiung beginnt nicht vor dem Zeitpunkte der Antragstellung (E. 1047, A. N. 1903 S. 374). Sie erlischt, abgesehen von einem Wegfalle des Befreiungsgrundes, auch durch Zurücknahme des Antrags (anders unter dem J. u. A. V. G., Rev. E. 833, A. N. 1900 S. 698).

11. Da der Versicherungszwang grundsätzlich nicht, etwa wie in der Krankenversicherung, von einer Mindestdauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängt, ferner das einzelne Beschäftigungsverhältnis als solches ohne Rücksicht darauf erfaßt, ob der Beschäftigte im allgemeinen zur Klasse der Lohnarbeiter usw. gehört (Z. 1), überläßt es der § 4 Abs. 1 des Gesetzes dem Bundesrat, in der Billigkeit liegende Ausnahmen für solche Fälle vorzusehen, in denen die an sich versicherungspflichtigen Dienstleistungen sich als nur „vorübergehende" darstellen. Hierher gehören ferner die im § 6 Abs. 2 des Gesetzes besonders geregelten Verhältnisse, für die der Bundesrat laut der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. Dezember 1899 (A. N. 1900 S. 179) nähere Bestimmungen erlassen hat. Die auf Grund des § 4 Abs. 1 vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen sind enthalten in der

*Sonstige Erwerbsverhältnisse, vorübergehende Dienstleistungen.*

**Bekanntmachung, betr. die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht gemäß § 4 Abs. 1 J. V. G., vom 27. Dezember 1899** (A. N. 1900 S. 181).

I. Diese Bekanntmachung beläßt es, von wenigen Punkten (Fassungsänderung in Z. 1b, Wegfall der besonderen Vorschrift über Aufwarte- und ähnliche Dienste, neue Regelung der unter Z. 7 bezeichneten Fälle) abgesehen, bei dem früheren, in den Bundesratsbeschlüssen vom 22./24. Dezember 1891 (A. N. J. u. A. V. 1892 S. 9), 24. Januar 1893 (das. 1893 S. 46) und 31. Dezember 1894 (das. 1895 S. 33) niedergelegten Rechte.

II. Sie handelt von „vorübergehenden", d. h. solchen Dienstleistungen, die, einzeln betrachtet, nur verhältnismäßig kurze Zeit dauern oder deren Anlaß von vornherein auf ihre baldige Beendigung

hinweist. Daß derartige Arbeiten in stetiger Wiederholung vielleicht Jahre hindurch geleistet werden, ist mit dem Begriffe des Vorübergehenden wohl vereinbar.

III. Unter Z. 1 der Bekanntmachung werden zwei Fälle a und b behandelt, denen die Voraussetzung, daß die vorübergehenden Dienste von „Personen, die berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten", geleistet sein müssen, gemeinsam ist. Nur bei dem gleichzeitigen Vorliegen aller für den Fall a, oder aller für den Fall b gegebenen Merkmale tritt die Befreiung ein, während es bei dem Fehlen auch nur eines Merkmals bei der Regel der Versicherungspflicht verbleibt (Rev. E. 90, 365, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, 1894 S. 138).

Berufsmäßig wird Lohnarbeit verrichtet, wenn jemand damit, sei es daß er eine einzelne Tätigkeit, sei es daß er deren mehrere ausübt, seinen Lebensunterhalt überwiegend oder doch in solchem Umfang erwirbt, daß seine wirtschaftliche Stellung zu einem erheblichen Teile auf der Lohnarbeit beruht. Ob dies zutrifft, kann nur nach Lage des Falles beurteilt werden, insbesondere kann ein Beschäftigungsverhältnis ganz gleicher Art je nach den sonstigen Umständen des Beschäftigten die Annahme berufsmäßiger Lohnarbeit begründen oder nicht begründen (Rev. E. 364, 387, E. 970, 1007, 1008, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 137, 157, 1902 S. 394, 550, 551). Die Z. 1 des Bundesratsbeschlusses bezieht sich hiernach in erster Linie auf Personen, die zwar Lohnarbeit verrichten, jedoch vom Ertrag ihres Vermögens oder eines selbständigen Gewerbebetriebs leben oder, wie namentlich Ehefrauen, von anderen unterhalten werden. Die Grundsätze des Bundesratsbeschlusses lassen sich aber auch entsprechend anwenden, wenn Arbeiten an sich versicherungspflichtiger Art mit zwar ebenfalls gegen Entgelt verrichteten, aber mehr höheren, geistigen und deshalb nicht der Versicherungspflicht unterfallenden Tätigkeiten zusammentreffen (Besch. 21, Rev. E. 106, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 128, 1892 S. 22). Im übrigen ist auch eine nur gegen freien Unterhalt geleistete Arbeit Lohnarbeit im Sinne der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses (Rev. E. 90, a. a. O. 1892 S. 3). Dagegen ist unter Lohnarbeit nicht auch die Tätigkeit von Hausgewerbetreibenden zu verstehen, auch nicht, soweit die Versicherungspflicht auf einzelne hausgewerbliche Beschäftigungszweige ausgedehnt worden ist (Rev. E. 578, 618, A. N. 1897 S. 335, 591). Die Eigenschaft als berufsmäßiger Lohnarbeiter geht mit einer Einschränkung der bisher umfangreicheren Arbeitstätigkeit nicht ohne weiteres verloren (Rev. E. 766, A. N. 1899 S. 637).

IV. Neben dem Erfordernisse, daß der Beschäftigte nicht zu den berufsmäßigen Lohnarbeitern gehört, stellt die Z. 1 des Bundesratsbeschlusses unter a das weitere Merkmal auf, daß die Arbeit „nur gelegentlich, insbesondere zu gelegentlicher Aushilfe" geleistet wird. Damit sind zum Unterschiede von der Vorschrift zu b die mehr vereinzelten Fälle der Verrichtung von Lohnarbeit bezeichnet, auf deren Wiederholung aus Gründen, die in der Person des Arbeitenden oder in den äußeren Umständen liegen, nicht gerechnet werden kann.

V. Bei der Bestimmung unter b, also bei den in regelmäßiger Wiederkehr geleisteten Arbeiten, treten an die Stelle des eben besprochenen Merkmals die beiden anderen, daß die Arbeit nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt entrichtet wird. Ob eine Arbeit nur „nebenher" verrichtet wird, d. h. ob sie mit Rücksicht auf den Aufwand an Zeit und Arbeitskraft sowie das Entgelt, zusammengehalten mit den sonstigen Tätigkeiten und der Lebensstellung des Beschäftigten, nur von nebensächlicher wirtschaftlicher Bedeutung ist, kann nur nach Lage des Falles ermessen werden; dieselbe Arbeit wird bei einer Person versicherungspflichtig, bei einer anderen versicherungsfrei, ja selbst bei der nämlichen Person unter wechselnden Umständen verschieden zu beurteilen sein (Rev. E. 89, 364, 365, 387, 448, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, 1894 S. 137, 138, 157, 1895 S. 240).

Auch ob das Entgelt ein „geringfügiges" ist, „welches für die Dauer der Beschäftigung zum Lebensunterhalte nicht ausreicht und zu den für diese Zeit zu zahlenden Versicherungsbeiträgen nicht in entsprechendem Verhältnisse steht", läßt sich nur im Einzelfall unter Vergleichung mit den übrigen Einkünften des Beschäftigten, unter Berücksichtigung seiner Lebenshaltung bestimmen. Mehr einen gewissen Anhalt als eine feste Abgrenzung soll nach dem Besch. 4, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 54, der Umstand geben, ob das Entgelt ein Drittel des gemäß § 8 K. V. G. festgesetzten ortsüblichen Tagelohns übersteigt; bei besserer Lebenshaltung kann sehr wohl auch ein höherer Betrag als geringfügig gelten, bei ungünstigen Erwerbsverhältnissen auch ein kleinerer Verdienst nicht mehr geringfügig sein (s. unten die Entscheidungen 964 und 1008). Die neu eingefügten Worte „für die Dauer der Beschäftigung" und „für diese Zeit" erkennen die schon bei der Anwendung des Bundesratsbeschlusses vom 22./24. Dezember 1891 befolgte Auslegung, daß das Entgelt nicht mit dem Jahreseinkommen und mit dem Lebensbedarfe für das Jahr zu vergleichen sei, ausdrücklich als zutreffend an (Rev. E. 835, A. N. 1900 S. 700). Diese Worte

bedeuten aber anderseits nicht, daß genau mit der Stunden- oder Tagezahl gerechnet werden müsse, die die Lohnarbeit ausfüllt. Damit käme man zu dem nicht gewollten und unsachgemäßen Ergebnisse, daß nur bei minderwertigen oder aus anderen Gründen ausnahmsweise niedrig gelohnten Arbeiten Geringfügigkeit des Entgelts anzunehmen wäre. Vielmehr ist, wie auch sonst bei der Invalidenversicherung, die Woche als Einheit zu behandeln, also mindestens der Lebensbedarf für die ganze Woche mit dem im Laufe einer Woche verdienten Entgelte zu vergleichen (Rev. E. 924, A. N. 1901 S. 608). Unter Anwendung dieser Grundsätze ist die Versicherungspflicht gemäß Z. 1b verneint worden: bei einem gewerbsmäßigen Maulwurfsfänger, der in jeder dritten Nacht 4 Stunden auf Nachtwachdienst und täglich 10 Minuten auf Glockenläuten und Aufziehen der Gemeindeuhr verwendete und dafür jährlich 65 ℳ erhielt, Rev. E. 89, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, — bei einem Flurwächter und Gemeindediener, der für seine geringfügigen Dienste jährlich 56 ℳ bezog und in der Hauptsache von einer „Ausnahme" (Ausgedinge), früher von dem Ertrage seiner Ackerwirtschaft lebte, Rev. E. 387, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 157 Fall 2, — bei einem Hundezüchter und -händler, der für seine geringfügige dienstliche Tätigkeit als angestellter „Kleemeister" (Abdecker) nur 90 ℳ Gehalt, kleine Gebühren und die Nutzung von $^3/_4$ Morgen Land empfing, Rev. E. 480, A. N. 1896 S. 173, — bei einem Hausweber, der als solcher jährlich etwa 320 ℳ verdiente und an zwei Abenden monatlich gegen eine Vergütung von 2 bis 3 ℳ bei Tanzmusiken mitspielte, Rev. E. 618, A. N. 1897 S. 591, — bei einem selbständigen Handwerker (Schneider), der sonntäglich als Kirchenschweizer und Geldeinsammler bei den Gottesdiensten tätig war und damit jährlich etwa 120 ℳ verdiente, Rev. E. 924, A. N. 1901 S. 608, — bei einer Musikbeflissenen, die zwar jährlich etwa 400 ℳ durch Stundengeben erwarb, aber zugleich mehr für ihre eigene Ausbildung in der Musik aufwandte, E. 964, A. N. 1902 S. 388, — bei Industrie- (Handarbeits-) lehrerinnen, die wöchentlich in 6 Stunden Unterricht erteilten und dafür jährlich 60 bis 90 ℳ erhielten, E. 1092, A. N. 1903 S. 574. Dagegen wurde die Anwendbarkeit der Z. 1b verneint und demnach Versicherungspflicht angenommen: bei einem Heuerling, der neben seiner eigenen Wirtschaftsführung wöchentlich mindestens 1 Tag lang Lohnarbeit, sei es für den Heuerherrn, sei es für Dritte, Lohnarbeit verrichtet und damit jährlich beinahe 300 ℳ verdient hatte, Rev. E. 364, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 137 Fall 1, — ebenso bei einem anderen Heuerling, der jährlich in 32 Wochen an 40 Tagen landwirtschaftliche Lohnarbeiten leistete und ferner im Winter bei wechselnden Arbeitgebern als Hausschlächter tätig war, das. Fall 2, — bei einer Aufwartefrau mit zwei ständigen Stellen, die eine erhebliche Arbeitsdauer erforderten und jährlich 108 ℳ einbrachten, Rev. E. 365, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 138, — bei einem Feldhüter, dessen dienstliche Tätigkeit zwar nur 120 ℳ jährlich, d. h. weniger als $^1/_3$ des amtlich festgesetzten Tagelohns, einbrachte, aber mindestens die Hälfte jedes Arbeitstags in Anspruch nahm, und der sonst nur ein Leibgedinge von 50 ℳ und freier Wohnung bezog, Rev. E. 387, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 157 Fall 1 (nicht „nebenher"), — bei einem gut gestellten Manne, der das zeitraubende Amt als Kassierer einer Volksbank verwaltete und dafür ein Gehalt von 600 ℳ sowie Gewinnanteile im Jahresbetrage von ungefähr 200 ℳ bezog, während der amtlich festgesetzte Tagelohnsatz 2,20 ℳ betrug, Rev. E. 772, A. N. 1899 S. 649 (nicht „nebenher", kein „geringfügiges Entgelt"), — ähnlich bei einem Gastwirt und Kaufmann, der gegen eine Vergütung von 800 ℳ jährlich als Buchhalter und Geschäftsführer einer Molkereigenossenschaft tätig war, E. 852, A. N. 1900 S. 833, und bei dem 600 ℳ beziehenden Rendanten einer Fehngesellschaft, E. 966, A. N. 1902 S. 389 (kein „geringfügiges Entgelt"), — bei Ehefrauen von Gutsarbeitern, die vertragsmäßig insbesondere als Melkefrauen Gutsarbeit zu verrichten hatten und damit jährlich 110 ℳ verdienten, ein Betrag, der zwar das Drittel des amtlich festgesetzten Tagelohns (117 ℳ) nicht ganz erreichte, aber im Hinblick auf die Lebenshaltung nicht mehr als geringfügig gelten konnte, E. 1008, A. N. 1902 S. 551, — bei einem Buchbindermeister, der gegen eine Vergütung von mehr als einem Drittel des ortsüblichen Tagelohns bei einer Behörde als Aktenhefter tätig war, E. 1163, A. N. 1904, S. 526.

VI. Die Vorschriften unter Z. 2 bis 9 des Bundesratsbeschlusses geben weniger zu Zweifeln Anlaß. In der Z. 2 handelt es sich nicht um die Versicherungspflicht überhaupt, sondern nur darum, ob eine bereits infolge eines ständigen Lohnarbeitsverhältnisses versicherte Person auch in bezug auf andere, daneben verrichtete Arbeiten der Versicherungspflicht unterliegt oder lediglich bezüglich ihrer dauernden Hauptbeschäftigung zu versichern ist. Demgemäß ist die Freilassung hier nicht auch davon abhängig gemacht, daß das Entgelt ein geringfügiges ist, sondern nur davon, daß die außerhalb des ständigen Beschäftigungsverhältnisses liegenden Arbeiten in dem vorstehend erörterten Sinne „nebenher", gelegentlich oder regelmäßig verrichtet werden (Rev. E. 683a, A. N. 1898 S. 564 — Gemeindediener und

Flurhüter mit 320 *M* Jahresgehalt, der ferner 200 *M* durch eigene Landwirtschaft, 200 *M* durch Kundenweberei erwirbt und daneben einen kleinen fremden Rebgarten für eine Vergütung von 80 *M* bearbeitet; die Versicherungspflicht wurde bezüglich der letzteren Beschäftigung verneint).

Die Z. 4, betreffend die Dienstleistungen in Verpflegungsstationen oder ähnlichen Einrichtungen, greift nur Platz bei vorübergehendem Aufenthalt in derartigen Anstalten, nicht aber da, wo wie in den Arbeiterkolonien den Insassen dauernd Beschäftigung geboten wird, um sie an die Arbeit zu gewöhnen (Rev. E. 447, E. 1146, A. N. J. u. A. B. 1895 S. 239, 1904 S. 503, im übrigen s. unter Z. 18 zu e dieser Anleitung).

Die Vorschriften der Ziffern 2 bis 9 gelten auch für berufsmäßige Lohnarbeiter.

Unübertragbarkeit.

12. Das durch Lohnarbeit entstehende Versicherungsverhältnis knüpft sich unlösbar an die Person des Arbeitenden. Beispielsweise sind also, wenn ein Heuerling sich bei den übernommenen Arbeiten durch einen Angehörigen oder Knecht vertreten läßt, die entsprechenden Beitragsmarken nicht etwa für den Heuerling, sondern für die tatsächlich beschäftigte Person zu verwenden (zu vgl. auch der Fall der Rev. E. 759, A. N. 1899 S. 625).

Lohn oder Gehalt. Allgemeines. Lohnformen.

13. Abweichend von den Vorschriften der Unfallversicherungsgesetze beschränkt sich die Invalidenversicherung auf Personen, die gegen Entgelt tätig sind, sie verlangt eine Beschäftigung gegen „Lohn oder Gehalt". „Lohn", als der weitere Begriff, umfaßt jede Leistung von Vermögenswert, die als Arbeitsentgelt gewährt wird. Ob eine Vergütung als Gehalt oder als Lohn schlechtweg zu bezeichnen ist, macht keinen Unterschied. Unerheblich ist ferner der Gegenstand der Leistung, sofern sie nur Vermögenswert besitzt. Neben der Hingabe von Geld oder Naturalien kommt beispielsweise als Lohn in Betracht: Einkauf eines Bediensteten in eine Versorgungsanstalt, Befreiung von einer Geldschuld (Rev. E. 677, A. N. 1898 S. 397), Gewährung der Gelegenheit zu einem lohnenden Nebengewerbe (Rev. E. 71, 412, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 176, 1895 S. 108, Verleihung von Operngläsern und Verkauf von Theaterzetteln auf eigene Rechnung durch einen Logenschließer, Vertrieb von Zigarren und dgl. in derselben Weise durch einen Kellner, Lieferung von Grabpfählen und -steinen durch einen Begräbniskommissar).

Das Gesetz unterscheidet auch nicht nach der Form und dem Maßstabe des Lohnes. Grundsätzlich kann also versicherungspflichtige Arbeit vorliegen, gleichviel, ob der Lohn als Zeit-, namentlich Tagelohn, oder als Akkordlohn, Stücklohn bemessen ist oder in noch anderer Weise bestimmt wird. Beispiele: Drescherlohn in Gestalt des so und sovielten Scheffels vom Erdrusche (Rev. E. 74, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 178), Hirtenlohn nach der Stückzahl des geweideten Viehes (Rev. E. 117, a. a. O. 1892 S. 29), Provision vom Hundert des Betrags der zustande gebrachten Geschäftsabschlüsse (Rev. E. 293, a. a. O. 1893 S. 147), Steinbrechen gegen einen nach dem Gewichte der abgefahrenen Massen berechneten Betrag (Rev. E. 370, a. a. O. 1894 S. 144), Sammellohn nach der Menge der abgelieferten Kiefernzapfen (Rev. E. 563, A. N. 1897 S. 289), Heuernten gegen Ueberlassung von einem Drittel des geworbenen Heues (Rev. E. 564, A. N. 1897 S. 289), Fischerdienst gegen ein Drittel des Fangerlöses (Rev. E. 221, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 66). Zum Lohne gehören u. A. auch Reisespesen und Reisekosten, ferner Provisionen (E. 1003, A. N. 1902 S. 546) und Montagezulagen eines Monteurs (E. 1039, A. N. 1903 S. 364). Dagegen ist nicht zum Lohne zu rechnen der Teil der Vergütung, der z. B. den Postagenten für Beschaffung, Heizung, Beleuchtung eines Dienstraums gewährt wird und dafür erforderlich ist.

Mit dem Lohnbegriff ist es vereinbar, daß die gewährte Vergütung nicht allein das Entgelt für die Tätigkeit des Empfängers, sondern auch die Mittel zur Besoldung der von ihm beschafften Hilfskräfte und zur Bestreitung anderer Ausgaben enthält, daß also die Höhe des ihm Verbleibenden in gewissem Grade von der eigenen Entschließung und geschäftlichen Tüchtigkeit des Empfängers abhängt, z. B. bei einem Ziegler im Akkord, der die Hilfskräfte stellt (Rev. E. 124, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 35), bei einem mit der gleichen Maßgabe beschäftigten Winzer (Rev. E. 125 das. S. 36), oder Straßenbauakkordanten (Rev. E. 248, a. a. O. 1893 S. 94), bei einem Schiffsführer, der den Schiffsmann annimmt und die Abgaben bezahlt (Rev. E. 220, a. a. O. 1893 S. 65).

Tantieme und Naturalbezüge.

14. Von besonderen Arten des Lohnes handelt § 3 des Gesetzes. Tantieme bezeichnet im weiteren Sinne jeden Anteil am Arbeitsertrag, im engeren einen nach festem Satze zu berechnenden Anteil am Reingewinn eines Geschäftsbetriebs. In welcher Bedeutung § 3 des Gesetzes das Wort

nimmt, ist ohne sachlichen Belang, wenn man den Lohnbegriff weit genug faßt (zu vgl. Z. 13 und die Fälle der Rev. E. 221, 244, 532, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 66, 91, 1896 S. 428).

„Naturalbezüge" umfaßt alles, was als Gegenstand menschlichen Gebrauchs oder Verbrauchs verwendbar oder verwertbar ist, also nicht nur Wohnung, Kleidung, Nahrungsmittel, Feuerung und dgl., sondern auch z. B. Landnutzung, Viehfutter, Aussaat, Erlaubnis zur Einstellung von Schafen in die Herde des Dienstherrn, so daß sie an Futter und Weide teilnehmen, während die Nutzungen dem Schäfer zufallen (Rev. E. 296, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 150), Leistung von Spanndiensten, freie ärztliche Behandlung.

Die Vorschrift des § 3 Abs. 1 des Gesetzes bezieht sich nicht nur auf Naturalleistungen neben Geldlohn, sondern auch auf einen ausschließlich in Naturalbezügen bestehenden Lohn (Rev. E. 74, 166, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 178, 1892 S. 120).

Für Tantiemen und Naturalbezüge ist eine Wertfestsetzung (von Bedeutung für die Anwendung der §§ 1 Z. 2, 34 des Gesetzes) nach dem Durchschnitte seitens der unteren Verwaltungsbehörde vorgesehen. Diese Wertfestsetzung ist für das Rentenstreitverfahren bindend, nötigenfalls in dessen Verlaufe herbeizuführen (zu vgl. Rev. E. 676, A. N. 1898 S. 396), sie gilt jedoch nur für die wirkliche Versicherung, nicht für die vorgesetzliche Zeit (Fall des § 192 des Gesetzes, Rev. E. 45, 163, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 157, 1892 S. 118).

15. Der „freie Unterhalt" erfüllt an sich den Lohnbegriff. § 3 Abs. 2 des Gesetzes nimmt dem freien Unterhalte diese Eigenschaft nicht, begründet vielmehr nur eine Ausnahme hinsichtlich des Eintritts der Versicherungspflicht (zu vgl. die Rev. E. 90, 687, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, 1898 S. 627). Freier Unterhalt, insbesondere:

Freier Unterhalt ist dasjenige Maß von wirtschaftlichen Gütern, das zur unmittelbaren Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse des Arbeitnehmers erforderlich ist; hierzu gehören jedoch nicht nur Unterkunft, Beköstigung, Kleidung u. dgl., sondern auch mancherlei kleinere, je nach dem Alter, dem Geschlecht und den Lebensgewohnheiten verschiedene Leistungen, die auch bei geringen Ansprüchen an Behaglichkeit nicht wohl entbehrt werden können (zu vgl. die Rev. E. 75, 76, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 179, 180).

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

a. Grundsätzlich kommen nach der vorstehenden Begriffsbestimmung nur Naturalleistungen in Betracht. Wer nur Geldzahlungen empfängt, mögen sie auch den unbedingt zum Lebensunterhalt erforderlichen Betrag nicht übersteigen oder nicht einmal erreichen, fällt nicht unter § 3 Abs. 2 des Gesetzes (zu vgl. Besch. 5, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 54, Rev. E. 503, A. N. 1896 S. 271 — Kostgeld der Lehrlinge). Andernfalls würde man zu dem unhaltbaren Ergebnisse kommen, daß eine Arbeit schon deshalb von der Versicherung frei wäre, weil sie gering gelohnt wird. Die Geringfügigkeit der Zahlung kann indes die Eigenschaft als Arbeitsentgelt ausschließen. a. Naturals, nicht Geldlohn.

Der Umstand dagegen, daß der Arbeitgeber seinerseits bestimmte Geldaufwendungen macht, um sich die Naturalleistungen zu verschaffen, z. B. den Arbeitnehmer bei einem Dritten in Kost gibt oder einmietet, macht das Arbeitsentgelt nicht zu einem Geldlohne. Dies kann auch in der Weise vorkommen, daß der Dienstherr in jedem Bedarfsfalle dem Bediensteten selbst den zur Anschaffung des erforderlichen Gegenstandes (z. B. von Kleidungsstücken) notwendigen Geldbetrag gibt (zu vgl. Rev. E. 194, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 139). Ferner trifft die Vorschrift des § 3 Abs. 2 des Gesetzes im allgemeinen auch dann zu, wenn zwar ursprünglich Geldlohn verabredet war, dieser aber demnächst nicht gezahlt, sondern auf den tatsächlich gewährten Unterhalt verrechnet wird.

b. Neben dem vollständigen oder teilweisen Unterhalte gewährte unerhebliche Barlohnzahlungen (z. B. sogenanntes Taschengeld), die den Empfänger in den Stand setzen sollen, gewisse geringfügige Lebensbedürfnisse zu befriedigen, haben häufig, auch wenn sie nicht lediglich freigebige Zuwendungen und dann überhaupt nicht „Lohn" sind, keine selbständige rechtliche Bedeutung, nehmen vielmehr als nebensächliches Zubehör das Wesen der Hauptleistung, nämlich der Unterhaltsgewährung an (zu vgl. die Rev. E. 42, 126, 165, 503, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 155, 1892 S. 36, 120, 1896 S. 271). Ob dies zutrifft, läßt sich nicht allgemein, sondern nur nach Lage des einzelnen Falles unter Berücksichtigung der Lebensumstände der Beteiligten entscheiden. Derselbe Geldbetrag kann in einfachen Verhältnissen oder für einen Arbeiter der untersten Stufe von wesentlichem Werte, dagegen anderwärts im Vergleiche zu höheren Unterhaltskosten oder für Angehörige der besser gestellten Klassen nur ein Taschengeld sein (zu vgl. außer den bereits angeführten Entscheidungen Besch. 39 und die Rev. E. 43, 91, 244, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 153, 156, 1892 S. 4, 1893 S. 91). Auch ist nicht unwichtig, ob ein vereinbarter b. Nebensächliche Geldleistungen.

Betrag in festen Zeitabschnitten gezahlt, oder ob nur dem jeweiligen Bedarfe — für Tabak, Wirtshausbesuch, Festlichkeiten usw. — durch Geldgaben von wechselnder Höhe und ohne Abrechnung genügt wird.

Die Anwendung des § 3 Abs. 2 ist regelmäßig ausgeschlossen, wenn außer freiem Unterhalt ein Barlohn nicht vereinbart ist und auch nicht gewährt wird, wenn aber ein Anspruch auf baren Lohn besteht (Rev. E. 1171, A. N. 1904 S. 624). Ist ein Barlohn neben freiem Unterhalte versprochen, aber dauernd nicht gezahlt worden, so greift § 3 Abs. 2 Platz und die Versicherungspflicht ist zu verneinen, wenn aus den Umständen des Falles ein tatsächlicher, wenn auch vielleicht nach bürgerlichem Rechte nicht bindender Verzicht auf den Geldlohn zu folgern ist (Rev. E. 222, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 67). Anderseits hindert es den Eintritt der Versicherungspflicht nicht, daß ein Barlohn neben dem Unterhalt in der bewußten Absicht geleistet wird, die Versicherungspflicht herbeizuführen, sofern nicht etwa ein Scheingeschäft vorliegt (Rev. E. 758, A. N. 1899 S. 624).

Als Geldlohn neben freiem Unterhalte kommt nicht nur bar hingegebenes Geld in Betracht (zu vgl. Rev. E. 677, A. N. 1898 S. 397 — Aufrechnung des Geldlohns gegen eine Schuld des Arbeitnehmers).

c. Art und Maß der Naturalleistungen.

c. Damit § 3 Abs. 2 anwendbar wird, müssen die dargebotenen Naturalbezüge nach Art und Maß zur Bestreitung des Unterhalts geeignet und bestimmt sein. Eine Reihe von Naturalbezügen scheidet für den Abs. 2 des § 3 schon damit aus, daß sie nicht zur unmittelbaren Befriedigung der Lebensbedürfnisse dienen (Landnutzung, Weide, Gespannvorhaltung u. dgl.). Aber auch Lebensmittel usw. brauchen nicht unter den Begriff des Unterhalts zu fallen; dies tun sie vielmehr nur dann, wenn sie nach dem Umfang und der Art des jeweiligen Bedarfs unmittelbar zum Ver- oder Gebrauch, nicht aber nach vorbestimmtem Maße zu beliebiger Verfügung gegeben werden. Der Unterschied ist freilich ein flüssiger, nur für den einzelnen Fall nachweisbarer. Ein Beispiel für Naturallöhnungen, die nicht nach § 3 Abs. 2, sondern lediglich nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes zu beurteilen sind, bieten die versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse der Deputatempfänger, der Drescher um den Scheffel und anderer, namentlich landwirtschaftlicher Arbeiter (zu vgl. die Rev. E. 74, 166, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 178, 1892 S. 120).

Ferner liegt Gewährung nur des freien Unterhalts dann nicht mehr vor, wenn das Maß des persönlichen Bedarfs wesentlich überschritten wird, wenn also beispielsweise neben Wohnung, Kost, Kleidung usw. noch weitere Naturalien in erheblicher Menge dem Arbeitnehmer zur freien Verfügung überlassen werden, oder wenn der freie Unterhalt nicht nur für die Dienstdauer, sondern für erheblich größere Zeiträume, insbesondere lebenslänglich gewährt wird. Geringfügige Mehrleistungen (z. B. zeitweise Gewährung der Unterkunft auch für dritte Personen, Verwandte usw.) kommen hier ebensowenig in Anschlag, wie das Taschengeld nach den unter b erörterten Gesichtspunkten.

Was vom vollständigen freien Unterhalte gilt, trifft auch für einzelne dazu gehörige Leistungen zu, wie Wohnung, Beköstigung (zu vgl. Rev. E. 74 a. a. O.). Aber auch hierbei ist zu prüfen, ob nur der persönliche Bedarf gedeckt oder darüber hinaus eine Leistung von selbständigem Vermögenswerte verabreicht wird. Was besonders die Gewährung freier Wohnung betrifft, so reicht im allgemeinen ein Raum für das Wohnbedürfnis einer einzelnen Person aus. Durch die Ueberlassung mehrerer Räume an den Arbeitnehmer kann daher das Maß des freien Unterhalts überschritten werden. Dies ist jedoch nicht der Fall, soweit zugleich Familienangehörigen des Arbeitnehmers (dem Ehegatten, unerwachsenen Kindern), deren Erhaltung einen Teil und Ausfluß der Selbsterhaltungspflicht des Arbeitnehmers bildet, ein ihrem Wohnbedürfnis entsprechendes Unterkommen gewährt wird (E. 963a, A. N. 1902 S. 387). Demgemäß ist die Versicherungspflicht bejaht worden bei einer Pförtnerin, die nur für sich zu sorgen hatte, und der eine aus drei Zimmern und Küche bestehende Wohnung eingeräumt war (Rev. E. 75, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 179); bei einer alleinstehenden Hausreinigerin, der eine Wohnung von Stube und Küche überlassen war; bei einer Hausreinigerin, die mit ihrem Ehemann eine Stube und Küche bewohnte, und deren Ehemann durch eine Unfallrente in den Stand gesetzt war, für seinen notdürftigen Unterhalt selbst zu sorgen (E. 963a, A. N. 1902 S. 387). Dagegen ist die Versicherungspflicht einer verheirateten Pförtnerin, die zwei Räume innehatte, verneint worden (E. 963a a. a. O.). Die Aufrechnung eines Teiles des Mietzinses oder des ganzen Mietzinses gegen das in bestimmter Höhe festgesetzte Arbeitsentgelt schließt die Anwendung des § 3 Abs. 2 des Gesetzes nicht aus; eine verheiratete Hausreinigerin, die monatlich von der 14 M. betragenden Miete für Stube und Küche nur 4 M. zu zahlen hatte, während 10 M. für die Hausreinigung aufgerechnet wurden, ist daher nicht als versicherungspflichtig angesehen worden (E. 963b a. a. O.). Die Zahlung eines geringen Barbetrags neben Gewährung

einer den Bedarf des Arbeitnehmers nicht übersteigenden Wohnung ist nicht geeignet, die Versicherungspflicht zu begründen (E. 963c a. a. O.). Hinsichtlich freier Beköstigung ist in einem Falle, in dem eine Arbeiterin solche für sich und für ihre Kinder im Alter von 10 und 6 Jahren empfing, das Maß des freien Unterhalts für überschritten erachtet (E. 1166, A. N. 1904 S. 528).

Ueber die freiwillige Versicherung von Personen, die nur gegen freien Unterhalt beschäftigt sind, s. Z. 58, 59.

16. Ein Beschäftigtwerden gegen Lohn kann in der Weise vorkommen, daß das Arbeitsentgelt nicht von dem eigentlichen Arbeitgeber, sondern von Dritten, gewissermaßen für Rechnung des Arbeitgebers hergegeben wird, oder daß nicht der Arbeitnehmer, sondern eine dritte Mittelsperson die Vergütung von dem Arbeitgeber empfängt. *Löhnung durch Dritte oder an Dritte.*

Unter dem ersteren Gesichtspunkte sind die an Kellner und andere Bedienstete gegebenen Trinkgelder (s. auch Z. 17) sowie die Gebühren, auf die manche Arten von Angestellten anstatt fester Besoldung angewiesen zu werden pflegen, als „Lohn" im gesetzlichen Sinne anzusehen (zu vgl. Besch. 48, Rev. E. 117, 120, 159, 254, 276, 412, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 158, 1892 S. 29, 32, 114, 1893 S. 102, 128, 1895 S. 108). Unter den zweiten Gesichtspunkt gehören Fälle, wie der des Scharwerkers, der vom Instmanne zur Hofarbeit gestellt wird, während der Gutsherr den entsprechenden Lohn lediglich an den Instmann entrichtet (Besch. 14 und Rev. E. 223, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 124, 1893 S. 68), oder der einer Ehefrau, die durch den Dienstherrn ihres Ehemanns mit einem Teile der von diesem übernommenen Arbeiten ohne gesonderte Bezahlung beschäftigt wird (Rev. E. 411, 759, 1147, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 108, 1899 S. 625, 1904 S. 504), oder der von einem Kleinakkordanten angenommenen Hilfskräfte, deren Lohn in der dem Ersteren gewährten Gesamtvergütung mitenthalten ist (Rev. E. 124, 125, 248, 457, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 35, 36, 1893 S. 94, 1895 S. 249). Hierüber s. auch Z. 32.

17. Bei der Prüfung, ob eine Beschäftigung „gegen Lohn" vorliegt, ist wie auch sonst bei der Auslegung der Arbeiterversicherungsgesetze der Nachdruck weniger auf die hergebrachte Benennung als auf den wirklichen Tatbestand, weniger auf die rechtliche Erscheinungsform als auf den wirtschaftlichen Inhalt des Geschäfts zu legen. *Leistungen ohne Rechtszwang (Gratifikationen, Trinkgelder).*

Demgemäß ist weder erforderlich, daß ein klagbarer Anspruch auf das Entgelt bestehe, noch auch nur, daß im voraus die Absicht, gegen Entgelt zu arbeiten oder ein solches zu gewähren, erklärt worden sei, es genügt vielmehr, wenn tatsächlich eine Zuwendung erfolgt, die der Beschäftigte nach den Umständen des Falles als ein Entgelt für seine Tätigkeit ansehen kann (zu vgl. Besch. 25 — näheres Z. 18c —, Rev. E. 254, 503, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 137, 1893 S. 102, 1896 S. 271).

Zum Lohne gehören daher weiter auch sogenannte Weihnachtsgratifikationen und ähnliche Leistungen, die ohne Vertragszwang in gewisser Höhe ortsüblich gegeben zu werden pflegen (Rev. E. 482, A. N. 1896 S. 174), ferner Trinkgelder (auch von Dritten), auf die gerechnet werden konnte, und die bei der Vereinbarung der Lohnbedingungen, wenn auch nur stillschweigend, berücksichtigt worden sind (Rev. E. 120, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 32). Weihnachtsgratifikationen, die Lehrlinge in einer ein Drittel des ortsüblichen Tagelohns übersteigenden Höhe ohne Rechtsanspruch und sonstige Vergütung erhalten, haben die Eigenschaft des Lohnes, wenn auf ihren Empfang mit einer gewissen Sicherheit gerechnet werden kann (E. 884, A. N. 1901 S. 202). Ebenso können Beträge, die als „Aushilfe", „Gnadengehalt" u. dgl. bezeichnet werden, trotzdem u. U. sehr wohl „Lohn" im gesetzlichen Sinne sein, auch bleibt ein wirkliches Arbeitsentgelt selbst insoweit Lohn, als es aus besonderen Gründen, wie Dankbarkeit für langjährige Dienste, verhältnismäßig hoch bemessen ist. — S. auch Z. 15b.

18. Von den Fällen unter 17, in denen Freigebigkeit und ähnliche Rücksichten nur in rechtlich unerheblicher Weise mitwirken, sind solche Beziehungen wohl zu unterscheiden, die zwar äußerlich zur Leistung von Arbeiten auf den einen und zur Gewährung von Vermögenswerten auf der anderen Seite den Anlaß geben, aber doch eine wesentlich andere Grundlage haben als die Absicht des freien wirtschaftlichen Austauschs von Arbeit und Lohn. Derartige Lebensverhältnisse begründen die Versicherungspflicht nicht. Im einzelnen sind hier zu nennen: *Verhältnisse nicht geschäftlicher Art.*

a. Militärdienst. Nach § 5 Abs. 3 des Gesetzes unterliegen Personen des Soldatenstandes die dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden, der Versicherungspflicht nicht. Bei außerdienstlicher Beschäftigung gegen Lohn tritt die Versicherungspflicht grundsätzlich wieder ein (Besch. 13, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 124 — Soldaten, die in der Ernte Aushilfe leisten, Militärmusiker, die für Private gegen Entgelt spielen). *a. Militärdienst.*

b. Ehe.

b. Ehe. Zwischen Ehegatten kann ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis wegen der sittlichen Grundlagen ihrer allgemeinen Lebensgemeinschaft nicht bestehen (Rev. E. 380, 411, 561, E. 1087, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 152, 1895 S. 108, 1897 S. 287, 1903 S. 571). Zu vgl. aber auch Z. 32.

c. Verwandtschaft.

c. Verwandtschaft. Sie hindert an sich das Zustandekommen eines eigentlichen Lohnarbeitsverhältnisses nicht. Jedoch bedarf es in jedem einzelnen Falle der Prüfung, ob die Arbeit und der vorgebliche Lohn in der Tat in dem Verhältnisse von Leistung und Gegenleistung zu einander stehen, oder ob nicht vielmehr nur ein familienhaftes Gemeinschaftsleben, eine unverbindliche Hilfeleistung unter wirtschaftlich und sozial Gleichgestellten aus sittlichen oder Anstandsrücksichten, eine auf der Unterhaltungspflicht beruhende Darreichung der Lebensnotdurft vorliegt; in Betracht kommt insbesondere, daß nach § 1617 B. G. B. das Kind, solange es dem elterlichen Hausstand angehört und von den Eltern erzogen oder unterhalten wird, verpflichtet ist, in einer seinen Kräften entsprechenden Weise den Eltern in ihrem Hauswesen und Geschäfte Dienste zu leisten. Die bezeichnete Frage, von deren Beantwortung — von der häufig schwierigen Beweiswürdigung und der Anwendbarkeit des § 3 Abs. 2 des Gesetzes abgesehen — das Schicksal zahlreicher Ansprüche solcher Personen abhängt, die bei ihren Kindern im Altenteil (als Altsitzer, Laichsitzer, Attgebinger, Auszügler, Austrägler usw.) oder im Hause der Eltern oder sonstigen Verwandten leben, kann naturgemäß nur nach Lage der jeweiligen Umstände zutreffend entschieden werden, wobei u. a. erheblich wird, ob der angebliche Arbeitnehmer eine verwertbare Arbeitskraft besitzt, anderweit Lohnarbeiten bei Fremden ausgeführt hat, insbesondere etwa zu den Berufsarbeitern zählt, ob der angebliche Dienstherr einer gelohnten Hilfskraft bedurfte, auch sonst eine solche zu halten pflegte, ob eine bestimmte Vergütung vereinbart ist und regelmäßig gewährt wird, ob sie den Leistungen angemessen ist, ob nicht nur nach Befinden und Belieben, sondern mit einer gewissen Ständigkeit bestimmte Arbeiten verrichtet worden sind usw. (zu vgl. die Rev. E. 43, 244, 326, 636, 758 und die E. 1204, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 156, 1893 S. 91, 1894 S. 37, 1898 S. 269, 1899 S. 624, 1905 S. 435). Ueber die freiwillige Versicherung solcher Personen s. Z. 59.

d. Unfreiheit.

d. Unfreiheit. Das Gesetz gilt nur für freie Arbeiter; Strafgefangene, Insassen von Arbeitshäusern und Besserungsanstalten werden zwar auch beschäftigt und erhalten Geld oder Geldeswert; dem liegt aber kein freier wirtschaftlicher Austausch von Arbeit und Lohn, vielmehr ein, wenn auch nicht immer unmittelbarer, obrigkeitlicher Zwang zugrunde (zu vgl. Rev. E. 263, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 111). Ueber die Weiterversicherung der Strafgefangenen s. Z. 59.

Dies gilt an sich auch für jugendliche Personen, die durch den Strafrichter oder die Vormundschaftsbehörde der öffentlichen Zwangs- (Fürsorge-) erziehung überwiesen worden sind; sie werden jedoch versicherungspflichtig, wenn sie unter Fortdauer der Zwangserziehung außerhalb der Anstalt in ein im übrigen den Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes entsprechendes Beschäftigungsverhältnis, z. B. als Lehrling oder Knecht, eintreten (Besch. 739, A. N. 1899 S. 532).

e. Freigebigkeit usw.

e. Freigebigkeit, Wohltätigkeit. Reine Schenkungen sind kein Lohn, die etwa den Anlaß dazu bietende Tätigkeit des Beschenkten ist keine Lohnarbeit (Rev. E. 503, A. N. 1896 S. 271).

Anstalten, die der öffentlichen oder privaten Armenpflege dienen, wie Verpflegungsstationen, Armenhäuser, ferner Idioten-, Blinden-, Irrenanstalten usw. stehen zwar den Arbeitshäusern nicht gleich, so daß die in ihnen Beschäftigten an sich versicherungspflichtig sein können (E. 846, A. N. 1900 S. 829 — Bezirkspfleglinge einer Pflegeanstalt in Elsaß-Lothringen, E. 965, A. N. 1902 S. 388 — in einem städtischen Blindenasyle beschäftigte blinde Personen). Wohl aber kann ungeachtet der von den Insassen solcher Anstalten geleisteten Arbeiten der Gedanke der einseitigen Fürsorge nach Lage der Umstände so sehr in den Vordergrund treten, daß nur ein Unterstützungsverhältnis als vorliegend anzusehen ist (zu vgl. die Rev. E. 310, 311, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 164, 165). Bezüglich der sogenannten Arbeiterkolonien ist zu beachten, daß sie gerade bezwecken, den Aufgenommenen das Bewußtsein eines ehrlich erworbenen Arbeitsverdienstes zurückzugeben. Mag daher auch der für die Anstaltsarbeit gutgeschriebene Betrag als „Gabe der Barmherzigkeit“ oder ähnlich bezeichnet und ein Rechtsanspruch darauf nicht zugestanden werden, so bleibt er doch regelmäßig Lohn im Sinne des Gesetzes und begründet, soweit nicht § 3 Abs. 2 des Gesetzes zutrifft, die Versicherungspflicht (zu vgl. Besch. 25, Rev. E. 447, E. 1033, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 137, 1895 S. 239, 1903 S. 358). Die Sache liegt ähnlich bezüglich der von einer Armenverwaltung mit sogenannten Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter (E. 1146, A. N. 1904 S. 503).

f. Ausübung religiöser und ähnlicher Pflichten. Ein gänzliches Zurücktreten der Beziehung auf eine als Lohn zu bezeichnende Gegenleistung kommt auch bei der Krankenpflege und anderen gemeinnützigen Tätigkeiten vor, insbesondere soweit sie von Mitgliedern religiöser Verbände ausgehen (Diakonissen, Schulschwestern, Gemeindepflegerinnen, zu vgl. Besch. 39, E. 1205, A. N. J. u. A. V. 1891 (S. 153, 1905 S. 436). Jedoch bedarf es stets genauerer Feststellung, ob in der Tat ausschließlich eine uneigennützige, namentlich auf religiöser Grundlage beruhende Betätigung der Nächstenliebe vorliegt, oder die Uebernahme einer Arbeit im Hinblick auf den dadurch gesicherten Lebensunterhalt, womit das Obwalten sittlicher und religiöser Beweggründe auf seiten des Auftraggebers oder der Pflegerin sehr wohl vereinbar ist (zu vgl. Rev. E. 635, A. N. 1898 S. 268). Im ersteren Falle werden sich die Bezüge der beschäftigten Person regelmäßig innerhalb der Grenzen des freien Unterhalts bewegen, so daß die Versicherungspflicht schon nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes ausgeschlossen ist (Besch. 39, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 153).

f. Ausübung sittlicher Pflichten.

g. Ehrenamt. Für Verbände mancher Art, namentlich solche öffentlichen Rechtes, besteht verfassungsmäßig die Pflicht jedes Mitglieds, nach gewisser Reihenfolge Verwaltungsgeschäfte zu übernehmen, für die wegen des unvermeidlichen Aufwandes an Zeit, Mühe und kleinen Ausgaben eine entsprechende mäßige Entschädigung ausgeworfen ist. Es hängt von den Umständen des einzelnen Falles ab, wie mit Rücksicht auf die zugrunde liegende Rechtspflicht bei dem Inhaber eines solchen Ehrenamts die Versicherungspflicht zu beurteilen ist; dabei wird die Höhe der gezahlten Entschädigung und ihr Verhältnis zu den dem Empfänger erwachsenen Unkosten von wesentlicher Bedeutung sein.

g. Ehrenamt.

19. Arbeiter im engeren Sinne — an manchen Stellen des Gesetzes, z. B. §§ 30, 46, wird der Ausdruck Arbeits- oder Dienstverhältnis auch derart gebraucht, daß damit alle Beschäftigungsverhältnisse gemeint sind, die unter § 1 fallen — sind Personen, die als lediglich ausführende Hilfskräfte hauptsächlich ihre körperliche Arbeitskraft einem andern zur Verfügung stellen. Im einzelnen Falle kann dabei die Arbeitsleistung nicht unerhebliche Kenntnisse und selbst geistige Tätigkeit erfordern, z. B. bei Druckern, Präzisionsmechanikern u. dgl. (Rev. E. 243, 481, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 90, 1896 S. 174). Als Arbeit müssen anderseits auch Leistungen einfachster Art, wie z. B. die eines Modellstehers (Rev. E. 67, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 172) oder eines Almoseneinsammlers für fremde Rechnung, des Begleiters eines Drehorgelspielers (Rev. E. 638, A. N. 1898 S. 270) anerkannt werden.

Der Begriff des Gehilfen ist nicht nur in dem Sinne des Gewerbegehilfen (z. B. Kellner, Kontrolleur eines Vergnügungslokals, Bademeister, Maurerpolier), sondern in der weiteren Bedeutung eines Arbeitsgehilfen im allgemeinen zu verstehen, er umfaßt alle Hilfspersonen eines Arbeitgebers, deren Tätigkeit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht derjenigen des Arbeiters, Gesellen oder Dienstboten im wesentlichen gleichwertig ist. Für die Abgrenzung dieses Personenkreises nach oben kommt gegenüber dem bisherigen Rechtszustand in Betracht, daß der Gesetzgeber für zahlreiche Bedienstete mittlerer Stufe eine besondere Klasse Versicherter, die der „Angestellten“, geschaffen hat (s. Z. 23).

Die einzelnen Klassen Versicherungspflichtiger, insbesondere hinsichtlich der Art ihrer Tätigkeit. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten.

Der Versicherungspflicht als Gehilfen unterliegen hiernach zunächst — vorbehaltlich Z. 9 und 10 — die bei Reichs-, Staats-, Gemeinde- und sonstigen Behörden oder in bureaumäßig gestalteten Geschäftsbetrieben — der Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Gerichtsvollzieher, Auktionatoren, Berufsgenossenschaften usw. — tätigen niederen Bediensteten, also z. B. Schreiber, Kanzlisten, Kassenboten, Kanzleidiener, Polizeidiener, Gefangenaufseher (Rev. E. 62, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 168), Gemeindediener (Rev. E. 239, a. a. O. 1893 S. 86), Nachtwächter (Rev. E. 89, 715 bis 717, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, 1899 S. 430 ff.), Flur- und Feldhüter (Rev. E. 90, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3), Feuerwehrleute, Meß- und Marktwächter u. dgl. mehr. Indessen ist die Anwendung des Gehilfenbegriffs nicht auf das Gebiet der unteren Beamtenschaft im öffentlichen oder privaten Dienste beschränkt. Beispielsweise sind ferner Gehilfen: die niederen Kirchenbediensteten (Kirchendiener, Kirchenschweizer, Läuter, Kalkanten, Balgentreter), Reporter, Zeitungsberichterstatter niederen Ranges, d. h. solche, die lediglich allerhand Nachrichten für Anzeige- u. dgl. Blätter sammeln, ohne daß dabei selbständige geistige Leistungen in Frage kämen (Rev. E. 481, A. N. 1896 S. 174), Logenschließer eines Theaters (Rev. E. 71, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 176), ferner, soweit sie nicht selbständige Gewerbetreibende sind, die Kochfrauen (Rev. E. 327, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 38), die Kranken- und Wochenpflegerinnen (Rev. E. 635, 763, A. N. 1898 S. 268, 1899 S. 629), die bei Schaustellungen oder Musikaufführungen ohne höheres Kunstinteresse Mitwirkenden (Rev. E. 149, 385, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 80, 1894 S. 155, zu vgl. Z. 25).

Wesentlich ist aber, daß die Selbständigkeit fehlt, daß nur Hilfe unter fremder Leitung geleistet wird. Danach gehören, von der Abgrenzung gegenüber den selbständigen Gewerbetreibenden vorerst abgesehen, nicht zu den Gehilfen solche Personen, denen durch Rechtsvorschrift ein bestimmter Wirkungskreis zugewiesen ist, innerhalb dessen sie in der Hauptsache nach eigenem Ermessen und auf eigene Verantwortung zu handeln haben, also beispielsweise Eichamtsvorsteher oder Eichmeister (Rev. E. 152, 551, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 83, 1897 S. 271), Verwalter der im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Mecklenburg für die Ausstellung von Quittungskarten usw. errichteten Amtsstellen (Rev. E. 771, A. N. 1899 S. 648), Postagenten (E. 933, A. N. 1901 S. 630), Kontrollbeamte der Versicherungsanstalten mit besonderem Dienstbezirk und Amtssitze (Rev. E. 958, A. N. 1902 S. 288). Darüber, inwieweit die Anwendung des Gehilfenbegriffs bei Beschäftigungen höherer, mehr geistiger, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art ausgeschlossen ist, s. Z. 25.

Gesellen sind die in einem Handwerksbetrieb in abhängiger Stellung beschäftigten, fachmäßig vorgebildeten Personen.

Ob ein Versicherter Lehrling ist, hat unter Umständen insofern Wichtigkeit, als § 8 R. V. G. für Lehrlinge schlechthin den für „junge Leute" (von 14 bis 16 Jahren) festgesetzten Durchschnittstagelohn maßgebend sein läßt, der letztere aber die Lohnklasse und weiterhin die Höhe der Rente beeinflußt (§§ 34, 36, 37 des Gesetzes, zu vgl. Besch. 20, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 128). Der Lehrlingsbegriff ist nur im Gebiete des Gewerbes, einschließlich des Handelsgewerbes, sowie etwa noch der Landwirtschaft anwendbar. Hier wird als Lehrling bezeichnet jemand, der zum Zwecke seiner Fachausbildung in ein Arbeitsverhältnis getreten ist. Wer sich also beispielsweise im niederen Bureaudienst ausbildet, ist nicht Lehrling im gesetzlichen Sinne.

Zu den Dienstboten im Sinne des Gesetzes gehören die gegen Kost und Lohn oder auch nur gegen Lohn zu niederen häuslichen Diensten angenommenen Personen, sowie die in der Landwirtschaft des Dienstherrn beschäftigten, in seinem Hausstande lebenden Arbeiter (Haus- und Wirtschaftsgesinde). Hilfspersonen im Haushalte mit einer den Dienstboten übergeordneten Stellung fallen im allgemeinen unter den Begriff der Angestellten (zu vgl. Z. 23).

Bei den unter Z. 1 des § 1 des Gesetzes fallenden Personen ist die Höhe des Arbeitsverdienstes grundsätzlich ohne Belang. Jedoch kommt in Zweifelsfällen auch die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes als Merkmal dafür in Betracht, ob jemand zu einer der unter Z. 1 oder der unter Z. 2 des § 1 des Gesetzes aufgeführten Personenklassen zu zählen ist, so daß u. U. bei einem 2000 *M* übersteigenden Arbeitsverdienste vermöge Anwendung der Z. 2 die Versicherungspflicht entfällt.

Ein weiteres gemeinsames Erfordernis ist, daß die in Z. 1 bezeichneten Personen als Arbeiter usw. „beschäftigt" sein müssen (s. auch die §§ 30, 140 des Gesetzes). Darin liegt u. a., daß sie tatsächlich Arbeit leisten, nicht nur auf Ansuchen solche leisten müßten. Demgemäß ist die zur Hofarbeit verpflichtete Ehefrau eines Gutsarbeiters nur für die Wochen, in denen sie zur Arbeit kommt, zu versichern (Rev. E. 109, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 23), ebenso erstreckt sich die Versicherungspflicht eines im Jahreslohne stehenden, aber nur in den Sommermonaten beschäftigten Hirten lediglich auf die Zeit der tatsächlichen Arbeitsleistung (E. 936, A. N. 1901 S. 633). Jedoch steht eine ständige Dienstbereitschaft, die auch für die Pausen Unfreiheit mit sich bringt, der wirklichen Arbeit gleich, so daß z. B. ein Dienstbote oder auch ein Wäger, der täglich während gewisser Stunden an der Börse anwesend sein muß, auch während derjenigen Wochen der Versicherung unterliegen, in denen sie nicht eigentlich arbeiten (Rev. E. 773, A. N. 1899 S. 651).

Betriebsbeamte. 20 Der Begriff des Betriebsbeamten erfordert das Vorhandensein eines Betriebs und eine gewisse Stellung innerhalb dieses Betriebs.

Ein Betrieb ist ein Inbegriff fortdauernder wirtschaftlicher Tätigkeiten; unter wirtschaftlichen sind dabei die auf Erwerb, d. h. die Erzeugung von Gütern gerichteten Tätigkeiten zu verstehen (Rev. E. 63, 100, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 169, 1892 S. 15). Der Verwendungszweck des erzielten Gewinns ist grundsätzlich ohne Belang (Rev. E. 193, a. a. O. 1892 S. 139 — ein Drittel des Ueberschusses kam gemeinnützigen Aufgaben zugute), auch schließt die Gemeinnützigkeit des Unternehmens den Betriebsbegriff nicht aus (E. 966, A. N. 1902 S. 389). Der Stellung des Betriebsbeamten im Betrieb ist eigentümlich ein Zurücktreten der persönlichen Mitwirkung bei den Herstellungs- und Gewinnungsvorgängen, eine gewisse Beteiligung bei der Leitung, eine Aufsichtsstellung gegenüber den nur ausführenden Arbeitern, Gesellen und Gehilfen; ein Betriebsbeamter ist demnach eine in dem Betriebe mit einer über die Tätigkeit des Arbeiters oder Gehilfen hinausgehenden, leitenden oder beaufsichtigenden Stellung

betraute Person (Rev. E. 104, 193, 326, 582, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 20, 139, 1894 S. 37, 1897 S. 352, zu vgl. § 133a der Gewerbeordnung).

Gegenüber der Unfallversicherung ergibt sich eine erweiterte Anwendung dieses Begriffs von selbst dadurch, daß die Invalidenversicherung über den Bereich der auf Erzeugung, Be- und Verarbeitung, Bewegung oder Erhaltung körperlicher Gegenstände gerichteten Unternehmungen hinaus sich auch auf nicht technische Berufszweige erstreckt. Demgemäß sind als Betriebe beispielsweise angesehen worden die Geschäfte eines Rechtsanwaltsbureaus (Rev. E. 100, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 15), einer Privatsparkasse (Rev. E. 139 das. S. 193), von eingetragenen Genossenschaften, insbesondere soweit sie als Vorschußvereine, Darlehnskassen, Volksbanken dem Geld- und Kreditverkehre gewidmet sind (Rev. E. 772, A. N. 1899 S. 649).

Dagegen bilden die Geschäfte eines Einzelhaushalts keinen Betrieb, auch nicht die Bewirtschaftung eines Haus- oder Ziergartens (Rev. E. 530, A. N. 1896 S. 397). Wohl aber kann die Wirtschaftsführung eines Pensionats und ähnlicher Anstalten den Betriebsbegriff erfüllen (zu vgl. Rev. E. 634, A. N. 1898 S. 267). Dasselbe gilt, wenn mit der Hauswirtschaft ein gewerbliches Unternehmen — Landwirtschaft — verbunden ist (Rev. E. 106, 383, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 22, 1894 S. 154, zu vgl. auch Rek. E. 1643, A. N. 1897 S. 462).

Um wirtschaftliche Tätigkeiten handelt es sich nicht bei der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse. Demgemäß sind die lediglich bei den sogenannten regiminellen Aufgaben der Kommunalverwaltung beschäftigten Personen nicht Betriebsbeamte (Rev. E. 63, 104, 152, 241, 551, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 169, 1892 S. 20, 83, 1893 S. 88, 1897 S. 271), und zwar auch dann nicht, wenn sich ihrer eigentlichen Amtsverwaltung als deren untrennbares Zubehör eine wirtschaftliche Tätigkeit, z. B. auf dem Gebiete der Land- oder Forstwirtschaft oder des Bauwesens, hinzugesellt (Rev. E. 240, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 87).

Soweit aber der Staat oder die Kommunalverbände Träger eines besonderen auf Erwerb gerichteten Unternehmens sind, wie bei staatlichen Fabriken, Berg- und Hüttenwerken, einem Gemeindeschlachthaus, einer städtischen Brauerei, Gasanstalt, bei Gemeindeforsten usw., ist auch ein Betrieb im Sinne des Gesetzes gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt ist u. a. der Rendant, Kontrolleur oder Rechnungsführer einer städtischen Sparkasse als Betriebsbeamter anzusehen (Rev. E. 150, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 81). Aehnlich liegt der Fall der Rev. E. 325 (A. N. J. u. A. V. 1894 S. 37 — Distriktsbautechniker).

Ein Betrieb kommt ferner nicht in Frage bei den Verwaltungen der durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Verbände, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen. Der Begriff des „Geschäftsbetriebs" in § 1 Z. 2a K. V. G. deckt sich nicht mit dem des Betriebs nach dem J. V. G.

Hinsichtlich der Frage, ob die für den Betriebsbeamtenbegriff wesentliche Stellung innerhalb des Betriebs gegeben sei, ist zu verweisen auf die Rev. E. 326 (A. N. J. u. A. V. 1894 S. 37 — Verwalter eines Landguts), 531 (A. N. 1896 S. 427 — Leiter einer zu einem Bergbaubetriebe gehörigen Bergkapelle), 582 (A. N. 1897 S. 352 — Kolorist einer Kattunfabrik, der Aufsichtsbefugnisse gegenüber dem Farbkochmeister und dessen nicht unbedeutenden Personal, sowie auch anderen Arbeitern ausübt), 676 (A. N. 1898 S. 396 — Privatförster), 772 (A. N. 1899 S. 649 — Kassierer- und Vorstandsmitglied einer Volksbank), die E. 966 (A. N. 1902 S. 389 — Rendant einer Landeskulturzwecken dienenden sogenannten Fehngesellschaft) und die E. 1003 A. N. 1902 S. 546 — Inspektor einer Versicherungsgesellschaft); anderseits auf die R. E. 529 (A. N. 1896 S. 397 — Gutsschmied, der meist allein arbeitet und keine leitende Stellung bekleidet, nicht Betriebsbeamter, sondern Gehilfe), die E. 933 (A. N. 1901 S. 630 — Postagenten nicht Betriebsbeamte, sondern Angestellte), E. 970 (A. N. 1902 S. 394 — Forstgeldunterelnnehmer) und E. 1209 (A. N. 1905 S. 439 — Oberschweizer nicht Betriebsbeamte sondern Facharbeiter). Hinsichtlich der Betriebsleiter mit selbständiger Verantwortlichkeit s. Z. 25.

21. Unter „Werkmeister und Techniker" sind dieselben Personenkreise zu verstehen, wie nach der vorbildlichen Bestimmung des § 2b K. V. G. in der Fassung des Reichsgesetzes vom 10. April 1892 (R. G. B. S. 379, — zu vgl. auch die Ueberschrift zu Titel VII und § 133a der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 — R. G. B. S. 261, sowie § 2 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 — R. G. B. S. 141). Eine Erweiterung der Versicherungspflicht liegt darin nur bezüglich derjenigen Werkmeister und Techniker, die bisher weder als Betriebsbeamte noch als Gehilfen angesehen werden konnten. Zugleich ist mit der neuen Gesetzes- Werkmeister u. Techniker.

fassung, im wesentlichen im Sinne des Bescheids 603 (A. N. 1897 S. 418) klargestellt, daß die Versicherungspflicht namentlich der Techniker künftig nur noch von dem Betrag ihres Jahresarbeitsverdienstes, nicht aber von der schwierigen Unterscheidung abhängt, ob die Art ihrer Tätigkeit und ihre Lebensstellung eine geringere oder höhere ist. Insbesondere ist hierbei nach einer in dem Berichte der Reichstagskommission (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 10. Legislatur-Periode I. Session 1898/1900 dritter Anlageband S. 1705) niedergelegten Erläuterung anzunehmen, daß ein Unterschied zwischen Technikern mit und ohne Hochschulbildung oder zwischen solchen, die eine bestimmte Prüfung — Diplomprüfung, Prüfung zur Erlangung der Würde als Doktor oder Doktor-Ingenieur — abgelegt haben, und den übrigen nicht zu machen ist. Mit dieser Maßgabe gehören zu den Technikern beispielsweise Zeichner, namentlich Bauzeichner, Architekten in Baubetrieben, Ingenieure, Konstrukteure, Elektriker, Chemiker usw.

Unbedenklich ist dabei mit Rücksicht auf die Einreihung der Techniker zwischen Betriebsbeamte, Werkmeister und sonstige Angestellte, sowie mit Rücksicht auf das in den Worten „sofern sie Lohn oder Gehalt beziehen" liegende Erforderniß, daß nur die in abhängiger Stellung beschäftigten Techniker versicherungspflichtig sein sollen, nicht auch solche, die als selbständige Gewerbetreibende für einen nicht geschlossenen Kreis von Auftraggebern je nach Angebot und freiem Ermessen tätig sind.

Der allgemeinen Auffassung entspricht es, in dem Werkmeister eine Mittelstufe zwischen den Betriebsbeamten und dem Gewerbegehilfen (Vorarbeiter, Arbeiter) zu erblicken, in der die betriebsleitende und die auf körperlicher Mitwirkung beruhende Tätigkeit ungefähr von gleicher Bedeutung sind. Dahin gehören z. B. die in größeren Herrengarderobegeschäften tätigen Zuschneider (E. 851, A. N. 1900 S. 832) und die mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestatteten Monteure größerer Bauunternehmungen (E. 1039, A. N. 1903 S. 364). Als Techniker sind angesehen worden die Assistenten einer Privatanstalt für chemische Untersuchungen (E. 934, A. N. 1901 S. 632) und ein Zahntechniker, dessen Tätigkeit in der Anfertigung künstlicher Gebisse und in der Vornahme operativer Behandlungen bestand (E. 1168, A. N. 1904 S. 530).

Handlungsgehilfen u. Lehrlinge.

22. **Handlungsgehilfen** sind nach § 59 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 (R. G. B. S. 219) Personen, die „in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste angestellt" sind. Zu den Handlungsgehilfen gehören hiernach weder die in gesindeähnlichen Stellung beschäftigten Hilfspersonen, wie Hausdiener, Ausläufer, Wächter, noch auch die bei den gewerblich-technischen Aufgaben eines Betriebs mitwirkenden Arbeitskräfte, wie Gesellen, Fabrikarbeiter, Packer, Rollkutscher, Koch oder Kellner eines Gastwirts, Zuschneider, wohl aber z. B. Verkäufer, Kassierer, Reisende, Korrespondenten, Buchhalter (zu vgl. auch Rev. E. 297, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 151 — Expeditionsgehilfe einer Zeitung). Was als „Handelsgewerbe" anzusehen sei, wird sich künftig nach den gegenüber dem bisherigen Rechtszustand erheblich weitergreifenden Vorschriften der §§ 1 bis 3 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 bestimmen. Als Handlungsgehilfe, nicht etwa Angestellter, ist der Geschäftsführer und Buchhalter einer Molkereigenossenschaft behandelt worden, der im Hauptberufe Gastwirt und selbständiger Kaufmann war (E. 852, A. N. 1900 S. 833).

Ueber „Lehrlinge" s. Z. 19. Ausgenommen sind die in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge.

Sonstige Angestellte.

23. Die Klasse „**sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet**", ist nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes hinzugefügt worden, um Ungleichheiten zu beseitigen, die dadurch erwuchsen, daß Personen in zwar abhängiger, aber doch die der eigentlichen Arbeiter usw. überragender Stellung versicherungsrechtlich verschieden beurteilt werden mußten, je nachdem, ob sie einem „Betrieb" in dem unter Z. 20 erörterten Sinne angehörten oder nicht; der Grund hiervon lag wesentlich darin, daß für den Begriff des Betriebs das Merkmal der Richtung auf den Erwerb aufzustellen war. Auch der auf das Wort „Betrieb" zurückweisende Zusatz „sonstige" zu „Angestellte" zeigt, daß die Gesetzesänderung hauptsächlich solche Personen treffen sollte, die innerhalb eines nicht unter die Bezeichnung „Betrieb" fallenden, aber ähnlichgearteten Inbegriffs von Geschäften eine von dessen Leitung abhängige und durch sie näher bestimmte Stellung einnehmen, gleichwohl nach der Art ihrer Tätigkeit nicht mehr zur Klasse der niederen, lediglich ausführenden Hilfsarbeiter gezählt werden können. Das hindert aber nicht, den Begriff „sonstige Angestellte" auch auf Personen anzuwenden, die in einem auf Erwerb gerichteten Betriebe tätig sind (E. 1090, A. N. 1903 S. 573). Sonach gehören hierher hauptsächlich die Beamten mittlerer Stufe in öffentlichen oder privaten Verwaltungen und Geschäftsbetrieben jeder Art, sowie im Haushalt, also in ersterer Beziehung das eigentliche Bureaupersonal (Expedienten,

Registratoren, Kalkulatoren), die Gemeindeschreiber (Rev. E. 985, A. N. 1902 S. 481 — Ratschreiber in Baden, E. 1005, A. N. 1902 S. 547 — Stadt- und Marktschreiber in Bayern), die Gemeinderechner, Kirchenrechner, Küster (E. 853, A. N. 1900 S. 833), Kassenbeamten, Erheber, Fleischbeschauer in einem städtischen Fleischschauamte, die Postagenten (E. 933, A. N. 1901 S. 630), die Sekretäre usw. der Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Versicherungsanstalten, der Rechtsanwälte und der Notare (E. 1041, A. N. 1903 S. 366 — Notariatsgehilfen in Württemberg), Verwalter bei gemeinnützigen Stiftungen, Hausväter von Wohltätigkeitsanstalten, Rettungshäusern usw., in letzterer Beziehung (s. auch § 622 B.G.B.) Privatsekretäre, Gesellschafterinnen, Repräsentantinnen, Hausdamen usw. Diese und ähnlich beschäftigte Personen werden u. U. auch dann künftig als „Angestellte" zu behandeln sein, wenn sie bisher als „Gehilfen" für versicherungspflichtig erachtet worden sind (zu vgl. oben Z. 19 und Rev. E. 64, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 170 — Stadtschreiber, Rev. E. 384, a. a. O. 1894 S. 155 — Gemeindeschreiber, Rev. E. 95, a. a. O. 1892 S. 11 — Stadtrechner, Rev. E. 243, a. a. O. 1893 S. 90 — Hofrechnungsführer, Rev. E. 242, a. a. O. 1893 S. 89 — Hilfsarbeiter eines statistischen Bureaus, Rev. E. 241, E. 1207, a. a. O. 1893 S. 88, 1905 S. 438 — Fleischbeschauer, die im Gemeindedienste stehen, Besch. 3 sowie Rev. E. 54, 153 und E. 853, a. a. O. 1891 S. 53, 162, 1892 S. 84, 1900 S. 833 — Küster, Rev. E. 72, a. a. O. 1891 S. 177 — Landratsgehilfe ohne Beamteneigenschaft). Die Neuaufnahme der Gruppe der Angestellten kann jedoch nicht dazu führen, einen Versicherten, der zu einer der übrigen in § 1 Z. 2 des Gesetzes aufgeführten Personengruppen, z. B. der der Handlungsgehilfen, gehört, aus ihr herauszunehmen (E. 852, A. N. 1900 S. 833). Hinsichtlich der Angestellten höherer Art s. Z. 25.

Durch die Beifügung der Worte „deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet", die sich nur auf „sonstige Angestellte", nicht auch auf „Betriebsbeamte, Werkmeister" usw. beziehen (E. 850, A. N. 1900 S. 832), soll die Anwendung des Gesetzes in weiterem Umfang, als es vermöge der Bundesratsvorschriften über vorübergehende Dienstleistungen geschehen könnte, für solche Angestellte ausgeschlossen werden, die ihre Stellung nur nebenamtlich versehen (z. B. Gewerbetreibende, die nebenbei die Geschäfte eines Gemeindeschreibers, eines Postagenten wahrnehmen). Der Hauptberuf bestimmt sich bei mehreren Erwerbstätigkeiten nach dem Verhältnisse der auf sie verwendeten Arbeitszeit und des dafür gewährten Entgelts. Wenn neben einer Angestelltentätigkeit keine andere Erwerbstätigkeit ausgeübt, vielmehr der Lebensunterhalt im übrigen aus Vermögensbesitz bestritten wird, so bildet darum der Angestelltendienst nicht notwendig den Hauptberuf. Es kommt noch darauf an, ob die Beschäftigung, sei es, weil sie die Arbeitskraft hauptsächlich in Anspruch nimmt, sei es, weil sie den Beschäftigten einem bestimmten Gesellschaftskreise zuweist, für die Lebensstellung tatsächlich oder nach seiner Ansicht maßgebend ist; dabei wird auch auf die Höhe und Sicherheit des Arbeitsentgelts Wert zu legen sein (E. 933, A. N. 1901 S. 630 — Hauptberuf bei Postagenten). Werden mehrere Tätigkeiten ausgeübt, deren jede den Beschäftigten zum Angestellten macht, so kommt es darauf an, ob die Gesamtheit dieser Beschäftigungen gegenüber der sonstigen, nicht versicherungspflichtigen Tätigkeit den Hauptberuf bildet (E. 970, A. N. 1902 S. 394). Dasselbe gilt, wenn neben der Angestelltentätigkeit noch die Tätigkeit eines Betriebsbeamten oder eine andere Beschäftigung der im § 1 Z. 2 bezeichneten Art ausgeübt wird (E. 1007, 1208, A. N. 1902 S. 550, 1905 S. 438). Darüber, inwieweit bei Angestellten, die Beamte sind, durch Ruhegehaltsanwartschaft die Versicherungspflicht beseitigt wird, s. Z. 9.

24. „Lehrer und Erzieher." Nach der Entstehungsgeschichte soll hiermit nicht jede irgendwie geartete Lehrtätigkeit in die Versicherung einbezogen werden, sondern in erster Linie nur die Erteilung eines der geistigen Entwicklung auf dem Gebiete der Wissenschaften und schönen Künste dienenden Unterrichts, sowie die auf Bildung des Charakters und des Gemüts gerichtete Erziehertätigkeit. Begrifflich ist also die Tätigkeit des Lehrers eine höhere, mehr geistige Arbeit, die ein gewisses Maß von Bildung und Kenntnissen voraussetzt und den Ausübenden über die in § 1 Z. 1 des Gesetzes bezeichneten Personen erhebt. Dahin muß in gewissem Umfang auch die Unterweisung in mancherlei körperlichen Uebungen und Fertigkeiten (Turnen, Schwimmen, Reiten, Zeichnen, Handarbeiten, Kochen usw.) gerechnet werden, soweit sie dem Erziehungszwecke dient. Dies ist regelmäßig da anzunehmen, wo dergleichen Unterrichtsgegenstände in den Lehrplan einer Erziehungsanstalt aufgenommen worden sind (E. 1159, A. N. 1904 S. 523 — württembergische Arbeitslehrerin). Lehrer und Erzieher.

Dagegen gehört der von dem Erziehungszwecke losgelöste und überwiegend nach gewerblichen Gesichtspunkten betriebene Unterricht in allerhand körperlichen und mechanischen Fertigkeiten nicht hierher. Einen gesetzlichen Anhalt für diese — freilich im einzelnen schwierige — Unterscheidung bietet die Gewerbeordnung, indem sie im § 6 die Erziehung von Kindern gegen Entgelt und das Unterrichtswesen

dem Geltungsbereiche des Gewerberechts entzieht, dagegen im § 35 „die Erteilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe" regelt. Zu den in das rein gewerbliche Gebiet fallenden Unterrichtszweigen werden ebenso z. B. der als Gewerbe betriebene Reit-, Fecht-, Radfahrunterricht und ähnliches gerechnet werden müssen, ferner aber auch der von einer Schneiderin oder von einem Traiteur erteilte Schneider- oder Kochunterricht u. dgl. mehr.

Hiernach unterliegt eine an einer Schule oder Lehranstalt mit der Erteilung des Turn- oder Schwimm- oder Tanz- usw. Unterrichts beschäftigte Person als Lehrer oder Erzieher der Versicherungspflicht, während ein selbständiger Tanzlehrer überhaupt nicht, der Schwimmlehrer einer Badeanstalt, der Stallmeister einer Reitschule nur als Gehilfe oder vielleicht als „Angestellter" versicherungspflichtig sein würden. Die Erteilung von Handarbeitsunterricht besonders an niederen Schulen erfordert u. U. ein so geringes Maß von Bildung und Kenntnissen, und der Erziehungszweck tritt dabei so in den Hintergrund, daß die unterrichtenden Personen deshalb und in Anbetracht ihrer ganzen Lebensstellung nicht zu den Lehrern gerechnet werden können. So ist z. B. eine Handarbeitslehrerin (Industrielehrerin), die Unterricht im Stricken und in den einfachsten Näharbeiten gab und außerdem die Reinigung und Heizung der Schulstuben zu besorgen hatte, nicht als Lehrerin, sondern als Gehilfin angesehen worden.

Im übrigen tritt die Versicherungspflicht für Lehrer und Erzieher in gleicher Weise ein, ob sie Unerwachsene oder Erwachsene unterrichten, ob sie Lehrgegenstände der allgemeinen Bildung oder der Fachbildung behandeln (Lehrer an einer Handelsschule, Baugewerkschule, Ackerbauschule, an einem Militärpädagogium, Technikum usw.), sowie ohne Unterschied hinsichtlich des Umfanges ihrer wissenschaftlichen und sonstigen Vorbildung und Befähigung. Endlich ergreift der Versicherungszwang nicht nur angestellte Lehrer an öffentlichen oder privaten Schulen usw. oder Hauslehrer, sondern (nach der im Laufe der Verhandlungen ohne Widerspruch gebliebenen Begründung des Gesetzentwurfs — Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 10. Legislaturperiode I. Session 1898/1900 1. Anlageband S. 697) auch solche Personen, die aus dem Stundengeben bei wechselnden Auftraggebern ein Gewerbe machen (selbständige Musiklehrer, Sprachlehrer usw.), und zwar nicht nur dann, wenn sie in die Häuser gehen, sondern auch soweit sie den Unterricht in der eigenen Wohnung erteilen. Das Gesetz will in diesen Fällen das sogenannte Honorar als Lohn, denjenigen, der die Leistungen des Lehrers in Anspruch nimmt, als den Arbeitgeber behandelt wissen, wenn auch theoretisch ein solcher Lehrer als selbständig erwerbstätig zu erachten sein mag.

Dagegen schließt die in § 1 Z. 2 des Gesetzes enthaltene Beschränkung, „soweit sie Lohn oder Gehalt beziehen", solche Lehrer und Erzieher, die Inhaber einer Lehranstalt sind (Privatschulvorsteher), bezüglich des an ihrer eigenen Anstalt erteilten Unterrichts vom Versicherungszwang aus. Der für sie von dem erhobenen Schulgelde nach Abzug aller Unkosten verbleibende Betrag läßt sich nicht als Lohn oder Gehalt bezeichnen. Ob Personen, die noch nicht schulpflichtigen oder geistig zurückgebliebenen Kindern Unterweisung in mehr äußerlicher Weise zuteil werden lassen, als Lehrer oder Erzieher im Sinne der Z. 2 oder als Angestellte oder lediglich als Gehilfen im Sinne der Z. 1 (die Unterscheidung kann für die Bestimmung der Lohnklasse wichtig werden, § 34 des Gesetzes Abs. 2 a. E.) zu gelten haben, ist nur nach Lage der jeweiligen Umstände zu entscheiden; jedenfalls wird ein Teil derjenigen Personen, die schon bisher, weil es sich nicht um einen eigentlichen planmäßigen Unterricht handelte, als Gehilfen für versicherungspflichtig erachtet wurden, künftig den Lehrern und Erziehern zugerechnet werden müssen (zu vgl. Rev. E. 106, 478, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 22, 1895 S. 286 — Hausvater eines Rettungshauses, Lehrer an einer Anstalt für fallsüchtige Kinder).

Durch die Sondervorschriften des § 5 Abs. 1 und 3 sind von der Versicherung ausgenommen Personen, die an öffentlichen Schulen oder Anstallen lediglich zur Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf als Lehrer oder Erzieher beschäftigt werden, oder die während der wissenschaftlichen Ausbildung für ihren künftigen Lebensberuf Unterricht erteilen, also insbesondere Studierende aller Fächer, nicht nur des Lehrfachs (E. 1160, A. N. 1904 S. 524). Darüber, inwieweit der Besitz einer Ruhegehaltsanwartschaft die Befreiung begründet, s. unter Z. 9.

*Unterscheidung zwischen höherer, mehr geistiger und anderer Tätigkeit.*

25. Der für die Auslegung des J. u. A. V. G. leitend gewesene Satz, daß diejenigen Personen von der Zwangsversicherung frei bleiben, die nicht mit auszuführenden Arbeiten vorwiegend materieller Art, sondern mit einer ihrer Natur nach höheren, mehr geistigen (wissenschaftlichen, künstlerischen usw.) Tätigkeit beschäftigt sind und durch ihre Lebensstellung sich über den Personenkreis erheben, der nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch und vom Standpunkte wirtschaftlicher Auffassung dem Arbeiter- oder niederen Betriebsbeamtenstande angehört, ist durch die Vorschriften des neuen Gesetzes mehrfach durchbrochen und

eingeschränkt worden. Durchbrochen wird jener Grundsatz zunächst insoweit, als die in die Klasse der Techniker oder die Klasse der Lehrer und Erzieher gehörigen Personen nach der klaren Absicht des Gesetzes ohne Rücksicht auf die vielleicht rein geistige und wissenschaftliche Art ihrer Leistungen und ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung schlechthin der Versicherung unterworfen sind (Z. 21, 24). Eine weitere Einschränkung jenes Grundsatzes ergibt sich daraus, daß zahlreiche Beschäftigte, für die bisher nur der Gehilfenbegriff mit seiner vergleichsweise engen Abgrenzung anwendbar war, nunmehr als „Angestellte" allgemein für versicherungspflichtig erklärt sind, somit künftig nur bei einem 2000 ℳ übersteigenden Jahresarbeitsverdienst sich über den Kreis der Versicherten erheben. Dabei ist jedoch anderseits zu beachten, einmal, daß nach Z. 23 der Angestelltenbegriff nur gewisse mittlere Schichten von Beschäftigten umfaßt und ferner, daß dieser Begriff nicht auf allen Gebieten anwendbar ist. Es bleiben hiernach, von den Technikern, Lehrern und Erziehern abgesehen, auch künftig von der Zwangsversicherung frei diejenigen Personen, die nach der Art ihrer Stellung nicht zu ausführender, sondern zu selbständiger wissenschaftlicher oder gleichwertiger Tätigkeit berufen sind, dazu übrigens regelmäßig mit einer entsprechenden, insbesondere einer auf Hochschulen erworbenen Vorbildung ausgestattet sein müssen. U. a. läßt sich nicht voraussetzen, daß die Zwangsversicherung auf Hausgeistliche, ihrem Bildungsgange gemäß beschäftigte Assessoren (z. B. im Dienste von Anwälten, Bankgeschäften), Krankenhausärzte, Assistenten, bei wissenschaftlichen Sammlungen und dgl. habe ausgedehnt werden sollen. Dasselbe gilt für Personen in leitender Stellung mit selbständiger Verantwortlichkeit, z. B. Bürgermeister, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher — Direktor einer Betriebsgesellschaft (E. 966, A. N. 1902 S. 389) — oder in ähnlicher Weise bei ihrer Dienstführung unabhängige Einzelbeamte, z. B. Standesbeamte, kommissarische Amtsvorsteher und dgl. Ferner verbleibt es bei der von der bisherigen Rechtsübung herausgebildeten Unterscheidung auch künftig auf den Gebieten, für die nicht der Angestellten-, sondern nur der Gehilfenbegriff in Betracht kommt. Beispielsweise würde es nicht angängig sein, jüdische Kultusbeamte kleiner Gemeinden bei einem hinter 2000 ℳ zurückbleibenden Diensteinkommen als Angestellte für versicherungspflichtig zu erklären, sie bleiben vielmehr wie bisher versicherungsfrei, wenn sie als Leiter des Gottesdienstes, Vorbeter, Vorsänger eine über die Gehilfendienste hervorragende Tätigkeit ausüben (zu vgl. Rev. E. 251, 382, 868, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 100, 1894 S. 153, 1901 S. 185). Ebenso würde der Verwalter einer wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von der Art des in der Rev. E. 381 (A. N. J. u. A. V. 1894 S. 153) behandelten Signalisten der Seewarte auch nach dem J. V. G. nicht versicherungspflichtig sein. Aehnlich verhält es sich mit gewissen freien Berufen, namentlich der Tätigkeit von Musikern und Bühnenkünstlern. Hier bewendet es bei der durch die bisherige Spruchübung gebilligten Anwendung der auf dem Gebiete der Gewerbepolizei erheblichen Unterscheidung zwischen Vorstellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, und der rein gewerblichen Berufsausübung (zu vgl. §§ 32, 33a, 33b, 55 Z. 4 der Gewerbeordnung und die Rev. E. 149, 249, 385, 492, 531, sowie die E. 1048, 1151, 1152, 1153, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 80, 1893 S. 94, 1894 S. 155, 1896 S. 252, 427, 1903 S. 572, 1904 S. 508, 509). Dabei entscheidet lediglich das Gesamtwesen des Unternehmens, nicht die Vorbildung und Leistungsfähigkeit des einzelnen künstlerisch Mitwirkenden (Orchestermitglieds, Schauspielers, Sängers, Tänzers usw.). Hiernach ist der Chorsänger einer größeren Oper versicherungsfrei (Rev. E. 249), ebenso der Souffleur an einer dem höheren Kunstinteresse dienenden Bühne (E. 1153, A. N. 1904 S. 509), dagegen ist ein Schauspieler an einem sogenannten Rauchtheater versicherungspflichtig (Rev. E. 385, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 155).

*Sonstige gemeinsame Gesichtspunkte für die Klassen des § 1 Z. 2 (Verdienstgrenze).*

26. Für die Auslegung der Z. 2 des § 1 ist nicht ohne Bedeutung, daß die Fassung nicht wie in Z. 1 lautet: Personen, welche als Betriebsbeamte usw. beschäftigt werden, sondern: Betriebsbeamte usw. Nach dem Wortlaute kämen also nur Personen in Betracht, die der Tätigkeit als Betriebsbeamter, Techniker, Lehrer, Erzieher usw. berufsmäßig obliegen, so daß z. B. ein Vorarbeiter, der vorübergehend den Werkmeister vertritt, ein Mechaniker, dem eine einzelne technische Aufgabe höherer Art übertragen wird, ein Künstler, der gelegentlich Stunden gibt, nicht unter Z. 2 fallen würden. Indessen ist anderseits zu beachten, daß nur für die „Angestellten" eine ausdrückliche Beschränkung dahin vorgesehen ist, daß die dienstliche Beschäftigung den Hauptberuf bilden müsse (E. 850, A. N. 1900 S. 832).

Gemeinsam für alle unter Z. 2 des § 1 aufgeführten Klassen von Versicherten gilt ferner die Beschränkung, daß der „regelmäßige" Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 2000 ℳ betragen darf, wenn die Zwangsversicherung Platz greifen soll. Wie schon bisher bezüglich der Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen und Lehrlinge (zu vgl. Rev. E. 150, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 81, Besch. 603,

A. N. 1897 S. 418) kommt neben dieser Abgrenzung nach dem Arbeitsverdienst eine weitere Unterscheidung nach der höheren oder geringeren Art der Beschäftigung nicht in Frage (s. Z. 25).

Wegen der Begriffe „Lohn“ und „Gehalt“ s. Z. 13 bis 17. Gemäß § 3 Abs. 1 sind auch Tantiemen anzusetzen, die ein Angestellter eine Reihe von Jahren hindurch in einer gewissen gleichmäßigen Höhe bezogen hat, oder auf die er, von besonderen Zufällen abgesehen, mit Bestimmtheit rechnen kann (Besch. 28, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 148).

Nicht nach den schwankenden Bezügen eines einzelnen Jahres, sondern möglichst nur nach dem ständigen oder Durchschnittsbetrage soll sich entscheiden, ob Versicherungspflicht vorliegt (Rev. E. 482 A. N. 1896 S. 174). Selbstverständlich können dabei, wenn die Versicherungspflicht für einen bestimmten Zeitpunkt geprüft wird, nur die, von da aus gerechnet, in der Vergangenheit liegenden Umstände in Betracht gezogen werden. Dies ist folgerichtig auch dann entsprechend zu beachten, wenn es sich um die Versicherungspflicht in zurückliegenden Zeiträumen, wie für die Jahre 1888, 1889 und 1890 handelt (Beispiel: Jemand war 1888 als Buchhalter mit 200 ℳ Monatsgehalt fest angestellt, wurde aber 1889 plötzlich stellungslos, so daß der Jahresarbeitsverdienst für die 3 vorgesetzlichen Jahre unter 2000 ℳ geblieben ist; gleichwohl war jene Stellung keine versicherungspflichtige). Der Jahresverdienst übersteigt nicht 2000 ℳ, wenn ein Gehalt in dieser Höhe vereinbart ist und der Betrag nur infolge der Abrundung der monatlichen Zahlungen überschritten wird (Rev. E. 799, A. N. 1900 S. 611).

Einkünfte aus anderen Quellen als der Lohnarbeit bleiben bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes außer Betracht (ein Werkmeister mit 1800 ℳ Arbeits- und 300 ℳ Zinseinkommen ist versicherungspflichtig). Wohl aber ist eine Zusammenrechnung geboten, wenn dieselbe Person mehrere unter Z. 2 des § 1 fallende Stellungen versieht (ein für zwei Firmen beschäftigter Handlungsgehilfe, der aus jeder Anstellung 1200 ℳ bezieht, ist nicht versicherungspflichtig; zu vgl. E. 970, 1007, 1208 A. N. 1902 S. 394, 550, 1905 S. 438). Anderseits ist abzurechnen, was als Vergütung auf die Arbeitsleistung einer anderen Person, z. B. der Ehefrau, entfällt.

Schiffsbesatzung.

27. Nach Z. 3 des § 1 unterliegen der Versicherungspflicht die **Personen der Schiffsbesatzung** deutscher Seefahrzeuge und von Fahrzeugen der Binnenschiffahrt. An die Stelle des im Gesetz erwähnten § 2 des Gesetzes vom 13. Juli 1887 ist § 3 des See-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (R. G. B. S. 716/773) getreten.

Bei Seeschiffen werden nach dem Gesetze, betreffend Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, vom 2. Juni 1902 (R. G. B. S. 218/221) Art. 1 § 481 zur Schiffsbesatzung gerechnet der Schiffer, die Schiffsoffiziere, die Schiffsmannschaft, sowie alle übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen. In § 1 Z. 1 des See-U. V. G. vom 30. Juni 1900 werden aufgeführt: Personen, welche „als Schiffer, Personen der Schiffsmannschaft, Maschinisten, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft zur Schiffsbesatzung gehören (Seeleute)“. Ferner schreibt die Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 (R. G. B. S. 175/211) in § 2 vor: „Kapitän im Sinne dieses Gesetzes ist der Führer des Schiffes (Schiffer). . . Schiffsoffiziere im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen zur Unterstützung des Kapitäns in der Führung des Schiffes bestimmten Angestellten, welche zur Ausübung ihres Dienstes eines staatlichen Befähigungsnachweises bedürfen. Außerdem gelten als Schiffsoffiziere die Aerzte, Proviant- und Zahlmeister. Schiffsmann im Sinne dieses Gesetzes ist jede sonstige zum Dienste auf dem Schiffe während der Fahrt für Rechnung des Reeders angestellte Person . . . Die Gesamtheit der Schiffsleute bildet die Schiffsmannschaft.“ Hiernach ist „Schiffsbesatzung“ ein erheblich umfassenderer Begriff als „Schiffsmannschaft“, worunter lediglich der seemännische Teil der Besatzung mit Ausnahme des Schiffers verstanden wird. Personen, die, ohne für den Schiffsdienst verpflichtet zu sein, nur zu vorübergehenden Verrichtungen an Bord gehen, gehören nicht zur Schiffsbesatzung (zu vgl. Rev. E. 587, A. N. 1897, S. 380 — Handwerker, der zur Vornahme einer Ausbesserung auf ein im Hafen liegendes Schiff gerufen wird, Rek. E. 1742, A. N. 1899 S. 226).

Bei Binnenschiffen gehören nach § 3 Abs. 2 des Reichsgesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt, vom $\frac{\text{15. Juni 1895}}{\text{20. Mai 1898}}$ (R. G. B. S. 301/868), zur Schiffsbesatzung der Schiffer die Schiffsmannschaft und alle übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen mit Ausnahme der Zwangslotsen. Die Schiffsmannschaft wird nach § 21 gebildet durch die zum Schiffahrtsdienst angestellten Personen der Schiffsbesatzung, mit Ausnahme des Schiffers, insbesondere Steuerleute, Bootsleute, Matrosen, Schiffsknechte, Schiffsjungen, Maschinisten und Heizer.

Einen Unterschied nach der Art der Beschäftigung kennt das Gesetz bei Personen der Schiffsbesatzung nicht, die Versicherungspflicht erfaßt also den Schiffer, die Schiffsoffiziere usw., ebenso wie den Heizer, den Kohlenzieher, den Aufwärter und andere untergeordnete Bedienstete. Jedoch sind Schiffsführer (Kapitäne), nicht etwa auch Schiffsoffiziere, von der Zwangsversicherung frei, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 ℳ übersteigt (zu vgl. Z. 26).

28. Mit einer unter Z. 24 erwähnten Ausnahme erstreckt sich die Versicherungspflicht nur auf Beschäftigte in abhängiger Stellung, nicht dagegen auf selbständig Erwerbstätige. Die wenigen Anhaltspunkte, die das Gesetz selbst für die Tragweite dieses durchgreifenden Gegensatzes bietet, beschränken sich auf den Sinn, den der Sprachgebrauch mit den Bezeichnungen „Arbeiter", „Gehilfen" usw. verbindet, auf die Bedeutung der Worte „Lohn oder Gehalt" im Gegensatze zu Einnahmen anderer Art (Preis, Gewinn), die Bedeutung des Ausdrucks „beschäftigt werden" in § 1 Z. 1 im Vergleiche mit einer freien Tätigkeit, sowie auf den Umstand, daß der Gesetzgeber selbst gewisse Gruppen von selbständigen Gewerbetreibenden in § 2 des Gesetzes ausdrücklich als solche anführt, auf die der Versicherungszwang nur ausgedehnt werden kann, also an sich keine Anwendung findet. Eine Begriffsbestimmung hat das Gesetz weder für die Lohnarbeit noch für die selbständige Erwerbstätigkeit gegeben. Auch läßt sich für den Gegensatz beider eine allgemeine Formel, die allen Erscheinungen des Wirtschaftslebens gerecht würde, nicht wohl auffinden. In allgemeinster Fassung läßt sich nur sagen, daß die Versicherungspflicht eintritt, wo ein Verhältnis wirtschaftlicher und persönlicher Abhängigkeit des Arbeitenden von einem Arbeitgeber nachweisbar ist. Für diese Feststellung kommt eine große Anzahl verschiedener Einzelumstände mehr oder weniger durchgreifend in Betracht, derart, daß die Entscheidung oft nur mittels eines sorgfältigen Abwägens der verschiedenen Tatbestandsmerkmale gegen einander gewonnen, nicht aber im Wege zwingender Schlußfolgerung aus einer scharfen Begriffsbestimmung abgeleitet werden kann. Unselbständigkeit. Allgemeines.

29. Ist das eigentliche Wesen der Lohnarbeiterstellung in dem Verhältnisse persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu einem Arbeitgeber zu suchen, so ergeben sich notwendig in einzelnen Beziehungen Abweichungen von einer rein zivilrechtlichen Betrachtungsweise. Verhältnis zum bürgerlichen Rechte.

Zunächst bedarf es im allgemeinen keines im Sinne des bürgerlichen Rechtes gültigen und auf gewisse Zeit bindenden Dienst- oder Arbeitsvertrags (zu vgl. Rev. E. 254, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 102 und Rev. E. 563, A. N. 1897 S. 289 — Kiefernzapfenpflücken auf Grund eines Erlaubnisscheins mit der einzigen Pflicht zur Ablieferung des Gesammelten als Lohnarbeit), also auch nicht voller Verfügungsfähigkeit des Arbeitenden (Rev. E. 76, 311, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 180, 1893 S. 165, zu vgl. auch Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 27 S. 345).

Anderseits erzeugt auch nicht jedes eine Arbeitspflicht einschließende Rechtsverhältnis, insbesondere nicht jedes Anstellungsverhältnis die Versicherungspflicht. Darüber, daß im allgemeinen nur wirkliche Arbeit, nicht schon das Bestehen der Verpflichtung dazu den Versicherungszwang hervorruft, s. Z. 19 a. E. Ferner gibt es eine nicht kleine Anzahl von Personen, die von Gemeinde- und anderen Behörden zur sachgemäßen Leistung gewisser Dienste öffentlich bestellt und verpflichtet werden, dessen ungeachtet aber als selbständig erwerbstätig zu bezeichnen sind, weil sie von den Weisungen der sie anstellenden Behörde unabhängig sind und nicht deren Geschäfte besorgen, übrigens auch den privaten Auftraggebern frei gegenüberstehen, wie die öffentlichen Wäger (Rev. E. 158, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 113), die Hebammen (Rev. E. 73, das. 1891 S. 178), die Fleischbeschauer (Rev. E. 128, 607, das. 1892 S. 37, 1897 S. 471), die Leichenfrauen (Rev. E. 276, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 128 ff. Fall 2). Dagegen kann eine äußerlich gleichartige Tätigkeit sehr wohl versicherungspflichtig werden, wenn der dazu Bestellte als Glied eines Betriebs, also als ausführende Hilfskraft unter fremder Leitung und Beaufsichtigung beschäftigt ist, somit in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit wirkt, wie ein von der Wägergilde zugezogener Reservewäger oder ein in einem behördlich ausgestatteten Wägeramte beschäftigter Wäger (Rev. E. 449, 773, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 241, 1899 S. 651), ein Fleischbeschauer in einem städtischen Fleischschauamte (Rev. E. 241, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 88), die Leichenfrauen in einem von der Stadt unternommenen Beerdigungsbetriebe (Rev. E. 639, A. N. 1898 S. 270), ein als Aktenhefter von einer Behörde beschäftigter Buchbindermeister (E. 1163, A. N. 1904 S. 526).

Auch auf rein gewerblichem Gebiete macht sich derselbe Unterschied geltend: Ein Gewerbetreibender kann sehr wohl in ein festes Vertragsverhältnis zu einzelnen Auftraggebern treten, sogar ihnen ausschließlich seine Tätigkeit widmen, ohne daß damit ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit zu bestehen braucht (zu vgl. Rundschreiben, betreffend die Kommissionsfabrikanten in der Tabakindustrie, A. N. 1899 S. 633, Rev. E. 253, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 102 — für eine Brandversicherungs-

kammer tätiger Sachverständiger, sogenannter Expert, Rev. E. 160, a. a. O. 1892 S. 115 — Goldschmied, der gegen Jahresgehalt von einer Leihanstalt als Schätzer angenommen ist, Rev. E. 192, 386, a. a. O 1892 S. 138, 1894 S. 157 — Gemeindeschmiede, s. Z. 42); er kann sich aber auch einem fremden Betrieb unter Aufgabe seiner Unabhängigkeit einordnen (Rev. E. 529, A. N. 1896 S. 397 — Gutsschmied als Gehilfe).

Fortsetzung (Form der Pacht und dgl.). 30. Geschäftliche Beziehungen, die nach ihrer rechtlichen Einkleidung und Benennung sich äußerlich nicht als Arbeitsverhältnisse darstellen, begründen gleichwohl die Versicherungspflicht, wenn unter der gewählten Form sich ein Lohnarbeitsverhältnis in dem vorstehend bezeichneten Sinne verbirgt. Beispiele bieten die Rev. E. 161, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 115 (Forstarbeiter, dem ein Teil eines ländlichen Anwesens pachtweise überlassen wird, wogegen er verpflichtet ist, mit seinem Zugvieh und unter Hilfe eines Knechtes Schlagholz talwärts zu befördern; die Pacht kommt nur als Mittel für die Durchführung der Waldarbeit in entlegenen Bezirken und für die Gewährung eines angemessenen Entgelts in Betracht), 315, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 171 (Latrinenwärterin auf einem Bahnhofe, deren Verhältnis zur Bahnverwaltung in Form eines Pachtvertrages geordnet, die aber in der Tat eine Arbeiterin im Betriebe der Eisenbahn ist), 720, A. N. 1899 S. 437 (Gärtner, dem gegen die Verpflichtung zur Unterhaltung eines herrschaftlichen Gutsgartens und zur Leistung einzelner Wirtschaftsdienste gewisse Gartennutzungen, unter Auferlegung einer Geldzahlung zum Ausgleich, überwiesen worden sind), 220 und 450, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 65, 1895 S. 241 (sogenannte Schiffspächter zu den versicherungspflichtigen Personen der Schiffsbesatzung gehörig — zu vgl. Besch. 209, A. N. 1886 S. 230 für das Gebiet der Unfallversicherung, Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts Band 20 S. 382 für das Gebiet der Krankenversicherung), ferner Rek. E. 1539, A. N. 1896 S. 385 (Droschkenkutscher, die einen Wagen von dem Fuhrherrn für einen bestimmten Betrag zur Benutzung übernehmen und den verdienten Ueberschuß behalten, gleichwohl nur Lohnarbeiter des Fuhrwerksbesitzers — zu vgl. Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts Band 30 S. 360).

Fortsetzung (Akkordanten). 31. In weiterem Umfang als im Sinne des bürgerlichen Rechtes ist ferner ein Arbeitverhältnis zu unterstellen bei den Akkordanten. Unbedenklich ist zunächst die Versicherungspflicht meist da begründet — übrigens auch im Sinne des bürgerlichen Rechtes im allgemeinen lediglich ein Arbeitsvertrag gegeben — wo der Unterschied gegenüber gewöhnlichen Tagelöhnern im Grunde nur in der Lohnform — Akkordlohn statt Zeitlohn — liegt (Rev. E. 272, 370, 371 A. N. J. u. A. V. 1893 S. 118, 1894 S. 144, 145 — Steinklopfer, Steinbrecher, Schlackenschläger im Akkord, die alle allein arbeiteten und nur eine freiere Bewegung bei der Einteilung der Arbeitszeit und dgl. genossen, weil die Einfachheit der Arbeit und der aus Rücksicht auf ihren eigenen Vorteil entspringende Antrieb die strenge Ueberwachung der Arbeit entbehrlich machte; zu vgl. Z. 13). Wohl aber sind Zweifel möglich, wenn jemand von einem Unternehmer einen größeren Teil eines Werkes, z. B. einer Bauausführung oder die Arbeiten eines einzelnen Betriebszweigs, z. B. einer Gutsziegelei, insbesondere gegen einen Pauschbetrag übertragen erhält, die übernommenen Arbeiten in gewissem Umfange selbst leitet und zu ihrer Ausführung seinerseits bezahlte Hilfskräfte heranzieht. Derartige Personen stehen den selbständigen Gewerbetreibenden jedenfalls nahe, und es läßt sich nur nach den Umständen des einzelnen Falls entscheiden, ob noch ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis angenommen werden darf. Für diese Entscheidung, die durch die auf dem Gebiete der Unfallversicherung bereits bestehende Rechtsübung vielfach erleichtert wird, kommt namentlich in Betracht, ob die von dem Akkordanten übernommenen Arbeiten unlösbar zu einem fremden Betriebe gehören, oder ob er für eigene Rechnung tätig ist, ob ihm nach den getroffenen Vereinbarungen eine geringere oder größere Selbständigkeit bezüglich der Leitung, der Arbeitsausführung sowie der Verwertung etwaiger Betriebserzeugnisse zukommt, welches Maß eigener Verantwortlichkeit und geschäftlicher Gefahr er trägt, ob er ferner selbst mitarbeitet, nur eine dem üblichen Arbeitslohn entsprechende Vergütung bezieht oder einen Unternehmergewinn zu erzielen in der Lage ist, welche Lebensstellung er sonst einnimmt und dgl. mehr (zu vgl. die Rev. E. 124, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 35 — Ziegler, der für je tausend fertige Ziegel einen festen Betrag erhält, die Hilfskräfte selbst beschafft, 248, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 94 — berufsmäßiger Lohnarbeiter, der zeitweilig einen kleineren Straßenbau unter Heranziehung der nötigen Hilfskräfte, jedoch unter Oberleitung der auftraggebenden Behörde ausführt, 457, a. a. O. 1895 S. 249 — landwirtschaftlicher Arbeiter, der ohne fachmäßige Vorbildung Kulturarbeiten geringeren Umfanges in Akkord übernimmt und die Mitarbeiter auf eigene Rechnung stellt, E. 1161, A. N. 1904 S. 524 — sogenannter Rübenunternehmer, der die Bebauung von Rübenland gegen einen festen Betrag übernimmt und die Hilfspersonen anwirbt und entlohnt, E. 1162, A. N. 1904 S. 525 — Schleifer in

der thüringischen Kleineisenindustrie, die in der Werkstatt und mit den Gerätschaften des Schleifereibesitzers Eisenwaren polieren, von den ihnen diese übergebenden Zeugschmieden nach dem Stücke gelohnt werden und hiervon einen Betrag an den Schleifereibesitzer abliefern. In allen diesen Fällen war die Versicherungspflicht anzuerkennen). Die Uebernahme von Arbeiten gegen einen auf dem Wege öffentlicher Verdingung festgestellten Pauschbetrag hindert nicht die Annahme der Arbeitereigenschaft, auch nicht, wenn der Uebernehmer daraus die Mitarbeiter lohnt (E. 849, A. N. 1900 S. 831). Es entspräche nicht den Absichten der Versicherungsgesetzgebung, wenn es dem größeren und wirtschaftlich kräftigeren Unternehmer freistände, die Lasten der Versicherung mittels vertragsmäßiger Einräumung einer scheinbaren Selbständigkeit willkürlich auf schwächere Schultern abzuwälzen.

32. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen und tatsächlichen gegenüber den zivilrechtlichen und formalen Gesichtspunkten macht sich endlich auch bei der Beantwortung der Frage geltend, wer als Arbeitgeber anzusehen sei. Es handelt sich dabei nicht nur um die weitere Durchführung der Versicherung, namentlich die Beitragslast, sondern u. A. auch um die Versicherungspflicht selbst. Fortsetzung (mittelbare Arbeitsverhältnisse).

Als der Arbeitgeber der sogenannten Hofgänger (Scharwerker), die von dem sie zunächst annehmenden Instmanne (Katenmann, Beikossäten, Freimann) kraft der in dem Vertrage mit dem Gutsherrn begründeten Verpflichtung zur Gutsarbeit gestellt werden, und für die der Instmann den Lohn als Teil des seinigen mit empfängt, ist der Gutsherr anzusehen, in dessen Betrieb und nach dessen Weisungen sie beschäftigt werden, und dem das Ergebnis ihrer Tätigkeit zugute kommt (Besch. 14, Rev. E. 223, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 124, 1893 S. 68). Unter diesem Gesichtspunkt ist die Versicherungspflicht des Hofgängers auch dann gegeben, wenn er von dem Instmanne nur den freien Unterhalt bezieht.

Hierher gehören ferner Beschäftigungsverhältnisse, bei denen Dritte, namentlich Familienangehörige des Arbeitnehmers, einen Teil der Arbeiten ausführen — sei es unterstützend, sei es stellvertretend —, ohne daß mit ihnen eine unmittelbare Abmachung getroffen, oder eine besondere Vergütung für ihre Leistungen ausgeworfen wäre. Besonders häufig beteiligen sich in solcher Weise Ehefrauen an der Ausführung der ihren Männern übertragenen Arbeiten. Müßte man die Ehefrau als eine lediglich für Rechnung des Ehemannes tätige Hilfsarbeiterin ansehen, so wäre die Versicherungspflicht zu verneinen (s. Z. 18b). Indessen stände eine solche Auffassung regelmäßig mit der tatsächlichen Lage der Dinge nicht im Einklange, denn häufig wird von vornherein, auch ohne ausdrückliche Erklärung, auf die Mitwirkung der Ehefrau gerechnet und der Lohn danach bemessen (z. B. ein Gutsbesitzer sucht einen verheirateten Verwalter — die Ehefrau soll selbstverständlich die Geschäfte der „Wirtin" besorgen, ein Hauseigentümer einen verheirateten Pförtner — es wird als selbstverständlich erwartet, daß die Ehefrau die Hausreinigung übernimmt). Für die Annahme, daß die Ehefrau zu dem Dienstherrn des Ehemanns in ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis tritt, kommen zunächst ausdrückliche Verabredungen des Arbeitgebers mit dem Ehemann in Betracht. Häufig wird die Annahme aber auch dann gerechtfertigt sein, wenn die Ehefrau ohne solche Abrede mit Wissen des Arbeitgebers tatsächlich die dem Ehemann übertragenen Arbeiten in erheblichem Umfange verrichtet, so besonders, wenn der Ehemann regelmäßig verhindert ist, die Arbeiten selbst zu verrichten (E. 848, A. N. 1900 S. 830). Der Beschäftigung mit Wissen und Willen des Arbeitgebers steht es gleich, wenn der Arbeitgeber nach Lage der Umstände annehmen muß, daß der Arbeiter zur Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten einer Mithilfe bedarf (Besch. 942, A. N. 1901 S. 637). Demgemäß ist die Versicherungspflicht einer Ehefrau als Gehilfin der Verwaltung eines Rettungshauses anerkannt worden, obwohl ein Vertrag nur mit ihrem als Hausvater derselben Anstalt angenommenen Ehemann abgeschlossen war und das neben dem Unterhalte beider Ehegatten gezahlte Gehalt nur dem Ehemanne gewährt wurde (Rev. E. 411, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 108, s. auch Rev. E. 759, A. N. 1899 S. 625). Ebenso ist die Ehefrau eines Armenhausverwalters, die früher für ihre Dienste im Armenhaus außer freiem Unterhalt einen Barlohn erhalten hatte, deren Barlohn dann aber in eine Zulage zum Gehalte des Ehemanns umgewandelt war, als versicherungspflichtige Gehilfin der Armenhausverwaltung angesehen worden (E. 847, A. N. 1900 S. 830). Frauen von Schuldienern, Kastellanen, die die mit dem Amte ihrer Ehemänner verbundenen Frauenarbeiten verrichten, sind im Dienste der Schulverwaltung u. A. versicherungspflichtig beschäftigt, wobei ohne Einfluß ist, daß sie infolge der Pensionsberechtigung der Ehemänner Aussicht auf Witwenversorgung haben (E. 1043, A. N. 1903 S. 369). Die Ehefrau eines sogenannten Hälfteschiffers ist als versicherungspflichtige Bedienstete des Reeders erachtet worden, da sie ihrem Ehemanne bei der Schiffahrt behilflich sein mußte und der Reeder mit ihm vereinbart hatte, daß sie sich an der Güterverladung beteilige (Rev. E. 1065, A. N. 1903 S. 514). Bei einem Betriebsunternehmen, einer Gast-

4*

wirtschaft, ist die Ehefrau des Geschäftsführers, die durch ihre Mitarbeit eine fremde Hilfskraft ersetzte, und auf deren Beteiligung von vornherein gerechnet war, als Arbeitnehmerin des Betriebsinhabers angesehen worden (E. 1147, A. N. 1904 S. 504). Endlich ist die Ehefrau eines Briefträgers bei der Verrichtung, der diesem vertragsmäßig von der Postbehörde übertragenen Hausmeisterarbeiten im Postgebäude als versicherungspflichtige Arbeiterin der Postverwaltung angesehen (E. 1203, A. N. 1905 S. 434). Wird dagegen die Ehefrau oder eine sonstige Hilfsperson von dem Arbeitnehmer lediglich zu seiner Bequemlichkeit oder gegen den Willen des Arbeitgebers zur Mitarbeit herangezogen, so entsteht zwischen diesem und jenen Personen kein Arbeitsverhältnis (Besch. 942, E. 1044, A. N. 1901 S. 637, 1903, S. 370).

In ähnlicher Art kommen derartige Arbeitsverhältnisse vor, wenn Akkordanten, die versicherungsrechtlich nicht als Unternehmer, sondern als Arbeiter zu gelten haben (zu vgl. Z. 31), ihrerseits Hilfskräfte beschäftigen, die äußerlich betrachtet zu dem eigentlichen Betriebsherrn in keiner Beziehung stehen, von dem Akkordanten angenommen, entlassen und gelohnt werden (zu vgl. u. a. die Rev. E. 124, 125, 203 a. E., A. N. J. u. A. B. 1892 S. 35, 36, 1893 S. 3).

Lohnarbeit und Hausgewerbe.

33. Eine Mittelstellung zwischen den Lohnarbeitern und den selbständigen Gewerbetreibenden im eigentlichen Sinne nehmen die Hausgewerbetreibenden ein. Das Gesetz selbst (§ 2 Abs. 1 Z. 2) bezeichnet sie

a) zwar als selbständige Gewerbetreibende, führt sie aber doch wieder als eine besondere Gruppe dieser Klasse auf und fügt als weitere Merkmale hinzu
b) daß sie in eigenen Betriebsstätten,
c) daß sie im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden.

Der Zusatz in Klammern „(Hausgewerbetreibende)“ deutet an, daß damit keine strenge Begriffsbestimmung gegeben sein soll. In der Tat ist die Abgrenzung des Gebiets des Hausgewerbes ebenso nach der Seite des sonstigen selbständigen Gewerbebetriebs wie nach der Seite der Lohnarbeit nicht wohl mittels einer einfachen, allgemein gültigen Formel zu vollziehen, der Uebergang ist hier wie dort ein unmerklicher, so daß die Unterscheidung nur für den einzelnen Fall getroffen werden kann.

Die Anwendbarkeit des Begriffs des Hausgewerbes ist auf das Gebiet der gewerblichen Hervorbringung beschränkt (Rev. E. 502, 577, A. N. 1896 S. 270, 1897, S. 334). Das Notenschreiben für eine Musikalienhandlung fällt daher nicht unter den Begriff des Hausgewerbes (Rev. E. 775, A. N. 1899 S. 653).

Im übrigen ergibt sich aus den obigen Merkmalen, daß kein Hausgewerbe, sondern ein unabhängiger Gewerbebetrieb vorliegt, wenn jemand nicht im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden sondern unmittelbar für die Verbraucher, auf Bestellung oder auf Vorrat, Waren herstellt (Rev. E. 423, 483, 682, A. N. J. u. A. B. 1895 S. 214, 1896 S. 175, 1898 S. 563). Außerdem treffen die Merkmale des Hausgewerbebegriffs auch im Falle der Warenerzeugung für bestimmte gewerbliche Unternehmer dann nicht mehr zu, wenn jemand nicht persönlich mit der eigentlichen Herstellungsarbeit beschäftigt ist, sondern sich ausschließlich oder überwiegend mit der Leitung eines mit entsprechend zahlreichen Hilfskräften und nicht unerheblichem Kapitalaufwande geführten Betriebs befaßt (Annahme und Verteilung der Aufträge, Aufsicht, Abnahme und Ablieferung der Waren, zu vgl. Rev. E. 456, 489, A. N. J. u. A. B. 1895 S. 247, 1896 S. 220). Bezüglich der Abgrenzung gegen die Lohnarbeit aber folgt aus dem Nebeneinanderstellen der beiden Merkmale: „selbständige Gewerbetreibende“ und „in eigenen Betriebsstätten“, daß das Gesetz in eigener Betriebsstätte für fremde Rechnung beschäftigte Personen kennt, die nicht selbständige Gewerbetreibende sondern Lohnarbeiter (Außenarbeiter, Heimarbeiter, detachierte Arbeiter) sind, wie denn auch diese Klasse in § 2 Z. 4 K. V. G. in der ursprünglichen Fassung ausdrücklich Erwähnung gefunden hatte.

Zwischen diesen beiden letzteren Gruppen, einerseits der Heimarbeiter, anderseits der ausschließlich für bestimmte größere Geschäfte liefernden aber selbständigen Betriebe mittlerer Stufe stehen die Hausgewerbetreibenden. In der großen Mehrzahl der Fälle läßt sich das eigentümliche Wesen ihrer Stellung unschwer kennzeichnen (zu vgl. hierüber die Rev. E. 77, 133, 525, 545, 616, 768, 769, 956, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 181, 1892 S. 45, 1896 S. 361, 1897 S. 184, 590, 1899 S. 640, 641, 1902 S. 287). Sie haben die wirtschaftliche Abhängigkeit mit dem Lohnarbeiter, die persönliche Selbständigkeit mit dem Gewerbetreibenden gemein. Erstere zeigt sich darin, daß sie von einem anderen Gewerbetreibenden (Kaufmann, Fabrikanten, Fabrikkaufmann usw., auch einem Haus-

gewerbetreibenden nach den Rev. E. 678, 764, A. N. 1898 S. 559, 1899 S. 635) „beschäftigt werden", daß sie auf Rechnung eines Dritten arbeiten, der einerseits die geschäftliche Gefahr trägt, anderseits aber ihnen die Möglichkeit eigener Verwertung ihrer Erzeugnisse und damit der Erzielung eines Unternehmergewinns nimmt, ihnen vielmehr nur eine nach dem Stücke bemessene Vergütung zahlt, die sich wirtschaftlich wesentlich als Arbeitsentgelt darstellt. Dieses Verhältnis verschiebt sich auch dann nur wenig, wenn der Hausgewerbetreibende die Rohstoffe selbst beschafft und in dem für die abgelieferte Ware gezahlten Preise auch den Stoffwert erstattet erhält (Hausindustrie auf Grundlage des Kaufsystems). Die Tätigkeit für fremde Rechnung bringt es weiter mit sich, daß der im allgemeinen wirtschaftlich mächtigere Auftraggeber die Art der Herstellung, die Lieferzeiten und sonstige Bedingungen einseitig vorzuschreiben in die Lage gesetzt wird.

Der hieraus entspringenden, oft recht empfindlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit steht jedoch die persönliche Selbständigkeit gegenüber, die der in der eigenen Betriebsstätte Tätige im Vergleiche mit der Stellung des Fabrikarbeiters usw. genießt. Ohne räumliche Trennung der Arbeitsstätten des Beschäftigten und des Auftraggebers ist diese Selbständigkeit nicht denkbar. Bei gemeinsamer Wohnung ist daher, selbst wenn ein Wohnungsrecht des Beschäftigten besteht, ein Hausgewerbeverhältnis ausgeschlossen (Rev. E. 616, A. N. 1897 S. 590). In der eigenen Werkstatt ist dagegen der Beschäftigte alleiniger Herr, er bestimmt Beginn und Ende, Umfang und Reihenfolge der Arbeit und ist einer Leitung, Disziplin oder Beaufsichtigung nicht unterworfen. Dem Auftraggeber kann es im allgemeinen gleichgültig sein, wer die Arbeit verrichtet, namentlich im Bereiche der gewerblichen Massenherstellung, dem bevorzugten Gebiete des Hausgewerbebetriebs. Demgemäß bleibt dem Hausgewerbetreibenden die Heranziehung von Hilfskräften überlassen. Dieser behält die Geschlossenheit des Familienlebens und damit die Möglichkeit, seine Angehörigen, namentlich auch solche mit beschränkter Arbeitskraft, wie Kinder und alte Leute, bei der Ausführung der übernommenen Aufträge zu beteiligen. Auch ist er im allgemeinen nicht gehindert, Aufträge von verschiedenen Seiten entgegenzunehmen. Ferner sind die Bestellungen in der Regel nur Einzelaufträge, nach ihrer Erledigung ist keine der Geschäftsparteien gehalten, das Verhältnis fortzusetzen oder wieder aufzunehmen, es besteht kein fester Vertrag und keine Kündigungsfrist, wenn sich auch tatsächlich nicht selten dauernde Beziehungen herausbilden.

In dem letztgedachten Punkte zeigt sich ein wichtiger grundsätzlicher Unterschied im Vergleiche mit der Stellung eines Akkordaußenarbeiters. Auch bei diesem kann, wenn auch weniger aus Gründen, die im Wesen seines Arbeitsverhältnisses liegen, als wegen zufälligerer äußerer Umstände, die Einwirkung des Arbeitgebers hinsichtlich der Arbeitsausführung ähnlich wie bei dem Hausgewerbetreibenden ganz zurücktreten. Gleichwohl bleibt er von seinem Arbeitgeber regelmäßig insofern persönlich abhängig, als dieser gegen ihn den rechtlichen Anspruch auf weitere Arbeitsleistungen, übrigens auch die Befugnis besitzt, jederzeit in die Arbeitsausführung einzugreifen (zu vgl. Rev. E. 133, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 45).

Für die Abgrenzung gegenüber der unselbständigen Außenarbeit handelt es sich darum, inwieweit alle diese in den Regelfällen gegebenen Umstände die Bedeutung begriffswesentlicher Merkmale haben. Dies läßt sich nicht allgemein bestimmen, immerhin kann es z. B. nicht ausschlaggebend sein, ob tatsächlich Hilfskräfte beschäftigt werden, ob keinerlei Aufsicht stattfindet, ob die hausgewerbliche Beschäftigung in einem einzelnen Gewerbe verbreitet ist und dgl. mehr. Liegen im übrigen die gesetzlichen Hauptmerkmale der Tätigkeit in eigener Betriebsstätte und der Beschäftigung für Rechnung eines anderen Gewerbetreibenden vor, so wird der Regel nach auch die persönliche Selbständigkeit gegeben und damit der Begriff des Hausgewerbes erfüllt sein. Hiervon ausgehend hat die Rechtsprechung im allgemeinen nur für diejenigen Fälle die Annahme eines versicherungspflichtigen Heimarbeitsverhältnisses zugelassen, in denen das Arbeiten in eigner Betriebsstätte auf mehr zufällige und vorübergehende Gründe zurückzuführen war (Raummangel, z. B. infolge unerwarteter Ausdehnung des Betriebs, Behinderung des Arbeiters durch persönliche Umstände, wie Krankheit). Beispielsweise wurden als Heimarbeiter für versicherungspflichtig erachtet ein Schlosser, der zeitweise wegen eines Fußleidens zu Hause mit ausnahmsweise von der Fabrik geliefertem Werkzeug arbeiten durfte, vorher und nachher aber Fabrikarbeiter war, und ein Schneider, der von seinem Meister im Tagelohn und nur deshalb zu Hause beschäftigt wurde, weil er nicht mit den jugendlichen Arbeitern des Geschäftsherrn zusammenkommen mochte. Der Umstand, daß der Arbeitgeber sich ab und zu von dem ordnungsmäßigen Gange der Arbeit überzeugt oder daß der Beschäftigte einzelne Arbeiten, zu denen ihm die Einrichtungen fehlen, bei dem Auftraggeber

vornimmt, reicht im allgemeinen nicht aus, um ein Heimarbeiterverhältnis festzustellen (Rev. E. 769, 956, A. N. 1899 S. 641, 1902 S. 287).

Hausgewerbe der Textilindustrie und Tabakfabrikation. 33a. Die im Hausgewerbe beschäftigten Personen sind im allgemeinen nicht versicherungspflichtig; der Bundesrat ist jedoch nach § 2 Abs. 1 Z. 2 des J. u. A. V. G. und des J. V. G. befugt, die Versicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende für bestimmte Berufszweige zu erstrecken, und zwar entweder allgemein oder mit Beschränkung auf gewisse Bezirke. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat in bezug auf die Textilindustrie und die Tabakfabrikation Gebrauch gemacht. Da den betreffenden Vorschriften eine örtliche Beschränkung nicht gegeben worden ist, so ist der räumliche Bereich der J. V. hier derselbe wie nach dem J. V. G.

## A. Bekanntmachung, betr. die J. u. A. V. von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie vom $\frac{\text{1. März 1894}}{\text{9. November 1895}}$ (A. N. J. u. A. V. 1894 S. 87, 1895 S. 263).

I. Die Textilindustrie umfaßt alle auf die Verarbeitung von Gespinnstfasern, für sich allein oder in Verbindung mit anderem Material, gerichteten gewerblichen Zweige, und zwar ohne Beschränkung hinsichtlich der zur Anwendung kommenden Technik, also nicht nur die Herstellung von Zeugen oder Stoffen aus Garn und Wolle und dgl., sondern auch beispielsweise die Gummi- und Haarflechterei, die Posamentenfabrikation, die Seilerei und Reepschlägerei (Rev. E. 428, 429, 679, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 218, 219, 1898 S. 560). Bei Erlaß des Bundesratsbeschlusses hat aber nicht die Absicht bestanden, die Versicherungspflicht auf die hausgewerbliche Beschäftigung in sämtlichen Berufszweigen der Textilindustrie auszudehnen, vielmehr ist mit Rücksicht auf die noch nicht weit reichenden Erfahrungen auf dem Gebiete der J. V. sowie auf die in verschiedenen Geschäftszweigen ungünstige Lage der Hausindustrie und die durch ihre Unterstellung unter die Versicherung bedingte erhebliche Belastung die Ausdehnung der Versicherung nur insoweit erfolgt, als es den Wünschen der beteiligten Kreise entsprach und als ein wirtschaftliches Bedürfnis dafür nachgewiesen war. Diese Absicht der Beschränkung kommt auch in der Ueberschrift des Bundesratsbeschlusses zum Ausdruck, insofern dieser danach nicht die Versicherungspflicht „der" Hausgewerbetreibenden, sondern „von" Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie regeln will. Der Bundesratsbeschluß bezieht sich demnach nur auf diejenigen Gruppen der in der Textilindustrie hausgewerblich beschäftigten Personen, die von seinem Wortlaute bei strenger Auslegung erfaßt werden (Rev. E. 424, 425, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 214, 215).

II. Den Begriff des Hausgewerbetreibenden umschreibt der Bundesratsbeschluß lediglich mit den im Gesetze selbst angegebenen Begriffsmerkmalen; es kann deshalb in dieser Beziehung im allgemeinen auf die Ausführungen unter Z. 33 verwiesen werden. Hervorzuheben ist noch folgendes: Als für eigene Rechnung tätig sind mehrfach Personen, die eine an sich unter den Bundesratsbeschluß fallende Beschäftigung ausübten, angesehen worden, weil sie ihre Dienste einem nicht beschränkten Kreise wechselnder Auftraggeber zur Verfügung stellten, so Aufbäumer (das Aufbäumen besteht in dem Aufwinden der Kette auf einen zylinderförmigen Baum in der Weise, daß alle Fäden gleichmäßig nebeneinander liegen und eine Fläche bedecken, die der Breite des zu webenden Stoffes nahezu gleich ist, Rev. E. 484, A. N. 1896 S. 176) und Andreher oder Vorrichter (sie besorgen das Einziehen der Fäden in das Geschirr und das Anknüpfen der Fäden an die nach dem Abschneiden eines Webstücks verbliebenen Wollfadenenden, Rev. E. 610, 681, 836, A. N. 1897 S. 517, 1898 S. 562, 1900 S. 719, zu vgl. unter Z. 41). Für eigene Rechnung webt auch derjenige, der die Ware im eigenen Hausierhandel vertreiben will (Rev. E. 617, A. N. 1897 S. 590). Anderseits ist es zur Annahme einer Beschäftigung für fremde Rechnung nicht erforderlich, daß der Besteller die Ware selbst weiter veräußert, es genügt vielmehr jede für seine Rechnung erfolgende gewerbliche Verwertung, also auch der Verbrauch der Ware in seinem Gewerbebetriebe (Weben von Leinwand, die in der Fabrik des Auftraggebers zu Arbeitsschürzen, Maschinenhüllen, Putzlappen verwendet wird, Rev. E. 545, a. a. O. S. 184). Nach ausdrücklicher Bestimmung wird die Versicherungspflicht dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Hausgewerbetreibenden die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschaffen.

III. Die Versicherungspflicht besteht auch für die Zeit, während welcher die Hausgewerbetreibenden vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten; es wird also eine an sich nicht versicherungspflichtige Arbeit wegen ihrer im Vergleiche zur versicherungspflichtigen Tätigkeit untergeordneten Bedeutung mit für versicherungspflichtig erklärt. Demgemäß ist in einem Falle, wo eine mehrjährige dauernde

Tätigkeit für Fabrikanten infolge des Fehlens von Aufträgen für acht Wochen ausgesetzt worden war, auch für diese Zeit, die der Beschäftigte zum Weben für eigene Rechnung benutzt hatte, die Versicherungspflicht bejaht worden (Rev. E. 617, A. N. 1897 S. 590). Diese Bestimmung findet ihr Gegenstück im Abs. 3a der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses, wonach Personen, welche das Geschäft regelmäßig für eigene Rechnung betreiben und nur gelegentlich von anderen Gewerbetreibenden für deren Rechnung beschäftigt werden, auch hinsichtlich dieser letzteren Beschäftigung nicht der Versicherung unterliegen. Für die in der Mitte zwischen diesen Grenzen liegenden Fälle, in denen weder die eine noch die andere Art der Tätigkeit schlechthin überwiegt, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu prüfen, welcher von beiden Grundsätzen Anwendung zu finden hat. Die Versicherungspflicht ist verneint worden in einem Falle, wo die an sich versicherungsfreie und die an sich versicherungspflichtige Arbeit sich die Wage hielten und keine von beiden die wirtschaftliche Stellung des Arbeitenden in ausschlaggebender Weise bestimmte (Rev. E. 562, A. N. 1897 S. 288).

IV. Die Abgrenzung der der Versicherung unterstehenden Berufszweige ist in der Weise erfolgt, daß in dem Abs. 1 der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses die Beschäftigung in bestimmten Arten der Herstellung von Textilwaren, nämlich in der Weberei und in der Wirkerei, einschließlich der Maschinenstrickerei, für versicherungspflichtig erklärt wird. Diese Begriffe sind in ihrem technischen, nicht in einem anderen vielleicht verkehrsüblichen Sinne zu verstehen; dies entspricht der Notwendigkeit, den Bundesratsbeschluß hinsichtlich des Kreises der von ihm erfaßten Personen überhaupt streng auszulegen, und folgt auch daraus, daß ein besonderer Zweig der Textilindustrie, nämlich die Maschinenstrickerei, neben der Weberei und der Wirkerei als Teil des letzteren als versicherungspflichtig noch besonders hervorgehoben ist. Dafür, ob eine Herstellungsart unter die bezeichneten Begriffe fällt oder als ein selbständiger Zweig der Textilindustrie anzusehen ist, kann auch seine geschichtliche Entwicklung, sei es im allgemeinen, sei es auf einem örtlich beschränkten Gebiete, wichtig sein (Rev. E. 424, 425, 428, A. N. J. u. A. V. 1895, S. 214, 215, 218). Die Begriffe der Weberei und der Wirkerei hat die Rechtsprechung in folgender Weise bestimmt: Weberei ist die Herstellung von Geweben, d. i. von flächenartig ausgedehnten Erzeugnissen mittels rechtwinkliger Durchkreuzung der Ketten- und der Schußfäden (Rev. E. 424 a. a. O.); Wirkerei ist die Herstellung von Maschengeweben durch eigenartige Verschlingung eines Fadens mit sich selbst oder mehrerer parallel gehender Fäden untereinander (Rev. E. 424), indem nämlich der Faden nach der Breite des Gewirkes hin in Schleifenform gelegt, über die Schleifen eine Reihe fertiger Maschen abgeschlagen und erstere zu neuen Maschen eingeschossen werden (Rev. E. 1224, A. N. 1905 S. 471). Danach sind nicht versicherungspflichtig: die Klöppelei (Anfertigung gewebeartiger, durchbrochener Gebilde mittels Verschlingung oder Verflechtung einer größeren Anzahl von Fäden, Rev. E. 424, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 214), die Riemendreherei (Verschlingung der Fäden mittels Drehung nach links und rechts und Durchführung von oben nach unten auf besonders eingerichteten Maschinen, den Riementischen, Rev. E. 425, a. a. O. S. 215), die Seilerei (Verflechtung und Drehung von Fäden des Rohprodukts, Rev. E. 427, 429, a. a. O. S. 218, 219), die Stickerei (Durchziehen flächenförmig ausgedehnter Körper mit textilen oder Metallfäden dergestalt, daß auf der Oberfläche der ersteren durch Aneinanderreihung geradliniger Fadenlagen oder mannigfach gestalteter Fadenschleifen Linien- oder Flächenmuster entstehen, Rev. E. 485, A. N. 1896 S. 177), die Häkelei (Herstellung eines Maschengewebes, indem, wie beim Stricken, nacheinander Masche neben Masche gefertigt und jede neue Schlinge durch eine alte Masche gezogen wird, Rev. E. 1224, a. a. O. 1905 S. 471). Für den Begriff der Weberei ist die Verwendung eines förmlichen Webstuhls nicht erforderlich, vielmehr ist auch für versicherungspflichtig erachtet worden die Herstellung schmaler Borden auf einem Wirkbrette, wobei zwischen eine je nach der Breite des Fabrikats sich bestimmende Zahl von Kettenfäden, die in einem sogenannten Wirkrahmen ausgespannt waren, mit einem sogenannten Wirkmesser rechtwinklig laufende Fäden eingeschossen wurden (Rev. E. 429, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 219). Es brauchen auch nicht lediglich Gespinnstfasern verarbeitet zu werden (Holzdrahtweberei: Holzstreifen werden als Einschuß in eine aus Gespinnstfäden bestehende, auf den gewöhnlichen Webstuhl aufgezogene Kette eingefügt, Rev. E. 428 a. a. O. S. 218). Die Weberei beschränkt sich ferner nicht auf die Herstellung von Stoffen für Bekleidungszwecke oder auf die Verfertigung größerer Flächenerzeugnisse, umfaßt also auch die Gurtweberei (Rev. E. 427 a. a. O. S. 218; zu vgl. auch die Rev. E. 429). Anderseits muß aber eine wirkliche, auf die Dauer berechnete Verbindung der verwendeten Fäden zu einem neuen selbständigen Erzeugnisse beabsichtigt sein; dies trifft nicht zu beim Mustereinlesen (Schaffung einer besonderen Vorrichtung zur Bedienung der Kartenschlagmaschine, die ihrerseits die zur Ausrüstung des Webstuhls gehörigen durchlochten Karten liefert Rev. E. 925, A. N. 1901 S. 609). Unerheblich ist

es, ob das durch Weben oder Wirken gewonnene Erzeugnis eine Bearbeitung und Verarbeitung in Verbindung mit anderen Stoffen erfährt (Verwendung gewebter Borden bei der Anfertigung von Netzen, also von Seilerwaren, Rev. E. 429, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 219), und ob die fertige Ware im Verkehr überhaupt noch der Textilindustie zugezählt wird (gewirkte Handschuhteile werden zu ganzen Handschuhen zusammengenäht, Rev. E. 426, a. a. O. S. 216).

V. Die Versicherungspflicht ist ferner auf gewisse, mit den Hauptarbeiten im Zusammenhange stehende, sie unterstützende und ergänzende Nebenarbeiten ausgedehnt worden, und zwar einmal auf Arbeiten, die der Fertigstellung des Erzeugnisses voraufgehen, die sogenannten Vorarbeiten (Abs. 2a der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses), sodann auf die weitere Bearbeitung und Verarbeitung des Erzeugnisses, die sogenannten Nacharbeiten (Abs. 2b).

Versicherungspflichtig sind nach dem ersten Teile dieser Bestimmung diejenigen Nebenarbeiten, welche zur Herstellung der Erzeugnisse — und zwar nach der ursprünglichen Fassung: zur Herstellung der Gewebe und Wirkwaren — nach der erweiterten Fassung: zur Herstellung von Geweben, Gewirken und sonstigen Erzeugnissen der Textilindustrie — erforderlich sind. Damit sind — hier wird zunächst von der ursprünglichen Fassung der Bestimmung ausgegangen — nicht sämtliche Verrichtungen gemeint, deren es bedarf, um einen auf dem Web- oder Wirkstuhle gefertigten Stoff für den allgemeinen Gebrauch in Handel und Wandel herzurichten, sondern nur diejenigen Hantierungen, die ein Zubehör des Webens und Wirkens sind und mit diesen Verrichtungen in einem unmittelbaren, durch das Wesen des Herstellungsvorganges gebotenen Zusammenhange stehen, insbesondere — wie die vom Bundesrat erwähnten Beispiele (Spulerei, Treiberei, Schererei, Schlichterei) erkennen lassen — die verschiedenen Bearbeitungen des Materials, die einer ordnungsmäßigen Inbetriebsetzung des Web- oder Wirkstuhls vorangehen müssen (Rev. E. 426, 430, 925, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 216, 220, 1901 S. 609). „Spulen" („Treiben") ist das Ueberwickeln des Schuß- und Kettengarns vom Strähn auf die Spuhle; „Scheren": die Herstellung der Kette aus dem aufgespulten Garne; „Schlichten": das Stärken und Glätten der Kettenfäden. Wie unter „Geweben" die auf dem Webstuhle hergestellten Erzeugnisse zu verstehen sind, so bezeichnet „Wirkware" den Stoff in dem Zustand, in dem er den Wirkstuhl verläßt (Rev. E. 426), bedeutet also dasselbe, wie der in der Fassung vom 9. November 1895 angewendete Ausdruck „Gewirk". Nebenarbeiten in diesem Sinne sind also an sich das Aufbäumen, das Andrehen und das Vorrichten (Rev. E. 484, 610, 681, 836, A. N. 1896 S. 176, 1897 S. 517, 1898 S. 562, 1900 S. 719, zu vgl. auch das oben über diese Tätigkeiten Gesagte), dagegen nicht diejenigen Hantierungen, die nicht zur Bearbeitung oder Zubereitung der zu verwebenden Fäden gehören, sondern der Herrichtung des Webegeräts dienen, wie die Herstellung der Webekämme (Rev. E. vom 25. Februar 1896 Z. 507, A. N. 1896 S. 293), das Geschirrmachen (Rev. E. vom 18. März 1896 a. a. O.), oder die auf das Zurechtmachen des Harnischs bezüglichen Verrichtungen des Bleiknöpfens (Rev. E. vom 9. März 1896 a. a. O.) und des Klöppelanschlingens (Rev. E. 522, A. N. 1896 S. 359). Der Zusammenhang mit dem Weben fehlt auch beim Mustereinlesen, das nicht zur Bedienung des Webstuhls gehört, durch das vielmehr eine zum Betriebe der Kartenschlagmaschine erforderliche Vorrichtung geschaffen wird, während erst diese Maschine die zur Ausrüstung des Webstuhls selbst gehörigen durchlochten Karten liefert (Rev. E. 925, A. N. 1901 S. 609). Zu den versicherungspflichtigen Nebenarbeiten gehören ferner nicht die der Herstellung des Garnes dienenden Verrichtungen, wie das Spinnen (die Bildung des Garnfadens durch Zusammendrehung von Rohfasern), das auch von dem Weben und Wirken in der Regel durch andere die unmittelbare Herrichtung des Materials für die Verarbeitung bezweckende Arbeiten getrennt wird, und das sich zu einem völlig selbständigen Zweige der Textilindustrie entwickelt hat (Rev. E. 543, A. N. 1897 S. 183), und das Weifen (die Herstellung von Garnsträhnen, Rev. E. 926, A. N. 1901 S. 610). Nicht versicherungspflichtig ist das Flammen (eine Art des Färbens), weil es wie das Färben überhaupt oder das Bedrucken zur Herstellung des Gewebes nicht erforderlich ist (Rev. E. 680, A. N. 1898 S. 561).

Nebenarbeiten sind, sofern sie nicht von den Webern oder Wirkern selbst ausgeführt werden, nur dann versicherungspflichtig, wenn sie mit deren Leistungen in einem Zusammenhange, sei es sachlicher, sei es persönlicher Art, stehen, wenn sich also die Hauptarbeit unmittelbar an die Vorarbeiten anschließt, oder beide Arten von Arbeiten für denselben Auftraggeber vorgenommen werden (Rev. E. 430, 439, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 220, 231). Umfaßt der Gewerbebetrieb des Auftraggebers außer der Weberei und Wirkerei noch andere Geschäftszweige, so ist zu prüfen, ob die hausgewerblichen Arbeitsleistungen tatsächlich der Weberei oder Wirkerei dienen; finden sie für mehrere Geschäftszweige Verwendung, so

sind sie, entsprechend den auf dem Gebiete der Unfallversicherung geltenden Grundsätzen (zu vgl. Handbuch der Unfallversicherung Anmerkung 65 Abs. 5 bis 7 zu § 1 U. V. G.) demjenigen zuzurechnen, dem sie nach den Verhältnissen des Gesamtbetriebs hauptsächlich zu dienen bestimmt sind. (Spulen für eine Posamentenfabrik, Rev. E. 679 Abs. 4, A. N. 1898 S. 560; Spulen für die Gurtweberei eines Seilerwarenfabrikanten, Rev. E. 427, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 218; Zwirndrehen für einen hauptsächlich Weberei und Wirkerei, nebenher auch Riemendreherei und Garnhandel betreibenden Auftraggeber, Rev. E. 439, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 231.)

Der Abs. 2a der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses bezieht sich nicht nur, wie es nach den Eingangsworten scheinen könnte, auf Nebenarbeiten, die von den und für die im Abs. 1 bezeichneten Personen verrichtet werden, sondern schlechthin auch auf die Tätigkeit für Fabriken. Im Abs. 2a ist die Versicherungspflicht auch nicht, wie im Abs. 2b, an die Bedingung geknüpft, daß die Arbeit in den Betriebsstätten der Hausweber oder Hauswirker nebenher ausgeführt werde.

VI. In der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1894 erfaßt der Bundesratsbeschluß die Vorarbeiten nur dann, wenn die durch sie vorbereiteten Hauptarbeiten zur Weberei oder Wirkerei zu rechnen sind, also ist z. B. das Spulen für die Maschinenstrickerei oder die Riemendreherei nicht versicherungspflichtig (Rev. E. 485, 679, A. N. 1896 S. 177, 1898 S. 560). Nun wird aber die Spulerei im Hausgewerbe von denselben Personen nicht nur für Zwecke der Weberei und Wirkerei, sondern auch für andere Betriebszweige verrichtet (besonders bei den sogenannten Barmer Artikeln); diese Spuler sind also je nach der Verwendung, die ihr Arbeitserzeugnis findet, bald versicherungspflichtig, bald nicht; es läßt sich aber häufig nicht im voraus beurteilen, welches diese Verwendung sein wird. Der Bundesrat hat deshalb in der Bekanntmachung vom 9. November 1895 dem Beschluß eine Fassung gegeben, durch die auch die zur Herstellung von anderen Erzeugnissen der Textilindustrie, als von Geweben und Gewirken, erforderlichen Nebenarbeiten der Versicherungspflicht unterworfen werden. Damit ist nicht die hausgewerbliche Tätigkeit in sämtlichen Zweigen der Textilindustrie selbst für versicherungspflichtig erklärt, vielmehr ist nur der Kreis der versicherungspflichtigen Nebenarbeiten erweitert worden, und auch das nicht durch das Hinzutreten neuer Arten von Nebenarbeiten, sondern lediglich durch die Ausdehnung der Verwendungszwecke, die die Anwendung der Bestimmung begründen (Rev. E. 522, 543, 679, A. N. 1896 S. 359, 1897 S. 183, 1898 S. 560). Die Vorarbeiten der Riemendreherei sind also jetzt versicherungspflichtig, während bezüglich der Riemendreherei selbst keine Aenderung des Rechtszustandes eingetreten ist; auch die Spinnerei ist nach wie vor nicht versicherungspflichtig. Die Bekanntmachung vom 9. November 1895 stellt sich nicht als eine authentische Deklaration der Bekanntmachung vom 1. März 1894 dar; demgemäß bewendet es für die zeitlich vor dem Tage ihres Inkrafttretens, d. i. dem 1. Januar 1896, liegenden Beschäftigungen bei dem durch die ursprüngliche Fassung des Beschlusses geschaffenen Rechtszustande.

VII. Die Versicherungspflicht erstreckt sich ferner auf die weitere Bearbeitung und Verarbeitung der Gewebe und Wirkwaren; der Bundesratsbeschluß erwähnt als Beispiele die Appretierung und Konfektion. Es gehören ferner hierher das Zusammennähen gewirkter Handschuhteile, das Rauhen von Barchentgeweben, das Stückputzen oder Pflücken von Seidengeweben, das Bandputzen, das Noppen, das Walken (Rev. E. 426, 452, 544, 766, 837, 988, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 216, 244, 1897 S. 183, 1899 S. 637, 1900 S. 721, 1902 S. 501). Die Begriffe „Gewebe" und „Wirkwaren" sind in dem oben erläuterten Sinne zu verstehen; demgemäß sind z. B. Nacharbeiten zu Erzeugnissen der Riemendreherei, wie das Haspeln (Aufmachen zu versandfähigen Stücken) nicht versicherungspflichtig (Rev. E. 425, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 215). Es handelt sich hier um Verrichtungen, die mit der Weberei und Wirkerei an sich nichts zu tun haben und auch überwiegend nicht von den mit dem Weben und Wirken beschäftigten, sondern von anderen Personen ausgeführt werden; ein Bedürfnis zur Erstreckung der Versicherungspflicht besteht also nur insofern, als die Hausweber und -wirker selbst nebenher jene Nacharbeiten besorgen oder sie durch das von ihnen beschäftigte Personal fertigen lassen. Deshalb ist die Versicherungspflicht der Nacharbeiten an die Bedingung geknüpft worden, daß sie in den Betriebsstätten der Hausweber oder Hauswirker nebenher, d. h. neben der Tätigkeit des Webens oder Wirkens, ausgeführt werden (Rev. E. 426, 544, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 216, 1897 S. 183). Diese Bedingung ist da nicht erfüllt, wo die Nacharbeit die einzige gewerbliche Tätigkeit des Beschäftigten bildet (Rev. E. 426, 544, 766, 837, 988, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 216, 1897 S. 183, 1899 S. 637, 1900 S. 721, 1902 S. 501). Anderseits ist der Umstand, daß eine an sich als Nacharbeit anzusehende Verrichtung in der Betriebsstätte eines Hauswebers oder -wirkers ausgeführt wird, unerheblich, wenn sie

nicht mit dessen Tätigkeit im Zusammenhange steht, vielmehr auf einem unmittelbaren Arbeitsverhältnisse zum Fabrikanten beruht (Rev. E. 544 a. a. O.).

VIII. Die Bestimmungen in den beiden ersten Absätzen der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses sollen nach Abs. 3 daselbst unter gewissen Voraussetzungen auf die in geringfügigem Umfange betriebene hausgewerbliche Tätigkeit keine Anwendung finden. Danach unterliegen der Versicherungspflicht nicht:

a. Personen, welche das Geschäft regelmäßig für eigene Rechnung betreiben und nur gelegentlich von anderen Gewerbetreibenden für deren Rechnung beschäftigt werden. Unter einer nur gelegentlichen Tätigkeit für fremde Rechnung wird eine solche zu verstehen sein, auf deren Wiederholung nach der Lage der Sache nicht gerechnet werden kann (vgl. Z. 11 dieser Anleitung unter IV, im übrigen auch unter II dort).

b. Versicherungsfrei sind Personen, welche in dem Betriebe des Hausgewerbes nur gelegentlich, oder zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und in so geringem Umfange tätig sind, daß der hieraus erzielte Verdienst zum Lebensunterhalte nicht ausreicht und zu den Versicherungsbeiträgen nicht in entsprechendem Verhältnisse steht. Diese Bestimmung entspricht, wenn auch nicht wortgetreu, der in Z. 1b des Bundesratsbeschlusses, betreffend die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht, vom 27. Dezember 1899; es sind deshalb die bei deren Auslegung aufgestellten Grundsätze auch hier zu verwerten. Ueber den Begriff der gelegentlichen Beschäftigung vgl. den vorigen Absatz. Die in regelmäßiger Wiederkehr verrichteten hausgewerblichen Arbeiten sind nur dann versicherungsfrei, wenn die Erfordernisse der Geringfügigkeit der Tätigkeit und der Geringfügigkeit des Arbeitsverdienstes beide gegeben sind. Auch bedingen sich diese Erfordernisse nicht gegenseitig, sondern stehen unabhängig nebeneinander. Was als geringfügige Tätigkeit und was als geringfügiger Arbeitsverdienst anzusehen ist, läßt sich nur unter Würdigung aller Umstände des Einzelfalls bestimmen; einen Anhalt bietet hinsichtlich des Arbeitsverdienstes der Vergleich mit dem dritten Teile des üblichen Lohnes; dabei kommt es für die mit Weberei und Wirkerei beschäftigten Personen nicht auf den von gewöhnlichen Tagelöhnern, sondern auf den von Webern und Wirkern, und zwar einschließlich der in Fabriken arbeitenden, in derselben Gegend verdienten Durchschnittslohn an (E. 1167, A. N. 1904 S. 529). Ein berufsmäßiger Hausgewerbetreibender, der ohne seinen Beruf als solchen aufzugeben, zeitweise nur in einem geringfügigen Umfang und gegen ein geringfügiges Entgelt hausgewerblich tätig ist, ist auch für diese Zeit versicherungspflichtig (Rev. E. 766, A. N. 1899 S. 637). Da in Z. 1 Abs. 3b des Bundesratsbeschlusses vom $\frac{\text{1. März 1894}}{\text{9. November 1895}}$ das in Z. 1 des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1899 enthaltene Merkmal fehlt, daß die geringfügige Arbeit „von solchen Personen, welche berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten" ausgeführt sein müsse, so wird die Versicherungspflicht einer an sich geringfügigen und nebenher betriebenen hausgewerblichen Tätigkeit nicht dadurch begründet, daß außerdem eine nach dem J. V. G. versicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt (Rev. E. 578, A. N. 1897 S. 335), wie auch umgekehrt Lohnarbeit, die nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt neben einer an sich versicherungspflichtigen hausgewerblichen Arbeit verrichtet wird, nicht dadurch versicherungspflichtig wird (Rev. E. 618, A. N. 1897 S. 591, vgl. Z. 11 dieser Anleitung unter III).

c. Nicht versicherungspflichtig ist die hausgewerbliche Beschäftigung von Personen, welche in einem anderen, die Versicherungspflicht begründenden regelmäßigen Arbeits- oder Dienstverhältnisse zu bestimmten Arbeitgebern stehen und, ohne dieses Verhältnis zu unterbrechen, das Hausgewerbe nur nebenher, sei es regelmäßig, sei es nur gelegentlich, betreiben. Die Vorschrift entspricht der in Z. 2 des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1899; einen Fall ihrer Anwendung behandelt die Rev. E. 683b, A. N. 1898 S. 566; vgl. im übrigen Z. 11 dieser Anleitung unter VI.

IX. Der Bundesratsbeschluß vom 1. März 1894 ist am 2. Juli desselben Jahres, der vom 9. November 1895 am 1. Januar 1896 in Kraft getreten.

## B. Bekanntmachung, betr. die Erstreckung der Versicherungspflicht nach dem J. u. A. V. G. auf die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation, vom 16. Dezember 1891 (A. N. J. u. A. V. 1892 S. 7).

Der Bundesratsbeschluß bezieht sich nach seiner Ueberschrift auf die Hausgewerbetreibenden „der" Tabakfabrikation, erfaßt also alle Zweige der letzteren. Damit ist aber nicht jede im Auftrag eines Tabakfabrikanten erfolgende hausgewerbliche Beschäftigung für versicherungspflichtig erklärt worden;

vielmehr sind nach Z. 1 Abs. 1 des Beschlusses nur die mit der Herstellung oder Bearbeitung von Tabakfabrikaten, d. h. von wenigstens zum Teil aus Tabak hergestellten Erzeugnissen, beschäftigten Personen versicherungspflichtig. Auch der Bundesratsbeschluß vom 16. Dezember 1891 ist hinsichtlich der Abgrenzung der versicherungspflichtigen Personenkreise streng auszulegen (Rev. E. 338, A. N. J. u. A. B. 1894 S. 91).

Der Begriff der hausgewerblichen Beschäftigung ist hier in derselben Weise umschrieben, wie in § 2 des Gesetzes und Z. 1 des Beschlusses vom $\frac{\text{1. März 1894}}{\text{9. November 1895}}$ (E. 1202, A. N. 1905 S. 434); es kann deshalb auf die bezüglichen Ausführungen unter A. verwiesen werden. Zu bemerken ist, daß als Hausgewerbetreibende u. U. auch die sogenannten Kommissionsfabrikanten oder Kommissionswerkmeister anzusehen sind (Rundschreiben vom 5. Juli 1899, A. N. 1899 S. 633, E. 1009, A. N. 1902 S. 551).

Hinsichtlich der Befreiung der in geringfügigem Umfange betriebenen hausgewerblichen Beschäftigung von der Versicherungspflicht enthält Abs. 2 der Z. 1 des Bundesratsbeschlusses eine mit Abs. 3a der Z. 1 des Beschlusses vom $\frac{\text{1. März 1894}}{\text{9. November 1895}}$ übereinstimmende Vorschrift. Dagegen fehlen Vorschriften, wie sie der letztere Beschluß in Abs. 3b, c der Z. 1 enthält. Da nicht beabsichtigt sein kann, jede noch so unbedeutende für Rechnung anderer im Hausgewerbe erfolgende Beschäftigung, abgesehen von dem bezeichneten Falle, der Versicherungspflicht zu unterstellen, so werden die Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses, betreffend die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht, vom 27. Dezember 1899 auf das Hausgewerbe in der Tabakfabrikation sinngemäß anzuwenden sein.

Der Beschluß vom 16. Dezember 1891 ist am 4. Januar 1892 in Kraft getreten.

*Lohnarbeit und selbständige Erwerbstätigkeit.*

34. Unter den mannigfaltigen Gesichtspunkten, die je nach Lage des Falles für die Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit in Betracht kommen, sind namentlich die folgenden von allgemeinerer Bedeutung:

a. Wer sich einem fremden Betriebe, Haushalt usw. derart einordnet, daß er Tätigkeiten verrichtet, die nach der herkömmlichen Auffassung zu den notwendigen Geschäften jenes Betriebs usw. gehören, ist damit im allgemeinen unselbständiger Arbeiter; er begibt sich unvermeidlich seiner Bewegungsfreiheit, unterwirft sich vorhandenen Betriebseinrichtungen, überläßt es anderen, seine Arbeit zu regeln und über ihr Ergebnis zu verfügen.

Personen, die mit eigenem Gespanne Lasten befördern (Fuhrwerker, Hauderer), sind regelmäßig selbständige Gewerbetreibende, gliedern sie sich aber im Einzelfalle vollständig einem fremden Unternehmen, z. B. Bergwerksbetrieb, ein, so kann Versicherungspflicht eintreten (Rev. E. 333, A. N. J. u. A. B. 1894 S. 82). Leichenfrauen sind selbständig, dagegen versichert, wenn sie in einem Beerdigungsbetrieb angestellt sind (Rev. E. 276, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 128 Fall 2 und Rev. E. 639, A. N. 1898 S. 270). Dieselbe Erwägung spricht für die Versicherungspflicht der äußerlich ziemlich unabhängigen Winzer, Bauweingärtner, Baumwarte, die einen größeren Teil eines fremden landwirtschaftlichen Betriebs versehen (Rev. E. 125, 203, 269, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 36, 1893 S. 3, 116). Dagegen besorgen z. B. Viehschneider, Viehkastrierer — Rev. E. 271, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 118 —, Viehwäscher — Rev. E. 640, A. N. 1898 S. 272 —, kleine Handwerker auf dem Lande — Rev. E. 96, 236, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 12, 1893 S. 81 — einzelne abgegrenzte Leistungen besonderer Art, die nicht eigentlich zur Wirtschaft des Kunden gehören, sondern im allgemeinen als Gegenstand eines selbständigen Gewerbebetriebs angesehen werden.

b. Besteht die übernommene Leistung nicht nur in der Verrichtung von Arbeiten, sondern zu einem erheblichen Teile zugleich in einer Lieferung, die dem Beschäftigten nach eigenem Ermessen obliegt, oder wenigstens in der Vorhaltung wertvollerer Gegenstände oder Einrichtungen (z. B. Baugerüste, Brunnengestänge und Rohre, Fuhrwerk), so liegt regelmäßig nicht mehr Lohnarbeit, sondern ein mit Kapital ausgestatteter selbständiger Betrieb vor, die Vergütung ist dann nicht bloß Lohn, sondern enthält auch Kapitalersatz, Zins und Unternehmergewinn. Während also eine Frau, die als Gutsarbeiterin von dem Dienstherrn tagsüber mit der Beaufsichtigung der Kinder der auf Arbeit abwesenden Gutsleute beauftragt worden ist, als Lohnarbeiterin der Versicherungspflicht unterliegt (Rev. E. 760, A. N. 1899 S. 625), hat eine Frau, die gegen feste Vergütung die völlige Verpflegung von Ortsarmen in ihrem Hauswesen besorgt, als Unternehmerin zu gelten (Rev. E. 118, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 30). Weitere Anwendungsfälle unter Z. 36 (Baumwart), 37 (Gärtner), 47 (Kasinowirtin), 53 (Kochfrauen).

c. Auch außerhalb des Gebiets des Hausgewerbes (Z. 33) kommt dem Umstand, ob jemand in eigener Betriebsstätte oder Wohnung, also äußerlich losgelöst von dem Betrieb oder der Wirtschaft des Auftraggebers, unbeengt durch unmittelbare Einwirkung, mit der Möglichkeit freier Regelung der Dauer, Reihenfolge und Einteilung der Arbeiten, oder aber bei dem Auftraggeber unter dessen Augen tätig ist, Bedeutung für die Entscheidung der Frage zu, ob ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit gegeben ist. Namentlich gilt dies bei Tätigkeiten, die nicht (wie z. B. bauliche Ausbesserungen, Andrehen am Webstuhl) örtlich gebunden sind, vielmehr an sich ebensowohl bei dem Besteller wie bei dem Uebernehmer stattfinden können (zu vgl. Rev. E. 236, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 81 — Wäscherinnen, Plätterinnen, Näherinnen versicherungspflichtig hinsichtlich der Arbeit bei den Kunden, dagegen Unternehmer hinsichtlich häuslicher Beschäftigung, Rev. E. 78, a. a. O. 1891 S. 183 — Spinnen in eigener Behausung, insbesondere für wechselnde Auftraggeber, nicht versicherungspflichtig). Immerhin bedarf es, zumal eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Betonung des Arbeitsorts fehlt, im einzelnen Falle der Prüfung, ob nicht trotz der häuslichen Beschäftigung eine persönliche Gebundenheit obwaltet (Rev. E. 502, A. N. 1896 S. 270 — Schreiberin eines Notars versicherungspflichtig trotz Beschäftigung in der eigenen Wohnung, weitere Fälle Z. 39, 44 a. E.).

d. Einen besonders sichtbaren Ausdruck findet die persönliche Abhängigkeit da, wo der Auftraggeber bei der Arbeitsausführung im einzelnen mit leitenden Weisungen, Ueberwachung, Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsfolge, des anzuwendenden Verfahrens unmittelbar eingreift. Trifft derartiges zu, so wird demgemäß fast stets Lohnarbeit festzustellen sein. Indessen ist zweierlei zu beachten. Einmal dürfen nähere Bedingungen, wie sie der Besteller einer gewerblichen Leistung auch mit unzweifelhaft selbständigen Unternehmern vereinbart, nicht mit Anordnungen verwechselt werden, die der Dienst- oder Arbeitsherr kraft dieser seiner Stellung einseitig erteilt (zu vgl. Rev. E. 681, A. N. 1898 S. 562). Sodann aber darf die persönliche Abhängigkeit auch nicht etwa deshalb allein verneint werden, weil eine so augenfällige Unterordnung fehlt, wie sie vermöge dauernder persönlicher Berührung bei einem Dienstboten, einem in der Werkstatt tätigen Gesellen, einem Unterbeamten zutage tritt. Vielmehr kann u. U., namentlich durch räumliche Trennung, die Möglichkeit der persönlichen Einwirkung auf ein äußerst geringes Maß herabgesetzt werden; dies sind jedoch mehr zufällige Umstände, die das Wesen der Sache nicht beeinträchtigen (zu vgl. die Rev. E. 125, E. 1206, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 36, 1905 S. 437 — Winzer, Weingärtner eines abwesenden Weinbergbesitzers versicherungspflichtig, 296, a. a. O. 1893 S. 150 — Aufsichtsmann in der Marsch, der die Vieh- und Weidewirtschaft eines entfernt wohnenden Besitzers leitet, als Gehilfe, 293, a. a. O. 1893 S. 147 — Handlungsreisender, 220, a. a. O. 1893 S. 65 — Schiffsführer).

e. Hiermit hängt zusammen, daß es für die Frage nach der Versicherungspflicht wichtig wird, ob eine Beschäftigung besondere Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert oder nicht. Während gemeine Handarbeiten, die nur Körperkraft erheischen, von jedermann beaufsichtigt werden können, demnach regelmäßig in der Form der abhängigen Lohnarbeit erscheinen (zu vgl. Rev. E. 68, 272, 370, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 173, 1893 S. 118, 1894 S. 144 — Straßenkehrer, Steinklopfer, Steinbrecher), entzieht sich die Leistung des Facharbeiters, wenn er nicht im Betrieb eines Gewerbeunternehmers, sondern für private Kunden arbeitet, mehr oder weniger der Beaufsichtigung und Einwirkung des Auftraggebers. Er kann daher wesentlich nur einen Arbeitserfolg vertreten, während die Ausführung des Auftrags im einzelnen seinem Ermessen auf eigene Verantwortung überlassen bleibt. Diese Erwägung spricht namentlich für die Verneinung der Versicherungspflicht der Kleinmeister im Handwerke, die zwar keine Rohstoffe liefern, keine Gehilfen halten, häufig keine Werkstatt besitzen und ganz oder überwiegend bei den Kunden auf Tagelohn arbeiten, aber gleichwohl in dem bezeichneten Punkte sich wesentlich von den Lohnarbeitern unterscheiden (Rev. E. 96, 236, 681, 774, A. N. J. u. A. V, 1892 S. 12, 1893 S. 81, 1898 S. 562, 1899 S. 652, näheres s. Z. 42, 43).

f. Obwohl ein bindendes Vertragsverhältnis nicht unerläßlich ist (Z. 29), spricht es doch unter sonst gleichen Umständen mehr für Unselbständigkeit, wenn eine feste Vereinbarung mit zeitlicher Erstreckung in irgend welcher Art vorliegt, dagegen für Unternehmerstellung, wenn das Gegenteil der Fall, insbesondere nur eine Kette einzelner Aufträge nachweisbar ist. Beispielsweise ist es bei der Beurteilung der Stellung von Brotausträgerinnen, Geschäftsreisenden und ähnlichen Hilfspersonen von Bedeutung, ob sie mit Kündigung angenommen, oder ihre Beziehungen jederzeit lösbar sind (Rev. E. 282, 294, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 135, 148).

g. Im Vergleiche mit der Stellung desjenigen, der seine Dienste ausschließlich einer Person zur Verfügung stellt, ergibt sich naturgemäß eine gewisse Unabhängigkeit, die Möglichkeit der Ausübung eines eigenen Ermessens, sobald jemand zugleich für eine Mehrzahl von Auftraggebern tätig wird, wenn also die mehreren Beschäftigungsverhältnisse nebeneinander herlaufen, und es der freien Entschließung des Beschäftigten anheimgestellt werden muß, wie er den verschiedenen Ansprüchen hinsichtlich der Einteilung seiner Zeit usw. am besten genügt. Beispielsweise ist eine Botenfrau, die von Haus zu Haus Aufträge für Gänge nach anderen Ortschaften sammelt, selbständige Unternehmerin (Rev. E. 69, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 173), dagegen eine Person, die ausschließlich oder überwiegend nur für einen oder zwei Auftraggeber Botengänge besorgt, versicherungspflichtig (Rev. E. 316, a. a. O. 1893 S. 172). Aehnlich ist ein Kommis und Geschäftsreisender, der zu derselben Zeit immer nur für eine Firma tätig ist und daneben nicht für andere Geschäfte wirken darf, ein versicherungspflichtiger Handlungsgehilfe, dagegen ein gleichzeitig für eine ganze Anzahl von Kaufleuten beschäftigter Stadtreisender selbständiger Agent (Rev. E. 293, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 147). Weitere Beispiele in Z. 37 (Grabpflegerin), Z. 49 (Leistung von Fuhren), Z. 36 (Aufsichtsmänner).

Anderseits kommt jedoch, namentlich bei gewöhnlichen Handarbeitern, dem Umstand allein, daß die Arbeitsstelle häufig gewechselt wird, also nacheinander, nicht nebeneinander, eine größere Zahl von Auftraggebern vorhanden ist, im allgemeinen eine wesentliche Bedeutung für die Frage der Versicherungspflicht nicht zu (Rev. E. 68, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 173 — Straßenkehrer für eine Anzahl von Hausbesitzern, 448, a. a. O. 1895 S. 240 — Kehrfrau, 233, a. a. O. 1893 S. 79 Fall 1 — Weißen, Ofenreinigen usw. für wechselnde Arbeitgeber). Dies gilt u. a. insbesondere für unständige landwirtschaftliche Arbeiter, Hafenarbeiter und dgl.

h. Wer die übernommenen Arbeiten nicht persönlich zu verrichten braucht, also mehr den wirtschaftlichen Erfolg zu vertreten als eigene Leistungen herzugeben hat, wird eher als Unternehmer wie als Lohnarbeiter zu gelten haben (Rev. E. 296, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 150 — Aufsichtsmänner mit größerem Betriebe, s. Z. 36, Rev. E. 446, a. a. O. 1895 S. 238 — Kasinowirtin bezüglich der von ihr übernommenen gewöhnlichen Arbeiten, Oekonom eines Lehrerseminars E. 1239, A. N. 1905 S. 585).

i. Art und Bemessung der Vergütung sind für die Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht ausschlaggebend (Z. 13, 14), es gibt Gewerbetreibende, die Tagelohn erhalten (Rev. E. 88, 96, 236, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 2, 12, 1893 S. 81), und Lohnarbeiter, deren Verdienst äußerlich dem eines Unternehmers ähnlich sieht (Rev. E. 71, 220, 221, 412, 480, 532, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 176, 1893, S. 65, 66, 1895 S. 108, 1896 S. 173, 428). Immerhin steht auch die Form des Entgelts mit dem Wesen des Beschäftigungsverhältnisses in einem gewissen inneren Zusammenhange, so daß in sonst zweifelhaften Fällen der Umstand, daß Zeitlohn gewährt wird, für die Versicherungspflicht der Umstand, daß eine dem Unternehmergewinne sich nähernde Art der Bezahlung gewählt worden ist, entgegengesetzt verwertet werden darf. In letzterer Beziehung ist namentlich wichtig, ob der Betrag der Gegenleistung sich innerhalb fester, dem üblichen Arbeitslohn entsprechender Grenzen hält oder einem Schwanken nach der Lage des Marktes und dgl. ausgesetzt ist, ob also der Beschäftigte einerseits eine Gefahr trägt, anderseits die Möglichkeit eines Gewinns hat. Z. B. ist ein Schiffsführer, der zwar in Gestalt eines Frachtanteils, aus dem er Löhne und Abgaben bestreiten muß, bezahlt wird, aber davon im gewöhnlichen Laufe der Dinge nur einen den üblichen Tagelohn kaum übersteigenden Betrag erübrigt, versicherungspflichtig (Rev. E. 220 a. a. O., s. Z. 50), nicht aber ein Roder, dem das gerodete Land auf Lebenszeit zur Nutzung für eigene Rechnung überlassen wird (Rev. E. 369, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 143 Fall 2), oder ein Faktor, der den Unterschied zwischen den ihm von der Fabrik bewilligten und den von ihm selbständig mit den einzelnen Webern vereinbarten Preisen verdient und die Gefahr für die Güte der Arbeit trägt (Rev. E. 337, a. a. O. 1894 S. 90).

k. Wer regelmäßig gelohnte Hilfskräfte beschäftigt, demgemäß über gewisse Betriebsmittel, häufig auch ständige Betriebseinrichtungen verfügen muß, ferner wenigstens einen Teil seiner eigenen Arbeitskraft den Geschäften der Leitung zu widmen genötigt wird, steht damit unter sonst gleichen Umständen der Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden wesentlich näher als derjenige, der nur allein arbeitet (zu vgl. u. a. Z. 36 — Baumwart, Z. 44 — Näherinnen usw.).

l. Personen, die als unparteiische Sachverständige zur Schlichtung oder Verhütung von Streitfällen mitzuwirken haben, können im allgemeinen als abhängige Gehilfen der Beteiligten nicht angesehen

werden (Rev. E. 253, 550, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 102, 1897 S. 271 — Experte einer Brandversicherungsanstalt, Kreistaxator nicht versicherungspflichtig). Hierher gehören in gewissem Sinne auch die in § 36 der Gewerbeordnung bezeichneten Wäger, Messer usw. (s. Z. 48).

m. Einheitliche Beschäftigungsverhältnisse dürfen aus rechtlichen und praktischen Gründen, soweit irgend tunlich, auch bezüglich der Versicherungspflicht nur einheitlich behandelt werden. Während beispielsweise das berufsmäßige Maulwurffangen eine selbständige Erwerbstätigkeit ist, unterliegt ein landwirtschaftlicher Tagelöhner, der den Fang nur gelegentlich und im Anschluß an seine Lohnarbeit betreibt, auch insoweit der Versicherungspflicht (Rev. E. 89, 247, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3, 1893 S. 93); während die gewerbsmäßige Gräberpflege der Versicherungspflicht nicht unterfällt (Rev. E. 88, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 2), ist es nicht angängig, bei einem Totengräber, der im Anschluß an seine Hauptbeschäftigung die Pflege von Gräbern für Private übernimmt, diesen Teil seiner Tätigkeit als nicht versicherungspflichtig auszuscheiden (Rev. E. 280, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 132). Umgekehrt ist ein Vieh- und Getreidemakler durchweg als Gewerbetreibender anzusehen, wenn er auch für seine Auftraggeber gewöhnliche Dienstleistungen, wie den Antrieb des Viehes, die Leitung der Versendung, das Ausbessern von Säcken mitübernimmt (Rev. E. 295, a. a. O. 1893 S. 149).

Derselbe Gesichtspunkt führt aber in weitergehender Anwendung auch dazu, daß u. U. andere Beschäftigungsverhältnisse derselben Person herangezogen werden. Wenn auch die grundsätzliche Verknüpfung der Versicherungspflicht mit den einzelnen Arbeitsverhältnissen als solchen unvermeidlich zur Folge hat, daß dieselbe Person je nach dem Wechsel ihrer Tätigkeit bald der Zwangsversicherung untersteht, bald nicht, so läßt sich doch nicht verkennen, daß zahlreiche Tätigkeiten, die ebensowohl in der Form der Lohnarbeit wie in der eines Unternehmens ausgeübt werden können, ein verschiedenes Wesen annehmen, je nachdem ob ein berufsmäßiger Lohnarbeiter oder ein sonst gewerblich Selbständiger in Betracht kommt. Dieser Erwägung gemäß hat die Praxis vielfach in sonst zweifelhaften Fällen Gewicht darauf gelegt, welche Lebens- und wirtschaftliche Stellung der Arbeitende im übrigen einnahm (zu vgl. die Rev. E. 235, 269, 296, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 81, 116, 150 — selbständige Landwirte meist auch als Handwerker, Baumwarte, Aufsichtsmänner nicht versicherungspflichtig; anderseits Rev. E. 248, a. a. O. 1893 S. 94 — Tagelöhner als Straßenbauakkordant, 369, a. a. O. 1894 S. 143 — Rober, sonst landwirtschaftlicher Tagelöhner, 457, a. a. O. 1895 S. 249 — Uebernehmer von Kulturarbeiten, sonst Tagelöhner, 532, A. N. 1896 S. 428 — Tabakpflanzerin, im Winter Fabrikarbeiterin, 564, A. N. 1897 S. 289 — Forstarbeiter als Wildheuer, sämtlich versichert).

*Lohnarbeit und Mitunternehmerschaft.*

35. Als Gegensatz zu der dem Lohnarbeitsverhältnis eigentümlichen Unterordnung kommt nicht nur der Fall in Betracht, daß mehrere Personen als gleichberechtigt einander gegenüber stehen, sondern auch der Fall der gemeinsamen Beteiligung bei demselben Unternehmen. Die Grenze zwischen Lohnarbeit und Mitunternehmerschaft ist jedoch nicht selten verwischt. Im Falle der Rev. E. 149 (A. N. J. u. A. V. 1892 S. 80, ähnlich Rev. E. 492, A. N. 1896 S. 252) handelte es sich um eine genossenschaftlich gestaltete städtische Musikkapelle. In rein musikalischen Angelegenheiten entschied der Direktor allein, in geschäftlichen der Direktor und drei gewählte Mitglieder als Kollegium; es wurde auf Teilung gespielt, jedoch der Direktor bei der Teilung bevorzugt; es bestand eine Generalversammlung, die u. a. die Auflösung beschließen konnte. Hiernach konnten die Mitglieder nicht als Gehilfen des Direktors, sondern nur als gleichberechtigte Mitunternehmer angesehen werden, so daß die Versicherungspflicht nicht Platz griff. Aehnlich verhielt es sich mit der Kornmesser-Kompagnie der Rev. E. 299 (A. N. J. u. A. V. 1893 S. 153), der Wägergenossenschaft der Rev. E. 300 (das. S. 155), dem Dienstmännervereine der Rev. E. 637 (A. N. 1898 S. 269), wo überall nur ein geschäftlicher Leiter gewisse Vorrechte zum Vorteil einer ordnungsmäßigen Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten ausübte, jedoch nicht der Arbeitgeber, sondern nur der Erste unter Gleichen war. Mitunternehmerschaft ist ferner angenommen worden bei einer Palmkorbarbeiter-Genossenschaft, die ihren Mitgliedern die Rohstoffe verkaufte und sie gegen bestimmte Stückpreise zu Hause oder auch bei gewissen Arbeiten in von ihr gemieteten Räumen arbeiten ließ (E. 1037, A. N. 1903 S. 362). Als Unternehmer sind auch die Teilnehmerinnen an einem von dem Ortsgeistlichen geleiteten Strickereibetrieb angesehen worden (E. 1165, A. N. 1904 S. 528).

In einer anderen Richtung können Zweifel entstehen, wenn jemand, der bei einem Gesamtunternehmen beteiligt ist, für eben dieses Unternehmen Arbeiten verrichtet, so daß eine teilweise Personeneinheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzuliegen scheint. Rechtlich steht in solchen Fällen der Feststellung eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses nichts entgegen, weil eben nicht das einzelne Mitglied, sondern die Gesamtheit als solche, zusammengefaßt als besonderes Rechtssubjekt, Träger der

Arbeitgeberschaft ist (Rev. E. 572, A. N. 1897 S. 318 — Gewerke als Häuer für seine Gewerkschaft, Rev. E. 193, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 139 — Direktionsmitglied einer Privatsparkasse Betriebsbeamter, obwohl zugleich Garant, E. 852, A. N. 1900 S. 833 — Mitglied einer Molkereigenossenschaft als deren Buchhalter Handlungsgehilfe, zu vgl. auch Rek. E. 1555, A. N. 1896 S. 464, wo jedoch nach Lage der Umstände die Umwandlung eines privaten Unternehmens in eine Aktiengesellschaft als eine an dem tatsächlichen Sachverhalte nichts ändernde, daher versicherungsrechtlich gleichgültige Form erachtet wurde, ferner in betreff der Möglichkeit, daß ein Mitreeder auf einem seiner Reederei gehörigen Schiffe als Person der Schiffsbesatzung — Schiffer — versicherungspflichtig beschäftigt ist, Rek. E. 1512, A. N. 1896 S. 286). Voraussetzung bleibt aber immer die persönliche Abhängigkeit des Dienste leistenden Mitglieds von der Gesamtheit; sie ist nur dann vorhanden, wenn das Mitglied auf die Entschließungen der Gesamtheit keinen maßgebenden Einfluß ausüben kann (Rev. E. 962, A. N. 1902 S. 386 — Versicherungspflicht eines Schiffers verneint, der zu zwei Drittel Anteil Mitreeder des von ihm geführten Fahrzeugs ist). Die rechtliche Möglichkeit eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses wird insbesondere dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Beschäftigte zugleich Vorstandsmitglied des Gesamtunternehmens ist, wie z. B. der Kassierer einer eingetragenen Genossenschaft, der Mitglied des Vorstandes ist. Er ist dann zwar nicht als gesetzlicher Vertreter und Mitleiter versicherungspflichtig, kann dies aber als ausführender Betriebsbeamter oder Angestellter sein (Rev. E. 772, A. N. 1899 S. 649).

Unbedenklich ist endlich, daß jemand durch Mitbeteiligung an dem Ertrage seiner Tätigkeit noch nicht zum Mitunternehmer wird (zu vgl. § 3 Abs. 1 des Gesetzes und Z. 13, 14).

## Besonderer Teil.

### Uebersicht, betreffend die Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit, nach Berufsgruppen.

A. Landwirtschaft und verwandte Erwerbszweige. Landwirtschaft im allgemeinen.

36. Landwirtschaft im allgemeinen (alphabetische Ordnung).

Ackerbestellung mit eigenem Gespanne. Personen, die für wechselnde Auftraggeber mit eigenem Gespanne landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, sind regelmäßig selbständige Gewerbetreibende, ebenso wie Fuhrunternehmer (Z. 49), insbesondere, wenn sie sonst selbständige Landwirte sind oder auch Fuhren anderer Art ausführen.

Administrator s. Verwalter.

Aufsichtsmänner. Ein Aufsichtsmann in Schleswig-Holstein, der seit einer Reihe von Jahren für denselben Hof tätig war, und dessen Aufgabe darin bestand, als Weide benutzte Marschländereien in gutem Zustande zu erhalten, das aufgetriebene Vieh zu beaufsichtigen, Gräben und Hecken zu bessern, Maulwurfshügel einzuebnen, Disteln zu mähen, Dünger zu breiten, Tränkstellen zu versehen usw., ist für versicherungspflichtig erachtet worden, Rev. E. 296, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 150. Dabei ist jedoch offen gelassen, daß andere derartige Aufsichtsmänner, insbesondere wenn sie selbst sonst nicht dem Arbeiterstand angehören, sondern ansässig sind, die niederen Arbeiten nicht selbst versehen, für eine größere Anzahl von Auftraggebern nur die Oberaufsicht führen, als selbständige Unternehmer gelten müßten.

Baumwart. Ein Baumwart (in Württemberg), der für mehrere ländliche Besitzer die jährlich wiederkehrenden Arbeiten in ihren Obstgärten ausführt, also nur in fremden Betrieben als Hilfsarbeiter tätig ist, der keine eigene Wirtschaft besitzt, keine Rohstoffe usw. liefert, keine Gehilfen hält, und sonst landwirtschaftliche Tagelohnarbeiten verrichtet, ist versicherungspflichtig, Rev. E. 269, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 116.

Bauweingärtner (Winzer). Ein Bauweingärtner in Württemberg, dessen Beschäftigung in fremden Weingärten in entsprechender Weise wie die des ebenerwähnten Baumwarts stattfand, ist ebenso beurteilt worden in der Rev. E. 203, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 3. S. auch Winzer.

Gärtner s. Z. 37.

Hamsterfänger wie Maulwurffänger.

Heuerlinge. Das Heuerlingsverhältnis, wie es sich namentlich in gewissen Bezirken der preußischen Provinz Hannover, aber auch in Gegenden Westfalens und Oldenburgs entwickelt hat, besteht im allgemeinen darin, daß der eine Teil, Heuermann, Heuerling, von dem andern Teile, Kolon oder

Heuerherrn, durch längeren, regelmäßig vom Vater auf den Sohn übergehenden Vertrag Grundstücke mit Wohnhaus und Zubehör zur Nutzung (häufig mit Anspruch auf Leistung von Spanndiensten durch den Heuerherrn) erhält, mit der Verpflichtung, jährlich eine mäßige Pachtsumme bar zu entrichten und ferner in gewissem Umfange für den Betrieb des Kolonen landwirtschaftliche Arbeiten zu einem meist unter dem üblichen Satze bleibenden Tagelohne zu leisten, wobei dann eine Verrechnung der gegenseitigen Geldverpflichtungen stattfindet. Die Heuerlinge sind hinsichtlich der dem Kolon zu leistenden Lohnarbeit an sich versicherungspflichtig (Rev. E. 364, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 137). Die Vergütung für ihre Arbeiten ist außer in dem Tagelohn auch u. a. darin zu finden, daß der Pachtzins ausnahmsweise niedrig bemessen ist, und die Leistung von Spanndiensten seitens des Kolonen zu besonders günstigen Bedingungen erfolgt. Die Versicherungspflicht greift aber nur für die dem Kolon in dessen Landwirtschaft geleisteten Dienste Platz, nicht für die Bearbeitung des überlassenen Grundstücks (Rev. E. 364). Die Versicherungspflicht besteht auch nicht ständig wie bei dem Gesinde, sondern nur für die Wochen, in denen tatsächlich gearbeitet wird, so daß nicht selten nur vorübergehende Dienstleistungen im Sinne des § 4 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen.

Hirten s. Z. 39.

Küfer. In der Rev. E. 626, A. N. 1898 S. 180, handelte es sich um einen kleinen sogenannten Küfer, der in einer weinbautreibenden Gegend bei einer großen Anzahl von ländlichen Besitzern im Tagelohne die Behandlung des von ihnen gewonnenen Weines (hauptsächlich Umfüllen) besorgte, Gefäße dazu herrichtete und ausbesserte, auch kleinere — meist bei den Arbeitgebern — anfertigte, eine eigene Werkstatt, Gehilfen oder Lehrlinge nicht besaß, zudem vielfach für dieselben Arbeitgeber landwirtschaftliche Tagelohnarbeiten verrichtete. Er ist für versicherungspflichtig erachtet worden, namentlich unter Hinweis darauf, daß er innerhalb fremder Betriebe unter Leitung des Betriebsherrn einzelne dem Erzeugungshergang angehörige Verrichtungen übernehme und daher in persönlicher Abhängigkeit tätig sei. S. auch Z. 42.

Kulturarbeiter. Bei einem Wiesenarbeiter, der ohne eine Vorbildung als Feldmesser zu besitzen, Kulturarbeiten geringeren Umfanges einschließlich Beschaffung der nötigen Hilfskräfte im Akkord übernahm, in gleicher Weise wie die übrigen Arbeiter mit Hand anlegte, einen Unternehmergewinn nicht erzielte, Materialien nicht lieferte und im übrigen landwirtschaftliche Tagelohnarbeit verrichtete, ist in der Rev. E. 457, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 249, die Versicherungspflicht bejaht worden.

Maulwurffänger. Ein berufsmäßiger Maulwurffänger, der gegen eine Pauschsumme für eine Anzahl von Gemeinden die Vertilgung der Maulwürfe übernommen hat, ist vermöge seiner unabhängigen Stellung bei der Arbeitsausführung selbständiger Gewerbetreibender, Rev. E. 89, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3. Anders ist die Fangtätigkeit zu beurteilen, wenn sie von einem berufsmäßigen landwirtschaftlichen Tagelöhner nur gelegentlich der gewöhnlichen Arbeit betrieben wird, Rev. E. 247, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 93.

Roder. Personen, die das Roden eines Landstücks für den Besitzer übernehmen, stehen nach der Natur der Leistung bei der Ausführung der Arbeit häufig so unabhängig da, daß die Feststellung einer unselbständigen Beschäftigung nicht mehr angängig ist. Die Rev. E. 369, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 143, behandelt zwei verschiedenartig beurteilte Fälle. In dem ersten wurde die Versicherungspflicht bejaht, weil der Roder, der im übrigen dem Stande der ländlichen Tagelöhner angehörte, keine weitergehende Unabhängigkeit als jeder Akkordarbeiter genoß, lediglich das Holz und einen nach der Fläche berechneten Akkordlohn bezog, also keinen Unternehmergewinn erzielen konnte, und das freigelegte Grundstück selbst alsbald wieder dem Eigentümer überlassen mußte. In dem zweiten Falle war dem Kläger das zu rodende Land zugleich zur Nutzung auf Lebenszeit überwiesen, auch sonst, abgesehen von einer Vorschrift, wie tief gerodet werden solle, keine irgend wesentliche Einschränkung, insbesondere nicht hinsichtlich der Zeit der Arbeitsausführung gesetzt worden. Hier war die Versicherungspflicht zu verneinen.

Tabakpflanzerin. Eine berufsmäßige Lohnarbeiterin (im Winter Fabrikarbeiterin), die von einem eine ganze Reihe von Pflanzern beschäftigenden Besitzer in Schwedt a. O. im Frühjahr ein bestimmtes Landstück mit der Maßgabe überwiesen erhält, daß sie darauf Tabakpflanzen für den Auftraggeber zu ziehen hat, die dieser dann nach der Aberntung in Empfang nimmt, in seinen Speichern verkaufsfertig macht und ohne jede Mitbestimmung der Pflanzer, aber unter Abgabe des halben Erlöses an sie nach seinem Ermessen verwertet, ist versicherungspflichtig, Rev. E. 532, A. N. 1896 S. 428.

Verwalter. Ein Gutsverwalter in Privatdiensten ist in der Rev. E. 326, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 37, als Betriebsbeamter angesehen worden. Verwalter in diesem Sinne ist aber selbstverständlich nicht, wer ein Grundstück nur gegen Zahlung der Zinsen und Abgaben auf eigene Rechnung bewirtschaftet. Ein gerichtlicher Grundstücksverwalter ist vermöge seines amtlichen Auftrags derartig unabhängig von Anordnungen der Beteiligten, daß er nicht zu den versicherungspflichtigen Personen gerechnet werden kann, Rev. E. 550, A. N. 1897 S. 271.

Wiesenarbeiter s. Kulturarbeiter.

Winzer. Einem Winzer war von der außerhalb wohnenden Besitzerin die Bewirtschaftung mehrerer Weinberge gegen freie Wohnung, Nutzung einiger Landstücke und Barlohn übertragen. Obwohl eine eingehende Ueberwachung seitens der abwesenden Eigentümerin nicht ausgeübt werden konnte, wurde unter Hinweis darauf, daß dies nicht im Wesen des Verhältnisses, sondern in mehr zufälligen Umständen seinen Grund hatte, sowie auf die Beurteilung der Stellung eines Gutsverwalters — zu vgl. Rev. E. 326, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 37 — die Versicherungspflicht anerkannt (Rev. E. 125, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 36, ebenso E. 1206, A. N. 1905 S. 437). Als versicherungspflichtig ist auch angesehen ein sogenannter „Winzermeister", der für eine größere Anzahl von Weinbergbesitzern die Instandhaltung ihrer Gärten gegen festen Tagelohn übernahm, die erforderlichen Arbeitskräfte beschaffte, deren Lohn in Rechnung stellte und nicht der Arbeitgeber der herangezogenen Arbeiter, sondern lediglich Mittelsperson und Vorarbeiter war (Rev. E. 203, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 3 a. E.).

Zichorienbrenner, die, teils in eigener Wohnung, teils bei den Auftraggebern im Umherziehen mit eigenem Ofen arbeitend, aus dem Brennen von Zichorien ein Gewerbe machen, sind im allgemeinen selbständig und nicht versicherungspflichtig.

37. Gärtnerei. Daß die Gärtnerei, sofern sie von einer gewerblich selbständigen Person, zumal mit Hilfskräften, unter Uebernahme eines Risikos für das Gedeihen der Pflanzen und insbesondere unter Lieferung der Erzeugnisse eines besonderen Betriebs auf eigenem oder erpachtetem Boden, ausgeübt wird, ein dem Versicherungszwange nicht unterliegendes Unternehmen bildet, ist auch dann unbedenklich, wenn dazu eine Tätigkeit in fremdem Betrieb oder fremdem Wirtschaftskreise, z. B. bei der Instandhaltung von Gärten, gehört (zu vgl. die Gründe der Rev. E. 203, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 3, ferner Rev. E. 1106, A. N. 1904 S. 352, sowie Rek. E. 1767, A. N. 1899 S. 583). Dagegen ist ein Gärtner versicherungspflichtig, der bei wechselnden Auftraggebern im Tagelohn oder Akkord die gärtnerischen Arbeiten ausführt, ohne eine eigene Gärtnerei zu halten oder Pflanzen usw. zu liefern (Rev. E. 923, A. N. 1901 S. 607). Der bereits in Z. 30 erwähnte Gärtner eines Ritterguts (Rev. E. 720, A. N. 1899 S. 437) war, obwohl er gewisse Nutzungen des Schloßgartens zog und dafür eine pachtähnliche Abgabe zahlte, lediglich Arbeiter oder Gehilfe in einem fremden Großbetrieb, er war wirtschaftlich und persönlich von dem Gutsherrn abhängig und deshalb versicherungspflichtig. Gärtnerei.

Dem eigentlichen Gärtnerberufe sehr nahe steht die Tätigkeit der in der Rev. E. 88, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 2 (s. auch Rev. E. 280, a. a. O. 1893 S. 132) behandelten, für nicht versicherungspflichtig erachteten Grabpflegerin. Sie übernahm gegen einen festen Betrag für eine größere Anzahl von Auftraggebern die gärtnerische Pflege (Begießen, Unkrautroden, Versetzen von Pflanzen, Schutz gegen Frost und dgl.) von Gräbern. Wenn sie auch nichts lieferte, keinen Gehilfen hatte und eine im allgemeinen einfachere Arbeit verrichtete, so war sie doch bei ihrer Tätigkeit selbst einer Beaufsichtigung und Anweisung seitens der Auftraggeber entzogen, die Einteilung ihrer Zeit, die Reihenfolge der Besorgungen usw. ihrem eigenen Ermessen überlassen.

Das Sammeln von Feldblumen und dgl. (z. B. Rosenwildlinge für Gärtner) zum Verkauf ist keine Lohnarbeit.

38. Forstwirtschaft. Bei gewissen forstwirtschaftlichen Abernteungstätigkeiten tritt die Einwirkung des Betriebsleiters so wenig durch Aufsicht und dgl. äußerlich in die Erscheinung, daß Zweifel entstehen können, ob nicht eine selbständige Erwerbstätigkeit vorliegt. Die Rechtsprechung hat jedoch im allgemeinen die Versicherungspflicht dann anerkannt, wenn Arbeiten der bezeichneten Art unmittelbar aus Rücksichten der Waldwirtschaft veranlaßt, also innerhalb des Forstbetriebs vorgenommen wurden, und sich demgemäß eine, wenn auch geringe Gebundenheit des Arbeitenden nachweisen ließ, zu vgl. die Rev. E. 563, A. N. 1897 S. 289 (Kiefernzapfensammler mit Erlaubnisschein, aber der Verpflichtung zur Ablieferung des Gesammelten gegen Lohn — s. auch Rek. E. 853, A. N. 1890 S. 492, anderseits Rek. E. 1699, A. N. 1898 S. 244, wo das Zapfensammeln zum Zwecke eigenen Erwerbes und Handels als selbständige Beschäftigung angesehen worden ist), und 564, A. N. 1897 S. 289 (Wildheuer, d. h. berufsmäßige Forstwirtschaft.

Forstarbeiter, die während einer bestimmten Zeit von der Forstverwaltung zur Einerntung des im Walde wild wachsenden Grases verwendet und mit einem Anteil an dem gewonnenen Heu gelöhnt werden.

Die mit eigenem Gespanne betriebene Holzabfuhr ist, auch wenn sie überwiegend nur für einen oder wenige Auftraggeber vorgenommen wird, im allgemeinen als nicht versicherungspflichtiger Gewerbebetrieb anzusehen (Rev. E. 333, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 82). Ueber den anders zu beurteilenden eigenartigen Fall der Rev. E. 161 vgl. oben Z. 30.

Tierzucht. 39. Tierzucht. Die Beschäftigung eines Hirten ist ihrer Natur nach eine untergeordnete und abhängige, daher allgemein versicherungspflichtig. Wo die Gemeinde als solche das Hütewesen als gemeinsame Angelegenheit in eigene Verwaltung nimmt, kommt ein versicherungspflichtiges Dienstverhältnis zwischen der Gemeinde und dem Hirten in Betracht, Rev. E. 117, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 29. Hier hatte die Gemeinde den gemeinsamen Weideplatz angekauft, den Hirten angestellt, seinen Dienst geordnet und überwacht, die von den Gemeindemitgliedern unmittelbar an den Hirten zu gewährende Vergütung festgesetzt.

Ein landwirtschaftlicher Tagelöhner und Bienenpfleger ist auch hinsichtlich der letzteren Tätigkeit, die im Betriebe der Auftraggeber und unter ihrer Aufsicht verrichtet wird, versicherungspflichtig, Rev. E. 270, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 117. Die Versicherungspflicht erstreckt sich auch auf das Anfertigen von Geräten für die Bienenpflege in der eigenen Behausung, da diese Beschäftigung von dem sonstigen Arbeitsverhältnisse nicht losgelöst werden kann.

Der Grenze zum Gebiete der gewerblichen Tätigkeit im engeren Sinne nahe stehen die Hausschlächter, Wollkämmer und Wollspinner auf dem Lande. Die Versicherungspflicht derartiger Personen ist im allgemeinen dann zu bejahen, wenn sie verhältnismäßig einfache Verrichtungen besorgen, die zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gehören und sich noch auf der landwirtschaftlichen Betriebsstätte vollziehen, und wenn sie für die Zeit ihrer Tätigkeit in die Hausgemeinschaft des Auftraggebers eintreten, zudem sonst Lohnarbeiten leisten, Rev. E. 364, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 137 Fall 2 (Hausschlächter und Tagelöhner), Rev. E. 476 das. 1895 S. 285 (Wollkämmer und Hausschlächter). Dagegen ist z. B. ein berufsmäßiger Schlächter, der einen Laden hält, auch insoweit nicht versicherungspflichtig, als er bei Landwirten usw. schlachtet.

Als selbständige Gewerbetreibende sind angesehen worden die Viehkastrierer, weil sie bei ihrer Tätigkeit, die von ihnen mit freier Wahl bezüglich der Arbeitszeit und des Arbeitsorts ausgeübt wird und gewisse besondere Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, den Anordnungen und der Aufsicht der Auftraggeber nicht unterstehen, Rev. E. 271, A. N. J. u. A. V. 1893 Seite 118, zu vgl. Rek. E. 1869, A. N. 1901 S. 422, ferner Personen, die aus der Behandlung erkrankten oder trächtigen Viehes ein Gewerbe machen (jedoch sind Ausnahmen, aus ähnlichen Rücksichten wie bei den Maulwurffängern (Z. 36), nicht ausgeschlossen (zu vgl. Rek. E. 1769, A. N. 1899 S. 585). Dieselbe Beurteilung wurde einem Viehwäscher zuteil, der gegen Entgelt, für beliebige Auftraggeber Vieh mit scharfen Mitteln behandelte, deren Anwendung Erfahrung und sachverständige Kenntnis voraussetzte, zum großen Teil auch (Arsenik) von der Behörde verbindlich geregelt war, Rev. E. 640, A. N. 1898 S. 272.

Fischerei. 40. Fischerei. Ein mecklenburgischer Fischermaat, der weder an der Fischereiberechtigung, noch an dem Fahrzeug oder an dem Gerät einen Anteil hat, jedoch nach altem Herkommen ein Drittel des aus dem jeweiligen Fange erzielten Erlöses erhält, ist nach der Rev. E. 221, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 66, mit Rücksicht auf das im übrigen nachweisbare Verhältnis persönlicher Unterordnung versicherungspflichtiger Lohnarbeiter des Fischers; ebenso ist beurteilt die Stellung eines Part- (Anteils-) fischers in Ostpreußen.

B. Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen. Zugehörigkeit zu gewerblichen Betrieben oder Selbständigkeit.

41. Bergbau und Hüttenwesen, Industrie, Bauwesen. Auf diesem Gebiet erwachsen Zweifel hinsichtlich der Unterscheidung zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit teils darüber, ob eigenes Unternehmen oder Arbeit in dem gewerblichen Betrieb eines anderen vorliegt, teils darüber, wieweit jemand, der nicht Gewerbegehilfe und dgl. ist, Lohnarbeiter seiner einzelnen Auftraggeber wird. In ersterer Beziehung sind zu erwähnen:

Rev. E. 370, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 144: Ein ehemaliger Feldhüter hatte von der Gemeinde das Brechen und Verkaufen der Steine aus einem ihr gehörigen Steinbruche gegen einen nach dem Gewichte der abgefahrenen Steine bemessenen Akkordlohn übernommen. Die Versicherungspflicht wurde anerkannt.

Rev. E. 272, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 118: Ein Steinklopfer arbeitete für verschiedene Personen im Akkord, wobei er einer Aufsicht nur in geringem Maße unterworfen, an bestimmte Arbeit

zeiten nicht gebunden war. Er führte jedoch keine Lieferung aus, konnte keinen Unternehmergewinn erzielen und befand sich auch sonst nicht in einer die Lohnarbeiterschaft überragenden Stellung, war daher versicherungspflichtig.

Rev. E. 371, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 145: Ebenso wurde die Versicherungspflicht anerkannt bei einem Schlackenschläger, früheren Hüttenarbeiter derselben Hütte, der das Zerkleinern und den Absatz der nicht für den Betrieb verwendeten Schlacke gegen einen nach der verausgabten Menge sich bestimmenden Lohn besorgte. Aehnlich lag der Fall einer Koksſucherin; sie wurde in einem großen Fabrikbetriebe damit beschäftigt, daß sie aus der ausgefahrenen Asche noch brauchbare Koksstückchen auszulesen und zwecks abermaliger Verfeuerung zu sammeln hatte, wofür sie nach der Menge des Gesammelten bezahlt wurde. Im Falle großen Bedarfs wurden auch Lehrlinge der Fabrik zu derselben Arbeit verwendet. Die Versicherungspflicht ist anerkannt worden.

Rev. E. 244, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 91: Ein Schmiedegeselle, der bei gutem Geschäftsgange zu seinem festen Lohne eine entsprechende wechselnde Zulage erhält, ist gleichwohl nur Gewerbegehilfe, nicht Mitunternehmer.

Rev. E. 610, 681, 836, A. N. 1897 S. 517, 1898 S. 562, 1900 S. 719: Andreher, d. h. Personen, die das Verbinden der Fäden einer neuen Kette mit den noch auf dem Webstuhle befindlichen Restfäden der aufgebrauchten Kette für wechselnde Arbeitgeber (Hausweber) in deren Betriebsstätten ausführen, sind selbständige Gewerbetreibende (wie Handwerker); vgl. oben Z. 33a unter II und V.

Ueber einen Ziegler im Akkord (Rev. E. 124) vgl. Z. 32.

Kommissionswerkmeister oder Kommissionsfabrikanten in der Tabakindustrie, die in eigenen Betriebsräumen für Rechnung eines größeren Unternehmers Zigarren fertigen lassen, sind nach den Ausführungen des Rundschreibens vom 5. Juli 1899 (A. N. 1899 S. 633) regelmäßig nicht Beamte in einem fremden Betriebe, sondern selbständige Gewerbetreibende oder doch Hausgewerbetreibende. Dies trifft aber nur zu, wenn sie innerhalb ihrer Räume mit Selbständigkeit schalten. Daher ist die Versicherungspflicht eines Kommissionswerkmeisters bejaht worden, der zwar die Arbeitsräume stellte, aber hinsichtlich aller Einzelheiten des Betriebs genauer Vorschrift und scharfer Kontrolle an Ort und Stelle unterlag (E. 1009, A. N. 1902 S. 551).

*Handwerker im Verhältnisse zu ihren Kunden.*

42. **Kleinmeister im Handwerke.** Zu denjenigen gewerblich tätigen Personen, bei denen nicht ein Arbeitsverhältnis zu einem gewerblichen Unternehmer als Grundlage der Versicherungspflicht in Betracht kommt, sondern nur die Beziehungen zu ihren einzelnen privaten Auftraggebern, gehören die Kleinmeister im Handwerk und verwandten Gewerbszweigen. Die versicherungsrechtlich zweifelhaften Fälle ergeben sich hier bei den mannigfachen Uebergangsstufen, die das gewerbliche Leben zwischen dem in eigener Werkstatt tätigen und unbedenklich nicht versicherungspflichtigen Meister und dem Ausbesserungen einfachster Art bei dem Auftraggeber gegen Tagelohn ausführenden Handarbeiter zeigt. Die Entscheidung kann häufig nur für den einzelnen Fall nach seinen besonderen Umständen getroffen werden. Die Praxis in Revisionssachen hat in erster Linie darauf Gewicht gelegt, ob die Tätigkeit des Handwerkers, was zunächst von der Bedeutsamkeit der Aufgaben abhängt, ein solches Maß von besonderer Sachkenntnis und berufsmäßiger Schulung erfordert, daß er dem Auftraggeber nur für einen bestimmten Erfolg verantwortlich sein kann, bei der Arbeit selbst aber nur nach eigenem sachverständigen Ermessen zu verfahren hat. Die maßgebenden Grundsätze, die auch für alle anderen Facharbeiter derselben Klasse (z. B. Binder, Böttcher, Drechsler, Glaser, Instrumentenstimmer — Rev. E. 836, A. N. 1900 S. 719 —, Kahnbauer, Kesselflicker, Klempner, Korbflechter, Küfer, Mühlärzte, Mühlenflicker — Rev. E. 774, A. N. 1899 S. 652 —, Riemer, Sattler, Scherenschleifer — Rev. E. 836 a. a. O. —, Schuhmacher, Stellmacher, Tapezierer, Uhrmacher, Wagner usw.) entsprechend anwendbar sind, sind in den folgenden Rev. E. aufgestellt worden:

**Pumpenmacher** (Brunnenbauer). Bei einem Pumpenmacher, der im Besitz eines Gewerbepatents an seinem Wohnort und in benachbarten Gemeinden ohne Gehilfen hauptsächlich Ausbesserungen vornahm, meist Tagelohn empfing und die Materialien nicht lieferte, ist gleichwohl unter Hinweis auf die technischen Kenntnisse und die handwerksmäßige Fertigkeit, die seine Arbeiten voraussetzten, die Versicherungspflicht verneint worden, Rev. E. 96, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 12.

**Schmied.** Schmiedearbeit muß naturgemäß im allgemeinen in der Werkstatt verrichtet werden und kennzeichnet sich schon damit als selbständige Handwerkstätigkeit. Zweifel sind jedoch darüber möglich, ob Gemeindeschmiede etwa in einem Arbeitsverhältnisse zur politischen Gemeinde oder der Gemeinschaft der Besitzer stehen. Dies wird in den Rev. E. 192, 386, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 138, 1894 S. 157 im allgemeinen verneint. In dem ersteren Falle war der Schmied vermöge einer auf seinem Grundstücke

haftenden Last den ländlichen Besitzern gegen ein festes Entgelt zur Leistung aller in sein Fach schlagenden Ausbesserungen verpflichtet. Er war aber auch befugt, für beliebige Auftraggeber zu arbeiten und bei der Arbeitsausführung selbst unabhängig. In dem zweiten Falle hatte der Schmied die Gemeindeschmiede gepachtet und vertragsmäßig eine ähnliche Verpflichtung übernommen, wie sie in dem ersten Falle bestand. Dagegen ist ein Gutsschmied als abhängiger Gehilfe angesehen worden (Rev. E. 529, A. N. 1896 S. 397).

Schneider. Sie sind auch, wenn sie nicht ganz oder überwiegend in eigener Betriebsstätte arbeiten, sondern als sogenannte Hausschneider von einem Kunden zum andern gehen (auf der Stör arbeiten), in der grundlegenden Rev. E. 236, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 81, für nicht versicherungspflichtig erklärt worden, jedoch unter Beschränkung auf männliche Gewerbetreibende dieser Art (wegen der Schneiderinnen und Näherinnen vgl. Z. 44). Der entscheidende Grund ist auch hier, daß die Arbeit des Schneiders, sei er auch überwiegend nur Flickschneider, nach der herkömmlichen Auffassung nicht eine Hilfstätigkeit in der Hauswirtschaft des Auftraggebers, sondern eine eigenartige gewerbliche Leistung darstellt, die Fachkenntnisse voraussetzt und sich einer Einwirkung der Auftraggeber im einzelnen entzieht. Als eigentliche handwerksmäßige Leistung gilt dabei im allgemeinen auch schon z. B. das Herstellen von Kinderkleidern aus getragenen Sachen Erwachsener. Ausnahmen sind nur vereinzelt da zugelassen worden, wo der Uebergang in die gewöhnliche Handarbeit völlig verwischt war, wie beispielsweise bei einem Flickschneider, der für dieselben Auftraggeber je nach deren Begehr durcheinander Schneiderarbeit einfachster Art und Tagelöhnerdienste in der Landwirtschaft leistet. (Zu vgl. Rev. E. 922, A. N. 1901 S. 607.)

Tischler. Ein Tischler und Maurer, der einen großen Teil des Jahres in eigener Betriebsstätte arbeitete und während des Sommers gegen Tagelohn einfache Ausbesserungen an Geräten und Gebäuden, und zwar, wie dies vielfach durch die Natur der Arbeit von selbst geboten war, an Ort und Stelle besorgte, ist auch insoweit als selbständiger Gewerbetreibender angesehen worden, Rev. E. 235, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 81. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß ein Tischler, z. B. wenn er ohne eigene Werkstatt nur in den Häusern der Kunden mit unbedeutenden, eine eigentliche Fachbildung nicht erfordernden Ausbesserungsarbeiten beschäftigt wird und auch gewöhnliche Lohnarbeiten verrichtet, der Versicherungspflicht unterliegt.

Bauhandwerker.

43. Bauhandwerker und Bauarbeiter.

Auf dem Gebiete des Baugewerbes handelt es sich zum Teil, nämlich soweit über die Zugehörigkeit einer Person zu einem gewerbsmäßigen Baubetriebe zu entscheiden ist, im wesentlichen um dieselben Fragen, die bezüglich der Akkordanten und dgl. in Z. 31 erörtert worden sind. Anders hinsichtlich des Verhältnisses zu Auftraggebern, die sich nicht gewerbsmäßig mit dem Baubetriebe befassen. Diese nehmen, sofern sie Bauarbeiten nicht unter Dazwischentritt eines gewerbsmäßigen Bauunternehmers, sondern unmittelbar auf eigene Rechnung ausführen lassen (Regiebauten), nach hergebrachter Anschauung, die auch in dem B. U. V. G. vom 30. Juni 1900 (§§ 5 Z. 2, 6 Z. 4) sowie in dem L. U. V. G. vom 30. Juni 1900 (§ 1 Abs. 4) Ausdruck gefunden hat, in gewissem Umfange gegenüber den von ihnen Beschäftigten dieselbe Stellung ein, wie ein Unternehmer gegenüber den Angehörigen seines Betriebs. Das Bedürfnis, auch hier die rechtliche Beurteilung bezüglich der Unfallversicherung und der Invaliditäts- und Altersversicherung möglichst in Einklang zu halten, hat zu Verhandlungen zwischen den beteiligten Dienststellen und weiterhin zur Aufstellung gemeinsamer Unterscheidungsmerkmale zwischen selbständigen Baugewerbetreibenden und Bauarbeitern für beide Rechtsgebiete geführt. Die einschlägige Aufstellung, die durch Rundschreiben des R. V. A. vom 29. Juni 1895 — A. N. J. u. A. V. 1895 S. 226/7 — bekannt gegeben worden ist, lautet dahin:

„Als unselbständige versicherungspflichtige Bauarbeiter im Sinne des § 1 des B. U. V. G. und des § 1 des J. u. A. V. G. sind im Zweifel anzusehen:

1. Die im Bauhandwerke beschäftigten Gesellen und Gehilfen, sowie die sonstigen ständigen Arbeiter, welche regelmäßig in Betrieben gewerbsmäßiger Bauunternehmer beschäftigt werden;

2. Die in der Regel in Betrieben gewerbsmäßiger Bauunternehmer, in anderen (landwirtschaftlichen usw.) Betrieben oder sonstwie berufsmäßig als Lohnarbeiter beschäftigten Personen, auch soweit sie nebenher gelegentlich oder in regelmäßiger Wiederkehr Bauarbeiten unmittelbar für die Bauherren ausführen;

3. Die das ganze Jahr oder den größten Teil des Jahres hindurch mit Bauarbeiten für nicht gewerbsmäßige Bauunternehmer (Bauherren) beschäftigten Personen, sofern sie in der Regel

a) nur geringfügige, eine besondere handwerksmäßige Vorbildung nicht erfordernde Bauarbeiten, insbesondere Ausbesserungs- (Flick-) Arbeiten ausführen und
b) ohne eigentliches Betriebskapital gegen einen den Lohn eines Bauarbeiters nicht oder nicht erheblich übersteigenden Lohn arbeiten. Ein Betriebskapital wird insbesondere als vorhanden anzunehmen sein bei Verwendung größerer Betriebsgeräte (Werkstattseinrichtungen, Gerüste usw.) oder bei Lieferung von Baumaterialien oder bei regelmäßiger Gestellung anderer Arbeiter."

Die übrigen bei Bauten beschäftigten Personen sollen, vorbehaltlich von Ausnahmen, insbesondere bei Akkordanten, im allgemeinen als selbständige Baugewerbetreibende gelten. Im übrigen ergibt die allgemeinen Gesichtspunkte namentlich die Rev. E. 233, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 79.

In den beiden Fällen der Rev. E. 233 wurde die Versicherungspflicht bejaht. In dem ersten handelte es sich um einen früher als Geselle tätigen Maurer, der nicht größere Bauten, sondern nur Ausbesserungen im Hause, Weißen, Ofenreinigen u. dgl. besorgte, in dem zweiten um einen Zimmermann, der überwiegend Zäune, Hoftore, Fußböden usw. instand setzte, dafür einen den Verdienst gewöhnlicher Handarbeiter nur wenig übersteigenden Lohn empfing, bestimmte Arbeitsstunden einhielt und für dieselben Arbeitgeber auch landwirtschaftliche Dienste verrichtete. Aehnlich ist beurteilt worden ein berufsmäßiger Lohnarbeiter, der im Sommer auf dem Lande als Anstreicher (Tüncher) Arbeiten einfachster Art ausführte.

Dagegen ist ein fachmäßig vorgebildeter Zimmermann, der zwar die Materialien von den Kunden erhält und meist im Tagelohn arbeitet, jedoch nicht nur einfache Ausbesserungen an Häusern, Ställen und Brücken, sondern auch ganze Brunnenleitungen, Holzbrücken, Dachstühle und andere Neubauten ausführt, ferner zu einem erheblichen Teile in eigener Werkstatt mit eigenem Geräte Tröge, Mulden, Tische, Stühle, Särge usw. anfertigt, endlich einen Sohn als Lehrling beziehungsweise Gehilfen beschäftigt, selbständiger Handwerker.

In der Rev. E. 234, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 80, ist das von einem Kätner ausgeführte Decken von Strohdächern in ländlichen Ortschaften für versicherungspflichtig erklärt worden. Es wird erwogen, daß diese Arbeit, bei der es sich nur noch selten um völlige Neudeckungen zu handeln pflege, eine verhältnismäßig einfache gewesen sei, besondere technische Fähigkeiten und Kenntnisse nicht erfordere und vielfach von den Besitzern und ihren Leuten allein ausgeführt werde, so daß es auch an einer Leitung und Ueberwachung der Arbeit im einzelnen nicht fehle.

Dagegen ist die Ausübung des eigentlichen Dachdeckerhandwerkes (Schiefer- und Ziegeldachdecker) regelmäßig als nicht versicherungspflichtig anerkannt worden.

Ueber eine für versicherungspflichtig erachtete kleinere Straßenbauausführung im Akkord (Rev. E. 248, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 94) vgl. Z. 31. In einem andern Falle hatte ein früherer land- und forstwirtschaftlicher Tagelöhner im Wege des Submissionsverfahrens die Verrichtungen als Gemeindestraßenwärter übernommen. Da er an feste Vorschriften gebunden, der Aufsicht von Gemeindebeamten unterstellt war, keinen Unternehmergewinn erzielte, sondern nur den Durchschnittswert seiner Arbeit erhielt, auch ausschließlich persönlich tätig war, wurde Lohnarbeit angenommen. Versicherungspflichtig ist ferner laut Rev. E. 103, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 18, ein Distriktsstraßenwärter in Bayern. Bejaht ist auch die Versicherungspflicht von Verkoppelungsarbeiten, die, bestehend in der Herstellung von Wegen und Gräben, von einer Person der Lohnarbeiterklasse gegen einen in öffentlicher Verbingung festgesetzten Pauschbetrag verrichtet werden (E. 849, A. N. 1900 S. 831). Aehnliche Verhältnisse kommen bei der Verbingung von Deichbauarbeiten vor. Zu vgl. ferner auf dem Gebiete der Unfallversicherung Rek. E. 1302, A. N. 1893 S. 448 (Straßenunterhaltung für einen Einheitssatz übernommen; verschiedene Beurteilung des Verhältnisses, wenn ein Wegewärter oder ein Rittergutsbesitzer akkordiert), Rek. E. 1303, A. N. 1893 S. 449 (Kleinakkordant von Erdausschachtungsarbeiten).

44. **Wäscherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen, Näherinnen usw.** Unter dem 27. November 1890 hat der Bundesrat beschlossen, die Bundesregierungen zu ersuchen, ihre Behörden anzuweisen, Wäscherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen, Näherinnen usw.

1. daß solche Personen, welche als Wäscherinnen oder Plätterinnen (Büglerinnen), Schneiderinnen oder Näherinnen Wäsche oder Kleidungsstücke bearbeiten oder herstellen, sofern sie diese Arbeiten in den Wohnungen ihrer Kunden verrichten und nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, als versicherungspflichtig behandelt werden;

2. daß die selbständigen Dienstmänner, Kofferträger, Fremdenführer, Stiefelputzer und ähnliche Gewerbetreibende, sowie selbständige Wäscherinnen, Plätterinnen (Büglerinnen), Schneiderinnen und ähnliche Personen, soweit sie nicht unter Z. 1 fallen, als Betriebsunternehmer behandelt werden.

Ueber Dienstmänner usw. s. unten Z. 51. Was die Wäscherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen und Näherinnen anbetrifft, so sind die von dem Bundesrat aufgestellten Grundsätze im allgemeinen auch vom Reichs-Versicherungsamt als zutreffend anerkannt worden, zu vgl. Rev. E. 236, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 81, Rev. E. 688, A. N. 1898 S. 628. Bei ihrer Anwendung im einzelnen ist jedoch zu beachten, einmal, daß sie nur von weiblichen, nicht auch von männlichen Beschäftigten der in Rede stehenden Art handeln (Rev. E. 236 a. a. O., von Haus zu Haus gehende Schneider grundsätzlich nicht versicherungspflichtig, s. Z. 42), und zweitens, daß danach weder die in eigener Häuslichkeit oder Betriebsstätte tätigen Wäscherinnen usw. unter allen Umständen nicht versicherungspflichtig, noch auch die bei den Kunden arbeitenden Frauen unter allen Umständen versicherungspflichtig sind. Es kommt vielmehr auch noch darauf an, ob gewerbliche „Selbständigkeit" vorhanden ist (zu vgl. Rev. E. 869, A. N. 1901 S. 186). Daß selbständige Erwerbstätigkeit vorliegt, wenn für wechselnde Kunden nur in eigener Wohnung Näh- und Flickarbeit verrichtet wird, ist unbedenklich (zu vgl. Rev. E. 78, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 183).

Das regelmäßige Beschäftigen eines Lohnarbeiters kann auch darin bestehen, daß Lehrlinge oder Lehrmädchen gehalten werden. Solche sind auch dann, wenn sie nur den freien Unterhalt (ohne Zahlung eines entsprechenden Lehrgeldes) empfangen, Lohnarbeiter im Sinne des Gesetzes und des Ersuchens des Bundesrats, Rev. E. 687, 688, A. N. 1898 S. 627, 628.

Im wesentlichen die gleichen Grundsätze wie für die Näherinnen, Wäscherinnen usw. gelten auch für eine Reihe anderer einfacher Verrichtungen, die keine eigentliche Fachbildung voraussetzen und keinem der herkömmlichen abgegrenzten Handwerkszweige angehören.

Den praktisch besonders wichtigen Fall des Spinnens in eigener Behausung, wie es in großem Umfang in ländlichen Gegenden während des Winters betrieben wird, behandelt Rev. E. 78, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 183. In diesem Falle kam neben der persönlichen Unabhängigkeit — keine Gebundenheit bezüglich Beginn und Ende der Arbeit, keine Beschränkung auf einen Arbeitgeber, keine Aufsicht bei der Arbeitsausführung, Möglichkeit der Heranziehung Dritter zur Vertretung oder Mithilfe — auch noch in Betracht, daß das Spinnen in dieser Weise längere Zeit hindurch für wechselnde Auftraggeber betrieben worden war, womit die gewerbliche Selbständigkeit außer Zweifel gestellt wurde. Im allgemeinen genügt aber auch schon das Arbeiten zu Hause allein (also auch für einzelne bestimmte Auftraggeber), um die Versicherungspflicht auszuschließen. Aehnliche Arbeiten sind z. B. Stricken, Federreißen, Flachshecheln, Flechten von Körben und Kiepen, Besenbinden und Topfbinden usw. (zu vgl. aber auch für die Uebergangszeit § 191 Z. 3 des Gesetzes).

Als Ausnahmefälle, in denen trotz häuslicher Arbeit die persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber festgestellt werden konnte, demnach Versicherungspflicht bestand, sind zu nennen der der Rev. E. 246, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 93, wo ein ständiger Gutsarbeiter im Rahmen dieses festen Verhältnisses zum Ersatze für andere Arbeit mit dem Binden von Besen beschäftigt wurde, und der der Rev. E. 577, A. N. 1897 S. 334, wo eine Deputantenfrau an Stelle der früheren Haus- und Gartenarbeit das Flicken der Säcke für das Mühlengut der Herrschaft gegen Stücklohn übertragen erhielt und diese Arbeit in dem Insthause besorgte.

C. Handel und Verkehr. Makler, Agenten, Handlungsgehilfen.

45. Makler, Agenten, Handlungsgehilfen. Makler und Agenten sind selbständige Gewerbetreibende. Den Unterschied beider findet die Rev. E. 295, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 149, darin, daß die Makler beim Geschäftsabschluß unparteiisch für beide Beteiligte wirken, während die Agenten dabei nur für einen bestimmten Auftraggeber tätig sind. Die Agenten ihrerseits unterscheiden sich von den Handlungsgehilfen dadurch, daß sie zu dem Geschäftsherrn nur in einem freien Vertragsverhältnisse, nicht wie die Handlungsgehilfen in einem Dienstverhältnisse, stehen (zu vgl. §§ 59ff., 84ff., 93ff. des Handelsgesetzbuchs).

In der angeführten Rev. E. 295 handelte es sich um einen Vieh- und Getreidemakler in Schleswig-Holstein. Er brachte für Landwirte Vieheinstellungen zum Abschlusse, wobei er von beiden Seiten Aufträge annahm und Vergütungen empfing, übrigens auch den Zu- und Abtrieb bewirkte und die Ueberwachung während der Einstellung besorgte. Ferner führte er im Auftrage von Landwirten und Gewerbetreibenden Ankäufe von Vieh und Getreide aus, indem er die Verträge für Rechnung der Auftraggeber abschloß. Für eine der beteiligten Firmen übernahm er zugleich Verladung, Zahlung,

Säckeflicken und Verteilung der Säcke. Es wurde teils Makler-, teils Agententätigkeit angenommen, hinsichtlich letzterer Gewicht darauf gelegt, daß der Kläger für eine ganze Reihe von Personen, aber stets nur auf Grund besonderen Auftrags, nicht vermöge dauernder Anstellung in Wirksamkeit trat; die Vereinbarung einer Kündigung stand dabei der Feststellung gewerblicher Selbständigkeit nicht entgegen. Als selbständiger Vermittler von Handelsgeschäften war auch anzusehen der Torfmakler der Rev. E. 97, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 12, der, in einer Seestadt angestellt, an Dienstanweisung und Gebührentarif gebunden ist und gewerbsmäßig Verkäufe von Torf zwischen den Torfschiffern und dem Publikum zustande bringt, sowie ein für Privatkundschaft arbeitender Zuschneider, der für ein Garderobengeschäft nach Belieben mit Stoffproben ausgeht, um Warenbestellungen aufzusuchen, ohne daß eine bestimmte Dauer oder eine Kündigung für dieses Verhältnis vereinbart ist (Rev. E. 294, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 148). Ebenso ist als selbständiger Gewerbetreibender angesehen ein konzessionierter Pfändersammler, der, für ein städtisches Pfandhaus tätig, zwar auf Kündigung angestellt und gewissen Sicherheitsvorschriften unterworfen war, der aber eigene Geschäftsräume hielt und in seiner Geschäftsführung selbständig war, das Risiko bei Abschätzungen und Verlusten trug, nur die von den Verpfändern zu zahlenden, nach oben begrenzten Kommissionsgebühren bezog und auch andere Geschäfte nebenbei betreiben konnte (E. 1038, A. N. 1903 S. 363).

Dagegen würde z. B. versicherungspflichtig sein ein für ein bestimmtes Geschäft tätiger Viehaufkäufer, der für andere Firmen keine Abschlüsse machen darf, die Bedingungen vorgeschrieben erhält und regelmäßig Rechnung legt.

Ueber die versicherungsrechtliche Stellung von Provisionsreisenden spricht sich die Rev. E. 293, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 147, dahin aus, daß die Art der Tätigkeit und die Form der Löhnung mittels Provision der Annahme eines versicherungspflichtigen Dienstverhältnisses nicht entgegenstehe, daß es aber immerhin auf die Gestaltung der Vertragsbeziehungen im einzelnen ankomme, damit entschieden werden könne, ob der Reisende Agent beziehungsweise Kommissionär oder Handlungsgehilfe sei. Im dem Falle der Rev. E. 293 war der Kläger stets nur bei einer Firma zu derselben Zeit tätig gewesen, ohne jemals für eigene Rechnung Handelsgeschäfte zu betreiben; er wurde für versicherungspflichtig erachtet, und zwar auch in betreff einer Zeit, während deren er nur ungarantierte Provision, kein festes Gehalt bezogen hatte.

In anderen Fällen ist namentlich Gewicht darauf gelegt worden, ob die Preise und sonstige Bedingungen vorgeschrieben sind, ob regelmäßige Berichterstattung und Abrechnung zu erfolgen hat. Selbständiger Gewerbebetrieb ist festgestellt bei einem Stadtreisenden, der von 7 Firmen gleichzeitig gegen Provision beschäftigt wurde und weitgehende Freiheiten bezüglich des Aufsuchens von Abnehmern und der Bestimmung des Preises genoß Rev. E. 293 a. a. O. Fall 2.

Unteragenten von Versicherungsunternehmungen unterliegen gleichfalls einer verschiedenen Beurteilung je nach der Gestaltung ihrer Beziehungen zu der sie beschäftigenden Gesellschaft. Im Falle der Rev. E. 291, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 145, wurde die Versicherungspflicht anerkannt und dabei Gewicht darauf gelegt, daß der Agent, der früher Malergehilfe gewesen war und nebenher Zeitungen austrug, vertragsmäßig verpflichtet war, die vereinnahmten Gelder stets gesondert vorrätig zu halten und nach Vorschrift der Hauptagentur abzuliefern, auch sich jederzeit einer Revision zu unterwerfen, daß er ferner keinerlei gleichartige Versicherungsgeschäfte für eigene oder fremde Rechnung besorgen, noch Versicherungsagenturen ohne Erlaubnis annehmen durfte, keine Verträge abzuschließen, vielmehr nur untergeordnete Geschäfte zu versehen hatte. Dagegen erklärt die Rev. E. 292 a. a. O. S. 147, einen Agenten, der für mehrere Versicherungsgesellschaften und ein Auswanderungsunternehmen tätig war, und mit Ausnahme von Konkurrenzgeschäften auch anderen beliebigen Auftraggebern sich widmen durfte, für gewerblich selbständig.

Agenturartige Verhältnisse kommen auch bei den sogenannten Faktoren vor. So ist der Faktor einer Weberei, der von dieser jeweilig eine bestimmte Anzahl von Ketten ins Haus erhielt, um sie von beliebigen Hauswebern weiter verarbeiten zu lassen, und lediglich dafür zu sorgen hatte, daß die Webstücke zu bestimmter Zeit fehlerfrei an die Fabrik zurückgelangten, wobei sein Verdienst in dem Unterschiede zwischen dem ihm bewilligten und den von ihm gezahlten Preise bestand, als ein selbständiger Vermittler und demgemäß als nicht versicherungspflichtig angesehen worden, Rev. E. 337, A. N. J. u. A. V. 1894, S. 90. In dem Falle der Rev. E. 491, A. N. 1896 S. 222, wurde dagegen versicherungspflichtige Gehilfentätigkeit angenommen, weil der Kläger als Faktor keine Gefahr trug und keinen Unternehmergewinn erzielen konnte, die Löhne aus Vorschüssen zahlte, übrigens auf Geheiß des Fabrikanten jederzeit

sich bei diesem einfinden mußte, um Weisungen entgegen zu nehmen und Geschäftsgänge auszuführen. Als versicherungspflichtig wurde auch eine für eine auswärtige Textilfirma tätige Wollausgeberin angesehen, da die Firma die Geschäftsräume gemietet und eingerichtet hatte, die Geschäftsführung beaufsichtigte, die Löhne der Weber bestimmte und die Mittel dazu hergab und der Wollausgeberin nur Stücklohn zahlte (Rev. E. 957, A. N. 1902 S. 288).

Waren-austräger. 46. Backwarenausträger und dgl. (z. B. Fleischausträger, Verkäufer von Gartenfrüchten, von Wild und Fischen mittels Hausierens). Ob diese Personen Gewerbegehilfen oder selbst (Hausier-) Gewerbetreibende sind, ist nur nach Lage des Einzelfalls zu entscheiden.

Ueber die Backwarenausträger enthalten die unter Z. 282, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 135, veröffentlichten vier Rev. E. eine Reihe von Gesichtspunkten, welche in fast allen derartigen Fällen in Betracht kommen. Danach spricht es für das Vorliegen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses, wenn eine Gebundenheit an Weisungen des Auftraggebers, insbesondere bezüglich der zu besuchenden Kunden, der Zeit und Reihenfolge der Gänge, des Preises der Ware besteht, wenn eine Ueberwachung stattfindet, die Annahme von Hilfspersonen nicht dem Belieben des Austrägers überlassen ist, wenn eine Rücknahmepflicht hinsichtlich des nicht Verkauften Platz greift, das Eigentum der Ware dem Bäckermeister verbleibt, ihn auch die Gefahr für Verluste trifft, wenn seine Beförderungsmittel (Handwagen, Körbe, Tücher) benutzt werden, von dem Austräger gewöhnliche Lohnarbeit, insbesondere für den ihn beschäftigenden Bäckermeister verrichtet, wenn ein festes Vertragsverhältnis auf bestimmte Zeit oder mit Kündigungsvorbehalt eingegangen, die Tätigkeit für andere untersagt wird, und dem Austräger die Stellung eines Vertreters in Behinderungsfällen obliegt (nicht nur tatsächlich aus dem eigenen Interesse des Austrägers heraus üblich ist). Selbständiger Gewerbebetrieb ist dagegen anzunehmen, wenn der Austräger frei von Aufsicht und Leitung sich seinen Kundenkreis, obwohl vielleicht in vereinbarter Beschränkung auf einen bestimmten Bezirk, selbst bildet, hinsichtlich der Zeit und Reihenfolge der Gänge unabhängig ist, die Preise selbst bestimmt, nicht verkaufte Ware selbst verwerten muß, ebenso für Verluste, insbesondere durch Stundung des Preises, selbst aufkommt, also Käufer für eigene Rechnung ist, eigene Körbe, Tücher und dgl. mehr benutzt, jederzeit die Beschäftigung abbrechen darf.

Daneben ist es selbstverständlich auch von Wert, festzustellen, ob der Austräger zur Gewerbesteuer veranlagt, und ob er zur Krankenversicherung herangezogen worden ist. Unter den aufgezählten Umständen kann als hervorragend wichtig bezeichnet werden, ob eine Verpflichtung zur Zurücknahme nicht abgesetzter Ware festzustellen ist. Indessen ist auch dieses Merkmal allein nicht unbedingt ausschlaggebend, überdies ist zu prüfen, ob die tatsächlich erfolgte Zurücknahme auf einer rechtlichen Verpflichtung beruht oder nur aus geschäftlichen oder Billigkeitsrücksichten freiwillig zugestanden wird.

In Anlehnung an die für die Versicherungspflicht der Backwarenausträgerinnen aufgestellten Grundsätze wurde eine Milchfahrerin, die mit dem Gespann und den Gefäßen eines Landwirts die in seinem Betriebe gewonnene Milch zur Stadt fuhr, täglich zu kommen verpflichtet war und auch sonst in seiner Wirtschaft und seinem Haushalt arbeitete, für versicherungspflichtig erachtet, wiewohl sie die Milch an die von ihr selbst bestimmten Kunden zu einem von ihr festgesetzten Preise absetzte (Rev. E. 776, A. N. 1899 S. 654).

Beherbergung und Erquickung. 47. Beherbergung und Erquickung. Im Falle der Rev. E. 445, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 238, hatte der Kläger die einem Brauereibesitzer gehörige Wirtschaft nebst Einrichtung pachtweise zur eigenen Nutzung übernommen, wobei er das Bier von dem Verpächter zu beziehen verpflichtet war. Da er im übrigen unabhängig war, ein geschäftliches Risiko trug, anderseits die Aussicht auf Unternehmergewinn durch Verkauf von Speisen, Zigarren usw. hatte, lag ein selbständiger Gewerbebetrieb auf eigene Rechnung vor. Aehnlich war die Stellung einer Kasinowirtin, Rev. E. 446 a. a. O., die auf Grund eines mit der Kasinogesellschaft geschlossenen Vertrags die Wirtschaft in den Kasinoräumen führte, dabei Speisen und Getränke lieferte und Festessen für einen Gesamtpreis besorgte. Wenn sie auch vertraglich Reinigung und Instandhaltung der Räume, Aufwartung und Botendienste zu leisten hatte, so war sie doch weder dabei unselbständig tätig noch auch nur gehalten, diese Verrichtungen persönlich aufzuführen. Sie hatte jene Leistungen nur auf ihre Kosten unter eigener Verantwortung zu beschaffen, wofür sie einen festen Betrag von der Gesellschaft empfing. Selbständig ist auch eine Frau, die in ihrer Wohnung einen Kosttisch für eine Anzahl wechselnder Teilnehmer derart hält, daß sie die Mahlzeiten bereitet, Geschirr, Feuerung und gewisse Küchenvorräte (Gemüse und dgl.) liefert, während sonst die Eßwaren auf Kosten der Gäste beschafft werden (Rev. E. 761, A. N. 1899 S. 626); ebenso der Oekonom eines Lehrer-

seminars, der eine Anzahl von Hilfskräften beschäftigt und einen erheblichen Umsatz erzielt (E. 1239, A. N. 1905 S. 585).

Darüber, daß Kellner und ähnliche Angestellte, wenn sie auch lediglich auf Trinkgelder angewiesen sind, doch Lohnarbeiter des Wirtes bleiben vgl. Z. 16. Dasselbe gilt auch insoweit, als sie mit Genehmigung des Geschäftsinhabers Zigarren, Photographien und dgl. auf eigene Rechnung verkaufen, Rev. E. 71, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 176 (in den Gründen). Zu vgl. auch Z. 53.

Dem gewerbmäßigen Gasthausbetriebe verwandt ist die Erwerbstätigkeit derjenigen, die gegen Entgelt Ortsarmen oder Waisenkindern Unterkunft und Verpflegung auf Grund eines mit der Armenverwaltung oder den Behörden der Waisenpflege geschlossenen Vertrags gewähren. Regelmäßig ist auch hier keine Versicherungspflicht begründet, weil die Vergütung nicht nur Arbeitslohn sondern auch Unternehmergewinn darstellt, überdies die Arbeitstätigkeit sich in der eigenen Hauswirtschaft nach freiem Ermessen vollzieht (Rev. E. 118, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 30). Dasselbe gilt im allgemeinen auch von der Uebernahme der Pflege von Kindern oder Kranken gegenüber privaten Auftraggebern.

48. Hilfsgewerbe des Handels. Hierher gehören namentlich die in § 36 der Reichs-Gewerbeordnung bezeichneten Personen, die im allgemeinen als selbständige Unternehmer anzusehen sind, und zwar auch dann, wenn sie hauptsächlich von einer oder wenigen Firmen beschäftigt werden. Im einzelnen sind zu nennen: Hilfsgewerbe des Handels (Wäger usw.).

Fruchtmesser in Bayern, von der Gemeinde bestellt und vereidigt, Rev. E. 53, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 161;

Holzarker, von der Gemeinde eidlich verpflichtet, um das geschlagene Holz ordnungsmäßig und maßgebend aufzusetzen und abzumessen (Bayern);

Kornmesser, beeidet und Mitglieder einer Kornmesser-Kompagnie in einer Stadt in Hannover, Rev. E. 299, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 153 (vgl. Z. 35);

Tallymänner (in Hamburg), die im Auftrage von Kaufleuten die Löschung oder Beladung von Schiffen übernehmen oder beaufsichtigen und dabei über Art, Gewicht, Menge und Verpackung der Waren Buch führen, Rev. E. 301, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 155. Ohne Belang ist dabei, ob die Tallymänner das ganze Geschäft gegen eine feste Summe besorgen oder Tagelohn (in dem entschiedenen Falle übrigens daneben eine „Provision“ von den angenommenen Arbeitern) erhalten. Werden dagegen die Tallymänner von Firmen, die die Ausführung von Tallyarbeiten übernehmen, dergestalt gegen Tagelohn beschäftigt, daß die Firmen Zeit und Ort der Arbeiten bestimmen und deren Beaufsichtigung regeln, so sind sie, wenn auch kein fester Vertrag und keine Kündigungsfrist besteht von den Tallyfirmen persönlich abhängig und deshalb versicherungspflichtig (E. 884, A. N. 1901 S. 202).

Taxatoren. Der Taxator eines Leihhauses gegen jährliches Gehalt, der im übrigen das Gewerbe als Goldschmied betreibt, ist nicht versicherungspflichtig, Rev. E. 160, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 115; zu vgl. auch Rev. E. 550 A. N. 1897 S. 271 (Taxator von Grundstücken) und Rev. E. 253, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 102 (Taxator für Feuerversicherung) und Z. 341.

Wäger. In der Rev. E. 158, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 113, handelt es sich um einen angestellten und beeideten Wäger in Oldenburg, der bei dem Umsatze von Waren als unparteiischer Sachverständiger zur Verhütung oder Schlichtung von Streitigkeiten mitzuwirken hatte; seine Selbständigkeit wurde anerkannt, obwohl er fast ausschließlich für ein Handlungshaus, dessen Arbeiter er gewesen, in dessen Räumen und mit dessen Geräten und Hilfskräften tätig war, für diese Firma auch Speicherarbeiten gewöhnlicher Art in geringem Umfang ausführte. Aehnlich war die Stellung eines Hilfswägers in Kiel, Rev. E. 300, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 155, anders aber war ein sogenannter Reservewäger ebendaselbst zu beurteilen, Rev. E. 449, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 241, der nicht zu der aus dem Stadtwäger und sieben Hilfswägern bestehenden Wägergilde gehörte, daher auch an ihren Einnahmen keinen Anteil hatte, sondern aus der Kasse nach Vereinbarung gelohnt wurde, so oft seine Heranziehung zur Aushilfe erforderlich war. Er wurde als versicherungspflichtiger Gehilfe der Genossenschaft angesehen. Ebenso ist versicherungspflichtig ein in dem Wägeramt einer kaufmännischen Körperschaft in abhängiger Stellung beschäftigter Wäger (Rev. E. 773, A. N. 1899 S. 651).

49. Leistung von Fuhren. Bei der Beförderung von Lasten tritt neben der persönlichen Arbeitsleistung die Vorhaltung der Zugkraft und des Beförderungsgeräts (Wagen usw.) in den Vordergrund; die selbständige Leistung von Fuhren gegen Entgelt überschreitet daher regelmäßig den Begriff der Lohnarbeit. Insbesondere sind Lohnfuhrwerker, die für wechselnde Auftraggeber Fuhren besorgen, selbständige Gewerbetreibende (zu vgl. § 425 des Handelsgesetzbuchs, § 37 der Gewerbeordnung, § 1 Leistung von Fuhren.

Z. 4 G. U. V. G. vom 30. Juni 1900), und zwar auch, wenn sie nach Zeit, beziehungsweise im Tagelohn bezahlt werden, Rev. E. 333, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 82 Fall 1. Dasselbe ist in dem zweiten der unter Z. 333 abgedruckten Urteile angenommen bei einem Lohnfuhrmanne, der zwar hauptsächlich nur für vier Unternehmer zufolge festen Vertrags Fuhren leistete, aber auch befugt war, für beliebige andere tätig zu sein. Hier wurde betont, daß von dem Kläger nicht eigene Arbeitsleistung, sondern nur die Hergabe von Fuhrwerk und Fuhrmann verlangt wurde, der Kläger auch einen Knecht hielt, durch den er sich mehr und mehr vertreten ließ. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß im einzelnen Falle gleichwohl ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit zwischen dem Fuhrmann und bestimmten Auftraggebern besteht und demnach versicherungspflichtige Lohnarbeit vorliegt (Rev. E. 333 Fall 3, Rek. E. 1740, A. N. 1899 S. 224). Zu vgl. auch Rev. E. 161, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 115 (näheres Z. 30).

Ueber Ackerbestellung mit eigenem Gespanne s. Z. 36, über Droschkenkutscher, die für den Betrieb eines Droschkenbesitzers arbeiten und einen bestimmten Betrag für die Benutzung des Gespanns abliefern müssen, Z. 30.

Schiffahrt.

50. Schiffahrt. Ob ein Mitreeder trotz seiner Beteiligung an der Unternehmerschaft auf einem Schiffe seiner Reederei in versicherungspflichtiger Weise, insbesondere als Schiffer beschäftigt sein kann, darüber vgl. Z. 35. Seelotsen unterliegen der Versicherungspflicht nicht, sondern sind im allgemeinen, soweit sie nicht als Beamte unter § 5 Abs. 1 des Gesetzes fallen, als selbständige Gewerbetreibende anzusehen. Dasselbe ist unter Uebertragung der auf dem Gebiete der Unfallversicherung angenommenen Grundsätze — Besch. 401, A. N. 1887 S. 213 — auch für Binnenlotsen (Rittmänner, Haupter) bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung ausgesprochen worden, Rev. E. 191, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 138.

Bei einem Angestellten des Schiffseigners wird die Versicherungspflicht dadurch nicht beseitigt, daß ersterer in Gestalt eines Anteils von der verdienten Fracht bezahlt wird, davon auch den Lohn von Mannschaften, die Abgaben und dgl. bestreiten muß, insbesondere sind auch die sogenannten Schiffspächter im allgemeinen nicht als selbständige Gewerbetreibende anzusehen, Rev. E. 220, 450, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 65, 1895 S. 241. Im ersteren Falle machte es nichts aus, daß der Lohn nach Maßgabe der Menge der beförderten Güter berechnet wurde, der Schiffer also am Gewinne beteiligt war, und daß er Leute zur Unterstützung selbständig annahm und lohnte, dagegen war entscheidend, daß der Kläger nur auf fremdem Fahrzeuge nach den Anweisungen des Eigners tätig war; auch konnte festgestellt werden, daß der Verdienst den üblichen Tagelohn kaum überstieg, ein Unternehmergewinn bei dem im wesentlichen unveränderlichen Betrage der Ausgaben nicht in Frage kam, der Kläger auch gewöhnliche Tagelöhnerdienste neben der Schiffahrt verrichtet hatte. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen Schiffspächter, der noch wesentlich freier dastand, Frachtverträge abschloß, die nötigen Schiffsknechte annahm und lohnte, seine Vergütung in Form eines Gewinnanteils bezog. Gleichwohl ist auch hier unter Bezugnahme auf die Praxis in Unfallversicherungssachen — Besch. 209, A. N. 1886 S. 230 — und in Krankenversicherungssachen — Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 27. November 1890, Entsch. Band XX S. 382 — der wirtschaftlichen Sachlage gemäß nicht der Pächter, sondern der Schiffseigentümer als der Unternehmer des Betriebs angesehen worden. Als versicherungspflichtige Lohnarbeiter, nicht Unternehmer, sind die Partsleute der Norderneyer Segelschiffer angesehen worden, die bei Lustfahrten der Kurgäste mit den das Boot hergebenden Segelschiffern zusammen fahren und ein Drittel des Rohgewinnes erhalten (E. 1036, A. N. 1903 S. 361).

Boten, Dienstmänner, Lohndiener usw.

51. In das Gebiet der Verkehrsgewerbe gehören ferner die Beschäftigungen der **Boten, Dienstmänner, Lohndiener, Fremdenführer, Kofferträger** und ähnlicher Personen.

Auf Boten beziehen sich folgende Urteile: Rev. E. 69, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 173: Eine Botenfrau, die an zwei Wochentagen von Haus zu Haus Aufträge einsammelt, um diese bei ihrem nächsten Gange nach der Stadt auszuführen, die also ihre Arbeitskraft allgemein dem Publikum zur Verfügung stellt, ist eine selbständige Gewerbetreibende. Rev. E. 157, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 112: Der Kläger verrichtete Botendienste für sechs verschiedene Vereine, nahm auch sonst Aufträge mancherlei Art an (Gefangentransporte, Austragung von Einladungen für Künstlertruppen, Musterkoffertragen für Handlungsreisende); die Versicherungspflicht wurde ebenfalls verneint. Rev. E. 254, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 102: Ein früherer Streckenarbeiter wurde von der Bahnverwaltung ständig, wenn auch ohne festen Vertrag, zum Austragen von Benachrichtigungsschreiben über angekommene Güter verwendet, wofür er das Entgelt von den Empfängern zu fordern hatte; hier wurde angenommen, daß der Kläger im Betriebe der Eisenbahnverwaltung eine dieser obliegende Tätigkeit verrichte und auch ohne vertragsmäßige

Verpflichtung zu fortdauernden Dienstleistungen versicherungspflichtig sei. Rev. E. 316, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 172: Der Kläger verrichtete seit Jahren für zwei bestimmte Personen regelmäßig an zwei Wochentagen im Tagelohne Botendienste; die Versicherungspflicht wurde bejaht.

Dienstmänner sind nicht versicherungspflichtig, wenn sie nicht als Angestellte eines Unternehmers, sondern selbständig tätig sind. Einen Fall der Versicherungspflicht (Dienstmannsinstitut auf Rechnung eines Unternehmers) behandelt die Rev. E. 159, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 114, einen Fall der Selbständigkeit, die auch durch Einordnung in eine genossenschaftliche Vereinigung nicht beseitigt wurde, die Rev. E. 637, A. N. 1898 S. 269 (vgl. auch Z. 35). In dem ersteren Falle waren die Dienstmänner des Instituts an die Anweisungen des Inhabers bezüglich des Standplatzes usw. gebunden; er gab die Ausrüstung her und haftete den Auftraggebern für etwaige Verluste, wie er auch den Gewinn bezog.

Selbständige Kofferträger, Lohnbiener, Fremdenführer sind nicht versicherungspflichtig. Gepäckträger auf Bahnhöfen sind als Arbeiter der Eisenbahnverwaltung anzusehen, vgl. Rek. E. 1898, A. N. 1902 S. 181.

Botendienste leisten auch die mit der Ablieferung von Zeitungen an die Besteller und der Einziehung der Gebühren beschäftigten Zeitungsausträger. Im Dienste eines bestimmten Unternehmers sind sie grundsätzlich versicherungspflichtig, vorbehaltlich § 4 Abs. 1 des Gesetzes (E. 1164, A. N. 1904 S. 527). Zeitungskolporteure, die sich ihren Kundenkreis selbst suchen, keiner Aufsicht unterliegen, auch andere Druckschriften als die des sie beschäftigenden Zeitungsverlegers vertreiben dürfen, sind dagegen, selbst wenn sie an einen bestimmten Absatzpreis gebunden sind, und der Verleger die nicht verkauften Zeitungen zurücknimmt, als selbständige Unternehmer nicht versicherungspflichtig (Besch. 953, A. N. 1902 S. 240).

52. **Begräbniswesen.** Die große Verschiedenheit der für die Zwecke der Bestattung in den einzelnen Bundesstaaten oder Provinzen vorhandenen Einrichtungen und Verwaltungsvorschriften macht es schwer, über die versicherungsrechtliche Beurteilung der hierbei in ausführender Stellung tätigen Personen allgemeingültige Sätze aufzustellen. Am einfachsten gestaltet sich das Verhältnis dort, wo eine politische oder kirchliche Gemeinde das gesamte Beerdigungswesen einer Ortschaft oder religiösen Gemeinschaft in eigenen Betrieb übernommen hat und alle dazu gehörigen Arbeiten auf ihre Rechnung durch Angestellte besorgen läßt. So war es im Falle der Rev. E. 412, A. N. J. u. A. V. 1895 S. 108, wo die Gemeinde die Leichenwagen usw. stellte und das ganze Begräbniswesen gegen bestimmte, für jede vorkommende Handlung besonders festgesetzte Gebühr durch das von ihr angenommene Personal versah. Ein Begräbniskommissar hatte die Beerdigungen zu leiten und alle Vorbereitungen auf Veranlassung der Hinterbliebenen zu treffen, er wies die Grabstellen zu, führte die erforderlichen Listen und zog die Gebühren ein, deren Festsetzung der Nachprüfung des Magistrats unterlag. Der Begräbniskommissar war als Gehilfe der Stadtverwaltung versicherungspflichtig. Auch im Falle der Rev. E. 279, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 131, hatte die Stadtgemeinde in Westfalen, von der die Klägerin als vereidete Leichenbitterin angenommen worden war, hinsichtlich der städtischen Friedhöfe einen gemeindlichen Betrieb für die Beerdigungsgeschäfte eingerichtet. Auch hier wurde die Klägerin als Gehilfin der Stadtverwaltung angesehen. Der Stellung dieser Leichenbitterin ganz gleichartig war diejenige einer „Leichenfrau“ (früher „Leichensägerin“) in einer württembergischen Stadt, die ebenfalls die Beerdigungen gewerbsmäßig mit einem dazu angestellten Hilfspersonal und eigenem Inventar (Wagen, Bahrtüchern, Kreuzen usw.) gegen ein für allemal festgesetzte Gebühren besorgte; die Rev. E. 639, A. N. 1898 S. 270, hat die Versicherungspflicht einer in diesem Betrieb in persönlicher Abhängigkeit von der Stadtverwaltung beschäftigten Leichenfrau anerkannt. Begräbniswesen.

Wesentlich unter demselben Gesichtspunkte wird in der Rev. E. 280, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 132, ein von der Gemeinde bestellter, wenn auch auf Gebühren angewiesener Totengräber für versicherungspflichtig erachtet.

Nicht als Glied eines wirtschaftlichen Betriebes, sondern als Gehilfe bei den obrigkeitlichen Aufgaben der Gemeinde war dagegen versicherungspflichtig ein Leichenschauer in Württemberg, mit dem sich der Fall 1 der Rev. E. 276, A. N. J. u. A. V. 1893 S. 128, beschäftigt. Die Leichenschauer erhalten zwar auch neben festem Gehalte Gebühren vom Publikum, werden aber nicht auf Anrufen und für die Zwecke von Privaten, sondern von Amts wegen aus Gründen der Sicherheits- und Gesundheitspolizei tätig, haben insbesondere für die Rettung Scheintoter, die Entdeckung von Todesfällen durch Verbrechen oder Selbst-

mord, die Verhütung einer Verbreitung ansteckender Krankheiten u. dgl. Sorge zu tragen. Sie sind daher als Gemeindebeamte versicherungspflichtig.

Soweit die bisher erörterten Gesichtspunkte nicht zutreffen, werden die bei Beerdigungen gegen Lohn mitwirkenden Personen, wenn sie nicht etwa im Dienste eines Beerdigungsunternehmers stehen, als selbständig erwerbstätig anzusehen sein. Daran ändert es insbesondere nichts, daß sie behördlich bestellt und verpflichtet werden, manchmal auch leichenpolizeiliche Aufgaben haben, einer gewissen Dienstaufsicht unterliegen, auch ihre Bezüge durch Gebührentarife geregelt sind (zu vgl. Rev. E. 276 A. N. J. u. A. V. 1893 S. 128 Fall 2 — Leichenfrau in Württemberg, Rev. E. 277 das. S. 130 — Leichenfrau in Sachsen, Rev. E. 278 das. S. 130 — Seelnonne in Bayern, E. 886, A. N. 1901 S. 204 — Leichenfrau in Sachsen-Weimar).

D. Häusliche Dienste. Kochfrauen, Aufwärterinnen, Lohndiener usw.

53. Häusliche Dienste. Bei Hilfspersonen, die in einem fremden Haushalte beschäftigt werden, wird sich im allgemeinen selten ein Zweifel erheben, ob eine selbständige Erwerbstätigkeit vorliegt.

Eine solche ist hinsichtlich der Köche und Kochfrauen verneint worden, wenn sie, wie es in der Regel der Fall ist, gegen eine tageweise oder nach dem Umfange der Arbeit festgesetzte Vergütung die Besorgung von Mahlzeiten in der Wohnung der Auftraggeber übernehmen (Rev. E. 327, 537, A. N. J. u. A. V. 1894 S. 38, 1896 S. 472). Sie sind also versicherungspflichtig. Dagegen müssen nach den in der Rev. E. 327 ausgesprochenen Grundsätzen als selbständige Gewerbetreibende diejenigen Köche und Kochfrauen gelten, die nicht lediglich Arbeit leisten, sondern ein gewisses Risiko tragen und einen Unternehmergewinn erzielen, indem sie beispielsweise — ähnlich wie die Traiteure in großen Städten — für eigene Rechnung Geschirr oder Hilfspersonen stellen oder die Lieferung der Speisen oder der dazu nötigen Waren übernehmen (s. auch Z. 47).

Der Versicherungspflicht unterliegen grundsätzlich auch diejenigen Personen, die in dauerndem Dienstverhältnisse zu einem oder mehreren Arbeitgebern in deren Haushalte zu gewissen Zeiten Aufwartedienste verrichten (Aufwärter, Aufwarte-, Reinmache-, Scheuerfrauen, Ausgeherinnen, Zugeherinnen, Morgenfrauen, Stundenfrauen, zu vgl. Rev. E. 36, 130, 365, A. N. J. u. A. V. 1891 S. 152, 1892 S. 43, 1894 S. 138).

Ueber Näherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen s. Z. 44, über Abreiber und dgl. Z. 55.

Als gewerbliche Unternehmer sind im allgemeinen die Lohndiener und Tafeldecker zu behandeln (zu vgl. E. 1034, A. N. 1903 S. 360), sowie Personen, die aus dem Zutragen von Wasser für eine nicht geschlossene Anzahl von Haushaltungen ein Gewerbe machen.

Die Kammerjäger sind nach der Rev. E. 89, A. N. J. u. A. V. 1892 S. 3 (in den Gründen), selbständige Gewerbetreibende.

Ueber Wochenpflegerinnen, die in Verbindung mit der Pflege der Wöchnerin und des Neugeborenen hauswirtschaftliche Geschäfte übernehmen, s. Z. 55.

E. Oeffentlicher Dienst und freie Berufsarten. Allgemeines.

54. Auf dem Gebiete der behördlichen Verwaltung, des kirchlichen und bürgerlichen Beamtendienstes und der sogenannten freien Berufsarten treten naturgemäß Zweifel hinsichtlich der Selbständigkeit oder Unselbständigkeit selten zutage. Die bezüglich öffentlicher Angestellten etwa hier in Betracht kommenden Fälle finden bei den Berufszweigen Erwähnung, zu denen sie nach der Art der Beschäftigung gehören (Wäger, Messer usw. in Z. 48, Leichenschauer und dgl. in Z. 52, Hebammen, Fleischbeschauer, Kleemeister in Z. 55). Die Schlächter jüdischer Gemeinden sind versicherungspflichtig, wenn sie in deren Auftrag und unter deren Ueberwachung des Schächteramts walten (Rev. E. 868, A. N. 1901 S. 185).

Inwieweit Lehrer und Erzieher, auch wenn sie selbständig erwerbstätig sind, gleichwohl der Versicherungspflicht unterliegen, s. unter Z. 24.

Personen, die aus der Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten ein Gewerbe machen (Konsulenten, Konzipienten, Prozeßagenten und dgl.) sind regelmäßig selbständig und nicht versicherungspflichtig.

Ein Notenschreiber und Arrangeur, der für eine, auch zwei Musikalienhandlungen ohne festes Vertragsverhältnis und bestimmten Lohn in seiner Wohnung arbeitet, ist selbständiger Gewerbetreibender (Rev. E. 775, A. N. 1899 S. 653).

Gesundheitspflege und Krankendienst.

55. Oeffentliche und private Gesundheitspflege.

Personen, die sich der Gesundheitspflege und dem Krankendienste widmen, üben in der Regel eine selbständige Erwerbstätigkeit aus.

Im einzelnen sind hier folgende Personen hervorzuheben:

Die Fleischbeschauer (Trichinenschauer) sind, auch wenn sie von einer Behörde öffentlich angestellt und verpflichtet sind, regelmäßig als selbständige Unternehmer zu betrachten (Rev. E. 128, 607, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 37, 1897 S. 471). Durch besondere Umstände kann aber die Regel ausgeschlossen werden, insbesondere dann, wenn sie in einem aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege geschaffenen und von der Polizeibehörde geleiteten und beaufsichtigten Gemeindeschlachthaus angestellt sind dergestalt, daß sie in persönlicher und dienstlicher Abhängigkeit zu der Verwaltung des Schlachthauses stehen. In solchen Fällen sind die Fleischbeschauer versicherungspflichtig (Rev. E. 241, E. 1207, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 88, 1905 S. 438).

Die von württembergischen Gemeinden angestellten und durch Gewährung eines sogenannten Wartegeldes besoldeten Kleemeister (Abdecker) sind nach der Rev. E. 480, A. N. 1896 S. 173, regelmäßig als Gehilfen im Dienste der gemeindlichen Gesundheitspolizei versicherungspflichtig.

Selbständige Gewerbetreibende sind grundsätzlich die Abreiber, Kneter, Masseure und dgl. (Rev. E. 762, 763, A. N. 1899 S. 627, 629). Die Aufseherin eines von einer Synagogengemeinde für rituelle Bäder der weiblichen Gemeindemitglieder gehaltenen Badehauses ist jedoch für versicherungspflichtig erachtet worden, weil sie zu der Gemeinde in einer den Begriff des selbständigen Gewerbebetriebs ausschließenden, persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit stand (Rev. E. 252, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 101). Bedient ein Badediener, der in einer Badeanstalt in fester Stellung ist, außerdem eine bestimmte Person gegen eine ein für allemal festgesetzte Vergütung als Abreiber, so wird er dadurch nicht zum selbständigen Unternehmer.

Unabhängige Berufsstellungen nehmen ferner die Personen ein, die sich wie die Hebammen, Heildiener (Heilgehilfen), Wundarzneidiener, Hühneraugenschneider, Blutegelsetzer mit der Ausübung der niederen Heilkunde befassen (Rev. E. 278, 762, 763, A. N. J. u. A. B. 1893 S. 130, 1899 S. 627, 629). Die Tätigkeit der Hebammen verliert auch dann nicht das Wesen des selbständigen Unternehmens, wenn sie als sogenannte Gemeindehebammen gegen eine von der Gemeindeverwaltung zu zahlende Vergütung die Verpflichtung übernommen haben, in dem ihnen zugewiesenen Bezirk ihre Tätigkeit auszuüben und dabei auch den Unbemittelten ihre Hilfe unentgeltlich oder gegen eine hinter dem üblichen Satze zurückbleibende Gebühr angedeihen zu lassen. Uebernimmt die Hebamme im Anschluß an die Entbindung auch auf einige Wochen die Wartung der Wöchnerin und des Kindes und wird sie für ihre gesamten Mühewaltungen in einer Summe entschädigt, so muß bei dem engen Zusammenhange der Wochenpflege mit dem Hebammenberuf auch die Beschäftigung als Wartefrau als Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit angesehen werden (Rev. E. 73, 763, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 178, 1899 S. 629). In der Rev. E. 762 ist die Versicherungspflicht eines geprüften Wundarzneidieners verneint, der auf Grund fester, mit zwei Gemeinden abgeschlossener Verträge gegen Jahresgehalt den Ortsarmen der Gemeinden Heilgehilfendienste zu leisten hatte, der ferner als Hilfskraft der Aerzte bei Operationen und chirurgischen Hantierungen tätig war.

Endlich gehören hierher die berufsmäßigen Krankenwärter und Krankenpflegerinnen (Warte-, Wachfrauen, Wochenbettpflegerinnen). Diese Personen sind, wenn sie ihr Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben und jedwedem ihre Dienste anbieten, der Regel nach gewerbliche Unternehmer. Verrichten sie, wie häufig die Wochenbettpflegerinnen, neben der Pflege bei demselben Auftraggeber zugleich häusliche Dienste, so wird ihre Tätigkeit u. U. als Lohnarbeit anzusehen sein. Die bloß gelegentliche, insbesondere freiwillige Beteiligung an den Haushaltungsarbeiten kann ihrer Tätigkeit diese Eigenschaft nicht geben. Wohl aber wird Lohnarbeit anzunehmen sein, wenn die Pflegerin eine besondere Berufsvorbildung nicht besitzt, auch ihren Gewerbebetrieb nicht angemeldet hat und neben der Pflege regelmäßig unter Eintritt in den Haushalt ihrer Arbeitgeber niedere hauswirtschaftliche Verrichtungen (Waschen, Reinmachen, Kochen) oder gar landwirtschaftliche Arbeiten übernimmt. Dies wird namentlich bei Pflegerinnen der Fall sein, die hauptsächlich in einfacheren Verhältnissen tätig sind (Rev. E. 763, A. N. 1899 S. 629). Geht die Tätigkeit der Wochenbettpflegerin (Erstwärterin) dergestalt über die Pflege der Wöchnerin hinaus, daß sie sich in erheblichem Umfang auf die Wartung des gesunden neugeborenen Kindes erstreckt, so kann diese Wartung nicht hinter die in der Pflege der Wöchnerin bestehende Krankenpflegetätigkeit zurückgestellt werden, vielmehr begründet sie als eine hauswirtschaftliche Dienstleistung im weiteren Sinne die Versicherungspflicht (Rev. E. 916, A. N. 1901 S. 438). Als Lohnarbeit kennzeichnet sich auch die Tätigkeit solcher Krankenpflegerinnen usw., die zu einzelnen Personen oder gewerblichen Unternehmungen, Vereinen oder Krankenanstalten in einem festen Dienstverhältnisse stehen (zu vgl. Besch. 39, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 153 a. E. und Rev. E. 635, A. N. 1898 S. 264).

Kunstausübung und Schaustellungen. 56. Kunstausübung und Schaustellungen.

Musiker, die sich zu gewerblichen Aufführungen vereinigen und dabei einem Leiter unterordnen, geben damit noch nicht ihre Selbständigkeit auf (Rev. E. 149, A. N. J. u. A. B. 1892 S. 80 und 492, A. N. 1896 S. 252, zu vgl. Z. 35).

Ein Modellsteher, der von einer großen Anzahl von Künstlern beschäftigt wird, ist gewerblich selbständig, anders verhält es sich mit einem an einer Kunstschule ständig und in einem festen Dienstverhältnisse verwendeten Modellsteher (Rev. E. 67, A. N. J. u. A. B. 1891 S. 172).

Sogenannte „Spezialitäten" (Artisten, Gymnastiker usw.) sind regelmäßig selbständige Gewerbetreibende (E. 1035, A. N. 1903 S. 361).

# II. Versicherungsrecht.

Allgemeines. 57. **Allgemeines.** Der Versicherungspflicht steht das Versicherungsrecht gegenüber, das ist die Befugnis zur „freiwilligen Versicherung". Hinsichtlich der Abgrenzung des Kreises der Versicherungsberechtigten gelten zunächst die allgemeinen Grundsätze Z. 6, 7. Eine untere Altersgrenze ist für den Beginn des Versicherungsrechts nicht ausdrücklich vorgeschrieben. Da jedoch eine Bevorzugung der Selbstversicherung gegenüber der Pflichtversicherung nicht wohl beabsichtigt sein kann, ist als selbstverständlich anzunehmen, daß vor der Zurücklegung des 16. Lebensjahrs auch eine Selbstversicherung nicht stattfindet. Für die Weiterversicherung erledigt sich die Frage damit, daß sie sich nur an ein früheres Pflichtversicherungsverhältnis anschließen kann. Wie die Versicherungspflicht (Z. 8), so besteht ferner das Versicherungsrecht nur solange, als nicht eine zum Bezuge der Invalidenrente berechtigende Erwerbsunfähigkeit vorhanden ist, zu vgl. § 146 des Gesetzes, wonach freiwillige Beiträge nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit (§§ 15, 16) nachträglich oder für die fernere Dauer der Erwerbsunfähigkeit nicht entrichtet werden dürfen. Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit (§ 16) schließt die Verwendung freiwilliger Beiträge erst nach Ablauf von 26 Wochen aus (Rev. E. 830, A. N. 1900 S. 696).

Selbstversicherung. 58. Selbstversicherung. Das Gesetz kennt die freiwillige Versicherung in zwei verschiedenen Formen, als „Selbstversicherung" und als „Weiterversicherung". Zunächst wird gewissen Personen während und vermöge einer von ihnen betriebenen Beschäftigung bestimmter Art gestattet, in die Versicherung freiwillig einzutreten, ohne Rücksicht darauf, ob sie der Versicherung bereits angehört haben oder nicht. In diesem Falle spricht das Gesetz von „Selbstversicherung". Die zugrunde liegende Beschäftigung muß im Inlande stattfinden. Der im Inland ausgeübten Tätigkeit steht eine solche, die im Auslande stattfindet, dann gleich, wenn sie als Ausfluß eines inländischen Betriebs zu erachten ist (zu vgl. Z. 2), ferner kann die auf der Grundlage inländischer Tätigkeit begonnene Selbstversicherung allgemein gemäß § 145 des Gesetzes fortgesetzt werden, wenn der Versicherte sich demnächst in das Ausland begibt.

Zur Selbstversicherung sind im einzelnen befugt:

a. Diejenigen Personen, die § 1 Z. 2 des Gesetzes der Versicherungspflicht unterstellt, ferner Schiffsführer, sämtlich sofern ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als 2000 und nicht über 3000 ℳ beträgt (zu vgl. oben Z. 20—24, 26, 27); ausgenommen von der Selbstversicherung sind jedoch die Handlungslehrlinge. Demgemäß ist einem mit 2200 ℳ besoldeten bayerischen Stadtschreiber, der zu den „sonstigen Angestellten" gehört, die Befugnis zur Selbstversicherung zugesprochen worden (E. 1005, A. N. 1902 S. 547). Ausgeschlossen sind aber von der Befugnis diejenigen Personen, die z. B. als ruhegehaltsberechtigte Beamte (E. 968, 1005, A. N. 1902 S. 391, 547) oder wegen einer höheren, mehr geistigen Beschäftigung nicht der Versicherungspflicht unterliegen würden.

b. Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende, sämtlich soweit nicht durch Beschluß des Bundesrats (§ 2 Abs. 1) die Versicherungspflicht auf sie erstreckt worden ist. Von diesen Personen sind bisher nur die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation und gewisse Hausgewerbetreibende der Textilindustrie durch die Beschlüsse des Bundesrats vom 16. Dezember 1891 und 1. März 1894 / 9. November 1895 der Versicherungspflicht unterstellt worden (zu vgl. Z. 33a).

Diesen Hausgewerbetreibenden ist also die **Befugnis zur Selbstversicherung entzogen.** Wegen des Begriffs des Hausgewerbes s. Z. 33. Im übrigen kommen hier alle Personen in Betracht, die selbständig erwerbstätig sind. Wegen der näheren Bestimmung des Personenkreises, der unter die Begriffe Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer fällt, s. die Z. 28 bis 35. Ob jemand im einzelnen der einen oder der anderen dieser Gruppen angehört, hat keine rechtliche Bedeutung. Im allgemeinen sind hiernach, abgesehen von den Hausgewerbetreibenden, zur Selbstversicherung befugt Landwirte, Pächter, Kaufleute, Krämer, Händler, Hausierer, Gast- und Schankwirte, nicht in fremdem Dienste stehende Handwerker, nicht versicherungspflichtige Schneiderinnen, Näherinnen, Strickerinnen usw., Personen, die aus der Verrichtung von persönlichen Diensten bei wechselnden Auftraggebern ein Gewerbe machen, z. B. selbständige Dienstmänner, Fremdenführer, Boten, Lohndiener, ferner auch Hebammen, selbständige Lotsen, Krankenpflegerinnen, Inhaber von Privatschulen, Wäger, Messer usw. Auch eine Ehefrau, die in dem landwirtschaftlichen Betrieb ihres Ehemanns mit tätig war, ist als zur Selbstversicherung berechtigt angesehen worden (E. 935, A. N. 1901 S. 632). Diese Personen können von der Selbstversicherung Gebrauch machen, wenn sie regelmäßig keinen oder einen oder höchstens zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen. Das Selbstversicherungsrecht wird sonach nicht schlechthin durch die Beschäftigung von mehr als zwei Lohnarbeitern ausgeschlossen. Dies ist vielmehr nur dann der Fall, wenn die Beschäftigung regelmäßig erfolgt, also eine ständige ist, und wenn die Lohnarbeiter versicherungspflichtig sind. Das Selbstversicherungsrecht wird dagegen durch eine vorübergehende, gelegentliche, ausnahmsweise Beschäftigung von mehr als zwei versicherungspflichtigen Lohnarbeitern nicht beeinträchtigt (E. 1154, A. N. 1904 S. 510). Ferner können Lohnarbeiter, die nicht versicherungspflichtig sind (z. B. gegen freien Unterhalt tätige Angehörige oder Lehrlinge), in unbeschränkter Anzahl beschäftigt werden, ohne daß davon das Recht zur Selbstversicherung berührt wird. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die nicht versicherungspflichtigen Lohnarbeiter allein oder ob sie neben versicherungspflichtigen Lohnarbeitern beschäftigt werden (also ist z. B. ein Handwerker, der zwei Gesellen und außerdem mehrere Lehrlinge, diese aber nur gegen freien Unterhalt, beschäftigt, selbstversicherungsberechtigt). Ein Unternehmer dagegen, der in mehreren Betrieben zusammen mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigt, ist von der Selbstversicherung ausgeschlossen (E. 1155, A. N. 1904 S. 511).

c. Personen, deren Arbeitsverdienst in freiem Unterhalte (s. Z. 15) besteht, sowie diejenigen, die nur vorübergehende Dienstleistungen (s. Z. 11) verrichten und deshalb nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Hier besteht die Besonderheit, daß diese Personen, wenn sie sich freiwillig versichern, von ihren Arbeitgebern die Uebernahme der halben Beiträge wie im Falle der Versicherungspflicht beanspruchen dürfen (§ 145 Abs. 2 des Gesetzes).

Der Eintritt in die Selbstversicherung ist nur vor der Vollendung des vierzigsten Lebensjahrs zulässig, eine rechtzeitig begonnene Selbstversicherung kann auch später fortgesetzt oder erneuert werden. Der Eintritt kann sich, im Gegensatze zur „Weiterversicherung", nicht ohne eine entsprechende Willenserklärung des Berechtigten vollziehen. Diese kommt regelmäßig in dem Antrag auf Ausstellung der für die Selbstversicherung vorgeschriebenen Quittungskarte zum Ausdruck (E. 1006, 1210, A. N. 1902 S. 549, 1905 S. 440). Unzulässig ist es, daß sich der Berechtigte für die Vergangenheit selbst versichert, indem er auf Grund des § 146 Satz 2 des Gesetzes für Zeiten, die vor der Eintrittserklärung liegen, Beitragsmarken nachverwendet (E. 1006 a. a. O.). Dagegen kann er die Selbstversicherung, wenn die Eintrittserklärung vor der Vollendung des vierzigsten Lebensjahrs erfolgt ist, dadurch wirksam durchführen, daß er bis zur Vollendung des einundvierzigsten Lebensjahrs gemäß § 146 Satz 2 mindestens eine Marke für die vor der Vollendung des vierzigsten Lebensjahrs liegende Zeit nachverwendet (E. 1211, A. N. 1905 S. 441).

Alle Personen, die die Selbstversicherung einmal begonnen, d. h. tatsächlich Beiträge geleistet haben, können bei dem Ausscheiden aus dem die Selbstversicherung begründeten Verhältnisse diese fortsetzen und gemäß § 46 des Gesetzes erneuern, ohne daß es nunmehr einer irgend wie gearteten Beschäftigung als Unterlage bedürfte.

59. Unter „**Weiterversicherung**" versteht das Gesetz die freiwillige Fortsetzung oder Erneuerung der Versicherung seitens solcher Personen, die aus einem die Versicherungspflicht begründenden Verhältnis ausgeschieden sind. Die Ursache des Ausscheidens ist unerheblich (zu vgl. Rev. E. 614, A. N. 1897 S. 589, Eintritt in den Staatsdienst). Deshalb sind auch Strafgefangene zur Weiterversicherung befugt (zu vgl. Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamt vom 24. März 1901, A. N. 1901 S. 366 f.). Wer zugleich in eine zur Selbstversicherung berechtigende Beschäftigung übergeht, darf sich

Weiterversicherung.

selbstverständlich auch der Selbstversicherung bedienen, was gemäß § 29 Abs. 2 des Gesetzes für die Erfüllung der Wartezeit für die Invalidenrente von größtem Werte sein kann.

Die Weiterversicherung unterliegt keiner Beschränkung bezüglich des Lebensalters (zu vgl. Rev. E. 690, A. N. 1898 S. 629), sie setzt keine Beschäftigung irgend welcher Art während der Versicherung voraus. Daher steht sie z. B. denjenigen zu Gebote, die nach Aufgabe der versicherungspflichtigen Beschäftigung bei Verwandten leben und von diesen versorgt werden. Die Weiterversicherung kann wie die Selbstversicherung auch während des Aufenthalts im Auslande bewirkt, sie kann dort auch begonnen werden.

Für die Weiterversicherung bedarf es nicht, wie bei der Selbstversicherung, eines besonderen, gerade auf diese Versicherungsart gerichteten Willens, sondern es genügt, daß der Wille vorhanden ist, Beitragsmarken überhaupt zur Versicherung zu verwenden (Rev. E. 1073, 1137, A. N. 1903 S. 538, 1904 S. 478). Die Weiterversicherung kann ferner in den Grenzen des § 146 Satz 2 des Gesetzes für die Vergangenheit erfolgen, wobei es kein Hindernis bildet, das zwischendurch Marken für eine versicherungspflichtige Beschäftigung verwendet worden sind (Rev. E. 830, A. N. 1900 S. 696). Unzulässig ist jedoch die Weiterversicherung für die Vergangenheit, wenn die Anwartschaft aus der früheren Versicherung gemäß § 46 des Gesetzes erloschen ist. Dies ist der Fall, wenn die zur Wahrung der Anwartschaft erforderlichen Marken weder rechtzeitig verwendet worden sind, noch nachträglich gemäß § 146 verwendet werden dürfen. Soweit auf letzterem Wege der Verlust der Anwartschaft abgewendet werden kann, ist auch die Weiterversicherung für die Vergangenheit angängig (E. 1045, A. N. 1903 S. 371). Diese Weiterversicherung ist aber für den Anspruch auf Beitragserstattung gemäß § 42 des Gesetzes unwirksam, wenn vor der Nachverwendung der Marken der Erstattungsfall, die Eheschließung, eingetreten ist; für sonstige gesetzliche Ansprüche bleibt sie dagegen wirksam (Beschl. 1063, A. N. 1903 S. 396). Die Möglichkeit der Weiterversicherung endigt, sobald auf Grund des § 42 die Beiträge erstattet sind, und zwar schon von dem Zeitpunkt an, wo der Erstattungsbescheid zugestellt worden ist (Besch. 861, A. N. 1900 S. 839).

Berlin, den 6. Dezember 1905.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Abteilung für Invalidenversicherung.

Gaebel.

# Sach- und Berufsverzeichnis.

Ziffer

Ziffer

## H.



## J.



## K.



## L.



## M.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

# Haupt-Haushaltsplan

der

# Provinzialverwaltung der Rheinprovinz

für das Rechnungsjahr

**vom 1. April 1906 bis 31. März 1907.**

Druck von L. Voß & Cie. Königliche Hofbuchdruckerei in Düsseldorf.
1906.

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | | **A. Allgemeine Dotationsrente des Staates.** | | | | |
| | 1 | Dotationsrente auf Grund der Gesetze vom 30. April 1873 und 8. Juli 1875 . . . . . . . . . . . . . . | 1 756 736 | — | 1 756 736 | — |
| | | **B. Dotationsrente des Staates für bestimmte Zwecke.** | | | | |
| | 1 | Dotationsrente für das Hebammenwesen (§ 12 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) . . . . . . . . . . . . . . | 930 | — | 930 | — |
| | 2 | Dotationsrente für die Hebammen-Lehranstalt zu Cöln (§ 13 daselbst) . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 4 972 | 50 | 4 972 | 50 |
| | 3 | Dotationsrente für die landwirtschaftlichen Schulen (§ 14 daselbst) . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 12 600 | — | 12 600 | — |
| | 4 | Dotationsrente für die Straßenverwaltung (§ 20 daselbst) . | 2 056 233 | — | 2 056 233 | — |
| | 5 | Dotationsrente nach Maßgabe der §§ 1, 4 und 5 des Gesetzes vom 2. Juni 1902, betreffend die Ueberweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände, bezw. der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Juni 1902 . . . . . . | 647 825 | — | 647 825 | — |
| | 6 | Dotationsrente nach Maßgabe der §§ 9 und 10 desselben Gesetzes bezw. der erwähnten Verordnung . . . . . . | 93 713 | — | 93 713 | — |
| | 7 | Rente des Staates für Uebernahme der sogenannten Beckmann'schen Straße . . . . . . . . . . . . . . | 8 100 | — | 8 100 | — |
| | 8 | Rente des Staates für Uebernahme der sogenannten Klinker-Aktienstraße bei Cranenburg . . . . . . . . . . | 1 500 | — | 1 500 | — |
| | 9 | Anteil an der Staatsrente des Provinzialverbandes Westfalen für die Unterhaltung der Straßenstrecke in der Gemeinde Oberbonsfeld . . . . . . . . . . . . . . . . | 2 350 | — | 2 350 | — |
| | | Summe Titel I B. | 2 828 223 | 50 | 2 828 223 | 50 |

| Mithin jetzt | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| — | — | — | — | |
| — | — | — | — | Verwendung zu dem gedachten Zwecke ist in der Anlage XI Titel II der Einnahme nachgewiesen. (Siehe Seite 208.) |
| — | — | — | — | Desgleichen unter Titel III der Einnahme des Haushaltsplans der Provinzial-Hebammen-lehranstalt zu Cöln. (Siehe Seite 210.) |
| — | — | — | — | Desgleichen in Anlage XX unter Titel I Nr. 1 der Einnahme. (Siehe Seite 552.) |
| — | — | — | — | Desgleichen in Anlage XIX unter Titel I Nr. 1 und 2 der Einnahme. (Siehe Seite 504.) |
| — | — | — | — | Siehe Titel I Nr. 5, Titel II Nr. 12 und 14 der Ausgabe dieses Haushaltsplans und in Anlage XII Titel II und Anlage XIV Titel III der Einnahme (Seiten 8, 12, 14 und 392, 422). |
| — | — | — | — | Siehe Titel II Nr. 19 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und in Anlage XIX Titel I Nr. 3 der Einnahme (Seite 504). |
| — | — | — | — | Siehe Anlage XIX unter Titel I Nr. 4 der Einnahme (Seite 504). Die Unterhaltung der Straße ist auf Grund Beschlusses des 37. Rheinischen Provinziallandtags in der Sitzung vom 6. Dezember 1892 gegen eine jährliche Rente von 8100 M. auf die Provinz übernommen worden. |
| — | — | — | — | In derselben Anlage unter Titel I Nr. 5 der Einnahme (Seite 504). Die Straße ist auf Grund Beschlusses des 38. Rheinischen Provinziallandtags in der Sitzung vom 30. Mai 1894 gegen eine jährliche Rente von 1500 M. von der Provinz über-nommen worden. |
| — | — | — | — | Desgleichen in derselben Anlage unter Titel I Nr. 6 der Einnahme (Seite 504). Der Provinzialverband von Westfalen ist vom Königlichen Oberverwaltungsgericht verurteilt worden, von der der Provinz Westfalen überwiesenen Staatsrente den Betrag von 2850 M. an den Rheinischen Provinzialverband für die Unterhaltung der in der Gemeinde Oberbonsfeld gelegenen Strecke der vormaligen Staatsstraße Langenberg-Hattingen jährlich abzugeben. |
| — | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | **Provinzialabgaben.** | | | | |
| | 1 | Für Verkehrsanlagen bezw. zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen: | | | | |
| | | a) zur Deckung der ordentlichen Ausgaben . . . . . . | 2 996 000 | — | 2 986 400 | — |
| | | b) „ „ „ außerordentlichen Ausgaben . . . . | 290 000 | — | 290 000 | — |
| | 2 | Zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens auf Grund des Gesetzes vom $\frac{6.\ Juni\ 1870}{12.\ März\ 1894}$ . . . . . . . . . . | 1 447 500 | — | 1 474 500 | — |
| | 3 | Zur Deckung der Kosten der erweiterten Armenpflege auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1891 . . . . . . | 1 098 558 | 33 | 1 071 558 | 33 |
| | 4 | Zur Ergänzung der allgemeinen Dotationsrente bezw. für allgemeine Zwecke der Provinzialverwaltung . . . . . | 2 127 941 | 67 | 1 786 541 | 67 |
| | | Summe Titel II. | 7 960 000 | — | 7 609 000 | — |
| III. | | **Lediglich durchlaufende Posten.** | | | | |
| | 1 | Kreisrente (§ 1 des Gesetzes vom 30. April 1873 und § 26 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) . . . . . . . . . | 333 411 | — | 333 411 | — |
| IV. | | **Einnahme von Nebenfonds.** | | | | |
| | 1 | Zinsen des Stamm- und Reservefonds der Landesbank der Rheinprovinz von 6 000 000 M. sowie Anteil an den Zinsüberschüssen der Landesbank . . . . . . . . . . | 622 050 | — | 584 502 | — |
| | | Zu übertragen | 622 050 | — | 584 502 | — |

| Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| 9 600 | — | — | — | Vergleiche Titel II Nr. 19 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und Anlage XIX unter Titel II Nr. 2 (Seite 504). |
| — | — | — | — | |
| — | — | 27 000 | — | Vergleiche Titel II Nr. 12 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 12) und Anlage XII Titel II (Seite 392). |
| 27 000 | — | — | — | Vergleiche Titel II Nr. 13 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 14) und Anlage XIII Titel III (Seite 422). |
| 341 400 | — | — | — | |
| 378 000 | — | 27 000 | — | Bei dem für das Rechnungsjahr 1905 festgesetzten Prozentsatze ($12^1/_2$%) würde der hierneben als erforderlich veranschlagte Abgabenbetrag von 7 960 000 M. ein berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern von 63 680 000 M. voraussetzen. Nach den Ausführungen des Vorberichts, (Abschnitt V) kann für das Rechnungsjahr 1906 allerdings auf ein etwas höheres Sollaufkommen an direkten Staatssteuern gerechnet werden, es ist aber auch dort nachgewiesen, daß der bisherige Prozentsatz auch für dieses Rechnungsjahr beizubehalten ist. Die über die Summe von 7960000 M. hinaus event. zur Erhebung kommende Provinzialabgabe bleibt zur Verfügung des Provinziallandtags. Sollte dahingegen die angenommene Summe an direkten Staatssteuern im Jahre 1906 nicht erreicht werden, so ist der an der Provinzialabgabe von 7960000 M. fehlende Betrag aus den event. noch vorhandenen, zur Verfügung des Provinziallandtags stehenden Ueberschüssen in dem Rechnungsjahre 1906 zu entnehmen. |
| 351 000 | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 37 548 | — | — | — | Der Stammfonds beträgt 3000000 M. und der Reservefonds ebenfalls 3 000 000 M., wovon nach § 24 des Statuts der Landesbank Zinsen dem Provinziallandtag zur Verfügung zu stellen sind. Außerdem nimmt der Provinzialverband an den weiteren Zinsüberschüssen bezw. Erträgnissen der Landesbank teil. |
| 37 548 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Einnahme. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| IV. | | Uebertrag | 622 050 | — | 584 502 | — |
| | 2 | Zinsgewinn des Rheinischen Meliorationsfonds . . . . . | 52 300 | — | 52 498 | — |
| | 3 | Ueberschüsse der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt . . . . | 150 000 | — | 120 000 | — |
| | | Summe Titel IV. | 824 350 | — | 757 000 | — |
| V. | | **Verschiedene Einnahmen.** | | | | |
| | 1 | Zinsen von vorübergehend rentbar angelegten Beständen der Zentralfonds . . . . . . . . . . . . . . . | 5 000 | — | 14 500 | — |
| | 2 | Unvorhergesehene Einnahmen und zur Abrundung . . . . | 279 | 50 | 129 | 50 |
| | | Summe Titel V. | 5 279 | 50 | 14 629 | 50 |
| | | **Wiederholung.** | | | | |
| I. | A. | Allgemeine Dotationsrente des Staates . . . . . . . . | 1 756 736 | — | 1 756 736 | — |
| | B. | Dotationsrente des Staates für bestimmte Zwecke . . . . | 2 828 223 | 50 | 2 828 223 | 50 |
| II. | | Provinzialabgaben . . . . . . . . . . . . . . | 7 960 000 | — | 7 609 000 | — |
| III. | | Durchlaufende Posten . . . . . . . . . . . . . | 333 411 | — | 333 411 | — |
| IV. | | Einnahmen von Nebenfonds . . . . . . . . . . . | 824 350 | — | 757 000 | — |
| V. | | Verschiedene Einnahmen . . . . . . . . . . . . | 5 279 | 50 | 14 629 | 50 |
| | | Summe der Einnahme | 13 708 000 | — | 13 299 000 | — |
| | | Die eigenen Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten (zu vergl. Seite 22 dieses Haushaltsplanes) betragen . . . . . . . . . . . . . . . . | 11 600 028 | 75 | 10 965 929 | — |
| | | Mithin Gesamteinnahme | 25 308 028 | 75 | 24 264 929 | — |

| Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | Mithin jetzt weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|
| 37 548 | — | — | — | |
| — | — | 198 | — | Der Zinsgewinn des Meliorationsfonds hat betragen im<br>Rechnungsjahre 1902 . . . 52 639,96 M.<br>„ 1903 . . . 52 104,11 „<br>„ 1904 . . . 52 206,23 „<br>zusammen 156 950,30 M.<br>oder durchschnittlich rund 52 317 M.<br>Vergleiche auch Titel IV Nr. 4 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 18). |
| 30 000 | — | — | — | Vergleiche auch Titel IV Nr. 7 der Ausgabe dieses Haushaltsplans (Seite 18). |
| 67 548 | — | 198 | — | |
| 67 350 | — | — | — | |
| — | — | 9 500 | — | Die Zinsen haben betragen im Rechnungsjahre 1902 . . . —,— M.<br>„ „ 1903 . . . 10 734,82 „<br>„ „ 1904 . . . 12 718,34 „<br>zusammen 23 453,16 M.<br>oder durchschnittlich 7817,72 M. Mit Rücksicht auf die schwankenden Einnahmen bei diesem Posten sind 5000 M. vorgesehen. |
| 150 | — | — | — | |
| 150 | — | 9 500 | — | |
| — | — | 9 350 | — | |
| — | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 351 000 | — | — | — | |
| — | — | — | — | |
| 67 350 | — | — | — | |
| — | — | 9 350 | — | |
| 418 350 | — | 9 350 | — | |
| 409 000 | — | — | — | |
| 634 099 | 75 | — | — | |
| 1 043 099 | 75 | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | | **Auf der Dotationsrente ruhende Ausgabe-Verpflichtungen.** | | | | | | | |
| | | A. Mit der Dotationsrente von der Königlichen Staatsregierung überwiesen: | | | | | | | |
| | 1 | Rente an den Pfarrer der St. Gertrudiskirche in Essen . | 25 | — | 25 | — | — | — | — |
| | 2 | Rente an die katholischen Armen in Werden in Geld und Naturalien . . . . . . . . . . . . . . . . | 2 350 | — | 2 350 | — | — | — | — |
| | 3 | Rente an die Rettungsanstalt Düsselthal . . . . . . | 900 | — | 900 | — | — | — | — |
| | 4 | Rente für die Armen in Kettwig . . . . . . . . . . | 100 | — | 100 | — | — | — | — |
| | 5 | Teil der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 bezw. der Allerhöchsten Verordnung vom 22. Juni 1902, welcher zur Unterstützung leistungsschwacher Kreise und Gemeinden zu verwenden ist . . . . . . . . | 431 883 | 33 | 431 883 | 33 | — | — | — |
| | | B. Auf Grund Beschlusses des 26. Rheinischen Provinziallandtages (Verhandlungen Seite 37): | | | | | | | |
| | 6 | Für die Wilhelm-Augusta-Stiftung . . . . 50 000 M. | — | — | — | — | — | — | — |
| | | C. Auf Grund Beschlusses des 45. Rheinischen Provinziallandtags (Verhandlungen Seite 36). | | | | | | | |
| | 7 | Für die Wilhelm II.-Auguste Viktoria Stiftung 10 000 M. | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Summe Titel I. | 435 258 | 33 | 435 258 | 33 | — | — | — |
| II. | | **Zuschüsse an die einzelnen Anstalten und Verwaltungen aus Provinzialmitteln.** | | | | | | | |
| | 1 | An den Haushaltsplan des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Zentralverwaltungsbehörde. . . | 363 200 | — | 356 500 | — | 6 700 | — | — |
| | 2 | An den Haushaltsplan:<br>a) zur Zahlung von Pensionen, Witwen- und Waisengeldern ꝛc. an Provinzialbeamte und deren Hinterbliebene sowie<br>b) zur Zahlung von Invalidengeldern (Unterstützungen) und Witwen- und Waisengeldern an nicht ruhegehaltsberechtigte Angestellte und Arbeiter bezw. deren Hinterbliebene,<br>c) Dr. Klein-Stiftung . . . . . . . . . . . . | 193 262 | 25 | 184 968 | 90 | 8 293 | 35 | — |
| | 3 | Haushaltsplan über die Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben für die bei der Landes-Versicherungsanstalt „Rheinprovinz“ und den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung beschäftigten Provinzialbeamten . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Zu übertragen | 556 462 | 25 | 541 468 | 90 | 14 993 | 35 | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 25 | — | — | — | 25 | — | 25 | — | — | — | — | — | |
| 2 350 | — | — | — | 2 350 | — | 2 350 | — | — | — | — | — | Es wurden gezahlt im Rechnungsjahre:<br>1902 . . . 2 345,81 M.<br>1903 . . . 2 325,21 „<br>1904 . . . 2 419,51 „<br>zusammen 7 090,53 M.<br>oder durchschn. 2363,51 M.<br>Die Ausgabe richtet sich nach den Martini-Durchschnitts-Marktpreisen. Es wird der bisherige Betrag von 2350 M. vorgesehen. |
| 900 | — | — | — | 900 | — | 900 | — | — | — | — | — | |
| 100 | — | — | — | 100 | — | 100 | — | — | — | — | — | |
| 431 883 | 33 | — | | 431 883 | 33 | 431 883 | 33 | — | | — | | Von der bei Titel I B Nr. 5 nachgewiesenen Dotationsrente v. 647 825 M. sind in diesem Haushaltsplan bei<br>Titel II Nr. 12 . . 130 500,— M.<br>bei Titel II Nr. 14 85 441,67 „<br>hierneben . . . 431 883,33 „<br>zusammen 647 825.— M.<br>in Ausgabe nachgewiesen. |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | Zur dauernden Erinnerung an das historisch denkwürdige Fest der goldenen Hochzeit Ihrer Kaiserlichen Majestäten Wilhelm des Großen und Augusta wird eine Summe von jährlich 50 000 M. aus der Dotationsrente zu einer Stiftung für die taubstummen Kinder der Rheinprovinz ausgeschieden und in den Haushaltsplan eingestellt. (Vergl. nachfolgenden Titel II Nr. 7 J Seite 10, wo der Betrag von 50 000 M. aufgerechnet ist. Er ist daher hier vor der Linie vorgetragen.) |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | |
| 435 258 | 33 | — | — | 435 258 | 33 | 435 258 | 33 | — | — | — | — | |
| 363 200 | — | 178 800 | — | 542 000 | — | 535 000 | — | 7 000 | — | — | — | Zu C. Nr. 7. Zur dauernden Erinnerung an das Fest der silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten Wilhelm II. und Auguste Viktoria wird eine Summe von jährlich 10 000 M. als Stiftung zur Fürsorge für verkrüppelte Personen in den Haushaltsplan eingestellt. Die Summe ist hier vor der Linie vorgetragen und erscheint bei Titel II Nr. 18 dieses Haushaltsplans in Ausgabe. |
| 193 262 | 25 | 319 637 | 75 | 512 900 | — | 478 700 | — | 34 200 | — | — | — | |
| — . | — | 551 000 | — | 551 000 | — | 485 900 | — | 65 100 | — | — | — | |
| 556 462 | 25 | 1 049 437 | 75 | 1 605 900 | — | 1 499 600 | — | 106 300 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 556 462 | 25 | 541 468 | 90 | 14 993 | 35 | — |
| | 4 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft | — | — | — | — | — | — | — |
| | 5 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Rheinischen Provinzial-Feuerversicherungsanstalt | — | — | — | — | — | — | — |
| | 6 | Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz | — | — | — | — | — | — | — |
| | 7 | An die Haushaltspläne der Provinzial-Taubstummenanstalten (S. die Zusammenstellung der Pläne) u. zwar an den Haushaltsplan: | | | | | | | |
| | A. | Der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Aachen | — | — | — | — | — | — | — |
| | B. | " " " " Brühl | 40 540 | — | 40 780 | — | — | — | |
| | C. | " " " " Cöln | 36 000 | — | 35 300 | — | 700 | — | — |
| | D. | " " " " Elberfeld | 32 540 | — | 32 690 | — | — | — | |
| | E. | " " " " Essen | 58 620 | — | 57 360 | — | 1 260 | — | — |
| | F. | " " " " Kempen | 22 610 | — | 23 400 | — | 210 | — | — |
| | G. | " " " " Neuwied | 62 800 | — | 60 000 | — | 2 800 | — | — |
| | H. | " " " " Trier | 52 680 | — | 48 020 | — | 4 660 | — | — |
| | J. | Ueber die Verwendung der Wilhelm-Augusta-Stiftung, des Unterstützungsfonds der früheren Vereins-Taubstummenanstalt zu Cöln und des Unterstützungsfonds für entlassene Taubstumme | 50 000 | — | 50 000 | — | — | — | — |
| | | Summe für das Taubstummenwesen | 355 790 | — | 347 550 | — | 9 630 | — | |
| | | | | | | | 8 240 | | |
| | 8 | A. An den Haushaltsplan der Provinzial-Blinden-Unterrichtsanstalt zu Düren (Elisabeth-Stiftung) | 92 190 | — | 83 000 | — | 9 190 | | |
| | | B. An den Haushaltsplan der Provinzial-Blinden-Unterrichtsanstalt zu Neuwied (Auguste Viktoria-Haus) | 48 750 | — | 48 140 | — | 610 | | |
| | | C. Haushaltsplan über den Unterstützungsfonds für Blinde | — | — | — | — | — | — | |
| | | Summe für das Blindenwesen | 140 940 | — | 131 140 | — | 9 800 | — | |
| | | Zu übertragen | 1 053 192 | 25 | 1 020 158 | 90 | 33 033 | 3 | |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 556 462 | 25 | 1 049 437 | 75 | 1 605 900 | — | 1 499 600 | — | 106 300 | — | — | — | |
| — | — | 130 850 | — | 130 850 | — | 123 000 | — | 7 850 | — | — | — | |
| — | — | 481 500 | — | 481 500 | — | 462 000 | — | 19 500 | — | — | — | |
| — | — | 314 000 | — | 314 000 | — | 283 000 | — | 31 000 | — | — | — | |
| — | | 5 980 | — | 5 980 | — | 5 580 | — | 400 | — | — | — | Außerdem ein Zuschuß von 36360 M. aus der Wilhelm-Augusta-Stiftung. |
| 40 540 | — | 2 570 | — | 43 110 | — | 42 550 | — | 560 | — | — | — | |
| 36 000 | — | 12 760 | — | 48 760 | — | 47 660 | — | 1 100 | — | — | — | |
| 32 540 | — | 2 510 | — | 35 050 | — | 34 800 | — | 250 | — | — | — | |
| 58 620 | — | 6 010 | — | 64 630 | — | 62 370 | — | 2 260 | — | — | — | Außerdem ein Zuschuß von 13640 M. aus der Wilhelm-Augusta-Stiftung. |
| 22 610 | — | 2 070 | — | 24 680 | — | 25 470 | — | — | — | 790 | — | |
| 62 800 | — | 3 710 | — | 66 510 | — | 62 910 | — | 3 600 | — | — | — | |
| 52 680 | — | 3 430 | — | 56 110 | — | 50 460 | — | 5 650 | — | — | — | |
| 50 000 | — | 2 740 | — | 52 740 | — | 52 740 | — | — | — | — | — | |
| 355 790 | — | 41 780 | — | 397 570 | — | 384 540 | - | 13 820 | — | 790 | — | |
| | | | | | | | | 13 030 | — | — | — | |
| 92 190 | — | 22 450 | — | 114 640 | — | 105 400 | — | 9 240 | — | — | — | |
| 48 750 | — | 15 210 | — | 63 960 | — | 62 150 | — | 1 810 | — | — | — | |
| — | — | 8 710 | — | 8 710 | — | 8 640 | — | 70 | — | — | — | |
| 140 940 | — | 46 370 | — | 187 310 | — | 176 190 | — | 11 120 | — | — | — | |
| 1 053 192 | 25 | 2 063 937 | 75 | 3 117 130 | — | 2 928 330 | — | 188 800 | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 1 053 192 | 25 | 1 020 158 | 90 | 33 033 | 35 | — |
| | 9 | An den Haushaltsplan über das Hebammenwesen, einschließlich der Provinzial-Hebammen-Lehranstalten zu Cöln und Elberfeld: | | | | | | | |
| | | A. Zu Prämien und Unterstützungen für Hebammen . | 1 930 | — | 1 930 | — | — | — | — |
| | | B. Für die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Cöln . | 70 040 | — | 69 190 | — | 850 | — | — |
| | | C. „ „ „ „ „ „ Elberfeld | 56 020 | — | 44 130 | — | 11 890 | — | — |
| | | Summe für das Hebammenwesen | 127 990 | — | 115 250 | — | 12 740 | — | — |
| | 10 | An den Haushaltsplan über die Kosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. Juli 1900 . . . . . . . . . . . . . | 488 200 | — | 407 600 | — | 80 600 | — | — |
| | 11 | An die Haushaltspläne der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (siehe die Zusammenstellung der Pläne) und zwar an den Haushaltsplan: | | | | | | | |
| | A. | Der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Andernach . . | 29 000 | — | 23 500 | — | 5 500 | — | — |
| | B. | „ „ „ „ „ „ Bonn . . . | 38 400 | — | 31 800 | — | 6 600 | — | — |
| | C. | „ „ „ „ „ „ Düren . . . | 54 700 | — | 41 000 | — | 13 700 | — | — |
| | D. | „ „ „ „ „ „ Galkhausen . | 20 000 | — | 12 600 | — | 7 400 | — | — |
| | E. | „ „ „ „ „ „ Grafenberg . | 12 400 | — | 4 900 | — | 7 500 | — | — |
| | F. | „ „ „ „ „ „ Merzig . . . | 41 500 | — | 31 450 | — | 10 050 | — | — |
| | G. | „ „ „ „ „ „ Johannisthal . | 41 700 | — | 58 500 | — | — | — | 16 8 |
| | | Summe der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten | 237 700 | — | 203 750 | — | 50 750 | — | 16 80 |
| | | | | | | | 33 950 | — | — |
| | 12 | An den Haushaltsplan über die Verwaltung des Landarmenwesens:<br>Es sollen entnommen werden:<br>a) aus der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 . . . 130 500 M.<br>b) aus den Provinzialabgaben . . . 1 447 500 „<br>(Zu vergleichen Titel I B Nr. 5 und II Nr. 2 der Einnahme.) | 1 578 000 | — | 1 605 000 | — | — | — | 27 |
| | | Zu übertragen | 3 485 082 | 25 | 3 351 758 | 90 | 160 323 | 35 | 27 |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905: mehr | | weniger | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 1 053 192 | 25 | 2 063 937 | 75 | 3 117 130 | — | 2 928 330 | — | 188 800 | — | — | — | |
| 1 930 | — | 455 | — | 2 385 | — | 2 385 | — | — | — | — | — | |
| 70 040 | — | 64 100 | — | 134 140 | — | 131 190 | — | 2 950 | — | — | — | |
| 56 020 | — | 45 200 | — | 101 220 | — | 94 330 | — | 6 890 | — | — | — | |
| 127 990 | — | 109 755 | — | 237 745 | — | 227 905 | — | 9 840 | — | — | — | |
| 488 200 | — | 1 003 600 | — | 1 491 800 | — | 1 242 000 | — | 249 800 | — | — | — | In den eigenen Einnahmen ist der Staatszuschuß von 976400 M. einbegriffen. |
| 29 000 | — | 292 300 | — | 321 300 | — | 315 000 | — | 6 300 | — | — | — | |
| 38 400 | — | 345 900 | — | 384 300 | — | 376 450 | — | 7 850 | — | — | — | |
| 54 700 | — | 402 500 | — | 457 200 | — | 443 300 | — | 13 900 | — | — | — | |
| 20 000 | — | 432 600 | — | 452 600 | — | 445 000 | — | 7 600 | — | — | — | |
| 12 400 | — | 502 000 | — | 514 400 | — | 505 000 | — | 9 400 | — | — | — | |
| 41 500 | — | 385 400 | — | 426 900 | — | 416 100 | — | 10 800 | — | — | — | |
| 41 700 | — | 345 400 | — | 387 100 | — | 217 500 | — | 169 600 | — | — | — | |
| 237 700 | — | 2 706 100 | | 2 943 800 | — | 2 718 350 | — | 225 450 | — | — | — | |
| 1 578 000 | — | 58 000 | — | 1 636 000 | — | 1 660 000 | — | — | — | 24 000 | — | |
| 3 485 082 | 25 | 5 941 392 | 75 | 9 426 475 | — | 8 776 585 | — | 673 890 | — | 24 000 | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. M | Pf | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. M | Pf | Mithin jetzt mehr M | Pf | weniger M |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 3 485 082 | 25 | 3 351 758 | 90 | 160 323 | 35 | 27 000 |
| | 13 | Haushaltsplan der Polizeistrafgelderfonds und des Ehrenbreitsteiner allgemeinen Armenfonds (Staatsnebenfonds) | — | — | — | — | — | — | — |
| | 14 | An den Haushaltsplan für die erweiterte Armenpflege auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1891:<br>Es sollen entnommen werden:<br>a. aus der Dotationsrente nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 . . 85 441,67 M.<br>b. aus den Provinzialabgaben . . 1 098 558,33 „<br>(Zu vergleichen Titel I B Nr. 5 und II Nr. 3 der Einnahme.) | 1 184 000 | — | 1 157 000 | — | 27 000 | — | — |
| | 15 | An den Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler . . . . . . . . . . . . . . . | 163 000 | — | 163 000 | — | — | — | — |
| | 16 | Haushaltsplan des Landarmenhauses zu Trier . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 17 | An den Haushaltsplan über die Kosten der Leitung und Beaufsichtigung der baulichen Unterhaltungsarbeiten sowie über den Fonds zur Erneuerung maschineller Anlagen in den Provinzialanstalten . . . . . . . . . . . . | 67 700 | — | 66 700 | — | 1 000 | — | — |
| | 18 | An den Haushaltsplan über die Unterstützung milder Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten sowie über die Kosten der Unterbringung und des Unterhalts von Epileptikern, Idioten und Blinden . . . . . . . . | 19 000 | — | 9 000 | — | 10 000 | — | — |
| | 19 | An den Haushaltsplan der Straßenverwaltung:<br>1. Dotationsrenten für die Straßenzwecke 2 161 896 M.<br>(einschließlich 93 713 M. gemäß §§ 9 u. 10 des Gesetzes, betreffend die Überweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände, vom 2. Juni 1902).<br>2. aus der allgemeinen Dotationsrente des Staates . . . . . . . . . 440 000 „<br>3. Provinzialabgaben zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen 3 286 000 „<br>(Zu vergl. Titel I Nr. A 1, B 4, 6, 7, 8, 9 und Titel II Nr. 1a und b der Einnahme.) | 5 887 896 | — | 5 878 296 | — | 9 600 | — | — |
| | | Zu übertragen | 10 806 678 | 25 | 10 625 754 | 90 | 207 923 | 35 | 27 [illegible] |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 3 485 082 | 25 | 5 941 392 | 75 | 9 426 475 | — | 8 776 585 | — | 673 890 | — | 24 000 | — | |
| — | — | 328 683 | — | 328 683 | — | 322 783 | — | 5 900 | — | — | — | |
| 1 184 000 | — | 3 250 000 | — | 4 434 000 | — | 4 247 000 | — | 187 000 | — | — | — | |
| 163 000 | — | 393 000 | — | 556 000 | — | 524 000 | — | 32 000 | — | — | — | |
| — | — | 153 400 | — | 153 400 | — | 153 400 | — | — | — | — | — | |
| 67 700 | — | — | — | 67 700 | — | 66 700 | — | 1 000 | — | — | — | |
| 19 000 | — | 1 630 | — | 20 630 | — | 10 630 | — | 10 000 | — | — | — | Gemäß Beschlusses des 45. Rheinischen Provinziallandtags vom 18. März 1905 sind hier zum ersten mal 10 000 M. als Wilhelm II.-Auguste Viktoria-Stiftung zur Fürsorge für verkrüppelte Personen vorgesehen. (Zu vergl. Titel I C 7 der Ausgabe, wo der Betrag von 10 000 M. vor der Linie vorgetragen ist.) |
| 5 887 896 | — | 721 904 | — | 6 609 800 | — | 6 696 050 | — | — | — | 86 250 | — | In den eigenen Einnahmen von 721 904 M. ist ein im Wege der Anleihe aufzubringender Betrag von 400 000 M. enthalten. |
| 10 806 678 | 25 | 10 790 009 | 75 | 21 596 688 | — | 20 797 148 | — | 909 790 | — | 110 250 | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | wenig ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| II. | | Uebertrag | 10 806 678 | 25 | 10 625 754 | 90 | 207 923 | 35 | 27 000 |
| | | Anlagen A, B und C zum Haushaltsplan der Straßenverwaltung (Seiten 539, 543 und 547) . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 20 | An den Haushaltsplan für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten:<br>Es ist zu entnehmen:<br>a) aus der Dotationsrente, Titel I B Nr. 3 der Einnahme dieses Haushaltsplans . 12 600,— M.<br>b) aus der Provinzialabgabe . . 374 145,08 „ | 386 745 | 08 | 386 860 | 08 | — | — | 11 |
| | | Anlage A. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Trier (Seite 561) . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Anlage B. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Kreuznach (Seite 571) . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Anlage C. Voranschlag für die Provinzial-Wein- und Obstbauschule zu Ahrweiler (Seite 579) . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | 21 | Haushaltsplan für die Verwaltung der Fonds zur Gewährung von Vieh-Entschädigungen: a. infolge von Rotz und Lungenseuche und b. von Milz- oder Rauschbrand und zwar:<br>A. für Pferde 2c. . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | B. „ Rindvieh . . . . . . . . . . . . . | — | — | — | — | — | — | — |
| | | Summe Titel II. | 11 193 423 | 33 | 11 012 614 | 98 | 207 923 | 35 | 27 1 |
| | | | | | | | 180 808 | 35 | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1905 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 10 806 678 | 25 | 10 790 009 | 75 | 21 596 688 | — | 20 797 148 | — | 909 790 | — | 110 250 | — | |
| — | — | 51 425 | — | 51 425 | — | 40 415 | — | 11 010 | — | — | — | In der Anlage A, Voranschlag für den Neubau von Provinzialstraßen ist ein Zinsbetrag von 675 M.,<br>in der Anlage B, Voranschlag über die Verwendung des Eisenbahnfonds sind als Anteil aus dem Überschusse der Kleinbahn Merzig-Büschfeld vom Rechnungsjahre 1904 . . 9 800 „<br>und ein Bestand aus früheren Jahren von . 25 950 „<br>in der Anlage C, Voranschlag über die Verwendung des Fonds zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues ein Zinsbetrag von . . . . 15 000 „<br>zusammen 51 425 M.<br>in Einnahme und Ausgabe nachgewiesen. |
| 386 745 | 08 | 344 154 | 92 | 730 900 | — | 733 978 | — | — | — | 3 078 | — | Vergl. Anlage XX, Titel I, Nr. 1, 6 und 8, Seite 552.<br>Außer diesen 386 745,08 M. fließen dem Haushaltsplan für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten aus dem Haupt-Haushaltsplan zu:<br>gemäß Tit. IV Nr. 4 (Seite 18) aus dem Zinsgewinn des Meliorationsfonds . 52 300,— „<br>Titel IV Nr. 5 (Seite 18) aus dem Zinsgewinn der Landesbank . 303 200,— „<br>im ganzen also 742 245,08 M.<br>In den eigenen Einnahmen ist ein Staatszuschuß von 320 000 M. enthalten. |
| — | — | 13 300 | — | 13 300 | — | 12 780 | — | 520 | — | — | — | |
| — | — | 15 370 | — | 15 370 | — | 13 070 | — | 2 300 | — | — | — | |
| — | — | 12 150 | — | 12 150 | — | 12 150 | — | — | — | — | — | |
| — | — | 63 930 | 66 | 63 930 | 66 | 62 225 | 06 | 1 705 | 60 | — | — | |
| — | — | 293 638 | 42 | 293 638 | 42 | 290 727 | 92 | 2 910 | 50 | — | — | |
| 11 193 423 | 33 | 11 583 978 | 75 | 22 777 402 | 08 | 21 962 493 | 98 | 928 236 | 10 | 113 328 | — | |
| | | | | | | | | 814 908 | 10 | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | Mithin jetzt weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| III. | | **Lediglich durchlaufende Posten.** | | | | | | | |
| | 1 | Abführung der Kreisrente an die Landkreise der Provinz | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — |
| IV. | | **Ausgaben aus Titel IV der Einnahmen.** | | | | | | | |
| | 1 | An den Haushaltsplan zur Förderung von Kunst und Wissenschaft . . . . . . . . . . . . . . . . | 28 000 | — | 28 000 | — | — | — | — |
| | 2 | An den Haushaltsplan für die Verwaltung der Provinzialmuseen in Bonn und Trier . . . . . . . . . . | 29 800 | — | 28 800 | — | 1 000 | — | — |
| | 3 | An den Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke . . . . | 141 050 | — | 134 500 | — | 6 550 | — | — |
| | 4 | Zinsgewinn des Meliorationsfonds, zu überweisen an den Haushaltsplan für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . . . . . . | 52 300 | — | 52 498 | — | — | — | 19[illegible] |
| | 5 | Für Meliorationen und Aufbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Gebirgsgegenden und in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Teilen der Provinz, zu überweisen wie vor . . . . . . . . . . . | 303 200 | — | 303 202 | — | — | — | 2 |
| | 6 | Zur Verfügung des Provinziallandtages (Ständefonds) . | 120 000 | — | 90 000 | — | 30 000 | — | — |
| | 7 | Zur Verwendung aus den Ueberschüssen des Reservefonds der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt für gemeinnützige, zugleich die Interessen dieser Anstalt fördernde Zwecke auf Beschlußfassung des Provinzialausschusses . . . . . | 150 000 | — | 120 000 | — | 30 000 | — | — |
| | | Summe Titel IV. | 824 350 | — | 757 000 | — | 67 550 | — | 200 |
| | | (Die am Jahresschlusse verbliebenen Bestände dieses Titels werden zur Verwendung in das folgende Jahr übertragen.) | | | | | 67 350 | — | — |
| V. | | **Verschiedene Ausgaben.** | | | | | | | |
| | 1 | Zur Verzinsung und Tilgung der alten Irrenanstalts-Bauschuld . . . . . . . . . . . . . . . . | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |
| | | Zu übertragen | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | M | Pf | |
| 333 411 | — | — | — | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — | — | Ueberweisung erfolgt nach § 97 der Kreisordnung. |
| 28 000 | — | 150 | — | 28 150 | — | 28 150 | — | — | — | — | — | |
| 29 800 | — | 15 900 | — | 45 700 | — | 44 700 | — | 1 000 | — | — | — | |
| 141 050 | — | — | — | 141 050 | — | 134 500 | — | 6 550 | — | — | | |
| 52 300 | — | — | — | 52 300 | — | 52 498 | — | — | — | 198 | — | |
| 303 200 | — | — | — | 303 200 | — | 303 202 | — | — | — | 2 | — | |
| 120 000 | — | — | — | 120 000 | — | 90 000 | — | 30 000 | — | — | — | Die Erhöhung der Ausgabe beruht auf dem Beschlusse des 45. Rheinischen Provinziallandtags vom 18. März 1905. |
| 150 000 | — | — | — | 150 000 | — | 120 000 | — | 30 000 | — | — | — | Die Erhöhung der Ausgabe beruht auf dem Beschlusse des 45. Rheinischen Provinziallandtags vom 16. März 1905. |
| 824 350 | — | 16 050 | — | 840 400 | — | 773 050 | — | 67 550 | — | 200 | — | |
| | | | | | | | | 67 350 | — | — | — | |
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | Vergl. wegen der Tilgung den Beschluß des 39. Provinziallandtags vom 1. Mai 1895. Zu Beginn des Rechnungsjahres 1906 wird die Schuld noch 4 014 350,62 M. betragen und Ende des Rechnungsjahres 1929 getilgt sein. |
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| V. | | Uebertrag | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — |
| | 2 | Zur Verzinsung und Tilgung der zur Deckung der vorläufigen Kosten der von dem 39., 40. und 41. Provinziallandtage beschlossenen Bauten ꝛc. aufzunehmenden Anleihe | 325 000 | — | 325 000 | — | — | — | — |
| | 3 | Zur Verzinsung und Tilgung der aus der 2. Anleihe zunächst zu deckenden Kosten der von dem 39., 40., 41., 42. und 43. Provinziallandtage beschlossenen Bauten (Der am Jahresschlusse nicht gebrauchte Betrag ist in das folgende Jahr zu übertragen.) | 275 000 | — | 147 000 | — | 128 000 | — | — |
| | 4 | Zur Verfügung des Provinzialausschusses für unvorhergesehene Ausgaben (Der am Jahresschlusse verbliebene Bestand dieser Position wird zur weiteren Verwendung durch den Provinzialausschuß bezw., soweit der Fonds zur Verfügung des Vorsitzenden des Provinzialausschusses gestellt ist, zur Verwendung durch diesen in das nächste Jahr übertragen.) | 25 000 | — | 25 000 | — | — | — | — |
| | 5 | Zur Durchführung der vorgeschlagenen Aenderungen im Besoldungsplane | 40 000 | — | 10 000 | — | 30 000 | — | — |
| | 6 | An Zinsen für die zur Bestreitung der laufenden Ausgaben von der Landesbank entnommenen Vorschüsse sowie zu außergewöhnlichen Ausgaben bezw. zur Abrundung | 6 557 | 34 | 3 715 | 69 | 2 841 | 65 | — |
| | | Summe Titel V. | 921 557 | 34 | 760 715 | 69 | 160 841 | 65 | — |

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach: an Zuschüssen aus Provinzialmitteln ℳ | ₰ | an eigenen Einnahmen ℳ | ₰ | an Gesamt-Ausgabe ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 ℳ | ₰ | Gegen das Rechnungsjahr 1905 mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 250 000 | — | — | — | 250 000 | — | 250 000 | — | — | — | — | — | |
| 325 000 | — | — | — | 325 000 | — | 325 000 | — | — | — | — | — | Es wird auf den Beschluß des 42. Rheinischen Provinziallandtags vom 11. Februar 1901 Bezug genommen. |
| 275 000 | — | — | — | 275 000 | — | 147 000 | — | 128 000 | — | — | — | Es wird auf den Beschluß des 43. Rheinischen Provinziallandtages vom 18. Februar 1903 Bezug genommen. Nach Maßgabe des Fortschritts der Bauten, welche aus dieser Anleihe zu bestreiten sind, in den Jahren 1905 und 1906 muß für Verzinsung und Tilgung der Betrag von 275000 M. als notwendig erachtet werden. |
| 25 000 | — | — | — | 25 000 | — | 25 000 | — | — | — | — | — | |
| 40 000 | — | — | — | 40 000 | — | 10 000 | — | 30 000 | — | — | — | Zu vergleichen die besondere Vorlage, Drucksachen. Nr. 3. |
| 6 557 | 34 | — | — | 6 557 | 34 | 3 715 | 69 | 2 841 | 65 | — | — | Die Ausgabe hat betragen im Rechnungsjahre 1902 . . . 5 305,76 M. 1903 . . . 9 638,01 „ 1904 . . . 5 383,72 „ zusammen 20 327,49 M. oder durchschn. 6 775,83 M. |
| 921 557 | 34 | — | — | 921 557 | 34 | 760 715 | 69 | 160 841 | 65 | — | — | |

| Titel. | Nr. | Ausgabe. | Betrag für das Rechnungsjahr 1906. ℳ | ₰ | Betrag für das Rechnungsjahr 1905. ℳ | ₰ | Mithin jetzt mehr ℳ | ₰ | weniger ℳ | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | **Wiederholung.** | | | | | | | | |
| I. | | Auf der Dotationsrente ruhende Ausgabeverpflichtungen . | 435 258 | 33 | 435 258 | 33 | — | — | — | — |
| II. | | Zuschüsse an die einzelnen Anstalten und Verwaltungen aus Provinzialmitteln . . . . . . . . . . . . | 11 193 423 | 33 | 11 012 614 | 98 | 180 808 | 35 | — | — |
| III. | | Durchlaufende Posten . . . . . . . . . . . . | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — | — |
| IV. | | Ausgaben aus Titel IV der Einnahme . . . . . . | 824 350 | — | 757 000 | — | 67 350 | — | — | — |
| V. | | Verschiedene Ausgaben . . . . . . . . . . . | 921 557 | 34 | 760 715 | 69 | 160 841 | 65 | — | — |
| | | Summe der Ausgabe | 13 708 000 | — | 13 299 000 | — | 409 000 | — | — | — |
| | | Die Einnahme beträgt | 13 708 000 | — | 13 299 000 | — | 409 000 | — | — | — |
| | | Ausgleich. | | | | | | | | |

Die Gesamt-Einnahme mit Hinzurechnung der Einnahme der einzelnen Verwaltungszweige Rechnungsjahr 1906 = 25 308 028 M. 75 Pf.
die Gesamt-Ausgabe beträgt für das Rechnungsjahr 1906 = 25 308 028 M. 75 Pf.
Im Rechnungsjahr 1906 also mehr 1 043 099 M. 75 Pf.

| Die Haushaltspläne beziehungsweise der Haupt-Haushaltsplan weisen nach | | | | | | Betrag für das Rechnungsjahr 1905 | | Gegen das Rechnungsjahr 1905 | | | | Bemerkungen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| an Zuschüssen aus Provinzialmitteln | | an eigenen Einnahmen | | an Gesamt-Ausgabe | | | | mehr | | weniger | | |
| ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | ℳ | ₰ | |
| 435 258 | 33 | — | — | 435 258 | 33 | 435 258 | 33 | — | — | — | — | |
| 11 193 423 | 33 | 11 583 978 | 75 | 22 777 402 | 08 | 21 962 493 | 98 | 814 908 | 10 | — | — | |
| 333 411 | — | — | — | 333 411 | — | 333 411 | — | — | — | — | — | |
| 824 350 | — | 16 050 | — | 840 400 | — | 773 050 | — | 67 350 | — | — | — | |
| 921 557 | 34 | — | — | 921 557 | 34 | 760 715 | 69 | 160 841 | 65 | — | — | |
| 13 708 000 | — | 11 600 028 | 75 | 25 308 028 | 75 | 24 264 929 | — | 1 043 099 | 75 | — | — | |

und Anstalten beträgt für das
gegen 24 264 929 M. — Pf. in dem Rechnungsjahre 1905;
gegen 24 264 929 M. — Pf. in dem Rechnungsjahre 1905,

# Verteilung

der

## von den Stadt- und Landkreisen der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 aufzubringenden Provinzialabgaben.

Zufolge des vom 45. Rheinischen Provinziallandtage genehmigten Haupt-Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1905 sollen für die im Wege der Provinzialabgabe aufzubringenden Bedürfnisse der Provinzialverwaltung zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens, der erweiterten Armenpflege, zur Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen sowie zur Ergänzung der allgemeinen Dotationsrente bezw. für allgemeine Zwecke 12½ % des berichtigten Staatssteuer-Sollaufkommens erhoben werden.

Für Verkehrsanlagen bezw. zur Verwaltung und Unterhaltung der früheren Bezirksstraßen sind nach dem erwähnten Haupt-Haushaltsplan 3 276 400 Mark zu erheben. Zu dieser Abgabe hat der Kreis Wetzlar auf Grund des § 11 des Regulativs vom 17. Januar 1876, betreffend die Vereinigung der in der Rheinprovinz bestehenden Bezirksstraßenfonds und der Fonds zur Unterhaltung der Staatsstraßen zu einem Provinzialstraßenfonds, einen Beitrag nicht zu leisten, während dieser Kreis zu den übrigen Provinzialabgaben in gleichem Maße wie die anderen Kreise beitragspflichtig ist.

Der umstehenden Verteilung wurde das nach Maßgabe der §§ 106 und 107 der Provinzialordnung vom 1. Juni 1887 berichtigte Sollaufkommen an direkten Staatssteuern mit Ausschluß der Gewerbesteuer vom Hausiergewerbe für das Veranlagungsjahr 1905 zugrunde gelegt und sind hierin gemäß Beschlusses des 41. Rheinischen Provinziallandtags die fingierten Steuern für Einkommen unter 900 Mark außer Betracht geblieben.

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis. | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1905.<br>ℳ | <br><br>₰ | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags $12\frac{1}{2}$ % als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3 276 400 M. oder $5_{,1195}$ % enthalten sind.<br>ℳ | <br><br>₰ |
|---|---|---|---|---|---|
| | **I. Regierungsbezirk Aachen.** | | | | |
| 1 | Aachen=Stadt | 2 447 307 | 26 | 305 913 | 41 |
| 2 | „ =Land | 1 112 050 | 95 | 139 006 | 87 |
| 3 | Düren | 1 041 497 | 72 | 130 187 | 22 |
| 4 | Erkelenz | 256 533 | 25 | 32 066 | 66 |
| 5 | Eupen | 219 442 | 84 | 27 430 | 35 |
| 6 | Geilenkirchen | 152 104 | 19 | 19 013 | 02 |
| 7 | Heinsberg | 154 997 | 31 | 19 374 | 66 |
| 8 | Jülich | 350 964 | 33 | 43 870 | 54 |
| 9 | Malmedy | 191 510 | 79 | 23 938 | 85 |
| 10 | Montjoie | 69 379 | 99 | 8 672 | 50 |
| 11 | Schleiden | 171 067 | 76 | 21 383 | 47 |
| | Summe | 6 166 856 | 39 | 770 857 | 05 |
| | **II. Regierungsbezirk Coblenz.** | | | | |
| 1 | Adenau | 56 753 | 95 | 7 094 | 24 |
| 2 | Ahrweiler | 316 822 | 73 | 39 602 | 84 |
| 3 | Altenkirchen | 319 004 | 68 | 39 875 | 58 |
| 4 | Coblenz=Stadt | 926 633 | 40 | 115 829 | 18 |
| 5 | „ =Land | 355 466 | 09 | 44 433 | 26 |
| 6 | Cochem | 165 889 | 06 | 20 736 | 13 |
| 7 | Kreuznach | 679 918 | 28 | 84 989 | 79 |
| 8 | Mayen | 436 657 | 19 | 54 582 | 15 |
| 9 | Meisenheim | 72 127 | 47 | 9 015 | 93 |
| 10 | Neuwied | 569 967 | 48 | 71 245 | 94 |
| 11 | St. Goar | 241 001 | 68 | 30 125 | 21 |
| 12 | Simmern | 138 354 | 39 | 17 294 | 30 |
| 13 | Wetzlar*) | 359 418 | 91 | 26 526 | 91 |
| 14 | Zell | 180 258 | 93 | 22 532 | 37 |
| | Summe | 4 818 274 | 24 | 583 883 | 88 |

*) Der Kreis Wetzlar ist von der Abgabe für Verkehrsanlagen befreit.

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis. | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1905.<br>ℳ | <br>₰ | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags 12 ½ % als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3 276 400 M. oder 5,1195 % enthalten sind.<br>ℳ | <br>₰ |
|---|---|---|---|---|---|
| | **III. Regierungsbezirk Cöln.** | | | | |
| 1 | Bergheim | 409 343 | 31 | 51 167 | 91 |
| 2 | Bonn-Stadt | 1 673 982 | 67 | 209 247 | 83 |
| 3 | " -Land | 527 359 | 19 | 65 919 | 90 |
| 4 | Cöln-Stadt | 8 117 130 | 92 | 1 014 641 | 37 |
| 5 | " -Land | 841 467 | 11 | 105 183 | 39 |
| 6 | Euskirchen | 408 041 | 10 | 51 005 | 14 |
| 7 | Gummersbach | 274 393 | 32 | 34 299 | 17 |
| 8 | Mülheim a. Rh.-Stadt | 663 842 | 32 | 82 980 | 29 |
| 9 | " -Land | 389 028 | 58 | 48 628 | 57 |
| 10 | Rheinbach | 202 195 | 46 | 25 274 | 43 |
| 11 | Sieg | 716 225 | 06 | 89 528 | 13 |
| 12 | Waldbröl | 76 732 | 47 | 9 591 | 56 |
| 13 | Wipperfürth | 115 901 | 64 | 14 487 | 70 |
| | Summe | 14 415 643 | 15 | 1 801 955 | 39 |
| | **IV. Regierungsbezirk Düsseldorf.** | | | | |
| 1 | Barmen | 2 300 957 | 01 | 287 619 | 63 |
| 2 | Cleve | 563 550 | 29 | 70 443 | 79 |
| 3 | Crefeld-Stadt | 1 692 682 | 52 | 211 585 | 31 |
| 4 | " -Land | 463 042 | 86 | 57 880 | 36 |
| 5 | Duisburg | 1 538 354 | 36 | 192 294 | 29 |
| 6 | Düsseldorf-Stadt | 4 471 450 | 39 | 558 931 | 30 |
| 7 | " -Land | 914 262 | 80 | 114 282 | 85 |
| 8 | Elberfeld | 2 853 157 | 02 | 356 644 | 63 |
| 9 | Essen-Stadt | 3 144 039 | 19 | 393 004 | 90 |
| 10 | " -Land | 2 636 929 | 72 | 329 616 | 21 |
| 11 | Geldern | 352 234 | 40 | 44 029 | 30 |
| 12 | Gladbach-Stadt | 863 957 | 84 | 107 994 | 73 |
| 13 | " -Land | 1 017 487 | 67 | 127 185 | 96 |
| 14 | Grevenbroich | 367 980 | 59 | 45 997 | 57 |
| 15 | Kempen | 613 807 | 47 | 76 725 | 93 |
| 16 | Lennep | 557 985 | 92 | 69 748 | 24 |
| 17 | Mettmann | 890 751 | 70 | 111 343 | 96 |
| 18 | Moers | 753 615 | 33 | 94 201 | 92 |
| 19 | Mülheim/Ruhr-Stadt | 979 290 | 78 | 122 411 | 35 |
| 20 | " -Land | 214 829 | 20 | 26 853 | 65 |
| | zu übertragen | 27 190 367 | 06 | 3 398 795 | 88 |

| 1<br>Nr. | 2<br>Kreis. | 3<br>Berichtigtes Sollaufkommen an direkten Staatssteuern für 1905.<br>M | <br>₰ | 4<br>Nach dem Beschlusse des Provinziallandtags $12^1/_2$ % als Provinzialabgabe, worin für Verkehrsanlagen 3276400 M. oder $5_{1/1195}$ % enthalten sind.<br>M | <br>₰ |
|---|---|---|---|---|---|
| | Uebertrag | 27 190 367 | 06 | 3 398 795 | 88 |
| 21 | Neuß | 693 111 | 23 | 86 638 | 90 |
| 22 | Oberhausen | 618 518 | 21 | 77 314 | 78 |
| 23 | Rees | 682 779 | 98 | 85 347 | 50 |
| 24 | Remscheid | 726 827 | 25 | 90 853 | 41 |
| 25 | Ruhrort | 1 910 383 | 20 | 238 797 | 90 |
| 26 | Solingen-Stadt | 566 929 | 03 | 70 866 | 13 |
| 27 | „ -Land | 1 080 881 | 54 | 135 110 | 19 |
| | Summe | 33 469 797 | 50 | 4 183 724 | 69 |
| | **V. Regierungsbezirk Trier.** | | | | |
| 1 | Bernkastel | 240 560 | 24 | 30 070 | 03 |
| 2 | Bitburg | 172 575 | 03 | 21 571 | 88 |
| 3 | Daun | 81 907 | 69 | 10 238 | 46 |
| 4 | Merzig | 259 561 | 54 | 32 445 | 19 |
| 5 | Ottweiler | 713 478 | 77 | 89 184 | 85 |
| 6 | Prüm | 102 969 | 57 | 12 871 | 19 |
| 7 | Saarbrücken | 1 903 389 | 75 | 237 923 | 72 |
| 8 | Saarburg | 168 688 | 70 | 21 086 | 09 |
| 9 | Saarlouis | 552 525 | 88 | 69 065 | 73 |
| 10 | St. Wendel | 215 683 | 83 | 26 960 | 48 |
| 11 | Trier-Stadt | 568 748 | 29 | 71 093 | 54 |
| 12 | „ -Land | 331 353 | 41 | 41 419 | 18 |
| 13 | Wittlich | 175 585 | 65 | 21 948 | 20 |
| | Summe | 5 487 028 | 35 | 685 878 | 54 |
| | **Zusammenstellung.** | | | | |
| I. | Regierungsbezirk Aachen | 6 166 856 | 39 | 770 857 | 05 |
| II. | „ Coblenz | 4 818 274 | 24 | 583 883 | 83 |
| III. | „ Cöln | 14 415 643 | 15 | 1 801 955 | 39 |
| IV. | „ Düsseldorf | 33 469 797 | 50 | 4 183 724 | 69 |
| V. | „ Trier | 5 487 028 | 35 | 685 878 | 54 |
| | Summe | 64 357 599 | 63 | 8 026 299 | 50 |

Düsseldorf, den 10. April 1906.

Das Gesamtsollaufkommen der Provinz mit Ausschluß des Kreises Wetzlar beträgt 63 998 180,72 M.

**Der Landeshauptmann der Rheinprovinz.**

Dr. von Renvers.

Für die richtige Berechnung:
Wierz,
Sekretär.

# Sonderbeilage zum Amtsblatt.

## Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens.

### A. Ausländische Zigeuner.

Verhütung des Eindringens ausländischer Zigeuner über die Reichsgrenze.

1. Ausländischen Zigeunern ist der Übertritt über die Reichsgrenze mit allen gesetzlich zulässigen Zwangsmitteln zu verwehren.

Als ausländische Zigeuner sind alle Zigeuner anzusehen, welche nicht völlig zweifelsfrei nachweisen, daß sie die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate besitzen.

Ausweisung der im Inlande betroffenen ausländischen Zigeuner.

2. Gleichwohl im diesseitigen Staatsgebiete betroffene ausländische Zigeuner sind festzunehmen und auszuweisen. Auch die Ortspolizeibehörden sind hierzu befugt.

Die hierdurch entstehenden Kosten sind auf Landespolizeifonds zu übernehmen, soweit sie nicht von den Ausgewiesenen eingezogen werden können.

3. Sofern die auszuweisenden Zigeuner einem Staate angehören, mit welchem ein Übernahmeabkommen[1]) getroffen ist, wird die Ausweisung in dem durch dieses Abkommen geordneten Verfahren im Wege des Zwangstransportes durchgeführt.

4. Besteht ein solches Abkommen nicht, so ist die Ausweisung durch polizeiliche Verfügung anzuordnen und mittels Transports in der Richtung des Heimatlandes und nach dem am leichtesten erreichbaren Punkte der Reichsgrenze zur Ausführung zu bringen. Muß hierbei das Gebiet eines anderen Bundesstaates berührt werden, so ist der Transport nur zulässig, wenn entweder die Übernahme an der Reichsgrenze gesichert ist, oder der andere Bundesstaat sich mit dem Transporte einverstanden erklärt hat.

5. Ist der Transport aus besonderen Gründen nicht ausführbar — z. B. weil nicht feststeht, welche fremde Staatsangehörigkeit die Auszuweisenden besitzen —, so hat die Ausweisung durch polizeiliche Verfügung unter Androhung und nötigenfalls unter sofortiger Vollstreckung einer Exekutivstrafe gemäß §§ 132 und 133 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 zu erfolgen. Dabei haben die Polizeibehörden darüber zu wachen, daß die Ausgewiesenen tatsächlich das Inland verlassen, im Falle der Rückkehr über die Landesgrenze aber wegen Bannbruches (§ 361 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzbuches) strafrechtlich verfolgt werden.

### B. Inländische Zigeuner.

Allgemeines.

6. Bei inländischen, d. h. solchen Zigeunern, welche nachweisbar die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate besitzen, ist anzustreben, daß sie möglichst an einem bestimmten Wohnorte seßhaft werden und nicht im Umherziehen der Bevölkerung zur Last fallen.

[1]) Derartige Abkommen bestehen z. Zt. mit der Schweiz, Italien, Österreich-Ungarn, Rußland, Dänemark, den Niederlanden und Luxemburg. Ferner mit Frankreich und Belgien hinsichtlich der Übernahme von Hilfsbedürftigen.

Um dem Umherziehen der Zigeuner entgegenzuwirken, können folgende Maßnahmen in Betracht kommen:

### I. Vorbeugende Maßnahmen.

a) Bei der Ausstellung von Ausweispapieren ist mit besonderer Vorsicht zu verfahren.

b) Für verwahrloste Zigeunerkinder ist Fürsorgeerziehung zu beantragen.

### II. Unterdrückende Maßnahmen.

c) Gegen alle Straftaten umherziehender Zigeuner ist mit besonderem Nachdruck einzuschreiten.

d) Während des Umherziehens sind die Zigeunerbanden dauernd polizeilich zu beobachten.

Hierzu ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

**Ausweispapiere.** 7. Ausweispapiere sind nur auszustellen, wenn über die Persönlichkeit des Antragstellers und seine Deutsche Reichsangehörigkeit keinerlei Zweifel besteht. Pässe sind stets nur auf ein Jahr auszufertigen. Wegen der Ausstellung von Arbeitsbüchern wird auf Nr. 185 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 verwiesen.[1])

8. Führungszeugnisse sind Zigeunern bei vorübergehendem Aufenthalte nicht auszustellen, auch sind ihnen Bescheinigungen über ein vorübergehendes Arbeitsverhältnis von den Gemeindebehörden nicht zu erteilen. Ebensowenig sind ihnen sogenannte Zwischenlegitimationen auszufertigen, d. h. Bestätigungen des Inhalts, daß die Inhaber ihre Legitimationspapiere behufs Erneuerung an die zuständige Behörde gesandt haben, oder daß sie ihnen abhanden gekommen sind usw. Die Antragsteller sind in solchen Fällen an die zur Ausstellung der fraglichen Papiere zuständigen Behörden zu verweisen.

9. Bei Anträgen auf Erteilung von Wandergewerbescheinen haben die Ortspolizeibehörden sorgfältigst zu prüfen, ob nicht gemäß §§ 57—57 b der Reichsgewerbeordnung der Wandergewerbeschein zu versagen ist. (Ausländischen Zigeunern ist der Wandergewerbeschein nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. November 1896 [R.G.Bl. S. 745] stets und unter allen Umständen zu versagen.)

Werden Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen aufgenommen, so ist zur Erörterung der persönlichen Verhältnisse der Antragsteller (§§ 63, 66 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904) das unter Nr. 64 daselbst vorgesehene Formular zu benutzen.

Bei den einzelnen Fragen dieses Formulars ist nachstehendes zu beachten.

Zu Frage 4 und 5. Über Vorleben und Vorstrafen sind, sobald irgendwelche Zweifel obwalten, Nachforschungen bei der gegenwärtigen oder letzten Wohnsitzgemeinde, nötigenfalls auch bei der Strafregisterbehörde, anzustellen.

Zu Frage 6. Ein fester Wohnsitz ist nur dann anzunehmen, wenn der Antragsteller eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen.

Zu Frage 9. Es ist zu prüfen, ob der Antragsteller eine eingerichtete Wirtschaft besitzt, und in welcher Weise im übrigen der Unterhalt seiner Familie gesichert ist.

---

[1]) Anmerkung Nr. 185: Die Ortspolizeibehörde hat Arbeitsbücher nur für solche Arbeiter auszustellen, welche im Bezirk entweder ihren letzten dauernden Aufenthalt gehabt oder, falls ein solcher im Gebiete des Deutschen Reichs nicht stattgefunden hat, ihren ersten deutschen Arbeitsort gewählt haben. Die Ausstellung eines Arbeitsbuches darf überdies nur erfolgen, wenn glaubhaft wahr gemacht wird,

daß für den Arbeiter bis dahin ein Arbeitsbuch noch nicht ausgestellt,

oder daß das für ihn ausgestellte Arbeitsbuch vollständig ausgefüllt oder nicht mehr brauchbar oder verloren gegangen oder vernichtet ist,

oder daß von dem Arbeitgeber unzulässige Merkmale, Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche gemacht sind, oder daß von dem Arbeitgeber ohne rechtmäßigen Grund die Aushändigung des Arbeitsbuches verweigert wird.

Zu Frage 11. Als genügender Schulunterricht kann nur der angesehen werden, welcher am Wohnort der Eltern erteilt wird. Vorübergehender Schulbesuch der Zigeunerkinder auf den Wanderungen der Eltern ist nicht statthaft.

10. Von den Zigeunern vorgelegte Papiere sind auf ihre Echtheit und die Bedeutung des Inhalts genau zu prüfen, auch ist streng darauf zu halten, daß abgelaufene Scheine abgeliefert werden.

11. Die Verhältnisse, unter denen die Zigeunerkinder im allgemeinen aufwachsen, haben häufig ihre sittliche Verwahrlosung zur Folge und geben die Veranlassung, sie gemäß § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 der Fürsorgeerziehung zu überweisen. Die schulpflichtigen Kinder entbehren vielfach des gesetzlichen Volksschulunterrichts, die noch nicht schulpflichtigen befinden sich oft in einem Zustande körperlicher Verwahrlosung, welcher das Einschreiten des Vormundschaftsgerichts erheischt. Fürsorgeerziehung.

Das Wanderleben der Zigeuner allein genügt noch nicht zur Begründung eines Fürsorgeerziehungsbeschlusses, vielmehr ist die konkrete Feststellung erforderlich, daß das betreffende Kind der Verwahrlosung entgegengeht. Dieser Nachweis ist daher in jedem Einzelfalle auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse unter Bezugnahme auf den körperlichen Zustand, die mangelnden Schulkenntnisse oder etwaige Straftaten des Kindes zu erbringen. Die Gemeinde- und Ortspolizeibehörden haben nach dieser Richtung hin die minderjährigen Kinder der in ihrem Bezirke wohnenden oder aufhaltsamen Zigeuner besonders sorgfältig zu überwachen und, sofern die Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung vorliegen, dem Landrat als der nach § 4 des Gesetzes zuständigen Antragsbehörde ungesäumt zu berichten. Bei Gefahr im Verzuge sind die Kinder dem Vormundschaftsgerichte mit dem Ersuchen unmittelbar vorzuführen, ihre vorläufige Unterbringung gemäß § 5 a. a. O. anzuordnen.

12. Handelt es sich um Zigeunerkinder auf der Wanderschaft, und kann das Verfahren an dem Orte, wo sie aufgegriffen sind, nicht eingeleitet werden, z. B. weil sich das Vormundschaftsgericht für örtlich unzuständig erklärt (vergl. Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgeerziehungsgesetz vom 18. Dezember 1900 II. Abs. 4), so ist die Heimatsbehörde zwecks sofortiger Einleitung des Verfahrens ungesäumt zu benachrichtigen.

13. Machen sich umherziehende Zigeuner einer Straftat schuldig, so sind sie unnachsichtlich zur Bestrafung zu bringen. Die Polizeibehörden haben dabei ihr Augenmerk nicht nur auf die Zigeunerbanden, sondern auch auf diejenigen einzelnen Personen zu richten, welche nach ihrer äußeren Erscheinung, Lebensweise und Beschäftigungsart (Kesselflicker, Händler mit Blech- und Drahtwaren, Pferdehändler, Gaukler usw.) als Zigeuner anzusprechen sind. Bestrafung umherziehender Zigeuner.

Zuvörderst ist allemal zu prüfen, ob nicht ein Fall der Landstreicherei (§ 361³ des Reichsstrafgesetzbuches) vorliegt. Der Verdacht der Landstreicherei ist begründet bei allen Personen, welche sich nach ihrem Auftreten und Verhalten zwecklos im Lande umhertreiben, weder genügende Unterhaltungsmittel haben, noch den Nachweis erbringen können, daß sie sich ernsthaft aber vergeblich um die Erlangung eines redlichen Erwerbes bemüht haben, und welche sich über ihre Person nicht genügend ausweisen können. Bei umherziehenden Zigeunern, welche keinen Wandergewerbeschein besitzen, werden diese Voraussetzungen sehr häufig zutreffen. Aber auch bei Zigeunern, welche sich im Besitz eines Wandergewerbescheins befinden, ist festzustellen, ob das Wandergewerbe wirklich betrieben wird und ob es nicht vielmehr lediglich als Deckmantel der Landstreicherei dient.

Eine Reihe anderer Strafbestimmungen, gegen welche gerade Zigeuner häufig verstoßen, ist in der Anlage A zusammengestellt.

14. Sind strafbare Handlungen der Zigeuner festgestellt, so sind die Täter gemäß § 127 der Strafprozeßordnung festzunehmen und dem Gerichte zur Einleitung des Strafverfahrens und zur Entscheidung über den Erlaß eines Haftbefehls vorzuführen. In der dem Gerichte vorzulegenden Anzeige sind die einzelnen den Festgenommenen zur Last gelegten Straftaten zu bezeichnen. Die einliefernde Polizeibehörde hat bei dem Gerichte zu beantragen, daß die Zigeuner nach der Entlassung aus der Untersuchungs- oder Strafhaft ihr oder der von ihr zu benachrichtigenden Polizeibehörde des Gerichtsortes wieder zur Verfügung gestellt werden.

15. Bei allen Zigeunern, welche hiernach den Polizeibehörden von den Gerichtsbehörden zur Verfügung gestellt worden sind, sowie bei denjenigen Zigeunerbanden, gegen welche ein Strafverfahren nicht einzuleiten war, haben die Polizeibehörden tunlichst dafür zu sorgen, daß die Zigeuner der Zeit und Richtung nach von einander getrennt entlassen und am bandenweisen Weiterziehen verhindert werden. Zu diesem Zwecke können Exekutivstrafen angedroht und festgesetzt, nötigenfalls und beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 (Gesetzsamml. S. 45) auch die Bandenführer in polizeiliche Verwahrung genommen werden, aus der sie jedoch spätestens im Laufe des folgenden Tages entlassen werden müssen, falls inzwischen nicht das Erforderliche veranlaßt ist, um sie einer etwa anderweit zuständigen Behörde zu überweisen.

Befinden sich unter den Zigeunern unsichere Heerespflichtige, so ist wegen ihrer sofortigen Einstellung gemäß § 66 Nr. 3c der Wehrordnung seitens der Polizeibehörden ungesäumt dem Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission Anzeige zu erstatten, welcher seinerseits mit dem zuständigen Bezirkskommando in Verbindung zu treten hat.

**Polizeiliche Beobachtung umherziehender Zigeuner.**

16. Um Straftaten der umherziehenden Zigeuner von vornherein nach Möglichkeit zu verhüten, oder, wenn sie verübt werden, zur Bestrafung zu bringen, sowie um die Zerstreuung von Zigeunerbanden zu erleichtern, sind namentlich die größeren Banden während ihres Umherziehens tunlichst unter andauernde polizeiliche Kontrolle zu nehmen.

Zu diesem Zweck haben die Ortspolizeibehörden von dem Auftauchen von Zigeunerbanden in ihrem Bezirk auf dem schnellsten Wege dem Bezirksgendarmen Mitteilung zu machen und dem Landrate, tunlichst unter Angabe der vermutlichen Reiserichtung, Anzeige zu erstatten. Gleiche Anzeigen sind zu machen, wenn Zigeunerbanden gemäß Nr. 14 den Polizeibehörden von den Gerichtsbehörden zur Verfügung gestellt werden. Ob auch die benachbarte Polizeibehörde, nach deren Bezirk sich die Bande wendet, zu benachrichtigen ist, hängt von der Lage des Einzelfalles ab. Die Gendarmen haben den Ortspolizeibehörden namentlich auf dem platten Lande bei der Feststellung von Straftaten, der etwa nötigen Sistierung der Zigeuner, ihrer Vorführung vor Gericht, der etwaigen Zerstreuung von großen Banden usw. beizustehen, kurz alles zu tun, um nicht nur gesetzwidrigen Handlungen, sondern auch der Belästigung des Publikums vorzubeugen. Diese Tätigkeit ist selbstverständlich nicht nur an den Lagerstätten, sondern auch während des Weiterziehens der Bande auszuüben. Dabei haben die in der Dienstvorschrift für die Preußische Landgendarmerie wegen der Verfolgung Flüchtiger erlassenen Bestimmungen dergestalt Anwendung zu finden, daß die Gendarmen die Zigeuner soweit zu verfolgen haben, bis die von ihrem Herannahen sobald als möglich zu benachrichtigenden zuständigen Polizeibehörden oder Gendarmen die weitere Beobachtung übernommen haben.

Da die Zigeunerbanden häufig bestimmte, sich gleichbleibende Reiserichtungen wählen, werden die Landräte vielfach in der Lage sein, auf Grund der bei ihnen einlaufenden Anzeigen über das Auftreten von Zigeunerbanden Vorkehrungen zu treffen, um die polizeiliche Überwachung der Bande durch den ganzen Kreis schon frühzeitig zu sichern bezw. den Nachbarlandrat auch ihrerseits auf das Herannahen der Bande aufmerksam zu machen. Die Landräte haben hiernach unter Berücksichtigung der Verhältnisse ihrer Kreise die vorstehenden Bestimmungen über den Nachrichtendienst nötigenfalls zu ergänzen.

Auch haben die Landräte in geeigneter Weise Vorsorge dafür zu treffen, daß bei Gelegenheiten (wie z. B. Pferdemärkten), bei denen sich Zigeuner in größerer Zahl einzufinden pflegen, ausreichende Exekutivbeamte rechtzeitig herangezogen werden.

17. Endlich können als besondere Maßregeln noch in Betracht kommen:

a) daß den Zigeunerbanden das Lagern auf Grundstücken, welche im Eigentum von Gemeinden oder Gutsbezirken stehen (Straßen, Plätzen, Dorfauen usw.) nur gegen Erlegung eines angemessenen Standgeldes gestattet wird;

b) die Erlaubnis zu Schaustellungen usw. ist Zigeunerbanden in möglichst geringem Umfange zu erteilen, wofern die Erlaubnis nicht überhaupt zu versagen ist;

c) der Gesundheitszustand der Pferde umherziehender Zigeuner ist streng zu überwachen. Erforderlichenfalls ist die Untersuchung durch den Kreistierarzt herbeizuführen.

## C. Schlußbestimmungen.

18. Insoweit ausländische Zigeuner im Inlande betroffen werden, finden — unbeschadet der sofortigen Einleitung des Ausweisungsverfahrens — die Bestimmungen unter Nr. 13 bis 18 der Anweisung entsprechende Anwendung.

19. Die Kosten, welche durch die Festnahme und den Transport der Zigeuner in den Fällen der Nr. 2, 11, 14 und 15 der Anweisung entstehen, werden sich vielfach durch die in ihrem Besitze befindlichen Geldmittel, Wagen, Pferde und Schmucksachen usw. decken lassen. Zu dem Zwecke ist in geeigneten Fällen von der zuständigen Vollstreckungsbehörde das Verwaltungszwangsverfahren in Gemäßheit der Königlichen Verordnung vom 15. November 1899 (Gesetzsamml. S. 545) ungesäumt in die Wege zu leiten.

In gleicher Weise ist die sofortige Einziehung der festgesetzten Exekutivstrafen — Nr. 5 und 15 der Anweisung — herbeizuführen. Etwaigen Beschwerden ist gemäß § 53 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195) in der Regel und vorbehaltlich der Prüfung des Einzelfalles eine aufschiebende Wirkung nicht beizulegen.

20. Die dieser Anweisung entgegenstehenden Bestimmungen insbesondere der Erlasse vom 30. April 1886 — II. 3672 —, 29. September 1887 (M. Bl. S. 244), 23. Oktober 1889 (M. Bl. S. 219), 28. April 1900 (M. Bl. S. 177), 17. Juni 1901 (M. Bl. S. 196) und vom 30. Dezember 1901 (M. Bl. 1902 S. 14) werden hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 17. Februar 1906.

Der Minister des Innern.

**v. Bethmann-Hollweg.**

---

**Anlage A.**

## Zusammenstellung der vorzugsweise in Betracht kommenden Strafbestimmungen.

§§ 9, 14, 18 des Feld- und Forstpolizeigesetzes (Unbefugtes Verweilen auf fremden Grundstücken entgegen dem Verbote des Berechtigten, Weiden von Vieh auf fremden Grundstücken, Entwendung von Bodenerzeugnissen).

§ $44^3$ des Feld- und Forstpolizeigesetzes, § $368^6$ St.G.B. (Anzünden von Feuer im Walde, in gefährlicher Nähe desselben, von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen).

§ 143 St.G.B. (Verletzung der Wehrpflicht).

§§ 33 und 67 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 und §§ 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Februar 1875 (Verletzung der Melde- und Kontrollpflicht — unsichere Heerespflichtige).

§ 235 des St.G.B. (Entführung Minderjähriger).

§§ 242, $370^5$ St.G.B. (Diebstahl, Entwendung von Nahrungsmitteln von unbedeutendem Werte zum alsbaldigen Genusse).

§§ 296, $370^4$ St.G.B. (Unberechtigtes Fischen).

§ $361^4$ St.G.B. (Bettelei. Das Anbieten minderwertiger Erzeugnisse oder Leistungen zum offenbaren Zwecke der Erlangung von Almosen schließt den Tatbestand des Bettelns nicht aus).

§ 361g St.G.B. (Mangelnde Beaufsichtigung der Kinder und Hausgenossen).

§ 361³ St.G.B. (Landstreicherei. Der Besitz von Pässen schützt nicht vor dem Verdachte des Landstreichens, da die Ausstellung von Pässen an Inländer nur verweigert werden kann, wenn der Reise gesetzliche Hindernisse im Wege stehen, vergl. im übrigen Nr. 13 der Anweisung).

§ 148⁷ R.G.O. (Unbefugte Ausübung des Wandergewerbes).

§ 149⁵ R.G.O. (Unbefugte Mitnahme von Begleitern bei Ausübung des Wandergewerbes und unbefugtes Begleiten eines Gewerbetreibenden. Sämtliche mitgeführten Personen ohne Ausnahme müssen gemäß § 62 Abs. 1 R.G.O. von der Ausstellungsbehörde in dem Wandergewerbescheine als Begleiter eingetragen sein. Bezüglich der Beaufsichtigung des Gewerbebetriebes im Umherziehen wird auf Nr. 77 der Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung vom 1. Mai 1904 verwiesen. Bei Mitführung von Ehegatten, eigenen Kindern und Enkeln ohne Eintragung im Wandergewerbeschein ist der Gewerbetreibende strafbar, während die Begleiter straffrei sind).

§ 363 St.G.B. (Fälschung von Legitimationspapieren und Gebrauch solcher gefälschter Urkunden, sowie Gebrauch von Urkunden, welche für einen anderen ausgestellt sind. Es empfiehlt sich, die Inhaber von Pässen und Wandergewerbescheinen zur Niederschrift ihres Namens zwecks Vergleichung mit der Unterschrift in diesen Papieren zu veranlassen. Erscheint der Verdacht einer Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen begründet, so sind die Papiere gemäß §§ 94, 98 St.P.O. polizeilich zu beschlagnahmen).

Die Bezirkspolizeiverordnungen, wonach die zu Zwecken des Gewerbebetriebes und zum Bewohnen benutzten Wagen mit einer Name und Wohnort des Besitzers enthaltenden Inschrift versehen sein müssen.

---

## Inhalt.



---

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

# Sonderbeilage zum Amtsblatt.

Auf Grund der Ziffer 3 Abs. 1 Teil III 10 der Anleitung für die Zollabfertigung (Seite 130) bestimme ich im Einverständnisse mit den Herren Ministern für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Innern, daß die Prüfung und Genehmigung etwaiger Anträge auf zollbegünstigten Bezug von Zuchttieren und zwar von Pferden im Sinne der Anmerkung zu Nr. 100 des Zolltarifs und von Bullen von Höhenvieh im Sinne der Anmerkung 1 zu Nr. 103 des Zolltarifs den Landräten, und in Stadtkreisen, sofern dort ausnahmsweise der Fall vorkommen sollte, den Ortspolizeibehörden übertragen wird.

Auf Grund der Nr. 2 Abs. 2 a. a. O. wird den Kreisen und Landwirtschaftskammern selbst die Genehmigung zum Bezuge der bezeichneten zollbegünstigten Zuchttiere allgemein mit Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs hierdurch erteilt.

Zu dem zollbegünstigten Bezuge von großem Höhenfleckvieh oder von Braunvieh der Alpen auf Grund der Anmerkung 3 zu Nr. 103 des Zolltarifs bedarf es einer besonderen staatlichen Genehmigung nicht.

Wer Rinder dieser Art unter Inanspruchnahme der Zollbegünstigung einbringen will, hat die in den Anmerkungen 1 bis 3 unter 103 der Anlage A zum Zusatzvertrage zum Handelsvertrage mit der Schweiz (Reichsgesetzblatt 1905 S. 331/332) vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen und in der Regel mindestens 2 Tage vor der Einfuhr der in Betracht kommenden Eingangszollstelle von seiner Absicht Anzeige zu machen, damit diese dem beamteten Tierarzte nötigenfalls Mitteilung machen kann. Die Eingangszollstelle wird von der zollbegünstigten Ablassung des Viehs dem zuständigen Bezirksoberkontrolleur Nachricht zu geben haben, der in geeigneter Weise von der Erfüllung der weiteren gesetzlichen Bedingungen Überzeugung zu nehmen haben wird.

Die Landwirtschaftskammern und die Landräte werden, und zwar letztere durch Vermittelung der Regierungspräsidenten, mit entsprechenden Anweisungen versehen werden.

Diese Verfügung und die Bundesratsbestimmungen über die Verzollung der zu Zuchtzwecken einzuführenden Pferde und Bullen von Höhenvieh gelangen in den Amtsblättern zur Veröffentlichung, zu welchem Zwecke von hier aus das Weitere veranlaßt werden wird.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, die Ihnen unterstellten Behörden hiernach gefälligst mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 22. Juni 1906.

Der Finanzminister.
Im Auftrage.
Köhler.

An die Herren Provinzialsteuerdirektoren und den Herrn Generaldirektor des Thüringischen Zoll- und Steuervereins zu Erfurt.

---

Berlin, den 22. Juni 1906.

Abschrift übersenden wir ergebenst zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung.

Der Finanzminister.
Im Auftrage.
Köhler.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
In Vertretung.
v. Conrad.

An alle Herren Regierungspräsidenten, den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin und an alle Landwirtschaftskammern.

**Auszug aus der vom Bundesrat in der Sitzung vom 11. Januar 1906, § 24 der Protokolle, genehmigten Anleitung für die Zollabfertigung, Teil III. 10, zu Nr. 100 Anm. und zu Nr. 103 Anm. 1 des Zolltarifs.**

1. Die im ersten Absatze der Anmerkung zu Nr. 100 sowie in der Anmerkung 1 zu Nr. 103 des Zolltarifs vorgesehenen Zollbegünstigungen finden Anwendung auf Hengste und Stuten aller Pferderassen sowie auf Bullen von Höhenvieh, sofern die Tiere in der heimischen Viehzucht zur Erzielung von Nachwuchs verwendet werden sollen; die Zollbegünstigungen erstrecken sich dagegen nicht auf junge Tiere, welche nur zur Aufzucht im Inlande bestimmt sind.

Zum Höhenvieh im Sinne der Anmerkung 1 zu Nr. 103 des Zolltarifs sind folgende Rindviehrassen zu rechnen:

a) das Braunvieh der Alpen,
b) das Grauvieh der Alpen,
c) das Gelbvieh der Alpen,
d) das Höhenfleckvieh der Schweiz und Österreichs,
e) die Fränkische Rasse,
f) die Norische Rasse,
g) die Tauernrasse,
h) die Salzburger Rasse,
i) die süddeutsche rotbraune Höhenrasse.

Unter diese Rassen fallen insbesondere die in dem nachstehend abgedruckten Verzeichnis aufgeführten Schläge.

2. Zur Inanspruchnahme der bezeichneten Zollbegünstigungen sind berechtigt:

a) staatliche Zuchtanstalten,
b) Kommunalverbände aller Art, andere öffentliche Organisationen,
c) Landwirtschaftskammern oder gleichartige landwirtschaftliche Vertretungen, landwirtschaftliche Vereine, Herdbuchgesellschaften, Zuchtgenossenschaften und ähnliche Personenvereinigungen, welche sich mit der Pferde- oder Rindviehzucht befassen,
d) Einzelzüchter.

Die unter b bis d aufgeführten Berechtigten bedürfen, soweit sie die vorbezeichneten Zollbegünstigungen in Anspruch nehmen wollen, zum Bezuge von Zuchttieren aus dem Zollauslande der staatlichen Genehmigung. Diese Genehmigung ist bei der zuständigen Verwaltungsbehörde (Ziffer 3) in der Regel für jeden einzelnen Fall nachzusuchen. Kreisen und Gemeinden sowie Landwirtschaftskammern oder gleichartigen landwirtschaftlichen Vertretungen kann die Genehmigung zum zollbegünstigten Bezuge von Zuchttieren im Falle des Bedürfnisses durch die zuständige oberste Landesbehörde ausnahmsweise allgemein, jedoch nur vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs bei hervortretenden Mißständen, erteilt werden. Die Vorschriften über das den Zollbehörden gegenüber zu beobachtende Verfahren (Ziffer 4 bis 7) werden hierdurch nicht berührt.

3. Die vorbezeichnete staatliche Genehmigung ist in der Regel vor der Einfuhr der Tiere bei der von der Landesregierung hierzu bestimmten Verwaltungsbehörde unter Angabe der Zahl, der Rasse und des Geschlechts, des Herkunfts- und des Bestimmungsortes der Tiere und, soweit möglich, unter Beifügung einer genauen Beschreibung nach Alter, Farbe und etwaigen besonderen Kennzeichen schriftlich nachzusuchen.

Die zuständige Verwaltungsbehörde hat zu prüfen, ob für den Antragsteller das Bedürfnis zum Bezug ausländischen Zuchtmaterials überhaupt und in dem beanspruchten Umfange besteht, und ob die Persönlichkeit des Antragstellers gegen mißbräuchliche Ausnutzung der Zollbegünstigung durch Verwendung der Tiere zu anderen als zu Zuchtzwecken genügende Gewähr bietet.

Erachtet die Verwaltungsbehörde diese Voraussetzungen für gegeben, so setzt sie sich mit der für den Wohnort des Antragstellers örtlich zuständigen Zolldirektivbehörde in Benehmen und erteilt, falls von dieser im Zollinteresse Bedenken nicht zu erheben sind, schriftlich die Genehmigung zum zoll-

begünstigten Bezuge der nach den Angaben des Antragstellers in der Genehmigungsverfügung zu bezeichnenden Zuchttiere.

Handelt es sich um die Erteilung einer allgemeinen Genehmigung (Ziffer 2 am Schluß), so können die Angaben über Zahl, Rasse, Geschlecht, Herkunfts- und Bestimmungsort der Anzeige an die zuständige Zollbehörde (Ziffer 4) vorbehalten bleiben.

4. Die Vorstandsbeamten staatlicher Zuchtanstalten, welche Zuchttiere für diese vom Ausland einzuführen, sowie sonstige Berechtigte, welche von der ihnen erteilten allgemeinen oder besonderen staatlichen Genehmigung Gebrauch zu machen beabsichtigen, haben bei demjenigen Hauptzoll- oder Hauptsteueramte, welchem die in Betracht kommende Eingangszollstelle unterstellt ist, in der Regel mindestens zwei Tage vor der Einfuhr schriftlich Anzeige zu machen, an welchen Tagen und über welche Zollstelle die Einfuhr von Zuchttieren unter Inanspruchnahme der Zollbegünstigung erfolgen soll. Soweit die bei dieser Anzeige mit vorzulegende besondere oder allgemeine Genehmigungsverfügung die näheren Angaben über die einzuführenden Tiere nicht enthält, sind diese in der Anzeige nachzuholen oder zu ergänzen. Die Angaben über Alter, Farbe und besondere Kennzeichen der Tiere können, wenn sie noch nicht bekannt sind, der Eingangsanmeldung vorbehalten bleiben. Die allgemeinen Vorschriften über die Beschränkung der Einfuhr von Vieh auf bestimmte Eingangsstellen finden auch auf die Einfuhr der zu Zuchtzwecken bestimmten Tiere Anwendung.

5. Liegen Bedenken gegen die Zollbehandlung der Tiere nach Maßgabe der bezeichneten Tarifvorschriften nicht vor, so versieht das Hauptamt die Anzeige mit dem Vermerke seines Einverständnisses und gibt diese mit der Genehmigungsverfügung und deren etwaigen Anlagen dem Antragsteller zurück.

6. Bei der Einfuhr der Tiere hat der Einbringer die in Ziffer 5 bezeichneten Papiere der Eingangsstelle vorzulegen. Ergeben sich bei Vergleichung der vorgeführten Tiere mit dem Inhalte dieser Papiere keine Bedenken, so findet die Abfertigung unter Beobachtung der im übrigen für die Zollabfertigung und die Vieheinfuhr bestehenden Vorschriften nach Maßgabe der bezeichneten Tarifstellen statt. Die von dem Einbringer der Zollstelle vorgelegten Papiere sind von dieser den Zollabfertigungspapieren beizufügen. Ausgenommen hiervon sind allgemeine Genehmigungsverfügungen (Ziffer 2 am Schluß), die, nachdem von der Zollstelle Zahl und Art der eingeführten Tiere und der Tag der Einfuhr darauf vermerkt ist, dem Einbringer zurückzugeben sind.

7. Ergeben sich bei der Abfertigung Bedenken gegen die Anwendung der ermäßigten Zollsätze auf die vorgeführten Tiere, so kommen, falls der Einbringer gleichwohl die alsbaldige Abfertigung begehrt, die allgemeinen Vorschriften für die Zollbehandlung von Pferden und Rindvieh in Anwendung. Die hiernach zu erhebenden Zollbeträge sind vom Einbringer bis zur Behebung der hervorgetretenen Anstände zu hinterlegen. Auch ist durch Anlegung von Bleien oder in anderer Weise für die Festhaltung der Nämlichkeit der Tiere Sorge zu tragen.

8. In gleicher Weise, wie in Ziffer 7 vorgeschrieben, ist zu verfahren, wenn Tiere, welche im übrigen den Vorschriften der Ziffer 1 entsprechen, und für welche die Ablassung zu den ermäßigten Zollsätzen beansprucht wird, zur Eingangsabfertigung gestellt werden, bevor die Genehmigung der zuständigen Behörden eingeholt oder erteilt worden ist. Dem Einbringer ist zugleich eine angemessene Frist zur Nachbringung der vorschriftlichen Genehmigung zu stellen, nach deren Ablaufe gegebenenfalls die hinterlegten Beträge endgültig zu vereinnahmen sind.

## Verzeichnis der zum Höhenvieh zu rechnenden Rassen und Schläge von Rindvieh.

### I. Das Braunvieh der Alpen.

1. Schwyzer Schlag,
2. Mittelgroßer Schweizer Braunviehschlag,
3. Montafoner Schlag,
4. Hasli-Schlag,
5. Randena-Schlag,
6. Kleiner brauner Walliser Schlag.

### II. Das Grauvieh der Alpen.

7. Graubündner Oberländerschlag,
8. Bündner Bergschlag,
9. Etschtaler Schlag,
10. Wipptaler Schlag.

### III. Das Gelbvieh der Alpen.

11. Mürztaler Schlag,
12. Murbodener Schlag,
13. Stockerauer oder Weinlandschlag,
14. Oberinntaler Schlag,
15. Allgäuer Schlag,
16. Murnau-Werdenfelser Schlag,
17. Bregenzwälder Schlag,

18. Lechtaler Schlag,
19. Gföhler Schlag,
20. Licht-Helmeten-Schlag,
21. Schlag von Tarentaise.

IV. Das Höhenfleckvieh der Schweiz und Österreichs.

22. Simmentaler Saanen-Schlag,
23. Freiburger Schlag,
24. Frutig-Adelbodener Schlag,
25. Jura Schlag,
26. Lötschen Schlag,
27. Ormonds-Schlag.

V. Die Fränkische Rasse.

28. Femeline Schlag,
29. Schlag von Charolais,
30. Schlag von Lourdes.

VI. Die Norische Rasse.

31. Mariahofer Schlag,
32. Lavantaler Schlag,
33. Maltenier Schlag.

VII. Die Tauernrasse.

34. Durer Schlag,
35. Zillertaler Schlag,
36. Eringer Schlag,
37. Vogesen Schlag,
38. Kuhländer Schlag.

VIII. Die Salzburger Rasse.

39. Pinzgauer Schlag,
40. Pongauer Schlag,
41. Lungauer Schlag,
42. Mölltaler Schlag,
43. Steyerische Bergschecken.

IX. Die süddeutsche rotbraune Höhenrasse.

44. Sudeten Schlag,
45. Böhmerwald Schlag,
46. Mährischer Schlag,
47. Egerländer Schlag.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.

# Beschreibung

der

## auf Grund des Gesetzes vom 30. April 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 40) unterm 31. Oktober 1904 neu ausgefertigten Reichskassenscheine zu Fünf Mark.

Die neuen Reichskassenscheine zu Fünf Mark sind 8 cm hoch und $12^1/_2$ cm breit. Sie sind in blauem Kupferstichdruck auf geriffeltem Hanfpapiere hergestellt, das als fortlaufendes Wasserzeichen die sich überall wiederholende Ziffer 5 zwischen Bindelinien und auf der Rückseite links einen mit orangeroten Pflanzenfasern durchsetzten Streifen enthält.

Die **Vorderseite** ist von einem bandstreifenartigen Rahmen, der in der Mitte und an den Ecken verschiedenartige Windungen zeigt, umgeben. Dieser Rahmen ruht auf einer Guilloche, die nach außen von einer feinen Linie begrenzt ist.

Auf der linken Hälfte der Vorderseite ist der Oberkörper einer weiblichen Figur mit aufgelöstem Haare und einer Kaiserkrone auf dem Kopfe abgebildet. Die Figur trägt eine Fahne über der linken Schulter und hält die Stange der Fahne mit der linken Hand fest; mit der rechten hält sie einen nicht ganz sichtbaren Schild mit einem heraldischen Adler.

Vor der Figur sitzt auf einem verschnürten Ballen ein nackter Knabe, der auf seiner ausgestreckten rechten Hand eine Taube hält, die einen Ölzweig im Schnabel hat, während er sich mit der linken hintenüber stützt.

An dem übrigen unteren Teile des Bildes befinden sich die Sinnbilder der Schiffahrt, des Maschinenbaues, des Handels und der Landwirtschaft. Im Hintergrunde zeigt sich ein Wasserspiegel.

An der oberen Rahmenleiste hängt in der Mitte ein Schild mit dem Worte REICHSKASSENSCHEIN.

Unter diesem Schilde nach der rechten Seite des Scheines befinden sich die Zeilen:

GESETZ VOM 30. APRIL 1874.

FÜNF MARK.

BERLIN, DEN 31. OKTOBER 1904.

REICHSSCHULDENVERWALTUNG

*v Hoffmann Mücke Tielsch.*
*Zwicker Warnecke*

Im übrigen ist der Untergrund des Scheines mit einem grünlich erscheinenden Unterdruckmuster ausgefüllt, das etwa in der Mitte das Wort MARK in lichten, mehr

bläulichen Buchstaben zeigt; auf dem Unterdruck ist in der Mitte eine bläulich schraffierte Ziffer 5 angebracht.

Die **Rückseite** ist von einem etwa 1 cm breiten Rande umgeben, an dessen Außenseite sich das Wort REICHSKASSENSCHEIN und an dessen Innenseite sich die Worte FÜNF MARK wiederholen. Die vier Ecken des Randes zeigen besonders zarte Linienmuster. In jeder der vier Ecken befindet sich eine schräg stehende weiße Ziffer 5. Diese ist in der linken oberen Ecke wenig sichtbar, weil sie zum größten Teile von einem bis über die Mitte des Scheines reichenden Schilde mit dem Strafsatze verdeckt ist.

Der Strafsatz lautet:

**Wer Reichskassenscheine nachmacht oder verfälscht oder nachgemachte oder verfälschte sich verschafft und in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.**

Die innere Fläche der Rückseite ist mit einem erhaben wirkenden, in seinen Formen verzerrten, etwas dunkler erscheinenden Untergrundmuster ausgefüllt. Hier ist ein geflügelter Drache abgebildet, dessen Rachen Dampf entströmt, und der ein urnenartiges Gefäß mit Kleinodien bewacht. Mit seinen Pranken faßt er ein Schild, auf dem eine große verzierte Ziffer 5 und das Wort MARK angebracht ist.

In dem Rande und in dem Untergrundmuster stehen in vielfacher Wiederholung die Ziffer 5 und der Buchstabe **M**

Auf dem Rande unten links und oben rechts ist die Litera und Nummer des Scheines in brauner Farbe, und in der Mitte des Scheines unterhalb des Schildes der Kontrollstempel der Reichsschuldenverwaltung in violetter Farbe aufgedruckt.

Die Vorderseite des Scheines erscheint in ihrer Gesamtansicht grünlich blau, die Rückseite hellblau.

Der Papierrand der Vorderseite erscheint weiß, der der Rückseite ist mit graugrünen Wellenlinien ausgefüllt.

Berlin, den 14. April 1906.

**Reichsschuldenverwaltung.**

von Bitter.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.
493. 06. III.